



HAL
open science

**„Es ist nicht selbstverständlich, dass man uns wählt“.
Schweizer Parteien im Wahlkampf (1947-1983)**

Zoé Kergomard

► **To cite this version:**

Zoé Kergomard. „Es ist nicht selbstverständlich, dass man uns wählt“. Schweizer Parteien im Wahlkampf (1947-1983). History. Université de Fribourg (Suisse), 2018. German. NNT: . tel-02304992

HAL Id: tel-02304992

<https://shs.hal.science/tel-02304992>

Submitted on 3 Oct 2019

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde
an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg (Schweiz)

vorgelegt von
Zoé Kergomard (Heimatort: Le Mans, Frankreich)

Eingereicht bei:
Prof. Dr. Damir Skenderovic, Departement für Historische Wissenschaften,
Universität Freiburg (Schweiz)

„Es ist nicht selbstverständlich, dass man uns wählt“.
Schweizer Parteien im Wahlkampf (1947-1983)

4. September 2017

Verteidigt am 28. März 2018 (Jury: Prof. Dr. Damir Skenderovic, 1. Gutachter; Prof. Dr. Brigitte Studer, 2. Gutachterin; Prof. Dr. Oscar Mazzoleni; Prof. Dr. Christina Späti; Prof. Dr. Monica Budowski, Präsidentin)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	i
Danksagung.....	iv
Abkürzungsverzeichnis.....	vi
Kapitel 1. Einleitung.....	1
1. Verborgene Bedeutungen der schweizerischen Wahlkämpfe.....	2
2. Forschungskonzept.....	15
3. Forschung zu Wahlkampfgeschichte.....	25
4. Aufbau der Arbeit.....	39
Kapitel 2. Historische Einbettung: Schweizer Politik im Dornröschenschlaf?.....	40
1. Politisches Leben und Parteien.....	41
2. Parteielite im Wandel.....	111
3. Medienwandel und Berichterstattung zu den Wahlkämpfen.....	115
4. Zwischenfazit.....	125
Kapitel 3. Vorbereiten: Wie der eidgenössische Wahlkampf zum Wahlkampf wurde.....	126
1. Zielsetzungen der Parteien.....	127
2. Expertenwissen als Entscheidungshilfe im Wahlkampf.....	136
3. Entscheidungsfindung im Wahlkampf.....	158
4. Parteienkampagnen zwischen Amerikanisierung und Sonderfall.....	178
5. Zwischenfazit.....	188
Kapitel 4. Definieren: Parteien und ihre Zielwählerschaften.....	190
1. Sozioökonomische Identitäten: „Wirtschafts-“, „Klassen-“, „Standes-“ oder doch „Volkspartei“?.....	193
2. Religion repräsentieren: Glauben als Konfliktlinie oder verbindendes Erbe?.....	207
3. Raum repräsentieren: Zwischen Kantonen, Städten und Landschaft.....	215
4. Alter repräsentieren: Zwischen „Bunkerjugend“ und Senioren.....	224
5. Geschlecht repräsentieren: Die Bürger, aber auch „die Damen“ ansprechen.....	230
6. Politisches Verhalten: Stamm-, Wechsel- oder Nichtwählende mobilisieren?.....	238
7. Zwischenfazit.....	253
Kapitel 5. Darstellen: Von sich und von der Welt erzählen.....	255
1. Veränderte Herangehensweisen an die politische Kommunikation.....	255

2.	Kommunikationsformen im Wandel.....	261
3.	(Selbst-)Erzählungen der Parteien im Wahlkampf.....	282
4.	Zwischenfazit.....	321
Kapitel 6. Verkörpern: Von der Partei zu den Kandidierenden		324
1.	Das Basteln von Kandidaturen.....	325
2.	Die Kunst der Wahlallianzen	350
3.	Die Fallstricke bei der Portierung von Kandidierenden.....	361
4.	Personalisierte Wahlkämpfe?.....	383
5.	Zwischenfazit.....	390
Kapitel 7. Mobilisieren: Den BürgerInnen begegnen.....		393
1.	Parteifeste. MitläuferInnen vereinen und aktivieren.....	393
2.	Nationale Parteikongresse: „Schaufenster“ der Parteien.....	399
3.	Canvassing und Strassenaktionen. Der Wahlkampf im Alltag	411
4.	Wahlversammlungen: Zwischen Aufklärung, Machtdemonstration und Debatte	418
5.	Zwischenfazit.....	434
Kapitel 8. Schlussreflexionen: Parteien und Wahlkämpfe im Wandel.....		436
1.	Vom konsensorientierten Nichtangriffspakt zum kompetitiven Wählermarkt? Veränderungen des Wahlkampfs als Wettbewerbsfeld	436
2.	„Modernes“ Campaigning? Veränderte Herangehensweisen der Parteien an den Wahlkampf	443
3.	Parteien vor ihren Wählenden: Veränderungen der Repräsentation	451
4.	Fazit	456
Anhänge		459
1.	Abbildungen.....	459
2.	Kurzbiographien zu den wichtigsten Akteuren.....	476
3.	Graphiken.....	480
4.	Tabellen	494
Quellenverzeichnis.....		504
1.	Unpublizierte Quellen.....	504
2.	Publizierte Quellen.....	517
Literaturverzeichnis		528
1.	Nachschlagewerke	528
2.	Bücher und Zeitschriftenartikel.....	529

Lebenslauf.....	553
Erklärung zur Dissertation	554

Danksagung

Diese Arbeit ist das Ergebnis einer fünfjährigen Reise in der politischen Geschichte der Schweiz. Sie wurde ermöglicht durch die Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) im Rahmen des Projektes „Political Parties and Election Campaigns in Post-War Switzerland“ (Nr. 137811), welches von August 2012 bis Juli 2016 stattfand und von Damir Skenderovic und Oscar Mazzoleni an den Universitäten Freiburg und Lausanne geleitet wurde.¹ Die Forschung brachte mir einerseits unzählige schöne Aha-Erlebnisse im Archiv sowie beim intensiven, manchmal einsamen aber immer lehrreichen Schreibprozess. Sie war andererseits eine sehr bereichernde menschliche Erfahrung. Ich möchte mich hier zunächst bei den Mitgliedern des obengenannten SNF-Forschungsprojekts bedanken: bei meinem Doktorvater Damir Skenderovic für seine Unterstützung und seine anspruchsvollen Kommentare zu meiner Arbeit, bei Oscar Mazzoleni für sein anregendes Feedback und bei Carolina Rossini für die freundschaftlichen und konstruktiven Diskussionen und die Unterstützung seit Beginn des Projektes.

Im Rahmen der Forschungsarbeit bin ich zu vielen Archiven und Bibliotheken der Schweiz gereist, und möchte mich für die Hilfsbereitschaft der vielen ausgezeichneten ArchivstInnen und BibliothekarInnen des Landes bedanken, besonders im Bundesarchiv, im Schweizerischen Sozialarchiv, in den Basler, Tessiner, Waadtländer und Zürcher Staatsarchiven sowie bei den Graphischen Abteilungen der schweizerischen Nationalbibliothek und der Genfer Kantonalbibliothek. Zudem wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen, hätten uns Parteien den Zugang zu ihren ein Einsichtsgesuch erfordernden Beständen bei den obengenannten Institutionen sowie zu ihren Privatarchiven nicht ermöglicht. Dank geht in diesem Sinne an die CVP der Schweiz und der Kantone Zürich und Tessin, die FDP-Die Liberalen der Schweiz, des Kantons Zürich und des Kantons Tessin, die SP der Schweiz und des Kantons Waadt, die SVP der Kantone Bern, Waadt und Zürich und die Fondazione Pellegrini-Canevascini (für die Archive der Tessiner SP). Besonders möchte ich mich bei Julia Hirzel (Sekretärin der Zürcher CVP), Ruth Straubhaar (ehemalige Sekretärin der Schweizer SP) sowie Reinhard Wegelin (Sekretär der Zürcher SVP) für ihre Hilfsbereitschaft und die interessanten Gespräche bedanken. Ein Dank geht auch an den Werbeberater Edgar Küng für das anregende Gespräch über seine Tätigkeit im Dienst der Politik.

Ein grosser Dank geht auch an die KollegInnen, mit denen ich mich regelmässig über die vielen Fragezeichen der Schweizer Politik und die Herausforderung der Forschung als „hermeneutischer Zirkel“ unterhalten konnte. Bei den KollegInnen des deutschsprachigen Teams des Bereichs Zeitgeschichte an der Universität Freiburg – Juri Auderset, Sarah Baumann, Nina Caprez, Francesca Falk, Dirk Fischer, Irma Gadiant, Jan Kreuels, Thomas Metzger, Philipp Müller, Christina Späti, Felix

¹ Siehe die Zusammenfassung des Projektes auf der SNF-Webseite, <http://p3.snf.ch/Project-137811>, Stand: 21.08.2017.

Wirth – habe ich seit Beginn des Projektes eine grossartige Unterstützung gefunden und anregende Diskussionen in der Kaffeepause oder am Kaminfeuer genossen. Dank Anja Früh, Elisabeth Haas und Eva Locher habe ich zudem im Rahmen einer für DoktorandInnen besonders hilfreichen Schreibgruppe extrem profitiert, ein grosser Dank geht folglich an sie drei für ihre Unterstützung und konstruktive Kommentare zu meiner Arbeit. Dank dem französischsprachigen Team des Bereichs Zeitgeschichte habe ich eine sehr bereichernde Lehrerfahrung am Ende der Forschung machen können, die es mir auch erlaubt hat, das vorliegende Manuskript in guten Bedingungen fortschreiben zu können. Un grand merci donc également à Alain Clavien, Alexandre Elsig, Claude Hauser, Pauline Milani, Anne-Françoise Praz, Niels Rebetez, Tiphaine Robert, Stéphanie Roulin und Carole Villiger pour leur soutien et les nombreux échanges sur l'histoire et la politique suisses. An anderen Universitäten der Schweiz habe ich ebenfalls viele hilfreiche Kontakte mit SpezialistInnen der Schweizer Politik gehabt. Ein grosser Dank geht zunächst an Fabienne Amlinger für den anregenden und humorvollen Austausch zur besonderen Welt der Schweizer Politik sowie für ihre vertiefenden Kommentare zu meiner Arbeit. Je remercie également Pierre Eichenberger, Matthieu Leimgruber, Andrea Pilotti, Muriel Surdez, et François Vallotton pour leurs remarques constructives et leur intérêt pour ma recherche.

Für die sprachliche Verbesserung dieses Textes möchte ich mich bei allen meinen geduldigen, verständnisvollen wenn auch anspruchsvollen KorrektorInnen bedanken, ohne die es mir nicht möglich gewesen wäre, diese Dissertation auf Deutsch zu schreiben. Einen riesigen Dank richte ich an Stephanie Weiss und Stephan Winiker, die insgesamt bestimmt 3000 Seiten meiner (leicht) französisch gefärbten, oft phantasievollen, hoffentlich ab und zu unterhaltsamen Prosa gegengelesen haben.

Schliesslich möchte ich mich bei meinen Freunden und meiner Familie für ihre liebevolle Unterstützung bedanken. Un grand merci à mes parents Jean et Joëlle, ma soeur Pauline pour les nombreux moments de détente entre France et Suisse ainsi que pour leur soutien inconditionnel pour mes choix de vie souvent inattendus. Mit Lukas, Maria und Willi habe ich eine zweite Familie gefunden, bei der ich viel Unterstützung sowie spannende Diskussionen zur Schweizer Politik gefunden habe. Enfin, un énorme merci à Stephan pour son aide technique et linguistique, mais surtout pour son soutien constant, quoique jamais complaisant, et ses opinions toujours acérées sur ce pays passionnant qu'il m'a fait découvrir.

Abkürzungsverzeichnis

ACV	Archives cantonales vaudoises
AGoF	Archiv der Gosteli-Stiftung zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung
AHV (AVS)	Alters- und Hinterlassenenversicherung (Assurance vieillesse et survivants)
Anm.	Anmerkung
AR	Appenzell-Ausserrhoden
ASIG	Arbeiter-Siedlung-Genossenschaft
ASTi	Archivio di Stato del Cantone Ticino, Bellinzona
AWG	Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
Bd.	Band
BE	Bern
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, bis 1971
BGE	Bibliothèque de Genève
BL	Baselland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union
CH	Schweiz
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz
CSP	Christlichsoziale Partei (u.a. Zürich), bis 1971
CVP (PDC)	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (Parti démocrate-chrétien), ab 1971
Ebd.	Ebenda
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	et alii
EVP	Evangelische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FDP (auch: FDPS)	Freisinnig-Demokratische Partei (der Schweiz)
FPC	Fondazione Pellegrini-Canevascini
FN	Schweizerische Nationalphonotek (Fonoteca Nazionale Svizzera)
GAS	Grüne Alternative Schweiz
GE	Genf
GfS	Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung
GPE	Groupement pour la protection de l'environnement
GPS	Grüne Partei der Schweiz
Hg.	HerausgeberIn, HerausgeberInnen
IV (AI)	Invalidenversicherung (Assurance invalidité)
i.O.	im Original
ISOP	Institut suisse de l'opinion publique
JU	Jura
JSVP	Junge SVP
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KCVP	Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei, 1957-1971
KVP	Konservative Volkspartei, bis 1957
KZ	Konzentrationslager
LP (auch LPS)	Liberale Partei (der Schweiz)
MfGZ	Museum für Gestaltung Zürich
NA	Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat
NB	Nationalbibliothek
NE	Neuenburg

NGO	Non-Governmental Organisation
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.A.	ohne AutorIn
o.D.	ohne Datum
o.O.	ohne Ortsangabe
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PA	Privatarchiv
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PSA	Partido socialista autonomo
PSA	Parti socialiste autonome (Frankreich)
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PTT	Post, Telegrafie und Telefonie/ Schweizerische PTT-Vereinigung
RML	Revolutionäre Marxistische Liga
SABZ	Schweizerische Arbeiterbildungszentrale
SAP (PSO)	Sozialistische Arbeiterpartei (Parti socialiste ouvrier)
SBgAA	Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung
SEV	Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonalverband
SFS (FSS)	Sozialistische Föderation der Schweiz (Fédération socialiste suisse)
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SDA	Schweizerische Depeschenagentur
SF	Schweizer Fernsehen
SH	Schaffhausen
SHIV (auch: Vorort)	Schweizerischer Handels- und Industrieverein
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund
SKVV	Schweizerischer Katholischer Volksverein
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SRB	Schweizerische Republikanische Bewegung
SPK	Schweizerische Politische Korrespondenz
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich
SP (auch: SPS)	Sozialdemokratische Partei (der Schweiz)
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SSA	Schweizerisches Sozialarchiv
StABS	Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt
StaZ	Staatsarchiv des Kantons Zürich
SVP (UDC)	Schweizerische Volkspartei (Union démocratique du centre), ab 1971
TI	Tessin
TSR	Télévision suisse romande
u.a.	unter anderem, unter anderen
VD	Waadt
VS	Wallis
VSS	Verband der Schweizer Studierendenschaften
VPOD	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
WF	Wirtschaftsförderung (Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft)
UNO	United Nations Organisations
vgl.	vergleiche
z.B./bspw.	zum Beispiel/beispielsweise
ZH	Zürich

Kapitel 1. Einleitung

„Sind Wahlkämpfe in der Schweiz tatsächlich so uninteressant, dass es sich erübrigt, ihnen Monographien zu widmen?“¹

Die provokative Frage des Berner Historikers Erich Gruner von Anfang der 1980er Jahre hat heute noch Bestand. Insbesondere Wahlkämpfe zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Berliner Mauer scheinen in der schweizerischen Geschichtsschreibung und in der politikwissenschaftlichen Literatur keine grosse Rolle zu spielen.² Während sich HistorikerInnen in anderen europäischen Demokratien seit längerer Zeit für die Veränderungen der Wahlkämpfe und der politischen Kommunikation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts interessieren, gelten eidgenössische Wahlkämpfe der Nachkriegszeit weitgehend als Nichtereignisse – oder zumindest als ruhige, bescheidene, ja höchst höfliche Angelegenheiten einer politischen Schweiz, die die polarisierenden Schäfchenplakate der Schweizerischen Volkspartei (SVP) noch nicht erlebt hatte. Als moderat und konsensorientiert qualifiziert beispielsweise der Kommunikationsberater Mark Balsiger die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit in seinem Handbuch für Kandidierende: „Bis Anfang der Neunzigerjahre setzte der Wahlkampf jeweils ein paar Monate vor einem Wahltermin ein, *und dann herrschte Eintracht* – alle politischen Akteure waren bestrebt, *einen Konsens zu finden*.“^{3*}

Dieses Bild entspricht sicherlich einem schweizerischen Mythos, welcher seit dem 19. Jahrhundert die Kontinuität einer speziell schweizerischen Konsenskultur betont.⁴ Gerade nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die ‚Konkordanz‘ als Gründungsmythos und als normatives Demokratiemodell so stark nach innen und aussen zelebriert, dass sie als Verhaltensgebot oder sogar als selbsterfüllende Prophezeiung für die Nachkriegszeit verstanden werden kann.⁵ Auch wenn Balsigers Aussage durchaus für Wahlen gelten konnte, für welche die Parteien sich im Voraus im Sinne des ‚freiwilligen Proporz‘ auf ein beschränktes Angebot an KandidatInnen einigten,⁶ lässt sich fragen, wie die von

¹ Gruner: Wahlen, 1984, S. 237; Vgl. auch Gruner: Die direkte Demokratie, 1987.

² Die Geschichtsschreibung zur Nachkriegszeit erwähnt die (sehr stabilen) Wahlergebnisse oft nur en passant; Wahlkämpfe selber werden noch seltener thematisiert. Z.B.: Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015; Walter: Histoire de la Suisse, 2009. Zum politikwissenschaftlichen Forschungsstand siehe Kap. 1.3.1.

³ Balsiger: Wahlkampf statt Blindflug?, 2014, S. 10.

⁴ Für einen historischen Rückblick auf den Diskurs um den Konsens und die Konkordanz siehe Guex; Schnyder Burghartz: La Suisse: pays du consensus?, 2001.

⁵ Burgos; Mazzoleni; Rayner: La formule magique, 2011, S. 112. Die Idee der selbsterfüllenden Prophezeiung einer „natürlich ruhigen Schweiz“ schlägt Irène Herrmann vor: Herrmann: Les cicatrices du passé, 2006, S. 305.

⁶ Wie bei vielen Exekutivwahlen auf kantonaler oder kommunaler Ebene, bei denen keine sogenannten Kampfkandidaturen vorgestellt wurden. Vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 42f.; Linder: Schweizerische Demokratie, 2012, S. 104ff.

* Im Folgenden sind alle Übersetzungen auf Deutsch und alle Hervorhebungen von der Autorin, wenn nicht explizit auf das Gegenteil hingewiesen wird. Zwecks der Vereinfachung sind die Kantonalparteien unter der Bezeichnung ihrer nationalen Mutterpartei (wenn vorhanden) auf Deutsch aufgeführt, ausser wenn der Name die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Parteiflügel kennzeichnet (wie bei der Zürcher Christlichsozialen Partei, CSP). Die verschiedenen Namen der Mutterparteien werden der Chronologie entsprechend verwendet (bspw. Konservative Volkspartei, KVP bis 1957; Konservativ-Christlichsoziale Partei, KCVP von 1957 bis 1971; Christlichdemokratische Volkspartei, CVP ab 1971). Für die Parteiakteure werden geschlechtsinklusive Formen

ihm postulierte Konsenssuche sich mit dem Wettbewerb um Stimmen und Mandate für den National- und Ständerat im Einklang bringen lässt. Denn wie die Werbeagentur Corti in einem Leitfaden zum eidgenössischen Wahlkampf von 1983 für die Zürcher Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) in Erinnerung rief: „Die CVP ist immer noch nicht in der glücklichen Lage, Wählerstimmen zu gewinnen, indem sie nichts tut. Es ist nicht selbstverständlich, dass man sie wählt.“⁷ Hier setzt die vorliegende Arbeit an: den Schweizer Wahlkampf der Nachkriegszeit als zelebrierten Wahl-Kampf ohne Kampf anhand des Handelns der vier grössten Landesparteien zu entschlüsseln.⁸ Im folgenden Einleitungskapitel werden zunächst die möglichen Bedeutungen der schweizerischen Wahlkämpfe diskutiert (1.). Anschliessend folgt die Darstellung des Konzepts der vorliegenden Arbeit (2.) sowie der Forschung zu Wahlkämpfen (3.).

1. Verborgene Bedeutungen der schweizerischen Wahlkämpfe

1.1. Wahlkämpfe als Nichtereignisse der Schweizer Politik?

Wahlkampf umsonst?

Beurteilt man Wahlkämpfe in der Schweiz der Nachkriegszeit in erster Linie mit Blick auf die Wahlergebnisse, kommt man schwerlich am Urteil vorbei, dass sie für die schweizerische Politik Nichtereignisse darstellten: Die ausserordentliche Stabilität der relativen Stärke der Parteien zwischen den 1940er und 1980er Jahren – sowohl die Stimmenanteil als auch die Mandate im National- und Ständerat betreffend – vermittelt den Eindruck einer erstarrten Schweizer Politik, welche erst in den 1990er Jahren in Bewegung kommt. Nicht zuletzt das 1919 im Nationalrat eingeführte Proporzsystem wirkte so stark dämpfend auf potentielle konjunkturelle Kräfteverschiebungen, dass sich die Mandatsverteilung im Nationalrat nur minimal verändern konnte.⁹ Die These der Wahlkämpfe als Nichtereignisse wird ferner durch die mediale Berichterstattung mindestens bis in die 1960er Jahre bestärkt: Wenn zeitgleich zu Schweizer Wahlkämpfen im Ausland Wahlkämpfe stattfanden, so bekamen letztere oft mehr mediale Aufmerksamkeit als erstere. Die freisinnige *Nouvelle Revue de Lausanne* wagte 1959 sogar den direkten Vergleich:

„la campagne est *calme*: les partis savent fort bien que le système de la représentation proportionnelle empêche tout bouleversement, tout changement marquant. Qu'on est déjà loin des élections britanniques! [...] Comme il y a quatre ans, nos élections fédérales donneront une *nouvelle preuve de stabilité politique*. *Les jeux sont faits pratiquement d'avance* et de nombreux

ab 1971 verwendet. Auch wenn weibliche Parteimitglieder vorher schon in einigen Parteien (bei der SP und der FDP) eine Rolle spielten, blieben sie doch vom gesamten Wahlprozess ausgeschlossen.

⁷ PA CVP ZH, Wahlkampfstab der Zürcher CVP: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

⁸ SVP; CVP; Freisinnig-demokratische Partei (FDP); Sozialdemokratische Partei (SP).

⁹ Der Verfassungsrechtler Jean-François Aubert nimmt dafür die nur leichten Rechts-, dann Linksrucke der Wahlen von 1971 (Reaktion auf Überfremdungsängste und Inflation) bzw. 1975 (Rezession) als Beispiele. Aubert: Exposé des institutions politiques de la Suisse, 1978, S. 249.

cantons ne subiront pas la moindre modification dans la répartition des mandats: tout au plus bagarre-t-on ferme autour d'un siège peu solide dans quelques cantons.“¹⁰

Auch auf die Proklamation der Wahlergebnisse folgten in der Regel hauptsächlich uninspirierte, blasierte Kommentare von Journalisten.¹¹ Dabei war es nicht immer auf Anhieb klar, wer aus den drei grössten Parteien – SP, FDP oder CVP – überhaupt die Wahlen gewonnen hatte und welcher Indikator als Massstab gelten würde (grösste Stimmenzahl, grösste National- oder Parlamentsfraktion). Gewiss betonten die Wahlkommentare der Parteien jede kleinste Veränderung; aber auch sie mussten oft feststellen, dass Mandats- und Stimmengewinne in einem Kanton lediglich Verluste im nächsten kompensierten.¹² Im Vergleich dazu wies die Mehrzahl der Bundesratswahlen eine „gewisse Unberechenbarkeit und Eigendynamik“ auf, welche sich besonders gut für eine dramatische mediale Berichterstattung eigneten.¹³ Mediale Kommentare zu den Bundesratswahlen traten mit dem Anspruch an, die geheimen Verhandlungen hinter den Kulissen dieser indirekten Wahl zu enthüllen, die ein höchst intransparentes Verfahren unter Ausschluss des in der Schweiz sonst so stark im den Mittelpunkt gestellten Volkes darstellt. Mit der Etablierung einer festen Koalitionsformel für den Bundesrat nach den Wahlen von 1959 – der sogenannten „Zauberformel“ – bestätigte sich paradoxerweise der geringe Einfluss der Parlamentswahlen auf die darauffolgenden Bundesratswahlen, obwohl dieser Verteilungskompromiss gerade mit dem Prinzip einer fairen Vertretung der Parteistärke (freiwilliger Proporz) legitimiert wurde.¹⁴ So stellte der Verfassungsrechtler Jean-François Aubert 1978 fest:

„Les élections parlementaires, qui n'ont plus guère d'intérêt que pour *l'amour-propre des candidats* eux-mêmes, ont cessé, depuis longtemps, d'influencer la composition et le comportement du Conseil fédéral. Il est révélateur que, lorsque les socialistes sont entrés au Gouvernement, en 1959, ils venaient de perdre deux sièges au Conseil national (et même trois au Conseil des Etats!).“¹⁵

Erich Gruner führte die Entkoppelung der Nationalratswahlen von den Bundesratswahlen ferner als einen Grund für ihre mangelnde Bedeutung an: Diese Entkopplung führe im Unterschied zu klassischen parlamentarischen Systemen dazu, dass die Regierungstätigkeit anlässlich der Wahlen weder überprüft werde noch überprüfbar sei – die Wahlmanifeste der Parteien „beschränken sich [...]

¹⁰ Avant les élections fédérales. Derniers pointages, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 21.10.1959.

¹¹ Besonders bei den Wahlen von 1959: “Les élections elles-mêmes furent d'un calme et d'un sérieux mortels et les résultats n'ont surpris personne”. Les jeux des élections sont faits, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 27.10.1959.

¹² So der SP-Zentralsekretär Fritz Escher nach den Wahlen von 1959: Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959.

¹³ So Urs Altermatt, welcher in seinem Lexikon der Bundesräte folglich für eine stärkere Erforschung der Bundesratswahlen plädierte. Sie seien nämlich interessanter als die Nationalratswahlen, da letztere “seit der Einführung des Proporzwahlrechtes im Jahre 1919 verhältnismässig langweilig” verliefen. Altermatt: Die Schweizer Bundesräte, 1991, S. 45.

¹⁴ Mit der Wahl von zwei sozialdemokratischen Bundesräten in Dezember 1959 entstand die sogenannte Zauberformel in der eidgenössischen Exekutive, die bis 2003 dauerte: je 2 Bundesräte für die FDP, SP, CVP und einen Bundesrat für die BGB (spätere SVP).

¹⁵ Aubert: Exposé des institutions politiques de la Suisse, 1978, S. 249.

auf eine unverbindliche Bestandsaufnahme der gerade aktuellen Probleme.“¹⁶ Im Kontrast zu den Bundesratswahlen, aber auch zu manchen Abstimmungen, so Gruner weiter, seien die Parlamentswahlen somit mit einer gewissen Routine behaftet, welche eine Veränderung der Parteistärken zusätzlich verhindert habe.¹⁷ Ferner haben laut Leonhard Neidhart direktdemokratische Instrumente, und insbesondere das Referendum nicht nur durch ihr Drohpotenzial die parlamentarischen Entscheidungsprozesse zugunsten der vorparlamentarischen Phase abgeschwächt, sondern auch die Wahlen weitgehend von ihrer Konfliktualität befreit.¹⁸

Vor allem aber sei seit der Einführung der „Zauberformel“ das Desinteresse an den Nationalratswahlen mit einem Prozess der Kartellbildung unter den Regierungsparteien zu erklären, welche sie in den Worten des Politikwissenschaftlers Ladner zu einer „elektoralen Bescheidenheit“ verführe,¹⁹ oder, wie seine Kollegen Burgos, Mazzoleni und Rayner analysieren:

„[La reconduction de la formule magique] implique le respect d'une nouvelle règle informelle, une *règle de confrontation restreinte*, voire de *désistement partiel*, durant les élections parlementaires, évitant le risque de mettre en péril leur quote-part dans la distribution des sièges pour l'exécutif. Le respect de cette règle n'oblige pas à investir dans des coûteuses campagnes électorales.“²⁰

Indem sie die Konkordanz als ungeschriebene Verhaltensregel zwischen Bundesratsparteien verstehen, erhellen diese Analysen bereits das Rätsel eines Wahlkampfes ohne oder mit einem vorab eingegrenzten Wettbewerb: Die vier grössten Schweizer Parteien hätten folglich lange Zeit ein Interesse daran gehabt, ihre Mobilisierungsbemühungen hauptsächlich auf die eigene Wählerbasis und weniger „auf fremde ‚Reservate‘“ auszurichten.²¹ Wie Rayner weiter ausführt, erkläre dieses „*gentleman agreement*“, geknüpft an das Weiterbestehen segmentierter Parteimilieus und einer starken Parteipresse, die Bescheidenheit und Korrektheit der Wahlkämpfe in der Schweiz bis in die 1990er Jahre.²² Die parteipolitische Kampagnendurchführung habe sich somit in der Schweiz kaum verändert, solange die sowieso schwachen und wenig personalisierten Schweizer Parteien keinen Grund gehabt hätten, beispielsweise mit Hilfe der Demoskopie und einer professionalisierten politischen Werbung eine Wettbewerbsorientierung im Wahlkampf anzunehmen. Diese Analyse stimmt insofern mit Balsigers Einschätzung überein, als beide die Wahlkämpfe vor den 1990er Jahren als Gegenpol zu darauf folgenden konstruieren, wobei die professionalisierten Kampagnen der letzten Jahrzehnte, mit Angriffen gegen politische GegnerInnen zwecks des Stimmengewinnes, als Ausnahme dargestellt

¹⁶ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 88.

¹⁷ Gruner: Die Parteitheorie von Maurice Duverger, 1962, S. 347.

¹⁸ Neidhart: Plebiszit and pluralitäre Demokratie, 2001.

¹⁹ Ladner: Politische Parteien, 2014, S. 363.

²⁰ Burgos; Mazzoleni; Rayner: La formule magique, 2011, S. 53. Vgl. im gleichen Sinne Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 87; Katz; Mair: Changing Models of Party Organization and Party Democracy, 1995, S. 19f.

²¹ So argumentierte Neidhart 1971, der dennoch „die Konkurrenz um Stimmen und eine gewisse Wahlkampfpoetik“ anerkannte, Neidhart: Determinanten des politischen Verhaltens, 1971, S. 736f.

²² Rayner: Les partis politiques suisses n'ont rien d'exceptionnel, 2009, S. 448.

werden.²³ In beiden Deutungen lassen sich durchaus gerade diejenigen Mythen zur schweizerischen Konsensorientierung, Bescheidenheit und Milizpolitik wiederfinden, welche Rayner und andere ForscherInnen sonst stark in Frage stellen.²⁴ Sie führen auch dazu, den neuen Kommunikationsstil der SVP als „unschweizerisch“ zu werten, was zwar die Unstimmigkeiten im Diskurs dieser Partei beleuchtet, sich jedoch historisch hinterfragen lässt.²⁵

Zudem unterscheidet das Weiterbestehen von klar voneinander abgegrenzte parteipolitische Konfliktlinien und Milieus die Schweizer Politik der ersten Nachkriegsjahrzehnten wenig von jener mancher westeuropäischer Länder wie Deutschland, Italien oder Österreich bis in die 1970er Jahre. Wie der Historiker Thomas Mergel schreibt, „lohne“ es sich auch in diesen Fällen „eigentlich nicht, um Wähler zu werben, weil die meisten sowieso ‚ihre‘ Partei“ wählen würden.²⁶ Schlussendlich läge die Hauptfunktion dieser Wahlkämpfe lediglich darin, „die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und dem Gegner Macht zu suggerieren“.²⁷ Führt man diese Analyse zu Ende, so sollte die Stabilität der Wahlergebnisse, die das Schweizer Parteiensystem zu einem exemplarischen Fall des „Einfrierens“ bis in die 1980er Jahren mache, nicht einfach als Faktum vorausgesetzt werden.²⁸ Wie lässt sich erklären, dass die Stimmbürger – und ab 1971 die Stimmbürgerinnen – während vierzig sehr ereignisreichen Jahren fast immer den gleichen von den politischen Parteien erwünschten Status quo bestätigten? Genauer: Muss man davon ausgehen, dass parteipolitische Präferenzen von einer Generation an die nächste weitergegeben wurden? Aus dieser umgekehrten Perspektive wäre es nicht mehr die Stabilität, die Schweizer Wahlen kennzeichnen würde, sondern es wären die Wahlen und vor allem der Wahlkampf, die zu stabilen Ergebnissen führten – und das trotz rasantem sozialem Wandel. Diese Interpretation suggerierte der Lausanner Historiker Hans-Ulrich Jost, wenn er die Erstarrung des schweizerischen Parteiensystems mit dem vergangenheitsbezogenen Charakter des politischen Lebens erklärte.²⁹ Gerade die Verfestigung traditioneller soziopolitischer Geselligkeit und Identitäten und damit einhergehend das Repräsentationsverhältnis zwischen Referenzgruppe(n) und Partei sei in dieser Interpretation eine Arbeit, die Parteien leisten müssten, wofür Wahlkämpfe, wie auch Gruner bemerkte, zwar keine Zeit der Rechenschaft darstellten, dafür aber eine Gelegenheit, „sich bei ihrem

²³ Vgl. in diesem Sinne Skenderovic: *Campagnes et agenda politiques*, 2009, S. 385.

²⁴ Vgl. insb. Voutat: *Suisse*, 2002.

²⁵ Zum „schweizerischen“ bzw. „unschweizerischen“ Charakter der neuen SVP und ihres langjährigen Präsidenten Christoph Blocher: Mazzoleni: *Critique et légitimation*, 2006, S. 181; Gsteiger: *Blocher*, 2002, S. 539ff.

²⁶ Mergel: *Propaganda nach Hitler*, 2010, S. 13.

²⁷ Ebd.

²⁸ Siehe z.B. für Anwendungen der *Cleavage*-Theorie im Fall der Schweiz, Vatter; Freitag: *Einleitung*, 2015.

²⁹ Dafür nahm er als Beispiele verbreitete Bezeichnungen für politische Rollen, welche auf die mittelalterliche Gesellschaft verwiesen: „Vertrauensleute“, „Bundesbarone“ oder „Königsmacher“ Jost: *Critique historique*, 1986, S. 329.

traditionellen Wählerstamm in Erinnerung zu rufen und diesen auf die ihm geläufigen Werte und Grundsätze zu verpflichten.³⁰

Wahlkampf als leeres Ritual?

Dienten die Schweizer Wahlkämpfe der Nachkriegszeit lediglich der ritualisierten Bestätigung alter Konflikte jenseits des geschehenden sozialen Wandels? Diese starke These, die auch an Josts Postulat der Bedeutungslosigkeit der Schweizer Parteien als reine Legitimationsfassaden für die mächtigen Verbände anknüpft, machte der Sozialdemokrat Rolf Ritschard 1987 im Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft, gerade in einer Zeit, als sich Schweizer PolitikwissenschaftlerInnen fragten, wie lange die ausserordentliche Stabilität der Nachkriegsjahrzehnte noch halten würde.³¹ In der gleichen Ausgabe wies der Demoskop Claude Longchamp auf ein verändertes Wahlverhalten hinter dem stabilen Gesamteindruck der Wahlergebnisse hin, von der seit 1945 gestiegenen Wahlenthaltung bis hin zur höheren Parteivolatilität der BürgerInnen.³² Als Antwort auf Ritschard hinterfragte Gruner seinerseits den Begriff des Rituals, welcher wohl mit Murray Edelman zur „Demontage“ der Demokratie hinter der Masken verhelfen, gleichwohl aber mit Ulrich Sarcinelli dazu dienen könne, die Politik als sinnstiftende, komplexitätsreduzierende symbolische Handlung zu deuten.³³ Seit dieser Diskussion haben die verschiedenen *turns* der Geisteswissenschaften in den letzten Jahrzehnten (insbesondere der *linguistic* und der *performative turn*) die Frage entschärft, ob symbolische Handlungen in der Politik, zum Beispiel Rituale, etwas wie ein „reales“ Pendant hätten, wo politische Auseinandersetzungen wirklich geschehen würden: denn mit diesen neuen Ansätzen sind Zeigen und Machen einander nicht entgegensetzen, sondern umfassen beide reale Konfliktdimensionen.³⁴ Dafür haben ForscherInnen Wahlkämpfe vermehrt durch die Brille der symbolischen Politik und insbesondere unter Bezugnahme auf Rituale als heuristische Werkzeuge angeschaut, indem sie die Wirkung ihres wiederholenden, leicht formelhaften Charakters auf das Handeln politischer Akteure betrachtet haben. So berufen sich die PolitikwissenschaftlerInnen Agrioliansky, Heurtaux und Le Grignou auf die Analyse Erving Goffmans zu Frauenzeitschriften, um den Wahlkampf als Zeit der „Hyperritualisierung“ zu deuten, in welcher politische Akteure ihre politischen Rollen übertrieben spielen.³⁵ Ferner können laut der Anthropologin Faucher-King wahlkampfbedingte Rituale wie Parteitage von den parteipolitischen

³⁰ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 88.

³¹ Ritschard: Nationalratswahlen 1971-1983, 1987.

³² Longchamp: Die neue Instabilität, 1987.

³³ Gruner: Die direkte Demokratie, 1987, S. 311. Vgl. Edelman: The Symbolic Uses of Politics, 1985; Sarcinelli: Symbolische Politik, 1987.

³⁴ Sawicki: Introduction, 2005, S. 5ff. In ähnlichem Sinne lässt sich die provokative Beurteilung von Jost bezüglich der Bedeutungslosigkeit Schweizer Parteien in Frage stellen, vgl. Schorderet: Retour sur les origines des partis politiques, 2009, S. 41, Fn. 9.

³⁵ Goffman: Geschlecht und Werbung, 1981; Agrioliansky; Heurtaux; Le Grignou: Introduction, 2011, S. 27.

Akteuren die Aktualisierung ihrer jeweiligen Positionen im politischen Feld verlangen.³⁶ Insofern sind politische Rituale der Möglichkeit des Wandels nicht *per se* entgegenzusetzen. Die Medienwissenschaftler Dörner und Vogt sehen sogar in Wahlkämpfen Rituale zur Inszenierung des demokratischen Mythos:

„Das gesamte politische System zeigt sich in der rituellen Inszenierung des Mythos als voll funktionsfähig: Die politischen Akteure erscheinen kompetent, handlungsfähig, moralisch integer und engagiert, ‚modern‘ und zukunftsfähig, vor allem aber: *gemeinwohlorientiert*. [...] Und die Wähler sind sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst, indem sie nicht nur zur Wahl gehen, sondern dort auch stets die ‚richtige‘ Entscheidung treffen.“³⁷

Jenseits des Eindrucks der mangelnden Bedeutung der Wahlkämpfe für das politische Geschehen verleihen diese, so Dörner und Vogt weiter, dem demokratischen Mythos eine stärkere Überzeugungskraft und einen grösseren Realitätsgrad: „Sie machen das, was der Mythos einstweilen nur behaupten kann, erfahrbar.“³⁸

1.2. Wahlkämpfe und politische Legitimierung

Zur Erzeugung von Legitimität, verstanden mit Sarcinelli als „soziale Anerkennungswürdigkeit eines Gemeinwesens und seiner Herrschaftsordnung“³⁹ mag der schweizerische Wahlkampf als Ritual dabei auf zwei Ebenen beigetragen haben, welche gleichzeitig Spannungsfelder darstellen.

Inszenierung der politischen Gemeinschaft

Zunächst können Wahlkämpfe, wie Wahlen selbst, zur demokratischen Legitimierung beitragen, weil sie eine politische Gemeinschaft überhaupt erst symbolisch produzieren und eine Identifikation damit ermöglichen.⁴⁰ Der Wahlkampf bietet ferner einer politischen Gemeinschaft die Gelegenheit, sich selbst zu beobachten und sich in ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu inszenieren. Dies gilt insbesondere für den Fall der Schweiz, wo die Konstruktion einer besonderen, Minderheiten integrierenden und konfliktfreien politischen Kultur als schweizerischer Sonderfall für die Konsolidierung des föderalen Staates ab 1848 eine zentrale Rolle gespielt hat. Wenn Schweizer Journalisten das rege politische Leben in anderen westlichen Demokratien aufmerksam beobachteten, so fiel der Vergleich nicht zu Ungunsten der ruhigen Schweiz aus. Gerade die Wahlen von 1947, die in einem international unsicheren Kontext stattfanden, lieferten inländischen Beobachtern die

³⁶ Faucher-King: *Changing Parties*, 2005, S. 6. Faucher-King benutzt den Ritualbegriff „to denote behaviour that is repeated, rule-bound, referring to ongoing traditions or otherwise invoking a reference point that transcends the narrow framework of a choosing and acting individual“, Ebd., S. 11.

³⁷ Dörner; Vogt: *Der Wahlkampf als Ritual*, 2002, S. 19. Sie verweisen dabei auf die berühmte Studie von Gabriel A. Almond und Sydney Verba zur „Civic Culture“, interessieren sich aber weniger für den normativen Inhalt der politischen Kultur als für das Wirkungspotenzial der politischen Mythen, welche politische Steuerung integrieren und erleichtern.

³⁸ Ebd., S. 18.

³⁹ Sarcinelli: *Legitimität*, 1998, S. 253.

⁴⁰ Dazu Lehingue: *Le vote*, 2011, S. 77ff.; Déloye; Ihl: *L'acte de vote*, 2008; oder im Fall der Schweizer Abstimmungen, Linder; Zürcher; Bolliger: *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz*, 2008, S. 60f.

Möglichkeit, die Stabilität und den moderaten Charakter des schweizerischen politischen Systems im Kontrast mit dem Ausland zu loben. So nannte die liberale *Journal de Genève* die Schweiz mit Stolz ein „pays de la stabilité politique“, da sich die Wahlgewinne der Partei der Arbeit (PdA) bei vergangenen Kantonalwahlen trotz aller Ängste der Bürgerlichen nicht wiederholt hatten.⁴¹ Die *Tribune de Lausanne* interpretierte ihrerseits den allerdings bescheidenen Wahlerfolg der Bürgerlichen als Zeichen des „Vertrauens“ des Bürgers in das politische System der Schweiz und darüber hinaus in die freisinnige Partei.⁴² Ferner nahm der Journalist Ernst Schürch in der liberalen Zeitschrift *Schweizer Monatsheft* das Wahljahr 1947 als Beispiel, um die Ausgewogenheit des schweizerischen Machtverteilungssystems zu erklären:

„Wenn es nach einer Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten erst noch heisst: ‚spoils to the victor‘, dem Sieger die Beute (er reisst die Staatsverwaltung bis hinaus zu den Botschafterposten an sich), so mutet uns die unmittelbare Folge unserer wichtigsten Wahlen eher wie eine Szene am Esstisch an: *die Mutter verteilt einen Kuchen*. Begehrlichkeit und Futterneid haben ja auch im Familienverband Platz, und sie zeigen ihre Zähne im parlamentarischen und ausserparlamentarischen Interessenkampf. Aber *dass der Stärkste alles frisst, das ist nicht schweizerisch*.“⁴³

Selbst wenn die gleichbleibenden Wahlergebnisse seitens der Medien kritisch kommentiert wurden, bot der ruhige, moderate eidgenössische Wahlkampf mit der Bestätigung der Stabilität als Ausgang also auch ein positives Identifikationsmoment, umso mehr, als er mit dem stets aufmerksam beobachteten Ausland stark kontrastierte und damit einen weiteren Prüfstein für das „Erfolgsmodell Schweiz“ lieferte.⁴⁴

Gerade hieraus könnte aber ein erstes Spannungsverhältnis für den schweizerischen Wahlkampf entstehen. Als friedlicher Kampf um die Repräsentation und darüber hinaus um die Macht zwischen gesellschaftlichen Gruppen und ihren FürsprecherInnen soll der Wahlkampf, so der Politikwissenschaftler Jacques Lehighue, die Aktivierung und Inszenierung von sozialen Spaltungen und Konflikten ermöglichen, was zu ihrer Pazifizierung beitragen und die demokratische Konfliktregelung legitimieren kann. Es bestehe aber die Gefahr, im Wahlkampf nur eine beschönigende Repräsentation der gesellschaftlichen Konflikte vor Augen zu führen.⁴⁵ Es lässt sich also fragen, inwiefern die Betonung einer urhelvetischen Konsensorientierung, auch anlässlich von

⁴¹ Les élections fédérales. La Suisse, pays de la stabilité politique, in: *Journal de Genève*, 28.10.1947.

⁴² Le peuple suisse et la proportionnelle ont parlé, in: *Tribune de Lausanne*, 28.10.1947.

⁴³ Schürch: Zur innenpolitischen Lage im Wahljahr 1947, 1947, S. 78. Diese Metapher erinnert an ein berühmtes Abstimmungsplakat von 1918 für das Proporzwahlssystem, auf welchem dargestellt wird, wie Helvetia dank des Proporz eine Wurst an alle Bürger verteilen kann, während im Majorzsystem ein reicher Bürger diese für sich selbst beanspruchen konnte. NB SNL_POL_11 Annen, Melchior: Gerechtigkeit erhöht ein Volk, Eidgenossen, am 13. Okt. stimmt: Ja!, 1918.

⁴⁴ Zur Bedeutung des Motivs der Stabilität (zwischen „langweiligem Staat“ und Kuckucksuhr) in der Konstruktion des Erfolgsmodells Schweiz, Rayner: *Les partis politiques suisses n'ont rien d'exceptionnel*, 2009, S. 445f.; Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 11ff.

⁴⁵ Lehighue: *Le vote*, 2011, S. 85f. Thomas Mergel spricht auch von einer „performativen Seite des Streits“ im Wahlkampf, Mergel: *Propaganda nach Hitler*, 2010, S. 11.

Wahlkämpfen, mit der von Lehingue erwähnten Möglichkeit des offenen Ausdrucks sozialer Konflikte in Widerspruch treten könnte. Die präventive Konsenssuche mag tatsächlich zu einem Pluralismus führen, der zwar Konflikte anerkennt, aber versucht, diese nicht in den Vordergrund rücken zu lassen.⁴⁶

Mythische schweizerische Demokratie auf der Bühne

Der „demokratische Mythos“ lässt sich im Wahlkampfritual ferner im Prozess der Auswahl der Repräsentanten verorten: Anders als die Zufallsdesignatation oder die Kooptation ermöglicht die Wahl, so Bertrand Manin, den Ausdruck des Vertrauens durch die Repräsentierten.⁴⁷ Dabei dienen Wahlen laut Lehingue sowohl der Legitimierung der Repräsentation bestimmter Gruppen, als auch jener des machtverleihenden Prinzips der Repräsentation selbst.⁴⁸ Bezüglich des formellen Verfahrens der Repräsentation betont die angelsächsische politische Philosophie im gleichen Sinne die Notwendigkeit ihrer Autorisierung, dabei aber auch jene der Möglichkeit der Rückkoppelung an die Repräsentierten (*responsiveness*), wobei dieser letzte Aspekt im Fall des nichtparlamentarischen Systems der Schweiz Grenzen aufweist.⁴⁹ Hier lässt sich ein zweites Spannungsverhältnis im Kern des eidgenössischen Wahlkampfes ausmachen: Die durch Wahlen sichtbar werdende Trennung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten könnte mit der Mythologisierung der direkten Demokratie und des Milizsystems in Widerspruch treten. Diese weitere Säule des schweizerischen Sonderfalls manifestieren sich nämlich zunächst in der Überbetonung der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger, beginnend mit dem Diskurs der politischen Eliten selbst – was Hervé Rayner „*participationnisme d’Etat*“ nennt.⁵⁰ Dadurch wird die Distanz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten überdeckt: Die Schweiz wird als besonders egalitäre Demokratie imaginiert, in welcher kein Kopf – bis hin zu den Köpfen der Bundesräte – den anderen überragt. Der ideale Politiker soll keine starke, ausserordentliche Vertretungsfigur, sondern ein zwar kompetenter, aber bescheidener, normaler Bürger unter anderen sein, der nur seine staatsbürgerliche Pflicht erfüllt. Im Einklang mit diesem „antipersonalisierenden Prinzip“⁵¹ im Kern des Milizmythos gelten professionalisierte sowie personalisierte Politik als Probleme anderer Staatswesen, die dem schweizerischen Geist fremd seien. Hinter diesen

⁴⁶ Noch weiter in diese Richtung gehen machtkritische Perspektiven zur Konkordanz: Für François Masnata und Claire Rubattel funktioniert sie wie ein Mechanismus der politischen Verriegelung, indem die präventive Konsenssuche in ausserparlamentarischen Entscheidungsverfahren die politischen Möglichkeiten einschränkt. Auf dieser Basis fungiere der Diskurs um die Konkordanz als „idéologie du non-choix“ (François Masnata), die die Alternativlosigkeit verberge. Masnata u. a. (Hg.): *Le pouvoir suisse*, 1995, S. 154. Vgl. auch Burgos; Mazzoleni; Rayner: *La formule magique*, 2011, S. 110.

⁴⁷ Manin: *Principes du gouvernement représentatif*, 1996.

⁴⁸ Lehingue: *Le vote*, 2011, S. 83.

⁴⁹ Für einen Überblick: Dovi: *Political Representation*, 2014.

⁵⁰ Damit meint er ein in der Politik und im Staat verbreiteter Diskurs, welcher die Teilnahmemöglichkeiten der SchweizerInnen zelebriert, dafür aber die mangelnden Alternativen verbirgt. Dieser „*participationnisme d’Etat*“ gerate laut Rayner zunehmend in Widersprüche, da die Abstimmungskämpfe seit den 1990er Jahren immer mehr zur Gegenüberstellung professionalisierter Kommunikationskampagnen ohne Berücksichtigung des sonst gepriesenen Souveräns führten. Rayner: *Participationnisme d’Etat*, 2016.

⁵¹ Mazzoleni: *Critique et légitimation*, 2006, S. 75.

Vorstellungen mag auch eine gewisse Nostalgie für die kleinräumige, unmittelbare Politik der Landsgemeinde vor der Mediengesellschaft als „Wiege der Demokratie“ stecken.⁵² Aus dieser Perspektive könnten Wahlen und Wahlkämpfe in der Schweiz zwar zur symbolischen Bestätigung der bestehenden politischen Ordnung durchaus beitragen, und dies nicht zuletzt durch die Demonstration der Teilnahmebereitschaft der BürgerInnen. Gerade die gleichzeitige Betonung ihrer Irrelevanz gegenüber der direkten Demokratie könnte aber dazu dienen, das in der Schweiz wohl ungemütliche Prinzip der Repräsentation zu verschleiern.

1.3. Wahlkämpfe und Repräsentation

Verborgene Repräsentation in der Schweiz

Eine Ambivalenz des eidgenössischen Wahlkampfes läge also darin, gerade das demokratische Prinzip nicht zelebrieren zu können, welches den Wahlen gemeinhin ihren Sinn verleiht: die Repräsentation. Genau wie Wahlen und Wahlkämpfe findet dieses Prinzip weniger Raum in klassischen Darstellungen zur schweizerischen Politik, nicht zuletzt, da die oft verwendete essentialistische Opposition zwischen direkter und repräsentativer Demokratie dazu führt, das repräsentative Element in der Geschichte der schweizerischen Demokratie zu verbergen.⁵³ Geschichtswissenschaftliche Arbeiten haben aber gezeigt, wie das Gleichgewicht zwischen direkt- und repräsentationsdemokratischen Verfahren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen war.⁵⁴ In den ersten Jahrzehnten des jungen Bundesstaates entwickelte sich ein semirepräsentatives Entscheidungssystem, dessen Kernelemente später aus dem direktdemokratischen Mythos ausgeblendet wurden. Die Verankerung des Stimmrechts 1848 bestätigte zunächst für alle (männlichen) „Bürger“ in der Bundesverfassung das Recht der Schweizer, ihre Familien, und damit ihre Ehefrauen, zu repräsentieren.⁵⁵ Bis 1971 war die Männer- oder Brüderdemokratie quasi ein Repräsentationssystem mit zwei Ebenen, in welchem das stärkste Trennungsprinzip, nicht zuletzt aufgrund der symbolischen Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem, mehr zwischen Männern und Frauen, als zwischen Gewählten und Wählern, lag. Im 1848 geschaffenen Bundesstaat stellten zudem die Kantone die Hauptsäule der parlamentarischen Repräsentation dar, was zusammen mit der Wahlkreiseinteilung für

⁵² König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 84. König bemerkt dabei einen latenten Widerspruch bei der Idealisierung der Landsgemeinde als politische Gemeinschaft von Gleichen: Sie gab gleichzeitig Anlass zum „alterwürdigen Topos schweizerischer Sozialkritik“ der „Dorfkönige“ oder „Industriebarone“, welche die Dorfpolitik dominieren würden.

⁵³ Dazu Voutat: Suisse, 2002; Schorderet: Retour sur les origines des partis politiques, 2009.

⁵⁴ Vgl. insb. Schaffner: Direkte Demokratie, 1998. Siehe auch Schorderet: Elire, voter, signer, 2005.

⁵⁵ Dieses Prinzip einer direkten Beteiligung der Männer am Bundestaat sah sich durch den „männerbündischen Ursprungsmythos der Eid-Genossenschaft“ verstärkt, während Mythen wie jene der Stauffacherin die abgeleiteten Partizipationsmöglichkeiten der Frauen demonstrierten. Die Repräsentation der Frauen wurde zudem in einigen Fällen rechtlich verwirklicht: So konnten Bodeneigentümerinnen im Kanton Bern zwischen 1833 und 1887 (ab 1852 lediglich Ledige oder Verwitwe) mittels Stellvertretung eines Mannes an der Gemeindeversammlung teilnehmen. Vgl. Blattmann; Meier: Einleitung, 1998, S. 8; Voegeli: Frauenstimmrecht, 2015.

den Nationalrat eine territoriale, wenn auch ungleiche, Repräsentationsgrundlage im Sinne eines sogenannten „geographischen Proporz“ schuf.⁵⁶ Gegenüber eines als schwach konstruierten Staates blieben dabei die Gemeinden die ersten Zellen der politischen Teilhabe. Auch auf dieser Ebene spielte ein territorial basiertes Repräsentationsprinzip von Stimmberechtigten über Nichtstimmberechtigte mit: Die zahlreichen Ausschlussregeln aus den politischen Rechten in den Gemeinden bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts basierten oft auf einem mangelnden territorialen Besitz. Dies betraf Juden, Fahrende oder auch zugewanderte Arbeiter.⁵⁷

Obschon diese Gesellschaft „nichts als Gesellschaft sein“ wollte und die liberale Tradition Parteien als Manifestation des Dissens verachtete,⁵⁸ organisierten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neue Akteure und Strukturen der politischen Repräsentation auf kantonaler, dann auf eidgenössischen Ebene. Aus den Vereinen und Honoratiorenkreisen entstanden politische Parteien, deren Institutionalisierung und Nationalisierung um die Jahrhundertwende nicht nur aus dem Organisationsdruck der direkten Demokratie, sondern vielmehr zwecks der Teilnahme an Wahlen und der Organisation der parlamentarischen Arbeit geschahen.⁵⁹ Zur gleichen Zeit wurden die Wirtschaftsverbände allerdings zu zentralen Organen der Interessenrepräsentation, welche sich faktisch im Kern der parlamentarischen Entscheidungsprozesse etablierten. Damit sahen sich die Parteien nicht nur organisationsmässig geschwächt, sondern auch in ihrem Repräsentationsanspruch auf Bevölkerungsgruppen konkurrenziert. Die aus diesen Prozessen entstandene Gestaltung der politischen Repräsentation in der Schweiz wurde dabei selten explizit verhandelt. Eine wichtige Angelegenheit stellte jedoch, wie in vielen europäischen Demokratien damals, die langjährige Debatte um die Einführung des Proporzwahlsystems auf kantonaler und eidgenössischer Ebene dar.⁶⁰ Die Einführung des Proporz für die Nationalratswahlen 1919 veränderte tatsächlich das Profil der parlamentarischen Repräsentation grundlegend und trug auch zur impliziten Anerkennung der

⁵⁶ Gruner: Die Wahlen in den Schweizerischen Nationalrat, 1978, S. 548. Die Bundesverfassung von 1848 blieb dabei ziemlich vage bezüglich des Repräsentationsprinzips für die Bundesversammlung. Die Nationalräte wurden jedoch als Abgeordnete des schweizerischen Volkes (in Folge der Berechnungsbasis für die Verteilung der Mandate auf die Kantone inklusive Kinder und AusländerInnen) bezeichnet (Art. 61), und Ständeräte als Abgeordnete der Kantone (Art. 69).

⁵⁷ Die Mythologisierung der Landsgemeinde, bei der nur waffenfähige Bürger mitreden konnten, bekräftigte diese Ausschlussprinzipien in Bezug auf Frauen, indem sie insbesondere während der Debatte um das Universalstimmrecht dazu diente, das Stimmrecht als Korrelat der Wehrpflicht zu festigen. König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 82ff.

⁵⁸ Ebd., S. 85. Angesichts des negativen Bildes der Parteien als Zeichen des Dissens in dieser Zeit erinnert Irène Herrmann an folgenden Aufruf des Ständerats Kappeler im Mai 1874: „[...] puisse, dans notre pays béni, la patrie se trouver toujours au-dessus des partis!“, Bundesblatt, 1874, Bd. II, S. 539, zitiert nach: Herrmann: „La patrie au-dessus des partis“, 2001, S. 98.

⁵⁹ Für eine anregende Perspektive zur Entstehungsgeschichte der Schweizer Parteien in diesem Sinne, Schorderet: Retour sur les origines des partis politiques, 2009.

⁶⁰ Vgl. Lutz: Switzerland, 2004; Pilotti: Entre démocratisation et professionnalisation, 2016, S. 121ff.

Existenz der Parteien als legitime Repräsentationsgrundlage bei.⁶¹ Wie in anderen europäischen Ländern verstärkte sich in den krisenhaften Zwischenkriegsjahren allerdings ein Antiparlamentarismus, dessen Sonderformen von der Kritik der parlamentarischen Legitimität über die Befürwortung einer korporatistischen Repräsentation bis hin zur Forderung eines autoritären Landammannes reichte. Während die korporatistischen Reformprojekte der 1930er Jahre nicht zustande kamen, gaben die 1947 eingeführten neuen Wirtschaftsartikel den Verbänden eine verfassungsrechtlich anerkannte Rolle im parlamentarischen Entscheidungsprozess.⁶²

Abgesehen von diesen zwei zentralen Diskussionspunkten (Proporz und Rolle der Verbände) scheint die Gestaltung der Repräsentation seit dem 19. Jahrhundert eine latente, wenn auch selten deutlich formulierte Frage für die schweizerische Demokratie geblieben zu sein. In diesem Sinne will die vorliegende Arbeit die Dimension der Repräsentation in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit untersuchen – in einer Zeit, in welcher der direktdemokratische Mythos in all seinen Widersprüchen im Kontext des Kalten Krieges noch weiter verfestigt wurde. Welchen Platz bekamen das Prinzip und die Grundlage der Repräsentation in diesen Wahlkämpfen, wenn die Trennung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten den verbreiteten Vorstellungen der schweizerischen Demokratie widersprach?

Repräsentation als demokratisches Prinzip und kommunikativer Prozess

Um dieser Frage nachzugehen, bietet die international rege empirische Forschung über die Repräsentation nützliche Anknüpfungspunkte. Eine erste Herangehensweise an die politische Repräsentation versteht sie als „Vergegenwärtigung“ von „etwas, was nicht präsent ist“,⁶³ wobei beispielsweise ergründet wird, wie Monarchien sich über die Figur des Königs hinaus zwecks der Legitimierung ihrer Machtstrukturen darstellten.⁶⁴ Für demokratische Regime stellt sich die Frage der bildlichen sowie sprachlichen „Darstellung“ einer politischen Gemeinschaft auf neue Art, was insbesondere anlässlich von Wahlkämpfen verhandelt wird. Eine zweite Herangehensweise an die Repräsentation fragt nach ihren Grundlagen. Die Repräsentation stellt dabei laut dem Ideenhistoriker Pierre Rosanvallon die folgende Ursprungsaporie dar: Sollte sich die Gesellschaft mit der Fiktion des Volkes neu konstituieren oder sich auf der Basis bestehender Spaltungen und intermediärer Körperschaften repräsentieren lassen?⁶⁵ Rosanvallon verortet zwei Idealtypen der Repräsentation in der philosophischen Diskussion und in den Repräsentationsforderungen in europäischen Demokratien.

⁶¹ Um die Fiktion einer für alle Bürger und nicht nur für die Parteien offenen Wahl aufrechtzuerhalten, wurden aber die Nationalratswahllisten an „Wählergruppen“, und nicht an Parteien, gebunden. Dazu Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 103ff.

⁶² Vgl. dazu Kap. 2.1.1.

⁶³ Leibholz: *Das Wesen der Repräsentation*, 1963, zitiert nach Sarcinelli: *Legitimität*, 1998, S. 257.

⁶⁴ Dazu Riutort: *Sociologie de la communication politique*, 2007, S. 10ff.; Hofmann: *Repräsentation*, 2003; Kantorowicz: *Die zwei Körper des Königs*, 1992; Marin: *Le portrait du roi*, 1981.

⁶⁵ Rosanvallon: *Le peuple introuvable*, 1998, S. 21.

Zunächst sei aus der Tradition der Aufklärung ein Verständnis der Repräsentation als Stellvertretung (*représentation-mandat*) entstanden, in welchem das Mandat und das Vertrauensverhältnis, das dadurch entstehe, im Kern des Verhältnisses zwischen Repräsentanten und Repräsentierten stünden. Im Gegensatz dazu hätten ein Teil der amerikanischen Revolutionäre sowie die französische Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren eine Repräsentation als Identifikation, als Spiegel der Gesellschaft (*représentation-figuration*) verlangt, was aber vermehrt die Frage nach der Basis dieser sozialen Widerspiegelung aufgeworfen habe.⁶⁶

Gerade diese Spannung zwischen elitärer Stellvertretung und utopischer Figuration liegt der repräsentativen Demokratie zugrunde und belebt auch Wahlkämpfe, die Anlass zum Wettbewerb von Repräsentationsvorstellungen und -forderungen geben. Das Repräsentationsverhältnis lässt sich nämlich als kommunikativer Prozess verstehen, wofür der Politikwissenschaftler Michael Saward den Begriff der Repräsentationsansprüche („*representative claims*“) vorgeschlagen hat, um den relationalen, dynamischen, schliesslich auch performativen Charakter der Repräsentation, von der politischen Partei bis hin zum Verein oder NGO, zu beschreiben.⁶⁷ Dieses Verständnis der Repräsentation, bei der Repräsentanten ihren Repräsentationsanspruch durch Diskurse und Handlungen wiederholt betonen, ermöglicht es, die Wahlkampfkommunikation als weit mehr als eine reine Vertretung von vorher bestehenden, festen Interessen zu verstehen, wie sie oft aus den reinen Wahlergebnissen herausgelesen werden.

Parteien als Repräsentationsunternehmen

Hier stimmt Sawards Konzeptualisierung der Repräsentation als Prozess mit geschichtswissenschaftlichen Forschungsansätzen überein: Michel Offerlé historisiert beispielsweise die Partei selbst als flexibles „Repräsentationsunternehmen“ und versteht es als relational, dadurch dass Parteien zusammen „mit ihren Gegnern das Monopol in Anspruch nehmen, das Recht im Namen der Laien zu sprechen und sie zu repräsentieren“.⁶⁸ Im gesamten politischen Feld herrscht dabei eine relationale Logik der Abgrenzung, Unterscheidung aber auch Zusammenarbeit zwischen politischen Akteuren, unter denen politische Ressourcen ungleich verteilt sind.⁶⁹ Offerlé vergleicht zudem die

⁶⁶ Vgl. hier auch die normativen Prinzipien der deskriptiven (*standing for*) sowie der substantiellen (*acting for*) Repräsentation bei Hannah Pitkin, bzw. wie Jane Mansbridge sie verwendet. Ein Hauptunterschied, den Rosanvallon nicht verdeutlicht, der aber aus seiner historischen Analyse hervorgeht, ist, dass er die Kategorien und Interessen der Repräsentation nicht als gegeben, sondern konstruktivistisch versteht. Pitkin: *The Concept of Representation*, 1967; Mansbridge: *Rethinking Representation*, 2003.

⁶⁷ Saward: *The Representative Claim*, 2010. Für eine Diskussion und eine empirische Anwendung siehe Dutoya; Hayat: *Prétendre représenter*, 2016.

⁶⁸ Offerlé: *Les partis politiques*, 2010, S. 11.

⁶⁹ Wie Anne-Vaïa Fouradoulas für die schweizerischen Linken exemplifiziert hat, Fouradoulas: *Die radikale und gemässigte Linke*, 2013. Das in dieser Arbeit ebenfalls benutzte Bourdieusche Konzept des politischen Feldes weist sowohl auf diese relationellen Verhältnisse zwischen politischen Akteuren als auch auf die ungleiche Verteilung von Ressourcen hin (insb. ökonomischem sowie auch rein politischem Kapital), welche seine (im Fall der Schweiz limitierte) Schliessung nach aussen hervorrufen kann. Auch wenn Bourdieu selbst auf die

Partei mit einem „champ de luttés“, in dem die unterschiedlichen parteipolitischen Akteure darum streiten, im Namen der ‚Partei‘ sprechen zu dürfen.⁷⁰ Folglich stellt Offerlé die Selbstverständlichkeit in Frage, dass Parteien eine bereits bestehende und als homogen verstandene Konfliktlinie repräsentieren würden: „Clivages et partis, si l’on veut conserver cette dichotomie aventureuse, sont les résultats de *multiples bricolages aléatoires* par lesquels des entrepreneurs politiques [...] se produisent comme hommes politiques, tout en produisant les groupes qu’ils réunissent.“⁷¹ Diese Repräsentationsarbeit unternehmen die Parteien zudem nicht allein, weshalb sie in ihren soziopolitischen Konfigurationen – verstanden als Einschränkung und Ressource zugleich – zu analysieren sind.⁷² Mit dem Begriff des parteipolitischen Handlungssystems bezeichnet der Politikwissenschaftler Jacques Lagroye die gesamte Akteurskonstellation, die mit ihren Handlungen eine „Pflegearbeit“ von Referenzgruppen leistet und somit zur Repräsentationsarbeit dieses Handlungssystems beiträgt.⁷³ Damit betont er die sozialen Wirkungen der Interaktionen zwischen den verschiedenen Akteuren, ohne vorauszusetzen, dass ein Handlungssystem stark formalisiert sein muss.⁷⁴ Dieser Vorschlag lässt sich mit Forschungsansätzen vergleichen, die die Analyse von Wahlprozessen durch den Einbezug von sozialen Milieus vertieft haben.⁷⁵ Das Konzept des Handlungssystems ermöglicht jedoch weiter, die Vielfältigkeit der Akteure und Netzwerke zu berücksichtigen, welche neben den Parteien eine Repräsentationsarbeit für (eine) bestimmte Gruppe(n) unternehmen. Dies erscheint gerade im Fall der Schweiz wichtig, beginnend mit dem komplexen Verhältnis zwischen Parteien und Verbänden. Die Schweiz kannte zudem wie andere westeuropäische Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert stark segmentierte Parteilager, welche abwechselnd als „Ghetto“, „Sondergesellschaft“ oder „Subkultur“ bezeichnet worden sind.⁷⁶ Deshalb lohnt es sich, sowohl die Repräsentationsarbeit der Schweizer Parteien in den Blick zu nehmen, als sie auch mit jener der weiteren Akteure des politischen Feldes in Verbindung zu setzen. Aufbauend auf diesen Ansätzen will diese Arbeit nach den Veränderungen der Repräsentation als Prinzip und Prozess im Kern der Wahlkämpfe im Laufe der Nachkriegszeit fragen.

Veränderungsmöglichkeiten der Spielregeln von neuen Akteuren verweist, kann empirisch stärker die „Formbarkeit“ des politischen Feldes (Jacques Lagroye) berücksichtigt werden, um die Handlungsmöglichkeiten auch von Quereinsteigenden analysieren zu können. Vgl. Bourdieu: *La représentation politique*, 1981; Bourdieu: *Das politische Feld*, 2001; Lagroye; François; Sawicki: *Sociologie politique*, 2012, S. 201ff. Zur Diskussion bzw. Kritik des Verständnisses von Wandel bei Bourdieu bezüglich des Eintritts der Frauen in das politische Feld, vgl. Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014, S. 362; Parini: *Domination/Pouvoir*, 2013.

⁷⁰ Offerlé: *Les partis politiques*, 2010, S. 14.

⁷¹ Ebd., S. 30.

⁷² Ebd., S. 4.

⁷³ Lagroye; François; Sawicki: *Sociologie politique*, 2012, S. 265ff.

⁷⁴ Lagroye analysiert so sowohl die Arbeiterbewegung als auch die viel weniger organisierte „galaxie laïque“ in Frankreich als Handlungssysteme, Ebd., S. 266.

⁷⁵ Vgl. insb. Bartolini: *The Political Mobilization of the European Left, 1860-1980*, 2007.

⁷⁶ Vgl. dazu Kap. 2.1.2. Diese Realität betraf vor allem die ursprünglich minoritären Kräfte, d.h. alle historischen Parteien abgesehen von der FDP. Gruner sprach bspw. von einem „getto [sic]“, aber auch von einer Subkultur der Sozialdemokraten. Altermatt hat seinerseits den Begriff der Sondergesellschaft vorgeschlagen. Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, S. 134; Altermatt: *Katholizismus und Moderne*, S. 97ff.

2. Forschungskonzept

2.1. Fragestellung und Untersuchungsrahmen

Leitfrage: Parteien und Wahlkämpfe im Wandel

Ein zentraler Denkanstoss für diese Dissertation stellt der den Schweizer Wahlkämpfen der Nachkriegszeit oftmals zugeschriebene Charakter des Nichtereignisses dar. Ziel dieser Dissertation ist es, diese verbreitete Wahrnehmung kritisch zu hinterfragen und diese Wahlkämpfe als eigenständige wissenschaftliche Objekte zu analysieren. Die Leitfrage lautet folglich: Welche Veränderungen in den parteipolitischen Kampagnen, und darüber hinaus im Repräsentationsverhältnis zwischen Parteien, Kandidierenden und Bürgern spielen sich hinter der scheinbaren Bedeutungslosigkeit der Wahlkämpfe ab?

Um eine diachrone Analyse dieses Wandels zu ermöglichen, wurden vier Wahlkämpfe für den National- und Ständerat zwischen den 1940ern und 1980ern Jahren als Fallstudien ausgewählt. Allen ist gemeinsam, dass sie historische Brüche kennzeichnen: Der Wahlkampf von 1947 markierte den Beginn der Nachkriegszeit, also einer Ära ausserordentlicher parteipolitischer Stabilität. Ein herausragendes Merkmal dieser Wahlen ist zudem, dass die damalige Wahlbeteiligung von 72.4% bis heute nicht übertroffen worden ist. Der Wahlkampf von 1959 krönte ein höchst stabiles Jahrzehnt und fand kurz vor der Einführung der „Zauberformel“ bei den Bundesratswahlen von Dezember 1959 statt. Beim Wahlkampf von 1971 durften Frauen zum ersten Mal als Wählerinnen und Kandidatinnen teilnehmen. Zudem bekamen die Bundesratsparteien bei diesem Wahlkampf unerwartete Konkurrenz, insbesondere seitens der neuen rechtsradikalen Parteien. Der Wahlkampf von 1983 markiert schliesslich den Beginn einer grundsätzlichen Rekonfiguration der schweizerischen Politik: insbesondere durch den Durchbruch der grünen Parteien auf dem politischen Feld, aber auch durch eine neue Polarisierung zwischen links und rechts. Diese Fallstudien über einen Zeitraum von fast vierzig Jahren ermöglichen sowohl die Analyse von kontextspezifischen Veränderungsprozessen als auch die Beobachtung von Kontinuitäten und Brüchen zwischen den verschiedenen Wahlkämpfen.

Parteien und ihre Entscheidungsprozesse im Wahlkampf

Um die Veränderungen der Wahlkämpfe zu analysieren, interessiert sich diese Arbeit zunächst für ihre Hauptakteure, die politischen Parteien, und die Entscheidungsprozesse, die ihren Kampagnen zugrunde liegen. Der Fokus der Untersuchung liegt dabei auf den vier wichtigsten schweizerischen Parteien – der BGB/SVP, CVP, FDP und der SP – zwecks der Analyse ihrer Entscheidungsprozesse und Herangehensweisen an den Wahlkampf. Um die föderale Funktionsweise und die innere Vielfalt der Schweizer Parteien zu berücksichtigen, nimmt die Studie sowohl die unterschiedlichen Entscheidungsebenen in den Parteien als auch die verschiedenen parteipolitischen Akteure in den Fokus.

Folglich schliesst der Untersuchungsrahmen die nationale Ebene der Wahlkampf­führung ein und zieht ergänzend auf kantonaler Ebene die drei Kantone Tessin, Waadt und Zürich hinzu.⁷⁷ Diese Auswahl soll den Einbezug der sprachlichen, kulturellen, konfessionellen, sozioökonomischen sowie der politischen Vielfalt der Schweiz in die Analyse ermöglichen. Damit hat die Studie den Anspruch, die Entscheidungsfindung dieser beiden Parteebenen zu beleuchten. Die Berücksichtigung dieser zwei Ebenen ermöglicht, potenziell unterschiedliche Entscheidungsprozesse und Handlungslogiken, und damit einhergehend, potentielle Konflikte zwischen ihnen herauszuarbeiten. Auf der Ebene der sogenannten Mutterparteien werden die dem eidgenössischen politischen Feld entsprechenden Wahlkampfstrategien sowie die dafür unternommenen Koordinations- oder sogar Zentralisierungsbemühungen der kantonalen Kampagnen sichtbar. Die drei verschiedenen kantonalen Partee Kontexte bieten dann Einblick in die Nominierungsprozesse der Kandidierenden sowie in die alltägliche, oft lokal verankerte Planung der Wahlkampagnen, welche jeweils in Beziehung zu kantonalen, aber auch eidgenössischen Handlungsrahmen steht.

Die Arbeit strebt weiter an, die kantonalen und nationalen Parteien in ihrer inneren Heterogenität zu verstehen. Dafür werden die komplexen Dynamiken der parteiinternen Demokratie in die Analyse einbezogen. Wenn die Entscheidungsfindung der nationalen und kantonalen Exekutivinstanzen im Mittelpunkt steht, stellt sich dabei die Frage, wie die Entscheidungsmacht sich darin zwischen den Gewählten, den Parteifunktionären, aber auch ihren externen Beratern verteilt. Dazu werden auch die Einflussmöglichkeiten der Parteitage beziehungsweise der Delegiertenversammlungen, sowie der parteipolitischen Organisationen wie der Jugend- und Frauensektionen berücksichtigt.

Kampagnendurchführung und Handlungsrahmen der Parteien

In einem weiteren Schritt interessiert sich die Arbeit für die parteipolitische Kampagnendurchführung sowie für den spezifischen Handlungsrahmen, der deren Aktionsradius absteckt.

Zunächst stellt sich die Frage nach den Kampagnenzielen der Parteien, die umso brisanter scheint, als die stabile Machtverteilung zwischen ihnen die Perspektive der Erreichung einer Mehrheit oder eines starken Stimmengewinns versperrt. Dann ist zu fragen, welche Strategien die Parteien aus diesen Zielen ableiteten: Welche Wahlkampfpläne entwarfen sie und welche zeitlichen, finanziellen und personellen Mittel setzten sie dafür ein? Damit verbunden stellt sich die für den Prozess der Repräsentation zentrale Frage nach den Zielwählerschaften der Parteien: Wie kategorisierten die Parteien die Schweizer Stimmbevölkerung und welche Gruppen visierten sie für ihre Kampagnen an? Schliesslich untersucht die Arbeit die Palette der Kommunikationsbemühungen der Parteien von den

⁷⁷ Für den Kanton Tessin wurde allerdings die bis in die 1990er Jahre sehr kleine Bauernpartei nicht berücksichtigt.

Wahlkampfmaterialien und Programmen bis hin zur Medienarbeit und den Wahlveranstaltungen. Wie versuchten die Parteien, die BürgerInnen für die Wahl zu mobilisieren?⁷⁸

Um die Kampagnendurchführung der Parteien zu verstehen, liefern politikwissenschaftliche Modelle des strategischen Handelns bei Kampagnen fruchtbare Anknüpfungspunkte.⁷⁹ Über konjunkturelle Faktoren hinaus, welche einen Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der Parteien haben können (z.B. das Aufkommen neuer Themen auf der medialen Agenda), interessieren sich diese Modelle für die Handlungsspielräume und -einschränkungen sowie für die Gelegenheitsstrukturen des parteipolitischen Handelns. Die Gestaltung des Wahlkampfs als Wettbewerbsfeld spielt hierbei eine zentrale Rolle, da sie die möglichen Allianzen und Gegnerschaften mitbestimmt. Hier rücken zunächst die Beziehungen der vier untersuchten Parteien zueinander, aber auch zu den weiteren Parteien im Wahlkampf in den Fokus. Die Formen des zwischenparteilichen Wettbewerbs können darüber hinaus Auskünfte über die Stimmung der untersuchten Wahlkämpfe geben: Suchten die vier Parteien tatsächlich einen Konsens im Wahlkampf, oder verfolgten sie einen konfrontativen Kurs? Welche Spielregeln und Verhaltenscodes wurden dabei zwischen Konsensdiskurs und Wahlkampfalltag verhandelt?

Neben den verschiedenen Parteien sind auch die weiteren Akteure des politischen Feldes zu betrachten: Welche Beziehungen pflegten die Parteien mit nichtparteilichen Akteuren im Wahlkampf, von Wirtschaftsverbänden bis hin zu sozialen Bewegungen? Diese Organisationen, die eventuell Teil eines grösseren Handlungssystems waren, konnten den Wahlkampf nämlich ebenso als Plattform für ihre Anliegen oder vielmehr für ihre eigene politische Repräsentation nutzen. Dabei strukturierte die Ausrichtung der Medienlandschaft die Möglichkeiten etablierter sowie neuer Akteure, sie als Vermittlungskanäle im Wahlkampf zu verwenden. Schliesslich sind auch die Bundesbehörden im Wahlkampffeld zu berücksichtigen. Es ist anzunehmen, dass sie durch öffentliche Kommunikation eine Rolle in der Legitimierung des Wahlkampfs und der Wahlteilnahme gespielt haben – so wie sie ab den 1970er Jahren und speziell ab den 1990er Jahren eine zunehmend aktive Rolle bei Abstimmungskämpfen einnahmen.⁸⁰ Zudem hatten die vier berücksichtigten Parteien im gesamten Zeitraum als Bundesratsparteien ein enges Verhältnis zur Exekutive und unterschieden sich hierin von den sogenannten ‚Oppositionsparteien‘ wie der PdA oder dem LdU. Für alle vier Parteien stellte sich daher die Frage, wie sie sich im Wahlkampf zur Bundesratsbeteiligung positionierten.

⁷⁸ In diesem Kontext lässt sich die klassische, breite Mobilisierungsdefinition von Rosenstone und Hansen übernehmen: „Mobilization is the process by which candidates, parties, activists and groups induce other people to participate“, sei es für die Wahlentscheidung selbst oder für die Mithilfe beim Wahlkampf. Rosenstone; Hansen: Mobilization, Participation, and Democracy in America, S. 25.

⁷⁹ Vgl. Kriesi; Bernhard; Hänggli: The Politics of Campaigning, 2009.

⁸⁰ Für die Entwicklung (und eine Beurteilung) der staatlichen politischen Kommunikation bei Abstimmungen in jüngeren Jahrzehnten, siehe Hardmeier: Public Relations der öffentlichen Hand, 2003; Rayner: Participationnisme d'État, 2016.

Als politische Gelegenheitsstruktur, welche den Erfolg oder das Scheitern von politischem Handeln beeinflusst, wird im Fall der Schweiz die relative Offenheit des politischen Systems genannt: der Föderalismus bietet neuen Akteuren vielfältige Einstiegspunkte in das politische Feld und das Wahlrecht sieht keine Sperrklausel zum Eintritt in die Parlamente vor.⁸¹ Wenn neue Akteure somit einen relativ leichten Zugang zum politischen Feld hatten, so könnte die föderale Prägung der eidgenössischen Wahlen aufgrund der kantonalen Wahlkreise auch etablierten Akteuren wie Parteien eine Flexibilität in der Kampagnendurchführung und genauer eine Anpassungsfähigkeit an kantonale und lokale Kontexte ermöglicht haben. Die direkte Demokratie stellte eine weitere günstige Gelegenheitsstruktur dar, die es etablierten sowie neuen Akteuren ermöglichte, Themen auf die Agenda zu setzen und dabei eigene Interpretationen politischer Fragen in den Vordergrund zu stellen. Dazu stellt sich die Frage, inwiefern direktdemokratische Instrumente vor ihrem inflationären Gebrauch ab den 1990er Jahren von den Bundesratsparteien als Wahlhilfe verwendet wurde.⁸²

Als noch zentraler für die Kampagnendurchführung erscheinen aber die Merkmale des Wahlsystems selbst, die zwar als Handlungseinschränkung, aber auch als günstige Gelegenheitsstruktur fungieren konnten.⁸³ Eine schweizerische Besonderheit stellen nämlich die Möglichkeiten der Wählenden zur Listenveränderung (Kumulieren, Streichen und Panaschieren) für die Nationalratswahlen dar, deren Einführung 1919 als ambivalente Folge des Wechsels zum Proporz zu verstehen ist.⁸⁴ Sie sind aus dem Grund ambivalent, weil sie eine höchst personalisierte Logik in den Wahlkampf einbrachten: Sie machten Kandidierende nicht nur zu Konkurrenten von Kandidierenden anderer Parteien, sondern auch zu Konkurrenten von Parteimitgliedern, was einen weiteren Widerspruch zum verbreiteten Verständnis der eidgenössischen Wahlkämpfe als konsensorientiert und wenig personalisiert darstellt.⁸⁵ Für die Parteien schränkten diese sogenannten Wählerfreiheiten die Gültigkeit ihrer eigenen Kandidierendenauswahl ein; zudem standen sie einer Vielfalt von individuellen und kollektiven Strategien gegenüber – nicht zuletzt seitens der Verbände oder Bewegungen. Rein taktisch gesehen,

⁸¹ Zur Offenheit bzw. Schliessung des politischen Systems der Schweiz für politische Akteure, am Beispiel rechtsradikaler Parteien, siehe Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland*, 2009, S. 39ff. Zum Wahlsystem insb.: Linder: *Schweizerische Demokratie*, 2012, S. 112ff.

⁸² Vgl. Leemann: *Political Conflict and Direct Democracy*, 2015; Marquis; Bergman: *Development and Consequences of Referendum Campaigns in Switzerland*, 2009.

⁸³ Zudem konnten die Akteure die Wahlregeln neu verhandeln, dazu Vatter: *Wenn die Regeln die Resultate bestimmen*, 2015.

⁸⁴ Laut François Lachenal entsprachen sie dem Unbehagen vieler Parlamentarier gegenüber der Listenwahl und der in ihrer Sicht daraus resultierenden Anerkennung der politischen Parteien. Gruner folgend sind sie zudem „dasjenige Element des Proporzsystems, das sich am stärksten an das alte Wahlsystem anlehnte“. Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 102; Gruner: *Wahlen*, 1984, S. 227.

⁸⁵ So schreibt Aubert provokativer Weise: „L'élection est donc fortement personnalisée. Son intérêt principal réside, pour finir, moins dans l'affrontement des partis que dans la compétition des individus. Les luttes d'idées sont molles et n'ont pas grand effet sur le résultat. Mais les rivalités des candidats, à l'intérieur des listes, sont connues; elles aiguïsent le crayon des citoyens, qui cumulent leurs champions, biffent leurs bêtes noires et vont, par leur panachage, marquer leurs préférences jusque dans les lignes de l'adversaire.“ Aubert: *Exposé des institutions politiques de la Suisse*, 1978, S. 244. Im Kanton Tessin wurde das Panaschieren sogar zwischen 1954 und 1958 auf kantonaler Ebene verboten, gerade wegen Vorwürfen des Klientelismus. Vgl. Pilotti; Stanga: *Quanto contano le persone?*, 2008, S. 72.

sollten Parteien jedoch danach streben, möglichst viele Panaschierstimmen von Wählern anderer Parteien auf sich zu vereinigen, und zugleich ihre eigenen Wählenden vom Panaschieren abzuhalten.⁸⁶ Daraus folgt die Frage, wie Parteien diese Wahlfreiheiten in den wechselnden Wettbewerbskonstellationen bei der Gestaltung der Kandidaturen berücksichtigten und ferner, welchen Gebrauch dieser Rechte sie ihren Anhängern empfahlen.

Deuten und Repräsentieren im Wahlkampf

Neben der Analyse des Handelns der Parteien als Treiber des Wahlkampfwechsels interessiert sich diese Arbeit für die von ihnen im Wahlkampf produzierten Diskurse, Narrative, Bilder, Symbole und Inszenierungen, um die Deutungen der Gesellschaft und des Politischen zu erkunden, welche anlässlich der Wahlkämpfe in Wettbewerb zueinander traten. Mit diesen Deutungen antworteten politische Akteure dabei jeweils auf sich schnell verändernden Bedingungen der politischen Legitimierung.⁸⁷

Zunächst fragt diese Arbeit diesbezüglich nach den Darstellungen der schweizerischen demokratischen Gemeinschaft von Wahlkampf zu Wahlkampf. Dafür werden die Veränderungen in der Gemeinschaftssprache, aber auch in den Feindbildern der Parteien sowie in ihren Projektionen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Schweiz untersucht. Dies führt ferner zur Frage, wie die Parteien sich selbst als Akteure dieser politischen Gemeinschaft inszenierten, und wie sie das politische Handeln überhaupt darstellten.

Auf einer reflexiven Ebene interessiert sich diese Arbeit dann für die Selbstbeobachtungen der Wahlkampfakteure. Wie deuteten sie den Wahlkampf und seine Spielregeln? Wie hing dies mit den Mythen um die Konkordanz und die direkte Demokratie als schweizerische Sonderfälle zusammen? Wie prägten diese Selbstzuschreibungen der politischen Schweiz den Ablauf des Wahlkampfs, oder genauer: Inwiefern wurde Streit inszeniert oder im Gegenteil politischer Konflikt gemieden?

Als Letztes gilt es schliesslich, die Frage der Repräsentation im Wahlkampf in den Blick zu nehmen. Wie veränderte sich die Grundlage der repräsentativen Bindung zwischen Gewählten und Wählenden von Wahlkampf zu Wahlkampf? Diese wird zunächst in den Mobilisierungspraktiken sichtbar: Auf der Basis von welchen Unterscheidungslinien, welchen gesellschaftlichen Identitäten stellten die Parteien Repräsentationsansprüche? Durch welche Kanäle und in welchem Ton sprachen die Parteien ihre anvisierten Wählerschaft(en) an? Inwiefern hing dies mit der Konfiguration des politischen Feldes zusammen, und insbesondere mit dem Wettbewerb mit weiteren Akteuren wie anderen Parteien, aber auch Verbänden und Vereinen? Auf der Seite der Repräsentanten stellt sich dann die Frage, welche Legitimitätsgrundlagen die Parteien in der Auswahl und Lancierung ihrer Kandidierenden betonten.

⁸⁶ Burger: Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik, 2001, S. 20.

⁸⁷ Sarcinelli: Legitimität, 1998, S. 265f.

Wie veränderten sich die Auffassungen der Repräsentation, zwischen Stellvertretung und Identifikation, welche dabei zum Ausdruck kamen? Über die Frage der Grundlage der Repräsentation hinaus stellt sich ferner jene ihrer Qualität, sprich der Art und Weise, wie Parteien und Kandidierende ihre Bindung zu den Wählenden zu inszenieren versuchten. Wenn eine zu starke Trennung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten den Mythen der direkten Demokratie und des Milizsystems widersprach, lässt sich nämlich fragen, auf welcher Basis die Parteien und Kandidierenden ihre repräsentative Legitimität darstellen konnten. Wie warb man bei Wählenden für werdende oder etablierte politische Eliten? Welcher Grad an Personalisierung und Professionalisierung des Wahlkampfs war in der egalitären Männerdemokratie überhaupt möglich?

2.2. Quellenbasis und methodisches Vorgehen

Archivlage

Ziel der Archivarbeit war es, für die vier berücksichtigten eidgenössischen Wahlkämpfe sowohl Wahlkampfmaterialien als auch parteiinterne Dokumente über die Kampagnendurchführung heranziehen zu können: Protokolle der Führungsinstanzen, Berichte, oder Korrespondenz.

Die Parteiarchive boten dafür einen einzigartigen Blick in die Eigenperspektive der Parteien. Die Lage der nicht publizierten Quellen für die vier Parteien sieht dabei höchst unterschiedlich aus. Dank ihrem ausgeprägten Bewusstsein für die eigene Geschichte und für die parteiinternen Debatten hat die SP ihr Parteileben am systematischsten dokumentiert. Im Schweizerischen Sozialarchiv sind Protokolle der nationalen Führungsinstanzen und dabei sogar Wortprotokolle der Parteitage zu finden, sowie zahlreiche Dokumente zum Wahlkampf: Materialien, Korrespondenz, selbstproduzierte Statistiken, Berichte. Zu den SP-Kampagnen der 1940er Jahre bot zusätzlich das Privatarchiv des Werbeberaters Victor Cohen (ebenfalls im Sozialarchiv) aufschlussreiche Dokumente. Die Quellenlage der Tessiner, Waadtländer sowie Zürcher Kantonalparteien ist ebenfalls ausgezeichnet und bietet Einblick in den Alltag der Kampagnen auf kantonaler Ebene (im Tessiner Staatsarchiv, Waadtländer Staatsarchiv bzw. Schweizerischen Sozialarchiv).⁸⁸

Unter den bürgerlichen Parteien sind nur die Bestände der schweizerischen CVP mit denjenigen der SP vergleichbar. Wohl dank der Sammelfreude des langjährigen CVP-Parteisekretärs Martin Rosenberg gibt es im Bundesarchiv eine sehr hohe Anzahl an wahlkampfbezogenen Dokumenten über die christlichdemokratische Mutterpartei. Diese Dokumente reichen von Protokollen, Wahlkampfmaterialien, Korrespondenz und Berichten bis hin zu riesigen Sammlungen an

⁸⁸ Für den Wahlkampf von 1983 in der Waadt wurden zusätzliche Quellen beim Sekretariat der waadtländischen SP berücksichtigt.

Zeitungsartikeln.⁸⁹ Die seit 2013 im Waadtländer Staatsarchiv gelagerten Bestände der kleinen kantonalen CVP sind zwar schmal, liefern aber interessante Einblicke in deren Gründungsjahre nach 1945 sowie zum alltäglichen Parteileben, inklusive kantonaler und eidgenössischer Wahlkämpfe. Das Archiv der Zürcher CVP im Parteisekretariat ist sehr gut ausgestattet, wenn auch wenig systematisch archiviert, mit Protokollen, Wahlkampfmaterialien und umfassenden Wahlkampfberichten. Die Bestände der Tessiner CVP im kantonalen Staatsarchiv sind zumindest was die Protokolle und Korrespondenzen betrifft weitgehend vollständig und wurden auch akribisch archiviert.

Für das Archiv der schweizerischen FDP im Bundesarchiv stellt sich die Lage so dar, dass es in Teilen vollständig, in anderen sehr lückenhaft ist. In der Regel konnte sich die Arbeit aber zumindest auf die Protokolle der Führungsinstanzen stützen, ausser im Falle des Wahlkampfes von 1983, zu welchem hauptsächlich Berichte archiviert worden sind. Zu weiteren Beständen im eigenen Parteisekretariat hat die FDP den Zugang für diese Forschung verweigert. Die Bestände der drei Kantonalparteien in den jeweiligen kantonalen Staatsarchiven sind dafür aber gut ausgestattet (jedoch vor allem ab den 1950er Jahren) und ergänzen zum Teil jene der Mutterpartei – beispielsweise dank der Korrespondenz zwischen den zwei Parteebenen.⁹⁰

Ebenfalls als schwierig hat sich der Quellenzugang bei der SVP erwiesen: Während die nationale Partei den Zugang zum eigenen Archiv verweigert hat, konnten immerhin die Bestände ihrer Vorgängerpartei BGB im Sekretariat der Berner SVP konsultiert werden, welche die (begrenzte) Rolle der Mutterpartei für die Kampagnendurchführung dokumentieren. Das Privatarchiv des ehemaligen Nationalrates Walther Hofer bot zusätzliche Dokumente zur strategischen Planung der Schweizer SVP in den 1960-70er Jahren. Dazu lieferten die kleinen Hausarchive der Waadtländer und Zürcher SVP einige Dokumente über das Verhältnis zwischen der nationalen Partei und den kantonalen Parteien. Sie beinhalten sonst vor allem kantonale, dafür aber für den Wahlkampf zentrale Dokumente, was der ausgeprägten föderalen Funktionsweise dieser Partei entspricht. Während das Archiv der waadtländischen SVP sich vorwiegend auf Protokolle der Führungsinstanzen beschränkt, bietet das Archiv der Zürcher SVP auch eine reiche Quellensammlung für die Kampagnen von 1959 und 1971. Zu den 1940er Jahren finden sich keine Quellen. Dokumente zum Wahlkampf von 1983 lassen sich im Parteiarchiv seit einem Umzug auch nicht mehr finden, diesbezüglich erwies sich die Lizenzierungsarbeit von Samuel Schnydrig, die diese noch analysieren konnte, als sehr nützlich.⁹¹

Bezüglich der Wahlkampfmaterialien boten sich zunächst die Kataloge der Nationalbibliothek, der Genfer Kantonalbibliothek, des Sozialarchivs und des Zürcher Museums für graphische Gestaltung an,

⁸⁹ Eine von der Partei im Auftrag gegebene Umfrage liess sich allerdings nur im Archiv der Basler Kantonalpartei im Basler Staatsarchiv finden.

⁹⁰ Für die Kampagne von 1983 liessen sich zudem beim Sekretariat der Tessiner Freisinnigen Dokumente (Protokolle, Kampagnenmaterialien) finden. Bezüglich der waadtländischen Freisinnigen bot auch das Privatarchiv des ehemaligen Ständerates Edouard Debétaz Dokumente zur Organisation der gleichen Kampagne.

⁹¹ Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007.

die zahlreiche Wahlkampfplakate beinhalten. Für weitere Kampagnenmaterialien wie Broschüren, Flugschriften, Inserate, Wahlbriefe oder Werbeobjekte haben sich neben den manchmal ungleich versorgten Beständen der Parteien die thematischen Dossiers des schweizerischen Sozialarchivs und des Zürcher Staatsarchives zu Wahlen und Parteien als eine sehr hilfreiche Ergänzung erwiesen. Weil sehr wenige Wahlkampfmaterialien im Tessiner Staatsarchiv zu finden waren, beschränkt sich die Analyse hauptsächlich auf nationale, Zürcher und teilweise auch Waadtländer Wahlkampfmaterialien.⁹² Um die für die erstmalige Teilnahme der Frauen an den Wahlen von 1971 entworfenen Kampagnenmaterialien zu erkunden wurden auch Bestände der Bundeskanzlei (Herausgeberin einer Informationsbroschüre zu den Wahlen) und Sachdossiers zum Thema Frauen und Politik im Privatarchiv des Bundes schweizerischer Frauenvereine bei der Gosteli-Stiftung konsultiert.

Ferner hat sich eine – nicht systematische – Recherche von Medienquellen in Wahlkampfzeiten angeboten, um sowohl die Lücken der Parteiarchive (hinsichtlich wichtiger Entscheidungen und Ereignisse oder zum politischen Kontext) zu überbrücken, als auch um herauszuarbeiten, welche Bedeutung das mediale (Nicht-)Ereignis Wahlkampf darstellte und wie die Parteien dabei mit der medialen Berichterstattung ihrer Kampagnendurchführung umgingen. Es wurde gezielt nach Wahlinseraten und Artikeln zum Wahlkampf in den wichtigsten Zeitungen der jeweiligen Kantone sowie in Zeitschriften gesucht, insbesondere anhand der Artikelsammlungen der Parteien selbst sowie der thematischen Dossiers des Sozialarchives zu Wahlen und Wahlkämpfen. Artikel der Parteizeitschriften boten vereinzelt auch eine wichtige Innenperspektive zum Wahlkampf. Betreffend audiovisueller Quellen zum Wahlkampf wurden einige Reportagen und Debatten dank der verschiedenen Datenbanken der deutsch- und französischsprachigen Schweiz konsultiert, wobei die vorliegende Arbeit keine systematische Analyse des Wahlkampfs im Fernsehen und Radio unternahm. Die Wahlkampf-Sendungen selbst sowie die umfangreichen parteieigenen Dokumente hierzu bieten Material für neue, spezifischer ausgerichtete Untersuchungen an.⁹³

Neben diesem qualitativen Quellenkorpus stützt sich diese Arbeit schliesslich auf quantitative Daten: Statistiken des Bundesamtes für Statistik zu den Wahlergebnissen einerseits, Daten zu den Kandidierenden aus den jeweiligen Wahlberichten des Bundesblattes andererseits. Letztere Daten wurden für die drei Kantone in einer Datenbank gesammelt, um Änderungen in den Profilen der Kandidierenden zu erfassen.⁹⁴ Schliesslich stützt sich die Analyse vereinzelt auf einige Interviews mit Wahlkampfakteuren – mit Parteisekretären und insbesondere einem Werbeberater. Aufgrund des

⁹² Dazu lieferte das Privatarchiv des waadtländischen Journalisten Louis Polla zahlreiche Kampagnenmaterialien.

⁹³ Auch wenn die Werbespots von 1971 für die vier untersuchten Parteien nicht gefunden werden konnten, lassen sich ihre Skripte dennoch in den jeweiligen Parteiarchiven einsehen (vgl. dazu Quellenverzeichnis).

⁹⁴ Vgl. Kap. 6.

bereits breiten Umfangs des Quellenkorpus spielen diese Interviews im Rahmen dieser Forschungsarbeit nur eine sekundäre Rolle.

Quellentypen

Im Folgenden sind noch einige Bemerkungen zu drei sich im Zentrum der Analyse befindenden Quellentypen erforderlich. Zunächst erwiesen sich die Sitzungsprotokolle der parteipolitischen Führungsinstanzen als unabdingbar, um die Handlungen der Parteien mitverfolgen zu können. Sie bargen dabei besondere analytische Herausforderungen: Abgesehen von der verbreiteten Traktandenliste unterschieden sich die Protokollierungspraktiken je nach Partei, Kontext, und Protokollierenden. Zum grossen Teil lieferten die Protokolle zumindest Informationen darüber, wer welche Aussage machte. Dadurch war es möglich, die Meinungsunterschiede und die unterschiedlichen Standpunkte der Akteure im Falle von Konflikten zu verorten. Abgesehen von einigen Protokollen, die offenbar eine ganze Diskussion wiedergeben, geben aber die meisten nur Einblick in die von den Protokollierenden als wichtig eingestuften Aussagen und Entscheidungen. Ein Teil der Protokollierenden vermied heikle Diskussionen oder fasste sie nur in sehr vagen Formulierungen zusammen. In der Regel wurden die Protokolle bei der nächsten Sitzung angenommen, was darauf hindeutet, dass selbst konfliktfreundige Parteikader in parteiinternen Dokumenten wenig Spuren von Konflikten hinterlassen wollten.

Eine ergiebige Quelle waren zudem Berichte über die vorgesehene Durchführung der Kampagne oder über ihre Evaluation nach den Wahlen. In diesen Dokumenten kamen Überlegungen, Interpretationen und Strategien für den Wahlkampf zum Ausdruck, die in Sitzungen nicht ausführlich diskutiert werden konnten und oft auch nicht in der tatsächlichen Wahlkampfpraxis fruchtbar gemacht wurden. Die AutorInnen – ParteisekretärInnen, ExpertInnen – wandten oft einen sehr didaktischen Stil an, um ihre Perspektive auf den Wahlkampf innerhalb der Partei so gut wie möglich zu erklären. Diese Berichte waren tatsächlich oft eine Art Vermittlungsinstanz zwischen der Wahlkampfpertise und den konkreten Mobilisierungspraktiken der Milizpolitiker.

Einschlägige Objekte jeder Wahlkampfanalyse sind schliesslich die vielfältigen Wahlkampfmaterialien, welche die Parteien einsetzten: Plakate, Flugschriften, Broschüre, Inserate, Wahlbriefe oder auch Werbeobjekte. Auch wenn diese Studie keine Rezeptionsgeschichte der Wahlkämpfe darstellt, wurde darauf geachtet, den materiellen Rezeptionskontext der verschiedenen Wahlkampfmaterialien in der Analyse zu berücksichtigen, um den Platz des Wahlkampfs im Alltag zu eruieren, aber auch um die Erwartungen der Parteien bezüglich der Wirkung ihrer Werbung zu verstehen.⁹⁵

⁹⁵ Vgl. zu diesem Punkt Mergel: *Der mediale Stil der Sachlichkeit*, 2003, S.35.

Methodisches Vorgehen

Aufgrund der Vielfalt der zu analysierenden Quellen wurden verschiedene methodische Zugänge kombiniert, die auch den drei Ebenen der Fragestellung entsprechen. Die klassische hermeneutische Quellenanalyse erwies sich zunächst als unabdingbar, um gemäss dem ersten Teil der Fragestellung die parteipolitische Planung rekonstruieren zu können.⁹⁶ Sitzungsprotokolle, Berichte sowie Jahrbücher der Parteien lieferten unmittelbare Auskünfte über die involvierten Akteure, Zeitpläne und Massnahmen der Kampagnen. Als Analysewerkzeuge dienten dabei zunächst Organigramme für jede Partei, um die Position der im Wahlkampf entscheidungsbefugten und mitbeteiligten Akteure – inner- oder ausserhalb der Partei, lokal, kantonal oder national – sowie ihre Beziehungen zueinander ermitteln zu können. Ferner liessen sich auf dieser Basis Kalender der wichtigsten Entscheidungen und Momente des Wahlkampfs erstellen, um die Dauer und Intensität der Wahlkampagnen einzuschätzen. Dazu wurde ein Fragenkatalog für den zweiten Teil der Fragestellung (Untersuchung der Kampagnendurchführung) entwickelt, der sich auf die wichtigsten strategischen Orientierungen bezieht: Gewinnziele, investierte Mittel, Zielwählerschaft(en), programmatische Linien, Wahlkampfmaterialien, Medieneinsatz, Wahlkampfveranstaltungen. Selbst wenn diese Informationssammlung aufgrund der ungleichen Quellenlage Lücken aufweist, insbesondere was die Kantonalparteien angeht, stellt sie eine solide Basis dar, um wiederkehrende oder abweichende Handlungsweisen bei der Kampagnendurchführung zu identifizieren.

In Protokollen, Wahlberichten, Korrespondenzen und vor allem Wahlkampfmaterialien verdichten sich ferner Deutungsmuster des Wahlkampfs. Im Rahmen des letzten Teils der Fragestellung hat dafür die historische Diskursanalyse, insbesondere in der von Achim Landwehr dargestellten Form, einen hilfreichen Zugang geboten.⁹⁷ Basierend auf der Diskurstheorie stellt sie die Frage, „wie und warum sich [...] Diskurse im historischen Prozess verändern und damit zugleich eine veränderte Wirklichkeit hervorbringen.“⁹⁸ Auf die Analyse der jeweiligen Quelle auf der Makroebene folgt eine Mikroanalyse des Textes auf der Satz- und Wortebene.⁹⁹ Die Analyse fokussiert dabei auf die Wiederholung von Begriffen, festen Redewendungen, Topoi – die politische Rede tendiert besonders zu Wiederholungen.¹⁰⁰ Ein besonderes Augenmerk erhielten die von den Parteien verwendeten Kategorien bezüglich ihrer Wählenden. Diesbezüglich interessierte sich die Analyse auch für die von den Parteien angegebenen Zahlen zu ihren Wählerschaften, die sowohl auf der Wahlstatistik als auch auf Umfragen basieren.¹⁰¹ Was die genauere Analyse von Wahlkampfmaterialien anging, liess sich die historische Diskursanalyse mit den Ansätzen der *Visual History* kombinieren, um den Zusammenhang

⁹⁶ Vgl. Muhlack: *Verstehen*, 2007.

⁹⁷ Landwehr: *Historische Diskursanalyse*, 2009.

⁹⁸ Ebd., S. 21.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 100ff.

¹⁰⁰ Vgl. Mayaffre: *Histoire politique*, 1999, S. 147.

¹⁰¹ Kruke: *Opinion polls*, 2009.

zwischen Bild und Text zu deuten.¹⁰² Grundsätzlich weisen sowohl die Diskurs- als auch die Bildtheorie darauf hin, dass Texte und Bilder nicht abbilden, sondern Sinn kreieren. Die Analyse trug somit dem performativen Charakter der Wahlkampfmaterialien Rechnung, welche oft ein Repräsentationsverhältnis zwischen der jeweiligen Partei und den Wählenden oder der Gesellschaft konstruieren. Aus der Analyse ergab sich ferner, dass diese Wahlkampfmaterialien, so unterschiedlich sie auch sein mögen, oft eine ähnliche narrative Dimension aufweisen, indem sie den Wählenden eine identitätsstiftende Erzählung zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft anbieten. Die narrative Analyse, wie sie in den deutschsprachigen Kulturwissenschaften in den letzten Jahren entwickelt wurde, stellte somit einen weiteren methodischen Zugang dar, welcher es ermöglichte, sowohl die narrative Struktur von textuellen oder visuellen Wahlkampfbotschaften, als auch die dahinterliegende narrative Strategie zu berücksichtigen.¹⁰³ Schliesslich ermöglichten es die zahlreichen Dokumente zu Wahlkampfeignissen (Dokumente zur Vorbereitung, Berichte, Zeitungsartikel, Bilder...), einen fast ethnographischen Einblick in die kleinen und grossen Ereignisse des Wahlkampfes zu gewinnen. Bei Parteitagen wurde beispielsweise auf die Planung der Inszenierung und des Ambientes geachtet, oder auch auf die Beziehungen und Deutungsmuster, die auf der Bühne inszeniert werden.

3. Forschung zu Wahlkampfgeschichte

Kennzeichnend für das geringe Interesse an den Repräsentationsprozessen in der Schweiz ist der Mangel an historischer Forschung über Wahlen und Wahlkämpfe, aber auch über die politischen Parteien des Landes. International ist aber die Wahlkampfforschung ein dynamisches Feld zwischen Politik-, Medien- und Geschichtswissenschaften. Obschon Wahlkampfstudien eine viel grössere Vielfalt an theoretischen und methodischen Ansätze aufweisen, werden hier hauptsächlich zwei Forschungstraditionen als Inspirationen für diese Arbeit vorgestellt.

3.1. Schweizer Parteien im Wahlkampf in der Nachkriegszeit

Unbekannte Schweizer Wahlkämpfe der Nachkriegszeit

Während die Schweizer Wahlkämpfe des 19. Jahrhunderts, sowie zum Teil auch der Zwischenkriegszeit, Gegenstand von erhellenden Studien wurden,¹⁰⁴ besteht für die Wahlkämpfe zwischen den 1940er und 1990er Jahren eine erstaunliche Forschungslücke. Es lassen sich zwar einige Studien finden, die sehr präzise Aspekte, wie den der Propagandaschriften oder der Wahlmanifeste beleuchten, daraus aber Schlussfolgerungen zu den politischen Diskursen oder Mentalitäten ableiten,

¹⁰² Paul: Von der historischen Bildkunde zur Visual History, 2006; Vgl. auch Gervereau: Voir, 2004.

¹⁰³ Gädinger; Jarzebski; Yildiz (Hg.): Politische Narrative, 2014; Jarzebski: Wahlkampf als Erzählung, 2015.

¹⁰⁴ Insb. Kunz: Polarisierung und Desintegration, 2000; Wandeler: Vom Freischärler bis zum erzkonservativen Junker, 1999. In den 1970-80er Jahren haben historische Wahlstudien auch die Wahlkämpfe behandelt: Gruner: Die Wahlen in den Schweizerischen Nationalrat, 1978; Ruffieux: Les élections au Grand conseil Vaudois, 1974; Saudan; Meylan: Aspects de la vie politique à Lausanne, 1984.

ohne den Wahlkampf selbst miteinzubeziehen.¹⁰⁵ Einige zeitgenössische politikwissenschaftliche Studien ermöglichen einen vertieften Einblick in die Wahlkämpfe der 1960-70er Jahre mit einem Fokus auf das Handeln der Parteien. Erich Gruner und Jürg Siegenthaler verfassten beispielsweise einen eindrucksvollen Bericht über die Wahlen von 1963, der auf Zeitungsartikeln, aber auch Kaderinterviews basiert.¹⁰⁶ Ein ambitioniertes Forschungsprojekt von Gruner, Daetwyler und Zosso zum Wahlkampf von 1971 ging der damals politisch brisanten Frage der Auswahl der Kandidierenden nach.¹⁰⁷ Ebenfalls für diesen Wahlkampf untersuchten zwei medienwissenschaftliche Studien die ersten und bis heute letzten Wahlkampfwerbespots in der Schweizer Geschichte.¹⁰⁸ Abgesehen von dieser Erfahrung, die nicht wiederholt wurde, hat die Rolle des Fernsehens in der schweizerischen politischen Kommunikation weniger zu wissenschaftlichen Debatten geführt als dies in anderen Ländern der Fall war.¹⁰⁹ Eine mediale Analyse gibt es jedoch für den Wahlkampf von 1983, zu welchem sonst hauptsächlich Wahlstudien herausgegeben wurden.¹¹⁰

Es liegt nahe, diese im internationalen Vergleich festzustellende Forschungslücke zur Wahlkampfgeschichte in der Schweiz damit zu erklären, dass das mythisierte direktdemokratische Element der schweizerischen Demokratie die Bedeutung der Wahlen auch für die Forschung mindert. In der Tat ist unbestreitbar, dass Abstimmungen und Abstimmungskämpfe viel stärker erforscht sind als Wahlkämpfe – was auch für diachrone Untersuchungen gilt.¹¹¹ In vielen Untersuchungen dienen jedoch Abstimmungen im 20. Jahrhundert hauptsächlich als Quelle für Daten zum Wandel der politischen Einstellungen, ohne dass der Kontext und insbesondere die Abstimmungskämpfe analysiert worden wären.¹¹² Nur für die Gegenwart hat sich die Politikwissenschaft für die Akteure und Dynamiken innerhalb von Abstimmungskampagnen interessiert.¹¹³ Sowohl für Abstimmungs- als

¹⁰⁵ Gautschi: Bildhafte Phraseologismen in Wahlpropagandaschriften, 1992; Daguet; Vollmer: Wahlmanifeste und Parteipolitik, 1971.

¹⁰⁶ Für spätere Wahlen lassen sich ähnliche, obgleich kürzere Berichte in der *Année politique suisse* finden. Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964.

¹⁰⁷ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975; zu diesem Thema siehe auch Burger: Vom Kandidat zum Einwohnerrat, 1979.

¹⁰⁸ Steinmann: Das Publikum der Wahlsendungen von Radio und Fernsehen, 1972; Fleck et al.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975. 1999 hatte die SRG den Parteien zwar Sendeplätze für selbstproduzierte Wahlwerbespots angeboten, nur die CVP antwortete aber positiv. Seit der Einführung der Werbung in Radio und TV (1964) ist aber politische Werbung in diesen Medien grundsätzlich verboten. Brändle: Strategien zur Förderung politischer Parteien, 2002, S. 129.

¹⁰⁹ Jedoch kritisierten einige konservative Akteure wie der „Hofer-Club“ eine (linke) „Politisierung“ des Fernsehens ab den 1970er Jahren, vgl. Blum: Der „Hofer-Club“, 1982. Zu den wissenschaftlichen Debatten in Deutschland ab den 1970er Jahren Holtz-Bacha: Massenmedien und Wahlen, 2002.

¹¹⁰ Havlíček; Steinmann: Die Publikumsresonanz der Wahlsendungen des Schweizer Fernsehens, 1983; Lohneis: The Swiss election of 1983, 1984; Ritschard: Nationalratswahlen 1971-1983, 1987.

¹¹¹ Sie wurden insbesondere zum Gegenstand eines Handbuchs im Rahmen eines von Wolf Linder geleiteten Forschungsprojekts zu Konfliktlinien, während zahlreiche Publikationen den Abstimmungsplakaten gewidmet sind: Linder; Bolliger; Rielle: Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen, 2010; Demarmels: Ja. Nein. Schweiz, 2009.

¹¹² Linder; Zürcher; Bolliger: Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz, 2008; Seitz: Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz, 2014.

¹¹³ Vgl. Bernhard: Campaign strategy, 2012.

auch für Wahlkämpfe fehlt also insgesamt ein historischer Blick auf die politische Kommunikation in der Schweiz sowie eine kritische Auseinandersetzung mit ihren möglichen Besonderheiten.¹¹⁴ Obwohl ein öffentliches Interesse an der Frage der Professionalisierung der politischen Kommunikation, insbesondere durch den – bis heute noch verdeckten – Einsatz von Fachexperten, besteht, ist aus einer historischen Perspektive diesbezüglich noch wenig bekannt.¹¹⁵

Parteiengeschichte in der Schweiz

Auch zu den Schweizer Parteien im Allgemeinen ist der Stand der historischen Forschung höchst uneinheitlich. Seit einigen Jahren mehren sich dafür in der Schweiz Initiativen von HistorikerInnen, die zur Erneuerung der politischen Geschichte des Landes, insbesondere bezüglich der politischen Parteien, aufrufen.¹¹⁶ Als Gründe für ihre Vernachlässigung nennt die Historikerin Christina Späti die Diskreditierung der politischen Geschichte nach dem *cultural turn* sowie ein zunehmendes Monopol der Politikwissenschaft in der Parteienforschung.¹¹⁷ Zudem haben die – je nach Partei – sehr ungleiche Quellenlage, sowie die unsicheren Einsichtsrechte in das Archivmaterial die historische Parteienforschung wesentlich erschwert.¹¹⁸ Darüber hinaus wird als Grund für weitere Defizite in diesem Bereich oft angegeben, dass die Parteien in politischen Prozessen, a fortiori auf eidgenössischer Ebene, im Vergleich mit der Stärke der Verbände nur wenig Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse gehabt hätten.¹¹⁹ Als Beweis für das relative Desinteresse von Historikern und Historikerinnen an diesem Forschungsfeld führen Thomas David und Philipp Müller an, dass Erich Gruners Buch über Parteien von 1977 „immer noch als Standardwerk für die Geschichte der meisten politischen Gruppierungen“ gelte.¹²⁰ Überblickswerke zu verschiedenen Parteien sind tatsächlich nach wie vor ein rares Gut. Erst kürzlich hat der Politikwissenschaftler Adrian Vatter jedoch ein Überblickswerk zur Schweizer Politik verfasst, welches auch eine hilfreiche Darstellung schweizerischer Parteien einschliesst und historische Aspekte beleuchtet.¹²¹ Der Historiker Olivier Meuwly bot einen historischen, insbesondere ideengeschichtlichen, Überblick schweizerischer

¹¹⁴ Interessante Überlegungen bot kürzlich eine Ausgabe von Traverse, allerdings für das erste Jahrhundert der Eidgenossenschaft, Herrmann: Introduction sous l'angle suisse, 2011.

¹¹⁵ Als Ausnahme sind zwei Lizenziatsarbeiten an der Universität Zürich zu nennen, welche die Anfänge der Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz am Beispiel der PR-Agentur Farner beleuchten. Heizmann: Rudolf Farner, 2008; Ritter: „Streng vertrauliche“ Öffentlichkeitsarbeit, 2014.

¹¹⁶ Müller; David: Plädoyer für eine Erneuerung, 2007; Späti: Historische Parteienforschung in der Schweiz, 2013; Bott u. a.: L'histoire politique en Suisse, 2013.

¹¹⁷ Späti: Historische Parteienforschung in der Schweiz, 2013, S. 157f.

¹¹⁸ Wie Fabienne Amlinger es zusammenfasst, die selbst keinen Zugang zum Archiv der Leitungsorgane und Delegiertenversammlungen der CVP und FDP erhielt. Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht?, 2014, S. 34; 39.

¹¹⁹ Müller; David: Plädoyer für eine Erneuerung, 2007, S. 16. Als Grund für die strukturelle Schwäche der (nationalen) Parteien im schweizerischen politischen System nennt Ladner den Föderalismus, das Milizsystem, ihre lange Nichtanerkennung in der Bundesverfassung, ihre schwache Rolle im Entscheidungsprozess gegenüber den Verbänden, sowie in den letzten Jahrzehnten die Bedeutungszunahme der Medien. Ladner: Politische Parteien, 2014.

¹²⁰ Müller; David: Plädoyer für eine Erneuerung, 2007, S. 16; Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977.

¹²¹ Vatter: Das politische System der Schweiz, 2016.

Parteien.¹²² Zudem fassen zwei jüngere Sammelbände vielfältige Perspektiven auf die schweizerische Parteigeschichte zusammen.¹²³ Die noch unveröffentlichte Dissertation der Historikerin Fabienne Amlinger bietet einen erhellenden Einblick in die Frauensektionen der drei grössten Parteien zwischen 1971 und 1995 und beleuchtet dabei die bis dahin noch weitgehend unerforschte Integration der Frauen in die Politik.¹²⁴ Einige Werke lassen sich zudem bei den Rechtswissenschaften finden, welche Fragen wie die Parteifinanzierung oder die Listenverbindungen im Recht, aber auch in der Praxis, beleuchten.¹²⁵ Jedoch sind parteivergleichende Studien zu Fragen wie Professionalisierung, Parteimitgliederaufschwung oder -finanzierung hauptsächlich bei den Politikwissenschaften zu finden. Ihren Schwerpunkt legen sie in der Regel auf Entwicklungen seit den ereignisreichen 1990er Jahren.¹²⁶ Ausnahmen hierfür sind zum einen die umfangreiche vergleichende Studie des Politikwissenschaftlers Klaus Detterbeck zum Parteienwandel seit 1960,¹²⁷ und zum anderen das Lausanner Forschungsprojekt über die Veränderungen der Eliten in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg.¹²⁸ Abgesehen von Gruner und seinem Team hat sich die in der Schweiz verhältnismässig spät institutionalisierte Politikwissenschaft ab den 1960er Jahren auch nur sporadisch für die Parteienforschung interessiert.¹²⁹

Seitens der Geschichtsforschung lassen sich eine Reihe von Studien zu einzelnen Parteien finden, wobei ihre Anzahl umgekehrt zur Bedeutung der jeweiligen Partei im 20. Jahrhundert steht, wie Thomas David und Philipp Müller feststellten.¹³⁰ Zudem ist die Forschungslage gerade für die Nachkriegszeit am dürftigsten. Zur FDP sind praktisch keine historischen Werke vorhanden, abgesehen von einer ideengeschichtlichen Studie und einer Publikation des ehemaligen Parteipräsidenten Eugen Dietschi von 1979.¹³¹ Weitere Studien beschäftigen sich mit der Zeit vor

¹²² Meuwly: *Les partis politiques*, 2010. Derselbe Autor hat auch einen Überblick über die waadtländische Politik im 20. Jahrhundert verfasst: *Meuwly: La politique vaudoise au 20e siècle*, 2003.

¹²³ Mazzoleni; Rayner (Hg.): *Les partis politiques suisses*, 2009; Mazzoleni; Altermatt; Epiney (Hg.): *Die Parteien in Bewegung*, 2013.

¹²⁴ Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014.

¹²⁵ Lachenal: *Le parti politique*, 1944; Schmid: *Die Listenverbindungen*, 1962; Caroni: *Geld und Politik*, 2009.

¹²⁶ Ayberk; Finger; Garcia u. a.: *Les partis politiques à coeur ouvert*, 1991; Geser (Hg.): *Die Schweizer Lokalparteien*, 1994; Ladner; Brändle: *Die Schweizer Parteien im Wandel*, 2001; Ladner: *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*, 2004; Knocks; Fraefel: *Freiwilligenarbeit*, 2013.

¹²⁷ Detterbeck: *Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa*, 2002.

¹²⁸ Zum Profil der parlamentarischen Eliten insbesondere: Pilotti: *Entre démocratisation et professionnalisation*, 2016; Pilotti; Mach; Mazzoleni: *Les parlementaires suisses entre démocratisation et professionnalisation*, 2010; Mach; Mazzoleni; Pilotti: *Entre professionnalisation et proximité*, 2010; Eichenberger; Pilotti; Mach u. a.: *Parlement de milice et groupes d'intérêt*, 2016.

¹²⁹ Zu nennen sind aber trotzdem zwei anregende Studien aus den 1960er Jahren: die Studie von François Masnata zur sozialdemokratischen Partei, und diejenige von Jean Meynaud zu den waadtländischen Parteien. Beide bieten einen weitreichenden Blick in das Parteileben dieser Zeit. Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963; Meynaud: *Les partis politiques vaudois*, 1966.

¹³⁰ Müller; David: *Plädoyer für eine Erneuerung*, 2007, S. 16. Zum ungleichen Forschungsstand zu den kleinen Parteien siehe Späti: *Historische Parteienforschung in der Schweiz*, 2013, S. 164ff.

¹³¹ Meier: *Der schweizerische Freisinn*, 1978; Dietschi: *60 Jahre Eidgenössische Politik*, 1979.

1919 oder vor dem Zweiten Weltkrieg.¹³² Der Politikwissenschaftler Jürg Steiner, welcher sich in den 1970er Jahren für das innere Parteileben der FDP interessiert hatte, hat nur einen programmatischen Artikel zu dieser Frage veröffentlicht.¹³³ Nennenswert ist aber ein kürzlich erschienenes Buch der Journalisten Alan Cassidy und Philipp Loser, welches sich mit dem Macht- und Prestigeverlust der FDP seit den 1970er Jahren provokativ auseinandersetzt.¹³⁴

Für die SVP haben sich HistorikerInnen im Zusammenhang mit ihrer Umwandlung in eine rechtspopulistische Partei seit den 1990er Jahren verstärkt interessiert. Hans-Ulrich Jost und Damir Skenderovic haben die historischen Ursprünge ihres Gedankengutes und ihrer Vorstellungswelten nachgezeichnet, und die Politikwissenschaftlerin Regula Zürcher widmete sich der Positionierung der Partei bei Abstimmungen seit den 1920er Jahren.¹³⁵ Die grundlegende Metamorphose der Zürcher Partei ab Ende der 1970er Jahre ist Gegenstand der Lizentiatsarbeit von Samuel Schnydrig sowie einer journalistischen Untersuchung, welche den Aufstieg dieser Partei mit der neuen Stärke ihres Parteimilieus im Sinne einer „Zivilgesellschaft von rechts“ erklärt.¹³⁶ Über die frühe SVP und ihre Vorgängerpartei, die BGB, welche stark von der Bernischen Kantonalpartei dominiert wurde, liegen wenige Untersuchungen vor; hier bietet aber die Forschung zum Bauernmilieu interessante Anknüpfungspunkte.¹³⁷

Obwohl die Ursprünge der SP im 19. Jahrhundert und ihre Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich zu den anderen Parteien sehr gut erforscht sind,¹³⁸ gibt es auch hier nur wenige Forschungsbeiträge zu ihren Entwicklungen in der Nachkriegszeit. Bernard Degen hat die schrittweise Integration der SP in das politische System der Schweiz untersucht, daneben analysiert eine lesenswerte Lizentiatsarbeit ihr Verhältnis zum sozialen Wandel nach 1959.¹³⁹ Zwei Jubiläumsschriften von 1988 und 2013 beinhalten zudem interessante Beiträge aus regional, disziplinär und thematisch unterschiedlichen Perspektiven.¹⁴⁰ Das Verhältnis zwischen der politischen Positionierung der SP und ihrer gesellschaftlichen Basis haben in den letzten Jahren Adrian

¹³² Gehrken: Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität, 2001; Meuwly: L'unité impossible, 2007; Ruffieux: Die Schweiz des Freisinns, 2006.

¹³³ Steiner: Teilnehmende Beobachtung, 1970.

¹³⁴ Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015.

¹³⁵ Jost: Tradition und Modernität in der SVP, 2007; Skenderovic: Bauern, Mittelstand, Nation, 2013; Zürcher: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei, 2007.

¹³⁶ Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007; Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995. Zusätzlich sind auch zwei Arbeiten über den langjährigen Zürcher Parteipräsidenten und Architekt des SVP-Wandels zu nennen. Gsteiger: Blocher, 2002; Zollinger: Der Mittelstand am Rande, 2004.

¹³⁷ Junker; Maurer: Kampf und Verantwortung, 1968; Junker: Bauernparteien, 1977; Moser: Der Stand der Bauern, 1994; Baumann: Verbäuerlichung der Nation, 1998.

¹³⁸ Scheiben: Krise und Integration, 1987; Dommer; Gruner: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie, 1988; Kunz: Polarisierung und Desintegration, 2000; Degen; Schäppi (Hg.): Robert Grimm, 2012.

¹³⁹ Degen: Sozialdemokratie, 1993; Bollinger: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1991.

¹⁴⁰ Hablützel et al. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 1988; redbox; Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Einig - aber nicht einheitlich, 2013.

Zimmermann und Line Rennwald erforscht.¹⁴¹ Während die Beziehung der SP zu den anderen linken Parteien Gegenstand einer aufschlussreichen Studie war, und ebenso die Frage ihres Antikommunismus diskutiert wurde,¹⁴² ist beispielsweise wenig über ihre in der Nachkriegszeit doch wichtigen und sich zugleich stark verändernden Beziehungen zu den Gewerkschaften bekannt.¹⁴³

Während die Christlichdemokratische Partei zwischen den 1980er und 2000er Jahren Gegenstand von zahlreichen Studien unter der Leitung von Urs Altermatt an der Universität Freiburg wurde, zeigt die Forschungslage ähnliche Schwächen in Bezug auf ihrer Entwicklungen in der Nachkriegszeit.¹⁴⁴ Zentral bleiben dabei die sozialgeschichtlichen Untersuchungen von Urs Altermatt zu den Veränderungen des katholischen „Ghettos“.¹⁴⁵ Die Forschung von Pierre-Antoine Schorderet liefert hierzu eine bedeutende Erneuerung: Um die traditionelle Teilung der CVP-Forschung zwischen einem politischen Fokus auf die Partei und einem sozialen Fokus auf das katholische Milieu zu überbrücken verwendet er das Konzept des Handlungssystems, um die Entstehung der Konservativen Partei zu historisieren.¹⁴⁶

3.2. Der Wandel des Wahlkampfes im internationalen Vergleich

Die vergleichende Forschung zum Wahlkampfswandel reicht von den Politik- und Medienwissenschaften bis hin zur Geschichte und bietet vielfältige Fragen und Ansätze. Dafür waren Wahlkämpfe aber lange hauptsächlich in Hinblick auf den Wahlentscheid der BürgerInnen, also als „Vorgeschichte der Wahlen“, wahrgenommen worden.¹⁴⁷ Eine Zeitlang erschienen sie sogar als sekundärer Forschungsgegenstand, da die frühe Wahlforschung deren geringe Wirkung auf das Wahlergebnis herausgearbeitet hatte.¹⁴⁸ Mit dem Befund einer Schwächung der parteipolitischen

¹⁴¹ Zimmermann: Von der Klassen- zur Volkspartei?, 2007; Rennwald; Zimmermann: Die SP als Arbeiterpartei, 2013; Rennwald: Partis socialistes et classe ouvrière, 2015.

¹⁴² Gunten; Voegeli: Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz, 1980; Tanner: Schweizerische Sozialdemokratie und Westintegration, 2012; Hanimann: Antikommunismus in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1947-1948, 2008; Huber: Der Antikommunismus der SPS, 2009.

¹⁴³ Zum Beispiel behandelt die Jubiläumsschrift zum 125. Geburtstag des SGB diese Frage kaum, Boillat; Degen u. a.: La valeur du travail, 2006. Siehe aber Degen: Sozialdemokratie und Gewerkschaften, 1988.

¹⁴⁴ Vgl. Skenderovic: Parteienforschung, 2010; Altermatt; Fagagnini (Hg.): Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, 1979; Zenhäusern: Die Schweizerische Konservative Volkspartei in den 1940er Jahren, 1993; Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994; Altermatt: Die Christlichdemokratische Volkspartei, 2000; Zurbriggen: CVP und die soziale Mitte, 2004.

¹⁴⁵ Altermatt: Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto, 1995; Altermatt: Katholizismus und Moderne, 1989.

¹⁴⁶ Schorderet: Crise ou chrysanthèmes, 2007.

¹⁴⁷ Mergel: Propaganda nach Hitler, 2010, S. 13.

¹⁴⁸ Während die berühmte Studie Lazarsfelds (The People's Choice) und die daraus stammende Columbia School die Wahlergebnisse auf der Basis soziostruktureller Merkmale der Wählenden erklärte, sah das Michigan Modell (The American Voter) in den Wahlkämpfen hauptsächlich die Möglichkeit, bereits bestehende psychologische parteipolitische Identifikationen zu aktivieren. Lazarsfeld; Berelson; Gaudet: The People's Choice, 1944; Campbell; Converse; Miller u. a.: The American Voter, 1980. Vgl. dazu Gerstlé: Sociologie de la campagne électorale, 2001.

Identifikationen ab den 1970er Jahren¹⁴⁹ wurde hingegen vermehrt die konjunkturelle Wirkung des zunehmend massenmedial vermittelten Wahlkampfs auf die Wahlentscheidung diskutiert.¹⁵⁰ Damit verbunden interessierte sich die Forschung für die in vielen Demokratien zu beobachtenden Entwicklungen der Wahlkämpfe in den letzten Jahrzehnten, welche in der öffentlichen Debatte unter dem negativ konnotierten Begriff der „Amerikanisierung“ subsumiert wurden.

Die Debatte um die Amerikanisierung der Wahlkämpfe

Unter dem Amerikanisierungsbegriff wurden dabei die folgenden Phänomene zusammengefasst: die Bedeutungszunahme der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, und eine damit assoziierte Personalisierung der Politik; die steigenden Abhängigkeitsverhältnisse der Parteien von externen Kommunikationsspezialisten; eine allgemeine Verlängerung der Kampagnen (bis hin zu *permanent campaigning*) und die Zunahme persönlicher Angriffe (*negative campaigning*).¹⁵¹ In den vergleichenden Medien- und Politikwissenschaften fand eine rege Auseinandersetzung mit diesem Befund statt, oftmals von einem normativen Standpunkt mit Verweis auf eine ideale Funktionsweise der Demokratie aus.¹⁵² Viele ForscherInnen kritisierten aber bald den Amerikanisierungsbegriff, der zunächst nicht operationalisierbar sei. Laut den Kommunikationsforschern Negrine und Papathanassopoulos ist der Austausch von politischen Ideen und Mobilisierungspraktiken zwischen Ländern nichts Neues; zudem bleibe unklar, ob aus dem Umstand, dass die zu beobachtenden Entwicklungen zuerst in den Vereinigten Staaten zu beobachten waren, folge, dass sie tatsächlich als Teil eines weitgehenden Amerikanisierungsprozesses zu verstehen seien.¹⁵³ Weitere Studien haben sich in diesem Kontext für den Transfer von Wissen und Praktiken zwischen Ländern interessiert: Während amerikanische Kommunikationsberater in der ganzen Welt, und insbesondere in jungen Demokratien tätig wurden, wurden für viele Demokratien Formen der Hybridisierung, manchmal auch des Widerstands gegenüber den als amerikanisch geltenden Wahlkampftechniken festgestellt.¹⁵⁴ Historische Studien zu dieser Frage haben tatsächlich gezeigt, dass der Begriff der Amerikanisierung in einigen europäischen Demokratien bereits im 19. Jahrhundert normativ mit kulturpessimistischen Ängsten vor Verfall (und Verfremdung) der eigenen demokratischen Kultur aufgeladen wurde. Der Diskurs um die Amerikanisierung hat somit wenig mit der tatsächlich seit dem Zweiten Weltkrieg zu beobachtenden Zirkulation von Wissen und Praktiken und den konkreten Wahlkampfpraktiken zu tun. Im deutschen Kontext erinnerte Mergel diesbezüglich an die Verwendung des Begriffs bereits in der Vor- und Zwischenkriegszeit, als man eine europäische „Ernsthaftigkeit“ der Wahlkämpfe als

¹⁴⁹ Nie; Verba; Petrocik: *The Changing American Voter*, 1979; vgl. Lehinque: *Le vote*, 2011, S. 171ff.

¹⁵⁰ Farrell; Schmitt-Beck: *Do Political Campaigns Matter?*, 2002.

¹⁵¹ Vgl. Kavanagh: *Election campaigning*, 1995, S. 3; Kamps (Hg.): *Trans-Atlantik, Trans-Portabel?*, 2000.

¹⁵² Vgl. die Diskussion bei Riutort: *Sociologie de la communication politique*, 2007, S. 77f.

¹⁵³ Für eine ausführliche Kritik des Begriffs: Negrine; Papathanassopoulos: *The „Americanization” of Political Communication*, 1996.

¹⁵⁴ Insb. Plasser: *Global political campaigning*, 2002.

demokratische Pädagogik dem „Entertainment“-Charakter US-amerikanischer Wahlkämpfe gegenüberstellte.¹⁵⁵ Im Kontext der alliierten Besetzung Deutschlands und des amerikanischen Engagements für die Wiederdemokratisierung des Landes habe das amerikanische Demokratiebild neue Resonanz gefunden. Auch für Italien oder Frankreich zeigte der Historiker Fabrice d’Almeida, wie in der unmittelbaren und späteren Nachkriegszeit der Anschein einer ‚amerikanischen‘ politischen Kommunikation sowohl als Modernitätszeichen als auch als Stigma – oft von den Kommunisten – instrumentalisiert wurde.¹⁵⁶

Der Wandel des Wahlkampfs als Modernisierungsprozess?

Um eine solche normative Vorbelastung zu vermeiden, verwenden eine Reihe von Vergleichsstudien stattdessen den Modernisierungsbegriff, und verstehen darunter die in vielen Ländern zu beobachtenden Transformationen des Wahlkampfs von lokalen, ressourcenarmen Mobilisierungspraktiken, hin zu einem massenmedial gestützten, professionellen und finanzintensiven *Campaigning*. Gestützt auf ländervergleichende Analysen entwickelten Politikwissenschaftler wie David Farrell und Paul Webb oder Pippa Norris Entwicklungsmodelle der Wahlkampfmodernisierung in drei Phasen.¹⁵⁷ Dabei zielen diese Modernisierungsmodelle darauf ab, die Wandlungsfaktoren, die hinter der Modernisierung vermutet werden, aufzuschlüsseln. Obschon viele AutorInnen Befürchtungen bezüglich einer qualitativen Verschlechterung von Wahlkämpfen als Folge des Einflusses des Fernsehens schon früh zurückgewiesen haben,¹⁵⁸ stellte sich weiterhin die Frage, welche Rolle solche medialen Entwicklungen in der Wahlkampfmodernisierung spielten. Medienwissenschaftler wie David Swanson und Paolo Mancini sahen in der Anpassung der politischen Kommunikation an die Medien einen Wandel zu einer ‚medienzentrierten Demokratie‘.¹⁵⁹ Während Farrell und Webb ihrerseits die sukzessiven Phasen ihres Modells zunächst als ‚premodern‘, ‚telerevolution‘, und ‚telecommunications revolution‘ bezeichnet hatten, verabschiedeten sie sich später von dieser medienzentrierten Erklärungsgrundlage und verwendeten stattdessen nummerierte Phasen. Trotzdem folgten sie, wie sie selber anerkannten, einem ‚soft technological determinism‘, indem sie den Beginn ihrer zweiten Phase mit dem Aufkommen des Fernsehens erklären.¹⁶⁰

PolitikwissenschaftlerInnen verknüpften ihrerseits die Modernisierung der Wahlkämpfe mit einem Prozess der Schwächung der Parteibindungen und der daraus folgenden Zunahme der

¹⁵⁵ Mergel: Propaganda nach Hitler, 2010, S. 393ff.

¹⁵⁶ Almeida: L’américanisation de la propagande, 2003.

¹⁵⁷ Farrell, David; Webb, Paul: Political Parties as Campaign Organisations, in: Dalton, Russell J.; Wattenberg, Martin P. (Hg.): Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2002, S. 102–125; Norris, Pippa: A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies, Cambridge 2000.

¹⁵⁸ Vgl. die Diskussion des ‚Videomalaises‘ bei Norris: A Virtuous Circle, 2000.

¹⁵⁹ Swanson; Mancini: Politics, Media, and Modern Democracy, 1996.

¹⁶⁰ Die Entstehung der Fernsehdebatten als Meilenstein im Wahlkampf in vielen Ländern sei dafür ein wichtiges Zeichen. Farrell; Webb: Political Parties as Campaign Organisations, 2002, S. 103, Fn. 1 und 3.

Wechselwähler.¹⁶¹ Bereits in Otto Kirchheimers Modell der *catch-all party* erklärt dieser Wandel auf der Seite der Wählerschaft die Intensivierung der Wahlkämpfe, welche die Parteien nun unternehmen mussten, um Stimmen ausserhalb der als „*classe gardée*“ verstandenen traditionellen Klientel zu gewinnen.¹⁶² Zudem führten die Veränderungen des Wählerverhaltens, und darüber hinaus der demokratischen Beteiligung – es sei insbesondere an den allgemeinen Rückgang der Parteimitgliederzahlen erinnert – zu Transformationen der Parteien selbst.¹⁶³ Vor diesem Hintergrund setzten Farrell und Webb ihre drei Phasen in Verbindung mit den drei Entwicklungsstufen von Parteitypen nach Peter Mair und Richard Katz: *mass party*, *catch-all* und *cartel party*.¹⁶⁴

Dieser Fokus auf den Parteienwandel bringt dabei die normativ beladenen Fragen nach dem Wandel der westlichen Demokratien wieder in den Vordergrund. Einige AutorInnen erklären die um sich greifende Krise der politischen Parteien mit der Masslosigkeit der neuen politischen Kommunikation, andere wiederum sehen sogar eine Art Teufelskreis zwischen einer Krise der politischen Kommunikation und einer Krise der demokratischen Partizipation.¹⁶⁵ In ihren empirischen, vergleichenden Studien argumentieren hingegen Forscher wie Pippa Norris und David Farrell im Sinne einer Anpassungsfähigkeit der Parteien und darüber hinaus der Demokratie an die neuen medialen und sozialen Gegebenheiten. Pippa Norris versteht den Modernisierungsprozess dabei als einen evolutionären Prozess, der gleichzeitig auf Parteien, Medien und Wählende wirke, und spricht von einem „*virtuous circle*“, einer Aufwärtsspirale, zwischen der modernisierten politischen Kommunikation einerseits und einem stets steigenden Informationsgrad der Wählenden andererseits.¹⁶⁶ Farrell, Dalton und McAllister betonen die These der Anpassung der Parteien in einem empirischen Vergleich der vielfältigen kontextuellen Bedingungen, in welchen Parteien Wahlkämpfe durchführen und auf welche sie auch Einfluss ausüben können.¹⁶⁷ Ihr Vergleich der Wahlkampfregelungen – zum Zugang zu den Medien und Finanzen und zum Wahlsystem – bestätigt

¹⁶¹ Dalton; Flanagan; Beck u. a.: *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, 1984. Interessanterweise nahm dieser Befund ab den 1980er Jahren einen deutlich pessimistischen Ton an, obwohl die ersten Studien zur Wahlvolatilität dieses Phänomen als Befreiung von den traditionellen Bindungen sahen, vgl. Lehinque: *Le vote*, 2011, S. 233f.

¹⁶² Kirchheimer: *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, 1965. Vgl. auch Bowler; Farrell: *Electoral Strategies and Political Marketing*, 1992.

¹⁶³ Dazu Dalton; Wattenberg: *Parties Without Partisans*, 2002.

¹⁶⁴ Farrell; Webb: *Political Parties as Campaign Organisations*, 2002, S. 103. Gleichzeitig verbinden sie die weitgehende Professionalisierung des Wahlkampfs auch mit der Entwicklung der Parteien des *electoral-professional* Typus von Angelo Panebianco, ebd. S. 121. Vgl. Katz; Mair: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy*, 1995; Panebianco: *Political Parties*, 1988.

¹⁶⁵ Blumler; Kavanagh: *The Third Age of Political Communication*, 1999.

¹⁶⁶ Norris: *A Virtuous Circle*, 2000, S. 137. Hingegen sollen laut Norris die moderne Wahlkampfphase und insbesondere die Bedeutungszunahme des Fernsehens die Wählenden passiv gemacht haben.

¹⁶⁷ Dies steht im Gegensatz zur verbreiteten These des Niedergangs der politischen Parteien. Dazu berücksichtigten sie weitere Dimensionen wie die Bedeutungszunahme von nichtparteilichen Akteuren, die zunehmende Demokratisierung der Kandidierendenauswahl sowie die Günstigkeit des Wahlgesetzes für die Parteikommunikation. Dalton; Farrell; McAllister: *Political Parties and Democratic Linkage*, 2011, S. 14; 29ff.

den Befund, dass die USA diesbezüglich einen Spezialfall darstellen, was die These einer Amerikanisierung von Wahlkämpfen im Rest der Welt weiter schwächt.¹⁶⁸

Schweizer Wahlkämpfe als Sonderfall im Sonderfall?

Ebenso fallen aber auch schweizerische Besonderheiten auf, allerdings nicht die in diesem Bezug oft erwähnten Säulen des helvetischen Sonderfalles – Konkordanz, Föderalismus und direkte Demokratie. Denn im internationalen Vergleich stellen das Verbot von TV-Werbespots, die Abwesenheit jeglicher Regelungen über die Wahlkampffinanzierung sowie -ausgaben und das originäre Wahlsystem der Schweiz Ausnahmen dar. Letzteres lässt den Wählenden ausgeprägte Freiheiten zur Gestaltung der Wahlliste, welche es für die Autoren besonders „*candidate-oriented*“ macht.¹⁶⁹ Diese realen Besonderheiten Schweizer Wahlen mögen darüber hinaus erklären, weshalb Studien zur Einordnung gegenwärtiger Schweizer Wahlkämpfe im internationalen Vergleich unvermeidlich zur Schlussfolgerung kommen, dass das politische System der Schweiz nach wie vor einen Sonderfall darstelle, und dass die Schweizer Wahlkämpfe nur wenig amerikanisiert und/oder modernisiert seien.¹⁷⁰ Die Problematik einen Sonderfall anhand eines noch spezifischeren Sonderfalls einschätzen zu wollen, erweist sich als Stolperstein für die Amerikanisierungsthese. So kommt Sybille Hardmeier bei ihrem Versuch, den Amerikanisierungsgrad Schweizer Wahlkämpfe einzuschätzen, zur wenig ausdifferenzierten Schlussfolgerung: “Die Wahlkampfkommunikation in der Schweiz ist nicht amerikanisiert. [...] Während die USA mit einer ausgeprägten Kommerzialisierung der Medien, der Prominenz des Fernsehens, der Zulassung von Fernsehwerbung, einer starken Kandidatenorientierung sowie seinem Zwei-Parteien- und Präsidentsystem an einem Pol dieses Modernisierungsprozesses stehen [...], repräsentiert die Schweiz den gegenüberliegenden Pol.”¹⁷¹

Die Überprüfung der Modernisierungsthese leidet ihrerseits daran, häufig eine Modernisierung der Wahlkämpfe anhand ihres Schlusspunkts messen zu wollen, obgleich der Wandel der parteipolitischen Handlungsweise auch komplexe Schübe, zeitliche Verzerrungen, in sich widersprechende Richtungen erfahren kann. Zudem sind die Modelle des Wandels von Norris und Farrell/Webb laut den AutorInnen selbst hauptsächlich als „*heuristic devices*“ zu verstehen, die Unterschiede aufgrund der jeweiligen nationalen Konfigurationen (Wahlsysteme, Regelungen des Wahlkampfes, Parteiensystem) nicht berücksichtigen.¹⁷² Wenn sie also nützliche Analysedimensionen anbieten, so scheint es, dass die dafür verwendeten Kriterien besonders im Fall der Schweizer Wahlkämpfe an spezifische Gegebenheiten angepasst werden müssen. So liegt ein grundlegendes Problem in der Ebene der Betrachtung: Es überrascht nicht, dass die Grösse des Wählermarktes die Gestaltung des

¹⁶⁸ Vgl. Farrell; Webb: *Political Parties as Campaign Organisations*, 2002, S. 108.

¹⁶⁹ Dalton; Farrell; McAllister: *Political Parties and Democratic Linkage*, 2011, S. 41ff.

¹⁷⁰ Engeli; Tonka: *L'évolution des campagnes électorales en Suisse*, 2010; Weinmann: *Die Amerikanisierung der politischen Kommunikation in der Schweiz*, 2009.

¹⁷¹ Hardmeier: *Amerikanisierung der Wahlkampfkommunikation?*, 2003, S. 151.

¹⁷² Vgl. insb. Farrell; Webb: *Political Parties as Campaign Organisations*, 2002, S. 106ff.

campaignings und insbesondere die Zweckmässigkeit des Mediengebrauchs bestimmt.¹⁷³ Dazu läuft ein Wahlkampf parallel auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ab. Der Medienzentrismus der Modernisierungsmodelle setzt aber einen grossen, nationalisierten Wählermarkt voraus. Wenn die kleine, föderal organisierte Schweiz mit diesem Massstab gemessen wird, dann wird sie zwangsläufig als rückständig eingestuft. Ferner kennzeichnen sich die eidgenössischen Parlamentswahlen durch eine Vielfalt an Akteuren über die Parteileader hinaus aus: Verbände und Kandidierende verfügen über eigene Handlungsspielräume sowie über eigene finanzielle Mittel, sodass ein exklusiver Fokus auf die Landesparteien das Bild verzerrt.¹⁷⁴

Ein methodisches Problem stellt schlussendlich der Versuch dar, die sichtbaren Wahlkampfentwicklungen zu katalogisieren und als messbare Kriterien der Modernisierung zu verwenden, ohne sie dabei in die konkreten Handlungskontexte der jeweiligen Wahlkampfakteure einzubetten, die ihnen überhaupt erst Bedeutung verleihen.¹⁷⁵ Ohne diese genaue Analyse laufen Studien zu Schweizer Wahlkämpfen auf der Basis vergleichender Modelle des Wandels in Gefahr, sie jenseits einer Kategorisierung als Sonderfall nicht denken zu können.

Wahlkampfakteure und Professionalisierungsprozess

Gegen die Grenzen dieser verallgemeinernden, oft abstrakten Modelle des Wandels lässt sich für die Notwendigkeit eines Fokus auf die Akteure hinter dem Wandel argumentieren: die Entscheidungsträger in den Parteien, die Werbeberatenden, die Demoskopisten sowie die Medien. Bezüglich französischer und deutscher Wahlkämpfe der Nachkriegszeit haben Forscher die Entstehung der Demoskopie und der politischen Werbung als neue berufliche Felder zwischen Politik und Medien reflektiert.¹⁷⁶ Zunächst ermöglicht es dieser Fokus die verschiedenen Formen zu berücksichtigen, welche die Bedeutungszunahme von Professionellen des Wahlkampfs je nach Kontext annehmen konnte: so geschah dieser Prozess zumeist innerhalb der deutschen Parteien, wo hingegen die Zunahme der Werbeberatenden in den USA den Machtverlust der Parteienapparate bedeutete. Ferner ermöglicht ein genauer Blick in die Entstehung von Wahlkampfberufen die Legitimationsstrategien dieser neuen Berufe und ihrer Expertise wahrzunehmen – während Demoskopisten ein Monopol auf die Analyse der Gesellschaft beanspruchten, stellten die Werbeberatenden ihre Fachexpertise vor den Parteien als unabdingbar dar, um einen Wahlkampf zu

¹⁷³ Vgl. dazu Marion Müller *Wahlkampf à l'américain*, 2002.

¹⁷⁴ Diese Komplexität der schweizerischen Wahlkämpfe kommt beispielsweise sehr klar beim Versuch zum Ausdruck, die Wahlkampfausgaben zu summieren. Vgl. Lutz; Selb: *Wahlen*, 2014, S. 471; Hermann; Nowak: *Das politische Profil des Geldes*, 2012.

¹⁷⁵ In diesem Sinne siehe Negrine; Papatthanasopoulos: *The "Americanization" of Political Communication*, 1996, S. 46.

¹⁷⁶ Siehe insb. Kruke: *Demoskopie*, 2012; Bösch: *Das Politische als Produkt*, 2003; Bösch: *Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren*, 2004; Riutort: *Sociologie de la communication politique*, 2007; Blondiaux: *La fabrique de l'opinion*, 1998.

gewinnen.¹⁷⁷ Die Medien trugen ihrerseits zur Legitimierung dieser neuen Berufe bei, sobald sie diesen neuen Wahlkampffachleuten Aufmerksamkeit und somit Sichtbarkeit schenkten.

In diesem Zusammenhang taucht oft der Begriff der Professionalisierung auf, um den Wandel der Wahlkampfakteure und ihrer Praktiken zu kennzeichnen: Damit wird zunächst die Zunahme von Professionellen des Wahlkampfs inner- und ausserhalb der Parteien, aber auch die Anpassung der Wahlkampfkommunikation an neuen Kommunikationsstandards bezeichnet.¹⁷⁸ Um diesen Prozess jedoch nicht aus bestimmten Massstäben eines „guten“ Wahlkampfs abzuleiten, schlugen Negrine und weitere KommunikationswissenschaftlerInnen die folgende Definition der Professionalisierung vor: „Professionalisation [...] refers to a process of change, in the field of politics and communication and elsewhere, that, either explicitly or implicitly, brings about a better and more efficient – and more studied – organisation of resources and skills in order to achieve desired objectives.“¹⁷⁹ Damit setzen sie den Fokus auf den Veränderungswillen der Akteure, was wiederum erfordert, ihre genauen Handlungsbedingungen, und insbesondere ihre Verankerung in bestimmten beruflichen Feldern anzuschauen. Anstatt von einer einseitigen Anpassung der Parteien an einen allgegenwärtigen Medialisierungsprozess oder an den sozialen Wandel auszugehen, wird es so möglich, die komplexen Verflechtungen zwischen den politischen, werberischen und medialen Feldern wahrzunehmen.

3.3. Wahlkämpfe in der neuen politischen Geschichte

Schliesslich liefern die wissenschaftlichen Erneuerungen der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte im Zuge der verschiedenen *turns* wichtige Ansätze und Inspirationen für die historische Wahlkampfforschung.

Wahlkämpfe als Forschungsgegenstand der Kulturgeschichte des Politischen

Im deutschsprachigen Raum haben HistorikerInnen mit der Kulturgeschichte des Politischen Anfang der 2000er Jahre einen „ethnologisch und diskurstheoretisch informierten Blick“¹⁸⁰ auf das Politische im breiten Sinne vorgeschlagen.¹⁸¹ Die „Politik“ (andere Forscher verwenden lieber den breiteren Begriff „das Politische“) kann man mit Thomas Mergel „als soziales Handeln, als ein Netz von Bedeutungen, Symbolen, Diskursen, in dem – oft widersprüchliche – Realitäten konstruiert werden“ verstehen.¹⁸² Dabei betont dieser Ansatz die Wirkung der Sprache bei der Produktion von Sinn, aber

¹⁷⁷ Dazu Riutort: *Sociologie de la communication politique*, 2007, S. 106.

¹⁷⁸ Negrine; Lilleker: *The rise of a proactive local media strategy in British political communication*, 2003, S. 305.

¹⁷⁹ Papathanassopoulos et al.: *Communication in the Era of Professionalisation*, 2007, S. 10.

¹⁸⁰ Mergel: *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, 2002, S. 574.

¹⁸¹ Vgl. Ebd.; Landwehr: *Diskurs – Macht – Wissen*, 2003; Stollberg-Rilinger (Hg.): *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen*, 2005. Zur Rezeption und zu den Möglichkeiten dieses Forschungsansatzes in der Schweiz, Bött; Crousaz; Schaufelbuehl: *L’histoire politique en Suisse*, 2013; Späti: *Historische Parteienforschung in der Schweiz*, 2013.

¹⁸² Mergel: *Überlegungen*, 2002, S. 605.

auch von Machtverhältnissen, weshalb sie auch methodisch gesehen diskursanalytische Zugänge bevorzugt.¹⁸³ Fragen nach dem „Warum“ und „Woher“ stehen dabei nicht mehr im Mittelpunkt, sondern werden durch Fragen nach dem kulturhistorischen „Wie“ abgelöst.¹⁸⁴ Ferner soll gemäss diesem Forschungsansatz der Blick auf das Politische entnaturalisiert werden, was manchen anthropologischen Annäherungsweisen an das Politische entspricht.¹⁸⁵

Bei der Erforschung von Wahlkämpfen findet dieses Forschungsprogramm fruchtbare Anwendungsmöglichkeiten, wie Thomas Mergel in seinem aufschlussreichen Buch zu den bundesrepublikanischen Wahlkämpfen nach 1945 gezeigt hat.¹⁸⁶ Darin untersuchte er, „wie sich in der Bundesrepublik zwischen dem Amerikanisierungsparadigma und der Verarbeitung der nationalsozialistischen Propagandaerfahrung eine demokratische Kultur des Wahlkampfes entwickelte“.¹⁸⁷ Ein Wahlkampf sei nämlich eine „Phase dichter politischer Kommunikation, in der nicht nur spezifische politische Ziele und Wege, sondern auch das Selbstbild des politischen Systems, der politischen Klasse und die gesellschaftlichen Konflikte sehr klar ausgedrückt und umkämpft werden“.¹⁸⁸ Diese Selbstbilder und Visionen der politischen Gemeinschaft könne man zunächst durch die Analyse der im Wahlkampf aufgenommenen Feindbildern, aber auch der „Gemeinschaftssprache“ erkunden.¹⁸⁹ Wahlkämpfe dienen, so Mergel, der „Selbstverständigung darüber, worum es in der Politik gehen sollte, wo die Prioritäten einer Gesellschaft liegen, was für zukunftsfähig gehalten wird und wo die Grenzen des Erlaubten verlaufen“.¹⁹⁰ In diesem Sinne zeigte er die kontinuierliche Präsenz des Begriffs „Sicherheit“ als gemeinsame Referenz und Erwartungshorizont in der bundesrepublikanischen Wahlkampfkommunikation seit 1945. Ferner ermögliche der Wahlkampf den Akteuren einen reflexiven Umgang mit ihren Handlungen und Spielregeln, denn „im Wahlkampf repräsentiert sich die Demokratie, und nicht umsonst schliessen die Beobachter aus dem Stil des Wahlkampfes auf den Zustand des jeweiligen politischen Gemeinwesens“.¹⁹¹ Mergel unterstrich die Bedeutung der sachlichen Orientierung sowie des fairen Umgangs mit den politischen Gegnern, welche als Säulen der neuen demokratischen Kultur in den bundesrepublikanischen Wahlkämpfen fungierten. Mit diesem Ansatz rücken dabei auch die Akteure der Wahlkämpfe ins Zentrum der Analyse, und zwar als „entreprises culturelles“ im Sinne des Politikwissenschaftlers Frédéric Sawicki, indem sie zur Erarbeitung von gemeinsamen Referenzen und Deutungsrahmen beitragen.¹⁹² Insbesondere für Schweizer Parteien argumentieren auch manche AutorInnen, dass man über ihre

¹⁸³ Landwehr: Diskurs – Macht – Wissen, 2003.

¹⁸⁴ Mergel: Überlegungen, 2002, S. 605.

¹⁸⁵ Für eine Diskussion des anthropologischen Ansatzes zum Politischen, Faucher-King: Changing Parties, 2005.

¹⁸⁶ Mergel: Propaganda nach Hitler, 2010.

¹⁸⁷ Ebd., S. 12.

¹⁸⁸ Ebd., S. 14.

¹⁸⁹ Ebd., S. 263ff.

¹⁹⁰ Ebd., S. 14.

¹⁹¹ Ebd., S. 15.

¹⁹² Sawicki: Les partis politiques comme entreprises culturelles, 2001.

strukturelle Schwäche in den Entscheidungsprozessen hinaus ihre Rolle als „gesellschaftliche Deutungsinstanzen“ ernst nehmen solle.¹⁹³

Wahlkämpfe zwischen Geschichte und Soziologie

Die französischsprachige politische Geschichte hat in den letzten Jahrzehnten ebenfalls wesentliche Erneuerungen erfahren. Sie näherte sich ihrerseits zunehmend an die politische Soziologie an und interessierte sich besonders für die historische Entstehung von Institutionen und Machtprozessen, zugleich aber auch für das sich verändernde Verhältnis der Akteure zu diesen Institutionen.¹⁹⁴ Die *socio-histoire* als Forschungsrichtung hat den Anspruch, Geschichte und Soziologie einander in der Untersuchung der „Fernherrschaft“¹⁹⁵ in modernen Gesellschaften näher zu bringen und dabei „la pratique des savoir-faire historiens – l’archive et l’histoire dite orale – et l’usage raisonné de la conceptualisation sociologique autorisant à construire autrement les objets et à lire autrement les sources historiques“ zusammenzubringen.¹⁹⁶ Bezüglich der Wahlprozesse haben eine Reihe von historischen Studien zu einem Verständnis der „socio-genèse de la démocratie“¹⁹⁷ beigetragen, indem sie die Institutionalisierung des Aktes des Wählens, aber auch die Entstehung der politischen Berufe beleuchteten.¹⁹⁸ Zentral bei diesen Forschungen ist dabei zusätzlich zum Historisieren von Prozessen, Kategorien oder Diskursen zum Politischen ein machtkritischer Blick, welcher sie der politischen Soziologie annähert. Bezüglich der Wahlkämpfe sind vor allem Studien zu Wahlkämpfen der letzten Jahre diesen Forschungsansätzen zuzuordnen.¹⁹⁹ Sie schlagen programmatisch vor, die Mobilisierungspraktiken im Wahlkampf – in den Worten von Brigitte Le Grignou – „hautnah“ („au concret“) und entkoppelt von der Frage ihrer Wirkung auf die Wahl zu analysieren.²⁰⁰ Dank lokal verankerter, ethnographischer Beobachtungen von Wahlkämpfen gelingt es den Forschenden, die Vielfalt der Wahlkampflogiken, die dabei herauskristallisierten Spielregeln des politischen Feldes sowie die Repräsentationsverhältnisse zwischen Kandidierenden und Wählenden zu beleuchten. Als besonders anregend für die vorliegende Arbeit erweist sich ihre Analyse der Nominierungsprozesse. Gestützt auf ihre Beobachtungen kombinieren sie eine machtinformierte Untersuchung der

¹⁹³ Siehe dazu Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014, S. 38, Fn. 129.

¹⁹⁴ Vgl. Buton; Mariot: *Pratiques et méthodes de la socio-histoire*, 2009, S. 10.

¹⁹⁵ Noiriel: *Introduction à la socio-histoire*, 2006, S. 20.

¹⁹⁶ Offerlé: *Socio-histoire*, 2001; zitiert in Mariot; Olivera: *Socio-histoire*, 2011, S. 618.

¹⁹⁷ Noiriel: *Introduction à la socio-histoire*, 2006, S. 73.

¹⁹⁸ Offerlé: *De l’histoire électorale à la socio-histoire des électeurs*, 2007; Déloye; Ihl: *L’acte de vote*, 2008; Phélippeau: *L’invention de l’homme politique modern*, 2002; Offerlé; Bacot: *La profession politique: XIXe-XXe siècles*, 1999.

¹⁹⁹ Vgl. insb. Lagroye; Lehingue; Sawicki (Hg.): *Mobilisations électorales*, 2005; Agrikoliansky; Heurtaux; Le Grignou (Hg.): *Paris en campagne*, 2011.

²⁰⁰ Agrikoliansky; Heurtaux; Le Grignou: *Avant-propos*, 2011, S. 9. In der Einleitung berufen sich die Autoren sowohl auf die Fragestellungen der socio-histoire als auch auf die ethnographischen Ansätze und Methoden von Forschern wie Marc Abélès oder Yves Pourcher. Vgl. u.a. Abélès: *Jours tranquilles en 89*, 1989; Pourcher: *Votez tous pour moi*, 2004.

Auswahlkriterien mit einer Analyse der Legitimierungsstrategien der Parteien bezüglich ihres Repräsentationsangebots.²⁰¹

4. Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist so aufgebaut, dass Wahlkämpfe als komplexe parteipolitische Aktivität rekonstruiert werden können. Für die Perspektive der Parteiakteure wurden auf Basis der Quellen fünf Handlungsphasen gebildet, welche sich in den einzelnen empirischen Kapiteln spiegeln. Nach einer historischen Einbettung der Wahlkämpfe und Parteien (Kap. 2) beginnt die Analyse mit der *Vorbereitung* des kommenden Wahlkampfes (Kap. 3), in welcher nationale und kantonale Parteikader Ziele, Pläne und Strategien vereinbaren. Darauf folgt eine Untersuchung der Art und Weise, wie Parteien ihre Zielwählerschaften *definieren*, um der Frage nachzugehen, wie sich das Repräsentationsverhältnis zur Zielwählerschaft mit der Zeit verändert hat (Kap. 4). Auf diese beiden die vorrausschauenden Phasen darstellenden Kapitel bauen die Kapitel zu den eigentlichen Wahlkampagnen der Parteien auf. Zunächst wird der Blick auf die Wahlkampfmaterialien und die Medienarbeit gerichtet und der Wandel des *Darstellens* der Parteien im Wahlkampf untersucht (Kap. 5). Dann wird die Frage erörtert, wie sich das *Verkörpern* des Politischen und der Parteien im Laufe der Nachkriegszeit verändert hat, durch die Analyse der Nominierung und Lancierung der Kandidierenden (Kap. 6). Schliesslich kommen die verschiedenen Formen der parteipolitischen Kontaktnahme mit den Wählenden in den Untersuchungsfokus, anhand derer sich die veränderten Bedingungen des *Mobilisierens* aufzeigen lassen (Kap. 7). Obwohl diese Phasen ungefähr dem zeitlichen Ablauf der Wahlkämpfe folgen, sind sie nicht als Idealtypen zu verstehen, sondern als Begriffe zur Annäherung an die verschiedenen Bereiche des parteipolitischen Handelns im Wahlkampf. Ein Fazit (Kap. 8) führt die verschiedenen Fäden zusammen.

²⁰¹ Vgl. Agrikoliansky; Heurtaux; Le Grignou: *Identités en campagne*, 2011.

Kapitel 2. Historische Einbettung: Schweizer Politik im Dornröschenschlaf?

Die Jahrzehnte zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Ende des Kalten Krieges sind Zeiten des raschen sozialen Wandels in der Schweiz. Wie andere westeuropäische Länder erlebte die Schweizer Wirtschaft nach 1945 einen raschen Aufschwung. Der Aufbau des Wohlfahrtsstaates ermöglichte eine allgemeine Steigerung der Lebensstandards, während die Motorisierung und das Aufkommen des Dienstleistungssektors die Arbeitsbedingungen revolutionierten. Die Schweizer Bevölkerung wuchs ferner stetig, nicht zuletzt dank der Ankunft zahlreicher GastarbeiterInnen ab den 1950-60er Jahren. Zwischen der rasanten (Sub-)urbanisierung des Landes und der Entwicklung einer Konsum- und Freizeitgesellschaft veränderten sich die Lebensstile der SchweizerInnen grundlegend. Die weltweite Rezession der 1970er Jahre traf dann die Schweiz noch stärker als ihre Nachbarn. Diese Zeit beendete auch die Dominanz des industriellen Sektors in einem der am frühesten industrialisierten Länder Europas, und macht zugleich die Schäden an der Umwelt durch ein bisher als grenzlos erscheinendes Wachstum sichtbar.

Politisch könnte die Nachkriegszeit hingegen den Eindruck einer definitiven Stabilisierung nach den Turbulenzen der Zwischenkriegszeit erwecken. Die Wahl zweier Sozialdemokraten in den Bundesrat im Dezember 1959 sowie die Weiterführung der sogenannten Zauberformel in den kommenden Jahren gelten in manchen Ausführungen als natürliche Krönung der Geschichte der Schweizer Demokratie und ihrer als progressiv und pragmatisch beschriebenen Integration von sprachlich-kulturellen und politischen Minderheiten.¹ Damit schien jedenfalls die ausserordentliche Stabilität der parteipolitischen Kräfteverhältnisse auf Dauer in Stein gemeisselt, welche in den Politikwissenschaften das Schweizer sowie die kantonalen Parteiensysteme zu exemplarischen Fällen des Einfrierens der Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Parteiensysteme machte.² Und der Politikwissenschaftler Andreas Ladner konnte schreiben: „Ereignisse wie die wirtschaftliche Wachstumsphase in der Nachkriegszeit, der Kalte Krieg, die 68er Bewegung, die Rezession in den 1970er Jahren, das Aufkommen der Umweltproblematik, der Fall der Berliner Mauer, die Europa-Frage, die Globalisierung und die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren schienen lange Zeit am schweizerischen Parteiensystem vorüberzugehen, ohne grosse Spuren zu hinterlassen“.³

Weil in der Schweiz Diskurse über die Demokratie zu Selbst- und Fremdzuschreibungen und somit zur Konstruktion der nationalen Identität besonders beitragen, lassen sich hinter diesen Deutungen der politischen Geschichte des Landes kräftige Narrative eines helvetischen „Sonderfalls“ als politisches sowie wirtschaftliches Erfolgsmodell finden, welche insbesondere in der Nachkriegszeit

¹ Zu solchen Deutungen der Zauberformel, Burgos; Mazzoleni; Rayner: La formule magique, 2011, S. 107ff.

² Für Statistiken zu den National- und Ständeratswahlen auf eidgenössischer Ebene sowie in den drei Kantonen zwischen 1919 und 1983, siehe die Abbildungen 1 bis 7.

³ Ladner: Politische Parteien, 2014, S. 365.

prosperierten.⁴ Das regelmässig zelebrierte Modell der Konkordanz fungierte dabei oft als ahistorische, allgemeingültige Erklärung für die festgestellte Ruhe und Stabilität der helvetischen Politik.⁵ Um die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit zu verstehen, gilt es jedoch, jenseits dieser Narrative einer Schweizer Politik im Dornröschenschlaf ihre doch raschen und zum Teil stark konfliktbeladenen Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Dafür werden in diesem Kontextkapitel Veränderungen im politischen Leben und in den Parteien sowie im Wahlverhalten und in der Medienlandschaft skizziert.

1. Politisches Leben und Parteien

Im Folgenden wird zunächst das politische Leben der Schweiz ab den 1920er Jahren geschildert, wobei ein besonderer Fokus auf den Entwicklungen der demokratischen Institutionen und der politischen Kommunikation mit Beispielen aus den drei untersuchten Kantonen liegt.

1.1. Vorgeschichte: Schweizer Politik in den Zwischenkriegs- und Kriegsjahren

Pluralisierung und Polarisierung der Schweizer Politik in der Zwischenkriegszeit

Ein zentraler Meilenstein für die Konsolidierung des Schweizer Parteiensystems stellte die Einführung der Proporzwahl für den Nationalrat dar: Die Freisinnigen verloren hierdurch ihre hegemoniale Position im Nationalrat und die Sozialdemokraten wurden zur zweitgrössten Fraktion zusammen mit den Katholisch-Konservativen (Graphiken 1-4). Der Proporz, welcher zu dieser Zeit auch in vielen Kantonen wie zum Beispiel in Zürich eingeführt wurde, verhalf aber auch neuen Kräften zu einem raschen Durchbruch, in erster Linie den durch Abspaltung von den Freisinnigen entstandenen Bauernparteien in Bern und Zürich. Neben dieser Pluralisierung war das politische Leben der Zwischenkriegszeit durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet, welche zunächst in den starken sozialen Spannungen der Vorkriegs- und Kriegsjahre ihren Ursprung hatte. Während der erste Weltkrieg die Brisanz eines sprachlich-kulturellen Grabens zwischen Deutschschweiz und Romandie zum Ausdruck gebracht hatte, überwogen um 1917-1918 wirtschaftlich basierte Konflikte. Der vom linken Flügel der SP ausgerufene, mit Gewalt niedergeschlagene Landesstreik im November 1918 prägte die politischen Vorstellungswelten der politischen Akteure links wie rechts in den kommenden Jahrzehnten.⁶ Bei den Bürgerlichen fungierte sie sogar, so Jakob Tanner, als „traumatisches

⁴ Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 14ff. Exemplarisch dafür ist die von Pro Helvetia Ende der 1940er Jahre beauftragte Studie des französischen Politikwissenschaftlers André Siegfried, welche sowohl den Erfolg als auch den Sonderfallcharakter des Schweizer Modells lobte. Siegfried: La Suisse, 1948.

⁵ Oder wie Jost bemerkt: „à chaque fois, on laisse entendre qu’il s’agit d’une norme helvétique évidente, dont le sens et le contenu n’ont nul besoin d’être soumis à une quelconque analyse.“ Jost: Critique historique du consensus helvétique, 2001, S. 58.

⁶ Die Erinnerung an die „Toten von 1918“ diente in den 1930er Jahren als Argument gegen die Integration der Sozialdemokraten in die Bundesregierung. Gehrken: Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität, 2001, S. 421. Noch 1967 gedachte auch die kurz vor dem Landesstreik gegründete Zürcher BGB anlässlich ihres Jubiläums dieses Ereignisses. Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 17.

Schreckbild, das sie für autoritäre und antidemokratische Ordnungsentwürfe anfällig machte“.⁷ In der Tat radikalisierten sich in den 1920er Jahren bürgerliche Akteure unter der gemeinsamen „weltanschaulichen Klammer“ des Antisozialismus.⁸ Diese bildete die Grundlage für eine Annäherung der einst verfeindeten Freisinnigen und Katholisch-Konservativen, deren Staatstreue während des Landesstreiks 1920 mit einem zweiten Bundesratssitz belohnt wurde. Auch die junge BGB wurde durch die Wahl ihres Berner Gründers Rudolf Minger in den Bundesrat 1929 rasch in den sogenannten Bürgerblock integriert. Sie balancierte dabei zwischen dem im Bürgerblock geteilten Antisozialismus und einer oppositionellen Haltung im Namen bäuerlicher Interessen, die sie bei Massendemonstrationen wie dem Marsch auf Bern 1928 inszenierte.

Die SP, welche stetig an Stimmen gewann und 1928 zur grössten Nationalratsfraktion wurde, stand dafür besonders isoliert im politischen Feld und tendierte zu verstärkter Radikalität. Diese wurde im Programm von 1920 besonders spürbar, welches die Diktatur des Proletariates als Ziel der Partei festlegte.⁹ Um den anvisierten fundamentalen Gesellschaftswandel zu verwirklichen war sie zudem aufgrund ihrer Marginalisierung vermehrt auf die direkte Demokratie und auf Massenmobilisierungen angewiesen. Dabei befand sich die Partei in einem ungemütlichen Konkurrenzverhältnis um die Repräsentation der Arbeiterbewegung mit der 1921 von ihr abgespaltenen Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS), welche ihr ursprünglich auf der Basis der „Sozial-Faschismus-These“ jegliche Legitimität aberkannt hatte. Abgesehen von einigen Grossstädten erlangte die KPS aber keine bedeutenden Wahlerfolge. Die Sozialdemokraten erfuhren hingegen einen Aufschwung zum Beispiel bei den Nationalratswahlen von 1931 (28.7% der Stimmen) und wurden trotz Isolation auf nationaler Ebene in einige Kantonalregierungen integriert, wie im Tessin ab 1922.¹⁰ In Städten wie Zürich und Lausanne konnten zudem in den 1930er Jahren „rote Regierungen“ ein Programm des sogenannten Munizipalsozialismus mit einem Fokus auf die Bau- und Infrastrukturpolitik durchsetzen. Die Stärke der damaligen Antagonismen zeigte sich aber daran, dass insbesondere da, wo die SP zusammen mit der PdA regierte (wie in Genf), diese linken Regierungen zum Trauma der Bürgerlichen wurden und ihren Antisozialismus verstärkten.¹¹

Wirtschaftskrise und Antiparlamentarismus

Die wirtschaftliche Krise von 1929 und ihre in der Schweiz spät spürbaren Auswirkungen hatten eine „fundamentale gesellschaftliche Verunsicherung“ verursacht und die politische Polarisierung weiter zugespitzt, welche mit dem Blutbad in Genf 1932 einen Höhepunkt erreichte.¹² Seit Ende der 1920er Jahre hatten sich in vielen Kantonen rechtsextreme „Fronten“ gebildet. Der sogenannte

⁷ Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 288.

⁸ Vatter: Das politische System der Schweiz, 2016, S. 104.

⁹ Vgl. Abt: Die sozialdemokratischen Parteiprogramme, 1988.

¹⁰ Vgl. Ceschi: Geschichte des Kantons Tessin, 2003, S. 243ff.

¹¹ Vgl. Rauber: L'anticommunisme en Suisse, 2009, S. 188.

¹² Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 224.

Frontenfrühling erwies sich an den Urnen aber als kurzlebig. Symbolisch dafür wurde 1935 das Scheitern der sogenannten Fronteninitiative zur Totalrevision der Bundesverfassung, welche die Einführung eines autoritären und korporatistischen Staates befürwortete. Zwar hatte sich die föderalistische, vom Befreiungsmythos geprägte politische Kultur der Schweiz als resistent gegen diese autoritären Tendenzen erwiesen. Die von den Fronten sowie von breiten bürgerlichen Intellektuellenkreisen entwickelte Demokratiekritik hinterliess aber, wie Jakob Tanner feststellte, tiefe Spuren in den politischen Mentalitäten der folgenden Jahre.¹³ Viel mehr als das Projekt eines autoritären Regimewechsels rief nämlich die antiparlamentarische Kritik ein breites Echo in der Schweizer Öffentlichkeit hervor. Während der Ständerat als Repräsentationsgrundlage des Föderalismus im Bund – und dazu als konservative Bastion – galt, richtete sich der Hauptangriff des wachsenden Antiparlamentarismus gegen den Nationalrat. Nicht nur die Fronten, sondern auch die Jungliberalen und Jungkonservativen befürworteten eine umfassende Reform dieser als veraltet, arbeitsunfähig und korrupt wahrgenommenen Institution.¹⁴

Und die Krisensituation förderte die Schwächung des demokratischen Systems, als der Bundesrat und das Parlament ab Anfang der Wirtschaftskrise zunehmend Gebrauch von der Dringlichkeitsklausel machten, um Bundesgesetze und -beschlüsse dem Referendum zu entziehen. Dieser nur von Wenigen kritisierte Angriff auf den verfassungsmässigen Entscheidungsweg verstärkte die Legitimationskrise des politischen Handelns.¹⁵ Die mit dem Krisennotrecht einhergehende Bedeutungszunahme des vorparlamentarischen Verfahrens gab zudem den Verbänden eine verstärkte legislative Rolle zu Ungunsten der Parteien.¹⁶ Schon die politische Praxis entsprach also den Vorstellungen derer, welche den Exekutiven mehr Macht verleihen wollten und/oder die repräsentative Überlegenheit der Interessenverbände den politischen Parteien gegenüber betonten.¹⁷ Obwohl diese Kritik nach 1935 durchaus verstummte, blieb laut Georg Kreis ein „diffuses Gefühl“, dass das Parlament eine Radikalkur brauche.¹⁸

Neue Akteure, neue Propagandamethoden

Getragen vom verstärkten Wettbewerb und von dieser konfliktgeladenen Stimmung übernahm die politische Propaganda ab den 1920er Jahren verstärkt offensive, manicheistische Töne. Eine zentrale Rolle spielten dabei politische Plakate, welche bis in die 1920er Jahre insbesondere in ländlichen Regionen wenig eingesetzt worden waren. Anfang des Jahrzehnts stellten die heftigen Kampagnen zu den Häberlin-Abstimmungen und zur SP-Initiative für eine Einkommenssteuer Schlüsselmomente für

¹³ Ebd., S. 199ff.

¹⁴ Dazu Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, 1991.

¹⁵ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 52.

¹⁶ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 56f.

¹⁷ Wie der Leiter des schweizerischen Bauernverbandes Ernst Laur, welcher 1934 sogar die Erhaltung des Bauernstandes vor die Erhaltung der Demokratie stellte. Ebd., S. 44.

¹⁸ Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, S. 306.

die Entwicklung des illustrierten politischen Plakates als Meinungsmacher dar.¹⁹ Die politische Kommunikation der kommenden Jahre wurde von einer sehr visuellen Plakatsprache mit frontal gegenübergestellten Feindbildern bzw. Identifikationsfiguren und stark symbolbeladenen dystopischen bzw. utopischen Zukunftsvisionen geprägt.²⁰ Politische Akteure und ihre Plakatmacher liessen keine Möglichkeit für einen Angriff gegen ihre Gegner aus, bis hin zu persönlichen Attacken.²¹ Wie in anderen westeuropäischen Ländern erwies sich ferner der Gebrauch des Radios, der Presse aber auch des Kinos als zentral für die zunehmend massenorientierte politische Kommunikation.²² All diese Kommunikationsmittel trugen dazu bei, die Wähler auf die Gefahren und Vorteile der wichtigen politischen Entscheidungen dieser Jahre anzusprechen und zu versuchen, ihnen eine Richtung vorzugeben.²³ Während die älteren politischen Parteien damit zur Polarisierung der Öffentlichkeit entscheidend beitrugen, spielten auch neue Akteure eine bedeutende Rolle: Der Landesring der Unabhängigen (LdU), eine vom Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler 1935 gegründete mitte-linksstehende Partei, wollte zunächst die Anliegen der im Entstehen begriffenen Konsumgesellschaft ansprechen und brachte damit eine neue Repräsentationsgrundlage in die eidgenössische Politik ein. Der LdU errang bereits bei den Nationalratswahlen von 1935 einen Achtungserfolg und wurde bald zu einer ernstzunehmenden oppositionellen Partei, insbesondere in städtischen Milieus, wie in Zürich oder auch in Lausanne. Durch die Mittel ihres Gründers und auf der Linie der starken, provokativen Werbetätigkeit der Migros betrieb die junge Partei eine intensive, bissige Propaganda mit populistischen Tönen. Sie befand sich dabei im Visier der Gewerbevertreter, aber auch der SP, welche ihr die Rekrutierung von Wählern bei den damals kleiner werdenden Fronten vorwarf.²⁴

Ferner entstanden in diesem konfliktgeladenen Kontext rechtsbürgerliche Pressure-Groups wie der 1933 gegründete Bund für Volk und Heimat oder die 1936 gegründete Aktionsgemeinschaft nationaler Wiederaufbau (Redressement national), welche sich gegen die Kompromissbereitschaft gegenüber den Linken mancher bürgerlichen Parteiateure positionierten.²⁵ Neben ihrer Lobbyarbeit im Dienst der Wirtschaft lancierten sie Kampagnen zur „Aufklärung der Öffentlichkeit“ mit starken polemischen, antisozialistischen Tönen gegen den politischen Ausgleich und den Weiterausbau des Sozial- und

¹⁹ Vgl. für den Kanton Genf Rouget: *Quand l'anticommunisme s'affiche à Genève*, 2009, S. 252f. Bald dominierten die professionellen Plakatmacher der bürgerlichen Parteien (insbesondere Noël Fontanet) diese neue Szene sowohl quantitativ als auch stilistisch, während die Plakate der Linksparteien in der Regel mangels entsprechender Mittel textlastiger und einfarbig sowie weniger bissig waren.

²⁰ Vgl. Giroud: *L'affiche politique*, 1994.

²¹ Dieses *negative campaigning* kulminierte wieder im Kanton Genf insbesondere mit den antisemitischen Plakaten gegen den Sozialdemokraten Joël Dicker, vgl. Torracinta; Mermoud: *Genève 1930-1939*, 1978, S. 43.

²² Vgl. Jost: *Critique historique*, 1986, S. 330ff.

²³ Vgl. Halle: *Les incitations politiques en Suisse pendant l'Entre-deux-guerres*, 2011.

²⁴ Vgl. Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 159ff. Gewissermassen übertrug Duttweiler seinen Kampf als Aussenseiter auf dem wirtschaftlichen Feld ins politische Feld. Mit dem LdU wollte er, so Gruner, eine ähnliche „katalysierende, heilsam beunruhigende Rolle spielen wie die Migros im Handel“. Ebd., S. 161.

²⁵ Dazu Werner: *Für Wirtschaft und Vaterland*, 2000.

Steuerstaates.²⁶ Sie trugen dabei wesentlich zur Perfektionierung der rechtspolitischen Propaganda und zu ihrer Verankerung innerhalb der Wirtschaftsnetzwerke bei.

Annäherungen in der Mitte

Die Bedeutungszunahme faschistischer Bewegungen in Europa kräftigte aber links wie rechts jene Stimmen, welche zu einer innenpolitischen Mässigung aufriefen. Nach der Machtergreifung Hitlers und vor dem Hintergrund des Frontenfrühlings wendete sich zunächst die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und gewichtete nun die Verteidigung der Demokratie und der „Volksgemeinschaft“ als Integrationskonzept höher als den Kampf für den Sozialismus.²⁷ Auf die Forderung des seit Ende der 1920er Jahre moderateren Gewerkschaftsflügels und gegen die Parteileitung anerkannte der Luzerner SP-Parteitag von 1935 in einer Revision des Programms von 1920 die Prinzipien der Landesverteidigung und des Privateigentums sowie die Rechtfertigung der schweizerischen Staatsverfassung überhaupt an, indem sie das Bekenntnis zur „Diktatur des Proletariates“ aufgab.²⁸ Damit verschwanden die wichtigsten Hinderungsgründe für eine Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen. Eine Annäherung in der Mitte des politischen Feldes geschah zunächst innerhalb eines breiten Bündnisses zu einer auf der Grundlage von Henrik De Mans *Plan der Arbeit* entwickelten Kriseninitiative, welche vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) bis hin zu Angestelltenorganisationen oder der schweizerischen Bauernheimatbewegung reichte. Die knappe Niederlage dieser Initiative nach einem harten Abstimmungskampf 1935 stärkte die Befürworter einer Zusammenarbeit zum Schutz der Demokratie und eines wirtschaftlichen Ausgleichs. Um die Wochenzeitung *Die Nation* entstand 1936 eine breitangelegte sogenannte Richtlinienbewegung, welche insbesondere die SP sowie demokratische und bäuerliche Parteien vereinte. Auch bei der FDP und bei der KVP liessen sich vermehrt Stimmen für eine Zusammenarbeit mit der SP hören, selbst wenn letztere Partei einen bürgerlichen Anschluss an die Richtlinienbewegung vehement ablehnte.²⁹ Die Unterzeichnung des sogenannten Friedensabkommens zum Verzicht auf Kampfmassnahmen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftlern der Metall- und Maschinenindustrie im Jahr 1937 erwies sich als ein höchst symbolischer, später mythologisierter Schritt in Richtung eines Klassenkompromisses, obwohl der Streikverzicht auch für Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung sorgte.³⁰

²⁶ Ebd., S. 299.

²⁷ Zur Genealogie dieses Begriffs in den 1930er Jahren, Zimmer: Die „Volksgemeinschaft“, 1996.

²⁸ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 143.

²⁹ Vgl. ebd., S. 94; Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 48.

³⁰ Degen: Arbeitsfrieden, 2010.

Geistige Landesverteidigung

Vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Vormarsches in Europa verbreiteten sich zudem in der Schweizer Öffentlichkeit Aufrufe zur nationalen Verständigung. Die Erinnerung an die Spaltungen während des Ersten Weltkrieges wirkte als Schreckgespenst. Zentral wurde dabei die Parole der Geistigen Landesverteidigung, welche insbesondere 1938 nach der Botschaft vom Bundesrat Philipp Etter ein breites Echo bekam. Die Bedeutung dieses neuen offiziellen Mantras für die kommenden Jahre erwies sich wohl als ambivalent. Zwar rief die geistige Landesverteidigung zur Verteidigung der schweizerischen Demokratie und Freiheitsgesinnung auf, welche im Bild des Gotthards symbolisch verdichtet wurde. Als „antitotalitärer Basiskompromiss“, so Kurt Imhof, habe sie dafür eine „konkordanzdemokratische politische Kultur [...] gegen polarisierende Zukunftsentwürfe“ durchgesetzt.³¹ Die Betonung des Schweizerischen durch den Zugriff auf ihr mythologisiertes Territorium und auf historische Mythen fungierte aber auch tautologisch als Abwehr gegen das „Unschweizerische“. Dadurch, dass die geistige Landesverteidigung die nationalsozialistische Propaganda durch die Betonung des Schweizerischen in Politik und Kultur zu ersetzen anstrebe, ähnelte sie sogar, so Jost, einem „helvetischen Totalitarismus“.³² Tatsächlich war die Geistige Landesverteidigung dennoch mehr als eine eindeutige Ideologie, sondern vielmehr eine – meist staatlich, teilweise zivilgesellschaftlich betriebene – Strategie der politischen Kommunikation mittels Film, Radio, Presse, aber auch Flugschriften oder Vorträgen, welche mit dem Ausbruch des Krieges nur verstärkt wurde.³³

Politik im Krieg: Begrenzte Demokratie

Die Kriegslage in Europa grenzte das demokratische Leben auch in der Schweiz stark ein. Bereits ab Ende August 1939 erteilten die Räte dem Bundesrat ausserordentliche Vollmachten, welche ihm ermöglichten, die als nötig erachteten Massnahmen ausserhalb der von der Verfassung vorgesehenen Wege selbst zu bestimmen.³⁴ Damit entzogen die Parlamentarier – nahezu einstimmig – sich und dem Souverän ihre legislative Kompetenz. Zwar ermöglichte das Vollmachtenregime eine Kontrollrolle durch das Parlament; davon machten aber die Parlamentarier unterschiedlich Gebrauch.³⁵ Mit dem Vollmachtenregime und der Organisation der Kriegswirtschaft entstand dabei eine „neue Verwaltungselite“, in welcher die Verbände eine stärkere Rolle spielten.³⁶ Das Vollmachtenregime kannte zudem de facto ein Vernehmlassungsverfahren, welches die Wirtschaftsverbände, aber auch die

³¹ Imhof: Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, 1996, S. 35.

³² Imhof; Jost; Schweizerisches Landesmuseum: Geistige Landesverteidigung, 1998.

³³ Vgl. Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 234ff; Mooser: Die „Geistige Landesverteidigung“ in den 1930er Jahren, 1997.

³⁴ Dazu Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, 1991.

³⁵ Ebd., S. 310ff.

³⁶ Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 51.

Kantonsexekutiven in die Entscheidungsprozesse miteinbezog.³⁷ Mit dem Beginn des Krieges organisierte zudem der Bundesrat eine Kontrolle der Presse, welche, wenn auch nicht mit Vorgehmigungen, so doch mit einer Selbstzensur der Presse insbesondere bezüglich des nationalsozialistischen Regimes funktionierte. Die Staatspropaganda im Sinne der *Geistigen Landesverteidigung* wurde dazu intensiviert. Mit der Sektion *Herr und Haus*, welche ein Informations- und Propagandasystem aufbaute, und der Abteilung *Presse und Funkspruch* verfügte zudem die Armee über ein eigenes Departement des Inneren.³⁸

Im Herbst 1939 stand zunächst stark in Frage, ob die Parlamentswahlen überhaupt stattfinden könnten.³⁹ Schon die Mobilmachung allein erschwerte die Organisation der Wahlen. Darüber hinaus befürchtete ein Teil der politischen Eliten eine Aktivierung der Spaltungen im Lande durch den Wahlkampf. Schlussendlich vereinbarten Bundesräte, kantonale Regierungsräte und Parteispitzen, dass die Wahlen stattfinden konnten, aber „con sordino“, also ohne zu starke polemische Töne. In acht Kantonen, darunter in der Waadt, fanden sogar nur stille Wahlen statt, da alle bisherigen Amtsträger ohne Gegenkandidaturen wieder antraten. In den westschweizerischen Kantonen war zudem die KPS seit 1937-1938 verboten. Die Linken waren dabei besonders gespalten, insbesondere seit der Genfer Léon Nicole und seine Anhänger 1939 den Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin befürwortet hatten, wofür sie aus der SP ausgeschlossen wurden. Im Dezember führte dies zur Gründung der dissidenten Sozialistische Föderation der Schweiz (SFS), welche bis zu ihrem Verbot im Jahr 1941 erhebliche Teile der westschweizerischen Sozialdemokraten anzog. Die Ergebnisse der Wahlen von 1939 zeigte auch leicht veränderte Kräfteverhältnisse: die SP verlor 5 Mandate zu Gunsten der bürgerlichen Parteien und dem LdU. Wie Jost schreibt, begann damit für die Linke „eine Art Reduit oder zumindest eine stillschweigende Eingliederung in die bürgerliche Mehrheit“.⁴⁰ Ab 1940 wurden zudem öffentliche Versammlungen unter polizeiliche Kontrolle gestellt, und die KPS – wie auch nazifreundliche Bewegungen – verboten, was das politische Leben weiter einschränkte.

Bedingt durch den scheinbar unaufhaltbaren Vormarsch Nazi-Deutschlands in Europa vollzogen die Schweizer Politik und insbesondere der Bundesrat eine deutliche Rechtswende. Das Jahr 1940 entsprach, so Jost, einer „Zeit der Erodierung der demokratischen Werte, des teilweisen Verstummens der traditionellen Parteien und der Feudalisierung der Machstruktur durch Clans der helvetischen Rechten“.⁴¹ Denn noch mehr als die nazifreundlichen Bewegungen stellten die damals sehr aktiven, im politischen System weitgehend etablierten Akteure der sogenannten Erneuerungsbewegungen eine

³⁷ Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, 1991, S. 310ff.

³⁸ Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 134ff.

³⁹ Vgl. dazu die Ausführungen des späteren FDP-Präsidenten Eugen Dietschi, Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 188ff.

⁴⁰ Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 50.

⁴¹ Ebd., S. 96.

Bedrohung für die demokratischen Institutionen dar.⁴² Nicht zuletzt gestützt durch die Niederlage Frankreichs, welche als Scheitern des parlamentarischen Systems der dritten Republik gedeutet wurde, plädierten der 1940 gegründete Gotthard-Bund, der bereits nach dem Landesstreik entstandene Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz und die waadtländische Ligue vaudoise für eine Anpassung der schweizerischen Demokratie an die neuen europäischen Entwicklungen. Ähnlich wie in der Fronteninitiative wurde insbesondere die Entstehung eines autoritär-korporatistischen Regimes rund um die aus der Alteidgenossenschaft ausgeliehene Figur des Landammans befürwortet. Wieder standen dabei das Parlament und insbesondere der Nationalrat „als ständige Erinnerung an die Existenz nichtaufhebbarer gesellschaftlicher Interessengegensätze“, so Mario König, im Visier.⁴³ Politische Parteien sollten verboten oder ihre Repräsentation im Parlament stark eingegrenzt werden, während die Presse unter Zensur gestellt werden sollte – Forderungen, welche sich auch in der eine Annäherung an Nazi-Deutschland befürwortenden *Petition der 200* wiederfanden. Damit stand der demokratische Pluralismus in Frage: legitim war er für diese Bewegungen „einzig in der föderalistischen Form, in Gestalt der legendären ‚Gemeindeautonomie‘“ oder auch in der begrenzten Ja/Nein Alternative der Plebiszite, denn „autoritär-charismatische Führung und Plebiszit stützten einander wechselseitig“.⁴⁴ Zudem wurde die in der Kriegspropaganda hochstilisierte Figur des Generals Henri Guisan teilweise zur „Projektionsfläche für die Wunschbilder eines väterlich-strengen Erretters aus den Nöten der Zeit“.⁴⁵

Die antiparlamentarische Kritik schlug sich bis in die Pfändler-Initiative des LdU nieder, welche ähnliche Postulate zur Reform des Nationalrates wie die Reformprojekte der Jahre 1934-35 übernahm. Ein zentraler Punkt der Argumentation des Sankt Galler LdU-Nationalrats Otto Pfändler bestand in der angeblichen Notwendigkeit, eine „radikale Putzete“ im Nationalrat durchzuführen.⁴⁶ Keine andere Partei unterstützte diese Initiative aber und sie wurde 1940 abgelehnt – eine der wenigen Vorlagen, welche in diesen Jahren vor das Volk gebracht wurden.⁴⁷ Die Kritik des parlamentarischen Systems und die Befürwortung einer stärkeren Macht der Exekutive fanden aber breites Gehör bei den höheren Kreisen des Staates. In diesem politischen Klima und angesichts des Vollmachtenregimes hatten die politischen Parteien Mühe eine aktive Rolle auszuüben.⁴⁸ Ab 1941 mehrten sich jedoch Kritiken von Parlamentariern, auch aus bürgerlichen Kreisen, gegen den Missbrauch des Vollmachtenregimes.⁴⁹

⁴² Vgl. ebd., S. 79ff.

⁴³ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 56.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Otto Pfändler: Ein dringender Vorschlag für die Reorganisation des Nationalrates, 1940. Vgl. dazu Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, 1991, S. 315ff.

⁴⁷ Eine zweite Initiative im staatsrechtlichen Bereich stellte die SP-Initiative zur Volkswahl des Bundesrates dar, welche 1938 aufgrund der weiterbestehenden Nichtvertretung der Partei im Bundesrat lanciert und 1942 abgelehnt wurde.

⁴⁸ Vgl. Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 134ff.

⁴⁹ Dazu Kreis: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, 1991, S. 318f.

Kriegswende und Wahlen von 1943

Die mit der deutschen Niederlage in Stalingrad initiierte Kriegswende veränderte die innenpolitische Stimmung: Die antidemokratischen Stimmen verstummten, während mit der „Entfernung des politischen Zwangskorsetts“ der ersten Kriegsjahre die Fragezeichen zur Politik der Nachkriegszeit in den Vordergrund rückten.⁵⁰ Die SP begann bereits Ende 1942 ihre politische Positionierung zwischen Opposition und Integration neu zu denken. Mit der *Neuen Schweiz* entwickelte sie ein umfassendes Programm, welches die Lenkung der Wirtschaft durch den Staat sowie die Verstaatlichung von Grossbanken und Monopolunternehmen vorsah und dafür an den „Schweizer“ als „nüchternen Bürger“ appellierte.⁵¹ Die wiedergefundenen Ambitionen der Partei zeigten sich auch in der Lancierung einer Initiative zum *Recht auf Arbeit* im Februar 1943. Die Vollbeschäftigung erwies sich im Jahr 1943 tatsächlich als „unergiebiges Wahlkampfthema“, welches dabei mehr an das Trauma der Arbeitslosigkeit der 1930er Jahre als an die Realität der Kriegsjahre anknüpfte.⁵² Auch im bürgerlichen Lager war von staatlichen Massnahmen zur Erreichung dieses Zieles die Rede.

Trotz der veränderten innen- und aussenpolitischen Lage sowie dem Willen der Parteien, dieses Mal stille Wahlen zu vermeiden, liess sich der Kriegskontext bei den Wahlen von 1943 noch deutlich spüren.⁵³ Die SP musste gegen die Zensur des Justiz- und Polizeidepartementes kämpfen, um ihr geplantes illustriertes Flugblatt im Wahlkampf verwendet zu dürfen, aufgrund von scheinbar unsagbaren Sätzen wie „Der Weg des Faschismus – Weg des Grauens“ oder „Wo immer der Friede zerstört, der Krieg entfesselt wurde, da war der Faschismus der Kriegstreiber“.⁵⁴ Auch bestand das Verbot der KPS und der SFS bis Februar 1945, obwohl die SP nach der Auflösung der Komintern die Aufhebung dieser Massnahme gefordert hatte. Die Möglichkeit einer Integration der ehemaligen Kommunisten und SFS-Dissidenten in die SP stand für kurze Zeit im Gespräch und wurde schlussendlich vom Winterthurer SP-Parteitag genehmigt, jedoch mit einem individuellen und strengen Aufnahmeverfahren.⁵⁵ Kommunistische Kader rund um Léon Nicole entschieden jedoch vor den Wahlen, ihren Anhängern die Wahlabstinenz zu empfehlen. In Flugblättern sowie in ihrer Presse kritisierten sie die „Manöver der rechten Führer der SPS“, welche die „politischen Opfer der Verbotsmassnahmen“ zu wahltaktischen Zwecken instrumentalisieren und die „Zersetzung der SFS“

⁵⁰ Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 167.

⁵¹ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 20.

⁵² Ebd., S. 20; 23ff.

⁵³ Vgl. die Perspektive von Dietschi, der an die Herausforderung der Wahlteilnahme der eingesetzten Wehrmänner erinnerte, Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 188ff.

⁵⁴ Margadant: Politik an der Plakatwand, 1978, S. 34.

⁵⁵ Dazu Hanimann: Antikommunismus in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 2008, S. 35ff. Um SP-Parteimitglied zu werden, mussten die ehemaligen Kommunisten sich zum Parteiprogramm bekennen, den Beweis ihres Austrittes aus ihrer ehemaligen Partei erbringen und versichern, dass sie keine spalterischen Absichten hatten.

wünsche.⁵⁶ Statt Annäherung zeichnete sich ein endgültiger Bruch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ab: Die Hoffnung Ersterer, mit einem radikaleren Kurs als die SP Erfolge verbuchen zu können, führte sie schliesslich im Oktober 1944 dazu, die PdA zu gründen.⁵⁷

Der Wahlkampf von 1943 fand also im Zeichen eines begrenzten Parteienpluralismus und sogar von Boykottaufrufen statt. Jedoch war es der SP wieder möglich, eine offensive Propaganda zu betreiben. Getragen vom für die europäischen Linken günstigen Kontext der Kriegswende sollte ihr Programm *Neue Schweiz* als Zukunftshorizont zur Gewinnung einer politischen Mehrheit dienen. Nach bereits bemerkbaren Erfolgen bei kantonalen und kommunaler Wahlen verhalf die weiterbestehende Kriegskonjunktur dieser „Teuerungswahlen“⁵⁸ ihnen zum Gewinn von zwei Mandaten im Ständerat sowie elf Mandaten im Nationalrat, womit sie wieder zur stärksten Nationalratsfraktion vor den Freisinnigen wurden. Gemessen an den sozialdemokratischen Hoffnungen war dieses Ergebnis jedoch enttäuschend, wie die *Rote Revue* nach den Wahlen schrieb:

„Es wäre übertrieben, wenn man behaupten wollte, das Resultat komme einem eigentlichen Dambruch gleich. Eher kann man wohl von einem *ersten Wetterleuchten* sprechen, das die *Morgenröte einer neuen Zeit*, die sich aus dem blutigen Völkerringen abzuheben beginnt, am Horizont aufflammen liess“.⁵⁹

Die Freisinnigen, deren Übervertretung im Bundesrat damit weiter entlegitimiert wurde, relativierten diesen Erfolg: Laut dem *NZZ*-Redaktor Willy Bretscher sei die durchaus feststellbare Bestätigung der vorherigen Kräfteverhältnisse ein „Zeugnis der Bewährung des Regierungskurses und der staatspolitischen Reife des Souveräns“.⁶⁰ Gleichwohl anerkannte die *NZZ*, dass das Wahlergebnis die SP für ihre Staatsloyalität honoriere – aber nicht für das Programm *Neue Schweiz*.⁶¹ Mit diesem Wahlergebnis sowie der internationalen Lage war die Integration der SP in die Landesregierung jedoch nicht mehr zu bremsen, die im Dezember 1943 mit der Wahl Ernst Nobs in den Bundesrat ihren Anfang nahm. Für viele Sozialdemokraten krönte diese – angesichts ihrer Stärke moderate – Integration durchaus ihre politischen Anpassungsleistungen und sollte ihnen vermehrt Chancen bieten, ihr Programm anzuwenden.

Während mit dem Kriegsende die Haltung der Schweiz im Krieg in die Kritik der Alliierten und der Sowjetunion geriet, wurde die Legislatur 1943-1947 auch innenpolitisch, beginnend mit dem erzwungenen Rücktritt des freisinnigen Bundesrates Marcel Pilet-Golaz Ende 1944, von einer

⁵⁶ Zitiert nach Gunten; Voegeli: Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien, 1980, S. 127.

⁵⁷ Zu ehemaligen KPS-Aktivisten und zur Westschweizer SFS kamen Basler und Zürcher Aktivisten des linken SP-Flügels. Ein Teil der ehemaligen KPS-Kader waren jedoch der SP beigetreten, wie Walter Bringolf oder Robert Grimm. Vgl. Rauber: Histoire du mouvement communiste suisse, 2000, S. 42ff.

⁵⁸ Wie die *NZZ* sie nachträglich bezeichnete, Vorläufige Betrachtung zum 26. Oktober 1947, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1947.

⁵⁹ O.A.: Die Wahlen vom 31. Oktober 1943, 1943, S. 65.

⁶⁰ Zitiert nach Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 191.

⁶¹ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 22.

Fieberhaftigkeit geprägt, welche der von den Bürgerlichen behaupteten politischen Kontinuität widersprach.⁶² Das Wahlergebnis von 1943 sowie die Resonanz der sozialpolitischen Reformdiskussion in der angelsächsischen Welt bekräftigte die Position jener, welche auf sozialstaatlichen Reformen zur Entschärfung des innenpolitischen „Sprengpotentials“ drangen.⁶³ Die Bürgerlichen befürchteten nämlich einen weiteren Linksrutsch an den Urnen oder sogar innenpolitische Unruhen wie nach dem ersten Weltkrieg.⁶⁴ Sie fühlten sich umso mehr in die Defensive gedrängt, als der PdA, getragen durch das Prestige der Sowjetunion, ab 1945 ein Durchbruch bei Gemeinde- und Kantonalwahlen gelang.

Ferner öffnete sich mit dem Kriegsende und der Aufhebung der Zensur eine Klammer zur Aufarbeitung der Kriegsjahre, welche die kollektive Erinnerung für die kommenden Jahrzehnte massgeblich prägte, dabei aber auch die parteipolitischen Verhältnisse neu definierte. Während bürgerliche Partei-offizielle, und insbesondere die zwei amtierenden KVP-Bundesräte, auf die Anklagebank gerieten,⁶⁵ genossen die Linken einen bedeutenden Handlungsspielraum in dieser in der Öffentlichkeit heftigen Debatte, da sie an ihr konsequentes antifaschistisches Engagement erinnern konnten.⁶⁶ Die Säuberungskampagne wurde besonders stark von der PdA getragen, welche damit auch eine grundsätzliche Kritik der Aussen- und Neutralitätspolitik der Schweiz übte. Die SP ihrerseits ging nicht so weit in ihrer Denunzierung der Anpassungen im Krieg: Sie konzentrierte ihre Kritik auf die Petitionäre der *Eingabe der 200* und auf die zahlreichen Korruptionsskandale, welche in den Bereichen der Kriegswirtschaft und der Internierungspolitik zwischen 1945 und 1946 enthüllt wurden. Wie Kunz schreibt, „mit dem Anspruch angetreten, Anpassung, politischen Verrat und (wirtschaftliche) Korruption kompromisslos ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen — und somit der politisch-moralischen Verurteilung auszusetzen wurde die Frage nach der staatlichen Anpassung aus dem Set des Thematisierungswürdigen ausgefiltert“, obgleich gerade diese Frage einen wichtigen Streitgegenstand für die Schweizer Aussenpolitik darstellte.⁶⁷ Ferner wurde zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen „um den Geltungsanspruch [gestritten], wer die nationale Bewährungsprobe in höchster Gefahr am glaubwürdigsten bestanden habe.“⁶⁸ Während die SP den Widerstandsgeist der Arbeiterschaft unterstrich, stritten ihr die Bürgerlichen die Befugnis ab, „sich zur alleinigen Retterin der Nation hochzustilisieren“.⁶⁹ Am Höhepunkt der sogenannten Bewährungsdebatten um die Jahreswende 1945/1946 ging die SP in einem offenen Brief des SP-Nationalrats Walter Bringolf an den Bundesrat in die politische Offensive, in welchem er eine

⁶² Vgl. Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 166ff.

⁶³ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 25.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 21f.; Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 5ff.

⁶⁵ Zentral dafür war das Buch von Paul Schmid-Ammann, Schmid-Ammann: Der politische Katholizismus, 1945. Vgl. dazu Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 65ff.

⁶⁶ Dazu Buclin: Entre contestation et intégration, 2016.

⁶⁷ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 82.

⁶⁸ Ebd., S. 52.

⁶⁹ Ebd., S. 77.

Staatskrise suggerierte und die Handlungsfähigkeit des bestehenden Bundesrates für die Nachkriegszeit in Frage stellte.⁷⁰ Freisinnige sowie konservative Medien denunzierten die damit lancierte Polemik als Wahlpropaganda und taten zunächst den Befund der Staatskrise als nichtig ab, welcher nur dem sozialdemokratischen Anspruch auf eine Zweiertretung im Bundesrat dienen solle. Die politische Stimmung normalisierte sich aber im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1946 durch die Veröffentlichung des Bundesratsberichtes über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern sowie durch die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Auch wenn das Kriegsende in der Schweiz also „kein politisches Erdbeben“ auslöste,⁷¹ ist es dennoch für die Durchsetzung der politischen Stabilität als Orientierungsnorm in der Schweizer Politik bedeutend, dass das damals im Umlauf gesetzte Schlagwort der Staatskrise von bürgerlichen Politikern und Medien in den kommenden Monaten und Jahren als Schreckgespenst dieser schnell wieder geschlossenen Klammer der politischen Unsicherheit aufgegriffen wurde.⁷²

Dabei war mit den Bewährungsdebatten zwischen SP und Bürgerlichen der „altvertraute, höchst integrative Topos“ der Selbstbehauptung der Schweiz wieder aufgetaucht.⁷³ Die schweizerische Identitäts- und Loyalitätsprüfung im Kern der Bewährungsdebatten verschob sich darüber hinaus auf die PdA, welche aufgrund ihrer kompromisslosen, für das Prestige der Schweiz als schädigend wahrgenommenen Haltung als „unschweizerische“ Partei abgestempelt wurde.⁷⁴ Diese Umwertung der Debatten befand sich dabei besonders im Einklang mit der Gegenreaktion der Konservativen zur linken Kritik ihrer Haltung in den Vorkriegs- und Kriegsjahren: Sie stilisierten nun das Christentum zum Damm gegen den Feind der Nachkriegszeit, den Kommunismus hoch.⁷⁵ Die *Geistige Landesverteidigung* als Mobilisierungs- und Einigungsideologie integrierte somit den traditionellen Antikommunismus im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg.⁷⁶

Gleichzeitig kam der in Vor- und Kriegszeiten initiierte Klassenkompromiss voran: Neben den noch zahlreichen Streiks erlebten die letzten Kriegs- und die unmittelbaren Nachkriegsjahre eine Zunahme der Gesamtarbeitsverträge, was als Basis eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen den Klassen gepriesen wurde.⁷⁷ Damit wurden die Gewerkschaften als Vertragspartner zunehmend anerkannt und der Arbeitsmarkt neokorporatistisch organisiert. Die Kräfteverhältnisse erwiesen sich aber zu Ungunsten der Linken: Der schweizerische Gewerkschaftsbund blieb bei den Spitzenverbänden minorisiert und die Sozialdemokraten konnten die ab 1943 wieder eröffnete Diskussionen über die

⁷⁰ Dazu ebd., S. 77ff.

⁷¹ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 58.

⁷² Von Olivier Reverdin in der *Journal de Genève* bis hin zu den *Schweizer Monatsheften* vier Jahre später, L'offensive manquée, in: *Journal de Genève*, 12.04.1946; o.A.: Wo steht die schweizerische Sozialdemokratie?, 1950.

⁷³ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 90.

⁷⁴ Zur NZZ-Berichterstattung über die PdA während den Zürchern Regierungswahlen von 1945, ebd., S. 70ff.

⁷⁵ Ebd. S. 130ff.; Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 456ff.

⁷⁶ Dazu Imhof: Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, 1996.

⁷⁷ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 25f.

Sozialversicherungen kaum beeinflussen. Mit der breiten Ablehnung ihrer Initiative zum Recht auf Arbeit im Mai 1947 erlitt die Sozialdemokratie eine schwere Niederlage und orientierte sich danach immer mehr in Richtung eines Wachstumsreformismus.⁷⁸ Am rechten Rand des bürgerlichen Lagers formten sich gleichzeitig politische Akteure, welche wie die 1947 gegründete Mont-Pélerin-Gesellschaft die neuen Prinzipien des Neo- bzw. Ordoliberalismus befürworteten.⁷⁹ Wie bereits in der Zwischenkriegszeit prägten Propagandaorganisationen wie die 1943 gegründete Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung) und der 1946 gegründete Aktion freier Staatsbürger die Öffentlichkeit der Nachkriegszeit mit antistaatlichen und antisozialistischen Kampagnen.⁸⁰

Historisches Abstimmungsjahr und Eintritt in den Kalten Krieg (1947)

Der Erfolg von zwei historischen Abstimmungen im Juli 1947 markierte sowohl die Verwirklichung sozialpolitischer Reformdiskussionen der Zwischenkriegszeit als auch die Konsolidierung eines „asymmetrischen Klassenkompromisses“ zwischen Gewerbe, Industriekapital und Arbeiterschaft.⁸¹ Die Ablehnung des von rechtsliberalen Kreisen lancierten Referendums gegen die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) mit 80% der Stimmen wurde als Symbol für den nationalen Interessenausgleich und für die Kompromissbereitschaft zwischen lang verfeindeten Opponenten gedeutet.⁸² Hinter der wenn auch nur knapp angenommenen Revision der Wirtschaftsartikel stand die überwiegende Mehrheit der politischen Kräfte. Die Vorlage ermöglichte den konjunkturellen Interventionismus des Bundes im Wirtschaftsbereich zwecks Vollbeschäftigung, aber auch zur Erhaltung wichtiger Branchen, insbesondere des Bauernstandes und des Gewerbes. Die in den Zwischenkriegs- und Kriegsjahren gestiegene Rolle der Verbände im neokorporatistischen Willensbildungsprozess wurde zudem durch die Institutionalisierung der Expertenkommissionen und des Vernehmlassungsprozesses in der Verfassung legitimiert.⁸³

Nach der intensiven Abstimmungskampagne wurden die Nationalratswahlen des Herbsts 1947 von einer Mässigung des politischen Klimas unter dem Schlagwort der Stabilität geprägt, selbst wenn das Wahlergebnis der erstmalig daran teilnehmenden PdA einen Unsicherheitsfaktor darstellte. Tatsächlich

⁷⁸ Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 62.

⁷⁹ Dazu Steiner: Les riches amis suisses du néolibéralisme, 2007. Gerade im Wahlkampf von 1943 hatte die Kritik des aus Deutschland emigrierten Ökonom Wilhelm Röpke gegen den Wirtschaftsinterventionismus der *Neuen Schweiz* ein starkes Echo in der *NZZ* gefunden, vgl. Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 27f.

⁸⁰ Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 158; Werner: Für Wirtschaft und Vaterland, 2000, S. 214ff.

⁸¹ Zimmermann: Von der Klassen- zur Volkspartei?, 2007, S. 102.

⁸² Vgl. Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 193ff.

⁸³ Damit stellte die Schweiz keinen Sonderfall für das Westeuropa der Nachkriegszeit dar, nur zeichnete sich die Schweiz im Vergleich mit anderen kleinen Staaten Mittel- und Nordeuropas durch die Asymmetrie der Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen Partnern aus. Vgl. Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 28ff; Katzenstein: Corporatism and Change, 1987.

bestätigten die Wahlen durchaus eine leichte Rechtswende in der helvetischen Politik: Während die SP insbesondere in der Westschweiz und in Basel Stimmen an die PdA verlor, bekräftigten die Freisinnigen und noch mehr die Konservativen ihre Positionen – Letztere wurden sogar zum ersten Mal grösste Fraktion in der Bundesversammlung. So konnte der konservative Generalsekretär Martin Rosenberg in seinem Wahlbericht schreiben:

„Die Wahlen von 1943 waren von besonderer Tragweite, weil es darum ging, dem Lande für die Jahre des Übergangs vom Krieg zum Frieden *stabile Mehrheitsverhältnisse zu geben*. Am letzten Oktobersonntag 1947 musste der politische Kurs für die entscheidenden Nachkriegsjahre abgesteckt werden – *für Nachkriegsjahre, von denen man heute noch nicht mit Bestimmtheit weiss, ob sie erneut Vorkriegsjahre sein werden*. Gerade in solchen Zeiten des Überganges tun aber klare Mehrheitsverhältnisse not. Und die Wahlen vom letzten Oktobersonntag 1947 *haben Klarheit geschaffen*. Hörte man in der innenpolitischen Diskussion der letzten Jahre oft den Einwand, die Zusammensetzung der eidgenössischen Räte und demzufolge auch des Bundesrates entspräche nicht mehr der veränderten Einstellung des Volkes – ein Einwand, mit dem von der Linken parteipolitisches Kapital zu schlagen versucht wurde und der sich Ende 1945 im bekannten ‚Offenen Brief‘ des jetzigen sozialistischen Fraktionspräsidenten zur Ankündigung der Staatskrise steigerte – *so haben die eidgenössischen Herbstwahlen 1947 nun wieder ein anschauliches und eindeutiges Bild des politischen Standortes des Schweizervolkes gegeben*.“⁸⁴

Die Wahlen von 1947 wurden also als Schlusspunkt der Unsicherheit der ersten Nachkriegsjahre sowie als Legitimierung des politischen Status Quo im Bundesrat gedeutet. Sie schafften zudem insofern Klarheit, als Oppositionskräfte der Zwischenkriegsjahre ihr Ende fanden: so die in Zeiten harter Auseinandersetzungen um den Faschismus gegründete linke freisinnige Splitterpartei im Tessin, welche sich 1946 mit der Freisinnigen Partei des Kantons wiedervereinigt hatte; oder auch die BGB-Splitterbewegung der Jungbauern, die aus dem Nationalrat verschwand. Das Parteiensystem sollte in den folgenden Jahren dieses auf weniger Opponenten eingeschränkte Profil behalten. Ferner markierte das historische Jahr 1947 auch das Ende eines kurzen, dem Aufbaugeist der europäischen Nachkriegszeit entsprechenden „schweizerischen Reformzyklus“, wie das Beiseitelegen weiterer institutioneller Reformen verdeutlicht.⁸⁵ Der 1946 von jungliberalen Kreisen eingebrachte Antrag zur Totalrevision der Bundesverfassung erhielt beispielsweise erst 1959 eine – negative – Stellungnahme des Bundesrates.⁸⁶ Auch scheiterten alle Projekte zum Universalstimmrecht auf kantonaler sowie eidgenössischer Ebene.⁸⁷

Im Laufe des Jahres setzte sich auch auf dem schweizerischen politischen Feld die bipolare Ordnung des Kalten Krieges durch, was zum weiteren Einfrieren der parteipolitischen Konfliktlinien beitrug. Die PdA orientierte sich zunehmend am Ostblock und bestätigte damit ihre Fremdzuschreibung als

⁸⁴ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1948, S. 5. Auch die NZZ sah in den Wahlergebnissen ein „klares Zeichen gegen den Kollektivismus der SP“, welches ihren Ansprüchen auf einen zweiten Bundesratssitz ein Ende setze. Vorläufige Betrachtung zum 26. Oktober 1947, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1947.

⁸⁵ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 58.

⁸⁶ Dazu Kreis: Lancierung der Totalrevision, 1998.

⁸⁷ Vgl. Voegeli: Zwischen Hausrat und Rathaus, 1997, S. 72ff.

unschweizerisch, womit sie in einen Prozess der (Selbst-)Isolierung eintrat.⁸⁸ Nach einer Zeit der Unsicherheit um die eigene aussenpolitische Haltung übernahmen auch die Sozialdemokraten die neuen Schemata des Kalten Krieges.⁸⁹ Nach der kommunistischen Machtübernahme in Tschechoslowakien distanzieren sie sich definitiv von der PdA und stellen ihren eigenen, staatstreuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ in den Vordergrund.⁹⁰ Im bürgerlichen Lager konnten sich insbesondere die Konservativen in ihrem Sendungsbewusstsein zur Rettung des christlichen Abendlandes bestärkt fühlen, womit die ungemütlichen Fragen zu ihren Stellungnahmen zur Demokratie in den Zwischenkriegs- und Kriegsjahren überdeckt wurden.

Dass die Erfahrungen dieser Jahre die helvetische Politik dabei massgeblich geprägt hatten, zeigte die skeptische Reaktion des Bundesrates, aber auch aller grossen Parteien, gegenüber zwei von der Ligue vaudoise lancierten Volksinitiativen „für die Rückkehr zur direkten Demokratie“, die die Restriktion des Dringlichkeitsrechts einerseits und die Aufhebung des Vollmachtenregimes andererseits forderten. Dagegen argumentierte sogar der SGB, dass die notrechtliche Eingrenzung der Demokratie nun die Konsensfindung unter Einbezug der Arbeiterbewegung ermögliche.⁹¹ Wie Jakob Tanner bemerkt, zeigt dies zum einen, wie sehr die Einschränkung des demokratischen Lebens in Krisen- und Kriegszeiten normal geworden war, und zum anderen, wie die Konsensorientierung und die politische Integration der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit nicht zuletzt aus dieser „Treibhausatmosphäre“ entstanden ist.⁹² Die erste Volksinitiative zum Notrecht 1949 wurde jedoch unerwarteter Weise mit 50.7% der Stimmen akzeptiert, worauf das Parlament einen Gegenvorschlag zur zweiten Initiative entwarf. Die Bundesratsparteien deuteten dies als Teil einer „an eine gewisse Staatsverdrossenheit grenzende Stimmung“, so die BGB.⁹³ Das Vollmachtenregime wurde 1952 schliesslich aufgehoben.

Deutungen des Wahlkampfes in Zeiten der nationalen Einigung: Die Aktionen des Gotthard-Bundes

Aufschlussreich für die Prägung des helvetischen demokratischen Lebens durch den nationalen Einigungsgeist, aber auch durch die Anfechtung des demokratischen Pluralismus in den 1930-40er Jahren sind schliesslich die Aktionen des Gotthard-Bundes bei den Wahlkämpfen von 1943 und 1947. Als diese Organisation mit der Kriegswende ihre fundamentale Staatsreform zur Seite schob,

⁸⁸ Rauber: *Histoire du mouvement communiste suisse*, 2000, S. 42ff.; 133ff. Für eine einleuchtende Analyse des gleichzeitigen Prozesses der Isolierung und Radikalisierung der Tessiner PdA, siehe Bernardi: „In direzione ostinata e contraria“, 2015.

⁸⁹ Kunz: *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, 1998, S. 128ff.

⁹⁰ Zu den Diskussionen innerhalb der SP um diesen Begriff, Hanimann: *Antikommunismus in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, 2008, S. 67ff.

⁹¹ Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 301.

⁹² Ebd., S. 281.

⁹³ Aus der Tätigkeit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion der Bundesversammlung in der 32. Legislaturperiode 1947-1950, 1950, S. 26, zitiert nach Zürcher: *Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei*, 2007, S. 81.

orientierten sich ihre Aktivitäten zunehmend auf den Bereich der staatsbürgerlichen Bildung. Im Vorfeld der Wahlen von 1943 zeigte sie sich dabei über die Möglichkeit von „Entgleisungen früherer Wahlkämpfe“ besorgt:

„Werden wir einem beschämenden Schauspiel des gegenseitigen Herunterreissens, persönlichen Verunglimpfungen und Verdächtigungen aller Art beiwohnen? Sollen wieder die *alten Gräben* aufgeworfen werden? Selbstverständlich hat jede politische Gruppe das gute demokratische Recht, *grundsätzlich und positiv ihre Ansichten zu vertreten*. Das wird der Stärke und Einigkeit des Schweizervolkes in keiner Weise Abbruch tun. Während den Wochen, in denen von allen Seiten betont wird, was uns trennt, *muss eine kräftige Stimme erschallen, die das hochhält, was uns eint*.“⁹⁴

Unter dem Motto „Was eint ist recht/Was trennt ist schlecht“⁹⁵ warnte der Gotthard-Bund deshalb im Wahlkampf mit einer breiten Inseratenkampagne vor neuen „Entgleisungen“:

„Wir wohnen all im gleichen Haus;
Man sagt, dass wir Brüder seien.
Doch vor den Wahlen sieht es aus,
Als seien wir bloss Parteien.
Was? Einig sii und zämeschtah?
De Blitz chönnt eim is Hüsli schla.
Nei, das gaht nid, nei, drümal nei.
Mir sind ja nid i dr gliiche Partei.
Ein einzig Volch? Das war einmal!
Etz simmer nu na Find,
Etz hämmer Nationalratswahl
Und gänd üs uf de Grind!“⁹⁶

Diese Aktion anerkannte durchaus das Prinzip einer demokratischen Auseinandersetzung anlässlich des Wahlkampfes, zielte aber darauf, auf der Linie der *Geistigen Landesverteidigung* den Ausdruck des politischen Pluralismus durch einen Einigungsdiskurs zuzudecken. Die Kampagne wurde unterschiedlich rezipiert: Der Zürcher FDP-Sekretär Albert Hauser machte sie für die leicht gestiegene Wahlenthaltung verantwortlich, weil sie die Bürgerlichen „gehemmt“ habe.⁹⁷ Sogar der Gotthard-Bund selber zeigte sich sowohl über die 1943 zugenommene Wahlenthaltung als auch über einen breiteren „Demobilisierungshauch“ in der Bevölkerung besorgt, welcher sich mit dem Kriegsende manifestiere.⁹⁸ Diese Analyse der Wahlenthaltung als problematische Demobilisierung entsprach dabei einem sich bei den Bürgerlichen mit dem Kriegsende verbreitenden Diskurs, welcher die Notwendigkeit der „Wachsamkeit“ als Tugend vom soldatischen Verhalten ins Zivilleben übertrug.⁹⁹ Trotz der latenten Ambivalenzen der Kampagne wiederholte der Gotthard-Bund bei den nächsten Wahlen von 1947 das gleiche Gebot zur Einigung und Zurückhaltung:

⁹⁴ Gotthard-Bund: Spendenaufruf zur Nationalratswahlaktion, 1943; Brief des Gotthard-Bundes, 10.11.1943, zitiert nach Gasser: Der Gotthard-Bund, 1984, S. 119f; 124.

⁹⁵ Inserat „Was eint ist recht - Was trennt ist schlecht“, zitiert nach ebd., S. 121.

⁹⁶ Inserat „Fern tobt der Krieg...“, zitiert nach ebd., S. 123.

⁹⁷ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Konferenz der Kantonalsekretäre, 18.11.1943.

⁹⁸ A la ligue du Gothard. La Suisse de demain, in: Tribune de Lausanne, 21.11.1943.

⁹⁹ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 29.

„Heute ist diese Einengung weggefallen; und es ist gut, dass *keine Drohung von aussen die freie Rede mehr behindert*, dass jeder wieder aussprechen darf, was er meint. Aber bei allem (notwendigen) Austragen der Gegensätze, dem Markieren der Abgrenzungen, wollen wir doch auch jetzt nicht vergessen, *was uns als Eidgenossen eint*. Dazu mahnt nicht nur die Erinnerung an die hinter uns liegenden Jahre der Grenzbesetzung, sondern auch der Blick in die Zukunft. [...] Schichten wir daher im Wahlkampf *keine derart hohen Dämme* auf, dass sie *uns im Mitbürger den Eidgenossen verdecken*. Reden wir mit dem ‚ändern‘ so, dass wir nach den Wahlen nicht erröten...“¹⁰⁰

Als Logo verwendete die Aktion zudem ein Viereck, welches Bauer und Städter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Sinne einer klassenübergreifenden Verständigung symbolisch unter folgendem Motto vereinte: „Nur durch Zusammenarbeit kann etwas Positives geschaffen werden!“¹⁰¹ Rückblickend bewertete der ehemalige Sekretär des Bundes Christian Gasser die Aktion folgendermassen: „Wenn man auch den ‚dämpfenden‘ Einfluss derartiger Bemühungen nicht überschätzen darf, so ist doch festzustellen, dass die Auseinandersetzungen der politischen Parteien sich auch 1947 in erstaunlich gemässigtem Rahmen bewegten.“¹⁰² Zum Gotthard-Bund kamen nach dem Krieg viele Stimmen hinzu, welche ebenfalls die Notwendigkeit des Schulterschlusses, der „klassenübergreifenden Harmonie“ betonten, wobei die zwischenkriegszeitlichen Auseinandersetzungen als Schreckgespenst fungierten.¹⁰³ Der Tätigkeitsbericht der BGB-Fraktion für die Legislaturperiode 1943-1947 lobte in diesem Sinne die Zurückhaltung der politischen Auseinandersetzungen in Kriegszeit folgendermassen:

„Die durch *das ganze Volk gehende, feste Entschlossenheit* gegenüber gewaltsamen Einwirkungen von aussen wirkte sich in der Politik der massgebenden Parteien, und zwar sowohl der bürgerlichen als auch der Sozialdemokratie, in vermehrter Verständigung und Zusammenarbeit aus. Es darf deshalb als für den Weiterbestand der freien, demokratischen Schweiz in starkem Masse mitentscheidend und äusserst glücklich bezeichnet werden, dass während der schweren Kriegszeit *eigentliche Parteiwettkämpfe grossen Stils gegenseitig vermieden wurden*, um dem Staats- und Volksinteresse als Ganzes zu dienen.“¹⁰⁴

Mit dem Eintritt in den Kalten Krieg wurde diese Betonung der nationalen Einigung gegen den kommunistischen Feind neu ausgerichtet, und dabei zum Inbegriff der schweizerischen politischen Kultur stilisiert. Dass ein solches Gebot zur Selbstmässigung der Parteien jedoch mit dem Kriegsende durchaus an Bedeutung verlor, zeigte sich in einem provokativen Flugblatt des LdU beim Wahlkampf von 1947, welches den Kriegslogan „Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat“ in „Wer schweigt... schadet der Heimat“ umwandelte und den Kampf des LdU als „Aktive Opposition“ gegen die Teuerung und die von den Linken befürwortete Planwirtschaft betonte.¹⁰⁵ Es bleibt in dieser Arbeit

¹⁰⁰ Gotthard-Bund: Aufruf zur Nationalratswahlaktion „Was dankt der Ander?“, 1947, zitiert nach Gasser: Der Gotthard-Bund, 1984, S. 140f.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd., S. 143.

¹⁰³ König: Auf dem Weg in die Gegenwart, S. 253.

¹⁰⁴ Fraktionssekretariat der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei (Hg.): Aus der Tätigkeit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion der Bundesversammlung, 1947, S. 3.

¹⁰⁵ StAZH III Ao 2/2, Flugschrift „Wer schweigt... schadet der Heimat“, [1947].

zu sehen, inwiefern die Bundesratsparteien von dieser ambivalenten Deutung des Wahlkampfes aus der *Geistigen Landesverteidigung* beeinflusst wurden.

1.2. Ausgangslage: Profil der Parteien in den 1940er Jahren

Welches organisatorische, soziologische und ideologische Profil zeigten die untersuchten Parteien in den 1940er Jahren? Wie ist ihre Position im politischen Feld und darüber hinaus in der Gesellschaft zu verstehen?

Innere Heterogenität

Eine wichtige Gemeinsamkeit der Schweizer Parteien seit ihrer Gründungszeit stellte zunächst ihre starke innere Heterogenität dar. Prägend für die innere Vielfalt der Parteien wirkten die kantonalen Parteiensysteme, welche höchst unterschiedlich, aber allesamt weniger pluralistisch als das eidgenössische Parteiensystem waren.¹⁰⁶ Einige Kantonalparteien genossen eine hegemoniale Stellung im jeweiligen kantonalen Parteiensystem, wie die KVP in ihren ländlichen Stammkantonen. In anderen Kantonen existierte zwar ein Parteienpluralismus, jedoch dominierte eine Partei die kantonale Politik, wie die BGB in Bern dank ihrer breiten Verankerung im ländlichen Teil des Kantons. Selbst mit der Konkurrenz der Liberalen und der SP verfügten auch die waadtländischen Freisinnigen über eine dominante Stellung in der kantonalen Politik (Graphik 5).¹⁰⁷ Das Tessiner Parteiensystem stellte einen interessanten Fall einer ausgeprägten Stabilität dar, erhielten sich doch die Freisinnigen und die Konservativen jeweils circa 40% der Stimmen (Graphik 6): eine hegemoniale Konkurrenzlage, welche von schweren Konflikten im 19. Jahrhundert geprägt worden war.¹⁰⁸ Nur die bevölkerungsstärksten, industrialisierten, protestantischen Kantone des Mittellandes kannten Parteiensysteme mit mittleren und kleineren Parteien, wie der Kanton Zürich, wo neben den besonders starken Sozialdemokraten die FDP, der LdU, die BGB mit zwischen 10 und 20% und die Christlichsoziale Partei (CSP), die Demokraten und die Evangelische Volkspartei (EVP) mit über 5% mitvertreten waren (Graphik 7).

Für die eidgenössischen Parteien bedeutete diese unterschiedlichen kantonalen Lagen auch eine höchst ungleiche territoriale Verteilung, welche die Machtverhältnisse zwischen den Kantonalparteien mitbestimmte. Freisinnigen und Sozialdemokraten waren zwar in fast allen Kantonen vertreten, aber jeweils in unterschiedlicher Stärke. Während die FDP Anhänger sowohl in den Städten als auch auf dem Land – beispielsweise in der Waadt – hatte, befanden sich die Hochburgen der SP in den Städten oder in früh industrialisierten Kantonen. In Bern und Zürich zählte sie anfangs der 1960er Jahre die Hälfte ihrer Mitglieder, während sie ihre besten Wahlergebnisse in Schaffhausen oder Glarus erzielte.

¹⁰⁶ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 65ff.; Vatter: Kantonale Demokratien im Vergleich, 2002.

¹⁰⁷ Auch der (im Vergleich mit anderen Kantonen späte) Wechsel zum Proporzsystem für den Kantonsrat von 1949 begünstigte dank dem Gewicht der ländlichen Bezirke weiterhin die Freisinnigen, Meuwly: La politique vaudoise au 20^e siècle, 2003, S. 77ff.

¹⁰⁸ Vgl. Ceschi: Geschichte des Kantons Tessin, 2003, S. 227ff.; Rossini: Fra perdita di consensi e reazioni al cambiamento, 2015, S. 50f.

Dabei war die SP als einzige Schweizer Partei zunächst auf nationaler Ebene entstanden und hatte eine durchaus zentralisierte Struktur entwickelt. Anders als die anderen Parteien war sie kein Dachverband von unabhängigen Kantonalparteien, sondern vertrat in einem unmittelbaren Verhältnis die lokalen Sektionen. Die organisatorische Unterordnung der Kantonalparteien unter die Mutterpartei, beispielsweise bezüglich eidgenössischen Abstimmungsparolen, änderte aber nichts daran, dass die Kantonalparteien vor sehr unterschiedlichen kantonalen Realitäten standen und so durchaus Meinungsunterschiede zeigen konnten. Symbolischer Weise konnten die Kantonalparteien ihren Namen selbst auswählen. Rein sprachlich markierten die Namen Sozialdemokratische Partei, Parti socialiste oder Partito socialista in den drei Sprachregionen ihre Nähe zu den unterschiedlichen politischen Traditionen der jeweiligen Nachbarländer.¹⁰⁹

Die interne Vielfalt der FDP war viel grösser als jene der SP und drückte sich seit dem 19. Jahrhundert insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Staatspolitik aus, selbst wenn die Gründung der Schweizer Partei 1894 sowie die verschiedenen Abspaltungen bis 1918 eine Rezentrierung verursacht hatten.¹¹⁰ So galt die Zürcher FDP als grossunternehmerfreundlich, während die waadtländische FDP eher eine gewerblich-mittelständische Linie vertrat und gleichzeitig trotz der BGB-Abspaltung noch stark bei den Bauern verankert blieb. In überwiegend katholischen Kantonen bestanden die Freisinnigen, zu denen sich auch eine kleine Minderheit liberaler Katholiken zählte, länger als woanders auf einer kulturkämpferischen Feindschaft mit dem politischen Katholizismus. Die westschweizerischen Freisinnigen verfolgten eine ziemlich antizentralistische Linie sowohl in der eidgenössischen Politik als auch in der eigenen Bundespartei, selbst wenn sich die waadtländischen Freisinnigen durch ihre Mehrheitsstellung im Kanton stark mit dem Staat identifizierten. Auf diese interne Vielfalt wirkte zusätzlich die schwache Zentralisierung der Schweizer Partei als Folge ihres föderalen Selbstverständnisses.¹¹¹

Anders als die FDP und SP waren die CVP und noch mehr die BGB höchst ungleich im Land vertreten, und zwar entlang der konfessionellen Teilungslinie. Erstere Partei hatte sich seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zwar auch in vielen protestantischen Kantonen des Mittellandes etabliert, als Arbeiter und Angestellte aus katholischen Kantonen, sogenannte Diasporakatholiken, sich dort aufgrund der grösseren Industrialisierung dieser Regionen angesiedelt hatten. In Zürich beispielsweise war eine kantonale Christlichsoziale Partei 1896 entstanden, welche als Vorbild für weitere Parteien in anderen protestantischen Kantonen fungierte. 1947 gab es aber in manchen

¹⁰⁹ Zur Funktionsweise der SP, Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 126ff.; Masnata: Le Parti socialiste, 1963. Zu den Besonderheiten der waadtländischen SP, siehe Wicki: On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous, 2007.

¹¹⁰ Es lassen sich drei Wellen von Abspaltungen unterscheiden: Die Wanderung von Teilen des linken Arbeiterflügels zu den Demokraten und Sozialdemokraten; die Gründung der Liberalen Partei durch den rechtskonservativen Wirtschaftsflügel; sowie die Gründung der Bauernparteien in den 1910er Jahren. Vgl. Vatter: Das politische System der Schweiz, 2016, S. 103ff.

¹¹¹ Vgl. dazu Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 73ff.

protestantischen Kantonen noch keine Sektion der KVP, darunter in der Waadt oder in Neuenburg. Dafür überwogen in der Partei und insbesondere in ihren Führungsgremien noch lange die Parteien der Stammkantone, insbesondere diejenigen aus dem Wallis, aus Zug oder aus Luzern. Mit der Einführung des Proporzwahlrechts für den Nationalrat wuchs aber auch das Gewicht der Kantonalparteien der konfessionell gemischten Kantone wie Sankt Gallen, in denen die Konflikte um den Kulturkampf zudem noch länger als woanders spürbar waren. Da das rein demographische Gewicht der Diasporakatholiken ferner durch die weitergehende Industrialisierung des Mittellandes stieg, stellte sich immer mehr die Frage der innerparteilichen Kräfteverhältnisse zwischen Stamm- und Diasporakantonen, woraus zwei Parteiflügel, die Konservativen und die Christlichsozialen, entstanden.¹¹²

Die BGB ihrerseits war 1947 nur in acht Kantonen vertreten, überwiegend im deutschsprachigen, protestantischen Mittelland.¹¹³ Nach den ersten Gründungen in Zürich (1917) und Bern (1918) waren in den meisten katholischen Kantonen keine Bauerparteien entstanden, da die Konservativen dort die Vertretung der katholischen Bauern für sich beanspruchten und eine Spaltung vermeiden konnten.¹¹⁴ Zudem blieb der parteipolitische Organisationsgrad der Bauern auf nationaler Ebene gering: Die schweizerische BGB wurde erst 1936 als Reaktion auf die jungbäuerliche Abspaltung gegründet und übte lediglich eine schwache Koordinationsrolle für die weiterhin sehr verschiedenen Kantonalparteien aus.¹¹⁵ Im Kanton Thurgau blieben zudem die Bauern nur im landwirtschaftlichen Kantonalverband organisiert, dessen politische Kommission sie in politischen Belangen überparteilich sowie überkonfessionell vertrat und selbst Wahllisten führte.¹¹⁶ In der Mutterpartei überwogen die zwei ersten Kantonalparteien Bern und Zürich, welche in einem ungleichen Machtverhältnis zueinander standen.

Entscheidungsstrukturen

In Bezug auf die internen Entscheidungsstrukturen der Parteien lassen sich in dieser Zeit Gemeinsamkeiten zwischen den vier Parteien feststellen. Als zentral für das demokratische, föderalistische Selbstverständnis und das innere Leben der Parteien erwiesen sich ihre besonders

¹¹² Der Begriff der „Stammlande“ verwies dabei auf die „politische Strategie der im Bürgerkrieg geschlagenen und von den Posten des Bundesstaats weitgehend ausgeschlossenen Sonderbündler, ihre regionale Identität im Bundesstaat zu erhalten“. Entscheidend war dabei, dass die Konservativen in diesen Kantonen über eine mehrheitliche oder sogar hegemoniale Stellung verfügten. Hingegen betonte die Bezeichnung „Diasporakatholiken“ die Position der Katholiken in protestantischen Kantonen als konfessionelle und politische Minderheit. Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 48ff.

¹¹³ Aargau, Baselland, Bern, Schaffhausen, Solothurn, Tessin, Waadtland und Zürich. PA SVP BE 1.12.7, Delegiertenversammlung der Schweizer BGB, 30.01.1947.

¹¹⁴ In den 1940er Jahren wurden noch zwei Bauerparteien in Luzern und Solothurn gegründet, welche allerdings bald ausstarben. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 153; Junker; Maurer: Kampf und Verantwortung, 1968, S. 106f.

¹¹⁵ Die kleinen Bauerparteien in der Waadt und im Kanton Freiburg schlossen sich sogar erst 1943 bzw. 1952 an. Zur Gründung der schweizerischen BGB siehe Junker: Bauerparteien in der Schweiz, 1977, S. 513.

¹¹⁶ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 153.

selbstständigen lokalen Sektionen, auf der Ebene von Gemeinden oder Stadtquartieren. Sie verfügten in der Regel über Entscheidungsinstanzen auf drei Ebenen (Parteiparlament oder Delegiertenversammlung, Parteivorstand, Geschäftsleitung), welche statutarisch oder de facto hauptsächlich mit Vertretern der verschiedenen parteiinternen Interessen und Flügeln und/oder mit offiziellen Amtsträgern bestückt waren. Auch wenn diese Instanzen deshalb oligarchische Züge besaßen, ermöglichten kleinere Kommissionen oder Gremien als „eigentliches Kapillarnetz der Parteien“ eine zumindest lokale Partizipation der einfachen Parteiaktivist(In)en.¹¹⁷ Während Kantonalparteien diese Strukturierung weitgehend übernahmen, integrierten die nationalen Instanzen der bürgerlichen Parteien die Parteibasis nicht unmittelbar, sondern bildeten die Kantonalparteien auf der Basis ihrer Parteistärke bei Wahlen ab. Nur die SP kannte eine direkte Repräsentation der lokalen Sektionen und damit der Mitglieder an ihrem Parteitag.¹¹⁸

In den kantonalen sowie eidgenössischen Entscheidungsinstanzen überwogen zudem noch mehr als in den lokalen Parteien offizielle Parteivertreter, insbesondere aus der parlamentarischen Fraktion, sowie Repräsentanten der verschiedenen parteiinternen oder -nahen Gruppierungen: am häufigsten die Vertreter der Parteipresse und der Jugendsektionen. Letztere waren in den 1940-50er Jahren, anders als in der Zwischenkriegszeit, weitgehend ruhige Nachwuchsorganisationen.¹¹⁹ Nur die SP hatte die Frauen seit Beginn des 20. Jahrhunderts als Vollmitglieder anerkannt und räumte den seit Ende des 19. Jahrhunderts auf den drei Parteiebenen entstandenen Frauengruppen einen bescheidenen Platz in den Parteigremien ein.¹²⁰ Bei den Freisinnigen waren seit den 1920er Jahren Frauen in weiblichen Sektionen auf lokaler und kantonaler Ebene aktiv.¹²¹ Mitte der 1950er Jahre integrierte die nationale FDP die seit 1949 auf eidgenössischer Ebene organisierten freisinnigen Frauen in ihre Gremien.

Mit circa 100 Mitgliedern und wenigen Sitzungen pro Jahr konnten allerdings auch die Parteivorstände ihre Rolle als kleine Parteiparlamente oft schwer erfüllen. Dafür war die Rolle der Geschäftsleitungen für laufende Geschäfte und insbesondere für die Durchführung von Kampagnen umso zentraler geworden, weshalb sie in vielen Parteien seit Anfang des 20. Jahrhunderts de facto wenn nicht sogar de jure an Macht gewonnen hatten.¹²² Kantonale sowie eidgenössische Parteisekretäre hatten in dieser Beziehung auch eine entscheidende Scharnierrolle innerhalb der Partei

¹¹⁷ Ebd., S. 206.

¹¹⁸ Siehe Ebd., S. 204ff.

¹¹⁹ Hirter: Jungparteien, 2012.

¹²⁰ Wie zum Beispiel in Zürich. Zur durchkreuzten Geschichte der sozialdemokratischen Frauen vor 1971, siehe Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht?, 2014, S. 76ff.

¹²¹ Vgl. Ebd., S. 182ff. Die Frauen dieser Gruppen konnten an den Parteiversammlungen der entsprechenden Lokal- und Kantonalparteien teilnehmen, aber in der Regel mit einem begrenzten Stimmrecht. SSA KS 32/217:2, Statuten der freisinnigen Partei der Stadt Zürich, 1937.

¹²² Die Statutenrevision der FDP 1929 ersetzte somit das vorher geltende wechselnde Vorortssystem mit einer fixen, lokal gemischten Geschäftsleitung, welche auch mehr Kompetenzen im Bereich Wahlen und Abstimmungen bekam. Die FDP-Statuten von 1948 betonten ferner die Rolle des Sekretariates für die Kampagnendurchführung. Manche kantonalen und eidgenössischen Parteien verfügten ferner über ein kleineres präsidentiales Gremium neben der Geschäftsleitung. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 92.

inne, umso mehr als sie oft lang im Amt blieben und dieses eventuell noch mit einer Funktion als Zeitungsredaktor oder Verbandssekretär kumulierten. Dabei blieben Parteisekretariate sehr bescheiden – auf eidgenössischer Ebene zwischen einem und drei Mitarbeiter, auf kantonaler Ebene bei den grössten Parteien ein teilamtlicher Sekretär und eventuell noch Hilfskräfte.¹²³ Besonders für diese Zeit konnten also die Schweizer Parteien gewiss als „skeleton organizations“ gelten.¹²⁴

Handlungssysteme und Mitgliederbasis

Gerade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dabei der gesellschaftliche Einfluss der Schweizer Parteien nicht ohne ihre Handlungssysteme zu verstehen. Diese begannen mit den Parteiblättern, welche grossen und kleinen Parteien als Sprachrohr dienten. Die Unumgänglichkeit der Parteipresse für die politische Propaganda in der damaligen stark segmentierten Medienlandschaft ist dadurch ersichtlich, dass der Aufbau eines eigenen Parteiorgans nun schnell nach der Gründung einer Partei geschah, wie im Fall des LdU 1935 mit *Die Tat* und der PdA 1945 mit *Vorwärts*.¹²⁵ Auch die etablierten Parteien bauten ihre Presse aus und gründeten in dieser Zeit wichtige Zeitschriften.¹²⁶ Die Parteipresse trug ferner zur Strukturierung der parteipolitischen Handlungssysteme über den Kreis der Parteimitglieder hinaus bei: Zeitungsabonnements machten in manchen bürgerlichen Parteien ein organisiertes Mitgliedersystem lange Zeit unnötig.¹²⁷ Einige Parteien, wie manche SP-Kantonalparteien oder die Zürcher BGB, verlangten im Gegenzug statutarisch ein Abonnement des jeweiligen Parteiorgans von ihren Mitgliedern.¹²⁸ An dieser Stelle lohnt es sich, einen differenzierten Blick in die jeweiligen Handlungssysteme der untersuchten Parteien zu werfen, denn sie bildeten auf verschiedener Weise eine Grundlage für die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft und begründeten zudem ihr entsprechendes Selbstverständnis und ihren Legitimierungsmodus als Volks-, bzw. Klassen- oder Standespartei.

Wie in vielen westeuropäischen Ländern konnte die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene Arbeiterbewegung als besonders starkes, strukturiertes, wenn nicht einheitliches

¹²³ Vgl. für die Berner bzw. Waadtländer BGB, Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 514; UDC Vaud (Hg.): Il était une fois..., 2011, S. 18. Parteiakteure wie der KVP-Zentralsekretär plädierten zwar regelmässig für einen Ausbau des Parteisekretariates, scheiterten jedoch an den mangelnden Mitteln der Landesparteien. Dabei profitierten insbesondere die bürgerlichen Parteien von den administrativen, personellen und finanziellen Ressourcen der ihnen nahstehenden Wirtschaftsverbände, wie Rosenberg selbst anerkannte, vgl. Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 429. Noch Anfang der 1960er Jahre war bei den Sozialdemokraten die Zürcher SP eine der wenigen Kantonalparteien, welche sich einen Sekretär und eine Stenographin leisten konnte. Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 62.

¹²⁴ Kerr: The Swiss party system, 1987, S. 163.

¹²⁵ In diesem Sinne berichtet Hosang, dass Duttweiler und seine Mitstreiter *Die Tat* gründeten, nachdem die Presse ihre Inserate für den Wahlkampf von 1935 abgelehnt und kaum oder schlecht über sie berichtet hatte. Hosang: Parteien und Presse, 1974, S. 122.

¹²⁶ Wie die FDP mit der Gründung des freisinnig-demokratischen Presseverbandes (1921) bzw. der *Politischen Rundschau*, vgl. Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 28f.; 84.

¹²⁷ Ladner: Die Parteien in der politischen Kommunikation, 2005, S. 60.

¹²⁸ Bspw. in der Zürcher BGB, SSA KS 32/215, Zürcher Bauernpartei, Statuten, 1920. Vgl. auch Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 217.

Handlungssystem gelten. Dieses reichte von den Gewerkschaften, Arbeitervereinen, Hilfsorganisationen bis hin zu Bau- und Konsumgenossenschaften, Jugend-, und Frauenorganisationen, Sport-, Freizeit- sowie Ferienvereinen.¹²⁹ Die Gewerkschaften und ihr Spitzenverband der SGB, welche früh den Kontakt mit der PdA wie zuvor schon mit der KPS abgebrochen hatten, betonten zwar ihre parteipolitische Unabhängigkeit gegenüber der SP umso einfacher, als ihre Mitgliederbasis und Finanzstärke sowie ihr Platz im neokorporatistischen politischen System ihnen ein grösseres Gewicht verlieh als der SP.¹³⁰ Gewerkschaften und SP fungierten jedoch durchaus als eine Kampfgemeinschaft: Sie stellten in vielen Kantonen gemeinsame Wahllisten zusammen und die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften waren de facto in die Parteiinstanzen integriert. Im „halb aufgezwungenen, halb gewollten Getto der Klasse“¹³¹ verhalfen ferner kulturelle und historische Referenzen der Arbeiterbewegung, wie sie anlässlich von Massendemonstrationen wie dem 1. Mai gemeinsam gefeiert wurden, die Parteiwählerschaft(en) symbolisch zu vereinen und zu homogenisieren.¹³² Während die junge SP sich als Volkspartei dargestellt hatte, verschärfte sich am Anfang des 20. Jahrhunderts ihr Selbstverständnis als Klassenpartei, als Vertreterin der Arbeiter, oder breiter des sogenannten arbeitenden Volkes, selbst wenn ihre soziale Basis durchaus vielfältiger sein konnte.¹³³ Das starke politische Sendungsbewusstsein der SP bezüglich der Arbeiterbewegung bedingte darüber hinaus eine straffe Integration der Parteimitglieder: Die Mitgliedschaft ergab sich aus dem Erwerb eines Büchleins und jährlichen Parteimarken, ein System, welches der Partei ein stabiles Einkommen garantierte.¹³⁴ Zudem erwartete die Partei ein klares Bekenntnis zum Parteiprogramm und mobilisierte ihre Basis regelmässig insbesondere dank der Zeitschrift *Der Vertrauensmann/Le Militant romand*. Die SP in den 1940er Jahren konnte sich also auf eine gutstrukturierte Mitgliederbasis und darüber hinaus auf die Vorstellungswelten, Identitätsträger und Rituale der Arbeiterbewegung stützen trotz der Konkurrenz durch die PdA. Die Beziehungen der SP zu ihren Schwesterparteien in Europa sowie ebenfalls die Integration der Gewerkschaften in internationale Organisationen verhalf den Sozialdemokraten zudem zu einem starken internationalen Selbstverständnis, besonders da die Partei trotz des Bekenntnisses zur Landesverteidigung nicht völlig auf ihren Internationalismus verzichtet hatte.¹³⁵

¹²⁹ Vgl. Schwaar: *Isolation und Integration*, 1993; Studer; Vallotton (Hg.): *Histoire sociale et mouvement ouvrier*, 1997; Vuilleumier: *Histoire et combats*, 2012.

¹³⁰ Dazu Degen: *Sozialdemokratie und Gewerkschaften*, 1988.

¹³¹ Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 134.

¹³² Anderegg: *1. Mai in der Schweiz*, 2008.

¹³³ Gass: *Die Anfänge der sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, 1988, S. 107ff.; Zimmermann: *Von der Klassen- zur Volkspartei?*, 2007.

¹³⁴ Für eine detaillierte Erklärung der Verteilung der durch Parteimarken gesammelten Mitgliederbeiträge zwischen den verschiedenen Ebenen, Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 67ff.

¹³⁵ Nach der Mobilisierung rund um den spanischen Bürgerkrieg in der Zwischenkriegszeit engagierten sich viele SozialdemokratInnen für die Flüchtlingshilfe während des Krieges sowie später für die Arbeiterhilfswerke.

Diese internationalen Bindungen stellten dabei eine erste Ähnlichkeit mit dem ebenfalls stark strukturierten katholisch-konservativen Handlungssystem der 1940er Jahren dar. Denn die KVP konnte sich ihrerseits auf den Katholizismus als universelles Gedankengut und Gemeinschaft berufen und begann sich gerade in den 1940er Jahren, mit den europäischen Schwesterparteien zu vernetzen.¹³⁶ Aus den Wahlerfolgen und dem Engagement für die europäische Integration der westeuropäischen christlichdemokratischen Parteien konnte die KVP in den ersten Nachkriegsjahrzehnten Prestige für sich selber ziehen. In der Schweiz verfügte sie dabei über ein besonders starkes, in sich durchaus geschlossenes Handlungssystem, welches trotz ihrer weitgehenden Integration in die Bundespolitik gerade in den 1920-50er Jahren eine Blütezeit erlebte.¹³⁷ Ob in den Stamm- oder Diasporakantonen, ermöglichte das reiche Vereinsleben, welches vom Sportsverein und vom Chor bis hin zu Frauenvereinen, Bildungs-, Standes- oder Hilfsorganisationen reichte, eine „wirksame organisatorische Kontrolle“ der kirchentreuen Schweizer Katholiken und führte, so Allematt, „im Idealfall direkt oder indirekt zur katholischen Partei“.¹³⁸ Diese Funktion der politischen Sozialisierung und Mobilisierung erwies sich in den Diasporakantonen als besonders wichtig, in denen ein Teil der Katholiken sich in die reformierte Mehrheitsgesellschaft integrierte. Auf eidgenössischer Ebene spielte der 1904 gegründete Schweizerische Katholische Volksverein als Nachfolger des Piusvereins die Rolle eines Dachverbands für das dichte Vereinsnetz, aber auch eines Aushängeschildes des Katholizismus in der Gesellschaft.¹³⁹ Die 1903 eingeführten Katholikentage dienten in dieser Hinsicht sowohl dem Gemeinschaftsgefühl der Katholiken als auch einer Machtdemonstration nach aussen.

Angesichts dieses bereits sehr organisierten Handlungssystems entstand die KVP vorwiegend als politische Organisation innerhalb der Arbeitsteilung des politischen Katholizismus.¹⁴⁰ Besonders auf eidgenössischer Ebene war sie folglich nicht auf eine stark organisierte Mitgliederstruktur angewiesen und blieb mittelfristig eine Kaderpartei.¹⁴¹ Viel wichtiger für die innere Geschlossenheit war seit der Gründung ihr Selbstverständnis als Volkspartei mit einer „berufsständischen Ordnung“, wozu sie einen repräsentativen Anspruch auf drei verschiedene Stände erhob: Arbeiter und Angestellte, Bauern

Hablützel et al.: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1988, S. 23; redboox; Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Einig - aber nicht einheitlich, 2013, S. 192ff; 238ff.

¹³⁶ Diese Vernetzungsbestrebungen im Jahr 1947 waren dabei auch eine Reaktion der verunsicherten Konservativen auf die verstärkte Prestigestellung der Linken nach dem Krieg, dazu Zenhäusern: Die Schweizerische Konservative Volkspartei in den 1940er Jahren, 1993, S. 158ff. Die Partei verlor allerdings ihre Schlüsselrolle in diesem Vernetzungsprozess mit der europäischen Integration ab den 1950er Jahren, siehe Allematt: Die Christlichdemokratische Volkspartei, 2000, S. 94ff.; Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 443ff.

¹³⁷ Dazu Allematt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 159ff.

¹³⁸ Ebd., S. 114; 198.

¹³⁹ Steiner: Schweizerischer Katholischer Volksverein (SKVV), 2015. Als weibliches Pendant zum ausschliesslich männlichen Volksverein wurde 1912 der Schweizerische Katholische Frauenbund (SKF) gegründet.

¹⁴⁰ Vgl. Schorderet: Crise ou chrysanthèmes, 2007, S. 87.

¹⁴¹ Allematt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 115ff.

und Gewerbetreibende.¹⁴² Infolgedessen bemühte sich die KVP von Anfang an eine formelle Integration dieser internen Flügel in die Parteiinstanzen zu gewährleisten. Die Institutionalisierung der drei Stände innerhalb der Partei erwies sich dabei als höchst unterschiedlich. Gewerbe und Unternehmer, welche trotz ihrer Interessenvielfalt eine ohnehin starke Position in der Partei genossen, blieben lange schwach organisiert. Der Arbeiterflügel hatte sich hingegen bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts politisch organisiert und blieb lange der strukturierteste dieser drei Flügel. Die katholische Arbeiterbewegung zählte eine Reihe von Bildungsvereinen, Genossenschaften sowie ihre eigenen Gewerkschaften, welche auf eidgenössischer Ebene vom Christlichnationalen Gewerkschaftsbund (CNG) vertreten wurden. Aus der katholischen Arbeiterbewegung waren auch die christlichsozialen Kantonalparteien der Diaspora entstanden, wobei Christlichsoziale sich auch in vorwiegend katholischen Kantonen in eigenen Parteien abseits der KVP organisierten, was nicht ohne Spannungen verlief.¹⁴³ Die katholischen Bauern ihrerseits waren innerhalb der 1942 gegründeten katholischen Bauernvereinigung organisiert. In der Zwischenkriegszeit hatten die Partei sowie die Bischöfe viel Gewicht auf ihre politische Organisation gelegt, insbesondere um sie nicht an die neu gegründeten Bauernparteien zu verlieren. Die mancherorts straffe politische Eingliederung der katholischen Bauern diente so vor allem ihrer Mobilisierung als treues Kräftereservoir und weniger ihrer Interessenvertretung.¹⁴⁴ Auf eidgenössischer Ebene, waren die Bauern, anders als die Arbeiter mit ihren eigenen Gewerkschaften, dafür nach wie vor auf den neutralen schweizerischen Bauernverband (SBV) angewiesen.

Die politische Repräsentation der Bauern blieb in der Tat zwiespältig: Der lange vom charismatischen Ernst Laur geleitete Schweizerische Bauernverband pflegte seine Überparteilichkeit, welche ihm auch Gehör bei allen anderen Parteien sicherte. Die jungen Bauernparteien durften in dieser Hinsicht keine Konkurrenzierung seines Repräsentationsmonopols in Bezug auf die Bauern aller Regionen, Konfessionen und Weltanschauungen werden.¹⁴⁵ Dies ist auch ein Grund für die strukturelle Schwäche der Bauernparteien, vor allem auf eidgenössischer Ebene. In den Kantonen erwies sich ihre soziale Verankerung als sehr unterschiedlich und hing stark von ihren Beziehungen zu den jeweiligen kantonalen Berufsorganisationen ab.¹⁴⁶ Mit ihrem Parteisekretär Rudolf Minger hatte die starke Berner BGB in der Zwischenkriegszeit ihre, wenn nicht finanzielle, dann doch zumindest politische

¹⁴² Dazu Altermatt: Die Wirtschaftsflügel in der CVP, 1986, S. 67. Dieses standesbasierte Verständnis der Volkspartei teilte die KVP mit vielen ihrer europäischen Schwesterparteien, vgl. Veen; Gruber: Einführung, 2000.

¹⁴³ Wie im Oberwallis oder in Luzern. In Freiburg spaltete sich eine christlichsoziale Partei erst 1966 von der kantonalen KVP ab. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 107ff.

¹⁴⁴ Ebd., S. 115. Der Bischof von Sankt Gallen hatte beispielsweise einen religiösen Standesverein in Sankt Gallen und den beiden Appenzell organisiert, dessen Mitglieder sich den Junbauern- und Bauernheimatbewegungen nicht anschliessen durften und dafür bei der KVP mitwirken mussten.

¹⁴⁵ Junker; Maurer: Kampf und Verantwortung, 1968, S. 106f; Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 511.

¹⁴⁶ Vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 155ff.

Unabhängigkeit zu den kantonalen Verbänden behauptet. In Abgrenzung zu Laurs Strategie für die Bauernparteien strebte auch aus diesem Grund die Berner Partei danach, eine breite soziale Basis im Kanton anzusprechen, inklusive der freien und intellektuellen Berufe, nicht zuletzt aus protestantisch-konservativen Kreisen.¹⁴⁷ Ursprünglich bereits Bauern- und Bürgerpartei genannt, integrierte die Partei im Laufe der 1920er Jahre zudem gewerbliche Kreise und übernahm den Namen Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei. Während die Fraktion im Parlament und die 1936 gegründete Schweizer Partei ebenfalls diesen dreiständigen Namen übernahmen, blieben die anderen kantonalen Parteien noch lange hauptsächlich bäuerlich geprägt und wechselten ihren Namen erst in den 1940-50er Jahren.¹⁴⁸ Je nach kantonaler Konfiguration konnte sich dies in einem mehr oder weniger exklusiven Repräsentationsverhältnis zu den jeweiligen Bauernorganisationen auswirken: Im Kanton Zürich war beispielsweise das Parteisekretariat gleichzeitig auch das Bauernverbandsekretariat. Dies wäre hingegen in der Waadt nicht möglich gewesen, wo die Freisinnigen und Liberalen gut in der Land- und Weinwirtschaft verankert waren.¹⁴⁹

Wenn auch die Bauernparteien abgesehen von Bern durchaus schwach blieben, erwies sich das ab Ende des 19. Jahrhunderts entstandene bäuerliche Handlungssystem als besonders wirkungsvoll für die politische Sozialisierung und Mobilisierung der Bauern. Dazu zählte ein dichtes Gefüge von beruflichen Organisationen, Genossenschaften, Schulen sowie von kulturellen Vereinen, welche landwirtschaftliche Geselligkeiten und – zum Teil neu erfundene – Traditionen pflegten.¹⁵⁰ Mit diesem Handlungssystem und seinen Hauptakteuren wie dem Bauernverband war zudem eine Ideologie des Bauernstands als Jungbrunnen der Nation gegen die moderne Urbanisierung und Industrialisierung entstanden, auf die sich die Bauernparteien stützten konnten. Diese Ideologie erwies sich als besonders wirkungsvoll, da sie einen breiten Anklang in der Gesellschaft bekam, nicht zuletzt im Zuge der *Geistigen Landesverteidigung* und des *Plans Wahlen* in den Kriegsjahren. Sie stellte eigentlich eine Art „Kompensationsideologie“ dar, als mit der Modernisierung der Landwirtschaft dieser idealisierte Bauernstand rein demographisch an Bedeutung verlor.¹⁵¹ Darauf aufbauend war ferner eine Ideologie des Mittelstands entstanden, welche es den Bauernparteien ermöglichte, entweder eine breite soziale Repräsentation zu erzielen (wie im Kanton Bern), oder sich zumindest mit dieser symbolischen

¹⁴⁷ Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 520.

¹⁴⁸ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 157.

¹⁴⁹ Dazu Gigon: Les vigneron vaudois et l'Etat, 1992.

¹⁵⁰ Junker und Jost unterstreichen dabei die Bedeutung des wirtschaftlichen Systems der Landwirtschaft für die politische Organisation der Bauern. In Bern war die Bauernpartei laut Junker dort besonders erfolgreich, wo das Genossenschaftswesen stark entwickelt war. Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 520; Jost: Tradition und Modernität, 2007, S. 29.

¹⁵¹ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 155, dazu auch Baumann: Verbäuerlichung der Nation, 1998; Jost: Tradition und Modernität, 2007. Zur Genealogie dieser Ideologie zwischen Ernst Laur und kirchlichen Kreisen und ihrer späteren Übernahme durch die Bauernparteien, Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 515b.

Referenzgruppe legitimieren zu können.¹⁵² Wieder erwies sich dies als besonders wirksam, da die politische Funktion des Mittelstandes als Schutzwall der Nation ein breites gesellschaftliches Echo fand, nicht zuletzt in anderen bürgerlichen Parteien.¹⁵³ Der Landesstreik hatte als zusätzliches mobilisierendes Ereignis gewirkt, welches die staatsrettende Funktion der Bauern und darüber hinaus des Mittelstandes gegen die städtischen, revolutionären Linken begründete. Zusätzlich fungierten die Migros und der LdU bald als praktische Intimfeinde der Bauern und des Gewerbes.¹⁵⁴ Und die beiden integrierenden Begriffe des Bauern- und des Mittelstandes verhalfen, soziale und politische Unterschiede zwischen grossen und kleinen Bauern, sowie zwischen Bauern und Gewerbe zu verbergen.¹⁵⁵ Darüber hinaus erklärt die Stärke dieses Handlungssystems und die breite Wirkung der Bauern- und Mittelstandsideologie, weshalb eine sich als schwach verstehende und de facto auch schwach gebliebene Partei über eine bedeutende Mobilisierungskraft verfügte und trotz rückgängigen Bevölkerungszahlen ihrer Zielwählerschaften langfristig stabile Stimmzahlen aufwies. Trotz struktureller Schwäche verlangten zudem die Bauernparteien eine starke Bindung von ihren Mitgliedern: In Zürich sahen die Statuten der Lokalparteien sogar eine Strafe vor, wenn ein Mitglied nicht an den Parteiversammlungen teilnahm.¹⁵⁶ Zentral für diese Kantonalpartei war schliesslich ihre starke territoriale Verankerung: In den Zürcher Gemeinden, wo sie hegemonial war, stellte sie eine lang selbsterhaltende „parteilpolitische Monokultur“ dar.¹⁵⁷

Im Kontrast zu den anderen drei Parteien wies die FDP in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts höchstens ein informelles Handlungssystem auf. In der „freisinnigen Grossfamilie“ war zwar im 19. Jahrhundert ein dichtes Netz an Vereinen entstanden, welche eine zentrale politische Rolle gespielt hatten.¹⁵⁸ Im Kontrast zur Entwicklung in den anderen Parteien rief aber am Ende des Jahrhunderts die Institutionalisierung der freisinnigen Parteien auf kantonaler und dann eidgenössischer Ebene keine Integration dieses zunehmend gespaltenen Vereinsnetzes in die Parteistrukturen hervor. Die junge FDP entsprach so dem Typus einer schwach strukturierten Honoratiorenpartei, welche als sogenannte staatstragende Partei gewiss weniger als die anderen Parteien auf ein strukturiertes „Ghetto“ angewiesen war – der Freisinn beharrte nämlich selbst nach 1919 lange auf seiner historischen

¹⁵² Dazu Skenderovic: Bauern, Mittelstand, Nation, 2013.

¹⁵³ Auch die KVP verstand die Integration ihrer internen Stände im Rahmen einer mittelständischen Puffertheorie (wie in ihrem Wirtschafts- und Sozialprogramm von 1929), wozu zudem der Korporatismus als Organisationsideal (insb. in der Enzyklika *Quadragesimo Anno* von 1931) kam. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 118.

¹⁵⁴ Vgl. Jost: Tradition und Modernität, 2007, S. 30; Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 18.

¹⁵⁵ Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 515a.

¹⁵⁶ SSA KS 32/215, Musterstatuten einer Gemeindepartei der Zürcher Bauernpartei, [1920]. Die Organisation der Mitglieder war in Bern noch straffer, wo Rudolf Minger Pflichten für die Mitglieder kodifiziert hatte. Dort war das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Partei zudem seit der Gründung besonders stark: Rasch nach ihrer Gründung zählte die Berner BGB 40000 Mitglieder und wuchs auf 65000 Wähler bei den Nationalratswahlen von 1919. Vgl. Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 515b; 520f.

¹⁵⁷ König: Auf dem Weg in die Gegenwart, 1994, S. 454.

¹⁵⁸ Vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 81ff.

Sendungsmission als „Schöpfer und Ausgestalter des Bundesstaates von 1848“. ¹⁵⁹ Es bestanden zwar wichtige freisinnige Netzwerke, wie der Schweizerische Liberale Studentenverband, sowie freisinnig geprägte Geselligkeitsformen, beispielsweise Schützenvereine. Mit den Abspaltungen des Rütli-Vereins, der Liberalen und später der Bauern drohte der FDP ab den 1910-20er Jahren aber ein ähnlicher Zerfallprozess wie manchen ihrer Schwesterparteien im Ausland zu gleicher Zeit. Während die Berner Partei davon besonders betroffen war, konnten andere Kantonalparteien, insbesondere in noch stark vom Kulturkampf geprägten Kantonen wie Solothurn oder Luzern eine breite und gutorganisierte Sozialstruktur aufrechterhalten. Zudem wurden in der Zwischenkriegszeit Studiengruppen für Arbeiter und Bauern in mehreren Kantonen gegründet, für Letztere insbesondere in jenen, wo keine Abspaltung der Bauern stattgefunden hatte. ¹⁶⁰ Ihre Bindung zu beruflichen Organisationen und Gruppen variierte aber von Kanton zu Kanton weiterhin enorm. Auf eidgenössischer Ebene verfügte die FDP nicht über entlang sozioökonomischer Identitäten strukturierte Flügel, wobei das Volkspartei-Ideal der Freisinnigen als Schützer des Gemeinwohls gerade auf mannigfaltigen Bindungen zu diversen Gruppen und weniger auf strukturierten Ständen beruhte. Dabei stellte sich die Partei seit Beginn des 20. Jahrhunderts umso häufiger als Volkspartei für alle Berufsstände, Schichten und Konfessionen dar, als andere Parteien wie besonders die Bauernparteien ihre Legitimität zur Vertretung beruflicher Interessen bestritten. ¹⁶¹ Das geschwächte Handlungssystem kompensierte die FDP mit einer traditionell starken Mitgliederbasis. In Anlehnung an das blühende freisinnige Vereins- und Parteileben des 19. Jahrhunderts setzte die FDP viel Wert auf ein starkes Sektionsleben als kleinste Zelle der Parteidemokratie. Die Einbindung der Mitglieder blieb dabei üblicherweise informell. ¹⁶²

Parteien im gesellschaftlichen und politischen Alltag der 1940er Jahre

Wie lässt sich aus dieser internen Organisation die soziale Realität der politischen Parteien im Alltag der 1940er Jahre verstehen? Wegen der hohen Strukturierung der parteipolitischen Handlungssysteme ab den 1920er Jahren und bis in die 1960er Jahre ist die Schweizer mit der „versäulerten“ holländischen Gesellschaft dieser Zeit verglichen worden. ¹⁶³ In der Tat hatten sich die

¹⁵⁹ Ebd., S. 73.

¹⁶⁰ Ebd., S. 89ff.

¹⁶¹ Ebd., S. 91; 177; Gehrken: Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität, 2001, S. 445. Dieser defensive, konkretere Anspruch als Volkspartei tauchte besonders deutlich im Programm von 1929 sowie bei vielen Plakaten der Zwischenkriegszeit auf, 1931 sogar mit einer Analogie zwischen der Vereinigung von Bürgern, Bauern und Gewerbe und dem Rütlichwur. NB SNL_POL_337, Henziross, Eugen: Nationalratswahlen 1931, wählt Liste No 2, Freisinnig-demokratisch, 1931.

¹⁶² Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 82; 216. 1959 war die waadtländische FP noch dabei, die Sektionen zu überzeugen, ihre Mitgliederlisten zur Verfügung zu stellen, BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Rapport der Geschäftsleitung mit kantonalen Präsidenten und Sekretären, 9.01.1959.

¹⁶³ Diesen Vergleich machen insbesondere König sowie Allematt in seiner Analyse der katholischen „Subgesellschaft“. König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 49; Allematt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 400, Fn. 1. Ein wesentlicher Unterschied zu Holland lag aber weiterhin im in der Schweiz dominanten, von den Freisinnigen aufgebauten Modell der Volksschule, selbst wenn die Katholiken in den Diasporakantonen

verschiedenen parteipolitischen Lager zuletzt in der Zwischenkriegszeit als umfassende, voneinander abgeschlossene Lebenswelten konsolidiert. Parteipolitische Sympathien stabilisierten sich damit auf der Basis von soziopolitischen Zugehörigkeiten und/oder familiären Loyalitäten und konnten zudem manchmal den Zugang zu Ämtern bestimmen.¹⁶⁴ Der soziale Druck zu einer fixen parteipolitischen Zugehörigkeit konnte sogar einen Parteiwechsel als Verrat erscheinen lassen, insbesondere in ländlich geprägten Gebieten, in denen die verschiedenen Lager unmittelbar erkennbar waren.¹⁶⁵ Diese Verfestigung der gesellschaftlichen Konflikte in möglichst voneinander getrennten Säulen mit eigener Identität, Weltanschauung und eigenen Geselligkeiten könnte paradoxer Weise, so König, das gesellschaftliche Konfliktpotential abgeschwächt haben.¹⁶⁶ Damit stellte sich jedenfalls die Frage des Wettbewerbs im Wahlkampf auf eine andere Weise als in den polarisierten Zwischenkriegsjahren. Zudem erinnert König daran, wie die überschaubaren sozialen Verhältnisse „vielfache Brücken – persönliche Bekanntschaften aus Schule und Studium, Verein und Militär – bestehen liessen“.¹⁶⁷ Gerade auf der Ebene der politischen Eliten bildeten diese Kontakte die Grundlage für politische Annäherungen und Kompromissbereitschaft. Da der neokorporatistische Klassenkompromiss aber in hohem Masse zwischen den Spitzenverbänden geschah, stellte er auch einen Faktor der weiteren Abschwächung der politischen Parteien dar. Während die SP-Beteiligung an der Landesregierung v.a. symbolisch bedeutsam war, erwies sich die Mitsprache der Gewerkschaften im vorparlamentarischen Raum der Vernehmlassung als viel wirksamer für die Integration der Arbeiterbewegung.¹⁶⁸ Mit der Konsolidierung dieses Klassenkompromisses und dem langfristigen Verschwinden der politischen Unsicherheiten und der Polarisierung der Zwischenkriegszeit spielten die Parteien jedoch eine umso zentralere Rolle, um ihre jeweiligen Parteilager weiterhin zu festigen.

einen Anspruch auf eigene Schulen erhoben. Es ist gewiss kein Zufall, dass gerade katholische Autoritäten Holland als Vorbild nahmen, um beispielsweise die katholischen Bauern politisch zu organisieren. Dazu Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 155ff. Zumindest aus diesem Grund könnte die Schweizer Demokratie der 1940er Jahre dem Typus der *consociative democracy* von Arend Lijphart entsprechen – weiterhin fehlten ihr aber vertikale Riemen zur Willensbildung in den verschiedenen parteipolitischen Säulen, an Stelle der seit den 1930er Jahren verstärkten Integration der Interessengruppen in die vorparlamentarischen Entscheidungsprozesse. Vgl. Seiler: *La Suisse comme „Démocratie consociative“*, 1991.

¹⁶⁴ Die Frage des politischen Klientelismus wurde insbesondere bezüglich des Kantons Tessin untersucht, was aber nicht heisst, dass sie das politische Leben in anderen Regionen nicht prägte. Dazu Mariani Arcobello: *Notables, partis et clientélisme*, 2009; Rossini: *Fra perdita di consensi e reazioni al cambiamento*, 2015, S. 50ff. Ende der 1940er Jahre erwähnte der Tessiner Sekretär der Konservativen Partei Fälle von traditionell konservativen Familien, welche zum Freisinn wechselten, um eine Stelle bei den SBB-Büros in Bellinzona zu erhalten. BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief von Amedeo Boffa an Martin Rosenberg am 30.01.1948.

¹⁶⁵ Vgl. das Zeugnis eines Tessiner Parteiaktivisten über den „Fanatismus“ des politischen Lebens im Tessin Ende der 1940er Jahre, Mazzoleni et al.: *Fare politica in Ticino*, 2011, S. 81.

¹⁶⁶ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 50.

¹⁶⁷ Ebd., S. 48.

¹⁶⁸ Ebd., S. 57.

1.3. Paradoxe Immobilismus

Während den „langen 1950ern“¹⁶⁹ paarten sich in der Schweiz, so Tanner, „eine neue Offenheit und Zukunftszuversicht mit Überfremdungsängsten und Abwehrhaltungen“.¹⁷⁰ Wie andere westeuropäische Länder kannte die Schweiz ein rasantes Wirtschaftswachstum, welches wenn nicht eine Nivellierung, so sicherlich eine Neudefinition der sozialen Positionen mit sich brachte. Die neue Wohlstandsgesellschaft konnte die Kompromissbereitschaft der politischen Kräfte nur stützen.¹⁷¹ Im Kontrast zu den gigantischen Infrastrukturprojekten, welche die Hochkonjunktur begleiteten, herrschte aber bei den politischen Parteien ein grundsätzlicher Immobilismus, welcher in erster Linie mit dem neuen antikommunistischen Konsens zu erklären ist. Dabei entsprachen diese Jahre trotz parteipolitischer Stabilität keiner Ruhezeit, „sondern im Gegenteil eine[r] Zeit bisher nicht vorstellbarer Veränderungen, die verarbeitet werden mussten“.¹⁷²

Antikommunistischer Konsens und Festigung der Männerdemokratie

Der parteipolitische Immobilismus stützte sich dabei auf eine antikommunistische Abwehrhaltung als Grundkonsens auf dem politischen Feld, welche die Isolation der PdA als gemütlichem Feindbild der anderen Parteien begründete und zugleich die Integration der SP förderte. Diese zeigte dafür Beweise ihres Patriotismus, um „niemandem mehr Anlass zum Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit zu bieten“.¹⁷³ In der Neuwertung der *Geistigen Landesverteidigung* diente der Kommunismus als „Negation der nationalen Identität“ und rechtfertigte den weiteren Aufbau des Überwachungssystems mit der Unterstützung der Sozialdemokraten.¹⁷⁴ Nach der Teilrevision des Strafgesetzbuches von 1950 standen ausländische sowie staatsgefährdende Propaganda unter polizeilicher Kontrolle. Ein verbreitetes Gefühl des Argwohnes prägte somit den politischen Alltag. Ein Höhepunkt des Antikommunismus ergab sich aus dem Ungarnaufstand und seiner Niederschlagung durch die Rote Armee Ende 1956: Insbesondere in der Deutschschweiz entstand daraus eine Massenmobilisierung für die Demokratie, welche in einer Hetzjagd gegen vermeintliche Kommunisten mündete.¹⁷⁵

Ferner drückte sich diese „Kultur der Bedrohung“¹⁷⁶ durch einen breiten Konsens bezüglich der Notwendigkeit einer weiteren Aufrüstung aus. Rund um die Chevallier-Initiativen für eine Rüstungspause formierte sich insbesondere in der Westschweiz eine antimilitaristische Opposition aus nonkonformistischen Intellektuellen und Linksakteuren, die aber kaum Gehör in der Gesellschaft fand.

¹⁶⁹ Damit ist die Periode zwischen Ende der 1940er und Beginn der 1960er Jahre gemeint, vgl. Blanc; Luchsinger, Editorial, 1994, S. 8.

¹⁷⁰ Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 338.

¹⁷¹ Vgl. Tanner: *Die Schweiz in den 1950er Jahren*, 1994, S. 34ff.; Kriesi: *Perspektiven neuer Politik*, 1986; Hablützel: *Regierungsparteiengespräche*, 1986.

¹⁷² Kleger: *Normalfall und Sonderfall*, 1999, S. 194.

¹⁷³ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 74.

¹⁷⁴ Fayet: *L'anticommunisme est-il vraiment un sujet d'histoire?*, 2009, S. 17.

¹⁷⁵ Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 73f.

¹⁷⁶ Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 319.

Die Militarisierung der Gesellschaft lehnte sich dabei an eine Glorifizierung des Aktivdienstes an, welcher als männliches Sozialisierungsmoment über Klassenspaltungen hinaus zelebriert wurde und dafür als jüngstes Stück einer martialischen Erinnerungspolitik der Eidgenossenschaft fungierte.¹⁷⁷ Am anderen Pol der Geschlechterbinarität wiesen sowohl diese Maskulinisierung der Kriegserinnerung als auch die Dominanz des Alleinernährermodells in der neuen Wohlstandsgesellschaft den Frauen eine schutzbedürftige, abhängige Position zu. Das Modell des „Bürger-Soldaten“ und die damit assoziierte Verbindung von Rechten und Pflichten im Bürgerschaftsverständnis legitimierten also das Weiterbestehen der exklusiven Männerdemokratie. Mit der Vorstellung einer totalen Unvereinbarkeit zwischen Bürgerschaft und Weiblichkeit hatten die Frauenstimmrechtlerinnen umso weniger Chancen, gehört zu werden, als sie auch keine Blockademacht im politischen System darstellten.¹⁷⁸ Die erste eidgenössische Abstimmung zum Universalstimmrecht fand 1959 nur statt, weil die meisten Frauenvereine den Einbezug der Frauen in den Zivilschutz ohne Frauenstimmrecht nicht akzeptieren konnten. Die Ablehnung der Vorlage ausserhalb vom Waadtland, von Neuenburg und von Genf machte die Frauen dabei zu Konkordanzverliererinnen, so Brigitte Studer: Die Zurückhaltung des Freisinns in dieser Frage beruhte auf seiner Rücksicht gegenüber der BGB und CVP, für welche die Geschlechterdifferenz zentral war.¹⁷⁹ Mit der Debatte um das Frauenstimmrecht verfestigte sich die Konstruktion der Schweizer Demokratie als Sonderfall, welche auch der aussenpolitischen Neudefinition der Schweiz in der Nachkriegsweltordnung diene. Die Resonanz des schweizerischen Exzeptionalismus war innenpolitisch so stark, dass er weiterhin den Ausschluss der Frauen aus der demokratischen Teilhabe legitimieren konnte. In den Debatten um das Frauenstimmrecht diene die Landsgemeinde als Urform der Demokratie und als Schutz gegen die Massengesellschaft als historisches Autoritätsargument: nur (bewaffnete) Männer könnten an der anspruchsvollen helvetischen Demokratie teilhaben.¹⁸⁰

Laues politisches Leben

Bei manchen politischen Akteuren liess sich dabei ein zwiespältiges Verhältnis zum politischen Leben erahnen, zwischen der Zufriedenheit mit der Stabilisierung der Kräfteverhältnisse sowie der Integration von vorher antagonistischen Kräften auf der einen und dem Unbehagen an einem zunehmend gemässigten und dafür wenig lebendigen politischen Leben auf der anderen Seite. Am prägnantesten beschrieb der damalige SP-Zentralsekretär, Jules Humbert-Droz, dieses Gefühl in der *Roten Revue* nach den Wahlen von 1951:

„Les commentateurs des élections fédérales [...] se sont extasiés devant la stabilité de notre vieille démocratie. Pas de glissement, ni à gauche, ni à droite [...] L'électeur est satisfait de

¹⁷⁷ Dazu Ludi: *Gendering citizenship*, 2005.

¹⁷⁸ Banaszak: *Why Movements Succeed or Fail*, 1996.

¹⁷⁹ Studer: *Die Geschichte des Frauenstimm- und -wahlrechts*, 2014, S. 544–547.

¹⁸⁰ Studer: „L'Etat c'est l'homme“, 1996, S. 373ff.; Ludi: *Gendering citizenship*, 2005, S. 67.

l'action de ses autorités. Il reste à la maison et roupille tranquillement. *L'immobilisme n'a jamais été un signe de santé ni de vigueur. C'est un symptôme de sénilité, de paralysie ou de paresse...*¹⁸¹

Der Befund des Disengagements der Wähler aus der Politik widerspiegelte dabei eine zunehmende Entpolitisierung der Entscheidungsprozesse, welche vorwiegend vorparlamentarisch und nur selten direktdemokratisch geschahen; das Referendum diente um diese Zeit vorwiegend als Drohmittel der Verbände.¹⁸² Die Macht der Verbände bekräftigte zudem ihre Funktion zur „politischen Disziplinierung“ ihrer Klientel, welche wiederum jene der Parteien schwächte.¹⁸³

Wie Gruner bemerkte, war es für das politische Leben der 1950er Jahre symptomatisch, dass angesichts der Schwächung der PdA eine allfällige Oppositionsfunktion nun hauptsächlich „von ad hoc gebildeten anonymen Comités oder von politisch wenig gebundenen Meinungsbildungsgruppen getragen“ wurde.¹⁸⁴ Abseits der Parteien waren es tatsächlich hauptsächlich rechtsbürgerliche Pressure-Groups, welche die öffentliche Meinung anlässlich von Abstimmungskampagnen, aber auch ausserhalb dieser zu beeinflussen suchten. Die Aktion freier Staatsbürger (mit der Zeitung *Trumpf-Buur*), das Redressement national und die Wirtschaftsförderung waren mit ihren teuren antistaatlichen Inseratenkampagnen die bedeutendsten Störenfriede des entstehenden sozialstaatlichen Klassenkompromisses. Dabei erwiesen sie sich aber teilweise auch als „Heckenschützen der Konkordanz“, insofern sie sich als Sprachrohr des Widerstandes mancher bürgerlichen Akteure gegen zu starke Zugeständnisse an die Sozialdemokraten gebärdeten.¹⁸⁵ Zudem übernahmen sie auch die Kommunikation für viele Abstimmungskampagnen der Bürgerlichen gegen Initiativen des LdU, der PdA oder auch der SP.¹⁸⁶ Für diese Funktion des „politischen Scharfmachers“ war der PR-Spezialist Robert Eibel exemplarisch. Seine Inseratenkampagnen für *Trumpf-Buur* fungierten als eine Art „Polit-Theater“, sogar als „Entlastungsangriffe“ zu Gunsten wirtschaftsliberaler Anliegen, obgleich diese Arbeitsteilung zwischen Eibel und den bürgerlichen Parteien nicht immer konfliktfrei verlief.¹⁸⁷ Wie bereits in den 1930er Jahren trugen diese Akteure zwischen Wirtschaftslobbyismus, kommerzieller Werbung und bürgerlicher, antikommunistischer Propaganda dazu bei, die politische Kommunikation der Nachkriegszeit einzurahmen. Selbst wenn manche, wie der Werbespezialist Rudolf Farner, in der Öffentlichkeit ziemlich bekannt waren, gaben ihr oft anonymes Auftreten und die Unsicherheit über ihre Finanzierungsquellen Anlass zu vielen Gerüchten über ihre vermeintliche politische Macht. So

¹⁸¹ Jules Humbert-Droz in der Zeitschrift *Le Militant romand*, Mai 1952, zitiert nach Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 59, Fn 63.

¹⁸² Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 57.

¹⁸³ Hablützel: *Regierungsparteiengespräche*, 1986, S. 276.

¹⁸⁴ Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 58.

¹⁸⁵ Frischknecht et al.: *Die unheimlichen Patrioten*, 1987, S. 137.

¹⁸⁶ Dieses Hin-und-her-schwanken zwischen willkommenem Heckenschützen und ungewolltem Störenfried lässt sich beim Wandel des Redressements National ab Ende der 1960er Jahre spüren, als die Wirtschaftsförderung die Sekretarisierung bürgerlicher Abstimmungskampagnen zunehmend übernahm. Werner: *Für Wirtschaft und Vaterland*, 2000, S. 228.

¹⁸⁷ Frischknecht et al.: *Die unheimlichen Patrioten*, 1987, S. 184f.

blieb beispielsweise in den Erinnerungen der ZeitgenossInnen die Behauptung Farners hängen, dass er „aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat“ machen könne.¹⁸⁸

Auf der anderen Seite des Parteienspektrums mangelte es den Linken an oppositioneller Kraft. Selbst die Rückkehr der SP in die Opposition nach dem Rücktritt vom Max Weber aus dem Bundesrat 1953 erwies sich nicht als das vom Parteipräsidenten Bringolf erhoffte „Bad in einem Jungbrunnen“.¹⁸⁹ Die SP gewann immerhin vier Mandate auf Kosten der Regierungsparteien und der PdA bei den Nationalratswahlen von 1955. Der Wahlkampf machte aber ihre zunehmende Mühe sichtbar, eine oppositionelle Haltung einzunehmen.¹⁹⁰ Die in der Schweiz besonders starke „disziplinierende Wirkung des Kalten Krieges“ verhinderte nämlich die Formulierung von politischen Alternativen, was sich besonders im linken Lager spüren liess.¹⁹¹ Die innere Kohäsion und das Mobilisierungspotential der parteipolitischen Handlungssysteme zeigten zunehmend Zeichen von Schwäche. Gerade für die SP schwächten die neuen Konsummöglichkeiten und der von vielen Arbeitern erlebte soziale Aufstieg die integrierende und mobilisierende Kraft der Arbeiteridentität, deren Symbole und Rituale, wie der 1. Mai, an politischem Sinn verloren. Mit dem Arbeitsfrieden und der Fokussierung der Gewerkschaften auf Gesamtarbeitsverträge verschwand die Streikerfahrung, während die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zunehmend als selbstverständlich galten.¹⁹²

Auch die KVP begann die ambivalenten Folgen ihrer politischen Integration zu spüren. Auf der einen Seite krönten die 1950er Jahre die politische Stärke und Integration der Partei in das politische System. Sie erfuhr einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs bei Wahlen seit 1947, wozu das Wachstum des christlichsozialen Flügels in grossem Masse beitrug. Die weiterbestehende binnenschweizerische Wanderungsbewegung in die urbanen Ballungsgebiete des Mittellandes ermöglichte weitere Gewinne für bestehende Diasoraparteien, wie in Zürich, sowie die Entstehung neuer Parteien, wie in der Waadt ab 1945.¹⁹³ Und doch zeigte die Geschlossenheit des katholischen Handlungssystems ab den 1950er Jahren Risse. Mit der erreichten Integration auf Bundesebene begann die rigide, abgesonderte Organisation des politischen Katholizismus an Sinn zu verlieren. Obwohl einerseits der christlichsoziale Flügel politisch an Bedeutung gewann und der CNG einen Mitgliederzuwachs erlebte, begannen sich andererseits Vereine abzulösen, welche für die alltägliche

¹⁸⁸ Ebd., S. 157.

¹⁸⁹ Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 69f.

¹⁹⁰ Ebd., S. 75.

¹⁹¹ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 60. Selbst keynesianische Nachfragelösungen, wie sie reformistische Sozialdemokraten in anderen westeuropäischen Ländern formulierten, übernahm die Schweizer SP nicht. Ähnlicherweise bevorzugten die Gewerkschaften Tarifvertragsverhandlungen vor ambitionierteren Forderungen, zum Beispiel nach dem bundesdeutschen Modell der Mitbestimmung, dazu Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 71ff.

¹⁹² Degen: Haute conjoncture et guerre froide, 2006, S. 209ff; Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 71.

¹⁹³ Zur Geschichte der waadtländischen CVP siehe die Parteibroschüre von 1983, Nicod; Mugny: Le PDC vaudois, 1983. 1945 als Mouvement démocratique gegründet, berief sich die Partei ursprünglich stark auf den christlichen Sozialismus als Inspiration. Nach einer unsicheren Phase integrierte die kleine Kantonalpartei den christlichsozialen Flügel der KVP. 1951 wurde ihr erster Nationalrat, Paul Frainier, gewählt.

kulturelle Geschlossenheit des katholischen Handlungssystems gesorgt hatten.¹⁹⁴ Durch die beginnende Säkularisierung der Gesellschaft und die wachsende konfessionelle Durchmischung büsstes zudem die Totalitäts- und Absolutheitsansprüche des politischen Katholizismus an Bedeutung ein.¹⁹⁵ Die Inszenierung der katholischen Identität und Weltanschauung wurden zunehmend rein symbolisch, während die Kirche sich auf ihre religiösen Kerngebiete zurückzog. So waren die letzten zwei Katholikentage 1949 und 1954 vorwiegend religiöse Ereignisse, während sie doch vorher kräftige politische Massendemonstrationen gewesen waren. Kleriker begannen sich ab den 1950er Jahren offiziell von der Parteipolitik zu distanzieren, und nahmen allgemein weniger Stellung zu brisanten Fragen der Zeit. Die interessenbasierten und finanziellen Beziehungen zwischen Kirche und Partei blieben zwar insbesondere auf kantonaler und kommunaler Ebene weitgehend erhalten, aber die offiziellen Verbindungselemente auf eidgenössischer Ebene verschwanden – beginnend damit, dass die Parteiinstanzen keine Kleriker mehr zählten.¹⁹⁶

Auch die weitgehende Integration der Bauern in den neokorporatistischen Klassenkompromiss, gekrönt mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1952, erwies sich als ambivalent für ihre politische Organisation. Während der Erhalt eines „gesunden Bauernstandes“ als politische Notwendigkeit Konsens fand und sogar mit den Wirtschaftsartikeln in die Bundesverfassung eingeführt worden war, reduzierte die fortgesetzte Modernisierung der Landwirtschaft ihre Anzahl weiter. Zwar gingen die Bauern noch punktuell zur Strasse, wie 1961 anlässlich eines Marsches auf Bern. Diese letzten Massenmobilisierungen kontrastierten aber mit dem öffentlichen Bild der Bauern als stabilisierendes Fundament der Nation sowie mit der BGB-Politik selbst.¹⁹⁷ Während diese Partei in den 1930er Jahren starke populistische Töne angeschlagen hatte, hielt sie in den 1950er Jahren eine besonders konformistische, ihren bürgerlichen Partnern treue politische Linie.¹⁹⁸ Und die Partei erlebte einen subtilen Wandel der sozialen Herkunft ihrer Kader und Wähler, welche insbesondere in Bern und Zürich zunehmend städtisch wurden.¹⁹⁹

Programmmatische Reformen

Ende der 1950er Jahre und Anfang der 1960er Jahre liessen sich erneute Reformbemühungen bei den Schweizer Parteien erkennen, um ihre oft aus der Zwischenkriegszeit stammenden Programme an die neuen politischen und sozialen Gegebenheiten anzupassen. Bei den vier Bundesratsparteien drückte sich das gemässigte politische Klima in milden Formeln, Anleihen beim Gedankengut der anderen Parteien sowie in der Beschönigung der alten Gegensätze aus. Die bürgerlichen Parteien schlugen aber

¹⁹⁴ Vgl. dazu Altermatt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 161ff. Zwischen 1945 und 1976 konnte der CNG seine Mitgliederzahlen mehr als verdoppeln. Altermatt: Die Wirtschaftsflügel in der CVP, 1986, S. 72.

¹⁹⁵ Altermatt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 109.

¹⁹⁶ Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 432.

¹⁹⁷ Baumann: Verbäuerlichung der Nation, 1998, S. 361.

¹⁹⁸ Zürcher: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei, 2007.

¹⁹⁹ Junker; Maurer: Kampf und Verantwortung, 1968, S. 181.

gleichwohl verstärkt auch konservative Töne als paradoxe Begleitung des Wohlstandskonsenses an. Die BGB beispielsweise sprach in der Revision ihres Programmes von 1937 im Jahr 1962 zwar die brisanten wirtschaftlichen Fragen der frühen 1960er Jahre an, setzte sich aber weiterhin „für die Förderung des einheimischen, aus dem gesunden Volksempfinden erwachsenden Schaffens in Kunst, Literatur, Film, Radio und Fernsehen“ ein.²⁰⁰ Im Hinblick auf die beginnenden Gespräche um eine mögliche EWG-Integration der Schweiz betonte sie zudem „die bedingungslose Aufrechterhaltung der Neutralität“.²⁰¹ Das Programm widerspiegelte ferner die verstärkte Betonung der religiösen Grundlage der Partei, welche seit den 1950er Jahren insbesondere vom Theologen Kurt Guggisberg getragen wurde.²⁰²

Die KVP-Reform folgte durchaus der Linkswende, welche die Partei in den 1950er Jahren nicht zuletzt durch ihre Annäherung an die SP durchgeführt hatte. Getragen war diese Neupositionierung von der Bedeutungszunahme des christlichsozialen Flügels in der Partei, welcher sein Gewicht 1955 mit der Gründung einer Christlichsozialen Parteigruppe der Schweiz demonstriert hatte. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden sowie um innere Spannungen zu vermeiden nahm die KVP 1957 einen Namenswechsel in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei (KCVP) und eine Statutenrevision vor.²⁰³ Parallel zur Anerkennung des christlichsozialen Flügels sollten aber, so Altermatt, die internen Strukturen den Nivellierungsprozess der wirtschaftlichen Interessengegensätze anerkennen: An die Stelle der alten ständisch orientierten Arbeitsgemeinschaften traten Studienkommissionen, was in den kommenden Jahren zur Entpolitisierung der ehemaligen Wirtschaftsflügel führte.²⁰⁴ Dass diese Parteireform dabei keine Wende, sondern den Versuch darstellte, das katholische Handlungssystem besser zusammenzuhalten, zeigte sich auch dadurch, dass die verstärkte Betonung der konfessionellen Öffnung in den Statuten vor allem nach aussen gerichtet war und den Anspruch der Partei, die Schweizer Katholiken zu repräsentieren, nur formell ablöste.²⁰⁵ Und die Parteistrukturen blieben jene einer Honoratioren- und Rahmenpartei des politischen Katholizismus, in welcher die Delegiertenversammlung wenig mehr tat, als die Entscheidungen der Parteispitzen zu bejubeln. Auch die Revision der Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von 1929 im Jahr 1959 sowie die Adoption

²⁰⁰ Kunz; Gruner: *Chronique des partis politiques suisses*, 1963, S. 105.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Jost: *Tradition und Modernität*, 2007, S. 36; Dellsperger: *Guggisberg*, 2009.

²⁰³ Altermatt: *Die Wirtschaftsflügel in der CVP*, 1986, S. 73; Gees: *Erfolgreich als „Go-Between“*, 2001, S. 430. Dieser neue Name stellte dabei ein Kompromiss gegenüber jenen Kantonalparteien dar, darunter denjenigen aus der Waadt und aus dem Tessin, welche sich sogar für das Streichen der Etiquette «konservativ» ausgesprochen hatten, Flury: *Von der Defensive zur gültigen Präsenz*, 1994, S. 201.

²⁰⁴ Altermatt: *Die Wirtschaftsflügel in der CVP*, 1986, S. 74f.

²⁰⁵ In der Diskussion, inwieweit die Partei sich an Protestanten wenden solle, zeigten sich die Deutschschweizer nämlich viel zurückhaltener als manche Romands oder Tessiner, vgl. Flury: *Von der Defensive zur gültigen Präsenz*, 1994, S. 197ff.

einer neuen Standortbestimmung 1962 blieben im Rahmen der ausgeprägten programmatischen Kontinuität der Partei seit ihrer Gründung.²⁰⁶

Die SP vollbrachte Ende der 1950er Jahre sicherlich die grösste Wende, womit sie dem Reformwind in der europäischen Sozialdemokratie folgte. Das Programm von 1935 und die *Neue Schweiz* von 1942 mit ihren klassenkämpferischen Tönen passten nicht mehr zur Integration der Partei in den neuen wachstumsorientierten, antikommunistischen Konsens der Nachkriegszeit.²⁰⁷ Auch wenn die Notwendigkeit einer Reform seit Beginn der 1950er Jahre zur Diskussion stand, zeigte sich bei den Sozialdemokraten ein erstaunliches Beharrungsvermögen. Erst 1959 kam das Programm vor den Parteitag. Mit ihm verzichtete die SP auf eine grundsätzliche Kritik des Kapitalismus, um stattdessen den „Lebensstandard als Ersatzreligion“ hervorzuheben, so die bissige Formel der Wirtschaftsförderung.²⁰⁸ Auch wenn der Sozialismus nun „zur Sache der ganzen Menschheit geworden“ sei, zeigte sich gleichzeitig ihre Annäherung an die anderen Bundesratsparteien gerade dadurch, dass sie sich sogar zum „Erbe des Liberalismus und des christlichen Glaubens“ bekannte.²⁰⁹ Wie Gruner schreibt, wurde die Partei damit zur „Treuhanderin von Erwerbsgruppen, in deren Auftrag und für die sie einen möglichst gerechten Anteil am steigenden Wirtschaftsertrag erkämpfen soll“.²¹⁰ Ferner bestätigte der Text die westliche Orientierung der Partei und grenzte sie deutlich gegen den Kommunismus ab. Während der Winterthurer Parteitag das Programm mit einer grossen Mehrheit guthiess und eine Kommission mit nur leichten Veränderungen beauftragte, kamen im Verabschiedungsverfahren erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den Parteigenossen zum Ausdruck, welche das Parteileben der frühen 1960er Jahre weiter prägten. Insbesondere aus der Westschweiz brachten verschiedene Sektionen Anträge für ein deutlicheres Bekenntnis zum Sozialismus ein.²¹¹ Dabei waren die doch lauen Diskussionen am Parteitag symptomatisch für die abgeschwächte parteiinterne Demokratie in diesen Jahren. Dies war zwar besonders ausgeprägt bei den bürgerlichen Parteien, welche anders als die SP keine Vertretung der Parteibasis im Parteiparlament kannten,²¹² aber auch SP-Parteitage ermöglichten selten lebhaftere Diskussionen. Früher

²⁰⁶ Dazu Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 431ff.

²⁰⁷ Vgl. Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 80ff.

²⁰⁸ Wirtschaftsförderung, [1959], zitiert nach Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 81.

²⁰⁹ Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959.

²¹⁰ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 144.

²¹¹ Vgl. zu diesen internen Spannungen Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 81; Kunz; Gruner: Chronique des partis politiques suisses, 1963, S. 100ff.; Zimmermann: Von der Klassen- zur Volkspartei?, 2007, S. 107.

²¹² Der liberale Intellektuelle Hans Zimmermann sprach 1955 sogar von einer „Krise der demokratischen Willensbildung“, indem oligarchische Entscheidungsverfahren – de jure oder de facto – den Bürgern die Möglichkeiten zur Diskussion entziehen würden. Zimmermann: Führung und Willensbildung in den politischen Parteien, 1955.

im Jahrzehnt war der linke Parteiflügel dabei gescheitert, im Zuge der *Chevallier-Initiative* eine offene Diskussion über die Landesverteidigung und die Westintegration auszulösen.²¹³

Protestwelle inner- und ausserhalb der Parteipolitik

Gerade jenseits der engen Parteipolitik entstand Ende 1950er Jahre eine „neue Protestkultur“.²¹⁴ Die Entstehung der schweizerischen Antiatombewegung im Jahr 1958 mit der Gründung der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung (SBgAA) und die Lancierung einer Initiative zum Verbot von Atomwaffen erschütterte sowohl den cordon sanitaire gegen die Kommunisten als auch die traditionellen Parteigrenzen. Sogar in der BGB hinterliess die Bewegung Spuren: Im Kanton Bern entfernten sich die Vertreter des „betont kirchlichen“ Flügels von der Parteilinie und erstellten sogar eigene Wahllisten.²¹⁵ In der SP verstärkten sich die bereits bestehenden Spannungen um die Landesverteidigung weiter, als Persönlichkeiten des linken SP-Flügels, wie der Zentralsekretär Humbert-Droz, der Berner Regierungsrat Fritz Giovanoli oder der Zentralsekretär des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Max Arnold für die Initiative eintraten. Als der SP-Parteitag sich Ende 1958 entschied, diese Initiative nicht zu unterstützen, trat Humbert-Droz von seinem Amt zurück.²¹⁶ Angesichts der Unzufriedenheit eines Teils ihrer Basis sah sich die SP 1959 gezwungen, eine eigene, mildere Initiative zu lancieren. Nach dem Scheitern beider Initiativen blieb die Antiatombewegung bis 1966 mit Ostermärschen aktiv. Sie präfigurierte dabei die spätere Friedensbewegung und stellte ein wichtiges frühes Sozialisierungsmoment dar für eine Generation, die später in den 1968er Bewegungen aktiv wurde.²¹⁷ Innerhalb der SP mündete diese wachsende Opposition mancherorts in dissidente Parteigruppen, wie in Neuenburg mit der Nouvelle Gauche Socialiste, welche junge Lehrer des linken Flügels mit PdA-Abhängiger vereinte.²¹⁸ Selbst wenn der breite Konsens zu Landesverteidigung und zum Wachstum sie auf dem politischen Feld noch weitgehend marginalisierte, entstanden also bereits Ende der 1950er Jahre neue Bewegungen, welche das auf die Parteilagern verengte Demokratieverständnis der etablierten politischen Akteure zunehmend in Zweifel zogen.

Die „Erfindung“ der Zauberformel

Im Dezember 1959 erreichte mit der Wahl zweier sozialdemokratischer Bundesräte der zwischenparteiliche Kompromiss einen Höhepunkt. Diese Möglichkeit war Gegenstand einer geheimen Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Konservativen seit 1954, als Letztere zum

²¹³ Dazu Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 84; 125ff.; Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1977, S. 211; Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 78.

²¹⁴ Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 384.

²¹⁵ Junker; Maurer: *Kampf und Verantwortung*, 1968, S. 164.

²¹⁶ Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 50.

²¹⁷ Vgl. Epple: *Die schweizerische Friedensbewegung*, S. 196.

²¹⁸ Die Pläne der „Sozialistischen Linken“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.05.1959.

ersten Mal mit drei Bundesräten eine gleichberechtigte Position mit der FDP eingenommen hatten.²¹⁹ Mit dieser Neubesetzung des Bundesrates versuchte der mächtige KVP-Zentralsekretär Martin Rosenberg, die KCVP-Vermittlerposition im politischen System zu stärken und dabei die bereits abgeschwächte hegemoniale Stellung der FDP im Bund endgültig zu beenden. Tatsächlich konnte sich die KCVP als Siegerin dieser Wahl darstellen, sogar mehr als die SP, die ihre offiziellen Kandidaten nicht durchsetzen konnte.²²⁰ Gespalten zwischen dem Willen, ihre Position zu verteidigen und der Resignation, die Macht teilen zu müssen, verfielen die Freisinnigen bei der Bundesratswahl einer „taktischen Gliederlähmung“ und mussten sich schlussendlich ihrem Ausgang zufriedengeben.²²¹

Der neue, bald „Zauberformel“ genannte Verteilschlüssel – die neue Bundesratszusammensetzung mit je zwei Vertretern der FDP, KCVP, SP und einem BGB-Vertreter – ist somit in erster Linie als Ergebnis unsicherer parteipolitischer Verhandlungen und Kämpfe um Machtpositionen zu verstehen. Obwohl ihre dauerhafte Gültigkeit alles andere als sicher war, begannen politische Eliten in den 1960er Jahren sie als natürliche Krönung des schweizerischen Konsensgeistes zu konstruieren.²²² Zur Selbstverständlichkeit des bald von Politikwissenschaftlern getauften Modells der „Konkordanzdemokratie“ trug auch die Konsolidierung von ähnlichen Regierungsformeln in vielen Kantonen bei.²²³ Dabei hatten die Sozialdemokraten paradoxer Weise den Ausgang der Nationalratswahlen des Herbsts 1959 als Niederlage wahrgenommen und sich über die steigende Wahlenthaltung besorgt gezeigt.²²⁴ Die Zauberformel zeigte bereits ihre Kehrseite für das politische Leben, und brachte dabei nicht den Einfluss, sondern vielmehr die Ohnmacht der grossen Parteien im Vergleich mit den Verbänden zum Vorschein.²²⁵

1.4. Unbehagen und Dynamisierung

Die schweizerische Politik erlebte ab Anfang der 1960er Jahre einen gestiegenen Legitimitätsdruck. Von aussen übte der europäische Integrationsprozess einen zunehmenden Anpassungsdruck auf den „Sonderfall Schweiz“ aus. Innen war der antikommunistische Konsens mit der Befriedung des Ost/West-Gegensatzes nach Ende der Kuba-Krise abgeschwächt. Das Zusammentreffen einer

²¹⁹ Vgl. dazu Burgos; Mazzoleni; Rayner: *La formule magique*, 2011, S. 41ff.

²²⁰ Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 86.

²²¹ Burgos; Mazzoleni; Rayner: *La formule magique*, 2011, S. 48; im gleichen Sinne siehe Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 96.

²²² Burgos; Mazzoleni; Rayner: *La formule magique*, 2011, S. 56f.

²²³ Das Tessiner Linksbündnis zwischen FDP und SP hielt zwischen 1946 und 1967, während in der Waadt und in Zürich Mehrparteienkoalitionen Anfang der 1960er Jahren entstanden. Zur Genealogie des Konkordanzmodells in den Politikwissenschaften, siehe ebd., S. 115ff.

²²⁴ Hardmeier: *Nach dem eidgenössischen Wahlgang, 1959*; Escher: *Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959*.

²²⁵ Hablützel: *Regierungsparteiengespräche*, 1986, S. 76.

reformerischen Welle „von oben“ und einer Aktivierung „von unten“²²⁶ brachte die Widersprüche der schweizerischen Politik der vergangenen Jahrzehnte zum Vorschein.

Aktivierung von oben: Malaise und Reformdynamik

Ab 1964 begann zunächst eine tiefgreifende Phase der Selbstkritik und des Reformwillens des schweizerischen politischen Systems, getragen von Intellektuellen und einem Teil der politischen Elite. Ein wichtiger Meilenstein dafür stellte 1964 die Mirage-Affäre dar, als herauskam, dass das Parlament nicht über alle Kosten und Mehrkosten für den Kauf von 100 Mirage-Kampfflugzeugen informiert worden war.²²⁷ Um Klarheit zu den Gründen für diese Unzulänglichkeiten im Entscheidungsprozess zu erlangen, bildete die Bundesversammlung 1964 zum ersten Mal eine parlamentarische Untersuchungskommission. Dieser Skandal erschütterte zwar vorwiegend den Bundesrat, als der Vorsteher des Militärdepartements Paul Chaudet nach anfänglichem Zögern 1966 zurücktreten musste, zeigte aber auch die Grenzen der Handlungs- und vor allem Kontrollfähigkeit des Milizparlamentes gegenüber des Bundesrates und noch mehr der Verwaltung auf.²²⁸

Parallel zu diesem Skandal liessen sich kritische Zeitdiagnosen zur Lage der Schweiz hören in einem „vielstimmigen Chor“ von politischen Akteuren und Intellektuellen, welcher sich auf einen Handlungsbedarf angesichts der Herausforderungen der 1960er Jahre einigte.²²⁹ Als zentral für die Diskussion der Schwächen des schweizerischen politischen Systems erwies sich das 1964 veröffentlichte Pamphlet des liberalen Staatsrechtlers Max Imboden, dessen Titel *Helvetisches Malaise* trotz anfänglich gemässigter Rezeption des Buchs eine „Formel von nachhaltiger Wirkung“ wurde.²³⁰ Damit bezeichnete der Intellektuelle „eine seltsame Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel“ im Kern der damaligen helvetischen Politik:

„Noch bleibt die Haltung der Bürger weit von der offenen Ablehnung entfernt; aber das selbstverständliche Einvernehmen mit der politischen Umwelt und ihrer Form, der Demokratie, ist zerbrochen. [...] In der Ferne zeigt sich die *Möglichkeit einer plötzlichen und ungestümen explosiven Entladung*; Ausbrüche im Kleinen sind längst zur Tagesordnung geworden.“²³¹

Als Symptom für dieses gestörte Verhältnis zwischen Politik und Bürger nannte Imboden die steigende Stimmenthaltung (vgl. Graphik 8), welche zu oft bagatellisiert würde, jedoch die Legitimität

²²⁶ Nach der Unterscheidung von Mario König: König: Rasanter Stillstand und zähe Bewegung, 1999, S. 163.

²²⁷ Urio: Mirage-Affäre, 2009.

²²⁸ Dazu Mazzoleni: Critique et légitimation, 2006, S. 175ff.

²²⁹ König; Kreis; Meister u. a.: Einleitung, 1998, S. 11.

²³⁰ Imboden: Helvetisches Malaise, 1964; Zitat: König u. a.: Einleitung, 1998, S. 11. Wie Kreis bemerkte, war der Begriff Malaise oder Unbehagen keineswegs neu: Die Kritik des Vollmachtenregimes in den ersten Nachkriegsjahren wurde ebenfalls unter den Begriffen Malaise, Staatsverdrossenheit oder Vertrauenskrise verwendet. Karl Schmid's literarische Untersuchung zum *Unbehagen im Kleinstaat* von 1963 trug auch zur Popularisierung des Befunds eines solchen Gefühls des Unbehagens bei. Imbodens Kritik des schweizerischen Konservatismus glich jener der nonkonformistischen Intellektuellen (wie Max Frisch), blieb aber viel vorsichtiger. Kreis: Das „Helvetische Malaise“, 2011, S. 13ff.; Schmid: Unbehagen im Kleinstaat, 1963.

²³¹ Imboden: Helvetisches Malaise, 1964, S. 5.

von Volksentscheidungen abschwäche, die oft von den Behörden mit dem Hinweis der „Unausweichlichkeit“ forciert würden.²³² Die Enttäuschung über die mangelnde Leistungsfähigkeit des Staates entspringe der blockierten Entscheidungsfähigkeit des politischen Systems und darüber hinaus dem starken politischen und konstitutionellen Konservatismus der Schweiz der 1960er Jahre. Zur Auflösung des Unbehagens befürwortete Imboden eine umfassende Staatsreform durch eine Totalrevision der Bundesverfassung. Mit der Gründung der Arbeitsgruppe Wahlen wurde dieses alte Projekt zur Regeneration des politischen Systems nicht zuletzt in Folge des Aufrufs von Imboden wieder aufgenommen und versammelte um sich eine breite Gruppe von Reformwilligen, welche sich der vielfältigen Schwächen des politischen Systems annehmen wollten.²³³

Die Handlungsfähigkeit der Parteien steht in Frage

Am offensichtlichsten waren dabei zunächst die Schwächen der politischen Handlungsfähigkeit, welche Anfang der 1960er Jahre umso mehr auf dem Prüfstand war, als der Glaube an die Kontrollierbarkeit sozialer Prozesse in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur die Frage der „Beherrschbarkeit des Modernisierungsprozesses“ in Bereichen wie Bildung, Raumplanung, Mobilität, Gesundheit u.a. besonders brisant machte.²³⁴

Angesichts dieser Schwierigkeiten versuchten nun manche Parteiakteure ihre Rolle in den Mechanismen der Konsensfindung zu verstärken – ihre eigene Legitimität hing schliesslich von der Leistungsfähigkeit des politischen Systems ab.²³⁵ Ein Schritt in diese Richtung stellte zunächst 1970 der Einschluss der Parteien ins Vernehmlassungsverfahren dar, womit diese nun den gleichen Status wie die Verbände genossen.²³⁶ Die Diskussion betraf aber auch die Quasi-Allparteienregierung seit 1959, welche als Bedrohung für die Handlungsfähigkeit und Profilierung der Bundesratsparteien wahrgenommen wurde: Ein Teil der politischen Publizistik dieser Zeit, links wie rechts des politischen Feldes, befürwortete sogar die Ablösung der Konkordanz- durch eine Konkurrenzdemokratie.²³⁷ Die Bundesratsparteien übernahmen teilweise diese Kritik an der Zauberformel: Die Verlierer von 1959, die Freisinnigen stellten 1966 mit ihren Gerlafinger-Thesen die Zauberformel in Frage und forderten ein gemeinsames Minimalprogramm für die Bundesratsparteien. Aber auch in den Reihen der KCVP wurde die Möglichkeit von Regierungsrichtlinien oder einer wechselnden Koalitionsregierung

²³² Ebd., S. 6.

²³³ Dazu Kreis: Lancierung der Totalrevision, 1998.

²³⁴ König u. a.: Einleitung, 1998, S. 13.

²³⁵ Für eine Analyse dieser Blockade der Entscheidungsfindung und der Reaktionen der Parteien darauf, siehe Hablützel: Regierungsparteiengespräche, 1986.

²³⁶ Dazu Brändle: Strategien zur Förderung politischer Parteien, 2002, S. 129; Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 247.

²³⁷ Hablützel erinnert insb. an die Stellungnahmen in diese Richtung vom Sekretär der Zürcher SP Ueli Göttsch sowie sogar vom Freisinnigen Georges-André Chevallaz, Hablützel: Regierungsparteiengespräche, 1986, S. 279, Fn. 5.

diskutiert.²³⁸ Diese Diskussion mündete insbesondere in der Idee eines Minimalprogramms, das die Grundlage für einen profilierten Bundesrat hätte geben sollen.²³⁹ Parteien hätten dafür aber auf Bundesratsitze verzichten müssen. Diese Diskussion mündete schliesslich ab 1968 lediglich in unverbindlichen Regierungsrichtlinien für jede Legislatur sowie ab 1971 in den sogenannten Von-Wattenwyl-Gesprächen, welche Bundesrat, Partei- und Fraktionspräsidenten der vier Bundesratsparteien vierteljährlich versammelten.²⁴⁰

Ferner beruhte die seit dem Mirage-Skandal eröffnete Diskussion um die politische Handlungsfähigkeit auch auf der wachsenden Diskrepanz zwischen dem Milizmythos und der Realität der Bundesversammlung, sei es in ihrer zunehmend professionalisierten Zusammensetzung oder in ihren wachsenden Aufgaben.²⁴¹ Während einige linke Akteure das Milizsystem nun grundsätzlich in Frage stellten, konnte sich die Bundesversammlung nicht über eine Reform des Parlamentarierstatuses einigen. In den Diskussionen dominierte das aus dem Milizsystem stammende Modell eines antipolitischen Parlamentariers, dessen Unabhängigkeit vom Staat und von den Parteien als einzige enge Beziehung zur Gesellschaft ermöglichen könne.²⁴² Dahinter standen auch unterschiedliche finanzielle Situationen der Parlamentarier: Bürgerliche Vertretende verfügten über vielmehr finanzielle Ressourcen als die SozialdemokratInnen dank ihrer stärkeren Teilnahme in Verwaltungsräten. Schlussendlich wurde 1968 eine jährliche Entschädigung eingeführt und ab 1971 den Parteifraktionen im Bundeshaus Sekretariate finanziert. Der mangelnde politische Willen zur Parlamentsreform prägte auch noch die 1970er Jahre: Die Kommission *Zukunft des Parlamentes* lobte in ihrem Schlussbericht das Milizsystem und auch Linksparlamentarier vermieden weitgehend eine offene Diskussion über die tatsächlich teilweise bestehende, jedoch noch nicht institutionalisierte Professionalisierung des Parlamentes.²⁴³

Die Reformdiskussion verfiel sich darüber hinaus in Auseinandersetzungen über den Status der Parteien, welche, so Imboden, „ihre eigene und für die Referendumsdemokratie spezifische Rolle“ insbesondere bezüglich der Aufklärung der Bürger zu wenig erfüllen würden.²⁴⁴ In den kommenden Jahren ging die öffentliche Diskussion nämlich vom Gefühl des Malaises in der Politik zum vielfach wiederholten Befund einer „Krise der Parteien“ über, welche sich ebenfalls am Übergewicht der Spitzenverbände sowie an der sinkenden Stimm- und Wahlbeteiligung, aber auch an der Krise der

²³⁸ Dazu Ebd., S. 280; Kap. 5.3.2.

²³⁹ Vgl. dazu Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 102f.

²⁴⁰ Hablützel: Regierungsparteiengespräche, 1986, S. 277ff. Hingegen wurde nur nach den Wahlen von 1971 auf Initiative der CVP versucht, sich über einen Legislaturvertrag zu einigen, Ebd., S. 283.

²⁴¹ Zu dieser Diskussion siehe Mazzoleni: Critique et légitimation, 2006; Pilotti: Entre démocratisation et professionnalisation, 2016, S. 302f.

²⁴² Mazzoleni: Critique et légitimation, 2006, S. 177.

²⁴³ Pilotti: Entre démocratisation et professionnalisation, 2016, S. 144ff.

²⁴⁴ Imboden: Helvetisches Malaise, 1964, S. 31.

Parteipresse erkennen liesse.²⁴⁵ Die Parteien würden sogar auf der Anklagebank sitzen, so der Politikwissenschaftler Peter Gilg, „als Träger und Nutzniesser der angefochtenen Konkordanzdemokratie, als Teilhaber am undurchsichtigen Kartell der politischen Macht, als blinde Verteidiger eines erstarrten Systems, die nicht willens oder nicht fähig sind, die grossen Probleme und Aufgaben der Zeit zu erkennen und frei und offen eine neue Gesellschaft zu gestalten.“²⁴⁶ Manche Kommentatoren wie der *NZZ*-Redaktor Richard Reich stellten diese Diskussion in eine historische Perspektive: „das Schlagwort von der Krise [sei] also eine ständige Begleiterscheinung des Parteiensystems“, wobei der historische Präzedenzfall der Zwischenkriegszeit das Krisengefühl nicht ganz zerstreuen konnte.²⁴⁷ Es herrschte dennoch Einigkeit darüber, dass die Parteien ihre Rolle in der Demokratie zu wenig spielen würden, nicht zuletzt aufgrund ihrer schwachen parteiinternen Demokratie.²⁴⁸ Diesbezüglich teilten viele Akteure das Bedürfnis einer besseren rechtlichen Anerkennung der Parteien.²⁴⁹ Auch hier kamen aber Reformprojekte für eine Anerkennung der Parteien in der Bundesverfassung und für eine staatliche Parteifinanzierung (evt. in Form einer Wahlkostenerstattung) in den 1970er Jahren nicht zu Stande. Während die Bundesratsparteien und insbesondere die CVP und die SP sich dafür engagierten, stellten sich die Wirtschaftsverbände, aber auch die Kantonsregierungen dagegen.²⁵⁰ Immerhin bekamen die Parteien ab 1971 eine Querfinanzierung durch die Fraktionssekretariate.²⁵¹ Mit dem Bundesgesetz zu den politischen Rechten von 1978 wurde auch die Zusendung der Wahlunterlagen zur Pflicht aller Kantone, was die Parteien in Wahlzeiten organisatorisch und finanziell entlastete.²⁵²

Unattraktives politisches Leben?

Über die Rolle der Parlamentarier und Parteien hinaus wurde ferner auch die Qualität des schweizerischen politischen Lebens diskutiert. Im Gespräch stand dabei insbesondere die Einführung eines gemischten Wahlsystems für den Nationalrat (Proporz und Majorz), um die Selektion der Parlamentarier zu verbessern sowie um die Attraktivität der Wahlkämpfe im Sinne einer stärkeren

²⁴⁵ Gruner: Die Parteien und das Einflusspotential des Bürgers, 1970, S. 1056.

²⁴⁶ Gilg: Parteien in Bedrängnis, 1970, S. 78.

²⁴⁷ Reich: Image und Stellenwert der schweizerischen Parteien, 1969, S. 10.

²⁴⁸ Ebd.; Eine ähnliche Kritik drückte der Soziolog Urs Jaeggi in der *Rote Revue* 1966 aus, Jaeggi: Auf der Suche nach einer linken Opposition, 1966.

²⁴⁹ Für diese Diskussion galten die Reformen des Parteienstatus in der BRD als Vorbild, vgl. Reform des eidgenössischen Wahlsystems, 1969.

²⁵⁰ Vgl. dazu Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 269ff.

²⁵¹ Vgl. Brändle: Strategien zur Förderung politischer Parteien, 2002, S. 129.

²⁵² Dies war vorher nur in einigen Kantonen, wie Zürich, der Fall. Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 72. Es gab aber keine Einigung darüber, den Kantonen ebenfalls den Versand der Wahlwerbung zuzutrauen. Caroni: Geld und Politik, 2009, S. 91ff.

Personalisierung zu erhöhen.²⁵³ Der Aargauer CVP-Nationalrat Julius Binder ging so weit, eine Personalisierung der Wahlen zu fordern:

„Das Verhältnis-Wahlrecht vom Jahre 1919 befriedigt nicht mehr in allen Teilen. [...] Die Wahlen selber verlaufen vielfach *wenig attraktiv, wenig kämpferisch und wenig persönlichkeitsbezogen*. Der Bürger verliert in den grossen Kantonen den persönlichen Kontakt mit den Kandidaten und desinteressiert sich deshalb oft am Wahlgeschäft. Eine Wahlrechtsreform drängt sich auf. Ins Zentrum der Wahlen sollte wieder die *Persönlichkeit* gerückt werden.“²⁵⁴

Den Bedarf an einer stärker verkörperten Politik sah auch Erich Gruner. Neben der Einführung einer Majorz-Dimension ins Wahlrecht schlug er vor, die Bindung der Parlamentarier an ihre Wählerschaft, welche die Befürworter des bestehenden Systems als Verdienst des Milizsystems sahen, vermehrt zu institutionalisieren. Wie in parlamentarischen Demokratien wie Grossbritannien sei dafür sogar die Einführung von Sprechstunden denkbar.²⁵⁵ In diesen Jahren der Reformfreudigkeit kam also auch die Qualität des helvetischen Repräsentationssystems vermehrt in die Diskussion.

Mit der Frage nach der mangelnden Attraktivität von Kampagnen tauchte ferner auch eine grundsätzliche Kritik der politischen Kommunikation auf, wie sie Imboden am pointiertesten ausdrückte: Der Leerlauf der „ständig wachsenden Propagandaflut“ sei ein Symptom, aber auch ein Faktor des Unbehagens, indem er zu einem in der Schweiz stärker als anderswo ausgeprägten „Missverhältnis zwischen Propagandaaufwand und Aufwand für konstruktive politische Arbeit“ führe.²⁵⁶ Diese Kritik basierte dabei gewissermassen auf der Nostalgie nach einer idealisierten, aufklärerischen Politik vor der Massengesellschaft, was ihr im Kontext der 1960er Jahre eine weitere Tragweite verlieh.²⁵⁷ Ein Teil von Imbodens Kritik zielte dabei darauf hin, dass die Parteien eigentlich ihre politische Deutungsrolle anderen nichtrepräsentativen Akteuren überliessen, nämlich den finanzkräftigen bürgerlichen Aktionskomitees sowie Werbeagenturen, deren Kampagnen oft anonym lanciert wurden.²⁵⁸ Als Massnahme dagegen schlug er deshalb vor, die Identifikation der Abstimmungsaufrufe verpflichtend zu machen sowie die amtlichen Abstimmungserläuterungen

²⁵³ Reform des eidgenössischen Wahlsystems, 1969; Bericht der Studienkommission, 1972. Eine solche Reform hatte Imboden selbst befürwortet, Imboden: *Helvetisches Malaise*, 1964, S. 39.

²⁵⁴ Motion vom Nationalrat Julius Binder (CVP, AG) am 3. Juni 1970, vgl. Bericht der Studienkommission, 1972, S. 24.

²⁵⁵ Gruner; Daetwyler; Zosso: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten*, 1975, S. 93. Auch 1987 bestand Gruner auf diesem Befund, welcher auch für eine vermehrte Professionalisierung des Parlamentes spreche, Gruner: *Die direkte Demokratie*, 1987.

²⁵⁶ Imboden: *Helvetisches Malaise*, 1964, S. 8.

²⁵⁷ Imboden beschreibt die politische Willensbildung in den ersten Jahrzehnten der Eidgenossenschaft als kohärenter, schlüssiger Prozess: „Die Volksvertretung war das eigentliche Zentrum der politischen Meinungsbildung. Sie war wohl auf den sachkundigen Rat und auf die Anträge der Regierung angewiesen; aber sie war sicher genug, um die Exekutive in jene Distanz zu verweisen, die selbstständiges, überlegtes und überlegenes Handeln erlaubt. Das Volk stand in lebendigem Gespräch mit dem Parlament; bald liess es sich von ihm bestimmen, und bald machte es sich selbst zur bestimmenden Kraft“. Ebd., S. 14.

²⁵⁸ Imboden selber habe sich ungewollt als Unterstützer eines Aktionskomitees wiedergefunden, ohne zu wissen, woher dessen Mittel kamen. Ebd., S. 10.

auszubauen.²⁵⁹ Darüber hinaus sah Imboden aber keinen weiteren Reformbedarf in diesem Bereich: Anstatt einer Verrechtlichung der politischen Kommunikation wie beispielsweise in der BRD befürwortete er eine „Selbstreinigung der öffentlichen Meinung“, indem die Parteien sich selbst über „verpflichtende allgemeine Spielregeln der politischen Kommunikation“ einigen sollten.²⁶⁰ Zentral war für ihn dabei die Wiederbelebung der Demokratie durch einen intensivierten Wettbewerb: Einer liberalen Analyse des politischen Feldes folgend kritisierte er die „kartellähnlichen“ Ansprüche der Parteien bei all den staatlichen Institutionen, bei denen keine wettbewerbsgetragene Volkswahl bestand.²⁶¹ Insgesamt „[biete] sich die Konkurrenz der Parteien als vielfach gekünstelt dar.“²⁶² Politische Parteien sollten demnach selbst „untereinander um die Aufklärung der Bürger [wetteifern]“, und darüber hinaus „die Kraft zum Eigenen und den Mut zum wahren Wettbewerb schöpfen.“²⁶³ Dafür ermunterte Imboden die Parteien dazu, „in verstärkter Masse als helfende Kräfte der Volksabstimmung in Erscheinung“ zu treten, selbst gegen ihre Regierungsvertreter: Diese Freiheit sei nämlich „unerlässlich, wenn in der Referendumsdemokratie und im System der Allparteienregierung überhaupt klare politische Auseinandersetzungen möglich bleiben sollen“.²⁶⁴ Während diese Frage des politischen Wettbewerbs in der Konkordanzdemokratie die öffentliche Diskussion prägte, kam es in der Schweiz, anders als in vielen Ländern zur gleichen Zeit, zu keiner Regulierung der politischen Kommunikation.

Aktivierung „von unten“

Mitte der 1960er Jahre begann sich das politische Feld auch an seinen Rändern zu dynamisieren: „die Reform ‚von oben‘ [ging] in eine Phase populärer Proteste und Bewegungen ‚von unten‘ über“.²⁶⁵ Diese Aktivierung war zugleich Symptom und Katalysator eines verstärkten Legitimitätsdruckes auf die Bundesratsparteien: Spätestens seit der Einführung der Zauberformel hatte ihr *entre-soi* im Bundesrat an Selbstverständlichkeit verloren. Bald formulierten neue Kräfte politische Alternativen oder sogar oppositionelle Entwürfe und bestritten dabei das Monopol der Bundesratsparteien auf politische Repräsentation. Bereits im Jahr 1964 sorgten die spektakulären Aktionen der jurassischen Autonomiebewegung für viel Aufsehen und Empörung, während neue fremdenfeindliche, oppositionelle Bewegungen mit Versammlungen und Strassenmobilisierung den alten Diskurs um eine „Überfremdungsgefahr“ in der Schweiz im Kontext der südeuropäischen Migration wieder

²⁵⁹ Ebd., S. 42.

²⁶⁰ Ebd., S. 41.

²⁶¹ Ebd., S. 16. Imboden verband diesen Befund eines mangelnden Wettbewerbes in der Politik mit der gleichen Feststellung für die Wirtschaft, vgl. S. 42.

²⁶² Ebd., S. 33.

²⁶³ Ebd., S. 33; 42.

²⁶⁴ Ebd., S. 33.

²⁶⁵ König: *Rasanter Stillstand und zähe Bewegung*, 1999, S. 163.

aufwerteten, und dabei mediales Interesse – inklusive Spott – ernteten.²⁶⁶ Die neuen parteiunabhängigen und kommerziellen Medien erwiesen sich insofern für die neuen politischen Akteure als ein wichtiges Sprachrohr, während die Entstehung von medialen und sozialen „Freiräumen“ in Folge der langsamen Ablösung der parteipolitischen Lager und ihrer Presse sich ebenfalls entscheidend auf ihr Mobilisierungspotenzial auswirkte.²⁶⁷

Mit der transnationalen Jugendbewegung von 1968 wurde der bereits initiierte soziale und politische Wandel unerwartet beschleunigt.²⁶⁸ Inspiriert von ausländischen Bewegungen engagierten sich junge SchweizerInnen in unkonventionellen Beteiligungsformen wie Demonstrationen, Besetzungen oder Happenings und stellten die traditionellen Gesellschaftsnormen in der Bildung, der Politik oder im Privatleben in Frage. Diese Mobilisierungswelle erreichte im Jahr 1968 wie in anderen Ländern ihren Höhepunkt, wobei es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugend und Polizei kam.²⁶⁹ Auch wenn manche Intellektuelle wie Max Frisch mit ihren Anliegen sympathisierten, stiessen die in der bürgerlichen Presse als Krawallisten oder Randalierer bezeichneten Jugendlichen bei Behörden und Politikern weitgehend auf Unverständnis.²⁷⁰ 1968 fungierte dabei als „politisches Kick-off-Ereignis“ für die kommenden Jahre in der ganzen Schweiz: Die Forderungen nach Selbstbestimmung prägten die zukünftige politische Kultur, während die neuen Handlungsformen und Anliegen die etablierten politischen Akteure mangels angepasster Deutungsrahmen durchaus ratlos machten.²⁷¹

Um die Jahrzehntwende kristallisierten sich aus den nachlassenden 68er-Mobilisierungen neue soziale Bewegungen, welche dauerhaftere, attraktive Teilhabemöglichkeiten zu vielfältigen Anliegen anboten und die politischen Netzwerke und Bewegungskulturen von 1968 konsolidierten.²⁷² Die Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung brachten neue Handlungsformen und mehr Radikalität in den Kampf für das Universalstimmrecht. Sie formulierten aber auch weitergehende Forderungen zur Stellung und zu den Rechten der Frauen in der Arbeitswelt sowie im Privatleben.²⁷³ Die Umweltschutzbewegung

²⁶⁶ 1961 wurde die Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA) in Winterthur gegründet. Ihre Anliegen fanden insbesondere 1964 ein breites Echo, als die Zürcher Demokratische Partei die erste der sogenannten „Überfremdungsinitiativen“ lancierte. Im gleichen Jahr entstand auch das Protestkomitee Vigilance in Genf, welches bald auch bei Wahlen aktiv wurde. Diese frühen Bewegungen machten die Schweiz zusammen mit Grossbritannien zur Vorreiterin nachkriegszeitlicher fremdenfeindlicher Bewegungen. Dazu Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland*, 2009, S. 57ff.

²⁶⁷ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 164; Zur Dynamik zwischen dem Medienwandel und den neuen sozialen Bewegungen, Romano: *Die Überfremdungsbewegung als „Neue soziale Bewegung“*, 1998.

²⁶⁸ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 164; dazu Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012; Schaufelbuehl; Pereira; Schär (Hg.): *1968-1978*, 2009.

²⁶⁹ Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012, S. 80ff. Für Statistiken zur Grösse der Mobilisierungsereignisse, siehe Giugni; Passy: *Histoires de mobilisation politique en Suisse*, 1997, S. 20.

²⁷⁰ König u. a.: *Einleitung*, 1998, S. 79.

²⁷¹ Tanner: *Geschichte der Schweiz*, 2015, S. 386.

²⁷² Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012; Giugni; Passy: *Histoires de mobilisation politique en Suisse*, 1997, S. 7ff.

²⁷³ Dazu Schulz; Schmitter; Kiani: *Frauenbewegung*, 2014.

erwies sich als besonders stark in der Schweiz und erlebte Anfang der 1970er Jahre mit grossangelegten Aktionen und dem Ankommen der Umweltschutzthematik in der medialen Agenda ihre stärkste Zeit.²⁷⁴ Später im Jahrzehnt erzielte die transnational vernetzte Anti-AKW-Bewegung mit Grossdemonstrationen und der Besetzung des Kaiseraugst-Geländes 1975 eine breite Mobilisierung und schlussendlich die Stilllegung des Bauprojektes, obgleich 1979 ihre Atomschutzinitiative, deren Gegenkampagne von der PR-Agentur Farner koordiniert worden war, knapp abgelehnt wurde.²⁷⁵ Die Friedensbewegung zeigte ab Mitte der 1960er Jahren ebenfalls einen neuen Dynamismus. Mit dem Legitimitätsverlust der alten Autoritätsstrukturen bekam insbesondere die Frage der Dienstverweigerung eine neue Brisanz.²⁷⁶

Mit ihrer Institutionalisierung griffen die neuen sozialen Bewegungen dabei zunehmend traditionellere Handlungsformen auf. So ist es bezeichnend, dass doppelt so viele Initiativen in den 1970er als noch in den 1960er Jahren lanciert und dabei seltener als Folge eines Kompromisses zurückgezogen wurden.²⁷⁷ Dabei hatte sich das schweizerische politische System dank Föderalismus und direkter Demokratie besonders offen gezeigt, für die neuen linken wie auch rechten Bewegungen. Früh stellte sich auch die Frage, ob sich die Protestwellen der 1960er Jahre zu Störenfrieden bei Wahlprozessen entfalten würden.

Opposition an den Urnen

Für die etablierten politischen Akteure erwiesen sich die Nationalratswahlen von 1967 bereits als Signal einer neuen oppositionellen Dynamik bis in die parlamentarischen Institutionen hinein: Der einem Oppositionskurs zu den Bundesratsparteien folgende LdU gewann kräftig an Stimmen (9.1%; 5% bei den Wahlen von 1963).²⁷⁸ Im Kanton Zürich erreichte er sogar 23% der Stimmen (1963: 13.2%) und übertrumpfte dabei sowohl die FDP (14.8%; 1963: 16.2%) als auch die SP (22.2%; 1963: 27.3%). Dazu verhalfen diese Wahlen den jungen rechtsradikalen Parteien zum Durchbruch ins Parlament: In Zürich wurde der charismatische NA-Leader James Schwarzenbach in den Nationalrat gewählt. Zu den Wahlerfolgen dieser Partei sowie zu ihrem medialen Echo trug die Persönlichkeit, der politische Stil, die Medientauglichkeit sowie die Finanzmittel dieses rechtsradikalen Tribuns bei, dessen politisches Engagement bis zu den Fronten der 1930er Jahren zurückreichte.²⁷⁹ Aber auch die

²⁷⁴ Vgl. Gschwendi: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft, 1986.

²⁷⁵ Vgl. Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 402ff. Die Bewegung Kaiseraugst fand dabei wichtige institutionelle Relais, als die SP insbesondere über SP-Figuren aus Basel wie den Parteipräsidenten Helmut Hubacher bald an diese Anliegen anknüpfte. Engeler: Personalverbindungen, 1986, S. 231.

²⁷⁶ Epple: Die schweizerische Friedensbewegung, 1986. Mit der Friedensbewegung eng verbunden hatte sich auch eine Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung entwickelt, welche sich an die Befreiungsbewegungen im „Süden“ anlehnte.

²⁷⁷ König: Rasanter Stillstand und zähe Bewegung, 1999, S. 153.

²⁷⁸ Diese Veränderung zeigte sich u.a. durch den Vorschlag von alternativen Bundesratskandidaten (obgleich aus den FDP-Reihen) bei den Bundesratswahlen von 1967 und 1971. Vgl. Allematt: Ausbruchsversuche aus dem Korsett der Konkordanz, 1994, S. 8f.

²⁷⁹ Vgl. Skenderovic: The Radical Right in Switzerland, 2009, S. 57ff; Drews: „Schweizer erwache!“, 2005.

PdA profitierte von diesem Oppositionswind und von der internationalen Entspannung. Sie errang erneut Wahlerfolge, insbesondere in der Westschweiz, und konnte mit fünf Nationalräten wieder eine eigene Fraktion bilden.

Diese Wahlen markierten dabei den Beginn einer neuen Phase von gesteigener Stimmenvolatilität von Wahl zu Wahl, gerade in grösseren und urbaneren Kantonen wie Zürich.²⁸⁰ Zudem verloren die Bundesratsparteien zusammengenommen an Stimmen (79.8%; 1963: 85.3%), eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren fortsetzte (Graphik 9). In starkem Kontrast zur Stagnation der Wahlen von 1963 deuteten also Wahlkommentatoren der Parteien, diese Wahlen als „Wendepunkt“ in den parteipolitischen Verhältnissen und darüber hinaus als Zeichen eines diffusen Unbehagens.²⁸¹ Insofern brachten sie auch „einige Unruhe in das politische Establishment“, umso mehr als sie die Kritik an der Zauberformel verstärkten.²⁸² Die Frage der Bundesratsbeteiligung war besonders kritisch für die SP, welche von 26.6% (1963) auf 23.5% der Stimmen (1967) fiel. Die Lancierung der PdA-Initiative für eine Volkspension 1969 machte darüber hinaus eine gewisse Profillosigkeit der SP deutlich, welche sich 1972 gegen ihre frühere politische Linie mit ihren Bundesratspartnern für das Dreisäulenprinzip engagierte.²⁸³

Die Bundesratskoalition wurde 1970 noch stärker erschüttert, als die „Überfremdungsinitiative“ bei einer hohen Stimmbeteiligung nur knapp abgelehnt wurde. Ein Jahr später gewannen die fremdenfeindlichen Parteien bei den Nationalratswahlen 7.5% der Stimmen (11 Mandate). Wahlgeographische Untersuchungen stellten dabei eine Korrelation in urbanen Regionen zwischen Stimmenanteilen für diese Parteien und dem Anteil der Unselbstständigerwerbenden sowie demjenigen der Ausländer fest.²⁸⁴ Obgleich diese Parteien sich in den nächsten Jahren mit internen Führungskämpfen und Abspaltungen selbst schwächten, prägte ihre Neubewertung des Überfremdungsdiskurses auch die Migrationsdiskussion der kommenden Jahre.²⁸⁵ Dieses Thema führte ferner zu erheblichen Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung.²⁸⁶

²⁸⁰ Vgl. für Volatilitätsstatistiken, Ladner: Politische Parteien, 2014, S. 371.

²⁸¹ BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Rapport der Geschäftsleitung mit kantonalen Präsidenten und Sekretären, 9.01.1959.

²⁸² Zur folgenden Diskussion um die Zauberformel: Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 165.

²⁸³ Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 94ff.

²⁸⁴ Gilg: Der Erfolg der neuen Rechtsgruppen, 1972.

²⁸⁵ Schwarzenbach hatte die NA 1971 verlassen, um die Republikanische Bewegung (SRB) zu gründen. Mitglieder der NA und SRB gründeten 1975 wiederum die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU).

²⁸⁶ Laut einer Umfrage hätten 55% der Mitglieder der SGB und 45% der CGN die Initiative von Juni 1970 gegen die Parole ihrer Gewerkschaften unterstützt. Mancherorts belastete die SP zudem das öffentliche Engagement einiger bekannten Mitglieder für die Abstimmung sowie später für NA-Wahlkampagnen. „Nationale Sozialisten?“, in: Nationalzeitung, 10.10.1971. Siehe dazu Degen: Haute conjoncture et guerre froide, 2006, S. 212ff.; Steinauer: „Überfremdung“ et syndicats, 2006.

Neue linke Parteien

Zudem drückte sich der Generationenkonflikt der 1968er zwischen „alt“ und „neu“ besonders scharf im linken Parteilager aus. Während die „alte“ Arbeiterbewegung weiterhin auf Respektabilität und Integration in die Wohlstandsgesellschaft setzte, formulierte die „neue“ Linke aus der jungen, universitären Mittelschicht eine starke Kapitalismus- und Konsumkritik. In der Tessiner SP mündete dieser Konflikt sogar 1969 in der Gründung der Partito Socialista Autonomo (PSA). Diese junge Partei konnte mit einer ausgesprochenen marxistischen Orientierung in den folgenden Jahren unter anderem dank ihrer sozialen Verankerung in den Mieterverbänden Wahlerfolge verbuchen. Damit geriet auch das lang erstarrte politische System des Tessins in Bewegung.²⁸⁷ Auch innerhalb der PdA kam es zu Abspaltungen zwischen dem traditionellen, moskautreuen Flügel und jungen Maoisten sowie Trotzlisten.²⁸⁸ Letztere konstituierten sich Ende der 1960er Jahre zunächst in der Waadt, später in weiteren Kantonen und auf eidgenössischer Ebene, als Revolutionäre Marxistische Liga (RML). Während die RML-AktivistInnen zunächst auf der Linie von 1968 hauptsächlich auf unkonventionelle Handlungsformen zurückgriffen, nahmen sie ab Mitte der 1970er Jahre auch an Wahlen teil. Als erfolgreichste, dauerhafte politische Kraft erwiesen sich die 1971 auf eidgenössischer Ebene entstandenen Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), welche viele Themen der neuen sozialen Bewegungen (Stadtentwicklung, Partizipation, Kultur, Frauenrechte, Umwelt...) ansprachen.

Die leise Wende des Universalstimmrechts

Im Kontext der Frage einer Ratifizierung der EMRK Ende der 1960er Jahre verschärfte sich schliesslich das Unbehagen über eine Schweiz ohne Universalstimmrecht. Die neue Frauenbewegung hatte ein viel konfrontativeres Handlungsrepertoire als die ältere Frauenstimmrechtsbewegung eingesetzt, um Druck auf die politische Schweiz auszuüben, womit das Stimmrecht, so Brigitte Studer, „von einer Bitte zu einer Forderung“ wurde.²⁸⁹ Mit dem beschleunigten sozialen Wandel der 1960er Jahre und insbesondere der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen schienen Weiblichkeit und öffentliche Sphäre nicht mehr so unvermeidlich inkompatibel wie ein Jahrzehnt zuvor. Die Veränderung der Geschlechterbilder, welche dem Universalstimmrecht zum Durchbruch verhalf, war dabei insofern ambivalent, als sie teilweise in die Einsicht mündete, dass „die ‚citoyenneté politique‘ mit einem differentialistischen Geschlechtermodell vereinbar war, dass sie also nicht mit Gleichberechtigung schlechthin identisch war“, so Brigitte Studer.²⁹⁰ Nachdem sich alle Parteien, selbst die BGB und die KCVP, welche dieses Anliegen 1959 noch abgelehnt hatten, für das Universalstimmrecht ausgesprochen hatten, folgten auch die Schweizer Männer im Februar 1971. Für diese fundamentale Wende in der Schweizer Politik wurde dabei unter anderen das Argument

²⁸⁷ Vgl. Ceschi: Geschichte des Kantons Tessin, 2003, S. 261ff.

²⁸⁸ Dazu Skenderovic; Späti: Die 1968er-Jahre in der Schweiz, 2012, S. 138ff.

²⁸⁹ Studer: L'Etat c'est l'homme, 1996, S. 358.

²⁹⁰ Ebd., S. 356f.

eingbracht, dass der Einbezug der Frauen ihrem Bild der Harmonie und Mässigung entsprechend zu einer Regeneration der ermüdeten schweizerischen Demokratie oder sogar zu einer Befriedung des politischen Lebens nach 1968 beitragen könnte.²⁹¹ Dabei veränderte die Verdoppelung der Wählerschaft scheinbar wenig am politischen Leben, wie zunächst an den weitgehend stabilen parteipolitischen Kräfteverhältnissen ab 1971 ersichtlich wurde. Während die meisten ehemaligen Frauenstimmrechtsgegner sich durchaus auch aus Rücksicht auf die zukünftigen Wählerinnen für das Stimmrecht engagiert hatten, scheint es, dass die Frauen in den kommenden Jahren als politische Grösse vergessen wurden.²⁹²

1.5. Reformwind in den Parteien

Ab Mitte der 1960er Jahre erreichte die Dynamisierung der Schweizer Gesellschaft auch die Parteien. Zwischen einem intensivierten politischen Leben und ambitionierten Reformvorhaben versuchten sie, sich an die neuen politischen, sozialen und medialen Entwicklungen anzupassen.

Dynamisierung und Generationenkonflikte in den Bundesratsparteien

Mit den Mobilisierungswellen der 1960er Jahre kamen in den Bundesratsparteien neue Stimmen auf, welche eine neue Dynamik und gleichzeitig auch neue Konflikte einbrachten. Kennzeichnend dafür ist der neue Aktivismus der Jugendsektionen linker, aber auch bürgerlicher Parteien.

Der Eintritt einer neuen Generation von Jugendlichen und Intellektuellen liess sich dabei besonders bei der SP spüren, wie das Jubiläumsbuch der Partei 1988 in Erinnerung rief: „Durch den Eintritt der Neuen Linken stiegen die Mitgliederzahlen der Partei, das äussere Bild der Versammlungen änderte sich grundlegend: der Anteil der Frauen erreichte manchmal den der Männer, die Diskussionen wurden sachbezogener und länger, der Respekt gegenüber den Magistraten schwand, protokollarisches Zeremoniell wurde verachtet“.²⁹³ Die jungen AktivistInnen wussten dabei die Parteistrukturen und insbesondere die Parteitage für ihre Anliegen zu nutzen. Bereits am Lausanner Parteitag von 1966 ergriffen studentische Mitglieder bezüglich des Vietnam-Krieges heftig das Wort; noch bewegter wurde jedoch der Basler-Parteitag im Juni 1968 betreffend der AVH-Politik der Partei.²⁹⁴ Grundsätzlich stellten diese neuen internen Oppositionsstimmen die Regierungsbeteiligung der SP in Frage. Beim Bieler Parteitag von 1970 wurden die Spannungen zwischen dem Parteiestablishment und den sogenannten Jungtürken insbesondere aus Zürich und der Romandie eklatant. Während der neue

²⁹¹ Die Möglichkeit, dank den Frauen die Männer wieder zur Urne zu bringen, war gerade in der Debatte von 1957-1959 eingebracht worden. Mit dem Unbehagen und den Protestwellen der 1960er Jahre wurde das Universalstimmrecht mehr denn je ein Instrument zur Relegitimierung des politischen Systems. Studer: *L'Etat c'est l'homme*, 1996, S. 380; Voegeli: *Zwischen Hausrat und Rathaus*, 1997, S. 269ff.

²⁹² Diese Schlussfolgerung zieht jedenfalls Amlinger, Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014. Siehe Kap. 4.5.

²⁹³ Hablützel u. a.: *100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, 1988, S. 28.

²⁹⁴ Vgl. Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 94ff.; Bollinger: *Die sozialdemokratische Partei der Schweiz*, 1991, S. 58ff.

Parteipräsident Arthur Schmid die Regierungsbeteiligung zwar diskutierte, aber im Prinzip rechtfertigte, kritisierte der junge Genfer Nationalrat Jean Ziegler die demobilisierende Wirkung dieser Politik und rief zur Solidarität mit politischen Gruppen auf, die andere, auch revolutionäre Mittel ausserhalb der bürgerlichen Legalität anwendeten, um sozialistische Ziele zu erreichen.²⁹⁵ Mit der vermehrten Medialisierung der Parteipolitik und dieser internen Spannungen wurden die Parteitage zu Sorgenkindern der Parteispitzen, welche 1973 deren Repräsentationsbasis vergeblich einzuschränken versuchten.²⁹⁶

Auch rechts waren die Parteien durch den Umschwung der schweizerischen Politik durchaus desorientiert. Die neubelebten Jugendsektionen brachten das verkrustete Parteileben in Bewegung, so zum Beispiel die jungen Freisinnigen, welche zur Reform der Partei aufriefen.²⁹⁷ Während einige bürgerlichen Politiker sich zwar bei Fragen der Bildung oder der politischen Partizipation gesprächsbereit zeigten, blieben andere in den alten Deutungsschemata hängen und sahen nach wie vor den Einsatz des Überwachungsstaates als Lösung gegen die (linken) Subversiven. Manche bürgerliche Akteure setzten folglich vermehrt auf Ordnungsdiskurse als politische Linie.²⁹⁸ Die Meinungsunterschiede zu 1968 innerhalb der bürgerlichen Parteien waren dabei weniger generationsgeprägt als in den linken Parteien: Manche junge Bürgerlichen machten ihre ersten politischen Erfahrungen gegen die 68er-Bewegungen und befürworteten gerade einen „law and order“ Diskurs.²⁹⁹ In diesem Sinne initiierten die 1968er Jahre auch in der Schweiz eine Vertiefung und zugleich eine Umwertung der alten links-rechts Konfliktlinie zwischen Neuer Linken und Neuer Rechten entlang der wachsenden „postmaterialistischen“ Aspirationen der jungen Generationen.³⁰⁰

Gleichwohl kamen durch die neuen Bewegungen der 1960-70er Jahre neue Themen auf die politische Agenda, welche alle Parteien schlecht ignorieren konnten. Die Parole der Mitbestimmung tauchte beispielsweise in der Parteipolitik durch die im März 1971 lancierte gemeinsame Initiative vom SGB und CNG zur Mitbestimmung für Arbeitnehmer auf. Angesichts ihrer Popularität konnten sich selbst die bürgerlichen Parteien nicht dagegen stellen und übernahmen somit mildere Varianten dieser Forderung.³⁰¹ Auch wenn die etablierten Parteien die Problematik des Umweltschutzes anfänglich verzögert wahrgenommen hatten, erwies sie sich bald als unvermeidlich auf dem politischen Feld, was

²⁹⁵ Die sogenannte Doktrin der doppelten Legalität, die inner- und ausserhalb der SP zu einer heftigen Debatte führte. *Année politique suisse*, 1970.

²⁹⁶ *Année politique suisse*, 1973.

²⁹⁷ *Année politique suisse*, 1971. Zu den Reformimpulsen der Jugendsektionen der Tessiner Freisinnigen und Konservativen auf kantonaler Ebene Ende der 1960er Jahre, siehe Rossini: *Fra perdita di consensi e reazioni al cambiamento*, 2015, S. 442ff.

²⁹⁸ Dazu Kap. 5.3.1. Zu den Reaktionen der Zürcher FDP bzw. SVP auf 1968, siehe Ungricht: *Die Politik der Zürcher FDP zwischen 1967 und 1975*, 2004; Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 29ff.

²⁹⁹ An manchen Universitäten entstanden Gruppen von Studierenden gegen die 1968-Bewegungen, wie der Studentenring in Zürich, welchen Christoph Blocher mitgegründet hat. Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012, S. 162f.

³⁰⁰ Nach der Analyse von Inglehart: *The silent revolution*, 2015.

³⁰¹ Degen: *Mitbestimmung*, 2010.

sich insbesondere im breiten Konsens zur Abstimmung von 1971 um den – jedoch erst 1983 angewendeten – Umweltschutzartikel zeigte.³⁰²

Fusionen als Lösung aus der Parteikrise?

Vor dem Hintergrund leicht rückgängiger Wählerzahlen und der Entschärfung der ideologischen Unterschiede stellte sich für manche bürgerlichen Parteien zunehmend die Frage einer Fusion. Während im Kanton Zürich die Freisinnige Partei die seit den 1960er Jahren krisengeschüttelten Demokraten integrierte,³⁰³ gründeten hingegen die Glarner und Bündner Demokraten zusammen mit der Schweizer BGB im September 1971 eine neue schweizerische Partei, die SVP. Aufgrund der mitte-links Position der Glarner und Bündner Demokraten, welche vorwiegend bei Arbeitern und Angestellten rekrutierten, stand die neue Partei zunächst mehr in der Mitte als die frühere BGB. Diese – von den alten Parteinstanzen teilweise erwünschte – Positionierung in der Mitte widerspiegelte sich auch im französischen Namen Union démocratique du centre (UDC).³⁰⁴ Weg vom alten Selbstverständnis der BGB als Ständepartei verstand sich zudem die SVP als Volkspartei, welche „Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsschichten“ vereinige.³⁰⁵ Dieses neue Selbstverständnis wurde aber intern unterschiedlich rezipiert: Die BGB-Identität, die für manche Parteiakteure nun bedroht erschien, war mit dem Postulat eines Äquilibriums zwischen den drei ursprünglichen Stände in der Partei einhergegangen.³⁰⁶ Weil die neue Parteistruktur weitgehend föderal blieb und den Kantonal-, Orts- und Bezirksparteien eine Übergangsphase für den Namenswechsel gestattet wurde, blieb der alte Name BGB mancherorts lange erhalten.³⁰⁷

Gründung der CVP

Die KCVP führte ihrerseits bereits Ende der 1960er Jahre eine umfassende Parteireform durch. Als Impulse dafür dienten das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) sowie frühere Reformvorgehen in anderen christlich-demokratischen Parteien, welche als Folge dieser Wende im politischen Katholizismus in Angriff genommen worden waren.³⁰⁸ Die Auflösung des katholischen Handlungssystems hatte sich dabei in den 1960er Jahren beschleunigt. Symptomatisch hierfür war das Verschwinden des Katholischen Volksvereins Anfang des Jahrzehnts. Zudem begannen manche

³⁰² Vgl. Gschwendi: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft, 1986, S. 248ff.

³⁰³ Ungricht: Die Politik der Zürcher FDP zwischen 1967 und 1975, 2004, S. 88ff.; Zur Krise der Zürcher Demokraten Ende der 1960er Jahre siehe Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 23.

³⁰⁴ Skenderovic: Bauern, Mittelstand, Nation, 2013, S. 62.

³⁰⁵ PA SVP ZH WM, Schweizerische Volkspartei: Statuten, 1971.

³⁰⁶ Vgl. Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 86ff.

³⁰⁷ Während die Zürcher SVP bereits 1973 wechselte, blieben die Namen ihrer Bezirks- und Ortsparteien noch einige Jahre uneinheitlich. Andere Parteien behielten den alten Namen als Anhängsel zum neuen, wie die nach wie vor stark bäuerlich geprägte waadtländische Partei, welche bis 1985 noch „Parti vaudois des paysans, artisans et indépendants de l’Union démocratique du centre“ (PAI-UDC) hiess. Ebd.; UDC Vaud (Hg.): Il était une fois..., 2011, S. 3.

³⁰⁸ Vgl. Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 142ff.

katholischen Organisationen sich von der Partei abzukoppeln: der Studentenverband zum Beispiel schaffte in den 1960er Jahren die vorher obligatorische KCVP-Zugehörigkeit ab.³⁰⁹ Der politische Katholizismus verlor mit der Entschärfung der konfessionellen Konflikte und der weitgehenden sozialen und politischen Integration der Katholiken immer mehr an Sinn.³¹⁰ Das Zweite Vatikanische Konzil markierte schliesslich die definitive Abkoppelung der Kirche von der KCVP durch das Postulat der Äquidistanz der Kirche zu allen (nichtkommunistischen) Parteien. Mit der Anerkennung des politischen und religiösen Pluralismus wurde auch die Möglichkeit des Meinungspluralismus innerhalb der Schweizer Katholiken zu Ungunsten der Parteidisziplin anerkannt.

Nach einer Zeit der Desorientierung Mitte der 1960er Jahre nahm die Partei unter der neuen Leitung des Präsidenten Franz Josef Kurmann und des Sekretärs Urs C. Reinhardt diese Prozesse zur Kenntnis.³¹¹ Die (eigentlich moderaten) Stimmenverluste der Partei bei den Nationalratswahlen von 1967, insbesondere in den Kantonen des Mittellandes, hatten die Parteikader besonders alarmiert.³¹² Eine 1969 gegründete Gesellschaftspolitische Kommission, mit unter anderem jungen Akademikern aus der Universität Freiburg, plädierte – zum Unmut älterer Parteikader, darunter Martin Rosenberg – für eine grundsätzliche Modernisierung der Parteiidentität, aber auch ihrer Entscheidungsstrukturen im Sinne einer vermehrten Transparenz.³¹³ Im Zentrum dieser Diskussion kam wieder die alte Frage des Parteinamens auf.³¹⁴ Wie das Parteisekretariat argumentierte, verhindere der Name KCVP einen besseren Zugang zu (potenziell neuen) WählerInnen:

„Die Bezeichnung unserer Partei (Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei/KCVP) wird mehr und mehr diskutiert. Man empfindet sie vielenorts *als veraltet, zu lang und unzutreffend*. Sie werde namentlich von der jungen Generation nicht mehr akzeptiert, und gegenüber potentiellen Wählerschichten wirke sie als Schranke statt als offene Türe. Somit müsse sie in Frage gestellt werden. Man wünscht einen *modernen, kurzen und zutreffenden Namen*, eine Bezeichnung, die einerseits Programmatik und Zusammensetzung unserer Partei wiedergebe und andererseits als Blickfang und Anziehungspunkt gegenüber neuen Wählerschichten fungiere.“³¹⁵

Als neuer Name führte die Statutenrevision der Delegiertenversammlung im Dezember 1970 Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) ein. An Stelle des nun verpönten

³⁰⁹ Dazu Ziegler: Die katholische Kirche und die CVP, 1979.

³¹⁰ In Zürich wurde beispielsweise 1963 die katholische Kirche staatlich anerkannt; zudem wurde im gleichen Jahr entsprechend der CSP-Parteistärke ein erster katholischer Regierungsrat gewählt, was lang aufgrund eines verbreiteten Antikatholizismus im Kanton undenkbar gewesen wäre. Insofern stellte das Jahr 1963 für die Zürcher Partei zunächst einen politischen Triumph dar, mit welchem sich die Entmobilisierung ihrer Basis aber nur beschleunigte. Allematt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 189ff.; Jorio: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten, 1996, S. 51ff.

³¹¹ Zu den ersten Reaktionen innerhalb der Partei auf das Zweite Vatikanische Konzil, siehe Allematt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 142ff.; Jorio: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten, 1996, S. 54f.

³¹² Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 435.

³¹³ Dazu Rohrer: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, 1993.

³¹⁴ Zur Wahl der Bezeichnung „Konservativ“ bei der Gründung von 1912 als symbolisches Öffnungszeichen in Richtung der konservativen Protestanten, siehe Allematt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 55ff. Zu dieser Diskussion in den ersten Nachkriegsjahren: Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, S. 197ff.

³¹⁵ BAR J2.181 1987/52_45_445, Fragen an die Kantonalparteien, Beilage zur Einladung an die Konferenz der kantonalen Präsidenten und Sekretäre am 28.02.1970, 30.01.1970.

konservativen Etiketts und weg vom Bild einer reinen Katholikenpartei sollte das „hohe C“ als Signet für die interkonfessionelle Öffnung stehen.³¹⁶ Die neuen Statuten vermieden darüber hinaus jegliche Referenz auf dem politischen Katholizismus und gingen selbst mit dem Wort „Christlich“ äusserst sparsam um. Laut dem Zweckparagrafen vereinige die CVP „Frauen und Männer aller sozialen Gruppen, welche den öffentlichen Bereich nach einem christlich begründeten Verständnis von der Würde des Menschen und nach den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität gestalten wollen.“³¹⁷ Mehr als eine volle Wende hin zur Ent- oder Interkonfessionalisierung der Partei markierte die Reform dabei vor allem, eine Neudefinierung der Verhältnisse zwischen Partei und Katholizismus auf der Linie des Konzils.³¹⁸ Wie Urs Reinhardt meinte, solle die Partei aus der „Rolle eines Transmissionsriemens für die katholische Kirche“ austreten und zu einer überkonfessionellen, nicht „christlichen“, sondern „christlich orientierten“ Partei werden.³¹⁹

Dieses Bekenntnis zu einem universalistischen Repräsentationsanspruch drückte sich zudem im Zurücktreten der verschiedenen wirtschaftlichen Flügel aus, beginnend mit ihrer symbolischen Vereinheitlichung im neuen Namen CVP anstatt KCVP.³²⁰ Die alte Standesstruktur erschien als weitgehend veraltet und zunehmend unwirksam, um die wachsende Angestelltenmittelschicht anzusprechen. Als Überbleibsel der alten Standesstruktur und als Zugeständnis an die nach wie vor minorisierten Christlichsozialen anerkannten jedoch die neuen Statuten die Möglichkeit von „soziologischen Gruppierungen“, welche in den Parteiorganen vertreten sein konnten.³²¹ Selbst wenn die Reform und insbesondere der Namenswechsel unterschiedlich umgesetzt wurden,³²² setzte die Schweizer Partei in den 1970er Jahren gemäss der Analyse Rohners ihre Wende von einer Weltanschauungs- zu einer „Weltgestaltungspartei“ sowie von einer Grundsatzpartei zu einer „Problemlösungsorganisation“ im Sinne des Slogans der „Dynamischen Mitte“ fort.³²³ Das 1978 angenommene Grundsatzprogramm verabschiedete sich ebenfalls vom politischen Katholizismus, betonte aber weiterhin den weltanschaulichen Hintergrund der Partei und insbesondere die katholische Soziallehre als Unterscheidungsmerkmal der Partei in der Mitte.³²⁴

³¹⁶ Altermatt: Das hohe C, 1979.

³¹⁷ Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (Hg.): Statuten, 1971.

³¹⁸ Schorderet: Crise ou chrysanthèmes, 2007, S. 88.

³¹⁹ Zitiert nach Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 436.

³²⁰ Mitte des Jahres 1970 hatten sich sogar die christlichsoziale und die konservative Partei des Kantons Luzern organisatorisch in der CVP des Kantons Luzern vereinigt („Luzerner Heirat“), Altermatt: Die Wirtschaftsflügel in der CVP, 1986, S. 75.

³²¹ Diesen Status erhielten 1970 die christlichsoziale Parteigruppe, 1981 die 1974 gegründete Arbeitsgemeinschaft der CVP-Frauen der Schweiz und 1982 die neue Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft. Hingegen stellte die Junge CVP eine selbstständige Partei dar.

³²² Die Zürcher Partei brauchte zwei Anläufe, um den neuen Namen zu übernehmen. Die Tessiner Partei ihrerseits behielt ihren Namen Partito Popolare Democratico. Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 146ff.

³²³ Rohner: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, 1993, S. 196.

³²⁴ Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 153ff. Die programmatische Linie der Partei im wirtschaftlichen Bereich blieb dafür ausgesprochen breit, Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 460.

Bürgerliche Parteireformen der 1970er Jahren: Parteiinterne Demokratie und Zentralisierung

Die neuen CVP-Statuten beinhalteten ferner eine umfassende Parteireform, die in den folgenden Jahren die FDP und die SVP inspirierte.³²⁵ Die drei Parteien teilten strukturelle Schwächen in Bezug auf die neuen Herausforderungen der politischen Mobilisierung der 1970er Jahre. Zunächst hatten CVP und SVP den Frauen bisher kaum einen Platz eingeräumt, obwohl die Katholikinnen und Landfrauen eigene Organisationen besaßen. Ab 1970-1971 bemühten sich beide Parteien, die Entstehung von weiblichen Parteisektionen zu unterstützen. Der Einbezug von Frauen in die Entscheidungsstrukturen blieb aber begrenzt und die Gründung von Frauengruppen, insbesondere auf eidgenössischer Ebene, war zunächst wenig dauerhaft.³²⁶ Ferner verfügten alle drei Landesparteien, anders als die SP, nach wie vor über keine national organisierte Mitgliederbasis und kannten keine politische Willensbildung unter Einbezug der Basis. Angesichts der Unzufriedenheit mit der etablierten Politik sowie den partizipatorischen Forderungen von 1968 befriedigte diese schwache parteiinterne Demokratie der bürgerlichen Parteien nicht mehr, wie der KCVP-Sekretär Urs Reinhardt vor dem Leitenden Ausschuss erklärte: „Die Tatsache, dass wir keine individuelle, sondern bloss eine kollektive Mitgliedschaft kennen, schafft zwischen dem KCVP-Mann in der Gemeinde und der schweizerischen Partei keine eigentliche politische Gemeinsamkeit, keine wirkliche Anteilnahme“.³²⁷ An Stelle der Dachverbandsstrukturen der alten „Rahmenpartei“ sahen die neuen Statuten eine richtige Vertretung der Basis in der neue Delegiertenversammlung, aber auch in Präsidium und Vorstand vor.³²⁸ Dafür sollte auch eine nationale Mitgliederkartei die direkte Verbindung zwischen Mutterpartei und Mitgliedern ermöglichen – und darüber hinaus reguläre Beiträge für Kantonalparteien und Mutterpartei sichern. Der Wandel zu einer nationalen Mitgliederpartei entsprach zudem dem Wunsch einer verstärkten Zentralisierung der Landespartei, rund um kleinere, mächtigere Exekutivinstanzen. Die Landespartei erzielte dadurch auch eine stärkere innere Disziplin mit Pflichtenheften für die Kantonalparteien. Zwecks einer Professionalisierung sahen die neuen Statuten schliesslich den Aufbau der Mitgliederschulung sowie der Öffentlichkeitsarbeit der Partei vor, um der steigenden Forderung nach Transparenz in der Öffentlichkeit entgegenzukommen.³²⁹

Basierend auf einem umfassenden internen Konsultationsverfahren startete die FDP ab 1973 ihre eigene Parteireform, welche ebenfalls die Umwandlung in eine stärker zentralisierte Mitgliederpartei

³²⁵ Vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 289ff.

³²⁶ Zur Entstehung der CVP-Frauengruppen, Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht, 2014, S. 275ff. Zu den SVP-Frauen, Ebd., S. 12; Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 108ff. Dabei erfuhren auch die SP- und FDP-Frauengruppen eine „paradoxe Integration“ im Zuge der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung zwischen (vorwiegend männlicher) Mutterpartei und Frauengruppe. Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht, 2014, S. 358.

³²⁷ BAR J2.181 1987/52_25_281, Leitender Ausschuss, 21.08.1970.

³²⁸ Rohner: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, 1993, S. 196.

³²⁹ Vgl. ebd., S. 197; Altermatt: Die Christlichdemokratische Volkspartei, 2000, S. 65.

anstrebte.³³⁰ Dabei zeigten sich aber Widerstände mancher Kantonalparteien gegen die Vereinheitlichung der Benennungen und des Mitgliederstatus, insbesondere gegen die Einführung eines direkten Mitgliederbeitrags an die Mutterpartei. Immerhin einigte sich die Delegiertenversammlung 1976 auf die Einführung eines formellen Beitrittsverfahren und einer Mitgliederkartei innerhalb von fünf Jahren sowie auf eine verkleinerte, mit breiteren Kompetenzen ausgestattete Geschäftsleitung.³³¹ An Stelle des Zentralvorstandes, welcher vorher die Kantonalparteien vertrat, wurde ein von der Delegiertenversammlung gewählter Delegiertenrat eingeführt. Zudem sahen die neuen Statuten, wie bei der SP, die Möglichkeit einer Urabstimmung der Basis vor.

Auch die SVP, die am schwächsten zentralisiert geblieben war, sah ihre kontinuierlichen Stimmenverluste mit Besorgnis und folgte diesem Trend zur Parteireform. Basierend auf einer umfassenden Bestandesaufnahme der Partei zielte die Statutenrevision von 1977 ebenfalls auf die Einführung einer Mitgliederkartei sowie die Verstärkung der parteiinternen Demokratie mit einer mächtigeren Delegiertenversammlung und eines jährlichen Parteitages.³³² Wichtig für die Behauptung der Schweizer SVP gegenüber den Kantonalparteien war zudem die Abkoppelung ihres Sekretariates von jenem der Berner SVP im Jahr 1979.

1.6. Polarisierung als Regenerierung?

Ab 1973 kippte mit der Ölkrise und der daraus resultierende Rezession die politische Grundstimmung in der Schweiz: „Mit der Verhärtung der innenpolitischen Auseinandersetzung und der Verengung des finanzpolitischen Spielraums schrumpften die Möglichkeiten des Realisierbaren“.³³³ Bedeutend für das „Ende des reformerischen Enthusiasmus“ der 1960-70er Jahre war die Stilllegung grosser Reformprojekte wie der Totalrevision der Bundesverfassung.³³⁴ Das politische System büsste folglich an Effizienz ein: Die Blockierung der Entscheidungsstrukturen, nicht zuletzt durch die abnehmende Integrationsfähigkeit der Spitzenverbände, schwächte die Legitimität der politischen Parteien.³³⁵ Der neokorporatistische Klassenkompromiss der Wachstumsjahre zeigte wachsende Unzulänglichkeiten, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen, von der steigenden Arbeitslosigkeit und der Belastung des sozialen Systems bis hin zur Umweltfrage.

³³⁰ *Année politique suisse*, 1973; 1974; 1976; Ungricht: *Die Politik der Zürcher FDP*, 2004, S. 76.

³³¹ Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (Hg.): *Statuten der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz*, 1977.

³³² PA SVP BE 1.51.22, *Statuten der Schweizerischen Volkspartei*, 1977. Vgl. dazu Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 41.

³³³ König: *Rasanter Stillstand und zähe Bewegung*, 1999, S. 167.

³³⁴ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 80; dazu auch Kreis: *Lancierung der Totalrevision*, 1998, S. 35f.

³³⁵ Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 105ff.; Hablützel: *Regierungsparteiengespräche*, 1986.

Vom Linksrutsch zu „Mehr Freiheit, weniger Staat“

Zunächst schien jedoch die SP von der neuen Wirtschaftslage an den Urnen profitieren zu können. Angesichts der verschlechterten Wirtschaftssituation verschärfte sie ihren Ton und lancierte 1975 zusammen mit dem SGB ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Rezession und zur Verteidigung des Sozialstaates.³³⁶ Durch die Abschwächung der rechtsradikalen Parteien zeigten die Nationalratswahlen von 1975 eine Rezentrierung der Wahlstimmen auf die Bundesratsparteien, welche insbesondere zu Gunsten der SP ausfiel: sie erfuhr einen Stimmenanteilszuwachs von 2% und übertrumpfte FDP und CVP sogar um mehr als 2%, während die SVP ihrerseits unter die 10%-Schwelle rutschte. Dadurch bestärkt in seinem konfrontativen Kurs, beanspruchte der Parteipräsident Helmut Hubacher sogar einen dritten Bundesratsitz auf Kosten der SVP. Wenn diese Forderung sich auch nur als Versuchsballon erwies, trugen doch die massiven Ansprüche der SP dazu bei, dass die Verhandlungen zum 1971 erstmal vereinbarten Legislaturvertrag für die neue Legislatur scheiterten.³³⁷ 1977-1978 erlaubten es die anhaltenden Gewinne der SP auf kantonaler und kommunaler Ebene weiterhin von einem durch die nach wie vor schlechte Wirtschaftskonjunktur getragenen „Linkstrend“ zu sprechen.³³⁸

Bei den bürgerlichen Parteien herrschte zunächst eine gewisse Ratlosigkeit, am stärksten bei der klaren Verliererin der Wahlen, der SVP. Innerhalb der Partei gingen die Meinungen zur Deutung der Parteilage und zur folglich anzunehmenden Strategie auseinander. Auf eidgenössischer Ebene befand eine Arbeitsgruppe rund um den Parteipräsidenten Fritz Hofmann, dass die ArbeitnehmerInnen sich weiterhin von der Partei vernachlässigt fühlten und aus diesem Grund noch zu wenig in die Partei integriert seien: Laut einer parteiinternen Umfrage würden lohnabhängige und freie Berufe nur 39% der Partei ausmachen, während Landwirte und Gewerbetreibende 42% bzw. 19% stellten. Deshalb sei eine „Öffnung der Partei“ in die Mitte durchzusetzen, was sich im neuen Aktionsprogramm 1978-1979 mit neuen Themen wie Menschenrechte, Konsumentenrechte oder Ökologie niederschlug.³³⁹ Diese Strategie kritisierte aber der Zürcher Politiker Christoph Blocher bereits während seines Wahlkampfes zum Zürcher Parteipräsidium 1977 vehement, denn damit würde die SVP ihre politische Linie nur vorwässern. Die Divergenzen über die Parteilinie zwischen der Mutterpartei und der Zürcher SVP spitzten sich in den kommenden Jahren zu und zeigten sich insbesondere im sozial- und finanzpolitischen Bereich.³⁴⁰

³³⁶ Dazu Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 107; Finger; Rey: Le parti socialiste suisse face aux nouvelles valeurs, 1986, S. 262.

³³⁷ Hablützel: Regierungsparteiengespräche, 1986, S. 284.

³³⁸ Haben wir einen Linkstrend in der Schweiz?, in: Neue Zürcher Zeitung, 4./5.03.1978, zitiert nach: Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 161.

³³⁹ Vgl. Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 41ff.; Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, S.153ff.

³⁴⁰ Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 156ff.

Bald verstärkten sich aber wie in vielen westlichen Ländern jene Stimmen, welche in einer neoliberalen Politik die Lösung der Krise sahen. In der Schweiz schlug sich diese Rechtswende 1979 im berühmten Wahlslogan der Freisinnigen „Mehr Freiheit, weniger Staat“ nieder.³⁴¹ Das neue Selbstvertrauen der rechten Stimmen zeigte sich dabei besonders im Kanton Zürich, wo neben der starken Zürcher FDP auch die SVP einen neoliberalen Kurs für mehr Eigenverantwortung und gegen die Bürokratie einschlug. Nach Jahren des Niedergangs schienen die Erfolge der Zürcher SVP bei den eidgenössischen Wahlen dieses Jahres, dem blocherschen Kurs gegenüber dem Öffnungskurs der Landespartei und der anderen Kantonalparteien Recht zu geben.³⁴² Die FDP war aber die grosse Gewinnerin der eidgenössischen Wahlen von 1979 mit einem seit 1931 nie erlebten Stimmenanteil von 24%. Selbst wenn die SozialdemokratInnen ihrerseits wenig verloren hatten, fanden sie sich zunehmend in die Defensive gedrängt, da sie gegenüber dem Neoliberalismus hauptsächlich die Verteidigung des Bestehenden als politische Lösung anzubieten hatten und es ihnen an Durchsetzungskraft mangelte.³⁴³ Die steigende links-rechts Polarisierung erwies sich so schlussendlich, so Peter Hablützel, als Teufelskreis für die SP, „der zumal von der sozialdemokratischen Führung kaum zu durchbrechen war.“³⁴⁴ Die Partei „sah sich eingeklemmt zwischen einem lautstarken, bewegungsorientierten und radikalisierten Flügel, für den Regierungsbeteiligung und Konkordanz geradezu zum Symbol des Verrats sozialistischer Zielsetzungen geworden waren, und einem verhärteten Bürgerblock, der zu Konzessionen nicht mehr bereit war.“³⁴⁵ Aus dieser Sackgasse heraus griffen die SozialdemokratInnen, wie übrigens die neuen sozialen Bewegungen und die anderen Linksparteien auch, das Instrument der Initiative vermehrt auf. Eine Strategie, der nur wenig Erfolg beschieden war.³⁴⁶

Dabei lässt sich der Trend zur Polarisierung allgemein als nicht mehr zu bremsende Dynamik verstehen, mit welchem die schweizerische Politik sich endgültig von ihrer Tendenz zur Selbstmoderierung der ersten Nachkriegsjahrzehnte abwandte. Beide Wahlkämpfe von 1975 und 1979 wurden in politischen Kommentaren als Beispiele dieses Phänomens gedeutet. Dazu zählte aber auch die allgemeine Zunahme von Abstimmungen – Initiativen aber auch fakultative Referenden – sowie eine Rückkehr der seit den 1950er Jahren fast vollständig verschwundenen Streiks.³⁴⁷ Paradoxerweise wurde diese neue Polarisierung insofern begrüsst, als angenommen wurde, dass diese neue Belebung

³⁴¹ Vgl. dazu Kap. 5. 3.1.

³⁴² Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 61ff.

³⁴³ Vgl. Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 107.

³⁴⁴ Hablützel: Regierungsparteiengespräche, 1986, S. 285.

³⁴⁵ Ebd.

³⁴⁶ Dazu App: Initiative und ihre Wirkungen, 1987; bezüglich der SP Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 105.

³⁴⁷ Levy; Zwicky: Politische Partizipation, 1984, S. 294.

des politischen Lebens trotz abgeschwächter Entscheidungsfähigkeit eine Lösung für die andauernde Unbeliebtheit der Regierungsparteien bringen könne.³⁴⁸

Zweite Welle der neuen sozialen Bewegungen

Zur weiteren Fragmentierung des politischen Systems trug Ende der 1970 / Anfang der 1980er Jahre eine neue Phase der Dynamisierung, aber auch der Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen bei. Es zeigte sich eine neue Welle von Protestbewegungen durch den Zuwachs an Mobilisierungsereignissen um diese Zeit.³⁴⁹ Die Friedensbewegung erlebte eine neue Dynamik mit den Mobilisierungen rund um den Waffenplatz Rothenthurm sowie Anfang der 1980er Jahre mit den transnationalen Protestaktionen gegen die NATO-Stationierung in Westeuropa.³⁵⁰ Dazu kamen Anfang der 1980er Jahre die Jugendproteste „Züri Bränt“ sowie „Lôzane bouge“, welche Anknüpfungspunkte mit ähnlichen Bewegungen in Berlin oder Amsterdam hatten. Für die etablierten politischen Akteure waren die Forderungen dieser schwach institutionalisierten Bewegung nach autonomen Kulturzentren schwierig zu fassen. Sie bekamen deshalb nur sporadische Sympathien in der institutionellen Politik, zwangen aber alle Parteien dazu, sich bezüglich der Jugendpolitik zu positionieren.³⁵¹

Gleichwohl nutzten andere, vorwiegend moderatere Organisationen der Solidaritäts-, Friedens-, Frauen- oder Umweltbewegung die Möglichkeiten des schweizerischen politischen Systems vermehrt aus.³⁵² Die Institutionalisierung der Umweltschutzbewegung geschah nicht zuletzt durch ihre Teilnahme an Wahlen. Die vielfältigen grünen Organisationen, welche über die ganze Brandbreite von links bis rechts zu verordnen waren, hatten zwar seit langem an der parlamentarischen Politik durch einen regelrechten Lobbyismus teilgenommen, genossen aber eine schwache Integration ins politische System und insbesondere keine exklusiven Verbindungen zu einer Partei.³⁵³ In den 1970er Jahren formierten sich vorwiegend auf kommunaler und kantonaler Ebene grüne Organisationen, welche anstrebten, an Wahlen teilzunehmen.³⁵⁴ Da die grünen Anliegen in der Deutschschweiz dabei teilweise durch die Parteien der Neuen Linken angesprochen wurden, entstanden grüne Parteien zunächst in der Romandie Anfang der 1970er Jahre und errangen erste Erfolge, welche 1979 mit der Wahl des ersten grünen nationalen Parlamentariers Europas, Daniel Bréla (Waadt, Groupement pour la protection de

³⁴⁸ So fragte noch 1982 eine ISOP-Umfrage, ob die Polarisierung und dabei insbesondere der Rechtsrutsch in der schweizerischen Politik wünschenswert seien. 40% der Befragten fanden dabei den Rechtsrutsch der letzten Kantonalwahlen „gut oder sehr gut“, 30% hingegen „nicht gut oder gar nicht gut“, 30% der Befragten war diese Frage gleichgültig oder sie gaben keine Antwort. PA CVP CH W (1), ISOP-Report 2/1982 „Rechtsrutsch und Polarisierung in der Schweizer Politik wünschenswert?“, 1982.

³⁴⁹ Zur Genealogie der neuen sozialen Bewegungen und ihrer Mobilisierungsformen in der Schweiz, siehe Giugni; Passy: *Histoires de mobilisation politique en Suisse*, 1997, S. 22.

³⁵⁰ Epple: *Die schweizerische Friedensbewegung*, 1986, S. 200ff.

³⁵¹ Engeler: *Personalverbindungen*, 1986, S. 229.

³⁵² Giugni; Passy: *Histoires de mobilisation politique en Suisse*, 1997, S. 191ff.

³⁵³ Engeler: *Personalverbindungen*, 1986, S. 233ff.

³⁵⁴ Brassel-Moser: *Grüne Parteien*, 2017.

l'environnement) gekrönt wurden. Hingegen waren die ersten grünen Parteien im Kanton Zürich wenig erfolgreich (1.3% für die Grüne Partei des Kantons Zürich bei den Nationalratswahlen von 1979). Schliesslich wuchsen auch die neuen Linksparteien wie die POCH, die PSA oder die RML (seit 1980 SAP/PSO), welche historisch starke, dabei aber nicht exklusive Verknüpfungen mit den neuen sozialen Bewegungen genossen hatten, zu organisierten, pragmatischen Parteien, die grüne und feministische Anliegen in die parlamentarische Politik einzubringen wussten.³⁵⁵

Die SP in der Krise

Anfang der 1980er Jahre verstärkten sich die inneren Spannungen in der SP, welche seit 1979 weitere Wahlverluste erlitten hatte. Das Konfliktpotenzial, welches teilweise seinen Ursprung in den 1968-Bewegungen hatte, erwies sich im Fall der SP als noch höher als bei ihren Schwesterparteien im Ausland.³⁵⁶ Wie bereits seit den 1960er Jahren fungierten die Konflikte zwischen ParteiaktivistInnen als Spiegel des grundsätzlichen Wandels der SP-Wählerschaft, als die neuen Generationen (jene von 1968, aber auch jene der zweiten Welle der neuen sozialen Bewegungen) besonders aktiv und hörbar wurden. Die Spannungen zwischen einem traditionellen, älteren, gewerkschaftlichen Flügel und einem jungen, intellektuellen Flügel rund um die Anliegen der Neuen Linken kamen regelmässig und deutlich zum Ausdruck und wurden auch von den Parteiakteuren offen diskutiert.³⁵⁷ Die Spannungen zur Parteilinie und damit zur auszuwählenden Repräsentationsbasis drückten sich bezüglich einer Reihe von Themen, darunter die grüne Orientierung oder die Stellung zur Armee, aus.³⁵⁸ Sie berührten aber auch die Frage der zu bevorzugenden Partnerschaften. Die Möglichkeit einer Öffnung gegenüber den neuen sozialen Bewegungen stand ab Ende der 1970er Jahre vermehrt im Gespräch.³⁵⁹ Dabei stellte die Minderheitsbeteiligung der SP an der Bundesregierung keine besonders günstige Bedingung dar für eine vermehrte Zusammenarbeit mit den neuen sozialen Bewegungen.³⁶⁰ Gerade diese Frage gewann Ende der 1970er Jahren wieder an Brisanz mit dem umstrittenen Engagement des populären SP-Bundesrates Willy Ritschard gegen die Atomschutzinitiative, welche die SP unterstützte. Der Parteitag von 1980 entschied, eine Umfrage bei den Sektionen durchzuführen, welche zwar eine positive Haltung zur Regierungsbeteiligung ergab, aber eine geringe Rücklaufquote aufwies und diese an viele Bedingungen knüpfte.³⁶¹

Die Revision des Programms Anfang der 1980er Jahre, dessen BefürworterInnen eine klarere Linkspositionierung als im Programm von 1959 verlangt hatten, gab einen neuen Anlass zu heftigen

³⁵⁵ Degen: Sozialistische Arbeiterpartei, 2012; Blum: Wandel und Konstanten, 1986.

³⁵⁶ Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 106.

³⁵⁷ Wie in der *Roten Revue* 1979, Vogel: Interview mit Helmut Hubacher, 1979.

³⁵⁸ 1982 wehrte sich beispielsweise der Präsident Helmut Hubacher gegen die Absicht der JungsozialistInnen, eine Initiative zur Abschaffung der Armee zu lancieren, *Année politique suisse*, 1982.

³⁵⁹ Dies war insbesondere ein Anliegen des Vizepräsidenten Peter Vollmer, *Année politique suisse*, 1979.

³⁶⁰ Kriesi: Perspektiven neuer Politik, 1986, S. 343.

³⁶¹ Vgl. Bollinger: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1991, S. 50ff; Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 110f.

Diskussionen, gleichwohl aber auch eine Möglichkeit, die Parteilinie zu klären. Die Programmkommission basierte ihren Revisionsentwurf auf dem Prinzip der Selbstverwaltung und befürwortete damit einen klaren Bruch mit dem Kapitalismus. Nach viel Kontroverse wurde dieser Entwurf abgeändert und schliesslich 1982 vom Parteitag gutgeheissen. Im Mittelpunkt stand immer noch die soziale Frage, aber die Partei sprach auch ökologische und feministische Anliegen an. Die Selbstverwaltung wurde jedoch nur als eine mögliche Lösung angeführt.³⁶²

Die zentrifugalen Tendenzen in der Partei hatten sich aber Anfang der 1980er Jahre nicht entschärft und führten mancherorts zu Abspaltungen. Die Frage der Stellung zu den Jugendunruhen stellte dabei ein weiteres Spaltungsmoment dar, insbesondere da, wo die Partei in den Stadtregierungen vertreten war. Die Zürcher SP insbesondere erlebte tiefgehende Spannungen und bedeutende Stimmverluste bei den Zürcher Stadtratswahlen von 1982 und den Kantonalratswahlen von 1983. Aber auch in Basel oder Bern wurden dissidente Kandidaturen seitens des rechten Flügels lanciert, welche für einen harten Kurs gegenüber den Jugendunruhen eintraten. In Basel spaltete sich 1982 sogar die Demokratisch-Soziale Partei von der SP ab.³⁶³

Zunehmender Wettbewerb im bürgerlichen Lager

Mit der intensivierten Dynamisierung des politischen Feldes kam es im bürgerlichen Lager zur verstärkten Polarisierung. Ideologisch gesehen hatte der neoliberale Trend Sympathien bei allen drei bürgerlichen Parteien, sorgte aber auch für interne Spannungen. Eine Grundkraft dafür war die steigende Wettbewerbsdynamik im bürgerlichen Lager, als sich die parteipolitischen Linien innerhalb der bürgerlichen Mittelschicht der Ballungsgebiete zunehmend verwischten.

Dieses Spannungsfeld kam besonders bei der CVP zum Ausdruck, was auch die mit der Reform von 1970 angestrebte Homogenisierung der Landespartei auf der Linie der „dynamischen Mitte“ nicht verhindern konnte. Der CVP als Bundesratspartei in der politischen Mitte hatte zunächst mit der vermehrten Polarisierung am Ende der 1970er Jahre eine steigende Profillosigkeit gedroht. Bald verstärkten sich aber innere Spannungen. Anstoss dafür war der politische Bedeutungsverlust des christlichsozialen Flügels.³⁶⁴ Paradoxerweise hatte die in den 1950-60er Jahren durchaus erreichte Integration zur Passivität der Christlichsozialen in der Partei geführt, während der CNG nun eine stärker christlichsoziale Linie verfolgte und häufiger mit der SP stimmte. Diese Abkoppelung der christlichsozialen Arbeiterbewegung von der CVP drückte sich insbesondere in ihren wenigen Mandatsträgern in Folge der stagnierenden Stimmenkraft der CVP in den Agglomerationen des

³⁶² Abt: Die sozialdemokratischen Parteiprogramme, 1988, S. 79f.

³⁶³ Entscheidend für die Abspaltung war laut Schmid, dass Basel im Gegensatz zu Zürich oder Bern kein moderateres Hinterland hatte, welches die Spannungen hätte entschärfen können. Schmid: Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt, 1986.

³⁶⁴ Allematt: Die Wirtschaftsflügel in der CVP, 1986; Allematt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 159ff.

Mittellandes aus, war aber auch ein Ergebnis der Desinstitutionalisierung der Stände in der Partei mit der Reform von 1971.³⁶⁵ Gleichzeitig war die Reform von 1971 diesbezüglich nicht vollständig angewendet worden: In einzelnen Kantonen bestanden weiterhin getrennte christlichsoziale Parteigruppen, von denen einige sich nicht einmal an die neue CVP angeschlossen hatten.³⁶⁶ Die Nein-Parole der CVP-Delegiertenversammlung zur Mitbestimmungsinitiative von CNG und SGB 1976 machte die Isolation und den Machtverlust der Christlichsozialen deutlich, welche sich folglich neu zu organisieren versuchten, insbesondere durch die Reaktivierung der alten CSP, und eine bessere Vertretung in der Partei verlangten. In Reaktion darauf revidierte die CVP die Statuten und wertete die organisatorische Stellung der soziologischen Gruppierungen auf, womit sie teilweise zum ständischen Repräsentationsmodell zurückkehrte. Auf der anderen Seite erlebte aber der lange wenig aktive unternehmerische Flügel eine neue Dynamik, welche 1982 in die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) als lose Lobbygruppe und Wahlinstrument in Richtung von Gewerblern, Kleinunternehmern, Landwirten oder Freiberuflern katholischer Tradition mündete.³⁶⁷ Die zweite Rezessionsphase der Jahre 1981/1982 spielte beim Erstarken des rechten Flügels eine umso bedeutendere Rolle, als die AWG ebenfalls den Etatismus der Reformjahre kritisierte und neoliberale Lösungen zur Krise anbot. Die AWG erreichte bald eine Machtstellung innerhalb der Partei, nicht zuletzt dank ihrer starken Vertretung bei den Mandatsträgern im Gegensatz zum christlichsozialen Flügel.³⁶⁸ Wirtschaftspolitisch wendete sich die ganze Partei zunehmend nach rechts und nährte sich dabei der freisinnigen Linie an. Insgesamt wuchs die Heterogenität innerhalb der Partei jedoch stark, da auch die Frauen- und Jugendsektionen Anfangs der 1980er Jahre mehr zu hören waren und distinkte Positionen einnahmen, beispielsweise zur Frage der Landesverteidigung.³⁶⁹

Auch die FDP erlebte parteiinterne Spannungen. Die traditionell geschätzte Heterogenität der Partei hatte sich mit dem Aufkommen neuer Parteixponenten und der Bedeutungszunahme von grünen Anliegen verstärkt und erwies sich aufgrund der verstärkten Machtstellung des neoliberalen Zürcher Flügels als immer weniger haltbar für die Partei. Die Tessiner Partei kannte eine nochmals weiter zugespitzte Konfliktlage dieses Kampfs um die Deutungshoheit bezüglich des freisinnigen Gedankengutes und seiner Stellung zum Staat. Mit der Polarisierung des kantonalen Parteiensystems seit Ende der links-freisinnigen Regierungskoalition im Jahr 1967 und der Verschärfung der Raumplanungsfrage wurde eine alte, regional basierte Konfliktlinie zwischen „radikalem“ Sopraceneri und „liberalem“ Sottoceneri innerhalb der freisinnigen Kantonalpartei wiederbelebt, was die

³⁶⁵ Zur Untervertretung der Christlichsozialen in den Parteiinstanzen Ende der 1970er Jahre, siehe Schatz: Organisation der Bundespartei, 1979.

³⁶⁶ Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 162ff.

³⁶⁷ Laut Altermatt handelte es sich dabei um eine katholische Aufsteigergeneration im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aufholjagd von Kantonen wie Zug, Luzern oder Freiburg. Altermatt: Die Wirtschaftsfügel in der CVP, 1986, S. 77.

³⁶⁸ Wie Altermatt bemerkte, lag dies auch daran, dass die Vertreter des unternehmerischen Flügels mehr Panaschierstimmen aus anderen bürgerlichen Parteien als die Christlichsozialen bekamen. Ebd., S. 82.

³⁶⁹ Année politique suisse, 1982.

integrierende Aufgabe der Präsidenten Luigi Generali (1968-1978) und Pier Felice Barchi (1978-1988) erschwerte. Als Reaktion auf die frühere Parteipolitik und den Einfluss der 1968er-Bewegungen im Kanton übte nämlich der rechte Flügel um die Sektion von Lugano heftig Kritik am Staatsinterventionismus und an den „linken Medien“.³⁷⁰

Schliesslich behielten in diesem Kontext die Spannungen zwischen der Zürcher SVP auf der einen Seite und den Berner und Schweizer SVP auf der anderen ihre volle Brisanz, als Erstere ihre rechte Profilierung fortsetzte. Die Jugendunruhen stellten für die Partei sowohl eine Rechtfertigung ihrer konservativen Linie als auch eine „Gelegenheit, offensiv zu agieren und dabei ihre politische Ausrichtung zu festigen“ dar, so Schnydrig.³⁷¹ Die SVP deutete die alten, bereits in Zeiten der Zürcher BGB bestehenden Feindbilder zur 1968-Bewegungen in einen ordnungsorientierten, gleichsam neoliberalen Narrativ um und trat „als Partei des kleinen Mannes und der Werktätigen [...] und gegen Bürokratie und die intellektuellen Usurpatoren des Staates“ auf.³⁷² Diese Haltung erprobte die Partei insbesondere in der Stadt Zürich, wo sie einen oppositionellen Kurs gegen die Politik der Stadtregierung einnahm.³⁷³ Die Partei verbuchte auch weitere Wahlerfolge, wie 1982 bei den Gemeinderatswahlen, bei welchen sie sogar in der Stadt Zürich mit 7.4% der Stimmen einen Durchbruch erzielte.³⁷⁴ Auf der anderen Seite schwankte die Schweizer SVP zwischen ihrem in den 1970er Jahren initiierten Mittekurs und dem Rechtstrend des bürgerlichen Lagers. Teilweise übernahm sie eine moderatere, weniger antistaatliche Haltung als jene der FDP. Es fiel aber der Mutterpartei immer schwerer, sich deutlich von der FDP abzugrenzen. Eine Karikatur der Basler Zeitung zeigte sogar die kleine SVP dabei, den Schritten der grossen FDP blind zu folgen.³⁷⁵

Die Wahlen von 1983: Erstaunliche Stabilität

Im Jahr 1983 kam es zunächst zu einer Umstrukturierung des grünen Lagers: Nach dem Scheitern einer nationalen Vereinigung entstanden die moderate, reformistische Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (Gurken-Grüne) und eine klar links, basisdemokratisch orientierte Grüne Alternative der Schweiz (Melonen-Grüne).³⁷⁶ Bei den Nationalratswahlen von 1983 konnte allerdings nur die GPS Mandate gewinnen (je eines in Genf, in der Waadt und in Zürich). Trotz dem bewegten politischen

³⁷⁰ Dazu Argioni; Urio; Ceschi: *Aspects de la régionalisation du Parti libéral-radical*, 1986.

³⁷¹ Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 107. Ein Zeichen dieser Wende war die Übernahme des Parteisekretariates von Rudolf Bolliger, der ein Verständnis für die Jugendbewegung gezeigt hatte, durch den PR-Mann Fredy Kradolfer, welche gerade beim ausserordentlichen Parteitag zu den Jugendunruhen vorgestellt wurde. Ebd., S. 166.

³⁷² Ebd., S. 166. Diese Vermischung alter und neuer Feindbilder drückte sich in den Stellungnahmen der Partei zur Jugendpolitik aus.

³⁷³ Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 67ff.

³⁷⁴ Zum stimmenmässigen Erstarken der SVP in der Stadt Zürich, siehe Kriesi: *Der Aufstieg der SVP*, 2005, S. 65ff.

³⁷⁵ SVP: *Treu der Scholle, der Wirtschaft und dem Staat*, in: *Basler Zeitung*, 10.03.1983.

³⁷⁶ Brassel-Moser: *Grüne Parteien*, 2017; Gschwendi: *Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft*, 1986.

Leben kam es bei diesen Wahlen zu keinem Erdrutsch, wie die meisten Wahlkommentatoren erleichtert feststellten. Während die FDP ihren Erfolg von 1979 nicht fortsetzte und sogar leicht an Stimmen einbüsste, verloren CVP und SP weitere Stimmen. Neben den grünen gewannen auch rechtsradikale Parteien erneut Stimmen, insbesondere im Kanton Bern, wo sie seit Anfang des Jahrzehnts vehement mit dem Thema Asylpolitik politisierten.

1.7. Die Lage der Parteien um 1980

Wenn die Kräfteverhältnisse sich also auch nur bedingt verändert hatten, zeigten die vier Bundesratsparteien um 1980 ein völlig verändertes Profil im Vergleich zu jenem der 1940er Jahre. Zudem sahen sich mit veränderten Bedingungen zur politischen Mobilisierung konfrontiert.

Nationalisierte Mitgliederparteien?

In der Nachkriegszeit hatten die Schweizer Parteien zunächst eine moderate Tendenz zum Ausgleich ihrer territorialen Verankerung aufgewiesen. Es zeigte sich mit steigender Mobilität der Bevölkerung durchaus eine Durchmischung der Parteipräferenzen jenseits der alten territorialen Unterschiede, sodass die CVP kleine Sektionen in neuen Kantonen wie Waadt oder Neuenburg gegründet hatte, während die SP nun auch in Kantonen wie Freiburg oder Graubünden Fuss fassen konnte.³⁷⁷ Ein ähnliches Phänomen zeigte sich auf Kantonsebene: Mit der Agglomerisierung entschärften sich die Grenzen zwischen Land und Stadt. In einem Kanton wie Zürich weichte der Zuzug von neuen Einwohnern die ehemaligen politischen „Monokulturen“ der Dörfer auf. Damit standen die Parteien, wenn nicht vor einem nationalisierten, dann doch durchaus vor einem offeneren, weniger territorial segmentierten politischen Feld.

Zudem hatten die bürgerlichen Landesparteien mit ihren Reformen der 1970er Jahre versucht, sich als nationale Organisationen zu behaupten. Dieses Ziel wurde allerdings nur bedingt erreicht, denn die neuen Statuten gaben den Mutterparteien nach wie vor keine Durchsetzungsmacht, während die Kantonalparteien ihre Unabhängigkeit bei jeder Meinungsverschiedenheit weiterhin betonen konnten, was insbesondere beim Fassen von Abstimmungsparolen zum Ausdruck kam. Die weiterhin starke Unabhängigkeit der Kantonalparteien ist zudem der Hauptgrund, weshalb die bürgerlichen Landesparteien die Einführung einer Mitgliederkartei nicht durchsetzen konnten. Anstelle des angepeilten Mitgliederparteicharakters besaßen insbesondere die CVP und FDP noch lange Züge des alten Honoratiorenpartei-typus.³⁷⁸ Manche ihrer Kantonalparteien kannten noch keine formelle Mitgliedschaft, insbesondere da, wo die alten Konfliktlinien und Handlungssysteme weiterbestanden und diese Organisationsform kaum nötig machten.³⁷⁹

³⁷⁷ Vgl. Hämmerle; Semadeni; Simonett: Die Peripherie erwacht, 1988.

³⁷⁸ Ladner; Brändle: Die Schweizer Parteien im Wandel, 2001, S. 99.

³⁷⁹ Für die CVP (Luzern, Solothurn, oder Jura), Altermatt: Die Christlichdemokratische Volkspartei, 2000, S. 67.

Dabei hatte die soziale Realität der Parteimitgliedschaft in der Schweiz einen grundlegenden Wandel erlebt. Aufgrund der mangelnden Integration der Frauen sowie möglicherweise eines Teils der jüngeren Generation beider Geschlechter in die Parteien sank der Anteil der Parteimitglieder in der gesamten Wählerschaft laut Gruners Zählung von 38% um 1963-67 auf 11% Ende der 1970er Jahre.³⁸⁰ Der CVP-Generalsekretär Fagagnini kam für 1978 auf eine ähnliche Schätzung (zwischen 10 und 15% der Bevölkerung), wobei er einräumte, dass ländliche Gebiete über „ein noch voll intaktes Parteiengefüge verfügen, bei der formellen Erfassung ihrer Mitglieder aber grosse Schwierigkeiten antreffen“.³⁸¹ Während die Mitgliederzahlen der bürgerlichen Parteien aufgrund der Reform des Mitgliederstatus wenig aufschlussreich sind, lässt sich bei der SP ein klarer Niedergang der Mitgliederbasis in absoluten Zahlen feststellen (1947: 51432; 1966: 56965; 1982: 45576).³⁸² Wie bereits mit den Reformen des Mitgliederstatus, versuchten die Parteien ihre Mitgliederrekrutierung in diesem neuen Kontext wiederum zu verbessern. Ab den 1970er Jahren zeigte sich die Zürcher SVP in diesem Bereich durch die Aktivierung und Gründung von Sektionen besonders aktiv, wobei dieser Fokus auf die Mitgliederbasis als Lösung der Parteikrise nur bedingt mit einer Stärkung der parteiinternen Demokratie einher ging.³⁸³ Dies kontrastierte mit der Tendenz zur Hervorhebung der parteiinternen Demokratie, welche, inspiriert von den partizipatorischen Forderungen der neuen sozialen Bewegungen und der neuen links-grünen Parteien, neben den Landesparteien auch viele kantonalen Parteien kennzeichnete.³⁸⁴

Späte Professionalisierung

Jenseits der Reformbestrebungen der bürgerlichen Parteien in den 1970er Jahren lässt sich ein im Vergleich zum nahen Ausland verspäteter Professionalisierungsschub der Parteien feststellen, welcher sich während der gesamten 1960-70er Jahre vollzog. Als Impulse dafür galten sicherlich das zunehmend komplexe, zeit- und wissensaufwendige politische Handeln, aber auch der Befund einer Krise der alten Parteibasis. So erklärte der Historiker und ehemalige Zürcher CVP-Sekretär Marco Jorio, wie die Aufgaben des Parteisekretariates ab Ende der 1960er Jahre mit dem Zusammenbruch des Vertrauensmännersystems enorm gestiegen waren, umso mehr als die Pflege der Mitglieder- und Sympathisantebasis nicht mehr über die Karteien der Pfarrämter geschehen konnte.³⁸⁵

³⁸⁰ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 218.

³⁸¹ Fagagnini: Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, 1978, S. 90. Ein spezieller Fall diesbezüglich stellte die Berner SVP dar, welche insbesondere auf dem Land noch lange ein hohes Verhältnis an Mitgliedern aufwies. Ladner; Brändle: Die Schweizer Parteien im Wandel, 2001, S. 350ff.

³⁸² SSA 1.255.2 Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Geschäftsbericht 1947/1948, [1948], S. 19; SSA Ar 1.255.4 Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Geschäftsbericht 1982/1983, 1984, S. 85.

³⁸³ Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 90; 135ff; Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 45.

³⁸⁴ Vgl. Ladner: Swiss political parties, 2001, S. 139. Zum Beispiel der Parteireform der Zürcher CVP 1978, siehe Jorio: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten, 1996, S. 61.

³⁸⁵ Jorio: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten, 1996, S. 59f.

Eine erste konkrete Entwicklung in Richtung einer Professionalisierung stellte also der personelle Ausbau der Parteisekretariate dar. Verfügte die Schweizer FDP beispielsweise 1960 über 3.5 Stellen in ihrem Sekretariat, waren es 1970 bereits 7, und 1980 9.5.³⁸⁶ Kantonalparteien in mittleren und grossen Kantonen stellten ihrerseits Mitte der 1970er Jahre mehrheitlich hauptamtliche Sekretäre ein.³⁸⁷ Die Zürcher Kantonalparteien galten dabei als besonders professionalisiert und beschäftigten 1980 sogar MitarbeiterInnen im Umfang von zwei (SVP und CVP) bzw. vier (FDP) Vollzeitstellenäquivalenten.³⁸⁸ Während die meisten Angestellten in kleinen Kantonalparteien sich vorwiegend auf administrative Arbeiten konzentrierten, konnten sich manche Kantonalparteien und die Mutterparteien eine Arbeitsteilung zwischen politischer und administrativer Arbeit leisten.³⁸⁹ Die Landesparteien begannen beispielsweise, neben den Zentralsekretariatsstellen vollamtliche Presseverantwortliche zu bestellen.³⁹⁰ Die Professionalisierung zeigte sich aber auch im Versuch, die Kompetenzen der MilizpolitikerInnen zu erhöhen: Viele Parteien bauten in dieser Zeit ein System von Schulungen auf, während diese vorher in begrenzterer, wenig systematischer Form stattfanden.³⁹¹

Dazu verfügten die vier Bundesratsparteien bereits über deutlich mehr finanzielle Ressourcen als in den 1940er Jahren, selbst wenn dieser Wandel nicht geradlinig erfolgte. Während die vier Landesparteien 1958 weniger als eine halbe Million Franken als Jahresbudget zur Verfügung hatten, konnten die Schweizer SP, CVP und FDP bis 1984 laut eigenen Angaben diese Summe mehr als verdoppeln. Nur die Schweizer SVP verfügte damals über weniger als eine Million Franken Jahresbudget.³⁹² Ihre Finanzierungsquellen waren dabei sehr unterschiedlich. Die Querfinanzierung durch die Fraktionssekretariate trug bei allen Parteien ungefähr einen Zehntel des Parteibudgets bei, ebenso wie die Mandatsabgaben.³⁹³ Nur die SP kannte eine finanzielle Verflechtung zwischen nationaler Mutterpartei und Kantonalparteien und finanzierte sich hauptsächlich durch Mitgliederbeiträge. Die anderen Parteien, insbesondere auf eidgenössischer Ebene, waren umso mehr auf freiwillige Spenden angewiesen. Die privaten Finanzierungsquellen der bürgerlichen Parteien hatten dabei einen bedeutenden Wandel durchgemacht: Die Schweizer CVP beispielsweise konnte ab Ende der 1960er Jahre nicht mehr mit der Unterstützung des Klerus rechnen und musste auch den

³⁸⁶ Ladner; Brändle: Die Schweizer Parteien im Wandel, 2001, S. 198.

³⁸⁷ Fagagnini: Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, 1978, S. 91.

³⁸⁸ Ladner; Brändle: Die Schweizer Parteien im Wandel, 2001, S. 357ff.

³⁸⁹ Ebd., S. 222f.

³⁹⁰ So die CVP bereits ab 1968: der Jurist und Publizist Urs C. Reinhardt übernahm das Generalsekretariat von Martin Rosenberg, während Alois Hartmann Pressechef und Heinz Niemetz Chef der Abteilung Studien und Planung wurde. Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 142ff.

³⁹¹ Dies war wieder insbesondere bei der Zürcher SVP Ende der 1970er Jahre zu sehen. Dazu Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 120ff.

³⁹² Nach der Zahlenzusammenstellung bei Vatter: Das politische System der Schweiz, 2016, S. 137.

³⁹³ Vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 222; Drysch: Parteienfinanzierung, 1998, S. 71ff.; Altermatt: Die Christlichdemokratische Volkspartei, 2000, S. 71f.

Adressatenkreis ihrer Finanzaktionen über das katholische Handlungssystem hinaus erweitern.³⁹⁴ Ab den 1970er Jahren wurde für alle bürgerlichen Parteien die Schaffung von regulären Finanzierungsquellen jenseits der traditionellen Gönner entscheidend. Sie organisierten dazu mit mehr oder weniger Erfolg neue Gönnergruppen. Spektakulär ist diese Wende bei der Zürcher SVP, welche sich Anfang der 1970er Jahre in einer finanziellen Krise befunden hatte. Anfang der 1980er Jahre hingegen kam sie nicht nur in den Genuss von Beiträgen der neuen, aktiven Gönnervereinigung, sondern auch von Spenden der finanzstarken Christoph Blocher und Walter Frey.³⁹⁵

Krise der parteipolitischen Handlungssysteme?

Durch die gesamte Nachkriegszeit hindurch lässt sich eine grundsätzliche Abschwächung der traditionellen parteipolitischen Handlungssysteme feststellen. Dabei spielte die soziale und geographische Mobilität eine wesentliche Rolle, indem sie die soziopolitischen Identitäten durchmischte. Jüngere Jahrgänge übernahmen nicht mehr die gleichen Startpositionen und Lebenswelten wie ihre Eltern, wie an der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards und des Bildungsniveaus ersichtlich wird. Stark segmentierte Parteilager sahen mit den neuen Aspirationen zur Individualität und zur Selbstbestimmung ihren Daseinszweck in Frage gestellt.³⁹⁶ Rein organisatorisch hatte zudem die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates (insbesondere die AHV seit 1948 und die Invalidenversicherung seit 1960) die sozialen Funktionen übernommen, welche zuvor teilweise durch die Organisationen der parteipolitischen Handlungssysteme erfüllt worden waren.³⁹⁷ Für die Parteien hiess diese Entwicklung, dass sie sich nun weder auf die soziale Wirkung der Handlungssysteme und insbesondere die Pflege der soziopolitischen Identitäten verlassen konnten, noch ihnen die Organisationen der Handlungssysteme bei der Wahlmobilisierung halfen. Die Handlungssysteme hatten zum Teil auch eine Funktion der sozialen Kontrolle ausgeübt, welche sich auch auf das Stimmverhalten ausdehnte, sich aber nun zusehends abschwächte.³⁹⁸ Selbst wenn diese Veränderungen in den 1980er Jahren an den Urnen noch wenig sichtbar waren, brachten sie bereits neue Herausforderungen für die Wahlkampfdurchführung der Parteien.

³⁹⁴ Vor den 1960er Jahren hatte die Partei gezielt Personenkategorien ihres Handlungssystems angesprochen: katholische Akademiker, Magistrate, hohe Beamte, Unternehmer und auch Kleriker. Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 432.

³⁹⁵ Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 81ff.

³⁹⁶ Zur Beschleunigung dieses früher initiierten sozialen Wandels ab 1968 siehe Skenderovic; Späti: Die 1968er-Jahre in der Schweiz, 2012, S. 135ff.

³⁹⁷ Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 143f. Dazu auch Leimgruber: Solidarity without the State?, 2012.

³⁹⁸ Die soziale Kontrolle war besonders sichtbar beim katholischen Handlungssystem. Sie drückte sich sowohl bezüglich des religiösen Verhaltens aus, z.B. durch die Abgabe von Zettel für die Generalkommunion bis in die 1950er Jahre, als auch bezüglich des politischen Verhaltens mit regelmässigen Erinnerungen der katholischen Kleriker und Intellektuellen, dass die Stimmabgabe für die katholische Partei ein moralisches Gebot sei, vgl. Altermatt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 196; Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 65f.

Bei der SP zeigten sich sowohl eine Abschwächung als auch eine Abkoppelung des Handlungssystems von der Partei. Mit der politischen Integration der Arbeiterbewegung und dazu der Tertiarisierung der Wirtschaft hatte die Arbeiterbewegung an Identität und Geschlossenheit verloren. Dazu entfernten sich Gewerkschaften und SP zunehmend voneinander: Die SP gewann Unabhängigkeit gegenüber den seit der Krise geschwächten Gewerkschaften und integrierte beispielsweise weniger Gewerkschaftler in ihre Entscheidungsgremien.³⁹⁹ Da sich die Gewerkschaften nach anfänglicher Ambivalenz zur Arbeitsmigration seit den 1970er Jahren vermehrt darum bemühten, ausländische Arbeiter besser zu integrieren und der Anteil der Arbeiter in der wahlberechtigten Bevölkerung seit den 1950er Jahren abgenommen hatte,⁴⁰⁰ gewannen in der SP ab den 1960er Jahren neue, sekundär ausgebildete Arbeitnehmerschichten insbesondere aus dem öffentlichen Sektor an Bedeutung.⁴⁰¹ Wahlsoziologisch stellten also die Gewerkschaften weniger ein Wähler- und Nachwuchsreservoir für die SP dar als zuvor. Hingegen stellte sich ab den 1980er Jahren vermehrt die Frage der Beziehung der SP zu den neuen sozialen Bewegungen, welche sich aber nie als so exklusiv und dauerhaft wie diejenige mit den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung erweisen konnte.⁴⁰²

Die Auflösung des Handlungssystems war noch auffällender im Fall der CVP. Der Kulturkampf verlor endgültig an Schärfe und bot keine Begründung mehr für die politische Organisation der Katholiken als Minderheit in den Diasporakantonen, und noch weniger in der Schweiz als Ganzes – seit den 1960er Jahren übertraf die Population der KatholikInnen trotz Zunahme der Konfessionslosen diejenige der ProtestantInnen im Lande.⁴⁰³ Die Abkoppelung des verbleibenden katholischen Milieus von der Partei zeichnete sich ferner dadurch aus, dass die traditionelle Kampfgemeinschaft zwischen Partei und Kirche nur noch gelegentlich, beispielsweise bei der Frage der Abtreibung, bestand.⁴⁰⁴ Auch eine traditionelle Organisation wie der Studentenverein erfüllte seine Rolle als zentrales Nachwuchsreservoir nicht mehr.⁴⁰⁵ Ferner verlor die CVP mit der Abkoppelung und der Abschwächung der christlichsozialen Arbeiterbewegung eine organisierte politische Grösse, nicht viel anders als die SP mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.⁴⁰⁶ Trotz der Reorganisation Anfang der 1980er Jahre konnten weder der christlichsoziale noch der unternehmerische Flügel über eine starke mobilisierbare Basis verfügen. Die Auflösung des katholischen Handlungssystems und darüber

³⁹⁹ Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 174f.

⁴⁰⁰ Degen: Sozialdemokratie und Gewerkschaften, 1988, S. 144.

⁴⁰¹ Dazu Rennwald: Partis socialistes et classe ouvrière, 2015.

⁴⁰² Beginnend damit, dass die neuen linken und grünen Parteien ebenfalls Beziehungen mit den neuen sozialen Bewegungen pflegten und diese ihre parteipolitische Unabhängigkeit behalten wollten, insbesondere die Bewegungen der zweiten Generation. Kriesi: Perspektiven neuer Politik, 1986, S. 346f.

⁴⁰³ Symbolisch dafür war die Abschaffung der konfessionellen Artikel 1973, selbst wenn noch 6 protestantische Kantone dagegen stimmten. Allematt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 174ff.

⁴⁰⁴ Die Kirche selbst machte zunehmend politische Stellungnahmen, seitdem sie offiziell parteipolitisch neutral war. Ebd., S. 176.

⁴⁰⁵ Vgl. Schorderet: Crise ou chrysanthèmes, 2007, S. 91.

⁴⁰⁶ Allematt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 160ff.

hinaus der katholischen Identität als weltanschauliche Klammer kann darüber hinaus die steigenden parteiinternen Spannungen Anfang der 1980er Jahre mindestens teilweise erklären.⁴⁰⁷

Abschwächung der Parteibindungen und der Parteidisziplin

Im Fall der CVP zeigte Schorderet, wie es, jedenfalls in einer ersten Phase, vor allem das Handlungssystem war, welches eine Krise erfuhr.⁴⁰⁸ Die Partei hatte insgesamt zwischen 1947 und 1983 einen Stimmenanteilsverlust von nur 1.2% erlebt. Ab den 1970er Jahren liessen sich die Schwächen der CVP vor allem in jenen Diasporakantonen spüren, in welchen die Partei ihre Erfolge der 1950er Jahre errungen hatte. Das Mittelland von Zürich bis Lausanne wurde zum „wahlpolitischen Ödland“ für die Partei.⁴⁰⁹ Ab den 1980er Jahre verlor die Partei dann auch Stimmen in den ehemaligen Kulturkampfkantonen wie Sankt Gallen, wo doch die CVP-Wahl noch lange mit dem Wesen des guten Katholiken assoziiert worden war. Dafür blieben die Parteistimmen in den Stammländern noch weitgehend stabil, wo die sozialen Mechanismen der katholischen Mehrheitsgesellschaft noch wirksam waren. Altermatt bemerkte 1979 sogar, dass der Erfolg der Parteireform von 1970 „nicht im Gewinn neuer reformierter Wählerschichten, sondern in der Beibehaltung der alten katholischen Wählermassen zu sehen“ sei.⁴¹⁰ Tatsächlich hatte hingegen die Öffnung in Richtung Protestanten wenig bewirkt. Eine Umfrage von 1972 zählte 86% Katholiken und 14% Reformierte bei den Wählenden, was die CVP weiterhin zu einer vorwiegend katholisch geprägten Partei machte. Am Ende des Jahrzehnts zählte die Partei nur noch 10% protestantische Mitglieder.⁴¹¹

Trotz der relativen Stabilität der Wahlergebnisse sahen sich die Bundesparteien allesamt mit geschwächten Parteibindungen konfrontiert, was sich zunächst in der verstärkten Wahlvolatilität seit den 1960er Jahren ausdrückte, später auch von den ersten Umfrageergebnissen insbesondere bezüglich Jugendlichen und Frauen zu Ungunsten der Bundesratsparteien bestätigt wurde.⁴¹² Während darin der Bedeutungsverlust der alten Konfliktlinien zu Gunsten von neuen, „postmaterialistischen“ Aspirationen eine Rolle spielte, wirkte die Auflösung der Handlungssysteme als Rahmen für die politische Sozialisierung ebenfalls auf die abnehmende Weitergabe der Parteizugehörigkeit von einer Generation zur nächsten. Wenn Gruner 1969 noch schreiben konnte, dass Parteisympathien von einer

⁴⁰⁷ Ebd., S. 60ff. Dieses Spannungsfeld in der Wirtschaftspolitik in Zusammenhang mit einer abgeschwächten Werteorientierung der CVP-Kader hat auch Zurbriggen für die späteren Jahrzehnte analysiert. Zurbriggen: CVP und die soziale Mitte, 2004.

⁴⁰⁸ Schorderet: *Crise ou chrysanthèmes*, 2007, S. 91f.

⁴⁰⁹ Altermatt: *Von der katholischen Milieupartei zur Partei der bürgerlichen Mitte*, 2013, S. 27.

⁴¹⁰ Altermatt: *Katholische Allklassenpartei*, 1979, S. 100.

⁴¹¹ Zitiert nach Altermatt: *Aufbruch aus dem katholisch-konservativen Ghetto?*, 1979, S. 86f.

⁴¹² Vgl. Longchamp: *Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens*, 1987; Nabholz: *Das Wählerverhalten in der Schweiz*, 1998. Der Begriff der Parteibindung stammt aus der Michigan-Wahlforschungsschule und bezeichnet die Stärke des affektiven Verhältnisses zwischen Wahlberechtigten und einer Partei, welches langfristig durch die politische Sozialisierung entwickelt wird.

Generation zur nächsten vermittelt würden,⁴¹³ so zeigte eine Studie von 1980, dass nur 15% der unter 40-jährige KatholikInnen, dafür aber 41% ihrer über 40-jährigen GlaubensgenossInnen mit der CVP sympathisierten. 1972 hatte sich noch kein derartiger Generationsunterschied bemerken lassen.⁴¹⁴

Schliesslich waren die Parteien bereits seit den 1940er Jahren mit einer Zunahme des Panaschierens, Kumulierens und Streichens konfrontiert: Bei den Nationalratswahlen von 1983 vereinigten die veränderten Parteilisten 55.1% aller gültigen Stimmen auf sich, gegenüber nur 31% bei den Wahlen von 1947 (Graphik 10). Auch die freien Listen (ohne Parteibezeichnung) nahmen stetig zu – 3.2% im Jahre 1947, 8.6% bei den Wahlen von 1983. Erich Gruner erklärte dieses Verhalten durch ein steigendes Bedürfnis der Bürger, dem der Listenwahl innewohnenden Parteizwang entgegenzutreten.⁴¹⁵ In den 1980er Jahre schlug auch Dominique Joye unter Bezugnahme auf Albert Hirschmann vor, die zunehmende Modifikation von Stimmzetteln als „voice“ gegenüber den Parteien und die steigende Stimmenthaltung als „exit“ zu verstehen.⁴¹⁶

Wandel der Beteiligungsformen

Um 1980 fanden sich ferner Schweizer Parteien vor veränderten Beteiligungsformen, welche ihre frühere zentrale Rolle für die politische Mobilisierung zu bedrohen und zu entlegitimieren schienen. Symbolisch hierfür war die seit Imbodens Aufruf nur weitergestiegene Wahlenthaltung, welche bei den Nationalratswahlen von 1979 sogar die 50%-Schwelle erreichte, während die Stimmenthaltung je nach Brisanz der Vorlage hohe Schwankungen erlebte. Wenn die ersten politikwissenschaftliche Studien zu diesem Phänomen es mit sozialen Faktoren (sozialer Klasse, Grad der Urbanisierung, Alterskategorie...) erklärt hatten, wurde es nun vermehrt mit dem Legitimitätsverlust des politischen Systems in Verbindung gebracht.⁴¹⁷ Der Befund einer Abwendung vieler BürgerInnen von der Parteipolitik wurde dadurch verstärkt, dass seit den 1960er Jahren ausserparlamentarische Beteiligungsformen vermehrt in Anspruch genommen wurden.⁴¹⁸ Anfang der 1980er Jahre gab es auch keinen Anlass zu denken, dass dieser Trend nachlassen würde. Selbst wenn die noch junge Partizipationsforschung zeigte, dass parlamentarische und ausserparlamentarische Beteiligungsformen nicht unbedingt substitutiv, sondern auch kumulativ sein konnten, schien es, dass besonders ein Teil

⁴¹³ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 222 (diese Bemerkung stammt aus der ersten Fassung des Buches von 1969).

⁴¹⁴ Kriesi: Perspektiven neuer Politik, 1986, S. 336.

⁴¹⁵ Gruner: Die Parteien und das Einflusspotential des Bürgers, 1970, S. 1063.

⁴¹⁶ Joye: La mobilisation partisane, 1986, S. 49. Vgl. Hirschman: Exit, Voice, and Loyalty, 1970.

⁴¹⁷ Vgl. für eine gegenwärtige Darstellung der Forschung zur Partizipation Levy; Zwicky: Politische Partizipation, 1984.

⁴¹⁸ Wie in zwei bedeutenden und viel rezipierten Studien dokumentiert Kriesi u. a. (Hg.): Politische Aktivierung in der Schweiz, 1981; Gruner: Der Stimmbürger und die „neue“ Politik, 1983.

der zweiten Bewegungsgeneration – namentlich die Jugendbewegung – der Parteipolitik den Rücken kehrte.⁴¹⁹

Ob Ursprung oder Begleiterscheinung der steigenden Stimmenthaltung der reine Akt des Wählens oder Abstimmens sowie das klassische Engagement im Milizsystem hatten gewiss an Prestige verloren. Das Milizprinzip selbst hatte seit den 1960er Jahren an symbolischem Sinngehalt eingebüsst, da das Modell des Bürger-Soldaten mit dem Universalstimmrecht sowie der steigenden Infragestellung des Wehrdienstes an Allgemeingültigkeit verlor.⁴²⁰ Der lange hochsymbolische Rahmen für die soziale Bedeutung des Abstimmens war auch einem starken Wandel unterworfen: Wie König aufweist, bildete die Gemeinde mit der Agglomerisierung der Schweiz längst nicht mehr den idealisierten Ort der politischen Identifikation und Teilhabe.⁴²¹ Folglich hatte die lokale Verankerung der politischen Praktiken abgenommen und damit auch der soziale Druck (auf die Männer), wählen zu gehen.⁴²² Diese Abnahme, begünstigt durch die ab den 1970er Jahren zunehmende Briefwahl, begegnete ferner der Abschwächung und Infragestellung der Autoritätsverhältnisse, auf welchen die Vorstellung von staatsbürgerlichen Pflichten basiert hatte. Wenn Staat, Schule, Armee, und zum guten Teil Kirche seit dem 19. Jahrhundert zur „Fabrikation des staatsbürgerlichen Verhaltens“⁴²³ wesentlich beigetragen hatten, so wurde dieses autoritäre Modell der politischen Bildung ab den 1960er Jahren zunehmend in Frage gestellt, wie beispielsweise die Störung der Zürcher „Jungbürgerfeier“ durch junge ZürcherInnen Ende des Jahrzehnts verdeutlichte.⁴²⁴ An Stelle der klassischen Beteiligung durch Abstimmen und eventuell Milizengagement wuchsen neue Vorstellungen der demokratischen Teilhabe um die Idee der Selbst- oder zumindest Mitbestimmung in vielfältigen Lebensbereichen heran.⁴²⁵ Als rechtliche Aufdrängung der staatsbürgerlichen Pflichten geriet damit der Stimmzwang, welcher in einigen Kantonen existierte, in die Kritik und wurde abgeschafft oder gelockert.⁴²⁶

⁴¹⁹ Kriesi: *Perspektiven neuer Politik*, 1986, S. 354ff.

⁴²⁰ Dieser Prozess beschleunigte sich Ende der 1980er Jahre und noch mehr mit dem Ende des Kalten Krieges, wobei sowohl die Infragestellung der Armee als auch jene des Milizsystems von starken Widerständen begleitet wurden, die solche Forderungen als Bedrohung der nationalen Identität wahrnahmen. Mazzoleni: *Critique et légitimation*, 2006, S. 181.

⁴²¹ König: *Politik und Gesellschaft*, 1998, S. 89. König suggeriert zudem, dass gerade dieser Bedeutungsverlust politischer Entscheidungsprozesse insbesondere auf lokaler Ebene das breite Ja zum Universalstimmrecht 1971 erklären könnte. Diese Hypothese sähe sich dadurch bestätigt, dass Frauen am Ende des 20. Jahrhunderts bei unbeliebten Mandaten von kommunalen Exekutiven gut vertreten waren, dies besonders in der Deutschschweiz, wo Widerstände gegen ihren Zugang zu politischen Rechten doch besonders virulent waren.

⁴²² Das damit abgeschwächte Pflichtverständnis um den Wahlakt wurde in den 1970er Jahren im Sinne der Theorie des „decline of community“ als Faktor für die Stimmenthaltung genannt, wobei spätere Studien diese Erklärung relativierten bzw. in Verbindung mit anderen Prozessen, gerade denjenigen der abgeschwächten Legitimität und Handlungsfähigkeit des politischen Systems, setzten, vgl. Neidhart: *Determinanten des politischen Verhaltens*, 1971; Girod; Ricq: *Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral*, 1970; Levy; Zwicky: *Politische Partizipation*, 1984.

⁴²³ In Anlehnung an Herrmann (Hg.): *Façonner les comportements citoyens*, 2011.

⁴²⁴ Vgl. dazu SSA ZA 14.3, *Staatsbürgerliche Erziehung*.

⁴²⁵ Zur Formulierung dieser Forderungen der 1968er-Bewegungen, Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012, S. 110ff.

⁴²⁶ Vgl. Levy; Zwicky: *Politische Partizipation*, 1984, S. 287.

Krise der Parteien?

Angesichts dieser Veränderungen der Beteiligungsformen ist es nicht erstaunlich, dass in den 1980er Jahren vermehrt die Rede von einer „Krise der Parteien“ war.⁴²⁷ Politikwissenschaftler sprachen nun von deren Funktionsverlust der Parteien im Verhältnis zu den BürgerInnen, eine Diagnose, welche die Parteien besorgt zu Kenntnis nahmen.⁴²⁸ Zwar zahlten sie im erschwerten wirtschaftlichen Kontext um 1980 weiterhin den Preis für ihre historischen Schwächen und insbesondere ihre Unterordnung unter die Wirtschaftsverbände, aber den Bedeutungs- und Legitimitätsverlust der Parteien im politischen Feld sowie in der Gesellschaft erklärten zeitgenössische Beobachter vielmehr mit ihren steigenden Schwierigkeiten, die Wählende an sich zu binden, wobei die Schweizer Parteien keinen Sonderfall im westeuropäischen Vergleich darstellten. Anders als viele Parteien im Ausland konnten sie jedoch diese Schwächen nicht durch einen vermehrten Zugriff auf staatliche Reserven kompensieren, weshalb sie nicht dem Typus der Kartellpartei zugeordnet werden können.⁴²⁹ Selbst wenn eine Partei wie die CVP sich in den 1960-70er Jahren besonders proaktiv gezeigt hatte, um das bestehende Wettbewerbssystem zu konsolidieren, zeigten die Reformbestrebungen einen geringen Erfolg, gerade aufgrund ihrer schwachen Position im politischen System.⁴³⁰ Hingegen schlugen Schweizer Parteien eine Vielfalt an Antworten auf den wahrgenommenen Wandel ihrer Wählerschaften vor, von den Strukturreformen der 1970er Jahre bis hin zu ihrer programmatischen Neupositionierung ab Ende der 1970er Jahre.⁴³¹ Mehr denn je stellte sich jedoch für die Bundesratsparteien Anfang der 1980er Jahre die Herausforderung, gleichzeitig zusammenzuarbeiten und sich an den Urnen zu profilieren, um die Wählenden weiter an sich binden zu können.

2. Parteiliten im Wandel

Um das Handeln der parteipolitischen Entscheidungsträger verstehen zu können, lohnt es sich nun, ihre Profile und Ressourcen im Laufe der Zeitperioden zu betrachten.

⁴²⁷ Wie Ladner und Brändle rückblickend bemerkten, Ladner; Brändle: *Die Schweizer Parteien im Wandel*, 2001, S. 14f. Vgl. insb. Joye: *La mobilisation partisane*, 1986, S. 47; Klöti; Risi: *Neueste Entwicklungen*, 1987, S. 15f.

⁴²⁸ Vgl. die These von Gruner und Hertig in ihrer Studie von 1983, Gruner; Hertig: *Der Stimmbürger und die „neue“ Politik*, 1983; Zur daraus folgenden Diskussion in der Öffentlichkeit: *Année politique suisse*, 1983.

⁴²⁹ Vgl. Katz; Mair: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy*, 2002; Ladner: *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*, 2004, S. 243ff.

⁴³⁰ Vgl. die Schlussfolgerungen von Detterbeck über die CVP und SP in dieser Hinsicht, Detterbeck: *Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa*, 2002, S. 291ff. Anders als die CVP blieb die SP bis Ende der 1970er Jahre sehr passiv bezüglich der Gestaltung der Regierung, Degen: *Sozialdemokratie*, 1993, S. 103.

⁴³¹ Vgl. Rossinis Diskussion der These von Mair, Müller und Plasser zum Parteiwandel im Fall der Tessiner Parteien, Rossini: *Fra perdita di consensi e reazioni al cambiamento*, 2015; Mair; Müller; Plasser: *Political Parties and Electoral Change*, 2004.

Vielfältige Perspektiven...

Individuell gesehen brachten zwar die Partieliten, d.h. die Mitglieder der nationalen und kantonalen Exekutivinstanzen, eine Vielfalt an sozialen Positionen, und somit Erfahrungen und Perspektiven in die Wahlkämpfe ein. Es fanden sich unter ihnen beispielsweise im Sekretariat angestellte Parteifunktionäre, die den Wahlkampf koordinierten, alt gediente MilizparlamentarierInnen, die Interesse an ihrer Wiederwahl hatten, aber auch einige Neulinge, die sich erst in der Partei Gehör verschaffen mussten – nicht zuletzt die VertreterInnen der Jugend- und Frauensektionen, wenn sie statutarisch in den Exekutivinstanzen einen Platz hatten oder hinein kooptiert wurden. Damit lassen sich auch verschiedene Generationen und darüber hinaus politische Sozialisierungen bei den Parteispitzen erkennen, welche Änderungen im Handeln der Parteien im Laufe der Zeitperiode erklären können, aber auch manche Konflikte innerhalb der Parteien hervorrufen mochten. Vereinfachend lassen sich einige Schlüsselereignisse erkennen, welche bei den Schweizer Eliten des 20. Jahrhunderts eine Weltanschauung, ein politisches Engagement, sowie ein Verhältnis zum politischen Konflikt prägen oder verstärken konnten. Eine erste Generation erfuhr den Landesstreik oder nahm sogar an ihm teil, ein Ereignis, dessen politische Bedeutung sich insbesondere während den Zwischenkriegsjahren für linke wie bürgerliche Akteure entfaltete. Männliche Jahrgänge bis 1920 erlebten ihrerseits den Aktivdienst während des Zweiten Weltkrieges, eine Erfahrung, die ihre Wahrnehmung des bedrohten Kleinstaates soweit prägte, dass sie als Schweizer Aktivdienstgeneration sogar eine eigene Bezeichnung erhielten.⁴³² Die Jahrgänge ab 1940 wurden hingegen nach dem Krieg, in einer von Stabilität und Wohlstand geprägten Schweiz erwachsen und hatten anders als ältere SchweizerInnen einen guten Zugang zur Sekundärausbildung. Ihre Erziehung blieb dabei noch weitgehend von den traditionellen Werten der älteren Jahrgänge geprägt.⁴³³ In den ersten Nachkriegsjahren erwies sich 1956 die Mobilisierung gegen den sowjetischen Einmarsch in Ungarn als politisches Sozialisierungsmoment für einen Teil der Schweizer PolitikerInnen der 1970-80er Jahre – auch in der SP.⁴³⁴ Für die jüngsten Jahrgänge von PolitikerInnen, die in der vorliegenden Forschung vorkommen, erwiesen sich ferner die „68er“ als zentrale Sozialisierungserfahrung, mit welcher links oder rechts neue politische Themen und Konfliktlinien in den Vordergrund traten.

... und geteilte Ressourcen

Über die Vielfalt der Profile hinaus lassen sich aber wiederkehrende Merkmale bei den Profilen der Mitglieder der kantonalen und nationalen Führungsinstanzen in der Nachkriegszeit erkennen.

⁴³² Die Erfahrung des Aktivdienstes soll ebenfalls, aber auf zwei entgegengesetzte Arten, das politische Engagement der Werbeberater Rudolf Farner und Victor Cohen geprägt haben, vgl. Kutter: Werbung in der Schweiz, 1983, S. 155.

⁴³³ Wie Altermatt bezüglich der katholischen Erziehung junger Erwachsenen der 1980er Jahre bemerkte, Altermatt: Katholizismus und Moderne, 1989, S. 180.

⁴³⁴ Von der Freisinnigen Elisabeth Iklé-(Kopp) bis zum Sozialdemokraten Walter Renschler, Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 324ff.; Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 68ff.

Zunächst ist die Kumulation mehrerer Ämter und Rollen auffallend. Die meisten nationalen Führungskader waren selbst politische MandatsträgerInnen und insbesondere ParlamentarierInnen, wobei ihre Funktionen sich weiter summierten, da sie oft in mehreren Parteigremien sassen.⁴³⁵ Folglich können die mangels entsprechender Daten nicht direkt erfassbaren Profile der parteipolitischen Führungskader anhand jener der ParlamentarierInnen angenähert werden: Nach einer Demokratisierungsphase aufgrund des Wechsels zum Proporz erfuhr das eidgenössische Parlament zwischen 1937 und 1980 eine gebremste Demokratisierung, welche sich in erster Linie durch die paradoxen Wirkungen des Milizsystems erklären lässt: Das Milizparlament benötigte nämlich aufgrund der geringen Entschädigungen einen Politikertyp, der „in seiner Freizeit vollberuflich politisch tätig sein [konnte]“, und der dafür einen unabhängigen oder politischen Hauptberuf ausübte.⁴³⁶ So waren Lohnabhängige im privaten und öffentlichen Sektor bei den Parlamentariern der Nachkriegszeit im Vergleich mit ihrem Anteil in der Bevölkerung stark untervertreten. Hingegen übten über 40% der Parlamentarier weiterhin unabhängige Berufe aus, waren Anwälte, Unternehmer oder Bauern.⁴³⁷ Politische Berufe – Partei- oder Verbandssekretäre sowie auch Redaktoren der Parteipresse – erreichten im Jahr 1957 ebenfalls fast 40% im Nationalrat und noch mehr im Ständerat.⁴³⁸

Die Bedeutung der politischen Berufe begann jedoch ab den 1980er Jahren im Parlament und in den Parteien abzunehmen. Mit der Professionalisierung der Parteisekretariate hat sich die Funktion des Parteisekretärs – auf eidgenössischer sowie auf kantonaler Ebene – spezialisiert: Kompetenzen im Bereich Werbung, Kommunikation oder Organisation zählten nun mehr als die politische Karriere.⁴³⁹ Im Gegensatz dazu hatten sich Parteisekretäre früherer Jahrzehnte beispielsweise viel öfter selbst zur Wahl gestellt.⁴⁴⁰ In ähnlicher Weise hat das Kumulieren mehrerer Mandate auf den unterschiedlichen Staatsebenen zwischen 1957 und 1980 abgenommen.⁴⁴¹ Insbesondere die Doppelfunktion Nationalrat/Staatsrat erschien über die Jahre immer weniger als tragbar oder wünschenswert. Frühere politische Mandate auf Gemeinde- und Kantonsebene blieben aber im Sinne eines *cursus honorum*

⁴³⁵ Die statutorische Verflechtung der Entscheidungsgremien nennt Masnata im Fall der SP als einen Grund für die Konzentration der Rollen in einigen Händen, Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 98.

⁴³⁶ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl, S. 92.

⁴³⁷ Pilotti: Entre démocratisation et professionnalisation, 2016, S. 361f. Anwälte waren besonders bei der FDP stark vertreten, Landwirte bei der SVP.

⁴³⁸ Ebd., S. 360f.

⁴³⁹ Ein gutes Beispiel dafür ist der Generalsekretär der schweizerischen SVP Anfang der 1980er Jahren, Max Friedli. Anders als seine Vorgänger, alle gewählte, bekannte Magistrate in verschiedenen Ämtern, verstand Friedli seine Rolle als „graue Eminenz“ der SVP-Politiker. Es sei ihre Aufgabe öffentlich aufzutreten, während seine es sei, die Öffentlichkeitsarbeit der Partei hinter den Kulissen zu koordinieren. Nur hohe Magistrate als Vorgänger. SVP Generalsekretär Max Friedli zieht die Rolle der „grauen Eminenz“ dem politischen Mandat vor, in: Der Bund, 9.08.1983.

⁴⁴⁰ Ein solches Profil war sowohl bei wichtigen Akteuren auf eidgenössischer Ebene zu finden, wie im Fall des langjährigen CVP-Generalsekretärs und Nationalrats Martin Rosenberg, der zudem *Vaterland*-Redaktor war, als auch bei den „Männern für alles“ bei kleinen kantonalen Parteien, wie der Parteisekretär und Nationalrat Pierre Teuscher für die waadtländische BGB.

⁴⁴¹ Dazu Pilotti: Entre démocratisation et professionnalisation, 2016, S. 262ff.

üblich, um später eine Karriere auf eidgenössischer Ebene anstreben zu können.⁴⁴² Der Werdegang von Schweizer PolitikerInnen blieb dabei stark lokal verankert. Ferner behielt die politische Elite eine enge Verflechtung mit der Wirtschaft durch die Sitze vieler Parlamentarier in Wirtschaftsverbänden oder Verwaltungsräten.⁴⁴³ Dies stellte seitens der bürgerlichen PolitikerInnen eine bedeutende Finanzierungsquelle dar. Die SozialdemokratInnen konnten dabei ihre Ferne von wirtschaftlichen Netzwerken durch ihre hauptberufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in Gewerkschaften, Wohn- oder Konsumgenossenschaften sowie später im Vereinswesen einigermaßen kompensieren.

Die starke Konzentration von politischem, wirtschaftlichem und sozialem Kapital bei den SpitzenpolitikerInnen war umso schwerer aufzubrechen, als sich die politischen Karrieren in der Nachkriegszeit als besonders lang erwiesen – im Durchschnitt sassen sie 14 Jahre in der Bundesversammlung.⁴⁴⁴ Durch die hohe parteipolitische Stabilität und ihren Amtsbonus als bisherige ParlamentarierInnen inner- und ausserhalb der Parteien hatten sie tatsächlich sehr hohe Chancen, wiedergewählt zu werden.⁴⁴⁵ Das Schwergewicht der Altersstruktur des Parlamentes befand sich dabei zwischen 40 und 59 Jahren, wodurch trotz einer Verjüngungstendenz nach 1957 jüngere Jahrgänge besonders unterrepräsentiert waren. Dieses homosoziale Profil zeigte aber langsam Risse: Ab den 1970er Jahren lässt sich eine bescheidene Demokratisierungswelle in der Bundesversammlung insbesondere mit dem Eintreten der Frauen in die Politik erkennen.⁴⁴⁶ Die ersten Politikerinnen verfügten dabei über noch mehr akademisches Kapital als ihre männlichen Kollegen. Sie kumulierten aber als Quereinsteigerinnen in das politische Feld viel weniger Mandate und Netzwerkmöglichkeiten – beginnend mit der Armee.

Mit dieser durchaus ausgeprägten Endogamie der Elite der Bundesratsparteien in der Nachkriegszeit kamen darüber hinaus geteilte Erfahrungen sowie eine Kenntnis von Spielregeln und Verhaltenscodes, welche etablierte PolitikerInnen über die jeweilige parteipolitische Zugehörigkeit und die Generation hinaus von Neulingen unterschieden. Das politische Feld war dabei auch nach 1971 stark androzentrisch, was sich insbesondere an der Bedeutung von für Frauen unzugängliche Ressourcen wie der Zugehörigkeit zu (männlichen) Studentenverbindungen sowie der Armeeerfahrung zeigte.⁴⁴⁷ Das Parlament zählte sogar bis zu 40% Offiziere in den Jahren 1957 und 1980, welche sich überwiegend bei den bürgerlichen Parteien fanden.⁴⁴⁸ Die Bedeutung eines Verständnisses des

⁴⁴² Vgl. ebd., S. 247ff.; Gruner (Hg.): Die schweizerische Bundesversammlung 1920-1968, 1970, S. 78f.

⁴⁴³ Dazu Pilotti: *Entre démocratisation et professionalisation*, 2016, S. 262ff.; Eichenberger u. a.: *Parlement de milice et groupes d'intérêt*, 2016.

⁴⁴⁴ Pilotti: *Entre démocratisation et professionalisation*, 2016, S. 256ff.

⁴⁴⁵ Die Wiederwahlquote für den Nationalrat schwankte für die Nachkriegszeit zwischen 80% und 95%, wobei sie nur bei den ersten Nachkriegswahlen sowie bei jenen der 1970er Jahre unter 90% fiel. Vgl. Z'Graggen: *Professionalisierung von Parlamenten*, 2009, S. 89.

⁴⁴⁶ Pilotti: *Entre démocratisation et professionalisation*, 2016, S. 195ff.

⁴⁴⁷ Dazu Blattmann; Meier: *Einleitung*, 1998. Zu den Studentenverbindungen und Clubs in der Bundesversammlung, Gruner (Hg.): *Die schweizerische Bundesversammlung 1920-1968*, 1970, S. 143ff insb.

⁴⁴⁸ Pilotti: *Entre démocratisation et professionalisation*, 2016, S. 228ff.

Milizengagements als staatsbürgerliche Pflicht bei vielen Eliten der Zeit lässt sich auch aus diesen biographischen Annäherungen verstehen.

Die soziale Endogamie der schweizerischen politischen Elite einerseits und ihre zahlreichen Kontakte und Netzwerkmöglichkeiten im Sinne einer „multipositionalität“ andererseits gelten dabei als günstiger Faktor für die Funktionsweise des Konkordanzmodells, indem sie die Grundlage sowohl für die zwischenparteiliche Zusammenarbeit als auch für die neokorporatistischen Entscheidungsprozesse bilden.⁴⁴⁹ Wie der britische Politikwissenschaftler Christopher Hughes 1962 schrieb: „One cannot help being struck when following, for example, the committee career of a National Councilor, by the many points at which the leading actors come into contact with one another; and one can observe with one's eyes that they are intimately acquainted, though in a peculiar way, as hostile princes are ‚dear cousins‘ to each other.“⁴⁵⁰ Im Fall der Wahlkämpfe lässt sich vereinfachend zusammenfassen, dass die Partieliten durchaus mehr Gemeinsamkeiten miteinander teilten, als mit manchen ihrer Wählenden.

3. Medienwandel und Berichterstattung zu den Wahlkämpfen

Um den Handlungskontext der Parteien im Wahlkampf zu verstehen, gilt es schliesslich, den Wandel der Medienlandschaft und der medialen Berichterstattung unter die Lupe zu nehmen.

3.1. Transformationen der Medienlandschaft

Zwischen Parteipresse und Radio

Die Schweizer Presselandschaft der 1940-1950er Jahre bestand aus einer Vielfalt an kleinen und mittleren Zeitungen auf lokaler, kantonaler und seltener regionaler Ebene, die vom offiziellen Parteiorgan, über das nicht offizielle, aber doch parteinahe Blatt bis hin zum neutralen Anzeiger, zur Verbandspresse oder zu den unpolitischen illustrierten Wochenzeitschriften reichte. Für alle Parteien trug dabei die Parteipresse, aber auch die Vereins- und teilweise auch die Verbandspresse zur Integration und Mobilisierung des Handlungssystems bei. Neben der Parteipresse war aber auch eine Reihe an neutralen Titeln bedeutend, so z.B. lokale, aber bürgerlich orientierte Anzeiger, oder die regionale Meinungspresse wie der *Tages-Anzeiger*. Manche bedeutenden Zeitungen wie die *Journal de Genève* oder die *Tribune de Lausanne* in der Romandie verstanden sich als unabhängige Zeitungen, obwohl sie einer Partei nahestanden – in diesem Fall der liberalen Partei.⁴⁵¹ Mitte der 1960er Jahre gab es noch 370 politische Zeitungen in der Schweiz, darunter 237 offizielle Parteiorgane.⁴⁵²

Für diese Jahre lässt sich insofern von einer (oder mehreren) höchst segmentierten, lokal geprägten Öffentlichkeit(en) sprechen. François Masnata machte dabei 1963 darauf aufmerksam, dass diese

⁴⁴⁹ Wie Pilotti in Anlehnung an Luc Boltanski schreibt, Ebd., S. 264; Boltanski: *L'espace positionnel*, 1973.

⁴⁵⁰ Hughes: *The parliament of Switzerland*, 1962, S. 27.

⁴⁵¹ Dazu Clavier: *Grandeurs et misères de la presse politique*, 2010.

⁴⁵² Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 215.

Medienlandschaft hauptsächlich bürgerlich ausgerichtet war. Die schmalen Auflagen der zwanzig SP-Organen sei besorgniserregend für diese Partei, da viele linksorientierte Wähler hauptsächlich die auflagenstarke, bürgerliche Presse wie die *Neue Zürcher Zeitung* oder die *Gazette de Lausanne* lesen würden.⁴⁵³

Neue Medienlandschaft

Knapp ein Jahrzehnt nach Kriegsende setzte ein umfassender Medienwandel ein, welcher sowohl die mediale Berichterstattung als auch den Medienkonsum der Bürger völlig verändern sollte. Zunächst gewann das ab 1953 ausgestrahlte Fernsehen zunehmend an Bedeutung und dies auch im politischen Bereich: 1959 wurden die Bundesratswahlen beispielsweise erstmals im Fernsehen übertragen; 1965 wurde ein TV-Studio im Bundeshaus eingerichtet. Historische TV-Interviews von Politikern, beginnend mit der Verteidigung von Bundesrat Paul Chaudet wegen der Mirage-Affäre im Jahr 1964, entzündeten auch in der Schweiz die Debatte zur Wirkung des Fernsehens auf die politische Wahrnehmung des Publikums. Das politische Geschehen bekam eine neue, fernsehvermittelte Dimension, als politische Reportagen für die Tagesschau oder die Regionalnachrichten, politische Sendungen oder Übertragungen von politischen Ereignissen wie Landesgemeinden sich vermehrten. 1970 verfügte dabei die Hälfte der Haushalte über einen Fernseher.⁴⁵⁴

Ein zweiter Meilenstein dieses umfassenden Medienwandels war die Gründung der Boulevardzeitung *Blick* 1959, welche in den kommenden Jahren trotz Kritik der etablierten Presse und vieler politischen Akteure die Medienlandschaft und die öffentliche Debatte wesentlich prägte. Zusammen mit den Illustrierten, welche in den 1960er Jahren einen Höhepunkt erlebten, brachten sie einen neuen, personalisierten Berichterstattungsstil ein, welcher mit der Distanzierung der traditionellen Presse kontrastierte. Die einschneidendste Veränderung der Presselandschaft in diesen Jahren stellte dabei das langsame Verschwinden der Parteipresse zu Gunsten einer kommerziellen, parteiunabhängigen Meinungspresse dar. Diese erfüllte zunehmend die Rolle einer sonst fehlenden Opposition und ihr Erfolg widerspiegelte zudem die steigende Dezentrierung des politischen Lebens von den politischen Parteien weg.⁴⁵⁵ Die Parteipresse geriet damit zunehmend unter Druck. Während die sozialdemokratische Presse praktisch zu Grunde ging, fusionierten eine Reihe von traditionell bürgerlichen Blättern zu unabhängigen Zeitungen oder entfernten sich weiter von ihren Referenzparteien.⁴⁵⁶ Die Einführung eines regionalen Kopfblattsystems für einige christlichdemokratische sowie sozialdemokratische Zeitungen verzögerte diese Entwicklung nur,

⁴⁵³ Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 76; vgl. auch Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 228f.

⁴⁵⁴ Vgl. dazu Vallotton: *Anastasia ou Cassandre?* 2006, 42ff.

⁴⁵⁵ Nicht nur positiv wurde diese Entwicklung oft mit dem steigenden Wechselwählerverhalten in Verbindung gebracht, vgl. Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 231; Bollinger: *Die Rolle der Presse in der kommunalen und Kantonalen Politik*, 1978, S. 102ff.

⁴⁵⁶ Ladner: *Die Parteien in der politischen Kommunikation*, 2005, S. 60; Bollinger: *Die Rolle der Presse in der kommunalen und Kantonalen Politik*, 1978.

welche sich insgesamt im Vergleich mit anderen Ländern relativ spät, dafür aber sehr rasch und grundlegend vollzog.⁴⁵⁷ Auch wenn sich der Schweizer Journalismus nicht völlig von der politischen Welt abgekoppelt hat, konnte in den 1980er Jahren keine Referenzzeitung mehr als medialer Arm oder „Vorform“ einer Partei gelten.⁴⁵⁸ An Stelle der vorher dominierenden parteipolitischen Logik trat zunehmend eine eigenständige, teilweise stärker durch kommerzielle Überlegungen geprägte Medienlogik, an der kein Akteur mehr vorbeikam. Medienwissenschaftler wie Kurt Imhof haben diesen Wandel folglich als „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ beschrieben.⁴⁵⁹

Zwischen dem Konzentrationsprozess der Pressetitel und der Bedeutungszunahme der sprachregionalen Fernseh- und Radiokanäle entstanden in diesen Jahren drei sprachregional integrierte Öffentlichkeiten. Die audiovisuelle Landschaft zeigte sich in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre sogar konzentrierter als heute: Private Radios sendeten erst ab 1983, lokales Fernsehen erst ab 1993. Die Konsumgewohnheiten bestätigten ferner die Konsolidierung dieser drei sprachregionalen Öffentlichkeiten: Wenige Medienkonsumenten zeigten sich laut einer Umfrage Anfang der 1980er Jahre bereit, sich anderssprachigen Medien zuzuwenden.⁴⁶⁰ Zugleich erstreckte sich die Bedeutungszunahme des Fernsehens im Alltag der Schweizerinnen und Schweizer auch auf ausländische Kanäle, was laut Roger Blum zur Wirkung habe, dass die „schweizerische politische Berichterstattung nur selten die Gesamtöffentlichkeit [erreiche] und [...] viele Rezipientinnen und Rezipienten [sich] an Themen und Leitbildern der Nachbarstaaten“ anstatt an schweizerischen politischen Themen orientierten.⁴⁶¹

3.2. Der Wahlkampf in den Medien

Wie hat sich die mediale Berichterstattung des Wahlkampfs im Laufe der Nachkriegszeit verändert? Diese Frage ist zentral, um das Handeln der Parteien im Wahlkampf zu verstehen. In einer quantitativen Analyse der Medienereignisse in der *Neuen Zürcher Zeitung*, im *Tages-Anzeiger* und im *Blick* hat der Medienwissenschaftler Linard Udris gezeigt, dass die Parlamentswahlen zwischen 1960

⁴⁵⁷ Am spätestens im Tessin, wo dieser Prozess erst in den 1980er Jahren begann, Mazzoleni; Tognetti; Stanga: *Comizi elettorali fra declino e trasformazione*, 2004, S. 82f. Vgl. auch Blum: *Politischer Journalismus in der Schweiz*, 2005; Clavien: *Grandeurs et misères de la presse politique*, 2010, S. 262ff. Zum Kopfblattsystem, Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 235ff.

⁴⁵⁸ Ladner: *Die Parteien in der politischen Kommunikation*, 2005, S. 60. Vgl. für den Zustand der Presselandschaft im Jahr 1981, Schatz: *Moyens de communication des partis politiques*, 1982, S. 82. Roger Blum erwähnt trotzdem die Tatsache, dass Journalisten und Politiker in Bundesbern sich durchaus gut kennen und gemeinsame Feierlichkeitsmomente geniessen, Blum: *Politischer Journalismus in der Schweiz*, 2005, S. 127.

⁴⁵⁹ Imhof: *Politik im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 2003. Für einen Überblick siehe Donges: *Politische Kommunikation in der Schweiz*, 2005, S. 10ff.

⁴⁶⁰ Reimann; Meier: *Zum Einfluss ausländischer Medien*, 1982.

⁴⁶¹ Blum: *Politischer Journalismus in der Schweiz*, 2005, S. 121. Ein Artikel der *Schweizer Illustrierten* von 1983 identifizierte dieses Phänomen sogar bei Wahlkämpfen im Ausland, für die im Gegensatz zu den Urnengängen in der Schweiz gelte, dass „wenn etwa in Frankreich oder der Bundesrepublik Deutschland das Wahlkampfbarometer in die Höhe schnellte, so lassen sich auch hierzulande viele Bürger via Fernseher vom Wahlfeber anstecken“. Flubacher, Rita: *Jojo für die Urne*, in: *Schweizer Illustrierte*, 03.10.1983.

und 1987 etwas an medialer Bedeutung gewonnen haben: 1987 belief sich ihr Resonanzanteil unter den zwanzig grössten Kommunikationsereignissen des Jahres auf immerhin 15%, während es 1963 nur 7% waren.⁴⁶² Je nach Zeitgeschehen im Inland, und noch stärker im Ausland, war diese Entwicklung aber deutlichen Schwankungen unterworfen – eine breite Berichterstattung des Wahlkampfs stellte also kein mediales Muss dar. Die Langzeiterhebung, auf welche Udris sich dabei stützte, berücksichtigt aber lediglich Artikel, die explizit einen Zusammenhang zur Wahl herstellten. Zudem sagt die quantitative Analyse wenig über die Intensität der Berichterstattung aus, welche vom kurzen Bericht einer Delegiertenversammlung bis hin zum vertieften Kommentar zu einer Kampagnenstrategie reichen konnte. Um einen Eindruck des Wahlkampfs als mediales (Nicht-)Ereignis zu bekommen, werden dafür im Folgenden erste Zeichen eines qualitativen Wandels der Wahlkampfberichterstattung vorgestellt.

Les jeux sont faits?

Die Feststellung, dass Parlamentswahlen in den 1940er und 1950er Jahren wenig Aufmerksamkeit bekamen, ist zugleich richtig und dennoch nicht ausreichend. Der Bürger mochte zwar lediglich im politischen Teil seiner Zeitung oder aus dem Radio vom Wahlkampf erfahren haben. Populäre Zeitschriften wie die *Schweizer Illustrierte* interessierten sich hingegen viel mehr für ausländisches Zeitgeschehen und für ausländische Prominenz. Zudem erwies sich die neutrale Wahlkampfberichterstattung tatsächlich als begrenzt. Die stark lokal und kantonale verankerte Presse berichtete in erster Linie über das Geschehen im jeweiligen Kanton, etwas noch über eidgenössische Fragen, aber wenig über das Geschehen in weiteren Kantonen. Von Ereignissen im Rahmen des Wahlkampfs wie Parteitag konnte ohnehin nur die jeweilige Parteipresse direkt berichten – als Journalist einer anderen politischen Richtung konnte man höchstens incognito zu kleinen Wahlversammlungen erscheinen. Bei offiziellen Ereignissen, wie bei Parteitagen, bei denen die Parteikarte kontrolliert wurde, musste man sich mit offiziellen Berichten und Texten aus der entsprechenden Parteipresse zufriedengeben. Zum Wahlgeschehen selbst überwogen gelangweilte Kommentare. Bereits 1947 diente die Redewendung „les jeux sont faits“ als gängiges Deutungsschema des Wahlkampfs, um trotz Unsicherheit um das Potential der PdA seine Voraussehbarkeit zu betonen.⁴⁶³ Eine Zeitung wie die *NZZ* ging erstaunlich nonchalant und sparsam mit ihrer Berichterstattung zu diesem Wahlkampf um.⁴⁶⁴ Ein lauer Charakter wurde dabei noch mehr dem Wahlkampf von 1959 zugeschrieben. Wie Martin Rosenberg selbst nach den Wahlen schrieb,

⁴⁶² Seit den 1980er Jahren sind es aber vor allem die Bundesratswahlen, die an Bedeutung gewonnen haben. Dies erklärt Udris zum Teil mit der Bedeutungszunahme des Bundesrates in den Entscheidungsprozessen, vielmehr aber mit der steigenden kommerziellen Logik der Medien, für die Bundesratswahlen sich besser eignen würden. Dafür büssten die Parlamentswahlen in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung ein, Udris: *Schweizer Medien im Wahlkampf*, 2013, S. 6.

⁴⁶³ Avant les élections nationales. Les jeux se font... les jeux sont faits, in: *Le Peuple*, 16.09.1947.

⁴⁶⁴ Kunz: *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, 1998, S. 139.

konnte der Wahlkommentator nach den Wahlen nur über das Ausmass dieser Bestätigungswahlen staunen, welche sogar „ausgesprochener [ausfielen], als vielerorts erwartet wurde“.⁴⁶⁵ Rituell zelebrierten insbesondere neutrale Medien immerhin den beeindruckenden Einsatz der zurücktretenden sowie das vielversprechende Engagement der wiederkandidierenden Parlamentarier, deren Wiederwahl als sicher dargestellt wurde.⁴⁶⁶

Die Wahlkämpfe von 1947 und 1959 hatten somit nur in geringem Masse den Charakter eigenständiger medialer Ereignisse, zu denen sich ein journalistischer Kommentar gelohnt hätte. Jedoch fanden sie durchaus in den Medien statt – nicht zuletzt im Radio, einem seltenen Ort der Debatte. Die Parteipresse veröffentlichte ihrerseits die Texte, Wahlkampfaufrufe, Berichte der jeweiligen Partei. Zudem nahm der konfrontative Stil ihrer Leitartikel, Karikaturen oder satirischen Gedichte gegenüber den anderen Parteien zum Ende des Wahlkampfs an Schärfe zu und endeten üblicherweise mit einem Wahlaufruf.⁴⁶⁷ Die Parteipresse scheute tatsächlich nicht vor starken Angriffen gegen die traditionellen oder neuen Gegner zurück, um ihre Leserschaft zu mobilisieren. In den letzten Tagen des Wahlkampfs musste dabei ihre „rabiante Sprache“ mit dem „recht friedlichen Alltag“ der SchweizerInnen kontrastieren, wie Mario König für die Parteipresse der 1930-40er Jahre bemerkt.⁴⁶⁸ Auf die Erinnerung an die Annäherung mancher Bürgerlicher an die Fronten in den 1930er Jahren durch die sozialdemokratischen Blätter antworteten bürgerliche Parteiorgane mit antikommunistischen Angriffen auf die Linken im Allgemeinen.⁴⁶⁹ 1947 boten sich zudem zahlreiche politische Skandale an, vorwiegend jene der PdA, über welche die gegnerischen Zeitungen mit Vorliebe berichteten.⁴⁷⁰ In vielen Kantonen bot die Kulturkampf-Konfliktlinie nach wie vor einen beliebten Hintergrund für Empörung und Wahlaufrufe.⁴⁷¹ Zudem nahm die Wahlkampfstimmung auch durchaus subtile, versteckte Formen an: Dass die britischen Wahlen 1947 quantitativ so viel Aufmerksamkeit bekamen, lag auch daran, dass die Politik der Labour Party als sozialdemokratisches Labor auch für die Schweiz galt.⁴⁷² Diese teilweise Auslagerung des Wahlkampfs ins Ausland – auch nach Schweden – milderte die gegenseitigen Angriffe und Empörung nicht: Die bürgerliche Presse berief sich in ihren Kritiken am Programm der SP auf die britischen Schwierigkeiten.⁴⁷³ Selbst wenn die Grundhaltung des Wahlkampfs von 1959 allgemein weniger polarisiert war als jene von 1947,

⁴⁶⁵ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1960, S. 1.

⁴⁶⁶ Ihre letzte Session. 33 Nationalräte erklären ihren Rücktritt, in: Schweizer Illustrierte, 08.10.1947.

⁴⁶⁷ Die „Neue Schweiz“ im Trommelfeuer der Reaktion, in: Volksrecht, 14.10.1947; Kampf für die persönliche Freiheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.10.1947.

⁴⁶⁸ König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 50.

⁴⁶⁹ „Christliche Demokratie“ in der Praxis, in: Volksrecht, 22.10.1959.

⁴⁷⁰ Im Oktober 1947 folgte der „Fall Woog“ auf den älteren „Fall Hofmaier“, Der Fall Woog, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.10.1947; L'affaire Woog au Conseil communal de Zurich, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 24.10.1947. Vgl. dazu auch Kap. 3.4.2.

⁴⁷¹ Dies bemerkte Thomas Maissen auch für die mediale Berichterstattung der NZZ zum Kanton Luzern, Maissen: Der politische Katholizismus im Urteil der NZZ, S. 2001, S. 126.

⁴⁷² Vgl. Kamber: Medienereignishierarchien 1930-1960, 1996; Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 142.

⁴⁷³ Freisinn flunkert, in: Volksrecht, 12.09.1947.

vermied die Parteipresse scharfe Pointen zu den neuen Parteiprogrammen der Gegner nicht.⁴⁷⁴ Als Basis dieser Polemiken dienten die Berichte und Dokumente der anderen Parteien im Wahlkampf, aber auch die gegnerische Parteipresse. Die starke Segmentation der Medienlandschaft verhinderte nämlich nicht, dass gegenseitig zitiert wurde, manchmal sogar von Kanton zu Kanton.⁴⁷⁵ Zusätzlich stellten die neutralen Anzeiger eine Wahlkampfplattform dar, da die Parteien, ihre Kandidierenden sowie weitere Akteure wie die antikommunistische Lobby Trumpf Buur sich dort via Inserate gegenseitig anfeindeten.⁴⁷⁶ Für den politisch interessierten Leser war also in den Medien eine gewisse Wahlkampfstimmung zu spüren, selbst wenn der Wahlkampf nur bedingt als mediales Ereignis wahrgenommen wurde.

Wachsende Neutralität der Parteipresse im Wahlkampf

Ab den 1950er Jahren befanden sich jedoch die Parteiblätter in einer Übergangsphase hin zu mehr Unabhängigkeit, was ihre Berichterstattung des Wahlkampfs deutlich prägte. Zudem gaben sie die reine Vermittlung der Parteiparolen auf und öffneten ihren Inseratenteil für andere Parteien. Somit verloren sie ihre Rolle als Mobilisierungsinstrumente der Parteien im Wahlkampf. Eine Studie zur Zürcher Presse in den 1970er Jahren dokumentiert diese Entwicklung bestens: Die Zürcher *Arbeiterzeitung* beispielsweise behielt zwar hauptsächlich Parteimitglieder in ihrer Redaktion, öffnete aber seit den 1960er Jahren zunehmend ihren informationellen Teil sowie ihre Inserate – lediglich bezüglich Inseraten der NA und der Republikaner gab der Journalist Uli Götsch Vorbehalte zu.⁴⁷⁷ Bei den CVP-affinen *Neue Zürcher Nachrichten* war dieser Wandel noch ganz aktuell: Im Oktober 1971 wandte sich die Verlagsleitung an die Leserschaft, um ihre neue offene Inseratenpolitik zu begründen.⁴⁷⁸ Dafür gab sie keine ökonomischen Gründe an, sondern erklärte, dass sie „zu einer möglichst umfassenden und offenen Information ihrer Leser beitragen und damit auch Gegenrecht halten“ wolle.⁴⁷⁹ Während sich traditionell freisinnige Blätter des Kantons, wie die *Zürichsee-Zeitung*, früher von der Parteilinie abgelöst hatten und für den Wahlkampf von 1971 als unparteilich, wenn auch bürgerlich orientiert, galten, übernahm die *NZZ* erst mit grösserer Verzögerung eine unabhängige Linie. 1971 vermittelte die Zeitung nämlich weiterhin die Wahlparolen der FDP und veröffentlichte vor allem Inserate für freisinnige Kandidierende und erst recht keine, welche sich gegen den Freisinn

⁴⁷⁴ Insbesondere zum SP-Programm: A propos du programme socialiste, in: Tribune de Lausanne, 07.07.1959; Chronique. Quand les actes ne correspondent pas aux principes, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 10.07.1959.

⁴⁷⁵ Die St. Galler Freisinnigen hetzen gegen die Geistlichkeit, in: Entlebucher Anzeiger, 10.10.1947; Die Gewerkschaften leben nicht auf dem Mond. Grundsätzliche Bemerkungen zu ihrem politischen Standort, in: Berner Tagwacht, 30.09.1947.

⁴⁷⁶ Die besonders griffigen Inserate von *Trumpf-Buur* bekamen dabei oft Antworten von den Betroffenen, wie 1959 eine Karikatur im sozialdemokratischen Blatt *Volksrecht*, Haut der Lukas, in: Volksrecht, 23.10.1959.

⁴⁷⁷ Hosang: Parteien und Presse, 1974, S. 127ff.

⁴⁷⁸ Ebd., S. 116ff.

⁴⁷⁹ Ein Wort zu den Wahlinseraten, in: Neue Zürcher Nachrichten, 18.10.1971, zitiert nach ebd., S. 117.

wandten.⁴⁸⁰ Im Wahlkampf von 1983 hingegen druckte die *NZZ* keine FDP-Wahlparolen mehr, dafür aber Inserate diverser politischer Prägung.

Feuilletonisierung des Wahlkampfs

Vielmehr wurde ab den 1960er Jahren der Wahlkampf, inklusive der Arbeit hinter den Kulissen, selbst zum Thema. Meinungszeitungen aller Arten begannen, diesen verstärkt als Ereignis zu erzählen, und boten dem Publikum sogar Serien zum Wahlkampf in den Wochen vor der Wahl an.⁴⁸¹ Insofern lässt sich von einer Feuilletonisierung des Wahlkampfs reden. Dies entsprach teilweise der zunehmend kommerziellen Medienlogik, indem die Berichterstattung des Wahlkampfs immer dramatischere Töne annahm und Persönlichkeiten betont wurden. Auch bei den kommerziellen Medien war aber gleichzeitig der Anspruch zu bemerken, dass die Wahlkampfberichterstattung einen informativen und staatsbürgerlichen Wert vorweisen sollte. Diese Rolle der Medien als Träger neutraler Informationen und als Unterstützer des politischen Interesses in einer Zeit der wachsenden politischen Verdrossenheit wurde zwar nur im Konzessionsauftrag der SRG ausdrücklich gefordert,⁴⁸² prägte aber auch die Berichterstattung zahlreicher Zeitungen, welche regelmässig die Regeln des Wählens rekapitulierten oder Politikwissenschaftler interviewten.⁴⁸³ In Zusammenhang mit dem steigenden Transparenz- und Überprüfbarkeitsgebot des politischen Handelns untersuchte nun die parteipolitisch unabhängige Printpresse das politische Angebot der Parteien – zum Beispiel die Programme – und ihre Leistungen während der Legislatur.⁴⁸⁴ Der Metakommentar zum Wahlkampf erfuhr zudem einen Aufwärtstrend über die Jahre. Auch die ab 1963 ausgestrahlten Wahlsendungen des Fernsehens riefen nun nach Analysen in der Presse.⁴⁸⁵ Zeitungen beauftragten zudem Umfragen, die kommentiert werden mussten und sich bald als argumentative Ressource für den journalistischen Kommentar durchsetzten.⁴⁸⁶ Selbst die Diskussion, ob die demoskopischen Wahlprognosen zutrafen, brachte eine zusätzliche Spannung

⁴⁸⁰ Inserat „Freisinnig-demokratische Wahlparolen“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.10.1971. Vgl. Hosang: *Parteien und Presse*, 1974, S. 118ff.

⁴⁸¹ Bspw. im *Blick* 1971 in Richtung der Neuwählerinnen: Ende Oktober sind eidgenössische Wahlen: Parlamentarier sprechen zu den Wählerinnen!, in: *Blick*, 21.10.1971.

⁴⁸² Vgl. Fleck; Bosshart; Anderau: *Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975*, S. 19f.

⁴⁸³ So eine Serie des Historikers Roland Ruffieux in der *Feuille d’Avis de Lausanne* in den Tagen vor der Wahl. Erich Gruners Analysen erschienen regelmässig im *Bund*. Als Wahlkampfexperten galten hauptsächlich Universitätsforscher. Die Zeit der „Medien-Politologen“, wie der Kommunikationsexperte Rudolf Balsiger sich heute selbst beschreibt, war hingegen noch nicht gekommen. Ruffieux, Roland: *Le canton de Vaud et les élections fédérales. La répartition géographique des partis*, in: *Feuille d’Avis de Lausanne*, 26.10.1971; vgl. Balsiger: *Wahlkampf statt Blindflug*, 2014, S. 184f.

⁴⁸⁴ Was haben die Zürcher in Bern geleistet? Die Arbeit der National- und Ständeräte unter der Lupe, in: *Tages-Anzeiger*, 13.10.1983.

⁴⁸⁵ Hearings im Wohnzimmer, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.10.1971; Damit am Wahlabend „der Schluss draussen“ ist. Das Konzept des Deutschschweizer Fernsehens für die Wahlsendung und die Wahlnacht, in: *Der Bund*, 14.09.1983.

⁴⁸⁶ Zum parteipolitischen Gebrauch der Demoskopie in der Schweiz siehe Kap. 3.2.1.

bezüglich der zu erwartenden Wahlergebnisse.⁴⁸⁷ Dadurch wurden die unabhängigen Medien zu Hauptdeutungsinstanzen des Politischen und insbesondere der Wahlprozesse.

Eine sichtbare Nebenwirkung der Feuilletonisierung ist ferner im zunehmenden Einsatz medialer Portraits von PolitikerInnen zu sehen, was ein erstes Zeichen eines Personalisierungsprozesses des Politischen auf der Seite der Medien darstellte. Es ist dabei nicht unbedeutend, dass das Aufkommen der medialen Homestories in der Schweiz mit der Wahl der ersten Politikerinnen zusammenfiel. Die Medien interessierten sich in höchstem Masse für die Gestaltung ihrer Arbeit und die (Un-)vereinbarkeit ihrer Rollen als Politikerinnen, Berufsfrauen, sowie weiterhin als Mütter und Ehefrauen.⁴⁸⁸ Zugleich kann man dieses neue Interesse für die Menschen hinter der Politik als einen frischen Wind verstehen, den ein jüngeres, weiblicheres Parlament für die ermüdete Demokratie der 1970er Jahre darstellte. Die Wahlsendungen und -debatten im Fernsehen verhalfen ab den 1960er Jahren auch politischen Persönlichkeiten auf sprachregionaler Ebene zu Bekanntheit. Gleichzeitig trug die zunehmend personalisierte Medienberichterstattung zur Dramatisierung von politischen Konflikten bei – so ab 1977 der Konflikt zwischen der schweizerischen und der zürcherischen SVP rund um ihre Präsidenten Fritz Hofmann und Christoph Blocher.⁴⁸⁹

Die mediale Neugeburt des Wahlkampfes als Ereignis ist besonders auffällig im Fall von populären Zeitschriften wie der *Schweizer Illustrierten*. Neben den Königsfamilien und Sportlern begann sie wie andere ähnliche Medientitel ab den 1970er Jahren damit, sowohl von etablierten als auch aufsteigenden Persönlichkeiten der Schweizer Politik in farbigen photographischen Reportagen zu erzählen. Während die Illustrierte im Oktober 1947 lediglich eine Karikatur und eine Doppelseite über die abtretenden Nationalräte zum aktuellen Wahlkampf veröffentlicht hatte, begleitete sie den Wahlkampf von 1983 viel aufwendiger mit Portraits von BundesratskandidatInnen oder auch unumgänglichen Persönlichkeiten wie Christoph Blocher.⁴⁹⁰ In einer Wahlserie zu Parteihochburgen illustrierte die Zeitschrift zudem die traditionelle Dorfpolitik in der Schweiz und benutzte dabei die verborgenen Konflikte als narrative Aufhänger.⁴⁹¹ Sie lieferte einen regelrechten Metakommentar der politischen Kommunikation dank Erklärungen zu den Wahlstrategien der Parteien und ihren Werbekampagnen.⁴⁹² Neben den Kandidierenden, Bundesratskandidierenden, Parteipräsidenten und -

⁴⁸⁷ Riutort beschreibt eine ähnliche Entwicklung in französischen Medien für die 1970er Jahre, Riutort: *Sociologie de la communication politique*, 2007, S. 92f.

⁴⁸⁸ Eine besondere Neugier galt der jungen Walliser SP-Politikerin Gabrielle Nanchen, die 1971 in den Nationalrat gewählt wurde. Gabrielle Nanchen: *La politique en blue-jeans*, in: *L'illustré*, 25.11.1971.

⁴⁸⁹ Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 160ff.

⁴⁹⁰ Ihre letzte Session. 33 Nationalräte erklären ihren Rücktritt, 1947; Wahlproblematik, in: *Schweizer Illustrierte*, 22.10.1947; Endspurt um die Sessel im Bundeshaus, in: *Schweizer Illustrierte*, 17.10.1983; Der Holzschnitt-Politiker, in: *Schweizer Illustrierte*, 04.06.1983.

⁴⁹¹ So zur CVP-Hochburg Töbel im Wallis: „Alpmesse im Walliser Dorf Töbel. Hier erringt die Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) jeweils enorm hohe Stimmzahlen. Die Harmonie täuscht. In Töbel, wie überall im Land, stehen sich zwei CVP-Parteigruppen gegenüber: ‚Schwarze‘ und ‚Gelbe‘“, Ein Segen für die CVP. Wahl 83. Eine Serie zu den Nationalratswahlen vom 22. Oktober, in: *Schweizer Illustrierte*, 19.09.1983.

⁴⁹² Flubacher, Rita: Jojo für die Urne, in: *Schweizer Illustrierte*, 03.10.1983.

sekretären wurden die Werbeberater nun auch zu Figuren des medialen Wahlkampffeuilletons, wie der FDP-Werbeberater Rudolf Bolleter 1983:

„Doch *Lustlosigkeit* prägt diesen Wahlherbst. Rudolf Bolleter, Werbefachmann in Zollikon und in Diensten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, überkommt gar ein Gähnen. *So einen langweiligen Wahlkampf* habe er noch nie erlebt.“⁴⁹³

Der medialen Feuilletonisierung des Wahlkampfs gelingt es nur bedingt, die desinteressierte Wählerschaft für die helvetische Politik zu interessieren. In den 1970er Jahren bekam die SRG Beschwerden von Zuschauern, welche ihre üblichen Sportsendungen vermissten und achtete deshalb genau auf die Uhrzeit und Gestaltung der Wahlsendungen.⁴⁹⁴

3.3. Medienwandel und Handlungsspielraum der Parteien

Wie haben sich diese Entwicklungen des Mediensystems und der Wahlkampfberichterstattung auf den parteipolitischen Handlungsspielraum ausgewirkt? Patrick Donges weist darauf hin, dass die „Medialisierung ein umfassender Prozess ist, der politische Akteure und ihr Handeln tiefgreifend und nachhaltig beeinflussen kann“.⁴⁹⁵ Jedoch sei mehr von einer Reaktion als einer Anpassung der Akteure zu sprechen, da diese durchaus Wahlmöglichkeiten hätten: „Medialisierung umfasst auch Abwehrreaktionen, bewusste Nicht-Anpassungen an die Medienlogik, etwa durch die Schaffung oder Ausweitung von Kommunikationsräumen ohne Medienbeobachtung“.⁴⁹⁶ Die Liberalisierung der Massenmedien, manchmal zusammen mit Kritiken am „linken“ Fernsehen, blieb auf der Agenda mancher bürgerlichen Politiker während den ganzen 1970-80er Jahren.⁴⁹⁷ Auch im Pressebereich waren die Parteien keineswegs passive Beobachter des medialen Wandels. Das Verschwinden der Parteipresse als „kostenlose Sprachorgane“⁴⁹⁸ nahmen die Parteien zwar mit Besorgnis wahr und versuchten sie so weit wie möglich zu verhindern oder zu verzögern.⁴⁹⁹ Um ihre Mitglieder weiterhin unmittelbar erreichen zu können, haben die Parteien aber ab den 1970er Jahren Informationsbulletins

⁴⁹³ Ebd.

⁴⁹⁴ Eine humoristische Radiosendung von Werner Wollenberger zu den Wahlen von 1971 berichtete, dass laut den vielen mit der TV-Gebührenrechnung versandten Briefen „unsere Fussballfreunde [...] sich besonders auf den Ersatz Schweiz-England durch Wahlreportage gefreut haben“. Memobase SRF-ZH_MG_32938_T2 Spott und Musik (2) Nationalratswahlen, DRS 1, 31.10.1971, Zur zukünftigen Gestaltung der Sendungen siehe Kap. 5.2.2.

⁴⁹⁵ Donges: Politische Kommunikation in der Schweiz, 2005, S. 13.

⁴⁹⁶ Ebd.

⁴⁹⁷ Wie mit der vom Berner SVP-Nationalraten Walther Hofer 1974 gegründeten Schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung, dem sogenannten Hofer-Club, welcher gewissermassen auf das sinkende Einflusspotential der traditionellen bürgerlichen Presseagenturen in der neuen Medienlandschaft reagierte, vgl. Blum: Der „Hofer-Club“, 1982; Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 224ff.

⁴⁹⁸ Ladner: Die Parteien in der politischen Kommunikation, 2005, S. 60.

⁴⁹⁹ Eine Übersichtskarte der Schweizer CVP in Hinblick auf die Nationalratswahlen von 1983 kategorisierte beispielsweise die Kantone in drei Gruppen je nach Stand der christlichdemokratischen Parteipresse: 1. keine oder aufgegebene Zeitung – wie die *Neue Zürcher Nachrichten*; 2. bedrohte, unbefriedigende Lage – wie im Tessin; 3. schliesslich gute, befriedigende Lage – dazu zählten hauptsächlich Stammkantone, abgesehen von der freiburgischen *La Liberté*, welche sich bereits 1971 zu einer unabhängigen Meinungszeitung entwickelt hatte. PA CVP CH W (2), Carte sur la situation de la presse PDC, März 1982.

entwickelt.⁵⁰⁰ Einige Kantonalparteien gründeten in den 1970er Jahren zudem neue, oft wöchentliche oder monatliche Parteiorgane oder konnten ihre bestehenden weiterentwickeln, wie die Zürcher SVP, welche in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Bauernverband ihr Organ *Die Mitte* – ab 1982 *Zürcher Bote* – konsolidierte.⁵⁰¹ Dazu konnten sich manche Parteien noch teilweise auf ihre traditionellen Diskussionsforen stützen, wie die SP mit der *Rote Revue*.

Viel grundlegender galt es aber, die parteipolitische Medienarbeit an die neue, kommerzielle und parteipolitisch unabhängige Medienlogik anzupassen. Neben dem wachsenden Einsatz kostenintensiver Inserate forderte dies neue, aufwändigere Wege, um die Aufmerksamkeit und wenn möglich eine positive Berichterstattung der Medien zu bekommen. Die Parteien orientierten in der Folge ihre Pressedienste nun an allen Medien und nicht mehr lediglich an der eigenen Presse aus.⁵⁰² Zentral wurde in den neuen Formen ihrer Medienarbeit die „Förderung der Transparenz“,⁵⁰³ welche sich öffentlich zunehmend spüren liess. Regelmässig durchgeführte Pressekonferenzen, organisiert sowohl für die Presse als auch für Radio und Fernsehen, gewannen zunehmend an Bedeutung.⁵⁰⁴ Manchmal dienten sie sogar der Offenlegung von parteiinternen Themen, wie den Strukturen, Mitgliederzahlen oder Finanzen.⁵⁰⁵ Solche Aktionen bekräftigten aber nur die neue Medialisierungslogik, indem sich die Parteien gezwungen sahen, ihre externe, aber auch interne Kommunikation mehr denn je zu kontrollieren.

Der verschärfte Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit veränderte darüber hinaus die Art und Weise, wie Nachrichten und mediale Agenden produziert wurden. Die Forumszeitungen als Gatekeeper übten nun eine zentrale Selektionsfunktion bezüglich der als wichtig erachteten Themen aus, mit welcher die Parteien mehr als zuvor rechnen mussten. Laut Kamber und Imhof waren es zunächst nicht die etablierten politischen Akteure, welche an der Wende zwischen den 1960er und 1970er Jahren vom neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit profitierten.⁵⁰⁶ Die neuen sozialen Bewegungen, inklusive der sogenannte Überfremdungsbewegung, lernten schnell, die mediale

⁵⁰⁰ Die FDP scheint diese Welle Ende der 1970er Jahre mit dem Bulletin *Freisinn* initiiert zu haben. Ladner: Die Parteien in der politischen Kommunikation, 2005, S. 61.

⁵⁰¹ Ebd., S. 62. Die Strategie der Zürcher SVP lehnte sich interessanter Weise an das alte Konzept der Parteipresse an: 1983 führte die Partei das Abonnement des *Zürcher Boten* als Pflicht für die Mitglieder ein. Gleichzeitig begannen Christoph Blocher und manche seiner Parteigenossen in unabhängige Pressetitel zu investieren, dazu Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 81ff.; Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 12ff.

⁵⁰² Laut Gruner soll Ende der 1970er Jahre der SVP-Pressedienst diesbezüglich vorbildlich aufgebaut worden sein, Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 240.

⁵⁰³ In den Worten des Wahlberichts der FDP 1971, BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

⁵⁰⁴ Schatz: Moyens de communication des partis politiques, 1982, S. 78f.

⁵⁰⁵ Wie die Zürcher FDP im Vorfeld der Kantonsratswahlen von 1971, um mit Angaben zu ihren Mitgliedern und Finanzen mit der „Geheimnistuerei“ zu brechen. StAZH WII 13.139, Einladung zu einer Pressekonferenz, 30.03.1971.

⁵⁰⁶ Für eine Analyse dieses Phänomens am Beispiel der Migrationspolitik, Kamber; Imhof: Der neue Kampf um Aufmerksamkeit, 2005.

Aufmerksamkeit mit neuen Themen und durch unkonventionelle Aktionen auf sich zu ziehen.⁵⁰⁷ Den Parteien, insbesondere den Bundesratsparteien, soll es aber, so Kamber und Imhof, bald gelungen sein, einen neuen Umgang mit den Medien zu finden und somit ebenso Resonanz für ihre Themen und Anliegen zu erzielen. Zudem ersetzen in der Meinungsrepräsentanz die etablierten Parteiakteure, insbesondere die Parteileader, bald die parteipolitisch gebundenen Redakteure von früher.

Schliesslich ist auch auf die Zirkularität dieser Prozesse hinzuweisen: Medien interessierten sich umso mehr für die Hinterküchen der politischen Kommunikation, als die politischen Akteure ihre Medienstrategien verfeinerten. Die Medienarbeit der politischen Akteure zu enthüllen, sollte sowohl dem neuen Transparenzgebot entsprechen, als auch die neue Unabhängigkeit der Medien betonen.⁵⁰⁸ Wo zumeist davon ausgegangen wird, dass dieser Effekt für die Schweiz erst ab den 1990er Jahren eine Rolle spielte,⁵⁰⁹ soll diese Arbeit die Medienarbeit der Parteien im Wahlkampf bereits im Zusammenhang mit dem Medienwandel der 1960-70er Jahre hinterfragen.

4. Zwischenfazit

Diese Exploration der helvetischen Politik seit den 1940er Jahren zielte darauf ab, die tiefgreifenden Veränderungen im schweizerischen politischen Leben hinter der bekannten Stabilität der Wahlergebnisse zu verdeutlichen. Während der besondere Kontext der unmittelbaren Nachkriegszeit, zwischen der Erinnerung an die Bedrohungen der Kriegszeit und dem Eintritt in den Kalten Krieg, eine Art öffentlichen Nichtangriffspakt zwischen Bundesratsparteien im Namen der (antikommunistischen) nationalen Einheit erzwungen hatte, blieb das Gleichgewicht zwischen diesen weitgehend prekär. Die Einführung der Zauberformel entsprach folglich weniger der Institutionalisierung eines Konkordanzgeistes als der Übertünchung neuer Unsicherheiten. Die Basis dieses Arrangements selbst, nämlich die stabile Verteilung der Wählerschaft zwischen den Bundesratsparteien geriet zunehmend unter Druck: Bereits ab dieser Zeit zeigten sich Wählerbasis und Handlungssysteme der Parteien zunehmend geschwächt, während neue Formen der politischen Teilhabe, sei es in Oppositionsparteien oder in den neuen sozialen Bewegungen, die Legitimität der Bundesratsparteien schwächte. Darüber hinaus forderten die Veränderungen der Medienlandschaft Anpassungen seitens der Parteien in ihrer Kommunikation und Selbstdefinition. Parteien mussten nun ihr Verhältnis mit den BürgerInnen neu fundieren, was, wenn nicht in institutionellen Reformen, doch in eine Reihe von Parteireformen im Sinne von mehr interner Demokratie und Transparenz mündete. Daraus ergibt sich nun weiter die Frage, inwieweit die Parteien diese vielfältigen Veränderungen in ihren Kampagnen der Folgejahre berücksichtigten.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 151; dazu auch Romano: Die Überfremdungsbewegung als „Neue soziale Bewegung“, 1998.

⁵⁰⁸ Riutort: Sociologie de la communication politique, 2007, S. 92ff.

⁵⁰⁹ Udris: Schweizer Medien im Wahlkampf, 2013, S. 4.

Kapitel 3. Vorbereiten: Wie der eidgenössische Wahlkampf zum Wahlkampf wurde

„Wir stehen 1 1/2 Jahre vor den nächsten Wahlen. Diese sind *keine Naturereignisse, die plötzlich auf uns zukommen, sondern bedürfen einer permanenten Vorbereitung*. Sie sind auch in den *dauernden Fluss von Wahlen und Abstimmungen* hineinzustellen.“¹

So fasste ein Kampagnenkonzept der schweizerischen CVP vor den Wahlen von 1983 die Bedeutung der Vorbereitungsphase des Wahlkampfs zusammen, die im Zentrum dieses Kapitels steht. Die Charakterisierung betont den eigenständigen Charakter des eidgenössischen Wahlkampfs, welcher eine eigene Planung jenseits weiterer politischer Termine erfordere. Im Folgenden werden daher die Entwicklungen in der organisatorischen Arbeit der Parteien hinsichtlich der Wahlkämpfe zwischen 1947 und 1983 entlang der folgenden Fragen untersucht: Wie haben Parteien ihre Organisation auf den Wahlkampf als politisches Moment angelegt? Auf welche Expertise stützten sie sich, um den Wahlkampf als Handlungsfeld anzugehen? Wie wurden Entscheidungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Parteien – der eidgenössischen und den kantonalen – getroffen? Wie sah die Aufgabenverteilung zwischen diesen verschiedenen Ebenen aus? Welche Ziele, Strategien und Mittel haben sie dafür vereinbart? Denn in dieser Phase definierten die parteipolitischen Akteure den Wahlkampf zuerst als Handlungsfeld: Der Wahlkampf wurde erst zum Wahlkampf, als sich Parteien Ziele setzten und sich jeweils im Verhältnis zu den anderen Parteien positionierten.

Als Entscheidungsträger dieser Wahlkampfphase oblag es in erster Linie den national und kantonal gewählten Entscheidungsinstanzen sowie dem angestellten Sekretariatspersonal, über die Aufgabenverteilung, Rhythmen, Strategien und Inhalte des kommenden Wahlkampfs zu bestimmen. Ihre Organisation sowie die in den Wahlkampf investierten Ressourcen sollten über eine mögliche Professionalisierung des Wahlkampfs Auskunft geben. Dabei stehen insbesondere die Akteure der nationalen Parteien im Fokus dieses Kapitels, welche in der Regel den Wahlkampf als erste thematisierten. Erst zu einem späteren Zeitpunkt eigneten sich die Kantonalparteien die nationale Wahlkampfstrategie an – oder entwickelten eine eigene. Diese Entscheidungsprozesse können somit Einblick in den Zentralisierungsgrad der Wahlkampagne geben, sowie Konflikte innerhalb der Parteien offenlegen. Diese kommen umso klarer zum Ausdruck, als sich die parteipolitische Entscheidungsfindung in dieser Vorbereitungsphase hauptsächlich nach innen richtete.²

¹ PA CVP CH W (3), o.A.: Politische Ausgangslage vor den Nationalratswahlen 1983, [1981].

² Nur ein Teil der Vorbereitungen betraf Kontakte mit anderen Akteuren, vorwiegend mit ihren Partnern innerhalb des Handlungssystems (beispielsweise den Gewerkschaften für die SP). Am Rand trafen sich zudem Parteien bezüglich des Wahlkampfs, in erster Linie auf kantonaler Ebene wegen Listenverbindungen und gemeinsamen Ständeratskandidaturen (vgl. Kap. 6), wobei solche Vereinbarungen vor allem Konsequenzen für Regierungs- oder Stadtratskampagnen hatten. Auf nationaler Ebene fanden zudem – neben den zahlreichen formellen und informellen Kontakten zwischen Parteispitzen in der Politik und der Wirtschaft – Treffen zwischen bürgerlichen Parteien zum Wahlkampf statt. So konnte der Direktor der schweizerischen politischen

Um diesen Fragen nachzugehen, widmet sich dieses Kapitel zunächst den Zielsetzungen der Parteien für den Wahlkampf (1.). Anschliessend wird die Rolle von Informationen und des Expertenwissens im Wahlkampf erläutert (2.). In der Folge geht es darum, die Entscheidungsprozesse der Wahlkampfplanung zu analysieren (3.). Zum Schluss werden die resultierenden Kampagnen der Parteien, zwischen Amerikanisierung und Sonderfall, charakterisiert (4.).

1. Zielsetzungen der Parteien

Um die Zielsetzungen der Parteien für den Wahlkampf zu erkunden, führt ein naives Bild der Konkordanz als Verhaltensnorm zunächst insofern in eine interpretative Sackgasse, dass Wahlkämpfe als Wettbewerb um Stimmen und Mandate sich mit der Vorstellung der Konsenssuche als gemeinsames, oberstes Ziel schwer vereinbaren lassen. Ein exklusiver Fokus auf die speziellen parteipolitischen Arrangements zur Machtteilung führt seinerseits zur Annahme, dass der damalige Wahlkampf dem Erhalt dieser Arrangements, und damit des Status Quo, untergeordnet war und sich deshalb für die Parteien kaum gelohnt habe. Beide Interpretationen verstellen dabei den Blick auf weniger sichtbare Zielsetzungen der Parteien im Wahlkampf. Gewiss konnten die parteipolitischen Akteure in der Regel davon ausgehen, dass der Wahlkampf wegen der dämpfenden Wirkung des Proporz nicht zu einem abrupten Machtwechsel im Parlament führen würde. Selbst mit der erstmaligen Teilnahme der PdA schätzten 1947 manche Wahlkommentatoren, anders als noch 1943, die Wahlergebnisse als im Voraus aufgeteilt ein, wie zum Beispiel Olivier Reverdin im Journal de Genève:

„Personne ne s'attend à un renversement de majorité, ni même à des changements importants. Les partis lutteront plus pour maintenir ou consolider leurs positions que pour en conquérir de nouvelles.“³

Die Ziele des helvetischen Wahlkampfs müssen also schon entlang subtilerer Linien als der klassischen politikwissenschaftlichen Unterscheidung zwischen *vote-*, *office-* und *policy-seeking* gesucht werden. Wie der Politikwissenschaftler Robert Rohrschneider bemerkt, können die Wahlstrategien der Parteiakteure je nach Kontext höchst unterschiedliche Nuancen aufweisen.⁴

Vielfalt der Akteure, Vielfalt der Ziele

Die Kantonalparteien setzten sich zunächst eigenständige Ziele für den eidgenössischen Wahlkampf, oft in Verbindung mit ihrer Position auf dem kantonalen politischen Feld. Dies war insbesondere der

Korrespondenz (SPK, eine bürgerliche Presseagentur) Josef Jäger 1963 stolz verkünden, die bürgerlichen Bundesparteien zu „sporadischen Treffen“ bezüglich des Wahlkampfs zusammengeführt zu haben. Zu diesen Kontakten im Wahlkampf lagen für die vorliegende Arbeit nur wenige Quellen vor. Vgl. BAR J2.181 1987/52_63_532, Jäger, Josef: Die Tätigkeit der SPK. Rückblick und Ausblick im Vorfeld der Nationalratswahlen 1963, Vortrag an der Generalversammlung der SPK, 18.06.1963.

³ Augmentation du prix du lait? La rançon d'une faiblesse, in: Journal de Genève, 25.08.1947.

⁴ Rohrschneider: Mobilizing versus chasing, 2002.

Fall im Tessin, wo die Parteiakteure den eidgenössischen Wahlkampf vorwiegend durch die Brille der kantonalen Politik wahrnahmen. So beispielsweise 1947, ein Jahr nach der Bildung einer Mehrheit aus Freisinnigen und Sozialdemokraten im Staatsrat: Die konservative Partei organisierte einen sehr straffen Wahlkampf, um ihre kantonale Stärke durch ihren Stimmenanteil zu beweisen. In vielen Fällen hatten aber die Tessiner Kantonalparteien Mühe damit, ihre Sektionen und AktivistInnen für den eidgenössischen Wahlkampf zu motivieren. Der Wahlkalender spielte dabei zu ihren Ungunsten: Die Wahlen fanden nämlich zwischen den kantonalen (im Frühling des gleichen Jahres) und den kommunalen (im folgenden Winter) Wahlen statt. Ein für die Tessiner Parteiakteure motivierendes Ziel bestand deshalb häufig darin, den eidgenössischen Wahlkampf als eine Art „Generalprobe“ für die kommenden kommunalen Wahlkämpfe wahrzunehmen.⁵ Der Tessiner Kontext, der auch aus der gefühlten Entfernung zu „Bern“ entstand, kontrastierte dabei mit den waadtländischen und zürcherischen Realitäten, wo trotz der zeitlichen Nähe der kantonalen Wahlkämpfe (im vergangenen Jahr bzw. im vergangenen Frühling) die eidgenössischen Wahlen eine Bedeutung an und für sich behielten. Alle Kantonalparteien konnten dennoch eigene Ziele jenseits jener der Mutterpartei haben, beispielsweise wenn die eidgenössischen Wahlen die Kräfteverhältnisse zwischen den Kantonalparteien innerhalb der Mutterpartei zu verändern drohten.⁶ Die Zielsetzung auf eidgenössischer Ebene hing folglich stark von dieser Vielfalt der kantonalen Ziele ab.

„Gewinnung einer Mehrheit“ oder Konsolidierung des eigenen Lagers?

Im Vorfeld der Wahlen von 1947 hatten die Sozialdemokraten noch grosse Ambitionen für ihre Kampagne. Zwar setzten sie sich zunächst das Ziel, eine möglichst grosse Zahl von Mandaten zu gewinnen – dabei stand langfristig die Möglichkeit eines zweiten Bundesratssitzes auf dem Prüfstand.⁷ Vielmehr wünschten sie sich aber, die Wahlen in den grösseren Aufbruchskontext des 1942 verabschiedeten Programms die *Neue Schweiz* einzurahmen, oder wie der SP-Kampagnenexperte Victor Cohen schrieb:

„Was haben wir diesen Leuten [den Wählern und Parteifunktionären, Anm. ZK] zu sagen? Wir stellen das Jahr 1947 gross heraus. Dieses Jahr, sagen wir, muss das Jahr der Realisierung, der Verwirklichung werden. Jahrzehntlang haben wir alle den Kampf um die sozialistische Idee geführt. *Jetzt ist die Situation reif geworden.* Nie waren die Voraussetzungen günstiger zur Erreichung unseres Zieles: *Gewinnung einer Mehrheit für den Sozialismus.* Jetzt muss eine ganz entscheidende Arbeit geleistet werden.“⁸

⁵ Wie die Tessiner SP 1959 argumentierte. ASTi FPC 01 62.2.1, Brief der Tessiner SP an die Sektionen und Mandatsträger, 30.09.1959.

⁶ Bereits 1959 machten sich beispielsweise die Walliser Christlichdemokraten darüber Sorgen, ob „die Walliser Partei ihre Stellung innerhalb der schweizerischen Gesamtpartei behalten [könne]“. Die Wahlergebnisse konnte insbesondere die kantonalen Ansprüche auf eidgenössische Mandate beeinflussen, sei es in der Fraktion oder im Bundesrat. BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitender Ausschuss, 2.03.1959.

⁷ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

⁸ Ebd.

Auch das waadtländische Parteiorgan *Le Peuple* zog einen ähnlichen Grundoptimismus aus der Analyse der Wahlstatistiken seit 1848: „On assiste donc bien à l'élimination, lente mais progressive, de l'influence radicale, tandis que l'influence socialiste s'accroît d'année en année.“⁹ Selbst wenn solche positiven Einschätzungen auch der Mobilisierung der Basis dienen sollten, träumte die SP nach den deutlichen Stimmengewinnen von 1943 tatsächlich von einem bahnbrechenden Sieg und einem gesteigerten Einfluss in der eidgenössischen Politik. Dabei sah sie die Wahlen als Moment einer weiteren Stärkung der Partei: Die Diffusion einer „sozialistischen Energie“¹⁰ bei den Wahlen sollte der Partei, so die Hoffnung der Parteikader, neue Mitglieder bringen. Die nationale Partei gestaltete somit inmitten des Wahlkampfes eine Rekrutierungsaktion im grossen Stil, einschliesslich einer „Resolution zur Agitation und Propaganda“ beim Parteitag im September 1947.¹¹ Laut dem Berner Parteisekretär Fritz Giovanoli habe die Partei „noch riesengrosse Reserven zu mobilisieren“.¹² Anders als 1943 stiess die SP im Wahlkampf von 1947 aber auf die Konkurrenz der 1944 gegründeten PdA, mit welcher sie um die Repräsentation der Arbeiterbewegung rang. Auch wenn die Niederlage der Partei bei der Initiative *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* den Enthusiasmus innerhalb der Partei weiter dämpfte, behielten die Parteikader trotzdem ihre Ambitionen bis zu den Wahlen.

Die bürgerlichen Parteien setzten sich hingegen bereits 1947 bescheidene Ziele. Als Zielscheibe der linken Kritik, nahm die KVP eine hauptsächlich defensive Haltung ein, mit dem Ziel, ihre nationale Stärke gegenüber den Freisinnigen und Sozialdemokraten beweisen zu können. Sie wollte 200000 Wählerstimmen erreichen, was sie auch schaffte.¹³ Dafür erwies sich die Mobilisierung des christlichsozialen Stimmenreservoirs, oder genauer, der demographisch immer wichtigeren katholischen Arbeiter und Angestellten in den Diasporakantonen als zentral, bei deren Ansprache sie sich teilweise im Wettbewerb mit der SP befand.¹⁴ Die FDP ihrerseits positionierte sich nach dem Eintritt der Sozialdemokraten in den Bundesrat 1943 mit der Absicht, ihre verbleibende politische Machtstellung zu verteidigen, wie es Parteipräsident Max Wey formulierte: „Es handelt sich bei diesen Wahlen nicht nur um die Erhaltung und Festigung der bisherigen Parteivertretung im Nationalrat, sondern letzten Endes *um die Erhaltung der 3 Parteispitzen im Bundesrat*“.¹⁵ Wey wiederholte dabei seinen Appell an die Kantonalparteien, sich in die Kampagne zu engagieren, denn:

„Halten wir im Nationalrat stand, so hat das auch *Rückwirkungen auf den Ständerat*, wo die K.K. [Katholisch-Konservativen, Anm. ZK] ihrer Bedeutung nach übervertreten sind. Man kann

⁹ On aura tout vu! Les radicaux se parent du drapeau socialiste..., in: *Le Peuple*, 15.09.1947.

¹⁰ Ebd.

¹¹ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, S. 130f.

¹² SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 16.08.1947.

¹³ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1948, S. 8.

¹⁴ Wie lange noch?!, in: *Der Morgen*, 26.09.1947.

¹⁵ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Sitzung der Kantonalsekretäre mit dem Generalsekretariat, 8.05.1947.

hinblicken, wo man will: *immer spielt der Ausgang der Nationalratswahlen eine entscheidende Rolle für uns.*¹⁶

Gerade solche Appelle zeigten zugleich, wie die Bedeutung der eidgenössischen Wahlen nicht für alle kantonalen Parteiakteure selbstverständlich war. Und die Wahlergebnisse von 1947 zeigten tatsächlich keinen klaren Gewinner unter den drei grössten Bundesratsparteien, obwohl sie als Legitimierung des bürgerlichen Status Quo im Bundesrat gedeutet wurden: Während die KVP dank ihrer Verankerung in vielen kleinen Kantonen ihre seit 1935 bestehende Mehrheit im Ständerat behielt, übertrumpfte die FDP die SP im Nationalrat nur um vier Mandate. Trotz Verlusten an die PdA blieb die SP stimmenmässig die grösste Landespartei. Mit diesem für die SP enttäuschenden Ergebnis rückt jedoch das Ziel eines mehrheitsfähigen Kurses in die Ferne.

Erhalt des Status Quo?

In den kommenden Jahren festigten sich die mit diesen Wahlen skizzierten parteipolitischen Kräfteverhältnisse. 1959 strebten die Bundesratsparteien vorwiegend die Konsolidierung ihrer eigenen Positionen im politischen Feld an. Selbst dieses Ziel war aber politisch bedeutend, da die Konservativen und die Sozialdemokraten seit 1954 ein Einverständnis für eine neue Bundesratszusammensetzung hatten, welches bei den nachkommenden Bundesratswahlen verwirklicht werden könnte. Dabei konnten selbst die Begriffe „Wahlgewinn“ oder „-verlust“ sowie die entsprechenden Indikatoren Gegenstand von Definitionskämpfen inner- und ausserhalb der Parteien werden.¹⁷ Selbst leichte Mandatsverschiebungen konnten von den Parteiakteuren als äusserst wichtig eingeschätzt werden. So mobilisierte der Präsident der waadtländischen FDP Raymond Gafner am kantonalen Parteitag folgendermassen für den Wahlkampf:

„Les élections des 24 et 25 octobre sont d'autant plus importantes que trois partis ont aux chambres fédérales des effectifs à peu près égaux. *Un déplacement d'un siège ou deux peut rompre cet équilibre* et donner à l'un ou l'autre des protagonistes un rôle primordial, notamment dans la constitution des commissions fédérales.“¹⁸

Die Freisinnigen, deren historisch hegemoniale Stellung dabei mehr denn je bedroht war, setzten sich das Ziel, „wieder die stärkste Fraktion im Rate zu stellen“ – im Nationalrat waren sie von den Sozialdemokraten seit 1955 übertroffen worden, während die Konservativen seit 1951 die grösste Fraktion ins Bundeshaus schickten.¹⁹ Seitens der schweizerischen BGB ging es bei diesen Wahlen

¹⁶ BAR J2.322-01 2009/263_2, Zentralvorstand, 18.01.1947.

¹⁷ Darauf weist Oscar Mazzoleni bezüglich des „Wahlniederganges“ der FDP und CVP ab den 1990er Jahren hin, Mazzoleni: *Des partis gouvernementaux face au déclin électoral*, 2009, S. 415.

¹⁸ ACV PP 552/5, Rede von Raymond Gafner, Congrès, 13.09.1959.

¹⁹ Dies notierte Martin Rosenberg aus einem Artikel der Zeitung *Der Bund*. Rosenberg: *Die politische Lage in Zahlen*, 1960, S. 3.

zunächst darum, das 1955 in Baselland verlorene Mandat zurückzuerobern – die Partei gab sich nach den Wahlen zufrieden, da dieses Ziel erreicht wurde, obwohl sie gleichzeitig Wähler verloren hatte.²⁰

Die Diskussionen innerhalb der KCVP enthüllen dabei am deutlichsten die Besonderheiten dieses nach wie vor stark kantonal geprägten Wahlkampfes, dessen Ziele auf eidgenössischer Parteebene Gegenstand von unsicheren Verhandlungen waren. Für den KCVP-Generalsekretär Martin Rosenberg ging es in diesen Wahlen „vor allem um die [Beibehaltung der] Spitzenposition in den Räten“.²¹ Er hatte aber weitere Wahlkampfziele, um die Position der KCVP zu stärken: Die Partei sollte ihre Stimmenanzahl noch erhöhen – 1955 war sie erstmals stimmenmässig mit 234000 Wählern stärkste bürgerliche Partei des Landes geworden. Die KCVP bleibe im Gegensatz zur FDP trotz des Einzuges der Sozialdemokraten in ihren Stammländern stark, und die Christlichsozialen seien zudem in den Diasporakantonen auf dem Vormarsch. Die Partei habe aber weiterhin Reserven, welche es „in den Wahlen 1959 auch eidgenössisch zu mobilisieren“ gelte:

„Es geht dabei nicht nur um *Mandate* – in der heutigen parteipolitischen Lage ist vielleicht noch entscheidender, die *Gesamtwählerzahl* der Partei weiter zu steigern. Der politische Einfluss auch unserer Partei hängt wesentlich von ihrer *gesamtschweizerischen Stärke* ab. [...] Die Diaspora-Parteien sind in der Lage, *weiteres Terrain zu gewinnen*. Diaspora, paritätische Kantone und Stammländer zusammen aber vermögen die heutige, in hartem Einsatz und mit verlässlicher Ausdauer gewonnene Position im Bund *nicht nur zu halten, sie können sie mit vereinter und voll eingesetzter Kraft weiter verstärken und ausweiten*.“²²

Zunächst verlangte dies aber den Einsatz der Kantonalparteien und gerade da offenbarte sich die Schwierigkeit von Rosenbergs Ambition, die Position der KCVP als stärkste bürgerliche Landespartei via Wählerstimmenanteile auf eidgenössischer Ebene zu behaupten, wenn in manchen Kantonen auch 1959 noch nur ein eingeschränkter Wahlkampf stattfand. In katholischen Kleinkantonen wie Nidwalden stellte sich die Herausforderung, die Wähler zur Urne zu bringen, wenn weder eine parteipolitische noch eine personelle Veränderung zu erwarten war. Auf Rosenbergs Linie achtete immerhin der Nidwalder Adolf von Matt auf eine gute Stimmbeteiligung, gerade „im Interesse der schweizerischen Partei“.²³ Hingegen wehrte sich die Sankt Galler Partei gegen Rosenbergs Wahlziele und entschied sich sogar, den „eigentlichen Wahlkampf“ erst acht Tage vor dem Wahlgang aufzunehmen.²⁴ Es ist folglich nicht erstaunlich, dass Rosenberg nach den Wahlen das mangelnde Engagement einiger Kantonalparteien dafür verantwortlich machte, dass das Wahlziel nur knapp erreicht wurde, „wenn auch das Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Freisinn um die Position der stärksten

²⁰ PA SVP BE 1.62.3, Zentralvorstand, 1.09.1959; PA SVP BE 1.62.1, Geschäftsleitung, 16.12.1959.

²¹ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1960, S. 3.

²² BAR J2.181 1987/52_164_1280, Rosenberg, Martin: Das Ziel der Herbstwahlen 1959, Herbst 1959.

²³ BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitender Ausschuss, 2.03.1959.

²⁴ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961.

bürgerlichen Partei der Schweiz noch nicht endgültig entschieden ist und weiter geht.“²⁵ Rosenberg verglich dabei die absoluten Wählerzahlen pro Kanton mit jenen von 1955, und stellte fest:

„Hätten diese Kantonalparteien auch nur ihre Wählerzahl von 1955 gehalten – *obwohl in der Politik Stillstand bereits Rückschritt bedeutet* – so wäre die Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz mit einem Wählerzuwachs von 6769 (Freisinn 4566) nicht nur zur absoluten Siegerin der Herbstwahlen 1959 geworden, sie hätte auch mit 232891 durch die Wahl ausgewiesene Wählerstimmen die Freisinnig-demokratische Partei eindeutig überrundet.“²⁶

Rosenbergs offensive Haltung zielte somit in erster Linie auf die blosser Ausschöpfung des katholischen Wählerreservoirs. Er blieb dabei aber „Zukunftsmöglichkeiten und Zukunftsreserven“ der Partei überzeugt.²⁷

Die SP ihrerseits bemühte sich im Wahlkampf von 1959 weiterhin um eine intensiviertere Rekrutierung weiterer Mitglieder sowie von Zeitungsabonnenten, wozu das neue humanistische Programm von Winterthur beitragen sollte.²⁸ Vor allem aber sollten die Wahlen den SP-Anspruch auf zwei Bundesratssitze untermauern. Nach den Wahlen hinderten jedoch weder die „flaue Stimmung“ des Wahlkampfes noch der „erlittene Rückschlag“²⁹ – die SP verlor zwei Nationalratsmandate – die Parteikader daran, an diesem Zweieranspruch festzuhalten. Zentral für das Selbstbild der SP, aber auch für ihre Position auf dem politischen Feld blieb das Ziel, die „Stellung als stärkste Landespartei“³⁰ mit 263000 Stimmen zu behalten. Dennoch stellten einige Sozialdemokraten die Frage, wie die Partei nach diesem „relativen Misserfolg“ weitermachen sollte.³¹ Die Warnung des Zentralsekretärs Fritz Escher diesbezüglich erinnert an jene des KCVP-Sekretärs Rosenberg angesichts der Gefahr des Stillstands, betont aber gleichzeitig die weiterhin erwünschte oppositionelle Haltung der SP: „eine Oppositionspartei darf sich [...] niemals mit der Erhaltung des Status quo zufrieden geben“.³²

„Was heisst übrigens, die Wahlen gewinnen?“

1971 blieb diese Problematik hoch aktuell: Wie der neue CVP-Sekretär Hans Niemetz es zusammenfasste, schien es, dass seit der Einführung der Zauberformel „die Wahl [...] im Wesentlichen nur der Messung der Parteistärken“ diene.³³ So setzte die FDP keine konkreten Ziele, sondern überlegte vielmehr, wie die reine Mechanik der Wahlen den Status Quo verändern könnte (oder nicht): Aufgrund von Mandatsverschiebungen zwischen Kantonen in Folge der veränderten

²⁵ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1960, S. 3.

²⁶ Ebd., S. 4.

²⁷ Ebd., S. 10.

²⁸ SSA Ar 1.230.6, Brief des SP-Sekretariates an die Sektionen, 11.09.1959; SSA Ar 1.110.49, Geschäftsleitung, 21.03.1959.

²⁹ In den Worten von Walther Bringolf, SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 31.10.1959; Parteivorstand, 5.12.1959.

³⁰ Ebd., Parteivorstand, 5.12.1959 (Walther Bringolf).

³¹ Wie der Parteisekretär Benno Hardmeier nach den Wahlen zugab, Hardmeier: Nach dem eidgenössischen Wahlgang, 1959, S. 321.

³² Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 320.

³³ Niemetz: Die Nationalratswahlen 1971, 1972, S. 4.

Demographie rechnete die Partei mit fünf zusätzlichen Mandaten, dafür aber mit vier Verlusten.³⁴ Jedoch teilten nun viele Akteure bei allen Parteien die Einschätzung, dass der Erhalt des Status Quo immer weniger selbstverständlich würde. Mit den Erfolgen des LdU und der Entstehung neuer Parteien am rechten Rand des Parteienspektrums hatten die Wahlen von 1967 eine neue Bewegung an den politischen Fronten markiert, welche neue Risiken für die von dieser neuen Opposition direkt angegriffenen Bundesratsparteien mit sich brachte. Wie ein Bericht der FDP nahelegt, suchten die etablierten Parteien 1971 darauf strategische Antworten:

„Es ist eine Gesetzmässigkeit auch der ‚politischen Physik‘, dass *Ruhe gerne Ruhe bleibt, Bewegung aber ebenso häufig neue Bewegung* zeugt. Für den Freisinn (und für die übrigen ‚betroffenen‘ Regierungsparteien) wird es entscheidend sein, dafür zu sorgen, dass die Bewegung des Herbstes 1971 *im Sinne der Reaktion (d.h. der Wiedergewinnung oder gar des Ausbaus der 1967 geschwächten Positionen)* und nicht der Aktion (im Sinne des weiteren Fortschritts der ‚oppositionellen Unruhestifter‘) erfolgen wird.“³⁵

Bei den anderen Parteien im Bundesratsbündnis regten sich allerdings Zweifel, ob die Zauberformel um jedem Preis beibehalten werden solle, wie es der CVP-Nationalrat Julius Binder zu bedenken gab:

„In jeder Demokratie ist eine *starke Opposition* notwendig... Die Jugend spürt, dass etwas nicht stimmen kann, wenn die Parteien alle 4 Jahre gegeneinander antreten und dann nach den Wahlen *wieder im gleichen Boote* sitzen.“³⁶

Gerade in der CVP wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht in Hinblick auf die Wahlen das Prinzip der Regierungsbeteiligung in Frage stellen solle. In diesem Sinne äusserte sich nicht zuletzt auch der Parteipräsident Franz Josef Kurmann:

„Was heisst übrigens, die Wahlen gewinnen? Für mich: *Fraktionsmandate nicht zurückfallen, Stimmtotal erhöhen*. [...] Selbstverständlich sind die Nationalratswahlen unser nächstes Ziel. Und für mich ist es auch klar, dass die eventuelle Übernahme der Oppositionsrolle die Partei nicht mit einem Schlag ‚rettete‘. Aber täuschen wir uns nicht: *Mit konventionellen ‚Waffen‘ kommen wir nicht mehr durch*.“³⁷

Die Partei setzte auch bei einer sorgfältigen Planung des Wahlkampfes an, welcher die 1970 initiierte Modernisierung der Partei voranbringen sollte. Als Ziele definiert wurden eine höhere Sichtbarmachung der CVP, sowohl bei Stammwählern als auch Wechselwählern, während die „Anhänger anderer Parteien [...] verunsichert werden“ sollten, um sie als Wähler zu gewinnen.³⁸ Jedoch blieben die Mandatsziele der Partei sehr moderat: „Sitze halten in den Stammgebieten; in Kampfgebieten: unsichere Sitze halten, nach Möglichkeit neue gewinnen“.³⁹

³⁴ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

³⁵ Ebd.

³⁶ BAR J2.181 1987/52_25_285, Leitender Ausschuss, 08.01.1971.

³⁷ Ebd.

³⁸ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

³⁹ Ebd.

Auch bei der SP riefen die „Schicksalswahlen“ von 1971 besondere Ängste hervor.⁴⁰ Wie der Parteisekretär Aloïs Bertschinger nach den Wahlen resümierte, seien „die Vorzeichen für den eidgenössischen Wahlgang vom 31. Oktober 1971 [...] in SP-Kreisen ziemlich einhellig als negativ für die grösste Partei des Landes angesehen“ worden.⁴¹ Als Ursache seien vor allem die Spaltungen innerhalb der Arbeitermilieus bezüglich der Überfremdungsabstimmung von 1970 genannt worden: Die SP hätte „für ihre eindeutige Haltung [gegen diese Abstimmung] büssen müssen“.⁴² Viele SozialdemokratInnen hatten somit mit Mandatsverlusten – auch aufgrund der Sitzverschiebungen zwischen Kantonen – gerechnet. Die schlussendlich fünf Mandatsverluste führte Bertschinger insbesondere auf Schwächen des gegenwärtigen Proporzsystems zurück – die Zunahme der Parteienzersplitterung und der Listenverbindungen. Gesamtschweizerisch seien jedoch die Tendenzen „durchaus uneinheitlich“, und die SP habe immerhin ihre Position als „wählerreichste Partei“ behauptet.⁴³

Trotz optimistischer Bekundungen der Parteispitzen bekräftigten aber diese Wahlen alle vier Bundesratsparteien in ihrer Bewertung, dass Veränderungen eingeleitet werden müssten. Ein Wahlbericht der FDP stellte dazu fest: „bestimmte konkrete Folgerungen sind aber unumgänglich, um in Zukunft nicht mehr oder weniger zu bestehen, sondern um auch wieder gewinnen zu können.“⁴⁴

Zwischen Stimmenerfassung und offensiver Werbung

Gerade solche Veränderungen unternahm die FDP 1979 mit ihrer offensiven Wahlkampagne rund um den provokativen Slogan „Mehr Freiheit, weniger Staat“. Für den Wahlkampf von 1983 erhoffte sich die Partei, den Erfolgskurs fortzusetzen: „Unser Ziel ist klar [...] wir wollen hinsichtlich Wähleranteil die SP überrunden und stärkste Partei werden!“, so der Pressesprecher Christian Beusch in einer Serie der Zeitschrift *Schweizer Illustrierte*.⁴⁵ Nach ihren kleinen Gewinnen von 1979 stellte sich auch die SVP als offensiv dar und gab ihr Ziel bekannt, einen Zuwachs von 11.6% auf 13% der Stimmen zu erreichen.⁴⁶ Laut Hans Peter Graf, Wahlkampfmanager der Partei, brauche die Partei sogar „weder Regenschirm noch Hagelversicherung“ für die kommenden Wahlen.⁴⁷ Die (möglichst ambitionierten) Ziele der Parteien gehörten nun zur Standardfrage der medialen Berichterstattung zum Wahlkampf. Selbst der SP-Parteipräsident Helmut Hubacher, dessen Partei bereits als zukünftige Verliererin der

⁴⁰ SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Aloïs: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

⁴⁵ Ein Fest für die FDP, in: *Schweizer Illustrierte*, 03.10.1983.

⁴⁶ Wie sieht die Bilanz der Parteien von 1979 bis 1983 aus? Der SVP attestieren wir: „gute Leistung“, in: *Schweizer Illustrierte*, 12.09.1983.

⁴⁷ Der Tanzboden der SVP, in: *Schweizer Illustrierte*, 12.09.1983.

Wahl galt, erklärte sich als „gar nicht pessimistisch“ und gab das bescheidene Ziel kund, die Parteiposition zu halten.⁴⁸ Der SP-Sekretär Christoph Berger gab immerhin zu, dass die SozialdemokratInnen „zwar nicht gerade als Favoriten an diese Wahl [gingen], [...] aber weder resigniert noch überheblich [seien].“⁴⁹ Tatsächlich herrschte im Hintergrund eine weitgehende Demoralisierung in der verunsicherten, intern tief gespaltenen SP. Vor der Geschäftsleitung fasste die Bündnerin Anna Ratti das Problem im offenen Worte:

„Ich kann zu diesem Wahlkampf nicht viel oder gar nichts beitragen. Ich kann nichts tun, ich fühle mich nicht motiviert. Warum haben wir denn eine *Sinnkrise*? Wir streben eine Demokratie in allen Bereichen an. Was aber herauskommt, ist die *parlamentarische Demokratie*. Die Parlamentarier *selber nehmen die Wahlen als das Wichtigste. Daran glauben die Leute einfach nicht mehr*. Die Glaubwürdigkeit der Partei ist nach aussen nicht vorhanden.“⁵⁰

Gegen diesen Fatalismus riefen weitere Mitglieder der Geschäftsleitung zu vermehrten Mobilisierungsbemühungen auf, zunächst aber bei der eigenen Basis. Laut dem Parteisekretär Andreas Lutz gehe es darum, zuerst die Vertrauensleute zu mobilisieren – die Partei zählte 1% Mitglieder im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung –, um den Wähleranteil von 1979 (24%) zu sichern.⁵¹

Hingegen setzte ein Teil der Parteispitzen in Folge des verstärkten Wettbewerbs durch die FDP und die neuen Parteien nun mehr Erwartungen denn je in den Wahlkampf. Das wohl vom Sekretär Hans-Peter Fagagnini verfasste Kampagnenkonzept der CVP, welches der Vorbereitung eine wichtige Rolle beimass, sah die Wahlen von 1983 als eine Chance für die Partei: „Schliesslich gilt für mich der Leitspruch: 1975 hat die SP die Wahlen gewonnen, 1979 die FDP, 1983 sind wir an der Reihe.“⁵² Um sich jedoch einen Platz in der zunehmend polarisierten Schweizer Politik zu ergattern, sei eine „offensive Werbung“ zu bevorzugen: „Was 1979 galt, gilt heute noch mehr: es gewinnt derjenige, der die meisten Wähler für sich mobilisiert. *In dieser privatistischen Grundstimmung spielt Werbung eine wichtige Rolle*“.⁵³ Bei der Basis der CVP schien aber die Vorstellung eines offensiven Wahlkampfes keine Selbstverständlichkeit. Halb optimistisch, halb resigniert erklärte der Wahlkampfstab der Zürcher CVP den ParteiaktivistInnen in seinem Wahlkampfleitfaden für 1983 die Bedeutung des Wahlkampfes folgendermassen: „Die CVP ist immer noch nicht in der glücklichen Lage, Wählerstimmen zu gewinnen, indem sie nichts tut. *Es ist nicht selbstverständlich, dass man sie wählt*.“⁵⁴ Die Zürcher CVP unterscheidet sich dabei von den grössten Zürcher Parteien: der SP, FDP und SVP, welche angeblich über eine treue, leicht mobilisierbare Basis verfügen würden. Bei CVP-

⁴⁸ „Position halten“, in: Vaterland, 12.09.1983.

⁴⁹ Wie sieht die Bilanz Parteien von 1979 bis 1983 aus? Zur SP sagen wir: „lässt zu wünschen übrig“, in: Schweizer Illustrierte, 26.09.1983.

⁵⁰ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

⁵¹ Ebd.

⁵² PA CVP CH W (3), o.A.: Politische Ausgangslage vor den Nationalratswahlen 1983, [1981].

⁵³ Ebd.

⁵⁴ PA CVP ZH, Wahlkampfstab der Zürcher CVP: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

Kantonalparteien ohne Mandatschancen schien es noch notwendiger, den ParteiaktivistInnen den Sinn der Wahlen nahezubringen: Laut der CVP des Kantons Schaffhausen bezwecke somit der Wahlkampf die bestmögliche Stimmenerfassung für die CVP auf eidgenössischer Ebene sowie die Unterstützung der bürgerlichen Familie im Kanton auf der Basis der eingegangenen Listenverbindung.⁵⁵

Noch stärkere Argumente setzte der Sekretär der Tessiner SP Dario Robbiani ein, um die AktivistInnen der Sektionen für die Wahlen zu mobilisieren: Im Kanton drohe der Kampf zwischen PSA und FDP um den zusätzlichen achten Sitz, was den üblichen einzigen SP-Sitz gefährde. Zudem würden es die Intensivierung des Wahlkampfs und die Rechtswende auf eidgenössischer Ebene notwendig machen, auch im Tessin richtig Wahlkampf durchzuführen, um desinteressierte Stammwählende und Mitglieder zur Urne zu bringen.⁵⁶ Den eidgenössischen Wahlen konnte für die Tessiner SP-AktivistInnen zudem mehr politische Bedeutung gegeben werden, indem das Ziel ausgegeben wurde, neben dem reinen Erhalt des einzigen SP-Nationalratsmandates auch die linke Positionierung der SP im politischen Feld des Tessins durch eine gute Kampagne zu stärken, beispielsweise mit der Kritik am freisinnig-christlichdemokratischen Duopol im Ständerat aufgrund des „antidemokratischen“ Majorzwahlsystems.⁵⁷ Der verstärkte Wettbewerb im Kanton durch die Ambitionen der PSA sowie die Bedeutungszunahme des Wahlkampfs auf eidgenössischer Ebene gaben diesen somit auch im Tessin eine verstärkte Bedeutung, zumindest für die Parteikader.

2. Expertenwissen als Entscheidungshilfe im Wahlkampf

Um die Bedeutung des Wahlkampfs trotz seiner nicht eindeutigen Ziele zu festigen, spielte der Aufbau eines Wissens über den Wahlkampf eine zentrale Rolle. Die Parteien zogen immer selbstverständlicher die eine oder andere Form von Wahlkampffertigkeit hinzu. Neben einem guten Informationsmanagement sollte dies als Entscheidungshilfe für den Wahlkampf dienen, diesen planbarer, und den Wahlausgang vorhersehbarer machen. Der zunehmende Rückgriff auf ein oft parteiexternes Wahlkampfwissen hing dabei eng mit dem breiteren Prozess der Verwissenschaftlichung der Politik in der Nachkriegszeit zusammen, welcher insbesondere in Folge der allgegenwärtigen Planungseuphorie der 1960er Jahre das politische Handeln der Parteien deutlich prägte.⁵⁸ Bezüglich der Wahlkämpfe lässt sich dieser Prozess in zwei verschiedene Wissensfelder unterteilen: die Demoskopie als Prognosemittel und das Werbewissen als Erfolgsrezept für die Wahlkämpfe.

⁵⁵ PA CVP CH W (1), Mitteilungsblatt der CVP des Kantons Schaffhausen: Warum beteiligt sich die CVP an den Nationalratswahlen?, [1983]; Communiqué der CVP Schaffhausen: Warum kandidiert die CVP im Kanton Schaffhausen für den Nationalrat?, [1983].

⁵⁶ ASTi FPC 01 63.2.2, Rundschreiben von Dario Robbiani an die Sektionen, 13.10.1983.

⁵⁷ ASTi FPC 01 63.2.1, o.A.: Elezioni nazionali 23 ottobre 1983, [1983].

⁵⁸ Vgl. dazu Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945, 2010.

2.1. Von der Wahlstatistik zur Demoskopie

Die Entstehung der Demoskopie in der Schweiz ist noch wenig erforscht.⁵⁹ Laut einigen Autoren habe die Konkurrenz der Abstimmungen ihre Entwicklung in der Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern verzögert, da dieses regelmässige, legitime Messinstrument der öffentlichen Meinung Umfragen lange Zeit unnötig gemacht hätte.⁶⁰ Dabei hatte die Wahlstatistik früh Handwerkszeug geliefert, um die Wahlen zu verstehen und zu prognostizieren. Sie trug somit zu den „micro-savoirs“ des Wählens bei, auf die sich Parteien lange vor der Etablierung der Wahlforschung und der Demoskopie stützen konnten.⁶¹

Die „Schnellstatistiker“ der Parteien

Um die Wählerschaften zu erfassen, stützten sich die Parteien in den 1940-50er Jahren zunächst auf statistische Daten zu den Wahlen, welche sie teilweise sogar selbst erhoben hatten. Kurz nach den Wahlen konnten sie so zwar erste Daten dank der Presse, aber auch ihrer eigenen Wahlbeobachter zusammenfügen. Nach dem offiziellen Wahlbericht im Bundesblatt⁶² dauerte es dann aber oft einige Monate bis einige Jahre, bis die eidgenössischen und kantonalen Statistiker genauere Daten und Analysen veröffentlichen konnten.⁶³ Die zeitliche Verschiebung dieser Veröffentlichungen erklärt, weshalb die Presse, aber auch die Parteien selbst, kurz nach den Wahlen eigene Statistiken und Wahlanalysen produzierten und veröffentlichten. Am weitesten ging dabei die konservative Partei in der Zeit unter dem zahlenaffinen Generalsekretär Martin Rosenberg, der nach jeder eidgenössischen Wahl einen ausführlichen Bericht zum Wahlausgang veröffentlichte.⁶⁴ Damit bestritten Medien und Parteien die Deutungshoheit der offiziellen Wahlstatistik und scheuten sich nicht davor, alternative Rechnungen aufzustellen.⁶⁵

Bemerkenswert sind dabei die Variablen, welche die Parteistatistiker für ihre Analysen berücksichtigten. Mit den genauen Daten zu jeder Gemeinde sowie zu jedem Kandidierenden bekamen

⁵⁹ Vgl. Farago: Wahlforschung in der Schweiz, 1995; Linder: Back to the future, 2003; Jost: Von Zahlen, Politik und Macht, 2016.

⁶⁰ Vgl. Fagagnini: Auf dem Weg zur modernen politischen Kommunikation, 1989, S. 229.

⁶¹ Vgl. zur Vorgeschichte der Wahlexpertise vor der Demoskopie, Lehingue: Le vote, 2011, S. 95ff; Roth: Die Anfänge empirischer Wahlforschung, 1998.

⁶² Als erste offizielle und national geltende Quelle bestätigte dieser Bericht ungefähr einen Monat nach den Wahlen die in der Schweiz höchst komplizierte Umwandlung der Stimmen in Mandate. Damit machte er insbesondere die genauen Zahlen der Kandidatenstimmen bekannt, welche über die Verteilung der Mandate innerhalb der Parteien entschieden, aber auch eine hohe symbolische Hierarchisierungsfunktion unter den erfolglosen Kandidierenden besaßen.

⁶³ Für 1947 bspw. Eidgenössisches statistisches Amt: Nationalratswahlen 1947, 1949. Dabei war die Wahlstatistik immerhin viel entwickelter als jene zu den Abstimmungen. Vgl. dazu Linder: Back to the future, 2003, S. 230.

⁶⁴ Sein Bericht erschien unter anderem in der Zeitschrift *Civitas*. Laut Rosenberg gehöre die Wahlstatistik nämlich „auch zur staatspolitischen Schulung“. Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1948, S. 5.

⁶⁵ So kommentierten die *Neuen Zürcher Nachrichten* den Zürcher Bericht für die Wahlen von 1947 mit eigenen Zahlenkorrekturen. Zu einer Wahlstatistik, in: Neue Zürcher Nachrichten, 22.10.1947.

die Parteien zunächst einen Einblick in die kleinsten Wählerschaftsbewegungen von Wahl zu Wahl. In ihren eigenen statistischen Zusammenfassungen schlossen sie aber weitere sozioökonomische Daten ein, welche auf besondere Wählerpotenziale im eigenen Handlungssystem hinweisen sollten. So verglich eine Tabelle der SP nach den Wahlen von 1947 die Anzahl (Schweizer) männlicher Arbeiter und Angestellter aus der Volkszählung von 1941 mit der Anzahl der Parteimitglieder im Jahre 1946 sowie mit der Anzahl sozialdemokratischer Wähler im Oktober 1947.⁶⁶ Daraus wurde ein Wählerpotenzial bei der Arbeiterschaft insbesondere in Kantonen wie Luzern, Sankt Gallen, Graubünden oder der Waadt abgeleitet, welches der Wahlkampf mobilisieren könnte. Ebenso beobachteten die Konservativen die Entwicklung der Konfessionszugehörigkeiten.⁶⁷

Ferner ermöglichte es die statistische Arbeit den Parteien, Mandate und Stimmen auf eidgenössischer Ebene zu berechnen und als Massstab für die Parteienstärke zu verwenden. In den 1940-50er Jahren hatte sich nämlich die Wahlberichterstattung üblicherweise auf absolute Stimmenzahlen pro Wahlbüro und pro Kanton begrenzt.⁶⁸ Als die Ziele der Wahlkämpfe begannen, sich mehr und mehr um die Messung der nationalen Parteienstärke zu drehen, nahmen national aggregierte Zahlen an Bedeutung zu. Gerade an dieser Stelle kamen die Parteistatistiker mit ihren eigenen Zielsetzungen zum Zuge. So berechnete Rosenberg 1960 noch vor dem statistischen Amt die schweizweite, effektive Parteienstärke für 1959, und berücksichtigte dafür die katholisch-konservativen Wähler von Solothurn und Uri – zwei Kantone, in welchen es aufgrund von Arrangements zur Machtteilung zwischen KCVP und FDP keine katholisch-konservative Nationalratskandidaten, jedoch katholisch-konservative Wähler gab. „Allein aus diesen beiden Kantonen“, so Rosenberg, „müssen der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei rund 5000 Wähler gutgeschrieben werden.“⁶⁹ Insgesamt errechnete Rosenberg somit eine Gesamtstärke von 260000 Wählern für die SP und 236000 für die FDP und KCVP – gemäss dieser Rechnung würde die KCVP also die FDP als erste bürgerliche Partei stimmenmässig einholen.

Ein weiterer Schritt in Richtung von Wahl zu Wahl vergleichbaren, nationalen Stimmenzahlen als Massstab der Parteienstärke wurde mit der allmählichen Durchsetzung von Prozent- anstatt absoluten Zahlen erreicht. Diese Entwicklung ist gut an den Wahlberichten des Bundesamtes für Statistik ab den 1970er Jahren ablesbar.⁷⁰ Zum Verzicht auf absolute Zahlen haben wohl die Zunahme der

⁶⁶ SSA Ar 1.230.3, o.A.: Tabelle Nationalratswahlen 1947, [1947].

⁶⁷ So zeigte eine Graphik der CVP 1971 den Wähleranteil der Bundesratsparteien, die Stimmbeteiligung, die zwei Konfessionsgruppen, den CVP-Sitz- und Wähleranteil seit 1921. Diese Graphik zeichnete dabei ein düsteres Entwicklungsbild für die CVP. Für ihre Statistik bot die CVP den Kantonalparteien für dieses Jahr sogar noch Daten über die Urbanisierung und die Erwerbsstruktur der Bevölkerung an. BAR J2.181 1987/52_71_624, o.A.: Die Stärke der Parteien in den National- und Ständeratswahlen, 1971.

⁶⁸ Die eidgenössischen Wahlen, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1947; Les élections fédérales, in: Feuille d’Avis de Lausanne, 27.10.1947.

⁶⁹ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1960, S. 2f.

⁷⁰ Sie erfordert die Ermittlung der Zahl der fiktiven Wählenden (Anzahl der erhaltenen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu vergebenden Sitze des entsprechenden Wahlkreises), um die Wahlergebnisse in Prozent auf kantonaler und eidgenössischer Ebene aggregieren zu können. Vgl. Bundesamt für Statistik: Politik. Panorama, 28.03.2017, S. 9.

Stimmhaltung,⁷¹ die Verdoppelung der Wählerschaft im Jahr 1971⁷² sowie schliesslich die Verbreitung demoskopischer Prozentzahlen beigetragen. Denn die „Schnellstatistiker der politischen Presse“,⁷³ wie die Zürcher Wahlstudie von 1943 sie nannte, gaben diese Aufgabe langsam auf, als sich die Wahlstatistik entwickelte und beschleunigte – dank der Hilfe der ersten Computer,⁷⁴ aber vor allem da die florierende Demoskopie nun elaboriertere Deutungen und Prognosen der Wahlprozesse vorschlug.

Die durchkreuzten Anfänge der Demoskopie in der Schweiz

In starkem Kontrast zu der raschen Entwicklung der amerikanisch inspirierten Marktforschung ab dem Zweiten Weltkrieg, zeichnet sich die Entstehung der Demoskopie in der Schweiz durch gescheiterte Versuche und versteckte Untersuchungen aus.⁷⁵ Das ambitionierte Projekt der *Volksumfrage 1946*, welches von einem Kreis konservativer Intellektueller initiiert und von der Neuen Helvetischen Gesellschaft finanziert wurde, ist dafür emblematisch.⁷⁶ Nebst der Erstellung eines Fragebogens zur Zukunft des Landes, der an 2.5 Millionen Haushalte gesendet wurde, führte das 1943 gegründete Lausanner Marktforschungsinstitut Institut suisse de l'opinion publique (ISOP) bei einer kleineren Stichprobengruppe eine repräsentative Umfrage mit den Methoden seines amerikanischen Mutterinstitutes Gallup durch. Dieses Projekt stiess aber auf viel Kritik bei den politischen Akteuren, weil die Ansichten der Initianten die ambivalente Rolle der Demoskopie – als Spiegel des ‚Volkes‘ aber auch als mögliches Einflussmittel – sichtbar werden liessen. Umfragen blieben in den folgenden Jahren und bis Ende der 1950er Jahre vor allem Sache der wachsenden Marktforschung zu Gunsten von Firmen; dies umso mehr, als die Schweizer Politikwissenschaft noch wenig institutionalisiert war und hauptsächlich mit der Wahlstatistik arbeitete.⁷⁷ Die wenigen politischen Umfragen dieser Jahre betrafen die Aussenpolitik oder auch die Einstellung der Frauen zum Frauenstimmrecht – eine sensible Frage, deren Untersuchung von Gegnern wie Befürwortern in der Debatte angegriffen wurde und welche ansonsten nur Gegenstand einiger Konsultativbefragungen war.⁷⁸

⁷¹ Hans Niemetz, der Nachfolger von Rosenberg, machte bspw. in seinem Bericht zu den Wahlen von 1971 auf dieses Problem aufmerksam, Niemetz: Die Nationalratswahlen 1971, 1972, S. 2.

⁷² Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete somit von einem verbreiteten Gefühl der Verwirrung bei Journalisten und Politikern aufgrund der verdoppelten Zahlenlage. Die Ausgangslage für die Nationalratswahlen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.10.1971.

⁷³ Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): Die Nationalratswahlen 1943 im Kanton Zürich, 1944, S. 4.

⁷⁴ 1971 begannen einige statistische Ämter auf kantonaler oder kommunaler Ebene ihre Ergebnisse mit Computern zu verfassen. Eidgenössisches Statistisches Amt (Hg.): Nationalratswahlen 1971, 1974, S. 7.

⁷⁵ Vgl. dazu Leimgruber: *Marketing*, 2009; Kutter: *Werbung in der Schweiz*, 1983.

⁷⁶ Dazu Stettler: *Demoskopie und Demokratie in der Nachkriegsschweiz*, 1997.

⁷⁷ Siehe dazu Gottraux; Schorderet; Voutat: *La science politique suisse à l'épreuve de son histoire*, 2000. Die Forschung des Genfer Soziologen Roger Girod ist dafür ein gutes Beispiel, Girod: *Facteurs de l'abstentionnisme en Suisse*, 1953.

⁷⁸ Einige Studien widmeten sich nur diesem Thema, während andere sich dafür im Rahmen von grösseren Marktuntersuchungen interessierten. Für einen Überblick siehe Frey: *L'opinion publique et les élites*, 1970.

Heimliche Versuche beim Wahlkampf von 1959

Beim Wahlkampf von 1959 waren Umfragen keine absolute Neuigkeit mehr, blieben jedoch zumeist unveröffentlicht. Insbesondere innerhalb der FDP zirkulierten bereits einige Umfragen, welche zwar von Firmen im Auftrag gegeben wurden, aber am Rande auch politische Fragen behandelten.⁷⁹ Wie 1955 gab die FDP zudem selbst eine Umfrage beim Bieler Pierre-André Gygi, Leiter des schweizerischen Instituts für Markt und Meinungsforschung, in Auftrag.⁸⁰ Obwohl ein Teil der Parteispitze zur Konzeption der Umfrage beigetragen hatte, wurde sie kaum herangezogen, wohl nachdem sie aufgrund von Qualitätsmängeln intern auf Kritik gestossen war.⁸¹ Tatsächlich stellte die Studie – wie viele damals – sehr vielfältige, nicht immer klare Fragen, machte wenige Angaben zur Repräsentativität der befragten Gruppe sowie zur Befragungsmethode und lieferte deshalb nur schwer interpretierbare Ergebnisse. Trotzdem führte sie der Generalsekretär Leuenberger parteiintern als eine der Massnahmen zum Wahlkampf an.⁸² Innerhalb der Partei war die Verwendung von Umfragen also kein Tabu, wurde sogar mehr und mehr zu einem Muss, selbst wenn sich ihre Nützlichkeit noch beweisen musste.

Denn die Demoskopie etablierte sich unaufhaltsam als unabdingbares Werkzeug für die Wahlkämpfe in Westeuropa. Selbst die Sozialdemokraten interessierten sich nun dafür, obwohl sie aufgrund ihrer traditionell starken Parteikultur sowie ihrer schwachen Beziehungen zu den Wirtschaftseliten gewiss am weitesten entfernt von der Demoskopie standen.⁸³ Bereits Ende 1958 war der SP-Präsident Bringolf in Kontakt mit einer amerikanischen Werbeagentur, der NOWLAND Organization, die Marktforschung und seit kurzer Zeit auch Wahlforschung betrieb und gerade dabei war, sich nach erfolgtem Aufbau von Niederlassungen in anderen europäischen Ländern auch in der Schweiz zu etablieren. In einem Angebotsbrief ging der Vertreter der Firma in der Deutschschweiz, Carl Bürgin, auf die Erwartungen von Bringolf ein: Die Partei wolle „der Verbreitung ihres Programms die besten Wirkungsbedingungen bei dem beeinflussbaren Wähler [sichern], der übrigens als typischer Vertreter

⁷⁹ So eine Umfrage unter Arbeitern der Metall- und Maschinenindustrie in verschiedenen Städten, in welcher man mehr über ihre Einschätzung der Arbeitsverhältnisse, ihre politische Meinung, aber auch ihre Informationsquellen erfahren konnte (80% der 1203 Befragten lasen bspw. Illustrierte). BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Analyses économiques et sociales SA (Direktor: Jean-Victor Reymond): Vertrauliche Umfrage, 1955.

⁸⁰ Gygi kannte den FDP-Generalsekretär Leuenberger, der ebenfalls aus Biel stammte, gut und gehörte wahrscheinlich selbst der FDP an. Gygi, Pierre-André: Reaktionen stimmfähiger Schweizerbürger auf politische Fragen: Stichprobeerhebung ausgeführt im April 1955, Biel 1955; BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Gygi, Pierre André: Befragung über das politische Verhalten von Männern über 20 Jahren (Pilot-Test), 20.01.1959.

⁸¹ ACV PP 552/204, Einladung zur Sitzung der Subkommission I des Propagandaaufschusses, 19.08.1958; BAR J2.322-01 2009/263_50_109, o.A.: Aktennotiz: Überprüfung der Befragung über das politische Verhalten von Männern über 20 Jahren (Pilot-Test) von Herrn André Gygi, 17.02.1959.

⁸² BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 28.04.1959; BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Leuenberger, Hans-Rudolf: Mitteilungen des Generalsekretariates, Die eidgenössischen Wahlen 1959, [1960].

⁸³ Deutsche Sozialdemokraten zeigten hingegen ein längeres Unbehagen gegenüber der Demoskopie. Dies gründete in der Überzeugung, dass eine Arbeiterpartei die Meinung der Arbeiterschaft nicht sondieren müsste, sondern direkt hören könne. Dazu Kruke: Demoskopie, 2012, S. 168ff.

der als ‚Flugsand‘ bezeichneten Masse angesehen werden darf⁸⁴. Dies sei durch neue Methoden erreichbar, „welche es ermöglichen, das Verhalten der Öffentlichkeit zu studieren und zu beeinflussen“.⁸⁵ Bemerkenswert an diesem Angebot ist somit die Verknüpfung eines sozialpsychologischen Marketingansatzes – u.a. der Vorstellung von einer durch die Steuerung von „unterschwelligem Wünschen“ beeinflussbaren Öffentlichkeit – mit einem von der SP selber identifizierten Wahlproblem – den sogenannten „Flugsand“-Wählern.⁸⁶ Dafür bot Bürgin eine Untersuchung vor den Wahlen an, bei der die betroffenen Wähler ihre Präferenzen formulieren könnten. Daraus könne man Strategien für einen angemessenen Wahlkampf ableiten. Solche Argumente kamen Anfang Januar 1959 bei der Geschäftsleitung der SP sehr gut an, umso mehr, als diese richtigerweise davon ausging, dass die Bürgerlichen die SP in diesem Bereich „überholt“ hätten.⁸⁷ Hervorgehoben wurde auch die Möglichkeit, neben der Aktivierung von traditionellen Wahlkampfstrukturen „einmal etwas Neues“ zu versuchen.⁸⁸ Ungeachtet des marktorientierten Charakters der Firma und ihrer Distanz zur Arbeiterbewegung sahen die Parteikader lediglich ihren amerikanischen Ursprung als Problem, der, so die Befürchtung, von den Bürgerlichen während des Wahlkampfs zum Schaden der SP ausgenutzt werden könne.⁸⁹ Bringolf versicherte daher, dass die Massnahme vertraulich bleiben würde. Tatsächlich zirkulierte die ausführliche Studie erst im Herbst 1959 und auch dann nur unter den Parteikadern sowie unter einigen weiteren Kadern der Arbeiterbewegung.⁹⁰ Der Parteivorstand scheint sie jedoch kaum diskutiert zu haben, obwohl er deren Gegenstand, die Randschichten der Wählerschaft, selbst festgelegt hatte. Die Studie diene, anders als jene von Gygi für die FDP, vorwiegend dazu, die bereits beschlossene Strategie der Öffnung in Richtung neuer Wählerschichten zu bestätigen.⁹¹

Im Wahlkampf von 1959 kam ein neuer Wettbewerb zum Ausdruck: einerseits zwischen den Parteien hinsichtlich der Modernität ihrer Wahlkampfinstrumente und andererseits zwischen Umfragefirmen, die sich den wachsenden Markt bestehend aus Parteien, Verbänden, Unternehmen und bald auch Medien und Behörden aufteilten. Im gleichen Jahr wurde die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) gegründet, mit der FDP und dem Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband (SMUV) neben zahlreichen Firmen, Wirtschaftsverbänden und Medien als

⁸⁴ SSA Ar 1.110.49, Brief Karl Bürgins an Walther Bringolf, 30.12.1958.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd., Geschäftsleitung, 24.01.1959.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) zeigte Interesse und könnte sogar für einen Teil der Kosten (10000 bis 20000 Franken) aufgekommen sein. Auch die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale (SABZ) interessierte sich für die sonst vertraulich gehaltene Studie. Der Wahlbericht des SP-Sekretärs in der *Roten Revue* erwähnte sie dabei nur sehr cursorisch. Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 319.

⁹¹ Vgl. dazu Kap. 4.2.1.

erste Mitglieder.⁹² Nach dem Modell der damals bereits zwei Jahrzehnte existierenden Gesellschaft für Marktforschung sollte die GfS laut ihrem Gründer Werner Ebersold in der „vielfältigen, unübersichtlichen, ‚vermassten‘“ Gesellschaft dabei helfen, „diese Vielfalt gedanklich zu ordnen, die Masse zu durchblicken, das Gefüge ‚transparent‘ zu machen, ein umfassendes, repräsentatives Echo zu erhalten auf die eigenen Massnahmen“.⁹³

Demoskopie als neue Öffentlichkeit?

Es erforderte aber den Einsatz der Medien, welche bereits seit einigen Jahren ein Interesse für Marktforschung gezeigt hatten, damit die Demoskopie Anfang der 1960er Jahre in eine neue Phase eintreten konnte.⁹⁴ Aus den vertraulichen Sitzungen der Firmen, Wirtschaftsverbände und Parteien drang nun die Konsultation von Umfragen in die Öffentlichkeit. Ein Meilenstein in dieser Richtung stellt eine Umfrage zu den Wahlen von 1963 dar, welche das Basler Marktforschungsinstitut Konso im Auftrag von sechs Tageszeitungen und unter der Leitung von Erich Gruner durchführte.⁹⁵ In der Broschüre zur Umfrage lieferte Gruner ein Plädoyer für einen offenen Umgang mit der Demoskopie in der Schweiz, in welchem er sowohl ihre verdeckte Existenz anerkannte, als auch ihre potentielle Wirkung, um die gegenwärtigen Wähler besser zu erreichen:

„Jahrzehntelang stand die demokratische Willensbildung, insbesondere diejenige in der direkten Demokratie schweizerischen Typs, unter dem Motto ‚*vox populi vox dei*‘. An einem Volksentscheid sollte ebenso wenig herumgedeutet werden wie früher – in Zeiten orthodoxen Glaubens – am Worte Gottes. [...] [Die Wahlprognose] ist auch in der Schweiz in den letzten Jahren heimisch geworden. *Keine Partei von Rang*, die im Besitz der hierzu notwendigen Geldmittel ist, glaubt heute auf eine nach den Prinzipien der modernen Marktforschung aufgezogene Wahlprognose verzichten zu können. [...] Mit der Herausbildung der sogenannten ‚*nivellierten Mittelstandsgesellschaft*‘ und dem *Abbau der alten konfessionellen und klassenmässigen Gegensätze*, die unser politisches Leben bis zum 2. Weltkrieg vorwiegend bestimmt hatten, wird unser politisches Leben ‚*entideologisiert*‘. [...] Die Programme der

⁹² Ende 1959 lud die GfS sogar die SP ein beizutreten und führte dafür die Mitgliedschaft der FDP als Argument an. Die SP lehnte dieses Angebot zunächst ab. SSA Ar 1.112.11, Brief der schweizerischen Gesellschaft für Sozialforschung an Benno Hardmeier, 10.12.59; Mitgliederverzeichnis der SGfS, 1959.

⁹³ Zu den möglichen Untersuchungsgegenständen zählte er die Einstellungen zu politischen Themen, aber auch das „Studium der Indifferenz gewisser Bevölkerungsteile zu politischen Institutionen, Parteien, zur Religion und zu staatlichen Einrichtungen“, sowie die Möglichkeit, „schädlichen Einflüssen aus dem Ausland mit vermehrten Chancen entgegenzuwirken, da man diese Strömungen besser als bisher lokalisieren und auf ihre Wirkungskomponenten hin untersuchen kann“. Diese letzte Ambition ist im damaligen antikommunistischen Kontext zu verstehen. Wahrscheinlich, weil die eidgenössischen Behörden aber dafür kein Interesse und sogar viel Skeptizismus zeigten, arbeitete die GfS in den nächsten Jahren hauptsächlich für die Wirtschaft – dabei ging es insbesondere darum, die Stimmung am Arbeitsplatz zu erkunden. SSA Ar 1.112.11, Ebersold, Werner: Was ist praktische Sozialforschung? Eröffnungsansprache an der Gründungsversammlung der GfS in Zürich, 14.01.1959.

⁹⁴ Bezüglich einer ähnlichen Dynamik in Deutschland, wobei es dort vor allem die Bundesregierung war, die in den 1950er Jahren mit dem Einsatz von Umfragen begonnen hatte, vgl. Kruke: Demoskopie, 2012, S. 437ff.

⁹⁵ *Berner Tagblatt, National-Zeitung, Tages-Anzeiger, Feuille d'Avis de Lausanne, La Suisse, Corriere del Ticino*. Dieses grosse Projekt folgte auf zwei Umfragen der *National-Zeitung* bei Basler Bürgern zur Atomwaffeninitiative und zur Basler Rollmaterialvorlage. Der Kanton Aargau wurde als „Schweizer Testkanton“, d.h. als repräsentativ für die schweizerischen Verhältnisse (insb. Konfessionen und Wohngebiete) herangezogen. Konso: Der Schweizer Wähler 1963, 1963.

politischen Parteien nähern sich einander so sehr, dass man von einem ‚Profilverlust der politischen Parteien‘ spricht. Dieser tiefgreifende Wandel des politischen Lebens führt naturgemäss auch zu völlig neuen Methoden der Werbung.“⁹⁶

Angesichts dieser Veränderungen der politischen Kommunikation solle man, so Gruner, damit aufhören, das Votum des Souveräns wie eine „Naturkatastrophe“ zur Kenntnis zu nehmen.⁹⁷ Zwar sei der Reiz von Wahluntersuchungen aufgrund der Stabilität der Wahlergebnisse geringer als bei Abstimmungen. Die Demoskopie könne aber besser als die traditionelle Wahlstatistik die sich in dieser Zeit schnell verändernden „Motive“ der Wähler beleuchten.⁹⁸ Er sah in der Demoskopie sogar die Möglichkeit, die Willensäusserung selbst in der Schweiz zu verbessern:

„Jede Zeit entwickelt ihre besondere Form der demokratischen Willensäusserung. Die Repräsentativdemokratie des 19. Jahrhunderts wird abgelöst durch die Referendumdemokratie; diese erhält im 20. Jahrhundert durch die Mitwirkung der Verbände bei der Gesetzgebung ihren ganz besonderen Charakter. Aber die Verbände fragen ja ihre Mitglieder nicht über ihre Meinung an, und *so könnte die Meinungsbefragung dieses heute etwas einseitig gewordene System der ‚Verbandsdemokratie‘ wirkungsvoll auflockern.*“⁹⁹

Ein solches Plädoyer war umso angebrachter und polemischer, als die Verwendung von Umfragen zu Diensten der Öffentlichkeit, als Spiegel ihrer selbst, nach wie vor auf Unbehagen stiess. Selbst wenn die Medien das Prinzip und die Methodik der Umfragen nun eingehend beleuchteten,¹⁰⁰ schien dieses Vorgehen so unbekannt und gefährlich, dass ein Aargauer Dorf in einer ausserordentlichen Gemeinderatssitzung das Konso-Team polizeilich verweisen liess.¹⁰¹ Emblematisch dafür ist auch die bundesrätliche Zensur der Ergebnisse der Gulliver-Umfrage, welche anlässlich der Expo 1964 durchgeführt wurde. Weil deren Fragen – zur Dienstverweigerung, zum Schwangerschaftsabbruch oder zur Möglichkeit eines EWG-Beitrittes – als zu sensibel galten, durfte, wie Wolf Linder es zusammenfasst, „das Staunen der Schweizerinnen und Schweizer über sich selbst [...] nicht stattfinden.“¹⁰² Stattdessen wurde während der Expo eine unpolitische Umfrage unter den AusstellungsbesucherInnen durchgeführt, bei welcher sie Fragen zu typischen Schweizer Werten wie Pünktlichkeit beantworten und ihre Konformität mit einem Durchschnittsbild prüfen konnten.

⁹⁶ Ebd., S. 5f.

⁹⁷ Ebd., S. 6. 1962 schrieb er ferner: „Ist es nicht merkwürdig, dass sich in einer Referendumdemokratie weder die Behörden noch die Parteien um diese sowohl für die Gestaltung der Gesetze wie für die Abstimmungspropaganda so eminent wichtige Frage interessieren?“. Gruner: Die Parteitheorie von Maurice Duverger, 1962, S. 347.

⁹⁸ Konso: Der Schweizer Wähler 1963, 1963, S. 13. Auch viele Studien der Zeit sprechen von Motiven oder berufen sich noch expliziter auf die Motivforschung, vgl. dazu Kap. 5.1, Fn. 20.

⁹⁹ Ebd., S. 6.

¹⁰⁰ Voici comment les instituts de sondage peuvent faire de vous un „Suisse moyen“, in: Gazette de Lausanne, 04.01.1961.

¹⁰¹ Konso: Der Schweizer Wähler 1963, 1963, S. 8.

¹⁰² Linder: Back to the future, 2003, S. 238. Siehe dazu auch Centlivres: Le portrait introuvable, 2007.

Hinter dem Widerstand gegen die Demoskopie steckte dabei nicht zuletzt das Argument, dass die Schweiz als direkte Demokratie keine Demoskopie brauche, oder sogar davon bedroht werden könne, wie Max Imboden es formulierte:

„Die Meinung des Individuums wird mit der Meinung der für die Gemeinschaft repräsentativen Personen konfrontiert; *den unreflektierten Anliegen des Einzelnen werden als läuternde Gegenkräfte die sich nur in einem Prozess innerer Selbsterwindung erschliessenden Anliegen der Gemeinschaft gegenübergestellt*: das allein bleibt demokratische Meinungsbildung. In der Technik der Volksumfrage, in der bloss statistischen Erfassung vorgegebener und unreflektierter ‚Meinungen‘ *droht heute die wahre Demokratie zu ersticken*.“¹⁰³

Innerhalb der Parteien verbreitete sich hingegen ein Pragmatismus den Umfragen gegenüber. Sogar in der *Roten Revue* warb der Journalist Martel Gerteis 1964 auf der Basis unveröffentlichter Umfrageergebnisse anonymer Auftraggeber für die Möglichkeiten der Meinungsforschung, um das „Image“ der Partei in der Bevölkerung besser zu verstehen und gegebenenfalls zu korrigieren. Denn die Sozialdemokraten würden auf den „Mann von der Strasse“ alt oder sogar unmodern wirken: „Ja, der Willy Brandt, das wäre ein Typ, aber in der Schweiz haben sie nicht allzu viel anzubieten“.¹⁰⁴ Allgemein schwanke aber das Interesse für die Parteien und die Politik: „Man ist gegen den Kommunismus, für ‚Leute wie Kennedy‘, für den Gewässerschutz, gegen die Luftverpestung, gegen die Italiener... aber im Übrigen will man in Ruhe gelassen werden“.¹⁰⁵

Umfragen begannen dabei, zur Diagnose des gegenwärtigen politischen Unbehagens beizutragen.¹⁰⁶ Anfang der 1960er Jahre hatte die Zürcher Firma TEAM-Sozialforschung im Auftrag der Schweizer BGB das Bild der Partei in der Öffentlichkeit sowie ihr Verhältnis zu den „peripheren Wählern“ untersucht.¹⁰⁷ Wie bereits die Nowland-Studie 1959, antworteten diese Studien auf die Verunsicherung der Parteien über ihre zunehmend schwer erreichbaren Wähler und trugen dazu bei, der gefühlten „Krise der Parteien“ eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Die Diskussion um das *helvetische Malaise* trug somit erheblich zur Verbreitung der Demoskopie in der Schweiz bei. Auch die sich schrittweise etablierende Schweizer Politikwissenschaft plädierte aus diesem Grund für die Institutionalisierung der Demoskopie in der Schweiz. Die Demoskopie, so der Soziologe Gerhard Schmidtchen, selbst ehemaliger Mitarbeiter des bundesdeutschen Allensbacher Institutes für Demoskopie, könne „die Reaktionsfähigkeit eines politischen Systems auf den sozialen Wandel“ erhöhen, anstatt dass sich die politischen Akteure vor einem aktiven Volk „wie vor einem Riesen

¹⁰³ Imboden, Politische Systeme, 1964, S. 88, zitiert nach: Schmidtchen: Meinungsforschung und direkte Demokratie, 1970, S. 22.

¹⁰⁴ Gerteis: Für ein neues „Image“ der Sozialdemokratischen Partei, 1964, S. 124.

¹⁰⁵ Ebd., S. 124f.

¹⁰⁶ Zu dieser Diskussion vgl. Kap. 2.

¹⁰⁷ TEAM Sozialforschung/ Marketing: Die BGB der Stadt Zürich und ihre peripheren Wähler, Zürich 1960; PA SVP ZH, TEAM Sozialforschung/ Marketing: Aktualisierung der BGB, [1962]. Der Leiter der TEAM-Firma Paul Hotz veröffentlichte einen Teil der Ergebnisse im Schweizerischen Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Hotz: Motivforschung, 1965.

[fürchten], der soeben aufwacht“.¹⁰⁸ Zugleich sei sie selbst für das „politische Selbstbild der Schweiz“ hilfreich.¹⁰⁹

Umfragen als Muss im Wahlkampf von 1971

Der Wahlkampf von 1971 stellte eine weitere Etappe in der Verwissenschaftlichung von Wahlkämpfen durch die Entwicklung der Demoskopie dar. Zusätzlich zum politischen Unbehagen und den Protestwellen der 1960er Jahre erschwerte der Eintritt der Frauen in den politischen Markt die üblichen intuitiven Prognosen der politischen Akteure zu den Stimmengewinnen und -verlusten. Die Medien stützten sich deshalb vermehrt auf Umfragen für ihre Wahlkampfberichterstattung, insbesondere bezüglich des zu erwartenden Wahlverhaltens der Frauen.¹¹⁰ Zentral waren nun Fragen zu den Hauptanliegen der Wählenden. Themen wie der Umweltschutz, der Teuerungsschutz, der Wohnungsbau, das „Fremdarbeiterproblem“ oder auch die Entwicklungshilfe tauchten nun als Schlüsselwörter auf den Fragebögen der Demoskopien wie auch in Medienberichten auf und fanden schliesslich auch in dieser Form Eingang in die oder Bestätigung in den Diskussionen in den Parteien.¹¹¹ Diese bestellten ebenfalls eigene Umfragen. So beauftragte die CVP das Kölner WEMA-Institut für Empirische Sozialforschung, Informatik und angewandte Kybernetik mit einer Studie zum „politischen Bewusstsein der Schweiz“, deren Einleitung die Unabdingbarkeit dieses neuen Wahlwissens durch den Befund einer notwendigen Verwissenschaftlichung der Politik untermauerte:

„Die wissenschaftlichen Analysen politischer Einstellungen und politischen Verhaltens haben in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Sie sind ebenso wenig aus dem öffentlichen Leben wegzudenken wie *Konjunkturanalysen* oder *-prognosen* und *Bevölkerungsprojektionen*.“¹¹²

Infolgedessen konnten sich die CVP-Parteikader auf die Legitimierung durch diese Studie bei der Annahme ihres Wahlkampfkonzeptes durch den Leitenden Ausschuss stützen, selbst wenn der Parteisekretär Hans Niemetz insistierte, dass es sich dabei „nicht um einen Entscheidungersatz,

¹⁰⁸ Schmidchen: Meinungsforschung und direkte Demokratie, 1970, S. 21.

¹⁰⁹ Ebd. Schmidchens Argumentation bewegt sich tatsächlich geschickt zwischen der Betonung des Nutzens der Demoskopie für die ermüdete Schweizer Demokratie und der zusichernden Wiederholung des Sonderfallcharakters der Schweiz. Dies fällt insbesondere im Vergleich zu den bundesdeutschen Diskussionen auf, in welchen die Demoskopie im Gegenteil als Kontrollsystem gegenüber einem nicht zuverlässigen Volk fungierte.

¹¹⁰ So beauftragte z.B. die AG für Presseerzeugnisse, die Muttergesellschaft der an Bedeutung zunehmenden Boulevardzeitung *Blick*, für eine Artikelreihe die Marktforschungsagentur Testmark AG Zürich mit einer Umfrage zu den politischen Einschätzungen der Frauen zu ihrer ersten Nationalratswahl. Testmark AG Zürich: Die Frau an den Nationalratswahlen, 1971; Ende Oktober sind eidgenössische Wahlen: Parlamentarier sprechen zu den Wählerinnen!, in: *Blick*, 26.10.1971.

¹¹¹ So zitierte die waadtländische FDP eine von der Wirtschaftsförderung beauftragte GfS-Umfrage, welche insbesondere die Bedeutung des Umweltschutzes bei vielen Wählenden betonte, ACV PP 552/208, Bulletin du PRDV, 24.06.1971.

¹¹² StABS 947 D17.1, Generalsekretariat der CVP: Vertraulicher Bericht, Das politische Bewusstsein in der Schweiz, 1970.

sondern um eine Entscheidungshilfe“ handle.¹¹³ Durch ihren Fokus – das Institut führte halbstrukturierte Interviews mit 322 Personen in den Gebieten Zürich und Lausanne/Genf durch – bestätigte die Studie nämlich die Überzeugung der Parteikader, dass die Partei sich auf urbane, protestantische „Problemgebiete“ konzentrieren und dafür ihr Image weiter modernisieren sollte.¹¹⁴ Abgesehen von solchen sehr klaren und richtungsweisenden Empfehlungen schien es aber für manchen Parteiakteure wie auch Werbeberater weitgehend ungewohnt gewesen zu sein, mit Umfrageergebnissen zu arbeiten. Als die FDP 1970 beispielsweise eine Arbeitsgruppe zur Wahlforschung mit dem Politikwissenschaftler Jürg Steiner als Präsident gegründet hatte, soll diese selbst keinen Kontakt mit der Kampagnenplanung gehabt haben.¹¹⁵ Die Institutionalisierung der Schweizer Demoskopie als neue Teilwissenschaft setzte sich dennoch fort: Nach diesen Wahlen leiteten Gerhard Schmidtchen, Henry Kerr und Dusan Sidjanski eine vom KONSO-Institut durchgeführte, breitangelegte Umfrage zum Wahlverhalten in der Schweiz.¹¹⁶ 1977 führten die GfS und das Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern mit der finanziellen Unterstützung der Bundeskanzlei die ersten VOX-Analysen von Abstimmungen durch, welche dann ab 1979 auch Nationalratswahlen erfassten.¹¹⁷

Paradoxe Allgegenwärtigkeit der Demoskopie im Wahlkampf von 1983

In der Folge war der Wahlkampf von 1983 von einer Allgegenwärtigkeit der Demoskopie gekennzeichnet. Lange vor den Wahlen interessierten sich nun die Medien für die in Deutschland bereits seit 1949 etablierte „Sonntagsfrage“, selbst wenn ihre prognostische wie auch symbolische Kraft sich als geringer als im Nachbarland erwies, da sie die Mandatsverschiebungen zwischen Parteien aufgrund des komplexen Wahlsystems nicht fein genug voraussagen konnte.¹¹⁸ Im Herbst 1983 veröffentlichte der *Blick* sogar jede Woche eine Isopublic-Prognose der zu erwartenden

¹¹³ BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss und Fraktionsvorstand, 19.02.1971.

¹¹⁴ Wie Niemetz es anhand der Studienergebnisse in seinem Wahlbericht zusammenfasste, Niemetz: Die Nationalratswahlen 1971, 1972, S. 1.

¹¹⁵ Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016. Die Arbeitsgruppe von 1971 taucht in den Vorbereitungsarbeiten der Mutterpartei selten auf. BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 22.06.1970. Steiner hatte aber eine Umfrage im Auftrag der FDP bei den Wahlen von 1963 durchgeführt, vgl. Kap. 6.3.2, Fn. 275.

¹¹⁶ Sidjanski; Kerr; Nicola: Enquête sur le comportement politique en Suisse, 1974. Mit ihren durch die internationale Forschung inspirierten Fragestellungen stiessen die Wissenschaftler für diese Studie auf die Besonderheiten der eidgenössischen Wahlkonfiguration: die Befragten hatten beispielsweise Mühe damit, die je nach Kanton unterschiedlich genannten Parteien zu erkennen. Bei einer Umfrage zu den Wahlen von 1975 habe sich ebenfalls ein Meinungsbefragungsbüro aufgrund der Stimmenthaltung, so Gruner, „vergallupiert“: Denn von den 1000 Befragten waren lediglich 500 Wahlwillige. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 194.

¹¹⁷ Während die Wirtschaftsförderung als „wichtigste bürgerliche Koordinationsstelle vor allem in wirtschaftspolitischen Abstimmungen“ schon früher GfS-Studien zu Abstimmungen unterstützt hatte, zeigte sich der Bund ursprünglich viel zögerlicher. Dafür lernte die Verwaltung später schnell, aus den Umfragen Nutzen für ihre eigenen Abstimmungskampagnen zu ziehen. Linder: Back to the future, 2003, S. 230. Jost: Von Zahlen, Politik und Macht, 2016, S. 143.

¹¹⁸ „Wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen stattfinden würden, welcher Partei würden Sie dann am ehesten die Stimme geben?“, so in einer ISOP-Umfrage von 1982. PA CVP CH W (2), ISOP-Report 6, 1982.

Parteistärken.¹¹⁹ Wahlprognosen, welche auch zunehmend anhand jüngster Wahlergebnissen in Schlüsselkantonen gemacht wurden, zirkulierten stetig zwischen Medien und Parteien.¹²⁰ Sie kamen dabei sicherlich einem Bedürfnis nach, da die verstärkte Volatilität und Stimmhaltung der Wählerschaft die Wahlergebnisse unsicherer machte. Die Unsicherheiten und Schwankungen der Wahlprognosen trugen auch dazu bei, die in der Schweiz normalerweise geringe Spannung im Vorfeld der Wahlen ein wenig zuzuspitzen. Der unerwartete Tod des populären Bundesrates Willy Ritschard im Oktober 1983 wurde im *Blick* sogar als nachträgliche Erklärung dafür aufgeführt, weshalb die SP mehr mobilisieren konnte, als die von ihm veröffentlichten Umfragen es vorausgesagt hatten.¹²¹

Paradox ist diese Allgegenwärtigkeit der Demoskopie 1983 insofern, als die politischen Parteien wenig dazu beitrugen. Manche Parteien, insbesondere die Bürgerlichen und die LdU, hatten zwar Ende der 1970er Jahre umfassende Umfragen im Auftrag gegeben. Die SVP beispielsweise hatte 1976 beim Isopublic-Institut eine Umfrage über ihr Erscheinungsbild bestellt. Deren Ergebnisse dienten bei den Programmdiskussionen von 1977 als Argument dafür, die Partei mehr in der Mitte zu positionieren und die sich laut der Umfrage vernachlässigt fühlenden ArbeitnehmerInnen vermehrt anzusprechen.¹²² Im Vorfeld des Wahlkampfes von 1983 zeigten jedoch die meisten Parteien – abgesehen vom LdU – wenig Interesse für kostspielige Umfragen. In der *Basler Zeitung* beklagte der Leiter des Isopublic-Institutes, Robert Kappeller, 1982 eine „absolute Windstille“ bezüglich der Demoskopie bei den Parteien, weshalb Trendumfragen vor Urnengänge nun vorwiegend auf Initiative der Umfrageinstitute, der Medien und von Wirtschaftskreisen durchgeführt würden.¹²³ Kappeller sowie sein Kollege vom SCOPE-Institut, Christian Tichell, erklärten die Zurückhaltung der Parteien damit, dass „die alten Königsmacher in den Parteien“ Umfragen als Konkurrenz ihrer Kenntnisse über die Wählende sähen.¹²⁴ Die föderale Prägung der Politik würde zwar auch die Gültigkeit und Nutzbarkeit von nationalen Studien begrenzen, aber, so Kappeller, „die Parteien [sind] eben [schliesslich] doch gezwungen, in einer Nationalratskampagne ihre Wähler national anzusprechen, da müssen sie auf Finessen verzichten.“¹²⁵

¹¹⁹ Année politique suisse, 1983. Das Isopublic Institut für Markt und Meinungsforschung war der Beauftragte des älteren ISOP für die konkrete Durchführung der Umfragen.

¹²⁰ Als Trend für die Nationalratswahlen von 1983 untersuchte Roger Blum beispielsweise für den *Tages-Anzeiger* die Ergebnisse der Frühlingswahlen in Zürich, Luzern, Basel-Stadt und Tessin. Der neue Nationalrat - grüner und linker? Trendanalyse der kantonalen „Frühlingswahlen“ im Vorfeld der eidgenössischen „Herbstwahlen“, in: *Tages-Anzeiger*, 04.05.1983. Auch die verbleibende Parteipresse wies auf Umfrageergebnisse hin. Die *Nouvelle Revue de Lausanne* beispielsweise amüsierte sich zwar über das „Sport Toto' électoral“ der Wahlprognosen, besprach aber in aller Länge die Möglichkeit eines Vorsprungs der FDP. Edito. Les dix derniers jours..., in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 13.10.1983.

¹²¹ Ein vom *Blick* aber auch von der *NZZ* postulierter „Ritschard-Effekt“ zu Gunsten der SP konnte jedoch in einer späteren Umfrage nicht belegt werden. Année politique suisse, 1983.

¹²² Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 154.

¹²³ Politische Meinungsbefragung: Parteienskepsis und kein Geld, in: *Basler Zeitung*, 05.06.1982.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

Auf dieses Plädoyer der Demoskopien für Umfragen als strategischer Kompass in national geführten Kampagnen reagierten die von der *Basler Zeitung* befragten Parteisekretäre öffentlich höchst zurückhaltend. Der FDP-Pressesprecher Christian Beusch erklärte sogar, dass „wir zum Schluss gekommen [sind], dass es ein bisschen eine Spielerei war“ – was die Partei aber nicht hinderte, im gleichen Jahr eine Image-Studie beim GfS in Auftrag zu geben.¹²⁶ Der SP-Zentralsekretär Hans-Rudolf Strahm erwähnte das mangelnde Budget seiner Partei für kostspielige Umfragen, schloss jedoch nicht aus, für die Nationalratswahlen „bei zwei bis drei Dutzend Menschen einen Slogan [zu] testen“.¹²⁷ Viel grundsätzlicher achteten aber die Parteisprecher bei ihren Antworten auf ihr öffentliches Bild: Während Hans-Peter Fagnini (CVP) das Primat der direkten Demokratie als Spiegel der öffentlichen Meinung gegenüber den Umfragen betonte, stellte Strahm die SP als Weltanschauungspartei dar, welche versuche, „jene Politik zu betreiben, die den Bedürfnissen der Mitglieder und Wähler entspricht und nicht bloss nach verkaufsstrategischen Gesichtspunkten Politik macht.“¹²⁸ Der intensive Gebrauch von Umfragen entsprach also nicht dem Bild, welches die Parteien von sich im Wahlkampf geben wollten.

Unter den parteipolitischen Entscheidungsträgern war jedoch im Vorfeld der Wahlen der Rückgriff auf Umfragen beinahe reflexartig. Selbst wenn tatsächlich wenige Studien in Auftrag gegeben wurden, sammelten alle Parteien eifrig Umfragedaten aus den Medien. Anders als die von der *Basler Zeitung* befragten Demoskopien es einschätzten, verfügten die Parteien zunehmend über eigene Ressourcen, um mit Umfragen auch kritisch umgehen zu können. Auf Anfrage der Schweizer CVP sprach beispielsweise der Politikwissenschaftler Leonhard Neidhart einer Umfrage des Infosuisse-Institutes den Nutzen für die Kampagnenplanung der Partei ab.¹²⁹ Mit der Verbreitung und Medialisierung der Demoskopie hatten sich aber auch Nichtspezialisten in den Parteinstanzen deren Begriffe und Grundprinzipien aneignen können, weshalb sie ihren Einsatz für die Kampagnenplanung zunehmend kritisch diskutieren konnten. Eine solche Demoskopie-Kritik begründete den Entscheid der SP-Parteikader, keine Umfrage in Auftrag zu geben, hinderte sie aber nicht, ihren Pessimismus auf Umfragen zu stützen.¹³⁰ Die CVP, die ebenfalls als Wahlverliererin angekündigt war, bestritt sogar die Gültigkeit einer für sie schlechten Umfrage in einer Pressemitteilung von Anfang 1983. Die

¹²⁶ Ebd.; StAZH Wil 13.711, GfS (Projektleiter: Werner Ebersold): Das Image der FDP und anderer politischen Parteien im Jahre 1982, Juni 1982. Diese Studie schliesst an eine andere zum gleichen Thema an, welche die GfS für die FDP 1978 durchgeführt hatte.

¹²⁷ Politische Meinungsbefragung: Parteiskopsis und kein Geld, in: *Basler Zeitung*, 05.06.1982.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Für Neidhart würden die von der Umfrage getesteten Themen der Partei wenig helfen, ihr Image zuzuspitzen, was für den Wahlkampf aber zentral sei. PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhard: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982; Brief von Infosuisse an Hans-Peter Fagnini, 29.04.1982. Die Schweizerische Gesellschaft für politische und wirtschaftliche Forschung – Infosuisse, welche ihre Umfragetätigkeiten in einem Brief als „kontinuierliches Frühwarnsystem für die Optimierung der liberalen Politik“ anpries, war aus einem Interessenverband der Uhrenindustrie zu einem Umfrage- und PR-Büro gewachsen und bot auch Seminare zu ihren Umfrageergebnissen an. Infosuisse - Home, <http://www.infosuisse.ch/>, Stand: 12.04.2017.

¹³⁰ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983; 27.04.1983; Parteivorstand, 28.02.1983.

Argumentation, hinter welcher wohl der CVP-Sekretär Hans-Peter Fagnini stand, selber Politikwissenschaftler, betonte die begrenzte Repräsentativität der Umfrage und ihre folglich geringe Voraussagekraft.¹³¹ Dabei hatte sich die gleiche Partei doch auf eine andere Umfrage des ISOP gestützt, um die Kantonalparteien mit dem angeblichen „Vertrauensvorschuss“ der Partei bei den WählerInnen zu trösten.¹³²

Ein alternativer Weg für die Parteien, um die Oberhand über die Interpretation der Wahlen zurückzugewinnen, lag bei der vertieften Analyse der traditionellen Wahlstatistik. Die Redaktion, Lektüre und Diskussion von Wahlberichten auf dieser Basis gehörten mehr denn je zu den Ritualen eines Wahlkampfzyklus. Exemplarisch dafür ist im Wahlkampf von 1983 das Vorgehen der Zürcher CVP, deren Parteileitung ab 1980 eine Kommission mit der Analyse der Kantonsrats- und Nationalratswahlen von 1979 beauftragte.¹³³ Die fünf Redaktoren waren angesehene Mandatsträger, aber keine Fachspezialisten.¹³⁴ Ihre umfangreiche Wahlanalyse bot ein detailgenaues Bild der Erfolge und Niederlagen des Wahljahres von 1979. Ohne Umfragedaten zu enthalten, brachte das Dokument ortsgenaue Statistiken zu den Wahlergebnissen und den Konfessionen seit den 1960er Jahren mit einer Analyse der Funktionsfähigkeit der Sektionen, Bezirke und Instanzen der Partei zusammen. Auch in anderen Parteien hatte die Auswertung der Wahlstatistik, welche dank der Modernisierung der staatlichen Statistik elaborierter und rascher zugänglich geworden war, parallel zur Entwicklung der Demoskopie nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Zunehmend umfangreiche Wahlberichte mit einer Mischung aus Statistik- und Umfragedaten verstärkten die Fähigkeit der Parteien, von Wahl zu Wahl aus ihren Schwächen zu lernen. Diese parteiinterne Analysearbeit erwies sich dabei als weniger kostenintensiv und schädlich für die öffentliche Wahrnehmung der Parteien, als das in Auftrag geben von Umfragen. Damit wurde ein interner Prozess der Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Wahlkampfplanung in Gang gesetzt, welcher sich auch bei der Bedeutungszunahme des Werbewissens zeigte.

2.2. Werbeberater im Wahlkampf

Ebenso wie die Demoskopie ist die Geschichte der politischen Werbung als professionelles Feld vor den 1990ern Jahren wenig erforscht.¹³⁵ In einem auf die 1980er Jahre zurückblickenden Artikel nannte

¹³¹ Elections fédérales d'octobre. Un sondage qui déplaît au PDC, in: Tribune - Le Matin, 15.01.1983.

¹³² ACV PP 985/23/1, CVP der Schweiz: Zahlen und Umfragen bestätigen: CVP im Aufwind, [1983].

¹³³ PA CVP ZH, Wahlanalyse 1979, [1981]. Der Historiker und spätere Parteisekretär Marco Jorio erwähnte diesen Bericht als Vorbild für die Reaktionsfähigkeit der Partei auf ihre Stimmenverluste, Jorio: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten, 1996, S.62f.

¹³⁴ Der Rüti-Archivar Hugo Hungebühler bezeichnete sich jedoch als „politischer Statistiker aus Leidenschaft“ und sammelte seit längerer Zeit Wahlstatistiken. PA CVP ZH W 1971, Hungerbühler, Hugo: Dokumente: Aufgabe und Übersicht, 15.05.1968.

¹³⁵ Einige Studien behandeln zwar die Frage der politischen Beratung, aber in der Regel bezüglich der Sachpolitik, oder der Kommunikation von Institutionen und Gewählten, Linder (Hg.): Wissenschaftliche Beratung der Politik, 1989; Rickenbacher: Politikberatung und politische Kommunikation, 2005.

der heutige Verwaltungsratspräsident des gfs-Bern Claude Longchamp 1991 eine Reihe von Gründen für die angeblich späte Etablierung der professionalisierten politischen Werbung in der Schweiz: Die verhältnismässig kleine Grösse der Kampagnen und insbesondere das Milizsystem hätten verhindert, dass professionelle Werbeberater in der Schweiz wie in anderen Ländern früh Fuss fassten. Longchamp sah erst in den 1970er Jahren einen Anstieg der politischen Werbung, als Wirtschaftsverbände sich von wichtigen Abstimmungsprojekten bedroht fühlten und daher die öffentliche Meinung zu beeinflussen versuchten.¹³⁶ Jedoch waren bereits während der Entstehung der Werbebranche in der Schweiz in den 1930er Jahren die ersten Werbe- und PR-Büros von Wirtschaftsorganisationen mit politischen Kampagnen beauftragt worden, insbesondere anlässlich von Abstimmungen. Die neu entstandene Zunft der Werbeexperten war dabei besonders eng vernetzt, sowohl beruflich als auch politisch.¹³⁷ Die Parteien griffen bald auch selber auf ihr professionelles Werbewissen für ihre Wahlkampagnen zurück.

Victor Cohen und die Propaganda für die „sozialistische Idee“

Bereits für die SP-Wahlkampagne von 1947 entwickelte ein Werbeberater, oder, wie er damals vorgestellt wurde, „Propagandafachmann“, einen hochentwickelten Propagandaplan für die Verbreitung der „sozialistische[n] Idee“.¹³⁸ Selbst engagierter Sozialdemokrat, hatte sich der Autodidakt Victor Cohen 1946 als Reklameberater selbstständig gemacht. Er gestaltete in den 1940er Jahren eine Reihe von prominenten Abstimmungskampagnen der Arbeiterbewegung, darunter die SP-Kampagne für die AHV im Frühjahr 1947. Als Parteimitglied stützte Cohen sein Mobilisierungskonzept für die Wahlen von 1947 auf die internen Ressourcen der Partei: ihre Vertrauensleute und relativ zentralisierte Organisation. Die Stärke seines Werbeplans lag in der geschickten Kombination eines tiefen Verständnisses der Parteistrukturen auf der einen und dem Reiz eines raffinierteren Werbeansatzes – inklusive eines nationalen Inseratenplans in parteiunabhängigen Zeitungen – auf der anderen Seite. Kennzeichnend für die Unsichtbarkeit der Werbeberatung damals ist, dass Cohens Name vor den SP-Kantonalparteien jedoch unerwähnt blieb, selbst dann, wenn parteiintern moderate Kritik am Wahlkampfkonzept und der Art der Propaganda geübt wurde. Der sich oft kritisch äussernde Präsident der Berner SP Fritz Giovanoli wendete sich beispielsweise gegen die Tendenz, „zu viel zu machen“, mit der folgenden Begründung: „[W]ir haben etwas zu zeigen. [...] Ein Rechenschaftsbericht ist wichtiger als Plakatstil-Forderungen“.¹³⁹ Der SP-Präsident Oprecht hingegen verteidigte die von Giovanoli angeprangerte „Überschwemmung an Broschüren“, indem er

¹³⁶ Longchamp: Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit, 1991, S. 319ff.

¹³⁷ Robert Eibel fungierte dabei als Bindeglied zwischen Werbeexperten, rechtsbürgerlichen Aktivisten und den von ihnen verwirklichten Kampagnen. Als formelles berufliches Netzwerk ist der Bund der PR-Agenturen zu nennen, zu welchem Rudolf Farner, Eibel u.a. gehörten. Vgl. Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 195.

¹³⁸ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: Reflexionen zu Propaganda, Propaganda für die sozialistische Idee, (Entwurf), März 1943.

¹³⁹ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 16.08.1947.

ihren Inhalt herausstrich: Sie seien „keine Broschüren, sondern Programme, mit denen wir an die Öffentlichkeit müssen“.¹⁴⁰ Mit Cohens Plan war die SP den anderen Parteien weit voraus: Keine andere Partei leistete sich 1947 eine Kampagnenberatung.

Wirksame und wünschenswerte politische Werbung?

Bereits im Laufe der 1950er Jahre wurde mit dem Einsatz einiger Werbefirmen wie der Dr. Farner PR-Agentur AG in Abstimmungskämpfen zugunsten der grössten Wirtschaftsverbände die Frage nach der politischen Werbung und ihres Einflusses auf die öffentliche Diskussion aufgeworfen. Denn ihre oft aggressiven Kampagnen mit Inseraten, aber auch kostenlosen Artikeln in Zeitungen zogen Amerikanisierungsvorwürfe nach sich.¹⁴¹ Zudem zögerten die mächtigen Akteure der politischen Kommunikation der 1950er Jahre nicht, Polemik und persönliche Angriffe in ihren Kampagnen einzusetzen, in erster Linie Robert Eibel mit seinen *Trumpf-Buur*-Inseraten. Angesichts der Schlagkraft dieser Kampagnen, die im Kontrast zur schwachen Position der Linken in der Öffentlichkeit stand, ist es nicht erstaunlich, dass eine erste Kritik dieser Entwicklungen aus dem linken Lager kam, mit zwei sozialdemokratischen Vorstössen zur Regulierung der politischen Werbung. Diese wurden aber mit liberalen Aufrufen an das Verantwortungsbewusstsein der Parteien *ad acta* gelegt.¹⁴²

Parallel zum Aufkommen erster kritischer Stimmen fassten die Werbeexperten zunehmend Fuss in der Schweizer Politik. Beim Wahlkampf von 1959 hatte sich ihre Unumgänglichkeit bereits insofern etabliert, als die grössten Parteien auf die eine oder andere Art dieses Expertenwissens zurückgriffen, selbst wenn sie sich im Unterschied zu den Interessenverbänden keine vollständige Kampagnenberatung leisten konnten. Die SP liess sich auf diese Weise von den Empfehlungen der Nowland-Studie inspirieren, um die sogenannten Randschichten der Wählerschaft besser zu erreichen. Bei der FDP konnte sich der Bieler Marktforscher Pierre-André Gygi in seinen Hinweisen an Hans-Rudolf Leuenberger auf sein Fachwissen und seine Kenntnis der Konsumenten als Marktforscher berufen, auch wenn seine Umfragen die FDP-Kampagne nur wenig prägten.¹⁴³ Zudem konnte die Partei auf ihre Kontakte in der Wirtschaft zurückgreifen. So lud die Parteileitung zum Beispiel Ende 1958 den PR-Spezialisten Heinz Schmutz, angestellt bei der Wirtschaftsförderung und Mitglied des Parteiausschusses für Politische Propaganda, zu einer Konferenz der kantonalen Sekretäre ein, um über die ideale Planung von Abstimmungskämpfen zu referieren.¹⁴⁴ Über den konkreten Einsatz dieses Wissens und darüber hinaus der Werbeexperten herrschte parteiintern allerdings Unklarheit.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Zur öffentlichen Kritik der tatsächlich amerikanisch inspirierten Kommunikationsmethoden der Farner-Agentur in den 1950er Jahren, am Beispiel der Kampagne gegen die Tabakkontingentierungsvorlage 1953, siehe Heizmann: Rudolf Farner, 2008, S. 53ff.

¹⁴² Schmidt: Das Geld im öffentlichen Kampf, 1961, S. 1078.

¹⁴³ BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Brief von Pierre-André Gygi an Hans-Rudolf Leuenberger, 6.01.1959.

¹⁴⁴ BAR J2.322-01 2009/263_49_124, Schmutz, Heinz: Referat, Sekretärenkonferenz der FDP, 28./29.11.1958.

Organisatorisch gesehen waren es nach wie vor unabhängige Künstler und Graphiker, die die Plakate und Bilder für die Inserate entwarfen. Keine Partei liess ihre gesamte Wahlkampagne von externen Experten konzipieren, wie es die SP mit Victor Cohen 1947 noch getan hatte. Unklar blieb tatsächlich, ob eine professionalisierte Werbung für eine Wahlkampagne entscheidend sei, also ob sie überhaupt einen Einfluss auf das Wahlergebnis haben konnte – die junge internationale Politikwissenschaft ihrerseits lehnte jedenfalls einen solchen Einfluss klar ab.¹⁴⁵

Trotz dieser Vorbehalte verbreitete sich die Vorstellung, dass die Parteien in Zeiten eines steigenden politischen Desinteresses mehr denn je auf ein professionelles Werbewissen für ihre politische Kommunikation angewiesen waren, insbesondere in den wettbewerbsintensiven Wahlkontexten wie etwa im Kanton Zürich.¹⁴⁶ Die Erfolge des LdU in den 1960er Jahren, der sich früh auf die Verkaufspsychologie für seine emotionalen, visuell starken Kampagnen gestützt hatte, schienen diese Entwicklung weiter zu legitimieren. Diese Vermarktung der Politik wurde aber zunehmend zur Zielscheibe der Kritik in der Öffentlichkeit.¹⁴⁷ Manche Parteien schützten sich davor, indem sie ihre eigenen Praktiken von der Werbung distanzieren, so die Zürcher Freisinnigen 1971 anlässlich einer Pressekonferenz:

„In der Überzeugung, *dass für eine Partei nicht auf gleiche Weise geworben werden kann wie für ein Waschmittel*, hat die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zürich bisher stets darauf verzichtet, die Propaganda einer Werbeagentur zu übertragen. Die parteiinterne Propagandakommission, die unter der Leitung des Parteisekretärs arbeitet, *verfügt zwar für die technischen Fragen über Fachleute aus der Werbebranche*, legt aber alle wesentlichen Einzelheiten der Kampagne selbst fest. Die Absicht, *mehr Information und weniger Propagandaslogans zu vermitteln*, sowie das Bestreben, mit dem Wähler ins Gespräch zu kommen, sind seit längerer Zeit massgebend für die freisinnig-demokratische Propagandaarbeit.“¹⁴⁸

Dabei hatte diese Kantonalpartei eigentlich besonders früh mit Werbeexperten zusammengearbeitet, bereits bei den Kantonalratswahlen 1959 mit der PR-Agentur von Robert Eibel.¹⁴⁹ Wie bezüglich der Demoskopie ging es dieser Partei darum, die Verwissenschaftlichung des Wahlkampfes intern so voranzutreiben, dass sich die Politiker weiterhin als Hauptgestalter einer möglichst bürgernah und

¹⁴⁵ In ihrem Bericht zu den Wahlen von 1963 beriefen sich Gruner und Siegenthaler dabei auf den britischen Pionier der Wahlforschung David Butler: „Wir möchten den Abschnitt über die Wahlpropaganda mit D.E. Butlers Befund aus zahlreichen Wahlen abschliessen, dass nämlich die ganze Propagandakampagne im Vergleich zum Aufwand keinen entsprechenden Einfluss auf das Wahlergebnis zu haben scheint. Ebensovienig findet er lokale Ereignisse und die Qualität der Kandidaten entscheidend“. Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 135. Selbst Gerteis, der zwar gleichzeitig für eine Modernisierung des SP-Images mit Beispielen aus dem Volkswagen-Marketing plädierte, ging in der *Roten Revue* von einem geringen Einflusspotential der politischen Werbung aus. Gerteis: Für ein neues „Image“ der Sozialdemokratischen Partei, 1964, S. 126.

¹⁴⁶ Zu den Zürcher Wahlkämpfen von 1967 und dem Nachholbedarf der SVP gegenüber von FDP, LdU oder SP in diesem Bereich, siehe Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 27ff.

¹⁴⁷ Imboden: Helvetisches Malaise, 1964; Jaeggi: Auf der Suche nach einer linken Opposition, 1966.

¹⁴⁸ Auskunft über eine Wahlkampagne. Pressekonferenz der Freisinnig-demokratischen Partei, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.1971.

¹⁴⁹ Werner: Für Wirtschaft und Vaterland, 2000, S. 285ff.

unprofessionalisiert wirkenden politischen Kommunikation darstellen konnten. Selbst auf diese Weise internalisiert war das Werbewissen umso notwendiger geworden, da es Lösungen für die in den „Image“-Umfragen diagnostizierten „Profilneurose der Parteien“ bieten konnte.¹⁵⁰

Leitmotive oder Hypnose?

Der Wahlkampf von 1971 zeigte dabei die Unvermeidbarkeit des Zurückgreifens auf ein professionelles Werbewissen, ob parteiintern oder -extern. Nun beauftragten die meisten Landesparteien Werbeberater mit der Ausarbeitung eines ganzen Wahlkonzeptes und nicht lediglich der Werbematerialien. Rund um die Vorstellung des Erscheinungsbildes verbreitete sich bei vielen nationalen Kadern der Befund, dass eine Kampagne auch auf eidgenössischer Ebene eine gewisse Kohärenz aufweisen sollte. Dabei zeigte es sich, dass die Art der Verbindung der Parteien zu den von ihnen eingesetzten Fachspezialisten entscheidend dafür war, ob ein Werbekonzept tatsächlich angewendet werden konnte.

Am aussagekräftigsten für diese Herausforderungen der Anfangszeit ist der misslungene Versuch der ziemlich zentralisierten SP, eine Werbeagentur mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Konzepts für die gesamte Wahlkampagne zu beauftragen. Aus vier Angeboten unterschiedlicher Werbefirmen wählte die Geschäftsleitung im Frühling 1971 das Konzept der Werbefirma Wälchli aus. Wichtige Auswahlkriterien hierbei waren, dass die Agentur früher mit der SP Zürich zusammengearbeitet hatte und keine amerikanischen Wurzeln besass.¹⁵¹ Ähnlich wie im Jahr 1959 bezüglich der Nowland-Studie waren also die Parteieliten zunächst darüber besorgt, dass ihre Zusammenarbeit mit einem privaten Unternehmen amerikanischer Herkunft an die Öffentlichkeit dringen und der Einfluss aus dem Ausland seitens der Bürgerlichen instrumentalisiert werden könnte. Da der Auftrag in diesem Fall nicht lediglich eine Umfrage, sondern das gesamte Wahlkonzept umfasste, wäre eine Geheimhaltung unter den Parteikadern viel schwieriger zu gewährleisten gewesen. Die Kampagnenrichtlinien der Wälchli-Agentur zu Händen der Kantonalparteien lieferten einen sehr detaillierten, systematischen und zentralisierten Kampagnenansatz, der im Fachjargon gehalten war. Im Zentrum der vorgeschlagenen einheitlichen Präsentation der Partei stand das Motiv eines eisernen Gewichtes als „Leitmotiv mit hoher symbolischer Penetration“, welches je nach Zielpublikum unterschiedlich abzuwandeln war.¹⁵² Dieser Werbeplan wurde in den Kantonalparteien eher skeptisch aufgenommen: Bei der waadtländischen SP fragte ein Vorstandsmitglied, ob die Schweizer Partei für diese Kampagne vielleicht gar einen Hypnotiker anstellen solle.¹⁵³ Noch bedeutender ist, dass die nationalen Parteiinstanzen sich nie detailliert mit den Vorschlägen der Werbefirma auseinandersetzten, da sie sich vor allem mit der Vereinbarung der programmatischen Linie beschäftigten. Eigentlich – so lässt sich

¹⁵⁰ Reich: Image und Stellenwert der schweizerischen Parteien, 1969, S. 8.

¹⁵¹ SSA Ar. 1.110.61, Geschäftsleitung, 2.03.1971.

¹⁵² SSA Ar 27.600.1, Werbeagentur Wälchli: Aktionsleitfaden Wahlkampagne Herbst 1971, [1971].

¹⁵³ ACV PP 225/38, Comité directeur, 7.06.1971.

schliessen – war den meisten Parteiakteuren das werbestrategische, durchaus entpolitisierte Denken der Kampagnenrichtlinien weiterhin fremd.

Hingegen stimmte das von Grafiker Mark Zeugin und PR-Berater Willy Kaufmann entworfene CVP-Kampagnenkonzept gut mit der seit 1970 unternommenen Parteireform überein und fand bei den Parteiakteuren Anklang.¹⁵⁴ Obschon das Konzept wenig auf die von der CVP beauftragte WEMA-Umfrage einging, baute es ebenfalls auf dem Befund der politischen Unzufriedenheit als Problem auf, das man angehen müsse, und unterstützte das Bestreben der Parteikader, das Parteimage in diese Richtung zu modernisieren. Die Idee eines einheitlichen Erscheinungsbildes stiess bei den Parteikadern ebenfalls auf Zustimmung, obwohl sie unterschiedlich umgesetzt wurde. Als Erneuerungsimpuls hierfür diente die kurz davor entschiedene Namensänderung in CVP für alle Parteistufen.

Die Schweizer FDP, wie auch ihre Zürcher Kantonalpartei, konnte sich für ihre Kampagnenplanung auf interne Kompetenzen stützen. Die Mutterpartei riet den Kantonalparteien sogar „Werbefachleute, selbst wenn sie vielleicht nicht allzu eifrige Parteimitglieder sind“ zu integrieren.¹⁵⁵ Auf eidgenössischer Ebene spielte der Grafiker Edgar Küng, Leiter der gleichnamigen Werbeagentur in Luzern und selbst FDP-Mitglied, eine bedeutende Rolle.¹⁵⁶ Er hatte schon ein einheitliches Plakat für alle Kantonalparteien für den Wahlkampf von 1967 entworfen.¹⁵⁷ Für den Wahlkampf von 1971 gehörte er der für das Parteileitbild verantwortlichen Arbeitsgruppe an und wurde beauftragt, das Kampagnenkonzept der Partei zu entwickeln. Vorgestellt anlässlich verschiedener Sitzungen der Kantonalparteien, stiess dieses Konzept weitgehend auf Zustimmung. Zudem schulte Edgar Küng freisinnige Politiker in der Kunst des TV-Auftrittes.¹⁵⁸ Die in vielen Parteien um diese Zeit intensivierete Schulung der Parteikader fokussierte oft gerade auf diese neuerdings erforderliche Medienkompetenz und somit vorwiegend auf die Form der politischen Kommunikation, während die meisten Schulungen sich in den 1940-1950er Jahren auf die Programmatik konzentriert hatten.¹⁵⁹ Mit diesem Schulungsangebot verfestigte sich somit ein spezifisches Wahlkampfwissen der Werbeberater, was zu ihrer Legitimität beitrug.

¹⁵⁴ BAR J2.181 1987/52_45_448, Wahlkampfkonzepte und-strategien; Kandidatenlisten; Berichte, 1971.

¹⁵⁵ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

¹⁵⁶ Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016. Er vertrat sogar die Luzerner FDP bei den Konferenzen der Kantonalparteien.

¹⁵⁷ NB SNL_POL_276, Küng, Edgar: Freisinnig, Frei und sicher in die Zukunft, Plakat, 1967.

¹⁵⁸ Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016.

¹⁵⁹ Bspw. bot die Zürcher SVP 1975 den Bezirks- und Stadtparteien Mediens Schulungen beim Werbebüro Karl F. Schneider an, Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 121.

„Ende der Bescheidenheit“

Wie von Longchamp bemerkt,¹⁶⁰ wurde die politische Werbung als Wissens- und Praxisfeld im Laufe der 1970er Jahre zunehmend sichtbar, was mit der Polarisierung des politischen Feldes in Zusammenhang gebracht werden kann. In Erinnerung geblieben ist diesbezüglich die Farmer-Kampagne gegen die Atomschutzinitiative von 1979, welche, wie von einer VOX-Analyse gezeigt, die Wählerschaft teilweise über die Richtung der Abstimmung verwirrte.¹⁶¹ Der Farmer-Pressedienst war um diese Zeit zudem mit der Kommunikationsberatung von zahlreichen bürgerlichen Persönlichkeiten beauftragt und scheute sich nicht vor persönlichen Angriffen. Bei den Zürcher Regierungswahlen von 1979 etwa setzte er eine anonyme Inseratenkampagne ein, die gegen Lilian Uchtenhagen einen nichtexistierenden Artikel zitierte, gemäss welchem sie 1974 gegen die Wahl von Willi Ritschard als Nichtakademiker in den Bundesrat opponiert habe.¹⁶² Im Zuge des intensivierten Wettbewerbs restrukturierten zudem im bürgerlichen Lager manche Akteure ihren Zugang zum Werbewissen, so etwa die Zürcher SVP, welche ab 1979 mit dem PR-Experten Hans-Rudolf Abächerli (GOAL-Agentur) für Kampagnen und interne Schulungen zusammenarbeitete.¹⁶³ Auch wenn die ersten Früchte dieser Zusammenarbeit im Wahljahr 1979 sicherlich nicht den provokativen und aggressiven Ton späterer Kampagnen anschlügen, basierte die geistige Nähe zwischen Blocher und Abächerli bereits dann auf dem Ziel, aus der Zürcher SVP „die stärkste bürgerliche Partei im Kanton zu machen“, so Abächerli selbst.¹⁶⁴

Am spektakulärsten war dabei der Einsatz der politischen Werbung in den Kampagnen der Zürcher und Schweizer FDP im Wahljahr 1979. Dahinter stand der Werbeberater Rudolf Bolleter, der dem damaligen Zürcher FDP-Präsidenten Eric Honegger nahestand und sich bald auch beim Auftrag für die Planung und Gestaltung der Werbung für die schweizerische Partei durchsetzte.¹⁶⁵ Bisher Spezialist für kommerzielle Werbung, von McCormick-Gewürzen bis hin zu Biostrath-Tropfen, plante Bolleter für die Kampagnen von 1979 eine intensive Werbung mit „Standaktionen der Kandidierenden, Gulaschkanone auf [der] Strasse, Feuerzeuge[n], Skijacken und Eiskratzer[n] [...] in rot-blau-weiss“.¹⁶⁶ Die Stimmengewinne der Partei bei den Zürcher und eidgenössischen Wahlen legitimierten ex post diesen viel diskutierten Werbeansatz. Eine SCOPE-Umfrage unter der

¹⁶⁰ Longchamp: Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit, 1991, S. 319ff.

¹⁶¹ Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 212.

¹⁶² Unter den von Farmer beratenen Persönlichkeiten waren: Rudolf Friedrich, Ulrich Bremi, Hans-Georg Lüchinger (alle drei aus der Zürcher FDP); Walter Allgöwer (LdU Basel-Stadt); Raymond Broger (CVP Appenzell-Innerrhoden) u.a. Ebd., S. 198ff. Zu den Inseraten gegen Uchtenhagen: Ebd., S. 210.

¹⁶³ Zu dieser Zusammenarbeit konnten im Rahmen dieser Untersuchung keine Unterlagen im Zürcher SVP-Archiv gefunden werden. Vgl. aber dazu Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 128; 136f.

¹⁶⁴ Gsteiger: Blocher, 2002, S. 161.

¹⁶⁵ Edgar Küng erzählt dazu, wie er aus der Planung der Kommunikation hinauskomplimentiert wurde, und erklärt dies mit der Zürcher Arroganz zu Ungunsten seiner Luzerner Werbefirma, Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016.

¹⁶⁶ Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015, S. 37.

wissenschaftlichen Leitung von Gerhard Schmidtchen und veröffentlicht im *Tages-Anzeiger* zeigte ferner, dass die FDP-Werbung bei den Wählenden am meisten Beachtung fand.¹⁶⁷ Dieser Fall einer werbeintensiven und erfolgreichen Kampagne prägte die Kommunikationspraktiken der kommenden Jahre: Laut dem Handbuch *Wahlkampf von A bis Z* des Werbeberaters Klaus Stöhlker hätten diese Wahlen den bürgerlichen Parteien gezeigt, wie sie mit einem „zeitgemässen Wahlkampf“ Stimmen gewinnen könnten.¹⁶⁸ Diese Werbeoffensive sei dabei umso legitimer gewesen, weil sie zur Bürgernähe beigetragen und somit eine demokratische Pflicht erfüllt habe.

Die Geschichte dieses Handbuch ist dabei symptomatisch für die Etablierung der politischen Werbung in der Zeit um die Wende zu den 1980er Jahren. Verfasst im Rahmen einer Schweizer SVP-Schulung, gehörte es zu einem breiteren Trend der praxisbezogenen Publizistik zum *campaigning* in der Schweiz, mit welcher das Fachwissen der Werbeprofessionellen für die Politik weiter legitimiert wurde. Das Handbuch betonte die Notwendigkeit einer umfassenden PR-Beratung über die reine Grafikexpertise hinaus, während bezüglich des Geldes im Wahlkampf jenseits der noch herrschenden Tabus „ein ‚Ende der Bescheidenheit‘ [...] gerade hier angemessen“ sei.¹⁶⁹ Vielmehr leitete der deutsche Journalist und ehemalige Mitarbeiter der Farner-Agentur, Klaus Stöckler, im Handbuch zum Vertuschen der aufgewendeten finanziellen Mittel an, wofür er vom schweizerischen PR-Verband ausgeschlossen wurde. Die SVP musste sich auch vom Handbuch distanzieren; Fritz Hofmann betonte bei diesem Anlass, dass „auf die Dauer [...] sich doch nur eine ehrliche und korrekte Politik durch[setzt].“¹⁷⁰ Selbst wenn damit solche Praktiken als nicht akzeptabel abgestempelt wurden, zeigte die Diskussion um dieses Handbuch auch, wie die politische Werbung in der Mitte der Öffentlichkeit angekommen war.

„Zeitgemässer Wahlkampf“

Die Normalisierung des Werbewissens im Wahlkampf zeigte sich 1983 weiter. Gestützt auf die Erfolge von 1979 entwarf die Agentur Bolleter für die FDP ein neues Konzept für die Wahlen von 1983. Dieses übernahm viele Elemente von 1979, insbesondere den Slogan sowie das Prinzip einer Basismobilisierung unter dem Motto „Zurück zum Wähler“.¹⁷¹ Die Rolle der Agentur im Wahlkampf reichte von der Konzeption bis hin zur konkreten Gestaltung der Wahlkampfmaterialien, zur Organisation der Inseratenkampagne, aber auch zur Koordination der Schulungen sowie zur

¹⁶⁷ Ein Dokument der Bolleter-Agentur stützte sich auf diese Ergebnisse und fasste sie wie folgt zusammen: „Der Abstand zu den übrigen grossen Parteien ist erstaunlich. Der Wahlerfolg der FDP zeigt zudem, dass ein prägnant und aufwendig geführter Wahlkampf die Wähler zu aktivieren vermag.“ BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980.

¹⁶⁸ Stöhlker; Graf: Wahlkampf von A bis Z, 1981, S. 1f.

¹⁶⁹ Ebd., S. 199; 381.

¹⁷⁰ *Année politique suisse*, 1982; Fragen an SVP-Präsident Fritz Hofmann. Den Fehdehandschuh aller Theorie. In: *Bündner Zeitung*, 29.09.1983.

¹⁷¹ BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980.

Organisation der schweizerischen Kundgebung im Oktober 1983.¹⁷² Die Expertise der Agentur sollte also der Partei dazu verhelfen, ihre ganze Organisation für die Kampagne vorzubereiten. Dabei arbeiteten manche Kantonalparteien zusätzlich mit eigenen Werbeberatern: Bei den Zürcher Freisinnigen betreute mittlerweile die Farner-Agentur die Nationalratswahlkampagne, während die Ständeratskampagne sowie manche Nationalratskandidierende ihre eigenen Berater hatten.¹⁷³ Der Einsatz von Professionellen aus der Werbebranche war bei dieser Kantonalpartei besonders ausgeprägt, aber auch viele grosse und mittelgrosse Kantonalparteien in Zürich oder in der Waadt arbeiteten nun mit eigenen Beratern, die insbesondere ihre immer umfangreicheren Inseratenkampagnen koordinierten. Dass eine solche Expertise in diesen Kantonen notwendig erschien, zeigte sich darin, dass selbst die finanzschwachen Waadtländer und Zürcher Sozialdemokraten mit (ehrenamtlichen) FachspezialistInnen zusammenarbeiteten.¹⁷⁴

Für die Mutterparteien schien die Zusammenarbeit mit Werbeberatern folglich umso wichtiger, um den Kantonalparteien trotzdem eine zwar kantonal anpassbare, aber verbindende, einheitliche Linie vorschlagen zu können. Die CVP beauftragte dafür die Sankt Galler Agentur FU&L Werbe AG mit der Kampagnenplanung für die Deutschschweiz und zwei Korrespondenten in Freiburg mit der Anpassung der Kommunikation und der Koordination für die Westschweiz.¹⁷⁵ Damit entlastete sich die Mutterpartei von einem grossen Teil der konkreten Kampagnenorganisation, vor allem von der Planung der nationalen Inserate und der Logistik der Kampagnenmaterialien, welche die Werbeagentur nun den Kantonalparteien direkt via Katalog anbot. In diesem wurde die Zusammenarbeit mit Werbeberatern gerade mit der Möglichkeit begründet, für die Kantonalparteien Zeit und Kosten zu sparen. Es wurde auch betont, dass „[la] publicité n'est pas tout dans une campagne électorale; mais sans publicité, une campagne n'en est pas une.“¹⁷⁶ Dieser pragmatische Umgang mit der politischen Werbung lässt sich auch darin bemerken, dass die CVP eine gewisse Distanz zu ihrer Agentur beibehielt und sich für den Inhalt der Kampagne weiterhin auf ihr internes Wissen stützte: In

¹⁷² BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Aktennotiz der Aussprache zwischen Rudolf Bolleter, Hans-Rudolf Leuenberger, Christian Beusch, 14.05.1982.

¹⁷³ StAZH WII 13.483, Parteivorstand, 16.03.1983.

¹⁷⁴ Die waadtländische SP arbeitete für ihre Inseratenkampagne mit dem Lausanner Werbeberater Jean-Pierre Dattner zusammen. Die Zürcher SP ihrerseits hatte aus Kostengründen auf eine Werbeagentur verzichtet, aber auch, weil die Erfahrungen der letzten Wahlen nicht überzeugend gewesen waren. Stattdessen arbeitete sie für die Gestaltung der Kampagne mit „kompetenten Genossen“ zusammen. ACV PP 225/165, o.A.: Budget Elections nationales 1983, 7.10.1983; SSA Ar 27.100.55, Zimmermann, Peter: Organisation der Wahlkämpfe 1983, 16.09.1982. Nach den Wahlen liess sich aber bei den Sektionen Kritik an der „amateurhaften“ Kampagne hören. SSA Ar 27.100.55, Parteivorstand, 8.11.1983.

¹⁷⁵ PA CVP CH W (3), Direction nationale de la campagne électorale 1983: Point d'appui Suisse romande, 7.01.1983.

¹⁷⁶ ACV PP 985/23/1, PDC suisse: Moyens publicitaires pour la campagne 1983. Vivre les vraies valeurs, [1982].

seiner Einschätzung einer Infosuisse-Umfrage riet somit der Politikwissenschaftler Leonhard Neidhart der CVP davon ab, die Verfassung von Wahlkampfbriefen einem PR-Büro zu überlassen.¹⁷⁷

Ähnlich wie die Demoskopie war also die politische Werbung im Zentrum der Parteien angekommen, dadurch dass sie sich das entsprechende Wahlkampfwissen angeeignet hatten. Es war dabei die von den politischen Akteuren gepflegte Vorstellung einer wesensmässig nicht professionalisierten Schweizer Politik, welche eine frühere Wahrnehmung dieses Phänomens verhindert hatte. Seit den 1940er Jahren hatten jedoch Demoskopie und politische Werbung als Entscheidungshilfen im Wahlkampf zur Verwissenschaftlichung der helvetischen Wahlkämpfe beigetragen, wofür die Verbreitung einer „Kultur der Gutachten und Gegengutachten“ mit einer Fülle an Wahlkonzepten und Wahlberichten exemplarisch ist.¹⁷⁸

3. Entscheidungsfindung im Wahlkampf

Wenn sich die Parteien im Laufe der Nachkriegszeit höhere Ziele für ihre Wahlkampagnen gesetzt haben, lässt sich nun fragen, wie sich dies in ihrer Planung konkretisierte. Ziel der folgenden Analyse der parteipolitischen Entscheidungsfindung im Wahlkampf ist es, die oft formulierte These einer international zu beobachtenden Professionalisierung der Wahlkämpfe in der Nachkriegszeit zu verfeinern. Im Schweizer Fall lässt sich dieser Prozess zwar bereits an der Zunahme von Parteiangestellten feststellen, womit den Schweizer Parteien im Wahlkampf mehr zeitliche und organisatorische Ressourcen, aber auch mehr Kompetenzen und Wissen – zusätzlich zur externen Expertise – zur Verfügung standen. In grundlegenderer Weise betrifft die Professionalisierung der Wahlkampfplanung aber einen Veränderungs- oder sogar Verbesserungswillen seitens der parteipolitischen Entscheidungsträger, der in Zusammenhang mit den neu gesetzten Zielen zu verstehen ist. Kennzeichnend dafür ist sicherlich ab den 1950er Jahren die Ambition von nationalen Parteikadern, für die Wahlkampagnen nationale Ziele zu setzen und somit die Zentralisierung anzustreben. Gerade hier stellt sich aber die Frage, inwiefern diese Pläne, oft in elaborierten Wahlkampfkonzepten dargelegt, im Einklang mit jenen der Gesamtheit der relevanten Parteiakteure standen und dann auch konkretisiert werden konnten.

Das „hochpolitische Jahr“ 1947

Der Wahlkampf von 1947 krönte, in den Worten des FDP-Parteipräsidenten Max Wey, ein „hochpolitisches Jahr“ mit drei historischen Abstimmungen.¹⁷⁹ Dabei lässt sich hier bereits ein komplexes Zusammenspiel zwischen direktdemokratischen und repräsentativen Wahlprozessen beobachten, bei welchem Letztere nicht per se untergeordnet waren. So beharrte die SP gegen den

¹⁷⁷ PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhard: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982.

¹⁷⁸ Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, 1996, S. 178.

¹⁷⁹ BAR J2.322-01 2009/263_2, Zentralvorstand, 18.01.1947.

Wunsch des Bundeskomitees des SGB auf ihrer eigenen staatsplanerischen Initiative *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* im Hinblick auf den Wahlkampf, als die Bürgerlichen sie zum Rückzug bewegen wollten, um damit den Erfolg des obligatorischen Referendums über den Wirtschaftsartikel nicht zu gefährden.¹⁸⁰ Die SP forderte sogar die Kantonalparteien und Sektionen auf, ihre gesamte politische Tätigkeit samt den Abstimmungskampagnen des Frühjahrs 1947 auf die Nationalratswahlen zu orientieren.¹⁸¹ Die Freisinnigen ihrerseits verbanden die Abstimmungen des 7. Juli zu den Wirtschaftsartikeln und vor allem zur AHV mit ihren Wahlchancen Ende Oktober, so Parteipräsident Max Wey:

„Die Altersversicherung muss angenommen werden. Man kann heute *vom kleinen Mann* nicht verlangen, dass er für die private Wirtschaft eintritt, wenn sie ihn in den Tagen des Alters sich selbst überlässt. [...] *Die Annahme der AHV wird für uns auch eine wertvolle Grundlage für den Kampf um die Nationalratswahlen sein*; denn das wird in unserm Parteivolk wirken.“¹⁸²

Allgemein stellte sich die Frage, wer von den vier Bundesratsparteien, die sich für beide Abstimmungsvorlagen des 7. Juli engagierten, einen allfälligen Erfolg bei den kommenden Wahlen legitim in Anschlag bringen könnte. Dass eine zu offensichtliche Zusammenarbeit der Profilierung der Parteien im Wahlkampf schaden konnte, zeigte die Ablehnung der SP, auf Anfrage des Bauernsekretariates dem überparteilichen Komitee für die Wirtschaftsartikel beizutreten. Die Partei engagierte sich für die AHV-Abstimmung durch eine eigene Kampagne und die Geschäftsleitung riet den Nationalräten davon ab, beim überparteilichen Komitee zur AHV als Redner tätig zu werden.¹⁸³

Bei der KCVP hatte die AHV-Abstimmungskampagne die internen Konflikte zwischen Konservativen und Christlichsozialen sichtbar gemacht: Während sich die Christlichsozialen mit dem Parteipräsidenten Josef Escher für die AHV engagierten, nahm der konservative Parteiflügel, darunter Redaktoren der Parteipresse wie der Zentralsekretär Martin Rosenberg selbst, öffentlich Stellung dagegen. Nach langen Diskussionen ist die Partei dem AHV-Aktionskomitee trotzdem beigetreten.¹⁸⁴ Für den kommenden Wahlkampf stellte sich also mehr denn je die Herausforderung der inneren Spaltungen der Partei. Bereits im Frühjahr 1946 hatte Martin Rosenberg das Zentralkomitee auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen:

„Es kann sich niemand des Eindrucks erwehren, dass wir *durch den Willen der Linksparteien* schon heute mitten in der Auseinandersetzung stehen, die in den National- und Ständeratswahlen vom Herbst 1947 *ihren Abschluss* finden werden.“¹⁸⁵

¹⁸⁰ Ebd. Vgl. dazu Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 61f.

¹⁸¹ ACV PSV PP 225/8, Secrétariat central: Directives pour les élections au Conseil national 1947, [1946].

¹⁸² BAR J2.322-01 2009/263_2, Zentralvorstand, 18.01.1947.

¹⁸³ SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 22.03.1947.

¹⁸⁴ BAR J2.181 1987/52_23_234, Leitender Ausschuss, 30.09.1946. Vgl. dazu Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 442; Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 29f.

¹⁸⁵ BAR J2.181 1987/52_21_175, Einladung zur Sitzung des Zentralkomitees am 22.02.1946 und 9.03.1946.

Die frühe Wahlkampfplanung Rosenbergs ist dabei im Lichte der defensiven Haltung der KVP in diesen Jahren gegenüber den Linksparteien zu betrachten, welche ihre ursprünglich ambivalente Positionierung zur AHV und ihre Haltung während des Krieges immer wieder in Erinnerung riefen.¹⁸⁶ Als Antwort darauf sollte die KVP, so Rosenberg, schon bald die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen 1947 angehen: „Wir dürfen uns deshalb nicht auf Nebengleise hinausmanövrieren lassen. Neben der AHV bestehen noch andere Probleme“.¹⁸⁷ Trotzdem belasteten aber die Spannungen zwischen Konservativen und Christlichsozialen rund um die AHV die Wahlkampfplanung weiterhin, sodass diese bis zum Frühling 1947 in vielen Führungssitzungen nur marginal behandelt wurde.¹⁸⁸ Stattdessen beschränkte sich das Generalsekretariat darauf, kantonalen Parteien in Zirkularen Vorschläge für die Wahlkampagne zu unterbreiten. Obgleich beide Abstimmungen Anfang Juli 1947 erfolgreich waren, hinterliessen diese Konflikte Spuren und schwächten die Position Rosenbergs deutlich. Dieser rief bei einer Sitzung der Geschäftsleitung im August 1947 seine Parteikollegen dazu auf, „trotz aller Spannungen innerhalb der Partei die Einheit zu wahren und in den Kantonen wieder herzustellen“.¹⁸⁹ Immerhin einigte sich der Leitende Ausschuss nun darauf, dass eine „zentralistische Aktion“ nicht gewünscht sei und die Wahlmaterialien der nationalen Partei für die Kantonalparteien nur als Vorschlag gedacht seien.¹⁹⁰ Genutzt wurde das erstmals national hergestellte Wahlplakat insbesondere von kleineren Kantonalparteien wie derjenigen von Zürich.¹⁹¹

Im Vergleich dazu war die Wahlkampfplanung der SP deutlich offensiver, selbst wenn die Ablehnung der Initiative *Rechte der Arbeit* im Mai 1947 den Enthusiasmus der Partei dämpfte. Im für die Linken günstigen nachkriegszeitlichen Kontext und mit dem Impuls des SP-Programms *Die Neue Schweiz* von 1942 begann die SP, gestützt auf Cohens Plan, bereits Ende 1946, den kommenden Wahlkampf zu planen.¹⁹² Cohen anerkannte zwar den föderalistischen Aufbau der Partei, befürwortete aber in seinem Konzept eine Zentralisierung des Wahlkampfs auf nationaler Ebene.¹⁹³ Bei früheren Wahlkämpfen hatte er kritisiert, dass „irgend ein [kantonaler] Sekretär [...] nebenbei Propaganda [mache]“.¹⁹⁴ Er schlug insbesondere die Erstellung eines dreiteiligen Propagandaausschusses vor, der im Zentrum der Wahlkampforganisation stehen und als Bindeglied zwischen den Entscheidungsgremien fungieren sollte. Wenngleich diese Struktur 1947 noch nicht offiziell zustande kam, so existierte doch de facto ein solches Triumvirat zwischen dem Parteipräsidenten Hans Oprecht, dem Generalsekretär Jules Humbert-Droz mit seinem neuen Adjunkt Fritz Escher, und Victor Cohen als grauer Eminenz. Jedoch

¹⁸⁶ Dazu Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 5ff.

¹⁸⁷ BAR J2.181 1987/52_23_234, Leitender Ausschuss, 28.06.1946.

¹⁸⁸ BAR J2.181 1987/52_21_176, Zentralkomitee, 08.02.1947.

¹⁸⁹ BAR J2.181 1987/52_24, Leitender Ausschuss, 12.07.1947.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief der Zürcher Partei an das Sekretariat der KVP, 21.02.1948.

¹⁹² SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 15.02.1947 (Konferenz der Präsidenten und Sekretäre November 1946).

¹⁹³ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

¹⁹⁴ So seine Einschätzung im Jahr 1943, SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: Reflexionen zu Propaganda, Propaganda für die sozialistische Idee, (Entwurf), März 1943.

genossen die Kantonalparteien ihrerseits noch eine relativ grosse Autonomie und entwickelten auch eigene Kampagnenmaterialien. Die Schweizer Partei stützte sich aber auf zahlreiche landesweite Wahlmaterialien und eine nationale Inseratenkampagne, die für die Wahl als Etappe der Verwirklichung der *Neuen Schweiz* warben. Auch den Sozialdemokraten begegneten jedoch banale wie auch gewichtigere organisatorische Herausforderungen, beginnend mit einem akuten Papiermangel in der Berner Genossenschaftsdruckerei, worauf der Druck und Versand der Propagandamaterialien wieder an die Kantonalparteien delegiert wurde.¹⁹⁵ Mehr noch forderte die Mittelknappheit nach den kostenintensiven Abstimmungskampagnen eine Verkleinerung von Cohens ambitioniertem Werbeplan.¹⁹⁶ Darum stützte sich die Partei stattdessen auf ihre Vertrauensleute, welche sowohl die Übergabe von Wahlmaterialien ohne Postkosten als auch die „mündliche Propaganda“ ermöglichten.¹⁹⁷ Im Gegensatz zu den bürgerlichen Mutterparteien konnte die stärker zentralisierte SP zur Mobilisierung den Sektionen Richtlinien für den Wahlkampf direkt zusenden.¹⁹⁸ Die Partei musste aber auf die Aufnahme eines neuen Films, als Nachfolger desjenigen über die AHV, verzichten, der als Antwort auf einen Film der Freisinnigen gegen die *Neue Schweiz* vorgesehen war.¹⁹⁹

Die FDP blickte bei ihrer Wahlkampfplanung über den Tellerrand und der Vergleich mit der SP fiel dabei nicht zur Zufriedenheit aus. Den Freisinnigen Parteikadern schien tatsächlich die Beobachtung der politischen Gegner besonders wichtig. Gewiss als Relikte der Zwischenkriegs- und Kriegsstimmung herrschte bei der FDP ein Klima des defensiven Argwohnes gegenüber den anderen Parteien. Der Sekretär der Zürcher FDP Albert Hauser befürwortete sogar einen „politischen Nachrichtendienst“ folgendermassen:

„Derjenige ist immer in der starken Position, der es versteht, *eine Nasenlänge vor dem Gegner zu sein*. Dies bedingt Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Beschaffung politischer und taktischer Nachrichten über den Gegner. Als Mittel hierzu haben sich in Zürich Vertrauensleute in wichtigen gegnerischen Parteiinstanzen bestens bewährt“.²⁰⁰

Auch wenn hingegen für den FDP-Präsident Max Wey „das Entsenden von Vertrauensleuten ins gegnerische Lager [...] äusserst gefährlich“ sei,²⁰¹ bemühte sich die Partei im Frühjahr tatsächlich

¹⁹⁵ SSA Ar 1.230.3, Brief Fritz Eschers an die Kantonalparteien in der deutschen Schweiz, 29.09.1947; SSA Ar 27.10.32, Geschäftsleitung, 16.09.1947.

¹⁹⁶ Cohen hatte 100000 bis 125000 Franken angekündigt (ohne Beratungs- und Planungskosten). Die Partei konnte nur 50000 Franken investieren, und die von den Gewerkschaften finanzierte AHV-Kampagne hinterliess keinen Überschuss. SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 4.07.1947.

¹⁹⁷ So schrieb Escher den Kantonalparteien: „Da uns für diese Kampagne nur beschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, muss überall umso mehr auf die mündliche Propaganda, auf das Wort von Mann zu Mann Gewicht gelegt werden. Auch das lässt sich organisieren!“. SSA Ar 1.230.3, Brief von Fritz Escher an die Kantonalparteien, 27.08.1947.

¹⁹⁸ Escher sendete ihnen mehrmals pro Monat Zirkulare zu. Dazu kamen natürlich die eigenen Richtlinien der Kantonalparteien. SSA Ar 1.113.3, Parteikorrespondenz, 1947.

¹⁹⁹ SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 18.09.1947.

²⁰⁰ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Konferenz der kantonalen Parteisekretäre, 15.02.1947.

²⁰¹ Ebd.

darum, wenn nicht einen solchen „Spionagedienst“, dann doch einen „parteiinternen Nachrichtendienst“ aufzubauen.²⁰² Für das „diskrete Weiterleiten von Infos über andere Parteien“ spielten die 1919 eingesetzten Konferenzen der kantonalen Parteisekretäre und/oder -präsidenten eine zentrale Rolle.²⁰³ Dem föderalen Selbstverständnis der Partei entsprechend, ersetzten sie teilweise den schwachen Zentralvorstand und sorgten für eine gute horizontale Kommunikation zwischen den Kantonalparteien. Mangels nationaler Koordination konnten diese Konferenzen aber abseits des Informationsaustausches nicht viel bewirken: Eine Reihe von Resolutionen zur Propaganda zwischen 1943 und 1946 blieben beispielsweise wirkungslos.²⁰⁴ Zudem mangelte es an spezialisierten Strukturen für den Wahlkampf: Keiner der zahlreichen ständigen Ausschüsse der Partei behandelte beispielsweise Propagandafragen. So war die schweizerische FDP im Wahlkampf von 1947 gewissermassen Beobachterin des Geschehens in den Kantonen, nicht zuletzt, weil sie sich in der ersten Hälfte des Jahres auf die Abstimmungskampagne konzentriert hatte. Die finanzielle Schwäche der Mutterpartei verhinderte eine starke nationale Koordination des Wahlkampfs, wie es der Parteipräsident Wey formulierte:

„Die Finanzen bilden *das ewige Sorgenkind des Freisinns*. Die Sozialdemokraten verfügen über reiche Gewerkschaften, die KK [sic] über Kloster und Vereine und der Freisinn über reiche Leute, die nichts geben“.²⁰⁵

Obwohl diese Aussage in Bezug auf manche Kantonalparteien und Kandidierende, die viel Propaganda unternahmen, zu nuancieren ist, entsprach sie der begrenzten Handlungsfähigkeit der Mutterpartei im Wahlkampf. Konsens schien gleichwohl darüber zu herrschen, dass „das Schwergewicht im Wahlkampf und in der Propaganda [...] bei den kantonalen Parteien liegen [muss], deren Anstrengungen die schweizerische Parteileitung nach Möglichkeit zu unterstützen hat“, so der Parteipräsident selber.²⁰⁶ Ein Minimum an einheitlicher nationaler Propaganda wurde offensichtlich doch als notwendig erachtet, da sich die Kantonalparteien auf ein gemeinsames Manifest und Plakat einigten. Intensiv wurde allerdings diskutiert, wieviel Platz den kantonalen Besonderheiten, insbesondere den nach wie vor sehr unterschiedlichen Parteibezeichnungen, auf den Plakaten gelassen werden sollte.²⁰⁷ Gerade die Schwäche der Mutterpartei erklärte aber die Mängel der freisinnigen Kampagne gegenüber jener der SP. Auf die Anregung, eine nationale Inseratenkampagne im Sinne der SP-Inseratenserie durchzuführen, reagierte der Parteipräsident ablehnend mit dem Hinweis auf die mangelnden Ressourcen der Mutterpartei, weshalb Inserate Sache der Kantonalparteien bleiben

²⁰² BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Konferenz der Kantonalsekretäre, 18. März 1947 (Robert Bauder).

²⁰³ In den Worten des späteren Parteipräsidenten Dietschi, Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 143; zu dieser Organisation vgl. Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 92.

²⁰⁴ BAR J2.322-01 2009/263_3_62, Vertrauliche interne Rundschreiben 1944-1946; BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Sitzungen der Kantonalsekretäre mit dem Generalsekretariat, 1947.

²⁰⁵ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Sitzung der Kantonalsekretäre mit dem Generalsekretariat, 15.02.1947.

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Ebd., 8.05 und 8.08.1947.

sollten.²⁰⁸ Die Partieliten waren sich auch ihres Mangels an Vertrauensleuten im Vergleich mit den milieustarken KVP und SP, bewusst.²⁰⁹

Als noch machtloser als die anderen beiden bürgerlichen Parteien erwies sich 1947 die damals erst elf Jahre alte Schweizer BGB, welche noch ihre Position im Verhältnis zu den kantonalen Parteien suchte. Zudem litt sie laut den Parteiakteuren an einer beträchtlichen Ressourcenknappheit.²¹⁰ Als der Schweizer Zentralvorstand die Nationalratswahlen erst Ende Januar 1947 zum ersten Mal diskutierte, betonte der Parteisekretär Walter Siegenthaler ihre besondere Bedeutung für die Nachkriegszeit und die Notwendigkeit, sie „auf lange Sicht“ vorzubereiten.²¹¹ Seine – bescheidenen – Vorschläge wurden im Grossen und Ganzen vom Zentralvorstand sowie von der Schweizer Delegiertenversammlung angenommen: Geplant war unter anderem die Gründung eines Aktionskomitees mit je zwei Vertretern pro Kantonalpartei, das nach seiner Gründung aber nur kurz Bestand hatte.²¹² Dies stellte einen ersten Versuch zur Spezialisierung der Entscheidungsstrukturen dar, auch wenn es die existierenden Exekutivinstanzen, der Zentralvorstand und vor allem der Leitende Ausschuss, waren, welche die eigentliche Koordinationsrolle spielten. Ähnlich wie die anderen Parteien konzentrierte sich die BGB in der ersten Hälfte des Jahres hauptsächlich auf die Abstimmungskampagnen zur AHV und zu den Wirtschaftsartikeln, die der Parteipräsident Rudolf Weber Anfang 1947 zum „Ziel des Jahres“ erklärt hatte.²¹³ Auch wenn ihre Kampagnenplanung damit erst im Sommer 1947 begann, wurde erstmals ein landesweites Plakat entworfen, das dazu diente, die finanziell schwachen Sektionen von dieser Aufgabe zu entlasten.²¹⁴ Den Kantonalparteien stand es aber frei, diese Plakate zu bestellen oder nicht. So entschied sich zum Beispiel die Thurgauer Partei gegen das Plakat mit der Begründung, dass dieses „auch nichts nütze“.²¹⁵ Dies zeigt, wie selbst die vorsichtigsten Koordinationsversuche der Mutterpartei bei den Kantonalparteien auf wenig Verständnis stossen konnten. Nach dem Wahlkampf befürworteten jedoch die Mitglieder des Zentralvorstandes mehr Zentralisierung in der Zukunft, insbesondere eine einheitlichere Pressekampagne sowie eine gesamtschweizerische Werbeschrift.²¹⁶

Allgemein kann der Wahlkampf von 1947 zugleich als Ausnahme und als Übergang gelten. Als Ausnahme, da zwei historische Abstimmungen wenige Monate vor den Wahlen den Wahlkampfkalender aller Parteien beeinflussten. Als Übergang, weil die Schwierigkeiten dieses

²⁰⁸ Ebd., 16.07.1947.

²⁰⁹ BAR J2.322-01 2009/263_3_62, Generalsekretariat: Grundsätzliche Bemerkungen zur Werbung, [1945].

²¹⁰ In den Worten des Parteisekretärs Walter Siegenthaler nach den Wahlen: „Mehr Geld wird jedoch Bedingung jeden [sic] erfolgreichen Wahlkampfes sein“, PA SVP BE 1.12.7, Leitender Ausschuss der Schweizer BGB, 4.12.1947.

²¹¹ PA SVP BE 1.12.7, Zentralvorstand der Schweizer BGB, 30.01.1947.

²¹² Ebd., Zentralvorstand der Schweizer BGB, 19.06.1947.

²¹³ PA SVP BE 1.11.1, Delegiertenversammlung der Schweizer BGB 1947, Eröffnungsrede, 30.01.1947.

²¹⁴ PA SVP BE 1.12.7, Zentralvorstand der Schweizer BGB, 30.01.; 19.06.1947.

²¹⁵ Ebd., 4.12.1947.

²¹⁶ PA SVP BE 1.12.7, Leitender Ausschuss, 4.12.1947.

Wahlkampf und die Offensive der Linksparteien (SP, aber auch PdA und LdU) den bürgerlichen Parteien Anlass gaben, ihre Kampagnenplanung zu überdenken.

Zwischen lauer Stimmung und „amerikanischen“ Plakaten

Am deutlichsten sind diese Planungsbestrebungen bei der FDP. In den frühen 1950er Jahren hatte der Bieler Parteisekretär Robert Bauder die Kontakte mit den Kantonalparteien verstärkt.²¹⁷ Bereits bei den Wahlen von 1951 zeigte sich eine Intensivierung der Kampagnentätigkeit der Mutterpartei, zum Beispiel mit einem umfangreichen Wahlhandbuch.²¹⁸ Bauders Nachfolger ab 1954, Hans-Rudolf Leuenberger, setzte, so Eugen Dietschi, „den Ausbau der freisinnigen Kommandostelle systematisch“ fort, insbesondere durch die Entwicklung des Presse- und Informationsdienstes.²¹⁹ Selbst der SP-Zentralsekretär Fritz Escher beurteilte die FDP-Kampagne von 1959 als offensiv und stellte fest, dass nun nur der LdU mit den finanziellen Mitteln des Freisinns im Wahlkampf konkurrieren könne.²²⁰ Tatsächlich schien sich die FDP finanziell und organisatorisch so verstärkt zu haben, dass sie nun einen nationalen Wahlkampf führen konnte. Zwar behielt sie in den kommenden Jahren eine verhältnismässig föderalistische Funktionsweise bei, wie der Basel Nationalrat Alfred Schaller vor der Delegiertenversammlung von September 1958 zugab: „es ist ja sicher schwierig, aus 25 Kantonalparteien mit so ungleicher politischer Ausgangslage eine geschlossene und schlagkräftige, kurz eine starke eidgenössische Partei zu schaffen“.²²¹ Trotzdem übernahm die Parteileitung, insbesondere der Parteipräsident Dietschi und der Zentralsekretär Leuenberger, nun eine klare Koordinationsrolle in der Wahlkampfplanung und bot den Kantonalparteien zahlreiche Dienste für ihre Kampagnen an.²²² Dabei war das Leitungsduo vor allem gegenüber der Geschäftsleitung rechenschaftspflichtig. Im Gegensatz dazu wurden die Sitzungen des Zentralvorstands oft rein pro forma gehalten, um den Vorwurf zu vermeiden, man habe dieses Organ über die Wahlvorbereitungen nicht ausreichend informiert.²²³ Noch häufiger als zuvor fanden informelle Treffen der kantonalen Sekretäre und manchmal auch der Präsidenten statt.²²⁴ Diese dienten dazu, Entscheidungen der Parteileitung zu bestätigen, beziehungsweise zwischen zwei von ihr vorgestellten Alternativen in der Kampagnendurchführung auszuwählen. Dadurch wich die Parteileitung der Schwerfälligkeit des Zentralvorstands aus, sicherte sich aber zugleich die Einigung aller kantonalen Wahlkampfakteure

²¹⁷ Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 258.

²¹⁸ ASTi 3.3.3 74.2.1, Parti radical-démocratique suisse: Notre chemin. Guide pour les élections fédérales 1951, 1951.

²¹⁹ Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 258.

²²⁰ Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 310.

²²¹ Zitiert nach Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 264.

²²² Die FDP verfügte nun über einen Pressedienst, ein Angebot an Kursen, eine vielfältige Dokumentation und sendete den Kantonalparteien regelmässig Richtlinien zur Wahlkampfpropaganda, BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Leuenberger, Hans-Rudolf: Mitteilungen des Generalsekretariates, Die eidgenössischen Wahlen 1959, [1960].

²²³ BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 23.09.1959.

²²⁴ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, Konferenzen der Sekretäre, 1959.

über die Wahlkampf vorbereitungen. Auch wenn einige Mitglieder der Geschäftsleitung diese Initiativ-, Koordinations- oder sogar Leitungsrolle der Parteileitung begrüßten, blieb sie jedoch noch rechtfertigungsbedürftig. Darauf deutet hin, dass dazu auch Handlungsanweisungen ausgegeben wurden: So sei beispielsweise in der parteiinternen Kommunikation zu betonen, dass „es sich um eidgenössische Wahlen handelt und die schweizerische Partei demzufolge die Zielsetzung bekannt zu geben hat“.²²⁵ Nicht alle Pläne der Mutterpartei, zum Beispiel die Organisation einer schweizweiten Inseratenkampagne, wurden zudem verwirklicht.²²⁶ Trotz der intensiven organisatorischen Bemühungen musste das Sekretariat nach den Wahlen den „lauen“ Charakter des Wahlkampfes, ausser in einigen Kantonen, eingestehen.²²⁷ Dabei fiel es den Freisinnigen nach wie vor schwer, ihre Basis für die Wahlen im gleichen Ausmass wie die Konservativen und Sozialdemokraten zu mobilisieren sowie mehr als eine defensive Position gegenüber diesen zwei Parteien einzunehmen.²²⁸

Auch die Schweizer BGB und ihre Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien waren im Wahlkampf von 1959 sichtbar routinierter als 1947. Eine Aktionskommission für die Nationalratswahlen von 1959 und eine Plakatkommission wurden bereits nach den Wahlen von 1955 gegründet, darin befanden sich Parteikader, Gewählte, Journalisten, Verbandssekretäre, Landwirte, aber keine Experten der politischen oder kommerziellen Kommunikation.²²⁹ Zudem setzte der Parteisekretär Ernst Blaser Treffen der Geschäftsleitung und der Parteisekretäre zur Koordination der Werbemassnahmen in Gange.²³⁰ Auf seine Vorschläge zum Aufbau von Koordinationsmechanismen erwiderte der Parteipräsident Walter Siegenthaler aber, dass „die Schweizer Partei [...] in die gesamte Wahlaktion kaum eingreifen“ werde.²³¹ Die Schweizer Partei führte also ihre Koordinationsrolle auf zurückhaltende Art aus, insbesondere durch den Versand von „Informationsdiensten“ zu den Nationalratswahlen an die Kantonalparteien und ihre Kandidaten.²³² Diese nahmen die national entworfenen Wahlkampfmaterialien unterschiedlich auf: Zwar hingen kleinere und jüngere Parteien wie die freiburgische und waadtländische aufgrund geringer Ressourcen noch sehr von der nationalen Partei ab.²³³ Grössere Parteien, auch die bernische, die immerhin das Parteisekretariat mit der Schweizer BGB teilte, gingen öfter eigene Wege in ihren Kampagnen.

²²⁵ BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 2.05.1958 (Alfred Schaller).

²²⁶ ACV PP 552/204, Secrétariat général: Elections au Conseil National 1959 – Plan d'action, Mai 1958.

²²⁷ BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Leuenberger, Hans-Rudolf: Mitteilungen des Generalsekretariates, Die eidgenössischen Wahlen 1959, [1960].

²²⁸ Vgl. BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 16.06.1959.

²²⁹ PA SVP BE 6.2.20, Aktionskommission für Nationalratswahlen (1959), 1955.

²³⁰ PA SVP BE 1.62.3, Geschäftsleitung der Schweizer BGB, 18.03.1959; Einladung zu einer Sekretärenkonferenz am 18.06.1959, 10.06.1959.

²³¹ PA SVP BE 1.62.3, Geschäftsleitung der Schweizer BGB, 18.03.1959.

²³² PA SVP BE 6.2.20, Schweizerische BGB: Nationalratswahlen, Informationsdienst 1-5, 1959.

²³³ Wie die finanziellen Arrangements zwischen der Freiburger BGB und der Mutterpartei beweisen: So entschädigte die Mutterpartei dem Freiburger Parteisekretär und Staatsrat Georges Ducotterd 50 Franken für seine Übersetzung der Wahlzeitung, was zugleich als Beitrag für den Freiburger Wahlkampf dienen sollte. Während die Freiburger Bauernpartei nämlich sehr begrenzte Mittel zu Verfügung hatte, existierte immerhin ein

Insbesondere im Kontrast zur FDP erwies sich die SP-Kampagne von 1959 als weniger aufwendig als 1947. Die nationale Geschäftsleitung plante den Wahlkampf erst Anfang 1959 und der Parteipräsident Walther Bringolf schlug ein eher „traditionelles Vorgehen“ vor: Das nun vom erfahrenen Sekretär Fritz Escher und einem jüngeren Adjunkten geleitete Sekretariat solle zusammen mit der Agitations- und Propagandakommission der Partei für „das Nötige“ sorgen.²³⁴ Die Mutterpartei stützte sich also auf langjährige Strukturen und Ressourcen. Eschers Kampagnenplan beschränkte sich auf eine landesweite Haushaltsflugschrift und ein landesweites Plakat. Inserate der Nationalpartei erschienen nur in einigen Sportzeitungen und nicht wie 1947 im *Beobachter*, was mit zu hohen Kosten begründet wurde.²³⁵ Die Finanzen waren tatsächlich eine Dauersorge der Partei, die deshalb den Verkauf von Kampffondsmarken für den Wahlkampf organisierte.²³⁶ Gleichzeitig war aber die politische Stimmung in der Partei alles andere als optimistisch, was gerade die Mobilisierung der Basis für die Parteifinanzen und schlussendlich für die Wahlen erschweren sollte. Neben den Unstimmigkeiten um die 1958 entstandene Anti-Atom-Bewegung hatte auch die LdU-Initiative für die gesetzliche Einführung einer Vierundvierzigstundenwoche die Arbeiterbewegung tief gespalten.²³⁷ Die späte Lancierung einer Initiative zur Arbeitszeitbeschränkung zusammen mit dem SGB maskierte die Entmutigung der Parteibasis vor den Wahlen nur bedingt.²³⁸ Die traditionelle Koordinationsarbeit der Mutterpartei für die Basismobilisierung wurde insofern nötiger denn je, stiess aber auf einen geringen Enthusiasmus. Vielmehr strebten die Parteispitzen die Annahme des neuen reformistischen Programms noch vor den Wahlen an. Anlässlich des Parteitages von Winterthur im Mai blockierte die Geschäftsleitung Anträge von Sektionen, welche eine spätere Verabschiedung des Programms verlangten, um mehr Zeit zur Diskussion zu haben.²³⁹ Der Wahlkampfkontext führte also zu einem Kontrollbedürfnis der Parteispitzen gegenüber jeglicher Unstimmigkeit, was aber die interne Stimmung weiter verschlechterte.

Bei der KCVP waren 1959 die Meinungsunterschiede zur Wahlkampfdurchführung noch grösser. Die Partei befand sich seit Anfang der 1950er Jahre im Aufwind und der mittlerweile allgegenwärtige Zentralsekretär Martin Rosenberg hatte sie in wachsendem Masse national organisiert, nicht zuletzt durch den Aufbau eines straffen Informationssystems innerhalb der Partei: Die „Vertrauensmänner“ bekamen direkt von der Mutterpartei eine Schriftenserie, welche sie, so Rosenberg, wie eine

nationaler Wahlfonds dank Beiträgen der Mandatsinhaber. PA SVP BE 6.2.19, Brief von Ducotterd an Blaser, 24.09.1959; PA SVP BE 1.62.3, Zentralvorstand, 26.06.1959.

²³⁴ SSA Ar 1.110.49, Geschäftsleitung, 24.01.1959.

²³⁵ SSA Ar 1.111.13, Parteivorstand, 29.08.1959.

²³⁶ SSA Ar 1.230.6, Brief des Zentralsekretariats an die Sektionen, 14.10.1959.

²³⁷ Aus Rücksicht auf den SGB, welcher auf Gesamtarbeitsverträge beharrte, hatte die SP diese Initiative nicht unterstützt. Trotz der Unterstützung von einigen Gewerkschaften, darunter der VPOD, scheiterte sie im Oktober 1958 deutlich. Vgl. dazu Degen: Sozialdemokratie und Gewerkschaften, 1988, S. 143f.

²³⁸ SSA Ar 1.110.49, Geschäftsleitung, 23.09.1959.

²³⁹ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 18.04.1959.

„Kartothek“ behalten sollten.²⁴⁰ Um seine ambitionierten Wahlziele zu erreichen, beharrte Rosenberg bei den Kantonalparteien auf einer einheitliche Kampagne unter dem Motto der „christlichen Demokratie“.²⁴¹ Während die Führungsinstanzen Rosenbergs Plan weitgehend zustimmten, drückten einige Kantonalparteien ihre Unsicherheiten gegenüber der konfessionsoffenen Strategie der christlichen Demokratie aus. Gerade auch die Zentralisierung der Kampagne um diese umstrittene, „allzu stark strapazierte“ Parole wurde parteiintern in Frage gestellt.²⁴² Laut Rosenberg habe die Sankt Galler Kantonalpartei öffentlich erklärt, „Wahlplakate seien ‚amerikanisch‘ und stiessen die Bürger ab, weshalb man darauf verzichte“.²⁴³ Für ihn belegte der Stimmenverlust der Kantonalpartei – circa 13000 Stimmen im Vergleich zu 1955 – jedoch die Absurdität dieser Strategie. Nach den Wahlen befürwortete Rosenberg deshalb eine weitere Umorganisation des Wahlkampfes:

„Die bisherigen Erfahrungen zeigten immer wieder und der Wahlausgang 1959 bestätigte es erneut: *Wahlerfolge müssen erarbeitet werden – unermüdliche Kleinarbeit auf lange Sicht. Mit einem ‚kurzen Wahlkampf‘ sind heute keine Wahlen mehr zu gewinnen, keine Fortschritte zu erzielen, höchstens noch Amtsinhaber zu bestätigen.* Gerade das genügt aber nicht in einer Wahlauseinandersetzung, bei der es darum ging, *wählermässig sich an die Spitze der bürgerlichen Parteien zu stellen.* [...] Wir sollten in Zukunft dazu kommen, dass für eidgenössische Wahlen eine gewisse *Einheitlichkeit* in der Kampfführung und in den Propagandamitteln sich durchsetzt, nur so kann auf schweizerischer Ebene eine Stimmung geschaffen werden, die sich an den Urnen auswirkt.“²⁴⁴

Zu diesem Zweck betonte er die Führungsrolle, welche die schweizerische Partei insbesondere in den Bereichen Kommunikation und Schulungen auch ausserhalb der Wahlen übernehmen sollte. Denn selbst die kleinsten Kantonalparteien, mit wenigen oder nichtexistierenden Mandatschancen, besässen eine „Ehrenpflicht“ gegenüber der Partei, die nationale Wählerzahl zu erhöhen.²⁴⁵ Im Laufe der 1960er Jahre sollten sich seine Vorstellungen eines nationalisierten und verlängerten Wahlkampfes allmählich durchsetzen.

Der „spannendste Wahlkampf in diesem Jahrhundert“?

Im politisch unsicheren Kontext der frühen 1970er Jahre hatte sich die Wahlkampfplanung der Parteien bereits völlig verändert. Auffällig im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen sind der viel grössere organisatorische Aufwand, den die vier Bundesratsparteien in ihre Vorbereitung steckten, sowie ihre Bemühungen zur Zentralisierung der Kampagnen durch einheitliche Werbekonzepte und Inseratenpläne. Gewiss verlieh der Eintritt der Frauen in den politischen Markt dem Wahlkampf einen

²⁴⁰ BAR J2.181 1987/52_164_1280, KCVP: Politische Dokumentationen, 1959.

²⁴¹ BAR J2.181 1987/52_63_532, Zirkular des Zentralsekretariates an die Kantonalparteien, 18.08.1959. Lediglich die Tessiner, Waadtländer und Genfer Parteien durften schliesslich eigene Plakate entwerfen. BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitender Ausschuss, 5.09.1959.

²⁴² BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitungsausschuss und Fraktionsvorstand, 28.11.59.

²⁴³ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd.

ausserordentlichen Charakter. Der SP-Sekretär Alois Bertschinger betitelte ihn sogar als „spannendsten Wahlkampf in diesem Jahrhundert“.²⁴⁶ Diese Neuheit stellte die Parteien und die Behörden auch vor neue organisatorische Herausforderungen.²⁴⁷ Parallel zum Reformwind bei vielen Parteien stellte sich nun die Frage eines besseren Einbezugs der Frauen- sowie der Jugendgruppen in die Kampagnenplanung.²⁴⁸ Gleichwohl schienen die Parteien in einer im Wandel begriffenen Medien- und Werbeumwelt noch am Experimentieren gewesen zu sein. Die Organisation der ersten (und letzten) Werbespots für den Wahlkampf trug zunächst dazu bei, dass die Parteien die Kampagnenvorbereitung früher ansetzten, nämlich bereits im Januar 1970, und sich zudem vermehrt auf sprachregionaler Ebene koordinieren mussten.²⁴⁹

Das Schweizer SP-Sekretariat setzte besonders viele Kräfte und Ressourcen im Wahlkampf ein, zeigte sich aber gerade hinsichtlich der Art der Wahlkampfdurchführung gespalten. Neben der Werbeagentur Wälchli, welche das komplette Kampagnenkonzept entwarf, wurden auf nationaler Ebene, aber auch spezifisch für die Sprachregionen und innerhalb der Kantonalparteien immer neue Empfehlungsgremien für die Kampagne gegründet. Die teilweise Externalisierung der Kampagnenplanung einerseits und die zunehmende Arbeitsteilung andererseits führten in der Folge zu erheblichen Kommunikationsschwierigkeiten. Da die Parteikader sich nur schwer auf eine programmatische Linie einigen konnten, beschäftigten sich die nationalen Parteiinstanzen bis zum Frühling 1971 vor allem mit der Revision des von einer Kommission verfassten Wahlmanifests. Parallel dazu leitete das Generalsekretariat selbst Schritte ein, um den Wälchli-Werbeplan umzusetzen. Während der Parteivorstand diesbezüglich gar nicht direkt konsultiert wurde, kam die nationale Geschäftsleitung erst im Sommer 1971 dazu, diesen Werbeplan grundlegend zu diskutieren, und dies geschah eher kritisch.²⁵⁰ Obgleich das Sekretariat und die Werbeagentur eine weitgehend einheitliche Kampagne geplant hatten, entwickelten manche Kantonalparteien ihre eigenen Kampagnen auf einer anderen graphischen Linie.²⁵¹ Die Wahlkampagne der SP 1971 ist somit ein gutes Beispiel für eine intensiv vorbereitete und zentralisierte Wahlkampagne, die trotzdem keine Nationalisierung erzielte.

²⁴⁶ SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 16.04.1971.

²⁴⁷ Die eidgenössische Abstimmung des 6. Juni 1971 scheint diesbezüglich als eine Generalprobe der folgenden National- und Ständeratswahlen gedient zu haben. Die Vorbereitung der neuen Stimmregister bereitete in einigen Kantonen Schwierigkeiten. BAR E1010B 1986/151_613, Korrespondenz der Bundeskanzlei mit den kantonalen Staatskanzleien, 1970-1971.

²⁴⁸ Neben der (Neu-)Strukturierung der Frauensektionen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene empfahl die FDP ihren Kantonalparteien, die Frauen und Jungen besser in ihre Kampagnenstrukturen einzubeziehen. BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

²⁴⁹ Vgl. dazu Kap. 5.2.2.

²⁵⁰ SSA Ar 1.110.61, Parteivorstand, 18.12.1971; SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 23.06.1971.

²⁵¹ Die Genfer und waadtländische Kantonalparteien entschieden sich bspw. für eine eigene Kampagne rund um das Bild einer Autobahn mit dem Slogan „Dépassez voie de gauche Parti socialiste“. ACV PP 225/41, Postkarte „Dépassez voie de gauche Parti socialiste“, [1971]; NB SNL_1971_102, Wyss-Chodat, Pierre: Avancer, dépasser, voie de gauche, votez socialiste, Plakat, 1971.

Im Nachhinein wurde vom Sekretär Aloïs Bertschinger eingeräumt, dass die Hauptgründe hierfür in einer nicht realistischen Planung und in der mangelhaften Kommunikation zu sehen seien.²⁵²

Die Uneinigkeit und die Handlungsblockaden in der Partei entstanden aber ferner auch aus den Befürchtungen vieler Parteikader, dass die Ablehnung der Überfremdungsinitiative durch die SP einen Teil der Arbeiterschaft entfremdet hätte, und dass die „Nationalen“ nun ihre Themen für den Wahlkampf diktieren und die SP sowie die Gewerkschaften weiter spalten würden. In einer Analyse kurz nach der Überfremdungsinitiative hatten der Zürcher SP-Sekretär Karl Gmünder und der Journalist Sebastian Speich gemeint, dass die SP deshalb „selbst die Wahlkampfdiskussion bestimmen“ solle, indem sie sich mit klaren Forderungen als echte Alternative darstelle.²⁵³ Nachdem die Zürcher SP im Frühling bei den Kantonalratswahlen einen Dämpfer gerade zu Gunsten der neuen rechtsradikalen Parteien erlitten hatte, brachte Gmünder genau diese Strategie an die nationale Geschäftsleitung und plädierte für die Lancierung einer Initiative zur Verlängerung der Ferienzeit als Mobilisierungsmoment für den Wahlkampf:

„in den nächsten 3 Jahren [wird] sowieso eine solche Initiative beschlossen werden [...]. Findet man jetzt nicht den Mut dazu, so kann man für die Nationalratswahlen nichts mehr profitieren. Eine Ferieninitiative würde der Mobilisierung dienen, den gegenwärtig herrschenden *Pessimismus mindestens neutralisieren und ‚symbolhaft‘ zeigen, was die SP eigentlich will*. Die Initiative brächte die ‚Nationalen‘ in Zugzwang – sind sie dafür, liefern sie im Windschatten von uns, sind sie dagegen, zeigen sie *ihr arbeitnehmerfeindliches Gesicht*.“²⁵⁴

Obwohl sie die Befürchtungen Gmünders bezüglich der Anziehungskraft der Nationalen bei der Arbeiterschaft teilten, widersetzten sich andere Mitglieder der Geschäftsleitung „Gmünders ‚Evangelium der Flucht nach vorn‘“.²⁵⁵ Mangels einer klaren gemeinsamen Linie wählten die Kantonalparteien ihre eigenen Schwerpunkte für die Kampagne, so die Zürcher SP mit der Lancierung einer Initiative zur Weiterbildung, welche sich an verunsicherte ArbeiterInnen richtete.²⁵⁶ Bei dieser Diskussion liess sich dabei auch die schwierige Position der SP zwischen Bundesrat und Opposition spüren: Gmünder forderte diesbezüglich ein, dass die SP „endlich über einen ‚Reaktionsverein‘ hinauswache“.²⁵⁷

Auch die schweizerische CVP fühlte sich im Korsett der Konkordanz zunehmend eingeeignet. Für die nationalen Parteispitzen war der Wahlkampf von 1971 eine Gelegenheit zur weiteren Profilierung nach der Parteireform. Die Mutterpartei sah nun eine koordinierte Organisation der Kampagne vor, mit unterschiedlichen Phasen, gemeinsamen Kommunikationsmaterialien, wie einem für nahezu alle

²⁵² SSA Ar. 1.110.62, Parteivorstand, 18.12.1971.

²⁵³ ACV PP 225/37, Sekretariat SP Zürich (Karl Gmünder/Sebastian Speich): Analyse der Schwarzenbach-Initiative II, 1970.

²⁵⁴ SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 16.04.1971.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ SSA Ar 27.660.1, Inserat „Mit 40 nicht beim alten Eisen: Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung für jeden Erwachsenen“, [1971].

²⁵⁷ SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 16.04.1971.

Kantonalparteien obligatorischen Plakat, sowie einem Kandidierenden-Kalender.²⁵⁸ Alle Kantonalparteien sollten zudem einen Wahlkampfleiter benennen, der in enger Verbindung mit den anderen Kantonalparteien und der Mutterpartei für die „technische Seite des Wahlkampfes – Planung, Organisation und Abwicklung“ verantwortlich sei.²⁵⁹ Wie bei der SP litt dieser Versuch einer besseren Arbeitsteilung und Spezialisierung aber unter der Vielfalt der zuständigen Instanzen.²⁶⁰ Für die Ambition der Einheitlichkeit stellten zudem die nach wie vor vielfältigen Benennungen der Kantonalparteien eine praktische Herausforderung dar.²⁶¹ Die Zentralisierungsbestrebungen der nationalen Instanzen wurden zudem auf kantonaler Ebene unterschiedlich rezipiert: Weil die Christlichdemokraten in den katholischen Stammkantonen das kantonale politische Feld noch weitgehend dominierten, führten manche Kantonalparteien wie die Zuger Partei nach wie vor praktisch keinen Wahlkampf.²⁶² Wie 1959 stiessen also die Bestrebungen zur Nationalisierung der Kampagne und Erhöhung der Parteistimmen auf die ausgeprägte Heterogenität der kantonalen Realitäten.

Die FDP ging an den Wahlkampf von 1971 eher optimistisch gesinnt heran und konnte sich auf die langjährige Erfahrung Leuenbergers sowie die bewährten Organisationsmodi der letzten zwei Kampagnen stützen.²⁶³ Dabei blieb die Aufteilung der Entscheidungsbefugnisse ähnlich wie bereits 1959, nur dass die nationalen Parteispitzen einen stärkeren Wunsch nach Zentralisierung ausdrückten.²⁶⁴ Auch die Unterteilung der Mutterpartei in viele Ausschüsse blieb erhalten, nun widmeten sich aber mehrere dieser Ausschüsse speziell der Kampagne.²⁶⁵ Von Sommer bis Herbst 1970 wurde das Kampagnenkonzept fertiggestellt, was Leuenberger positiv hervorhob: „Noch nie lag bei eidgenössischen Wahlen das Propagandakonzept der schweizerischen Partei so frühzeitig, so umfassend und so detailliert vor.“²⁶⁶ Dies sei sowohl für die Kantonalparteien eine Hilfe als auch eine Chance des Freisinns gegenüber den Gegnern. Das Konzept von Küng sah die Propagandatätigkeit im

²⁵⁸ BAR J2.181 1987/52_72_626, Brief von Hans Niemetz an die kantonalen Wahlkampfleiter, 28.07.1971.

²⁵⁹ Ebd., Brief von Hans Niemetz an die Präsidenten der Kantonalparteien, 3.07.1970.

²⁶⁰ Neben den offiziellen Organen gab es auch einen „politischen Wahlkampf Ausschuss“, eine Konferenz der Kantonalparteien, eine für die deutschsprachigen Wahlkampfleiter sowie eine „conférence de rédaction“ für die Romandie. Vor dem Hintergrund des häufigen Fehlens vieler Wahlkampfleiter bei diesen Sitzungen musste der Sekretär Hans Niemetz aber zunehmend Informationen per Brief versenden. BAR J2.181 1987/52_72_626, Einladung zur Sitzung des 30.03.1971. Selbst die christlichsozialen Parteien hatten zum Teil ihre eigenen Treffen, BAR J2.181 1987/52_45_445, Conférence romande des partis chrétiens-sociaux, 28.08.1970.

²⁶¹ BAR J2.181 1987/52_45_445 Einladung für die Konferenz der Kantonalparteien am 28.02.1970.

²⁶² BAR J2.181 1987/52_72_627, Brief der CVP des Kantons Zug an Hans Niemetz, 2.07.1971.

²⁶³ Vgl. BAR J2.322-01 2009/263_39_110, Wahlen 1963; BAR J2.322-01 2009/263_53_114, Wahlen 1967; BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat, Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 1971, August 1970. Die Mutterpartei setzte besonders viel Wert auf Schulungsmöglichkeiten und Diskussionstreffen.

²⁶⁴ Die Geschäftsleitung durfte die Vorschläge des Generalsekretariats diskutieren, leicht ändern und schliesslich annehmen. Der Zentralvorstand schien eine unnötige Aufzeichnungskammer zu sein. BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 2.12.1970.

²⁶⁵ Die Arbeitsgruppe II/C „Verwirklichung von Propaganda und publizistischer Massnahmen“ insbesondere, sowie eine weitere zur Wahlforschung, BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 22.06.1970.

²⁶⁶ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

Wahljahr als ein „geschlossenes Ganzes“, von der Abstimmungskampagne um das Frauenstimmrecht Anfang des Jahres, während welcher die Partei mit Plakaten und Inseraten für sich auch werben sollte, bis zur eigentlichen Wahlkampagne im Oktober 1971.²⁶⁷ Die Mutterpartei visierte im Gegenzug eine moderate Nationalisierung der Kampagnenmassnahmen an, blieb diesbezüglich aber sehr vorsichtig. Ein einheitliches Erscheinungsbild bei der Kommunikation sei zwar wünschenswert, da es Einheit zeige und die Kampagnenplanung sowie die Kosten rationalisiere. Das Konzept verfolge aber

„in keiner Weise den Zweck [...], die Initiative der einzelnen Kantonal- und Ortsparteien zu bremsen oder gar eine Art *Propagandadiktatur* zu errichten. Die Vereinheitlichung der Wahlpropaganda bedeutet auch nicht eine *sture Schematisierung*, wie sie zeitweise von andern, bedeutend zentralistischer organisierten Parteien praktiziert wird.“²⁶⁸

Tatsächlich überliessen sowohl die Koordinationsarbeit der Mutterpartei als auch Künigs Plan den Kantonalparteien einen bedeutenden Handlungsspielraum. Jene Kantonalparteien, welche in den letzten Jahren bereits neue Werbeträger eingesetzt hatten, wurden lediglich eingeladen, diese mit der neuen graphischen Linie der nationalen Partei in Einklang zu bringen. Sie konnten auch das Programm der Mutterpartei an kantonale Schwerpunkte anpassen. Die Mutterpartei gab zwar Richtlinien für ihre interne Organisation aus, insbesondere zur Aktivierung der Sektionen im Wahlkampf, diese kamen in den Kantonalparteien aber gut an.²⁶⁹ Insgesamt folgten die meisten Kantonalparteien den Empfehlungen der Mutterpartei: So begannen sie bereits im Herbst 1970 mit der Vorbereitung und konnten bei den häufigen Konferenzen der Sekretäre über ihre Massnahmen berichten.²⁷⁰ Das Prinzip einer nationalen Kampagnenkoordination stiess somit durchaus auf Konsens bei den Kantonalparteien, welche den Grossteil der angebotenen Kommunikationsmaterialien der Mutterpartei übernahmen.²⁷¹

Die Tessiner Kantonalpartei bildete hier einen paradoxen Fall. Ihre Parteikader, die selten an den interkantonalen Treffen vertreten waren, thematisierten den Nationalratswahlkampf erst nach den Tessiner Kantonalwahlen im Sommer 1971 und waren danach viel mit den Nominierungsprozessen beschäftigt. Die Kantonalpartei übernahm folglich die Wahlmaterialien der Werbeagentur ohne grössere Diskussionen und kümmerte sich von da an hauptsächlich um die Übersetzung und Anpassung des Wahlmanifestes für die Tessiner Wählenden.²⁷² Schlussendlich diente also das mangelnde Interesse der Tessiner Partei an den Nationalratswahlen der Zentralisierung der Kampagne.

²⁶⁷ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 2.12.1970. Diese Instrumentalisierung der bereits als erfolgreich angenommenen Frauenstimmrechtsabstimmung sorgte dabei für Kritik innerhalb des überparteilichen Aktionskomitees. Ebd., Konferenz der Sekretäre, 18.01.1971; Geschäftsleitung, 1.03.1971.

²⁶⁸ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

²⁶⁹ So in der waadtländischen FDP, welche ihr Terrain mittels Sektionenbefragungen erkundete und eine sehr präzise Arbeitsaufteilung zwischen den verschiedenen Parteiebenen vorsah, ACV PP 552/208, Brief der waadtländischen FDP an die lokalen Propagandaverantwortliche, 12.08.1971.

²⁷⁰ Z.B. BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Konferenz der kantonalen Sekretäre, 18.01.1971.

²⁷¹ Zürich und Waadt erwiesen sich dabei als besonders gute Schüler, BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

²⁷² ASTi 3.3.3 23.3.2, Direttiva cantonale, 9.07.1971.

In gewisser Weise wurden die Tessiner Kampagnen (bei der FDP wie bei den anderen Parteien) für Bern aufgrund der stärkeren Zentralisierung aus Bern geführt, was mit der lauen Wahlkampfstimmung im Kanton trotz der Bedeutung dieser Wahlen auf eidgenössischer Ebene zusammenpasste.²⁷³

Der Wahlbericht des FDP-Generalsekretariates beklagte im Nachhinein, dass manche Kantonalparteien die Richtlinien und Vorschläge zu lange diskutiert oder zu spät angewendet hätten. Um mehr Einheitlichkeit zu erreichen, könne „das freiwillige System zum Einspuren auf ein Aktionskonzept [...] nicht aufrechterhalten bleiben“.²⁷⁴ Dies verband das Generalsekretariat mit der Frage einer möglichen Parteireform nach dem Vorbild der CVP: Die Mutterpartei sollte insbesondere neue Kompetenzen im Bereich politischer Kommunikation erhalten, wobei dies mit einer Demokratisierung einhergehen sollte. Zudem rechtfertigte der Bericht das Prinzip einer weiteren Intensivierung und Nationalisierung der Kampagne folgendermassen:

„Die allgemeine Verlagerung der politischen Aktualität auf eidgenössische Probleme, bedingt im Sachzwang, die modernen Kommunikationsmittel, die Lebensgewohnheiten und andere mehr heben die Bedeutung der Aktionen auf schweizerischer Ebene in ganz besonderem Masse. Die Zeiten, in denen eidgenössische Parlamentarier und politische Prominenz nach der Septembersession vor den Wahlen Urlaub von der eidgenössischen Politik zur Bewältigung des Wahlkampfes in ihrem Kanton nehmen konnten, dürfte ein für alle Mal vorbei sein. Es ergibt sich deshalb zwangsläufig, dass neben den nach wie vor wichtigen Aktionen in den Kantonen der Wahlkampf in vermehrtem Masse auch auf gesamtschweizerischer Ebene geführt wird.“²⁷⁵

In starkem Kontrast zu diesen Ambitionen stand die Planung der schweizerischen BGB für den Wahlkampf von 1971. Zwar waren bei dieser Partei ebenfalls auf nationaler Ebene neue Strukturen entstanden, welche die Strategie und die politische Kommunikation der Partei gezielter steuern sollten.²⁷⁶ Die BGB-Kampagne stand unter dem Zeichen des Zusammenschlusses mit den Bündner und Glarner Demokraten, welcher im September 1971 vereinbart, aber erst im Dezember vollgezogen wurde. Die Partei befand sich also für diese Wahlen in einer nicht gerade komfortablen Situation: Die nationale und die kantonalen Parteien standen kurz vor der Namensänderung, die in der Presse angekündigt wurde, blieben aber auf den Listen Bauernparteien mit unterschiedlichen Namen. Hinzu kam, dass die Partei kaum programmatische Ankündigungen für den Wahlkampf machen konnte, da sie sich über diese mit den Demokraten hätte einigen müssen. Tatsächlich scheint es ihr schwer gefallen zu sein, eine ohnehin nicht sehr klare Parteilinie im Wahlkampf durchzuziehen. Anfang 1972, nach der Konstituierung der neuen SVP, gab sie aber ein neues Programm heraus, das die neue

²⁷³ Wie die anderen Tessiner Parteien sowie die Medien bemerkten. ASTi FPC 01 20.4.1, Comitato Cantonale, 27.11.1971; Tessiner Pressestimmen. Von der Kirchturmpolitik zur Gesamtschau, in: Neue Zürcher Zeitung, 03.11.1971.

²⁷⁴ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ So bestand ein „Brain-Trust“ aus Vertretern der Partei in Wissenschaft, Politik und Presse. Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Hg.): Jahresbericht 1970, 1971, S. 11; BAR J1.167 1982/158_70_349, Sitzungen des Brain-Trusts, 1970-1971.

gemeinsame politische Linie reflektieren sollte. Die *NZZ* kommentierte, dass es eigenartig sei, ein Programm erst nach den Wahlen vorzuschlagen.²⁷⁷ Neben diesem Programm veröffentlichte die Schweizer Partei für ihre Kampagne lediglich noch Informationsmaterialien für Kandidierenden aber kein gesamtschweizerisches Plakat. Die Kantonalparteien arbeiteten deshalb in sehr hohem Masse selbstständig. Während die waadtländische Partei aufgrund ihrer finanziellen Schwierigkeiten eine bescheidene Kampagne durchführte,²⁷⁸ arbeitete die Zürcher Partei neuerdings mit einer Werbeagentur zusammen und führte eine Inseratenkampagne durch. Sie bemängelte aber die zu geringe Reaktivität der lokalen Parteien auf ihre Organisationsbemühungen.²⁷⁹ Die neue SVP verzeichnete also Impulse zur Professionalisierung ihrer Wahlkämpfe, sah sich aber durch ihre geringe Zentralisierung sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler Ebene darin gebremst.

Zwischen permanent campaigning und widersprüchlichen Zentralisierungsprozessen

Nicht nur bei der SVP blieb die Parteikultur langfristig föderal geprägt. Dies zeigte sich erneut in den Kampagnen von 1983, in welche die Mutterparteien viel Zeit und Mittel investierten. Alle Landesparteien hatten ihre Planungsarbeit bereits kurz nach den Wahlen von 1979 aufgenommen; zwei Parteien, die FDP und die CVP, planten zudem eine Zwischenwahlkampagne für 1981. Die Vorstellung, dass Parteien im Sinne des in den USA beobachteten *permanent campaigning* dauerhaft in der Öffentlichkeit Gesicht zeigen sollten, teilten nun manche Werbeberater und Parteiakteure, darunter Christoph Blocher, dessen Politik im Sinne eines permanenten Wahlkampfes nun auch halb fasziniert, halb schockiert rezipiert wurde.²⁸⁰ Externe Faktoren sorgten sowieso zunehmend dafür, dass auch kleine Kantonalparteien sich früh mit dem Wahlkampf beschäftigen mussten: die Zunahme der Briefwahl forcierte langsam die Vorverschiebung des Wahlkampfes selbst, da die BürgerInnen damit ihre Wahlentscheidung oft früher trafen.²⁸¹ Die Institutionalisierung der Fernsehsendungen forderte zudem nach wie vor eine frühzeitige Koordinierung zuerst zwischen den Parteien und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), dann innerhalb der Parteien auf sprachregionaler Ebene. Trotz dieses Willens zur Intensivierung und Professionalisierung des Wahlkampfes erfuhr der Zentralisierungstrend jedoch insgesamt einen Rückschlag. Das Ziel der

²⁷⁷ Das Aktionsprogramm 72 der SVP. Delegiertenversammlung in Aarau, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.08.1972.

²⁷⁸ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 6.09.1971. Die Kampagne begrenzte sich auf ein Plakat und eine Spezialausgabe des Parteiorgans *Le Pays vaudois*.

²⁷⁹ PA SVP ZH W 1971, Parteivorstand, 15.11.1971.

²⁸⁰ Wie die Weltwoche vor den Wahlen: „Dem promovierten Juristen ist Politik anscheinend ein permanenter Wahlkampf, weshalb ihm das Sensorium für Zwischentöne völlig abgeht“. Marcel H. Keiser über Nationalrat Christoph Blocher. Politischer Magenbitter, in: *Die Weltwoche* 27.07.1983. Bereits 1977 begann Christoph Blocher die Öffentlichkeitsarbeit der Zürcher SVP in diese Richtung umzuorganisieren, mittels regelmässigen Inseraten, Sprechstunden der SpitzenpolitikerInnen und Kontaktpersonen der Sektionen für die Medien. Vgl. Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 127ff.

²⁸¹ Die kleine waadtländische CVP bereute nach den Wahlen, dass ihre Flugschriften für die 45% der BriefwählerInnen im Kanton zu spät verteilt worden seien. ACV PP 985/23/3, o.A.: *Analyse personnelle du résultat des élections vaudoises. Pourquoi la stagnation du PDC en pays vaudois*, 1983.

Werbeberater, eine landesweite Einheitlichkeit des Parteiimages zu erreichen, erzielte nämlich keinen parteiinternen Konsens.²⁸² Der Zentralisierungswillen stiess ferner unvermeidlich auf die nach wie vor stark eingeforderte Selbstständigkeit der Kantonalparteien: Während manche wie die Tessiner Parteien immer noch bescheidene, kurze Kampagnen befürworteten,²⁸³ führten die grössten Kantonalparteien zwar professionalisierte Kampagnen, aber in eigenem Namen.

Im Rahmen ihrer seit 1979 bestehenden Wahloffensive hatte sich die schweizerische FDP auch 1983 für eine besonders ambitionierte Kampagne entschieden. Die Kampagne sollte auf drei Beinen stehen: „interne Motivation, publizistische Offensive mit ‚guten Köpfen‘, einheitliche, flotte Werbung“.²⁸⁴ Die Ambition des Kampagnenkonzepts, nicht zuletzt durch den Input der Werbeberater, war nämlich, die Partei bei den Wahlen weiter zu reformieren. Über die üblichen zwischenkantonalen und sprachregionalen Konferenzen hinaus sollte die Kommunikation zwischen Basis und Spitze verbessert werden; das zentrale Sekretariat wandte sich mit Schreiben direkt an die Kandidierenden und sendete den lokalen Parteipräsidenten „Briefe von Präsident zu Präsidenten“.²⁸⁵ Neben dieser Informations- und Koordinationsrolle stellte sich die Mutterpartei gegenüber den Kantonalparteien zudem als Dienstleister dar. Ihre Angebote stiessen jedoch auf ein relativ grosses Desinteresse seitens der Kantonalparteien.²⁸⁶ Als unvermeidbares Hindernis für die Koordinationsbemühungen der Mutterpartei erwies sich zunächst die starke Meinungsvielfalt im Innern der Partei, wodurch die politische, aber auch organisatorische Linie von 1979 nach wie vor auf Widerspruch stiess.²⁸⁷ Abgesehen von programmatischen Unterschieden behaupteten zudem manche Kantonalparteien ihre organisatorische Autonomie und professionalisierten sich unterdessen zunehmend auf ihrer Ebene. Während zum Beispiel die waadtländische FDP das Kampagnenkonzept der Mutterpartei 1971 noch weitgehend umgesetzt hatte, arbeitete sie 1983 mit einer eigenen Werbeagentur zusammen und entwarf ihre eigenen Kommunikationsmaterialien mit eigenem grünen-weissen Design, den kantonalen Farben entsprechend.²⁸⁸

²⁸² Noch 1975 stimmte nur ein Drittel der SVP- und SP-Parlamentarier der Aussage zu, dass es für eine Partei wichtig sei, einheitlich aufzutreten. Bailer; Bütikofer: *From Loose Alliances to Professional Political Players*, 2015, S. 563.

²⁸³ Ähnlich wie 1971 kümmerten sich die Tessiner Parteien um die nationale Kampagne erst nach den kantonalen Wahlen des Frühlings, z.B. die Tessiner FDP. ASTi, 3.3.3 35.3.2 Ufficio presidenziale, 16.05.1983.

²⁸⁴ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Anmerkungen zur Wahlstrategie 1983 der FDP Schweiz, 1983. Für diese Arbeit fehlten Quellen zu den genauen Entscheidungsprozessen in der FDP für den Wahlkampf von 1983. Die Parteibestände im Bundesarchiv dokumentieren zumindest die Arbeitsweise der „Arbeitsgruppe 1983“, präsiert von Sekretär Leuenberger, mit Rudolf Bolleter, Eric Honegger und dem damaligen Sekretär der Wirtschaftsförderung Balz Hatt als graue Eminenzen dieses Wahlkampfs. Laut dem Wahlkampfplan sollte der Parteipräsidenten Yann Richter und das „Top Team“, ein Team mit „guten“ – sprich, medientauglichen – Köpfen, die Kampagne leiten. Es scheint aber, dass vor allem die Arbeitsgruppe über die genaue Gestaltung des Wahlkampfs entschied. Ebd., o.A.: Entwurf Wahlstrategie 1983, Juli 1982.

²⁸⁵ Ebd., o.A.: Anmerkungen zur Wahlstrategie 1983 der FDP Schweiz, 1983.

²⁸⁶ BAR J2.322-01 2009/263_38_104, Circulaire du secrétariat général aux partis romands, 27.10.1981.

²⁸⁷ Vgl. dazu Kap. 5.3.1.

²⁸⁸ ACV PP 175/9, Broschüre „PRDV Lignes de force. Les radicaux force vive de notre canton“, [1983].

Im Gegensatz zu 1971 verzichtete ihrerseits die SP 1983 auf eine zentralistische Wahlkampagne. Zwar versuchte der Parteipräsident Helmut Hubacher eine klare nationale Stimme für seine Partei zu sein, welche die inneren Unsicherheiten und Unstimmigkeiten besänftigen sollte.²⁸⁹ Die Mutterpartei schlug zudem den Kantonalparteien zahlreiche Broschüren, Informationsdokumente für RednerInnen, TV-Schulungen, sogar einen kurzen Film über das Parteiprogramm sowie Inhalte und Karikaturen vor, die sie in ihre eigenen Kampagnenmaterialien übernehmen konnten.²⁹⁰ Sie verzichtete aber auf eine nationale Wahlzeitung oder Inseratenkampagne, die doch in ambitionierten Plänen im Vorfeld des Wahlkampfes diskutiert worden waren.²⁹¹ Die SP-Kampagne zeigte am Ende ein facettenreiches Gesicht, da auch die SP Frauen nun eigene Wahlmaterialien und -veranstaltungen entwickelten²⁹² und die Kantonalparteien von dem ihnen gelassenen Entscheidungsspielraum Gebrauch machten. Selbst die dezentrale Planung innerhalb der Conférence romande scheiterte trotz dem Willen zur Homogenisierung und Kostenverminderung der Kampagne auf westschweizerischer Ebene daran, dass die waadtländische SP ihre eigene Kampagnenlinie fortsetzen wollte, die sie bereits 1982 für die erfolgreiche Wahl in den Staatsrat von Daniel Schmutz, ihrem jetzigen Ständeratskandidaten, entwickelt hatte.²⁹³ Die SP Zürich ihrerseits plante ihre Kampagne bereits ab dem Herbst 1982 um eine sehr präzise Aufgabenteilung unter den Akteuren, darunter der Wahlausschuss mit dem kantonalen Gewerkschaftskartell und ein „Wahlkampfteam“, zu ermöglichen.²⁹⁴ Zudem plante die Partei nun die Kantonalratswahlen des Frühlings und die eidgenössischen Wahlen des Herbstes als Einheit, um die Kohärenz der Kommunikation im ganzen Wahljahr aufrechtzuerhalten. Ähnlich wie bei der FDP wirkte also die fortbestehende Professionalisierung der Kampagnen im Kanton Zürich gegen die nationale Zentralisierung.

Diese paradoxe Entwicklung ist auch bei der CVP festzustellen. Die Mutterpartei organisierte selbst kurz vor den Wahlen eine bedeutende Inseratenkampagne in den wichtigsten deutsch- und französischsprachigen Pressetiteln des Landes.²⁹⁵ Zudem schlug sie den Kantonalparteien ein umfangreiches Angebot an Schulungen sowie Hinweise und Werbematerialien zur Motivation der

²⁸⁹ Die Geschäftsleitung einigte sich auch darüber, dass interne Zwistigkeiten nicht mehr an die Presse kommen sollten. SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983. Im Jahr 1982 hatte u.a. der Fraktionssekretär Félicien Morel die Parteileitung und die Programmreform stark angegriffen, Félicien Morel et la direction du PSS. „Il faut que ça change!“, in: Tribune - Le Matin, 23.05.1982.

²⁹⁰ ACV PP 225/165, Brief des SP-Zentralsekretariates an die westschweizerischen Kantonalparteien, 26.08.1983; PA SP VD E 1983, Brief des Zentralsekretariates an die Kandidierenden und Kantonalparteien, 2.09.1983; ASTi FPC 01 63.2.2, Groupe de travail pour les élections au conseil national 1983: Premier catalogue d'idées, 1.11.1982.

²⁹¹ PA SP VD E 1983, Rapport du Comité du groupe parlementaire: Conception de campagne électorale 1983, 17.02.1983; ACV PP 225/165, Brief des Zentralsekretariates an die Kantonalparteien und Parteien der Grossstädte, 1.11.1982.

²⁹² SSA 1.230.9, SP der Schweiz: Detail-Budget für den Wahlkampf 1983, Juli 1983.

²⁹³ ACV PP 225/165, Brief der waadtländischen SP an die neuenburgische SP, 13.06.1983.

²⁹⁴ SSA Ar 27.600.14, Zimmermann, Peter: Organisation der Wahlkämpfe 1983, 17.08.1982.

²⁹⁵ ACV PP 985/23/1, PDC suisse: Offre de produits publicitaires (projet), 13.11.1982.

Basis oder zur Mobilisierung verschiedener Wählerschaftsgruppen vor.²⁹⁶ Die Werbeberater der Mutterpartei waren sogar auf einer Hotline zu erreichen und konnten auch kantonale Anpassungen der geplanten Kampagne samt Kontaktnahme mit kantonalen Druckereien organisieren.²⁹⁷ Die Kantonalparteien machten aber von diesen Möglichkeiten nur begrenzt Gebrauch. Selbst die kleinere waadtländische CVP arbeitete unabhängig von ihrer Mutterpartei mit zwei Werbeberatern.²⁹⁸ Die Zürcher CVP entwarf auf der Basis der Vorarbeiten verschiedener Wahlkommissionen und mit der Unterstützung ihrer eigenen Werbeagentur eigene Handbücher und Richtlinien für ihre lokalen Parteien, in welchen kantonale und nationale Wahlkampagnen ebenfalls zusammengeführt wurden.²⁹⁹ Diese besonderen Anstrengungen der Zürcher CVP waren dabei der verstärkten Wettbewerbsdynamik im Kanton geschuldet, zu welcher die offensiven, professionalisierten Kampagnen der kantonalen FDP sowie SVP wesentlich beitrugen.

Aufgrund der Spannungsverhältnisse zwischen Mutter- und Kantonalparteien erlebte die SVP 1983 eine heterogene Kampagne. Die Schweizer Partei, die bisher trotz der Parteireform von 1977 im Wahlkampf eine lose Koordinationsrolle übernommen hatte, tat sich aufgrund von düsteren Wahlprognosen nun mehr denn je schwer, die Kantonalparteien zusammenzubringen. Laut dem Pressebeauftragten der Partei Hans-Peter Graf wies er „die Partei in zahlreichen Kantonen eine relativ schwache Struktur, einen unbefriedigenden Organisationsgrad, eine dünne Personaldecke (Kandidaten und Kader!) auf, welche durch permanente finanzielle Probleme entsprechend verschärft“ würden.³⁰⁰ Zudem fehle „der breite, aktive und engagierte Mittelbau, der beispielsweise die FDP und die CVP auszeichnet, fast gänzlich“.³⁰¹ Hans-Peter Graf sah die Geschlossenheit der Partei in vielen Orten dank der Mobilisierungsarbeit der Sektionen trotzdem als Vorteil der SVP. Im Vergleich zur starken lokalen Verankerung in ländlichen Regionen bestätigte die Schwäche der Mutterpartei bei den Parteiakteuren die Überzeugung, dass die Kampagnen hauptsächlich lokal und kantonale geführt werden sollten. Die Bescheidenheit ihrer Mittel und folglich ihrer Kampagne auf eidgenössischer Ebene pries der Parteisekretär Max Friedli im *Bund* sogar als Zeichen der Vernunft der SVP: „Auf eidgenössischer Ebene schaffe die Partei den Rahmen für einen erfolgreichen Wahlkampf in vierjährigen seriöser politischer Arbeit und nicht mit einer Riesenkampagne in wenigen Wochen; der Schweizer Stimmbürger sei ohnehin zu gut informiert, um sich das Bild einer Partei in zwei bis drei Monaten

²⁹⁶ Ebd., PDC suisse: PDC Campagne 1983 - Version francophone adaptée par le bureau Colliard+Fletcher, [1982]; Christlich-Demokratische Partei der Schweiz: Jahrbuch 1983, 1983, S. 50ff.

²⁹⁷ ACV PP 985/23/1 PDC suisse: Moyens publicitaires pour la campagne 1983. Vivre les vraies valeurs, [1982].

²⁹⁸ Mit einem im Vorfeld der Wahlen für eine kantonale Version des nationalen CVP-Logos und mit dem anderen für ihre intensive Inseratenkampagne. ACV PP 985/14 (1), Lathion, Jean-Gabriel: Campagnes électorales PDC Vaud 1981-1982, [1981]; ACV PP 985/23/2, Bernard Krieg (KRV Conseil Promotion des ventes - Relations publiques): Budget de la campagne, 22.08.1983.

²⁹⁹ PA CVP ZH, Wahlkampfstab der Zürcher CVP: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

³⁰⁰ PA SVP BE 6.2.44, Graf, Hans-Peter: Konzept für die Nationalratswahlkampagne 1983, Februar 1983.

³⁰¹ Ebd.

aufschwätzen zu lassen“.³⁰² In Folge der schwachen Zentralisierung der Partei wuchs dabei die Kluft zwischen den Kantonalparteien. Jenseits der programmatischen Diskrepanzen zwischen der traditionellen, bäuerlichen und teilweise sozial orientierten Linie der Berner SVP einerseits und der neuen, rechten Linie der Zürcher SVP andererseits drückten sich die Unterschiede dabei in der Kampagnenführung aus. Die Zürcher SVP hatte ihre interne Struktur und ihre Medienarbeit im Laufe der 1970er Jahre und vermehrt seit Blochers Wahl weiter professionalisiert, in der Überzeugung, dass Wahlen sich mit Werbung gewinnen liessen.³⁰³ Für den Wahlkampf brachte sie ihre Ambitionen und ihre durchdachte Strategie selbstbewusst an die Öffentlichkeit. Blocher legitimierte die kontinuierliche Kommunikation folgendermassen: „Der Wähler will nicht nur vor den Wahlen ein paar Veranstaltungen und Inserate sehen!“³⁰⁴ Umgekehrt war die Kampagne der SVP Waadt sehr zurückhaltend und begrenzte sich, abgesehen von einer durch Werbung finanzierten Wahlzeitung, weiterhin auf das eigene Parteiorgan *Le Pays vaudois*.³⁰⁵ Für den ehemaligen Staatsrat Marc-Henri Ravussin waren keine der von der Schweizer SVP an der Delegiertenversammlung des Frühlings 1983 vorgeschlagenen Wahlkampfmaterialien „bei uns“ anwendbar.³⁰⁶ Die intensiven Inseratenkampagnen der Zürcher Partei in Zeitungen wie dem *Blick* sowie in den Illustrierten erstaunten zudem die waadtländischen Parteikader. Die sehr unterschiedlichen Kampagnen dieser beiden Kantonalparteien zeigen, wie die von Teilen der Parteiakteure gewünschte Zentralisierung und Professionalisierung der Wahlkämpfe nur zu weiteren Differenzen zwischen den Kantonalparteien führte.

Arbeitsteilung als Ausdruck der Professionalisierung

Der Wahlkampf von 1983 zeichnet sich also durch eine paradoxe Umgestaltung der Beziehungen zwischen Kantonal- und Mutterparteien im Wahlkampf aus, durch welche die Kampagnen wieder vermehrt auf kantonaler Ebene koordiniert wurden.³⁰⁷ Die Professionalisierung der Kampagnen in Zürich und in der Waadt geschah tatsächlich durch eine Vereinheitlichung auf kantonaler Ebene, wofür die zeitliche Nähe der kantonalen Wahlen zu den nationalen Wahlen eine ganz andere Rolle spielte als im Tessin, wo dieser Kalender die eidgenössischen Kampagnen nach wie vor zweitrangig machte. Nichtsdestotrotz scheint sich aber 1983 eine Entwicklung vollendet zu haben, die sich bereits seit 1947 abgezeichnet hatte: die Spezialisierung der Entscheidungsstrukturen für die Kampagnenplanung, welche die Bedeutungszunahme des Wahlkampfes als eigenständiges

³⁰² Nur hohe Magistraten als Vorgänger. SVP Generalsekretär Max Friedli zieht die Rolle der „grauen Eminenz“ dem politischen Mandat vor, in: *Der Bund*, 9.08.1983.

³⁰³ Vgl. Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 125f.; Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 58ff.

³⁰⁴ Die SVP will ein sechstes Nationalratsmandat, in: *Tages-Anzeiger*, 24.05.1983.

³⁰⁵ PA SVP VD 4.2, *Rencontre des candidats au Conseil national*, 9.06.1983.

³⁰⁶ Ebd., *Comité directeur*, 26.04.1983.

³⁰⁷ Andreas Ladner stellt auch einen allgemeinen Rückgang der Zentralisierung der Parteien (auf eidgenössischer Ebene) in den 1980er Jahren fest, wogegen die 1990er Jahre wieder zur Zentralisierung tendierten, Ladner: *Die Parteien in der politischen Kommunikation*, 2005.

parteipolitisches Moment unterstreicht. Victor Cohen war 1947 einer der ersten, der vorschlug, spezielle parteipolitische Gremien allein dem Wahlkampf zu widmen. Mit der Zeit vervielfältigten sich diese Subkommissionen, Arbeitsgruppen, Sondergremien bei allen Parteien auf nationaler, aber auch kantonaler und lokaler Ebene. Ferner institutionalisierten sie sich zu einem gewissen Grad: Permanente Gremien konnten eine Kontinuität des Wahlkampfwissens über die Jahre hinweg besser sicherstellen als ad-hoc Gremien für jeden Wahlkampf. Auf kantonaler Ebene führte dies auch dazu, dass alle Wahlkämpfe eines Wahlzyklus stärker koordiniert wurden, da nun ein einziges Gremium für alle verantwortlich war. Die Kompetenzen dieser Gremien konnten stark variieren. Oft hatten sie eine rein konsultative Rolle für die kantonale oder nationale Geschäftsleitung. Die Entscheidungskompetenz letzterer wurde dadurch also keineswegs delegiert; die Mitglieder der Geschäftsleitung mussten sich nun allerdings in längeren (und papierintensiven) Entscheidungsprozessen durchsetzen. Paradoxerweise bedeutete die Zunahme an Kommissionen daher auf kantonaler sowie auf nationaler Ebene eine Zentralisierung der Entscheidungsprozesse in den parteipolitischen Spitzen und Angestellten, insofern als es für grössere, selten tagende Exekutivgremien wie den Zentralvorstand immer schwieriger wurde, den Überblick über die verschiedenen Arbeitsgruppen zu behalten. Die Zunahme der wahlkampfbedingten Arbeitsgremien trug also zusammen mit der Externalisierung einiger Aufgaben an Experten zur Professionalisierung des Wahlkampfes bei, führte aber keineswegs zum Zerfall der zentralen Entscheidungsmacht.

4. Parteienkampagnen zwischen Amerikanisierung und Sonderfall

Im folgenden Teil werden schliesslich drei brisante die Kampagnenplanung betreffende in der Schweiz diskutiert: mögliche ausländische Einflüsse, die Ausgaben und der Einsatz direktdemokratischer Instrumente.

4.1. Ausländische Wahlkämpfe als Vorbild oder Schreckgespenst?

Internationale Vernetzungen und Inspirationen

Der Wandel der Wahlkämpfe wird häufig sowohl in der Literatur als auch in der öffentlichen Diskussion unter dem Schlagwort der Amerikanisierung subsumiert. Dass sich Schweizer Wahlkampfakteure in ihrer politischen Kommunikation von Praktiken und Ideen aus dem Ausland – insbesondere aus den USA, aber auch aus Deutschland – inspirieren liessen, lässt sich in der Tat vielfach nachweisen, selbst wenn direkte, einseitige Übernahmen schwieriger zu finden sind. Das grosse Interesse der Schweizer Öffentlichkeit für das ausländische politische Geschehen, besonders für jenes aus den jeweiligen Nachbarländern, erklärt die stetige Beobachtung von Wahlprozessen im Ausland durch die Parteiakteure, aber auch durch Journalisten – oft mit einem kritischen Blick, welcher die Selbstbeobachtung der Schweizer Politik als Sonderfall prägte. Nicht erstaunlich ist dabei das Interesse deutschschweizerischer Eliten für die bundesdeutsche Politik, besonders für Praktiken

der politischen Kommunikation sowie für brisante politische Themen und Reformprojekte. Bei international vernetzten Parteien wie der CVP und der SP war zudem die Zirkulation von Ideen und Praktiken insbesondere durch Kontakte mit ausländischen Gleichgesinnten an Kongressen oder Schulungsveranstaltungen möglich.³⁰⁸ Dies wurde besonders deutlich bei den Parteitag der SP und der CVP 1959, welche beide eine von ihren deutschen Schwesterparteien inspirierte Wende unternahmen.³⁰⁹ Zudem zirkulierten mit dem europäischen Professionalisierungstrend der Wahlkämpfe vermehrt Dokumente und Wahlkampfhandbücher innerhalb der europäischen Parteifamilien, wozu die Koordination der ersten Wahlen für das europäische Parlament 1979 einen bedeutenden Impuls gab.³¹⁰

Ferner hatten die schweizerischen Werbeexperten häufig am Anfang ihrer Karrieren Erfahrungen im Ausland, überwiegend in den USA, gesammelt. Nicht zuletzt dank den internationalen Berufsnetzwerken der Branche verfolgten sie amerikanische und internationale Kampagnenentwicklungen – immerhin gehörten amerikanische Werbetechniken zu den Berufsstandards.³¹¹ Gerade in der Werbeexpertise sind also amerikanische Einflüsse am deutlichsten zu spüren. Aber auch Parteikader übernahmen beispielsweise einen angelsächsischen, aus der Werbung sowie aus dem Management stammenden Wortschatz – von *Image*, *Goodwill-Action* bis *Brain-Trust*. Diese Fremdwörter aus der Welt der Wirtschaft ergänzten langsam, aber ersetzten nie völlig, die Armeebegriffe und -metaphern, welche in den 1940er Jahren die parteipolitische Herangehensweise an die Kampagnenplanung noch dominiert hatten (*Rapport, Manöverkritik*, u.a.).

Mit den Professionalisierungsbemühungen der parteipolitischen Akteure in der Schweiz Ende der 1970er Jahre wurden in ihren Kampagnen die ausländischen Inspirationen zunehmend sichtbar. Eine offensichtliche, von den Akteuren selbst anerkannte Parallele gibt es zum Beispiel zwischen dem FDP-Slogan von 1979 „Mehr Freiheit, weniger Staat“ und jenem der Christlich-Demokratischen

³⁰⁸ Beide Parteien nahmen an Veranstaltungen der Friedrich-Ebert- bzw. Konrad-Adenauer-Stiftung teil. Christlich-demokratische Partei der Schweiz: Jahrbuch 1983, 1983, S. 52. Aber auch die FDP verfügte über internationale Kontakte, zu nennen sind hier einige USA-Reisen von FDP-PolitikerInnen mit Kontakten zu den Republikanern oder die Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung im Bodenseeraum. StAZH WII 13.392, Parteileitung, 6.01.1967; BAR J2.322-01 2009/263_38_104, FDP der Schweiz: Rundschreiben an einige Kantonalparteien der Ostschweiz: Bodenseetreffen 1981 (Friedrich-Naumann-Stiftung), 19.05.1981.

³⁰⁹ Vgl. Kap. 7.2.

³¹⁰ Die CVP nahm sogar an einer Expertengruppe des europäischen Dachverbands der ChristlichdemokratInnen teil und hatte Zugang zu Kampagnenkonzepten weiterer christlichdemokratischer Parteien. Christlich-demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Jahrbuch 1983, 1983, S. 52; PA CVP CH W (3), Tobisson, Lars F.: EDU: Election campaign techniques, Chairman's Report from the EDU Expert Group no.3, 28.05.1982; CDU, Bericht der Bundesgeschäftsstelle – Bundesparteitag, 1981.

³¹¹ Riutort: Sociologie de la communication politique, S. 73. Weil sie ihr Standbein aber vor allem in der kommerziellen Werbung hatten, lässt sich erklären, dass sich die Schweizer Branche im Gegensatz zu deutschen politischen Beratern zunächst wenig formell international vernetzte. Vgl. Mergel: Propaganda nach Hitler, 2007, S. 63ff.

Union (CDU) für die Wahlen von 1976 („Freiheit statt Sozialismus“).³¹² Dabei stellte schon allein die neoliberale Inspiration dieses Slogans eine Anlehnung an einen internationalen Trend dar.

Bei den Entscheidungsträgern herrschte jedoch parteiübergreifend Einigkeit, dass sich ausländische Konzepte abgesehen von Slogans oder programmatischen Erneuerungen nicht direkt in der Schweiz anwenden liessen. Beispielsweise fokussierten Kampagnen in der Schweiz nicht auf nationale Spitzenkandidierende. Zusätzlich spielte das Fernsehen keine so entscheidende Rolle wie in grösseren Ländern. Selbst wenn das Wahlkampfhandbuch des deutschen Beraters Peter Radunski, welches gerade die Unausweichlichkeit des Fernsehwahlkampfes betonte, auch in der Schweiz gelesen wurde,³¹³ entstand in den 1980er Jahren ein Bedürfnis nach eigenen Wahlkampfhandbüchern, die zum Beispiel der Selbstständigkeit der Kandidierenden in Schweizer Wahlkämpfen besser gerecht werden konnten.³¹⁴

Verpönte Amerikanisierung

Dabei hatten ausländische Einflüsse trotz diesen vielfältigen Kontakten und Inspirationsquellen seit langem als Schreckgespenst der Schweizer Politik gedient. Wie in anderen europäischen Ländern wurde insbesondere eine „Amerikanisierung“ der politischen Kommunikation befürchtet. Erich Gruner erinnert daran, dass das Werben für einzelne Kandidaten via Plakate oder Flugblätter bereits in den Wahlen des 19. Jahrhunderts als „amerikanisch“ negativ abgestempelt wurde.³¹⁵ Zwar räumten zeitgenössische Beobachter ein, dass sich Kandidierende in Städten wohl bekannt machen mussten. Das Ideal der politischen Willensbildung blieb aber die Diskussion an Wahlversammlungen. Der verpönte Vergleich mit amerikanischen oder britischen Wahlkämpfen verschärfte sich, je mehr die politischen Akteure Ressourcen in ihre Kommunikation investierten. Das Stigma des Amerikanischen bestand im Laufe des 20. Jahrhunderts weiter: Über eine lange Zeit wollte aus diesem Grund auch keine Partei eine Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen eingehen oder öffentlich kundgeben. Der neue Wahlkampfstil der FDP, mit Fahnen, Ballons und grossangelegten Inseratenkampagnen ab 1979 wurde auch rasch als „amerikanisch“ in der Öffentlichkeit stigmatisiert, selbst vom *NZZ*-Redaktor Fred Luchsinger.³¹⁶

Auch wenn die Amerikanisierung als Schreckgespenst keine schweizerische Besonderheit darstellte, trugen solche diskursiven Abgrenzungen zu ausländischen Politikstilen wohl zum zwischen Politik, Medien und Wissenschaft gern gepflegten Sonderfalldiskurs zur schweizerischen Demokratie bei. Dabei diente der Sonderfall als Argument gegen die Nutzung neuer Wahlkampftechniken sowie als

³¹² Wehrli: Die Geschichte eines Slogans, 2015. Vgl. dazu Kap. 5.3.1.

³¹³ So zitierte die CVP-Mitarbeiterin und Politikwissenschaftlerin Lucrezia Schatz das Wahlkampfhandbuch von Radunski 1982 in einem Aufsatz zur politischen Kommunikation, Schatz: *Moyens de communication des partis politiques*, 1982, S. 75; Radunski: *Wahlkämpfe*, 1980.

³¹⁴ Wie das Stöhlker-Handbuch, Stöhlker; Graf: *Wahlkampf von A bis Z*, 1981.

³¹⁵ Gruner: *Les élections au Conseil national suisse*, 1978, S. 103.

³¹⁶ Zitiert nach Cassidy; Loser: *Der Fall FDP*, 2015, S. 38.

Grund um eigentlich stattfindende Entwicklungen der politischen Kommunikation als per se unschweizerisch abzustempeln, zum Beispiel die Bedeutungszunahme der politischen Werbung oder der Demoskopie.

Gleichwohl entwickelte sich die Debatte um die Amerikanisierung zu einer Konfliktlinie innerhalb des politischen Feldes, und manchmal sogar innerhalb von Parteien: Während die FDP und die bürgerlichen Kantonalparteien von Zürich für die Wahlen von 1983 Kampagnen im grossen Stil planten, begründete ein Dokument der Berner SVP die Entscheidung der Partei, das Wahlbudget auf 100000 Franken zu beschränken, folgendermassen: „Gegen Veramerikanisierung des Wahlkampfs“.³¹⁷ Die kleine waadtländische CVP ihrerseits begründete sogar in einem Inserat ihren Verzicht auf eine „campagne à l’américaine“ damit, dass „il faut laisser les jeux du cirque aux gens du cirque“.³¹⁸

4.2. Steigende Ausgaben als dauerhafte Wahlkampfpolemik

Das Geheimnis der Wahlkampfausgaben

Diese Ambivalenz zwischen dem tatsächlichen Wandel der Wahlkämpfe und den Idealbildern der Schweizer Politik zeigte sich auch bei den Wahlkampfausgaben. Sie messen und diachronisch vergleichen zu wollen, bleibt bis heute in der Schweiz ein komplexes und heikles Unterfangen, da Parteien darüber zu keiner Auskunft verpflichtet waren und sind. Zudem handelt es sich um vielfältige Wahlkampffaktoren: Parteien auf den drei Staatsebenen, Kandidierende – vor allem bürgerliche, sowie die verschiedenen Interessengruppen, die Parteien sowie Kandidierende unterstützen können. Eine Summierung der Wahlkampfausgaben wird so weiter erschwert.³¹⁹ Ab den 1960er Jahren begannen immerhin die Medien damit, die Wahlkampfausgaben der Parteien unter die Lupe zu nehmen. Bei nahezu jedem Wahlkampf berichteten sie von wieder höheren Ausgaben auf eidgenössischer, aber auch auf kantonaler Ebene, sowie seitens der Kandidierenden selber, so auch bei demjenigen von 1971.³²⁰ Nachdem Erich Gruner die gesamten Ausgaben der Parteien bei rund 9 Millionen Franken für die Wahlen von 1975 eingeschätzt hatte (vgl. Tabelle 1), sollten sie 1979 mindestens 10 Millionen erreicht haben, zu denen schätzungsweise 4 zusätzliche Millionen seitens der Interessengruppen und der Kandidierenden kamen.³²¹ Die Zahlen von Gruner vermittelten dabei bereits ein gutes Bild von den Unterschieden zwischen den Mutterparteien Mitte der 1970er Jahre: Die FDP und LdU lieferten

³¹⁷ PA SVP BE 6.2.44, o.A.: Kosten Nationalratswahlen, SVP des Kantons Bern, [1983].

³¹⁸ ACV PP 985/23/2, Inserat „Au lieu d’être éblouir, faisons réfléchir!“, [1983].

³¹⁹ In den jeweiligen Archivbeständen kann man einige Budgets und Rechnungen finden. Diese ergeben aber eine zu sporadische und unvollständige Basis für einen systematischen Vergleich. Parteibudgets können zudem nur wenig Auskunft über die gesamten Wahlkampfausgaben geben, da Wahlkampfbudgets oft über separate Buchhaltungen geführt wurden und manche Ausgaben von eigenständigen Akteuren – Kandidierenden oder Verbänden – stammten. Vgl. dazu Longchamp; Jans: Wer zahlt, befiehlt, 2015; Hermann; Nowak: Das politische Profil des Geldes, 2012.

³²⁰ Année politique suisse, 1971.

³²¹ Année politique suisse, 1979.

sich mit fast 2 Millionen Franken Wahlkampfausgaben (Mutter- und Kantonalparteien) ein Kopf-an-Kopf-Rennen, folgten die SP (1.65), CVP (1.37) und schliesslich die SVP (0.79). Letztere Partei stellte insofern noch eine Ausnahme zum allgemeinen Zentralisierungstrend bei den bürgerlichen Parteien dar, da die Mutterpartei nur für 5% der Gesamtausgaben aufkam. Bei den Wahlen von 1979 soll sich laut der bürgerlichen Presseagentur Schweizerische Politische Korrespondenz (SPK) die finanzielle Überlegenheit der FDP auf allen Ebenen dank erfolgreicher Finanzierungskampagnen weiter verstärkt haben.³²² Besonders bürgerliche Parteien waren um diese Zeit dabei, ihre Finanzierung neu zu organisieren und Finanzierungsaufrufe innerhalb ihrer Mobilisierungsarbeit durchzuführen.³²³

Für den Wahlkampf von 1983 schätzte der Journalist Peter Amstutz in der *Basler Zeitung* gemäss Angaben von Fachleuten die Gesamtausgaben für den Wahlkampf auf 20 Millionen ein. Er merkte ironisch an, dass die Parteisekretäre anscheinend Finanzgenies seien:

„Spricht man sie auf ihre Kassenlage im Wahljahr an, dann nennen sie fast durchwegs *mitleiderregende Summen*. Fragt man sie nach den Kosten einer Gesamterneuerung der eidgenössischen Räte, sind sie mit schwindelerregenden Beträgen sofort *jammerbereit*. Nur über die *diskreten Methoden zur Finanzierung* der offensichtlichen Differenz wird zumeist vornehm geschwiegen.“³²⁴

Nur der LdU wendete das in anderen Bereichen des Parteilebens existierende Transparenzgebot im Finanzbereich an und gab für 1983 1.5 Millionen Franken Einnahmen an. Der LdU-Geschäftsführer meinte auch, „[u]nter einer Million Franken [...] läuft bei eidgenössischen Wahlen gar nichts“.³²⁵ Solche Aussagen liessen, so Amstutz, an der Glaubwürdigkeit der anderen Wahlbudgets zweifeln: etwas mehr als eine halbe Million für die FDP, was der Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger selbst für zu wenig hielt, 600000 für die CVP, 320000 für die SP, zwischen 150000 und 200000 für die SVP, deren Generalsekretär Max Friedli eigentlich „siebenstellige Beiträge“ als erforderlich ansah, „um kurzfristig mit gezielten Propagandasalven in der Schweiz Kräfteverschiebungen zu bewirken.“³²⁶ Vielmehr versteckten die nationalen Angaben die Ausgaben der Kandidierenden, sowie der Kantonal- und Ortsparteien, welche nicht nur bei der SVP in der Regel die Hauptlast des Wahlkampfes trugen. „Wer da wem wieviel spendet, überweist, verspricht, verrechnet und belastet, das bleibt grösstenteils im Dunkeln verborgen.“³²⁷ Immerhin gaben einige Kantonalparteien ihre Zahlen kund: So soll die Zürcher SVP 350000 Franken im Wahlkampf (ohne Ausgaben der Bezirks- und Stadtparteien) eingesetzt haben, was mit den 150000 Franken der nationalen Partei zu vergleichen ist.³²⁸

³²² PA SVP BE, SPK: Dossier Wahlen 1983, 1983.

³²³ PA CVP CH W (2), o.A.: Bausteine der CVP: Die CVP will dem Geldschwund begegnen, [1980er Jahre].

³²⁴ Der Weg ins Bundeshaus wird mit vielen Millionen geebnet, in: Basler Zeitung, 27.08.1983.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Ebd.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Ebd.

Um nicht von den Angaben der Parteien abhängig zu sein, suchten Wahlkampfbeobachter nach anderen Wegen, um die Wahlkampfausgaben einzuschätzen. 1983 untersuchte dafür der *Argus der Presse* erstmals die Inseratenausgaben im Wahlkampf und kam auf ein Total von 7.4. Millionen Franken – davon fielen 33.9% auf die FDP, 21.2% auf die SVP, 14.4% auf die CVP, 7.6% auf die SP, und 22.9% auf die weiteren Parteien.³²⁹ Diese Zahlen berücksichtigten Inserate der Parteien sowie jene von Kandidierenden oder von nicht-parteilichen Akteuren wie Interessengruppen, Wirtschaftsverbänden oder Vereinen, welche ebenfalls immer wichtiger wurden.³³⁰ Im Kanton Zürich waren diese Ausgaben für Inserate besonders auffällig – mit 3586263 Franken, darunter 2/3 für die Listen und Kandidierenden der SVP und FDP.³³¹

Aus diesen Zahlen lässt sich schliessen, dass die kantonalen und vor allem die nationalen Parteien zwischen den 1940er und 1980er Jahren immer mehr Geld in den Wahlkampf investierten. Ein Teil dieses Ausgabenzuwachs resultierte dabei aus den neuen Gegebenheiten der Medienarbeit: So wurden kostspielige Inserate mit der Bedeutungszunahme der unabhängigen Zeitungen immer wichtiger, während die Parteipresse vorher als Sprachrohr der Parteien gedient hatten.³³² Diese äusseren Anzeichen einer – allerdings auch nicht als linear zu verstehenden – Zunahme der Finanzierungsausgaben bestätigen den Befund, dass Wahlkämpfe bereits im Laufe der frühen Nachkriegszeit an Bedeutung im parteipolitischen Leben gewonnen haben und dass die Mutterparteien dabei zunehmend Mittel für ihre Durchführung bekamen. Die Zunahme der Wahlkampfausgaben ging mit einer Verlängerung des Wahlkampfes und der Vervielfältigung der dafür eingesetzten Mittel einher. Bürgerliche Mutterparteien, insbesondere die FDP, scheinen seit 1947 die Oberhand über die SP gewonnen zu haben: Ihre nachgeholte Nationalisierung – abgesehen von der SVP – erhöhte ihre Schlagkraft im Wahlkampf; dazu kamen die steigende Selbstfinanzierung ihrer Kandidierenden sowie die konsequenten Wahlspenden der ihnen nahstehenden Verbände.³³³ Neben einer bescheidenen gewerkschaftlichen Unterstützung, welche von Kanton zu Kanton variierte, blieb die SP nach wie vor hauptsächlich auf die Beiträge ihrer Mandatsträger und Mitglieder angewiesen, deren Zahl aber mit der Zeit stagnierte.³³⁴

³²⁹ *Année politique suisse*, 1983.

³³⁰ Zur Bedeutung von Inseraten für Kandidierende, siehe Kap. 6.

³³¹ Wahlwerbung im Wert von 3586263 Franken. Der *Argus der Presse* hat den Werbeaufwand bei den Zürcher Nationalratswahlen untersucht, in: *Tages-Anzeiger*, 26.10.1983.

³³² Vgl. dazu Kap. 5.2.2.

³³³ Einige dieser spendenfreudigen Verbände finanzierten dabei mehrere bürgerliche Parteien gleichzeitig. So vergab die traditionell vor allem FDP-nahe Wirtschaftsförderung 150000 Franken an die CVP. PA CVP CH W (2), o.A.: *Wahlfonds 79/83 Saldobilanz*, 9.03.1983.

³³⁴ Sowohl Masnata als auch Jean Ziegler berichteten bereits in den 1960er Jahren über die finanziellen Schwierigkeiten der SP gegenüber den bürgerlichen Parteien, besonders in Wahlkampfzeiten. Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 72ff.; Kunz, P.A.; Gruner: *Chronique des partis politiques suisses*, 1963.

Wahlkampf Ausgaben zwischen Polemik und Tabu

Dabei lässt sich bemerken, dass die Frage der Wahlkampf Ausgaben regelmässig Gegenstand von heftiger Polemik war. Ende der 1940er Jahre war es die PdA, welche diesbezüglich ins Visier der anderen Parteien geriet.³³⁵ Ihre Finanzierung durch die Industriellenfamilie Schauwecker, welche in den Kriegsjahren mit deutschen Unternehmen zusammengearbeitet hatte, sorgte bereits 1945 für Schlagzeilen. Im Jahr 1946 bekamen die Partei und ihre Zeitung *Vorwärts* zunehmende finanzielle Schwierigkeiten, da die Parteiführung rund um Hofmaier das Budget grosszügig und diskretionär behandelt hatte. Die für die anderen Parteien sehr vorteilhafte Polemik um die PdA-Finzen hörte aber keineswegs nach dem Ausschluss von Hofmaier und der Reorganisation der Partei Ende 1946 auf. Es war dabei insbesondere die sozialdemokratische Presse, nicht zuletzt durch den Impuls ehemaliger KPS-Kader wie Jules Humbert-Droz, welche versuchte aus diesen Skandalen Kapital zu schlagen.³³⁶

Wenn die PdA im Wahlkampf von 1947 sicherlich das Hauptziel aller Kritiken bezüglich der Parteifinanzierung war, tauchten aber auch regelmässig Angriffe zwischen allen Parteien auf. So enthüllte das kommunistische Parteiorgan *Vorwärts* die Zahlungen von katholischen Klöstern und Erziehungsanstalten an die KVP.³³⁷ Während die Schweizer FDP 1947 ihre finanzielle Mittelknappheit beklagte, kritisierte das *Volksrecht* die Kampagne der FDP gegen die *Neue Schweiz* hauptsächlich auf der Basis der umfangreichen Mittel, welche die FDP vermeintlich gesammelt hätte: „Bereits sind sehr erhebliche Geldsummen der freisinnigen Wahlkasse in neuen Propagandamitteln mit ausgeleiertem Inhalt investiert worden“.³³⁸ Humbert-Droz warf zudem den Bürgerlichen beim SP-Parteitag vor, den Abstimmungskalender so gestaltet zu haben, dass die SP-Kassen bei den Wahlen von 1947 leer seien.³³⁹

In kommenden Jahren standen aber hauptsächlich die PdA und zum Teil auch der LdU im Zentrum der Ausgabenpolemik. So appellierte die SP in einem Inserat von 1959 an die Wähler, der PdA keine Stimme zu geben, denn

„Die ‚Partei der Arbeit‘ führt mit *auffallend grossem Geldaufwand* eine Wahlkampagne, die *vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaften* gerichtet ist. Die Politik der PdA hat bisher der Arbeiterbewegung immer *nur Schaden* zugefügt.“³⁴⁰

Die angeblich starken Finanzen der zunehmend isolierten PdA waren ein umso beliebterer Dauerbrenner aller anderen Parteien im Wahlkampf, als ihr Ursprung Gegenstand von Spekulation

³³⁵ Vgl. dazu Rauber: *Histoire du mouvement communiste suisse*, 2000, S. 71ff.; Huber: *Der Antikommunismus der SPS*, in: *Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse*, 2009, S. 270f.

³³⁶ Vgl. dazu Kap. 4.1.

³³⁷ KK-Schindluderei mit der Religion. Die Klöster, Erziehungsanstalten und Institute sollen die KK-Wahlpropaganda bezahlen, in: *Vorwärts*, 22.10.1947.

³³⁸ *Freisinn flunkert*, 1947.

³³⁹ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, 58ff.

³⁴⁰ Inserat „Keine Stimme der PdA!“, in: *Tagblatt der Stadt Zürich*, 23.10.1959.

war, womit die Partei weiterhin als Akteurin des Auslands stigmatisiert werden konnte. So behauptete ein Inserat der Aktion freier Staatsbürger, dass die PdA dank der Grosszügigkeit der italienischen und französischen kommunistischen Parteien über ein Budget von 100000 Franken für den Wahlkampf verfüge: „Ihr Säckelmeister verneigt sich, fast wie im Märchen, dreimal nach Osten und ruft ‚Tischlein, deck dich!‘ und schon kommen die Hunderttausender – über den Gotthard geflogen“.³⁴¹ Aufgrund der unklaren Finanzquellen der Aktion freier Staatsbürger konnte die PdA folgender Massen darauf reagieren: „Hingegen weiss niemand, wer sich hinter der sogenannten ‚Aktion freier Staatsbürger‘ versteckt und woher diese ihre Mittel nimmt“.³⁴² In der stark vom Antikommunismus geprägten Stimmung des Endes der 1950er Jahre wirkte dabei die Beschuldigung einer ausländischen, kommunistischen Finanzierung stärker als das Infragestellen der Funktionsweise von anonymen Komitees.

Ab den 1960er Jahren entfernte sich aber der Argwohn um die Kampagnenausgaben von der PdA und traf immer mehr die eigentlich grössten Akteure der politischen Kommunikation in der Schweiz: die Werbe- und PR-Büros, sowie zum Teil die grossen Parteien selbst. Während die Frage der Finanzierung der Parteien und der Wahlkämpfe für einige Jahre auf die politische Agenda kam, gingen die vier Bundesratsparteien umso vorsichtiger mit direkten Beschuldigungen zu diesem Thema um, als sie in der neuen, unabhängigeren Medienlandschaft selbst auch Zielscheibe solcher Angriffe werden konnten. Als die Reformprojekte zur Parteienfinanzierung im Laufe der 1970er Jahre beiseitegelegt wurden, liessen die Bundesratsparteien die Möglichkeit einer Regulierung der Wahlkampfausgaben aussen vor. Implizit wiesen sie schon auf die unterschiedlichen Finanzausstattungen hin, wenn sie sich beispielsweise als weniger amerikanisiert, professionalisiert und darum auch volksnäher als ihre Konkurrenten darstellten. Die Schweizer SVP beispielsweise betonte ihr unkompliziertes *campaigning* in Abgrenzung zu den elaborierten Werbeplänen anderer Parteien und insbesondere der FDP: Beim Parteitag kritisierte der Parteipräsident Fritz Hofmann die Kommerzialisierung der Wahlkämpfe mit Werbeobjekten wie „Hustentäfel“ oder Krawatten.³⁴³ Diese Kommunikationsstrategie befand sich in Einklang mit einer in den Medien verbreiteten Kritik der „Flucht nach vorne“ der grossen Parteien gegenüber dem Befund ihrer Unbeliebtheit, welche sich deshalb, so die Journalistin Rita Flubacher in der *Schweizer Illustrierten*, „in die Arme von professionellen Werbefachleuten geworfen [hätten]. Denn was die Konsumgüterindustrie schon lange mit Erfolg tut, sollte auch bei der Ware ‚Politik‘ möglich sein“.³⁴⁴ Wenn auch Werbeberater wie der CVP-nahe Tomas Urscheler in den Medien das Bedürfnis nach einem „branchengefestigten Know-how“ unterstrichen,³⁴⁵ schieden sich die

³⁴¹ Inserat „Über de Gotthard flüüged Bräme“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

³⁴² Inserat „Eine perfide Verleumdung eines anonymen Komitees“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 29.10.1959.

³⁴³ Parteipolitik zwischen Lobbies und Bewegungen. Ungewöhnlicher Wahlparteitag der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.09.1983.

³⁴⁴ Jojo für die Urne, in: Schweizer Illustrierte, 3.10.1983.

³⁴⁵ Ebd.

Meinungen über die Wirkung der Werbung auf die Wählerschaft. Bezüglich Wahlkämpfen herrschte trotz der Wahlen von 1979 bei Politikwissenschaftlern – anders als bei Werbeexperten – weiterhin Skepsis, ob Parteien ihr Image mit Kampagnen wirklich verändern könnten.³⁴⁶ Einzig der Forscher Hans Peter Hertig sorgte 1982 für eine heftige Polemik mit seiner These der Kaufbarkeit von Abstimmungserfolgen.³⁴⁷

Selbst wenn sie das Thema vermieden, liefen die grossen Parteien also Gefahr, zu hoher Wahlkampf Ausgaben beschuldigt zu werden, was mit dem von ihnen gepflegten Bild einer nicht professionalisierten Schweizer Politik im Widerspruch stand. Die Höhe der Kampagnenausgaben wurde somit langsam zum Streitpunkt zwischen Medien und Parteien. Die Zürcher SVP rief nach den Wahlen von 1983 sogar zu einer Pressekonferenz, um die vom Argus eingeschätzten Kampagnenausgaben (1 Million Franken) zu korrigieren: Laut der Nachzählung der Abächerli-Werbeagentur handle es sich lediglich um 500000 Franken, da die Partei von Rabatten für ihre Inseratenkampagne profitiert habe.³⁴⁸ Dass die Kantonalpartei sich nun auf eine Werbeagentur stützte, um ihre Kampagne als günstig und bescheiden darzustellen, fasst den Wandel der Kampagnenplanung seit den 1940er Jahren gut zusammen.

4.3. Direkte Demokratie als Wahlkampftrumpf?

Eine letzte (seit den 1990er Jahren speziell brisante) Frage über die Kampagnenplanung der Parteien betrifft ihre mögliche Instrumentalisierung der direkten Demokratie für Wahlzwecke. Wie bei der Analyse der Entscheidungsprozesse bereits skizziert spielten Abstimmungen auch bei Wahlkämpfen der Nachkriegszeit eine Rolle, selbst wenn Parteien sich weniger offensichtlich auf die direkte Demokratie als Möglichkeit des *agenda-settings* oder des *permanent campaignings* stützten, als sie und insbesondere die SVP es seit den 1990er Jahren tun. Auch vor den 1990er Jahren waren also die Wahlen in den parteipolitischen Strategien den Abstimmungen nicht untergeordnet, obwohl die politischen, journalistischen oder intellektuellen Kommentare zur Schweizer Politik im Sinne des Sonderfalls oft die Zweitklassigkeit der Wahlen hinter der direkten Demokratie betonten.

Selbst der Wahlkampf von 1947, auch wenn er vor der Bedeutung der drei Abstimmungen des Frühjahrs erblasste, prägte nämlich die Strategien der Parteien in diesem historischen Jahr. In den folgenden ersten Nachkriegsjahren wurden direktdemokratische Instrumente relativ wenig in Anspruch genommen, und erst recht nicht von den drei bürgerlichen Bundesratsparteien.³⁴⁹ Die Frage

³⁴⁶ Vgl. Schmid: Wahlkampffinanzierung, 1985, S. 200ff.

³⁴⁷ Hertig: Sind Abstimmungserfolge käuflich?, 1982; zur darauffolgenden Diskussion, *Année politique suisse*, 1982. Vgl. dazu Gottraux; Schorderet; Voutat: *La science politique suisse à l'épreuve de son histoire*, 2000, S. 348.

³⁴⁸ Blocher stellte sogar die parteipolitischen Inseratenkampagnen als „Förderung der Meinungspresse“ dar. Streit um Rabatte und Millimeterzeilen. Die Wahlkampfkosten der SVP, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.12.1983.

³⁴⁹ Vgl. dazu Linder; Bolliger; Rielle: *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen*, 2010. Der stärkste Kontrast zu den 1990-2000er Jahren ist somit in der besonderen Regierungstreue der BGB/SVP zu finden,

nach dem Platz der direkten Demokratie im Wahlkampf stellte sich dabei hauptsächlich für die drei Linksparteien: vor allem dem LdU und der PdA, aber auch der SP. Alle drei lancierten nämlich Initiativen, um sich in ihrer oppositionellen Positionierung zu profilieren. Ein gängiges Wahlthema der 1950er Jahre war darum die Frage der Arbeitszeitverkürzung, welche der LdU mit seiner eigenen Initiative erfolgreich auf die Agenda gesetzt hatte. Im Wahlkampf von 1959 war die SGB- und SP-Initiative zur Vierundvierzigstundenwoche ein Versuch, linke Wähler von der Handlungsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu überzeugen und sie zu mobilisieren. Ebenfalls hatte die Geschäftsleitung entschieden, ihre eigene Initiative für die Invalidenversicherung, welche als Druckmittel dienen sollte, vor den Wahlen nicht zurückzuziehen, um sie in der Kampagne als Wahlargument zu nutzen.³⁵⁰ Zudem konnten Initiativen auch der Beruhigung von internen Spannungen vor wichtigen Urnengängen dienen, wie mit der Lancierung einer SP-Initiative zum Mitspracherecht des Volkes bei der Beschaffung von Atomwaffen im Frühling 1959 als Alternative zu jener der SBgAA. Die SP-Kampagne von 1959 zeigte also bereits, wie Initiativen ein Mittel darstellten, um interne Spannungen zu besänftigen sowie linke Wähler von der oppositionellen Kraft der Partei zu überzeugen, trotz der seltenen Verwirklichung ihrer politischen Ziele.³⁵¹ Bei diesen Initiativen ging es vorwiegend darum, die eigene Basis zu mobilisieren, während die Wettbewerbs- und zugleich Zusammenarbeitsverhältnisse mit den anderen Parteien in den Hintergrund traten. Die Einführung der Zauberformel im gleichen Jahr verstärkte dieses Spannungsverhältnis zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung für die SP nur. Während die SP 1971 trotz interner Debatte im Wahlkampf keine Initiative lancierte, übte die Initiativetätigkeit der neuen sozialen Bewegungen im Laufe der 1970er Jahre vermehrt Druck auf ihre ambivalente Positionierung zwischen Regierungsbeteiligung und Opposition aus.³⁵² Ihre Rüstungsreferendumsinitiative Anfang der 1980er Jahre war wiederum ein Versuch, den Konflikt zwischen ihren gemässigten und antimilitaristischen Flügeln zu glätten.³⁵³ Im Wahlkampf von 1983 diente die Lancierung einer Umweltschutzinitiative zwar ebenfalls als Drohmittel bezüglich der parallel im Parlament laufenden Debatten zum Umweltschutzgesetz, aber auch als Handlungsbeweis in Richtung jener Linkswählenden, welche den Umweltschutzbewegungen nahestanden und möglicherweise zu den neuen linken und grünen Parteien überlaufen konnten.³⁵⁴ Noch stärker als 1959 wurde dieser Akt in der Presse als Wahltrumpf gedeutet. Kritisch fragte die

welche keine Initiativen lancierte und wenige von der FDP und CVP abweichenden Abstimmungsparole ausgab. Zürcher: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei, 2007.

³⁵⁰ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 17.10.1959. Vgl. Kap. 5.3.1.

³⁵¹ Vgl. dazu auch Detterbeck: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, 2002, S. 107.

³⁵² Die 1970er Jahre zeigten eine klare Zunahme der (zustande gekommenen) Initiativen, vgl. Leemann: Political Conflict and Direct Democracy, 2015, S. 608.

³⁵³ Epple: Die schweizerische Friedensbewegung, 1986, S. 205.

³⁵⁴ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 8.06.1983; Vgl. Kap. 5.3.1.

NZZ, ob „hier mit einem ernsten Problem auch parteipolitische Wahltaktik getrieben [und] der Kampagne einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit genommen [wird]?“³⁵⁵

5. Zwischenfazit

Die Analyse der Vorbereitungsphase des Wahlkampfs zeigt, wie die Schweizer Parteien, trotz der oft behaupteten Bedeutungslosigkeit der eidgenössischen Wahlen, diesen zunehmend als eigenständiges, politisches Ereignis wahrgenommen haben. Die Ziele des Wahlkampfs waren dabei nicht eindeutig: Auch wenn die Bestätigung des Status Quo durch die Konsolidierung der eigenen Position insbesondere ab 1959 politisch zentral wurde, befriedigte sie dennoch die parteipolitischen Akteure nie völlig. Bei den Parteispitzen erwuchs Zweifel, ob Stillstand nicht bereits Rückschritt bedeute. Schon bald erwies sich auch die blosse Erhaltung des Status Quo als nicht mehr möglich, da ab den 1960er Jahren andere Parteien und Mobilisierungsformen die traditionellen Parteien einem ernst zu nehmenden Wettbewerb aussetzten. Mit der verstärkten Polarisierung ab Ende der 1970er Jahre verschärfte sich der Wettbewerb auch zwischen den Bundesratsparteien, als insbesondere die FDP eine offensive Strategie annahm. Auf den unteren (kantonalen und lokalen) Parteistufen blieb aber oft weiterhin die Frage, wozu der Wahlkampf eigentlich diene.

Trotzdem lässt sich sagen, dass die Bedeutung des eidgenössischen Wahlkampfs für die Parteien im Laufe der Nachkriegszeit gestiegen ist, als das reine Ziel der Positionsfestigung im politischen Feld den Ambitionen der parteipolitischen Akteure nicht mehr ausreichte und/oder immer stärkere Bemühungen abverlangte. Die Parteien entwickelten dafür eine selbstständige Wahlkampflogik, welche ihre Handlungen zunehmend prägte. Diese Autonomisierung des Wahlkampfs im Parteileben war insbesondere durch die Institutionalisierung von spezialisierten Entscheidungsstrukturen gekennzeichnet. Die Planung des Wahlkampfs nahm insgesamt einen immer wichtigeren Platz im Parteileben ein: Stetig wurden mehr personelle, zeitliche aber auch finanzielle Ressourcen dafür eingesetzt. Insofern lässt sich eine Professionalisierung der schweizerischen Wahlkämpfe seit 1945 feststellen: Über die Zunahme der investierten Ressourcen hinaus beweisen die zunehmend elaborierten Konzepte, Kalender, Berichte sowie Schulungspläne zum Wahlkampf den Veränderungs- und Verbesserungswillen der Parteikader, welcher aber oft mit anderen parteipolitischen Realitäten kollidierte. Emblematisch dafür ist die Ambition einiger nationaler Parteikader, die Kampagne zunehmend auf nationaler Ebene zu koordinieren, um ihren Zielsetzungen für die eidgenössische Politik gerecht zu werden. Wenn eine Zentralisierung der Kampagnenplanung stattfand, zeigt der Wahlkampf von 1983 besonders eindrücklich, wie dies hauptsächlich auf der Ebene der Kantonalparteien gelang.

³⁵⁵ Grüne Flut und rote Ebbe im Wahlkampf, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.09.1983.

Der Willen nach Professionalisierung liess sich ferner bereits beim Wahlkampf von 1947 spüren, als die SP ihre Kampagne von einem Werbeberater entwickeln liess. Bis zum Wahlkampf von 1983 hatten sich sowohl die politische Werbung als auch die Demoskopie als Entscheidungshilfen der Parteien etabliert. Diese Entwicklung lässt sich hier nicht direkt aus den Zielen der Parteien ableiten, noch ist sie als Konsequenz eines unvermeidbaren, allumfassenden Modernisierungsprozesses zu interpretieren. Vielmehr geschah sie zunächst als Reaktion auf eine von allen Parteien geteilte Angst, überholt zu werden. Denn selbst als sich ihre Ziele noch hauptsächlich auf die Beibehaltung der gewohnten Kräfteverhältnisse beschränkten, beobachteten sich die Parteien gegenseitig. Auch wenn der vom Sekretär der Zürcher FDP gewünschte „Spionagedienst“ wohl ein Randphänomen blieb, verglichen die Parteien immer wieder ihre Kampagnen mit jenen der Konkurrenten, was ab den 1960er Jahren mit der intensivierten Wahlkampfberichterstattung der Medien zunehmend leichter fiel. Besonders die ersten parteipolitischen Nutzungen der Demoskopie in Schweizer Wahlkämpfen Ende der 1950er Jahre lassen sich somit aus einem Wettlauf zwischen den Parteien erklären, modern zu wirken. Die ersten Umfragen galten als notwendige Neuerung, obwohl die Parteien ursprünglich kaum wussten, wie sie diese in ihren Kampagnen einsetzen sollten. Erst später setzte sich die Notwendigkeit der Verwissenschaftlichung als Selbstverständlichkeit völlig durch: nämlich als sich unter den Parteiakteuren die Überzeugung von der Wirkung der Wahlkämpfe auf die Wahlergebnisse verbreitete. Dies machte gerade jene Wahlkampfexperten und insbesondere die Werbeberater unumgänglich, welche die Bedeutung der Wahlkämpfe als Werbeplattform für die Parteien ursprünglich aufgebracht hatten. Die FDP-Wahlkampagne von 1979 festigte schliesslich den Glauben daran, dass Wahlen mit einer „zeitgenössischen“ Kampagne gewonnen werden können.

Falls Schweizer Wahlkämpfe Züge eines Sonderfalls besaßen, sind sie vorwiegend in der Herangehensweise der Akteure gegenüber dem Wandel der Wahlkämpfe zu finden. Die Entwicklungen der Kampagnendurchführung selbst lassen sich nämlich mit jenen in anderen Demokratien vergleichen, jedoch mit zeitlichen Verzerrungen und mit Anpassungen an die Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems (man denke insbesondere an den Föderalismus). Der Sonderfall eines moderaten, unprofessionalisierten Schweizer Wahlkampfs tauchte dann als Argument auf, wenn Akteure eine Entwicklung bremsen oder unsichtbar machen wollten. Er fungierte auch als Verkaufsargument: Im Wahlkampf von 1983 stellten sich viele Parteien als nicht professionalisiert dar, da sie nicht mit der Demoskopie und den Werbeberatern arbeiten oder über schmale Wahlkampfbudgets verfügen würden. Dabei hatten sie sich mittlerweile diese zwei Wissensfelder oft intern angeeignet. Im Kontrast mit den ambivalenten „Wahlmanövern“ der Parteien zwischen Defensive und Offensive im Jahr 1947 zeigten die Parteien 1983 zunehmend Züge von professionalisierten „Image“-Unternehmen, für welche Wahlkämpfe zentrale Plattformen geworden waren.

Kapitel 4. Definieren: Parteien und ihre Zielwählerschaften

„Derzeit ist das *Wählerpotential* grösser als die Zahl der *aktiven Wähler* und wesentlich grösser als die *Zahl Ihrer Wähler*. Dies bedeutet: Gehen Sie fischen in diesem Teich, aber wählen Sie die richtige Angel mit dem richtigen Köder.“¹

Dies empfahl das Wahlkampfhandbuch des Journalisten Klaus Stöhlker Kandidierenden oder Parteien Anfang der 1980er Jahre. Damit betonte er zunächst die Bedeutung eines alten Prinzips des *campaignings*: Das vom britischen Werbeberater Sidney Webb 1922 konzeptualisierte *stratified electioneering*, das heisst die gezielte, differenzierte Ansprache unterschiedlicher Wählerschaftsgruppen.² Die Definition von Zielwählerschaften – in der Literatur als *electoral targeting* zusammengefasst – und somit die Festlegung von Repräsentationsansprüchen ist eine zentrale Voraussetzung des Wahlkampfes und ganz grundsätzlich des Repräsentationsprozesses. Von den Strategien zu den Wahlkampfdiskursen laviert dieser Prozess zwischen einem universalistischen Ansatz – beispielsweise das „Volk“ vertreten zu wollen – und einer partikularistischen, segmentierten Herangehensweise an die Repräsentation im Sinne des *stratified electioneering*s. Mit der Professionalisierung der Wahlkampfstrategien etablierte sich die Definition der Zielwählerschaften mit Hilfe der blühenden Demoskopie ab den 1960-70er Jahren als unerlässlicher Bestandteil jedes Werbekonzeptes, während sie in den vorangegangenen Jahrzehnten nur en passant Erwähnung gefunden hatte.

Von den Strategien der Parteien...

Für welche Strategien des *targetings* haben sich die Schweizer Parteien entschieden, welche Wählerschaftskategorien haben sie gebildet? Um die möglichen Strategien der Parteien zu analysieren, schlägt Robert Rohrschneider ein Kontinuum zwischen einer *mobilizing*- und einer *chasing*-Strategie vor, wobei das *mobilizing* die Aktivierung einer bestehenden Wählerschaft bedeutet, während das *chasing* die Aneignung neuer Wählergruppen kennzeichnet.³ Rohrschneider geht davon aus, dass europäische Parteien im stabilen politischen Kontext vor den 1970er Jahren hauptsächlich *mobilizing*-Strategien anwendeten. Die Fokussierung auf die eigenen, lange treuen Stammwählenden und möglicherweise auf ein entsprechendes Handlungssystem habe zudem im Fall der Schweiz laut vielen Autoren mit der als Folge der Konkordanz beschränkten Wettbewerbslogik zu tun. Für Otto Kirchheimer war die zwischenparteiliche Zusammenarbeit sogar der Grund, weshalb die Schweiz wie

¹ Stöhlker; Graf: Wahlkampf von A bis Z, 1981, S. 379.

² Dazu Wring: The Politics of Marketing the Labour Party, 2005, S. 38ff.

³ Rohrschneider weist dabei sowohl auf parteipolitische Strategien als auch auf das praktische Campaigning hin, welches daraus entsteht: So soll eine mobilisierende Wahlkampagne sich hauptsächlich an Stammwähler richten anhand der Betonung der parteipolitischen Weltanschauung und Errungenschaften. Der analytische Mehrwert seines Ansatzes liegt aber darin, dass er davon abrät, aus den Kampagnen, geschweige denn aus den Wahlergebnissen, Annahmen über die Strategien der Parteien zu ziehen und stattdessen empfiehlt, die Strategien der Parteien zu erkunden. Rohrschneider: Mobilizing versus chasing, 2002.

Schweden und Norwegen den von ihm postulierten Trend der entideologisierten, *catch-all* Volksparteien nicht kannten.⁴

Wie die Analyse der parteipolitischen Wahlkampfziele jedoch zeigte, gaben sich die Bundesratsparteien trotz ihrer Einigung bezüglich der Machtteilung seit 1943 und insbesondere seit 1959 nie allein mit der Festigung des Status Quo zufrieden. Dies sollte implizieren, dass sie über ihre Stammwählerschaften hinaus weitere BürgerInnen erreichen wollten. Ein klares Beispiel dafür liefert der Plan von Victor Cohen für die offensive SP-Kampagne von 1947, laut welchem die Propaganda „sich nach rechts, wo das grosse Reservoir der Wählerschaft liegt“, wenden und „volkstümlich [...], verständlich für den einfachen Mann“ sein sollte.⁵ Dafür sollten die Parteien eine „externe Propaganda“ an Kreise richten, „die der Partei noch fernstehen – oder sich von ihr entfernt haben“.⁶ Zwar gab die SP nach diesen Wahlen die Hoffnung auf, eine politische Mehrheit zu erreichen, bei allen Bundesratsparteien blieb aber in den kommenden Jahrzehnten mit der regelmässig beklagten Enge des Status Quo die Frage einer offeneren Ansprache der Wählerschaft auf dem Tisch. Dafür sprachen nicht nur kühle wahrarithmetische Überlegungen, sondern auch symbolische Legitimitätsbedürfnisse in Richtung einer universalistischen Repräsentation in einer Gesellschaft, in welcher soziale Konfliktlinien zunehmend als verpönt erschienen. So lässt sich erklären, dass sich die Bundesratsparteien ab Ende der 1950er Jahre vermehrt als Volksparteien darstellten oder sogar zu solchen umbenannten, wobei dieses Label als universalistisch, möglichst kategorienlos gedeutet wurde, weit entfernt von der Standesstruktur der Katholiken bei der Gründung der KVP im Jahr 1912. Mit diesem Selbstverständnis als offene Volksparteien trat aber auch die Möglichkeit einer *chasing*-Strategie vermehrt in den Vordergrund. Diese gewann umso mehr an Prägnanz, als der soziale Wandel und die damit verbundenen Veränderungen des Wahlverhaltens die Effizienz der exklusiven Mobilisierung der Stammwählerschaften für den Erhalt des Status Quo abschwächte.⁷ Sehr klar kommt dieser Gedanke im SP-Wahlbericht von 1971 zum Ausdruck:

„Es muss versucht werden, die befürchtete Abwanderung von früheren SP-Wählern durch den Einbruch in andere Wählerschichten zu *kompensieren*. Diese Überlegung spielte beim Manifest (Vorwort), beim Film, sowie bei den Inseraten eine bestimmende Rolle“.⁸

Auch die CVP ging im Wahlkampf von 1971 zunehmend in Richtung einer *chasing*-Strategie, wobei manche Parteikader darüber Bedenken äusserten, zum Beispiel der Zürcher Parteisekretär Karl Hackhofer vor dem leitenden Ausschuss:

⁴ Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, 1965.

⁵ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 15.02.1947.

⁶ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

⁷ Dieser Stategiewandel als Reaktion auf den sozialen Wandel sieht Rohrschneider beispielsweise in der Programmreform der SPD im Jahr 1959. Rohrschneider: Mobilizing versus chasing, 2002, S. 373.

⁸ Damit meinte der Sekretär Bertschinger höchstwahrscheinlich einerseits enttäuschte SP-Stammwähler, welche Affinitäten zu den Überfremdungsthemen aufwiesen, andererseits jüngere, gebildete Wählende, welche sich in den geistigen Debatten der Zeit wiederfanden. SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

„Es ist sehr schwierig, Entscheide zu treffen. Die zentrale Frage stellt sich in der Ansprache des *Randwählers*. Riskieren wir nicht, Leute zu verlieren, ohne neue Randwähler zu gewinnen?“⁹

Hier stiess die CVP auf ein zentrales Dilemma, welches sich in den nächsten Jahren nur verschärfen würde. In Zeichen der intensivierten Polarisierung verbreitete sich jedoch um 1980 der Glaube an eine notwendige Offensive in neues Terrain, wie es im zitierten Wahlkampfhandbuch durchscheint. Auch der Sekretär der Schweizer SVP Max Friedli meinte 1983, allerdings erst nach den Wahlen, dass „das Hauptproblem der kommenden Legislatur [...] es sein [wird], neue, zusätzliche Wählerschichten zu gewinnen“.¹⁰ Dabei seien insbesondere „weitere Anstrengungen bei den Gruppen Frauen, Jugendliche und Angestellte nötig“.¹¹

... zu ihren Repräsentationsansprüchen im Wahlkampf

Über diese scheinbar klaren strategischen Alternativen hinaus strebt dieses Kapitel ferner an, die komplexen Konstruktionsprozesse eines Repräsentationsverhältnisses zwischen den Parteien und ihren anvisierten Wählenden im Wahlkampf zu analysieren. Dabei ist für das innerparteiliche Gefüge anzumerken, dass die kantonalen und nationalen Führungsinstanzen über diese Selbstdefinition und das Targeting von Wählerschaften die Deutungshoheit erlangten, da sie über die Wahlkampfkonzepte und –materialien entscheiden konnten. Konflikte und Verhandlungsprozesse waren grösstenteils innerhalb der nationalen Führungsinstanzen zu beobachten, also dort wo die gesamtschweizerischen Strategien diskutiert werden und zu diesem Zweck etwaige verschiedene kantonale Zielsetzungen auf eine gemeinsame Linie gebracht werden mussten. Davon ausgehend, dass Wahlkämpfe wichtige Momente bezüglich der Auseinandersetzung um die eigene Identität und die Wählerschaft darstellen, umfassten solche Definitionsprozesse selbstverständlich weitere zentrale Momente und Akteure, insbesondere jene der diversen Organisationen der verschiedenen Handlungssysteme. Die Frage ist dabei, ob und wie die entsprechenden Identitäten als Mobilisierungseinheiten mit den parteipolitischen Zielgruppen des Wahlkampfes zusammentrafen.

Im Verlauf der hier vorgenommenen Quellenanalyse haben sich sechs Trennlinien herauskristallisiert, auf welche die Parteiakteure ihre Kartographie der Wähler hauptsächlich gründeten: sozioökonomische Identitäten, Religion, Raum, Alter, Geschlecht und schliesslich politisches Verhalten. Es fällt auf, dass sich alle diese Kategorien überlappen, was den Konstruktionscharakter vieler als gegeben verstandener Stammwählerschaften umso mehr ans Licht bringt – wie zum Beispiel die sozioökonomisch recht heterogene, aber über eine lange Dauer hauptsächlich katholische Wählerschaftsgruppe der CVP. Die hier dargestellten Unterscheidungslinien sind zudem bei weitem nicht vollständig. Parteien und Bewegungen fanden immer wieder neue Wege, die diversen

⁹ BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss und Fraktionsvorstand, 19.02.1971.

¹⁰ PA SVP BE 6.2.44, Zentralvorstand der Schweizer SVP, 28.10.1983.

¹¹ Ebd.

Zugehörigkeiten, Sensibilitäten und Anliegen der BürgerInnen im Wahlkampf anzusprechen. Als emblematisch hierfür kann der LdU gelten, der die Bürger – und Bürgerinnen – vorwiegend als KonsumentInnen ansprach, was im Kontext der Entwicklung des Massenkonsums zur Konstruktion einer neuen sozio-politischen Identität beitrug.

1. Sozioökonomische Identitäten: „Wirtschafts-“, „Klassen-“, „Standes-“ oder doch „Volkspartei“?

Die sozioökonomische Unterscheidungsdimension für die Konstruktion von Wählergruppen ist bestimmt die sichtbarste für die Schweizer Politik des 20. Jahrhunderts. Historisch war sie Grundlage des Repräsentationsanspruchs jener Parteien, welche sich auf die Repräsentation einer „Klasse“ (die SP) oder eines Berufsstandes (die BGB) beriefen. Auch für die FDP und die CVP war eine Verankerung in vielfältige berufliche Milieus ein unausweichliches Erfordernis: Gerade deren Beanspruchung des Labels der Volkspartei seit ihrer Gründung verpflichtete sie nämlich zu einer sozialen Ausgewogenheit in ihrer Repräsentationsbasis. Vorwiegend entsprachen aber sozioökonomische Identitäten in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert einem dichten Netz von Berufsverbänden, welche sich stark dafür einsetzten, die Bedeutung dieser Identitäten in politischen Repräsentationsprozessen beizubehalten. Insbesondere weil dieses Netz den parteipolitischen Handlungssystemen nicht völlig entsprach, wiesen alle vier Parteien erhebliche Variationen ihrer sozioökonomischen Basis von Kanton zu Kanton auf, wenn nicht von Ort zu Ort, was auf eine komplexe Verflechtung zwischen Berufs- und Politikwelten hinweist.

Die Unsicherheiten der Stammwählerschaft(en)

Der Wahlkampf von 1947 zeigt eindrücklich, wie die Parteien sich in einer Zeit der starken Fragmentierung des politischen Feldes zwar hauptsächlich auf die ihnen traditionell nahestehenden sozioökonomischen Gruppen stützten, diese *mobilizing*-Strategie zugleich aber Unsicherheiten aufwies.

Die Ambivalenz zwischen einer partikularen Klassen- und einer universalen Volksrepräsentation lässt sich dabei besonders deutlich bei der SP beobachten. Zwar beriefen sich die Sozialdemokraten weiterhin auf die Repräsentation der Arbeiterschaft. Um anlässlich der Wahlen Mitglieder zu rekrutieren und die Gründung von Sektionen zu fördern, empfahl der SP-Sekretär Jules Humbert-Droz somit den Sektionen, günstige Adressen für Hausbesuche basierend auf Listen von Zeitungsabonnenten, Gewerkschaftlern oder Mitgliedern der sportlichen und kulturellen Arbeitsorganisationen auszuwählen.¹² Mit dem Wiederauftauchen der Kommunisten war aber die SP mit einem Konkurrenten um den Anspruch auf die legitime Repräsentation der Arbeiterbewegung

¹² ASTi FPC 01 61.2.4, Brief von Jules Humbert-Droz an die Sektionen, 9.09.1947.

konfrontiert, insbesondere in Städten und in der Romandie.¹³ Es galt also, die „Korruption der Arbeiterschaft durch die PdA“¹⁴ zu bekämpfen und die „ehrlichen Sozialisten“¹⁵ wiederzugewinnen. Zu diesem Zweck ritt die Partei im Wahlkampf Angriffe gegen die PdA und reichte den PdA-Wählern gleichzeitig eine offene Hand.¹⁶ Zudem prangerte sie kräftig die „Macht der Reichen“ an, wie in einem Inserat im *Beobachter* zu lesen war:

„Woher aber kommt all das viele Geld, das heute in Industrie-Palästen, in Luxus-Autos, in Villen und Perserteppichen und Schmuckstücken ‚angelegt‘ wird? Woher kommt all das Geld, das einige reiche Leute immer noch reicher macht? Sie haben es gewiss nicht auf der Strasse gefunden. Kein gütiger Himmel hat es ihnen geschenkt. *Nein. Dieses Geld kommt, Franken für Franken, aus den Händen des arbeitenden Volkes.*“¹⁷

Die Abgrenzung von den „Reichen“ diente dabei der Bestätigung des „arbeitenden Volkes“ als breite Referenzgruppe der SP. Zentral für die Mobilisierung der Arbeiter war ferner die Verankerung der Partei in gewerkschaftlichen Milieus. Die SP widmete den Gewerkschaftlern sogar eine eigene Broschüre: „Hör zu, Kollege! Ein Appell an die Gewerkschaftler“.¹⁸ Diese wurden ermuntert, als Multiplikatoren der sozialdemokratischen Propaganda bei ihren Arbeitskollegen zu agieren. Die Aufteilung der Repräsentationsarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften war aber bereits fern von selbstverständlich. Selbst wenn die Gewerkschaftskader eine exklusive Beziehung mit der SP aufgrund ihrer tiefen Ablehnung der PdA befürworteten, bedurfte nämlich ihre Zusammenarbeit mit der SP im Wahlkampf der Rechtfertigung: Nur die gewerkschaftliche Präsenz im Parlament – dank der gemeinsamen Listen mit der SP – könne, so das Zürcher Parteiorgan *Volksrecht*, den „wirtschaftlich Schwachen“ in der Gemeinschaft dienen und einen arbeitsrechtlichen „Dammbau gegen allfällige Kriseneinbrüche“ sichern.¹⁹ Nach den Wahlen, obschon die Partei Stimmen an die PdA und den LdU verloren hatte, verorteten die SP-Eliten bei der Analyse der Statistik das Potenzial ihrer Partei weiterhin hauptsächlich in der Arbeiterschaft: Als ein „Hauptgrund für Optimismus“ nannte somit

¹³ Die waadtländische SP insb. Wurde dadurch ab 1945 wesentlich geschwächt und beschäftigte sich im Wahljahr 1947 viel mit den Spannungen innerhalb der Gewerkschaften, wo „Popistes“ und Socialistes sich einen Kampf um die Hegemonie lieferten, selbst wenn der Nationalrat Pierre Graber den Parteikadern versicherte, dass die PdA damit ihre „letzten Karten“ vor den Nationalratswahlen ausgespielt habe, „sachant que ca ne marchera pas, ils ne seront pas le parti de la classe ouvrière qu'ils prétendent être“. ACV PP 225/8, Comité directeur, 19.07.1947. Vgl. dazu auch Wicki: *On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous*, 2007, S. 30ff.

¹⁴ In den Worten von Robert Grimm nach dem für die SP enttäuschenden Wahrgeschehen, SSA Ar 1.111.11, Politische Kommission und Geschäftsleitung, 22.11.1947.

¹⁵ Ar 1.110.37, Parteivorstand, 31.05.1947.

¹⁶ SSA Ar 1.119.4, [Humbert-Droz, Jules]: Vom Korruptions-Skandal Hofmaier zur politischen Krise der PdA, in: *Der Vertrauensmann*, Juni 1947; *Der Kollege von der PdA*, in: *Volksrecht*, 21.10.1947. Die Lausanner SP sendete sogar die Ausgabe des *Vertrauensmanns* mit dem Artikel von Humbert-Droz über die PdA-Skandale an bekannte „Genossen, die sich gegenwärtig bei der PdA verirrt haben“. ACV PP 225/8, Comité directeur, 30.06.1947.

¹⁷ Inserat „Die fetten Jahre...“, in: *Beobachter*, 15.09.1947.

¹⁸ SSA Ar 1.230.3, Broschüre „Hör zu, Kollege! Ein Appell an die Gewerkschaftler“, 1947.

¹⁹ Leistungen rechtfertigen Ansprüche. Ein Wort zur Beteiligung der Gewerkschaften an den Nationalratswahlen 1947, in: *Volksrecht*, 11.10.1947.

Humbert-Droz die „gewaltige Steigerung der Zahl der Arbeiter. Diese neuen Massen müssen wir gewinnen“.²⁰

Gleichwohl wird 1947 deutlich, dass die Sozialdemokraten überlegten, zumindest symbolisch ihren Repräsentationsanspruch auf weitere Gruppen als die traditionelle Arbeiterschaft zu erweitern. Schon das Parteiprogramm von 1935 hatte die SP als Volkspartei positioniert und zum „Zusammenschluss aller ausgebeuteten Volksschichten zu einer einheitlichen, antikapitalistischen Kampfgemeinschaft“ aufgerufen, in Aufruf der sich teilweise in der Richtlinienbewegung verwirklichte.²¹ Das Programm *Neue Schweiz* von 1942 zielte auch auf neue Bündnisse für die Nachkriegszeit, geprägt von der Erinnerung an die politische Bedeutung der Mittelschichten in der Zwischenkriegszeit.²² Sogar der Präsident des Bauernverbandes, Ernst Laur, hatte sich positiv zum Programm geäußert. Selbst wenn das Erreichen einer Mehrheit mit der Niederlage der Initiative *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* immer unplausibler schien, wünschten sich die Parteiakteure noch im Wahlkampf von 1947 eine breite Ansprache der Wähler. Beim Parteitag von 1947 unterstrich Humbert-Droz, dass es soziale Gruppen gäbe, welche zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum hin und her lavieren würden: „les représentants des employés, des paysans, certains groupes du petit commerce et de l’artisanat“.²³ Für den Parteipräsidenten Hans Oprecht würde die SP sogar „immer mehr zur Volkspartei“.²⁴ Die *chasing*-Strategie kam dabei am deutlichsten in Victor Cohens Plan zum Ausdruck:

„Ganz allgemein ist zu sagen, dass *die Werbemittel, der Schichtung der Empfänger entsprechend, differenziert eingesetzt werden.* Zu den Bauern werden wir in einer anderen Sprache reden, als zum Handwerker. Dem Büro-Angestellten begegnen wir anders als dem Intellektuellen. Hier werden vor allem jene Werbeträger eingesetzt, die breitere Streuung gewährleisten: also z.B. Organe wie der ‚Beobachter‘, Inserate in Wochenzeitungen, Flugblätter und Werbeschriften als Wurfsendungen, usw.“²⁵

Cohens Strategie verband also einen breiten Repräsentationsanspruch über die Arbeiterschaft hinaus mit einer segmentierten Ansprache der Wähler aufgrund ihres Berufs. Tatsächlich berücksichtigten die Parteistrategen – ihrem Fokus auf benachteiligte Gruppen folgend – die „Bauernknechte“ als potentielle Zielgruppe, wofür es der Partei aber in der Innenschweiz an prominenten Referenten mangelte.²⁶ Bedeutend ist jedoch, dass die SP in diesem Wahlkampf zwar breite Appelle an „werk tätige Bürger“ dank Inseraten im *Beobachter* und anderen neutralen Zeitungen platzierte, Wählergruppen wie die Bauern aber nicht speziell ansprach.²⁷ Neben der Kostenfrage muss auch die Erwägung mitgespielt haben, dass die SP kaum in einem Wettbewerbsverhältnis mit der BGB und der

²⁰ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 4.10.1947.

²¹ Zitiert nach Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 143. Vgl. auch Zimmermann: Von der Klassen- zur Volkspartei, 2007, S. 99f.; Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 114f.;

²² Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 19.

²³ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, S. 61.

²⁴ Ebd., S. 128.

²⁵ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

²⁶ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 4.10.1947.

²⁷ SSA Ar 1.230.3, Wahlzeitung „Auf zur Entscheidung, Werk tätige Bürger des Kantons Zürich!“, [1947].

CVP stand, die je nach Kanton die Repräsentation der protestantischen bzw. katholischen Bauern für sich beanspruchen konnten. Die Berufung der SP auf die Bauern wie am Parteitag mag insofern rein symbolischer Art gewesen sein – keine schweizerische Partei konnte es sich leisten, den Anschein zu erwecken, die besonders in Kriegszeiten gelobte Landwirtschaft zu vernachlässigen.

Gerade die eigentlich recht heterogene Gruppe der Bauern wurde 1947 von allen Parteien beachtet. Die Bauern gingen aus dem Zweiten Weltkrieg anders als 1918 ohne starke Machtposition hervor, jedoch mit einem vielleicht noch stärkeren symbolischen Platz in den politischen Vorstellungswelten. Im Wahljahr 1947 aktualisierte aber die „Milchkrise“, verursacht von einer europaweiten Dürre, alte Spannungen um die Landwirtschaft, als die Bauern eine Erhöhung des Milchpreises verlangten, womit sie auf Unverständnis in der Bevölkerung stiessen.²⁸ Alle Parteien sahen sich nun gezwungen, im Wahlkampf zu dieser sehr konkreten, aber auch sehr heiklen Frage Bezug zu nehmen. Die KVP drückte durch die Worte ihres Parteipräsidenten Josef Escher an ihrem Parteitag „unsere Sympathien [für] den schwer geprüften Landwirten“ aus und appellierte an die „Solidarität aller Schweizer [...]“, wenn der Bundesrat diese Opfer verlangt.“²⁹ Für die BGB wiederum war die zu befürwortende Position klar: Die Geschäftsleitung der schweizerischen BGB erkannte somit nach den Wahlen, dass es richtig gewesen sei, „die Bauern und lediglich die Bauern im Konflikt über die Milchpreise zu unterstützen“.³⁰ Mit dieser Bemerkung schienen sogar das Gewerbe und Kleingewerbe, deren Interessen die BGB oftmals gegen den LdU und die Migros im Kampf um die Preise vertrat, ausser Acht geblieben zu sein.

Die FDP hingegen wankte zwischen universellen Appellen an den kaum definierten „freisinnigen Wähler“³¹ und einer stark sozioökonomisch segmentierten Werbung, nicht zuletzt mit der Unterstützung der ihr nahestehenden Berufsverbände. Die parteipolitischen Wahlkampfmaterialien auf kantonaler und lokaler Ebene zeichneten somit ein differenzierteres Bild des imaginierten freisinnigen Wählers, welches stark auf berufliche Identitäten verwies. Hinter dem Anspruch, eine Volkspartei zu sein, war die Partei ferner je nach Kontext von sehr unterschiedlichen Realitäten geprägt. Die Berner Freisinnigen erklärten sich beispielsweise darüber besorgt, „zwischen den Mühlsteinen: Bauern und Sozialdemokraten zerdrückt zu werden“, wobei sie hauptsächlich mit der SP stark um die „Unselbständig-Erwerbenden“ konkurrierten.³²

Beginnende chasing-Strategien in Zeiten der „nivellierten Wohlstandsgesellschaft“

Während die verbreitete Strategie des *mobilizings* bereits 1947 Unwägbarkeiten aufzeigte, tauchten 1959 Zeichen von *chasing*-Strategien bei allen Parteien auf. An einer breiten Berufskategorie schien es

²⁸ Augmentation du prix du lait? La rançon d'une faiblesse, in: Journal de Genève, 25.08.1947.

²⁹ BAR J2.181 1987/52_28_347, Escher, Josef: Eröffnungsrede am Parteitag in Zug, 7.09.1947.

³⁰ PA BGB BE 1.12.7, Leitender Ausschuss der schweizerischen BGB, 4.12.1947.

³¹ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Sekretärenkonferenz, 8.05.1947.

³² Ebd., 15.02.1947.

1959 nun definitiv kein Vorbei mehr zu geben: den Angestellten. Mit dem Wandel zu einer Dienstleistungswirtschaft stellten sie eine wachsende Wählerschicht dar, deren gewerkschaftliche Vertretung weniger klar organisiert war als bei anderen Berufsgruppen und deren parteipolitischen Loyalitäten noch teilweise zu gewinnen waren, selbst wenn sie mancherorts bereits bei den Freisinnigen oder Demokraten verankert waren.³³ Somit ist bei allen Parteien ein neuer Fokus auf diese Wählerkategorie und damit ein deutlicher Wandel hin zu einer *chasing*-Strategie festzustellen.³⁴ Parallel dazu fand um diese Zeit die Idee von kategorienlosen, universalistischen, entideologisierten Volksparteien Anklang zusammen mit dem neuen Leitbild einer „wohlfahrtsnivellierten Mittelstandsgesellschaft“, welches aus der deutschen Soziologie entstammte und nun auch in der schweizerischen politischen Diskussion angekommen war.³⁵

Am sichtbarsten ist diese Entwicklung bei der SP, deren neues Programm eben gerade auf diesen beiden Überlegungen basierte. Seit einigen Jahren zeigten sich Parteikader über die reduzierte politische Mobilisierbarkeit der traditionellen Arbeiterklasse besorgt, sahen aber eine Lösung dafür in der Öffnung hin zu weiteren Schichten, insbesondere zu den Angestellten.³⁶ Das Winterthurer Programm vom Mai 1959 stilisierte die SP noch deutlicher als zuvor als Volkspartei und sprach einen als universell gedachten „Menschen“ an, was im Slogan der folgenden Wahlkampagne – „Der Mensch im Mittelpunkt“ – übernommen wurde.³⁷ Hinter dieser neutralen Sprechweise stand die von den Parteikadern klar verdeutlichte offensive Öffnungsstrategie – so im Vorwort des neuen Parteiprogrammes:

„Gewandelt haben sich aber auch die Träger der sozialistischen Ideen. Der Sozialismus war ursprünglich *eine Sache der durch den Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiterklasse allein*. Doch die gesellschaftliche Schichtung ist *differenzierter* geworden. Teile der Arbeiterschaft haben eine erhebliche ökonomische Besserstellung erfahren, während andere immer noch an der Grenze eines menschenwürdigen Daseins leben. Aber auch viele *Kleinbauern, Angestellte und Gewerbetreibende* leiden unter den Mängeln der heutigen Ordnung. Ihnen allen will der Sozialismus Gerechtigkeit verschaffen. So ist der Sozialismus heute eine Sache der *ganzen Menschheit*.“³⁸

So anerkannte die SP den sozialen Wandel, welcher die Notwendigkeit eines traditionellen Klassenkampfes vermindere. Das weiterbestehende Ziel der „Gerechtigkeit“ sollte nun die Grundlage bieten, um neue soziale Gruppen, über die Arbeiterschaft hinaus, für die SP zu gewinnen. Vor der Geschäftsleitung gab der Berner Nationalrat Fritz Grütter in diesem Sinne deutlich vor, dass nun die

³³ So zog der Winterthurer Demokrat Philipp Schmid-Ruedin dank intensiver Kampagnebemühungen die Stimmen mehrerer Angestelltenverbände des Kantons auf sich. Vgl. Kap. 6.2.2.

³⁴ Wie bei der FDP. BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 23.09.1959. Auch die CVP interessierte sich nun mehr für Kontakte mit dem kleinen Schweizerischen Katholischen Angestelltenverband. BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitender Ausschuss, 5.09.1959.

³⁵ Vgl. Erich Gruner in der Konso-Studie von 1963, Konso: Der Schweizer Wähler 1963, 1963, S. 6.

³⁶ Vgl. Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 34f.; S. 57 Fn. 45.

³⁷ NB SNL_POL_247, Mathis, Joe: Der Mensch im Mittelpunkt, Wählt Sozialdemokraten, Plakat, 1959.

³⁸ Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959.

Bezeichnung „Arbeiterschaft“ zu vermeiden sei, „da wir ja über die Arbeiterkreise hinaus [...] auch die Angestellten erreichen wollen“.³⁹ In der *Roten Revue* sprach Grütter weiterhin die Arbeiter an, ordnete sie aber der gleichen politischen Kategorie zu wie die Angestellten; den Unselbstständigerwerbenden, deren Demographie jene der „Selbstständigerwerbenden – Industrielle, Bankiers, Handelsleute, Gewerbetreibende und Landwirte“ – nun überstieg.⁴⁰ Da der „Stimmzettel des *Arbeiters und Angestellten* [] an der Urne genau gleich viel wie derjenige des Unternehmers“ wiege, sei es „das Recht, mehr noch die Pflicht des *Arbeitnehmers*, mit dem Stimmzettel seine eigenen Interessen zu verteidigen.“⁴¹ Diese neue Analyse der politischen Konfliktlinien ohne Verweis auf den Klassenkampf nuancierte und bestätigte zugleich Max Weber am Winterthurer Parteitag im Mai 1959:

„Wenn wir das Wort Klassenkampf nicht erwähnen, so bedeutet das in keiner Weise, dass wir den Kampf nicht führen für die *Klasseninteressen der Arbeiter*. Zur Zeit von Marx konnte man eine einfache Unterscheidung vornehmen: hie Proletariat, dort kapitalistische Klasse. Das war früher. *Heute haben wir Mittelschichten. Die Angestellten nehmen rascher zu als die Arbeiterschaft.* Die letzte Volkszählung hat ergeben, dass die Angestelltenschaft mehr als 20 Prozent ausmacht und dass die Arbeiterschaft zurückgeht. Wenn wir die Schichten der Angestellten gewinnen wollen, *so müssen wir in einer Sprache schreiben, die verstanden wird.*“⁴²

Diese Neuorientierung, und damit die Degradierung der Arbeiter zu einer rein historischen Referenzgruppe, blieb aber bei den Sozialdemokraten höchst umstritten. Kritik kam zum Beispiel vom Zürcher Delegierten und Angestellten Walter Kull am Parteitag: Für ihn bestehe das „wachsende Heer der Stimmfaulen und Passiven [...] zum grossen Teil aus Arbeitern [...] die ihr Klassenbewusstsein verloren haben“.⁴³ Daher sei es „falsch, ja geradezu verhängnisvoll, durch ein Verschweigen [...] der Klassengegensätze diese Leute noch mehr einzuschläfern“.⁴⁴ Neben der Frage der Erweiterung der Zielgruppen ist hier auch das Verständnis ihrer Mobilisierung zentral: In der Tradition der Arbeiterbewegung sahen die Programmkritiker in der Pflege der Arbeiterschaft oder des Proletariates als gemeinsame Klassenidentität und in der Betonung des Klassenkampfes als mobilisierende Rhetorik die Möglichkeit, die Arbeiter zur Aktion zu bewegen.

Die neue Ausrichtung der Kommunikation war aber von der NOWLAND-Studie empfohlen (und damit in den Parteiinstanzen legitimiert) worden. Die Studie untersuchte die politischen Einstellungen peripherer, von einer „Ziellosigkeit“ gekennzeichneten Wähler, welche sich manchmal an die LdU, „andere kleine dissidente Parteien“ oder die PdA wendeten, am Beispiel von drei Kategorien: dem unqualifizierten Arbeiter, dem unteren Angestellten, und dem Werkmeister.⁴⁵ Die Studie schlug

³⁹ SSA Ar 1.111.13 Geschäftsleitung, 18.04.1959.

⁴⁰ Grütter: Die Bedeutung der Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 260.

⁴¹ Ebd.

⁴² SSA Ar 1.116.16, Protokoll des Parteitages in Winterthur, 27./28.06.1959, S. 182f.

⁴³ Ebd., S. 170.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Nowland Organisation: Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler, 1959, S. 9f. Da die Studie ihre Methodik abgesehen von Umfang und Ort ihrer qualitativen Interviews nicht darstellte, lässt sich der

soziologische Erklärungen für deren politisches Unbehagen vor: Dem Mitglied von allen dreien Kategorien gelinge es nicht, „sich da einzuordnen, wo er durch die Andern eingestuft wird“, aus der Angst, „diesem rasenden Fortschritt der Technik einmal nicht mehr folgen zu können, zurück zu bleiben, früher oder später übergangen und verdrängt zu werden durch Andere, besser informierte und moderner Ausgebildete, die sich leichter und rascher dieser Mechanisierung und Automatisierung anpassen können“.⁴⁶ Die Furcht vor dem eigenen sozialen Abstieg und/oder dem sozialen Aufstieg der Anderen würde das politische Verhalten dieser Wähler beeinflussen, beginnend damit, dass sie sich individuell und kollektiv nicht mit der Arbeiterbewegung und der SP identifizieren könnten:

„Hierin liegt auch der Grund, warum er sich nicht mehr gefallen lassen will, dass man sich *an ihn wendet als an den ‚armen Kerl‘*. Er will sich selber nicht so anerkennen und will sich auch nicht so angesehen wissen. Darum will er auch nicht zu einer Partei gehören, *die aus notleidenden Bedürftigen zu bestehen scheint und die Allüren von Kämpfern ohne Haltung und Zucht annehmen [sic]*. Auf keinen Fall will er in die *Gruppe der ‚Roten‘* eingeteilt werden, denn niemand ist so vulgär und so gewöhnlich wie diese.“⁴⁷

Um die sozialen und folglich politischen Unsicherheiten der peripheren Wähler zu beruhigen müsse hingegen die SP den Traum dieser Wähler, den „neuen und grossen Mittelstand“ erreichen zu können, ansprechen.⁴⁸ Die Studie empfahl also, auf den Klassenkampf als mobilisierende Kollektiverzählung zu verzichten. Die Partei solle die Wähler individuell ansprechen und sich dabei „im Lichte einer väterlichen Klugheit“ darstellen, ihr Programm in „einer ruhigen und würdigen Art“ erklären.⁴⁹ Hinter der Idealvorstellung der nivellierten Wohlstandsgesellschaft und des universalistischen Labels der Volkspartei basierten also die NOWLAND-Demoskopen (und mit ihnen die SP-Parteikader) ihre Herangehensweise an den Wahlkampf auf einer differenzierten Diagnose der Unsicherheiten und Zurücksetzungsängste intermediärer sozialer Klassen ihrer Zeit.

Im rechten Parteispektrum stützte sich der Versuch, als Volks- und nicht mehr als Wirtschaftspartei zu gelten und dabei die eigene repräsentative Legitimität zu erweitern oft auf dem stark symbolisch aufgeladenen Sammelbegriff des Mittelstandes. Sehr ähnlich wie bei früheren Plakaten, stellte das BGB-Wahlplakat von 1959 beispielsweise eine dreiteilige Zusammensetzung rund um die Bauern, das Gewerbe und die Bürger dar, mit dem Foto dreier männlicher Hände, die gemeinsam drei verknotete Leinen halten (Abbildung 1).⁵⁰ Die Partei betonte aber mehr denn je den Mittelstand als positive

Ursprung dieser Kategorien nicht verorten. Wie Adrian Zimmermann bemerkt, definierte die SP damit eigentlich die (qualifizierte) Arbeiterschaft als ihre weiterhin selbstverständliche Kern- oder Stammwählerschaft. Zimmermann: *Von der Klassen- zur Volkspartei?*, 2007, S. 105.

⁴⁶ Nowland Organisation: *Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler*, 1959, S. 18; 96.

⁴⁷ Ebd., S. 105f.

⁴⁸ Ebd., S. 106.

⁴⁹ Ebd., S. 109.

⁵⁰ Die drei Stände sind relativ leicht zu erkennen: Bürgerliche oder unabhängige Berufe – die oberste Hand trägt einen Ehering und der dazugehörige Arm eine Armbanduhr, ein Hemd und ein schwarzes Jackett; Gewerbetreibende – der mittlere Arm trägt ebenfalls eine Uhr, diesmal ist dazu aber nur eine graue, einfache Jacke sichtbar; und die unterste Hand, die die Bauern repräsentiert, ist nackt. Auf einer Postkarte der Zürcher BGB wurde das Bild übernommen und durch die Legende „Zäme hebe“ verdeutlicht. PA SVP ZH W 1959,

Identifikationsgruppe für breite Gesellschaftsschichten und sogar als regelrechte Ideologie der „Mitte“ jenseits ihrer traditionellen Standespolitik, wie die französischsprachige Erklärung zu diesem Begriff in Kurt Guggisbergs Broschüre zur Mittelstandspolitik für den Wahlkampf von 1959 nahelegt:

„C'est pourquoi il est question de *la classe moyenne* et non des classes moyennes, comme l'expression est communément employée de nos jours. Car, la classe moyenne, traduction exacte de l'allemand ‚Mittelstand‘, représente le *centre* auquel se rattachent *différentes catégories d'individus, diverses professions*, comme par exemple, celles des arts et métiers, de l'agriculture, des salariés (fonctionnaires, employés, etc), des professions indépendantes, les petits rentiers, etc.“⁵¹

Als sich viele Parteiliten zunehmend vom Bauernmilieu entfernten, kam auch Kritik an der oft verwendeten, vereinfachenden Bezeichnung „Bauernpartei“ zur Sprache. In diesem Sinne beurteilte der Präsident Walter Siegenthaler die zukünftige Strategie:

„Insbesondere in landwirtschaftlichen Belangen wird sich die Partei einer klaren und deutlichen Sprache zu bedienen haben, *ohne jedoch dabei in einseitig landwirtschaftliche Politik zu verfallen*. Es ist namentlich Wert darauf zu legen, *eine einheitliche Politik der Mitte* zu konzipieren, was bekanntlich nicht immer sehr leicht fällt.“⁵²

Andere Parteikader betonten hingegen die zentrale Bedeutung der Bauern für die Partei und manche Kantonalparteien beharrten hauptsächlich auf ihrer traditionellen bäuerlichen Interessenvertretung. Für die waadtländische Partei war es beispielsweise zentral, eine ländliche Partei zu bleiben sowie möglicherweise weitere Gesellschaftsgruppen auf dem Land anzuziehen.⁵³ Abgeleitet aus dieser Situation sah auch der Nationalrat Rudolf Reichling in der Vernachlässigung der Landwirtschaft eine Gefahr:

„Auch ich bin der Ansicht, dass wir nicht einseitig Agrarpolitik zu betreiben haben, immerhin *dürfen wir sie in keiner Weise vernachlässigen oder als zweitrangig behandeln*. Alle andern Parteien stürzen sich nämlich vor allen wichtigen Wahlen jeweils auf das *Stimmenreservoir der landwirtschaftlichen Bevölkerung* und machen plötzlich für einen Augenblick in Agrarpolitik [sic].“⁵⁴

Während die Kategorie der Bauern arithmetisch an Bedeutung verlor, beschäftigten sich die Parteikader in Hinblick auf die Wahlen tatsächlich viel mit der Agrarpolitik. Die FDP beispielsweise rief Ende 1958 in Hinblick auf die kommenden Wahlen eine Kommission zu Landwirtschaftsfragen ins Leben, deren Ziel es war, diese „vorerst rein intern [zu behandeln], da sonst andere Parteien (KK!), die ebenfalls einen Bauernflügel aufweisen, über uns herfallen werden“.⁵⁵ In diesem Wahlkampf nahm

Postkarte „Zäme hebe“, [1959]; vgl. NB SNL_POL_563, Fischer-Corso, Heini: Für den Mittelstand, Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, BGB, Plakat, 1954.

⁵¹ PA SVP BE 6.2.19, Guggisberg, Kurt: Fondement idéologique de la classe moyenne, Notice des traducteurs, 1959. Für die deutsche Aufgabe des Textes: Guggisberg: Die kulturellen Grundlagen des selbstständigen Mittelstandes, 1956; Guggisberg: Grundzüge des mittelständischen Denkens, 1962.

⁵² PA SVP BE 1.62.3, Zentralvorstand, 26.06.1959.

⁵³ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 6.11.1959.

⁵⁴ PA SVP BE 1.62.3, Zentralvorstand, 26.06.1959.

⁵⁵ BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 8.11.1958.

zudem auch die FDP die Vertretung des Mittelstands für sich in Anspruch, wie im Vorwort zur Wahlbroschüre „Freisinnige Gedanken zur schweizerischen Mittelstandspolitik“ deutlich wird:

„Die politische und wirtschaftliche Entwicklung während der letzten Jahre hat auch in unserem Land zu verschiedenen Wandlungen geführt [...] Eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist das Problem des *Mittelstandes*. Dieser ist *wie vor hundert Jahren Hauptträger des Bundes, hat aber durch die Entfaltung der modernen Wirtschaft neue Elemente erhalten*. Sie aufzunehmen und im Sinne bester mittelständischer Gedanken einzuordnen, ist unserer Partei aufgetragen.“⁵⁶

Unter dem Mittelstand schloss die FDP ihrerseits Landwirte, Handwerker, Gewerbetreibende und Freierwerbende zusammen, aber auch „unsere Angestellten und Arbeiter“ oder „unsere Beamten“.⁵⁷

Ob unter dem Banner der Volks- oder demjenigen der Mittelstandspartei waren also die Wahlkampfstrategien der Parteien 1959 vom Versuch geprägt, in einem sich schnell wandelnden sozialen Kontext neue Wählerschichten zu erschliessen und zugleich ihre parteipolitische Legitimitätsbasis durch breite Wahlappelle über die traditionelle Klassen- und Interessenvertretung hinaus zu erweitern. Die Strukturierung der sozioökonomischen Identitäten hatte sich in dieser Zeit aber noch nicht grundlegend geändert, was heisst, dass den Parteien für die konkrete Mobilisierungsarbeit hauptsächlich die traditionellen Übertragungsriemen in Richtung der von ihnen anvisierten Berufsgruppen zur Verfügung standen, nämlich die Berufsverbände und Gewerkschaften. Während die landesweiten Wahlkampagnen immer stärker universalistisch angelegt wurden, adressierten kantonale Parteien weiterhin gezielt Berufsgruppen – wie die Berufsverbände selbst es auch für die Promotion ihrer eigenen Kandidierenden taten. Im Kanton Waadt lieferten sich die FDP und die SP beispielsweise einen Inserate- und Briefwettbewerb um die ihnen nahestehenden Arbeiter, Staats- und Privatangestellten und um „Intellektuellen“.⁵⁸ Dass die diskursive Öffnung der parteipolitischen Zielwählerschaften vorwiegend symbolisch funktionierte, zeigte sich schliesslich in ihrer geringen Wirkung auf die Wahlergebnisse, welche zumindest bis 1967 höchst stabil blieben. Die SP erhielt weiterhin ihre Stimmen mehrheitlich von (qualifizierten) Arbeitern (61% bei den Wahlen von 1963), während Angestellten den Freisinn vorzogen (26% bzw. 44%).⁵⁹

Volksparteien in Worten und Praxis

Die Selbstdarstellung als kategorienlose, universalistische Volksparteien setzte sich bei den vier Bundesratsparteien in den kommenden Jahren durch, wie zunächst in den Parteireformen der CVP und

⁵⁶ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Freisinnige Gedanken zur schweizerischen Mittelstandspolitik, Bern 1959, S. 2.

⁵⁷ Ebd., S. 7.

⁵⁸ ACV PP 552/204, Inseratenentwürfe, [1959]; Inserat „Ouvriers, employés! Votez la liste radicale“, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 29.10.1959; ACV PP 225/20, Brieftexte, [1959]. Die Zürcher BGB ihrerseits sendete Briefe an zahlreiche Kategorien: Gewerbler, Garagisten, Ärzte, Apotheker, Lehrer, Kantonspolizisten, Bürgerschaftnehmer oder Holzproduzenten. PA SVP ZH Parteileitung, Brief der Zürcher BGB an Mitglieder der Parteileitung, 22.10.1959.

⁵⁹ Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 228.

der SVP deutlich wurde. Die parteipolitischen Strategien im Wahlkampf von 1971 adressierten die üblichen sozioökonomischen Unterscheidungslinien zwischen den Wählenden erstaunlich wenig. Auch wenn die Umfragen für diesen Wahlkampf sozioökonomische Identitäten berücksichtigten, so entfernten sie sich doch von früheren, breiten Kategorisierungen in Klassen und nahmen feinere Unterscheidungsmerkmale wahr. Die WEMA-Umfrage für die CVP bat die Adressaten beispielsweise darum, sich auf drei Dimensionen selbst einzuordnen: „Besitz-Nicht-Besitz (Hauseigentümer - Arbeiter, arme Leute)/ Abhängigkeit-Unabhängigkeit (Mieter - Unternehmer)/ Erhaltung-Wandel (ältere, religiöse Menschen - junge Menschen)“, kam aber zum Schluss, dass die religiöse Praxis für die Wahl der CVP am wichtigsten sei.⁶⁰ Auch in ihrer Kommunikation sprachen die Parteien die traditionellen sozioökonomischen Identitäten wenig an; a minima bauten sie ihren Volkspartei-Charakter darauf. In einer Broschüre für die Jugendlichen distanzierte sich die FDP davon, eine „Unternehmerpartei“ zu sein und beschrieb sich „als echte freiheitliche Volkspartei, die politische Heimat von immer mehr Arbeitern und Angestellten“.⁶¹

Auch die SP-Kommunikationslinie entfernte sich seit dem Programm von 1959 immer stärker von ihrem historischen Bekenntnis zur Arbeiterbewegung zu Gunsten einer möglichst kategorienlosen Ansprache der Wählenden. Die kurzfristige Renaissance der klassenkämpferischen Orientierung im Zuge des Neomarxismus Mitte der 1960er Jahre machte bald den vielfältigen Anliegen der 68er Generation, vom Umweltschutz bis zum Feminismus, Platz, welche traditionell wirtschaftlich basierte Mobilisierungskonzepte in den Hintergrund rückten. Beim SP-Wahlkonzept für 1971 spielte zudem eine Analyse der Prestige-Bedürfnisse der Wählenden auf der Linie der NOWLAND-Studie eine Rolle: „une large couche de travailleurs est indifférente à la politique, est rebutée, choisit un parti bourgeois pour des motifs de prestige, juge bon de renforcer la pseudo-opposition de l'Alliance ou prête l'oreille aux théories nationalistes-chauvinistes.“⁶² Bei diesen „Randschichten der Wählerschaft“ und besonders bei den „höheren“ Angestellten sollte sich deshalb die SP als achtenswerte, „wertvolle Alternative“ darstellen.⁶³ Hingegen meinten die Zürcher Sozialdemokraten Karl Gmünder und Sebastian Speich, dass die SP der Spannungsstrategie der „Nationalen“ klar entgegenzutreten sollte, da ansonsten die Schweizer Arbeiterschaft „aus dem Solidaritätsdenken noch stärker herausmanövriert“ würde.⁶⁴

Im Kontrast zu den sich auf sozioökonomischer Ebene wenig unterscheidenden Werbekonzepten mobilisierten die parteipolitischen Akteure weiterhin entlang der traditionellen beruflichen Linien,

⁶⁰ StABS 947 D17.1, Generalsekretariat der CVP: Vertraulicher Bericht, Das politische Bewusstsein in der Schweiz, 1970.

⁶¹ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Junge stellen heisse Fragen an den Freisinn, 1971.

⁶² ACV PSV PP 225/41, SP-Zentralsekretariat: Document stratégique sur les élections, [1971].

⁶³ Ebd.

⁶⁴ ACV PP 225/37, Sekretariat SP Zürich (Karl Gmünder/Sebastian Speich): Analyse der Schwarzenbach-Initiative II, 1970.

zum Beispiel mittels Briefen an gezielte Berufsgruppen.⁶⁵ Die Strategien der Werbeberater schienen insofern noch weit von den Vorstellungen sowie Praktiken der Parteiakteure entfernt, insbesondere auf kantonaler Ebene. Bei einer Partei wie der SVP erklärt zudem die mangelnde Zentralisierung der Wahlstrategien auf nationaler Ebene die immer grössere Heterogenität der Zielgruppen hinter der neuen Ausrichtung als Volkspartei. Die zunehmend urbane Zürcher SVP stellte sich immer mehr als „Mittelstandspartei“ dar, eine Bezeichnung, die sie 1966 noch als Zusatz in ihrem Namen führte (SVP-Mittelstandspartei). Die Kantonalpartei versuchte, breite Wählerschaftskategorien anzusprechen, wobei sie oft in das frühere segmentierte Denken zurückfiel, so z.B. in einem Appell des Parteiorgans *Zürcher Bauer*, welcher sich an „Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Mieter und Vermieter, Produzenten und Konsumenten, Arbeiter und Akademiker, Junge und Betagte, Protestanten und Katholiken, also Frauen und Männer aller Altersgruppen und Einkommensklassen“ richtete.⁶⁶ Hingegen adressierte die waadtländische BGB in ihrer Kampagne noch vorzugsweise die Bauern.⁶⁷ Nach den Wahlen anerkannten jedoch manche Kader der Kantonalpartei trotz den nur leichten Stimmenverlusten, dass die Partei sich aufgrund des unvermeidlichen demographischen Rückgangs der Bauernbevölkerung an neue Kategorien wenden sollte. Andere beklagten hingegen den mit dem neuen eidgenössischen Parteienamen verwirklichten Verlust der bäuerlichen Parteiidentität.⁶⁸ Selbst wenn viele Parteiakteure 1971 den Wunsch teilten, sich noch weiter von der klassen- und interessenbasierten Politik abzulösen, entsprach dies also wieder mehr einer diskursiven Selbstdarstellung als der tatsächlichen Kartographie der Mobilisierung in diesem Wahlkampf.

Konkurrenz um die „neue Mitte“

Ab Mitte der 1970er Jahre brachten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und, als Reaktion darauf, die international neu auftauchenden Heilsversprechen des Neoliberalismus eine Rückkehr wirtschaftlich basierter Konfliktlinien und somit sozioökonomischen Identitäten in den politischen Diskurs mit sich. Sie waren sogar die Basis der verstärkten Wettbewerbsorientierung zwischen den Parteien. So wollte die FDP nun die Angestellten und Arbeiter – den „unselbständigen Mittelstand“ – besonders erreichen.⁶⁹ Dafür versuchte sich die Partei als sozial darzustellen, platzierte, anders als 1979, die Anliegen der Arbeitnehmer an zweiter Stelle ihrer „Zielsetzungen 83/87“ und sprach diese Gruppen mittels gezielter Inserate an.⁷⁰ Damit erhoffte sich die Partei ihr Image als Partei der Oberschichten und des „Weniger Staat“ abzumildern, welche diese Wählende laut einer von der Partei im Auftrag

⁶⁵ ACV PP 552/208, Brief der waadtländischen FDP an die lokalen Propagandaverantwortlichen, 12.08.1971.

⁶⁶ *Zürcher Bauer*, 28.09.1971, zitiert nach Skenderovic: *Bauern, Mittelstand, Nation*, 2013, S. 62.

⁶⁷ ACV PP 175/6, Wahlausgabe von *Le Pays vaudois*, 28.10.1971.

⁶⁸ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 21.12.1971.

⁶⁹ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Entwurf Wahlstrategie 1983, Juli 1982.

⁷⁰ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Zielsetzungen 83/87, 1983; Wie sieht die Bilanz der Parteien von 1979 bis 1983 aus? Zur FDP meinen wir: „Mittelmass“, in: *Schweizer Illustrierte*, 03.10.1983; Inserat „Je suis employé et radical“, in: *Tribune - Le Matin*, 11.09.1983.

gegebenen GfS-Studie tendenziell in den „Schmollwinkel“ treiben würde.⁷¹ Dabei war die Konkurrenz zwischen den bürgerlichen Parteien in Bezug auf die urbanen Mittelschichten besonders akut, deren soziale Positionen weniger als zuvor segmentiert waren und deren parteipolitischen Loyalitäten in Bewegung schienen. Während die neoliberale Positionierung der FDP, insbesondere die Kritik der Steuern und der Bürokratie, eine erste Offensive in diese Richtung darstellte, reagierte die CVP defensiv, indem sie ihren eigenen Repräsentationsanspruch auf den (katholischen) Mittelstand verteidigte. Nach der Gründung der AWG ein Jahr zuvor sah die Partei für die Wahlen von 1983 einen stärkeren Fokus auf Kleinunternehmern und Gewerbetreibende vor, welche die Partei andernfalls an die anderen bürgerlichen Parteien verlieren würde.⁷² Dieser Perspektive entsprang die ambitionierte Kampagne der kleinen waadtländischen CVP, die gezielt Briefe an Leiter von Kleinunternehmen in der Industrie und im Gewerbe sandte, in denen sie sich gegen die „Illusionen“ des FDP-Slogans richtete.⁷³

Auch die SVP befand sich in diesem nun offenen Wettbewerbsfeld um bürgerliche Mittelschichten, wobei Mutter- und Kantonalparteien divergierende Strategien verfolgten. Die nationale Partei blieb bei ihrem insbesondere seit 1976 eingeleiteten Öffnungskurs in Richtung Arbeitnehmer, Junge und Frauen und weg vom traditionellen Mittelstandsleitbild treu.⁷⁴ Für den Wahlkampf pries der Präsident der Schweizer SVP, Fritz Hofmann, ihren ausgewogenen Volkspartei Charakter: ihre Zusammensetzung sei nun Abbild der schweizerischen Bevölkerung, mit drei Fünfteln Arbeitnehmern, einem Fünftel Selbständigerwerbenden und einem Fünftel Bauern.⁷⁵ Jedoch setzte die waadtländische SVP ihrerseits die *mobilizing*-Strategie bei ihrer traditionellen Wählerschaft fort: Als Wahlkampfmassnahme empfahl beispielsweise die kantonale Leitung den Kandidierenden, kurz vor den Wahlen Briefe an Bauern und Selbstständige zu schicken.⁷⁶ Wieder einigten sich die Parteikader erst nach den Wahlen darauf, dass die Zukunft der Partei doch „ausschliesslich in der Öffnung“ liege, weshalb die Partei sich nun vom bäuerlichen Anhängsel „PAI“ (Paysans, artisans et indépendants) in ihrem Namen verabschieden sollte.⁷⁷ Die nach rechts tendierende Zürcher SVP hingegen orientierte sich immer stärker in Richtung einer offensiven *chasing*-Strategie, jedoch – anders als die Schweizer Partei – in Richtung der konservativen urbanen Mittelschichten, welche auch die FDP und im geringeren Masse die CVP anvisierten. Seit Ende der 1970er Jahre zielte die Strategie des Parteipräsidenten Christoph Blocher auf eine doppelte Zielwählerschaft: einerseits die breit verstandenen Mittelschichten des Kantons,

⁷¹ BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980; StAZH WII 13.711, GfS (Projektleiter: Werner Ebersold): Das Image der FDP und anderer politischen Parteien im Jahre 1982, Juni 1982.

⁷² PA CVP CH W (3), Kuhn, Viktor: Marketing/Werbung. Praktische Vorschläge im Hinblick auf die Parteiarbeit in der Westschweiz und gesamtschweizerische Vorbereitung für die Wahlen 1983, 5.01.1982.

⁷³ ACV PP 985/23/1, Parti démocrate-chrétien vaudois: Lettre aux indépendants, [1983].

⁷⁴ PA SVP BE 6.2.44, Graf, Hans-Peter: Konzept für die Nationalratswahlkampagne 1983, Februar 1983.

⁷⁵ Die Schweizerische Volkspartei propagiert „small is beautiful“, in: Basler Zeitung 14.10.1983.

⁷⁶ PA SVP VD 4.2, Rencontre des candidats au Conseil National, 9.06.1983.

⁷⁷ PA SVP VD 4.2, Comité directeur, 29.11.1983.

andererseits weiterhin die Landwirtschafts- und Gewerbetreibende, welche in der Parteibasis immer noch dominant waren.⁷⁸ Zu diesem Zweck bot sich der von der Schweizer SVP vernachlässigte Mittelstandsbegriff als historisches, positives Identifikationsbild und ideologische Positionierung im vermehrt polarisierten politischen Feld an. Die Bollwerkfunktion des Mittelstandes rund um die Bauern gegen die „linksextreme Flut“ wurde in diesem Sinne wieder betont.⁷⁹ Die Neudeutung des Mittelstandsbegriffs in diesem Kontext war breit gehalten: es handle sich um alle, welche „von ihrer tagtäglichen Arbeit leben“, und sich „zum Grundsatz der Eigenverantwortung, der persönlichen Initiative und des Selbstbehauptungswillens bekennen und die nicht alles Heil vom Staat erwarten“.⁸⁰ Dafür könne sich die Partei als „andere Arbeiternehmerpartei“ auch an die Arbeitnehmer wenden müsse, diese aber als verantwortungsvolle Bürger und nicht als Proletarier ansprechen.⁸¹ So stellte Christoph Blocher sogar den Repräsentationsanspruch der SozialdemokratInnen auf die ArbeiterInnen in Frage, wie in einem Interview Anfang 1983: „Tonangebend ist der Flügel der Salonlinken, welche die berechtigten Anliegen der ehemaligen Sozialdemokraten verlieren. Sie haben es dazu gebracht, dass die SP die Aufgaben nicht mehr wahrnimmt.“⁸²

Die SP ihrerseits beanspruchte zwar weiterhin die Repräsentation der ArbeiterInnen und pflegte ihre Verhältnisse zu den Gewerkschaften.⁸³ Nostalgisch schauten sich sogar die Mitglieder des Parteivorstands den SP-Wahlkampffilm „Ein Werktag“ aus dem Jahre 1931 an, welcher den Arbeitstag von Schweizer ArbeitnehmerInnen aller Generationen zwischen Fabrik, Arbeitersiedlung und Schule als Illustration des historischen Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Kapitalismus darstellte.⁸⁴ Im Einklang mit der veränderten Soziologie ihrer Kader und Mitglieder seit den 1960er Jahren versuchte die Partei aber zunehmend diese Repräsentationssäule mit jener der „sogenannten neuen Mitte“ zu vereinbaren, welche für die SP laut dem Geschäftsleitungsmitglied Roger Biedermann „Sozialarbeitern, Intellektuellen, ect.“ entsprechen würde.⁸⁵ Das Ziel einer breiten, verbindenden Ansprache der Wählerschaft stiess dabei auf die Heterogenität der anvisierten Gruppen: Ein Wahlkonzept der Bundeshausfraktion unterschied beispielsweise zwischen nicht weniger als 16

⁷⁸ Anfang 1980 machten Bauern 25% der 10000 Mitglieder, Gewerbetreibende 20% und ArbeitnehmerInnen und Angestellte 45% aus, Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 62. Zu dieser Doppelstrategie vgl. auch Jost: Tradition und Modernität, 2007, S. 37.

⁷⁹ Wie beim Partei Jubiläum im Wahljahr 1979, Die Mitte, 14.09.1979, zitiert nach Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 55.

⁸⁰ Die Mitte, 26.01.1979, zitiert nach ebd.

⁸¹ Aktiver Mittelstand, Wahlzeitung der SVP für die Regierungs- und Kantonsratswahlen, [1979], zitiert nach Ebd., S. 59. Zur Fortsetzung dieser Diskussion um die ArbeiterInnen in den 1980er Jahren, Ebd., S. 108ff.

⁸² Konturenreiches Parteiprogramm der zürcherischen SVP. Programmatischer Holzschnitt nach Blocher-Art, in: Tages-Anzeiger, 13.01.1983.

⁸³ Die Mutterpartei regte bspw. bei den Kantonalparteien an, die kantonalen Gewerkschaftsakteure (ggfs. das Kartell) früh in die Kampagnenplanung zu integrieren, um ihr Mobilisierungspotenzial auszunutzen. ASTi FPC 01 63.2.2, Groupe de travail pour les élections 1983: Premières infos PSS sur la campagne électorale, 1.11.1982.

⁸⁴ SSA Ar 1.110.74, Parteivorstand, 8.04.1983. Zu diesem Film vgl. Länzlinger; Schärer: „Stellen wir diese Waffe in unseren Dienst“, 2009, S. 95ff.

⁸⁵ Ebd., Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

Kategorien, welche sowohl soziologische Gruppen als auch Typen von Wahlverhalten umfassten.⁸⁶ Die Herausforderung, im Wahlkampf eine politische Linie zu entwickeln, stellte sich dabei im Kontext der Opposition zwischen „rot“ und „grün“ oder zwischen Wirtschafts- und Umweltfragen.⁸⁷ Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage beharrten manche Kader auf einem Fokus auf Erstere, und daher, auf die ArbeitnehmerInnen als zentrale Zielgruppe. Am Parteitag schlug der Neuenburger Nationalrat René Felber in diesem Sinne Alarm, wobei er gleichzeitig versuchte, die verschiedenen Anliegen der Neuen Linken mit diesem Fokus zu vereinbaren:

„Camarades, dans les communes de mon canton, le plus durement touché de Suisse par la crise économique, sans que les travailleurs en soient [responsables, il] y a des *centaines d'hommes et de femmes qui doivent chômer*, qui constatent avec amertume que *leur travail, leurs qualités propres de travailleurs minutieux, consciencieux*, sont devenues tout à coup sans valeur, leur dignité foulée aux pieds. *Nous sommes un parti de travailleurs*. Nous devons penser aux travailleurs. Penser aux travailleurs *c'est aussi les faire vivre dans une société meilleure, plus juste, plus équilibrée*, qui aura su résoudre ses problèmes de survie, ceux de l'écologie, qui aura su résoudre aussi les graves problèmes de solidarité. Solidarité entre les cantons suisses, entre les travailleurs du pays, *mais aussi vis-à-vis de l'étranger, vis-à-vis du Tiers-monde...*“⁸⁸

Aufgrund dieser Spannungen behielt die Mutterpartei dabei breite Zielgruppen im Auge, während sich die konkrete Ansprache der Wählerschaft vom Kanton zu Kanton stark unterschied. Die Tessiner und Waadtländer Parteien orientierten sich vorwiegend in Richtung der Gewerkschaften als Stimmenreservoir und Mobilisierungsriemen und fokussierten insofern auf Wirtschaftsfragen.⁸⁹ Dies bedauerte jedoch eine Wahlstudie der Waadtländer SP nach den Wahlen: Die Kampagne habe damit keine „neue Sprache“ für die „neuen Wählerschaften“ (mittlere Führungskräfte, Konsumenten, Mieter, Angestellte, Rentner, Frauen und Jugend) gefunden.⁹⁰ Die Studie begründete dabei die Notwendigkeit einer Kursänderung weg vom engen Fokus auf die Stammwählenden (qualifizierte Arbeiter, Beamten, Mitglieder) mit dem Wandel der Arbeitsverhältnisse: „déplacement vers le tertiaire, gonflement des cadres, maintien d'une fraction non-qualifiée aussi bien dans le secondaire que dans le tertiaire (il est vrai souvent immigrée donc privée du droit de vote)“.⁹¹ Die Frage des Platzes der ausländischen ArbeiterInnen in der Arbeiterbewegung stellte sich dabei erneut, wo hingegen sie in den 1950-60er Jahren im Zuge der spalterischen Debatte um die sogenannte „Überfremdungsfrage“ weitgehend

⁸⁶ „a) membres du parti b) membres de syndicats c) travailleurs spécialisés d) fonctionnaires e) activistes critiques f) déçus [der Kategorien a) bis d), Anm. ZK] g) consommateurs h) locataires i) rentiers j) femmes k) Organisations sportives et culturelles l) jeunes primoélecteurs m) classe moyenne post-matérialiste n) autres partis o) fluctuants p) électeurs ‚au hasard‘“, PA SP VD E 1983, Rapport du Comité du groupe parlementaire: Conception de campagne électorale 1983, 17.02.1983.

⁸⁷ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

⁸⁸ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

⁸⁹ Le parti socialiste en campagne. Force et chaleur, in: 24 Heures, 29.09.1983; Appello elettorale, in: Libera Stampa, 19.09.1983.

⁹⁰ An dieser Studie arbeiteten der Soziologe Gérard de Rham, die Mitglieder Adrian Bavaud, Yvel Goël, Renée Janin und die Parteisekretärin Anne-Lise Bron. Sie stützten sich dafür auf VOX-Daten zu den Wahlen von 1979 und 1983 sowie auf eine quantitative Analyse der Kampagneninsere. ACV PP 225/165, Recherche sur l'impact électoral du PSV lors de la campagne pour les élections nationales de 1983, [1984].

⁹¹ Ebd.

unterschlagen worden war. Eine ähnliche Diskussion führte die intern tief gespaltene Zürcher SP als Reaktion auf ihre Stimmenverluste bei den Kantonalratswahlen von 1983. Sie stelle sich ebenfalls die Frage, welchen Teil der immer heterogeneren „arbeitenden Bevölkerung“ die SP vertreten solle, wenn nun die „Übergwändli“-Arbeiterschaft – Arbeiter im Overall – mit der Zunahme der Dienstleistungswirtschaft eine Minderheit darstelle.⁹² Noch grundsätzlicher fragte aber der provokative Nationalrat Hansjörg Braunschweig nach der gegenwärtigen Aufgabe der Sozialdemokratie, denn

„die Arbeiterschaft der Schweiz werde heutzutage nicht nur ausgebeutet, sondern beute selber aus (Randgruppen [Frauen, Jugendlichen, Ausländer, Anm. ZK], 3. Welt). [... Die Gewerkschaften, Anm. ZK] und auch Teile unserer Partei wollten nicht einsehen, dass sich der Klassenkampf heute nicht mehr vor allem am Arbeitsplatz abspiele, sondern auf den Gebieten der Friedenssicherung und des Umweltschutzes.“⁹³

Von den drei Kantonalparteien sprach die Zürcher SP tatsächlich diese Themen am deutlichsten an, und adressierte somit mehr die „neue Mitte“ als die traditionelle Arbeiterschaft.

Der Wandel der SP-Kampagnen zeigt dabei eindrücklich, wie der soziale Wandel die seit dem 19. Jahrhundert sorgfältig konstruierten Bilder der Arbeiterschaft als Zielwählerschaft allmählich hinfällig machte. Die Heraufbeschwörung des Fabrikarbeiters entsprach nicht mehr den Realitäten der seit 1973 wieder leicht zunehmenden Arbeitslosen, der (häufig stimmrechtslosen) ArbeiterInnen der Dienstleistungsbranche, aber auch der urbanen, oft akademisch ausgebildeten „neuen Mitte“. Die programmatische Öffnung der SP hin zu neuen Themen – Umweltschutz, Friedenssicherung oder Geschlechtergleichheit – sowie ihre Annäherung an entsprechende neue soziale Bewegungen war also auch eine bewusste, aber intern hart diskutierte Antwort auf pragmatische soziologische Überlegungen. Und diese mehr oder minder explizite Strategie schlug sich langfristig in den Wahlergebnissen nieder, wie die Politikwissenschaftlerin Line Rennwald zeigte: bereits ab den 1970er Jahren begann die Partei weitgehend die Unterstützung der ArbeiterInnen zu Gunsten jener der sogenannten soziokulturellen SpezialistInnen zu verlieren.⁹⁴

2. Religion repräsentieren: Glauben als Konfliktlinie oder verbindendes Erbe?

Weil sie für die Entstehung der Parteien im 19. Jahrhundert entscheidend war, galt die Konfliktlinie um den Platz der Religion in der Schweizer Politik lange als eingefroren, insofern als sie noch lange nach den heftigsten Jahren des „Kulturkampfes“ protestantisch geprägte, laizistisch-tendierende Freisinnige einerseits und Katholisch-Konservative andererseits gegeneinanderstellte. Inwiefern gründeten aber nach 1945 die Parteien, und darunter besonders die CVP, ihre Wahlstrategien auf die Unterscheidungsdimension der Religion?

⁹² SSA Ar 27.100.55, Parteivorstand, 17.05.1983.

⁹³ SSA Ar 1.110.74, Parteivorstand, 17.05.1983.

⁹⁴ Rennwald: *Partis socialistes et classe ouvrière*, 2015.

Relikte des Kulturkampfes?

Ähnlich wie die sozioökonomischen Identitäten führte die konfessionelle Verankerung der Parteien anlässlich des Wahlkampfes von 1947 auf den ersten Blick zu wenigen Diskussionen in den Parteien. Die KVP setzte den Fokus im Wahlkampf auf ihre eigene innere Einheit. Die Bischöfe riefen den Klerus dazu auf, die katholischen Männer zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht zu Gunsten der „einzigen grundsätzlich katholisch orientierten Partei“ zu ermuntern.⁹⁵ Wie in früheren Wahlkämpfen sprachen die Konservativen die Katholiken in ihren Wahlkampfmaterialien als natürliche Zielwählerschaft an: So plante die Zürcher Partei Handzettel für Kirchentüren, die dank dem Einsatz der Vertrauensmänner vor jedem Sonntagsgottesdienst im Oktober „jeden männlichen Kirchenbesucher mindestens einmal erreichen [sollen] und bezwecken 1. dass er zur Urne geht und 2. dass er unsere Liste Nr. 2 [die Liste der Zürcher Christlichsozialen Partei, Anm. ZK] einwirft“.⁹⁶ Die Flugschriften der Kantonalpartei sprachen Themen wie die Schulfreiheit an und wendeten sich an „katholischen Wähler“, ermunterten aber zugleich Katholiken (und Katholikinnen) dazu, diese auch in den Haushalten von gemischten oder gar protestantischen Ehen zu verbreiten, da „die mit uns sympathisierenden Protestanten und die mit Katholikinnen verheirateten Protestanten [...] sehr oft empfänglich [...] für unsere Ideen und Ziele [sind]“.⁹⁷ Denn manche KVP-Kader erwogen schon zu dieser Zeit eine Öffnung in Richtung „nichtkatholischer Kreise“, was beispielsweise durch Inserate in der Zeitschrift *Beobachter* erfolgen könne.⁹⁸ In seiner Rede am KVP-Parteitag stellte der Parteipräsident Josef Escher die Partei den Protestanten gegenüber als offen dar: „es haben immer positive Protestanten mit der Schweizerischen Konservativen Volkspartei mitgemacht und darin führende Stellungen bekleidet.“⁹⁹ Gleichwohl assoziierte er die Partei vorwiegend mit Katholiken aller Lebenslagen: „Es ist [...] klar, dass vorab *alle Katholiken der Schweiz*, wo sie immer sein mögen, in den katholischen Stammländern oder in der Diaspora, ob sie Bauern sind oder Arbeiter, Selbständigerwerbende oder Lohnempfänger, *zu uns gehören*.“¹⁰⁰ Zur sensiblen Frage, ob es eine religiös begründete Gewissenspflicht für Katholiken gäbe, die KVP zu unterstützen, gab Escher eine durchaus offene Antwort:

„Ein Katholik, dem es wirklich ernst ist um seine religiöse Überzeugung, der darf seine katholischen Grundsätze nicht auf das Privatleben beschränken, nein, der hat *die Pflicht, seine innerste Überzeugung auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens zur Geltung zu bringen*. [...] Die Partei befasst sich mit vielen andern Dingen, die mit Religion direkt nichts zu tun haben

⁹⁵ Runschreiben von Bischof Josef Meile (Sankt Gallen) an die Diözesansekretäre, 13.10.1947, zitiert nach Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 178.

⁹⁶ PA CVP ZH W 1947, Brief der Zürcher CSP an die Präsidenten der Bezirks-, Orts- und Kreisparteien, 15.10.1947. Für einen diachronen Vergleich der Wahlkampfauftritte der KVP im 20. Jahrhundert: Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 55ff.

⁹⁷ StAZH III Ao 2/2, Flugblatt „Katholischer Mitbürger!“, [1947].

⁹⁸ BAR J2.181 1987/52_21_178, Zentralkomitee, 12.07.1947. Diese von der SP inspirierte Wahlkampfmassnahme wurde aber aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen nicht angewendet.

⁹⁹ BAR J2.181 1987/52_28_347, Escher, Josef: Ziele und Aufgaben der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Rede am Parteitag in Zug, 7.09.1947.

¹⁰⁰ Ebd.

*und in diesen rein politischen Fragen kann auch der Katholik denken und stimmen, wie er will. Dagegen ist es jedem Katholiken verboten, einer politischen Partei beizutreten oder die Stimme zu geben oder in ihrem Sinne zu handeln, die Grundsätze und Forderungen vertritt, die mit der christlichen Sitte und Lehre im Widerspruch stehen.*¹⁰¹

Damit räumte Escher die Möglichkeit ein, dass Katholiken divergente Positionen zu politischen, nicht religiös geregelten Themen (wie in diesem Jahr zur AHV) einnehmen konnten. Während die Freisinnigen die Frage der Gewissenspflicht früher als Hauptkritik an der Staatstreue der KVP verwendet hatten, versuchten sie nun diese Aussage des Parteipräsidenten in Inseraten für sich zu nutzen, in denen sie basierend auf verstümmelten Zitaten von Eschers Rede Katholiken in die FDP einluden. Die Antwort der KVP darauf machte nun deutlich, dass die Partei als einzige „auch im öffentlichen Leben die Grundsätze des Christentums verfißt“, während die Kirche die Unvereinbarkeit zwischen Katholizismus und Liberalismus klar postuliert habe.¹⁰² Ähnlich erinnerte vor den Wahlen die Zeitung *Vaterland* an die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Christentum mit einem unkommentierten Zitat aus der Enzyklika *Quadragesimo anno* (Pius XI, 1931).¹⁰³

Die konfessionelle Frage blieb 1947 also eine Trennlinie zwischen den Parteien und bot noch einigen Zündstoff: Am offiziellen Besuch des Bundesrats in Rom anlässlich der Heiligsprechung von Bruder Klaus Anfang 1947 stiessen sich die Freisinnigen sehr. Sie zögerten jedoch, dies öffentlich als Bruch der Staatsneutralität zu kritisieren.¹⁰⁴ Die bissige Kritik der Sozialdemokraten an diesem Anlass hingegen lieferte den Konservativen Munition im Wahlkampf, um ihre Anhänger zur Verteidigung des Christentums zu mobilisieren.¹⁰⁵ In einigen Kantonen, oft jenen mit gemischten Konfessionsverhältnissen, prägte noch ein regelrechter Kulturkampf die Mobilisierungspraktiken der Parteien. In den Kantonen wo die Protestanten die Minderheit darstellten, nützte die FDP beispielsweise ihre Nähe zu den protestantischen Vereinen für ihre Wahlmobilisierung.¹⁰⁶ Trotz oder wohl eher dank der gegenseitigen Anfeindungen in der Öffentlichkeit gelang es katholischen und protestantischen Parteien in der Regel, die betreffenden bürgerlichen Wahlstimmen gut unter sich aufzuteilen. Nach den Wahlen reflektierte in diesem Sinne der Zürcher CSP-Sekretär das angespannte Wettbewerbsverhältnis mit den „katholikenfreundlichen Demokraten“, während die Partei mit den (protestantischen) Freisinnigen und Bauern eigentlich gut zusammenarbeiten könne.¹⁰⁷ Nur die kleine Evangelische Volkspartei (EVP) behalte starke „antikatholische Affekte“ bei.¹⁰⁸ Für die Partei konnte

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² BAR J2.181 1987/52_60_528, Communiqué: „Freisinniger Stimmenfang“, [1947].

¹⁰³ Sozialismus unvereinbar mit Christentum, in: *Vaterland*, 24.10.1947.

¹⁰⁴ BAR J2.322-01 2009/263_13_50, Geschäftsleitung, 2.04.1947.

¹⁰⁵ BAR J2.181 1987/52_60_528, Communiqué der KVP: „Katholiken gebt die Antwort mit dem Stimmzettel! 4 Jahre sozialistische Katholikenhetze“, [1947].

¹⁰⁶ Die Gewerkschaften leben nicht auf dem Mond, in: *Berner Tagwacht*, 30.09.1947.

¹⁰⁷ BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief der Zürcher CSP an das Sekretariat der KVP, 21.02.1948.

¹⁰⁸ Ebd.

dabei gerade diese Opposition die Mobilisierung der katholischen Wähler durch die Auslösung eines Minderheitsreflexes vereinfachen.

„Christliche Demokratie“ für alle Bürger?

Im Laufe der 1950er Jahre entschärften sich die Spannungen um die konfessionellen Fragen. Durch das Anstreben einer vereinten, konsensorientierten Gesellschaft schienen die bestehenden Relikte des Kulturkampfes zunehmend verpönt, und so verabschiedete sich die FDP 1959 in ihrem neuen Programm von ihrem alten Ziel der Verteidigung gegen den Ultramontanismus.¹⁰⁹ Auch wenn die konfessionelle Zugehörigkeit das Wahlverhalten noch wesentlich beeinflusste, stellte sich für die Parteien immer stärker die Frage, wie sie auf die konfessionelle Dimension in ihrer Wahlmobilisierung Bezug nehmen sollten. Sich von ihrer defensiven Haltung Ende der 1940er Jahre entfernend drückte sich das neue Selbstbewusstsein der Konservativen durch zunehmende Verweise auf die im Ausland erfolgreiche christliche Demokratie aus. Damit wendete sie sich in den Wahlen der 1950er Jahre auch vermehrt an „Christen“ und nicht nur an „Katholiken“, selbst wenn die Statuten von 1957 nicht darauf verzichteten, die Verteidigung der Schweizer Katholiken als Hauptaufgabe der Partei aufzuführen.¹¹⁰ Die Wahlen von 1959 wurden besonders unter der Parole der christlichen Demokratie und folglich der konfessionellen Öffnung angekündigt. Bereits bei der Delegiertenversammlung im September 1958, welche zum ersten Mal im protestantischen Basel stattfand, rief der Tessiner KCVP-Bundesrat Giuseppe Lepori deutlich zur Einigung von Katholiken und Protestanten auf:

„Dass Katholiken und Protestanten ein gemeinsames politisches Programm haben können, zeigt Deutschland, wo die Schaffung einer einzigen Partei es ermöglicht hat, *die Zugehörigkeit zum Westen zu behaupten, die christlichen Prinzipien aufrechtzuerhalten, die Stabilität der Regierungen zu gewährleisten und die lebenswichtigen Probleme der Nation zu lösen.* Ich will nicht so weit gehen, eine gleiche Lösung für unser Land zu fordern. Seine Geschichte scheint dies zu verunmöglichen... Aber wenn eines Tages die Umstände dies erfordern sollten, *so wird man an alle Menschen guten Willens appellieren müssen, alles Trennende auszuschalten...* Auch über die konfessionellen Schranken hinaus verlangt die geschichtliche Wirklichkeit unseres Landes den Willen zur Zusammenarbeit.“¹¹¹

Während die Möglichkeit einer Fusion mit der EVP im Sinne dieser Zusammenarbeit nur kurz im Gespräch stand, erfüllte die offensive Besetzung und Verwendung der christlichen Werte durch die KCVP die anderen Parteien mit Sorge. Diese setzten als Reaktion ebenfalls religiöse Themen auf ihre Wahlkampfagenda, sodass in diesem Wahlkampf die Bedeutung des Christentums – ob katholisch oder protestantisch – in der Schweizer Politik nahezu als Konsensthema erschien. Selbst die SP erkannte im neuen Parteiprogramm die historische Bedeutung christlicher Überzeugen an und richtete

¹⁰⁹ SSA KS 32/217, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz: Programm, 1959.

¹¹⁰ Dazu Allematt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 55ff. Diese konfessionsoffene Linie hatten insbesondere die westschweizerischen Konservativen gefordert, welche katholische Symbole oder Papst-Zitate in der Wahlpropaganda als verpönt kritisierten. Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 199ff.

¹¹¹ Lepori, Giuseppe: Abschlussrede an der Delegiertenversammlung des 8. und 9.11.1958, in: [Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz]: Standort und Grundhaltung, 1959, S. 22f.

Appelle an christlich gesinnte Wähler: Es gäbe einen engen Bezug zwischen dem Glauben und einem Engagement für die „soziale Frage“, denn „in diesem entscheidenden Punkt bestehen zwischen Sozialismus und christlichem Glauben keine unvereinbaren Gegensätze; auf weiten Strecken streben sie vielmehr dem gleichen Ziele zu“.¹¹² Die BGB ihrerseits organisierte Ende August 1959 eine Tagung über die „christlichen Grundlagen“ ihrer Politik, wozu „Interessierte aus Kirchen nahestehenden Kreisen“ eingeladen wurden. Für diese Partei stand dabei vor allem der Wettbewerb mit der in konfessionellen Fragen konservativeren EVP um protestantische Kreise im Mittelpunkt.¹¹³ Die FDP wiederum veröffentlichte eine Broschüre mit dem Titel „Thesen zur christlichen Politik“, welche „die Religion und Kirche als sittliche Fundamente des privaten und öffentlichen Lebens“ anerkannte und das Bekenntnis der FDP zu Glaubens- und Gewissensfreiheit betonte.¹¹⁴ Die Partei stellte sich als offen für „überzeugte Protestanten, Katholiken wie auch Anhänger anderer Konfessionen und Überzeugungen“ dar.¹¹⁵ Gleichwohl sprachen diese Thesen den „konfessionellen Parteien“ die Existenzberechtigung ab, da die „Verkonfessionalisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens“ die „nationale Gemeinschaft“ gefährden würde.¹¹⁶ Ferner empfahl das FDP-Sekretariat den Kantonalparteien ein intensiviertes, langfristiges Handeln als Reaktion auf die KCVP-Offensive. In protestantischen Kantonen sollten sich die katholischen, aber freisinnig gesinnten Wähler in speziellen Organisationen eingliedern; In katholischen Kantonen sollte die Partei als Gegenstoss vermehrt in den Wahlkampf eintreten.¹¹⁷ Im Kanton Zürich erschienen Inserate, die die katholischen Wähler adressierten und die Vorstellung einer religiös begründeten KCVP-Wahlpflicht bestritten: „Der katholische Bürger ist so frei wie jeder andere Bürger in der Ausübung seines verfassungsmässigen Wahlrechts.“¹¹⁸ Dieses Bestreiten des KCVP-„Monopolanspruches“¹¹⁹ auf katholische Wähler fiel umso leichter, als die Kirche selbst mittlerweile keine Wahlparolen mehr für eine Partei abgab. Obschon er die päpstlichen Worte zur Auswahl von christlich gesinnten, führungsfähigen Männern zwecks des Durchbruchs des „christlichen Gewissens“ in Erinnerung rief, zeigte sich auch der Schweizerische Katholische Volksverein im Wahlkampf zurückhaltender als zuvor und begründete dies folgendermassen: „Das Schweigen der kirchlichen Verbände in parteipolitischen Angelegenheiten darf nicht als Grundsatzlosigkeit gedeutet werden, sondern als *kluge Zurückhaltung im Belangen des öffentlichen Lebens*, in denen christliche Grundsätze und persönliche Interessen miteinander verbunden sind.“¹²⁰ Die ersten Schritte der KCVP in Richtung

¹¹² „Sozialdemokratie und christlicher Glaube“, in: Volksrecht, 5.09.1959.

¹¹³ PA SVP BE 1.62.3, Communiqué „Christ und Politik“, 28.08.1959.

¹¹⁴ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, FDP: Thesen zur christlichen Politik, 1959.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, kluge Zurückhaltung: Lignes directrices pour la politique du Parti radical durant 1959, Juni 1959.

¹¹⁸ Inserat „Ein offenes Wort an die katholischen Wähler“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ BAR J2.181 1987/52_63_532, Mitteilungen des Generalsekretariates des SKVV, 1.02.1959.

einer konfessionellen Öffnung fielen nämlich zur gleichen Zeit wie die Abkoppelung des katholischen Handlungssystems von ihr.

Die meisten Reaktionen gegen die KCPV-Kampagne aus dem protestantischen Lager bezogen sich dabei auf die protestantischen Wähler selbst, welche die KCPV nun an sich zu binden versuchte. Persönlichkeiten aus protestantischen Organisationen zweifelten öffentlich an der Offenheit der „christlichen Politik“ der KCPV, welche schlussendlich doch nur katholisch sei und dem reformierten Glauben keinen Platz lassen würde.¹²¹ Ohne klare Wahlgebote zu äussern, wurde damit den protestantischen Wählern klar davon abgeraten, sich der KCPV anzuschliessen. Schlussendlich brachte die neue KCPV-Linie also mancherorts eine Rückkehr kulturkämpferischer Töne seitens der protestantischen Parteien, ob säkular (FDP) oder konfessionell (EVP, zum Teil auch BGB). Damit bezweckten sie, antikatholische Affekte protestantischer Wähler für sich zu mobilisieren, was der EVP neue Stimmen und sogar ein zweites Nationalratsmandat in Zürich brachte.

Dabei gab es innerhalb der KCPV selbst keine klare Linie, ob das Bekenntnis zur christlichen Demokratie wirklich an neue protestantische Wähler adressiert war oder ob sie weiterhin vor allem katholische Stammwähler überzeugen sollte. Manche kantonalen Parteiakteure kritisierten die Vernachlässigung der traditionellen katholischen Identität als Bindeglied für Katholiken, und sahen sich darin durch die Stimmenverluste der Partei bestätigt.¹²² In seinem Wahlbericht antwortete Rosenberg auf diese Kritik und verdeutlichte dabei die ambivalente Neuorientierung der Partei zwischen *mobilizing* und *chasing*. Die nur halbwegs guten Ergebnisse der Partei seien einfach durch die Demographie zu erklären: Der Stimmenzuwachs der 1950er Jahre dank der Bedeutungszunahme der Christlichsozialen in den Diasporakantonen habe sein Ende gefunden, was die neue Ausrichtung der Wahlkampagne nötig mache. Die Öffnung in Richtung Protestanten sei ohnehin eine historische Tradition der Partei, welche „nie eine konfessionelle Partei nur der Katholiken“ war.¹²³ Dabei könnten wohl, so Rosenberg, die Katholiken die Hauptzielgruppe der Partei bleiben: Die neue Wahlparole hindere sie nicht daran, „die katholischen Christen als Katholiken anzusprechen überall dort, wo dies zum Erfolg nötig ist“, „Protestanten, die sich dadurch abgestossen fühlen sollten, gehören kaum in unsere Partei“.¹²⁴ Die Verteidigung der schweizerischen Katholiken und insbesondere die Anfechtung der Ausnahmeartikel zum Verbot der Jesuiten in der Schweiz gehörte weiterhin zum Kern der KCPV-Existenzberechtigung. Viele Wahlkampfmaterialien sprachen weiterhin direkt Katholiken an. So

¹²¹ Klarstellung zur „christlichen Politik“. Eine Stimme aus dem Protestantischen Volksbund, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.10.1959.

¹²² Vgl. Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 208.

¹²³ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961. Die Partei rief in diesen Jahren häufig die Geschichte ihrer Entstehung und ihrer Namensgebung im Jahre 1912 in Erinnerung – der Name „Konservative Volkspartei“ sei gerade aus dem Grund gewählt worden, um die konfessionelle Öffnung für alle Konservativen anzudeuten.

¹²⁴ Ebd.

wendete sich die KCVP in einem französischsprachigen Wahlaufufruf zwar an „concitoyens“, beanspruchte aber deren Repräsentation klar entlang einer konfessionellen Linie: „*En votre nom, nous réclamons ce que la démocratie laïque nous a refusé: égalité de droit par la suppression des injustes articles d'exception, incompatibles avec un Etat fondé sur le droit*“.¹²⁵ Vielmehr als eine angebotene Hand an protestantische Wähler stellte die christliche Demokratie für Rosenberg ein positives Mantra zur Stärkung der Partei in all ihrer Heterogenität dar. Katholiken sollten damit endlich aus dem „Ghetto“ aussteigen können:

„Heute ist nicht nur die Zeit defensiver Abwehr vorbei – heute sind alle Christen, welcher Konfession sie auch immer angehören, zur Verteidigung – nicht mehr bloss selbstverständlicher persönlicher Rechte – sondern zur *Verteidigung des christlichen Abendlandes* im positiven, konstruktiven Einsatz aufgerufen: im schweizerischen Frontenabschnitt dieses Abendlandes! Deshalb ist auch die Zeit der Abschränkung und der Ghetto-Mentalität vorbei.“¹²⁶

Gerade mit der vollzogenen politischen Integration der Katholiken schwächte sich aber die Notwendigkeit und Legitimität des politischen Katholizismus ab. Während einige Kantonalparteien, zum Beispiel in der Diaspora, noch einige Jahre an ihrer „katholischen“ Identität festhielten, gab die Mutterpartei selbst bald ihre doppelte Ansprache der „Christen“ und „Katholiken“ in Wahlen auf: Bereits 1963 wendete sie sich an „alle Bürger guten Willens“, um ihren säkularisierten, breit gehaltenen Slogan „Mit uns die Zeit gestalten!“ zu erfüllen.¹²⁷

CVP weiterhin als Katholikenpartei?

Nach dem definitiven Bekenntnis der Partei zu einer konfessionsoffenen Linie mit der Parteireform von 1970 bot sich für die CVP der Wahlkampf von 1971 an, um ihr bestehendes Image als Katholikenpartei zu korrigieren und ihre *chasing*-Strategie in Richtung protestantischer Wählender in den Ballungszentren des Mittellandes fortzusetzen. Gerade die Zürcher Partei stellte aber bereits fest, dass es ihr bis jetzt nicht gelungen sei, „den Wählerkreis auf nichtkatholische Kreise auszudehnen“.¹²⁸ Nun stellte selbst die Mobilisierung der katholischen Stammwählerschaft, insbesondere jene der jungen Generation, eine neue Herausforderung dar.¹²⁹ Die WEMA-Umfrage identifizierte immerhin die Selbsteinordnung als „religiös“ als bedeutendstes Merkmal für CVP-Sympathisanten.¹³⁰ Neben ihrer Offensive in Richtung protestantischer Wählender benutzte die CVP somit weiterhin eine *mobilizing*-Strategie, um die älteren, praktizierenden KatholikInnen zur Urne zu bringen.

¹²⁵ Ebd., Inserat „Tous aux urnes! Pour une démocratie chrétienne et la justice dans la liberté“, 1959. Vgl. dazu auch Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, 205.

¹²⁶ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Christliche Politik – unsere Aufgabe und Verpflichtung, Herbst 1959.

¹²⁷ Vgl. zu den 1960er Jahren als Übergangsphase, Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 208.

¹²⁸ PA CVP ZH W 1971, o.A.: Statistik Wählerzahlen CVP 1967-71, [1971].

¹²⁹ BAR J2.181 1987/52_25_280, Reinhardt, Urs: Das Selbstverständnis der Partei und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, Exposé vor dem leitenden Ausschuss, 22.06.1970.

¹³⁰ StABS 947 D17.1, Generalsekretariat der CVP: Vertraulicher Bericht, Das politische Bewusstsein in der Schweiz, 1970.

Paradoxerweise wandten manche Kantonal- und Lokalparteien dafür gerade die bisher üblichen Mobilisierungspraktiken auf Basis der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche an, welche die Parteireform verändern sollte: Sie stützten sich beispielsweise auf das Verzeichnis der katholischen Stimmfähigen einer Gemeinde (Stimmregister oder Steuerrodel der Kirche) oder planten, Wählende nach dem Gottesdienst zu erreichen.¹³¹ Ein solcher Rückgriff auf praktizierende KatholikInnen führte aber zu „innerkirchlichen Streitigkeiten“ gerade in Bezug auf die politische Positionierung, wie die Zürcher CVP 1971 desillusioniert feststellte.¹³² Im Laufe der 1970er Jahre wurde immer offensichtlicher, dass die Mobilisierung für die CVP allein aufgrund der konfessionellen Identität, der traditionellen Parteitreu und den alten Erinnerungen an den Kulturkampf, nicht mehr lange funktionieren konnte. 1973 wurde schliesslich ein altes Überbleibsel aus diesen Zeiten, die Ausnahmeartikel, per Abstimmung abgeschafft.

Christliche Parteien für Werte und Familie

1983 zeigt in diesem Sinne eindrücklich, wie sich die Mobilisierungsgrundlage der sich als christlich verstehenden Parteien auf der Ebene der Werte im Laufe der 1970er Jahre subtil verschob, um im Kontext neuer Debatten um Familienmodelle, Verhütungsmethoden sowie der Abtreibung zumindest die Stammwählerschaft auf dieser Basis mobilisieren zu können. Selbst wenn konservative ProtestantInnen dieser Linie durchaus nahe stehen konnten, verortete die CVP ihr Wählerpotenzial trotz ihrer proklamierten offenen Stellung nach wie vor bei Wählenden katholischer Prägung.¹³³ In der umfassenden Wahlanalyse der Zürcher CVP blieb somit die Konfessionszugehörigkeit zentral; Sie verglich die CVP-Stimmenzahl mit der Anzahl KatholikInnen in jeder Zürcher Gemeinde, und suchte nach Wegen, wie man diese umfänglicher für die CVP mobilisieren könnte.¹³⁴ Die waadtländische CVP ihrerseits versuchte im Vorfeld der Wahlen neue Sektionen durch Kontakte in „Milieus katholischer Aktion“ wie beispielsweise in der Föderation katholischer Pfarreien zu gründen.¹³⁵ Die enttäuschenden Wahlergebnisse trotz einer intensiven Kampagne führten jedoch die Kantonalpartei zu desillusionierten Schlussfolgerungen: Obschon die CVP weiterhin als Vertreterin der KatholikInnen wahrgenommen werde, profitiere sie nicht vom Zuzug katholischer Wählenden aus Freiburg, dem Wallis, dem Jura und der Deutschschweiz in die Waadt. Die CVP leide dabei wahrscheinlich sowohl an ihrem weiterhin sehr konservative Image in den Stammkantonen, als auch an der „Dechristianisierung“ der Gesellschaft, die die katholische Glaubensgemeinschaft in den

¹³¹ BAR J2.181 1987/52_72_627, Konservativ-Christlichsoziale Partei des Bezirks Baden: Wegleitung für die 12 Gemeinden der Liste „Reussthal-Rohrdorferberg“, 30.12.1968; Brief der Katholisch-Christlichsozialen Partei Basel-Stadt an Hans Niemetz, 27.01.1971.

¹³² PA CVP ZH, Kantonalkomitee, 18.05.1971.

¹³³ PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhard: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982.

¹³⁴ PA CVP ZH, Wahlanalyse 1979, [1981].

¹³⁵ ACV PP 985/9, Comité cantonal, 11.06.1982.

Diasporakantonen geschwächt habe.¹³⁶ Das von Urs Altermatt beschriebene „historische Dilemma der CVP“ zwischen Sondergesellschaft und Integration wurde tatsächlich in den 1980er Jahren immer spürbarer: Die *chasing*-Strategie in Richtung Protestanten hatte ihre Grenzen gezeigt und nun war auch das reine *mobilizing* der Stammwähler aufgrund der Auflösung des katholischen Handlungssystems in Gefahr.¹³⁷ Erst dieser Prozess lockerte in den 1990er Jahren die lange scheinbar feststehenden konfessionellen Grenzen der bürgerlichen Parteilager langsam auf.

3. Raum repräsentieren: Zwischen Kantonen, Städten und Landschaft

Der Einfluss des Raumes auf Wahlprozesse hat die Wahlforschung seit den Anfängen der *géographie électorale* im 19. Jahrhundert bis zu den gegenwärtigen Analysen helvetischer Urnengänge auf der Basis des sogenannten Röstigrabens oder des Bruchs zwischen Stadt und Land beschäftigt.¹³⁸ Weil sie auch zentral für die Ausübung der demokratischen Rechte ist, insbesondere in einem ausgeprägten föderalen System wie jenem der Schweiz, prägt die Dimension des Raumes tatsächlich bis heute die Wahrnehmung der Wählerschaft. Für die parteipolitischen Akteure war der Raum als Einordnungskategorie eine politische Realität, die sehr früh auch quantitativ greifbar wurde. Die lange starren politischen Karten von Hochburgen und Missionsgebieten, auf die die Parteien implizit oder explizit ihre Mobilisierungsstrategien ausrichteten, wurden dabei bald von den Bevölkerungsbewegungen zwischen Kantonen sowie zwischen Stadt und Land in Frage gestellt.

Eidgenossen und Diaspora

Die Binnenmigration zwischen Kantonen hat seit dem 19. Jahrhundert dazu beigetragen, die räumliche Dimension des Wahlmarktes in den Vordergrund zu rücken, als der Zugang der Binnenmigranten („Eidgenossen“, „confédérés“ genannt) zu politischen Rechten Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Freisinnigen wurde.¹³⁹ Erstere bekämpften eine föderale Harmonisierung des Wahlrechts der Migrierenden auf kommunaler und kantonaler Ebene mit Verweis auf das Prinzip des Föderalismus, aber auch, weil sie sich von diesen Stimmen keinen Zuwachs versprachen. Erst am Anfang des 20. Jahrhunderts näherten sich die verschiedenen Praktiken der Kantone zu dieser Frage einander an. Ab dieser Zeit gewann das Wahlverhalten der hauptsächlich aus den katholischen in die industriellen, protestantischen Kantone Emigrierten eine neue Bedeutung für die parteipolitischen Strategen. Nun waren es aber die Konservativen, die sie als natürliches Stimmenreservoir wahrnahmen. Mit der Gründung von neuen Parteien in den sogenannten Diasporakantonen – wie 1945 in der Waadt – strebte die Partei an, ihre schweizweite Verankerung zu

¹³⁶ ACV PP 985/23/3, o.A.: Analyse personnelle du résultat des élections vaudoises. Pourquoi la stagnation du PDC en pays vaudois, 1983.

¹³⁷ Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012.

¹³⁸ Hermann; Leuthold: Atlas der politischen Landschaften, 2003; Seitz: Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz, 2014.

¹³⁹ Voutat: La codification du vote en Suisse, 1996.

verbessern. Für die Wahlen von 1947 plante die Partei Listen in allen Kantonen vorzustellen, was aber mangels entsprechendem politischen Personal nicht gelang.¹⁴⁰ Nach den Wahlen verortete Rosenberg noch grosse Reserven an katholischen Wählern in protestantischen Kantonen, welche für die Erhöhung der KVP-Stimmenzahl auf eidgenössischer Ebene mobilisiert werden könnten.¹⁴¹ Diese Strategie trug in den 1950er Jahren zum stimmen-, aber auch mandatsmässigen Wachstum der Partei bei, wie 1951 mit dem ersten KVP-Nationalrat aus der Waadt.

Über diese Rechnungen und Langzeitstrategien auf eidgenössischer Ebene hinaus ging es in Bezug auf die Binnenmigranten für die Kantonalparteien auch um konkrete Mobilisierungspraktiken und Detailberechnungen der Wählerschaft. Auch auf dieser Ebene konnten nämlich Emigrierte die Stimmzahlen beeinflussen. Diese Überlegung kam vor allem im Kanton Tessin zum Ausdruck, der eine bedeutende Aus-, aber auch Einwanderung erlebte. Bei der straffen Kampagne der Tessiner KVP von 1947 berücksichtigte beispielsweise das konservative Kontroll- und Mobilisierungsnetz in den Gemeinden auch die parteinahen Tessiner, welche sich temporär in anderen Kantonen befanden.¹⁴² Zudem interessierte sich der Parteisekretär Amedeo Boffa nach den Wahlen für die 13500 gemeldeten Eidgenossen im Tessin: Von den 2000, welche gewählt haben sollen, habe sich ein grosser Teil freisinnig entschieden – was die höhere Stimmenanzahl dieser Partei durchaus erkläre. Der Partei fehle also ein „schneller Anzeigendienst“ zu den konservativ tendierenden Zuzügler ins Tessin, welcher anscheinend auf freisinniger oder auch sozialdemokratischer Seite vorhanden sei.¹⁴³ Auch wenn dieser Vorschlag auf eidgenössischer Ebene nicht verwirklicht wurde, zeigte sich Boffa im Vorfeld der Wahlen von 1959 wieder bezüglich der Bevölkerungsbewegungen im Tessin besorgt: Die leichten Stimmenverluste der Partei seit 1951 erklärte er nämlich mit den rund 2000 naturalisierten Ausländern seit den 1940er Jahren, die laut seiner Schätzungen zu zwei Dritteln freisinnig wählen würden, und wieder mit den Eidgenossen – nun 11.7% der Tessiner Bevölkerung (9.2 % im Jahr 1947).¹⁴⁴ Dieses Mal führte er eine Umfrage bei den lokalen Sektionen durch mit dem Ziel, neue konservative Wähler oder zumindest „jene, deren politische Farbe uns nahe steht“ zu registrieren (damit war möglicherweise eine EVP-Nähe im Fall protestantischer Eidgenossen gemeint).¹⁴⁵ Die Sektionspräsidenten lieferten genaue Angaben zu den Zugewanderten aus der Deutschschweiz sowie aus der Romandie in ihren Gemeinden, insbesondere über ihre Konfession sowie ihre sicheren oder möglichen parteipolitischen Sympathien oder sogar ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit.¹⁴⁶ Sie

¹⁴⁰ BAR J2.181 1987/52_22_234, Leitender Ausschuss, 17.10.1946.

¹⁴¹ Rosenberg: Die politische Lage in Zahlen, 1948.

¹⁴² BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief von Amedeo Boffa an Martin Rosenberg, 30.01.1948. Die Kantonalpartei organisierte sogar finanzielle Entschädigungen für die Heimreise aufgrund der Wahlen.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ ASTi 3.3.1 56.4.2, Rapporto del segretario Amedeo Boffa al presidente Franco Maspoli, 2.03.1959.

¹⁴⁵ ASTi 3.3.1 56.2.3, Inchiesta sui confederati con diritto di voto in vista delle elezioni nazionali del 1959, 1959.

¹⁴⁶ Aus der Gemeinde Medeglia meldete der Sektionspräsident einen 40-jähriger Mechaniker aus Emmen (Luzern), über den die Sektion aber noch wenig erfahren habe, abgesehen davon, dass er mit einer „Medeglierin von einem freisinnigen Haus“ verheiratet sei, dass ihre vier Söhne jedoch die Kirche besuchen würden. Ebd.

meldeten auch, dass manche protestantischen Wähler bereits deutschsprachige Wahlpropaganda von den Freisinnigen bekommen hätten. Und tatsächlich richteten die anderen Tessiner Parteien im Wahlkampf Broschüre und Flugblätter auf Deutsch an diese Wähler.¹⁴⁷ Die Frage war offensichtlich so sensibel, dass Boffa kurz vor den Wahlen die Sektionen anwies, die Neuanmeldungen im Wahlregister nach Missbräuchen zu prüfen: Kurzzaufenthalter durften nämlich nicht im Tessin abstimmen.¹⁴⁸ Diese Mobilisierungspraktiken lassen sich gewiss mit dem besonderen Tessiner Kontext und insbesondere mit der starken parteipolitischen Markierung jeder Familie, sogar jedes Wählers, erklären, welche ein solches Registrieren der mobilen Wähler mehr als anderswo denkbar machte. In anderen Kantonen versuchten Parteien aber ebenfalls, zugewanderte Wähler anzusprechen, welche konfessionell, aber auch sozioökonomisch als Teil ihrer selbstverständlichen Stammwählerschaft wahrgenommen wurden.¹⁴⁹

Während die KVP in den 1950er Jahren am meisten von dieser Ausschöpfungsstrategie ihrer Stammwähler in Diasporakantonen profitiert hatte, nahm ihr dortiges Stimmenreservoir an KatholikInnen ab den 1960er Jahren ab. Weil die Partei aber auf neue protestantische Wähler in diesen stark bevölkerten Kantonen hoffte, nahm das CVP-Konzept von 1971 auf der Basis der WEMA-Studie die Kantone Zürich, Aargau, die zwei Basel sowie Genf in den Fokus der Kampagne. Hingegen wurde das Wallis als „problemlos“ bezeichnet, während das Tessin „nicht in die Basiswertung einbezogen“ wurde.¹⁵⁰ Der Leitende Ausschuss und die Fraktion diskutierten jedoch die Anpassungsmöglichkeiten der Kampagne auf kantonaler Ebene, wobei der Aargauer Nationalrat Julius Binder zu bedenken gab: „In dieser Betrachtungsweise ist es dann eine *Frage der Dosierung*, um zu verhindern, dass Stammwähler absplittern. Diese Dosierung muss von Kanton zu Kanton neu gefunden werden.“¹⁵¹ Bei der Themensetzung seien beispielsweise laut dem Graubündner Nationalrat und ehemaligen Parteipräsidenten Ettore Tenchio die Probleme der Strukturpolitik „entscheidend, um noch mehr Leute anzugehen in jenen Gebieten, die uns nahestehen“.¹⁵² Somit würde diese Strategie „keine Vernachlässigung der Stammgebiete“ bedeuten, denn die föderalistische Funktionsweise der Partei würde eine solche „Dosierung“ je nach kantonalem Kontext ermöglichen.¹⁵³ Die Landespartei investierte jedoch in den Mittellandskantonen klar am meisten Mittel für Inserate und Plakate. Hans Niemetz beurteilte diese Strategie nach den Wahlen durchaus positiv:

¹⁴⁷ ASTi FPC 01 62.2.1, Flugblatt Liberal-radikale Partei des Kantons Tessins, „Zu den bevorstehenden Nationalratswahlen“, [1959].

¹⁴⁸ ASTi 3.3.1 56.3.3, Rundschreiben Amedeo Boffa an die lokalen Sektionen, 3.10.1959.

¹⁴⁹ So wendete sich die SP 1947 bspw. an die deutschsprachigen Bürger in der Waadt. ACV PP 225/8, *La voix socialiste*, Bulletin du parti socialiste vaudois, Oktober 1947.

¹⁵⁰ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

¹⁵¹ BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss, 19.02.1971.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Ebd.

„Falls eine detaillierte Analyse bestätigen sollte, dass die von der Partei angestrebte relative *Verbesserung ihrer Positionen in der Diaspora* – wenn auch nicht überall und nur in bescheidenem Rahmen – tatsächlich geglückt ist, dass ihr auch der Einbruch in neue Wählerschichten teilweise gelungen ist, dann war der Wahlkampf trotz des Rückgangs des Stimmenanteils und trotz des Verlusts eines Mandats ein Erfolg.“¹⁵⁴

1983 sah jedoch die kantonale Verankerung der CVP anders aus: Die Diasporakantone entwickelten sich zum Ödland für die Partei, während sie ihre hegemoniale Stellung in den Stammkantonen langsam verlor, vor allem in der Romandie. Der *Vaterland*-Journalist Viktor Kuhn forderte daher einen Hilfsplan für diese Regionen, denn

„[n]achdem unsere Volkspartei *schon weitgehend nur eine Partei von Katholiken ist*, läuft sie jetzt Gefahr, mittelfristig nur noch in der Deutschschweiz von Bedeutung zu sein. Wenn diese Rückschläge in der Westschweiz anhalten, und der Herbst 1981 bestätigt diese Rückschläge, so bange ich um die *Existenz unserer Partei*“.¹⁵⁵

Die Partei stand nun vor der ungemütlichen Alternative, weitere Kräfte in die Offensive auf die Diasporakantone zu investieren oder ihre Positionen im „Hinterland“ angesichts der wachsenden Konkurrenz der anderen Parteien zu verteidigen.¹⁵⁶ Dabei war der Hegemonieverlust der CVP in den Stammkantonen eine Konsequenz der leichten Nationalisierung des politischen Feldes in der Nachkriegszeit, welche der CVP zuvor zum Durchbruch in den Diasporakantonen verholfen hatte. Die Binnenmigrationen, aber auch der spätere wirtschaftliche Nachholkurs der zuvor ruralen Kantone und die Medialisierung der Politik trugen allesamt zur Verminderung der lange starken politischen Kontraste zwischen den Kantonen bei.

Zwischen „Missionsgebieten“ und „Einheit von Stadt und Land“

Erstaunlich diskret blieb hingegen die Frage der Stadt/Land Unterschiede in den Diskussionen der Parteien in den 1940er und 1950er Jahren, obwohl die fortgesetzte Landflucht auch diesbezüglich die politischen Gleichgewichte langfristig zu verändern drohte. Das Schreckgespenst der in der Zwischenkriegszeit teilweise daraus entstandenen Spannungen blieb stark in Erinnerung.¹⁵⁷ In den ersten Nachkriegsjahrzehnten betonten die bürgerlichen Parteien daher gerne die Einheit zwischen Stadt und Land, verstanden als ein weiteres Zeichen des eidgenössischen Konkordanzgeistes.¹⁵⁸ Diese Einheitsrhetorik und das darunter verborgene Spannungsverhältnis waren besonders brisant bei der BGB. Ihr Jahresbericht nach den Wahlen von 1959 anerkannte zwar den langsamen Rückgang der

¹⁵⁴ Niemetz: Die Nationalratswahlen 1971, 1972, S. 9f.

¹⁵⁵ PA CVP CH W (3), Brief von Viktor Kuhn an Hans-Peter Fagagnini, 9.01.1982.

¹⁵⁶ Gees: Erfolgreich als „Go-Between“, 2001, S. 435.

¹⁵⁷ Die Milchkrise des Sommers 1947 wurde als weitere Belastung des angespannten Verhältnisses zwischen Stadt und Land gesehen. Augmentation du prix du lait? La rançon d'une faiblesse, in: Journal de Genève, 25.08.1947.

¹⁵⁸ Vgl. Kap. 6.1.2. zur Verwirklichung dieses Leitbildes bezüglich der Wahllisten.

ländlichen Bevölkerung, welche jedoch „nach wie vor das Rückgrat der Partei“ bilde.¹⁵⁹ Die Städte könnten aber ein Potential für sie darstellen, wie ihr Jahresbericht behauptete:

„die BGB [ist] fest mit der Landschaft verwurzelt [...] und [findet] mit ihrem *mittelständischen Gedankengut* auch überzeugte Anhänger in den Städten [...], womit *für Stadt und Land eine Einheit* geschlossen [wird], die *einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung eines guteidgenössischen Fundamentes* [leistet]“.¹⁶⁰

Somit strebte die BGB an, sich als Wertepartei anzupreisen, die auch in Städten und Vorstädten Anhänger – und auch zunehmend ihre Kader finden konnte. Die entsprechende Strategie der doppelten Ansprache – Land einerseits, Städte andererseits mit dem konservativen, Mittelstandsgedankengut als Bindestrich – hatte für den Erfolg der Berner BGB gesorgt. Diese Entwicklung verstärkte sich in den 1960er Jahren, wie auch im Fall der Zürcher BGB sichtbar, als ab 1961 das Zürcher Parteiorgan *Die Mitte* nun auch unabhängig von der Zeitschrift des Bauernverbands *Der Zürcher Bauer* erschien.¹⁶¹

Bei der SP galten ländliche Regionen noch weitgehend als Missionsgebiete – wobei unklar blieb, ob die Partei diese tatsächlich gezielt ansprechen sollte. Auf der Linie seines offensiven Kampagnenplans empfahl Victor Cohen 1947 der SP eine differenzierte Propaganda via Wurfesendung einer Werbebroschüre für Ortschaften mit weniger als 5000 Einwohnern, Dabei solle die Argumentation „vor allem [die] Landbevölkerung und besonders [die] Bauernschaft“ ansprechen.¹⁶² Während die SP weiterhin Erfolge im frühindustrialisierten Glarus erzielte und langsam Fuss in ländlichen Kantonen wie Freiburg fasste, musste sie dennoch feststellen, dass sie in manchen ländlichen Gebieten weiterhin geringe Wahlchancen besass. Nach den Wahlen von 1959 schrieb der SP-Sekretär Escher sogar:

„Ein weiterer Grund der Niederlage der Luzerner Sozialdemokraten besteht wohl darin, dass sie im *politischen Kongo der Schweiz*, also in den Ämtern Hochdorf, Sursee, Willisau und Entlebuch, nicht rechtzeitig und nicht systematisch genug *Pionierarbeit* geleistet haben. Die für die Erhaltung des Nationalratsstitzes (als Restmandat) fehlenden 50 Wähler wären hier zu holen gewesen. Die Einbusse erfolgte im Amtsbezirk Luzern, während die sozialdemokratischen Stimmen, gesamthaft gesehen, in den erwähnten politisch *unterentwickelten* Gebieten etwas zugenommen haben. Der Weg zur Zurückeroberung des luzernischen Mandates ist demnach *gewiesen*.“¹⁶³

In den drei letztgenannten Ämtern hatte die Partei tatsächlich weniger als 2% der Stimmen erhalten (aber immerhin 8.2% in Hochdorf). Die Beschreibung dieser Ämter als „unterentwickelt“ knüpft an das Bild einer Klan-Politik an, um die luzernische Politik zu beschreiben, welche noch stark vom Kulturkampf und von sehr tief verwurzelten parteipolitischen Bindungen geprägt war – aufgeteilt

¹⁵⁹ PA SVP BE 1.62.1, Jahresbericht der schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 1959, S. 19.

¹⁶⁰ PA SVP BE 1.62.3, Schweizerische BGB-Pressedienst: Jahresrückblick der Schweizerischen BGB-Partei 1958, 21.04.1959.

¹⁶¹ Vgl. dazu Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 83.

¹⁶² SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

¹⁶³ Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 315f. Der Rückgriff auf eine koloniale Metapher, um politische Realitäten zu beschreiben, stellt in diesen Jahren keine Seltenheit dar, vgl. auch Kap. 4.5, Fn. 317.

zwischen der CVP (circa zwei Drittel der Stimmen) und der FDP (ein Drittel). Gerade diese Konstellation erschwerte aber für die SP das konsequente Verfolgen einer *chasing*-Strategie. Denn besonders auf dem Land, in kleinräumigen, zugleich noch stark vom Kulturkampf geprägten Kontexten konnten die dominanten Parteien oft noch das loyale Wahlverhalten der ihnen traditionell nahestehenden Bürger kontrollieren. In ihrem Bericht der Wahlen von 1963 schrieben Gruner und Siegenthaler:

„In politisch sehr regsamen Kantonen wie Solothurn und Luzern ist der politische Kontakt zu den Bürgern dank dieser Kategorie der Parteimitglieder [die Vertrauensleute, Anm. ZK] *so eng, dass die Parteien von fast allen potentiellen Wählern wissen, wie sie stimmen werden*. Der persönliche Werbeeinsatz kann sich so auch *verstärkt auf die Neuwähler und Zuzüger* ausrichten, die allein eine Kräfteverschiebung verursachen könnten.“¹⁶⁴

Diese Kontrolle der Wähler auf dem Land fand dabei meistens informell auf lokaler Ebene statt.¹⁶⁵ Sichtbar wurden diese Praktiken jedoch, wenn Kantonalparteien sie zu koordinieren versuchten, so die Tessiner Konservativen 1947, welche um jede Stimme kämpften, um ihre bedrohte Position im Kanton zu retten. Das Sekretariat fragte die Sektionen nach Wählerprognosen für die einzelnen Parteien. Für die Gemeinde Medeglia (heute Monteceneri) beispielsweise meldete der Sektionspräsident 35 konservative Wähler, 48 Freisinnige, sowie 27 Sozialdemokraten, was die Wahlen mit kleinen Verschiebungen auch bestätigten.¹⁶⁶

Bedrohliche „Entpersönlichung“ der Politik in der Stadt

Eine solche Vorausssehbarkeit oder sogar Sicherung des Wahlverhaltens wurde aber durch die fortgesetzte Agglomerisierung der Schweiz in der Nachkriegszeit erschwert. Die potentielle Wirkung dieses Prozesses auf das Wahlverhalten der neuen Städte und Vorstädter erfüllte folglich die politischen Eliten, insbesondere im bürgerlichen Lager, mit Sorge. Die verbreitete Nostalgie für eine frühere, idealisierte ländliche Schweiz, wie sie im bürgerlichen Konsens über die politische Notwendigkeit der „Erhaltung des Bauernstandes“ sichtbar wurde,¹⁶⁷ drückte sich im politischen

¹⁶⁴ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 131.

¹⁶⁵ Die „Klan-Logik“ der Dorfpolitik veranschaulichte Uli Winsch exemplarisch am Beispiel des Walliser Dorfs Chermignon, in welchem sich die Bevölkerung noch Mitte der 1970er Jahren zwischen verschiedenen Clans aufteilte. Am Tag der Wahl bestand die Aufgabe der Dorfeliten darin, „ihre“ Familien zur Urne zu bewegen (ggfs. ihnen dafür diverse Vergünstigungen anzubieten). Vgl. Windisch: *Lutte de clans, lutte de classes*, 1976. Es bedürfte weitere Untersuchungen bei lokalen Parteien, um die Entwicklung dieser Logik in der Zeit besser zu verstehen.

¹⁶⁶ Der Präsident konnte sogar den Wohnsitzwechsel von „zwei unserer Freunde“ vermelden, bevor sie dies selbst amtlich gemeldet hatten. ASTi 3.3.1 54.6.2, o.A.: *Previsioni comune per comune*, 1947.

¹⁶⁷ Dieses Ziel wurde 1947 mit den Wirtschaftsartikeln in der Bundesverfassung verankert. Sowohl BGB als auch CVP betonten es in ihren Programmen: Für die BGB war der Bauern- und Mittelstand der beste Schutzwall sowohl gegen „zersetzende Überindustrialisierung und Landflucht“ wie auch gegen Vermassung, während die „Grossstadt als glänzende Versucherin“ dargestellt wurde. Das CVP-Wirtschafts- und Sozialprogramm beinhaltete bis 1957 Postulate wie „die Erhaltung des bisherigen zahlenmässigen Bestandes unserer Bauernsame [sic]“ oder „die Rückführung von Arbeitskräften aus städtisch-industriellen Zentren in die Landwirtschaft“. Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 118; 155.

Bereich in der Sehnsucht nach einer nicht medialisierten Politik zwischen theoretisch gleichen Milizbürgern aus. Diese Vorstellungen fanden sich auch in den damals für die Parteien geführten Wahlstudien wieder: So sei das soziale und politische Unbehagen des unqualifizierten Arbeiters laut der NOWLAND-Studie auch dadurch bedingt, dass er aus bäuerlichen, oft katholischen Verhältnissen „in eine andere, fremde Gesellschaftsstruktur ankommt, in der er sich aber bald unsicher und verloren fühlt, weil ihm die notwendige Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit fehlt“.¹⁶⁸ Dieser „Entwurzelte“ fühle sich „in der indirekten und unpersönlichen ‚Mechanik‘ des städtischen Milieus“ vergessen und würde sich deshalb in seine Privatsphäre zurückziehen.¹⁶⁹ Noch weiter in ihrer Diagnose der vermassten Politik ging die TEAM-Studie im Auftrag der BGB Anfang der 1960er Jahre: Weil die Gemeinschaften immer weniger überblickbar würden, fehle es für den Bürger an „Tuchfühlung“ sowohl mit dem Staat als auch mit der Partei, weshalb er sich in die Intimsphäre sowie in die „Interessensphäre des unmittelbaren Berufs“ zurückziehe.¹⁷⁰ Wie die NOWLAND-Studie verband die Untersuchung dieses „politisch-soziale Vakuum“ als „Desintegrationsfolge“ auch mit einem breiten, gegenwärtigen sozialen Wandel: Die „soziale Vereinsamung“ sei dabei „nicht allein ein Begriff des Grosstadtlebens“, sondern trete „vielmehr mit dem Phänomen der Entwurzelung aus der sozialen Umwelt auf[...], die überall dort zur Massenerscheinung wird, wo die soziale Mobilität noch [hoch] ist“.¹⁷¹ Während Parteien wie die SP und die FDP sich „nur noch über die reinen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen“ vermöchten, empfahl die Studie der BGB sich innerhalb von „Lebensgemeinschaften“ zu profilieren, um dieses „Vakuum“ zwischen Bürger und Politik zu überbrücken.¹⁷² Die Partei müsse sich in Kleingruppen mit primären, persönlichen Kontakten ausdifferenzieren, beginnend mit den bestehenden Sektionen, aber auch den Nachbarschaften und Quartieren. Mit dieser Organisation könne die Partei „die Verwirklichung der Gemeinschaft“ erreichen, welche „das Volk“ laut der Befragungen von ihr erwarten würde.¹⁷³ Die Studie verband diese Reformvorschläge mit einer konkreten Programmatik: Die BGB solle sich gegen Siedlungen als „soziologische Gefahr“ einsetzen und stattdessen neue Gemeinschaftsräume „mit moderner Ambiance“ fordern, um den Bürgern erneut die „Realisierung der Gemeinschaft ausserhalb der engsten Familiensphäre“ zu ermöglichen.¹⁷⁴ Idealerweise sollten diese Gemeinschaftsräume mit

¹⁶⁸ Nowland Organisation: Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler, 1959, S. 16f. Die Interviews führte die NOWLAND-Firma für diese Kategorie in den neuen Arbeiterquartieren in Zürich 9 und 11 sowie in Thun, beidenefalls mit vielen vom Land zugezogenen Einwohnern. Für die anderen zwei Kategorien (untere Angestellte und Werkmeister) wurden ältere Quartiere mit „mittlerem Lebensstandards“ in Biel, Uster, Wallisellen und Wetzikon gesucht.

¹⁶⁹ Ebd., 24f.

¹⁷⁰ PA SVP ZH, TEAM Sozialforschung/ Marketing: Aktualisierung der BGB, 1962, S. 5. Der Bericht gibt wenig über die in den Regionen von Bern, Biel und Limmattal durchgeführten Befragungen kund, bezieht sich dafür aber auf wissenschaftliche Diskussionen der Zeit zur „Vermassung“ der Gesellschaft und des Politischen, um einen Prozess der „Entpersönlichung“ des Staates und seiner Sphären zu verorten.

¹⁷¹ Ebd., S. 16.

¹⁷² Ebd., S. 7; 53.

¹⁷³ Ebd., S. 65.

¹⁷⁴ Ebd., S. 66f.

politischen Kompetenzen oder sogar mit aufgefächerten Wahlrechten innerhalb des Gemeindewahlsystems versehen werden, damit sie wie „Kleindemokratien“ funktionieren könnten.¹⁷⁵ Somit würde die BGB ihre Werte auch besser „profilieren“ können, denn die Gemeinschaftsräume sollten die „Erhaltung der Unabhängigkeit“, die „Bekämpfung der Massenparteien und ihres Internationalismus“, den „Wert des Privateigentums und des freien Wettbewerbes“ sowie die „Erhaltung eines gesunden Mittelstandes“ ohne „Staatskrücken“ verwirklichen.¹⁷⁶ Die Studie plädierte damit gewissermassen für eine intensivierete parteiinterne Demokratie, wie sie von der BGB/SVP und den anderen bürgerlichen Parteien erst im Laufe der 1970er Jahre in Angriff genommen wurde. Gleichwohl gründeten ihre Lösungen auf einem idealisierten Bild der kleinräumigen und unmittelbaren Politik der Landsgemeinde, weg von dem *helvetischen Malaise* und vom fortschreitenden Prozess der Agglomerisierung der 1960er Jahre. Gemessen an diesem Massstab waren es die „Entpersönlichung“¹⁷⁷ politischer Prozesse und damit auch ihr sozialer Bedeutungsverlust, welche den parteipolitischen Eliten der Zeit und ihren Beratern im Kontext der (sub)urbanen Lebenswelten am problematischsten erschienen.

Agglomerisierung der Schweiz als neue politische Gegebenheit

Die wachsenden urbanen und suburbanen Wählerschichten wurden in den folgenden Jahren zur unumgänglichen Realität, umso mehr als ihre politische Bedeutung mit den Erfolgen der Protestparteien in Kantonen wie Zürich offensichtlich wurde. Insbesondere für die KCVP fungierten die Wahlergebnisse von 1967 diesbezüglich als Weckruf. Um die Wählenden der städtischen Regionen, welche für das Wachstum der Partei in den 1950er Jahren gesorgt hatten, wiederzugewinnen, sollte sich die KCVP „ab sofort in all ihren politischen Äusserungen und in ihrer bewussten Selbstdarstellung urbaner [geben]“, so der Parteisekretär Hans Niemetz nach den Wahlen.¹⁷⁸ Im Vorfeld der Wahlen von 1971 und parallel zu ihrer Parteireform zur Modernisierung des Images der Partei interessierte sie sich vermehrt für die Werte dieser urbanen Wählenden, welche sich wie folgt von jenen der ruralen Wählenden unterscheiden würden:

„Wähler, die in erster Linie die *Wertziele der Legitimität* verfechten, das heisst Ruhe und Stabilität, Ordnung und Sicherheit. Es sind die staatspolitisch eher konservativen, im agrarisch-mittelständischen Denken verwurzelten Kreise. Im andern [sic] Lager finden sich die Wählerschichten ein, deren Wertziele sich unter den Begriff ‚*Funktionsfähigkeit*‘ subsumieren lassen. Diesen Leuten geht es vor allem um *Veränderung des Bestehenden, um Reformen und*

¹⁷⁵ Ebd, S. 68.

¹⁷⁶ Ebd, S. 7; 68f.

¹⁷⁷ Ebd, S. 8.

¹⁷⁸ Niemetz: Die Nationalratswahlen von 1967, in: CVP-Jahrbuch 1967-1971, 28ff., zitiert nach: Rohner: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, 1993, S. 192.

*neue Konzeptionen, Aufstieg und Fortschritt, und sie stammen vornehmlich aus den mittleren urbanen Kreisen.*¹⁷⁹

Letztere Gruppe habe dabei mehr Potenzial als Erstere, wie die Analyse der Wahlergebnisse sowie der Bevölkerungsbewegungen im Laufe der 1960er Jahre ergeben habe.¹⁸⁰ Der Fokus auf die protestantischen Kantone des Mittellandes sollte also durch eine gezielte Ansprache von urbanen Regionen (inklusive jener um Freiburg und Luzern) begleitet werden. Die Werbeberater sahen dafür einen grösseren Plakataushang sowie Inserate in regionalen Zeitungen für diese Gebiete vor.¹⁸¹

Während sich die CVP zunehmend in Richtung der neuen (sub)urbanen Wählenden orientierte, versuchten auch die anderen Bundesratsparteien deren Sorgen vermehrt anzusprechen. Insbesondere die SP sprach die neuen sozialen Realitäten der Agglomerationen an, wie 1971 mit einem Flugblatt der Zürcher Parteisektionen von Greifensee und Volketswil, adressiert an die „grünen Witwen“:

„Grüne Witwen, das sind Frauen, die tagsüber mit ihren Kindern zusammen ‚im Grünen‘ leben, mit anderen Frauen und anderen Kindern zusammen. [...] *Grüne Witwe, das ist man nicht gern, das tönt ein bisschen abschätzig.* Als ob man etwas dafür könnte. *Wir meinen: schuld an ihrer ‚Witwenschaft‘ sind nicht sie selbst [sic].* Sie sind Opfer einer *planlosen Bauerei*, die vor allem einem dient: dem Boden- und Hausbesitzer, dem Profitmacher. [...] Wie kann man den grünen Witwen helfen, Mütter zu sein und doch freier zu werden? [...] Wie muss man verhindern, dass ‚Göhnerwils‘ entstehen (die Schlafstädte, die Verbannungsorte der Frauen ‚im Grünen‘)? Wie kann man verhindern, dass der Arbeitsweg zum Nervenkrieg wird?“¹⁸²

Geschickt verband die Figur der grünen Witwe damit Fragen des Mutterseins mit Sorgen des neuen suburbanen Lebens rund um die Wohnpolitik, die Verkehrsinfrastruktur oder die Lebensqualität. Mit der Wohnfrage als verbindender Sorge der (sub)urbanen Wählenden erschlossen sich die SozialdemokratInnen tatsächlich ein solides neues Fundament in diesen Jahren des unvermeidlichen Wandels ihrer traditionellen Wählerschaft. Während die SozialdemokratInnen diese Frage schon vorher angesprochen und zum Trumpf ihrer Stadtpolitik in den „roten“ Städten der Zwischenkriegszeit gemacht hatten, stützten sie sich nun, da ihr Repräsentationsanspruch in Bezug auf die Arbeiterschaft ins Wanken geriet, umso mehr darauf. Mit dem Kampf um die Verteidigung des Mieterschutzes boten sich spezifisch die breite Gruppe der MieterInnen vermehrt als Zielwählerschaft und die Mieterverbände als Partner an.¹⁸³ Symbolisch erwies sich dabei die Beanspruchung der Repräsentation der MieterInnen und ihrer Sorgen als wenig spalterisch und als durchaus legitimierend in einem Land, das stark von einer Mieterkultur geprägt ist.¹⁸⁴

¹⁷⁹ BAR J2.181 1987/52_25_280, Reinhardt, Urs: Das Selbstverständnis der Partei und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, Exposé vor dem leitenden Ausschuss, 22.06.1970.

¹⁸⁰ BAR J2.181 1987/52_72_626, Konferenz der Wahlkampfleiter, 8.02.1971.

¹⁸¹ BAR J2.181 1987/52_72_627, o.A.: Kommentar Aushang der Vorplakate, [1971].

¹⁸² SSA Ar 27.60.37, Flugblatt „Rote Rosen für grüne Witwen“, [1971].

¹⁸³ Vgl. Kap. 6.1.2 zu dieser Frage bezüglich der Kandidaturen.

¹⁸⁴ Die Schweiz wurde im 20. Jahrhundert zur „Nation der Mieter“ mit einem sehr hohen Mieteranteil, Degen: *Miete*, 2009. Ein Zeichen für den symbolischen Platz der Mieterkultur in der Schweizer Politik ist im Gegensatz hierzu die Diskretion der bürgerlichen Parteien über ihre fortbestehenden Beziehungen mit den

Die Erfolge der neuen fremdenfeindlichen Parteien bei den Wahlen von 1971 festigten schliesslich den Befund bei vielen Parteiakteuren, dass in urbanen und suburbanen Gebieten ein politischer Wandel im Gange war. Im Kanton Zürich schwächte die Agglomerisierung allmählich die traditionellen Hochburgen der Parteien in den von der Suburbanisierung betroffenen Gemeinden, aber auch in den städtischen SP-Domänen.¹⁸⁵ Während sich ihre Wählerschaftssegmente in diesem Kanton in der Vergangenheit kaum überschritten hatten, wurden SP und SVP und mitunter auch die FDP für die wachsende Mittelschicht zu Konkurrenten insbesondere im nördlichen Umland des Kantons, wo die traditionellen Dörfer zu Vororten wurden. Basierend auf der detaillierten Verfolgung dieser Veränderungen beinhaltete die zunehmend offensive Wahlstrategie mancher Kantonalparteien also auch eine räumliche Dimension, wie im Falle der Zürcher SVP, welche sich um 1980 vermehrt für städtische Gebiete interessierte. Ihre Stimmengewinne in der Stadt Zürich insbesondere Anfang der 1980er Jahre würden das „Märchen von der SVP als reine Partei der Landschaft“ widerlegen, so Christoph Blocher.¹⁸⁶ Gleichwohl sah der Parteipräsident eine besondere Schwäche in den traditionellen Hochburgen der Partei: Auch da solle nun intensiver Wahlkampf getrieben werden, da „es der Wähler auch den Seinen nicht im Schlafe gibt“.¹⁸⁷ Diesen verstärkten Aktivismus im ganzen Kanton machten die soziostrukturellen Veränderungen der Bevölkerung umso notwendiger. Ganz anders konnte die Wahlmobilisierung noch 1983 in Regionen erfolgen, wo parteipolitische Hegemonien erhalten geblieben waren; so in manchen Berner Gemeinden, zum Beispiel in der SVP-Hochburg Schangnau, wo der Wahlkampf „von selber“ laufe, laut dem Generalsekretär der Schweizer SVP, Max Friedli.¹⁸⁸

4. Alter repräsentieren: Zwischen „Bunkerjugend“ und Senioren

An der Dimension des Alters wird das Spannungsfeld des *stratified electioneering* zwischen Universalismus und Partikularismus besonders sichtbar. Den Parteien stellte sich die Fragen, welche ideale, durchschnittlich geltende Altersgruppe sie ansprachen und ob sie weitere Altersgruppen spezifisch adressieren sollten. Mit dem Blick auf die Jugend werden ferner die Schwierigkeiten der Parteistrategien zwischen *mobilizing* und *chasing* sichtbar: Erstere Strategie würde nämlich voraussetzen, dass eine Vermittlung parteipolitischer Präferenzen innerhalb der Familie, von einer Generation zur nächsten, stattfand. Gerade dieser zentrale Mechanismus für das Weiterbestehen soziopolitischer Identitäten hatte aber ab den 1960er Jahren zunehmend an Wirksamkeit verloren.

Hauseigentümerverbänden, welche manchmal als Feindbilder der Linken fungierten. Zur Entstehung solcher neuen, durchaus entpolitisierten Identitäten (Mieter, „Einwohner“) in der französischen Lokalpolitik, vgl. Anquetin (Hg.): *La figure de l’habitant*, 2008.

¹⁸⁵ König: *Auf dem Weg in die Gegenwart*, 1994, S. 449ff.

¹⁸⁶ *Der Bote*, 9.04.1982, zitiert nach Hartmann; Horváth, 1995, S. 71.

¹⁸⁷ Blocher, Christoph: Standortbestimmung nach den Kantons- und Regierungsratswahlen 1983. Einführungsreferat anlässlich des Parteitags und der Delegiertenversammlung, 20.05.1983, zitiert nach: Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 91.

¹⁸⁸ *Der Tanzboden der SVP*, in: *Schweizer Illustrierte*, 12.09.1983.

„Die Jugend wählt links!“

In ihren Strategien für die Wahlen von 1947 und 1959 berücksichtigten die Parteien das Alter ihrer Wähler nur am Rand. Symptomatisch dafür ist das Beispiel der für die SP 1959 durchgeführten NOWLAND-Studie, welche die Gruppen der „Jungwähler oder der noch unerfahrenen Stimmbürger“ sowie der „Wähler, die sich dem Pensionierungsalter nähern“ aus ihrem ursprünglichen Konzept aufgab, um sich auf drei Kategorien von Arbeitnehmern zu konzentrieren.¹⁸⁹ Obwohl die AHV zentral auf der Agenda stand und nach dem Erfolg der Abstimmung von 1947 von allen Parteien als Säule der konsensstiftenden Sozialpolitik dargestellt wurde, sprachen die Parteien die Senioren als besondere Zielgruppe in den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 kaum an.¹⁹⁰ Auch die Mobilisierung der Jugend und insbesondere der Erstwählenden schien keine besondere Herausforderung darzustellen. Denn die Parteien kategorisierten Wähler nach wie vor entlang der Hauptlinien der parteipolitischen Identitäten: die KCVP bemühte sich, junge Katholiken an die Urne zu bringen, die BGB junge Bauern und die SP junge Arbeiter. Selbst für eine Partei wie die FDP, die sich weniger auf klare Identitäten berufen konnte, galt das Wahlverhalten der Jugendlichen, insbesondere der Neuwähler, schlichtweg als eine Frage der Aktivierung der Familienzugehörigkeit, oder genauer, der parteipolitischen Gebundenheit ihrer Väter. Viele der an die Jugend adressierten Wahlkampfmaterialien sprachen somit junge Wähler mit einer Selbstverständlichkeit an, als ob die ihnen offenstehenden Optionen von vornherein klar wären: sich enthalten oder seine Pflicht für das Land erfüllen und die richtige Partei wählen. Die Briefmodelle der SP-Zentralsekretariates an Jugendliche behaupteten beispielsweise „Die Jugend wählt links!“ und wendeten sich in erster Linie an junge Wähler der Arbeiterschicht, wobei sie bevorzugter Weise Bildungsfragen ansprachen sowie ihre angeblichen Freizeitangelegenheiten: „Der junge Mensch möchte seine Freizeit sinnvoll verbringen, er verlangt Jugendhäuser, unentgeltliche Sportplätze und billige, alkoholfreie Dancings“.¹⁹¹

In diesen Jahren stellten die Wahlkampfmaterialien in erster Linie den Mann oder Familienvater im mittleren Alter in den Mittelpunkt. Dabei kontrastierte die darin vorgeschlagene Vorstellungswelt der Schweizer Politik zunehmend mit jener der kommerziellen Werbung, welche die Jugend als eigenständige Adressatin erkannt hatte.¹⁹² Noch bezüglich der Wahlen von 1963 stellten Gruner und Siegenthaler fest, dass

„keine Partei direkt an die Jungen, die Neuwähler appelliert. Die Parteien tun dies wohl aus der Erfahrung der *schwierigeren politischen Mobilisierbarkeit* der Jungen. [...] Obschon es also für

¹⁸⁹ SSA Ar 1.110.49, Brief von Carl Bürgin an Walter Bringolf, 30.12.1958.

¹⁹⁰ Eine Ausnahme stellt hier die SP mit ihrem Fokus auf die Sozialpolitik dar. Die SP-Haushaltsbroschüre von 1959 stellte somit einen Rentner sowie weitere Wählerprofile (einen Arbeiter, einen SBB-Zugschaffner, einen Sportler, einen Angestellten, einen Ingenieur, einen blinden Mann und einen Bergbewohner) dar. SSA 1.230.6, Haushaltsbroschüre „Wir wählen Sozialdemokraten in den Nationalrat“, [1959].

¹⁹¹ SSA Ar 1.230.6, Brief des SP-Sekretariates an die Kantonalparteien, Sektionen, Parteipresse, 25.09.1959; Briefmodelle „Die Jugend wählt links!“; „Das geht die jungen Wähler an!“, [1959].

¹⁹² Vgl. dazu Skenderovic; Späti: Die 1968er-Jahre in der Schweiz, 2012, S. 16ff.

die Parteien erfolgversprechend sein müsste, diese Wählerkategorie durch eine besondere Programmatik für sich zu gewinnen, möchten sie offenbar nicht den Eindruck der *nur-„jungen“* Partei erwecken und damit für ältere Stamm- oder Marginalwähler weniger attraktiv erscheinen.¹⁹³

Im Kontrast zur sich schnell wandelnden Konsum-, aber auch Alternativkultur der 1960er Jahre galt „jung“ in der Schweizer Politik also noch als Stigma. Im Kontext des *helvetischen Malaises* und der steigenden Stimmenthaltung wurden junge Menschen zudem als problematische, durchaus passive Wählergruppe gedeutet. Viele Parteien konzentrierten ihr Angebot für diese Wähler auf staatskundliche Informationsmöglichkeiten mittels Kursen oder Broschüren. Mitte der 1960er Jahre kamen diese Vorstellungen von der Jugend bei der Debatte um die Totalrevision der Bundesverfassung deutlich zum Ausdruck. Diese erschien laut Georg Kreis „nicht als treibende Kraft, sondern als eine eher desinteressierte Altersgruppe, die mit Hilfe eines Reformprojektes aktiviert werden könne.“¹⁹⁴ Dabei übersahen die älteren politischen Eliten, wie manche Jugendliche ihre ersten politischen Erfahrungen ausserhalb der Parteienpolitik machten, sei es in der Anti-Atombewegung ab Ende der 1950er Jahre oder ein Jahrzehnt später in der 1968er-Bewegung. Zudem wurden mit dem demographischen Wandel und den neuen Aspirationen der Jugend Themen wie die Demokratisierung des Schul- und Universitätssystems oder die Kulturpolitik immer unvermeidlicher.

Jugend als politische Ziel- und Problemgruppe

Die Jugend als Ziel-, aber auch als Problemgruppe wurde dafür im Wahlkampf von 1971 umso sichtbarer. Seit einigen Jahren stand sogar die Möglichkeit einer Herabsetzung des Wahlrechtsalters von zwanzig auf achtzehn Jahre auf der Agenda, um die demokratische Partizipation der Jugendlichen noch im Schulalter anzukurbeln.¹⁹⁵ Die FDP insbesondere legte viel Wert auf ihre „Jugendaktion“ als Säule ihrer Kommunikation im Wahljahr. Sie nahm dabei zumindest einen Teil der Jugend als erreichbar und somit als potenzielle Wählende wahr. Laut der Genfer Stadträtin Lise Girardin sei die Jugend nämlich weitgehend „anti-Schwarzenbach“, was eine Chance für die Partei darstelle.¹⁹⁶ Wie ein Strategiedokument es zudem darstellte, käme als Reaktion auf 1968 eine neue politische Atmosphäre an, in welcher viele Wählende, auch jugendliche, mehr Beruhigung und schlussendlich mehr Ordnung suchen würden:

„Die weite Kreise nicht nur der flottanten Wählerschaft, sondern z.T. auch Parteigänger und Partei-Sympathisanten ergreifende ‚*Verunsicherung*‘, die Verseuchung des politischen Lebens durch *negativistische und nonkonformistische Miesmacherei, das systematische Schlecht- und Lächerlichmachen alles Traditionellen, Bestehenden und Etablierten* bzw. dessen direkte und indirekte Auswirkung auf erstaunlich breite Schichten der Bevölkerung haben mit dem eidgenössischen Wahlgang von 1967 und den darauf folgenden kantonalen und kommunalen

¹⁹³ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 118.

¹⁹⁴ Kreis: Lancierung der Totalrevision, 1998, S. 34.

¹⁹⁵ Année politique suisse, 1968; Bericht der Studienkommission, 1972.

¹⁹⁶ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 19.08.1970.

Wahlen den Höhepunkt offensichtlich überschritten. *Das Gleiche gilt von der Erscheinung der ‚Unruhe‘ und des ‚Unbehagens‘ unter der Jugend*, die heute eine sehr viel differenziertere Analyse erheischt als vor ein, zwei Jahren.¹⁹⁷

Um diese progressive, „tolerante und aufgeschlossene“, aber die Krawalle ablehnende und deshalb FDP-affine Jugend zu erreichen, publizierte die Partei eine Inseratenserie und einen Faltprospekt, in denen Spitzenpolitiker der Partei „heisse“ Fragen der Jugend beantworteten.¹⁹⁸ Der populäre, als progressiv geltende Tessiner Bundesrat Nelio Celio äusserte sich darin folgendermassen zum Thema Revolution:

„Mit der Jugend bin ich der Auffassung, dass sich unsere vorwärtsstrebende Gesellschaft nicht immer auf die gleichen Prinzipien und Institutionen stützen kann. Nur: Wenn Sie auf die Strasse gehen und Veränderungen mit Gewalt erzwingen wollen, erreichen Sie höchstens das Gegenteil: Die ‚schweigende Mehrheit‘ der älteren Bürger wird nach der gegenteiligen Richtung radikalisiert und verhindert schliesslich als ‚Partei der Angst‘ jede vernünftige Erneuerung. Ob die Jugend innerhalb oder ausserhalb der Parteien politisieren will, ist ihre Sache.“¹⁹⁹

Diese moderate Haltung gegenüber den Forderungen der Jugendbewegungen kontrastierte aber mit der viel härteren, verständnislosen Haltung vieler Freisinnigen und allgemein vieler Bürgerlichen, welche das Unverständnis mancher Wählenden gegenüber den Jugendbewegungen politisch zu instrumentalisieren versuchten.²⁰⁰ Zudem hatte sie innerhalb der Partei wenig konkrete Folgen. Zwar zeigte sich die FDP-Jugendsektion durchaus sehr engagiert im Wahlkampf. Vielerorts war aber ihre Berücksichtigung sowie überhaupt die Integration von mehr Jugendlichen in der Partei lediglich ein Wunsch der Parteikader. Dem Auftrag der Parteizentrale, Veranstaltungen für Jugendliche durchzuführen, kamen die lokalen und kantonalen Parteien in unterschiedlichem Umfang nach.²⁰¹ Das die Jugend betreffende Stigma war zudem weiter spürbar, beispielsweise im Kampagnenplan, welcher empfahl, „die Bedeutung der jungen Generation als Wähler nicht überzubetonen, da sonst ältere Wähler entsprechende negative Reaktionen zeigen können.“²⁰²

Gerade diese Einstellung schien auch bei den anderen bürgerlichen Parteien zu herrschen, denn die CVP und SVP starteten keine besonderen Offensiven in Richtung der Jugend. Selbst die SP wandte sich dieser Gruppe wenig zu. Manche Parteikader betrachteten dabei die beginnende Spaltung der Partei zwischen der traditionellen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Linie und den linksradikalen, neomarxistischen Ideen vieler neuer, intellektueller junger Mitglieder mit Sorge. Somit ergebe sich, so der Sekretär Jean Riesen, die Schwierigkeit, die „Bunkerjugend“ und die „Landfrauen“

¹⁹⁷ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

¹⁹⁸ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Junge stellen heisse Fragen an den Freisinn, 1971.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Vgl. dazu Kap. 5.3.2.

²⁰¹ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

²⁰² BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.²⁰³ Die waadtländische SP litt besonders unter diesen internen Spannungen, die bei den zwei Parteitagungen des Jahres 1971 eklatant wurden und auch an die Öffentlichkeit gelangten. Manche Jugendlichen fühlten sich von der alten Garde der waadtländischen SP nicht ernst genommen und suchten nun bei der RML Zuflucht.²⁰⁴ Dass auch die Mutterpartei die Jugend zu sehr vernachlässigt habe, nannten manche Kader nach den Wahlen als Grund für die enttäuschenden Ergebnisse. Die Partei gelte bei ihnen aufgrund ihrer Bundesratsbeteiligung als veraltet und inkonsequent.²⁰⁵

Die ambivalente Bedeutung der Jugend als Ziel- oder Problemgruppe spitzte sich Anfang der 1980er Jahre deutlich zu. Einerseits berücksichtigten die allgemein stärker segmentierten, offensiven Kampagnen aller Parteien Jugendliche vermehrt als potentielle Mitglieder und Wählende. Jugendsektionen fanden einen neuen Dynamismus und manche Parteien wie die FDP planten spezielle Aktionen an Jugendliche im Vorfeld der Wahlen von 1983.²⁰⁶ Viele Parteikader, auch bei der SP, wussten andererseits mit der neuen Jugendbewegung der Jahre 1980-1982 nichts anzufangen. Sie wurde zur Zielscheibe neuer Stigmas, welche bürgerliche PolitikerInnen politisch zu instrumentalisieren wussten. Wenn auch die „Jugendpolitik“ damals dauerhaft auf der politischen Agenda stand, so war die „Jugend“ in den politischen Diskursen doch mehr politisches Objekt als eine für sich selbst handelnde und sprechende Gruppe. So betonte der SVP-Präsident Fritz Hofmann in einem Interview die strenge Linie seiner Partei bezüglich der Jugendunruhen, gleich nachdem er sich über die laut der VOX-Umfrage für 1979 guten Zahlen der SVP bei Erstwählenden gefreut hatte.²⁰⁷ Noch klarer meinte ein FDP-Konzept vor den Wahlen, dass die Kommunikation über die FDP-Jugendpolitik die betroffenen Jugendlichen sowieso nicht erreichen würde, weshalb die FDP lieber „bei den Eltern dieser Jugendlichen“ werben solle.²⁰⁸

Senioren als neue Hoffnung für die Wahlen?

Anders als die Jugend waren die Senioren in den Wahlkämpfen der 1970-80er Jahre äusserst präsent: Sie galten nun als wichtige, demographisch wachsende Zielgruppe, deren parteipolitische Loyalitäten zwar durchaus stabil blieben, jedoch zu pflegen waren. Oppositionelle Parteien, beginnend mit den neuen fremdenfeindlichen Parteien, schienen Senioren besonders anzuziehen. So zeigten sich die SozialdemokratInnen darüber besorgt, dass ihre Ablehnung der Schwarzenbach-Abstimmung

²⁰³ Wobei er beide Kategorien als einander ausschliessend konstruierte. Er verwies dabei auf die Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum in Zürich. ACV PP 225/38, Assemblée consultative des partis socialistes romands, 6.03.1971.

²⁰⁴ Ebd., Comité directeur, 10.05.1971.

²⁰⁵ SSA Ar 1.110.61, Parteivorstand, 18.12.71.

²⁰⁶ BAR J2.322-01 2009/263_38_104, Rundschreiben der FDP an die Kantonalparteien, Aktion „Mehr junge Mitglieder für die FDPS“, 4.02.1981.

²⁰⁷ Politik, die junge Wähler überzeugt, in: Vaterland, 6.10.1983.

²⁰⁸ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Entwurf Wahlstrategie 1983, Juli 1982.

besonders bei älteren Wählenden zu Stimmverlusten führen würde.²⁰⁹ Alle Bundesratsparteien stellten sich zudem in ihren Programmen grundsätzlich als Verteidiger des nach wie vor hoch symbolischen und populären AHV-Systems dar. Die CVP betonte dabei die Wichtigkeit der intergenerationellen Solidarität in der Familie, aber auch in der breiten Gesellschaft, als die Frage des Platzes älter werdender Menschen sich vermehrt stellte. Ein Inserat ihrer Kampagne für 1971 fordert somit einen „raschen Ausbau der staatlichen, der betrieblichen und der privaten Vorsorge“, damit „unsere alten Menschen [...] nicht von der Gesellschaft abgesondert werden“.²¹⁰ Ein FDP-Inserat übernahm fast die genau gleichen Argumente, mit der Forderung: „Une vie intégrée et sans préoccupation pour les personnes âgées“.²¹¹ Das Thema war dabei für die SP besonders sensibel, die sich diesbezüglich von der PdA mit ihrer Forderung nach einer Volkspension links überholt sah. Umso deutlicher versuchte sich die SP als die einzige linke Partei darzustellen, welche dank ihrer Bundesratsbeteiligung und Kompromissbereitschaft realistische AHV-Reformen durchbringen konnte. In einem Brief an AHV-Rentner vor den Wahlen von 1971 verwiesen die Zürcher SP und das kantonale Gewerkschaftskartell auf das sozialdemokratische Engagement für die Erhöhung der Renten, während Bürgerliche sowie „Schwarzenbach und andere“ keine Lösungen, nur leere Versprechen vorschlagen würden.²¹² Als Teil der Kommunikationsbemühungen der Partei zu ihrer „arbeiterfreundlichen“, linken Politik trotz Regierungsbeteiligung kündigte der SP-Bundesrat Hans Peter Tschudi kurz vor den Wahlen den Ausbau der AHV-Renten noch vor der Abstimmung zur PdA-Initiative an. Dieses „Wahlgeschenk“ wurde laut Pressekommentaren unter den RentnerInnen begrüsst.²¹³

Dass die Parteien die ihnen traditionell nahestehenden Senioren als leicht zu mobilisierende Stammwählende und somit Wahlreservoir wahrnahmen, zeigte sich ferner in ihren vermehrten Bemühungen, sie zum Urnengang zu bewegen. Altersheime wurden mancherorts zu Orten kontroverser Kampagnenaktionen, bei denen die Parteien den Gang zur Urne für Senioren vereinfachten (insbesondere mittels Stellvertretungen), dabei aber auch Werbung für sich selbst betrieben.²¹⁴ In manchen Parteien wurden auch „Wahlhilfen“ organisiert, zum Beispiel ein Auto-Transport zum Wahlbüro.²¹⁵ Aus der Alterung der Gesellschaft, aber auch der erschwerten Weitervermittlung des traditionellen Wahlverhaltens an die junge Generation zogen die Parteien ihre

²⁰⁹ SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

²¹⁰ BAR J2.181 1987/52_72_626, Inserat „Alter darf kein Abschied sein“, [1971].

²¹¹ ACV PP 552/208, Inserat „Une vie intégrée et sans préoccupation pour les personnes âgées“, [1971].

²¹² SSA QS 37.5, SP des Kantons Zürich und Gewerkschaftskartell: Brief an AHV-Rentner, [1971].

²¹³ Un scrutin d’une importance exceptionnelle, in: Le Matin – Tribune de Lausanne, 28.10.1971. Zur schwierigen Position der SP bezüglich der AHV in den 1960-70er Jahren, Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 95ff.

²¹⁴ Scandaleuses méthodes radicales à Yverdon. Des équipes de femmes radicales „organisent“ le vote des vieillards, in: Voix ouvrière, 29.10.1971; ACV PP 985/3, o.A.: Visites à faire dans les pensions pour personnes âgées, [1975].

²¹⁵ Wie zum Beispiel bei der Berner SVP 1983, wobei dieses Vorgehen auch links zu finden ist. SVP BE 6.3.1, Brief der SVP-Sektion Ins, [Oktober 1983].

Schlüsse. Für die CVP-Kampagne von 1983 beispielsweise betonte Leonhard Neidhart das Potenzial der Partei bei älteren, religiösen Menschen, welche es verstärkt zu mobilisieren gelte.²¹⁶ Noch klarer meinte die Sozialdemokratin Lilian Uchtenhagen 1983 diesbezüglich: “Es gehen eher ältere Leute an die Urne, deshalb ist die soziale Sicherheit von grosser Bedeutung“.²¹⁷ Weil diese Gruppe auch demographisch wuchs, stieg somit ihr Gewicht in der Schweizer Politik, was Gruner 1987 als Vorteil für die bürgerlichen Parteien sah.²¹⁸ Die Beachtung des Alters bei den parteipolitischen Wahlstrategien verdeutlicht also im Fall der Jugend die abgeschwächte generationelle Vermittlung der parteipolitischen Sympathien im Laufe der Nachkriegszeit, aber auch die wachsende politische Bedeutung der Senioren.

5. Geschlecht repräsentieren: Die Bürger, aber auch „die Damen“ ansprechen

Inwiefern spielte das Geschlecht als binär konstruierte Trennlinie und Hierarchiekategorie in der Definition der parteipolitischen Zielwählerschaften eine Rolle? Zunächst gilt es zu bemerken, dass das Geschlecht als Trennlinie vor allem in Bezug auf die Frauen als besondere, von der männlichen Norm der Bürgerschaft abweichende Gruppe in den Diskussionen der Parteien auftauchte. Schweizer Männer fungierten als Inbegriff der schweizerischen Bürgerschaft, wie die Deutung der Bundesverfassung als Kriterium für den Ausschluss der Frauen von politischen Rechten bis 1971 verdeutlicht.²¹⁹ Wenn Wahlkampfmaterialien Männlichkeit als symbolisches Kapital und Identifikationselement für Schweizer Männer darstellten, galt diese androzentrische Wahlkampfkommunikation folglich als universell.

Frauenwerbung vor dem Universalstimmrecht

Frauen waren dabei lange vor 1971 im Wahlkampf präsent. In wenigen Kantonalparteien (bei der SP und bei manchen freisinnigen Parteien) konnten sie Mitglieder sein und sich im Wahlkampf als Helferinnen engagieren.²²⁰ Dass Frauen ansonsten als durch die mündigen Männer ihres Haushaltes repräsentiert galten, wurde in den zahlreichen Wahlkampfmaterialien ausgedrückt, welche sich an den gesamten Haushalt wendeten und die Lage der Frauen und der Familien thematisierten oder sie bildlich darstellten.²²¹ Frauen waren manchmal auch selbst Adressatinnen, und nicht nur Gegenstand, der politischen Kommunikation im Wahlkampf. Die SP, und genauer die SP-Frauen, wendeten sich

²¹⁶ PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhard: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982.

²¹⁷ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

²¹⁸ Gruner: Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe, 1987, S. 291.

²¹⁹ Semantisch führte diese männliche Prägung der Bürgerschaft insofern zu Schwierigkeiten, als die Schweizerinnen, selbst stimmrechtslos, auch Bürgerinnen waren, weshalb anlässlich der Debatte um das Universalstimmrecht solche Begriffe wie Stimmbürgerin verwendet wurden, um ihren neuen Status zu bezeichnen.

²²⁰ So lud die waadtländische SP „Frauen wie Männer“ dazu ein, beim Senden von Wahlbroschüren zu helfen. ACV PP 225/8, Brief der waadtländischen SP an die Mitglieder, 18.10.1947.

²²¹ Vgl. Kap. 5.3.1.

regelmässig mit politischen Botschaften an sie: Die Zeitschrift *Frau in Leben und Arbeit* der SP-Frauen behandelte beispielsweise die Nationalratswahlen von 1947 über mehrere Seiten hinweg, unter anderem mit einem Appell des Parteipräsidenten Hans Oprecht, die Sozialdemokratie zu stärken.²²² Dabei ging es mehr oder weniger deutlich darum, die Frauen zu ermuntern, ihre Ehemänner, Brüder oder Söhne zur Urne zu bewegen – wenn möglich mit dem richtigen Wahlzettel. Gewiss blieb dies eine marginale Wahlkampfpraxis, die die Parteikader kaum als Strategie durchdachten. 1947 richteten dennoch neben der SP auch andere Parteien weitere, dringende Appelle an Frauen, insbesondere in städtischen Arbeitermilieus. Die Zürcher Christlichsozialen riefen die Frauen dazu auf, die mit ihnen verwandten Männer zu mobilisieren, und verwies auf den Mythos der Stauffacherin, um ihre indirekte politische Macht zu betonen.²²³ Auch der Zürcher LdU adressierte die Frauen in seiner allgemeinen Wahlflugschrift und sprach dabei ihre Anliegen als Konsumentinnen direkt an:

„Die Hausfrau wirft *ihren ganzen Einfluss* in die Waagschale für den Landesring, der für erschwingliche Preise kämpft. Denkt an das plötzliche Verbot der Migros-Wagen in Rorschach und was weiter droht!“²²⁴

Damit erkannten die Parteien das Einflusspotenzial der Frauen auf den Wahlentscheid der Männer, an welchem sie möglicherweise teilnehmen konnten oder welchen sie zumindest mitverfolgten.²²⁵ Als im Laufe der 1950er Jahre traditionellere Frauenbilder für eine Zeit die Oberhand gewannen, scheinen diese indirekten Mobilisierungspraktiken abgenommen zu haben. Der wahlkampfbezogene Inhalt von *Frau in Leben und Arbeit* beispielsweise war 1959 viel bescheidener als jener von 1947.²²⁶ Paradoxaerweise verwendeten in der Universalstimmrechtsdebatte Ende der 1950er Jahre manche Gegner der Vorlage gerade das Argument des Einflusspotenzials der Schweizerinnen auf ihren Ehemann.²²⁷ Hingegen antwortete der Bundesrat auf die Ängste der Gegner, das Universalstimmrecht würde die Einheit des Paares bedrohen, dass die meisten Frauen sowieso wie ihre Ehemänner abstimmen würden – wenn sie überhaupt teilnahmen. Dafür verwies der Bundesrat in seiner Botschaft von 1957 auf ausländische Erfahrungen mit dem Universalstimmrecht mit folgender, für die Gegner beruhigenden Schlussfolgerung: „L'octroi du vote aux femmes ne leur a pas donné, et de loin, une influence politique comparable à celle de l'homme“.²²⁸

²²² Die Frau in Leben und Arbeit, Oktober 1947.

²²³ StAZH III Ao 2/2, Flugschrift „Katholische Frau! Sei echte Stauffacherin!“, [1947].

²²⁴ Ebd., Flugschrift „Wer Schweigt... schadet der Heimat“, [1947].

²²⁵ Selbst den Wahlakt der Männer konnten die Frauen begleiten: So zeigten manche Dokumentationen Paare, die zusammen zur Urne gingen, wobei die Frau danach vor dem Eingang des Wahlbüros wartete. Im Kanton Zürich, wo lange Stimmzwang herrschte, berichten einige Quellen von Frauen, welche selbst für ihre Ehemänner das unbenutzte Wahlmaterial ins Wahlbüro zurückbrachten, um die Gebühr für die Stimmenthaltung nicht bezahlen zu müssen. Die Zürcherin und ihre Obrigkeit, in: Du - Atlantis : kulturelle Monatsschrift (3), 1951.

²²⁶ Zur Entwicklung dieser Zeitschrift um diese Zeit, Frei: Zwischen Traum und Tradition, 1988.

²²⁷ Studer: L'Etat c'est l'homme, 1996, S. 372.

²²⁸ Bundesblatt 1957, I, S. 782ff., zitiert nach: Ebd., S. 376.

1959 ermöglichte die auf eidgenössischer Ebene gescheiterte Abstimmung zum Universalstimmrecht den Waadtländerinnen als ersten Frauen der Schweiz, sich an den Ständeratswahlen vom Oktober desselben Jahres zu beteiligen. Die vier waadtländischen Parteien schwankten dabei zwischen dem Stolz, als Pionierkanton zu gelten, und der Angst, dass die Frauen eine uninformierte – oder schlichtweg eine für sie ungünstige – Wahl treffen würden. Die PdA-Ständeratskandidatur der Frauenstimmrechtlerin und Friedensaktivistin Marceline Miéville löste bei ihnen eine gewisse Fieberhaftigkeit aus, da sie befürchteten, dass die Neuwählerinnen sich für diese erste Ständeratskandidatin entscheiden würden.²²⁹ Im Kontext eines verschärften Antikommunismus im Kanton wandten sich deshalb sowohl die Sozialdemokraten als auch die bürgerlichen Parteien eindringlich an die Wählerinnen, um sie an ihre neuen Verantwortungen für den Kanton zu erinnern. Die kantonale SP sprach in einem an diese gerichteten Brief Themen wie die Mutter- sowie Krankenversicherung oder die Bildung an und endete mit dem folgenden, subtil gegen die PdA-Kandidatin gerichteten Wahlaufruf: „il convient que vous songiez non seulement à élire un homme, mais à faire triompher une volonté de progrès.“²³⁰ Daneben fügte die Partei bei ihren Briefen für männliche Wähler den Hinweis an, dass sie auch „ihre“ Frauen beeinflussen könnten: “P.S. – N’oubliez pas que la composition du Conseil des Etats est aussi déterminante pour l’évolution de la politique fédérale; ce qu’il faut rappeler à nos concitoyennes... dans la mesure de notre influence sur elles.“²³¹ Die bürgerlichen Parteien ihrerseits riefen, unterstützt durch die bürgerlichen Frauenstimmrechtsaktivistinnen des Kantons, zur Wahl des bürgerlichen Ständeratstickets im Namen des „gesunden Menschenverstands“ der Frauen auf, in Opposition zu den „billigen Versprechen, aggressiven Forderungen, Streitgeist“.²³² Der freisinnige Journalist Michel Jaccard argumentierte sogar, dass ein Wahlwirrwarr – sprich die (unwahrscheinliche) Wahl von Miéville oder Charles Sollberger (SP) – die Zukunft des Frauenstimmrechts im ganzen Land bedrohen könne.²³³ Die Erwartungen an diese erste Frauenwahl in der Schweiz waren tatsächlich umso höher, als sie einen Einfluss auf die weitergehende Debatte zum Universalstimmrecht haben konnte.

Das Wahlverhalten der Frauen blieb dabei Gegenstand vieler Spekulationen, selbst wenn schlussendlich der Ausgang der Ständeratswahl trotz dem Achtungserfolg von Miéville den Status Quo bestätigte. Vor den Wahlen meinten zwar manche waadtländischen BGB-Parteikader, dass die Wählerinnen eher konservativ gesinnt seien oder dass sie sich enthalten würden, „da die Idee auf dem Land nicht reif ist“.²³⁴ Auch die waadtländische SP nahm an, dass sie die Folgen des angeblichen weiblichen Konservatismus spüren würde, und erklärte damit in den 1960er Jahren ihre sinkenden

²²⁹ Zu dieser ersten weiblichen Ständeratskandidatur, Jeanneret: Popistes, 2002, S. 539ff.

²³⁰ ACV PP 225/20, Brief der waadtländischen SP an Wählerinnen, [1959].

²³¹ Ebd., Brief der waadtländischen SP an Wähler, [1959].

²³² ACV PP 175/9, Flugschrift „Billet à l’électrice“, [1959]; Inserat „Au moment où les femmes vont voter“, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 24.10.1959.

²³³ Pour vous, mesdames (suite), in: Nouvelle Revue de Lausanne, 21.10.1959.

²³⁴ PA SVP VD 4.1, Comité directeur 7.09.1959.

Wahlergebnisse.²³⁵ Als das Universalstimmrecht im Laufe des Jahrzehnts in anderen Kantonen eingeführt wurde, konnte mangels klarer Tendenzen über den Einfluss der Frauenstimmen auf die Schweizer Politik in den 1960er Jahren aber oft nur spekuliert werden.²³⁶

Frauen als „grosse Unbekannte“

Es verwundert also nicht, dass das weibliche Wahlverhalten im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1971 als „grosse Unbekannte“ galt.²³⁷ Ein Artikel der katholischen Wochenzeitung *Sonntag* bezeichnete die „stimm- und wahlberechtigte Schweizerin“ als „grosse ‚Unbekannte‘ der diesjährigen Nationalratswahlen“.²³⁸ Diese Vorstellung schien so verbreitet zu sein, dass die Zeitung der Deutschschweizer Frauenbewegung *Schweizer Frauenblatt* eine Karikatur veröffentlichte, auf der die Schweizer mit Anzug und Hut beim Warten am Kino für den Film „Deine Frau – das unbekannte Wesen bei den Nationalratswahlen“ dargestellt werden.²³⁹ Obwohl diese Wahlen Gegenstand von Umfragen waren, nützten diese den Parteien beim Ausarbeiten einer Herangehensweise an die Neuwählerinnen nur wenig. Gewiss passten die im politischen Diskurs oft bemühten Figuren der Land- oder der Hausfrau nicht mit den üblichen Linien der Wahlbefragung zusammen, die sich hauptsächlich auf die sozioökonomischen Identitäten der Männer entlang der Berufskategorien bezogen hatten. Nur der LdU mit seinem Fokus auf die Rechte der KonsumentInnen vermochte es, die Wählerinnen auf einer anderen Basis wahrzunehmen und anzusprechen und nutzte diese Positionierung im Wahlkampf aus.²⁴⁰ Die SP ihrerseits erwähnte in ihrem Wahlbericht die Kategorie der „Frauen der Arbeitnehmer“, welche verdeutlicht, wie schwierig es den Parteiakteuren fiel, über die Frauen jenseits ihrer Beziehungen zu den Männern sowie jenseits der üblichen Kategorisierungslinien, insbesondere jener des Berufs, nachzudenken.²⁴¹

Dafür wurden die Frauen in der Regel als separate, in sich homogene Gruppe behandelt; „die Frauen“ oder sogar „die Frau“, während bei den anderen Unterscheidungsdimensionen viel feiner differenziert wurde.²⁴² Einig waren sich alle Parteiakteure, dass man diese neue Gruppe gezielt ansprechen müsse. Deshalb plädierten viele Parteien im Wahlkampf für eine lose definierte Geschlechtergleichheit (oder

²³⁵ Wicki: *On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous*, 2007, S. 183.

²³⁶ Zur Frage der Messung des weiblichen Wahlverhaltens, siehe unten, Teil 6.

²³⁷ *Année politique suisse*, 1971; PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 5.04.1971.

²³⁸ *Geben die Frauen den Frauen die Stimme?*, in: *Sonntag*, 27.10.1971.

²³⁹ *Wolter: Helvetia zeigt*, 1971.

²⁴⁰ Für seine erste Nationalratskampagne in der Romandie stellte er sich beispielsweise auf der Basis seines Engagements für das Frauenstimmrecht sowie für den Konsumentenschutz als „Leader“ dans le domaine de la protection de la femme suisse“ dar. ACV PP 552/208, Flugschrift „Elections au Conseil national Femmes romandes, unissez-vous!“, 1971. Und die Bundesratsparteien zeigten sich über die Konkurrenz des LdU bei den Neuwählerinnen besorgt, BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat der FDPS: Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 1971, August 1970.

²⁴¹ SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: *Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971*, 9.12.1971.

²⁴² Sichtbar wird dieser Unterschied bei den vier Zielgruppen der FDP für ihre Wahlkampagne: die Jungen, die Frauen, die Anhänger und Gleichgültigen, BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 19.08.1970.

manchmal für „l'égalité de la femme [sic]“) und richteten Wahlkampfmaterialien spezifisch an Frauen: Broschüren, Flugschriften sowie Inserate in der allgemeinen und in der weiblichen Presse.²⁴³ Dabei stützten sie sich nur in geringem Masse auf Frauenorganisationen und die – bei den Bürgerlichen noch schwach organisierten – parteipolitische Frauensektionen als Partner im Wahlkampf.²⁴⁴ Bei der SP hatte die zentrale Frauenkommission zwar viel Input für den Wahlkampf gegeben und dabei klar ausgedrückt, dass sie „kein Sonderproblem Frauen“ wolle.²⁴⁵ Trotzdem entwarf die Werbeagentur Wälchli eine „Frauenkampagne“ im Alleingang, was auf die externalisierte, aber dafür sehr zentralisierte Entscheidungsstruktur dieser Wahlkampagne zurückzuführen ist.²⁴⁶ Für diese entwickelte sie eine sanfte Rosenästhetik, in deren Mitte lächelnde Frauen in der Familie und bei der Arbeit dargestellt wurden. Arbeiterinnen und nicht nur Mütter wurden erst nach einer Anfrage der SP-Frauen in den Broschüren überhaupt sichtbar gemacht.²⁴⁷ Die Inserate dieser Kampagne versuchten die Frauen direkt anzusprechen, mit Verweis auf ihr vermutetes politisches Bewusstsein: „als echte Frau haben Sie schon immer Politik gemacht, und lange nicht so passiv, wie sie denken“, sowie mit Hinweis auf die von der Umweltverschmutzung bedrohte Zukunft ihrer Kinder: „Le monde de votre enfant est menacé, faites votre politique à nos côtés“.²⁴⁸ Diese Kampagne kontrastierte ästhetisch stark mit der „allgemeinen“ SP-Kampagne, welche sich um das Motiv des Gegengewichts drehte, das die Position der SP im politischen Kräfteverhältnis symbolisieren sollte. Der Einbezug der Gruppe der Frauen beschränkte sich auch in anderen Parteien auf separate Kommunikationselemente. Die FDP richtete bereits im Abstimmungskampf zum Frauenstimmrecht ein Plakat mit dem Spruch „Ja – Die Freisinnigen haben die Frauen gern“ an sie (Abbildung 2), welches als bestes Beispiel der „Liebeswerbung“ in Richtung der Frauen im Wahljahr 1971 betrachtet werden kann, wie der SP-Sekretär Arnold Bertschinger passend schrieb.²⁴⁹

²⁴³ Inserat „Envoyez à Berne des femmes et des hommes responsables“, Tribune de Lausanne, 28.10.1971. Die CVP inserierte beispielsweise in *Femina* oder *Annabelle*. BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

²⁴⁴ Zum Platz von parteinahen Organisationen wie der SKF oder der Landfrauenvereinigungen in der Auswahl der Kandidatinnen, siehe Kap. 6.2.2. Die zahlreichen, oft bürgerlich geprägten Frauenstimmrechtsvereine ihrerseits wurden durch ihre selbstauferlegte parteipolitische Neutralität daran gehindert, im Wahlkampf klar Stellung zu beziehen. Die zwei historischen Zeitungen der Frauenbewegung, *Femmes suisses et le mouvement féministe* und *Schweizer Frauenblatt*, stellten jedoch wichtige Informationsmedien zum Wahlkampf für ihre Leserinnen dar. Die Forderungen der neuen Frauenbewegungen ihrerseits gingen weit über das Stimmrecht hinaus und ihr Handlungsrepertoire positionierte sie deutlich ausserhalb des parlamentarischen Feldes, weshalb sie den ersten Frauenurnengängen ziemlich gleichgültig gegenüberstanden. Vgl. für den Front des bonnes femmes in Genf Schulz; Schmitter; Kiani: Frauenbewegung, 2014, S. 42f.

²⁴⁵ SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 12.12.1970.

²⁴⁶ SSA Ar 27.600.1, Werbeagentur Wälchli: Aktionsleitfaden Wahlkampagne Herbst 1971, [1971].

²⁴⁷ SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 8.05.1971.

²⁴⁸ BAR J2.181 1987_52_75_664, Inserat „Wem der Mensch nicht gleichgültig ist, dem darf auch die Politik nicht gleichgültig sein“, [1971]; ACV PP 552/208, Inserat „Le monde de votre enfant est menacé, faites votre politique à nos côtés“, [1971].

²⁴⁹ SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

Ferner wurden die Neuwählerinnen 1971 weiterhin vorwiegend als Ehefrauen wahrgenommen und angesprochen. Im Kontrast zum bürgerlich-liberalen Mythos des unabhängigen, unbeeinflussbaren Bürgers blieb die Darstellung, dass Bürgerinnen im Umweg über die Vermittlung ihrer Ehemänner politisch teilnehmen würden, zunächst in der konkreten Wahlpraxis der Stellvertretung an der Urne präsent, welche nicht auf eidgenössischer Ebene, aber in manchen Kantonen, darunter Zürich, möglich war. Es scheint, dass viele Frauen bei den ersten für Frauen offenen Zürcher Kommunal- und Kantonalwahlen in den Jahren 1969-1970 diese Möglichkeit ergriffen hatten, denn kantonale Parteiakteure adressierten sie im eidgenössischen Wahlkampf von 1971 mit zahlreichen Erinnerungen, dass sie dieses Mal persönlich zur Urne erscheinen sollten. Es war dabei insbesondere die Zürcher BGB, welche in ihren Inseraten, Flugschriften sowie ihren staatsbürgerlichen Materialien für die Neuwählerinnen darauf hinwies.²⁵⁰ Während die Briefwahl schweizweit im Wahlrecht noch wenig verbreitet war, schien sich die Stellvertreterwahl tatsächlich als praktische Lösung angeboten zu haben, damit nur ein Ehegatte zur Urne musste. Die Deutung der Stellvertreterwahl in Bezug auf die Frauen, welche durch das praktische Problem der Rechtsdiskrepanz zwischen Kantons- und Bundwahlrecht sichtbar wurde, ist in vielerlei Hinsicht bezeichnend für die Bedeutung der Ehe in den Wahlpraktiken und -vorstellungen. Der manchmal weite Weg zur Wahlurne, vor allem auf dem Land, hatte nämlich als Argument gegen das Universalstimmrecht gedient, da die Frauen sich durch die Wahlen von ihrem Heim entfernen mussten. Die Stellvertreterwahl aber ermöglichte nun die Beibehaltung der Vertretungsidee in der Männerdemokratie. So konnte das Wahllokal noch eine Weile als Ort männlicher Sozialisierung erhalten bleiben.

Darüber hinaus schien die Koppelung des weiblichen Wahlverhaltens an jenes ihrer Ehemänner durchaus eine Selbstverständlichkeit. Die sozialdemokratischen Frauen befürworteten beispielsweise an ledige Frauen gerichtete Werbemassnahmen gerade aus dem Grund, dass diese Frauen „unter den neuen Verhältnissen am ehesten zum Anschluss an eine politische Richtung bereit seien“,²⁵¹ und die schlussendlich grösstenteils stabilen Parteistärken bei den Wahlen von 1971 bestätigten diese Analyse oder, wie der waadtländische BGB-Nationalrat Pierre Teuscher nach den Wahlen meinte: „[la] participation [des femmes] au scrutin n’a guère modifié la composition politique des Chambres, leur rôle est stabilisateur et leur présence le sera également dans la vie parlementaire“.²⁵² Der somit entstandene Eindruck, dass das Universalstimmrecht doch wenig an der Schweizer Politik verändert habe, mag erklären, weshalb die meisten Parteiakteure ihre ursprünglichen Sorgen über die weibliche politische Teilhabe schnell vergassen. In den 1970er Jahren scheint es so, dass die meisten Parteien sich nur kurzfristig vor und nach den Wahlen für die politische Mobilisierung der Frauen

²⁵⁰ PA SVP ZH W 1971, Brief der Zürcher BGB an die Parteileitung, Sektions- und Bezirksparteipräsidenten, 15.10.1971.

²⁵¹ SSA Ar 1.117.14, Frauenkommission, 20.02.1971.

²⁵² PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 21.12.1971.

interessierten, und zwar dann, wenn sie Stimmenverluste fürchteten oder damit erklärten.²⁵³ Oft wurde dabei das Verhältnis der Parteien zu den Wählerinnen entlang der binären Geschlechterordnung eingeordnet. So sei die Schweizer SVP laut der Arbeitsgruppe Hofmann 1976 eine „Männerpartei“, welche mehr Weibliches wie Gemüt und Herz in ihr Image aufnehmen sollte.²⁵⁴ Wie Fabienne Anlienger gezeigt hat, prägte die geschlechtliche Binarität folglich auch die Arbeitsteilung zwischen den Parteien und ihren Frauensektionen: Die Arbeit zur Anbindung der Frauen wurde zunehmend letzteren überlassen. So wurden Schweizerinnen nach dem historischen Wahlkampf von 1971 nicht Gegenstand eines intensivierten Wettbewerbs zwischen den Parteien, wie es die alten GegnerInnen des Universalstimmrechts befürchtet hatten.²⁵⁵

Frauen als Vergessene?

1983 tauchten die Frauen tatsächlich viel weniger als Zielgruppe in den Wahlkampfstrategien auf als noch 1971. Während die Politikerinnen der Frauensektionen als „Thematisierungsagentinnen“ seit den 1970er Jahren manche ihrer Anliegen in die (partei-)politischen Agenden hatten einbringen können, zeigten sich selbst die FDP und die SP mit Themen wie dem Schwangerschaftsabbruch oder der Mutterschaftsversicherung äusserst zurückhaltend, nachdem diese 1977 bzw. 1982 an der Urne gescheitert waren.²⁵⁶ Die bürgerlichen Parteien hatten zwar steigende interne Unstimmigkeiten zu diesen Themen, als sich wie in anderen Demokratien eine konservative Reaktion im Bereich der Geschlechterpolitik zeigte. Auch wenn die Opposition einiger Politiker, darunter Christoph Blocher, gegen die Revision des Ehegesetzes im Sommer 1983, nicht zum Wahlargument wurde, erklärt sie dennoch, weshalb sich die entsprechenden Parteien nicht mit progressiven Stellungnahmen zu diesen Themen zu profilieren versuchten.²⁵⁷

Über diese politischen Unsicherheiten hinaus erschienen die Frauen weiterhin nur selten als wichtige Zielgruppe. Die meisten Parteien überliessen auch im Wahlkampf die Kommunikation mit den Wählerinnen den Frauensektionen, die aber vor allem bei den Bürgerlichen noch mit erheblichen organisatorischen und finanziellen Schwächen zu kämpfen hatten.²⁵⁸ Die mangelnde Berücksichtigung

²⁵³ Exemplarisch dafür sind die Diskussionen bei der Zürcher und Schweizer SVP Anfang der 1970er Jahre, vgl. Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 109ff.

²⁵⁴ Ebd., S. 111.

²⁵⁵ Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014, S. 231.

²⁵⁶ Ebd., S. 356. Vgl. auch Bollinger: *Die sozialdemokratische Partei der Schweiz*, 1991, S. 24f.

²⁵⁷ Zu Blochers Linie diesbezüglich, Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 86ff. In den Medien wurde sein „patriarchalisches Gehabe“ im Parlament anlässlich dieser Debatte gerade nicht als wahltaktische Position rezipiert, sondern als Teil seiner provokativen, polemischen Haltung. „Hauptsache, er konnte sich Gehör verschaffen“. *Konservative SVP-Politik – Seitensprünge*, in: *Tages-Anzeiger*: 13.10.1983. In der waadtländischen CVP sah man ebenfalls die Frage des Schwangerschaftsabbruches als Last für die Wahlchancen der Partei. ACV PP 985_23_3, o.A.: *Analyse personnelle du résultat des élections vaudoises. Pourquoi la stagnation du PDC en pays vaudois*, 1983.

²⁵⁸ Amlinger: *Im Vorzimmer der Macht*, 2014, S. 312ff. In den 1970er Jahren musste somit die Frauenorganisation der CVP auf das vielfach diskutierte Projekt eines Werbeprospektes zunächst aufgrund

der Frauen bei den Mutterparteien rief jedoch Kritik seitens der Frauensektionen hervor, welche aber selten Wirkung zeigte. In einem internen Bericht von 1981 hatten beispielsweise die CVP-Frauen angemahnt, dass eine bessere Integration der Frauen für Wahlerfolge und somit für die Zukunft der Partei unausweichlich sei.²⁵⁹ Auch die Umfragen und Strategiekonzepte der CVP wiesen auf das verbleibende Wahlpotenzial der Partei bei den Frauen hin.²⁶⁰ Nichtsdestotrotz änderte sich die Frauenpolitik der CVP in den folgenden Jahren wenig, sei es bezüglich der allgemeinen Integration der Frauen in der Partei oder der Wahlkampfkommunikation. Die FDP ihrerseits nahm zwar das Bedürfnis einer besseren parteipolitischen Integration der Frauen in ihrer Wahlstrategie von 1982 auf, um sich als frauenfreundlich positionieren zu können und somit gegenüber den linken Parteien besser dazustehen.²⁶¹ Ohne direkte, interventionistische Massnahmen der nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit operierenden Mutterpartei sowie ihrer Frauensektion zeigte diese Intention aber wenig Wirkung. Im Wahlkampf selbst sprach die FDP Frauen selten direkt an. Während die Hervorhebung weiblicher Persönlichkeiten, insbesondere Elisabeth Kopp, das Image der Partei bei Frauen trotz interner Konflikte verbessern sollte, herrschte nämlich zugleich bei vielen Freisinnigen, besonders unter Frauen, ein Unbehagen gegen eine zu starke Betonung des Weiblichen in der Politik.²⁶² Dies stand insbesondere in starkem Kontrast zur SVP-Kampagne, welche auf einer klaren, in den ländlichen, mittelständischen Milieus verankerten Geschlechterdualität beruhte. So bereitete die SVP sogar Nähetuis für die Wahlen von 1983 vor, worin ein Kochrezept zu finden war: „Cleopatra, Schönheitstrank für Frauen“.²⁶³ Das Werbeobjekt, welches die traditionelle Frauenrolle zwischen Haushalt und Schönheitsideal ansprach, sollte „als Tischdekoration bei Veranstaltungen von Frauengruppen“ oder für den „persönliche[n] Versand an Frauen von Parteimitgliedern und Sympathisantinnen“ dienen.²⁶⁴ Gerade die Tatsache, dass die Partei die Frauen teilweise noch durch ihre Ehemänner erreichen wollte, beweist ihre Schwierigkeiten, sie überhaupt anzusprechen.

Dagegen genossen die SP-Frauen einen grösseren Handlungsspielraum. Während es innerhalb der SP-Frauenschaft eine Diskussion über die Legitimität einer frauenspezifischen Kampagne gab – ebenso wie über die Legitimität einer getrennten Sektion überhaupt – engagierte sich die Frauensektion dennoch pragmatisch im Wahlkampf, um ihre eigene Stimme geltend machen zu können.²⁶⁵ Ihre eigens erstellten Wahlkampfmaterialien sprachen die Wählerinnen somit direkt an, wie in einem Flugblatt mit dem Leitspruch: „Wer ausser der SPS kann den Frauen in Bern massgeblichen Einfluss

mangelnder Mittel, dann aufgrund der Ablehnung des Generalsekretariates im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1979 verzichten.

²⁵⁹ Ebd., S. 300.

²⁶⁰ PA CVP CH W (3), Kuhn, Viktor: Marketing/Werbung. Praktische Vorschläge im Hinblick auf die Parteiarbeit in der Westschweiz und gesamtschweizerische Vorbereitung für die Wahlen 1983, 5.01.1982.

²⁶¹ Amlinger: Im Vorzimmer der Macht, 2014, 211f.

²⁶² Vgl. bezüglich der Darstellung der Kandidatinnen, Kap. 6.4.2.

²⁶³ PA SVP BE 6.3.1, SVP der Schweiz, Katalog für Werbemittel Nationalratswahlen 1983, [1983].

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ SSA Ar 1.117.5, Zentralfrauenkonferenz, 15.01.1983.

auf die Politik verschaffen?²⁶⁶ Darin wurde die SP als eine Partei dargestellt, die „ihre Frauen“ nicht verstecke, und als eine, deren Parlamentarierinnen sich aktiv für „Frauenthemen“ engagieren würden – mit der starken Unterstützung ihrer Kollegen sowie der ganzen Partei.²⁶⁷ Dazu sind auf einer Karikatur drei alternativ gekleidete Jugendliche, darunter zwei Frauen zu sehen, die die Frage aufwerfen: „Wen soll frau überhaupt wählen?“²⁶⁸ Die Antwort von einer unter ihnen: „Natürlich Sozialdemokrat(inn)en: die sind doch am wenigsten patriarchalisch.“²⁶⁹ Mit Humor wird hier ein spezifisches Publikum angesprochen: junge, urbane, linkssozialisierte Wähler und Wählerinnen, die kritisch vom „Patriarchat“ reden. Diese Argumentation kann zwiespältig anmuten, denn gleichzeitig wird mit der Formulierung „am wenigsten patriarchalisch“ die Teilnahmemöglichkeiten von Frauen bei der SP nicht gerade positiv eingeschätzt, und dies zwölf Jahre nach der Einführung des Universalstimmrechts. Diese Ambivalenz legt aber nahe, dass die SP sich einen solchen Spruch in Relation zu den anderen Bundesratsparteien leisten konnte, die zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt keine „Frauenoffensive“ begonnen hatten.

6. Politisches Verhalten: Stamm-, Wechsel- oder Nichtwählende mobilisieren?

Eine zentrale Dimension für die Kategorisierung der Wählenden ist schliesslich jene ihres antizipierten Wahlverhaltens, welche hauptsächlich als eine externe Zuschreibung seitens politischer Eliten, Journalisten oder Politikwissenschaftlern in Erscheinung trat. Anders als die anderen hier analysierten Dimensionen entspricht sie keiner Identität und keinem Handlungssystem, auf welche die Parteien eine Mobilisierungsstrategie gründen konnten. Jedoch prägte sie die Wahrnehmung und Entscheidungen der Parteistrategen im Wahlkampf stark.

Zwischen Vertrauensmännern, Indifferenten und Flugsand

Nach den starken parteipolitischen Auseinandersetzungen und der Rekordbeteiligung an den Wahlen der Zwischenkriegszeit stellte die leicht abnehmende Stimmbeteiligung der 1940er Jahre ein neues, zugleich höchst ambivalentes Phänomen in den Augen der politischen Eliten dar. Freisinnige Kader hatten bereits nach den Wahlen von 1943 bedauert, dass die mangelnde Polarisierung des Wahlkampfes die Wähler von den Urnen fernhalte.²⁷⁰ Dieses Paradox einer erwünschten und zugleich die staatsbürgerliche Pflicht bedrohenden Demobilisierung in der Politik versinnbildlichten die Kampagnen des Gotthard-Bundes 1943 und 1947, welche einige Politiker für einen Teil der Zunahme

²⁶⁶ SSA QS 37.5, Flugschrift „Wer ausser der SPS kann den Frauen in Bern massgeblichen Einfluss auf die Politik verschaffen?“, [1983].

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ In den Worten des Waadtländer Parteipräsidenten Henri Jacottet: „Or on constate le fait que lorsqu’il y a lutte les électeurs se rendent davantage au scrutin, tandis qu’à défaut de lutte électorale beaucoup trop de citoyens estiment qu’ils peuvent se dispenser d’aller déposer leurs suffrages dans les urnes.“ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Zentralvorstand und kantonale Präsidenten, 20.11.1943.

der Wahlenthaltung verantwortlich machten. Zudem hat 1947 mit der Wahlteilnahme der PdA ein höchst politischer Grund zur Stimmenthaltung gefehlt: 1943 hatte der kommunistische Führer Léon Nicole angesichts des Verbots der KPS seine Anhänger zur Stimmenthaltung aufgerufen. Folglich konzentrierten sich die Interpretationen derselben auf das politische Desinteresse der Wähler. Bereits 1943 hatte eine Studie des Statistischen Amtes des Kantons Zürich ihre Analyse um diese Deutung zentriert. Um das „Problem“ der Wahlenthaltung zu entschärfen, empfahl sie den politischen Parteien unter anderem, die Nichtwähler vermehrt anzusprechen.²⁷¹ Genau dies versuchten die Sozialdemokraten, welche sich ebenfalls über die „indifferenten Massen“ besorgt zeigten, im Wahlkampf von 1947.²⁷² Ein Flugblatt zog sogar die Zahlen der Zürcher Studie zur sozialen Verankerung der Stimmenthaltung als Wahlargument heran:

„Willst DU deinen Gegner wählen, musst DU an der Urne fehlen! Die ‚Partei der Nichtwähler‘ ist die grösste im Lande. Im Kanton Zürich blieben anlässlich der letzten Nationalratswahlen der Urne fern:

11.9% der Grossunternehmer

12.6% der Direktoren

28.5% der gelernten Privatarbeiter

33.4% der ungelerten Privatarbeiter

Die grosse Masse der Arbeiterschaft hätte es also in der Hand, das Steuer unseres Staatsschiffes nach links zu drehen und dadurch die Macht der Reichen zu brechen.

An die Urne mit Liste 4. Sozialdemokraten und Gewerkschafter“.²⁷³

Die sehr direkte Sprache setzt die verhältnismässig hohe Wahlenthaltung der Arbeiter mit einem Verrat, mit einem Dienst für den Gegner, für die „Reichen“, gleich. Das Flugblatt sprach ganz klar Anhänger der „Arbeiterschaft“ an, deren Demobilisierung von den sozialdemokratischen Eliten als besonders misslich empfunden wurde. Robert Grimm, ein zentrales Gesicht des Landesstreikes von 1918, zog während einer Sitzung der nationalen SP-Geschäftsleitung nach den Wahlen von 1947 einen desillusionierten Vergleich mit dem goldenen Zeitalter der Arbeiterbewegung:

„Die Arbeiterschaft steht heute materiell und geistig auf einer anderen Stufe als vor 20 Jahren. Eine gewisse *Verspiesserung* wirkt sich für den sozialistischen Gedanken ungünstig aus.“²⁷⁴

Diese Wertung des politischen Verhaltens entlang der Linien des Klassenkampfes ist spezifisch für die Linke. Was diese aber mit den anderen parteipolitischen Akteuren teilte, war ein Verständnis des Wählermarktes und des Wahlkampfes, der im Wesentlichen auf die Mobilisierung der eigenen Anhänger abzielte. So bemerkte der gleiche Zürcher Bericht, dass nach den Wahlen „nur in einem Punkte [...] in allen Blättern Einmütigkeit [herrscht]: in den Klagen über die schlechte

²⁷¹ Die Pionierstudie zu diesem Thema war vom Zürcher Staatsrat beauftragt worden. Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): Die Nationalratswahlen 1943 im Kanton Zürich, 1944, S. 262.

²⁷² SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: Der Aufrüstung der Arbeiterbewegung, [1940er Jahre].

²⁷³ SSA Ar 1.230.3, Flugblatt „Willst DU deinen Gegner wählen, musst DU an der Urne fehlen!“, [1947], (Hervorhebungen i.O.)

²⁷⁴ SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 30.10.1947.

Wahlbeteiligung und in der Beanspruchung des grossen Heeres der Nichtwähler für die eigene Richtung.²⁷⁵

Der häufig verwendete, pejorative Begriff „politischer Flugsand“ bezeichnete im Gegensatz dazu die Wähler, deren Treue als nicht gesichert galt.²⁷⁶ Ein strategisches Dokument der Freisinnigen zur politischen Werbung führte bereits 1945 aus:

„Auch in der Demokratie ist es eben so, dass die Initiative und zugeordnet auch die Führung von einer Minderheit aktiver Bürger innegehalten wird. *Unzweifelhaft sind die Mitläufer eine unberechenbare Gesellschaft.* Sie gehören teilweise zum *berüchtigten Flugsand*, der je nach Wind hierhin oder dorthin fliegt und dessen Tendenzen nur schwer zu erkennen sind. [...] Diese Masse sucht jedenfalls irgend etwas, bestimmt etwas besseres [sic], als sie bis jetzt gefunden hat. Deshalb schwenkte sie seinerzeit zum Landesring hinüber und speist heute die Reihen einer Partei der Arbeit.“²⁷⁷

Die Annahme, dass diese volatilen Wähler zu Oppositionsparteien abwandern würden und deshalb nicht auf besondere Weise anzusprechen seien, teilten bereits in den 1940er Jahren die grossen Parteien einschliesslich der SP. Neben dem Wahlverhalten an sich galt aber 1947 auch die parteipolitische Loyalität als ein entscheidendes Kriterium, um zu beurteilen, ob man die der Politik fernstehenden Wähler im Wahlkampf berücksichtigen sollte oder nicht. Die FDP zum Beispiel strebte an, ihre im Vergleich mit anderen Parteien schwächere Basis an Vertrauensleuten durch Rekrutierungsaktionen zu verstärken. Um effizient vorzugehen, empfahl die Partei, die eigenen Mitglieder und potentiellen Mitläufer vom „Flugsand“, aber auch von den Gegnern dank einer „Kartothek aller stimmberechtigten Bürger der Gemeinde oder des Kreises“ zu unterscheiden.²⁷⁸ Die Werbung für neue Mitglieder sei dann insbesondere in geselligen und wirtschaftlichen Vereinen oder mittels der Parteipresse vorzunehmen.²⁷⁹ Gerade auf der Basis dieser soziologischen und ideologischen Nähe könne man, so die *mobilizing*-Strategie der FDP, weitere Anhänger aktivieren.

Die „Randschichten der Wählerschaft“

Ein Jahrzehnt später hatte sich die stets leicht zunehmende Stimm- und Wahlenthaltung als diskreter, aber unbestreitbarer Bestandteil des politischen Lebens der Schweiz verfestigt, der weitgehend als problematisch beurteilt wurde: Der SP-Sekretär Fritz Escher sprach beispielsweise von einer „Krankheit der Wahlabstinenz“.²⁸⁰ Obschon sich zum Beispiel die jurassische Bewegung in den 1950er Jahren der Stimmenthaltung als Protesthandlung bediente, galt dieses Wahlverhalten vorwiegend als Zeichen des politischen Desinteresses, oder, wie es der Zürcher Vizepräsident der Schweizer SP, Hans Nägeli, im Fall seiner Zielwählerschaft nannte, der „politischen Gleichgültigkeit

²⁷⁵ Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): Die Nationalratswahlen 1943 im Kanton Zürich, 1944, S. 261.

²⁷⁶ PA SVP BE 1.12.7, Zentralvorstand der schweizerischen BGB, 30.01.1947.

²⁷⁷ BAR J2.322-01 2009/263_3_62, Generalsekretariat: Grundsätzliche Bemerkungen zur Werbung, [1945].

²⁷⁸ Ebd.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 309.

der Arbeiterschaft“.²⁸¹ Auch die ersten wissenschaftlichen Studien zur Stimmenthaltung deuteten diese als Zeichen des Desinteresses und/oder der politischen Inkompetenz, wofür sie den Mangel an sozialer Integration mancher Wähler aus urbanen Arbeiterverhältnissen verantwortlich machten.²⁸² Der steigende Wohlstand wurde dabei oft als Grund der Demobilisierung genannt, wobei diese laut der Analyse der waadtländischen BGB-Kader nach den Wahlen auch ländlich-bäuerlichen Milieus betreffen könne: Im Kanton Freiburg habe das „günstige Landwirtschaftsjahr“ als „Faulheitskissen“ gewirkt, während am Genfer See auch der schnelle demographische Wandel schuldig sei: „Les agriculteurs sont en minorité; de nombreux étrangers, l'aisance, provoquent un désintéressement de la politique.“²⁸³ Gleichwohl anerkannten viele waadtländische Bürgerliche, dass die breite bürgerliche Allianz für die Wahlen die Wähler verwirrt und mangels „Gerangel“ demobilisiert hätte.²⁸⁴

Parallel zu den beginnenden *chasing*-Ambitionen der Parteien insbesondere in Richtung der Angestellten, interessierten sie sich zudem vermehrt für die „Randschichten“ der Wählerschaft und die „peripheren“ Wähler – neutralere Begriffe für den „politischen Flugsand“, welche ebenfalls solche Wähler bezeichneten, deren politischen Loyalitäten aufgrund einer schwachen Verankerung in einem spezifischen Parteilager unklar erschienen. Beide Begriffe ordneten diesen Wählern einen bestimmten Platz auf der Karte der Wählerschaften zu: am Rand der Parteien und ihrer traditionellen Handlungssysteme, was mit einer Ferner von der Politik überhaupt gleichgesetzt wurde.²⁸⁵ Diese Wähler waren auch der Gegenstand der NOWLAND-Studie, welche der SP verhelfen sollte, sie besser zu erreichen. Die Agentur hatte diese Kategorie zusammen mit Walter Bringolf folgendermassen skizziert:

„[Die peripheren Wähler] gehören keiner politische Partei an, [...] erscheinen unfähig, sich in die soziale und politische Struktur des sie umgebenden Milieus einzufügen. Sie wohnen und arbeiten in halb-industrialisierten Gegenden oder in Industriezentren, in denen sie aber wenig direkte Beziehungen haben und in einer unnatürlichen Abgeschlossenheit leben“.²⁸⁶

Die Studie verband also dieses politische Randverhalten mit einer sozialen Randposition: die unklare soziale Zugehörigkeit der Werkmeister und unteren Angestellten beziehungsweise das Entwurzelungsgefühl der in die Stadt gezogenen unqualifizierten Arbeiter. Der zweite Teil der Diagnose stimmte dabei mit der Deutung der Stimmenthaltung als Produkt der Urbanisierung überein.

²⁸¹ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 18.04.1959.

²⁸² Sie stützten sich dabei auf die Wahl- und Abstimmungsstatistik, welche Korrelationen der Stimmenthaltung u.a. mit der grossstädtischen Lebensumwelt und der sozialen Herkunft zeigten. Aus Interviews zogen sie den Befund einer Stimmenthaltung als Desinteresse und Passivität. Vgl. insb. Girod: *Facteurs de l'abstentionnisme en Suisse*, 1953; Steiner: *Die Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und den Gewählten*, 1959; Steiner: *Einige Hypothesen zur Stimmbeteiligung*, 1963.

²⁸³ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 6.11.1959.

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Als Inspiration für diese Kartographie des Wahlverhaltens in den Augen der politischen Eliten bot sich die Analyse von Denis Barbet zur der Stimmenthaltung in Frankreich an. Barbet: *Quand les mots de l'abstention parlent des maux de la démocratie*, 2007.

²⁸⁶ Nowland Organisation: *Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler*, 1959, S. 16.

In beiden Fällen sei das problematische Wahlverhalten Symptom oder Produkt eines Rückzuges in die Privatsphäre, konstruiert in Opposition zum politischen Kollektiv:

„Der direkte Zusammenhang von Beruf und Intimsphäre ist heute noch ausgeprägter als früher, und wo früher, in den Dreissiger Jahren, der *Drang nach einem Kollektivum*, nach einem Zusammenschluss der Gleichgesinnten überaus stark wirkte, zeigte sich heute das *regressive Bestreben zum Individuum, zur Familie, zu ihrem Kreis und zum ‚Ich‘*. Damals wollte man unbedingt einem politischen Kollektivum angehören, um mit der Politik den Beruf und die Familie zu verteidigen. *Heute verteidigt man Beruf und Intimsphäre eher gegen die Politik.*“²⁸⁷

Die politische Entfernung dieser Wähler beruhe dabei auch auf einer skeptischen Haltung gegenüber des für sie nicht begreifbaren „komplizierte[n] ‚Spiel[s]‘ des Macht-sammelns“.²⁸⁸ Gleichwohl seien sie „nicht wenig stolz darauf, das Spiel durchschaut zu haben und nicht mehr zu jenen zu gehören, die sich so leicht nehmen lassen.“²⁸⁹ Die Studie konstatierte somit auch ein Misstrauen gegen Politiker, und insbesondere gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften, welche als machtgierige, „gefürchtete Funktionäre und Sekretäre“ wahrgenommen würden.²⁹⁰ Auf der Basis dieser Analyse empfahl die Studie der SP eine individuell ausgerichtete, interessenbasierte Kommunikation. Im Kontrast zu 1947 strebte die SP nun danach, „periphere“ Wähler auch oder sogar vor allem ausserhalb ihrer Stammwählerschaft anzusprechen. Sie erweiterte dabei die Kategorisierung der Studie, übernahm aber gleichwohl ihre Analysen. Das Generalsekretariat wies beispielsweise auf die „Mobilisierung der Randschichten der Wählerschaften“ hin, um den Kantonalparteien und den Sektionen zu empfehlen, gezielte Briefe an die Jugend, Studenten, Angestellten, Bauern und sogar an potentielle Nichtwähler zu richten.²⁹¹ Letztere sprach der vom Sekretariat vorgeschlagene Text an, der die von der Studie betonte Unzufriedenheit mit den Politikern aufgriff und versuchte, diese Wähler auf eine einfache, familiäre, leicht paternalistische Art zur Wahlurne zu mobilisieren:

„Ich ga nöd go stimme! Die z’Bern obe mached ja doch was wänd! Die losed einewäg noch uff’s Volch! [...] Aber wer ist denn ‚das Volk‘? Das sind doch wir, du und ich und alle Mitbürger, auch jene, die nicht glauben wollen, dass auch ihr Stimmzettel Gewicht besitzt.“²⁹²

Es folgte eine vereinfachte Vorstellung des SP-Programms und die Schlussfolgerung des imaginierten Wählers: „Ich ga doch go stimme! Ich wähle jetzt Sozialdemokrate und Gwerkschafter!“²⁹³ In diesem Wahlkampf lassen sich noch zahlreiche weitere, an Nichtwähler adressierte Wahlkampfmaterialien finden. Wenige entfernten sich aber so klar von den üblichen Parteilinien wie die SP-Kampagne.²⁹⁴

²⁸⁷ Ebd., S. 21.

²⁸⁸ Ebd., S. 80.

²⁸⁹ Ebd., S. 79.

²⁹⁰ Ebd., S. 92.

²⁹¹ SSA Ar 1.230.6, Brief des Generalsekretariates der SPS an die Kantonalparteien, Sektionen und die Parteipresse, 25.09.1959.

²⁹² Ebd., Briefmodell „Ich bliibe dihei!“, [1959], (Hervorhebungen i.O).

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ Ein Flugblatt der KCVP zielte beispielsweise in erster Linie auf die katholischen (Nicht-)wähler. BAR J2.181 1987/52_63_532, Flugblatt „Tous aux urnes! Pour une démocratie chrétienne et la justice dans la liberté“, [1959].

Protest, Desinteresse oder Inkompetenz?

Die 1960er Jahre können gewissermassen als Umbruchphase in der parteipolitischen sowie in der öffentlichen Wahrnehmung des „guten“ und „schlechten“ Wahlverhaltens angesehen werden. Es waren zunächst die Freisinnigen, welche sich über eine gewisse politische Indifferenz in der Bevölkerung besorgt zeigten. Nach dem Verlust ihres dritten Bundesratsmandats im Dezember 1959, der ein eindeutiges Zeichen ihres sinkenden Einflusses darstellte, initiierte die FDP eine parteiinterne Diskussion über ihr Verhältnis zur Wählerschaft. Eine erste Denkrichtung bezog sich auf die Beziehungen der Partei zu den wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen und strebte, wie schon zu einem früheren Zeitpunkt, an, ihren Einfluss auf ihr nahestehende Bewegungen nach dem Vorbild der anderen Parteien zu vergrössern.²⁹⁵ Eine Arbeitsgruppe zum Thema „politische Indifferenz“ empfahl 1961 ihrerseits als „Therapie“ gegen die zunehmende Politikverdrossenheit mancher Bürger, insbesondere in der Jugend, eine Reihe von Massnahmen, darunter die Erleichterung der Stimmabgabe, die Intensivierung der staatsbürgerlichen Ausbildung und die Verbesserung des politischen Angebots (Programmatik, aber auch Kandidaten und Parteiereignisse).²⁹⁶ Solche Anliegen lösten in der Schweizer Öffentlichkeit ab 1964 vermehrt ein Echo mit der Diskussion um das *helvetische Malaise* aus. Die Erfolge der Oppositionsparteien und noch mehr die ausserparlamentarischen, protestorientierten Beteiligungsformen der 1968er-Bewegung zeigten jedoch, dass Partizipation zunehmend ausserhalb der Bundesratsparteien stattfand.

Obwohl sich für den Wahlkampf von 1971 alle parteipolitischen Akteure sowie ihre Werbeberater darüber einig waren, dass man die sich von der Politik immer weiter entfernenden Wählenden zurückholen müsse, variierten ihre Kategorisierungen und Kommunikationsansätze sehr. Das Werbekonzept der SP zielte insbesondere auf die „nicht-aktivierten Randschichten der potenziellen SP-Wählerschaft“, deren „falschen Ideen“ über die Politik korrigiert werden müssten.²⁹⁷ Als Beispiele für diese Randschichten nannte die Werbeagentur die „chronischen Nichtwähler“ sowie desinteressierte Arbeiter, die den Landesring oder sogar die neuen sogenannten Überfremdungsparteien der SP vorziehen würden.²⁹⁸ Seitens der FDP identifizierte der Werbeberater Edgar Küng die „Sympathisanten“ einerseits und die „Uninteressierten“ andererseits als Zielgruppen für den Wahlkampf. Um beide ansprechen zu können, solle die Wahlkampagne möglichst persönlich gehalten werden, nur so könne man sich von ideologischen Fragen distanzieren.²⁹⁹ Wenn die Parteien nun also *chasing*-Strategien um Wechselwählende entwickelten, nahmen ihre Wahlkonzepte dennoch die politische Dimension dieses Wahlverhaltens selten wahr. Der Zürcher SP-Sekretär Karl Gmünder

²⁹⁵ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, Generalsekretariat: Unsere Beziehungen zu Organisationen der Wirtschaft und zu kulturellen Organisationen, 12.08.1960.

²⁹⁶ Ebd., Generalsekretariat: Rundschreiben an die Kantonalparteien, Massnahmen gegen die politische Indifferenz, 1.12.1961.

²⁹⁷ SSA Ar 27.600.1, Werbeagentur Wälchli: Aktionsleitfaden Wahlkampagne Herbst 1971, [1971].

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 19.08.1970; 2.12.1970.

warf beispielsweise der nationalen SP-Geschäftsleitung vor, dass man „wohl das Problem der Protestwähler einfach zu wenig sehen [wolle]“.³⁰⁰ Die für viele Parteiakteure unerwartet hohen Stimmengewinne der fremdenfeindlichen Parteien bei den Wahlen legitimierte ex post seine Analyse. Nichtsdestotrotz zeigte sich im Wahlkampf von 1971 die Wirkung des *helvetischen Malaises* und des Protestwindes bereits in veränderten Deutungen der Stimmenthaltung, welche nun nicht mehr nur als Zeichen des Desinteresses oder der Passivität, sondern auch als echtes, ernst zu nehmendes Zeichen des Unbehagens gesehen wurde. So die Genfer Stadträtin Lise Girardin zur niedrigen Stimmbeteiligung bei der Abstimmung vom 27. September 1970: „L’abstention lors de la votation du 27 septembre est due au *découragement des citoyens* qui n'ont plus confiance et *non au manque d'intérêt*“.³⁰¹ So lässt sich auch erklären, dass sich die Parteiakteure von der Idee entfernten, man könne mit halb humoristisch, halb aufklärerisch mahnenden Flugblättern wie noch in den 1950er Jahren „faule“ Wählende zur Urne bringen. Parallel dazu hatten auch die Politikwissenschaften dank den ersten wissenschaftlichen Umfragen zum Thema ihre Verständnisansätze zur Stimmenthaltung verfeinert und vervielfältigt. Neben dem Gefühl der Inkompetenz und dem Desinteresse könnten auch die Unzufriedenheit, das fehlende Vertrauen in die Politik oder schlichtweg die Unschärfe einer Abstimmungsvorlage dieses Stimmverhalten gelegentlich oder permanent begründen.³⁰²

Die Stimmenthaltung als Zeichen des Desinteresses, aber auch der politischen Inkompetenz, wurde jedoch weiterhin im Fall einer besonderen Wählerschaftskategorie angewendet: den Neuwählerinnen, wie eine Frage aus einer von der Zeitung *Blick* in Auftrag gegebenen Umfrage zu ihrem Stimm- und Wahlverhalten deutlich macht: „Was glauben Sie, gibt es Vorlagen, bei denen Sie aus prinzipiellen Überlegungen nicht stimmen werden, *weil es Sie zum Beispiel nicht interessiert, oder weil sie sich nicht kompetent genug fühlen, die Fragen zu beurteilen?*“³⁰³ Diese Frage klammerte also für Frauen die Möglichkeit aus, sich aus Unzufriedenheit oder Protest zu enthalten. Die Befürworter des Universalstimmrechts hatten jedoch die Möglichkeit einer solchen Stimmenthaltung für dessen Gegnerinnen vor der Abstimmung von Februar 1971 oft als Argument angeführt.³⁰⁴ Stattdessen nahm die Umfrage an, dass Desinteresse oder ein Empfinden der eigenen Inkompetenz die Frauen von der Urne fernhalten würden. Hierbei widerspiegelten sich die binären Geschlechterbilder, welche in der langen Universalstimmrechtsdebatte klar zum Ausdruck gekommen waren: Der Ausschluss der Frauen aus der politischen Sphäre war mit ihrer angeblichen Politikferne und weiter ihrer Inkompetenz begründet worden.

³⁰⁰ SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 23.06.1971.

³⁰¹ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 7.10.1970. Es handelte sich um ein Volksbegehren für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes.

³⁰² Vgl. Nicola: *L’abstentionnisme en Suisse*, 1975.

³⁰³ Testmark AG Zürich: *Die Frau an den Nationalratswahlen*, 1971.

³⁰⁴ Vgl. Fasani Serra: „Un geste de bon coeur“ pour faire bon genre, 2006, S. 167.

Dabei besass die weibliche Stimmenthaltung bei diesen ersten Wahlen für die Frauen, wie auch ihre Parteipräferenzen, eine hohe politische Bedeutung. Schon während der ersten eidgenössischen Abstimmungskampagne für das Universalstimmrecht war suggeriert worden, dass die Beteiligung von Frauen dem politischen Leben mehr Legitimität verleihen würde – eine Erwartung, die nicht geringer wurde, als der Diskurs des *Malaises* sich durchsetzte.³⁰⁵ Ab 1959 war zudem die Stimmbeteiligung der Wählerinnen in den Kantonen, die bereits das Universalstimmrecht eingeführt hatten, zum Streitgegenstand in der weitergehenden Universalstimmrechtsdebatte in anderen Kantonen sowie auf eidgenössischer Ebene geworden.³⁰⁶ In der Romandie kam es in den Medien sogar zu regen Kontroversen über die Notwendigkeit einer getrennten Zählung der weiblichen Stimmen.³⁰⁷ Ob statistisch gemessen oder nur geschätzt, diente die in einigen Kantonen tatsächlich niedrigere weibliche Stimmbeteiligung als perfektes Argument für die Gegner des Universalstimmrechts: Sie sei der beste Beweis dafür, dass die Frauen selber davon nichts hören wollten – ein alter Einwand, welcher seit den 1940er Jahren durch einige Konsultationen ohne klare Ergebnisse geprüft worden war.³⁰⁸ Die Versuche der Frauenbewegung oder einiger Politikwissenschaftler mit Verweis auf die niedrigen Beteiligung der Männer in den Anfangsjahren der Eidgenossenschaft die Bedeutung dieser Zahlen zu relativieren verhinderten es nicht, dass die weibliche Stimmenthaltung bei jeder neuen Wahl als eine der wichtigsten Fragen behandelt wurde.³⁰⁹

Trotz der Annahme des Universalstimmrechts auf eidgenössischer Ebene gewann die Frage der weiblichen Stimmenthaltung anlässlich des Wahlkampfs von 1971 wieder an Bedeutung, als die Möglichkeit einer geschlechtergetrennten Messung der Stimmbeteiligung aus öffentlichem Interesse erwogen wurde.³¹⁰ Mit der Einführung des Universalstimmrechts auf eidgenössischer Ebene 1971 sollten nämlich alle Kantone ein einziges Wahlregister ohne Geschlechterunterschied erstellen. Die Schweizerin wurde nun zur „Vollbürgerin“, zum integralen Bestandteil des Stimmvolkes, während sie

³⁰⁵ Roland Ruffieux bemerkte dies noch kurz vor den Wahlen von 1971: „Ce ne serait pas le moindre mérite de la généralisation de la participation féminine à la politique que d'aider la Suisse à surmonter la crise actuelle de ses institutions.“ Le canton de Vaud et les élections fédérales. Les femmes et la politique, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 29.10.1971.

³⁰⁶ Wie bereits in der Waadt bei den Wahlen von 1959, *Electricites, ceci vous concerne!*, in: Tribune de Lausanne, 22.10.1959.

³⁰⁷ O.A.: *Réflexions postélectorales*, 1967. In einigen Fällen war nämlich die Stimmbeteiligung, und sogar die Parteiauswahl, getrennt gemessen worden. Weil das Teilwahlrecht der Frauen (nur für Wahlen, welche unter kantonalem Wahlrecht geregelt waren) sowieso ein geschlechtergetrenntes Wahlregister erforderte, waren beispielsweise in Genf differenzierte Stimmausweise eingeführt worden: gelbe „estampilles“ für die Damen, blaue für die Herren. *Trois nouveaux parmi les dix élus genevois au Conseil national*, in: Journal de Genève, 31.10.1967.

³⁰⁸ Vgl. Frey: *L'opinion publique et les élites*, 1970.

³⁰⁹ O.A.: *Intéressante comparaison*, 1963; *Le canton de Vaud et les élections fédérales. Les femmes et la politique*, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 29.10.1971.

³¹⁰ Dies wäre mittels unterschiedlich gefärbter Wahlzettel geschehen, vgl. BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 26.04.1971.

früher entweder keine oder nur eine Teilstimmbürgerschaft gehabt hatte.³¹¹ Eine geschlechtergetrennte Zählung der Stimmbeteiligung wäre in diesem Sinne eine symbolische Beibehaltung der Geschlechterlinie in der Bürgerschaft gewesen, während aufgrund des Stimmgeheimnisses keine ähnliche Vorrichtung bezüglich des Berufs oder des Alters existierte. Beharrend auf einer universalistischen Deutung einer neuen, geschlechtsneutralen Stimmbürgerschaft bekämpften die Frauenstimmrechtsvereine folglich solche Messprojekte.³¹² Mit dieser Opposition konfrontiert, entschied sich die Bundeskanzlei schliesslich gegen eine separate Erfassung, da die Wählerinnen „auf keinen Fall den Eindruck bekommen [sollen], dass man sie besonders beobachten will“.³¹³ Ein Rundschreiben an die kantonalen Regierungen fragte lediglich nach getrennten Angaben über die Stimmberechtigten: Daten, die eigentlich wenig mehr als die Verdoppelung der Wählerschaft beweisen konnten. Der Bundesrat Hans-Peter Tschudi versicherte gegenüber dem *Schweizer Frauenblatt*, dass von getrennten Statistiken über die Wahlbeteiligung keine Rede sei.³¹⁴ Da es jedoch nicht verboten war, wurden solche Statistiken manchenorts doch geführt, zum Beispiel im Kanton Neuenburg, was wiederum in *Femmes suisses et le mouvement féministe* heftig kritisiert wurde.³¹⁵

Die politischen Akteure waren sich jedoch über den zu korrigierenden „Nachholbedarf“³¹⁶ der Frauen im Hinblick auf ihre staatsbürgerliche Kompetenz weiterhin einig, ohne die potenziellen Bedürfnisse und Lebenserfahrungen der Frauen dabei zu berücksichtigen.³¹⁷ Als präventive Lösung für die befürchtete Wahlabstinenz der Frauen einigten sich die fünf grössten politischen Parteien und die Bundeskanzlei auf die Notwendigkeit, sie „möglichst rasch und auf möglichst breiter Basis mit ihren neuen politischen Rechten vertraut“ zu machen.³¹⁸ Sie entwarfen somit die erste schweizweite

³¹¹ Diesen Begriff benutzt u.a. eine staatskundliche Broschüre zu Händen der neuen Stimmbürgerinnen, der damit ebenfalls den Eintritt der Frauen ins Volk betonte („Das Volk - dazu zählen auch Sie“). Götz; Grieder: *Grünes Licht für Eva*, 1971.

³¹² O.A.: *Pour ou contre: la statistique des votants par électeurs et électrices*, 1971.

³¹³ Vgl. BAR E1010B 1986/151_606, Arbeitsgruppe für die Herausgabe einer politischen Einführungsschrift für die Frauen, 26.04.1971. Dies zeigt eine grössere Sensibilität in der Schweiz zu dieser Frage, als in Ländern, welche das Universalstimmrecht viel früher einführten und keine Hemmungen zeigten, die Frauen statistisch als besondere Wählerschaftskategorie zu behandeln, wie z.B. in Deutschland, Roth: *Die Anfänge empirischer Wahlforschung*, 1998, S. 20f.

³¹⁴ Villard-Traber: *Keine getrennte Angabe der Stimmbeteiligung von Männern und Frauen!*, 1971.

³¹⁵ O.A.: *Pour ou contre: la statistique des votants par électeurs et électrices*, 1971.

³¹⁶ Die gelegentlichen (post-)kolonial geprägten Vergleiche der Frauen mit Entwicklungsländern hat Fabienne Amlinger beleuchtet, Amlinger: *Im Vorzimmer der Macht*, 2014, S. 336ff.

³¹⁷ Abgesehen davon, dass manche Frauen auf verschiedene Art politisch engagiert waren, verfügten die Schweizerinnen über vielfältige Informationswege zur Politik, selbst wenn die Staatskunde noch nicht überall Teil der Mädchenausbildung war: Die Zivilgesellschaft und insbesondere die Frauenvereine hatten nicht bis 1971 gewartet, um den Frauen Materialien zur allgemeinen Staatskunde sowie zu präzisen politischen Fragen zu unterbreiten und entsprechende Veranstaltungen zu organisieren. Seit den 1960er Jahren spielte die Stiftung für staatsbürgerliche Erziehung und Schulung (SAFFA) in diesem Hinblick eine wichtige Koordinations- und Finanzierungsrolle innerhalb der schweizerischen Frauenbewegung. 1970 hatte sie somit die Herausgabe eines Büchleins des Autors Hans Tschäni mitfinanziert, das allgemeine Fragen zur Schweiz für LeserInnen adressierte, Tschäni; Küchler: *Mini-Profil der Schweiz*, 1971.

³¹⁸ BAR E1010B 1986/151_606, Bericht der Bundeskanzlei für den Bundesrat, 24.06.1971.

wahlanleitende Broschüre: *Die politischen Rechte des Schweizer und der Schweizerin*.³¹⁹ Bereits seit einigen Jahren war eine solche Broschüre von immer mehr politischen Akteuren mit dem Argument befürwortet worden, dass sie nun mit dem Universalstimmrecht „mehr denn je“ nötig sei.³²⁰ In einem Entwurf vom Juni 1971 präzisierte der Vizekanzler Walter Buser den Daseinszweck der Broschüre damit, dass die Erweiterung des Stimmrechts auf Frauen „Rechte, aber auch Pflichten“ mit sich bringen würde:

„Denn die Demokratie ist eine *anspruchsvolle Regierungsform*. Sie fordert, dass die Bürgerschaft am öffentlichen Leben aktiven Anteil nimmt, ansonsten verkümmert sie. *Stimmenthaltung ist kein Verbrechen*, steht aber in Widerspruch zur Gesinnung, welche die Demokratie als Staatsform voraussetzt“.³²¹

Diese Intentionen, welche sich in weiteren Staatskundeprojekten der Zeit wiederfinden,³²² aktualisierten somit die Konstruktion der Frauen als separate Wählergruppe, deren angebliche Distanz zur Politik durch positive Anforderungen zur Bürgerschaft korrigiert werden sollte. Jedoch scheinen es die an der Redaktion der Schrift beteiligten Generalsekretäre der Parteien gewesen zu sein, die darauf drängten, dass die Broschüre erstens nicht explizit an Frauen gerichtet wurde – mit dem Argument, dass es ja auch Männer gäbe, die hier Unterweisung benötigten – und dass sie zweitens in einem weitaus neutraleren, weniger moralisierenden Ton verfasst wurde.³²³ Der Grund und Daseinszweck der Broschüre, nämlich die Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen, wurde nicht einmal erwähnt und die Broschüre beschränkte sich auf rein wahltechnische Anleitungen. Die Bundeskanzlei wollte offensichtlich die Risiken einer differenzierten Behandlung vermeiden, genau wie sie auf geschlechterspezifische Wahlstatistiken verzichtet hatte.³²⁴ Die reine Tatsache, dass die Broschüre erst anlässlich der ersten „Frauenwahl“ initiiert wurde zeigt aber deutlich, dass die Bundesverwaltung die Wählerinnen als eine separate Gruppe mit Nachholbedarf wahrnahm.

Dabei stellt diese Broschüre insofern eine Wende dar, als dass die Bundesbehörden zum ersten Mal gegen die von ihnen identifizierten Gründe der Wahlenthaltung vorgingen und somit diese Rolle von den Parteien übernahmen. Nur die CVP und die Berner BGB haben 1971 eine eigene, explizit an Frauen gerichtete, wahlanleitende Broschüre zusätzlich zu jener der Bundeskanzlei herausgegeben. Während die erste der beiden Parteien es in Bezug auf den Eintritt der Frauen etwas unglücklich mit

³¹⁹ Bundeskanzlei (Hg.): *Die politischen Rechte der Schweizerin und des Schweizer*, 1971.

³²⁰ Vgl. BAR E1010B 1986/151_613, Protokollnotiz über den Vortrag „Praktische Folgen der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in Staat und Verwaltung“ in Luzern, 25.02.1971.

³²¹ BAR E1010B 1986/151_606, Buser, Walter: Notiz des 11.06.1971.

³²² Staatskundliche Broschüren von Privatakteuren betonten ebenfalls den anspruchsvollen Charakter der Schweizer Demokratie, welcher die Partizipation der Frauen erschweren soll. Dieses Argument war auch lang in der Universalstimmrechtsdebatte verwendet worden. Götz; Grieder: *Grünes Licht für Eva*, 1971.

³²³ BAR E1010B 1986/151_606, Arbeitsgruppe für die Herausgabe einer politischen Einführungsschrift für die Frauen, 26.04.1971.

³²⁴ Die Zentrale Frauenkommission der SP, welche die Schrift ebenfalls vorgelegt bekam, kommentierte zudem ironisch, dass diese Vorsicht aus den „Lehren“ des Bundesrates beim Skandal des Zivilverteidigungsbüchleins entsprang, SSA Ar 1.117.14, Frauenkommission, 28.08.1971. Dazu vgl. Löffler: *Zivilverteidigung*, 2004.

der Metapher der „Topfgucker“ versuchte, erachtete es die Berner BGB als notwendig, sich vor dem Vorwurf der Infantilisierung zu schützen:

„Wir möchten nicht den *Schulmeister* spielen. Wir betrachten es aber als unsere Pflicht, Sie zu informieren. [...] Wir hoffen, dass Sie aus dem Büchlein etwas lernen können. Wenn nicht, so haben Sie auf alle Fälle Ihr Wissen aufgefrischt.“³²⁵

Wohl gerade weil während der 1970er Jahre ein solcher Paternalismus gegenüber den Wählerinnen aber auch gegenüber den Wählern eigentlich nicht mehr denkbar war, überliessen die politischen Parteien ab diesem Zeitpunkt die Aufklärungsarbeit im Vorfeld der Wahlen den Bundesbehörden, ihren Frauen- oder Jugendsektionen sowie der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und den Medien und gaben selbst keine solchen Broschüren mehr heraus. Selbst ohne dringliche Appelle der Parteien wurde die in den 1970er Jahren weiter steigende Stimmenthaltung in der Öffentlichkeit weiterhin als ernsthaftes Problem diskutiert. Sie wurde damit zum regelrechten „öffentlichen Problem“ im Sinne der amerikanischen Soziologie: nicht nur öffentlich als Problem wahrgenommen, sondern auch von den politischen Akteuren als solches behandelt.³²⁶ Als politische Massnahmen gegen sie sind zunächst kleine Wahlrechtsreformen zu nennen, wie die Erweiterung der Möglichkeit der Briefwahl sowie die Institutionalisierung der Wahl- und Abstimmungsbroschüren im Bundesgesetz über die politischen Rechte von 1976.³²⁷ 1977 gab zudem der Bundesrat ein Forschungsprojekt über die Stimmenthaltung und mögliche Massnahmen dagegen in Auftrag, dessen Vorschläge zwar weiterreichende institutionelle Reformen ausklammerten, jedoch einen grösseren Einsatz der Behörden durch eine „Beteiligungswerbung“ und Staatskunde oder eine Auszeichnung vorbildlicher Urnengänger umfassten.³²⁸ Die Diskussion stiess dabei auch auf die grosse Frage der Abstimmungs- und Wahlkampagnen, an die man immer unmöglichere Erwartungen stellte: Sie sollten spannend, mobilisierend, eventuell leicht konfliktbeladen aber gleichwohl informativ und bescheiden bleiben. Inzwischen hatten nämlich politikwissenschaftliche Studien dazu beigetragen, dass man nicht nur die Mängel der BürgerInnen, sondern auch die Mängel des politischen Angebots als Ursache der Stimmenthaltung berücksichtigte.³²⁹

³²⁵ PA SVP BE 6.2.33, Begleitbrief der Berner BGB an alle Schweizerinnen zur Broschüre (Berner Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Hg.): *Kleine Staatskunde für jedermann*, 1971).

³²⁶ Vgl. dazu Cefaï: *La construction des problèmes publics*, 1996.

³²⁷ Art. 34 bzw. 11 §2 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte des 17.12.1976. Sowohl die Einführung der Broschüren als auch die Erleichterung des Urnenganges hatte Imboden 1964 befürwortet, Imboden: *Helvetisches Malaise*, S. 24.

³²⁸ Neidhart; Hoby: *Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz*, 1977; Schweizerisches Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: *Massnahmen zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz*, 1979.

³²⁹ Neben der Frequenz der Urnengänge hatte beispielsweise eine Umfrage von 1975 auf die für die Wählenden verwirrende Inflation der Listen und Kandidierenden bei Wahlen hingewiesen. SCOPE-Umfrage, *Année politique suisse*, 1975.

Labile, Stamm- oder Nichtwählende (1983)?

Im Vorfeld der Wahlen von 1983 war der bedeutende Wandel des politischen Wahlverhaltens für die Parteien ein Thema, dem sie nicht ausweichen konnten. Obwohl die bürgerlichen Parteien insbesondere in den 1970er Jahren durch Strukturreformen versucht hatten, die Parteimitgliedschaft attraktiver zu machen, stagnierten die Mitgliederzahlen und darüber hinaus hatte die bessere Integration der Mitglieder weniger Auswirkungen auf die Wahlkampagnen, als es beispielsweise bei den Abstimmungsparolen und -kampagnen der Fall war.³³⁰ Dafür summierten sich die Zeichen, dass sich die traditionellen Parteibindungen abschwächten und dass die reine Mobilisierung der Stammwählerschaft selbst für den Erhalt des Stimmenanteiles immer weniger ausreichte. Mit der Dynamik der neuen sozialen Bewegungen Anfang der 1980er Jahre schien zudem der parteipolitische Monopolanspruch auf politische Mobilisierung angezählt. Diesen Befund teilten wichtige politikwissenschaftliche Studien der Zeit, welche die demokratische Partizipation auf die Teilhabeformen der neuen sozialen Bewegungen erweiterten und sie somit komplexer und weniger normativ als zuvor deuteten.³³¹ Diese neue Forschung fand einen bedeutenden Widerhall in den öffentlichen und parteipolitischen Diskussionen im Vorfeld des Wahlkampfs von 1983. Die schweizerische SVP lud sogar Erich Gruner auf ihren Parteitag ein, um sein neues Buch *Der Stimmbürger und die ‚neue‘ Politik* zu diskutieren.³³² Bei der folgenden Podiumsdiskussion mit Parteiexponenten sowie in ihrer späteren medialen Rezeption gingen jedoch die Meinungen zur „neuen Politik“ auseinander. Während der linke Journalist Ulrich Kägi auf die Rolle von Bewegungen bei der Thematisierung und möglicherweise Lösung von vernachlässigten Problemen wie dem Waldsterben oder der Bewahrung des Friedens hinwies, behauptete Christoph Blocher, dass nur politische Parteien die gesamte Bevölkerung und alle Themen repräsentieren könnten. Daher schienen ihm die Ängste um den Funktionsverlust der Parteien übertrieben.³³³ Der Berner Historiker und SVP-Nationalrat Walther Hofer wiederum sprach von der „totalitären Tendenz“ der Bewegungen, welche ein Problem „verabsolutieren“ und sich als weltrettend inszenieren würden.³³⁴ Gemein war diesen zwei Wahrnehmungsweisen eine Distanzierung von den neuen sozialen Bewegungen, welche die bürgerlichen Parteien allesamt teilten. Für manche Hardliner galten die Umwelt- und vor allem die Jugendbewegung als gegenwärtige Gesichter der (früher kommunistischen) staatsgefährdenden

³³⁰ Insofern stellte sich für Schweizer Parteien in Bezug auf die Wahlen weniger das Dilemma zwischen einer programmatischen Orientierung auf die Mitglieder oder auf die Wählenden als für Parteien in Grossbritannien, Frankreich oder Deutschland seit den 1980er Jahren.

³³¹ Siehe insb. Kriesi et al.: Politische Aktivierung in der Schweiz, 1981; Gruner: *Der Stimmbürger und die ‚neue‘ Politik*, 1983.

³³² Journée électorale de l'UDC à Berne, in: Tribune - Le Matin, 4.03.1983.

³³³ Parteipolitik zwischen Lobbies und Bewegungen. Ungewöhnlicher Wahlparteitag der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.09.1983.

³³⁴ Ebd.

Subversion.³³⁵ Der Wahlkampfberater Hans Stöhlker riet den Bürgerlichen jedoch, sich wahltaktisch an die Bürgerbewegungen und besonders an die Dritte-Welt-Bewegungen anzunähern.³³⁶ Allesamt unterschätzten aber die bürgerlichen Parteien trotz einiger „grünen“ Kandidierenden das Störpotenzial der Umweltschutzverbände im Wahlprozess.³³⁷

Hingegen versuchte die SP ihre Beziehungen zu den neuen sozialen Bewegungen zu pflegen. Der nun verbreitete Befund des zunehmenden Mobilisierungspotenzials dieser Bewegungen zu Ungunsten der traditionellen Parteien war zwar von linken PolitikerInnen mit „Lauheit“ zur Kenntnis genommen worden,³³⁸ die SP-Kader planten dennoch für den Wahlkampf, die „labilen Stammwähler“, welche zu den Friedens- und Umweltschutzbewegungen tendierten, besonders anzusprechen, um ihr Mobilisierungspotential für die SP zu sichern und sie nicht an die Grünen oder die POCH zu verlieren.³³⁹ Dabei stellte sich aber die Frage, welchen Platz die Partei diesen Wählenden und damit den neuen sozialen Bewegungen in Bezug zu den Stammwählenden und den Gewerkschaften als historische Partner geben sollte.³⁴⁰ Basierend auf Umfrage zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung schlugen die Parteikader eine raffinierte Lösung zu diesem Dilemma vor: „Stabile“ Stammwählende wie Partei- und Gewerkschaftsmitglieder liessen sich mit Kernthemen der SP frühzeitig für den Wahlgang mobilisieren, während die labilen Stammwählenden eher kurz vor dem Urnengang mit gezielten Themen (Konsumenten- und Mieterpolitik, Umweltschutz, Friedenssicherung, oder Feminismus) anzusprechen seien.³⁴¹ Tatsächlich kombinierte die SP eine allgemein soziale Linie mit dem gezielten Einsatz für den Umweltschutz, die internationale Solidarität und die Friedenssicherung, drei Schwerpunkte, welche insbesondere am Parteitag im September 1983 in den Vordergrund gestellt wurden.

Dringlicher als zuvor stellte sich zudem die Frage, ob man neben den zwar kritischen, aber immerhin politisierten Wählenden der sozialen Bewegungen gelegentliche und permanente Nichtwählende

³³⁵ In der FDP gerieten somit Anfang der 1980er Jahre Politikerinnen, welche mit diesen Bewegungen sympathisierten, ins Schlussfeld mancher Parteiakteure und insbesondere von Akteuren der antikommunistischen Bewegung, wie dem seit dem Skandal von 1976 öffentlich bekannten „Subversivenjäger“ Ernst Cincera. *Année politique suisse*, 1982.

³³⁶ Stöhlker; Graf: Wahlkampf von A bis Z, 1981, S. 135.

³³⁷ Dazu Kap. 6.3.1.

³³⁸ Vgl. Seitz: Rezension, 1984.

³³⁹ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

³⁴⁰ Diese Frage stellte eine wichtige Meinungsverschiedenheit bei den Diskussionen der Zürcher SP im Frühling 1983 dar: Während die Mehrheit der Geschäftsleitung Partnerschaften sowohl mit den Gewerkschaften als auch mit den neuen sozialen Bewegungen bevorzugte, setzte sich die Minderheit für vermehrte aussenparlamentarische Aktionen und somit für privilegierte Beziehungen mit Letzteren ein. SSA Ar 27.100.55, Mehrheit der Geschäftsleitung der Zürcher SP: Stellungnahme II: In nächster Zukunft – Konsequenzen aus der Analyse der gegenwärtigen Lage, [Juni 1983]; Minderheit der Geschäftsleitung (Kurt Lenggenhager, Peter Zimmermann, Ruedi Winkler): Papier 2. Konsequenzen, Überwinden der Identitätskrise, [Juni 1983]. Die traditionelle Wahlpartnerschaft mit den Gewerkschaften wurde zudem von (vorwiegend jungen) Mitgliedern am Nominierungsparteitag heftig in Frage gestellt, vgl. dazu Kap. 6.1.2.

³⁴¹ PA SP VD E 1983, Rapport du Comité du groupe parlementaire: Conception de campagne électorale 1983, 17.02.1983; SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

überhaupt speziell ansprechen sollte. Vor allem auf der rechten Seite des Parteienspektrums galt die Stimmenthaltung weiterhin als Problem und als Mangel an „gutem“ politischem Verhalten beim Milizbürger: Am SVP-Parteitag kritisierten sowohl Parteiredner als auch Delegierte dieses Phänomen und verbanden es mit einer allgemeinen „Bewusstseinskrise“.³⁴² Dass „Wählerschelte“ diesbezüglich jedoch definitiv verpönt war, drückte am klarsten der Journalist Peter Amstutz in seiner Kritik der SVP-Diskussion aus:

„Vermutlich unter dem Eindruck des Schwarzmalers Erich Gruner [...] artete der Wahlparteitag streckenweise in eine *Nichtwählerschelte* aus. Zum wiederholten Male zogen Politiker und politische Beobachter vor mässig begeistertem Publikum die *Schimpfshow über böse Bürger* ab, die es wagen, den Abstimmungslokalen dann und wann fernzubleiben. [...] *Woher nehmen eigentlich gewählte Volksvertreter das Recht, vom übergeordneten Souverän bessere Abstimmungspräsenz zu fordern*, derweil sie selber in den Räten reihenweise Abstimmungen versäumen, nach Gutdünken halbe Sessionen schwänzen und dafür erst noch Sitzungsgeld aus den Brieffaschen der Mitbürger einstreichen?“³⁴³

Die Parteien beschränkten sich tatsächlich in ihrer Wahlmobilisierung darauf, ihren eigenen Mitglieder mehr oder weniger dringliche Aufforderungen zur Wahl zuzusenden und ihnen die Stimmabgabe möglichst zu vereinfachen.³⁴⁴ Ohne mahnende Wahlaufrufe stellte sich aber mehr denn je die Frage, ob und wie die Stimmenthaltung im neuen Wettbewerbsumfeld ein Stimmpotenzial verberge. Ein CVP-Dokument schätzte 1982 die Wirkung der steigenden Stimmenthaltung auf die möglichen Wahlstrategien folgendermassen ein: „Die Stimmbeteiligung ist trotz wachsender Polarisierung fast durchwegs weiter gesunken. Damit gewinnt derjenige, der die *eigenen Anhänger* am besten mobilisieren kann.“³⁴⁵ Daher solle sich die CVP weniger um die unerreichbaren systematischen Nichtwählenden kümmern, sondern ihre *mobilizing*-Strategie bei der eigenen Stammwählerschaft pflegen.

Dieses Dilemma für oder gegen die Vernachlässigung der Nichtwählenden präsentierte sich noch stärker bei der SP. In Umfragen, Meinungsartikeln und parteiinternen Diskussionen zirkulierte der Befund, dass diese Partei seit Ende der 1970er Jahre am meisten Stimmen durch die Stimmenthaltung verloren habe, und sie galt auch als zukünftige Verliererin dieser Wahlen. Als zentrale Zielgruppe identifizierten deshalb die Parteikader die „resignierten Stammwähler“, die durch die schwierige Wirtschaftslage und die unklare Positionierung der SP desorientiert seien.³⁴⁶ Der Parteisekretär

³⁴² Parteipolitik zwischen Lobbies und Bewegungen. Ungewöhnlicher Wahlparteitag der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.09.1983. Die freisinnige Kundgebung nahm ähnlich scharfe Töne gegen die Stimmenthaltung an, Les radicaux en appellent au sens des responsabilités, in: Gazette de Lausanne, 12.09.1983.

³⁴³ Wählerschelte statt Parteitag, in: Basler Zeitung, 5.09.1983.

³⁴⁴ Die Zürcher FDP sendete ihren Mitgliedern sogar Anforderungskarten, um ihnen ggfs. die Wahl per Korrespondenzweg zu vereinfachen, StAZH WII 13.470, Orts- und Kreisparteipräsidentenkonferenz, 14.09.1983.

³⁴⁵ PA CVP CH W (1), o.A.: Tabelle Ergebnisse der kantonalen und wichtigen kommunalen Parlamentswahlen 1980-1982, [1982].

³⁴⁶ SSA 27.600.14, Strahm, Rudolf: Fakten + Argumentenblätter nur für Kandidaten, Wahlkampfführung 1983, [1983].

Andreas Lutz sah aber Grenzen beim Mobilisierungspotenzial dieser Zielgruppe: „die Mobilisierung der Nichtwähler ist via Wahlkampf schlechterdings nicht möglich“.³⁴⁷ In der Tat konzentrierten sich die SozialdemokratInnen vorwiegend auf partei- oder gewerkschaftsnahe BürgerInnen, die man „bei ihrer Ehre nehmen [sollte], dass sie wählen gehen“.³⁴⁸

Auch die FDP interessierte sich besonders für die Nichtwählenden, welche als „Reservoir für zusätzliche FDP-Stimmen gezielt werblich bearbeiten“ werden sollten.³⁴⁹ Dies basierte ebenfalls auf der Annahme, dass es „für zukünftige Wahlen [...] bedeutungsvoll sein [dürfte], ob es irgendeiner Seite gelingt, diese ‚Vergränten der letzten Jahre‘ für sich erneut zu aktivieren“.³⁵⁰ Dafür plante die Partei sich weiterhin als „Siegerpartei“ zu positionieren, so dass „es sich für den bisherigen Nichtwähler durchaus lohn[e], jetzt auf den Zug aufzuspringen“.³⁵¹ Die intensive Kommunikation der FDP, beginnend mit ihrer Zwischenkampagne, richtete sich dabei aber noch mehr an die Stamm- sowie an Wechselwählende.³⁵² Für erstere galt es, sie mehr in das Parteileben einzubinden und insbesondere neue Mitglieder zu gewinnen, um die FDP in eine starke Volkspartei umzuwandeln. Für letztere sei das „Image“ der FDP von grösserer Bedeutung: Diese sollte nun populärer, gleichwohl bürgerlich und modern sein. Das Zugehen der FDP auf Nicht- und Wechselwählende im Sinne des *chasing* begründete und bedingte für sie, aber langfristig auch für die anderen Parteien, wenn sie mithalten wollten, zugleich eine Steigerung der Kampagnenbemühungen.³⁵³ Damit schloss sich ein Teufelskreis, den Max Imboden bereits 1963 identifiziert hatte: Um dem gefühlten Abstand der Parteien von den Wählenden entgegenzuwirken, würden diese allzu viel politische Propaganda betreiben, was die Wählenden schlussendlich noch weiter von den Urnen entfernen würde.³⁵⁴ Dennoch begrüßte das Sekretariat der FDP im Aktivitätsbericht für die Jahre 1983/1984 die – geringe – Zunahme der Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1979 und sah diese in der vermehrten Polarisierung des Wahlkampfes zwischen FDP und SP begründet, die deshalb entgegen anderslautenden Kommentaren nicht zu kritisieren sei.³⁵⁵

³⁴⁷ Vgl. SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983.

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Entwurf Wahlstrategie 1983, Juli 1982.

³⁵⁰ StAZH Wll 13.711, GfS (Projektleiter: Werner Ebersold): Das Image der FDP und anderer politischen Parteien im Jahre 1982, Juni 1982.

³⁵¹ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Hatt, Balz; Bolleter, Rudolf: Wahlstrategie – Ergänzungen, 27.06.1982.

³⁵² BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980.

³⁵³ Nicht unbedeutend für die Entwicklungen der späten 1980er und 1990er Jahre ist es, dass Politikwissenschaftler in den kommenden Jahren selbst auf die Zweckmässigkeit dieser Strategie hinwiesen, als die Parteikräfte noch weitgehend stabil waren, vgl. z.B. Longchamp: Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens, 1987, S. 68ff.

³⁵⁴ Imboden: Die Volksbefragung in der Schweiz, 1963, S. 403f.

³⁵⁵ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Die Arbeit der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 1984, S. 15.

7. Zwischenfazit

Die Analyse zeigte, wie trotz der Stabilität der Wahlergebnisse seit den 1940er Jahren die Festlegung von Zielwählerschaften für die Bundesratsparteien keine Selbstverständlichkeit darstellte. Zwar orientierten sich die Parteien in den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 in Richtung einer *mobilizing*-Strategie, dies in dem Sinne, dass sie sich hauptsächlich auf ihr eigenes parteipolitisches Handlungssystem ausrichteten. Bereits zu dieser Zeit waren aber Impulse einer *chasing*-Strategie zu beobachten. Zudem stand die Anwendung der *mobilizing*-Strategie vor der Herausforderung, die eigene Stammwählerschaft deutlich – und möglichst landesweit – von jener der anderen Parteien abzugrenzen. Bald wurde für viele Parteien auch offensichtlich, dass sich die traditionellen Reservoirs an Stammwählern – man denke an die Katholiken der Diaspora für die CVP – erschöpfen würden. Umso wichtiger wurden *chasing*-Strategien in Richtung weiterer Wählenden – jungen Menschen, Angestellten in den 1950er Jahren oder urbanen Mittelschichten insbesondere ab den 1970er Jahren. Dabei umfasste dieser Wandel von Kanton zu Kanton sowie von Wählerschaft zur Wählerschaft sehr unterschiedliche Realitäten. Während einige Gruppen fast aus dem Blickfeld gerieten, Frauen oder auch systematische Nichtwählende, wurden andere wie die politisch mobilen, aber grundsätzlich bürgerlichen Mittelschichten zur Zielgruppe eines verschärften Wettbewerbes zwischen den bürgerlichen Parteien. Hinter der scheinbaren Stabilität der Wahlergebnisse hatte sich dabei die Repräsentation im Kern des Wahlkampfes – die Identitäten der Parteien einerseits, ihre beanspruchten Wählerschaften andererseits – wesentlich verändert.

Die Parteien reagierten dabei zunächst auf strukturelle Veränderungen der Schweizer Wählerschaft, beginnend mit der Erweiterung der politischen Rechte auf die Frauen 1971 und der Zunahme der Wechsel- und Nichtwählenden. Ihre Kategorisierungs- und Zielsetzungsarbeit trug auch dazu bei, diese Veränderungen sichtbar zu machen und zu deuten. So war der Wahlkampf von 1947 durch die Vorstellung einer segmentierten Repräsentation entlang der parteipolitischen Handlungssysteme als „Säulen“ geprägt, welche durchaus dem Ideal einer korporatistischen Interessenvertretung entsprach. Die 1950er und 1960er Jahre waren hingegen durch den Traum einer kategorienlosen und universalistischen Repräsentation der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ bestimmt, welche aber in der praktischen Mobilisierungsarbeit schwer umzusetzen war und Ängste vor sozialer Desintegration und Desorientierung mit sich brachte. Mit der Durchmischung sozialer und territorialer Kategorien und den neuen Partizipationsansprüchen bisher marginalisierter Gruppen (Frauen, Junge) entwickelte sich in den 1970-80er Jahren eine zunehmend mosaikartige Repräsentation. Umfragen und Wahlkonzepte vervielfältigten und vermischten somit ihre Kategorisierungsdimensionen, sei es aufgrund des Berufs, des Alters, des Geschlechtes, der Wohn- und Lebenslage oder des Verhältnisses

zur Religion.³⁵⁶ Diese steigende Komplexität mag die Schwierigkeit der Parteien erhöht haben, ihren Repräsentationsanspruch auf breite soziale Gruppen und ihr Monopol auf politische Mobilisierung zu verteidigen.

Schliesslich veränderte sich die repräsentative Bindung der Parteien zu ihren Wählenden auch in der Art und Weise, wie sie diese ansprachen und zur Wahl mobilisierten. In den 1940-50er Jahren setzten die Parteien einen selbstverständlichen Repräsentationsanspruch auf Bevölkerungsgruppen voraus, indem sie von einem „Du“ und einem „Wir“ sprachen und sogar fiktiven Wählertypen autoritativ Meinungen verliehen.³⁵⁷ Ferner beriefen sie sich dafür auf eine Pflicht zur Parteiwahl, zwar im Sinne einer staatsbürgerlichen Pflicht, aber auch einer Partei- oder sogar Klassenloyalität, und drückten sie mittels im Imperativ formulierten Wahlaufufen aus. Mit dem Verzicht auf solche Kommunikationsarten ab den 1970er Jahren zugunsten einer distanzierteren Ansprache der Wählerschaft (beginnend mit dem Gebrauch der Höflichkeitsformel) anerkannten die Parteien sowohl die Lockerung der Parteibindungen als auch das Veralten autoritärer Partizipationsmodelle in der Schweizer Gesellschaft.

³⁵⁶ So unterschied eine von der CVP betrachtete Infosuisse-Studie von 1982 zwischen folgenden Gruppen bezüglich der Frage „Welche Partei vertritt am besten...?“: Mieter, Intellektuelle, Ältere Menschen, Einfache Angestellte, Qualifizierte Angestellte, Arme Leute, Freie Berufe, kinderreiche Familien, Beamte, Hauseigentümer, Bauern, Neubürger, Wohlhabende Leute, Junge Menschen, Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, Selbstständiger Mittelstand, Hausfrauen, Religiöse Menschen, Unternehmer. PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhard: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982.

³⁵⁷ So die Zürcher CSP für die Wahlen von 1947: „Mehr und mehr erkennen die Katholiken unserer Diaspora, dass es in der Politik der heutigen Zeit um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung geht. *Ein jeder von uns fühlt deshalb in sich die Pflicht, jener Partei seine Stimme zu geben*, die im Ratsaal die christlichen Grundsätze hochhält.“ PA CVP ZH W 1947, Flugschrift Wahlversammlung CSP Stadtkreise 1 und 2, 20.10.47.

Kapitel 5. Darstellen: Von sich und von der Welt erzählen

„Die Ziele haben sich geändert, also muss sich auch der Weg ändern. Unsere Grundsätze in Ehren, aber *Wahlkämpfe gewinnen wir keine damit*. Wenn wir mit einer Fraktion von der Qualität der unsrigen in einem Wahlkampf dermassen Stimmen verlieren, dann stimmt etwas an der ‚*Verpackung*‘ nicht.“¹

So beurteilten in einem Leserbrief an die Zeitung *Fricktaler* junge KCVP-affine Wähler die Strategie der Partei nach den enttäuschenden Wahlergebnissen von 1967. Und in der Tat überlegten sich die KCVP-Parteiakteure für den Wahlkampf von 1971, wie sie dank der Parteireform die Wählenden neu ansprechen könnten. Dabei spielten sowohl soziale Veränderungen als auch der Wandel der parteipolitischen Herangehensweise an die politische Kommunikation im Sinne einer Verpackung oder Vermarktung eine Rolle. Ziel dieses Kapitels ist es, die Formen und Inhalte der Wahlkampfkommunikation in Hinblick auf das sich wandelnde Verhältnis der Schweizer Parteien zu ihren Wählenden im Zeitverlauf aufzuzeigen. Es fragt sich nämlich, welche konkreten Kommunikationsstrategien die Parteien planten und wie sie sie implementierten, um die anvisierten Wählenden zu erreichen. Auf der Ebene der zwischenparteilichen Auseinandersetzungen im Wahlkampf stellt sich ferner die Frage, inwiefern hier das komplexe politische Gleichgewicht zwischen den Bundesratspartnern wirkte und wie sie mit ihrer Kommunikation in ein Wettbewerbsverhältnis um die Stimmen der Wählenden eintraten. Um die Wahlkampfkommunikation dabei nicht nur als Ergebnis, sondern auch als Prozess zu analysieren, lohnt es sich, zwischen den Ebenen des Narratives und der Narration zu unterscheiden.² Die Analyse der Narrationsstrategien ermöglicht es, die Handlungsfähigkeit der verschiedenen Akteure sowie potentielle Konflikte zwischen ihnen zu berücksichtigen. In einem ersten Schritt werden dafür die Herangehensweisen der Parteien an die politische Kommunikation im Wahlkampf angeschaut (1.). Dann werden die Kommunikationsformen der Parteien mit diesen Narrationsstrategien, aber auch dem medialen Wandel in Verbindung gesetzt (2.). Schliesslich werden zwei spezifische Wahlkampfnarrative im Zeitverlauf betrachtet (3.)

1. Veränderte Herangehensweisen an die politische Kommunikation

In ihren Herangehensweisen an die politische Kommunikation bewegten sich die Parteien durch den zunehmenden Einsatz von Werbeberatern vom ursprünglichen Zweck der aufklärerischen Propaganda weg hin zur Pflege des Parteiimages.

¹ Fricktaler, 3.01.1968, zitiert nach: Rohner: *Der Weg zur Schweizer Christdemokratie*, 1993, S. 193.

² Vgl. dazu Kap. 1.2.; Gadinger; Jarzebski; Yildiz (Hg.): *Politische Narrative*, 2014; Jarzebski: *Wahlkampf als Erzählung*, 2015.

Die „aufklärerische Propaganda“

1947 war für alle Parteien die Rede von der „Aufklärung“ als Ziel der „Propaganda“ charakteristisch. Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern war der Begriff Propaganda zu dieser Zeit neutral konnotiert und wurde von linken wie bürgerlichen Parteien gleichermaßen verwendet, um ihre eigene politische Kommunikation zu bezeichnen.³ Geprägt vom Kontext der 1930-40er Jahre herrschte eine normative Herangehensweise an die eigene politische Propaganda vor, mit wenigen Versuchen, jenseits des Ziels der Aufklärung, die dahinterliegenden Kommunikationspraktiken zu rationalisieren. Umso bemerkenswerter ist es, dass sowohl die FDP als auch die SP für ihre Kampagnen von 1947 über konkrete Kommunikationsregeln diskutierten. Bei der FDP diente das Buch des französischen Publizisten Pol Quentin, *Politische Propaganda: Erfahrungen und Erfolge aller grossen Propagandisten von Mohammed bis Goebbels*, als Referenz, welches Propaganda als Technik betrachtet und sogar Kommunikationsregeln vorschlägt.⁴ Daraus zitierte der Zürcher FDP-Sekretär Albert Hauser bei einer Kantonalsekretärenkonferenz vier Gesetze für die Wahlpropaganda: Einfachheit, Sympathie, Wiederholung und Koordination der Mittel.⁵ Diese stimmten auch mit den Grundsätzen des SP-Wahlkampfkonzepts weitgehend überein: Das von Victor Cohen entworfene Konzept sah eine zentralisierte Kampagne vor und betonte, dass die Propaganda „positiv“ und „volkstümlich, verständlich für den einfachen Mann“ sein solle.⁶ Im Prinzip stimmten also Freisinnige und Sozialdemokraten darin überein, ihre Propaganda nicht vorwiegend auf negativen Angriffen aufzubauen, sondern ein positives Bild der Partei zu vermitteln. Mit der Betonung des Aufklärerischen war zudem eine Kommunikation gemeint, die, eine Pflicht suggerierend, den Bürger und spezifischer den eigenen Stammwählenden zur Wahl aufrufen und langfristig zu seinem Bürgerbewusstsein und seiner parteipolitischen Sozialisierung beitragen sollte. Diese Vorstellungen der politischen Kommunikation liess Ansätzen aus der kommerziellen Werbung wenig Platz. Der SP-Werbeberater Victor Cohen sprach zwar gelegentlich von „Werbung“ und befürwortete es, bei den Wählern ein „Bedürfnis“ nach dem sozialdemokratischen Programm die *Neue Schweiz* zu schaffen.⁷ In seiner Arbeit für die SP setzte er aber den Begriff „Propaganda“ demjenigen der „Reklame“ aufgrund der Trennung zwischen politischer und wirtschaftlicher Sphäre entgegen: Demnach sei Propaganda „ein planmässiges, einheitliches und geordnetes Verfahren zur Beeinflussung von Einzelmenschen und Menschengruppen mit dem Zweck der Verbreitung von Gedanken und Meinungen“, während

³ Vgl. Olivesi: De la propagande à la communication, 2002; Mergel: Propaganda nach Hitler, S. 11. Auch in der BRD verwendeten Parteien, BürgerInnen und Medien diesen Begriff auch lange nach dem Ende des Nationalsozialismus. Hingegen entsprach die Formel „Agitation und Propaganda“ vorwiegend einer linken Vorstellung der Mobilisierung.

⁴ Quentin: La propagande politique, 1943.

⁵ BAR J2.322-01 2009/263_39_105, Sitzungen der Kantonalsekretäre, 15.02.1947.

⁶ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 15.01.1947.

⁷ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

Reklame zwar das gleiche zu erzielen versuche, aber „mit dem Zweck der Verbreitung von Sachen und Dienstleistungen“.⁸

Die Partei als Produkt?

Dieser diskursive Unterschied zwischen Propaganda und Reklame oder Werbung verminderte sich in den kommenden Jahrzehnten, als der Import des Fachwissens und Wortschatzes aus der Werbung sich bei allen Parteien als Notwendigkeit durchsetzte. Bereits 1955 ging der FDP-Werbeberater Pierre-André Gygi die Frage der thematischen Positionierungen der Parteien im Sinne eines „Markenbildes“ an:

„Jede Organisation erhält mit der Zeit durch die glücklichere oder weniger glücklichere Art der Bearbeitung der öffentlichen Meinung, durch die systematischere oder weniger systematischere Streuung von Propagandabotschaften, *was man in der Werbung ein Markenbild nennt* [...]. ‚Sozial‘ und ‚demokratisch‘ sind gute, leicht einprägsame Marken. Ihre Wiederholung geschieht auch systematisch und eine Auslegung dieser beiden Wörter kann auch der einfache Mann vornehmen. *Schwieriger ist es beim Begriff ‚Freisinn‘, der übrigens nicht einmal schweizerisch gleich bleibt, sondern kantonal wechselt*, also schon rein in dieser Hinsicht zersplittert ist. Das Wort ‚Freisinn‘ verlangt *mehr Vorstellungskraft*. Wo es nicht gedeutet werden kann, wird es mehr zur *Etikette* – und damit in vereinfachendem Sinne eher negativ wirken.“⁹

Solch dezidiert werberischen Orientierungen der politischen Kommunikation fanden zunehmend Eingang in die parteipolitischen Diskussionen und führten zuweilen auch zu Meinungsunterschieden. In der Propagandakommission der Zürcher FDP für die kantonalen und eidgenössischen Wahlen von 1959 plädierte beispielsweise der Werbespezialist und Trumpf Buur-Aktivist, Robert Eibel, für eine grössere Kohärenz und Wirksamkeit der Propagandatätigkeit, die so früh wie möglich beginnen sollte, denn „wir müssen beim Konsumenten unserer Propagandaprodukte eine Lesegewohnheit schaffen.“¹⁰ Der damalige Inlandredaktor der *NZZ* Ernst Bieri sah dies anders:

„Wir dürfen die politische nicht mit der kommerziellen Reklame verwechseln. *Konsument und Produkt, mit denen wir uns zu befassen haben, sind anders*. Der Wähler weiss, dass es Parteien gibt. Er erwartet von ihnen die Anstrengungen der letzten Stunde.“¹¹

Dass über die Art der politischen Kommunikation noch verhandelt wurde, wird zudem daraus ersichtlich, dass sich weitere Kader der Zürcher FDP die Möglichkeit eines Verzichts auf jegliche Kampagne zu Gunsten eines gemeinnützigen Zwecks überlegten. Bieri selbst plädierte für ein „staatsbürgerliches Vademecum“, eine Idee, welche schlussendlich nicht genehmigt wurde, denn „wer behält und konsultiert eine solche Schrift?“¹²

⁸ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: Reflexionen zu Propaganda, Propaganda für die sozialistische Idee, (Entwurf), März 1943.

⁹ Gygi: Reaktionen stimmfähiger Schweizerbürger auf politische Fragen, 1955.

¹⁰ StAZH WII 13.21, Propagandakommission, 17.06.1958.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

Selbst Parteifunktionäre begannen zunehmend, über ihre politische Kommunikation in der Logik der Werbung nachzudenken. Ein Beitrag des jungen, mitunter provokativ auftretenden SP-Sekretärs Benno Hardmeier in der *Roten Revue* nach den Wahlen von 1959 spricht hier Bände:

„Es geht ja im Kampf um die Gunst der Wähler nicht nur um den Inhalt und den inneren Gehalt der Politik, sondern — heute in viel stärkerem Masse als in der Vergangenheit — *um die äussere Form, um die Art und Weise*, wie die politische Zielsetzung und die praktischen Forderungen einer Partei präsentiert werden. Die *Reklame* spielt im Alltagsleben des modernen Menschen eine grosse Rolle. Auch eine politische Partei muss dieser Tatsache Rechnung tragen und für ihre Sache *eine möglichst attraktive Form* finden.“¹³

Dieser Fokus auf die Form der Selbstdarstellung war auch eine wichtige Empfehlung der NOWLAND-Studie zur SP, welche sogar ihr Erscheinungsbild vor die aufklärerische Funktion der Propaganda in Richtung der Arbeiterschaft stellte: „Das Bild der SP in diesem Wähler muss positiv verändert und umgestaltet werden, nicht die Struktur der Wähler“.¹⁴

Das Erscheinungsbild als neues Ziel der politischen Kommunikation

Mit dieser Vorstellung der Partei als Produkt und ihres Bildes als Marke setzte sich ein neues Ziel der politischen Kommunikation durch, nämlich die Erschaffung eines positiven „Erscheinungsbildes“ oder „Images“ der Partei bei der Bevölkerung als Ersatz für die inzwischen abgeschwächten traditionellen Parteibindungen.¹⁵ Damit plädierten also die Werbeberater für längere, kohärente und einheitliche Kampagnen, was auch ihre Rolle in diesen legitimierte und den Mutterparteien ein wichtiges Argument für die Zentralisierung der Wahlkampagnen lieferte. Der FDP-Werbeberater Edgar Küng plädierte beispielsweise für eine einheitliche Werbung, damit die Partei als Marke überall im Land erkennbar würde:

“Der Stil der Werbung muss allein schon deshalb in der ganzen Schweiz *einheitlich* sein, weil der ‚Firma-Name‘ der Partei nicht einheitlich ist: Freisinn, Liberal, Radikal. Durch die einheitliche, bildliche Markierung wird aber auch *die bestmögliche Durchdringung unserer reisefreudigen Gesellschaft erreicht*. Das Ziel der Werbung muss den Charakter der Partei auf dem *Niveau des Zielpublikums repräsentieren: dynamisch, fortschrittlich, freiheitlich, menschlich*.“¹⁶

Diese Argumentationslinie teilten viele Kampagnenkonzepte. Für die KCVP sollte zudem ein „einheitlich erkennbares Image“ auch ihre Einheit fördern sowie zur Festsetzung ihrer Parteireform in den Vorstellungen der BürgerInnen verhelfen, wie der Partei von ihren Beratern sowie von der WEMA-Studie empfohlen wurde.¹⁷

¹³ Hardmeier: Nach dem eidgenössischen Wahlgang, 1959, S. 322.

¹⁴ Nowland Organisation: Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler, 1959, S. 8.

¹⁵ Gerteis: Für ein neues „Image“ der Sozialdemokratischen Partei, 1964.

¹⁶ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Küng, Edgar: Hinweise auf das Propaganda-Konzept, 1971.

¹⁷ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971]; StABS 947 D17.1, Generalsekretariat der CVP: Vertraulicher Bericht, Das politische Bewusstsein in der Schweiz, 1970.

Diese neuen Ansätze der politischen Kommunikation führten dazu, dass diese vermehrt als eine Sonderform der kommerziellen Werbung wahrgenommen wurde; Die Parteien bevorzugten 1971 mehrheitlich die Bezeichnungen Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit gegenüber dem Propaganda-Begriff. Aus der kommerziellen Werbung importierten die Werbeberater ferner auch ein Verständnis des politischen Feldes als konkurrenzialer Markt sowie überhaupt eine neue Herangehensweise an die Wählenden. Edgar Küngs detaillierte Diagnose der Wählerschaft für die FDP-Wahlkampagne von 1971 ist dafür ein Musterbeispiel. Nicht nur sei die politische Werbung der kommerziellen Werbung ähnlich, sondern die Bedürfnisse der Wählende seien auch durch ihr „Konsum-Denken“ geprägt, welches eine „wichtige Voraussetzung für die Beeinflussbarkeit des heutigen Publikums“ bilde:

„In der modernen Zivilisation glauben die Menschen, *sich keiner Autorität, keinem Prinzip und keinem Gewissen unterordnen zu müssen*. Weil sie äusserlich unabhängig und frei sind, suchen sie aus innerer geistiger Leere nach *Leitbildern*. Sie greifen diejenigen auf, die ihnen von den *Massenmedien* angeboten werden: Also die Leitbilder der Politik und der Konsumenten-Werbung.“¹⁸

Dem lag ferner die Annahme zugrunde, dass politische Kommunikation und Werbung zunehmend vermischt würden, sodass Parteien nicht nur untereinander, sondern auch mit Marktprodukten um die Aufmerksamkeit der Bürger kämpften:

„Die Parteien stehen heute nicht nur im Konkurrenz-Kampf unter sich, *sondern im Kampf gegen alle, die heute den Markt und seine Konsumenten beeinflussen*. Dies weiss man beim Landesring schon lange, weshalb *man geschickt Politik mit Konsum vermischt* und auch das politische Angebot nach neusten Erkenntnissen des Marketings in verschiedene Sortimente aufteilt, die mit dem Leitbild der ‚Unabhängigkeit‘ an die indifferenten Zielgruppen herangetragen werden. [...] Durch die emotionelle Bindung an ein Leitbild wird die *Treue zur Marke oder Partei über die Identifikation* erreicht. Damit sich die Marke von der Konkurrenzproduktion abhebt, wird ihr und dem Leitbild eine möglichst ausgeprägte Charakteristik verliehen. [...] *Beeinträchtigt ist aber auch jede Partei, die keine Bedürfnis-Information, sondern nur sachliche, politische Information bietet*. Die Überfremdungsinitiative hat klar und eindeutig bewiesen, *dass gegen emotionale Werbung mit sachlicher Information, auch mit grösstem Kostenaufwand, nicht beizukommen ist*.“¹⁹

Die intensivierete Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der BürgerInnen fordere also nicht nur vermehrte Kommunikationsbemühungen, sondern auch einen Fokus auf die emotionale Befriedigung der Wählenden. Selbst wenn Küng sich nicht darauf bezog, ist in seiner Analyse der Einfluss der motivationistischen Schule der Wirtschaftspsychologie, nach welcher nicht nur das Produkt an und für sich, sondern auch dessen symbolischen und emotionalen Eigenschaften den Kaufakt bestimmen, spürbar.²⁰ So könne man laut Küng Menschen durch das Versprechen gewinnen, „ihre Bedürfnisse zu befriedigen – nicht nur materielle, sondern auch seelische: Geltung (z.B. Prestige); Genuss (z.B. Sex),

¹⁸ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Küng, Edgar: Hinweise auf das Propaganda-Konzept, 1971.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Für diese Schule war die Forschung von Abraham Maslow bahnbrechend. Sie erfuhr einen rasanten Erfolg ab den 1950er Jahren in den USA, dann auch in Europa, und beeinflusste sowohl Staaten als auch die grössten Werbefirmen der Zeit (bspw. Publicis, deren Gründer Marcel Bleustein-Blanchet auch in der politischen Kommunikation tätig wurde). Vgl. Almeida: L'américanisation de la propagande en Europe de l'Ouest, 2003.

Macht (z.B. eigene Sicherheit oder Überlegenheit)²¹ Mit seinem Slogan „Die Freisinnigen haben kluge Köpfe“ strebte Küng folglich danach, den Freisinnigen einen positiven Spiegel vorzuhalten:

„Dieser Slogan informiert das *Bedürfnis nach Prestige der Wählermassen*. Gleichzeitig bestätigt er unsern Politikern und treuen Parteifreunden, *in der richtigen Partei zu sein*.“²²

Seine rotblauen Plakate mit dem Foto von lächelnden bekannten und unbekanntem Freisinnigen sollten diesen Eindruck auch auf der Ebene der Ästhetik vermitteln.²³

Im Laufe der 1970er Jahre wurde die Bedeutung des Image-Konzepts für eine „moderne“ politische Werbung zu einer Selbstverständlichkeit für die Parteiakteure, und wurde umso wichtiger, als die Parteien in ein verschärftes Wettbewerbsverhältnis zueinander traten. Das „Image“ diente nun nicht mehr nur der reinen Terrainmarkierung, sondern auch der Gewinnung neuer Wählerschichten. Die neuen Werbeberater der FDP für die spektakulären Kampagnen von 1979 und 1983 gingen vom Befund aus, dass die FDP zu sehr „das Image einer Partei der Finanz und Wirtschaft mit elitären Merkmalen“ habe.²⁴ Nicht nur die Wahl der FDP, sondern auch die FDP-Mitgliedschaft müsse auch ausserhalb der oberen Sozialschichten besser verkauft werden:

„In allen Werbemassnahmen muss darum auch das Element der potentiellen Mitgliederwerbung auf sympathische Art enthalten sein, um die Schwellenangst zum Parteieintritt abzubauen. In der FDP zu sein, *ist modern geworden*.“²⁵

Ferner plante die Wahlstrategie der Partei für 1983 folgende Selbsterzählung:

„In unseren Botschaften an unsere Stammwähler muss zum Ausdruck kommen, dass die FDP *eine sichere, verlässliche, tolerante, glaubwürdige aber auch menschliche Partei mit einem breiten Spektrum von Meinungen ist*, die basierend auf einer liberalen Grundhaltung in der gemeinsamen Sorge um die Zukunft unseres demokratischen Rechtsstaates den Kampf gegen Miesmacher und Extremisten erfolgreich durchfechten wird.“²⁶

Die Betonung des Parteiimages wandelte sich also allmählich vom *branding* hin zu einem bewussten *story-telling*. Weit weg vom „Propaganda“-Verständnis der 1940er Jahre präsentierte auch das Handbuch „Wahlkampf von A bis Z“ des Werbeberaters Hans Stöhlker das „corporate image“ für Parteien und Kandidierenden als „Muss“.²⁷ Dabei ist zu bemerken, dass die Parteien und ihre Werbeberater weder 1947 noch 1983 auf ein *negatives campaigning*, also auf Angriffe gegen ihre Gegner, setzten: FDP und SP sprachen 1947 von einer „positiven“ Propaganda für die eigene Partei,

²¹ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Küng, Edgar: Hinweise auf das Propaganda-Konzept, 1971.

²² Ebd.

²³ MfGZ 63-0941, Küng, Edgar: Die Freisinnigen haben kluge Köpfe, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 1971; MfGZ 11-0712, Küng, Edgar: Ja – Die Freisinnigen haben die Frauen gern, Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 1971. Die Farbauswahl folgte laut eigenen Angaben den Grundideen der Farbenpsychologie seines Freundes Max Lüscher. Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016. Vgl. Lüscher: Psychologie der Farben, Basel 1969.

²⁴ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Bolleter, Rudolf: Beitrag für Wahlstrategie-Papier 1983, 27.05.1982.

²⁵ Ebd., Bolleter, Rudolf: Erläuterungen zur FDP-Wahlstrategie, 27.08.1982.

²⁶ Ebd., o.A.: Entwurf Wahlstrategie 1983, Juli 1982.

²⁷ Stöhlker; Graf: Wahlkampf von A bis Z, 1981, S. 199; 381.

während das spätere Mantra des Parteiimages eine Fokussierung auf die Selbstdarstellung der Partei bedeutete. Diese positive, auf sich selbst gerichtete politische Kommunikation war allerdings eher ein Ideal; die tatsächliche politische Kommunikation konnte immer noch davon abweichen.

2. Kommunikationsformen im Wandel

Die Kommunikationsformen in den Wahlkampagnen der Nachkriegszeit lassen sich zunächst auf die tiefen Veränderungen der politischen Kommunikation in der Zwischenkriegszeit zurückführen, insbesondere durch die Bedeutungszunahme der illustrierten Plakate und des Radios. Der folgende Teil wird zunächst die Entwicklung der direkten Werbung der Parteien an ihre Wählenden (1.) darstellen, um sich dann der Entwicklung ihrer Medienarbeit (2.) zuzuwenden. Schliesslich wird diskutiert, inwiefern die verstärkte Medialisierung des Politischen ab den 1960er Jahren einen Einfluss auf die Kommunikationsstrategien hatte (3.).

2.1. Wahlkampfmaterialien: von der Aufklärungsschrift zum Parteischal

Wie können die Parteien die Wählenden am effektivsten direkt erreichen und für den Urnengang mobilisieren? Die breite Palette der von den Parteien selbst gestalteten und verteilten Wahlkampfmaterialien (vgl. Tabelle 2 für einen Überblick) zeigt, wie sich diese in einer zunehmend medialisierten Gesellschaft in der Öffentlichkeit über die traditionellen Parteigrenzen hinaus zu positionieren versuchten.

Plakate als Kern der Wahlkämpfe

Als zentrales Erbe der Zwischenkriegszeit waren die Wahlkämpfe von 1947 und 1959 durch die Dominanz der Plakate gekennzeichnet. Zwar produzierte die FDP für den Wahlkampf von 1947 auch einen Film, der eigentlich für die AHV-Abstimmungskampagne einige Monate zuvor konzipiert worden war. In den folgenden Wahlkämpfen wurden jedoch keine Filme mehr produziert, wohl aufgrund der hohen Kosten im Verhältnis zur geringen Wirkung auf die Wahlergebnisse. Dafür gaben die Plakate den Ton für die nationale Kampagne der Parteien im ganzen Land vor. Mithilfe neuer Drucktechniken, die den Aushang im Weltformat ermöglichten, hatten sich diese bereits in der Zwischenkriegszeit als Königsmittel jeder Art von öffentlicher Kommunikation in der Schweiz erwiesen, von den verklärenden Werbeplakaten für den Tourismus bis hin zum aggressiven Ton vieler politischer Plakate. Aufgrund der Häufigkeit der Urnengänge ist der öffentliche Raum in der Schweiz bis heute von einer beindruckenden Allgegenwart von politischen Plakaten auf Strassen, Bahnhöfen oder privaten Grundstücken geprägt. In den 1940-50er Jahren tauchten Plakate zudem in den damals knappen Wahlkampfkommentaren in der Presse auf, welche sie zum Kern des Wahlkampfes

stilisierten.²⁸ Ihr zentraler Platz im Wahlkampf wird ferner klar aus den von den Parteien dafür investierten Mitteln ersichtlich. Mit ihrer Herstellung beauftragten sie berühmte Künstler wie René Gilsi für die SP, polemische Plakatschöpfer wie Noël Fontanet für die Genfer FDP, oder Grafiker der blühenden Werbebranche wie Armin Bieber für die BGB. Besonders die Plakate von 1947 übernahmen noch die starren Linien und starken Farben der politischen Ikonographie der Zwischenkriegszeit. Textlastige Plakate kamen nun aber aus der Mode. Viele nannten lediglich den Namen der Kantonalpartei, eventuell noch die Listennummer; nur gelegentlich kam noch eine Art von Slogan hinzu.

Wichtig war vor allem der bildliche Eindruck der Partei, welchen die Wähler – auch jene der anderen Parteien – an öffentlichen Orten bekommen würden. Mehr noch als Überzeugungsarbeit zu leisten, ging es den Parteien hauptsächlich darum, Terrain zu markieren. Dafür propagierten die Parteien den wilden Anschlag ausserhalb der von der Allgemeinen Plakatgesellschaft für die Kampagne zwischen den Parteien verteilten offiziellen Plakatflächen, und dies an ganz gezielten Orten. So empfahl die SP 1959 den Sektionen „Cafés, Scheuertüren oder Versammlungssäle“ dafür zu verwenden.²⁹ Nach diesen Wahlen erklärte Rosenberg die politische Bedeutung dieser Präsenzpolitik für die KCVP folgendermassen:

„Der Aushang war aber zu wenig dicht; das aber ist eine Finanz-Frage. Ein Plakat wird auch nie eine Auseinandersetzung entscheiden und insofern darf die Plakatwirkung nicht überbewertet werden. Für uns ist das Plakat *eine reine Frage der Präsenz*: Wenn die andern Parteien Plakate anschlagen, können wir nicht abwesend sein – wir erst recht nicht, weil es in unseren Kreisen *noch viel Minderwertigkeitsgefühl und Ghetto-Stimmung* zu überwinden gilt.“³⁰

Der räumliche Präsenz der Konservativen in der Öffentlichkeit sollte nach dieser Auffassung ihren Repräsentationsanspruch im politischen System symbolisch markieren. Selbst wenn die Plakate in späteren Wahlkämpfen an Zentralität verloren, blieb diese Terrainmarkierung grundlegend. Als die neue CVP 1971 darauf zielte, ihre katholische Minderheitsidentität zu verlassen, plante sie für ihre Kampagne den vermehrten Aushang von Plakaten in Städten und Agglomerationen, „damit die CVP optisch stärker präsent“ werde.³¹ Dies betraf insbesondere die Agglomerationen Zürich, Winterthur und Lausanne als „Kampfgebiete“.³² Plakate sollten dort die Partei besser bekannt machen, wobei die

²⁸ *Die Tat*, Organ des Landesrings der Unabhängigen, widmete beispielweise den Wahlkampfplakaten 1947 und 1959 jeweils eine Titelseite. Nationalratswahlen im Spiegel der Plakate, in: *Die Tat*, 25. Oktober 1947; Der Wähler vor der Plakatwand, in: *Die Tat*, 18. September 1959.

²⁹ SSA Ar 1.230.6, Brief des SP-Zentralsekretariates an Sektionen, 14.10.1959.

³⁰ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961.

³¹ BAR J2.181 1987/52_72_626, Brief Hans Niemetz an die kantonalen Wahlkampfleiter, 11.06.1971.

³² Ebd.

Herausforderung erkannt wurde, dass dieser „städtische und vorstädtische Lebensraum der grösseren Agglomerationen“ generell „konsum- und werbeintensiv“ sei.³³

Der Wähler vor einer disparaten Papierflut

Neben den Plakaten blieben die Flugschriften und Broschüren bis in die 1960-70er Jahre die Hauptmaterialien jedes Wahlkampfes. Mit kurzen, plakativen Flugschriften für ein allgemeines Publikum, Briefen für spezifische Wählergruppen sowie umfangreichen, informativen Broschüren zu besonderen Sachthemen für Aktivisten und Referenten wurde in den Wahlkämpfen der 1940-50er Jahre besonders viel Papier eingesetzt. Unklar bleibt, inwiefern diese zum Teil sehr trockene, je nach finanziellen Mittel der Parteien mehr oder weniger reichlich illustrierte Literatur tatsächlich gelesen wurde. Sie diente gewiss der Sichtbarkeit der Partei in der Öffentlichkeit und auch im Privaten, wenn sie die Form der sogenannten Haushaltsbroschüren annahm, welche jeden Wähler erreichen sollten. Die Kantonalparteien und lokalen Sektionen planten aber bereits eine stark differenzierte Ansprache ihrer Wähler. Nach Hause geschickt oder von Vertrauensleuten geliefert, erhielt der Wähler auf diesem Weg zahlreiche Flugschriften und Wählerbriefe, die ihn im Namen der Kantonalparteien, der lokalen Sektionen oder auch verschiedener Berufsverbände und Vereine auf der Basis dieser oder jener Zugehörigkeit persönlich ansprachen. Selbst die verschiedenen Wahlkampfmaterialien derselben Partei besaßen dabei oft keine Kohärenz. Unter dem Einfluss des Werbeberaters Victor Cohen bildeten die SP-Wahlkampfmaterialien von 1947 hierbei eine Ausnahme: Sie enthielten eine einheitliche Wahlparole unter Hinzunahme einiger Illustrationen, die die Wahlkampagne der Partei im ganzen Land mit Bezug auf das Programm *Neue Schweiz* visualisieren sollten.

Die Verpackung: Logos, Slogans, Aktionsprogramme

Beim Wahlkampf von 1959 machten sich in der nach wie vor stark segmentierten, textlastigen und aufklärerischen Propaganda bereits Einflüsse aus der Werbung bemerkbar. Unübersehbar holte die politische Kunst in der Schweiz frühere Entwicklungen der kommerziellen Werbung und die technischen Fortschritte des Grafikdesigns langsam nach.³⁴ Der Gebrauch von – teuren – Fotoabdrucken auf Plakaten und Flugschriften nahm zu. Einige Plakate wiesen ferner eine von den neusten graphischen Trends inspirierte, stark stilisierte Bildsprache auf. Parteien begannen Logos oder Slogans zu verwenden, welche den Kern der nationalen Wahlkampagnen oder zumindest die sichtbare Signatur der Parteien auf den Plakaten bilden sollten.³⁵

³³ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

³⁴ Vgl. Chessex: Plakat, 2012.

³⁵ Für ihre Wahlkampagnen von 1955 und 1959 bemühte sich beispielsweise die FDP ein „Signet“ um die ersten Buchstaben ihres Parteinamens („F“, „R“ bzw. „L“ je nach Sprache) zu verwenden. BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 22.08.1959.

Anders als 1947 entwarfen 1959 zudem fast alle Parteien Wahlkampfprogramme, oft Aktionsprogramme genannt, die die traditionell eher langfristig orientierten Parteiprogramme im unmittelbaren Kontext der Wahl konkretisieren sollten. Das Objekt „Programm“ für sich genommen – oft eine lange, sachliche Broschüre – diente dabei bereits eher der medialen Berichterstattung als der direkten Kommunikation. Die Presse aller Richtungen stellte dann für die Wählenden die umfassenden Programme in kurzen Zusammenfassungen, Kommentaren und bald auch Vergleichen dar. Dieses Prinzip sollte in den folgenden Jahren Usus werden, selbst wenn das mediale Interesse für die Wahlprogramme als Wahlkampfartefakte zunehmend von einer Kritik an ihrer kurzfristigen Orientierung begleitet wurde.³⁶ Um den Slogan und das Aktionsprogramm herum verselbstständigte sich die Wahlkampfkommunikation mit einer eigenen Zeitlichkeit: die Wahlen und die kommende Legislatur fungierten als Erwartungshorizont.

Direct Mailing und Rückantwortkarte

Auf diesem neuen Verständnis der Wahlkampfkommunikation aufbauend, machten sich im Wahlkampf von 1971 Neuerungen in den Kommunikationsformen der Parteien bemerkbar. Parteien, Einzelkandidierende sowie Verbände sandten den Wählenden zwar noch zahlreiche Briefe zu. Inspiriert vom *direct mailing* in der Werbung versuchten manche Akteure diese Kommunikationsform aber zu modernisieren. So stellte das CVP-Generalsekretariat 1971 den kantonalen Wahlkampfleitern einen Schreibautomaten zur Verfügung, um „sogenannte individuelle Massenbriefe“ senden zu können, „eines der wirksamsten Werbemittel“ zur persönlichen Ansprache von Zielgruppen.³⁷ Hier scheiterten die bürgerlichen Landesparteien sowie manche Kantonalparteien jedoch am Fehlen einer zentralisierten Mitgliederkartei. Dafür beauftragten sie professionelle Akteure des *direct mailings*, beispielsweise Adressenbüros, mit dem Versand von Briefen an bestimmte Berufsgruppen, wobei sich die dafür benutzten Daten der Einwohnerkontrolle zum Teil als „phantasievoll“ erwiesen.³⁸ Mit dieser Hilfe etablierte sich jedoch die Technik in den kommenden Jahren als Kampagnenstandard für (wohlhabende) Parteien und Kandidierende: 1981 beurteilte das Handbuch des Werbeberaters Klaus Stöhlker das *direct mailing* als „notwendig“ für eine gelungene Wahlkampagne.³⁹ Im Vorfeld der Wahlen von 1983 legte die CVP beispielsweise sehr genaue Richtlinien zur Finanzbeschaffung bei CVP-nahen Kreisen (inkl. Unternehmern oder Geistlichen) mittels Werbebriefen fest: Die Ansprache solle dank zentral gesammelter Daten individualisiert und persönlich – idealerweise durch den Verweis auf geteilte Bekanntschaften – erfolgen. Als Argument für diese Technik galt, dass „derartige Aktionen [...] sich im In- und Ausland im kommerziellen wie im politischen Bereich bereits

³⁶ Wie ernst sind Wahlprogramme zu nehmen?, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.09.1971.

³⁷ BAR J2.181 1987/52_72_626, Brief des Generalsekretariates an die kantonalen Wahlkampfleiter, 6.08.1971.

³⁸ Wie die Waadtländer CVP sich bezüglich Adressen von unabhängigen Beruflern bei einem Adressenbüro beklagte, ACV PP 985/23/2, Brief der waadtländischen CVP an das Bureau vaudois d'adresses, 9.11.1983.

³⁹ Stöhlker; Graf: Wahlkampf von A bis Z, 1981, S. 131.

hervorragend bewährt [haben]“.⁴⁰ Hier geschah also die Modernisierung der Wahlkampftechniken wieder durch die gegenseitige Beobachtung der Akteure.

Auch wenn Wählende also weiterhin viel Propaganda erhielten, gerieten textlastige, aufklärerische Broschüren ausser Mode. Von den CVP-Werbeberatern wurde ein Wahlprospekt für den Wahlkampf von 1971 aus folgenden Gründen als überholt angesehen: „viel zu viel Text, keine klaren Aussagen, Lesemüdigkeit des Publikums“.⁴¹ Stattdessen konzentrierten sich die Parteien nun einerseits auf ihr Programm und andererseits auf Werbebroschüren, die in der aktuellsten Werbesprache die Partei kurz und knapp vorstellten. Rückantwortkarten waren ein integraler Bestandteil dieses neuen Werbeansatzes. In den Worten der CVP-Werbeberater für den Wahlkampf von 1971 sollten sie die EmpfängerInnen „aktivieren“ und als „eine Art Garantieschein für die Glaubwürdigkeit der Partei“ fungieren.⁴² Auch wenn die BürgerInnen von Zeit zu Zeit regen Gebrauch von dieser Möglichkeit zur Mitsprache machten, scheinen sich die Parteien in ihrer weiteren Kampagnenkommunikation wenig darauf gestützt zu haben, sodass Rückmeldetalons vorwiegend auf einer symbolischen Ebene dem Dialog mit den Wählenden dienten.⁴³

„Erscheinungsbild“ und Werbeobjekte

Plakate behielten dabei ihre Rolle als nationales Bindemittel der Kampagnen im öffentlichen Raum. Ihre Gestaltung beschäftigte die Parteien aber viel weniger als zuvor, da sie nun Werbespezialisten damit beauftragten. Das goldene Zeitalter der graphischen Kunst ab den 1960er Jahren liess die alten, künstlerischen Plakate definitiv veraltet erscheinen. Plakate wurden nun schlicht gestaltet und betonten vor allem den Parteinamen und den nun notwendigen Slogan. Dieser bescheidene Anspruch an die visuelle Botschaft der Plakate traf sich mit ihrer Funktion als grafische Erkennungszeichen der Parteien in einem immer stärker von der Werbung geprägten öffentlichen Raum. Umso einheitlicher und leicht verständlich sollte das „Erscheinungsbild“ der Partei sein. Dieses bestand aus dem Slogan, einem stilisierten Logo und eventuell noch einem Symbol. Auch wenn das ausgewählte Erscheinungsbild sehr oft gewechselt wurde und kantonale Abweichungen aufweisen konnte, blieben gewisse Konstanten bestehen: Rot blieb die historische Farbe der SP, Orange wurde zur Farbe der CVP, Grün zur Farbe der SVP. Diese reservierten Parteifarben prägten langfristig die kollektiven Vorstellungen von den Parteien in der Schweiz.⁴⁴

Der neue Markencharakter der helvetischen Parteien zeigte sich ferner in der Verwendung von Werbeobjekten. Günstig und einfach mit einem Logo zu bedrucken waren die weit verbreiteten

⁴⁰ PA CVP CH W (2), o.A.: Bausteine der CVP: Die CVP will dem Geldschwund begegnen, [1980er Jahre].

⁴¹ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. zum Erfolg, aber zu den geringen Folgen des Haushaltsflugblatts „Wo drückt der Schuh?“ der Zürcher SVP bei den Nationalratswahlen von 1975, Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 126.

⁴⁴ Vgl. dazu Degen: Kleine politische Farbenlehre der Schweiz, 2006.

Zündholzschachteln – 1971 versah die FDP ihre Schachteln sogar mit den Fotos ihrer populären Bundesräte Nello Celio und Ernst Brugger.⁴⁵ Die Werbeberater der CVP ihrerseits schrieben solchen Werbeobjekten die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls, aber auch die Manifestation der Parteistärke in der Öffentlichkeit als Funktionen zu, wie bei der Spezialaktion „Ich gehöre zur CVP - ich wähle CVP“:

„Die orange Parteifarbe ist *optisch zu manifestieren* durch: Abgabe von orangefarbenen Pochettli für Männer (zu tragen am Kittel)/ Abgabe von orangefarbenen Tüchlein für Damen (zu tragen als Halstuch oder zum Befestigen an der Handtasche). Alle diese Tüchlein werden den Empfängern mit einem Knoten versehen abgegeben: Damit Du den Wahltag nicht versäumst!“⁴⁶

Selbst wenn unklar ist, ob die Beschenkten diese Anweisungen befolgten, so ist es doch bezeichnend, dass diese geschlechterspezifischen, sich an bürgerlichen Werten orientierenden Werbeobjekte von den bürgerlichen Parteien häufig eingesetzt wurden.

Vor dem Hintergrund ihres eindrucksvollen, „amerikanischen“ Wahlkampfs von 1979 trieb die finanzstarke FDP das Eigenmarketing 1983 am weitesten, mit Ansteckkärtchen, Aufklebern und Ballonen aber auch Foulards, Schirmen, Taschenspiegeln, Bonbons und Windjacken.⁴⁷ Ein Strategiepapier empfahl ferner die kostenlose Abgabe von FDP-Sportmützen und Stirnbändern anlässlich von Volksmärschen, „möglichst an Spitzenläufer“.⁴⁸ FDP-Mitglieder, die über Geschäfte mit eigenen Schaufenstern verfügten, sollten zudem gebeten werden, „darin Plakate, Fotos oder FDP-Botschaften zu zeigen. Dies ersetzt Hunderte teure Plakate.“⁴⁹ Im Rahmen des Werbekonzeptes „Zurück zum Wähler“ wurden ferner Mitglieder dazu ermuntert, „Flagge“ zu zeigen, indem sie sich in ihren Einzugsgebieten (gegenüber Nachbarn und Arbeitskollegen) mit Hilfe der verfügbaren visuellen „Abzeichen“ als Freisinnige(r) zu erkennen geben sollten.⁵⁰ Neben der Sichtbarmachung der FDP im öffentlichen Raum sollte dies auch der Motivation der Wahlkampfhelfer dienen, wie der Werbeberater Rudolf Bolleter im Vorfeld der Wahlen von 1983 kommentierte: „Der mit diesem Konzept gewünschte Effekt des ‚*Flagge zeigens*‘ hat anfängliche Skepsis und Hemmungen bezüglich des persönlichen Engagements abgelöst und auch motivierend auf ‚normale‘ FDP-Mitglieder gewirkt.“⁵¹ Zu einer Zeit, als die Parteien in der Gesellschaft zunehmend an Einfluss verloren, versuchten sie so, im Alltag mit Parteilogo und -farbe ihren Abdruck zu hinterlassen. Selbst wenn die voranschreitende „Amerikanisierung“ der Wahlkampfkommunikation zunehmend Kritik in den Parteien und in der

⁴⁵ ACV PP 552/208, Zündholzschachteln, [1971]. Die waadtländische Partei liess die Schachteln sogar durch die Fachzeitschrift „La feuille du tabac“ an Tabakwarengeschäfte verteilen (Ebd., Brief von „La feuille du tabac“ an die waadtländische FDP, 13.10.1971).

⁴⁶ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

⁴⁷ BAR J2.322-01 2009/263_38_104, FDP der Schweiz: Werbeliste, 2.08.1981.

⁴⁸ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Anmerkungen zur Wahlstrategie 1983 der FDP Schweiz, 1983.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Ebd., Bolleter, Rudolf: Beitrag für Wahlstrategie-Papier 1983, 27.05.1982.

Öffentlichkeit hervorrief, schienen die Parteien nicht mehr aus diesem Prozess aussteigen zu können. Wie der FDP-Werbeberater Rudolf Bolleter im Vorfeld der Wahlen von 1983 erklärte, könne man es sich in der neuen Ökonomie der Aufmerksamkeit nicht mehr leisten, die Werbung zu vernachlässigen:

„Der 1979 gewählte Stil des *bürger nahen Wahlkampf s* war wie gesagt sehr erfolgreich – hat aber trotzdem FDP intern auch seine Kritiker gefunden. Nun, heute ist nicht mehr die Zeit vornehmer Zurückhaltung. Denn Werbung und Kommunikation sind heute dermassen hochentwickelt und professionell ausgestaltet, dass *wir als Partei einfach keine andere Wahl haben, als auch hier mitzuziehen. Um gehört und gesehen zu werden, müssen wir eben auch auffallen. Natürlich möglichst positiv, möglichst lebendig, möglichst heutig und modern. Denn wie sollten uns sonst Junge oder gar chronische Nichtwähler überhaupt zur Kenntnis nehmen?*“⁵²

Auch die ästhetische Modernisierung und Standardisierung der parteipolitischen Erscheinungsbilder waren also ein klares Ergebnis des Wettlaufs der Schweizer Parteien mit der Modernität durch den Impuls der professionalisierten politischen Werbung.

2.2. Medienarbeit: von der Parteipresse zur Fernsehdebatte

Wie entwickelte sich indessen die Medienarbeit der Parteien von Wahlkampf zu Wahlkampf? Wie reagierten die Parteien in ihrer externen Kommunikation auf die Veränderung der Medienlandschaft?

Zwischen Radio und Parteipresse

Mediale Auseinandersetzungen zwischen Parteien in den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 fanden vorwiegend via Radio statt. 1947 organisierte beispielsweise das Radio Zürich einige Debatten im Rahmen der Abendsendung „Am runden Tisch“. Die Sendung vom 22. Oktober 1947 versammelte Vertreter aller Parteien, welche im Kanton Zürich eine Liste eingereicht hatten.⁵³ Laut dem Radioredaktor Samuel Bächli solle sich jedoch die Diskussion, auch wenn sie im kantonalen Dialekt geführt werde könne, weg vom Kantönligeist und hin zur nationalen Politik bewegen: Themen waren Fragen der Landwirtschaft, die Abstimmungen des Jahres und ihre politische Bedeutung, der Weg aus der Kriegspolitik und speziell die Beendigung des Vollmachtenregimes. Nachdem er die Regeln der Wortverteilung genannt und zu gegenseitigem Respekt aufgerufen hatte, bat der Moderator die Politiker, „heikle aussenpolitische Probleme“ aussen vor zu lassen: Als einziger Sender der Deutschschweiz wünsche sich das Radio keine diplomatischen Unannehmlichkeiten.⁵⁴ Trotz diesen Einschränkungen wurde eine lebhafte Debatte geführt, insbesondere zur Frage der Milchkrise. Die

⁵² BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Bolleter, Rudolf: Erläuterungen zur FDP-Wahlstrategie, 27.08.1982.

⁵³ Es waren: Rudolf Reichling für die BGB, Walter Seiler für die KVP/CSP, Jakob Lechleiter für die PdA, Willy Spühler für die SP, Hermann Häberlin für die FDP, Philipp Schmid-Ruedin für die Demokratische Partei, Paul Zigerli für die EVP, Gottfried Duttweiler für die LDU, Werner Schmid für die Liberalsozialistischen Partei. Die *Radio-Zeitung* veröffentlichte nachträglich ein Bild dieser Sendung, worauf die Teilnehmer beim Debattieren rund um einen kleinen Tisch in einer gemütlichen Atmosphäre zu sehen sind. Diskussion über die Nationalratswahlen am „runden Tisch“, in: Schweizerische Radio-Zeitung, 1.11.1947.

⁵⁴ FN DAT2290, Die Schweizer Parteien im Hinblick auf die Nationalratswahlen, Am Runden Tisch, Radiostudio Zürich, 22.10.1947.

Bedeutung dieser Sendung für die Parteien lässt sich aus der sorgfältigen Auswahl der Parteivertreter ableiten: Nur Spitzenpolitiker und Parteigrößen wie Gottfried Duttweiler nahmen an der Debatte teil. Ebenfalls wichtig in Hinblick auf den Wahlkampf wurde eine Sendung Ende September 1947 mit dem SP-Nationalrat Rudolf Schümperli und drei Verbandssekretären, welche zwar nicht direkt die Nationalratswahlen, dafür aber ebenfalls die Milchkrise thematisierte.⁵⁵ Für die SP stellte diese Sendung eine Möglichkeit dar, ihre Kampagne mit diesem heissen Thema der Zeit zu verknüpfen und vor einem breiten Publikum dazu Stellung zu nehmen – für die Wahlen sei sie laut dem Gewerkschaftler Max Arnold „ein Moment, das jetzt am stärksten wirkt“.⁵⁶

Auch wenn sie keine direkten Wahlkampfdebatten zwischen Parteien ermöglichte, so diente die Parteipresse doch als zentraler Arm der Parteikommunikation. Die verschiedenen Parteiorgane veröffentlichten die von der Partei entworfenen Pressecommuniqués und Wahlaufrufe, die das Kernstück der Medienkampagne darstellten; Sie dienten der Mobilisierung der Leser der Parteipresse durch direkte Appelle an ihr Pflichtgefühl. Getragen durch Themen- und Artikelvorschläge der Parteien trug die Berichterstattung über den Wahlkampf in der Parteipresse ferner dazu bei, das eigene Parteimilieu auf den Wahlkampf einzuschwören. Sie beschränkte sich auf scharfe Angriffe gegen die Gegner, Reaktionen auf die Angriffe der gegnerischen Parteipresse, enthusiastische Artikel über die eigene Partei und Stellungnahmen zu politischen Dossiers, die tendenziell der parteipolitischen Linie folgten. Die Stellungnahmen Rosenbergs gegen die AHV im Jahr 1947 sind eine bemerkenswerte Ausnahme, wobei gerade die heftigen innerparteilichen Kritiken diesbezüglich zeigen, wie abweichende Positionen von Parteipresseredaktoren für ein solch bedeutendes Thema als problematisch empfunden wurden. Die Aufgaben der Parteien gegenüber ihrer Presse bestanden also hauptsächlich darin, via ihre Pressedienste Journalisten mit möglichen Texten zu versorgen und ihre Stellungnahmen im Wahlkampf mittels Redaktorenkonferenzen oder über die Parteipressevereine zu koordinieren. Am stärksten durchgeplant und zentralisiert war dieser Prozess bei der SP in ihrem von Werbeberatern entworfenen Wahlkampfplan von 1947; Ein „Clichédienst“ belieferte die kantonalen Parteiorgane, aber auch die Zeitungen der Gewerkschaften sowie der Kultur- und Sportorganisationen mit weiteren Artikeln, Werbetexten und „Klischees“ (Druckvorlagen).⁵⁷ Wie in einem Modell konzentrischer Kreise banden die Parteien auf diesem Weg ihnen mehr oder weniger nahestehende Pressetitel in ihre Kampagnen ein. Die Pressedienste der Berner und Schweizer BGB sowie des Berner Bauernverbandes sollten 1959 beispielsweise die „nahstehenden Redaktionen, jeweils mit Sitzungscommuniqués, Artikeln, etc.“ bedienen. Gemeint waren hiermit die bäuerlichen und

⁵⁵ FN DAT2864, Preisforderungen in der Landwirtschaft, Am Runden Tisch, Radiostudio Zürich, 26.09.1947. Gegen die Vorlage des Bundesrates sprachen Rudolf Schümperli und Ernst Geyer, Sekretär des Vororts; dafür waren Oskar Howald, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands und Karl Schuler, Schwyzer Kantonsrat, Sekretär des Innerschweizerischen Bauernverbands.

⁵⁶ SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 4.10.1947.

⁵⁷ SSA Ar 1.230.3, Brief des SP-Zentralsekretariates an die Kantonalparteien, 27.08.1947.

bürgerlichen Blätter des Kantons, aber auch eine konservative Zeitung.⁵⁸ Dazu solle man drei sozialdemokratische sowie eine freisinnige Zeitung „von Fall zu Fall“ bedienen.⁵⁹ Gesamtschweizerisch kamen ansonsten die jeweiligen kantonalen Parteiorgane und die Presseagenturen SDA und SPK (bürgerlich) in Frage. Auch Kader der SBV, des SGB sowie der Wirtschaftsförderung sollten diese Dokumente zur Kenntnisnahme erhalten.⁶⁰

Trotz ihrer Segmentierung in Parteilager zeigte die Presselandschaft aber bereits graue Zonen der Parteiloyalität, insbesondere was bürgerliche Zeitungen anbelangte, welche nur lose mit der FDP verbunden waren. So zeigte sich das FDP-Generalsekretariat 1959 gegenüber der Geschäftsleitung besorgt darüber, dass manche Blätter die Texte des freisinnigen Pressedienstes (Freie Schweizer Presseinformation) zu selten abdrucken würden. Einige Redaktionen würden es lieber vermeiden, damit „als politisch zu pointiert zu erscheinen“.⁶¹ Folglich würde jedoch der für die FDP teure Pressedienst unter dem Wettbewerb bürgerlicher Agenturen wie der SPK leiden, welche ihrerseits versteckte Propaganda für die BGB oder die Konservativen betreiben würden. Deshalb versuchte das Generalsekretariat mithilfe der Geschäftsleitung die Disziplin der freisinnigen Presselandschaft zu erhöhen:

„Die Partei hat gerade im Wahljahr grösstes Interesse, wenn ihr Gedankengut in der Presse auf lange Sicht verbreitet wird, und zwar intensiv. Die Sozialdemokraten und die KK verzeichnen mit ihren Diensten sozusagen *100% Abdrucke!* Wir sind uns bewusst, dass die Konstellation des Pressewesens auf unserer Seite nicht diese Möglichkeiten bietet; doch scheint uns, dass eine etwas bessere Disziplin und etwas mehr Verständnis erwartet werden dürften.“⁶²

Die wichtigsten Freiräume der Presselandschaft für die Parteien stellten dabei um diese Zeit bereits die (kostspieligen) Inseratenteile der nichtparteigebundenen Priesstitel, wie der lokalen und kantonalen, neutral-bürgerlichen Anzeiger, zum Beispiel die *Feuille d'avis de Lausanne* oder der *Zürichseeanzeiger*. In diesen Blättern lieferten sich Parteien, aber auch Verbände und weitere Bewegungen einen regelrechten Inseratenkampf und sahen nicht von scharfen Angriffen ab, mitunter auch persönlicher Art, wenn sie Inserate für oder gegen bestimmte Kandidaten platzierten.⁶³ Diese Inserate sollten zur damals bescheidenen Kampagne der Parteien beitragen, Wähler ausserhalb der Parteipresseleserschaft zu überzeugen. 1947 zeigte sich die SP in der Verfolgung dieses Ansinnens am offensivsten. Der Sekretariatsadjunkt Fritz Escher entwickelte im Sommer 1947 einen präzisen Medienplan, der anstrebte, Inhalte und potentielle Sprecher mit dem jeweiligen Medientyp in Einklang zu bringen.⁶⁴ Zudem versuchte die SP in Anlehnung an Cohens Werbeplan dank einer Reihe von

⁵⁸ PA SVP BE 1.62.3, o.A.: Verzeichnis Pressedienst der Bernischen BGB, Schweizerischen BGB und des Berner Bauernverbandes, 7.09.1959.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, Mitteilung des FDP-Generalsekretariates an die Geschäftsleitung, [1959].

⁶² Ebd.

⁶³ Vgl. dazu Kap. 6.

⁶⁴ SSA Ar 1.230.3, Escher, Fritz: Pressedienst der SPS für die Nationalratswahlen 1947, Entwurf, [1947].

ganzseitigen Inseraten im politisch unabhängigen *Beobachter* weitere Kreise zu erreichen.⁶⁵ Mit Ausnahme des Landesrings, der auch im *Beobachter* und anderen Zeitschriften inserierte,⁶⁶ beobachteten die anderen Landesparteien zwar diese sozialdemokratische Offensive, konnten aber aufgrund ihrer limitierten Ressourcen auf nationaler Ebene nicht darauf reagieren. Viel umfänglicher waren dafür bürgerliche Inseratenkampagnen bei Abstimmungskämpfen, welche durch überparteiliche Aktionskomitees und Werbespezialisten realisiert wurden.⁶⁷

Inserate und Pressekonferenzen in Zeiten der Werbung und der Transparenz

Ab den 1960er Jahren wurden Inserate im Wahlkampf zu Trümpfen der parteipolitischen Medienarbeit, da die Parteipresse langsam verschwand und die Parteien nun um die Aufmerksamkeit der BürgerInnen in den neuen kommerziellen Medien kämpfen mussten. Mit Hilfe ihrer Werbeberater und oftmals mit der Vermittlung von Inseratenagenturen wie Orell Füssli Annonces entwarfen die Parteien zunehmend elaborierte Inseratenkampagnen, welche sowohl eine allgemeine als auch eine segmentierte Kommunikation in Richtung spezifischer Zielgruppen ermöglichen sollten. Zur Verschiebung des Wahlkampfs in die Werbeseiten der kommerziellen Presse trug auch die exponentiell wachsende Einzelpropaganda zugunsten von Kandidierenden in den grössten Kantonen wie Zürich bei, insbesondere als nichtparteiliche Akteure, ob ältere wie der Trumpf Buur oder neuere wie die Umweltverbände, diese Plattform ebenfalls dafür zu nutzen begannen.⁶⁸ Dass die Bedeutungszunahme der Inserate jedoch keineswegs homogen geschah, beweist beispielsweise die Medienarbeit kleiner Kantonalparteien wie der waadtländischen SVP, welche sich, anders als die anderen waadtländischen Parteien, 1983 noch vor allem mit Kommunikationsmitteln innerhalb des bäuerlichen Milieus, z.B. mit Inseraten in Fachzeitschriften, begnügte.

Dabei waren alle Parteien in Folge ihrer mehr oder weniger begrenzten finanziellen Mittel auch auf andere, günstigere Formen der Medienarbeit angewiesen als Inserate. Es bot sich beispielsweise für Parteien und Kandidierende die kostenlose Möglichkeit an, Leserbriefe an Zeitungen zu schicken. Dies empfahlen Handbücher und Richtlinien auch, jedoch mit unterschiedlicher Wirkung.⁶⁹ Zentral war dafür die Aufgabe der neu aufgebauten Pressedienste der Parteien, im Namen des neuen Transparenzgebotes, alle Medientitel in Bezug auf die Wahlkampagnen zu erreichen. Insbesondere Pressekonferenzen setzten sich langsam als neue Wahlkampftermine durch, um beispielsweise den Beginn der Wahlkampagne zu markieren, eine Stellungnahme zu einer politischen Frage zu

⁶⁵ SSA Ar 141.10.9, Cohen, Victor: SPS-Propaganda-Plan 1946-47 (Entwurf), [1946].

⁶⁶ Inserat „Politik des Herzens“, in: *Beobachter*, 31.08.1947.

⁶⁷ So empfiehlt der Vorortsvertreter Heinz Schmutz den freisinnigen Sekretären Inseratenkampagnen für Abstimmungen im *Beobachter* oder in der *Pro* sowie in beruflichen Fachzeitschriften. BAR J2.322-01 2009/263_49_124, Schmutz, Heinz: Referat, Sekretärenkonferenz der FDPS, 28./29.11.1958.

⁶⁸ Vgl. Kap. 6.

⁶⁹ PA CVP CH W (1), Brief der CVP des Kantons Schaffhausen an das Sekretariat der Schweizer CVP, 9.11.1983.

präsentieren oder Kandidierende vorzustellen. Die Zürcher Freisinnigen rühmten sich bei ihrer Pressekonferenz vom Oktober 1971 sogar damit, dass die öffentliche Vorstellung der Kandidierenden bei solchen Anlässen seit ihrer ersten Einführung in dieser Partei bei den Stadtratswahlen 1966 gängige Praxis bei den anderen Parteien geworden sei.⁷⁰ Damit schufen die Parteien ihre eigenen Wahlkampfeignisse und sicherten sich mediale Aufmerksamkeit, selbst mitten im Sommer. Zu diesem Zweck tauchten in der Schweiz wie in anderen Demokratien „Pseudo-events“ auf, welche der Inszenierung des parteipolitischen Engagements für bestimmte Themen dienen sollten.⁷¹ Als das Problem des Waldsterbens im Sommer 1983 auf die mediale Agenda kam, verbreiteten sich beispielsweise Ausfahrten von ParteiprominentInnen in die Wälder, um deren Zustand mit ExpertInnen und medialer Begleitung zu beurteilen.⁷² Im Kanton Zürich nützten die FDP und SP ferner diese Art von medialen Ereignissen, um die Kampagnen ihrer Ständeratskandidaten zu lancieren. Der freisinnige Riccardo Jagmetti führte die Presse mit der Bahn zu seinem Heimatort Mairengo im Tessiner Leventina-Tal, um die Geschichte seiner Familie zu erzählen und seine Beziehungen zur dortigen freisinnigen Elite aufzuzeigen. Laut den vom *Volksrecht* ermittelten „bösen Zungen [...] habe [man] damit auch endgültig aller Welt klarmachen wollen, dass der FdP-Kandidat kein Italiener sei“, eine Fehlannahme, die 1979 für ihn ein Handicap dargestellt habe.⁷³ In starkem Kontrast dazu stand die Pressefahrt des SP-Kandidaten Otto Nauer, Präsident der Zürcher Wohngenossenschaft ASIG (Arbeiter-Siedlung-Genossenschaft), welcher den Journalisten ASIG-Wohnungen im Zürcher Viertel Schwamendingen zeigte, um ihnen einen Eindruck zu geben, „wie menschenwürdiges Wohnen ermöglicht und zerstört werden kann“.⁷⁴ Dieses stark wachsende, populäre Viertel diente auch der Thematisierung von Fragen der Verkehrspolitik und der Lebensqualität und Nauer liess sich so von der Presse als „Anwalt der Arbeiter, Mieter und Konsumenten“ in „seiner“ Wohngenossenschaft darstellen.⁷⁵

Der Wandel der parteipolitischen Medienarbeit zeigte sich aber auch in den letzten noch bestehenden parteinahen Titeln. Da konnten Parteien weiterhin direkt kommunizieren; jedoch hatte sich ihr Ton grundsätzlich verändert. Als eine Mischform zwischen dem traditionellen Einsatz in der Parteipresse und den neuen Inseratenkampagnen veröffentlichte beispielsweise die Zürcher FDP im Laufe des

⁷⁰ Auskunft über eine Wahlkampagne. Pressekonferenz der Freisinnig-demokratischen Partei, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.1971. Die Praxis verbreitete sich auch in den anderen Kantonen und so war sie allgegenwärtig in den Waadtländer und Tessiner Wahlkämpfen von 1983. Elections fédérales. Pessimisme modéré chez les socialistes, in: Journal de Genève, 06.07.1983.

⁷¹ Vgl. zu dieser Art von für die Medien gedachten Ereignissen, Boorstin: *The Image*, 1992. Hier zeigen somit Schweizer Wahlkämpfe Züge der zweiten Wahlkampfphase im Modell von Farrell und Webb, Farrell; Webb: *Political Parties as Campaign Organisations*, 2002.

⁷² Bspw. die SP mit Lilian Uchtenhagen und Moritz Leuenberger. FARO-Datenbank, SP verliert an Nationalratswahlen, CH-Magazin, SF, 25.10.1983.

⁷³ Grossbürger und Constaffelherr. FdP-Ständeratskandidat Riccardo Jagmetti: Was steckt hinter dem Rechtsgelehrten und „Experten“?, in: *Volksrecht*, 14.09.1983.

⁷⁴ SSA Ar 27.600.14, Brief der Zürcher SP an die Presse, das Radio und das Fernsehen, 9.09.1983.

⁷⁵ SP-Ständeratskandidat Otto Nauer für neue Prioritäten in der Politik. „Anwalt der Arbeiter, Mieter und Konsumenten“, in: *Tages-Anzeiger*, 15.09.1983.

Wahljahres 1971 eine Serie von „Informations-Bulletins“ in der *NZZ*. Ziel dieser Aktion war es, anhand der Darstellung der Parteitätigkeit und durch Stellungnahmen, zum Beispiel zur Universitätspolitik, zu zeigen, „dass wir keine Partei sind, die jeweils erst vier Wochen vor den Wahlen aus dem ‚Sommerschlaf‘ erwacht“.⁷⁶ Dabei betonte die Partei jedoch, dass es bei ihrer Wahlkampagne um Information ging, „statt mit Propaganda zu berieseln“:

„Gerade weil wir der Meinung sind, dass der Bürger im allgemeinen wenig über die effektive Arbeit der Parteien weiss (vor allem über die wichtige Grundlagenarbeit, die sich nicht vor den Augen der Öffentlichkeit abspielt), schien es uns wichtig, über uns selbst *zusätzliche, sachliche Information* zu geben. Wir glauben nämlich nicht, dass der Wähler – wenigstens jener, der sich gern auf sein eigenes Urteil verlässt – sich durch die Parteien angesprochen fühlt, die *in ihrer Eigenpropaganda Selbstbeweihräucherung treiben und sich selber Beifall klatschen* (der Landesring überschrieb z. B. eine Kandidatenbroschüre mit dem Titel ‚Applaus für die Nationalratskandidaten des Landesrings‘). Wir hoffen vielmehr auf jenen Wähler, der auf Grund der von uns gelieferten nüchternen Information selber zum Schluss kommt, *wir würden seinen politischen Auffassungen am nächsten kommen*.“⁷⁷

Ob mit Informationsabsichten oder ohne konnte die Partei mit solchen Informationsbulletins, genau wie mit Inseraten, im Übergang von der Parteipresse zur neuen Medienlandschaft ihr Terrain markieren.

Erste Experimente am Fernsehen

Ab den 1960er Jahren bot sich ferner das Fernsehen als neue Kommunikationsplattform für die Parteien an. Ursprünglich hatten sich Parteiakteure in der Schweiz wie in anderen Ländern zwar darüber besorgt gezeigt, inwiefern das Fernsehen eine neue, schwer zu kontrollierende Macht darstellen würde.⁷⁸ Für manche Parteiakteure war jedoch früh klar, welche neuen Kommunikationsmöglichkeiten sich durch dieses für ihre Wahlkampagnen ergaben. So meinte Leo Schürmann in einem Brief an Martin Rosenberg 1962, dass die Partei auch das Fernsehen als Kanal für den „Aufbau eines Bildes der Partei im Bewusstsein der Öffentlichkeit“ verwenden solle, denn die letzten TV-Auftritte der Partei hätten „drastisch und plastisch“ gezeigt, „wie sehr wir an diesen Instrumenten zu kurz kommen“.⁷⁹ Während die Möglichkeit kostenpflichtiger politischer Werbung bereits 1964 zurückgewiesen wurde, ermöglichten die Berichterstattung der Tagesschau sowie spezielle Sendungen anlässlich von Abstimmungs- und Wahlkämpfen den Parteien und ihren VertreterInnen eine neue Sichtbarkeit. Erste Experimente waren jedoch nicht vielsprechend: Die ersten Wahlkampfsendungen 1963 wurden laut der eigenen Bewertung der SRG aufgrund der schlechten Vorbereitung der Sprechenden vom Publikum schlecht rezipiert. Eigentlich waren sie ja gerade zwecks der Bekämpfung der „Stimmfaulheit und Desinteressiertheit“ gestartet worden und hatten auf

⁷⁶ Inserat „Informations-Bulletin 8. Sind wir faschistoid?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.10.1971.

⁷⁷ Inserat „Informations-Bulletin 12. Wir ziehen Bilanz“, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.10.1971.

⁷⁸ Vgl. dazu Vallotton: *Anastasia ou Cassandre?* 2006, S. 42ff.

⁷⁹ BAR J2.181 1987/52_65_561, Brief von Leo Schürmann an Martin Rosenberg, 29.11.1962.

die Austragung eines „möglichst fairen, entkrampften Wettbewerbs“ zwischen den Parteien gezielt.⁸⁰ Die innovativen Sendungen von 1967, mit drei Debatten und einem Staatskunde-Wettbewerb für die ZuhörerInnen, fanden dann aber eine bessere Rezeption. Die Möglichkeit für das Publikum bei einer der Debatten Fragen zu stellen wurde rege genutzt: Laut den Zahlen der PTT wurden für die Deutschschweiz 837 Telefonate schriftlich festgehalten, während 1200 weitere Zuhörer versucht haben sollen, ihre eigenen Fragen zu stellen.⁸¹ Die Debatten destabilisierten aber insofern das übliche *campaigning* der Bundesratsparteien, als dass sie allen Parteien die gleiche Sichtbarkeit und damit den oppositionellen Parteien eine ganz neue Plattform für ihre Anliegen boten. Als 1967 die Wahlerfolge des LdU und der PdA den Monopolverlust der Bundesratsparteien auf politische Repräsentation bestätigten, wurde vielfach auf das Einflusspotenzial des Fernsehens auf die Wähler hingewiesen. So bedauerte Martin Rosenberg nach den Wahlen: „Ohne wirkliche Sachaufklärung zu bieten, haben Radio und Fernsehen die irreführende Gegenüberstellung von Regierungs- und Oppositionsparteien Hunderttausenden sehr plötzlich eingeprägt und damit den Wahlrend einseitig beeinflusst.“⁸² Hingegen befand die wissenschaftliche Auswertung der Sendungen, dass diese einen geringen Einfluss auf den Wahlentscheid hatten.⁸³

Im Wahljahr 1971 ging die SRG einen Schritt weiter: Neben den schon erprobten „Hearings“, Publikumbefragungen und Sendungen zur Staatskunde bot sie den Parteien die Möglichkeit, eigene Portrait-Spots im Radio und TV (direkt nach der Tagesschau) zu übertragen. Dies stellte für die SRG ein riskantes Experiment dar, da sie unter Beweisprüfung ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit stand.⁸⁴ Die SRG liess den Parteien deshalb freien Raum für diese ersten Werbespots und ging in der Vorbereitung vorsichtig mit den Parteien um. Bereits die Tatsache, dass die Sendungen auch kleine Parteien einschlossen (sofern sie in mindestens zwei Kantonen eine Liste präsentierten), stiess jedoch in der Presse auf Kritik, obschon die Sendezeit den Grössen der Parteien angepasst wurde.⁸⁵ Für die

⁸⁰ In den Worten vom Guido Frei, BAR J2.181 1987/52_65_561, Sitzung zu den Fernseh-Sendungen über die politischen Parteien in der Schweiz, 5.09.1963.

⁸¹ Année politique suisse, 1967. Die Forscher Atteslander und Gebert analysierten diese Fragen, welche scheinbar von einem heterogenen Publikum gestellt worden waren: „Schüler, Hausfrauen, Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter und Akademiker“. Atteslander; Gebert: Das Fernsehen im Wahlkampf 1967, 1971.

⁸² Zitiert in: Ebd. 1963 hatte umgekehrt der Ausschluss der PdA als Nichtbundeshausfraktion für Debatten insbesondere in der Romandie gesorgt. Aus Deutschschweizer Sicht sei es aber „très dangereux pour les partis gouvernementaux d'admettre le POP [PdA, Anm. ZK] qui pourra adopter une position beaucoup plus virulente que ces partis gouvernementaux et donner l'impression aux auditeurs et téléspectateurs d'avoir un programme plus et plus attractif [sic]“. ACV PP 552/206 (3), o.A.: Notiz, Entretien de Jean-Pierre Méroz, directeur de Radio-Lausanne, avec Bernard Nicod, 11.09.1963.

⁸³ Atteslander; Gebert: Das Fernsehen im Wahlkampf 1967, 1971.

⁸⁴ Die Schwierigkeit des Spagats zwischen hohen Anforderungen an das Fernsehen seitens der Parteien und der Öffentlichkeit, dem überforderten Management und den oft jungen, innovativen und linksorientierten Journalisten wurde gerade im Oktober 1971 mit dem Streik des westschweizerischen Personals offensichtlich.

⁸⁵ Sowohl am Fernsehen sowie am Radio bekamen die FDP, SP und CVP je 12 Minuten Sendezeit, die BGB 10, die LdU 8, weitere Parteien mit einer Fraktion je 4, und die übrigen Parteien 3 Minuten. Die fünf ersteren teilten ihre Sendezeit in zwei Sendungen auf. Fleck u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975, S. 33ff. Während die grossen Parteien und ihre Stimmen in der Presse die Teilnahme so vieler Parteien (13 in der Deutschschweiz) kritisierten, stellten die Genfer „Vigilanten“ ihren Ausschluss in Frage.

Parteien stellten die Werbespots zunächst eine bedeutende organisatorische Herausforderung und finanzielle Last dar, obwohl die SRG ihnen entweder Entschädigungen (1500 Franken pro Minute) oder ein Studio und eine Filmequipe anbot.⁸⁶ Es wurde geschätzt, dass die meisten von ihnen dieses Budget überstiegen.⁸⁷ Obschon die Bundesratsparteien mit professionellen Filmmachern arbeiteten und viel Zeit in die Besprechung der Filmkonzepte investierten, erwies sich die Qualität der Werbespots als mittelmässig.⁸⁸ Dabei hatten die Parteien versucht, durch innovative Formate ihre Botschaften zu vermitteln: der LdU drehte ein „TV-Partnerquiz“ als Imitation der Sendung „Dopplet-oder-nüt“, die Liberalen eine Wettervorhersage, während die PdA soziale Ungleichheiten durch das Teilen eines Kuchens erklärte.⁸⁹ Die CVP zeigte einen Zug mit dem Formeln „Je pars avec le PDC, c'est plus sûr“ und „Ni à droite, ni à gauche, en avant!“ und liess dazu den Soundtrack vom „Progressiv-Jazzler und Komponist Bruno Spoerri“ laufen.⁹⁰ Eine häufige Überlegung der Parteien betraf dabei die Frage, inwiefern Humor in den Werbespots einsetzbar sei. Die FDP ging damit höchst zurückhaltend um und liess in ihrem Werbespot lieber „einfache Bürger“ ihre Wahlkampfpostulate vorstellen.⁹¹ Der BGB-Film hingegen wagte eine tonlose Pantomime, um die politischen Anliegen der Partei vorzustellen: Ein Clown zeigte am Bildschirm Parolen auf Transparenten wie „Europäische Zusammenarbeit: Ja – aber auch nationale Unabhängigkeit!“, „Entwicklungshilfe – Ja – aber auch bei uns!“ und stellte die Ziele des Umweltschutzes durch das Putzen einer dreckigen Tafel dar. Um die Teuerung anzusprechen bekam der Darsteller für immer grössere Geldstücke eine immer kleinere Blume.⁹² Anstatt auf die BGB-Botschaften begrenzte sich das mediale Echo dieses Werbespots jedoch auf die ziemlich „unschweizerische“ Pantomime sowie auf die Frage, ob der Clown der berühmte Dimitri gewesen sei.⁹³ Die SP ihrerseits wählte ein üblicheres Befragungsformat, liess aber Max Frisch

Année politique suisse, 1971; Vigilance reste exclu du petit écran. Un recours „au sommet“ envisagé, in: La Suisse, 15.10.1971.

⁸⁶ Nur die Demokraten wählten die zweite Option, Radio und Fernsehen im Dienste der Parteien. Massenmedien leisten Wahlhilfe, in: National-Zeitung, 12.09.1971.

⁸⁷ La campagne à la radio et à la TV, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 27.10.1971.

⁸⁸ Nur die Bundesratsparteien entschieden sich beispielsweise für Farbefilme. Fleck u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975, S. 67.

⁸⁹ Fleck u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975, S. 68ff.; La campagne à la radio et à la TV, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 27.10.1971.

⁹⁰ TV-Propaganda. Schminke zur Wahl, in: Schweizer Illustrierte, 14.08.1971.

⁹¹ Freisinnig-demokratische Partei, in: Solothurner Zeitung, 4.10.1971.

⁹² Fleck u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975, S. 116f. Damit vermied die BGB auch das Problem der Sprache. Während die CVP für den westschweizerischen Film ihre SprecherInnen auf Französisch vortragen liess, stellten die meisten Filme hauptsächlich oder nur SprecherInnen aus der Deutschschweiz mit einer Synchronisierung auf Französisch bzw. Italienisch dar, was aber laut dem Genfer Journalist Daniel Cornu keinen guten Eindruck des mehrsprachigen Charakters der Parteien hinterliess. Für die Deutschschweiz mischten die meisten Filme Diskussionen auf Standarddeutsch und Dialekt zusammen. Ebd., S. 83; Campagne à la Suisse, in: Tribune de Genève, 02.10.1971.

⁹³ In einem offenen Brief an die BGB warf dieser dem Werbespot sogar vor, seine Arbeit zu plagieren. Dimitri für die BGB? in: Nationalzeitung, 3.10.1971; Der kleine Clown und die grosse Politik, in: Tages-Anzeiger, 9.10.1971.

als „parteilosen Wähler“ die Rolle des Befragers von SP-Spitzenpersönlichkeiten spielen.⁹⁴ Der Schriftsteller nahm einen offensiven Ton an und fragte die SP-VertreterInnen sogar nach dem Sinn des Wählens sowie der Regierungsbeteiligung ihrer Partei.⁹⁵ Die Auswahl und Darstellung von Max Frisch diente wohl einer Linkspositionierung der Partei, liess aber im Kontrast dazu die Antworten der Befragten laut dem Kommentar der Presse eingeübt und vage erscheinen.⁹⁶

Bewertet wurden diese Werbespots in den Medien vorwiegend hinsichtlich ihrer potentiellen Auswirkung auf das Interesse der BürgerInnen. Obwohl die *NZZ* positiv bemerkte, dass die Massenmedien mit solchen Initiativen eine staatsbürgerliche Aufgabe übernehmen würden, überwogen insgesamt doch die kritischen Kommentare zur mittelmässigen Qualität der Spots, welche insbesondere im Vergleich mit dem Ausland auffallen würde.⁹⁷ Dabei kritisierten die Pressejournalisten bei den Werbespots sowohl ihre schweizerische „Ungeschicktheit“ als auch ihren zu starken werberischen Charakter, welcher sie „antipolitisch“ machen würde.⁹⁸ Besonders die FDP mit der Hervorhebung ihrer Wahlkampfmaterialien am Bildschirm – samt den rot-blauen Plakaten von Celio und Brugger – habe dabei Information mit Reklame verwechselt, womit laut dem Journalist Toni Lienhard im Tages-Anzeiger „der Bürger als primitiver Politik-Konsument angesprochen wurde, nicht als differenziert denkender Demokrat...“⁹⁹ Obschon die Filmmacher selbst den informativen Charakter ihrer Werbespots in der Presse betonten, machte dieses Experiment die breitere Bedeutungszunahme der politischen Werbung deutlich sichtbar.¹⁰⁰ Auch die Parteiakteure waren von den Werbespots nur mittelmässig überzeugt und fragten sich, ob der dafür geleistete Aufwand sich gelohnt habe. Auch wenn eine Umfrage für die SRG durchaus eine positive Rezeption der Werbespots durch das Publikum zeigte,¹⁰¹ wurde diese Erfahrung doch nicht wiederholt; In den kommenden Jahren verwendete die SRG nur selbstproduzierte Inhalte, sogar für die Portraits der Parteien, und übernahm also die volle Gestaltungsmacht über die Wahlkampfsendungen.

⁹⁴ Von ihm befragt wurden die SozialdemokratInnen Arthur Schmid, Arnold Isler, Liliane Uchtenhagen, Richard Müller, Walter Renschler, Elisabeth Michel-Alder, Pieder Simeon, Karl Gmünder, Jean Riesen, Rolf Schenk.

⁹⁵ Behalten wurde nur eine Rohfassung des Filmes ohne das Bild: SSA F_1004-001, Egger, Hans-Heinrich: Tonbandaufnahme Diskussion Max Frisch mit Vertretern der SP, Studio Standard-Film, 02.07.1971.

⁹⁶ Auftakt am Bildschirm, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.10.1971.

⁹⁷ *Année politique suisse*, 1971.

⁹⁸ Selbstportraits? in: *Weltwoche*, 15.10.1971; *Campagne à la Suisse*, in: *Tribune de Genève*, 02.10.1971. Die Journalistin Monique Picard ihrerseits sprach in der *Tribune de Lausanne* von einer „affligeante maladresse de débutants“ und von „slogans électoraux classiques, servis avec autant de recherche que le steak-frites conventionnel“. *La campagne à la radio et à la TV*, in: *Tribune de Lausanne - Le Matin*, 27.10.1971.

⁹⁹ *Getrübte Freude an der Möglichkeit zu wählen?*, in: *Tages-Anzeiger*, 27.10.1971.

¹⁰⁰ TV-Propaganda. Schminke zur Wahl, in: *Schweizer Illustrierte*, 14.08.1971.

¹⁰¹ Steinmann: Das Publikum der Wahlsendungen von Radio und Fernsehen, 1972. Im Übrigen unterstrich die Studie die staatsbürgerliche Aufgabe der Sendungen und belegte ihren Verstärkereffekt auf die Wahlentscheidung der ZuschauerInnen empirisch. Tendenziell würde gleichwohl die Gestaltung der Wahlsendungen (und insbesondere ihre Ausstrahlung an einer günstigen Zeit, zwischen Tagesschau und Abendprogramm) die kleinen Parteien begünstigen.

Fernsehdebatten als neuer Wahlkampfart?

Parallel dazu setzte sich aber das Format der Fernsehdebatte durch, welches eine Auseinandersetzung zwischen den Parteien sowie die Teilnahme des Publikums ermöglichte. Wie 1967 stellten BürgerInnen (teilweise Parteimitglieder) bei den verschiedenen Sendungen des Wahlkampfes von 1971 gerne Fragen am Telefon sowie direkt im Studio.¹⁰² Dabei machte die Inszenierung der Debatten eine klare Trennung zwischen den ZuhörerInnen, welche ihre (vorwiegend höflichen) Fragen diszipliniert vom Blatt ablesen, und den Parteivertretenden, versammelt um einen kleinen runden Tisch, deutlich. Ferner liess die Gestaltung der Debatten von 1971 und insbesondere die zurückhaltende Rolle der Journalisten als Wähler der Sprechzeiten den „Politik-Routinierten“ einen bedeutenden Spielraum, sodass manche Auseinandersetzungen eingeübt, ja künstlich erschienen.¹⁰³ In einer westschweizerischen Debatte schlugen somit einerseits die „alten parlamentarischen Füchse“ Georges-André Chevallaz (FDP) und Jean Riesen (SP) einen jovialen Ton untereinander an, andererseits bekamen die Vertreter der zwei rechtsradikalen Parteien und noch mehr der LdU-Nationalrat Alfred Gherig ihren Spott sowie denjenigen des Publikums zu spüren.¹⁰⁴

Als zentral bei den Wahlkampfdebatten erwiesen sich somit in den kommenden Jahren sowohl die Moderatorenrolle der Journalisten als auch der Platz der Oppositionsparteien. Auch wenn das Format 1983 besser etabliert war, wurde es doch weiterhin Gegenstand zahlreicher Verhandlungen zwischen der SRG und den Parteien. Mit der weiteren Zunahme der Anzahl von Listen und den kontinuierlichen Erfolgen der neuen linken und grünen Parteien stellte sich umso schärfer die Frage der Zulassungskriterien sowie jene der Proportionalisierung der Redezeit.¹⁰⁵ Die Gestaltung der Wahlkampfsendungen zeigte eine Tendenz zur Kartellierung des Fernsehzugangs zu Gunsten der Bundesratsparteien, welche sich von den zahlreichen Aussenseitern bedroht fühlten. Einige Hearings für die Deutschschweiz mit Fragen der Journalisten und des Publikums wurden somit für die Bundesratsparteien und Nichtbundesratsparteien getrennt abgehalten, selbst wenn Zusammenkünfte aller Parteien zwecks einer echten Polarisierung beibehalten wurden.¹⁰⁶ Die Bundesratsparteien forderten zudem im Namen ihrer politischen Bedeutung günstigere Sendezeiten, um die Wählenden besser erreichen zu können. Die SRG wandte aber ein, dass zu häufige Verzögerungen des Abendprogramms zugunsten von Wahlsendungen die ZuschauerInnen verärgern und sich deshalb

¹⁰² Hearings im Wohnzimmer, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1971.

¹⁰³ L'affrontement, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 27.10.1971; Selbstportraits? in: Weltwoche, 15.10.1971.

¹⁰⁴ RTS Archives, Élections - 1971: Le débat, TSR, 26.10.1971; Mais faites quelque chose! in: Feuille d'Avis de Lausanne, 27.10.1971.

¹⁰⁵ Zugelassen wurden Parteien und Gruppen, welche Listen in 4 Kantonen in mindestens zwei verschiedenen Regionen oder in mindestens 5 Kantonen einer der Regionen lancierten (für das italienischsprachige Fernsehen, Parteien, welche in den kantonalen Parlamenten von Graubünden und des Tessins vertreten waren). Kleine Parteien hatten seit 1971 regelmässig die ihnen verteilten Sendezeiten kritisiert, Année politique suisse, 1975.

¹⁰⁶ Damit am Wahlabend „der Schluss draussen“ ist. Das Konzept des Deutschschweizer Fernsehens für die Wahlsendung und die Wahlnacht, in: Der Bund, 14.09.1983; PA CVP CH W (1), Konsultativkommission der DRS für die eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen, 18.11.1982; 26.05.1983.

kontraproduktiv auswirken könnten. Gleichwohl zeigten Umfragen, dass mehr als die Hälfte der Schweizer StimmbürgerInnen zumindest eine der Wahlsendungen schauten – am Radio hörte circa ein Drittel zu.¹⁰⁷ Die Parteien erreichten so in der Deutschschweiz und in der Romandie eine sprachregionale Öffentlichkeit, wobei die Gestaltung der Wahlkampfsendungen mit der Zeit auch Raum für kantonale Themen liess und die Dreharbeiten sogar dezentral stattfanden.¹⁰⁸

2.3. Kommunikationsstrategien der Parteien angesichts der Medialisierung

Es gilt nun abschliessend noch die Fragen zu beantworten, inwiefern der Prozess der Medialisierung die zeitliche und thematische Planung der parteipolitischen Kommunikation im Wahlkampf veränderte und wie sich dabei ihr Handlungsspielraum im Prozess des medialen Agenda-Settings eruieren lässt.

„Wahlkampfaufschläger“ in Zeiten der Parteipresse

In der Zeit der Parteipresse folgte die stark segmentierte Medienlandschaft nur bedingt einer einheitlichen medialen Agenda, insofern als die Organe der verschiedenen Parteien nur indirekt aufeinander reagierten. Parteien und Parteipresse nahmen zwar Fragen und Vorlagen der bundespolitischen Agenda oft als selbstverständliche Wahlkampfthemen auf. Für den Bürger brisante Themen wie die Milchpreise 1947 konnten zudem schnell den Weg auf die Wahlkampfbühne finden. Allgemein mussten die Parteien aber ihre Kampagnenkommunikation nur wenig an eine externe Agenda anpassen. Denn solange ihre Pressedienste den Ton für die Parteipresse vorgeben konnten, waren allfällige Reaktionen der gegnerischen Presse zugleich schlecht kontrollierbar und relativ schadlos, sofern sie nur zur Dynamik der gegenseitigen Angriffe und zur Festigung des eigenen Lagers beitrugen. Die Frage war dann eher, wer damit beginnen sollte, oder wie es der Zürcher FDP-Sekretär Ernst im Januar 1947 vor den kantonalen Wahlen formulierte:

„Die Unabhängigen werden mehr oder weniger *Gewehr bei Fuss* stehen. Sie (und die Freisinnigen) haben die *Munition* bereit. *Es wird aber solange nicht ‚geschossen‘ bis der eine anfängt.* Wir werden diesen Anfang nicht machen.“¹⁰⁹

Unter „Gewehr“ sind für die anderen Parteien kompromittierende Dossiers zu verstehen, welche bei Bedarf rechtzeitig in der (eigenen) Presse veröffentlichen wollte. Die zentralisierte SP plante 1947 auch „Schlager“ sowie thematische Artikel für die ganze Parteipresse, welche brisante Themen behandelten, von der Sowjetunion und den internen Skandalen der PdA bis zu einem für die Bürgerlichen unbequemen Skandal in einer Zementfabrik.¹¹⁰ Auch die Bundesfinanzordnung erwies sich als eine Frage, mit der die Bundesratsparteien im Wahlkampf punkten konnten. Bürgerliche und Sozialdemokraten griffen sich diesbezüglich gegenseitig an, obwohl sich der Bundesrat darüber

¹⁰⁷ Borner; Steinmann; Sommer: Agenda-Setting durch Presse, Radio und Fernsehen, 1986, S. 21.

¹⁰⁸ PA SVP VD 4.2, Rencontre des candidats au Conseil National, 9.06.1983.

¹⁰⁹ BAR J2.322-01 2009/263_2, Zentralvorstand, 18.01.1947.

¹¹⁰ SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 18.09.1947.

geeignet hatte, dass diese Frage zu komplex und heikel für einen Wahlkampf sei und deshalb aus den Auseinandersetzungen ausgeklammert werden sollte.¹¹¹ Dabei zeigte der Wunsch des Bundesrates ausdrücklich, dass Wahlkämpfe von den Akteuren nur bedingt als Moment der öffentlichen Debatte verstanden wurden. Diese Funktion kam eher den häufigen Abstimmungskampagnen zu. Jedoch gewann hier die Wahlkampflogik der Parteien und noch mehr jene ihrer Organe, verstärkt durch die Polarisierung zwischen Linken und Sozialdemokraten, die Oberhand. Abgesehen von solchen äusserst politischen „Knoten“ – die Bundesfinanzordnung blieb auf der medialen und politischen Agenda der kommenden Jahre – beweisen die stark divergenten Themen und Deutungsrahmen der verschiedenen Parteiorgane für die Wahlkämpfe von 1947 und 1959 den bedeutenden Handlungsspielraum ihrer Journalisten und Parteiakteuren bei der Mobilisierung „ihrer“ Leserschaft und „ihrer“ Wählenden.

Reagieren auf die Agenda?

Mit der Bedeutungszunahme des Fernsehens einerseits und der parteiunabhängigen, kommerziellen Zeitungen andererseits lässt sich dafür ab den 1960er Jahren von einer regelrechten medialen Agenda sprechen, nämlich von Themen und Fragen, welche von allen Medien behandelt und diskutiert wurden. Für die Bundesratsparteien stellte sich dabei insbesondere die Frage, inwieweit sie die Themen der Aussenseiter (die Oppositionsparteien oder die neuen sozialen Bewegungen) ansprechen sollten. Wahlkämpfe fungierten somit immer mehr als Moment ihrer Positionierung zu bereits laufenden Diskussionen, und weniger als günstige Gelegenheit für sie, um selbst neue Fragen aufzuwerfen. Relativ unstrittige Themen wie Konsumenten- oder Umweltschutz konnten die Bundesratsparteien jedoch für sich beanspruchen, weshalb diese Themenkomplexe in allen vier Parteiprogrammen von 1971 zumindest oberflächlich zu finden sind. Während ältere Parteiprogramme lange, generelle Ausführungen zur jeweiligen Weltanschauung enthielten, glichen sich die neuen, kurzfristigen Aktionsprogramme somit zunehmend an und ähnelten immer mehr Katalogen von Schlagworten und Vorschlägen.

Der Wahlkampf von 1971 ist dabei exemplarisch sowohl für die Angleichung der Bundesratsparteien in Bezug auf unstrittige Themen als auch für das Vermeiden umstrittener oder offener Fragen (*issue-avoidance*).¹¹² Bei einem Teil dieser vernachlässigten Themen spielte gewiss eine Tendenz zur Selbstmässigung der Bundesratsparteien eine Rolle, zunächst um Konflikte zwischen sich zu vermeiden. Ferner vermieden sie aber auch Themen, um nicht in ein für sie ungünstiges Polarisierungsverhältnis mit den Oppositionsparteien einzutreten. So thematisierten die Bundesratsparteien 1971 das Verhältnis der Schweiz zur EWG wenig, welches damals verhandelt

¹¹¹ La réforme des finances fédérales. On recule pour mieux sauter?, in: Journal de Genève, 22.09.1947. Vgl. dazu Kunz: Polarisierung und Desintegration, 2000, S. 139.

¹¹² Wie auch Leonhard Neidhart nach den Wahlen bemerkte, Neidhart: Verschiebungen im parteipolitischen Kräfteverhältnis, 1972, S. 737. Für einen Überblick über die Literatur zu den möglichen Strategien der Themensetzung im Wahlkampf: Kriesi; Bernhard; Hänggli: The Politics of Campaigning, 2009.

wurde, obwohl die CVP und FDP noch 1963 die europäische Zukunft der Schweiz in den Vordergrund gestellt hatten.¹¹³ Nur die BGB wagte sich 1971 mit einer klaren Stellung gegen einen potentiellen Beitritt an das Thema heran.¹¹⁴ Für die Europa-Union, die die Parteien zu einem Hearing zum Thema europäische Integration eingeladen hatte, zeigten die vagen Antworten der drei grössten Bundesratsparteien, dass sie sich gerade in Wahlkampfzeiten nicht als „Führer der öffentlichen Meinung“ benehmen mochten und diese Rolle gar den Verbänden überlassen würden.¹¹⁵ Derweilen hatten dabei die neuen fremdenfeindlichen Parteien das Terrain der Aussenpolitik negativ besetzt und sich als Verteidiger der schweizerischen Souveränität profiliert. Dieses Vermeiden von heissen Themen wurde besonders sichtbar bei den Werbespots im Radio und Fernsehen: Die Bundesratsparteien, mit der bemerkenswerten Ausnahme der BGB, schwiegen gerade über jene Themen, die die Nationale Aktion und die Republikaner ins Zentrum ihrer eigenen Werbespots gestellt hatten, nämlich die Landesverteidigung und die „Überfremdung“.¹¹⁶ Die Themensetzung der Bundesratsparteien im Wahlkampf von 1971 hinterlässt schlussendlich den Eindruck, dass sowohl die Logik der „Image“-Arbeit als auch die Zusammenarbeit im Bundesrat eine Selbstprofilierung durch Polarisierung ausschloss, wobei sie weiterhin mit der Schwierigkeit konfrontiert waren, sich voneinander zu differenzieren.

Von sich reden lassen?

Ab Mitte der 1970er Jahre traten die Bundesratsparteien dann aber vermehrt in ein polarisiertes Verhältnis zueinander. Langsam hatten sie zudem gelernt, sich selbst in Wahlkampfzeiten auf der medialen Agenda zu platzieren, beginnend mit fernsehtauglichen Pressekonferenzen und Parteiversammlungen an günstigen Terminen. Im Vergleich zu der Zeit, als die Medienlandschaft weniger segmentiert war, gab es zudem mehr Gelegenheiten, die politische Debatte zu polarisieren: Eine Stellungnahme, selbst in einem nahestehenden Blatt, oder ein Inserat riefen häufiger Reaktionen der anderen Parteien hervor und diese erreichten wiederum breitere Wählerschichten als zuvor. Meisterhaft wandte die FDP diese Strategie der Aufmerksamkeitslenkung im Wahlkampf von 1979 an. Die Partei hatte drei Monate lang in wichtigen deutschschweizerischen Zeitschriften mit Erläuterungen ihres provokativen neuen Parteislogans „Mehr Freiheit, weniger Staat“, aber auch scharfen Angriffen auf die „inkonsequente Zick-Zack Politik“ der SP inseriert.¹¹⁷ Dieses *negative campaigning* sorgte erwartungsgemäss für Kritik seitens der anderen Parteien, und führte folglich

¹¹³ ACV PP 175/9, Wahlbroschüre „La Suisse au rendez-vous de l'Europe. Dominer les problèmes de notre temps, c'est voter radical“, [1963]; Kunz; Gruner: Chronique des partis politiques suisses, 1963, S. 94ff.

¹¹⁴ PA SVP ZH W 1971, Inserat „BGB Mittelstandspartei Liste 3, Herr im Haus“; Die Agrarkatastrophe der EWG. Verlust demokratischer Rechte, in: Die Mitte, 2.04.1971.

¹¹⁵ O.A.: Hearing der Europa-Union, 1971.

¹¹⁶ Fleck u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971, 1975, S. 39. Dies war zum Teil eine bewusste Entscheidung. So reagierte die SP-Geschäftsleitung lauwarm auf Gründers Vorschlag, „direkte Konfrontationen mit Schwarzenbach [zu provozieren]“. SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 16.07.1971.

¹¹⁷ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Bolleter, Rudolf: Beitrag für Wahlstrategie-Papier 1983, 27.05.1982.

dazu, dass über die FDP und über ihren neuen Slogan viel geredet wurde, wozu sich der Werbeberater Rudolf Bolleter im Vorfeld der Wahlen von 1983 gratulierte: „Diese Inserate wirkten provokativ und als Denkanstösse, die heftigen Reaktionen der politischen Gegner während des Erscheinens dieser Inseratserie bewiesen bereits die Richtigkeit dieser Massnahme: *die Gegner verstärkten unfreiwillig noch den Beachtungsgrad unserer Werbung.*“¹¹⁸ Die Zwischenwahlzeitkampagne der FDP für 1981 beruhte auf dem gleichen Gedanken: „*Die FDP muss dann reden, wenn andere schweigen.* So wird es gelingen, die Themen des kommenden Wahlkampfes weitgehend zu bestimmen – *denn die anderen müssen ja darauf Stellung nehmen.*“¹¹⁹ Die zunehmende Berichterstattung über den Wahlkampf an und für sich eröffnete zudem neue Möglichkeiten für die Parteien, Aufmerksamkeit vor und während des Wahlkampfes auf sich zu ziehen. So analysierte ein FDP Kampagnenkonzept im Vorfeld der Wahlen von 1983:

„*Die Presse wird sich intensiv mit dem Wahlkampf beschäftigen.* Sie wird einerseits den *parteii internen Strömungen* und andererseits den *Splittergruppen* Aufmerksamkeit schenken. Das Radio wird im Vorfeld der Wahlen zurückhaltend berichten, sich aber sofort auf jedes besondere Ereignis stürzen, das von einigermaßen nationaler Bedeutung ist. Das Fernsehen wird sich in abgeschwächter Form ähnlich verhalten.“¹²⁰

Bei den Wahlen von 1979 sei es dabei, so Bolleter, der FDP bereits gut gelungen, durch „flankierende Massnahmen“ in der Vorwahlkampfphase, insbesondere durch die Gründung des neuen Parteiorgans *Der Freisinn*, ausgiebige Kommentare in den Medien und somit „die gewünschte Publizität“ zu bekommen.¹²¹ Für die Wahlen von 1983 schlug Bolleter nun sogar vor, dass „die FDP sich während des Wahlkampfes durch ausgewählte Journalisten ‚in die Töpfe‘ gucken lassen [solle]“.¹²² Die Massnahme folgte einem zunehmenden Transparenzgebot für das Parteileben, mehr noch sollte sie aber laut Bolleter „im Vorfeld der Wahlen zu News und für das Image der FDP positiven Beiträgen führen“.¹²³ Auch die Zürcher SVP experimentierte bereits mit dieser Art von Metakampagne zwecks „kommunikationsstrategischer Platzbehauptung“¹²⁴ indem ihr Präsident Christoph Blocher seine Wahlkampfpläne in den Zeitungen ausführlich darlegte.

Der Wahlkampf von 1983 ist aber gleichzeitig ein gutes Beispiel dafür, dass die Bundesratsparteien themenmässig weiterhin hauptsächlich auf die mediale Agenda reagierten, anstatt sie mitzuprägen. Der Umweltschutz und die Arbeitslosigkeit blieben die zwei wichtigsten Themen des Wahljahrs, weshalb sie in allen Parteiprogrammen zu finden waren.¹²⁵ Dabei war aber die Aufmerksamkeit der Bundesratsparteien, besonders der Bürgerlichen, nur oberflächlich auf die Umweltthematik gerichtet,

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd., Bolleter, Rudolf: Erläuterungen zur FDP-Wahlstrategie, 27.08.1982.

¹²⁰ Ebd., o.A.: Anmerkungen zur Wahlstrategie 1983 der FDP Schweiz, [1983].

¹²¹ Ebd., Bolleter, Rudolf: Beitrag für Wahlstrategie-Papier 1983, 27.05.1982.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Sarcinelli: Symbolische Politik, 1987, S. 197.

¹²⁵ Borner; Steinmann; Sommer: Agenda-Setting durch Presse, Radio und Fernsehen, 1986, S. 33ff.

sodass sie nur mit Verspätung auf die „brennendste Streitfrage der Nationalratswahlen“, das Waldsterben, reagierten, wie die CVP nach den Wahlen anerkannte.¹²⁶ Immerhin schafften es die Bundesratsparteien durch ihre eigene Themensetzung, ihre Positionierung zu Kernthemen zu festigen, wie die CVP im Fall der Familienpolitik (*issue-owning*). Es waren aber die oppositionellen Parteien und nichtparteilichen Akteure, die entweder neue Themen auf die Agenda brachten oder sich zu brisanten Themen wie dem Waldsterben am klarsten positionieren konnten. Als die SP zum Beispiel das Thema der Friedenspolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Politik machte, übernahm sie dieses von der seit Anfang der 1980er Jahre sehr aktiven transnationalen Friedensbewegung. Ebenfalls waren es die fremdenfeindlichen Parteien, welche zuerst den Überfremdungsdiskurs auf die Flüchtlingspolitik angewendet haben (Nationale Aktion) und eine deutliche Ablehnung des UNO-Beitritts formulierten (Genfer Vigilants).¹²⁷ So entstand der Eindruck, dass Parteien nur mit Verspätung, wenn überhaupt, auf die Anliegen der Bevölkerung reagierten und der mediale Kommentar wies auf eine Diskrepanz zwischen parteipolitischen Themensetzungen und Umfrageergebnissen hin und sah diese als Ursprung für die „Entfremdung zwischen Volk und Volksvertretern“.¹²⁸

Während die Zürcher SVP sich im Wahlkampf klar gegen einen UNO-Beitritt ausgesprochen hatte,¹²⁹ anerkannten die Kommunikationsberater Hans-Rudolf Abächerli und Walter Minder in einem Wahlbericht, dass die Partei bei den Themen Umweltschutz, Überfremdung und Wirtschaftslage zu wenig stark Stellung bezogen hatte, welche doch den Wahlkampf dominiert und zum Erfolg der Grünen und der NA geführt hätten. Sie plädierten somit für eine verstärkte Gewichtung dieser Themen in der Zukunft.¹³⁰ Eine ähnliche Interpretation des Verhaltens der Berner SVP lieferte der Zürcher SVP-nahe Journalist und SPK-Redaktor Anton Stadelmann: Die Kantonalpartei habe sich nicht konsequent genug zum „Asylantenproblem“ in der Stadt Bern geäußert. Dabei erkläre das verbreitete „Unbehagen“ in Bezug auf Tamilenflüchtlinge bis in Kreise, „die sonst den Bürgerlichen vorbehalten sind“, die Erfolge der NA in der Stadt Bern.¹³¹ Einige Parteiakteure begannen also für eine wahltaktische Themensetzung im Sinne einer verschärften Polarisierung der Parteipositionen zu plädieren.

¹²⁶ BAR J2.181 1998/143_77_448, CVP der Schweiz: Bericht der Projektgruppe zu Lage der Partei, 1985.

¹²⁷ Elections fédérales. Les Vigilants présentent un candidat au Conseil des Etats, in: Journal de Genève, 17.05.1983. Vgl. dazu Skenderovic: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz, 2007, S. 51.

¹²⁸ Mit den Ergebnissen einer Umfrage des westschweizerischen Fernsehens, Wähler-Seelenlage. Abgrund von Wirklichkeit, in: Die Weltwoche, 06.10.1983. Dabei waren die Umfrageergebnisse nicht so deutlich (beispielsweise zeigten sich Romands und Tessiner weniger als Deutschschweizer über die Umwelt besorgt). Aber diese schwarz-weiße Interpretation befand sich in starkem Einklang mit der allgegenwärtigen Diagnose einer Demokratiekrise.

¹²⁹ „Taten statt Theorien“ bei der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 03.10.1983.

¹³⁰ Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 173.

¹³¹ Schweizerische Volkspartei: Profil- und Substanzverlust?, in: Neues Bülacher Tagblatt, 10.11.1983. Tatsächlich hatten seit der Verschärfung dieser Frage 1982-1983 nur einzelne bürgerliche Politiker die angebliche Laxheit der eidgenössischen Flüchtlingspolitik kritisiert, jedoch anders als die NA ohne diese als Wahlthema zu setzen. Engeler: Personalverbindungen, 1986, S. 237f.

3. (Selbst-)Erzählungen der Parteien im Wahlkampf

In diesem Teil wird nun die Art und Weise untersucht, wie die Parteien im Wahlkampf kommunizierten, um ihre Zielwählerschaft(en) an sich zu binden und sie an die Urne zu bringen. Wie stellten sich die Parteien dabei dar, um eine eigene, von den anderen Parteien abgegrenzte Position auf dem politischen Feld zu schaffen und zu behaupten? Allgegenwärtig in den Wahlkampfnarrativen der Parteien sind zunächst sprachliche Marker der Beziehungen zwischen Wählenden, Partei und Gemeinschaft, sei in Hinblick auf spezifische Bevölkerungsgruppen oder die gesamte Wählerschaft. Parteien sprachen somit ein „Du“ oder ein „Sie“ an und erzählten von einem „Wir“.¹³² Dabei erschwerte insbesondere nach 1959 die konstitutive „Spannungsarmut“ Wahlen in der Schweiz diese Deutungsarbeit am Urnengang als Moment der „letzten Entscheidung“ für die angesprochene(n) Gemeinschaft(en), da deren Ergebnisse wenig direkten Einfluss weder auf die Regierung noch auf die Tagespolitik ausübten.¹³³ Die Frage der Grundbotschaft einer Wahlkampagne war somit viel weniger offensichtlich für die Parteien als bei Abstimmungskampagnen, deren inhärent binäre Logik Erzählungen entlang einer klaren Ja/Nein-Linie ermöglichten und es so oft erlaubt, auf das Erzählregister der Utopie/Dystopie zurückzugreifen.¹³⁴ Im Folgenden werden zwei Arten von Narrativen beleuchtet, mit welchen die Parteien sich trotz dieser Schwierigkeit im Wahlkampf zu positionieren versuchten: zunächst Zukunftsprojektionen (1.), dann Inszenierungen des politischen Handelns (2.).

3.1. Eine glanzvolle Zukunft für die Schweiz?

Ein erster Typus des politischen Narrativs bestand aus den Darstellungen der Parteien zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Schweiz, wobei das individuelle und kollektive Schicksal der Wählenden mit dem Wahlausgang in Verbindung gebracht wurde. Mit diesen zeitlichen Brückenschlägen inszenierten die Wahlkampfnarrative die Parteien als Akteure der Schweizer Geschichte und hoben somit ihre Fähigkeit hervor, den Schweizer *demos* zu repräsentieren. Während die Parteien in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vorwiegend zuversichtliche Zukunftsnarrative verwendeten, prägte ab den 1960-70er Jahren auch die Infragestellung der Fortschrittsbilder ihre Wahlkampfnarrative.

Zwischen Aufbau und Defensive (1947)

Im Wahlkampf von 1947 lavierten die gegeneinander antretenden Zukunftsnarrative der Parteien zunächst zwischen optimistischen Perspektiven und dem Wunsch einer „konservativen

¹³² Für einen historischen bzw. einen linguistischen Zugang zu dieser „Gemeinschaftssprache“, siehe Mergel: Propaganda nach Hitler, 2010, S. 263ff.; Mayaffre: Dire son identité politique, 2003.

¹³³ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl, S. 85; Gruner: Die Parteitheorie von Maurice Duverger, 1962, S. 346.

¹³⁴ Die kräftigen Narrative zu Abstimmungskampagnen fallen besonders bei Abstimmungsplakaten der Zwischenkriegszeit sowie bei jenen der jüngsten Jahrzehnte auf. Vgl. Demarmels: Ja. Nein. Schweiz, 2009; Dézé; Girod: Le Sonderfall en péril, 2006.

Restabilisierung“ für die Nachkriegszeit.¹³⁵ Der jüngste Abstimmungserfolg zur AHV und zu den Wirtschaftsartikeln galt zwar als Symbol eines nachkriegszeitlichen Geistes des „Aufbaus“;¹³⁶ wurde aber je nach Partei unterschiedlich interpretiert und machte es für diese im Wahlkampf umso notwendiger, sich voneinander abzugrenzen.

Die Deutungshoheit über den „Aufbau“ der Schweiz in der Nachkriegszeit hatte dabei in diesem Wahlkampf die SP inne. Noch konnte sie in einem die Linken begünstigenden Kontext aus ihrem Programm *Neue Schweiz* Kapital schlagen.¹³⁷ Damit verfügte die SP über ein stark zukunftsorientiertes, reformistisches Narrativ, welches gleichzeitig die von ihr in den 1930er Jahren befürworteten Planungspolitik weiterführte. Auf einem ersten Plakat hierzu stellte der Maler René Gilsi einen jungen, kräftigen Steuermann dar, „der das Steuer unserer Landespolitik nach links herumreisst“, wie es das nationale Sekretariat für die Kantonalparteien Ende August 1947 interpretierte (Abbildung 3).¹³⁸ Das zweite Plakat, vom expressionistischen Maler Fred Stauffer, zeigt ein marschierendes Volk, mit Männern und Frauen verschiedener Generationen und die einfache Legende „Sozialdemokraten“.¹³⁹ Die nationale SP-Haushaltsflugschrift übernahm dieses Bild mit folgendem Text:

„*Wir sind viele...* Es gibt in unserm Land fast 200000 Bauern. Mehr als 200000 Männer und Frauen helfen ihnen, den Boden zu bebauen. Es gibt in unserm Land mehr als 300000 private und öffentliche Angestellte. Und es gibt in unserm Land mehr als 1200000 Arbeiter. Wir sind viele... Wir sind *die stärksten, die festgefügtesten Gruppen in unserm Land*. Und wir haben eines gemeinsam: wir leben von unserer eigenen Arbeit. Wir schaffen den Reichtum unseres Landes. Wir halten das Räderwerk der Wirtschaft in Schwung“.¹⁴⁰

Das „*Wir Arbeiter, Bauern und Angestellte*“ schuf damit ein Kollektiv, welches die *Neue Schweiz* aktiv aufbauen sollte. Somit wies das Aufbaunarrativ der SP ihrer Zielwählerschaft eine klare aktive Rolle zu: Arbeiter, oder Werk tätige im Allgemeinen, sollten selbst die Schöpfer dieser neuen Schweiz werden, was mit der historischen Darstellung „des sich befreienden Arbeiters als souveräner Prometheus“ in die linken Fortschrittsnarrativen Eingang fand.¹⁴¹ Dieses Aufbaunarrativ war so allgegenwärtig und vielversprechend, dass es auch die Wahlkampfmaterialien der SP-Kantonalparteien stark prägte. Die Haushaltsbroschüre der Zürcher SP verwendete das Foto eines Berganstiegs mit der Legende „Der Weg und das Ziel“ und dem eindringlichen Aufruf: „Es gilt, das

¹³⁵ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 139.

¹³⁶ Zu dieser Stimmung, Kleger: Die nationale Bürgergesellschaft, 1996.

¹³⁷ Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Die neue Schweiz, 1942.

¹³⁸ Die Kantonalparteien hatten die Möglichkeit, die Illustration mit dem Namen ihrer Liste und einer Legende zu versehen, wie die SP des Kantons Zürich: „Wohin? Sozialer Kurs mit Liste 4. Sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Liste“, oder noch prägnanter im Thurgau: „Links müsst ihr steuern!“. SSA Ar 1.230.3, Brief des Zentralsekretariates an die Kantonalparteien, 27.08.1947; Broschüre „Wohin?“, 1947.

¹³⁹ NB SNL_POL_302, Stauffer, Fred: Sozialdemokraten, Plakat, 1947.

¹⁴⁰ SSA Ar 1.230.3, Broschüre „Wohin?“, [1947].

¹⁴¹ Müller; Tanner: Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, 1988, S. 335.

Schweizerhaus wohnlich zu machen für alle. Wirst Du Deinen Teil dazu leisten?“¹⁴² Noch konkreter verwendete die Broschüre der waadtländischen SP mit der Legende „Pour construire dans la liberté... le socialisme fait appel aux hommes résolus“ das Motiv von Arbeitern auf einer Baustelle, welches bereits die Planungspolitik der Partei in vergangenen Jahren versinnbildlicht hatte.¹⁴³ Die Narrative der SP-Kampagne von 1947 verband somit als roter Faden die Idee des „Aufbaus“ von den Kriegs- zu den Nachkriegszeiten. Gleichwohl erwiesen sich die von der Partei dabei verwendeten Gegenwarts- und Zukunftsbilder als weniger radikal als noch jene von 1943: Die gute Wirtschaftslage von 1947 liess das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit aus der Zwischenkriegszeit verschwinden und entkräftete das sozialdemokratische Argument, dass die Krise der Dreissigerjahre und der Zweite Weltkrieg auf das Versagen des kapitalistischen Systems zurückzuführen seien und die Einführung einer sozialistischen Wirtschaft zwecks Vollbeschäftigung nötig machen würde.¹⁴⁴ Während ein Plakat von 1943 der Perspektive des Aufbaus apokalyptische Bilder einer „in Trümmer versinkenden“ Welt gegenüberstellte, entfernten sich zudem 1947 die Grauen des Krieges bereits aus den kollektiven Erinnerungen; sie eigneten sich deshalb weniger als Gegenarrativ zur *Neuen Schweiz*.¹⁴⁵ Ferner zwangen die internationale Lage und insbesondere die Schwierigkeiten der jungen Labour-Regierung in Grossbritannien die Sozialdemokraten zunehmend zu einem realistischeren Kurs, hatte diese doch als Hoffnung für die Realisierbarkeit eines dritten Weges gegolten.¹⁴⁶ Die triumphale Berichterstattung der bürgerlichen Parteipresse darüber brachte die SP sogar in die Defensive. Der Parteipräsident Walter Bringolf warnte somit am Parteitag Ende August 1947 davor, dass das Bürgertum die Absicht habe, „mit der Krise in England seine Nationalratswahlen zu machen“.¹⁴⁷

Die allgegenwärtige symbolische Prägnanz der reformerischen Haltung im Zeichen des Aufbaus zeigte sich jedoch darin, dass auch die KVP-Kampagne sich darauf stützte. Mit dem Slogan „Für gesunde Familien, sozialen Aufbau, christliche Demokratie!“ sollte das KVP-Plakat, gezeichnet vom Künstler Oscar Cattani (Abbildung 4), den Weg zu einer sozialreformerischen und zugleich christlichen Politik symbolisieren oder, wie das Zentralsekretariat es den Kantonalparteien erklärte: „Das Plakat trägt in erster Linie die schweizerische Wahlparole *Für gesunde Familien, sozialen Aufbau, christliche Demokratie*, die versinnbildlicht wird durch die Schweizerflagge, das Christuskreuz und eine den

¹⁴² StAZH III Ao 2/2, Broschüre „Der Weg und das Ziel“, [1947].

¹⁴³ SSA Ar 1.230.3, Broschüre „Le socialisme fait appel aux hommes résolus“, [1947]. Wie 1938 mit einem Plakat „Aufwärts durch Arbeit“, Müller; Tanner: Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, 1988, S. 344; oder 1943 für die *Neue Schweiz*, SSA Ar 1.230.3, Broschüre „Erkennen Planen Aufbauen“, [1943].

¹⁴⁴ Vgl. zu diesem Stimmungswandel im SP-Parteiorgan *Tagwacht*, Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 140.

¹⁴⁵ SSA F Pe-0514, Willi, Trapp: In Trümmer sinkt die alte Welt – Ans Werk zum Bau der Neuen Schweiz! – Sozialdemokraten, Plakat, 1943. Einige Wahlbroschüren, beispielsweise in der Waadt, stützten sich trotzdem auf Bilder der Kriegszerstörungen, SSA Ar 1.230.3, Broschüre „Le socialisme fait appel aux hommes résolus“, [1947].

¹⁴⁶ Vgl. dazu Tanner: Schweizerische Sozialdemokratie, 2012.

¹⁴⁷ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, 28f.; England und die Nationalratswahlen in der Schweiz, in: Volksrecht, 16.09.1947.

Aufbau darstellende Alpenstrasse.“¹⁴⁸ Die reiche Symbolik für das Projekt der christlichen Demokratie sollte der Einigung der christlichsozialen und konservativen Parteiflügel dienen, trotz ihren Auseinandersetzungen um die AHV. Die Hervorhebung der Familie als erste Gesellschaftszelle war dabei eine Fortführung der Familienpolitik der Partei, auf welche sie sich, wie 1944 mit ihrer Initiative zum Familienschutz, als „sozialpolitisches Konkurrenzprodukt zur AHV“ stützte.¹⁴⁹ Während die Trope der Alpstrasse als Symbol des Zukunftsweges fungierte, stellte das Plakat die Partei auch als „stärksten Damm“ gegen linke Bedrohungen im In- und Ausland dar, wie das Parteijahrbuch kurz vor den Wahlen ausführte:

„Um das Kreuz dreht sich die heutige politische Ausmarchung in der grossen Welt und in unserer schönen, wenn auch kleinen Schweiz. Sorgen wir am 25./26. Oktober 1947 dafür, dass die Welt erkennen muss: *Im schweizerischen Alpenland lebt ein Volk, das einen christlichen Staat gestalten will und fest entschlossen ist, Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen.*“¹⁵⁰

Die KVP stellte somit ihre Kampagne unter das Zeichen des weltweiten antikommunistischen Kampfes, in welchem die Schweiz ihre historische Sendung erfüllen könne. Die Gegenreaktion der Konservativen zum Umbruch der Nachkriegsjahre und insbesondere zur linken Kritik mündete in ein Narrativ des Moralzerfalls des Abendlandes, in welches nur der politische Katholizismus Ordnung und Disziplin zurückbringen könne.

Welcher „Steuermann“ für die Schweiz?

Das KVP-Plakat ist darüber hinaus in Zusammenhang mit der Selbstdarstellung der Partei als „Kassandra“ des schweizerischen Staates in den ersten Nachkriegsjahren zu verstehen.¹⁵¹ Damit stellte sie sogar die Rolle des „in der Mitte häufig unschlüssig schwankenden Freisinns als schweizerische „Staatspartei““ am Beispiel seiner angeblich unklaren Stellung zur direkten Bundessteuer in Frage.¹⁵² Für die Nachkriegsjahre beanspruchten dabei alle vier Parteien für sich eine eigene Regierungsfähigkeit und die Fähigkeit, die Zukunft des Landes zu gestalten. Die BGB ihrerseits setzte im Wahlaufuf ihr Ziel eines „freien, unabhängigen Vaterland“ dem „Staatssozialismus“ wie auch dem „ungehemmten, schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus“ entgegen.¹⁵³ Das BGB-Plakat stellt ebenfalls eine Antipode zum SP-Steuermann dar, sodass die Plakate bei direkter Gegenüberstellung, wie oft in Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Räumen üblich, die Wähler mit zwei Körpern und Zukunftsvisionen der Schweiz konfrontierten. Als Chiffre für die BGB zeigte der Maler Armin Bieber

¹⁴⁸ BAR J2.181 1987/52_60_528, Zirkular an die Kantonalparteien, 12.09.1947 (Hervorhebungen i. O.).

¹⁴⁹ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 29.

¹⁵⁰ Rosenberg: Jahrbuch 1943-1947, 1947, S. 118f.

¹⁵¹ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 140.

¹⁵² Rosenberg: Jahrbuch 1943-1947, 1947, S. 119; Vgl. zur Berichterstattung des *Vaterlands*, Kleger: Die nationale Bürgergesellschaft, 1996, S. 128.

¹⁵³ PA SVP BE 6.2.7, Wahlaufuf der Schweizer BGB, 21.10.47.

einen jungen, kräftigen Sähmann bei der Arbeit (Abbildung 5).¹⁵⁴ Mit starken Linien und einfachen Farben – das Rot und Weiss der gigantischen Fahne im Hintergrund, die braun-beigen Töne des Sämanns und der zu sehenden Landschaft, inklusive Dorf, Kirche und Fabrikschornstein – betont das Plakat den Repräsentationsanspruch der BGB auf die „Trias von Bauern, Mittelstand und Nation“.¹⁵⁵ Zudem ist die Wahlparole der Bauernpartei schlicht und einfach „bodenständig“; sie wird auf einem anderen Plakat mit dem Bild eines stilisierten Heuwagenrades beim Ernteeinsatz untermalt (Abbildung 6). Die BGB beanspruchte damit auch eine Art von politischer Bescheidenheit, die besonders mit den reformistischen Regierungsansprüchen der SP kontrastierte. Auffällig ist jedoch bei beiden Plakaten, dass sie sich an eine in diesen Jahren rare Verkörperung des Wählers und der Schweiz wagten und dabei ähnliche Merkmale aufzeigten: virile, ernsthafte und fleissige Männer. Diese kräftigen, beruhigenden Bilder von lenkenden Männern für die Schweizer Politik finden Widerhall in der Glorifizierung der Schweizer Armee und der politischen Hervorhebung der Maskulinität nach dem Zweiten Weltkrieg. Selbst bei den SP-Plakaten sind Frauen weniger sichtbar als noch 1943, als ein Plakat noch eine Frau mit einer roten Fahne in den Vordergrund gestellt hatte, welche einer Gruppe von marschierenden Frauen und Männern den Weg zeigte.¹⁵⁶ Mit der Normalisierung des politischen Lebens und der Stilllegung von ambitionierten Reformprojekten, beginnend mit dem Universalstimmrecht, verabschiedete sich die SP somit von der Symbolik der Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern, welche ihre Ikonographie der Zwischenkriegszeit noch stark geprägt hatte.¹⁵⁷

Im Vergleich zu diesen markanten Plakaten fuhr die FDP eine eher Kampagne, indem sie auf ihrem Plakat die historische Verbindung des Staates mit der Partei in Erinnerung rief und dabei das freisinnige Staatsverständnis gegen jenes der Sozialdemokraten und gegen die Kritik der Christlichdemokraten zu behaupten versuchte. Das FDP-Plakat zeigt einen Bürger mit Anzug und Krawatte, der mit dem Finger auf eine Wahlurne zeigt, mit dem Slogan: „Lass nicht den Staat befehlen, entscheide selbst! Bewahre deine Freiheit, wähle freisinnig!“¹⁵⁸ Um gleichwohl den freisinnigen Einfluss auf den Bundesstaat und auf die Schweizer Geschichte zu betonen, ist auf der Urne ein Verweis auf das kommende hundertjährige Jubiläum der Eidgenossenschaft mit den Daten „1848-1947“ zu lesen, welchen der Maler Hans Gfeller auf Anfrage der freisinnigen Geschäftsleitung einfügte (Abbildung 7). Für die *NZZ* war dies das einzige Plakat, welches „an das gemeinsame Fundament des politischen Lebens in der Schweiz, an die Gründung und den Ausbau des

¹⁵⁴ Diese Fassung des Plakats wurde gemäss der Legende („Wählt Liste 1, Bauern- Gewerbe und Bürgerpartei!“) für den Kanton Zürich geplant. Zumindest in den Kantonen Bern und Zürich erschien dazu eine Flugschrift mit dem gleichen Titelbild. PA SVP BE 6.2.7, Flugschrift „Für Freiheit und Fortschritt!“, [1947].

¹⁵⁵ Skenderovic: Bauern, Mittelstand, Nation, 2013, S. 60.

¹⁵⁶ Margadant: „Für das Volk, gegen das Kapital“, 1973, S. 36.

¹⁵⁷ Z.B.: NB SNL_POL_334, Senn, Paul: Gegen Krise und Not, für Arbeit und Brot, Sozialdemokraten, Plakat, 1931.

¹⁵⁸ BGE 7.16, Gfeller, Hans: Lass nicht den Staat befehlen, entscheide selbst! Bewahre deine Freiheit wähle freisinnig!, Plakat, 1947.

Bundesstaates“ erinnere.¹⁵⁹ Auch die FDP sah sich dabei durch die Nachkriegsstimmung in die Defensive gedrängt: Dieses Plakat zelebrierte gleichzeitig den Bundesstaat und rief zur Verteidigung der Freiheiten der Bürger gegen einen von den Sozialdemokraten vermutlich überstrapazierten Staat auf.¹⁶⁰

Deutungskampf um die Freiheit

Durch ihre Auseinandersetzungen über die Frage ihres Verhältnisses zum Staat lieferten sich die Parteien einen Deutungskampf um die Freiheit als urhelvetischen Wert, weshalb im bürgerlichen Lager die Treue zum Staat, zum Bund und zur Schweiz gerade die Verteidigung der Freiheit gegen den linken Etatismus und Zentralismus bedeutete. Die FDP-Kampagne beruhte vorwiegend auf dieser Linie und insbesondere auf der Kritik der *Neuen Schweiz*: Wie im FDP-Wahlfilm ausgedrückt, bestünde schlicht und einfach die Wahl zwischen einer freien oder einer gelenkten Wirtschaft und zwischen Freiheit und Diktatur.¹⁶¹ Eine Flugschrift der Zürcher FDP thematisierte konkret den von den linken Parteien getriebenen „Steuerdruck“, symbolisiert durch eine Brillenschlange mit Zweispitz, welcher Schweizer Bürger fressen würde (Abbildung 8). Für die nächsten Themen auf der Agenda der eidgenössischen Räte, von der Bundesfinanzreform bis hin zur Landwirtschaftspolitik, brauche es deshalb „Männer [...], die für eine gesunde Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Deine Interessen eintreten“.¹⁶² Am auffallendsten bezüglich der antietatistischen Distanzierung zur SP war das Genfer FDP-Plakat vom rechtsradikalen Karikaturist Noël Fontanet, welches sich auch mit der historisch besonders antizentralistischen Positionierung dieser Kantonalpartei erklären lässt. Das Plakat zeigt eine dystopische Zukunft, in der ein Schweizer sich mit Kraft von seinen neuen Ketten zu befreien versucht: „centralisation“ und „dirigisme“ (Abbildung 9). Damit knüpfte Fontanet an das visuelle Erbe der Zwischenkriegszeit an; Die Symbolik der Ketten hatten in dieser Zeit linke und rechte Plakatmacher verwendet, um die kapitalistische bzw. sowjetische Unterdrückung anzuprangern.¹⁶³ In der Waadt fokussierten die Freisinnigen, welche traditionell mit den Linksparteien um die Stimmen der Arbeiter kämpften, ihre Inseratenkampagne auf Angriffe gegen die „Roten“, wie in der *Nouvelle Revue de Lausanne*:

„Les rouges au pouvoir
C'est: L'Etatisme totalitaire
La Ruine du franc
L'asservissement à l'étranger...
AVENTURE!

¹⁵⁹ Plakate sehen dich an, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.1947. Der diskrete Verweis an eine freisinnig geprägte Geschichte sowie die winzige Schweizer Fahne kontrastieren jedoch sehr mit der Selbstdarstellung der FDP in den Jahren ihrer politischen Vormacht, als sie sich Seite an Seite mit der Helvetia auf dem Weg zum sozialen Fortschritt darstellte. MfGZ K-0828, o.A.: Stimmt der freisinnigen Liste VI, Plakat, [1912].

¹⁶⁰ Vgl. Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 23ff.

¹⁶¹ Ein Film beginnt zu rollen, in: Volksrecht, 04.10.1947.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Vgl. Rouget: Quand l'anticommunisme s'affiche à Genève, 2009.

Les radicaux veulent:
Le respect de l'initiative privée...
L'ordre dans les finances...
L'indépendance totale du pays...
SECURITE!
Votez radical¹⁶⁴

Deutlich wurden damit den Lesenden die Wahlen als ein Moment der Entscheidung zwischen den historischen Alternativen Freiheit und Sicherheit vorgeführt, welches die Freisinnigen den Linken im Allgemeinen gegenüberstellte.

Auch wenn die SP also weiterhin unter solchen antisozialistischen Angriffen litt, erwies sich doch auch für sie die PdA als Verkörperung des sowjetischen Eindringens in die Schweiz zunehmend als ein opportunes Feindbild, um sich vor der bürgerlichen Kritik zu schützen und die Arbeiterschaft für sich zu beanspruchen. Während einige Sozialdemokraten am Parteitag die Abwehrhaltung gegen die Linken im Allgemeinen denunzierten, basierte die Geschäftsleitung einen Teil der Kampagne auf die Beleuchtung der verschiedenen Finanzierungsskandale, welche die PdA gerade erlebte. Wie an ihrem Beharren auf der Möglichkeit eines dritten Weges zu sehen, war die SP jedoch noch nicht völlig auf die binäre Logik des Kalten Krieges eingeschwenkt, und so kritisierte die Parteipresse während des Wahlkampfes den kurz davor angekündigten Marshallplan und verteidigte die Werte der Schweizer Souveränität und Neutralität.¹⁶⁵ Denn auch die SP beanspruchte die Verteidigung der Freiheit als urschweizerische Wert für sich, wofür sie sich in ihrem Wahlaufufruf in der Parteipresse auf die „dunklen Tage der Siege Hitlers“ berief: sie habe „gegen den Kleinmut und die Schwankungen bürgerlicher Politiker die Fahne der Freiheit hochgehalten. [...] Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre Taten bewiesen, dass sie die Partei der Freiheit ist!“¹⁶⁶

Annäherungen an den Wachstumskonsens (1959)

1959 war es für die vier Bundesratsparteien im Vergleich zu 1947 bereits viel schwieriger, sich voneinander abzugrenzen. Seit den 1940er Jahren hatten sich nämlich ihre Programme im Zeichen des Wachstumskonsenses deutlich angenähert. Selbst bezüglich der jeweiligen Weltanschauungen schienen viele Verbindungen zu bestehen. Jede der grossen Parteien (SP, FDP und KVP) gratulierte sich jedes Mal selber, wenn sie bei einer der den anderen ihre ideologische Tradition auch nur ansatzweise erkannten. Besonders die FDP tröstete sich so angesichts ihres unvermeidbaren Machtverlustes, zum Beispiel Alfred Schaller vor der Delegiertenversammlung im September 1958:

„Die Partei muss heute um ihren Einfluss in der Staatsführung wie auch um ihren Rückhalt im Volke kämpfen. Für viele Freisinnigen war der Übergang der Partei aus der politischen

¹⁶⁴ Inserat „Les rouges au pouvoir“, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 24.10.1947 (Hervorhebungen i. O.).

¹⁶⁵ Kunz: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, 1998, S. 140; Vgl. auch Tanner, Schweizerische Sozialdemokratie, 2012, S. 171.

¹⁶⁶ Vor der Entscheidung. Werk tätige Bürger unseres Landes!, in: Volksstimme, 18.10.1947.

Machtstellung in die labile Gleichgewichtslage mit zwei anderen grosse Parteien, der KKVP und SP, nur schwer erklärlich und dementsprechend schmerzlich. [...] *Die liberalen Ideen, nach denen der Freisinn die Verfassung der Eidgenossenschaft gestaltet und ausgebaut hat, sind zum Allgemeingut der grossen Mehrheit unseres Volkes geworden.*¹⁶⁷

Gerade dieser Befund führte den als linksfreisinnig geltende Schaller dazu, sich deutlich für einen sozialen Staat auszusprechen, eine Position, die auch das Wahlprogramm der Partei prägte. Beim wichtigen Thema der Arbeitszeitverkürzung war der Hauptunterschied zwischen den Parteien nicht das Ziel, sondern der Weg dahin. Die SP-Initiative diesbezüglich wurde von der bürgerlichen Seite vor allem deswegen kritisiert, weil sie den gesetzlichen Weg anstatt jenen von kollektiven Verhandlungen wählte.¹⁶⁸ Im Kern setzte sich nämlich für alle Bundesratsparteien der technische Fortschritt als Zukunftsvision durch, welcher den Wohlstand für alle in der neuen Konsum- und Freizeitgesellschaft ermöglichen würde.

Am sichtbarsten ist diese Entwicklung bei der SP, deren historische Programmreform in der bürgerlichen Presse als positives Zeichen der Selbstmässigung begrüsst wurde.¹⁶⁹ Sie ersetzte den Klassenkampf als Mobilisierungsnarrativ der Arbeiterklasse durch die Vorstellung eines abstrakten, selbstlaufenden Fortschrittes mit immer grösserem Wohlstand als Ziel. Diese Wende basierte auf den Hoffnungen einer neuen Generation von Sozialdemokraten, durch ihre konstruktive Mitarbeit im Staat und in der Wirtschaft den Kapitalismus aufweichen und die Früchte des Wachstums noch besser verteilen zu können.¹⁷⁰ Anlässlich der Diskussionen zur Parteireform sowie während des Wahlkampfes zelebrierten die Sozialdemokraten das bereits Erreichte und stützten so die Argumentation weiter, wie Max Weber beim Parteitag im Mai 1959: „Es sind sozialistische Bausteine bereits in der heutigen Wirtschaftsform eingebaut worden.“¹⁷¹ Die SP könne somit ihren Beitrag zum Erfolgsmodell Schweiz herausstreichen, so Max Weber weiter: „Ja, wir haben es erreicht. Wir wollen die Gloriole den anderen nicht überlassen. Die AHV, die Invalidenversicherung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Ferien - all das ist von den Gewerkschaften und unserer Partei erkämpft worden.“¹⁷² Tatsächlich verwendete die Partei in ihrer Kampagne die neue Invalidenversicherung, welche 1960 in Kraft trat, als Beweis dieses Erfolgsnarratives für die Sozialdemokratie.

Für die SP wuchs jedoch die Herausforderung, ihre Wähler weiter zu mobilisieren, wenn das Ziel eines Kühlschranks oder eines Fernsehens nicht nur erreichbar schien, sondern selbstverständlich. Kritiker des Wahlprogramms hatten darauf hingewiesen, dass das Weglassen der Klassenkampfrhetorik die Arbeiterklasse demobilisieren könne. Das westschweizerische Parteiorgan

¹⁶⁷ Zitiert nach Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 262.

¹⁶⁸ Politique suisse. Littérature électorale, in: Tribune de Lausanne, 24.10.1959.

¹⁶⁹ A propos du programme socialiste, in: Tribune de Lausanne, 07.07.1959.

¹⁷⁰ Zu den Implikationen dieser neuen Haltung auf das Staatsverhältnis der SozialdemokratInnen, vgl. Tanner: Etatismus und Antietatismus in der Linken, 1983.

¹⁷¹ SSA Ar 1.116.16, Parteitag, 27./28.06.1959, S. 183.

¹⁷² Ebd.

La Sentinelle plädierte beispielsweise dafür, sich durch das Erreichte nicht einschläfern zu lassen und betonte die Notwendigkeit des kollektiven Kampfes als Zugehörigkeitsfaktor und Mobilisierungsargument:

„Les radicaux sont dans l’erreur quand ils s’imaginent que la réalisation de l’assurance invalidité a ‚comblé la dernière lacune’ de notre vie politique et sociale. On n’obtient rien, en fait, de réalisation sociale *qu’on n’ait gagné soi-même de haute lutte*. Ouvriers, employés, petits commerçants, artisans, tous doivent être solidaires, aussi en politique. C’est la condition du progrès social.“¹⁷³

Mit wissenschaftlichen Argumenten konnte aber die NOWLAND-Studie die SP-Kader davon überzeugen, dass das Klassenkampfnarrativ nicht nur unrealistisch, sondern sogar kontraproduktiv für die Mobilisierung der Wähler sei. An die Stelle des linkshaltenden Steuermannes oder der Arbeiterbewegung als treibende Kollektivkraft einer Systemveränderung zeigte das nationale Wahlkampfplakat des Künstlers Joe Mathis das stilisierte, schwarz-weiße Gesicht eines neutral aussehenden Mannes, begleitet vom allgemein gehaltenen, neutralen Slogan der Kampagne, „Der Mensch im Mittelpunkt“ (Abbildung 10). Angelehnt an den zeitgenössischen Werbestil liess auch die mit Fotos illustrierte SP-Haushaltsbroschüre einen unerschütterlichen Optimismus durchscheinen. Darin zeigten sich anonyme, für bestimmte Zielwählerschaftsgruppen stehende Bürger besorgt über die Auswirkungen des Fortschrittes wie Automation, Bodenspekulation oder die ungewisse Zukunft der Berggebiete. Die Broschüre endete mit einer letzten, positiven Botschaft, einer Bildserie mit einem strahlenden Bürger in weissem Hemd: Zuerst ist er mit seiner Frau an einem See zu sehen, mit der Beschreibung vom folgenden Lebensideal: „In unserer lärmigen und geschädigten Welt brauchen die Menschen Freizeit und Erholung“.¹⁷⁴ Auf einem zweiten Bild sieht man ihn seinen Sohn tragend, was folgendermassen erläutert wird: „Wir glauben an eine bessere Zukunft! Alle sollen sich an den Schönheiten des Lebens erfreuen können!“.¹⁷⁵ Auch wenn der antikommunistische Druck sowie die politische Integration der Sozialdemokraten dazu beitrugen, so beruhte diese Übernahme des Wohlstandsnarratives dabei auf der ebenfalls in der NOWLAND-Studie bestätigten Diagnose, dass die neuen Arbeiter- und Angestelltenschichten durch die Anerkennung ihrer sozialen Würde in der nivellierten Schweizer Gesellschaft zu mobilisieren seien. So sprachen die Sozialdemokraten ihren imaginierten Wähler nicht mehr als „armen Kerl“, sondern als stolzen Bürger an.¹⁷⁶ Bei dieser symbolischen Erhöhung des Arbeiters zum Kleinbürgertum blieb zudem seine Frau deutlich im Schatten des Heims; was auch der damaligen Haltung der SP zur Frauenarbeit entsprach.¹⁷⁷

¹⁷³ Pour une véritable solidarité ouvrière, in: *La Sentinelle*, 19.10.1959.

¹⁷⁴ SSA 1.230.6, Haushaltsbroschüre „Wir wählen Sozialdemokraten in den Nationalrat“, [1959].

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Diese Darstellung ist noch ausgeprägter bei der Broschüre zu den Wahlen von 1963, vgl. Müller; Tanner: *Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung*, 1988, S. 354.

¹⁷⁷ Vgl. Frei: *Zwischen Traum und Tradition*, 1988; Bollinger: *Die sozialdemokratische Partei der Schweiz*, S. 20ff.

Von der „christlichen Demokratie“ zur Verteidigung des Abendlandes

Neben den glänzenden, wohlstandsorientierten, durchaus materialistischen Zukunftsbildern konkurrierten die Parteien 1959 auch um die Position des Bewahrers gesellschaftlicher Grundwerte, die gerade in Zeiten der Hochkonjunktur bedroht schienen. Mit ihrer Stellungnahme zu Gunsten einer von der CDU inspirierten christlichen Demokratie machte die KCVP bereits bei ihrer Delegiertenversammlung Ende 1958 Schlagzeilen; laut Rosenberg wurde damit „die Auseinandersetzung über die Nationalratswahlen eingeleitet“ und „volle Marschbereitschaft erstellt“.¹⁷⁸ Deshalb solle sich die Wahlkampagne selbst um den Slogan „Christliche Demokratie – auch in der Schweiz“ drehen.¹⁷⁹ Die reine Formel „Christliche Demokratie“ machte schlussendlich sowohl den Slogan der Kampagne als auch die einzige Botschaft des von der neuen Einfachheit des Grafismus inspirierten Plakates des jungen Grafikers Karl Streuli aus.¹⁸⁰ Anders als in vergangenen Kampagnen (1951 war der Slogan „Christliche Demokratie – Hort der Freiheit“)¹⁸¹ positionierte sich die KVP dabei weniger als Bollwerk gegen den Kommunismus, sondern mit einem positiven, integrierenden Programm als gute Option für Katholiken und Protestanten.

Das starke Echo auf diese Positionierung brachte ferner die anderen Parteien dazu, nicht nur über den konfessionellen Graben hinaus Protestanten und Katholiken anzusprechen, sondern auch christliche Werte zu thematisieren. Nach den Wahlen bemerkte Rosenberg somit mit Genugtuung: „bis vor wenigen Jahrzehnten gehörte die Ablehnung und die Bekämpfung der christlichen Grundsätze zum Fortschritt – heute ist das unmodern geworden, heute wollen alle christlich sein!“¹⁸² Ein zentraler Unterschied bestand jedoch weiter darin, dass Freisinnige (und Sozialdemokraten) eine „christliche Politik“ grundsätzlich ablehnten. Am defensivsten auf die KCVP-Offensive reagierte die FDP, die in ihrem revidierten Programm ihre Stellung zur Religion folgendermassen beschrieb: „Die Freisinnigdemokratische Partei der Schweiz ist *nicht einer bestimmten Konfession verpflichtet*, sondern stellt es *dem Gewissen des Einzelnen* anheim, innerhalb des weiten Rahmens der *abendländischen christlichen Weltauffassung* seine Stellung in konfessionellen Belangen zu beziehen.“¹⁸³ Über die Frage der christlichen Demokratie hinaus stritten die Freisinnigen damit der christlich-demokratischen Partei das „Monopol für die Verteidigung Europas“ ab.¹⁸⁴ Eher als auf eine christlich inspirierte Politik im engeren Sinne beriefen sich die Freisinnigen im Parteiprogramm auf die „unverbrüchliche Zugehörigkeit der Schweiz zur Welt der Freiheit und des Rechts und das Bewusstsein der

¹⁷⁸ BAR J2.181 1987/52_24_243, Leitender Ausschuss, 13.01.1959.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ NB SNL_POL_285, Streuli, Karl, Zürich: Wählt Liste 5, Christliche Demokratie, Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei, Plakat, 1959.

¹⁸¹ Zu früheren Kampagnen siehe Flury: Von der Defensive zur gültigen Präsenz, 1994, S. 13ff.

¹⁸² BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Christliche Politik – unsere Aufgabe und Verpflichtung, Herbst 1959.

¹⁸³ BAR J2.322-01 2009/263_51_10, Revidiertes Parteiprogramm, 1959.

¹⁸⁴ BAR J2.181 1987/52_64_557, Zürcher Freisinniger Pressedienst: Ein künstlicher Graben, 23.08.1959.

Schicksalsgemeinschaft aller freien Völker im Kampf um die Bewahrung der gemeinsamen Werte der abendländischen Kultur.“¹⁸⁵ Auch das Aktionsprogramm nannte unter dem Punkt „Staatspolitik, staatliche Organisation; Verhältnis Bürger und Staat“ als zweite Forderung „Dauernde Wachsamkeit und entschiedener Kampf gegen alle extremen Ideologien, insbesondere gegen den Kommunismus“.¹⁸⁶ Diese „geistige Haltung“¹⁸⁷ zur Politik stellte somit nicht nur eine Reaktion auf die christliche Demokratie der KCVP dar, sondern auch ein Echo auf die besonders seit 1956 verschärfte Abwehrhaltung gegen den Kommunismus.

Die Freisinnigen warfen dabei sowohl den Linksparteien als auch den Christlichdemokraten ihre „ausländische Inspirationen“ und „schlechten Vorbilder“ vor, wie die Freie Schweizer Presseinformation kurz vor den Wahlen schrieb.¹⁸⁸ Das Modell der CDU liesse sich zunächst schwer auf schweizerische Verhältnisse übertragen, denn die Konstitution von mehrheitlichen Blöcken oder mehr noch die Entstehung einer Führungsfigur wie Adenauer seien in der Schweiz undenkbar.¹⁸⁹ Vielmehr drehe die KCVP damit der Schweiz den Rücken zu, während hingegen die FDP „auf ausschliesslich schweizerischer Grundlage“¹⁹⁰ stehe. Die KCVP habe mit ihrer Berufung auf die „christliche Demokratie“ sogar einen „dritten Versuch, politische Darlehen aus dem Ausland aufzunehmen“ unternommen – nach dem Aufruf der Sonderbundskantone an Österreich und den Freundschaften konservativer Kreise mit „ausländischen Bewegungen“:

„Eine solche christliche Demokratie haben wir in der Schweiz nicht nötig. Die reale Leistung des Schweizervolkes ist die *liberale Demokratie*, um welche uns die ganze Welt samt der deutschen CDU beneidet und die zu ändern wir Schweizer absolut keinen Grund haben. Das konservative Wahlplakat stammt inhaltlich aus dem gleichen Lande wie das ‚fesche‘ Ehepaar im sozialdemokratischen Wahlflugblatt; ‚made in Germany‘ ist man versucht zu sagen; und das passt kaum zu den eidgenössischen Nationalratswahlen!“¹⁹¹

Die FDP stellte sich somit als einzige Verteidigerin des helvetischen Geistes sowie der helvetischen Demokratie dar, die sie immer gewesen sei und bleiben solle. Die starken, zum Teil kulturkämpferisch geprägten Reaktionen der Freisinnigen auf die Offensive der KCVP legen offen, wie sie sich von den politischen Ambitionen und vom Selbstbewusstsein einer ehemaligen Minderheit bedroht fühlten.

Zwischen Poster Children und Erfolgsmodell Schweiz

Neben dieser defensiven Position versuchte die FDP-Kampagne aber auch ein selbstsicheres Bild von der Partei zu vermitteln. Das FDP-Plakat zeigte daher ein lächelndes, rothaariges Mädchen mit Zopf, weissem Haarband, blauem Kleid, das die Hand seines nicht weiter sichtbaren Vaters hält, mit der

¹⁸⁵ BAR J2.322-01 2009/263_51_10, Revidiertes Parteiprogramm, 1959.

¹⁸⁶ Ebd., Aktionsprogramm, 1959.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ BAR J2.181 1987/52_64_557, Freie Schweizer Presseinformation: Schlechte Vorbilder, 9.07.1959.

¹⁸⁹ BAR J2.181 1987/52_63_532, Freie Schweizer Presseinformation: Eidgenössische Rundschau, 10.9.59.

¹⁹⁰ BAR J2.322-01 2009/263_51_10, Revidiertes Parteiprogramm, 1959.

¹⁹¹ BAR J2.181 1987/52_63_532, Freie Schweizer Presseinformation: Made in Germany, 16.10.59.

Bildunterschrift: „My Vatter wählt freisinnig. Liste 1, Zukunft gestalten, Freiheit erhalten.“¹⁹² Mit diesem Plakat machte die FDP aus ihrem Namen und Status als staatstragende Partei, sowie aus dem reinen Akt, sie zu wählen, eine Sache des sozialen Prestiges und somit ein Wahlargument.¹⁹³ Ferner sprachen das *poster child* und der Slogan einerseits für die Zukunftsorientierung der Partei und gleichzeitig auch für das Engagement der Partei für den Erhalt des Bestehenden. Die Hervorhebung einer Vermittlerfunktion zwischen den Generationen ist kein Novum bei der FDP, die regelmässig Kinder mit ihrem Vater darstellte. Oft handelte es sich aber anders als 1959 um Buben, die ihre kommende staatsbürgerliche Pflicht erlernen sollten: In einer Broschüre von 1947 ist dargestellt, wie ein Junge seinen Vater über den Sinn der Nationalratswahlen befragt, während ein Plakat von 1963 das Tellsche Bild eines Vaters mit Sohn mit dem Motto „Wer an die Zukunft denkt, wählt freisinnig“ zeigt.¹⁹⁴ Durch diese Verbindungen zur Vergangenheit und Zukunft der Schweiz stellte sich die FDP weiterhin als staatstragende Partei dar, und so griff sie auch auf die gegenwärtigen Erfolge des Landes zurück, um ihre Bindung zum Staat vor den Ambitionen der SP und der KCVF zu verteidigen. In einem „Musterreferat“ für Wahlversammlungen empfiehlt somit das Generalsekretariat den Parteireferenten folgende Argumentation:

„Man hat sich in der Parteileitung gefragt, welches *das nachhaltigste Argument für die Anerkennung der Parteiarbeit* sei. Unseres Erachtens ist es der Umstand, dass die Schweiz seit der letzten eidgenössischen Wahl *wieder vier Jahre des wirtschaftlichen Aufstieges, des inneren und äusseren Friedens, der Vollbeschäftigung in der Freiheit* hinter sich hat. International gesehen, hält unser Land gewiss jeden Vergleich aus.“¹⁹⁵

Im Vergleich zum Ausland stand die Schweiz also gut da, und die Freisinnigen konnten dies als ihr Verdienst darstellen.

Dissonanter Wohlstand?

Auch wenn sich die Zukunftsorientierung der Parteien vor allem auf die Perspektive des materiellen Wohlstands fokussierte, so wurde dieses einseitige Fortschrittsverständnis doch bereits im Wahlkampf von 1959 nuancierter. Zwar ignorierten die Bundesratsparteien, insbesondere die davon am meisten betroffene SP, kritische Stimmen aus der Oppositionsbewegung zum Atomprogramm des Bundes. Trotzdem begannen die Bundesratsparteien, wenn nicht auf nationaler Ebene, so doch auf kantonaler, die damals sichtbaren Nebenwirkungen der Prosperität anzusprechen. Die KVP betonte beispielsweise in ihrem Wahlaufruf den notwendigen Ausgleich gegenüber peripherer Kantone und Regionen

¹⁹² NB SNL_POL_292, Altorfer, Albert: My Vatter wählt freisinnig, Liste 1, Zukunft gestalten, Freiheit erhalten, Plakat, 1959. Das gleiche Plakat wurde in der Romandie verwendet: ACV PP 552/262/6 Altorfer, Albert: Pour construire l'avenir, votez radical, Plakat, 1959.

¹⁹³ Diese Selbstdarstellung der FDP ist keine Seltenheit bei den Wahlkampfmaterialien der Partei. Neben Künigs Plakat von 1971 zeigt ein Genfer Plakat um 1950 in ähnlicher Weise einen eleganten Mann im Anzug an der Urne, der stolz ankündigt: „Moi... je vote radical“, BGE 2.10., o.A.: Moi... je vote radical, Plakat, [1950].

¹⁹⁴ StAZH Ao 2/2 1947, Broschüre „Du, Vater...? Freisinnig, Liste 5“; Schweizerische Nationalbibliothek; Wirtz (Hg.): Tell im Visier, 2007, S. 129.

¹⁹⁵ BAR J2.322-01 2009/263_49_124, Musterreferat zu den Nationalratswahlen, 1959.

(weiterhin ihre Hochburgen), welche von der allgemeinen Prosperität nicht so stark profitieren würden.¹⁹⁶ Ferner war die Frage der Bodenpolitik in diesem Wahlkampf ein wiederkehrendes Thema und beschäftigte die Parteien links wie rechts, weit über die traditionelle Kritik der KVP und BGB bezüglich der Urbanisierung und ihrer angeblichen Auswirkung auf die Bürger hinaus. Gefördert durch die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung des Tourismus in Kantonen wie der Waadt oder dem Tessin veränderten Bauinvestitionen die Landschaften sowie die Lebensbedingungen und übten einen enormen Druck auf die Miet- und Bodenpreise aus. Das Thema der Bodenspekulation sprachen folglich sowohl die Bauernparteien als auch die Sozialdemokraten an.¹⁹⁷ Dazu thematisierten die Parteien die Möglichkeit einer Raumplanung im Wahlkampf – die SP sprach sich beispielsweise für ein Raumplanungsgesetz aus.¹⁹⁸ Die Parteien anerkannten somit die möglichen negativen Auswirkungen des Fortschritts auf die Umwelt und zogen einen staatlichen Eingriff in Erwägung. Die Raumplanung blieb aber im Wahlkampf von 1959 das einzige umweltbezogene Thema. Durch ihre hohe Popularität erwiesen sich Verkehrsinfrastrukturprojekte in den betroffenen Regionen weiterhin als bedeutende Wahltrümpfe und die Weiterentwicklung des Nationalstrassennetzes prägte daher die Parteiprogramme der 1960er Jahre. Nationalstrassen fungierten sogar als Symbol der Fortschrittsorientierung und des Modernisierungswilles des Landes, weshalb sie auch auf zahlreichen Wahlkampfplakaten der kommenden Jahre zu finden sind.¹⁹⁹

Zwischen Modernität und „law and order“ (1971)

Die 1960er Jahre als „bewegtes“ Jahrzehnt verstärkten das Handlungs- und Modernisierungsgebot für die Parteien noch zusätzlich. Die Etikette „konservativ“ galt nun sogar als negatives Stigma, wie der Generalsekretär der CVP, Urs Reinhardt, im Vorfeld der Wahlen analysierte:

„Das Erscheinungsbild unserer Parteien lässt sich, grob verallgemeinert, auf die von Bruno Heck [dem damaligen ersten Sekretär der CDU, Anm. ZK] geprägte Formel bringen: ‚Wer an uns denkt, verbindet damit zunächst den *Gedanken an die Herkunft, weniger den an die Zukunft*‘. Und wiederum sehr verkürzt lässt sich sagen, dass die christlich-demokratischen Parteien als die Kräfte gelten, die der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg angepasst waren. *Sie haben das Profil der 50er und 60er Jahre*, nicht das der 70er und 80er Jahre. Mit ihnen assoziiert man einseitig die Begriffe ‚Ruhe und Ordnung, Sicherheit und Zuverlässigkeit‘.“²⁰⁰

Daher solle sich die CVP beginnend mit ihrer umfassenden Parteireform und ihrem Slogan „Die dynamische Mitte“ im Wahlkampf von 1971 als moderne, bewegliche, fortschrittsorientierte

¹⁹⁶ BAR J2.181 1987/52_63_532, Inserat „Tous aux urnes! Pour une démocratie chrétienne et la justice dans la liberté“, 1959.

¹⁹⁷ Inserat „Feststellung zu einer ‚Klarstellung‘. Der Freisinn ‚entdeckt‘ die Bodenspekulation, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 17.10.1959.

¹⁹⁸ Bollinger: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1991, S. 39.

¹⁹⁹ Vgl. Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 118; Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 363ff.

²⁰⁰ BAR J2.181 1987/52_25_280, Reinhardt, Urs: Das Selbstverständnis der Partei und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, Exposé vor dem leitenden Ausschuss, 22.06.1970.

Volkspartei darstellen. Die Bundesratsparteien hatten sich zwar alle programmatisch weiter der Mitte genähert. Auch die FDP sprach sich mit ihrem Wahlprogramm „für eine humane Schweiz“ aus, in welchem sie eine breite Palette an aktuellen Fragen, vom Umweltschutz bis hin zum Sexualunterricht in Schulen, Gleichstellung und Familienplanung thematisierte – die Partei engagierte sich sogar dafür, die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruches zu prüfen.²⁰¹ Die CVP ging aber besonders weit mit dem Programmentwurf der gesellschaftspolitischen Kommission, welcher ungewohnt sensible Fragen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Mitbestimmung, die Integration von AusländerInnen, oder sogar einen UNO-Beitritt ansprach.²⁰² Dieser Entwurf stiess allerdings auf Widerstände innerhalb der Partei und das schlussendlich verabschiedete Aktionsprogramm übernahm seine gewagtesten Vorschläge nicht – so sprach es zum Beispiel nicht mehr von Mitbestimmung, sondern von „innerbetrieblichen Mitwirkungsrechten“.²⁰³ Die Wahlkampagne der CVP übernahm aber die Impulse der gesellschaftspolitischen Kommission und distanzierte sich vom konservativen Image der Partei. Symbolisch dafür steht eine Serie von Inseraten mit dem Titel „Stillstand ist Rückschritt“, worauf ein Schweizerkreuz-Häuslein zu sehen ist, bedeckt von einem Spinnennetz, mit welchem die CVP ihren Reformwillen betonte:

„Warten löst keine Probleme! *Vater Staat ist nicht mehr der Jüngste*. Seine Verfassung wird hundert Jahre alt. Sie soll irgendwann total revidiert werden. Doch darauf zu warten, fehlt uns die Zeit. Wir brauchen jetzt *eine starke Regierung mit einem klaren Programm*, eine Regierung, die weiss, was sie soll, und die Gewähr dafür bietet, dass die Probleme unseres Landes entschlossen angepackt werden.“²⁰⁴

Die proklamierte Offenheit und Modernität der bürgerlichen Parteien wurde aber auf die Probe gestellt, als die seit 1968 aufblühende Jugendbewegung im Wahljahr 1971 einen zweiten Schub erlebte.²⁰⁵ Mit dieser neuen Situation konfrontiert, griffen die Bürgerliche erneut auf bekannte Narrative der Staatsbedrohung zurück und fanden dabei die Unterstützung des Redressement National, das noch während dem Wahlkampf eine Kampagne gegen den (vorwiegend linken) Extremismus

²⁰¹ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): *Begegnung mit der Zukunft: Zielsetzungen 71 der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz*, 1971.

²⁰² BAR J2.181 1987/52_18_154, Information der CVP: Die Programmdiskussion in der CVP hat begonnen. Der Vorentwurf zu einem Aktionsprogramm veröffentlicht, 1971. Vgl. dazu Altermatt: *Das historische Dilemma der CVP*, 2012, S. 142ff.

²⁰³ Dies hinderte die Partei keineswegs daran, durch ihren Bundesratskandidaten Leo Schürmann Sympathien für die zuletzt lancierte Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften zu zeigen. CVP und Mitbestimmung. Hochzeit vor den Wahlen, in: *Tagwacht*, 29.09.1971.

²⁰⁴ BAR J2.181 1987/52_72_626, Inseratentext „Stillstand ist Rückschritt“, [1971].

²⁰⁵ Neue Demonstrationen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstrierenden schockierten die Bürgerlichen erneut, wie im Mai 1971 in Lausanne, als eine Demonstration von Jugendlichen gegen zu hohe Kino-Eintrittspreise zu Scharmützeln mit der Polizei führte. Vgl. dazu Skenderovic; Späti: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*, 2012, S. 92. Ferner wurde der Wahlkampf selbst zur Plattform für junge AktivistInnen, wie in Uster, als Lehrlinge der Hydra-Gruppe zusammen mit Gastarbeitenden eine Wahlveranstaltung der Republikaner sprengten, vgl. Kap. 7.4. Für manche AktivistInnen, ob in den Linksparteien engagiert oder nicht, hatte nämlich die politische Opposition gegen die fremdenfeindlichen Bewegungen und die von ihnen getriebene „Spaltung der Arbeiterschaft“ seit dem nur knappen Scheitern der Schwarzenbach-Initiative in Juni 1970 an Brisanz gewonnen, wie Frank Meyer berichtete. Was sagt die APO zu den Wahlen? „Das Ganze ist eine Farce“, in: *National-Zeitung*, 26.09.1971.

lancierte.²⁰⁶ Denn mit dem Diskurs zu „law and order“²⁰⁷ liessen sich im Zuge von 1968 wie in anderen westeuropäischen Ländern nun Stimmen im bürgerlichen Lager machen, wie selbst der CVP-Sekretär Reinhart, Befürworter der „dynamischen“ Orientierung seiner Partei, bemerkte:

„Es steht endlich in der sogenannten ‚backlash‘-Linie, die mit den französischen Parlamentswahlen von 1968 begonnen hat: Der Trend nach der Mitte oder ‚nach rechts‘ ist nicht zuletzt eine Antwort der jeweiligen Wählerschaft auf die Exzesse der ‚permissive society‘ und ihrer politischen und publizistischen Apologeten.“²⁰⁸

Die Befragung der deutschschweizerischen Parteien am Fernsehen drehte sich in der Folge besonders um die Verteidigung des Rechtsstaates, wobei die Bürgerlichen die Linksparteien auf die Anklagebank setzten. Die vermittelnde Position und das Bekenntnis zum Staat der SP-VertreterInnen wurde von den Bürgerlichen in Frage gestellt, indem sie auf die umstrittene Listenverbindung der Genfer und Waadtländer SP mit der PdA hinwiesen.²⁰⁹ Besonders hart gegen die „Subversiven“ gingen dabei die Zürcher und Schweizer SVP vor und kombinierten diese Linie mit ihrer traditionellen Hervorhebung der Landesverteidigung.²¹⁰ Auch die FDP verschärfte ihren Ton auf das Ende des Wahlkampfes hin, wie bei ihrer Kundgebung Anfang Oktober, als sie sich als Hüterin des Rechtsstaates und des Gemeinwohles angesichts der provozierenden Extreme und ihrer „illegalen Aktionen“ darstellte:

„Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz stellt eine verschärfte Polarisierung und eine zunehmende Intoleranz in der schweizerischen Politik fest. [...] Was sich heute jedoch deutlich zeigt, ist die Absicht, mit lautstarken Forderungen, sensationeller Berichterstattung, Unruhen auf der Strasse und andern illegalen Aktionen die Bevölkerung zu provozieren. [...] Allein der Rechtsstaat gewährleistet die demokratische Ordnung, die persönlichen Freiheitsrechte und die Evolution zu einer besseren Schweiz.“²¹¹

Insbesondere die Zürcher Freisinnigen setzten dabei stark auf den „Aufhänger Rechtsstaat“.²¹² Sie behielten ihren harten Ton gegen die 1968-AktivistInnen im ganzen Wahljahr 1971 bei, auch dadurch bestärkt, dass AktivistInnen an der Universität Zürich bei einer Aktionswoche im Juni 1971 sie als „faschistoiden Zug“ bezeichneten. In ihrer Inseratenserie um den Spruch „Wir sagen ja zu unserem Staat“ forderten sie folglich „ein entschiedenes Eintreten der bürgerlichen Kräfte für Recht und Ordnung“ gegen die „destruktive Kritik am Staat“ aus „sogenannt ‚non-konformistisch-progressiven‘ Kreisen“, um zu verhindern, dass „der verunsicherte und verschreckte Bürger bei den rechtsextremen

²⁰⁶ Année politique suisse, 1971.

²⁰⁷ Dieser genaue Ausdruck wurde von den bürgerlichen Parteien abwechselnd auf Englisch oder Deutsch verwendet. BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

²⁰⁸ BAR J2.181 1987/52_25_280, Reinhart, Urs: Das Selbstverständnis der Partei und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, Exposé vor dem leitenden Ausschuss, 22.06.1970.

²⁰⁹ Hearings im Wohnzimmer, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1971.

²¹⁰ Beim letzten Parteitag der BGB verurteilten der Armeeminister Rudolf Gnägi sowie der Nationalrat Walther Hofer antimilitarische Tendenzen im Land, welche bis in die SP reichen würden – implizit wurde auf die umstrittene Nationalratskandidatur des Dienstverweigerers Arthur Villard in Bern hingewiesen. L'ouverture à Berne et le raidissement à Bienne. Mutation en deux temps du PAB, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 19.10.1971.

²¹¹ Für Rechtsstaat und gesunde Wirtschaft, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.10.1971.

²¹² StAZH WII 13.392, Parteileitung, 25.05.1971.

Gruppen Zuflucht [sucht]“.²¹³ Eine darauffolgende „Rechtsstaat-Chronologie“ zeigt dabei besonders eindrücklich, welche alten und neuen GegnerInnen unter dem Feindbild der Subversiven subsumiert wurden: Sie reichte nämlich von Ausschreitungen am 1. Mai-Aufmarsch und von der Nominierung des Dienstverweigerers Arthur Villard als SP-Kandidaten, über Jean Zieglers umstrittene These der „doppelten Legalität“, bis zu Annäherungen der SP und der Gewerkschaften an die Kommunisten.²¹⁴

Bedrohlicher Wohlstand?

Ferner kennzeichnet der Wahlkampf von 1971 auch eine wesentliche Umkehrung der Fortschrittsnarrative. Die alltäglichen Unkosten der Hochkonjunktur – Teuerung und ein angespannter Wohnungsmarkt – prägten den gesamten Wahlkampf und zeigten sich als zentrale Sorgen der BürgerInnen in den Wahlsendungen, insbesondere in der Romandie.²¹⁵ Die Bekämpfung der Teuerung stellte im Wahlkampf ein Thema dar, zu dem alle Parteien ähnliche, allgemeingehaltene Handlungsversprechen machten. Die Presse bemerkte dazu ironisch, dass sich sowieso niemand für die Teuerung aussprechen würde.²¹⁶ Seit 1959 hatte sich dazu die Wohnungslage ständig erschwert, beispielsweise rund um den Genfer See. Dabei wurden teilweise fremdenfeindliche Akzente gesetzt; seit den 1960er Jahren war das Thema der Bodenspekulation vermehrt durch das Schlagwort „Ausverkauf der Heimat“ begleitet worden.²¹⁷ Beispielsweise zeigte ein CVP-Inserat Hände, die nach einem Hochhauskomplex greifen, mit dem Titel „Fühlen Sie sich in der Schweiz zu Hause?“²¹⁸ Der Inseratentext ging aber kaum konkret auf die Frage der Bodenspekulation ein und forderte hauptsächlich „eine aktive Wohnbaupolitik“ für „Wohnungen zu erschwinglichen Mieten“.²¹⁹ Auch wenn über den Bedarf an Bauprojekten durchaus Konsens herrschte, so bewegte sich die Wohndiskussion doch immer mehr um den Missbrauch der EigentümerInnen, wodurch sie teilweise klassenkämpferische Töne annahm. Die Meinungen zwischen und innerhalb der Parteien zu möglichen Lösungen waren aber gespalten, wobei die unterschiedlichen Haltungen zum Staatsinterventionismus zum Ausdruck kamen.²²⁰

²¹³ Inserat „Informations-Bulletin 8. Sind wir faschistoid?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.10.1971; Inserat „Wir sagen Ja zu unserem Staat“, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.10.1971.

²¹⁴ Inserat „Wir sagen Ja zu unserem Staat“, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.10.1971.

²¹⁵ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung 26.04.1971; Alfred Peter. Veränderungen? In: Nationalzeitung 29.08.1971.

²¹⁶ Les programmes électoraux. 1. Quelles différences entre les partis?, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 13.10.1971.

²¹⁷ Dieser Deutungsrahmen zur Bodenspekulation hatte die Nationale Aktion gesetzt; er wurde aber auch von den anderen Parteien verwendet. Neidhart: Ausverkauf der Heimat, 2015.

²¹⁸ NB SNL_1971_361, o.A.: Fühlen Sie sich in der Schweiz zuhause? Wir packen die Probleme an, CVP, die Partei der dynamischen Mitte, Plakat, 1971.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ So setzten sich beispielsweise die Waadtländer Freisinnigen im Wahlkampf stark für weitere Massnahmen zum Mieterschutz ein, während deutschschweizerische Freisinnige, oft mit Verbindungen zu den Hauseigentümernverbänden, diese im Namen der Marktfreiheit ablehnten. Diese im Wahlkampf starke Diskussion mündete 1972 in weiteren Mieterschutzmassnahmen. Les programmes électoraux. 1. Quelles différences entre les partis?, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 13.10.1971.

Als wichtige und zudem sehr symbolische Nebenwirkung des Nachkriegswachstums fand das Thema der Umweltverschmutzung starken Anklang in der Bevölkerung, wie sowohl Umfragen als auch das beeindruckende Abstimmungsergebnis zum Umweltschutzartikel im Juni 1971 bestätigten (92.7% der Stimmen bei jedoch nur 37.9% Stimmbeteiligung). Daher sprachen alle Parteiprogramme vom Umweltschutz, wenn auch mit wenig konkreten Vorschlägen. Ihre Beschreibung der „Umweltgefahr“ bezog sich oft in erster Linie auf verschmutzte Landschaften und eine beeinträchtigte Lebensqualität. Die SP-Wahlplattform von 1971 adressierte beispielsweise ihre „politische Forderung Nr. 1“, die „Sanierung der Umwelt“, folgendermassen:

„Die Umweltgefahr ist kein Schlagwort, sondern bittere Wirklichkeit. [...] Der Umweltschutz geht daher allem anderen voraus. Er hat *absoluten Vorrang*. *Absterbende Gewässer, versandelte Landschaften, giftige Luft und unerträglicher Lärm sind keine Visitenkarte für die Schweiz*. [...] Die *Sanierung unserer Umwelt* wird Milliarden kosten. Wer in den letzten Jahren unverantwortlich drauflos verdiente, muss nun an die Kasse gebeten werden.“²²¹

Auf der Linie ihrer Umweltpolitik seit den 1960er Jahren forderte die SP dabei wirtschaftliche Anreiz- und Strafmechanismen gegen Umweltverschmutzer.²²² Selbst wenn sie damit eigentlich marktwirtschaftliche Prinzipien übernahm, gingen solche Massnahmen den bürgerlichen Parteien bereits zu weit. Trotzdem bezogen sich diese ebenfalls auf starke Schreckensbilder einer verschmutzten Zukunft, wie die CVP in einem Plakat, auf welchem ein Flugzeug auf eine bereits verrauchte Hochhausstadt stürzt. Damit sprach sie als ungewollte Nebenwirkungen der Hochkonjunktur sowohl die Fragen der Inflation als auch jene der Umweltverschmutzung an, wobei sie den Sinn des Wirtschaftswachstums direkt in Frage stellte:

„Die Erhaltung und menschenwürdige Gestaltung unserer Umwelt sind wichtiger als ein massloses Wirtschaftswachstum. Denn *ohne sauberes Wasser und gesunder Luft, ohne Ruhe und Erholungsflächen nützt uns unser Wohlstand nichts*.“²²³

Es zeigte sich, dass die FDP ein sehr ähnliches Inserat zur Bedrohung des Lebensraums vorbereitet hatte, mit dem Bild einer verschmutzten, chaotischen, unfreundlichen Natur.²²⁴ Auch diese Partei entwickelte in ihrem Programm und in ihren Inseraten eine erstaunlich scharfe Kritik der „Wachstumseuphorie“ als Wirtschaftsreligion, deren Nebenwirkungen von der Verschmutzung bis zur Teuerung reichte:

„Voilà un quart de siècle que nous vivons dans *l'euphorie de la ,Croissance'*. *Une religion s'est construite autour de cette divinité nouvelle*, servie par les grands prêtres de l'économie, chantée en barèmes et en graphiques, en hymnes à la productivité et au rendement.

²²¹ Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Manifest 1971, 1971.

²²² Bollinger: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1991, S. 46ff.

²²³ NB SNL_1971_407, o.A.: Sollen wir im Wohlstand sterben?, Wir packen die Probleme an, CVP, die Partei der dynamischen Mitte / Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, Plakat, 1971.

²²⁴ ACV PP 552/208, Inserat „Notre espace vital est menacé“, [1971].

*L'euphorie, aujourd'hui, tiédit pourtant. [...] Le progrès général a considérablement amélioré nos conditions de vie mais, par contrecoup, par conséquences secondes, par retombées mal prévues, il pourrait aussi les compromettre gravement.*²²⁵

Die Tatsache, dass praktisch alle Parteien die Umweltthematik mittels düsterer Gegenwarts- und Zukunftsbilder als Argument im Wahlkampf einsetzten, wurde in den Medien kritisch und humoristisch kommentiert.²²⁶

Noch düsterer sahen jedoch Gegenwart und Zukunft in der Deutung der neuen fremdenfeindlichen Parteien um den seit den 1960er Jahren neu belebten Überfremdungsdiskurs aus. Schwarzenbach nutzte dabei die obsessive Wiederholung und die Negativität eines solchen beängstigenden Narratives als zentrale Werkzeuge zur Aufmerksamkeitserregung, wie er in seinen Notizen für den Wahlkampf von 1971 zum Thema „Propaganda“ umschrieb: „[...] Konzentration auf wenige Punkte, *immer währende Wiederholung deselben* [sic], selbstsichere und selbstbewusste Fassung des Textes in der Form einer *apodiktischen* Behauptung.“²²⁷ In den Narrativen beider fremdenfeindlichen Parteien reihten sich weitere beängstigende Themen an die Überfremdung: so fördere laut der Nationalen Aktion das Leben in „immer seelenloseren Wohnblocks“ die Kriminalität, die „sexuelle Verwilderung“, Stresskrankheiten oder Jugendrebellion.²²⁸ Auf diese „apodiktischen Behauptung“ antworteten die Bürgerlichen ihrerseits wieder mit Verweisen auf die erreichten Erfolge des Schweizer Modells.²²⁹ Die sich weiterhin als staatstragend verstehende FDP machte im Wahlkampf einen noch grösseren Spagat zwischen ihrer scharfen Kritik an der Wachstumseuphorie einerseits und der Darstellung der Landesprosperität als direkte Frucht ihrer politischen Tätigkeit andererseits. So setzte die Lausanner FDP die vorteilhafte Lebenssituation in der Schweiz als Wahlargument in einem Inserat ein:

„DES PEUPLES sont en guerre./ Des hommes, des femmes, des enfants meurent de faim./ Des prisonniers torturés pleurent la liberté./ Des travailleurs sans emploi désespèrent du lendemain. LES SUISSES vivent en paix./ Leurs revenus sont les premiers d'Europe./ leurs impôts les plus bas./ Ils sont libres./ Ils ignorent le chômage./ POURTANT, tout n'est pas parfait ici. Nous devons améliorer nos institutions sociales./ Nous devons améliorer le problème du logement ou, plus exactement, des loyers./ Nous devons défendre notre environnement. Nous parviendrons à nos fins si l'économie conserve sa vitalité et son audace (denrées inconnues des systèmes socialistes paperassiers!) et si la politique s'accomplit au service de tous.“²³⁰

²²⁵ Inserat „Casser la baraque ou construire l'avenir?“, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 01.07.1971.

²²⁶ Memobase SRF-ZH_MG_32938_T3, Spott und Musik (3) Nationalratswahlen (Basler Wahlredner). Glosse von Werner Wollenberger, DRS 1, 31.10.1971.

²²⁷ SSA Ar 108.5.1, [Schwarzenbach, James]: Die Nationalratswahlen 1971 im Kanton Zürich, 25.01.1973.

²²⁸ SSA QS 37.5, Broschüre „Nicht mehr diskutieren – das Mass ist voll – Liste 11 wählen!“, 1971.

²²⁹ Wie in der Berichterstattung der Neue Zürcher Zeitung und des Vaterlands über die Fernsehsendungen, Die zerstrittenen Erben des 7. Juni am Bildschirm, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.10.1971.

²³⁰ ACV PP 552/208, Inserat „Message aux Lausannoises... et aux Lausannois“, [1971], (Hervorhebungen i.O).

„Völker“ dienen hier als negativer, dafür sehr vage verorteter Gegenpol zur friedlichen, wohlhabenden, freien und arbeitsreichen Schweiz, wofür die freie Wirtschaft als logische Erklärung suggeriert wird. In dieser Darstellung überwiegt das Positive über das Negative, ein Umstand der den Freisinnigen als Schützer des Allgemeinwohls zugeschrieben wird. Trotz anerkannten Verbesserungspotenzialen – als Handlungsverben werden zwei Mal „verbessern“, ein Mal „verteidigen“ verwendet – blieb das Erfolgsmodell Schweiz wohl das beste Wahlargument der staatstragenden Freisinnigen.

Von diesem dominanten Narrativ konnten sich die SozialdemokratInnen ihrerseits schwer abwenden. Zwar hatte ein belletristisches Vorwort von Max Frisch zum Wahlmanifest einen sehr kritischen Ausgangspunkt: „So wie jetzt wollen wir es nicht“.²³¹ Neben seinen Forderungen zur sozialen Sicherheit, Bildung, Umwelt- oder Wohnpolitik entwickelte das Wahlmanifest auch eine regelrechte Kritik der „Schweiz AG“, beispielsweise zur Frage der Steuergerechtigkeit. Die Diagnose von Frisch befand sich aber in starkem Widerspruch zum Fortschrittsverständnis vieler SozialdemokratInnen und Gewerkschaftler, für welche das schrittweise Erreichen des materiellen Wohlstands für alle durch die politische Integration der Arbeiterbewegung weiterhin das Hauptziel darstellte. Sein Vorwort war auch absichtlich für jüngere, gesellschaftskritische Wählende geplant und spaltete, wie auch sein Werbespot, die Geister in den Reihen der SP.²³² Es ist insofern bemerkenswert, dass die Kritik der „Wachstumseuphorie“ 1971 der FDP leichter fiel als der SP.²³³

Staatskritik als neue politische Vision? (1983)

Die Zukunftsorientierung der Schweizer Politik wurde in den kommenden Jahren vermehrt geschwächt, zunächst mit dem steigenden Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“ Anfang der 1970er Jahre, dann mit der verschlechterten Wirtschaftskonjunktur in Folge der Krise von 1973. Mit dem Ende des Planbarkeits- und Gestaltungsglaubens der 1960er Jahre verschwanden die „rosigen Zukunftsbilder“.²³⁴ Negative Zukunftsprojektionen prägten darauf die Narrationsstrategien der Parteien für den Wahlkampf von 1983, welche damit auch auf ein erschwertes politisches Handlungsumfeld reagierten.

In diesem Kontext kam auch die neoliberale Agenda als Diagnose und Heilmittel zur Wirtschaftskrise auf dem Markt der politischen Narrative an. Die sich von der intellektuellen Diskussion bis hin zu politischen Programmen verbreitende „neoliberale Wende“ sollen die Freisinnigen mit dem Wahlslogan „Mehr Freiheit, weniger Staat“ 1979 in die Schweiz „importiert“ haben, wobei sie damit

²³¹ Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Manifest 1971, 1971.

²³² SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

²³³ Vgl. zu dieser parteiintern oft spannungsgeladenen Diskussion um 1970, Müller; Tanner: Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, S. 351ff.

²³⁴ König: Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, 1998, S. 166.

eigentlich einen in der Schweiz viel älteren antietatistischen Diskurs neu aktiviert haben.²³⁵ Die Zürcher FDP erprobte die vom Sekretär Eric Honegger und vom Parteipräsidenten Hans Georg Lüchinger entwickelte Formel „Weniger Staat und mehr Eigenverantwortung, mehr Freiheit“ zunächst anlässlich der Zürcher Kantonsratswahlen im Frühjahr 1979.²³⁶ Als die Schweizer FDP sich entschied, die Formulierung für die Nationalratswahlen von 1979 zu übernehmen, schlug der Werbefachmann Rudolf Bolleter die knappere Variante „Weniger Staat, mehr Freiheit“ vor, wofür er heute den CDU-Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ von 1976 als Inspiration angibt.²³⁷ Dabei schienen die Freisinnigen sich aber uneinig zu sein, inwiefern sie hiermit eine programmatische Wende einleiten wollten.²³⁸ Der Slogan sorgte bereits im Wahlkampf von 1979 für rege Kritik, was sicherlich seine Bekanntheit und Kraft erklärte; der CVP-Parteipräsident Hans Wyer sprach von einer „nackten und zynischen Parteiforderung“ und von der „Arroganz“ der Freisinnigen.²³⁹ Mit dem besten Wahlergebnis der FDP seit 1931 wurde ihm zudem eine magische Macht verliehen: Er hatte die alte, staatstragende FDP in eine offensive, erfolgreiche Partei der aktuellen Staatskritik verwandelt.

Als die FDP im Vorfeld der Wahlen von 1983 den Erfolg von 1979 festigen wollte, setzte sich der neue Slogan somit nicht nur als politisches Heilsversprechen, sondern auch als stabiles Rückgrat der neuen Parteidentität durch – nicht zuletzt mit den elaborierten Werbeplänen der Agentur Bolleter. Die „Rigi-Thesen, Leitlinien für eine liberale Zukunft“ von 1981 vertieften ferner die Grundlagen der neuen freisinnigen Kritik am Staatsinterventionismus zum Schutz der Freiheit und des Eigentums, sowie auch als mögliche Lösung des Unbehagens der BürgerInnen einem aufdringlichen Staat gegenüber.²⁴⁰ Dabei stellte sich aber weiterhin die Frage, welche konkrete politische Anwendung der Slogan erfahren sollte: Das Schweizer Staatsmodell bot im Vergleich mit anderen Ländern wenig Sparmöglichkeiten.²⁴¹ Eine Arbeitsgruppe zur Verwirklichung des neuen Mottos schlug 1981

²³⁵ Laut den Journalisten Cassidy und Loser habe sich damals die FDP gegen den Staat „mit importierten Rezepten [gewendet], weil ihr darin unwohl geworden war“, Cassidy; Loser: Der Fall FDP 2015, S. 15. Dabei waren die Verknüpfungen der Freisinnigen mit neoliberalen Denkern und Netzwerken (Mont-Pélerin Society) schon zuvor rege. Als sie Ende der 1950er Jahre ihr Programm reformierten, interessierten sich die Zürcher Freisinnigen beispielsweise für dieses Gedankengut. Die routinemässige Betonung der freien Wirtschaft gegenüber dem Etatismus im damaligen freisinnigen Diskurs entsprach dabei der damaligen antikommunistischen Abwehr. Zudem hatten Wirtschaftslobbies wie Trumpf Buur im Laufe der Nachkriegszeit konsequent eine antietatistische Linie verfolgt. StAZH WII 13.389, Parteileitung, 12.02.1957.

²³⁶ Wehrli: Die Geschichte eines Slogans, 2015. Der liberale Publizist Robert Nef soll dabei nach eigenen Angaben der FDP einen „Weniger-Staat-Reflex“ in der Bevölkerung bereits Anfang der 1970er Jahre erkannt und den Slogan inspiriert haben, Nef: Weniger Staat - mehr Sicherheit, 1983; Schwab: Liberale Lichtgestalt, 2012.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Vgl. zu den widersprüchlichen Stellungnahmen der Partei in den Jahren 1978-1979, Ebd; Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015, S. 37ff.

²³⁹ Zitiert nach Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015, S. 50.

²⁴⁰ Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Die Rigi-Thesen, 1981.

²⁴¹ Die wenigen öffentliche Betriebe – wie bspw. die PTT – liefen gut, waren nicht überdimensioniert und waren zudem so eng mit dem politischen Feld verbunden, dass die Freisinnigen mit ihrem Abbau „an einem Ast [gesägt hätten], auf dem sie selbst sassen“, wie der Weltwoche-Journalist Felix E. Müller 1987 schrieb (zitiert nach Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015, S. 46) Erst Mitte der 1980er Jahre fand der Slogan eine politische

immerhin Möglichkeiten zur Verbesserung und Entlastung des Staates durch Sparmassnahmen vor. Für den Wahlkampf lud das Sekretariat die Kantonalparteien auf diese Vorschläge verweisend dazu ein, sich in der kantonalen Politik gegen die „Normenflut“ zu engagieren und dabei „verhandelte Lösungen zwischen Sozialpartnern“ sowie die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips möglichst zu bevorzugen, um so den „Bürgern die Macht zu geben“.²⁴²

Unerwarteterweise stellte der Slogan aber ungemütliche Fragen zur Identität des Freisinns und insbesondere zu seinem Verhältnis zum Staat. Dies verdeutlichten die Jungliberalen 1981, als sie die Forderungen der Jugendbewegung als Kritik eines allgegenwärtigen Staates deuteten und daher Parallelen zur freisinnigen Politik zogen.²⁴³ Die Werbespezialisten der Partei erkannten ferner, dass der nach wie vor umstrittene Slogan und seine inhärente Staatskritik gegen die FDP spielen konnte, indem er einen Teil ihrer traditionellen Wählerschaft, beispielsweise in Beamtenmilieus, entfremden könne.²⁴⁴ Der FDP wurde umso unwohler ob ihrer eigenen Rechtswende, als die Verschlechterung der Wirtschaftslage sie auf die Anklagebank setzte. Im Mai 1983 hatte die Schindler Gruppe die Schliessung ihrer Fabrik in Schlieren angekündigt; im Juli folgte die Tornos-Gruppe mit ihrer Fabrik in Fleurier (Neuenburg). Im Vorfeld der Wahlen vermehrten sich somit distanzierende Stellungnahmen von Freisinnigen zum Slogan. Der Zürcher Ständeratskandidat Riccardo Jagmetti verneinte beispielsweise die Möglichkeit eines sozialen Abbaus als neue freisinnige Politik, betonte dagegen sowohl die Selbstverantwortung, wie sie in der ersten Version des Slogans erschien, als auch den freien Raum der Individuen.²⁴⁵ Die Verteidigung der Privatsphäre gegen einen zu aufdringlichen Staat betonte auch ein Kampagneninserat in der Romandie durch die Karikatur des Staates als Krake mit den Tentakeln Reglement, Steuern, Verordnung, Beschluss und Verbot (Abbildung 11), mit folgender Korrektur zum umstrittenen Slogan:

Verwirklichung, zum Beispiel im Bundesgesetz über die obligatorische Krankenversicherung von 1985. Vgl. dazu Tanner: Geschichte der Schweiz, S. 420ff.; Criblez; Rothen; Ruoss: Der Wandel von Staatlichkeit in der Schweiz aus interdisziplinärer Perspektive, 2017; Speich Chassé: Gab es in der Schweiz eine neoliberale Wende, 2017.

²⁴² BAR J2.322-01 2009/263_38_104, Rundschreiben des Zentralsekretärs an die Geschäftsleitung und Kantonalparteien, 25.02.1981. An dieser Gruppe nahmen der Zürcher FDP-Parteipräsident Eric Honegger als Vorsitzender, der spätere Parteipräsident Bruno Hunziker, der Zürcher Kantonsrat und Jura-Professor Riccardo Jagmetti, der Wirtschaftswissenschaftler Walter Wittmann sowie Vertreter des Vororts und des Gewerbeverbands teil.

²⁴³ *Année politique suisse*, 1981. Diese für traditionelle, „staatstragende“ Freisinnige höchst peinlichen Gemeinsamkeiten mit autonomen Bewegungen und ihren Sprüchen wie „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ waren bereits seit 1979 viel kommentiert worden. Eine Karikatur wandelte die damalige FDP-Delegiertenversammlung in eine anarchistische Veranstaltung samt Parolen gegen den Krieg, die „Bullen“ oder den Kapitalismus um. Die FDP wurde sogar zur „Free Dope Party“. SSA QS 38.2, o.A.: „Mit der FDP in die Anarchie!“, Karikatur, [1979].

²⁴⁴ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Hatt, Balz; Bolleter, Rudolf: Wahlstrategie – Ergänzungen, 27.06.1982. Ähnliche Gedanken spielten bei den Diskussionen innerhalb der Tessiner FDP über eine Orientierung im Sinne von „weniger Staat“ oder „besserer Staat“ eine Rolle, ASTi 3.3.3 30.3.2, *Direttiva cantonale*, 5.09.1983.

²⁴⁵ Liberale Lösungen für drängende Probleme. Gespräch mit Kantonsrat Rico Jagmetti, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.10.1983. Die Zürcher Freisinnigen waren besorgt über die schwierige Wirtschaftslage insb. in Winterthur, was solche (milden) Korrekturen erklären kann. StAZH WII 13.493, Bezirkspräsidenten und Propagandabeauftragten, 17.08.1983.

„Nous, Radicaux, disons: „Moins d’Etat“, *nous n’avons jamais dit „Pas d’Etat.“* Nous voulons renverser la tendance qui mène à l’*“Etat-touche-à-tout“*. Nous affirmons cependant que nous sommes *résolument pour les acquis sociaux* auxquels nous avons *largement contribué* et que nous entendons consolider: A.V.S., A.I. [AHV und Invalidenversicherung, Anm. ZK], assurances-maladies, assurance-chômage notamment font partie de notre conception de l’Etat moderne; *c’est aussi le rôle de la Confédération d’aider les régions défavorisées*. Mais, *cessons de surcharger l’Etat* de tâches qu’il ne peut bientôt plus accomplir. Endiguons *l’inflation des lois, des règlements et des interdictions qui restreignent toujours plus la sphère privée des citoyens*. Empêchons l’Etat d’exécuter des travaux *que le secteur privé peut faire aussi bien, sinon mieux*. Il faut que l’Etat retrouve une situation financière saine en s’abstenant d’étendre ses tentacules à tous les domaines.²⁴⁶

Mit dieser uralten Darstellung des Etatismus als bedrohliches Tier, obschon gemildert durch den naiven Stil der Karikatur, versuchte die FDP ihre Staatskritik weiterhin zu legitimieren, sich aber gleichwohl von ihrer historischen Bindung zum Bundesstaat nicht völlig zu lösen. Zu dieser Verbindung der neuen FDP-Linie mit dem „Erfolgsmodell Schweiz“ gehörte auch die Betonung des Föderalismus, welcher laut dem Genfer Robert Ducret am Parteitag „die Stärke unseres Landes“ darstelle. Deshalb sollten übertriebene Zentralisierungstendenzen und finanzielle Beiträge des Bundes an Kantone und Gemeinden soweit wie möglich unterlassen werden.²⁴⁷

Ein Grund für die ideologische Unklarheit und deshalb das polemische Potenzial des FDP-Slogans war, dass die neoliberale Staatskritik Anfang der 1980er-Jahre in der Schweiz wie in anderen Ländern allgegenwärtig geworden war, dabei aber höchst unterschiedliche Deutungen annahm. Die Freisinnigen hatten zwar 1979 mit ihrem Slogan einen ersten, stark medialisierten Schlag gelandet; die Kritik des Staatsinterventionismus war aber seit Ende der 1970er Jahre im gesamten bürgerlichen Lager en vogue. Sie befand sich im Einklang mit dem historischen Gedankengut der Liberalen, deren Erfolge in der Romandie Anfang der 1980er Jahre gerade mit einem „Reagan-Effekt“ erklärt wurden.²⁴⁸ Im Wahlkampf von 1983 lieferten sich bürgerliche ParlamentarierInnen sogar einen neoliberalen Wettlauf, indem sie die Fahne des Staatsabbaus hochhielten und sich als dessen Urheber oder treuesten Verfechter gegen die Bürokratie, die Normenflut oder schlichtweg gegen Staatsaufgaben und Steuern darstellten.²⁴⁹ Im Gegensatz zur Schweizer SVP, die sich für „so viel Staat wie notwendig“ positionierte,²⁵⁰ zog die Zürcher SVP die Staatskritik als roten Faden durch ihre Kampagnen. Die Bürokratie fungierte in ihrem Diskurs als gesichtsloser Feind, wodurch die Partei

²⁴⁶ Inserat „Plus de liberté et de responsabilité - moins d’Etat“, in: Tribune - Le Matin, 09.10.1983.

²⁴⁷ Les radicaux en appellent au sens des responsabilités, in: Gazette de Lausanne, 12.09.1983.

²⁴⁸ Année politique suisse, 1981.

²⁴⁹ Vgl. dazu Kap. 6.3.2.

²⁵⁰ Fragen an SVP-Präsident Fritz Hofmann. Den Fehdehandschuh aller Theorie, in: Bündner Zeitung 29.09.83. Die Analyse des Schweizer Generalsekretariates befürwortete tatsächlich einen Mittelweg: „Während sich FDP und SPS im Spannungsfeld links-rechts respektive etatistisch-antietatistisch positionieren werden, muss die SVP eine andere Achse finden und ihren Standort darauf definieren“. Weil die SVP „kein gestörtes Verhältnis zum Staat“ habe, könne sie auf Parolen wie „Mehr Freiheit – weniger Staat“ verzichten und sich einfach als „die politische Heimat für alle Bevölkerungsschichten mit bürgerlicher Einstellung“ darstellen. PA SVP BE 6.2.44, Graf, Hans-Peter: Konzept für die Nationalratswahlkampagne 1983, Februar 1983.

sowohl das Interesse ihrer gewerblichen Wählenden wecken als auch das Gefühl der Verdrossenheit des „kleinen Mannes“ ansprechen wollte.²⁵¹ Mit ihrem Slogan „Rettet die Arbeitsplätze, stoppt die Bürokratie“ drückte die Zürcher Partei auf der Linie der Angebotsschule zudem eine scheinbar arbeitnehmerfreundliche Haltung aus, welche in den Diskursen der FDP seit 1979 erstaunlicherweise wenig zum Ausdruck gekommen war.

Der neoliberale Ton vieler Bürgerlicher im wirtschaftlichen Bereich liess sich ferner gut mit einer dezidiert konservativen Haltung bezüglich gesellschaftlicher Fragen vereinbaren.²⁵² Im Vergleich mit 1971 war 1983 das Etikett „konservativ“ nicht mehr verpönt. Die Zürcher SVP-Nationalratsfraktion definierte sich zum Beispiel als „konservativ“: nicht „rückständig, sondern bewahrend, bewahren, was sich bewährt hat“.²⁵³ Diese Haltung ging dabei oft mit der Verteidigung des Rechtsstaates einher, und zwar nicht als Garant der Rechte und des freien Wettbewerbs wie im neoliberalen Gedankengut, sondern als Ordnungsmacht. Insbesondere die Zürcher SVP instrumentalisierte die Jugendunruhen zu ihren Gunsten, indem sie die Laxheit der SP, aber auch der FDP diesbezüglich kritisierte.²⁵⁴

Die Betonung des konservativen Fundaments prägte auch die CVP-Kampagne; sie stellte eine zumeist wenig konfliktbeladene Alternative zur parteiintern umstrittenen Wirtschaftspolitik dar. Dabei teilte der Parteisekretär Fagagnini die Ansicht, dass der Staat das Problem für das latente demokratische Unbehagen sei:

„In Bezug auf Staat und Demokratie beklagen Parteien und Medien eine grösser werdende Stimm- und Wahlabstänze. Neuerdings wird ein *abnehmender Bürgersinn* diagnostiziert. Eine gewisse *Staatsverdrossenheit* ist tatsächlich unverkennbar. Beklagt werden zu grosse Reglementierungen und ein Gefühl von Verwaltetsein. Neue Steuerlasten sind nicht populär. Umgekehrt besteht vor allem in den Städten ein gewisses Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Schliesslich erscheint der Staat vielen als *zu kompliziert und wenig effizient, zu zentralistisch*.“²⁵⁵

In einem Inserat zur Erhaltung der Arbeitsplätze forderte die CVP ferner mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sowie die Fortsetzung der Sparpolitik des Bundes und der Kantone als Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Arbeitslage und folglich für die Erhaltung des

²⁵¹ Die Kantonalpartei sei laut Blocher für die Wahlen von 1979 sogar auf einen ähnlichen Slogan wie die Zürcher FDP gekommen, jedoch zu spät. Cassidy; Loser: Der Fall FDP, 2015, S. 38. Vgl. auch Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 156ff.

²⁵² Diese Mischung zwischen wirtschaftlichem Neoliberalismus und sozialem Neokonservatismus als Variante der „neoliberalen Wende“ lässt sich insofern mit den Verbindungen Ronald Reagans mit der um 1980 blühenden religiösen Rechten vergleichen, was als Backlash nach den progressiven 1960er und 1970er Jahren interpretiert wurde. Mit der Neuaufwertung fremdenfeindlicher Diskurse ab Ende der 1980er Jahre mündete sie zudem in die neue „winning formula“ des europäischen Rechtsradikalismus. Leege u. a.: The Politics of Cultural Differences, 2009; Kitschelt; McGann: The Radical Right in Western Europe, 1995.

²⁵³ SVP ist „eine sehr geschlossene Gruppe“, in: Tages-Anzeiger, 13.10.1983.

²⁵⁴ Vgl. Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 67f.; 147ff. Zur Verwendung dieser Frage durch manche SVP-Kandidierende, vgl. Kap. 6.4.2.

²⁵⁵ BAR J2.181 2002/172_298_1554, Fagagnini, Hans-Peter: Arbeitspapier für die gesellschaftspolitische Kommission, 3.02.1982.

Arbeitsfriedens.²⁵⁶ Auch wenn KandidatInnen ihres rechten Flügels ebenfalls dieser staatskritischen Linie folgten, so distanzierte sich die CVP im Wahlkampf doch erneut von der freisinnigen „Absatzbewegung“ gegen den Staat und stellte ihr traditionelles Engagement für die Randregionen und die Minderheiten in den Vordergrund. Mit dem Slogan „Familie, Arbeit, Lebensraum“ konzentrierte sich die selbsternannte „Partei der Familie“ dezidiert als 1971 auf ihre „sicheren Werte“, aus dem Befund heraus, dass viele Bürger sich angesichts des „verstärkten Gefühls eines Wertewandels“ desorientiert fühlten.²⁵⁷ Gegenüber der Polarisierung der Schweizer Politik zwischen links und rechts basierte die Profilierungslinie der CVP somit mehr denn je auf moralischen Gesellschaftsfragen wie der Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs, währenddessen das konfessionelle Wahlverhalten in den Hintergrund trat.

Auf der anderen Seite des Parteienspektrums zwang die neoliberale Agenda die SozialdemokratInnen seit Ende der 1970er Jahre zur Stellungnahme.²⁵⁸ Dabei zögerten sie zwar im Vorfeld des Wahlkampfs von 1983, die unbequeme Position des Verteidigers des Wohlfahrtsstaates anzunehmen,²⁵⁹ diese lieferte gleichwohl eine für alle anvisierten Wählergruppen verbindende Mobilisierungsgrundlage, und so diente der Slogan „SP – Das soziale Gewissen der Schweiz“ als Bindeglied für die Wahlkampagne.²⁶⁰ Die Partei widmete der FDP-Staatskritik sogar eine Broschüre und ein Pamphlet des Fraktionssekretärs Jean-Noël Rey.²⁶¹ Darin erläuterte Rey die intellektuellen Ursprünge des Neoliberalismus, von Milton Friedmann bis Robert Mundell, und verurteilte die daraus abgeleiteten Angriffe gegen den Sozialstaat. Damit schuf sich die SP zudem neue Feindbilder: so beschrieb ein Argumentarium für Kandidierende den Zürcher Freisinn als das „neue Gesicht des

²⁵⁶ Inserat „Pour la sécurité de l’emploi“, in: Tribune - Le Matin, 09.10.1983.

²⁵⁷ BAR J2.181 2002/172_298_1554, Fagagnini, Hans-Peter: Arbeitspapier für die gesellschaftspolitische Kommission, 3.02.1982; Vor einem milden Wahlherbst? Positionsbezüge der Parteien vor dem FDP-Pressverband, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.08.1983.

²⁵⁸ 1979 hatte bspw. der Nationalrat Walter Renschler sogar das Stigma des „Staatsfeindes“, welches lang für die Linken verwendet worden war, auf die Freisinnigen angewandt. Die FDP griff oft mehr oder weniger explizit die Sozialdemokraten für die Ausdehnung des Sozialstaates an, sodass die neoliberale Positionierung der FDP beide Parteien in einen Zyklus gegenseitiger Stellungnahmen zwang. Exemplarisch hierfür sind die Plakate mit den Sprüchen „Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. - Warum stört das gewisse Leute“ und „Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen!“: MfGZ 63-0937, o.A.: Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. - Warum stört das gewisse Leute? - Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP - Freisinnig-Demokratische Partei, Plakat, 1983; MfGZ 63-0939, o.A.: Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen! – Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP - Freisinnig-Demokratische Partei, Plakat, 1983.

²⁵⁹ Diese Frage war Gegenstand widersprüchlicher Stellungnahmen der Parteiführung. Helmut Hubacher berief sich auf Erich Gruner, um sich für die Vermeidung einer einseitigen Kritik an den Bürgerlichen einzusetzen. Gleichwohl sollten laut Rudolf Strahm Auseinandersetzungen mit den Rechten zur „Selbstdarstellung“ zwecks der Mobilisierung der eigenen AnhängerInnen dienen. Konkret versuchten die SprecherInnen immerhin die Polarisierung mit den Freisinnigen bei den Fernsehdebatten zu vermeiden: Der Sekretär Jean-Pierre Métral empfahl hierzu, sich für gegenseitige Fragen mit den VertreterInnen der CVP sowie der grünen und linken Parteien im Voraus zu arrangieren. SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 28.05.1983; SSA Ar 27.600.14, Strahm, Rudolf: Fakten + Argumentenblätter nur für Kandidaten, Wahlkampfleitung 1983, [1983]; PA SP VD E 1983, Brief von Jean-Pierre Métral an die Teilnehmende der Fernsehdebatten, 7.10.1983.

²⁶⁰ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 8.06.1983.

²⁶¹ Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Weniger Staat oder Wohlfahrtsstaat?, 1983; Rey: Trop d’Etat?, 1983.

Freisinn²⁶², als „protzige Finanzschickeria“, „neureiche Opernhaus- und Tonhalle-Pelz-Mantelgesellschaften von der Goldküste und am Züriberg“.²⁶² Besonders in der Romandie nahm die Partei eine defensive Haltung ein, die sich jedoch als umso ungemütlicher erwies, als die 1983 eingeleitete sparpolitische Wende („tournant de la rigueur“) von Mitterrand in Frankreich auf grosses Echo stiess und die SozialdemokratInnen weiter desorientierte.²⁶³

Die Frage des Verhältnisses zum Staat stellte sich zudem für die SozialdemokratInnen seit den 1970er Jahren auf brisante Art. Während die ältere Generation im Staat weiterhin die Möglichkeit der sozialen Einrahmung des Kapitalismus sah und die Staatskritik der Jugendbewegung für zu gefährlich, ja bezüglich des von den Bürgerlichen gewünschten Staatsabbaus für kontraproduktiv, hielt, diskutierten jüngere SozialdemokratInnen auf einer völlig andere Ebene: Für die neuen sozialen Bewegungen ging es um die Frage, inwiefern Politik ausserhalb des Staates zu betreiben sei.²⁶⁴ Nachdem das „Selbstverwaltungsprogramm“ von 1981 zu heftigen Debatten diesbezüglich geführt hatte, drückte sich 1983 der Kommunikationsdruck des Wahlkampfs darin aus, dass die SP diese Themen möglichst vermied, um ihre internen Spaltungen nicht zum Vorschein zu bringen.²⁶⁵

Dass alle Parteien sich diesbezüglich positionieren mussten, zeigt schlussendlich wie sich die „coole Staatskritik“ von links wie rechts als teils emanzipatorisches, teils desillusioniertes politisches Narrativ „nach dem Boom“ im Zentrum der Politik der 1980er Jahre etabliert hatte.²⁶⁶ Diese zunächst mehr diskursive als programmatische Wende, an deren Ursprung eine reine Kommunikationsstrategie stand, betraf dabei am meisten die Freisinnigen, die sich damit mehr oder weniger bewusst von ihrer historischen Selbstdarstellung als staatstragende Partei verabschiedeten.

Waldsterben und „Weltuntergangsstimmung“

Das Ende der sorglosen Zukunftsorientierung wurde 1983 auch von der Allgegenwärtigkeit der Umweltthematik markiert, besonders als das Thema des Waldsterbens ab dem Sommer 1983 unvermeidbar wurde. Bei der SP hatte sich die Frage der Umweltschutzpolitik seit den 1970er Jahren unter dem Druck der neuen grünen AktivistInnen besonders akut gestellt, wobei die internen Meinungsunterschiede seit der Diskussion um die Atomschutzinitiative nicht kleiner geworden waren. Unter dem Eindruck der anhaltenden Rezession war das Unbehagen des gewerkschaftlichen Flügels in der Frage der Kompatibilität von „rot“ und „grün“ weiter spürbar. Die Forderung an die SP, eine

²⁶² SSA Ar 1.230.9, Strahm, Rudolf: Fakten + Argumentenblätter nur für Kandidaten, Die FDP, [1983].

²⁶³ Die Inseratenkampagne der waadtländischen Partei fokussierte bspw. auf die Verteidigung der Errungenschaften in den Bereichen der Arbeits-, Wohn- oder Kaufkraftpolitik. Inserate „avec nous, défendez votre emploi. Parti socialiste vaudois“; „avec nous, défendez votre logement. Parti socialiste vaudois“; „avec nous, défendez votre pouvoir d’achat. Parti socialiste vaudois“; „avec nous, défendez l’environnement“, in: Tribune - Le Matin, 02.10.1983.

²⁶⁴ Vgl. dazu Tanner: Etatismus und Antietatismus in der Linken, 1983.

²⁶⁵ Grüne Flut und rote Ebbe im Wahlkampf, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.09.1983.

²⁶⁶ Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 423; Doering-Manteuffel; Raphael: Nach dem Boom, 2010.

Arbeiterpartei zu bleiben, ging somit einher mit der Verteidigung des technischen Fortschrittes, wie im Plädoyer von René Felber am Parteitag: „Il n'y aurait pas de grands congrès du PSS s'il n'y avait pas eu de progrès techniques qui aient permis à nos aînés de revendiquer la place la plus juste pour les travailleurs. Nous ne construirons pas demain des halls de production d'énergie avec des écologistes qui pédaleront pour fournir le courant aux travailleurs qui seront derrière leurs machines.“²⁶⁷ Die Möglichkeit eines „roten Umweltschutzes“²⁶⁸ stand dabei im Zentrum dieses Parteitages. Die Berichterstattung konzentrierte sich aber vor allem auf die Lancierung einer Umweltinitiative Diese enthielt die Forderung, das Fahrtempo zu reduzieren, welche viel Diskussion – und Kritik, vor allem im *Blick* – auslöste. Die SP war sich bewusst, dass sie damit auch Stammwähler „vertäuben“ konnte, besonders in der weniger umweltsensiblen Romandie.²⁶⁹ Sie machte damit aber Schlagzeilen im Wahlkampf und konkurrenzierte die Grünen auf ihrem Terrain – die Delegiertenversammlung der GPS hatte kurz zuvor eine Einschränkung des Autofahrens auf jeden zweiten Tag als Massnahme gegen das Waldsterben vorgeschlagen.²⁷⁰

Auch bei den bürgerlichen Parteien nahm die Frage des Umweltschutzes 1983 einen bedeutenden Platz ein. Seit Ende der 1970er Jahre stellten auch für sie die grünen Parteien, insbesondere in suburbanen und (ehemals) ländlichen Regionen, ernsthafte Konkurrenten dar; diese drängten sie auch dazu, eine konsequente Umweltschutzpolitik über „grüne“ Slogans hinaus zu verfolgen.²⁷¹ Für die Wahlen von 1983 verwiesen somit alle bürgerlichen Wahlprogramme auf den Umweltschutz als grundsätzliches Ziel; ferner erklärte die Presse die Verabschiedung des ambitionierten Umweltgesetzes im Herbst 1983 mit der Ankunft des Waldsterbens in der Politik im Sommer 1983 und der Perspektive der Wahlen, welche selbst Bürgerliche dazu gedrängt habe, Schritte in Richtung der Umweltbewegung zu machen.²⁷² Mit dem verschärften Wettbewerb zwischen den Parteien, aber auch zwischen Kandidierenden, war „Grün [...] Trumpf quer über alle Parteigrenzen hinweg“ geworden, wie die Schweizer SVP nach den Wahlen bemerkte.²⁷³ Die Grünmalerei der Bürgerlichen wurde dabei erneut Zielscheibe der Humoristen: Auf einer Karikatur des Nebelspalters folgen ihre Vertreter auf einem luftverpestenden Traktor einem Hippie und tragen gemeinsam ein Banner mit der

²⁶⁷ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

²⁶⁸ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 27.04.1983.

²⁶⁹ SSA Ar 1.230.9, Strahm, Rudolf: Fakten + Argumentenblätter nur für Kandidaten, Streit um Tempo 100, [1983].

²⁷⁰ Automobilistes, ceinture! La potion des Verts, in: 24 Heures, 05.09.1983.

²⁷¹ Vgl. zu dieser zumindest strategischen Wende, Fagagnini: Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes, 1981; Gschwendi: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft, 1986, S. 250f.

²⁷² So bezüglich des Rekursrechtes der Umweltschutzverbände, En retard d'une guerre, in: L'Hebdo, 06.10.1983. Vgl. dazu Pfister: Umwelt, 2014. Die Zürcher und die Schweizer FDP organisierten bspw. Tagungen zum Thema Umweltschutz. Damit gelte es „im Vorfeld der Wahlen der Öffentlichkeit zu demonstrieren: die FDP nimmt sich der Umweltprobleme seriös und kompetent an.“ StAZH WII 13.470, Generalsekretariat: Informationen über Wahlstrategie und Werbemittel für die eidgenössischen Wahlen 1983, April 1983; Einladung zu einer Arbeitstagung Umweltschutz und Marktwirtschaft, 20.08.1983.

²⁷³ PA SVP BE 6.2.44, Zentralvorstand, 28.10.1983. Zur Frage der „Umwelt“-Kandidaturen, vgl. Kap. 6.

Aufschrift „Wir sind alle für Umweltschutz“.²⁷⁴ Tatsächlich leistete sich keine bürgerliche Partei eine direkte Opposition zur Umweltschutzpolitik, selbst wenn alle auf das Problem des Waldsterbens nur mit Verspätung reagierten. Insbesondere die Schweizer SVP versuchte erneut eine „grüne“ Tradition für sich zu beanspruchen und sie dabei im bürgerlichen Sinne umzudeuten, oder wie ihr Generalsekretär Max Friedli erklärte: „Wir waren schon grün, als manche Grüne noch lange rot waren.“²⁷⁵ Auf der Linie ihres Kampagnenslogans „Taten statt Theorien“ lehnte die SVP dabei „Theorien, die das ‚Grüne‘ vom Himmel herab versprechen“ ab; ihr Beitrag zur grünen Problematik liege hingegen im Fokus auf „kleine Strukturen“.²⁷⁶ Jedoch war selbst die Opposition zu Grossprojekten wie dem Bau weiterer Nationalstrassen im Namen des Landschaftsschutzes parteiintern umstritten. Innerhalb der Zürcher SVP wuchs der Graben zwischen den traditionellen Bauern- und den IndustrievertreterInnen, angefangen bei den Autolobbys.²⁷⁷ Der grüne Wahlkampftrumpf liess sich tatsächlich mit der wirtschaftsfreundlichen Linie der meisten Bürgerlichen schwer vereinbaren. Seit Anfang des Jahrzehnts hatten einige PolitikerInnen aus verschiedenen bürgerlichen Parteien sogar damit begonnen, offensiv gegen die als zu „grün“ empfundene Verkehrspolitik der Stadt Zürich Stellung zu beziehen.²⁷⁸ Besonders deutlich formulierte der Zürcher SVP-Parteipräsident im Wahlkampf seine Kritik an der Umweltpolitik als Modetrend, welcher nur auf „Panikmacherei“ und „Weltuntergangsstimmung“ basiere.²⁷⁹ Auch wenn Blocher Stimmenverluste aufgrund dieses Themas befürchtete, kritisierte er die Haltung der anderen bürgerlichen Parteien, welche sich „Weltuntergangsschmerz als politische Konzession auf die Fahne schrieben“.²⁸⁰ Die Zürcher SVP begann so mit der Umweltfrage gegen die Grünen, und nicht in Konkurrenz zu ihnen, zu politisieren. Der *Zürcher Bote* warf grüne Aktivistinnen und die Linken der 1968er-Bewegung in denselben Topf: Nun solle man die „naturgrüne Tarnkappe von den Köpfen der alternativen Propagandisten [ziehen], um die hasserfüllten roten Köpfe zu erkennen“.²⁸¹ Die Grüne Partei sei laut Blocher eine „absolutistische Gruppe“, für welche die Welt ein „mittelalterlich geschütztes Paradies“ sei.²⁸² Über seine Opposition zur Neuen Linken hinaus vermischte sich Blochers Kritik an der „Umweltschutzhysterie“ wieder mit derjenigen der Wirtschaftsfeindlichkeit und setzte sie gleich mit dem „Aufziehen einer übertriebenen Staatsbürokratie“ und der Bedrohung von

²⁷⁴ Wir sind alle für Umweltschutz, in: Nebenspalter, 38, 1983.

²⁷⁵ Bundesratsparteien im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen (I). Schweizerische Volkspartei (SVP), in: Vaterland, 6.10.1983.

²⁷⁶ Taten statt Theorien, in: Der Bund, 9.08.1983.

²⁷⁷ Im Jahr 1983 liess sich diese Spannung im Fall des umstrittenen N4-Projekts in Knonaueramt bereits spüren. Bundesratsparteien im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen (I). Schweizerische Volkspartei (SVP), in: Vaterland, 6.10.1983. Vgl. dazu Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 70ff.

²⁷⁸ Gemeinsam mit der 1981 gegründeten rechtsbürgerlichen „Bürgeraktion“. Gschwendi: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft, 1986, S. 237f.

²⁷⁹ Mit Zuversicht in den Wahlkampf, in: Zürcher Bote, 15.07.1983.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ Die radikalen Grünen: der sichere Weg in die Katastrophe, in: Zürcher Bote, 12.08.1983.

²⁸² Vor einem schicksalhaften Urnengang, in: Zürcher Bote, 21.10.1983.

Arbeitsplätzen.²⁸³ Somit zeichnete sich in der Frage des Umweltschutzes eine beginnende Polarisierung ab, die in den kommenden Jahren, insbesondere durch die Gründung der Auto-Partei verstärkt zum Ausdruck kam. Entscheidend dafür war die Deutung des Umweltschutzes als wirtschafts- und daher auch arbeitnehmerfeindlich, die rechts, aber auch links Anklang fand. Hier wurde das alte, dem Erfolgsmodell Schweiz zugrundeliegende Narrativ der wirtschaftlichen Rationalität spürbar, welche es bei der Gewichtung von sozialen oder umweltschutzorientierten Reformen zu berücksichtigen gelte.²⁸⁴

3.2. Das Epos des politischen Handelns

Ab den 1960er Jahren setzte sich in Schweizer Wahlkämpfen eine neuartige Art von Narrativ durch, nämlich jenes der effizienten, rationalen, pragmatischen Sachpolitik im Gegensatz zur verpönten Ideologie. Diese Wende in den Parteidiskursen wurde mit dem Begriff der „Entideologisierung“ bezeichnet, der um diese Zeit allgegenwärtig wurde. Er fungierte als Ausdruck einer wünschenswerten Entwicklung in der intellektuellen Debatte sowie als analytisches Werkzeug für Politikwissenschaftler, aber auch als Selbstbeschreibungswerkzeug und Narrationsstrategie für politische Akteure. Über den reinen Eindruck der programmatischen Angleichung der Bundesratsparteien hinaus führte dieser Prozess ferner dazu, dass sie zunehmend versuchten, sich durch die Inszenierung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit darzustellen.

Entideologisierte Politik?

Ende der 1950er Jahre hatte sich in den westlichen liberalen Demokratien der Befund oder wenigstens der Wunsch verbreitet, dass die Politik von Ideologien zunehmend befreit würde. In seinem Buch von 1960 ergänzte der US-amerikanische Soziologe Daniel Bells die früheren Thesen von Albert Cohen und Raymond Aron zur Obsoleszenz des Kommunismus mit der Analyse eines neuen Konsenses im Westen zur Marktwirtschaft, zum Aufbau des Wohlfahrstaates sowie zu einer dezentralen und pluralistischen Demokratie.²⁸⁵ Auch das Modell der *catch-all* Volkspartei von Kirchheimer bezog sich insbesondere auf die Neuorientierung der SPD als Volkspartei im Zuge des Bad-Godesberger Programms und sollte den Trend einer Positionierung in der politischen Mitte aufzuzeigen.²⁸⁶ Eine ähnliche Annäherung an die Mitte kennzeichnete ebenfalls die Schweizer Politik, wobei der Antikommunismus besonders als Motor der politischen Integration der Sozialdemokraten wirkte. Im Kontrast zu den Diskursen um eine spezifisch schweizerische Mässigung und Konsensorientierung

²⁸³ „Taten statt Theorien“ bei der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 03.10.1983.

²⁸⁴ Irène Hermann hat gezeigt, wie Abstimmungen seit dem 19. Jahrhundert sich besonders gut für beängstigende Narrative geeignet haben, welche den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft absoluten Vorrang gaben. Hermann: Introduction, 2011.

²⁸⁵ Bell: The End of Ideology, 2000. Zu dieser Diskussion im Laufe der 1950er Jahre, siehe Tavoillot: Les idéologies après la fin des idéologies, 2011.

²⁸⁶ Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, 1965.

übernahmen zeitgenössische Beobachter der Schweizer Politik wie Max Imboden oder Erich Gruner den Befund der Entideologisierung aus der internationalen Diskussion. Während Ersterer dabei ein „Bild wachsender Gleichförmigkeit“ zwischen den Parteien mangels einer „konstruktiven und kraftvoll überlegenen Opposition“ bedauerte, führte Letzterer diesen Prozess, wie in anderen Demokratien, auf die Entschärfung der historischen Gegensätze sowie auf die Entstehung der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ zurück.²⁸⁷ Die seit dem 19. Jahrhundert konsolidierten parteipolitischen Ideologien fungierten folglich immer weniger als Existenzberechtigung für die Parteien und als Basis von soziopolitischen Identitäten.

Die Wahlkämpfe der 1960er Jahre zeigten tatsächlich ein besonders flaches Profil der Bundesratsparteien, welche sich weniger als zuvor antikommunistischer Diskurse, dafür aber sehr ähnlicher diskursiver Floskeln bedienten, so beispielsweise 1963 mit „Wohlstand für alle“, „harmonische wirtschaftliche Entwicklung“ oder „die Zukunft gestalten“, sowie identische Konzepte und Fortschrittsvorstellungen propagierten, namentlich Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie oder Sicherheit.²⁸⁸ Positionen in der „Mitte“ waren besonders en vogue und entsprachen einer Art von „moralischer Überlegenheit der Durchschnittlichkeit“.²⁸⁹ Diese Position beanspruchte insbesondere die BGB für sich, wie 1967 mit dem Slogan „Mut zum Konformismus, keine Änderung am Bewährten und massvolle Evolution des Bestehenden“. Ihre doppelte Benennung ab 1971 (Union démocratique du centre/Schweizerische Volkspartei) verband auch diese Mitteorientierung mit einem Repräsentationsanspruch auf den Mittelstand sowie auf das gesamte Volk.²⁹⁰

Entideologisierung als Narrationsstrategie

Mehr als einem mess- und unvermeidbaren Wechsel von einem ideologischen zu einem ausgeglichenen, sachlichen, dafür aber farblosen Politikstil entsprach dieser Trend dabei einem Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie die Schweizer Parteien in Zeiten der Zauberformel und später des *helvetischen Malaises* die Wählenden zu mobilisieren versuchten. Zur Entideologisierung der politischen Narrative trugen die Parteien bewusst bei, da sie zunehmend davon ausgingen, dass die alten ideologiebeladenen Diskurse bei der neuen Wählerschaft nicht mehr punkteten. Diesen Befund teilte der SP-Sekretär Benno Hardmeier 1959 im Kontext der Programmreform den Lesenden der *Roten Revue* mit:

„Meines Erachtens sollte die Sozialdemokratie *auf jede Ideologie, wie immer sie sich auch nennen oder tarnen mag, verzichten*, denn es gehört zum Wesen einer jeden Ideologie, dass *die Gesamtheit des vielgestaltigen Lebens unter einem bestimmten Blickwinkel gesehen wird*; statt des Ganzen wird dann nur noch ein Teil erkannt und anerkannt, wobei dieser Teil – und das ist das Verhängnisvolle – als Ganzes genommen wird. [...] Zweifellos vergrössern die

²⁸⁷ Imboden: *Helvetisches Malaise*, 1964, S. 16; Konso: *Der Schweizer Wähler 1963*, 1963, S. 5f.

²⁸⁸ Zitiert nach Gruner; Siegenthaler: *Die Wahlen in die eidgenössischen Räte*, 1964, S. 118.

²⁸⁹ Jost: *Tradition und Modernität*, 2007, S. 37.

²⁹⁰ Dazu Skenderovic: *Bauern, Mittelstand, Nation*, 2013, S. 60.

Ideologien die bestehenden Unterschiede und Differenzen noch, wodurch das friedliche Zusammenleben der Völker und Menschen zusätzlich erschwert wird. Auch aus diesem Grunde scheint es mir angebracht, dass *der demokratische Sozialismus auf ideologische Bindungen verzichtet*.²⁹¹

Diese Ansicht hinderte Hardmeier jedoch nicht daran, in seinem programmatischen Artikel von der „Grundsatztreue“ zu sprechen und als Säule der Sozialdemokratie die Gerechtigkeit, die Arbeit, den Wohlstand oder die Kulturpolitik für alle zu nennen. Die SP brauche nämlich keine Ideologie, dafür aber weiterhin „Ideen“ – bereits hier wird deutlich, dass die Ablehnung einer Ideologie in der Schweiz vorwiegend das Schreckbild des Kommunismus betraf, während die Parteien nach wie vor eine Ideologie im Sinne eines Sets von Ideen, Werten, Glaubenssätzen oder Annahmen einsetzten – und wie jede politische Gruppe auch benötigten.²⁹² Die Entideologisierung stellte insofern eine Narrationsstrategie der Parteien dar, für welche auch der Fokus der Werbung auf ein möglichst positives Parteiimage statt auf ideologiebeladene Aufklärung eine wesentliche Rolle spielte. Bald wurden jedoch innerhalb der Parteien Stimmen laut, welche wie Imboden die Entideologisierung als Verarmung des politischen Lebens kritisierten, deshalb eine Re-Ideologisierung der Politik forderten und sich sogar auf neue Protestwellen inner- und ausserhalb der Parteien freuten.²⁹³ Mit der 1968-Bewegung einerseits und den neuen rechtsradikalen Bewegungen andererseits erlebten tatsächlich ideologiebeladene Auseinandersetzungen eine spektakuläre Rückkehr.

Die Bundesratsparteien beharrten dennoch für den Wahlkampf von 1971 auf der Entideologisierung als durchdachte Narrationsstrategie für ihre politische Kommunikation; sie sollte eine beruhigende Ansprache jener Wählenden ermöglichen, welche gerade durch die beschleunigten sozialen Veränderungen verunsichert waren und konkrete Zeichen des politischen Handelns erwarteten. Laut Nello Celio würde eine Partei wie der LdU aus Themen wie Teuerung, Benzinzoll, Autobahnen oder der Finanzordnung politisches Kapital schlagen, „in der richtigen Erkenntnis, dass Wahlschlachten heute mit Sachproblemen gewonnen werden, nicht aber mit Parteiideologien“.²⁹⁴ Diese Ansicht vertrat er auch am Parteitag vor den Wahlen:

„Die Zeit ist endgültig vorbei, wo die Parteien einer *unabänderlichen politischen Linie* folgend, sich vorwiegend mit *Weltanschauungen und ethisch-philosophischem Gedankengut* befassen konnten... Probleme der Ökonomie und Technik haben die Oberhand gewonnen, *deren Lösungen nicht überlieferten Schemata oder den Theorien der Lehrbücher entnommen werden können*“.²⁹⁵

Bei den ChristlichdemokratInnen berührte mit der Parteireform die Strategie der Versachlichung oder Entideologisierung die Parteiidentität selbst. Zwar blieb die christlich fundierte Weltanschauung das

²⁹¹ Hardmeier: Die Sozialdemokratie vor neuen Aufgaben, 1959, S. 34.

²⁹² Vgl. zur Ideologie als Bindeglied von Gruppen, Dijk: Ideology, 1998, S. 119ff.

²⁹³ Jaeggi: Auf der Suche nach einer linken Opposition, 1966; Adank: Um die Re-Ideologisierung in der Politik, 1969; Reich: Image und Stellenwert der schweizerischen Parteien, 1969.

²⁹⁴ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 2.12.1970.

²⁹⁵ Dietschi: 60 Jahre Eidgenössische Politik, 1979, S. 392.

Fundament der Partei, jedoch sollte sich die neue CVP nicht mehr als kulturkämpferisch, sondern als problemlösungsorientiert darstellen. Laut dem Generalsekretär Urs Reinhardt war nämlich das gegenwärtige Erscheinungsbild der ChristlichdemokratInnen für jüngere, urbane Wählende zu konservativ, während es „diesen Leuten [...] vor allem um Veränderung des Bestehenden, um Reformen und neue Konzeptionen, Aufstieg und Fortschritt“ oder zusammengefasst um den Begriff der „Funktionsfähigkeit“, und nicht mehr um „Legitimität“ gehe.²⁹⁶ Dies erfordere aber nicht nur, sich von traditionellen Markern der Ideologie zu distanzieren, sondern auch eine reformfreundige Haltung einzunehmen. Während die deutschen und österreichischen SozialdemokratInnen bewiesen hätten, dass sie „die richtigen Männer“ hätten, würden die ihnen gegenüberstehenden CDU und Österreichische Volkspartei (ÖVP) keine glaubwürdige Alternative bieten – „über die Parole ‚Keine Experimente‘ der ÖVP brauchen in einer experimentier- und bewegungsfreudigen Zeit und Gesellschaft keine Worte verloren werden“²⁹⁷ – so Reinhardt.

Wettkampf um die Handlungsfähigkeit

Da die Bundesratsparteien sich aber in einem zunehmend politikverdrossenen Klima vermehrt voneinander differenzieren mussten, griffen sie nun auf das diskursive Register des Handelns zurück. Gegenüber Aussenseiterparteien wie dem LdU konnten die Freisinnigen ihre Angriffspläne leicht auf die „Führungslosigkeit/Ziellosigkeit“ der unabhängigen Bundeshausfraktion konzentrieren.²⁹⁸ Aber auch gegenüber den Bundesratspartnern grenzten sich nun die Bundesratsparteien mangels ideologischer Unterschiede durch eine Selbstdarstellung als jeweils handlungsfähigste Partei ab. Die Politikwissenschaftler André Daguet und Peter Vollmer beschrieben diese Folge der Entideologisierung treffend in einer vergleichenden Analyse der Parteimanifeste für die Wahlen von 1967: „Die Parteien bieten keine ausgesprochenen politischen Alternativen an. Mehr noch, sie verdrängen politische Fragen mit den Forderungen ‚besser‘ oder ‚rationeller‘ in den administrativen und technischen Bereich.“²⁹⁹ Die Parteilogans von 1971 machten diesen Fokus auf den angeblichen Dynamismus und die Handlungsfähigkeit der Parteien als Marke sichtbar, wie besonders jene der CVP und der BGB/SVP: „CVP die Partei der dynamischen Mitte“; „Gewusst wohin: CVP“; „Klarer Kurs: BGB“. Die CVP inszenierte ihren Dynamismus sowohl mit der Hervorhebung ihrer eigenen Parteireform als auch mit ihren Forderungen zu einer breiteren Staatsreform, beginnend mit der

²⁹⁶ Reinhardt stützte sich dabei auf die Ergebnisse der WEMA-Studie, zitierte aber auch eine Analyse des CDU-Sekretärs Bruno Heck beim Mainzer Bundesparteitag vom November 1969: „Das statische Prestige von Rang, Namen und Stellung ist für sie bedeutungslos geworden. An seine Stelle sind Leistungsfähigkeit und Leistung getreten. Erfolg beruht für diese Gruppe auf der Veränderung und Sicherheit auf dem Erfolg“. BAR J2.181 1987/52_25_280, Reinhardt, Urs: Das Selbstverständnis der Partei und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, Exposé vor dem leitenden Ausschuss, 22.06.1970.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

²⁹⁹ Daguet; Vollmer: Wahlmanifeste und Parteipolitik, 1971, S. 43.

Totalrevision der Bundesverfassung und der Reform des Wahlrechts hin zu einer verstärkten Personalisierung. Ihr war es sogar gelungen, sich diese allgegenwärtige Reformdiskussion der 1960er Jahre zu eigen zu machen und sich damit zu profilieren.³⁰⁰ Die Freisinnigen ihrerseits schlossen in ihre Erzählungen des politischen Handelns eine personalisierte Dimension ein: Während die Waadtländer den Slogan „Les radicaux agissent avec votre appui“ propagierten, verwendete die Schweizer Partei den Slogan „Der Freisinn hat kluge Köpfe“ und stellte dabei die populären Bundesräte Nello Celio und Ernst Brugger ins Rampenlicht. Die Wählenden selbst und die direkte Demokratie tauchten in diesen Erzählungen des politischen Handelns selten auf, obwohl Letztere in diesen Jahren einen bedeutenden Störfaktor darstellte und gerade das hochgepriesene Handeln der Parteien einschränken konnte. Die waadtländischen Freisinnigen sahen 1971 die helvetische Demokratie sogar in einem klar repräsentativen Verhältnis im Sinne der *responsiveness* der Gewählten gegenüber ihren Wählenden mit dem Motto: „*La démocratie: un contrat entre élus et électeurs*“.³⁰¹ Der Wahlkampfkalender diente nun auch der Inszenierung des parteipolitischen Handelns. So wurden die Parteitage und Delegiertenversammlungen zu Eckterminen des Wahlkampfs für die Medien, da während diesen die Annahme der eigentlich schon weit im Voraus verabschiedeten Wahlprogramme inszeniert wurden.³⁰²

Das wachsende Gebot der politischen Transparenz sowie das Interesse der Medien an Programmen und Campaign-Stories stellten aber die Parteien vor die Herausforderung, dass ihre Programme zunehmend (kritisch) kommentiert wurden und ihre tatsächliche Verwirklichung überprüft werden konnte. Dabei stellte sich für die Bundesratsparteien das Problem der kollektiven Regierungsverantwortung im schweizerischen nichtparlamentarischen System. Für die FDP sei deshalb „das Image der Regierungsparteien [...] zu verbessern durch klare politische Haltung, durch Zusammenarbeit im Sinne von Regierungsrichtlinien und Minimalprogramm und durch verstärkte Informationen.“³⁰³ Und in der Tat betrieben die Bundesratsparteien teilweise eine gemeinsame politische Kommunikation, strebten aber auch danach, sich die Verdienste des gemeinsamen politischen Handelns jeweils selbst zu eigen zu machen. Dies galt insbesondere für die staatstragende FDP, deren Leistung der Schriftsteller Hans Gmür, mit der Kreation des Werbespots der Partei beauftragt, folgendermassen darstellen wollte: „Als Regierungspartei, die seit Jahrzehnten an vorderster Front verantwortlich wirkt, darf die FDPS ohne weiteres auf *die positiven Seiten in unserem*

³⁰⁰ Während 1967 die meisten Parteien diese Thematik ansprachen, tat dies 1971 vor allem die CVP. Ebd., S 7ff.

³⁰¹ ACV PP 175/9, Flugschrift „Les radicaux vous doivent des comptes“, [1971]. Insofern unterscheiden sich Wahlkampfdiskurse in der Schweiz um 1970 vom gleichzeitigen bundesrepublikanischen Fokus auf Demokratie mit Willy Brandts Motto „Wir wollen mehr Demokratie“.

³⁰² Vgl. Kap. 7.2.

³⁰³ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Die eidgenössischen Wahlen 1971. Lagebericht – Massnahmenplanung und Richtlinien, Oktober 1970.

Staate hinweisen, hingegen werden diese zeitlich nicht allzu breit dargestellt.³⁰⁴ Damit strebten die Freisinnigen an, ihre eigene Handlungsbilanz mit dem Erfolgsmodell Schweiz diskursiv zu verknüpfen. Auch sie bemerkten aber ein Unbehagen gegenüber der gegenwärtigen Profillosigkeit der helvetischen Politik und somit empfahl im Vorfeld der Wahlen von 1971 ein Wahlkampfplan folgende Richtlinien:

„Dem Vorwurf an die Parteien, ihre Programme seien *kaum zu unterscheidende Deklarationen* ohne Gewähr für Verwirklichungen der einzelnen Postulate, ist zu begegnen. *Die Verwirklichung von Programmpunkten, die laufende Aktualisierung der laufenden Programmatik unter der Betonung der Differenzierung zu andern Parteien* müssen die leitenden Parteinstanzen aller Parteiarbeit voranstellen.“³⁰⁵

Die Partei bearbeitete also „Realisierungsmassnahmen“, die hauptsächlich die Form von Vorstössen im Parlament annahmen.³⁰⁶ Nicht nur bei der FDP planten Parlamentarier ihre Interventionen im Parlament zunehmend im Hinblick auf die mediale Berichterstattung; Diese stellten vielmehr für alle Bundesratsparteien einen wichtigen Weg dar, um trotz Zusammenarbeit im Bundesrat ihre eigene politische Handlungsfähigkeit darstellen zu können. Der SP stand immerhin der Weg der Einreichung von Initiativen offen, um ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. Um die Glaubwürdigkeit der SP-Programmatik zu zeigen, erwähnte somit Helmut Hubacher im *Volksrecht* sowohl die Arbeit der SP-Bundesräte, insbesondere das Engagement von Hans-Peter Tschudi für die 8. AHV-Revision und den Umweltschutz, aber auch die neue SP-Initiative zur AHV sowie jene zum Bodenrecht.³⁰⁷ Gerade diese Initiativen machten den Handlungswillen der SozialdemokratInnen deutlich, aber auch ihren begrenzten Einfluss im politischen System, wenn SP-Initiativen wie jene zum Mieterschutz vom Ständemehr abgelehnt werden konnten und als Druckmittel für alternative Massnahmen selten funktionierten.

Die Zauberformel wird in Frage gestellt

Da die Handlungsfähigkeit der Parteien von aussen, aber auch von den Parteien selbst in den Vordergrund gerückt wurde, stellte sich bei jedem Wahlkampf verschärft die Frage der Zweckmässigkeit ihrer Zusammenarbeit im Bundesrat. Insbesondere in den Reihen der SP und der CVP waren kritische Stimmen zur Zauberformel zu hören. Auch wenn kritische SozialdemokratInnen bei den Parteitag von 1968 und 1970 eine offene Diskussion über die Bundesratsbeteiligung gefordert hatten, wiederholte die Partei ihre vorsichtige Haltung dazu in ihrem Wahlmanifest:

„Die Sozialdemokraten sind im Bundesrat vertreten, *weil dies die schweizerische Politik im Sinne der Interessen der Arbeitnehmer zu beeinflussen vermag*. Das ist unbestreitbar der Fall bei

³⁰⁴ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 26.04.1971. Der Freisinn wollte auch nicht den Eindruck erwecken, dass er an „Selbstbeweihräucherung“ denke.

³⁰⁵ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 1971, August 1970.

³⁰⁶ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 1.03.1971; 3.06.1971.

³⁰⁷ Wahl-Manifest 71. Welchen Kurswert hat das SP-, „Börsenpapier“?, in: *Volksrecht*, 8.05.1971.

der *Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit* [...]. Die erreichten Ziele können zwar nicht mit jenen der SP Schweiz gleichgesetzt, *jedoch auch keineswegs verachtet werden.*³⁰⁸

Auf diese Weise versuchte die SP, ihren Beitrag zu den sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit trotz des Korsetts der Regierungsbeteiligung zu betonen. Auch ihr Kampagnenmotiv, ein Gegengewicht, sollte laut den SP-Werbeberatern die Gegenmachtposition der SP im politischen System – mit dem Slogan „SP, das Gegengewicht“ – oder sogar die Möglichkeit radikaler Veränderungen – „Es ist an der Zeit, die Gewichte zu verlagern“ (Abbildung 12) – symbolisieren.³⁰⁹

Aber es war die CVP, die 1971 diesem unbequemen parteipolitischen Gleichgewicht einen Schlag zu versetzen versuchte: Früh im Wahljahr stellte der viel kommentierte Programmentwurf der gesellschaftspolitischen Kommission die Bedingungen des politischen Handels in der Regierungskoalition öffentlich in Frage, indem sie von ihren Partnern eine Vereinbarung über ein Regierungsprogramm als Bedingung ihrer Regierungsbeteiligung verlangte.³¹⁰ Hintergrund für diese Aktion war zunächst die Reformfreudigkeit der ChristlichdemokratInnen bezüglich ihrer eigenen Partei und darüber hinaus hinsichtlich der Spielregeln im politischen Feld. Die mangelnde Popularität und sogar Umstrittenheit ihrer Bundesräte Roger Bonvin und vor allem Ludwig von Moos spielte dabei eine wesentliche Rolle. Für den Parteipräsidenten Josef Kurmann war Anfang 1971 klar, dass beide Bundesräte Ende des Jahres demissionieren sollten; gleichzeitig meldeten potenzielle Bundesratskandidaten wie Kurt Furgler oder Leo Schürmann ihre Ambitionen an.³¹¹ Selbst wenn diese Diskussion also parteiinternen Machtlogiken in Bezug auf zukünftige Bundesratswahlen entsprach, ist der Reformvorschlag der CVP auch als Wahlkampfakt zu verstehen: Den ChristlichdemokratInnen ging es dabei darum, im Wahlkampf ihren eigenen Handlungswillen trotz Bundesratsbeteiligung zu inszenieren und den Wählenden eine richtige Wahl zu einem Programm vorzuschlagen, so Kurmann:

„Nicht zu unrecht werde ich immer wieder gefragt, *was eigentlich Wahlprogramme zu bedeuten hätten.* Natürlich kann man den Bundesrat ohne Koalitionsverhandlungen zusammensetzen. *Aber der Wähler hat ein Recht darauf, dass das, was ihm im Programm angeboten wurde, auch verwirklicht wird.* Wenn es uns nicht gelingt, auf die nächsten Wahlen hin deutlich zu machen, dass das Wahlprogramm auch ins Gespräch zwischen Partei und Fraktion hineingetragen wird, um so deutlich zu machen, dass der Wähler wirklich mitgestalten kann, *werden wir nicht reüssieren.*“³¹²

³⁰⁸ Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Manifest 1971, 1971, S. 34.

³⁰⁹ SSA Ar 27.600.1, Werbeagentur Wälchli, Aktionsleitfaden Wahlkampagne Herbst 1971, [1971]; SNL_1971_425, o.A.: SP, Das Gegengewicht, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Plakat, 1971.

³¹⁰ Absage an die Zauberformel? Vorentwurf zum Aktionsprogramm 1971-1975 der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz, in: Der Bund, 02.02.1971.

³¹¹ BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss und Fraktionsvorstand, 19.02.1971.

³¹² BAR J2.181 1987/52_25_285, Leitender Ausschuss, 8.01.1971.

Auch die Werbeexperten der Partei plädierten dafür, ein richtiges „Regierungsprogramm“ anzubieten. Dies zeige den „Führungs- und Regierungswillen der CVP, verkörpert durch die Männer der Teams“, sowie „ihre Glaubwürdigkeit durch die Bereitschaft zur Verantwortung – und zum Risiko!“³¹³

Manche CVP-Kader und insbesondere eidgenössische Parlamentarier zeigten sich allerdings äusserst skeptisch gegenüber dieser Kommunikationslinie. Obwohl die meisten anerkannten, dass in den Worten von Martin Rosenberg die „Formel 59 [...] keinen Ewigkeitswert“ habe, stellten sie die Vergleichbarkeit der eidgenössischen Politik mit ausländischen parlamentarischen Systemen mit einer Mehrheit und einer Opposition in Frage – erwähnt wurden zumeist angelsächsische Länder, wobei die grosse Koalition in der BRD seit 1969 wohl auch eine Rolle spielte.³¹⁴ Andere CVP-Kader warnten vor den unmittelbaren Auswirkungen einer solchen Offensive auf die gegenwärtige Machtverteilung. Sie hätte impliziert, nicht nur die zwei amtierenden CVP-Bundesräte indirekt zu desavouieren, sondern auch den CVP-Repräsentationsanspruch im Bundesrat zu gefährden. Besonders scharf fiel schliesslich Martin Rosenbergs Einwand aus: „Wenn man sagt, die Opposition müsse ein Alternativprogramm aufstellen, müssten wir dieses Programm zuerst haben.“³¹⁵ Im Parteiorgan *Vaterland* erinnerte Rosenberg sogar daran, dass die heutige Zusammensetzung des Bundesrates, dessen Grundanliegen 1959 „nicht der ‚Regierungsprozess‘, sondern die Beseitigung einer ungerechtfertigten Übervertretung einer Partei“ war, jederzeit mit der Erreichung neuer Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändert werden könne. Wenn der Willen dazu aber fehle, sei die Forderung nach einem Koalitionspakt schlichtweg unglaublich.³¹⁶

Schliesslich wurde das Wahlprogramm der CVP lediglich „Aktions-“, und nicht „Regierungsprogramm“ getauft.³¹⁷ Die Partei schlug zwar vor, Regierungsrichtlinien zwischen Koalitionspartnern zu verfassen, dies sollte nun aber zwar noch vor den Bundesratswahlen, aber erst nach den Parlamentswahlen auf der Basis der jeweiligen Aktionsprogramme geschehen. Nur so könne, so Reinhart, „das Übermass an lähmender Konkordanz [...] beschnitten, die politische Konkurrenz wieder vermehrt zum Spielen gebracht werden im Interesse einer zielstrebigeren und geschlossenen Bundespolitik. Wer wünschte nicht, dass die Probleme unseres Landes zugriffig angepackt und zügig gelöst werden?“³¹⁸ Für die CVP war diese Position weniger riskant, als wenn sie ihre Bundesratszusammenarbeit an die Vereinbarung eines Regierungsprogramms geknüpft hätte – trotz den Verlautbarungen einiger Repräsentanten war klar, dass die Partei auf keinen Fall auf ihre Bundesratsmandate verzichten würde.

³¹³ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbepanung, [1971].

³¹⁴ BAR J2.181 1987/52_25_285, Leitender Ausschuss, 08.01.1971.

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ Wie die *Tagwacht* berichtete, Im Vorfeld der Nationalratswahlen. CVP-Höhenflug abgeblasen?, in: *Tagwacht*, 11.02.1971.

³¹⁷ BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss, 19.02.1971.

³¹⁸ Nationalratswahlen 1971: Die Parteien nehmen Stellung, in: *Tages-Anzeiger*, 9.10.1971.

Allein die Forderung nach Gesprächen zur Erstellung eines Regierungsprogramms schien jedoch so neuartig, dass sie den Anfang des Wahlkampfes mit zahlreichen Medienkommentaren und (oft positiven) Stellungnahmen auf neue Weise belebte.³¹⁹ Die andere Parteien sahen sich dazu gezwungen, sich diesbezüglich zu positionieren, insbesondere als die CVP im Herbst 1971 ihnen vorschlug, sich bereits im Wahlkampf zu treffen.³²⁰ Mit ihrer Forderung hatte die CVP den Schweizer Parlamentswahlen eine neue Bedeutung gegeben, indem sie die Möglichkeit eröffnet hatte, ihnen die Funktion einer richtigen Entscheidung der Wählenden zwischen politischen Programmen zu verleihen. Somit hätte sich die repräsentative Bindung zwischen Wählenden, ParlamentarierInnen und indirekt auch Bundesräten um die Verwirklichung politischer Forderungen angereichert, wodurch Erstere aber Rechenschaft hätten verlangen können. Jedoch wurde diese Entwicklung mangels einer ambitionierten Wahlrechtsreform durch die Unmöglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit dafür zu bilden, verhindert, wie Richard Reich in der *NZZ* bemerkte.³²¹ Ebenfalls betonte die BGB, dass die direkte Demokratie in einen Widerspruch mit den von der CVP befürworteten parlamentarischen Mechanismen der Verantwortung treten könnte.³²² Vielmehr übertrumpfte bald die alte Logik der Bundesratswahlen selbst den Reformwillen der CVP, als diese Partei die Wahl von Kurt Furgler in den Bundesrat vorzuprogrammieren versuchte. Dieses Manöver wurde als Unbeständigkeit der CVP gedeutet, was auch die Wirksamkeit der von ihr lancierten Diskussion über die Zauberformel im vergangenen Wahlkampf aufzeigte.³²³ Die Offensive des LdU-Fraktionschefs Walter König gegen das „Machtkartell der Bundesratsparteien“ fand folglich einen besonders starken Anklang.³²⁴ Der CVP-Wahlkampfvorschlag mündete immerhin in die spätere Institutionalisierung der sogenannten Von-Wattenwyl-Gespräche zwischen Partei- und Regierungsspitzen, aber auch in einen einmaligen Legislaturvertrag, auf den sich die Bundesratsparteien Anfang 1972 einigten. Auch wenn dieser Vertrag im Sinne eines Minimalprogramms nicht verbindlich war, so symbolisierte er doch zumindest

³¹⁹ Les programmes électoraux. 2. Ce que vous promettent les partis, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 14.10.1971; Contrat de législature ou plutôt programme minimum. Plus que jamais nous en sommes partisans, in: Domaine public, 26.09.1971.

³²⁰ Die FDP als ältester Bundesratspartner versuchte gegenüber der CVP zu reklamieren, dass sie den gleichen Vorschlag eines gemeinsamen Minimalprogramms bereits 1966 gemacht hatte. Zudem machte sie den Einwand, dass ein Treffen erst nach dem Verdikt der Stimmbürger sinnvoll sei. Die SozialdemokratInnen ihrerseits waren von der Idee angetan und boten sich sogar für die Vorbereitung des Gesprächs an, welches Anfang Oktober stattfand. „Koalitionsgespräch“ der Bundesratsparteien, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.10.1971; BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung 13.12.1971.

³²¹ Von der Konkordanz zur Koalition? Zur Frage der Regierungsbildung, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.09.1971.

³²² Ebd.

³²³ Bundesratswahlen. Soweit nach Programm, in: Der Bund, 9. Dezember 1971. Schlussendlich war nur von Moos zurückgetreten. Um die Wahl Kurt Furglers als Nachfolger zu sichern hatte die CVP-Parteileitung vergeblich Leo Schürmann und Hans Hürlimann zum Rücktritt ihrer Kandidaturen gebeten. Vgl. Lienert: Die Bundesratswahlen 1971-1993, S. 12f.

³²⁴ Furgler kam nicht zu Fall... und die Zauberformel bleibt verewigt, in: Schweizer Illustrierte, 13.12.1971.

„den Willen zur Konkordanz“.³²⁵ Weitere Reformen des Bundesrats fanden aber nicht statt, was nicht heisst, dass die Position der Regierungsparteien komfortabler geworden war.

Reideologisierung?

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ab 1973 stand die kollektive Handlungsfähigkeit der Bundesratsparteien durch die erschwerte Kompromissfindung vermehrt auf dem Prüfstand. Bei den Wahlen von 1975 und besonders 1979 verschärfen sich ideologische Auseinandersetzungen entlang der klassischen links-rechts Konfliktlinie, wofür das neoliberale Narrativ der FDP ab 1979 ein wesentlicher Treiber war. Insofern lässt sich von einer „Reideologisierung“³²⁶ sprechen, welche teilweise von den Parteien selbst angestrebt wurde, da sie das Gefühl hatten, dass die stärkere Polarisierung die Schweizer Demokratie neu beleben und die Stimmbeteiligung erhöhen könnte. Weil die politische Handlungsfähigkeit in Zeiten verschärften politischen Unbehagens wichtiger denn je erschien, prägte das Epos des politischen Handelns die Wahlkampfnarrative der Bundesratsparteien 1983 noch grundlegend.

Bei der intern gespaltenen SP war die Frage der Regierungsbeteiligung seit den 1970er Jahren noch heikler geworden, obwohl der Parteitag von 1980 sie hätte regeln sollen. Die Notwendigkeit einer Profilierung trotz Bundesratsbeteiligung prägte dementsprechend die Strategiediskussionen der Parteikader für den Wahlkampf, wie in der Einschätzung des Parteisekretärs Jean-Pierre Métra sichtbar wird:

„le PS doit trouver le moyen de mieux se profiler comme *alternative crédible*. A être trop loyaliste, il finit par apparaître comme un des rouages, un des piliers de notre système.“³²⁷

Jedoch vermied es die Partei, ihre Bundesratsbeteiligung im Wahlkampf zu thematisieren, was in den Medien als Sieg des „krampfhaft[e]n Bemühen[s] um die Bewahrung einmal errungener Machtpositionen“ gedeutet wurde.³²⁸ Dennoch schlugen die Parteikader und insbesondere der Parteipräsident Helmut Hubacher einen besonders offensiven Ton an, um die Kritiker der Regierungsbeteiligung in den eigenen Reihen zu besänftigen. Diese neue kompromisslose Haltung des Parteipräsidiums kam besonders beim Nowosti-Fall zum Ausdruck, als der freisinnige Bundesrat Rudolf Friedrich das Berner Büro der gleichnamigen sowjetischen Nachrichtenagentur schliessen liess, mit der Begründung, sie habe über die PdA Teile der Friedensbewegung beeinflusst. Hier sparten die SP-Kader nicht mit scharfen Worten gegen Friedrich, so zum Beispiel Helmut Hubacher am Parteitag. Jedoch lehnten die SP-Delegierten eine zu scharfe Resolution zu diesem Skandal ab,

³²⁵ Hablützel: Regierungsparteiengespräche im schweizerischen Konkordanzsystem, 1986, S. 284.

³²⁶ Vatter: Das politische System der Schweiz, 2016, S. 130.

³²⁷ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 21.01.1983.

³²⁸ Der Bund, 8.10.1983, zitiert nach: Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 112. Es brauchte nicht weniger als die Nichtwahl der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen im Dezember 1983, damit die Frage in der SP wieder öffentlich diskutiert wurde.

welche neben Friedrich auch die SP-Bundesräte Ritschard und Aubert hätte in die Kritik bringen können.³²⁹ Auch wenn der Nowosti-Fall also für die SP eine Gelegenheit darstellte, ihre Oppositionshaltung zu betonen, so brachte er doch die Schwierigkeiten ihrer Bundesratsbeteiligung zum Ausdruck.

Dabei stellte sich die Forderung nach Handlungsfähigkeit auch für die bürgerlichen Parteien. Die Kampagnenpläne der Werbeberater versuchten darauf mit verstärkten Kommunikationsbemühungen zu ihrem Sein und Tun zu reagieren. Die FDP unterstrich somit im Vergleich mit den anderen Parteien weiterhin ihre Kompetenz und Effizienz unter Zuhilfenahme des Slogans „Ideen, Köpfe, beherzte Taten“.³³⁰ In ihrer Kampagne verband sie neoliberale Staatskritik mit einem Narrativ des vernünftigen Regierens:

„Période des élections – temps où la *démagogie* fleurit. Ils se multiplient à chaque fois les *vendeurs de vent, les prometteurs de ciel, les utopistes de tout acabit*. Les radicaux collent à la *réalité* des choses; pas de promesses fallacieuses, pas de garanties de bonheur, mais une analyse logique de *ce qui est possible* et un effort constant et fervent vers l’amélioration de notre vie à tous. [...] *L’Etat ne peut pas tout faire. L’Etat ne doit pas tout faire*. Nous voulons plus de liberté et moins d’Etat. [...] Il est difficile de laisser parler *uniquement la raison et le bon sens* comme le font les radicaux. Les vendeurs de paradis sont plus attirants. Mais en prenant leurs promesses pour argent comptant, vous vous préparez à de grandes déceptions.“³³¹

Sie setzte also den (linken) Utopien ein Realitätsprinzip im Kern der neuen Sparpolitik gegenüber, welches einen Bruch mit den optimistischen, ambitionierten Handlungsnarrativen von 1971 markierte und stark an das alte Narrativ der wirtschaftlichen Rationalität in der Schweizer Politik erinnerte. Auch im Bereich der Umweltpolitik betonten die Freisinnigen ihre Vernunft gegenüber den „Forderungsparteien“, wie die *NZZ* verdeutlichte:

„Dass sich dabei die Forderungsparteien und jene, die sich nur oder fast nur auf ‚grüne‘ Probleme ausrichten, am lautesten gebärden, kann nicht verwundern; ob sie der Sache mit ihren teilweise weit über das Ziel hinausschiessenden Begehren einen guten Dienst erweisen, bleibt allerdings mehr als fraglich. *Nüchternes und konsequentes Handeln wird auch hier am ehesten zum Erfolg führen*.“³³²

Am stärksten wurde dieses Narrativ der politischen Vernunft und Bodenständigkeit gegen „linke Utopien“ bei der SVP durchexerziert. Mit ihrem Slogan „Taten statt Theorien“, der in einer Sprechblase die Kernaussage des SVP-Wahlplakats bildete, setzte sie den Fokus der Kampagne auf ihre beruhigende Handlungsfähigkeit und verwies auf ihre Bodenständigkeit.³³³ Dieser Slogan

³²⁹ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

³³⁰ BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980.

³³¹ Inserat „Nous voulons une Suisse où il fait bon vivre – Pour le paradis, adressez-vous plus haut“, in: Tribune - Le Matin, 02.10.1983.

³³² Grüne Flut und rote Ebbe im Wahlkampf, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.09.1983.

³³³ NB SNL_1983_521, o.A.: Taten statt Theorien, SVP, Schweizerische Volkspartei, Plakat, 1983. Die Partei hatte auf einer ähnlichen Linie sogar folgende plakative Slogans entworfen: „Bürgerliche Taten – statt linke Theorien“; „Handeln statt versprechen“; „Arbeit statt Sprüche“ oder „Rettet die Demokratie, stoppt die

wendete die Kampagne der Zürcher Partei gegen die „Theoretisierungen“ ihrer (linken) Gegner.³³⁴ Er passte auch gut mit dem seit den Kantonalratswahlen viel rezipierten Schlagwort Blochers der „Holzschnittartigkeit“ zusammen.³³⁵ Die offensive Umdeutung des nationalen Slogans durch die Zürcher SVP drängte aber wiederum die Schweizer SVP in die Defensive, deren Parteipräsident Hofmann, als er von Journalisten danach gefragt wurde, sich klar von der „Blocher-Holzschnitt-Politik“ distanzierte und stattdessen für eine „pragmatische“ Politik plädierte.³³⁶ Gleichwohl kritisierte er den proklamierten Pragmatismus der anderen bürgerlichen Parteien, welcher sich oft an Urnengängen orientiere: „Alle bürgerlichen Parteien betonen heute eher einen politischen pragmatischen Kurs ohne Höhenflüge. Kann denn unsere Zeit mit den voraussehbaren Schwierigkeiten auf solche Höhenflüge verzichten?“³³⁷

Tatsächlich stellte die Betonung der Handlungsfähigkeit oder des Pragmatismus besonders die bürgerlichen Parteien weiterhin vor die Schwierigkeit, sich voneinander zu differenzieren. In Zeiten der diagnostizierten demokratischen Krise konnte dieses Narrativ zudem auch zu Kritik an der Schweizer Politik führen, zusammengefasst in der Formel vom weit entfernten „Bern“. Während Formulierung wie „Nach Bern senden“ in kantonalen Kampagnenmaterialien üblich waren und die kantonale Nähe der jeweiligen Kandidierenden betonten,³³⁸ tauchten sie 1983 in einer viel kritischeren, verdrosseneren, zugleich leicht paternalistischen Deutung in der Kampagne der Zürcher CVP auf:

„Der Uhrmacher wählt lieber die Leute in den Nationalrat, die er *z’Bern obe bei jedem Wort nehmen kann, das sie z’Züri gegeben haben*. Er wählt CVP.

„Der Mechaniker wählt lieber die Leute in den Nationalrat, *die z’Bern obe so argumentieren, dass auch er es versteht*.“³³⁹

Es ist dabei kein Zufall, dass gerade die CVP sich im besonders wettbewerbsgeladenen Zürcher Wahlkampf den Wählenden durch Kritik an „z’Bern obe“ empfahl. Nun aus dem katholischen Ghetto ausgebrochen versuchte die Partei damit ihre repräsentative Bindung an die Wählerschaft durch das Versprechen programmkonformer Handlung im Sinne der *responsiveness* neu zu fundieren.

Bürokratie“, PA SVP BE 6.2.44, Graf, Hans-Peter: Slogans Nationalratswahlen 1983, Präsidenten- und Sekretärenkonferenz, 22/23.04.1983.

³³⁴ „Taten statt Theorien“ bei der SVP, in: Neue Zürcher Zeitung, 03.10.1983.

³³⁵ Ebd.

³³⁶ Fragen an SVP-Präsident Fritz Hofmann. Den Fehdehandschuh aller Theorie, in: Bündner Zeitung, 29.09.1983.

³³⁷ Interview mit Dr. Fritz Hofmann, Präsident der SVP. Politik, die junge Wähler überzeugt, in: Vaterland, 6.10.1983.

³³⁸ Wie bspw. bei der Zürcher BGB, PA SVP ZH W 1971, Inserat „Zürich-Bern via Olten“, [1971].

³³⁹ PA CVP ZH, Wahlkampfstab der Zürcher CVP: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

4. Zwischenfazit

Dieses Kapitel hat versucht, die Veränderungen der (Selbst-)Darstellung der Parteien im Wahlkampf zu beleuchten. Grundlegend dafür ist zunächst der bedeutende Wandel in der Art und Weise, wie Parteien ihre politische Kommunikation wahrnahmen und umsetzten: Sie gaben das Konzept der aufklärerischen Propaganda auf und begannen ab den 1960/70er Jahren unter dem Einfluss der kommerziellen Werbung ihre Kommunikation um ein „Image“ herum aufzubauen. Selbst wenn es dabei mehr um *branding* als um *story telling* ging, entwickelten sie damit eine Reflexivität über ihre Selbstdarstellung und ihre mögliche Rezeption bei den Wählenden, nicht zuletzt dank der Demoskopie. So strebten sie in ihren Kampagnen vermehrt danach, bei den Wählenden als „Marke“ in Erinnerung zu bleiben, indem sie ihr Auftreten in nationalisierten Kampagnenmaterialien mit Logos und Slogans vereinheitlichten, oder ihr schlechtes Image bei der Wählerschaft wenn möglich zu korrigieren versuchten. Diese Entwicklung traf dabei auf die verschärfte Wettbewerbsorientierung der Schweizer Parteien, sodass das betonte, offensive und gegebenenfalls verbesserte Image nun der Erschliessung neuer Wählerschaftsgruppen dienen sollte. Besonders offensichtlich wurde diese neue Offensive durch den intensivierten Einsatz von Werbeobjekten in den Wahlkampagnen, während in den 1940er und 1950er Jahren aufklärerische Broschüren und vor allem künstlerische Plakate zentral gewesen waren. Die Medienarbeit stellte zudem neue Herausforderungen, als die Parteien ab den 1960er Jahren nicht mehr hauptsächlich auf eine ihnen treue Parteipresse zählen konnten, sondern sich an die neuen kommerziellen Medien und zudem an das Fernsehen richten mussten. Der zunehmende Einsatz von Inseraten in der kommerziellen Presse ging auch mit offensiveren Strategien bezüglich breiterer Wählerschichten einher, wobei diese Entwicklung nicht linear verlief. Zusammen mit der „Image“-Arbeit stellte sich für die Parteien vermehrt die Frage, auf welche Themen und mit welchen Deutungsrahmen sie sich im Wahlkampf profilieren konnten. Wenn sie beispielweise mit Pressekonferenzen ihre Stellungnahmen für den Wahlkampf in die Medien einbringen konnten, bezogen sie sich dabei oft auf bereits laufende Diskussionen, oft sogar auf solche, welche nichtparteiliche Akteure lanciert hatten.

Egal ob im Kontext von 1947 oder 1983, ist es eindrücklich, wie Wahlkämpfe für die Schweizer Politik ein Aufmerksamkeitsfenster darstellten, während welchem die Bundesratsparteien, zwar wenig Debatten lancierten, dafür aber ihre Programme neu aktualisierten, sich im politischen Feld positionierten und darüber hinaus konkurrierende, aber auch auf einander antwortende Bilder der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Landes in die Öffentlichkeit trugen. Während die SP 1947 mit der *Neuen Schweiz* noch ein eigenes starkes Zukunftsnarrativ präsentierte, einigten sich die Bundesratspartner ab den 1950er Jahren zunehmend auf ähnliche Vorstellungen des Fortschritts, basierend auf dem Versprechen des materiellen Wohlstands. Insofern zeigen die Wahlkämpfe, wie sich das „Erfolgsmodell Schweiz“ im Laufe der Nachkriegszeit als Metanarrativ auch für die SP durchsetzte. Alternative Erzählungen und Diagnosen zur Gegenwart wurden zunächst stark

ausgegrenzt (wie jene der PdA), bekamen später einen medialen Raum (wie jene der Neuen Rechten und Neuen Linken), blieben aber im Wahlkampf marginal, aufgrund der Dominanz der Bundesratsparteien und ihres durchaus einheitlichen Narratives bezüglich ihrer Zusammenarbeit. Dabei zeigte dieses Narrativ 1971 bereits Risse, als die Folgen der Hochkonjunktur die Handlungsfähigkeit der Bundesratsparteien unter Beweisdruck stellten. Ferner kam auch in diesem Wahlkampf eine deutliche Infragestellung des Wachstumskonsenses zum Ausdruck. Als die 1970er Jahre die Fortschrittsorientierung definitiv ins Wanken brachte, wurden Wahlkämpfe von düsteren Zukunftsbildern bezüglich der Umwelt sowie der Wirtschaftslage geprägt. Diese vielschichtige Krisendiagnose erklärt auch, weshalb der Neoliberalismus mit dem FDP-Slogan „Mehr Freiheit, weniger Staat“ als Heilsversprechen und als scheinbar vernünftiges Regierungsprinzip auch in der Schweiz Ende der 1970er Jahre eine Renaissance erlebte.

Denn die Hervorhebung der Freiheit als Grundwert der Eidgenossenschaft war bereits im Wahlkampf von 1947 aufgetaucht, vor allem im freisinnigen antietatistischen Diskurs, aber auch in der Distanzierung der SP von der PdA. Die Freiheit bildete eine zentrale Dimension der schweizerischen „Gemeinschaftssprache“ im Wahlkampf, insofern sie als zentraler Wert der schweizerischen Gemeinschaft und sogar ihrer Sendung in der Weltgeschichte von fast allen Parteien mit verschiedenen Nuancen übernommen wurde. In den 1940-50er Jahren bekannten sich die bürgerlichen Parteien umso stärker zur Freiheit und adressierten so die antietatistischen Hardliner in ihrem Lager, als sie parallel Kompromisse mit den Sozialdemokraten für den Aufbau des Wohlfahrtsstaates eingingen. Die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit beweisen somit eindrücklich, wie selbst in Zeiten der (im internationalen Vergleich moderaten) Entwicklung des Wohlfahrtsstaates die Selbstbeschreibung der Schweiz als „kleiner Staat“ für die politischen Akteure zentral blieb.³⁴⁰ Umgekehrt fungierte zudem die Betonung der Freiheit damals oft als Code für antikommunistische Abwehrr Narrative. Insofern ist auch zu bemerken, dass trotz dem Ziel einer „positiven“ Werbung und Aufrufen zur Schweizer Konsenskultur die Wahlkämpfe der ersten Nachkriegsjahre mit den gegenseitigen Anfeindungen zwischen den Bundesratsparteien und der PdA, und zum Teil auch zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten, von einem starken *negative campaigning* geprägt waren. Mit der Entschärfung des Antikommunismus und der Entideologisierung als Narrationsstrategie nahmen Angriffe zwischen den Parteien ab den 1960er Jahren an Schärfe ab. Die Herangehensweise an die politische Kommunikation durch die Brille der Werbung begleitete diesen Prozess, als der Fokus auf das „Image“ zumindest eine Zeit lang mehr auf das Markieren des eigenen Terrains als auf die Degradierung des Gegners zielte.

³⁴⁰ Darauf weisen auch König und Tanner hin, König: Politik und Gesellschaft, 1998, S. 53; Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S.16ff. Vgl. zur Geschichte der Kritik gegen den „Etatismus“ in der Schweiz seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Degen: Etatismus, 2015. Dies stellt eine weitere Ähnlichkeit mit den USA als „sister republic“ dar, Jacobs; Zelizer: The Democratic Experiment, 2009.

Dabei fiel diese Mässigung des Schweizer Wahlkampfs auch zusammen mit der Verschärfung des Wettbewerbs ab den 1960er Jahren, als der Medienwandel, das Auftauchen neuer politischer Kräfte und die Veränderungen ihrer Zielwählerschaften die Bundesratsparteien zu einem verschärften Kampf um Stimmen und Aufmerksamkeit drängten. Die Grenzen des politischen Handelns in der Quasi-Allparteienregierung führten die Bundesratsparteien aber bald in eine Sackgasse: Während die Profilierung gegenüber ihren Regierungspartnern zur Überlebenssache wurde, konnten sich die vier Parteien für ihre Profilierung auf nur wenig spürbare Unterschiede stützen, da sie weiterhin im Bundesrat zusammenarbeiteten und sich seit Ende der 1950er Jahre von ihren historischen Ideologien zumindest diskursiv entfernt hatten. Als Antwort auf diese problematische Profillosigkeit gründeten sie ihre Kommunikation, wie im Wahlkampf von 1971 sichtbar, auf das Narrativ der eigenen Handlungsfähigkeit. Wahlkämpfe wurden dabei vermehrt als Momente der demokratischen Rechenschaft und Kontrolle gedeutet, obwohl das schweizerische politische System, besonders seit der Konsolidierung der Zauberformel im Bundesrat, wenig Mechanismen für eine „responsive“ Repräsentation vorsah.

Kapitel 6. Verkörpern: Von der Partei zu den Kandidierenden

„Le jeu se divise en 2 phases. On choisit une couleur et des noms. Le choix de la couleur, c'est-à-dire du parti, se fait sans doute en fonction du programme. Mais cette phase, qui est théoriquement la plus importante, n'a pas beaucoup d'intérêt: le résultat en est presque connu d'avance. L'autre phase est autrement plus amusante. On a vu qu'elle se joue avec un crayon. Sur dix citoyens qui votent, il y en a cinq ou six qui emploient leur crayon pour favoriser un candidat, éventuellement pour lui nuire. Et là encore, les critères de choix sont nombreux. On en retrouve quelques-uns qui servent aussi au choix des conseillers fédéraux: il est sympathique, il a une bonne tête, il connaît bien son affaire. Ou bien: il est indépendant, il a du courage (le courage, en politique, est une vertu dont il est rare qu'on ait vraiment besoin, mais dont on parle souvent). Ou encore: il est représentatif de ceci, de cela. Pas un mot, là-dedans, de ses opinions profondes: l'électeur ordinaire ne distingue pas les candidats d'une liste à cause de leurs idées.“¹

So stellte provokativer Weise der liberale Verfassungsrechtler Jean-François Aubert das „Spiel“ der Nationalratswahlen in der Schweiz Ende der 1970er Jahre dar. Damit brachte er den selten betrachteten, dafür aber hoch komplexen Verkörperungsprozess ans Licht, bei welchem sich die Parteien durch ihre Kandidierenden der Wahl stellen. Dieses Kapitel widmet sich daher den personellen Dimensionen des Wahlkampfes hinter der Fassade der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Wie gestalteten die Parteien ihr Repräsentationsangebot? Welche Herausforderungen stellte die Portierung der Kandidierenden? Wie personalisiert waren die Schweizer Wahlkämpfe? Wie sah der Wettbewerb auf der Ebene der Kandidierende und ihrer Unterstützer konkret aus?

Als Etappe vor der eigentlichen Wahl der Repräsentanten können die Nominierungs- und Lancierungsprozesse nicht nur das Profil sowie die Legitimierungsformen der parlamentarischen Repräsentation aufdecken. In ihnen kristallisieren sich auch die Machtverhältnisse und der Kampf um die Repräsentation im Innern der Partei und in Beziehung zu ihren Partnern zum Beispiel den anderen Parteien, aber auch den Verbänden und Vereinen. Nominierungsprozesse gelten dabei als jene Parteiaktivitäten, die am stärksten oligarchische Tendenzen innerhalb der Parteien befördern.² Diese ausgeprägte Machtlogik, welche sich in den parteipolitischen Verhandlungen um Wahlallianzen in den Hinterzimmern der Macht wiederfindet und auf den ersten Blick neben den paradoxen Wirkungen des Milizsystems die soziale Endogamie und starke Kontinuität der Bundesversammlung in der Nachkriegszeit erklären kann, erfährt aber in einer (semi-)repräsentativen Demokratie einer wesentlichen Einschränkung: das Legitimierungserfordernis des politischen Feldes nach aussen, und insbesondere der Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten. Im Legitimierungsprozess erlaubt gerade die Listengestaltung eine Fassadenarbeit im Sinne von Erving Goffman, indem die Listen nach

¹ Aubert: Exposé des institutions politiques de la Suisse, 1978, S. 252.

² Den Befund eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“ (Robert Michels) teilen tatsächlich viele Studien zu den Nominierungsprozessen, siehe bspw. Gallagher; Marsh: Introduction, 1988. Auch Jean-François Aubert bemerkte 1967: „La désignation des candidats est, de toute procédure, la phase où il est le plus difficile de réaliser pleinement l'idée démocratique“. Aubert: Traité de droit constitutionnel suisse, Neuchâtel 1967, S. 67, zitiert von Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 134.

aussen sichtbar machen, was die Partei sein und welche Repräsentation sie den Wählenden anbieten will.³ Treffend erklärte der Parteipräsident der Zürcher BGB, Ernst Baur, den Parteidelegierten im Wahlkampf von 1959, dass die Liste „die ‚Visitenkarte‘ unserer Partei darstelle und möglichst vielseitig und zugkräftig sein müsse“.⁴ Während der Idealtypus der *représentation-mandat* dazu verhilft, die elitäre Logik der Reproduktion des politischen Kapitals mit leistungsorientierten Nominierungskriterien zu legitimieren, so führt die *représentation-figuration* im Gegenteil mit deskriptiven Nominierungskriterien ein ausgeprägtes Spannungsverhältnis in die Nominierungsprozesse ein.⁵ In einer vergleichenden Studie regionaler Parlamente in Westeuropa stellt der französische Politikwissenschaftler Laurent Godmer die These auf, dass sich in den letzten Jahrzehnten den Parteien zunehmend ein „Repräsentationsgebot“ (*impératif représentatif*) aufgezwungen habe, welches zu einer moderaten, aber doch bemerkbaren Demokratisierung der Repräsentation geführt habe.⁶ Lässt sich die moderate Demokratisierung des helvetischen Parlamentes ab den 1970er Jahren mit einem solchen sich verstärkenden Repräsentationsgebot im Wahlkampf erklären? Inwiefern berücksichtigten die Parteien die Forderungen nach Repräsentativität in der Art und Weise, wie sie ihre Kandidierenden in der Öffentlichkeit präsentieren? Spielten dabei weitere Repräsentationsansprüche, wie jene der Interessengruppen, auch eine Rolle?

Dieses Kapitel untersucht zunächst die Gestaltung der Wahllisten (1.) sowie die damit einhergehenden Wahlallianzen (2.), dann die Art und Weise, wie Parteien ihre Kandidaturen später in der Öffentlichkeit lancierten (3.). Dabei verlagert sich der Wahlkampf von den Parteien zu den Kandidierenden, weshalb die Frage der Personalisierung am Schluss des Kapitels diskutiert wird (4.).

1. Das Basteln von Kandidaturen

Auch wenn die Parteien ihre Kandidaturen oft ex post als kohärentes Repräsentationsangebot darstellen, sind sie eigentlich das Ergebnis höchst kontingenter und verborgener Entscheidungsprozesse.⁷ Die Metapher des Bastelns, der französischen politischen Soziologie entliehen, weist auf diesen undurchsichtigen und unsicheren Charakter der Nominierungsprozesse für

³ Goffman: Wir alle spielen Theater, 2000; Agrikoliansky; Heurtaux; Le Grignou: Identités en campagne, 2011, S. 237.

⁴ PA SVP ZH PL, Delegiertenversammlung, 17.09.1959.

⁵ Rosanvallon: Le peuple introuvable, 1998, S. 21.

⁶ Godmer: Des élus régionaux à l'image des électeurs, 2009.

⁷ Für zwei unterschiedliche Ansätze, die über Einzelerklärungen hinausgehen, um den Blick auf eine Kombination aus formellen und informellen Wahlregeln, dem Angebot an Kandidierenden, der Wettbewerbsdynamik, den Verhältnissen zwischen parteipolitischen und nichtparteipolitischen Akteuren sowie ihren Prognosen und Erwartungen vor der Wahl zu erweitern, siehe Nay: Les règles du recrutement politique, 1998; Norris: Introduction, 1997. Dank der detaillierten Antworten vieler Parteien hat Gruners Studie zudem die Nominierungsprozesse bei den Wahlen von 1971 als einen Kreisverlauf modelliert, mit verschiedenen möglichen Abweichungen je nach zuständigen Parteiorganen und Auswahlkriterien, Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 129ff.

die National- und Ständeratswahlen hin.⁸ Dieses Bild ähnelt zudem den Vorstellungen der Parteiakteure selbst, wie die von François Lachenal untersuchten Genfer Parteien der 1940er Jahren zeigen, welche die Arbeit der in diesem Kanton üblichen Nominierungskommissionen als „cuisine“ bezeichneten.⁹

1.1. Institutionalisierung der Nominierungsprozesse

Parallel zum allgemeinen Aufbau von auf den Wahlkampf spezialisierten Parteistrukturen ist zunächst eine Institutionalisierung der Nominierungsprozesse auf kantonaler Ebene ab den 1960er Jahren auffällig.¹⁰ Bereits für die ersten Wahlen nach 1919 hatte diesbezüglich Gruner einen Trend zur Bürokratisierung und Verlagerung der Nominierungsprozesse von der lokalen auf die kantonale Ebene erkannt: Mit der Einführung des Kantons als Wahlkreis stand es nun de facto den kantonalen Parteiinstanzen zu, die Gestaltung der Listen zu organisieren.¹¹ Die Entscheidungsmacht der lokalen Sektionen, und a fortiori der Parteimitglieder, scheint sich dabei auf die Möglichkeit, Kandidierende vorzuschlagen, verkleinert zu haben.¹² Selbst wenn die meisten Statuten die formale Entscheidungsmacht über die Listen der Delegiertenversammlung verliehen, hinderte dies den Zentralvorstand oder die Parteileitung in der Praxis keineswegs daran, diese Macht für sich in Anspruch zu nehmen.¹³

⁸ Siehe insb. Achin; Lévêque: *Le genre c'est la classe?*, 2011, S. 264.

⁹ Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 89. Siehe Tabelle 3 für eine Darstellung der Optionen zur Listengestaltung.

¹⁰ Die Mutterparteien waren dabei hauptsächlich im Hintergrund: Die nationalen Exekutivinstanzen beobachteten die Nominierungsprozesse in den Kantonen und gaben mitunter nicht verpflichtende Hinweise zur Listengestaltung, bspw. zu den Vor- oder Nachteilen von getrennten Listen. Sie intervenierten aber nur in ausgewählten Fällen: bei kleinen Kantonalparteien, und/oder wenn Konflikte zwischen emblematischen Persönlichkeiten dem gesamten Parteiimage schaden konnten. Laut Lachenal habe vor allem bei der SP eine gewisse Wahrscheinlichkeit bestanden, dass die Mutterpartei den Kantonalparteien Kandidierende aufkotroyieren würde. Im Rahmen dieser Forschung zeigte sich nur, dass die gewerkschaftlichen Kandidaturen mitunter auch auf eidgenössischer Ebene diskutiert wurden. Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 89.

¹¹ Anders als in anderen Ländern sind Nominationsverfahren in der Schweiz ferner sehr wenig formalisiert: In Abwesenheit eines Parteigesetzes gelten lediglich das allgemeine Vereinsrecht und dann die jeweiligen Statuten. Gruner; Daetwyler; Zosso: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten*, 1975, S. 75ff.

¹² Dazu ebd.; Gruner: *Die Parteitheorie von Maurice Duverger*, 1962, S. 354. In einer ländervergleichenden Perspektive findet man einen ähnlichen zentralisierenden Effekt des Proporz auf der Parteiebene des Wahlkreises. François Lachenal sah 1944 darin sogar einen der wichtigsten Gründe für eine sich verbreitende „Oligarchie“ in den Schweizer Kantonalparteien. Gallagher; Marsh: *Introduction*, 1988, S. 9; Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 90f.

¹³ Zum Beispiel SSA KS 32/215, Statuten der kantonalen Zürcher Bauernpartei von 1920; ACV PP 985/1 (2), Statuts du Parti chrétien-social vaudois, [1950]: Der kantonale Vorstand entscheidet über die Zulässigkeit der Kandidaturen, die Delegiertenversammlung legt das Auswahlverfahren fest und designiert die Kandidierenden. Bei manchen Parteien schlägt sogar die Parteileitung Kandidierende vor, in seltenen Fällen steht dies den Mitgliedern selbst offen. In der Praxis delegierten aber die Exekutivinstanzen die Suche nach Kandidaturen an die Sektionen. Einige Parteien haben die faktische Entscheidungsmacht der Exekutivinstanzen in den 1930-40er Jahren sogar in ihren Statuten festgesetzt, was Gruner als einen weiteren Beweis für die steigende Zentralisierung seit 1919 sah. Gruner: *Die Parteitheorie von Maurice Duverger*, 1962, S. 356; Gruner; Daetwyler; Zosso: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten*, 1975, S. 129ff.

Eine konfliktlose Proklamation?

Für die Wahlen von 1947 und 1959 war es tatsächlich üblich, dass der Vorstand oder sogar die Geschäftsleitung bei der Vorbereitung der Tagesordnung der Delegiertenversammlung die vorgeschlagenen Kandidaten der lokalen Sektionen, eventuell auch gewisser Interessengruppen „bereinigte“, sodass die Delegierten nur noch eine fertige Liste akzeptieren mussten – in den meisten Fällen sogar ohne geheime Wahl.¹⁴ Die Parteipresse konnte dann den Konsens über die Kandidaturen feiern. Am wichtigsten schien es den Parteikadern zu sein, dass die Nominierungsprozesse keinen Anlass zu Konflikten geben konnten. Somit berichtete die *Nouvelle Revue de Lausanne* 1947 folgendermassen von der Delegiertenversammlung der waadtländischen FDP:

„Après quoi, l'appel ayant révélé la présence de 384 délégués, M. le président Despland brossa le tableau politique du moment, définissant le climat dans lequel vont se dérouler les prochaines élections fédérales. [...] Sur quoi vint la désignation des candidats pour le Conseil national. La liste élaborée par le comité central élargi fut ratifiée [...] M. Henry Cottier, avec une éloquence partie du cœur, fait l'éloge de M. Norbert Bosset, conseiller aux Etats sortant de charge et qui décidé de ne pas se représenter. [...] Le discours de M. Cottier fut très applaudi. La Nouvelle Revue de Lausanne tient ajouter les sentiments de *gratitude* qu'elle éprouve pour un collaborateur qui, avec une amabilité constante, a traité pour elle, notamment, le délicat problème de la réforme des finances fédérales. M. Cottier passe ensuite à l'élection pour le Conseil des Etats. Il rappelle que le comité central élargi avait désigné M. le conseiller d'Etat Gabriel Despland et c'est ce magistrat qui est aujourd'hui proposé aux suffrages du congrès. L'élection se fait *aux acclamations et aux applaudissements de l'assistance*. M. Cottier félicite M. Despland qui reprend son siège présidentiel et, après une vibrante profession de foi, toute pénétrée d'optimisme, lève ce congrès cantonal.“¹⁵

Was die freisinnige Zeitung, aber auch die liberale *Tribune de Lausanne* dabei verschwiegen, war der mehr oder weniger erzwungene Rückzug des vierundsechzigjährigen, konservativen Ständerates Norbert Bosset, der im Kontext der neuen Politik der Nachkriegszeit Platz für eine neue Generation machen sollte.¹⁶ Selbst wenn eine solche Abwahl eines prominenten Bisherigen – und Präsidenten des Ständerates 1942-1943 – eine Seltenheit war, ist es in diesem Fall bedeutend, dass sich Bosset selbst der Entscheidung beugte, um eine offene Wahl zwischen ihm und Despland beim Parteitag zu vermeiden.

Bei diesen verhältnismässig autoritären Auswahlprozessen konnten aber Konflikte nicht immer völlig vermieden werden, ein Problem, welches durch den Willen der Parteikader, es vor der Öffentlichkeit zu verbergen, eigentlich noch verschärft wurde. Die Zürcher SP war gewiss die Kantonalpartei, die

¹⁴ Der Begriff „Bereinigen“ taucht in diesem Zusammenhang sehr oft auf, wie bei der Zürcher SP für den Wahlkampf von 1959, „Die gesamte Kandidatenliste ist damit zuhanden des Parteitages bereinigt“, SSA Ar 27.10.42, Parteivorstand, 12.09.1959.

¹⁵ Le congrès radical vaudois a désigné ses candidats aux Chambres fédérales et défini sa position devant les problèmes du moment, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 15.09.1947.

¹⁶ Etwas mehr Einblick hinter die Kulissen der Nominierungsprozesse gibt die Parteipresse des gegnerischen Lagers. Das sozialdemokratische Parteiorgan *Le Peuple* ironisierte bspw. die "Krokodilstränen" der Freisinnigen bei der Ankündigung von Bossets Rückzug, *Le départ "regretté" de M. Norbert Bosset*, in: *Le Peuple*, 13.09.1947.

1947 bereits die weitreichendsten institutionalisierten Entscheidungsverfahren kannte, gerade weil Konflikte um Kandidaturen vorauszusehen waren. Wie in früheren Jahren stellte die Partei eine gemeinsame Liste mit dem kantonalen Gewerkschaftskartell auf. Im Voraus einigten sich die zwei Partner auf einen Koordinationsausschuss sowie auf die Verteilung der Plätze: Die Gewerkschaften bekamen zehn Plätze zur Verfügung gestellt, für die sie ohne Votum des sozialdemokratischen Parteitages Kandidaten auswählen könne.¹⁷ Ferner sollte die Liste mit wenigen Vorkumulativen – d. h. doppelt aufgeführten Kandidaten – und einer abwechselnden Reihenfolge zwischen den Kandidaten beider Organisationen gestaltet werden, um „Schwierigkeiten“ möglichst zu vermeiden.¹⁸ Im Laufe des Sommers fanden aber weitere Verhandlungen statt, die diesen Plan zu Fall brachten. Weil die SP den umstrittenen Redaktor des *Volksrechts* Paul Meierhans auf der Liste behalten wollte, drückte das Gewerkschaftskartell seinen Chef Otto Schütz als weiteren vorkumulierten, das heisst doppelt aufgeführten, Spitzenkandidaten auf die Liste. Die endgültige Liste widerspiegelte diese langwierigen Verhandlungen, bei denen die SP vor allem versuchte, die Wahl ihrer eigenen wichtigsten Männer zu sichern: Am Ende der Liste standen schliesslich sechs Spitzenkandidaten – drei Bisherige aus der SP, zwei Bisherige und der Neuling Otto Schütz von den Gewerkschaften – zweimal aufgeführt, während sieben weitere Bisherige unkumuliert am Anfang und in der Mitte der Liste standen. Das demokratische Parteiorgan *Der Landbote* berichtete spöttisch über die „eigentliche Wissenschaft“, die hinter den „Intimitäten [des] Bündnisses [der SP] mit dem kantonalen Gewerkschaftskartell“ stehe, sowie über die Arbeit einer „höheren Hand“ in der „geheimnisvollen“ Durchmischung der Namen. In ihrem Versuch, sich von der PdA abzugrenzen, könne sich die Sozialdemokratie schlecht auf die Demokratie berufen, da „ein solches Verfahren mit jener Demokratie, deren Schicksal angeblich vor allem in den Händen der Genossen ruht, sehr wenig zu tun hat“.¹⁹ Abgesehen vom Hinweis auf die dahinterstehende Macht des Gewerkschaftskartells – welches die Wahl ihres Sekretärs zu Ungunsten von bisherigen Nationalräten sicherte – konnte aber der Journalist des *Landboten* nichts Näheres über dieses Nominationsverfahren berichten, was dessen Intransparenz nochmals verdeutlicht.²⁰

Die zunehmend umstrittene Praxis des Vorkumulierens

Bereits 1947 wurde jedoch das Vorkumulieren, also die doppelte Aufführung der Spitzenkandidierenden auf der Liste um ihre Wahl zu sichern, worin Lachenal zugespitzt „un des principaux instruments de l'oligarchie du parti“ sah, zunehmend in Frage gestellt.²¹ Nach den Wahlen

¹⁷ SSA Ar 27.10.31, Parteivorstand, 7.06.1947.

¹⁸ Damit ist die sogenannte Sonderpropaganda für oder gegen gewisse Kandidierende durch die Gewerkschaftler, aber auch durch Angestelltenverbände gemeint, SSA Ar 27.10.32, Parteitag, 14.09.1947.

¹⁹ Handbemerkungen zu den neuen Listen, in: *Der Landbote*, 6.10.1947.

²⁰ Ohne, dass dies unbedingt mit der Zusammensetzung der SP-Liste zusammenhing, verlor die SP drei Mandate an die PdA, CVP und LdU im Vergleich mit 1943. Die sechs vorkumulierten Spitzenkandidierenden wurden anscheinend ausgiebig gestrichen. Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): *Die Nationalratswahlen 1947, 1948*, S. 30.

²¹ Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 105.

bemerkten die Statistiker des Bundes einen leichten Rückgang dieser Praxis im Vergleich mit den 1930er Jahren, und fassten die Meinungen dazu wie folgt zusammen:

„Das offizielle Kumulieren bestimmter Kandidaten auf den Wahlvorschlägen hat den Vorteil, bedeutende, aber nicht immer populäre Parteiführer oder Vertreter wichtiger Gruppen und Minderheiten *gegen die Zufälle des Wahlg Glücks wie gegen die Machenschaften innerhalb und ausserhalb der Partei zu schützen* und ihnen den Einzug ins Parlament zu sichern. Viele Wähler betrachten dieses Kumulieren auf dem Wahlvorschlag *aber als unangebrachte Bevormundung und eigenmächtige Vorausbestimmung des Wahlausganges*.“²²

Manche Parteien hatten tatsächlich begonnen, die Legitimität dieser Praxis zu diskutieren sowie den Nutzen der Restplätze zu schätzen, die sonst zur Verfügung gestanden hätten. Die Zürcher Christlichsozialen schwankten dabei zwischen Befürchtungen vor der möglichen Gefährdung ihrer Spitzenkandidaten ohne Vorkumulation auf der einen Seite und den sich eröffnenden Möglichkeiten einer stärkeren Gewichtung der „Arbeitsvertreter“ durch eine vollständige Liste (so viele Kandidierende wie Plätze) auf der anderen.²³ Die Partei entschied sich am Ende für eine vollständige Liste, aber auch dafür, das Kumulieren der drei Spitzenkandidaten zu empfehlen.²⁴ Die Tessiner FDP-Parteileitung, die einen Rücktritt zählte und auf ein zusätzliches Mandat hoffte, holte dazu auch die Meinung der Sektionen ein. Bedeutend ist es, dass die Partei sich trotz dieses Verfahrens und der im Kanton relativ sicheren Wahllage jedoch für eine Liste von vier Kandidierenden entschied, darunter drei vorkumulierte. Obwohl viele Sektionspräsidenten ein Unbehagen der Parteibasis gegenüber dieser Lösung äusserten, lehnte die Parteileitung eine Liste von sieben Kandidierenden „ohne Garantien“ ab.²⁵

Denn nicht kumulierte Listen konnten wohl die Wiederwahl der bisherigen Nationalräte bedrohen, wie bei der Zürcher FDP sichtbar wurde. Ihre Delegiertenversammlung hatte sich für eine vollständige Liste entschieden, beginnend mit den Bisherigen, dann gefolgt von den Neuantretenden in alphabetischer Reihenfolge.²⁶ Dies wirkte sich aber zu Ungunsten des bisherigen Nationalrat Hans Schlaepfer aus, welcher erst während der Legislatur nachgerückt war und sich deshalb zum ersten Mal zur Wahl stellte. Er bekam weniger Stimmen als der neuantretende Max Brunner, Sekretär des Hauseigentümerverbandes, der eine intensive Unterstützung durch diese Organisation genoss. Nach der Wahl bedauerte die NZZ dieses unerwartete Ergebnis unter anderem aus dem Grund, dass Schlaepfer Direktor der Zürcher Handelskammer war und daher besser als Brunner als legitimer „Exponent der gesamten zürcherischen Wirtschaft“ auftreten könne. Das freisinnige Parteiorgan

²² Eidgenössisches Statistisches Amt: Nationalratswahlen 1947, 1949, S. 16f.

²³ PA CVP ZH, Kantonalkomitee, 14.06.1947.

²⁴ Ebd., 30.08.1947; Die Zürcher Christlichsoziale Partei zu den Nationalratswahlen, in: Tages-Anzeiger, 01.09.1947.

²⁵ ASTi 3.3.3 3.4.1, Direttiva, 4.09.1947.

²⁶ Der Start zu den Nationalratswahlen im Kanton Zürich. Drei Parteitage – Wieder Einseitigkeit mit einer gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Liste, in: Vorwärts, 15.09.1947.

wertete indessen das Nichtkumulieren sowie die „Flucht ins Alphabet“ der Delegiertenversammlung kritisch als „politisches Analphabetenstücklein“.²⁷

In diesem Wahlkampf waren aber noch weitere Stimmen gegen das Vorkumulieren zu hören: Neuankömmlinge oder marginale Akteure innerhalb der Parteien kritisierten nun öffentlich diese Praxis, die eine Erneuerung des Parlamentes verhindern würde.²⁸ Aber auch bei den Parteikadern verbreitete sich die Vorstellung, dass das Vorkumulieren im Grunde für die Erhöhung oder auch schon nur den Erhalt der Mandate schädlich sei, und vor allem den symbolisch wichtigen Stimmenanteil senken könne: Eine „kumulierte Liste entbehrt die Zugkraft“, wie ein Mitglied der BGB-Parteileitung formulierte.²⁹ Für den waadtländischen FDP-Präsidenten Gabriel Despland ging es bei einer vollen Liste sogar um „die Ehre und das Prestige“ der Partei – indem diese so ihre breite Rekrutierungsbasis beweisen könne.³⁰ Als Kompromiss einigten sich manche Parteien auf eine vollständige Liste, aber mit einer Reihenfolge, welche die Bisherigen und andere Mandatsträger der Partei weiterhin in den Vordergrund stellte.³¹ Kennzeichnend für die damaligen Knackpunkte der Nominierung von Kandidaten ist, dass das Vorkumulieren 1959 in einigen Parteien die konfliktträchtigste Frage darstellte. In der Regel akzeptierten die Delegiertenversammlungen die von der Parteileitung bereits gestaltete Liste ohne Änderung.³²

Institutionalisierung im Namen der Demokratisierung?

Im Laufe der 1960er Jahre, in einer Zeit eines vielfältiger Umbrüche in den Parteien, liess sich auch in Bezug auf die Nominierungsprozesse ein immer grösserer Mitbestimmungs- und mehr noch Streitwillen seitens der Parteimitglieder spüren.³³ Konkret stellte sich im Wahlkampf von 1971 für die Exekutivinstanzen vermehrt die Frage, ob die Delegiertenversammlung oder der Parteitag eine vorbereitete Liste einfach verabschieden oder ob sie eine richtige Auswahl zwischen Listenbewerbern

²⁷ Zürcherische Bilanz, in: Neue Zürcher Zeitung, 31.10.1947.

²⁸ Anlässlich der Wahlen von 1955 hatten beispielsweise junge Mitglieder der BGB den Verzicht auf das Vorkumulieren vorgeschlagen und 1959 versuchten die ländlichen Sektionen dieses auf die Agenda zu setzen – vergeblich. PA SVP ZH, PL, Delegiertenversammlung, 17.09.1959.

²⁹ Ausserdem standen die fünf Mandate der Zürcher BGB ohnehin nicht in Gefahr. PA SVP ZH, Parteileitung, 6.07.1959. Die gleiche Überlegung teilte Fritz Escher in der *Roten Revue*, Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959.

³⁰ ACV PP 552/11, Comité central, 13.09.1959.

³¹ Wie bei der Zürcher FDP: Bisherige sollten an der Spitze stehen, dann die Kandidierenden von 1955 präferiert werden. StAZH VII 13.389, Parteileitung, 20.10.1959.

³² Selbst die waadtländische BGB-Delegiertenversammlung, welche eine vollständige Liste entgegen der Entscheidung der Parteileitung durchsetzte, stellte, wie von der Geschäftsleitung gefragt, den Parteipräsidenten Brochon an die Spitze, PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 25.07.1959; Les partis libéral et paysan ont aussi désigné leurs candidats, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 14.09.1959.

³³ Auch bei anderen – kantonalen oder kommunalen – Wahlen konnte es nun passieren, dass Delegiertenversammlungen anders entschieden als es Parteikader empfahlen, sogar zu Ungunsten von etablierten Kandidierenden. Gruner nannte 1962 solche Fälle in Bern und Basel. Gruner: Die Parteitheorie von Maurice Duverger, 1962, S. 357. Siehe für weitere Fälle, in denen die Parteimitglieder das hohe Alter der Nominierten in Frage stellten, Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964; Masnata: Le Parti socialiste, 1963, S. 82; vgl. auch *Année politique suisse*, 1966.

treffen sollte. Letztere Option, in der Romandie als „grabeau“ bezeichnet, konnte die Vitalität der Partei aufzeigen.³⁴ Mit der steigenden Streitlust der Parteibasis konnte sich ein solch offenes Auswahlverfahren für die Parteispitzen aber auch als riskant erweisen, wie das Beispiel der von Flügelkämpfen geprägten waadtländischen SP nahelegt. Mit neunzehn möglichen Namen für sechzehn Listenplätze und einem Widerstand des linken Flügels gegen die alten, dirigistischen Parteikader, konnte das Nominierungsverfahren nicht mehr als Akklamation verlaufen. Stattdessen entschieden sich die Delegierten sogar gegen die Kandidaturen des Präsidenten Raymond Lambercy und des Vizepräsidenten Serge Maret und wählten den kritischen Vertreter des linken Parteiflügels Raymond Baechtold mit den meisten Stimmen.³⁵

Die Erneuerung des Wahlverfahrens war dabei bei der Zürcher FDP in diesem Wahlkampf am sichtbarsten: Die gesamte Parteibasis – rund 12000 Mitglieder – wurde im Sommer 1971 eingeladen, die Reihenfolge der vom Parteivorstand ausgewählten Kandidierenden zu bestimmen und somit deren Wahlchancen im Voraus festzulegen.³⁶ Die Ergebnisse dieser von der Parteileitung hochgelobten „Vorwahl“ amerikanischen Stils sollten eigentlich für die statutarisch zuständige Delegiertenversammlung lediglich als Entscheidungshilfe dienen.³⁷ Die Parteileitung unterbreitete den Delegierten die von den Mitgliedern vorsortierte Liste, mit der Bitte, alle Bisherigen am Anfang der Liste zu positionieren und die Position zweier Minderheiten zu verbessern: die der Frauen und der Vertreter der Demokraten. Manche Delegierte, insbesondere aus Kreisen der Jungfreisinnigen kritisierten dabei diese Eingriffe in die Entscheidung der Mitglieder oder sogar den reinen Sinn dieses Verfahrens scharf, wenn es dann doch nur um die Reihenfolge der Liste gehen sollte.³⁸ Trotz der faktischen Kontrolle des Verfahrens gelang es den Parteispitzen dank dieser Innovation, ihren

³⁴ Was die Medien dann hervorhoben, wie in einem Bericht der Tribune-Le Matin über die waadtländischen Freisinnigen: „Signe de vitalité du parti: on passe au grabeau“, Congrès extraordinaire à Epalinges. Les radicaux vaudois ont désigné leurs candidats, in: Tribune - Le Matin, 18.09.1971.

³⁵ ACV PP 225/40, Congrès, 25.09.1971. Vgl. Wicki: On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous, 2007, S. 194f.

³⁶ Siehe dazu die Analyse in Gruners Studie, Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 151f. Die Partei erwog seit den 1960er Jahren Möglichkeiten, die wenig besuchten Wahlversammlungen zu reformieren. Die Kreispartei 7 der Stadt Zürich lancierte beispielsweise eine schriftliche Urabstimmung für die Gemeindewahlen von 1962, Gruner: Die Parteitheorie von Maurice Duverger, 1962, S. 357.

³⁷ Die Parteileitung hatte den Mitgliedern ihr Vorhaben folgendermassen vorgestellt: „In den Vereinigten Staaten von Amerika kennt man die Einrichtung der sogenannten Primärwahlen. An ihnen nehmen alle eingeschriebenen Mitglieder einer Partei teil, und ihr Zweck ist die parteiinterne Ausmachung, welcher Kandidat für den offiziellen Wahlkampf aufzustellen sei. Die Idee hat uns imponiert, weil sie dem Gedanken der demokratischen Willensbildung in vollkommener Weise Rechnung trägt.“ Wird die FDP einen Nationalratsstz gewinnen?, in: Tages-Anzeiger, 27.07.1971.

³⁸ Die Primärwahlen stellten aus ihrer Sicht eine „inhaltslose Farce“ oder eine „Parteidiktatur“ dar, Die freisinnig-demokratischen Nationalratskandidaten stehen fest, in: Tages-Anzeiger, 8.09.1971; StAZH WII 13.392, Briefe von Sektionen und Mitglieder an die Parteileitung, Herbst 1971.

demokratischen Willen und ihre Frauenförderung intern sowie in den Medien sichtbar zu machen und sich dabei als Vorbild für die anderen Parteien zu positionieren.³⁹

Die Kritik innerhalb der Zürcher FDP hatte sich dabei nicht an den aussichtsvollen Listenplätzen für die Bisherigen, sondern an den Restplätzen entzündet, auf welche mittlerweile mannigfache Ansprüche erhoben wurden. Kennzeichnend dafür ist 1971 auch das weitgehende Verschwinden des Vorkumulierens.⁴⁰ Die Forderungen nach mehr Demokratie und einer vielfältigeren Repräsentation bezogen sich aber hauptsächlich auf die damit entstehenden „dekorativen Schaufensterplätze“⁴¹, oder wie Gruners Studie es zusammenfasste: „Es könnte auch hier [...] die Vermutung abgeleitet werden, die innerparteiliche Demokratie werde auf die Rekrutierung der grossen Masse der Erfolglosen beschränkt. Und diese diene mithin als Alibi dafür, dass die wenigen Erfolg- und chancenreichen ‚en petit comité‘ ernannt oder kooptiert und durch gute Listenplätze zwar informell, aber dafür umso kräftiger bevorzugt würden.“⁴²

Die vorsichtigen Demokratisierungsversuche lassen sich dabei auch mit der steigenden Beobachtung durch die neuen kommerziellen Medien erklären.⁴³ Mit dieser erhöhte sich der Druck auf die Führungskader, die Nominierungsprozesse einerseits zu öffnen, sie andererseits aber auch so vorzustrukturieren und zu kontrollieren, dass die Wahl der Spitzenkandidierenden gesichert und der innerparteiliche Frieden gewährt blieb. Die Demokratisierung der Nominierungsprozesse wurde dabei stets betont, selten aber verwirklicht. Bei der Delegiertenversammlung der waadtländischen CVP zum Beispiel hatte man eine Auslosung für alle Kandidierenden vorgeschlagen. Jedoch einigten sich die Delegierten darauf, den ersten Platz an den ehemaligen, 1979 abgewählten Nationalrat Roger Mugny, zu vergeben. Zentral für die Kantonalpartei war nämlich, ihr an die Grünen verlorenes Mandat zurückzuerobern, weshalb sie weiterhin auf ihr Zugpferd setzte.⁴⁴ Die Vorwahlen der Zürcher FDP, die 1971 als innovativ galten, zogen 1983 nur 20% und nicht mehr 50% der Mitglieder an und beschränkten sich nach wie vor auf die Festlegung der Reihenfolge der von der Delegiertenversammlung ausgewählten Kandidierenden, welche dann im Nachhinein noch zusätzlich

³⁹ Inserat „Informations-Bulletin 5. Weshalb gute Köpfe?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.09.1971; Zürcher freisinniger Pressedienst: Ein Experiment und sein Ergebnis, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.09.1971.

⁴⁰ Vgl. Graphik 13. Abgesehen von den zwei bürgerlichen Tessiner Parteien. Andere wie die Zürcher BGB lancierten zwar vollständige Listen, aber noch mit der Empfehlung, die Spitzenkandidierenden zu kumulieren.

⁴¹ Vgl. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 138.

⁴² Ebd.

⁴³ Die Medien berichteten nun über Geschehnisse hinter den Kulissen der Nominierung, auch über jeden der Parteitage. Als Erich Gruner und Jürg Siegenthaler die Wahlen von 1963 verfolgten, hatten sie noch das Gegenteil festgestellt: „Die Differenzen um die Portierung und den Platz auf der Liste, der Einfluss der Parteileitung, das Wirken von Flügeln innerhalb der Gefolgschaft, die Bedeutung finanziell oder persönlich ‚starker Männer‘ usw. zeigen sich nur selten in der Öffentlichkeit.“ Bereits bei der Studie zu den Wahlen von 1971 zeigte sich hingegen Gruners Team erstaunt, dass neben der ausgewählten Methode der Fragebögen nun auch die Medien als gute Quelle zur Verfügung standen, da in einigen Fällen „die Opportunität bestimmter Kandidaturen in aller Öffentlichkeit diskutiert wurde“. Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 125; Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 54.

⁴⁴ Elections fédérales de l’automne prochain. Le PDC part seul au combat, in: 24 heures, 03.06.1983.

bezüglich der regionalen Verteilung sowie hinsichtlich des Rangs der jungliberalen Kandidierenden korrigiert wurde. Dabei zeigte sich unweigerlich, dass die Mitglieder ohne Unterstützung der Parteiinstanzen keinen Quereinsteiger zum Spitzenkandidierenden krönen konnten.⁴⁵

Schliesslich zeigt der Fall der Zürcher SP im Wahlkampf von 1983 eindrücklich, wie die neuen Nominierungsprozesse sowohl Kontinuität als auch Wandel aufwiesen. Das 1947 bereits sehr formalisierte Nominierungsverfahren war in diesem Jahr noch ausgeklügelter: Neben einer zwischen Partei und Gewerkschaftskartell paritätischen Wahlkommission sollte eine ebenfalls paritätische Rekurskommission für die Anwendung des Wahlreglements sorgen. Wie im Jahr 1947 gestaltete sich die Nominierung der Kandidierenden langwierig, da die Gewerkschaften selbst zu sehr gespalten waren, um sich einfach auf ihre Kandidierenden einigen zu können. Das Prinzip der Partnerschaft wurde vielmehr hinterfragt. Der Antrag des Kartells, anstelle des Nationalrates Hansjörg Braunschweig den Winterthurer Gewerkschaftler Albert Eggli, ebenfalls amtierender Nationalrat, an die Spitze der Landliste zu setzen, hatte die Parteileitung zwar abgelehnt. Am Parteitag kritisierten dennoch viele vorwiegend junge, den Umweltbewegungen nahestehende Delegierte die politische Linie der Gewerkschaften und hinterfragten konkret die Kandidatur des als zu rechts wahrgenommenen Gewerkschaftlers Ernst Bühler, wobei der Parteitag diese, wie die zwölf gewerkschaftlichen Kandidaturen, dem Wahlabkommen folgend nur annehmen konnte. Wie der *Landbote* von dem Parteitag berichtete, wurden die Gewerkschaften nun von vielen (oft jüngeren) SozialdemokratInnen „überhaupt nicht als gleichberechtigte Partner akzeptiert [...]“. Sie waren aber doch bis vor relativ kurzer Zeit die mächtigen und stolzen Eckpfeiler der SP.⁴⁶

1.2. Jeden und alle repräsentieren

Die Analyse der Nominierungsprozesse hat gezeigt, dass sie nicht zuletzt wegen des Drucks der Öffentlichkeit komplexer und zum Teil konfliktträchtiger wurden. Inwiefern hängt dies mit den Kriterienauswahl zusammen? Bestätigt sich im Fall der Schweizer Nachkriegszeit der Befund eines steigenden Repräsentationsgebots? Welche Unterschiede lassen sich zwischen den Parteien und zwischen den kantonalen Kontexten beobachten?

Bemerkenswert ist zunächst, dass nur wenige Kantonalparteien Kriterien für ihre Kandidaturen a priori festlegten, abgesehen von der Parteimitgliedschaft.⁴⁷ Eine Ausnahme bilden einige sozialdemokratische Parteisektionen wie die Zürcher SP, die eine Parteimitgliedschaft von mindestens drei Jahren und eine Gewerkschaftszugehörigkeit verlangte, was die Bedeutung des in der

⁴⁵ Wer auf welchem Platz? in: Neue Zürcher Zeitung, 08.07.1983.

⁴⁶ Am Rande vermerkt. Wenig Raum für Hoffnung, in: Der Landbote, 4.07.1983.

⁴⁷ Nur der LdU verlangte dies von ihren Kandidierenden nicht, was Gruner mit den „unkonventionellen“ Nominierungsprozessen der Partei erklärt. In Luzern zum Beispiel suchte die Partei 1971 Kandidierende durch Inserate in der Presse; in anderen Kantonen wie in Zürich wechselten auch 1971 einige vom LdU Nominierte auf andere Parteilisten. Kleine Parteien wie die EVP akzeptierten 1971 auch gelegentlich Parteilose auf ihre Listen. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 146 und S. 168, Fn. 23.

Arbeiterbewegung erworbenen politischen Kapitals als Legitimationsvehikel für diese Partei verdeutlicht, auch als Ersatz für das weniger vorhandene wirtschaftliche und kulturelle Kapital.⁴⁸ Auch das in der Praxis oft grundlegende Kriterium der Proportionalität zwischen den Parteiflügeln und den parteinahen sozialen Gruppen und Organisationen war selten formalisiert, obwohl sie für das Selbstverständnis der Parteien sowie für ihren inneren Ausgleich zentral sein konnte.⁴⁹ Zudem diskutierten die Parteien in vielen Fällen nicht konkret über die Kriterien der Kandidaturen, beginnend mit der Frage der Konfession. Bis in die 1970er Jahre wurde beispielsweise als selbstverständlich vorausgesetzt, dass CVP-Kandidierende katholisch waren.⁵⁰ Als die CVP sowie die FDP, insbesondere in paritätischen, aber auch in mehrheitlich protestantischen Kantonen wie Zürich, eine konfessionelle Durchmischung anstrebten, wurde diese Frage offener diskutiert, allerdings mit unterschiedlicher Wirkung.⁵¹ Wenig diskutiert wurde nach wie vor die bevorzugte Auswahl von Bisherigen und von ambitionierten Parteiaktivisten, die von Ersteren als legitime Nachfolger kooptiert wurden. Für beide Typen von Kandidierenden entschieden sich die Chancen einer politischen Karriere ohnehin viel früher, oft mit einem ersten lokalen oder kantonalen Mandat als erstem Schritt des *cursus honorum* und/oder mittels Funktionen innerhalb der Partei oder eines nahestehenden Verbandes.⁵²

⁴⁸ Statuten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, Zürich 1936.

⁴⁹ Einzig die Christlichdemokraten versuchten, die heikle Frage des Einbezugs der Christlichsozialen formell zu regeln. Die Genfer Partei setzte laut Lachenal sogar ein rigides Proporzprinzip fest: Gewählte mussten in einigen Fällen abtreten, damit Nichtgewählte aus einer unterrepräsentierten Gruppe vorrücken konnten. Laut den neuen nationalen Statuten von 1971 sei das Prinzip einer fairen Vertretung der Regionen, Konfessionen, Altersgruppen, Geschlechter sowie weiterer „soziologischer“ Unterteilungen bei den proportionalen Listenwahlen zu beachten. Diese Formulierung scheint jedoch vage genug geblieben zu sein, um unterschiedliche Praxen in den Kantonalparteien zu erlauben. Lachenal: *Le parti politique*, 1944, S. 92. BAR J2.181 1987/52_1_1, Statuten der CVP, 1970.

⁵⁰ In den Diasporakantonen Waadt und Zürich lässt sich dies dank ihrer Heimatorte beobachten: 24 der 31 Zürcher CSP-Kandidaten stammten 1947 aus katholischen oder konfessionell gemischten Kantonen. Im Folgenden stammen die Daten zu einzelnen Listen aus einer Datenbank aller Nationalratskandidaturen der vier Parteien im Tessin, in der Waadt und in Zürich zwischen 1943 und 1983. Daraus liessen sich Statistiken zu Alters- und Geschlechterprofilen erstellen. Da die Berufe von den Parteien selbst deklariert wurden, ist hingegen eine systematische Analyse dazu nicht möglich.

⁵¹ Laut einer parteiinternen Auflistung von 1971 bezeichneten sich 34 Kandidierende von den 35 auf der Liste der Zürcher CVP als katholisch (Waadt: 15 von 16; Tessin: 8 von 8). In anderen Diasporakantonen wie Bern blieb 1971 die Zugehörigkeit zu katholischen Vereinen ein Auswahlkriterium, was Gruner in seiner Studie als Zeichen einer dort bestehenden Fokussierung auf die KatholikInnen als Stammwählerschaft interpretiert. Laut Kerr waren 1981 noch 97% der CVP-Parlamentarier katholisch. BAR J2.181 1987/52_72_627, o.A.: Angaben und Adresse der Kandidaten, [1971]. Vgl. dazu Gruner; Daetwyler; Zosso: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten*, 1975, S. 156ff; Kerr: *Parlement et société en Suisse*, 1981, S. 70.

⁵² Eine mächtige Partei wie die Zürcher FDP nominierte somit kaum politische Neulinge, nicht zuletzt, weil sie die „gesamte Gemeinde- und Kantonsratselite“ als Reservoir zur Verfügung hatte, wie die *Nationalzeitung* bezüglich der Listen von 1971 bemerkte. Wenig Chancen für Zürcher Nationalratskandidatinnen, in: *Nationalzeitung*, 13.10.1971. Tessiner Kandidierende waren ebenfalls tendenziell verdiente MandatsträgerInnen auf kommunaler oder kantonomer Ebene: Mehr noch als in den anderen beiden Kantonen krönte ein Listenplatz für den Nationalrat, geschweige denn einer mit Wahlaussichten, eine politische Karriere im Kanton.

Unumstrittene Repräsentation?

Beim Wahlkampf von 1947 schien eine solche, auf dem politischen Kapital basierende *représentation-mandat* besonders selbstverständlich, wie die wenig umstrittene privilegierte Position der Bisherigen, am Anfang der Listen und oft vorkumuliert, zeigte. Zwar versuchten einige Parteien und Politiker die Konzentration des politischen Kapitals zu begrenzen – wobei sie auch die Regeln bezüglich der Mandatskumulierung einiger städtischer oder kantonaler Exekutiven berücksichtigen mussten.⁵³ Das politische Kapital blieb jedoch das zentrale Auswahlkriterium für etablierte oder werdende Politiker und die Frage der gewünschten Repräsentativität der Liste betraf hauptsächlich die sogenannten Listenfüller. Ein Repräsentationsgebot liess sich dabei am stärksten in Bezug auf eine ausgewogene Vertretung der Sektionen und somit der Kantonsteile spüren, die für die Attraktivität der Liste über die Stammwählerschaft hinaus wichtig erschien sowie für innerparteilichen Konsens sorgen sollte. Einige Parteien, darunter die waadtländische FDP, diskutierten mithin die Möglichkeit, zwei regionaldifferenzierte Listen einzureichen, wie die Berner Parteien es bereits taten.⁵⁴ Viele bürgerlichen Parteien achteten in ähnlicher Weise auf eine bäuerliche Präsenz auf ihren Listen, die sowohl eine berufliche als auch eine territoriale Repräsentationsfunktion erfüllte, und ebenfalls ein symbolisches Legitimierungsmittel darstellte.⁵⁵ Mancherorts traten die Repräsentationsforderungen der Sektionen aber in Widerspruch mit der Praxis des Vorkumulierens, die die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze verminderte.⁵⁶ Hingegen konnten die Tessiner Konservativen gerade dank des Verzichts auf das Vorkumulieren der Bisherigen eine territorial und beruflich diversere „Kampfliste“ gestalten, um so breitere Bevölkerungsschichten anzuziehen.⁵⁷

Eine breite berufliche Repräsentation im Zusammenhang mit dem jeweiligen Parteiimage erschien dabei zugleich als zentral und als umso komplexer, als sie oft die Partnerschaft mit Gewerkschaften oder Berufsverbänden berührte, wie bei den Konflikten in der Zürcher SP sichtbar wurde. Bei den konservativen Parteien wurde die Präsenz christlichsozialer Gewerkschaftler umso wichtiger und politischer, je mehr dieser Parteiflügel um seine Bedeutung kämpfte. Dabei war die Lage in der Zürcher CSP, die ähnlich wie die SP mit dem kantonalen Christlichsozialen Gewerkschaftskartell

⁵³ Anlässlich von Gruners Studie zum Wahlkampf von 1971 antworteten nur wenige Parteien auf diese Frage, noch weniger erwähnten sie eine etablierte Praxis. Einige Stadt- oder Kantonsräte legten dafür aber selbst Kumulierungsbeschränkungen fest – 1947 musste somit ein freisinniger Lausanner Stadtrat auf sein neues Nationalratsmandat verzichten, da zwei seiner Kollegen aus dem Stadtrat dort bereits vertreten waren. In den letzten Jahrzehnten verbreiteten sich aber Kumulierungsverbote in den grossen Parteien. *Après les élections au Conseil national M. Jean Peitrequin se désiste*, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 14.11.1947. Dazu Gruner; Daetwyler; Zosso: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten*, 1975, S. 164ff.; Pilotti; Mach; Mazzoleni: *Les parlementaires suisses*, 2010, S. 229.

⁵⁴ ACV PP 552/201, Brief der FDP-Sektion von Vevey an den Zentralvorstand der FDP der Waadt, 27.09.1945.

⁵⁵ So in der waadtländischen FDP, *De candidats en candidats. Le Congrès radical vaudois*, in: *Tribune de Lausanne*, 15.09.1947.

⁵⁶ Bei den Tessiner Freisinnigen hatte die Sektion von Bellinzona eine vollständige Liste verlangt, damit sie zwei Listenplätze statt nur einen erhielt. ASTi 3.3.3 4.2.1, *Comitato cantonale*, 20.09.1947.

⁵⁷ *Wahlperspektive im Tessin*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 25.10.1947.

verhandelte, viel weniger angespannt als beispielsweise in Zug oder Graubünden, wo Gewerkschaften nicht nur selten auf den Listen zu finden waren, sondern gezielt von (konservativen) Wählern gestrichen wurden.⁵⁸ Dass der berufliche Repräsentationsanspruch der Parteien sich dabei auf die ihnen nahestehenden Organisationen begrenzte, verdeutlicht die Lage der Angestellten, welche keine eindeutige parteipolitische Verankerung aufwiesen.⁵⁹ Abgeleitet vom Argument ihrer demographisch steigenden Bedeutung beanspruchten nun aber manche – auch statutarisch parteipolitisch neutrale – Organisationen der Angestellten eine bessere numerische Repräsentation im Parlament. Laut dem *Schweizerischen Kaufmännischen Zentralblatt* sei aber die schwache Vertretung der Angestellten in den Parteien ursächlich für ihren mangelnden Einfluss in den parteipolitischen Wahlkomitees, was oft dazu führe, dass die Fürsprecher der Angestellten oft lediglich als „Lockvogel für die Angestellten-Stimmen“ auf chancenlose Listenpositionen nominiert würden.⁶⁰

Auch für 1959 gilt grundsätzlich die Kombination einer *représentation-mandat* (vorwiegend für die ersten Listenplätze) und einer beruflich und territorial basierten *représentation-figuration* (vorwiegend für die Listenfüller). Zwar war die Sicherung der Bisherigen durch Vorkumulieren weniger selbstverständlich, jedoch blieb ihre Wiederwahl oberstes Ziel vieler Parteien. Kleine Parteien wie die waadtländischen Bauern und Christlichsozialen setzten dafür alles auf einzelne Zugpferde, die zumindest die Erhaltung des einzig erreichbaren Mandates sichern sollten: ihre Parteisekretäre und bisherigen Nationalräte Albert Brochon und Paul Frainier. Sinnbildlich für diese Starrheit der Kandidaturen sind die Spitzenkandidaten der Zürcher Freisinnigen bei diesem Wahlkampf: Neben den vier Bisherigen kandidierte der Parteipräsident Robert Bühler, der zwischen 1946 und 1955 bereits im Nationalrat sass und in Folge einer Mandatsverschiebung sein Mandat verloren hatte. Für die *NZZ* besass er „einen ungeschriebenen Anspruch auf die Rückkehr nach Bern, hat er doch von jungen Jahren an seine Tätigkeit – er war Mitglied des Stadtrates von Winterthur und des Kantonsrates – auf den Dienst an der Öffentlichkeit ausgerichtet“.⁶¹

Bedeutend für 1959 war zudem die besondere Brisanz der Frage nach der territorialen Repräsentation in einer Zeit der rasanten Urbanisierung. In den Landsektionen der Zürcher BGB liessen sich beispielsweise Stimmen hören, die einen zu stark städtischen Charakter der BGB-Repräsentation in Bern bemängelten. Dies würde laut den Parteikadern zu einem Motivationsproblem für den

⁵⁸ Theorie und Praxis, in: Gewerkschafter, 02.10.1947; Die Ecke. Die Christlichsozialen sind unzufrieden, in: Neue Bündner Zeitung, 14.10.1947.

⁵⁹ Eine Ausnahme stellten die Zürcher Demokraten dar, welche 1947 sowie 1959 mit dem Nationalrat Philipp Schmid-Ruedin, lange Generalsekretär des schweizerischen kaufmännischen Vereins, für ihre Liste auf ein Zugpferd des Angestelltenmilieus zählen konnten. Neben ihm und weiteren Demokraten empfahlen aber manche Flugblätter der Angestelltenverbände ihren Mitgliedern auch weitere Kandidaten in anderen Parteien (insbesondere bei der LdU, der CVP oder der SP). StAZH III Ao 2/2, Flugblätter, Kantonal-zürcherisches Privatangestellten- und Beamtenkartell; Kaufmännisches Verein, [1947].

⁶⁰ Die Angestelltenschaft und die Nationalratswahlen, in: Schweizerisches Kaufmännisches Zentralblatt, 5.09.1947.

⁶¹ Die neue Zürcher Deputation, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1959.

Wahlkampf führen, denn „jene Bezirke, die keine Chancen sehen, dass einer der ihren gewählt wird, lassen es sehr oft an der erforderlichen Tätigkeit fehlen.“⁶² Jedoch entschieden sich die Zürcher BGB-Parteikader gegen die von einigen ländlichen Sektionen vorgeschlagene Lösung, zwei Listen zu lancieren, und somit die Repräsentation der ländlichen Gebiete und der Bauern zu verbessern. Selbst wenn mit dem Verzicht auf das Vorkumulieren das ambitionierte „vernünftige Vertretungsverhältnis (Bauern – Gewerbler – Bürger) unter den Gewählten“ kaum erreichbar war, blieb es dennoch das Ziel durch eine vollständige Liste den Einbezug breiterer Kantonsteile zu ermöglichen sowie die Einheit und Geschlossenheit der Partei aufzuzeigen.⁶³ Jenseits von solchen symbolischen Fragen achteten dabei viele Parteikader zunehmend pragmatisch auf das zu erwartende Wahlverhalten, umso mehr als die Wähler verstärkt zum Verändern der Liste tendierten. So schrieb Martin Rosenberg 1961:

„Die Bedeutung *sorgfältig zusammengestellter Wahllisten* haben gerade die Wahlen 1959 erneut klar erwiesen. Die Zusammenstellung der Listen darf nicht zufälligen Mehrheiten überlassen werden. Die Sache muss *vor persönlichen Ambitionen* den Vortritt behalten. Gute eigene Listen *verhindern Panaschierverluste*, die verschiedenen Kantonalparteien 1959 zum Verhängnis wurden.“⁶⁴

Repräsentation im Umbruch

Der Wahlkampf von 1971 führte in vielfacher Hinsicht zu einem Umbruch bei den Auswahlkriterien. Zwar blieben laut Gruners Studie in den meisten Kantonalparteien die klassischen Repräsentationskriterien Raum und Berufsstand (evtl. Zugehörigkeit zu einem Berufsverband) zentral,⁶⁵ jedoch tauchten erste Anzeichen auf, dass sich das übliche berufliche Repräsentationsgebot parallel zum Wandel der Zielwählerschaften im Umbruch befand. Die Parteileitung der waadtländischen BGB bemängelte zum Beispiel nach den Wahlen das Fehlen eines „praktizierenden Landwirts“ im Nationalrat: Der „bäuerliche Charakter der Partei, insbesondere unter dem Einfluss der Zürcher“ sei damit am Verschwinden.⁶⁶ Für die Partei, die selbst aber keine rein landwirtschaftlichen Listen mehr aufstellte, erklärte diese leider „unumkehrbare Entwicklung“ die „latente Passivität [der Bauernvertreter] gegenüber der Landwirtschaft“.⁶⁷ Die freisinnigen Antworten auf Gruners Studie zeigen ebenfalls, wie die alte Volkspartei in vielen Kantonen zwischen dem traditionellen Einbezug des Gewerbes und der Bauern und der Bedeutungszunahme von Akademikerprofilen lavierte. Dies ergab sich zunächst aus dem Wandel des FDP-Rekrutierungsmilieus, war aber auch eine Reaktion auf die Wünsche der Parteibasis: Die Zürcher Mitgliederbefragung zeigte beispielsweise ihre

⁶² PA SVP ZH, Parteileitung, 6.07.1959.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961.

⁶⁵ So nannten 55 der von Gruners Team untersuchten 72 Parteien die Repräsentation der Regionen als wichtiges Nominierungskriterium (die siebzehn übrigen Parteien stammten aus Stadtkantonen oder Kantonen mit einem oder zwei Mandaten), Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 155.

⁶⁶ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 21.12.1971.

⁶⁷ Ebd.

Bevorzugung von „Prestigeberufen“ (Ärzte, Professoren).⁶⁸ Seitens der SP war es das alte Bündnis mit den Gewerkschaften, das langsam ins Schwanken geriet: In der Berner SP mehrten sich die kritischen Stimmen zum traditionellen Abkommen mit den in der Hauptstadt stark vertretenen Gewerkschaften über Listenplätze, was Gruner mit ihrem Anspruch erklärte, sich als breite Volkspartei darzustellen.⁶⁹ Und während die Zürcher SP die übliche Vereinbarung mit den Gewerkschaften beibehielt und wichtige Gewerkschaftspersönlichkeiten nominierte, platzierte sie den Journalisten Peter Wettler, der VSS-Vorstandsmitglied und in der 1968er-Bewegung aktiv war, auf ihrer Landliste vor dem langjährigen Redaktor der *Arbeiterzeitung* Hans Hilty, was für mediales Aufsehen sorgte.⁷⁰

Dies war auch eine Antwort darauf, dass die Parteijugend sich nun laut für eine bessere Repräsentation einsetzte – und dies links wie rechts. In vielen Parteien hatten sich die Jugendgruppen im Laufe der 1960er Jahre neu organisiert und konnten deshalb ihr Anliegen nach einer Erneuerung der Parteien und der Politik im Allgemeinen wirksamer vorbringen. Neben Listenplätzen verlangten sie oft neue Regelungen, die die Macht der alten Partieliten mindern sollten: Die waadtländische Jugendsektion der SP schlugen beispielsweise (vergeblich) eine Altersbeschränkung für Nationalratskandidierende auf 56 Jahre vor, was der populäre Baechtold mit dem folgenden Argument unterstützte: „Effectivement le renouvellement du parlement ne se fait que par la mort. Nous avons un parlement de vieux et c'est pour cette raison qu'il y a un si grand décalage entre lui et l'opinion publique.“⁷¹ Diese Forderungen antworteten auf und verstärkten gleichzeitig die Generationenkonflikte innerhalb dieser Kantonalpartei. Die meisten Parteien zeigten jedoch Vorbehalte, fixe Regelungen zu vereinbaren und das Karrierenende der Bisherigen auf diese Weise einzuleiten, insbesondere wenn es die eidgenössische Ebene betraf.⁷² Auch wenn die Jugendbroschüre der FDP für den Wahlkampf zwar von Massnahmen vieler freisinniger Orts- und Kantonalparteien gegen das „Ämtlisammeln“ sprach, scheint dies die Nationalratswahlen selten betroffen zu haben.⁷³ Laut der Broschüre sei es sowieso auch die Verantwortung der Jugend, sich in der Politik zu engagieren anstatt lediglich die „Überalterung der Parteien“ zu beklagen.⁷⁴ Jedoch realisierten viele Parteien, dass die Anwesenheit

⁶⁸ Die Liste FDP-Bern Mittelland zählte somit nicht weniger als 2/3 Akademiker, während Parteien wie die baselländische FDP die Anzahl der Intellektuellen absichtlich reduzierten, um das schrumpfende „bäuerlich-gewerbliche Stammland“ weiterhin miteinzubeziehen. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 156f.

⁶⁹ Ebd., S. 158.

⁷⁰ Wenig Chancen für Zürcher Nationalratskandidatinnen, in: *Nationalzeitung*, 13.10.1971.

⁷¹ ACV PP 225/38, Comité directeur, 5.04.1971. Auch die SP-Sektion von Morges beantragte beim nationalen Parteitag vom Mai 1971 eine Amtszeitbeschränkung für nationale Parlamentarier. Die nationale Geschäftsleitung erklärte sich aber als nicht zuständig für diese kantonale Frage. SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 16.04.1971.

⁷² Das Zürcher SP-Organ *Volksrecht* befand, dass Regelungen betreffend Ämterkumulation und Amtszeitbeschränkung durch den Verlust verdienter Politiker schlussendlich den Bürgerlichen dienen würden. Nationalratswahlen, Ämterkumulation und Amtszeitbeschränkung. Die SP soll „Orientierungsdaten setzen“, in: *Volksrecht*, 10.08.1971; Nach einem Gespräch mit Dr. Arthur Bachmann. Als Regierungsrat in den Nationalrat?, in: *Volksrecht*, 21.08.1971.

⁷³ Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Junge stellen heisse Fragen an den Freisinn, 1971.

⁷⁴ Ebd.

von Jugendlichen auf ihrer Liste allein schon als Alibi-Kandidierende Stimmen bringen könne.⁷⁵ Und machten zumindest Platz für die Leader der Parteijugend.⁷⁶ Am sichtbarsten war diese neue Strategie bei der Zürcher BGB. Die von der Partei lancierte, aber als unabhängig präsentierte Teilliste „Junge Mitte“ scheint ein von den Parteikadern gesteuertes Experiment gewesen zu sein, um dank der Listenverbindung bei der zur Mitte tendierenden Jugend Stimmen für die Hauptliste einzusammeln – tatsächlich gewann sie ein fünftes Mandat. Die spät vereinbarte neue Strategie der Parteileitung, welche ursprünglich zu Kandidaturen für eine Stadt- und eine Landliste aufgerufen hatte, führte aber zu Unmut bei einem Teil der Aktivisten, vor allem jenen der sogenannten Landschaft, aber auch der Stadt Winterthur, die sich deswegen schlecht vertreten fühlten.⁷⁷

Un „féminisme électoral“?

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass der mit der erfolgreichen Frauenstimmrechtsabstimmung von Februar 1971 ermöglichte Einbezug von Frauen auf die Listen einigen Parteien eher als zusätzlich Last oder höchstens als überlegenswerte Möglichkeit erschien. Die Parteiakteure waren sich jedoch des Vorteils bewusst, den sie errangen, wenn sie Frauen auf die Listen setzten, um sie wie die anderen Wählerschaftskategorien zum Stimmenfang einzusetzen. Dies basierte auf der Annahme, dass die nicht leicht zu erreichenden und politisch schwierig einzuschätzenden Frauen doch sicherlich Frauen wählen würden.⁷⁸ Bei einer als frauenfreundlich geltenden Partei wie der SP, die das Frauenstimmrecht am längsten unterstützt hatte, erschien die Wahl von Frauen in den Nationalrat als eine Prestigesache.⁷⁹ Die Integration von Frauen in die Nationalratswahllisten variierte aber von Kanton zu Kanton und von Partei zu Partei sehr (vgl. Graphiken 14-16). Eine Minderheit der von Gruners Studie untersuchten Kantonalparteien setzte 1971 tatsächlich einen Repräsentationsschlüssel für Frauen ein (zwischen 15 und 30%), während die Mehrheit lediglich den Einbezug einiger Kandidatinnen guthiess.⁸⁰ Bei der waadtländischen BGB einigte man sich neben

⁷⁵ In Gruners Befragung gaben vierzehn Parteien an, dass sie jungen Menschen Plätze gäben, und sieben, dass sie auf die jugendliche Repräsentation achteten. 1979 stellte Ruedi Burger für Einwohnerratswahlen fest, dass die meisten Parteien als Alibi zumindest einen Jugendlichen auf ihren Listen aufstellen würden. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 163f.; Burger: Vom Kandidat zum Einwohnerrat, 1979, S. 181f.

⁷⁶ Wie die Zürcher FDP für den Zürcher Gemeinderat und Präsident der Zürcher Jungliberalen Thomas Wagner, Wenig Chancen für Zürcher Nationalratskandidatinnen, in: Nationalzeitung, 13.10.1971.

⁷⁷ PA SVP ZH W 1971, Korrespondenz mit den Bezirksparteien, 1971. Interessanterweise war es auch die an einem veralteten Image leidende SVP auf nationaler Ebene, die 1977 als erste eine Beschränkung auf vier Mandate für eidgenössische Parlamentarier einführte, was die Karriere prominenter SVP-Politiker wie Walther Hofer beendete. *Année politique suisse*, 1979.

⁷⁸ Die katholische Zeitschrift *Sonntag* untersuchte diese Frage bei den – nur männlichen – Redakteuren der katholischen Presse: Einige tippten auf ein noch mangelhaftes Selbstvertrauen der Frauen: „Frauen werden auf Grund eines Fotos in der Zeitung eher einen Mann wählen“. Andere glaubten an „frauliche Solidarität“. Die Zeitung schien auf letzteres gehofft zu haben, denn im Artikel folgten ausführliche Portraits von Kandidatinnen der Christlichdemokratischen Volkspartei. Geben die Frauen den Frauen die Stimme?, in: *Sonntag*, 27.10.1971.

⁷⁹ SSA Ar 1.110.61, Bertschinger, Alois: Beleuchtender Kurzbericht zu den eidgenössischen Wahlen 1971, 9.12.1971.

⁸⁰ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 159.

einem hauptsächlich territorialen Repräsentationskriterium darauf, dass „les espoirs du canton et quelques dames devront également y être ajoutées“.⁸¹ Laut den von Gruner befragten Parteisekretären gab es allerdings in vielen Fällen Rekrutierungsprobleme, da selbst die Erfüllung dieser moderaten Quoten manchmal unmöglich war.⁸² Viel hing davon ab, welche Beziehungen die Parteien zu Frauenorganisationen aufgebaut hatten beziehungsweise welches Rekrutierungsreservoir und welche Einflussmöglichkeiten letztere in den Nominierungsprozessen besaßen. Die Sozialdemokratinnen waren in der Regel ausreichend organisiert, um im Rekrutierungsprozess der Kandidierenden mitentscheiden zu können.⁸³ Paradoxer Weise nutzten die gut organisierten Zürcher SP-Frauen ihre Stimme im Nominierungsprozess, um einen kleinen Frauenanteil zu fördern. Die Aktivistinnen befürchteten nämlich, dass zu viele Kandidatinnen die Streichlust mancher Wähler(Innen) anregen würde, sodass sich viele Kandidatinnen, wie bei den kantonalen Wahlen geschehen, nach den Wahlen am Schluss der Liste finden würden.⁸⁴ Auch wenn die Zürcher SP tatsächlich relativ wenige, dafür aber angesehene Kandidatinnen, darunter die gewählten Lilian Uchtenhagen und Hedi Lang, vorstellte, ärgerten sich tatsächlich manche altverdiente Parteimitglieder über die Nominierung einiger Kandidatinnen, die der Partei erst vor kurzem beigetreten seien.⁸⁵

Die Frauensektionen der anderen Parteien waren ihrerseits auf kantonaler Ebene und erst recht auf nationaler Ebene zu wenig organisiert, um in ähnlicher Weise mitwirken zu können. Die parteinahen Frauenorganisationen – bürgerliche Frauenstimmrechtsvereine für die FDP, Landfrauenvereine für die BGB, katholische Frauenvereine für die CVP – stellten ein mögliches Reservoir an Kandidatinnen dar, welches sich aber schnell erschöpfte.⁸⁶ Die Perspektive, als frauenfreundliches Alibi oder sogar „Kamikaze“ zum Stimmenfang lediglich auf einen aussichtslosen Listenplatz gestellt zu werden, mag manche Frauen – wie auch manche Männer – wenig interessiert haben.⁸⁷ Die mentale Hürde einer Kandidatur für Frauen, die sich über lange Zeit ausserhalb des politischen Feldes gesehen hatten, mag eine noch grössere Rolle gespielt haben. Kennzeichnend hierfür ist die Art und Weise wie Marie-

⁸¹ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 29.05.1971. Die Parteileitung sah sich gezwungen, aufgrund des Pionierstatus der Waadt in Sachen Frauenstimmrecht eine Geste zu machen und einigte sich auf vier weibliche Kandidaturen – was jedoch bei der Basis auf Gegenwind stiess. Schliesslich waren nur zwei Frauen auf der Liste zu finden.

⁸² Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 159f.

⁸³ Die zentrale Frauenkommission machte bspw. die kantonalen Sektionen bereits im Februar 1971 darauf aufmerksam, dass sie Kandidaturvorschläge für ihre Kantonalparteien bereithalten sollten. SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 20.02.1971.

⁸⁴ SSA Ar 27.60.37, Brief der kantonalen Frauengruppe an die Geschäftsleitung, 23.06.1971.

⁸⁵ Ebd., Brief von Karl Gmünder an René Nussbaumer, 3.09.1971.

⁸⁶ Im Kanton Sankt Gallen stützten sich die ChristlichdemokratInnen beispielsweise auf den Staatsbürgerlichen Verband katholischer Schweizerinnen und den katholischen Akademikerinnen-, Lehrerinnen- und Arbeiterinnenvereinen. Nicht alle Kantone kannten aber ein so vielfältiges katholisches Frauenvereinsleben. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 162.

⁸⁷ Die Frage, ob Frauen aufgrund ihrer geringen Chancen nur als „Kamikazes“ auf den Listen waren, wurde in der Öffentlichkeit diskutiert, vgl. Les femmes à Berne. La femme, ce peuple opprimé est l’avenir de l’homme, in: Feuille d’Avis de Lausanne, 02.10.1971. Zu den daraus resultierenden Rekrutierungsproblemen siehe Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 138; Burger: Vom Kandidat zum Einwohnerrat, 1979, S. 183.

Madeleine Romang, Präsidentin der diplomierten Landfrauen in der Waadt, ihre – komplett aussichtslose – Kandidatur gegenüber der kantonalen BGB-Parteileitung akzeptierte: Sie nehme diese als „Aufgabe“ an, die sie nicht „leichtfertig“ erfüllen wolle und zu der sie sich „moralisch verpflichtet“ fühle.⁸⁸

Dieses reale Rekrutierungsproblem kann aber nicht verschleiern, dass in einigen Parteien auch ein Unwillen oder zumindest ein Desinteresse an weiblichen Kandidaturen herrschte. Eine Schlussfolgerung von Gruners Studie war, dass sich die Parteien in den sogenannten Frauenstimmrechtskantonen paradoxer Weise in diesem Bereich viel weniger proaktiv zeigten, als in jenen Kantonen, die das Frauenstimmrecht erst vor kurzem oder noch gar nicht eingeführt hatten. In ersteren, wie in Basel-Stadt oder im Frauenstimmrechtspionierkanton Waadt, herrschte sogar oft die Devise „Gleiche Rechte für alle, keine Vorzugsbehandlungen der Frauen“.⁸⁹ Dieser scheinbare Universalismus verdeckte die spezifischen Schwierigkeiten von Frauen, sich auf Listen portieren zu lassen. Vielmehr führte er quasi systematisch zu ungünstigen Positionen, da die Kriterien der Reihenfolge sie nur benachteiligen konnten (Erfahrung, Hierarchie der Mandate) oder den Rang der Listenfüller dem Zufall überliessen (alphabetische Reihenfolge). Laut Gruners Studie schafften es nur jene Parteien, Frauen wählen zu lassen, die die Bedeutung des Listenrangs für die Wahl erkannt und ihren Kandidatinnen – oder zumindest einigen von ihnen – entgegen den üblichen Reihungspraktiken einen guten Listenplatz gesichert hatten.⁹⁰

Die neuen Repräsentationsforderungen traten dabei mancherorts in ein Spannungsverhältnis mit den Wiederwahlstrategien der Bisherigen. Zwar waren vor dieser ausserordentlichen Wahl 55 Nationalräte zurückgetreten, sodass mindestens ein Viertel der Mandate neu zu besetzen waren.⁹¹ In einigen Kantonen blieb aber die Wahllage weiterhin stark geschlossen. Am offensichtlichsten war dies gerade im Kanton Waadt, wo die proklamierte Gleichbehandlung der Kandidatinnen nur ungenügend verbarg, dass die zahlreichen Bisherigen ihnen kaum Wahlchancen liessen.⁹² In dieser vorentschiedenen Situation war von Anfang an klar, dass ein Teil der weiblichen Kandidaturen hauptsächlich dekorativen Zwecken diene, umso mehr als sie oft weit nach den bisherigen Mandatsträgern eingeordnet wurden, mit der Begründung, „dass eine allzu gute Platzierung den Streicher-Willen der

⁸⁸ PA SVP VD 4.1, Conseil exécutif, 6.09.1971.

⁸⁹ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 159ff.

⁹⁰ Ebd. Dies war für die Sankt Galler und Zürcher (bei dieser konnte die erste Ersatzkandidatin Helen Meyer bald nachrücken) CVP der Fall, sowie für die Zürcher FDP mit Martha Ribi-Raschle, die sogar Bestgewählte der Stadtliste wurde.

⁹¹ Laut dem Journalisten Peter Amstutz hätten dies einige von ihnen aus „Angst vor den Frauen“ getan: „Viele fürchteten, dem zum Teil beachtlichen Aufgebot an Charme und Jugend einzelner Parteien zum Opfer zu fallen - und räumten daher lieber ehrenvoll das Wahlfeld“. Die Zeit ohne Frauen ist zu Ende. Viele Gruppen in der Schweiz wollen in den Nationalrat, in: Frankfurter Rundschau, 16.10.71.

⁹² Von den zwölf Bisherigen der vier Bundesratsparteien stellten sich zehn wieder zur Wahl – und wurden wiedergewählt. Ähnlich war es im Tessin. Selbst wenn die Parteien dort ihre Listen alphabetisch geordnet hatten, wurden die Bisherigen und die (ebenfalls männlichen) legitimen Neulinge, die bereits politisches Kapital erworben hatten, problemlos (wieder-)gewählt.

Männer nur provozierte“.⁹³ Die Zürcher BGB machte beispielsweise aus der Diplomingenieurin Margrit Lörtscher-Ulmann, Präsidentin der Landfrauenvereinigung, zwar eine ihrer sechs Spitzenkandidierenden der Hauptliste, jedoch diente sie ziemlich offensichtlich als Aufwertung für ihre Kollegen: die vier wiederkandidierenden Bisherigen und den neuantretenden Parteipräsidenten und Gewerbesekretär Werner Leutenegger, der den zurücktretenden Hans Conzett ersetzen sollte.⁹⁴ Die politische Erfahrung und die zugeschriebene Kompetenz verdienter Politiker wurde oft als prioritärer, absolut legitimer Grund dargestellt, um ihre Kandidaturen vor diejenigen der Frauen zu stellen.

Am sichtbarsten wurden die Barrieren für den Eintritt von Frauen in das politische Feld und insbesondere der Vorrang des politischen Kapitals bei den Ständeratswahlkandidaturen. In der Waadt hatten die PdA und die SP seit 1959 einige – aussichtslose – Kandidatinnen nominiert, gegen welche die Bürgerlichen aggressive Kampagnen geführt hatten, wie noch 1967 mit dem Motto „Non au féminisme électoral“.⁹⁵ Sehr ähnlich lief die Ständeratswahl von 1971 in Zürich ab. Um eine Alternative neben den „zwei ausgesprochenen Exponenten der Wirtschaft“ zu bieten, den bisherigen Fritz Honegger (FDP) und Albin Heimann (LdU), entschied sich der SP-Parteitag mit einer knappen Mehrheit dafür, die Gemeinderätin und Schriftstellerin Doris Morf als Kandidatin zu portieren. Die Parteileitung hatte sich dabei ursprünglich gegen eine solche Kandidatur entschieden. Der Parteisekretär Karl Gmünder begründete dies folgendermassen: „mit Genossin Morf könnten wir keinen Wahlkampf mit überzeugendem Positionsbezug führen“.⁹⁶ Mit ihrer Kandidatur erhofften sich aber die Zürcher SozialdemokratInnen trotzdem einen Imagegewinn für die Nationalratswahlen. Innerhalb der Partei stiess diese Kandidatur auf den Widerstand von SP-Genossen, die ihre Kompetenz in Frage stellten, indem sie sie auf ihr Aussehen reduzierten. Ähnliche Argumente übernahmen zudem zahlreiche Zeitungen aller politischen Couleurs.⁹⁷

Mosaikartiges, konfliktgeladenes Repräsentationsgebot

Der Wahlkampf von 1983 zeigte eine weitere Vervielfältigung der Auswahlkriterien, welche die Nominierungsprozesse nicht gerade vereinfachte. Der Parteivorstand der stadtzürcherischen SP erwog beispielsweise bei der Auswahl seiner Kandidierenden folgendes Potpourri an Kriterien: „Die Verankerung und das politische Engagement während der vergangenen Jahre in der Stadtpartei und der städtischen Politik; die personellen Vorschläge der Sektionen; Kenntnisse, Vertrautheit, Profil und Erfahrung in nationalen Fragen und nationalen SPS-Gremien, das Mobilisierungspotential in den

⁹³ Wenig Chancen für Zürcher Nationalratskandidatinnen, in: Nationalzeitung, 13.10.1971.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ ACV PP 175/9, Inserat, Non au féminisme électoral, [1967].

⁹⁶ SSA Ar 27.10.55, Geschäftsleitung, 27.08.1971.

⁹⁷ „Sie treiben es zu weit! Eine solche eingebildete Frau im Ständerat... [...] Aussehen ist noch kein Zeugnis für Gehirn!“, SSA Ar 27.60.37, Brief eines SP-Mitgliedes an die Zürcher SP, 17.09.1971; Ständeratswahlen. Mit Sex, Charme und Doris, in: Sonntags-Journal, 18.09.1971.

verschiedenen Teilen des sympathisierenden Umfeldes der SP; soziale, geschlechtliche und sektionale Ausgeglichenheit“.⁹⁸ Neben dem parteipolitischen Engagement und der politischen Kompetenz zählten also die territoriale Verankerung und eine breit gefasste soziale Repräsentativität, aber in einer Zeit der Neugestaltung der parteipolitischen Handlungssysteme auch die Netzwerke der Kandidierenden. In der Herangehensweise der Parteien war dabei eine pragmatische Sicht der Kandidierenden als Stimmenfänger gegenwärtiger denn je, und dies auch bezüglich der klassischen Auswahlkriterien. So erklärte der Zürcher SVP-Präsident Christoph Blocher im *Tages-Anzeiger* ausführlich, wie eine zusätzliche Stadtliste zwar Mehrkosten von rund 100000 Franken sowie einen Mehraufwand für die Partei und die Kandidierenden darstelle, dass aber die Anhänger in der Stadt der Partei zu einem sechsten Mandat verhelfen könnten.⁹⁹ Tatsächlich hatte sich seit den 1970er Jahren die Praxis der Splitlisten bei den Zürcher Parteien etabliert, vor allem auf einer territorialen Basis.¹⁰⁰ Dies diente einem elaborierten *strategic electioneering*: Zwei oder mehr Splitlisten sollten den Wählenden die breiteste Auswahl an Kandidierenden und den bestmöglichen Spiegel ihrer selbst geben, um der Mutterliste dank der Unterlistenverbindung am meisten Stimmen zu bringen. Hingegen entschied sich die Zürcher CVP nach der genauen Studie der arithmetischen Vor- und Nachteile getrennter Listen und intensiver Diskussion, doch eine einzige Liste zu führen. Dass diese Frage neben den Kalkülen für manche Mitglieder auch symbolisch aufgeladen sein konnte, zeigt die Rechtfertigung des Wahlkampfstabs nach den enttäuschenden Wahlergebnissen:

„Das ‚Stadt-/Landspielchen‘ ist *eine Sache der Politinsider, nicht des Gros der Wähler!* Es war einmal mehr augenfällig (in der Partei und bei den Wahlen!), dass der Gegensatz Stadt/Land reichlich konstruiert wirkte; *es gab weder in der Stadt noch auf dem Land eine Solidarität*. Im Vordergrund standen andere politische Merkmale: *Grüne, Gewerkschafter, Frau, Wirtschaft [sic]*.“¹⁰¹

Ferner wurde in einigen Parteien verstärkt darüber nachgedacht, wie sie sich beruflich anders verkörpern lassen könnten, da sich die traditionellen Wählerreservoirs und Parteiidentitäten stark im Umbruch befanden. So empfahl die Schweizer FDP den Kantonalparteien ihre gewerbliche Repräsentation zu betonen, was trotz des traditionellen SVP-Anspruchs auf dieses Segment der Partei neue Stimmen bringen könne.¹⁰² Seitens der Zürcher SozialdemokratInnen exemplifizierte die Ständeratskandidatur des achtundsechzigjährigen Otto Nauer, wie die Partei nach dem Rücktritt von

⁹⁸ Stätischer Parteivorstand diskutierte vor allem über: SP-Leute von heute und morgen, *Volksrecht*, 24.03.1983.

⁹⁹ Die SVP will ein sechstes Nationalratsmandat, in: *Tages-Anzeiger*, 24.05.1983.

¹⁰⁰ Damit trugen auch die Bundesratsparteien zur allgemeinen Inflation der Listen und Kandidierenden bei (Graphiken 11 und 12). Hingegen wurden in den kleineren Kantonen Waadt und Tessin keine Teillisten präsentiert, obwohl einige Kantonalparteien es erwogen. Während eine Gruppe von Linkspolitikerinnen 1975 im Kanton Zürich eine erste rein weibliche Liste zusammenstellte, ist aber zu bemerken, dass die Praxis der Frauenlisten sowie jene der Jugendlisten vor allem ab 1991 zum Trend wurde. Regionale Teillisten der gleichen Partei haben dabei in grossen und vielfältigen Kantonen wie Bern eine längere Geschichte. Neben den Teillisten für den Jura vor der Trennung lancierten Berner Parteien oft zusätzliche Listen für weitere Regionen (z.B. Oberland oder Emmental), siehe dazu Schmid: *Die Listenverbindungen*, 1962, S. 175ff.

¹⁰¹ PA CVP ZH, Wahlkampfstab: Schlussbericht Nationalratswahlen, Januar 1984.

¹⁰² BAR J2.322-01 2009/263_48_122, Hatt, Balz; Bolleter, Rudolf: *Wahlstrategie – Ergänzungen*, 27.06.1982.

Emilie Lieberherr, umstritten wegen ihres Umgangs mit den Zürcher Jugendunruhen, einen konsensuellen Kandidaten finden wollte. Während Nauers (schlussendlich nicht erfolgreicher) Einsatz für eine Amnestie im Zusammenhang mit den Jugendunruhen als Vermittlungsversuch zwischen den Generationen gedeutet wurde, sollte er zudem als Präsident der Zürcher Wohngenossenschaft ASIG Stimmen in den Mieter- und Genossenschaftsmilieus und zugleich beim gewerkschaftlichen Flügel sammeln.¹⁰³ Wie in ihren Programmpunkten zur Wohnungsfrage wandte sich die SP tatsächlich vermehrt an die Mietermilieus als Nachwuchsreservoir, aber auch als Legitimitätsträger, währenddessen die alte Wahlpartnerschaft mit den Gewerkschaften zunehmend in Frage gestellt wurde.¹⁰⁴

Ein Zeichen, dass sich der zwischen-, aber auch innerparteiliche Wettbewerb verschärft hatte, ist dabei die Bedeutungszunahme rein politischer Kriterien bei der Auswahl von Kandidaturen. Bei der SP Zürich hatte das Parteileitungsmitglied Franz Schumacher in diesem Sinne den Antrag gestellt, den üblichen räumlichen und gewerkschaftlichen Repräsentationsschlüssel für die Nationalratsliste durch das Kriterium der parteipolitischen Orientierung zu ersetzen, um einen besseren Ausgleich oder sogar eine Kurswende nach links zu erreichen.¹⁰⁵ Das Zürcher SP-Sekretariat versuchte aber lediglich, alte und neue Repräsentationskriterien auszugleichen, indem es die zwölf vorgesehenen Gewerkschaftler und die elf vorgesehenen Frauen nach einem Reissverschlussprinzip auf die Stadt- und die Landliste verteilte.¹⁰⁶ Der Zürcher SP-Parteitag, zerrissen zwischen links und rechts, grün und rot, nahm dennoch vor allem die politischen Orientierungen der Kandidaturen wahr. Somit lehnte er die Kandidatur des SRF-Journalisten Uli Götsch ab, der als zu rechts galt – was den Rücktritt aller anderen Bülacher Kandidierenden auf der Liste verursachte.¹⁰⁷ Der Pressesprecher der Schweizer SVP, Hans-Peter Graf, seinerseits anerkannte im Vorfeld der Wahlen die im Vergleich mit der FDP „wesentlich geringere weltanschauliche und politische Bandbreite“ seiner Partei.¹⁰⁸ Die wenigen Persönlichkeiten, welche parteiexterne Stimmen aus Heimat- oder Umweltschutzkreisen gebracht hätten, seien nur aus Nützlichkeitsabwägungen in Kauf genommen worden und würden deshalb die Ausnahme bleiben. Bei vielen Parteien galten 1983 tatsächlich „grüne“ Kandidierende als Trumpf und Magnet für parteiexterne Stimmen, wie beispielsweise Elisabeth Kopp bei der FDP. Am meisten Anklang fanden die politischen Auswahlkriterien in diesem Wahlkampf bei den Freisinnigen, welche

¹⁰³ SSA Ar 27.600.14, Wahlausschuss, 26.09.1983; Volksrecht-Gespräch mit Otto Nauer über seine Kandidatur, in: Volksrecht, 15.06.1983.

¹⁰⁴ Dies stellte Meuwly auch bezüglich der Konsumvereine im Fall der waadtländischen SP fest, Meuwly: La politique vaudoise au 20e siècle, 2003, S. 198ff. 1971 hatte diese Partei den Präsidenten des waadtländischen Mieterverbands und der Familienbewegung MPF (Mouvement populaire des familles) Jean Quéloz – vergeblich – wegen einer Ständeratskandidatur kontaktiert, ACV PP 225/38, Comité directeur, 15.03.1971.

¹⁰⁵ Der kantonale Parteivorstand zu den eidgenössischen Wahlen vom Herbst. Nationalratslisten bereinigt, in: Volksrecht, 30.05.1983.

¹⁰⁶ SSA Ar 27.100.55, Nationalratsliste „Land“: Entwurf der Geschäftsleitung, 5.05.1983.

¹⁰⁷ Ebd., Geschäftsleitung, 16.08.1983; Keine Bülacher auf der Nationalratsliste der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich. Die SP zeigt ein zerstrittenes Bild, in: Der Landbote, 4.07.1983.

¹⁰⁸ PA SVP BE 6.2.44, Graf, Hans-Peter: Konzept für die Nationalratswahlkampagne 1983, Februar 1983.

zwischen dem immer mächtigeren rechten und dem linken Flügel zunehmend gespalten war. Während die Tessiner FDP bisher einen politischen Ausgleich zwischen linkem und rechtem Flügel in der Zusammensetzung ihrer Listen hatte erreichen können,¹⁰⁹ führte die verschärfte Polarisierung zum mehr oder weniger erzwungenen Rücktritt des Ständerats Luigi Generali und der Nationalräte Alma Bacchiarini und Pier-Felice Barchi, während die mächtige, nach rechts tendierende Sektion des Luganese den Parteipräsidenten Franco Masoni als neuen Ständeratskandidaten nominieren liess.¹¹⁰ Die heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen konnten nach aussen nicht verschwiegen und auch nicht mit der Zusammensetzung der Liste vermindert werden: Die Partei nominierte zwar trotz ihrer immer wirtschaftsfreundlicheren Linie einen Gewerkschaftler des eidgenössischen Personals, aber keine einzige Frau.¹¹¹

Dieses politische Spannungsverhältnis in den FDP-Nominierungsprozessen nahm eine breite nationale Dimension an, als zwei angesehene, aber ebenfalls als zu links empfundene Politikerinnen, Leni Robert in Bern und Ursula Brunner im Thurgau, von ihren Kantonalparteien an einer Kandidatur auf der Nationalratswahlliste gehindert wurden und infolgedessen aus der Partei austraten. Da vermischten sich die politische Selbstsuche der FDP nach 1979 mit den hohen oder sogar unmöglichen Anforderungen, die für weibliche Kandidaturen galten: Die freisinnige Vernachlässigung von „weiblichen“ Themen wie der Bildungs- oder Sozialpolitik führte die FDP-Politikerinnen dazu, sich für diese ausserhalb der Partei und oft auf nichtkonventionellen Plattformen zu engagieren, was beim Freisinn im Gegensatz zum starken Einsatz der Politiker in Vereinen oder Zünften nicht gut ankam.¹¹² Der öffentliche Streit um die Kandidaturen Roberts und Brunners führte zu heftigen Diskussionen innerhalb der FDP, aber auch in der Öffentlichkeit. Es wurde gefragt, ob die Freisinnigen „die Frauen nicht mehr gerne“ hätten.¹¹³ Ironisch ist es, dass sich die freisinnige Frauengruppe auf nationaler Ebene nach den ersten Erfolgen der 1970er Jahre entschieden hatte, die freisinnigen Kandidatinnen nicht mehr aktiv zu unterstützen.¹¹⁴ Die nationale FDP hatte trotzdem vor den Wahlen die Notwendigkeit einer verstärkten Integration der Frauen in die Partei erkannt, und vorgeschlagen, dass

¹⁰⁹ Vgl. Argioni; Urio; Ceschi: *Aspects de la régionalisation du Parti libéral-radical*, 1986, S. 111.

¹¹⁰ Tessin: Drahtzieher hinter den Kulissen der FDP und der Linken, in: *Basler Zeitung*, 03.10.1983.

¹¹¹ ASTi 3.3.3 30.2.4, *Direttiva cantonale*, 25.06.1983; ASTi 3.3.3 30.3.1, *Direttiva cantonale*, 12.07.1983; *I liberali-radicali pronti per ottobre*, in: *Libera Stampa*, 18.07.1983.

¹¹² Brief Ira Stamm an Jean-Jacques Cevey, FDP-Fraktionspräsident, 9.05.1983, zitiert nach Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht*, 2014, S. 208.

¹¹³ Frauen, Freisinn, „Fälle“, in: *Der Freisinn*, Juli 1983, zitiert nach Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht?*, 2014, S. 207. Politikerinnen links wie rechts sprachen aber breiter von einer Art Widerstandswelle, nun da die Politiker bemerkt hätten, so Leni Robert, „dass wir keine Alibi-Frauen sind. Weil sie sich konkurrenziert und verunsichert fühlen, ist – leider – eine gewisse Verhärtung zu verspüren. In der letzten Session zum Beispiel haben die im Gegensatz zu den ‚emotionalen‘ Frauen als ‚sachlich‘ geltenden Männer machnmal die Fassung, ja sogar den Anstand verloren.“ *Haben Berner Parteien Angst vor den Frauen?*, in: *Berner Zeitung*, 26.09.1983.

¹¹⁴ Amlinger: *Im Vorzimmer zur Macht?*, 2014, S. 239.

„eine eidgenössische Politikerin aufgebaut werden [muss], die eine glaubwürdige Politik auch für Frauen vertreten kann. [...] Wahrscheinlich verfügt derzeit nur Frau E. Kopp über einen nationalen Bekanntheitsgrad, der ausgebaut werden kann.“¹¹⁵

Diese Strategie, die zur Wahl Elisabeth Kopp zur erste Bundesrätin führen sollte, verdeutlichte auch die Tendenz der Freisinnigen, die weibliche Repräsentation auf die Förderung einiger prominenter Frauen zu reduzieren.¹¹⁶

Die nationalen Frauenorganisationen der CVP und SVP waren ihrerseits weiterhin zu schwach, um überhaupt bei ihren Mutterparteien Druck für eine häufigere Nominierung von Frauen ausüben zu können. Erstere hatten sich gerade neu gegründet und taten sich schwer, mit dem mitgliederstarken, aber um Neutralität bemühten SKF zur politischen Förderung von Frauen zusammenzuarbeiten. Zudem hatte die CVP im Laufe der 1970er Jahre die Rekrutierung von Frauen völlig vernachlässigt.¹¹⁷ Nicht viel anders ging es der SVP, sodass die Präsidentin der SVP-Frauen Evelyne Lüthy nach den Wahlen „die Frauen“ zur „grossen Verliererin dieser Wahlen“ erklärte.¹¹⁸ Darüber hinaus exemplifizierte der Wahlkampf von 1983 die Schwierigkeit für Politikerinnen, für die Frauenrepräsentation zu kämpfen, ohne dafür von den nach wie vor männlich dominierten Parteien bestraft zu werden. So erklärte die *Schweizer Illustrierte*, dass die Zürcher FDP-Mitglieder deswegen in der Zürcher FDP-Vorwahl den „Subversivenjäger“ Ernst Cincera vor Lili Nabholz, Präsidentin der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, auf die Wahlliste setzten.¹¹⁹

Somit zeigt sich ab den 1970er Jahren, dass die Nominierungspraxen der Parteien zunehmend einem vielfältigen, schnell zu Widersprüchen führenden Repräsentationsgebot untergeordnet waren. Dies verursachte Konflikte, die nun nicht mehr vor der Öffentlichkeit versteckt werden konnten. Die *représentation-figuration* – vor allem die Integration der Frauen und Jugendlichen – wurde allmählich zum Gegenstand eines Image-Wettbewerbs zwischen den Parteien, während die innerparteilichen Auswahlverfahren weiterhin stark von der Logik der Reproduktion des politischen Kapitals geprägt waren.

1.3. Vielfältigere Listen, vielfältiges Parlament?

Betrachtet man nun die allgemeinen Charakteristiken der immer zahlreicheren Kandidierenden im Zeitwandel, so lässt sich immerhin eine moderate Demokratisierung der Kandidaturen beobachten. Ab 1971 integrierten die Parteien zunehmend Frauen in ihre Listen, jedoch mit grossen Abweichungen

¹¹⁵ BAR J2.322-01 2009/263_48_122, o.A.: Anmerkungen zur Wahlstrategie 1983 der FDP Schweiz, [1983].

¹¹⁶ Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht?, 2014, S. 214.

¹¹⁷ Ebd., S. 319.

¹¹⁸ PA SVP BE 1.25.1, Zentralvorstand, 28.10.1983. Das Jahr 1983 enthüllte zudem ein Spannungsverhältnis bei der Zürcher SVP zwischen der Parteileitung und den Parteifrauen, welche Alibi-Positionen auf den hinteren Plätzen und die Ablehnung der Revision des Eherechts durch den Parteipräsidenten Christoph Blocher nicht akzeptieren konnten. Dazu Schnydrig: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei, 2007, S. 113f.

¹¹⁹ Frauen in der Politik, in: Schweizer Illustrierte, 12.09.1983.

zwischen den Kantonen und Parteien (Graphiken 14-16). In der Längsschnittanalyse zeigt sich damit eine Erneuerung der Listen, wohingegen in den früheren Jahrzehnten die gleichen Kandidierenden oft von Wahlkampf zu Wahlkampf auf der gleichen Liste zu finden waren.¹²⁰ Vor allem im Kanton Zürich verhalf die Zunahme an Listenplätzen mit den Splitlisten einer dem Zeitgeist entsprechenden ausgewogeneren Repräsentation der Altersgruppen zum Durchbruch, insbesondere der jüngsten Kategorie (18-29 Jahre), die nun nicht zuletzt dank einiger Jugendlisten einen sicheren und stabilen Anteil an Plätzen bekam (Graphik 19). Im Waadtland und im Tessin, wo die Parteien weiterhin über weniger Listenplätze verfügten, blieben jedoch die mittleren Alterskategorien übervertreten: Den Jugendlichen wurde oft weiterhin ein einziger Alibi-Platz überlassen (Graphik 17-18).

Die – zögerliche – Berücksichtigung dieser zwei wesentlichen und sehr sichtbaren Kriterien verbergen aber weitere Repräsentationslücken hinsichtlich weniger sichtbarer Gruppen.¹²¹ Während die meisten Listen zwar bereits 1947 eine Überrepräsentation politischer und unabhängiger Berufe aufwiesen, haben die Parteien im Laufe des Zeitraums immer weniger ArbeiterInnen und Angestellte nominiert. Diese Transformation der sozialen Profile der Kandidaturen ist besonders sichtbar bei den Sozialdemokraten, wie im Fall der waadtländischen Partei (Tabelle 4). Sie führte bereits 1947 eine Mehrheit von Vertretern politischer Berufe (drei Stadträte, sechs Gewerkschaftssekretäre) auf ihrer sechzehn-köpfigen Liste, wogegen 1983 die 1947 noch anwesenden Arbeiter- und Technikerprofile (zwei Mechaniker und ein Zahntechniker) zugunsten von soziokulturellen SpezialistInnen (LehrerInnen, SozialarbeiterInnen) gänzlich verschwunden sind. Diese Änderungen lassen sich auch bei anderen Parteien feststellen und gehen über den parallelen Wandel der Wählerschaften dieser Parteien hinaus. Die Profile der Kandidierenden stellten nämlich im Zeitverlauf einen immer verzerrteren Spiegel der beanspruchten Parteiwählerschaften dar: Zwar stammten die Kandidierenden noch aus den gleichen Berufsfeldern, wiesen aber ein höheres Bildungsniveau auf als zuvor. Obwohl die Zürcher FDP 1947 bereits zahlreiche Akademiker nominierte und ihre Wählerschaft durchschnittlich viele Akademiker zählte, zeichnete sich ihre Landliste von 1983 durch eine besondere Dichte an universitären Diplomen aus: Den Selbstdeklarationen folgend besaßen von den 35 Kandidierenden nicht weniger als zwölf einen Doktor- bzw. sieben einen Lizentiatstitel (Tabelle 5). Wie die parteiinternen Diskussionen zeigten, sind stärkere Änderungen in diesem Bereich auch bei der BGB/SVP sichtbar: Während die Zürcher Partei 1947 ihrem Parteibild entsprechend noch achtzehn Landwirte oder Agraringenieure unter ihren 26 Kandidierenden nominierte, waren es 1983 nur noch neun von siebzig (Tabelle 6). Die Land- und vor allem die Stadtliste versammelte dafür eine breite

¹²⁰ Dass viele erfolglose Kandidatinnen von 1971 jedoch beim Wahlkampf von 1975 nicht mehr kandidierten, deutet darauf hin, dass die Parteien mehrheitlich nicht dauerhaft auf ihre Karrieren, oder ihr militantes Engagement zählten.

¹²¹ Eine davon ist sicherlich die Repräsentation von SchweizerInnen mit Migrationshintergrund, wobei sich dies mit den verfügbaren Daten zu den Kandidierenden schwer messen lässt. Bis heute ist erstaunlich wenig über diese Frage bekannt. Zaslowski, Nationalratswahlen, 2015.

Vielfalt an unabhängigen Berufen, aber auch Beamte oder Angestellte im privaten Bereich, überwiegend mit einer akademischen Ausbildung.¹²²

Ferner zeigten sich die grössten Verzerrungen im Repräsentationsspiegel am Ende der verschiedenen Stufen des „Ausiebens für die Wahl“ (parteiinterne Auswahl und Listenplatzierung, dann Bürgerwahl),¹²³ wie Vergleiche der Profile der Kandidierenden mit jenen der Gewählten zeigen.¹²⁴ Die aussichtsvollen, von den Parteien besonders unterstützten Kandidaturen waren zunächst die der Bisherigen, die sich dank der ausserordentlichen parteipolitischen Stabilität wieder zu Wahl stellen konnten und mit hoher Wahrscheinlichkeit wiedergewählt wurden. Dabei lag die Reproduktion des repräsentativen Status Quo nicht nur an der Macht der Parteien und ihrer *gate keeper*. Die Vorzugsposition der Bisherigen im gesamten Nominierungsprozess, pauschal als „Bisherigenbonus“ bezeichnet, ergab sich auch aus den Präferenzen der Wählenden: Selten strichen diese die Bisherigen am Anfang der Listen.¹²⁵ Die Bisherigen profitierten dabei von einer höheren Bekanntheit, aber auch von gut mobilisierbaren Netzwerken, sei es für Weiterempfehlungen oder mehr noch, um materielle Wahlkampffressourcen zu sammeln. Ihr Status mag aber auch selbst als Wahlkapital fungiert haben, insofern als die Wählenden scheinbar dazu tendierten, die bereits geleistete Arbeit und Stabilität zu bevorzugen.

QuereinsteigerInnen wie Frauen oder Jugendliche waren vor diesem Hintergrund davon abhängig, welche Listenplätze und somit welche Wahlchancen ihnen von den etablierten Akteuren überlassen wurden. Ihre Erfolgsaussichten erwiesen sich als sehr kontextabhängig, weil sie über kein politisches Kapital verfügten. Zwar konnten eigene Vernetzungen zu alternativen Wählerreservoirs – Frauenvereine, neue sozialen Bewegungen – als ausreichende Legitimierung für einen Listenplatz gelten, aber nicht unbedingt für eine von der Partei unterstützte Wahlposition. Ihnen war es auch gewissermassen möglich, symbolisches und kulturelles Kapital – zum Beispiel in Form von Prestigeberufen und hohen Ausbildungsniveaus – in politisches Kapital zu konvertieren. Mit dem steigenden Repräsentationsgebot konnte Weiblichkeit als neues repräsentatives Kapital funktionieren – so wie in den Jahren vor 1971 Männlichkeit als „vorausgesetzte, gar in der Bundesverfassung

¹²² Nicht viel anders war es bei der Berner BGB, obwohl Junker 1977 bemerkte, dass die meisten Parteivertreter, wenn sie nicht Landwirte waren, immerhin eine berufliche Verbindung zur Landwirtschaft (als Tierärzte, Verbandssekretäre usw.) behielten. Junker: Bauernparteien in der Schweiz, 1977, S. 515a. Hingegen bot die waadtländische SVP 1983 ihren Wählenden noch eine primär landwirtschaftliche Vertretung, mit dreizehn Landwirten (inkl. Weinbauern) aus siebzehn Kandidierenden (1947: 14 aus 16 Kandidierenden).

¹²³ „Tamis de l'élection“, Sineau; Tiberj: Candidats et députés français en 2002, 2007, S. 163.

¹²⁴ Im Fall der Wahl von 1971 stellten bspw. Lohnabhängige noch 50% der Kandidierenden aber nur 26.5% der Nationalratsmitglieder. Umgekehrt erreichten die politischen Berufe 37% Gewählte aus 12% der Kandidierenden. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 382ff.

¹²⁵ Ein wichtiges Ergebnis von Gruners Studie war tatsächlich, dass die Wählenden von 1971 die ersten Listenreihen wenig veränderten, vor allem wenn die Liste eine nicht alphabetische Reihenfolge zeigte. In diesem Fall tendierten die Wählenden noch stärker dazu, die Platzierung durch die Parteien zu respektieren. Ebd., S. 210ff.; siehe auch mit ähnlichen Ergebnissen für die Wahlen 2007: Lutz: First Come, First Served, 2010.

verankerte Kapitalform“.¹²⁶ Der Wert Ersterer als minorisierte Form von „capitaux corporels identitaires“¹²⁷ erwies sich aber im Gegensatz zu Letzterer als extrem kontingent.¹²⁸ Weiblichkeit als Stimmenfang und als Legitimitätsträger für die Partei konnte schnell zum Ballast werden, sobald sie als Widerspruch zur als erforderlich geltenden politischen Kompetenz wahrgenommen wurde.

Somit lässt sich der signifikante Unterschied zwischen den Nominierungs- und Wahlchancen von Frauen (Graphik 20) dadurch erklären, dass besonders 1971 die Mehrheit der Kandidatinnen, darunter viele Hausfrauen, als Listenfüller nominiert wurden, während nur eine kleine Elite gut ausgebildeter Politikerinnen tatsächlich auf Wahlchancen mit voller Unterstützung der Parteien zählen konnte.¹²⁹ Selbst wenn die Anzahl der Kandidatinnen und Parlamentarierinnen seit 1971 – in unterschiedlichen Wellen – angestiegen ist, verfestigte sich mit dem steigenden Wettbewerb die Trennung zwischen profitablen und dekorativen Kandidaturen, besonders bei den bürgerlichen Parteien. In diesem Sinne fanden Ballmer-Cao und Bendix 1994 heraus, dass die gewählten Kandidatinnen seit 1971 ungefähr um einen Listenrang aufgestiegen waren, während die allgemeinen Wahlchancen der Frauen eigentlich zurückgingen.¹³⁰ Noch klarer ist diese fassadenhafte Demokratisierung bei den Ständeratswahlen zu sehen, bei denen die Parteien Frauen zunächst in chancenlosen Kandidaturen zu Imagezwecken einsetzten, wie Doris Morf im Wahlkampf von 1971.¹³¹ Dabei blieben die Ständeratswahlen trotz der Zunahme der Kandidaturen lange Zeit am elitärsten, da nur lange gediente, ein starkes politisches und kulturelles Kapital aufweisende PolitikerInnen als mögliche Vertretende des gesamten Kantons betrachtet wurden. Somit zeigten die StänderätInnen ein noch höheres Durchschnittsalter und Ausbildungsniveau als Nationalräte.¹³²

Diese Verzerrungen der Repräsentation zwischen den Demokratisierungsansprüchen auf Listenebene und den Profilen der Gewählten gelangte ab den 1960er Jahren vermehrt in die politische Diskussion, als die Repräsentationsfähigkeit der Parteien allgemein und insbesondere ihre Unterordnung unter die Verbänden überprüft wurde.¹³³ Dank den ersten politikwissenschaftlichen Studien zu diesem Thema

¹²⁶ Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht, 2014, S. 361.

¹²⁷ Verstanden als „attributs sociaux particulièrement biologisés et essentialisés“ (Geschlecht, Sexualität oder Hautfarbe), Achin; Dorlin; Rennes: Capital corporel identitaire et institution présidentielle, 2008.

¹²⁸ Agrikoliansky; Heurtaux; Le Grignou: Identités en campagne, 2011, S. 239.

¹²⁹ Dies ging gewissermassen mit expliziten Forderungen einher, die gewisse Parteikader stellten: Ausgebildete Frauen seien somit vor „Hausfrauenkandidatinnen“ zu bevorzugen. Dazu Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 159ff. 1983 wurden somit aus den vier Bundesratsparteien in Zürich die Anwältinnen Vreni Spoerry und Elisabeth Kopp (FDP); die Volkswirtschaftlerin Lilian Uchtenhagen, und die Schriftstellerin Doris Morf (SP); in der Waadt die Ökonomin Yvette Yäggi und die Sonderpädagogin Françoise Pitteloud (SP) gewählt.

¹³⁰ Ballmer-Cao; Bendix: Die Frauenvertretung im Nationalrat, 1994, S. 133.

¹³¹ Eine Wende zeichnete sich erst in den 1990er Jahren ab, als viele Parteien damit begannen, ernsthafte weibliche Ständeratskandidaturen zu lancieren. Vgl. Ballmer-Cao; Bütikofer: Le système majoritaire contre les femmes, 2007.

¹³² Pilotti; Mach; Mazzoleni: Les parlementaires suisses, 2010, S. 219f.

¹³³ Année politique suisse, 1967; Parlamentarier durchleuchtet. Der Miliz-Volkstreter stirbt aus, in: Die Weltwoche, 22.01.1971; Hobby-Parlamentarier sind in Schwierigkeiten, in: Tages-Anzeiger, 3.07.1971. Vgl. dazu Mazzoleni: Critique et légitimation, 2006.

wurde die soziale Zusammensetzung des Parlamentes besser bekannt und kam ausgerechnet während den Wahlkämpfen auf die mediale Agenda. Im Vorfeld der Wahlen von 1971 wurde der Fall des Spiezer Nationalrates und Lokführers Ernst Jaggi exemplarisch für die „Wirklichkeit des eidgenössischen Milizsystems“, als dieser aufgrund seiner zu hohen Arbeitsbelastung sein Amt aufgab.¹³⁴ Die Parteien wussten diesbezüglich auch, Selbstkritik zu üben: Die Zürcher CVP bemängelte somit nach den Wahlen von 1983 die „mangelhafte soziale Durchmischung“ ihrer Liste aufgrund eines „Juristen-Überhangs“ und den „überalterten“ Eindruck der Spitzenkandidierenden.¹³⁵ Mit dem Transparenzgebot für die Parteien kamen aber diese Schwächen der Repräsentation und die innerparteilichen Auseinandersetzungen darüber immer mehr an die Öffentlichkeit. 1983 stellten beispielsweise manche Politikerinnen die „Füller“- , Lückenbüsser oder „Alibi“-Funktion der Kandidatinnen in den Medien in Frage.¹³⁶ Die Waadtländerin Yvette Jäggi sprach sogar den Engpass für die weibliche Vertretung an, weshalb sie sich mindestens einen Drittel Frauen in der Bundesversammlung wünschte: „so wäre die weibliche Vertretung gemischter und repräsentativer zugleich. Die Anforderungen für die Kandidatinnen würden sich denen der Kandidaten annähern, und damit würden wiederum mehr Frauen gewählt...“¹³⁷ Die Frage der Repräsentation überwand auch programmatische Spannungsfelder innerhalb der Parteien. So brachte ein anonymes Zürcher SVP-Mitglied in einem Leserbrief an dem *Tages-Anzeiger* das schwache „bäuerliche Fundament“ der Partei mit der wenig ausgeprägten Umweltlinie ihrer Mandatsträger in Verbindung:

„Warum bringt es die Zürcher SVP als (ehemals) bäuerliche Partei eines der grössten Agrarkantone unter der jetzigen Führung z.B. nicht mehr fertig, aktive Bauern nach Bern zu delegieren? [...] Machen die Bauern zu wenig mit, oder wird ihnen im Wahlkampf das Wasser von finanzstarken Wirtschaftsleuten unweigerlich abgegraben? [...] *Es genügte doch eigentlich, dass die Zürcher Wirtschaft vorab durch die FDP bestens vertreten wird. Die SVP als kleine Schwester brauchte nicht auch noch in diesem Fahrwasser mitzurudern und die Anliegen des eher grünen Bereichs unseres Kantons damit offensichtlich zu vernachlässigen.* [...] Irgendwann nach dem Wald wird das landwirtschaftlich genutzte Kulturland revoltieren, parallel dazu die darauf wachsenden Pflanzen“.¹³⁸

Die Schärfe des Themas der sozialen Repräsentativität in den 1970-80er Jahren wirft umso mehr die Frage auf, inwiefern die Parteien sie in ihrer Darstellung der Kandidierenden in den Vordergrund stellten.

2. Die Kunst der Wahlallianzen

Eine wichtige Dimension parteipolitischer Entscheidungsprozesse zur Gestaltung eines Repräsentationsangebots betrifft die Allianzen mit anderen Parteien, die bei den Nationalratswahlen

¹³⁴ Keine Chance für den Arbeiter im Überkleid, in: National-Zeitung, 6.06.1971.

¹³⁵ PA CVP ZH, Wahlkampfstab: Schlussbericht Nationalratswahlen, Januar 1984.

¹³⁶ Frauen in der Politik, in: Schweizer Illustrierte, 12.09.1983.

¹³⁷ Wir SP-Frauen: Die Frauen als Siegerinnen der Nationalratswahlen?, in: Solothurner Zeitung, 21.10.1983.

¹³⁸ Leserbrief, So geht es mit der SVP nicht weiter, in: Tages-Anzeiger, 28.09.1983.

die Form von Listenverbindungen zwecks der Verteilung der Restmandate und bei den Ständeratswahlen die Form eines gemeinsamen Tickets annehmen können (für einen Überblick siehe Tabelle 7-13). Solche Allianzen hatten einen hohen taktischen Charakter, denn sie konnten für den Erfolg einer Kandidatur entscheidend sein. Die Wahlallianzen verfügten aber auch über eine hohe symbolische Bedeutung, indem sie die jeweiligen Positionen der Parteien im politischen Feld verdeutlichten. Die Antwort auf die Frage, ob Allianzpartner dann im Wahlkampf zusammen auftraten, oder ihr Bündnis eher verschwiegen, sagt viel darüber aus, welche Landkarte ihrer bestehenden oder zukünftigen Partnerschaften sowie ihrer Gegner sie zeichnen wollten.¹³⁹ Somit zeigen die Allianzen eine neue Ebene der komplexen Wettbewerbsverhältnisse in Schweizer Wahlkämpfen, umso mehr als sie das definitive Profil der Repräsentation im National- und Ständerat betrafen.

Festigung des Bürgerblocks in Zeiten der Zauberformel

Im Vorfeld der Wahlen von 1947 präsentierte sich die Karte der Parteienallianzen wie die politische Lage im Allgemeinen noch offen. Auf einer Seite des Parteienspektrums stand trotz der starken Polarisierung der Zwischenkriegszeit die bürgerliche Front gegen die Sozialdemokraten noch nicht völlig fest. So waren bürgerliche Kantonalparteien in den 1930er Jahren Listenverbindungen mit den Sozialdemokraten eingegangen.¹⁴⁰ Auf der anderen Seite hatten die Sozialdemokraten vor den Wahlen noch keine endgültige offizielle Linie bezüglich Wahlallianzen mit der 1944 gegründeten PdA vereinbart, selbst wenn viele Parteikader sich insbesondere ab 1946 zunehmend von der PdA distanzieren.¹⁴¹ Auch bezüglich der KPS hatten die Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit zu keiner einheitlichen Allianzpolitik gefunden: Sie hatten sich zwar in den 1930er Jahren gegen eine Einheitsfront der Linken gestellt, jedoch waren zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in manchen Kantonen Allianzen entstanden – unter anderen mit Listenverbindungen für die Nationalratswahlen, wie 1935 in Neuenburg, Zürich und Basel.¹⁴² Die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten einerseits und zwischen den beiden Linksparteien und den Bürgerlichen andererseits variierten weiterhin enorm von Kanton zu Kanton, wenn nicht sogar von Gemeinde zu Gemeinde.

¹³⁹ Die Frage der Bekanntmachung von Allianzen stellt sich auch normativ bezüglich des Informationsstands der Wählenden. Das Wahlgesetz setzt eine Veröffentlichung der Listenverbindungen voraus, aber nicht notwendigerweise direkt auf den Wahlzetteln, siehe Schmid: *Die Listenverbindungen*, 1962, S. 116ff.

¹⁴⁰ Die waadtländische Bauernpartei alliierte sich beispielsweise mit der kantonalen SP für die Staatsratswahlen von 1934, 1938 und 1946. Diese Allianzen sorgten aber für Unmut innerhalb der Partei, insbesondere aus Offizierskreisen. Bei den Nationalratswahlen von 1943 gingen beide Parteien trotzdem eine Listenverbindung ein. Im gleichen Jahr verband sich auch die linke Splittergruppe der Tessiner Freisinnigen mit der kantonalen SP. UDC Vaud (Hg.): *Il était une fois...*, 2011, S. 3ff.; Schmid: *Die Listenverbindungen*, 1962, S. 75ff.

¹⁴¹ Im Kontext der Bewährungsdebatten hatte bspw. die *Tagwacht* ab 1946 für den Abbruch jeglicher Wahlallianzen mit der PdA plädiert, Kunz: *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, 1998, S. 71.

¹⁴² Vgl. Gruner: *Die Parteien in der Schweiz*, 1977, S. 147.

Im Tessin schien die politische Konfiguration besonders offen, nachdem sich seit den 1920/30er Jahren die gemässigten und linken Kräfte gegen den Faschismus verbündet hatten und Freisinnige und Sozialdemokraten sich sogar in einer *Intesa di sinistra* im Frühling 1947 auf eine Mehrheitskoalition im Staatsrat geeinigt hatten. Für die Nationalratswahlen erwog so die freisinnige Parteileitung die Möglichkeit einer Allianz mit den Sozialdemokraten, ja sogar mit der PdA.¹⁴³ Nach langen Diskussionen lehnten aber die Tessiner Freisinnigen alle Listenverbindungen ab, mit dem Argument, dass man eidgenössische und kantonale Politik trennen sollte.¹⁴⁴ Der damalige Parteipräsident Nello Celio argumentierte zudem, dass die Wählerschaft auf den Versuch, mittels einer Allianz das konservative Ständeratsmandat zu übernehmen, ablehnend reagieren könnte, denn ihre Mentalität sei geprägt von vielen Jahrzehnten mit dem Proporzsystem.¹⁴⁵ Die Tessiner Sozialdemokraten überlegten sich ihrerseits eine Listenverbindung mit der BGB und PdA nach Anfragen dieser beiden Parteien. Der beginnende Distanzierungswillen der Schweizer SP gegenüber der PdA gewann aber schlussendlich bei der Entscheidung der Tessiner Sozialdemokraten die Oberhand und sie gingen keine Listenverbindung ein.¹⁴⁶ Diese Diskussionen zeigen trotzdem, dass die Tessiner Parteien 1947 noch vor einigen möglichen Allianzoptionen standen. Dass es später weder zu einer Listenverbindung noch zu einer Ständeratsvereinbarung zwischen den drei betrachteten Tessiner Parteien kam, lässt sich dadurch erklären, dass keines dieser Mittel die Gegebenheiten im Kanton hätte ändern können: Mit den gerade acht Mandaten konnte eine Listenverbindung nur mit geringer Wahrscheinlichkeit – anders als in grösseren Kantonen – Mandatsgewinne bewirken.¹⁴⁷ Diese Kräftelage schränkte ferner die Ständeratswahlen vorab ein, die bis 1967 sogar stille Wahlen blieben. Auch nach 1967, als weitere Parteien das freisinnige und christlichdemokratische Duopol im Ständerat angriffen, machte deren Dominanz an den Urnen breite bürgerliche Wahlallianzen weniger notwendig als in anderen Kantonen – selbst mit der kleinen SVP.¹⁴⁸

Auch für die waadtländische SP schienen verschiedene Optionen offen zu stehen: Neben einer breiten Listenverbindung mit der PdA und der BGB war auch eine Allianz mit den Freisinnigen nicht ausgeschlossen, welche aus der Perspektive der sozialdemokratischen Parteikader den Vorteil gehabt hätte, den freisinnig-liberalen Block aufzulösen.¹⁴⁹ Die BGB, die über eine Allianz mit den Sozialdemokraten uneinig war und noch alte Ressentiments gegen ihre Mutterpartei, die FDP, pflegte,

¹⁴³ ASTi 3.3.3 3.4.1, Direttiva, 4.09.1947.

¹⁴⁴ Ebd. Die Parteileitung lehnte auch in einer späteren Sitzung den Listenverbindungsantrag der Bauernpartei ab.

¹⁴⁵ ASTi 3.3.3 4.2.1, Brief von Nello Celio an Aleardo Pini, 30.10.1947.

¹⁴⁶ ASTi FPC 01 18.1.6, Brief des Sekretariates an die kantonale Geschäftsleitung, 27.09.1947; ASTi FPC 01 24.1.4, Brief der Geschäftsleitung an die Tessiner PdA, 19.09.1947.

¹⁴⁷ Eine Ausnahme ist hier das Nationalratsmandat des PSA-Leaders Werner Carobbio, welches 1975 dank einer Listenverbindung mit der Tessiner PdA zu Ungunsten der Freisinnigen gewonnen wurde.

¹⁴⁸ Diese Partei hätte sich zum Beispiel 1983 gern mit den zwei bürgerlichen Parteien alliiert, eine Möglichkeit, welche beide Parteien ignorierten. Tessiner Problemstellungen vor den eidgenössischen Wahlen, in: Neue Zürcher Zeitung, 06.10.1983.

¹⁴⁹ ACV PP 225/8, Geschäftsleitung, 19.07.1947.

entschied sich schliesslich für eine gemeinsame Liste mit der kleinen Mittelstandspartei.¹⁵⁰ Die waadtländische FDP, die ihrerseits eine Allianz mit der Bauernpartei erwogen hatte, musste sich damit zufriedengeben, die 1943 initiierte Vereinbarung mit den Liberalen – Listenverbindung und gemeinsames Ständeratsticket – weiterzuführen, obwohl diese im kantonalen Parteienspektrum viel weiter rechts standen.¹⁵¹ Die SP zog schlussendlich auch eine selbstständige Liste und Ständeratskandidatur vor, und begründete dies mit dem Proporzprinzip der Nationalratswahlen, dessen Geist im Gegensatz zu einer Listenverbindung stehe. Kennzeichnend für die hohe Symbolik dieser Allianzen innerhalb der Arbeiterbewegung ist, dass die SP zudem versuchte, die PdA für die fehlende Allianz beider Parteien bei den nach dem Majorzprinzip ablaufenden Ständeratswahlen verantwortlich zu machen.¹⁵²

Im Kanton Zürich waren gewiss die Fronten 1947 bereits am stärksten zementiert: Die historische Stärke der Sozialdemokraten in diesem Kanton hatte es dem langjährigen Stadtpräsidenten des „roten Zürichs“ Emil Klöti ermöglicht, seit 1930 ohne bürgerlichen Widerstand im Ständerat zu sitzen. Den Bürgerlichen blieb also nur ein Ständeratsmandat, welches seit 1942 der Berner, aber in Zürich wohnhafte Friedrich Traugott Wahlen innehatte. Das Fehlen weiterer Kandidaten machte die Ständeratswahl sowieso zu einem unumstrittenen Vorgang – nur eine Lücke in der kantonalen Verfassung verhinderte eine stillen Wahl.¹⁵³ Die Nationalratswahlen widerspiegelten diese Zweiteilung zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten: FDP, BGB und CSP waren schon seit den ersten Proporzahlen in einer Listenverbindung.¹⁵⁴ Die Zürcher SP dagegen konnte sich auch bei Nationalratswahlen den Alleingang leisten. Entscheidend war vielmehr, dass die sozialdemokratische Kampagne auf nationaler und kantonaler Ebene nun einen deutlich antikommunistischen Ton angenommen hatte. Während die Zürcher SP anlässlich der Zürcher Stadtratswahlen von 1946 eine Allianz mit der PdA – mit enttäuschendem Ergebnis – vereinbart hatte, folgte sie nun dieser Linie völlig und betonte ihre Zurückweisung der PdA in zahlreichen Wahlmaterialien, dies auch als Reaktion auf die verstärkten antikommunistischen Angriffe der Bürgerlichen.¹⁵⁵ Die kantonale Partei und ihre gewerkschaftlichen Partner verhinderten gleichsam die Kandidatur kommunistischer Gewerkschafter auf der gemeinsamen Liste, weshalb das kommunistische Parteiorgan *Vorwärts* sie für

¹⁵⁰ Assemblée d'information des classes moyennes et paysannes, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 24.10.1947.

¹⁵¹ Entscheidung der erweiterten Parteileitung, Avant les élections fédérales 1947. Chez les Radicaux vaudois, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 08.09.1947. Diese Entscheidung brachte ihnen scharfe Kritik des sozialdemokratischen Parteiorgans *Le Peuple* ein, welches die liberale Ablehnung der AHV sowie die Verwobenheit mancher Liberalen mit der rechtsradikalen Ligue Vaudoise denunzierte. On aura tout vu! Les radicaux se parent du drapeau socialiste..., in: *Le Peuple*, 15.09.1947.

¹⁵² Chez les socialistes, in: Tribune de Lausanne, 15.09.1947; Au Congrès du PSV, in: *Le Peuple*, 15.09.1947.

¹⁵³ Zürcherische Vorschau auf den eidgenössischen Wahltag, 1947.

¹⁵⁴ Seit 1943 allerdings ohne DP und EVP; Schmid: Die Listenverbindungen, 1962, S. 175ff.

¹⁵⁵ Handbemerkungen zu den neuen Listen, in: Der Landbote, 06.10.1947. Aufgrund dieser früheren Allianz war sie auch zusammen mit der PdA beschuldigt worden, Bürger, denk' daran am Wahltag! Aus dem Sumpf der Partei der Affären, in: Neue Zürcher Nachrichten, 17.10.1947.

die Spaltung der Arbeiterbewegung im Kanton verantwortlich machte.¹⁵⁶ Auch wenn die Abwehrhaltung der Sozialdemokraten gegen die PdA nicht überall so stark war wie in Zürich, ging schlussendlich doch keine Kantonalpartei eine Listenverbindung mit dieser ein, was die nationale SP-Geschäftsleitung als Wahlargument herausstrich.¹⁵⁷ Die Kluft zwischen SP und PdA vertiefte sich unumkehrbar nach dem Prager Umsturz 1948. Die PdA und die SP gingen nun zumeist allein in den Kampf um Wählerstimmen, was für Letztere ein Zeichen ihrer Unabhängigkeit, aber auch ihrer Treue zur nationalen Verteidigung, darstellte.

Diese Frontenstellung bestand in den nächsten Jahren fort: eine mehr oder weniger ausgedehnte bürgerliche Allianz,¹⁵⁸ einige Allianzen zwischen den Parteien in der Mitte, eine ausgeschlossene – und wählermässig immer schwächere – PdA, sowie eine alleinstehende SP, selbst wenn diese im politischen System zunehmend integriert war und immer mehr in die Mitte rückte. Sie befand sich dabei in einer unbequemen Situation. Selbst in den Kantonen, in denen es ihnen ihre Stärke ermöglicht hätte, verhinderten die bürgerlichen Allianzen die Wahl sozialdemokratischer Ständeräte – wie in der Waadt bis 1975. Auf der anderen Seite verbot die nationale antikommunistische Linie der SP jegliche Allianz mit der einzigen anderen Linkspartei.¹⁵⁹ Die Sozialdemokraten gingen deshalb üblicherweise allein in die Wahlen, wodurch sie auch bei den Nationalratswahlen die Chance auf zusätzliche Restmandate vergaben.

Exemplarisch für den Fortbestand der Blockbildungsstrategie des bürgerlichen Lagers bei den National- und Ständeratswahlen ist die 1959 zwischen allen bürgerlichen Parteien des Kantons vereinbarte *Entente vaudoise* inklusive Ständeratticket zum Ausschluss der SP – zur gleichen Zeit, als die Verhandlungen auf nationaler Ebene für einen zweiten sozialdemokratischen Sitz im Bundesrat im Gange waren. Die verbündeten Parteien warben in zahlreichen Inseraten für dieses Bündnis, welches den sich rasch wandelnden Kanton in einer Zeit der „*éclaircissement de civilisation*“ schützen sollte (Abbildung 13). Hingegen brächte eine stärkere sozialdemokratische Teilnahme im Ständerat, „*sans tomber dans un anti-socialisme négatif*“, eine Bedrohung des Wachstums und Prestiges des Kantons mit sich, während die für den Kanton rufschädigende Stärke der waadtländischen PdA im Nationalrat

¹⁵⁶ Der Start zu den Nationalratswahlen im Kanton Zürich. Drei Parteitage - Wieder Einseitigkeit mit einer gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Liste, in: Vorwärts, 15.09.1947.

¹⁵⁷ SSA Ar 1.111.11, Geschäftsleitung, 18.09.1947.

¹⁵⁸ Je nach kantonaler Ausprägung und aktueller Schärfe der Kulturkampf-Konfliktlinie konnte dieses Bündnis neben den Freisinnigen und Bauern sowohl die EVP als auch die CVP umfassen. Nur in einigen noch tief vom Kulturkampf geprägten Kantonen tauchten alternative, den konfessionellen Linien folgende Wahlallianzen auf. Im Kanton Freiburg bspw. verbündeten sich die Freisinnigen und die Bauern regelmässig mit den Sozialdemokraten gegen die herrschenden Konservativen, Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 126.

¹⁵⁹ Während der LdU zwar als mitte-links galt, wäre sowohl aus der Perspektive des LdU als auch derjenigen der SP ein Bündnis unmöglich gewesen, nicht zuletzt, weil sie ähnliche Wählergruppen anvisierten und sich deshalb scharf angriffen.

gebrochen werden müsse.¹⁶⁰ Somit machten die Bürgerlichen ihre *Entente* gleichsam legitim und unumgänglich bei den besorgten Wählern (und den neuen Wählerinnen).¹⁶¹ Der SP blieb einzig, den populären Staatsratskandidaten Charles Sollberger als Kampfkandidatur zu lancieren und das „Feilschen“ („*marchandages*“) der Bürgerlichen anzuprangern.¹⁶² Diese waadtländische Allianz ist tatsächlich im Zusammenhang mit dem Weiterbestehen des Ständerats als „*bastion du conservatisme helvétique*“ zu sehen.¹⁶³

Im Kanton Zürich zerfiel hingegen 1959 die breite bürgerliche Wahlallianz: die Freisinnigen und die Christlichsozialen gingen zum ersten Mal seit der Einführung des Proporz allein in die Wahlentscheidung, während die BGB eine Listenverbindung mit der DP und EVP einging. Dieser intrabürgerliche Streit beruhte auf der kantonalen Politik. Die Freisinnigen befanden sich wegen ihrer Ablehnung eines christlichsozialen Sitzes im Staatsrat zunehmend in der Isolation und die Bauern wollten ihrerseits die freisinnige Dominanz eindämmen und versuchten – vergeblich – insbesondere mit der LdU, eine Kampfkandidatur gegen den bisherigen Ständerat Ernst Vaterlaus zu lancieren. Es folgte eine Kampagne mit gegenseitigen Angriffen mit dem von beiden Parteien anvisierten Gewerbe als Zielgruppe, in der jede Partei der anderen unlautere Manöver, bis in die Details einer vergangenen Bezirksrichterwahl, vorwarf. Kennzeichnend für das Bedürfnis, nach aussen eine einheitliche bürgerliche Front zu präsentieren, ist aber, dass die BGB der FDP zwei Wochen vor dem Wahltag einen „Burgfrieden“ vorschlug, den die Freisinnigen aber ablehnten, denn „die durch die BGB eingebrachte Suppe [ist] auch durch diese selber auszulöffeln [...]“.¹⁶⁴ Die Kader der FDP einigten sich jedoch darauf, das Verhalten der BGB nicht in öffentlichen Inseraten zu kritisieren, wie der *NZZ*-Chefredaktor Willy Bretscher erklärte: „Auf einen öffentlichen Wahlkampf mit der BGB sollte man verzichten – er würde uns keine Stimmen bringen.“¹⁶⁵ Auf ein Rundschreiben an immerhin rund 10000 Stimmberechtigte, in welchem die FDP der BGB ihre Verhandlungen mit dem LdU vorwarf, antwortete jedoch die BGB mit einer bissigen Inseratenkampagne in der neutralen Presse, worauf die

¹⁶⁰ Wie die *NZZ* nach den Wahlen schrieb, „Dass ausgerechnet die Waadt in Bern die Hälfte der kommunistischen Deputation stelle, sei auf die Dauer nicht tragbar und den Interessen des Kantons abträglich, ein Argument, das der Grosszahl der Wähler einleuchtete.“ Festigung der bürgerlichen Position in der Waadt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.10.1959.

¹⁶¹ Inserat „Au moment où les femmes vont voter“, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 24.10.1959; *Pour vous, mesdames*, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 21.10.1959.

¹⁶² ACV PP 225/20, *La voix socialiste*, *Bulletin du PSV*, *Qu'est-ce que l'Entente dite vaudoise?*, Oktober 1959. Das Bündnis sicherte ein Restmandat für die Christlichsozialen zu Ungunsten der PdA sowie eine triumphale Wiederwahl der zwei bisherigen Ständeräte Frédéric Fauquez und Gabriel Despland. Noch mehr als den eidgenössischen Wahlen diene aber diese 1959 erstmals erprobte Vereinbarung der Verteilung der Staatsratsmandate zwischen den Bürgerlichen. Die dahinterliegenden arithmetischen Kalküle hatten das Bündnis überhaupt erst möglich gemacht, welches für die involvierten Parteien gar nicht selbstverständlich war (die Freisinnigen bzw. die Bauern fürchteten die Reaktionen ihrer Basis auf eine Allianz mit den Christlichsozialen bzw. mit den Liberalen). Meuwly: *La politique vaudoise au 20e siècle*, 2003, S. 66ff.

¹⁶³ Meynaud: *Les partis politiques vaudois*, 1966, S. 42f.

¹⁶⁴ StAZH WII 13.389, Parteileitung, 8.10.1959.

¹⁶⁵ Ebd.

FDP nun ebenfalls mit einer Kritik an der BGB-„Rabulistik“ reagierte.¹⁶⁶ Laut einem Inserat von anonymen „Gewerblern aus der BGB“ bleibe es dem Freisinn sogar „wieder vorbehalten, im System vereint mit der PdA, die Wahlpropaganda mit Demagogie und Dreckspritzern zu bereichern“.¹⁶⁷ Die Bauern bestritten darin direkt den Repräsentationsanspruch der FDP auf den Mittelstand: „Dem Mittelstand wird die Wahl leichtfallen [...] Er wählt Männer, die innerhalb ihrer Fraktion keine überstimmte Minderheit sind, sondern ohne Rücksicht nach rechts und links die Interessen der Mitte verfechten.“¹⁶⁸ Anstelle einer bürgerlichen Allianz führte also der Kampf um Macht und Legitimität zwischen FDP und BGB zum *negative campaigning*.

Neue Bündnisse, mehr Wettbewerb?

Im Wahlkampf von 1971 hatten die bürgerlichen Allianzen, wenn nicht an strategischer Bedeutung, doch durchaus in einem unruhigen politischen Kontext weiter an Legitimität eingebüsst, was sich darin zeigte, dass diese weniger als zuvor als Wahlargument dienten. Auch wenn die Zürcher BGB auf eine eigene Ständeratskandidatur verzichtete und zur Wiederwahl des FDP-Ständerates Fritz Honeggers aufrief, erwähnte das Parteiorgan *Die Mitte* in der Wahlausgabe die mit den Bürgerlichen eingegangene Listenverbindung mit keinem Wort.¹⁶⁹ Im Laufe der 1960er Jahre hatte dabei der zwischenparteiliche Wettbewerb bei den Zürcher Ständeratswahlen deutlich zugenommen. 1967 wurde der BGB-Ständerat Rudolf Meier sogar abgewählt zu Gunsten von Fritz Honegger (FDP), obwohl dieser ursprünglich nur als sein bürgerlicher Co-Kandidat angetreten war. Die intensiven und stark personalisierten Kampagnen Honeggers und des LdU-Kandidaten Albin Heinmann hatten die langjährige Machtteilung für die Zürcher Ständeratsdelegation zwischen dem Bürgerblock einerseits und den SozialdemokratInnen andererseits ins Schwanken gebracht.¹⁷⁰ Die Zürcher Freisinnigen hatten sich dieser neue Konfiguration angepasst, indem sie entschieden, mit dem LdU für den Ständeratswahlkampf zwar keinen offiziellen „Nichtangriffspakt“ zu schliessen, doch informell ein „Stillhalteabkommen“ zu vereinbaren.¹⁷¹

Vor allem links bewegten sich die Fronten, da die Untervertretung der SP im Ständerat zunehmend in Frage gestellt wurde. Die Möglichkeit einer Allianz mit der PdA hatte die westschweizerischen SozialdemokratInnen seit Mitte der 1960er Jahren wieder beschäftigt. Für junge Parteigenossen machte der historische Cordon sanitaire gegen die PdA umso weniger Sinn im entspannten internationalen Kontext, als die linken Mobilisierungen der 1960er Jahre über die traditionellen

¹⁶⁶ Inserat „Erklärung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959; Inserat „Die verleugnete Nüssliade“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

¹⁶⁷ Inserat „Dem Freisinn die dritte Schlappe!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.59.

¹⁶⁸ Inserat „Freisinnige Wahllüge“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

¹⁶⁹ Die Mitte: Wochenzeitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 29.10.1971.

¹⁷⁰ Hartmann; Horváth: Zivilgesellschaft von rechts, 1995, S. 25.

¹⁷¹ StAZH WII 13.506, Propagandakommission, 16.09.1971.

parteipolitischen Grenzen hinaus gingen.¹⁷² Die Entscheidung einer breiten Mehrheit des waadtländischen SP-Parteitag im September 1971, den Allianzvorschlag der PdA – Listenverbindung für den Nationalrat, Unterstützung des sozialdemokratischen Ständeratskandidaten – zu akzeptieren, traf die kantonalen Parteikader wie ein überraschender Schlag ins Gesicht. Neben diesem weiteren Zeichen von intraparteilichem Dissens entsprach eine solche Allianz einem kleinen Erdbeben in der sozialdemokratischen Politik gegenüber der PdA. Der kurz davor in Genf vereinbarte „Front populaire“ zwischen SP und PdA war damit keine Ausnahme mehr. Jedoch verzichtete die nationale SP-Geschäftsleitung auf eine offizielle Rüge der Waadtländer Entscheidung, um der bürgerlichen Instrumentalisierung dieses Vorfalles nicht zu zuarbeiten.¹⁷³ Tatsächlich lieferte diese „mariage contre-nature“ den Bürgerlichen im Kanton, aber auch auf eidgenössischer Ebene, fertige Munition gegen die SozialdemokratInnen.¹⁷⁴ Dabei befanden sich die Waadtländer Bürgerlichen doch auch in der Defensive, was durch ihre einfache Einigung auf einen „armistice“ zwischen ihnen während des Wahlkampfes zum Ausdruck kam.¹⁷⁵

Denn dieses Bündnis zeigte, dass die Schweizer Politik auch aus den fixen Fronten ausreissen konnte, wie der Journalist Théo Bouchat in *Le Matin – Tribune de Lausanne* eher sympathisierend schrieb:

„les apparentements socialo-communistes des cantons de Vaud et Genève présentent une véritable alternative et mettent fin au règne des élections assurées. Ils apportent aussi un exemple romand du processus de radicalisation en cours. [...] Personne ne saurait affirmer sérieusement aujourd'hui que les jeux sont faits.“¹⁷⁶

Weder der SP noch der PdA verhalf jedoch die Listenverbindung bei den Nationalratswahlen zu Mandatsgewinnen. Aber immerhin verpasste der SP-Ständeratskandidat Jacques Morier-Genoud, der der Allianz eigentlich kritisch gegenüberstand,¹⁷⁷ nur knapp die Wahl und wurde schliesslich 1975 gar als erster waadtländischer Sozialdemokrat in den Ständerat gewählt.¹⁷⁸ Inzwischen hatte sich die

¹⁷² Dazu Wicki: *On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous*, 2007, S. 192ff.; Fouradoulas: *Die radikale und gemässigte Linke*, 2013, S. 184.

¹⁷³ SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 4.10.1971. Die Genfer SP war immerhin aus diesem Grund im SP-Werbespot untervertreten. Diese kaum sanktionierte Abweichung von der Parteilinie folgte dabei auf erhebliche parteiinterne Spannungen und so erinnerte das *Volksrecht* daran, dass die Zuger SP für ihre Unterstützung der Schwarzenbach-Initiative auch nicht sanktioniert worden sei. Genfer Volksfront zwischen der SP und PdA, in: *Volksrecht*, 17.09.1971.

¹⁷⁴ ACV PP 552/508, Information radicale n°13, „Mariage contre nature“, 7.10.1971. Dabei anerkannten doch manche bürgerlichen Politiker, von Georges-André Chevallaz bis Kurt Furgler, dass diese Listenverbindung sich wahrarithmetisch angesichts der Untervertretung der SP im Ständerat verstehen liess. Bürgerliche Politiker zum Wahlbündnis SP/PdA „Ich würde gleich handeln“, in: *Nationalzeitung*, 10.10.1971.

¹⁷⁵ ACV PP 552/508, Réunion des partis libéral, radical, PAI et chrétien-social 19.02.1971.

¹⁷⁶ Un scrutin d'importance exceptionnelle, in: *Le Matin – Tribune de Lausanne - Le Matin*, 28.10.1971.

¹⁷⁷ Dafür stand auf seinen Wahlkampfmaterialien das Label „Forces de gauche“ und nicht das Logo der PdA, Wicki: *On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous*, 2007, S. 192ff.

¹⁷⁸ In diesem Jahr ermöglichte die von der SPS angekündigte Offensive auf den Ständerat sozialdemokratischen Kandidierenden auch in weiteren Kantonen öfter als zuvor den zweiten Durchgang zu erreichen. Die Partei verdoppelte insgesamt ihre Ständeratsmandate (4 statt 2). *Année politique suisse*, 1971.

Allianz mit der PdA bewiesen und gefestigt, wie auch der freisinnige Parteipräsident Georges-André Chevallaz feststellen musste: „il est clair que le spectre du communisme ne fait plus peur“.¹⁷⁹

Auch in kleinen Kantonen gerieten lang bestehende Wahlarrangements zwischen Parteien zunehmend in die Kritik. Mancherorts führte dies zu verstärkten Schulterschlüssen zwischen den etablierten Parteien – im Kanton Schwyz einigten sich die Parteien 1971 deshalb erneut im Voraus auf eine Mandatsverteilung, um die Kandidaturen einzuschränken und einen echten Wahlkampf wie 1967 für den Ständerat zu vermeiden.¹⁸⁰ Im Tessin war die Ära der stillen Ständeratswahlen dagegen definitiv vorbei. Seit den 1960er Jahren war das kantonale Parteiensystem im Umschwung; 1966 hatten die zunehmend intern zerstrittenen SozialdemokratInnen ihre Entente für die Regierungsmehrheit mit den Freisinnigen aufgelöst.¹⁸¹ Die Frage der seit 1943 stillen Ständeratswahlen trug zu den parteiinternen Spannungen bei: 1967 musste sich die Partei von zwei unabhängigen Ständeratskandidaturen aus den eigenen Reihen distanzieren und rief stattdessen zum Boykott dieser Wahlen auf.¹⁸² Damit wollte sie, gegen die Majorzwahl für den Ständerat und die daraus resultierende Übervertretung der Bürgerlichen protestieren. Die zwei unabhängigen Listen, von den Freisinnigen „Störlisten“ genannt,¹⁸³ erwiesen sich aber als viel wirksamer für die Eröffnung eines echten Wahlwettbewerbs als der Boykott, indem sie die zwei bürgerlichen Parteien nach 25 Jahren wieder zu einer wirklichen Ständeratswahl zwangen. 1971 stellten nun sowohl die SP als auch die PdA je zwei Ständeratskandidierende zur Wahl. Als Reaktion darauf unterstützten die Freisinnigen nun öffentlich die Wiederkandidatur des konservativen Ständerat Alberto Stefani.¹⁸⁴ Als keiner der Kandidierenden der kleinen Parteien sich nach der ersten Runde zurückzog, empörten sich die Bürgerlichen über eine „nutzlosen“ Stichwahl: Laut der FDP hätten die bisherigen Ständeräte aufgrund ihrer „ehrvollen“ Vertretung des Kantons in Bern ein „legitimes Recht zur Wiederwahl“.¹⁸⁵ Die Ständeratswahlen verhalfen damit, den gesamten Wahlwettbewerb im kantonalen politischen Feld zu dynamisieren.

Verschärfter Kampf um Repräsentation?

Auf den ersten Blick ist der Wahlkampf von 1983 bezüglich der Konfiguration der Wahlallianzen sehr typisch für die Nachkriegszeit: breite bürgerliche Allianzen und eine isolierte SP – abgesehen von der nun zwölf Jahre anhaltenden Listenverbindung mit der PdA in Genf und in der Waadt. Es tauchten

¹⁷⁹ ACV PP 552/208, Comité central, 10.11.1971.

¹⁸⁰ Die Stille Wahl der Schwyzer Nationalräte, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.09.1971.

¹⁸¹ Genasci u. a.: PS, 2000, S. 59.

¹⁸² Elections tessinoises au Conseil des Etats: profondes divisions socialistes, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 27.11.1967.

¹⁸³ ASTi 3.3.3 23.4.1, Direttiva cantonale, 10.09.1971.

¹⁸⁴ Ebd.; Tessiner Pressestimmen. Von der Kirchturmpolitik zur Gesamtschau, 1971.

¹⁸⁵ Bei den Freisinnigen verstärkte diese unerwartete Lage die generationsbedingten Spannungen: die Parteijugend von Bellinzona unterstützte die sozialdemokratischen Kandidaten gegen den FDP-Ständerat Ferruccio Bolla. ASTi 3.3.3 23.4.3, Flugschrift „Il verdetto del popolo ticinese“, [1971]; Direttiva cantonale, 5.11.1971; Imminente il ‚ballottaggio‘ per il Consiglio degli Stati. Sfida socialcomunista alla dignità del popolo, in: Il Dovero, 9.11.1971.

aber Anzeichen einer grundsätzlichen Neuordnung der parteipolitischen Allianzen auf. In vielen Kantonen entstanden Verbindungen zwischen alter und neuer Linken.¹⁸⁶ Die bürgerlichen Allianzen schienen ebenfalls weniger solide als zuvor und dies nicht nur in Folge von persönlichen Konflikten zwischen den Partnern, wie noch 1959.¹⁸⁷ In der Waadt wurde die Selbstverständlichkeit der abwechselnd von Freisinnigen und Liberalen geleiteten *Entente Vaudoise* innerhalb des bürgerlichen Lagers in wachsender Masse in Frage gestellt. Die ChristlichdemokratInnen traten 1983 sogar allein an; Neben der aufgrund fehlender bürgerlicher Unterstützung erfolgten Niederlage ihres Präsidenten Roger Mugny bei den Stadtratswahlen von 1977 nannten die Parteikader als Grund, dass die Partei weniger rechts politisieren wolle.¹⁸⁸ Stärker noch kritisierte die waadtländische SP, die 1979 ihren ersten Ständeratssitz wiederverloren hatte, die vorab besiegelte Aufteilung der Ständeratsmandate durch das bürgerliche Bündnis.¹⁸⁹ Die *Entente Vaudoise* sah sich gezwungen, eine Pressekonferenz mit den zwei Kandidaten sowie den drei bürgerlichen Parteipräsidenten zu organisieren, um den Sinn einer solchen Allianz zu verteidigen: Wichtig sei für den Ständerat eine kohärente, einheitliche kantonale Vertretung.¹⁹⁰

Ein ähnlicher Deutungskampf um das zu bevorzugende Repräsentationsprinzip bei den Ständeratswahlen fand auch im Kanton Zürich statt, wo mit dem Rücktritt der SP-Ständerätin Emilie Lieberherr und gestützt auf ihre Wahlerfolge seit 1979 die Bürgerlichen nun eine „ungeteilte Standesstimme“ beanspruchten.¹⁹¹ In einer von der Gratiszeitung *Züri Woche* organisierten Debatte hinterfragten die Ständeratskandidierenden der Linksparteien dieses Prinzip, welches die POCH-Kandidatin Ingrid Schmid sogar als totalitär bezeichnete.¹⁹² Mit Blick auf den Anspruch einer rein bürgerlichen Ständeratsvertretung erklärte hingegen der wiederantretende SVP-Ständerat Jakob Stucki, dass „bei etlichen Fragen [...] Frau Lieberherr und ich gerade so gut in die Pause gehen und Kaffee trinken können [...], weil sich unsere Stimmen ohnehin gegenseitig aufgehoben haben“.¹⁹³ Ein

¹⁸⁶ Diese „bunten Koalitionen“ zwischen PdA und POCH entstanden u.a. in Zürich, Bern oder Solothurn, *Année politique suisse*, 1983. Im Tessin hatte sich die 1969 gegründete PSA bereits seit 1971 mit der PdA alliiert. Diesem „cartello delle sinistre“ trat für die Ständeratswahlen von 1979 auch die POCH bei, Genasci u. a.: PS, 2000, S. 68ff. In Genf wurde erstmalig die Wiederkandidatur des SP-Ständerates Willy Donzé auch von der PSO (ehemaliger RML) unterstützt, Wahlaufakt in der Westschweiz. Hartes Ringen um Ständeratssitze, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 8.09.1983.

¹⁸⁷ In vielen Kantonen gab es keine oder nur eine begrenzte bürgerliche Wahlallianz. *Année politique suisse*, 1983.

¹⁸⁸ Elections fédérales de l'automne prochain. Le PDC part seul au combat, in: *24 Heures*, 03.06.1983.

¹⁸⁹ M. Daniel Schmutz candidat aux Etats. „La mobilisation est nécessaire“, in: *24 Heures*, 18.03.1983.

¹⁹⁰ Vaud aux Etats: cohérence d'abord! ou le leurre de la proportionnalité, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 08.10.1983.

¹⁹¹ Die *Züri Woche* unterhielt sich mit den fünf Ständeratskandidaten, in: *Züri Woche*, 6.10.1983. Die Argumentation der „ungeteilten Standesstimme“ hatte dabei die FDP mit Christoph Blocher abgesprochen, *StAZH WII* 13.492, Parteivorstand, 15.08.1983. Das neue Selbstbewusstsein der Bürgerlichen und insbesondere der SVP zeigte sich insbesondere im Kontrast mit 1975, als die SVP auf eine eigene Ständeratskandidatur verzichtet und den FDP-Kandidaten Fritz Honegger unterstützt hatte, vgl. Schnydrig: *Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei*, 2007, S. 152.

¹⁹² Die *Züri Woche* unterhielt sich mit den fünf Ständeratskandidaten, in: *Züri Woche*, 6.10.1983.

¹⁹³ Ebd.

Inserat für das bürgerliche Ständeratticket wendete diese Argumentation auf die Reformfähigkeit der Bürgerlichen im Sinne ihres neoliberalen Programms an (Abbildung 15): „Was hätten wir Zürcher davon, wenn Jakob Stucki im Ständerat einer Entlastung des Steuerzahlers (jüngstes Beispiel: Ausmerzen der ‚kalten Progression‘) zustimmen, sein zürcherischer Ratskollege aber mit Nein votieren oder sich der Stimme enthalten würde?“

Diese Diskussionen verdeutlichen anschaulich, wie die Frage der Wahlallianzen im Wahlkampf dazu führte, die Machtverhältnisse und die Legitimierungsprinzipien hinter den Repräsentationsprozessen zu hinterfragen. Insbesondere Ständeratswahlen gaben in allen drei Kantonen Anlass dazu, das Majorzprinzip je nach eigener Position im politischen Feld in Frage zu stellen oder zu verteidigen – wodurch die Bedeutung des Proporz in den Deutungsmustern der demokratischen Repräsentation in der Schweiz, selbst bei den majorzgeregelten Ständeratswahlen, zum Ausdruck kam. Selbst wenn diese Fragen regelmässig aufgetaucht waren, lässt sich dabei eine Wende ab den 1970er Jahren feststellen: Ständeratswahlen gaben immer häufiger Anlass dazu, den repräsentativen Status Quo zu hinterfragen. Entsprechend stellte Roger Blum anlässlich der Wahlen von 1983 fest, dass die Reformprojekte des Ständerats nun in den Hintergrund getreten seien, da alle Parteien am Ständeratswettbewerb teilnehmen wollten: 1983 fanden beispielsweise „Kampfwahlen“ für den Ständerat in siebzehn von zwanzig Kantonen statt.¹⁹⁴ Dies kontrastierte mit anderen Wahlen insbesondere jenen für Kantonsregierungen, welche weiterhin wenig umstritten blieben.¹⁹⁵ Dieser neue Wettbewerb bei den Ständeratswahlen diente dabei nicht nur der öffentlichen Profilierung kleiner Parteien und/oder ihrer Nationalratslisten.¹⁹⁶ Er begründete auch eine Veränderung der Zusammensetzung des Ständerates: Während die SP 1967 einen Tiefpunkt mit nur zwei Ständeratsmandaten erreicht hatte, gewann sie in den kommenden Wahlen stetig Mandate hinzu und erreichte 1979 sogar neun Mandate.¹⁹⁷ Im Kanton Tessin, wo die Dominanz der Freisinnigen und ChristlichdemokratInnen für die sichere Verteilung der Ständeratsmandate zwischen diesen beiden Parteien noch wirkte, wurde die Frage des Sinns solcher Wahlen immer brisanter, wie die zunehmenden „Störkandidaturen“ weiterer Parteien zeigten.¹⁹⁸ Aufgrund der Spannungen mit der PSA kam dabei links keine gemeinsame Ständeratskandidatur zustande. Die Tessiner SP entschied sich stattdessen, wieder Stimmenthaltung zu empfehlen und dabei die Wahlen als Plattform für ihre

¹⁹⁴ 1975 waren es zehn gewesen, und 1979 fünfzehn. Ständerat: die heimliche Wirtschaftskammer?, in: Tages-Anzeiger, 30.09.1983.

¹⁹⁵ Vgl. dazu Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 42f.

¹⁹⁶ Kleine und junge Parteien, vor allem aus dem linken Spektrum, lancierten gerne Ständeratskandidierende als Lokomotiven einer Nationalratsliste. So stieg auch die Anzahl der Doppelkandidaturen, vgl. dazu Ballmer-Cao; Bütikofer: Le système majoritaire contre les femmes?, 2007, S. 134.

¹⁹⁷ Die konfrontative, schweizweite Strategie der SP für den Ständerat thematisierte der Parteipräsident Helmut Hubacher öffentlich, „Wir müssen jetzt gegen den weiteren Sozialaufbau kämpfen“. Interview mit Helmut Hubacher, in: Schweizer Illustrierte, 24.10.1983.

¹⁹⁸ Tessiner Problemstellungen vor den eidgenössischen Wahlen, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.1983.

Forderung nach Proporzahlen zu nutzen.¹⁹⁹ Die Tessiner Ständeratswahlen sind somit emblematisch für die Ambivalenz vieler Urnengänge in der Schweiz und es stellen sich folglich die Fragen: Wie funktioniert politischer Wettbewerb, wenn das Ergebnis von Anfang an bekannt ist? Welche Handlungsmöglichkeiten bleiben für die kleinen Akteure?

3. Die Fallstricke bei der Portierung von Kandidierenden

Nach der Listengestaltung setzten sich die komplexen parteipolitischen Verhandlungen beim Aufstellen der Kandidierenden in der Öffentlichkeit fort. Die den Schweizer Wählenden zugestandene Möglichkeit, Listen zu ändern, hatte nämlich zur Folge, dass der Wettbewerb nach der Nominierung der Kandidierenden bis in die Parteien hineindrang. Dies konfrontierte die Parteien mit zwei Arten von Fallstricken: zunächst ob sie eine Listen- oder Personenwerbung bevorzugen, dann aber auch, welche Art der Darstellung der Kandidierenden sie wählen sollten.

3.1. Listen- oder Personenwerbung?

Die bei den Wählenden immer beliebtere Möglichkeit, bei den Nationalratswahlen Listen zu verändern, eröffnete eine Reihe von strategischen Dilemmata für die Parteien. Sollten sie den Fokus auf die Bewerbung der gesamten Liste und/oder nur einzelner Kandidierender setzen? Dürfen die Kandidierenden folglich für sich werben oder nur für die ganze Liste? Sollte die Partei in ihrer Wahlpropaganda ein bestimmtes Wahlverhalten explizit empfehlen?

Dabei lässt sich zunächst ein grundsätzlicher und konstanter Unterschied zwischen den helvetischen Parteien feststellen. Bei den Linksparteien wie der PdA und der SP galt ein Verbot der sogenannten Sonderpropaganda: Ihr starkes Selbstverständnis als Partei machte es undenkbar, dass einzelne Kandidierende die Auswahl- und Werberolle der Partei übernehmen würden. Zudem sollten keine Ungleichheiten zwischen Kandidierenden bestehen, vor allem nicht aufgrund unterschiedlicher finanzieller Mittel.²⁰⁰ Bei den bürgerlichen Parteien hingegen durften Kandidierende – auch mit der Unterstützung eines Verbands – für sich werben; mitunter wurde sogar bevorzugt, dass sie für die Kampagne eigene Mittel einsetzten.²⁰¹ Diese Grundregeln verhinderten aber nicht, dass Konflikte

¹⁹⁹ ASTi FPC 01 22.4.1, Appello elettorale, in: Libera Stampa, 19.09.1983.

²⁰⁰ Diese Besonderheit der Linksparteien findet sich auch in der klassischen Unterscheidung von Maurice Duverger zwischen Massen- und Kaderparteien, Duverger: Les partis politiques, 1951. Diese Regeln, die selten explizit gemacht werden, beinhalten üblicherweise ein klares Verbot der Werbung für Individuen. Die Regeln der Waadtländer SP von 1983 bspw. erlaubten dennoch die Werbung von Organisationen für ihre Kandidierende mit ihren regulären Kommunikationsmitteln. PA SP VD E 1983, Rundschreiben der Waadtländer SP, 7.07.1983.

²⁰¹ Solche Regeln waren selten explizit. 1971 beschlossen z.B. die Wahlkampfleiter der CVP keine Empfehlung an die Kantonalparteien zu geben, ob sie von den Kandidierenden eine Finanzierung einfordern sollten oder nicht. BAR J2.181 1987/52_72_626, Konferenz der Wahlkampfleiter, 22.03.1971. Eine in Erich Gruners Studie zitierte Reportage des Tages-Anzeigers vom 27. September 1972 erwähnte die Aussage eines Professors, dass ein Spitzenplatz auf einer Liste 20000 Franken „kosten“ könne. Gruner bezweifelt dies aus dem Grund, dass die am Anfang der Liste oft platzierten Bisherigen ein solches Engagement für ihre Wiederwahl nicht bräuchten. Je

entstanden. Die genauere Betrachtung ihrer Anwendung im Untersuchungszeitraum beweist vielmehr, wie kontextabhängig sie sein konnten.²⁰²

Bürgerliche Parteien zwischen freiem Wettbewerb, Partei- und Verbandslogik

In den 1940er und 1950er Jahren ermöglichte die Norm der Parteidisziplin noch die imperative Festlegung eines bestimmten Verhaltens in den Wahlaufufen. Viele Kantonalparteien schworen ihre Mitglieder und Wähler darauf ein, die Liste unverändert oder „kompakt“ in die Urne zu legen, wie die waadtländischen Freisinnigen 1947 in einem Inserat: „Electeurs, [...] VOTEZ la liste verte/ sans panachage/ la liste RADICALE“.²⁰³ Dabei entgegneten die bürgerlichen Parteien speziell den Wahlparolen nichtparteilicher Akteure aus nahestehenden kirchlichen Kreisen, Hauseigentümerverbänden, und vor allem aus den verschiedenen Berufsverbänden, die oft noch eindringlicher als die Appelle der Parteien selbst waren.²⁰⁴ So waren die Wähler Gegenstand vielfältiger, manchmal untereinander in Konflikt tretender Repräsentationsansprüche. Im Wahlkampf von 1947 und 1959, als sie noch als Parteiorgan im Wahlkampf diente, warb die *NZZ* beispielsweise für die gesamte FDP-Liste, veröffentlichte aber auch eine Reihe von Inseraten zum Kumulieren gewisser Kandidaten, die entweder anonymen Herkunft waren oder klar von Berufsverbänden stammten. Im Namen ihres Chefredaktors Willy Bretscher sandte die Zeitung ihren Lesern zudem einen Empfehlungsbrief für seine eigene Kandidatur auf Hochglanzpapier.²⁰⁵

Bei diesen sonst als sicher geltenden Wahlen mussten die Bürgerlichen ferner mit Störaktionen zum Beispiel von Robert Eibel rechnen. Im Wahlkampf wandelten sich die üblichen anti-etatistischen *Trumpf-Buur*-Inserate in scharfe Angriffe auf Kandidaten, zunächst gegen solche aus linken,²⁰⁶ dann aber auch aus bürgerlichen Parteien, wie Willy Bretscher selbst, der eigentlich auf der gleichen FDP-Liste stand wie Eibel.²⁰⁷ Für die bürgerlichen Parteikader blieb diese Sonderpropaganda

nach gewählter Listenreihenfolge könne diese Bedingung nur Listenplätze weiter unten betreffen. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 167, Fn. 21.

²⁰² Obwohl sie für die drei untersuchten Kantone gültig erscheinen, können diese Grundregeln auch verschiedene Ausprägungen je nach kantonalem Kontext haben. Sicherlich wird die Sonderpropaganda in den grösseren Kantonen mit mehr Mitteln und Kandidierenden stärker sein, so in Zürich. Bereits 1947 veröffentlichten die grössten Zürcher Zeitungen deutlich mehr Inserate zu Gunsten von Kandidierenden als die waadtländischen Blätter.

²⁰³ Inserat „Electeurs“, in: Feuille d'Avis du district d'Aigle, 25.10.1947 (Hervorhebungen i.O.).

²⁰⁴ Wie für den Zürcher FDP-Kandidaten Max Brunner: „Wenn jeder den Namen Dr. Max Brunner zweimal schreibt, ist er gewählt: Wir Haus- und Grundeigentümer haben es also in der Hand, selber zu entscheiden, ob wir im Nationalrat eine Vertretung haben sollen oder nicht. *Tue daher jeder seine Pflicht* [...] Wer es nicht tut, *hat nachher kein Recht, über die Zurücksetzung des Hausbesitzes zu klagen.*“ StAZH III Ao 2/2, Empfehlungsbrief Hauseigentümerverband Zürich, [1947].

²⁰⁵ StAZH III Ao 2/2, Brief „Sehr geehrte Leser der *NZZ*“, 1959.

²⁰⁶ Auf das regelrechte *negative campaigning* Eibels reagierte die SP-Parteipresse mit weiteren Angriffen gegen ihn insbesondere bezüglich seiner Beziehungen zu den Fronten in der Zwischenkriegszeit. Das Janusgesicht eines freisinnigen Nationalratskandidaten, in: *Volksrecht*, 23.10.1959.

²⁰⁷ Die neue Zürcher Deputation, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.10.1959. 1963 verhalf Eibel seine beeindruckende (Selbst-)PR-Tätigkeit inklusive Aufrufen zu Streichaktionen gegen Co-Kandidaten sogar zu einem unerwarteten, da von den Parteiinstanzen nicht unterstützten, Nationalratsmandat. 1967 wurde er wieder

unproblematisch, solange sie nicht die etablierten Hierarchien zwischen Kandidaten – Bisherige an erster Stelle, und mögliche, als adäquat wahrgenommene Erstlinge danach – umkippten. Sie konnten sich sogar als nützlich erweisen, wie die Zürcher BGB-Parteileitung 1959 diskutierte:

„In diesem Zusammenhange wird der Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die Wahlen und die Nachfolge von Dr. Gysler [Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Anm. ZK] besprochen. Dabei gewinnt die Auffassung Oberhand, dass es wegen der propagandistischen Wirkung kaum tunlich sei, separate Aktionen dieser Organisationen zu unterbinden, richtiger sei, *diese Aktionen der eigenen Partei dienstbar zu machen*.“²⁰⁸

Immerhin konnten bürgerliche Parteien selbst einen besonderen Werbefokus auf ihre Spitzenkandidaten setzen. Laut der *NZZ* bei den Wahlen von 1947 übertrage der immer häufigere Verzicht auf das Vorkumulieren den Parteien „ein gewisses Minimum an Pflichten den zur Wiederwahl vorgeschlagenen Kandidaten gegenüber“.²⁰⁹ Die Zürcher FDP publizierte beispielsweise 1959 „Wahlempfehlungen“ zu Gunsten ihrer bisherigen Nationalräte, „um den Willen der Partei gegenüber Verbänden und Organisationen wahren zu können“.²¹⁰

Bei diesem Wahlkampf zeigten sich jedoch selbst bei den Bürgerlichen Vorbehalte gegenüber der intensivierten Sonderpropaganda aus allen Richtungen und ihrer angeblichen Wirkung auf die steigende Veränderungsfreude der Wähler. Auch wenn das Kumulieren der Wähler weiterhin als Zeichen der politischen Kompetenz zu Gunsten der besten Politiker galt,²¹¹ wurde ihre Panaschierfreude zunehmend kritisch beäugt, weil sie die parteipolitischen Grenzen in Frage stellte. Pierre André Gygi analysierte dieses Phänomen in einer Umfrage für die FDP als Kritik an der Geschlossenheit des Repräsentationsangebotes: „Für viele Jüngere bedeutet Partei ‚*numerus clausus*‘ zugunsten einer kleinen Schicht älterer Herren“.²¹² In einem Brief an Leuenberger empfahl Gygi, zwar die Wähler über die Risiken des Panaschierens für die Partei aufzuklären, dies aber mit Fingerspitzengefühl:

„Panaschieren ist für viele *überhaupt wählen können*. Jeder will selbst sein Puzzle zusammensetzen. Zeigen anhand von Beispielen, dass dies *dem Toto* entspricht und mit *männlicher Stellungnahme* in der Auswirkung nichts mehr zu tun hat.“²¹³

Folglich machte das Zentralsekretariat der FDP die Kantonalparteien auf die hohen Panaschierraten auf freisinnigen Listen aufmerksam, und rief sie dazu auf, Kontakt mit den Berufsverbänden

sehr gut gewählt, und erwies sich immer mehr als interessanter Stimmenfänger für die FDP, selbst wenn er seine oppositionelle Strategie innerhalb der Partei weiterverfolgte. Frischknecht et al.: *Die unheimlichen Patrioten*, 1987, S. 188ff.

²⁰⁸ PA SVP ZH, Parteileitung, 13.07.1959.

²⁰⁹ Zürcherische Bilanz, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 31.10.1947.

²¹⁰ StAZH WII 13.389, Parteileitung, 8.10.1959.

²¹¹ Der Journalist Max Syfrig sah beispielsweise im „kompakten Wählen“ eine Ungerechtigkeit gegenüber den besten Politikern. *Politique vaudoise*. Maintenant il faut choisir, in: *Tribune de Lausanne*, 24.10.1959.

²¹² BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Gygi, Pierre André: Befragung über das politische Verhalten von Männern über 20 Jahren, Institut für Markt und Meinungsforschung, Biel, 1959.

²¹³ BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Brief von Pierre-André Gygi an Hans-Rudolf Leuenberger, 6.01.1959.

aufzunehmen und sie zu bitten, Panaschieraufrufe zu vermeiden. Was die Freisinnigen damit kritisierten war weniger die Personenwerbung an sich, sondern vielmehr die Werbung für Kandidaten des gleichen Verbandes, aber verschiedener Parteien zu Ungunsten der FDP. Mit diesen Empfehlungen würden die Berufsverbände, so das freisinnige Zentralsekretariat, darauf zielen, „das Proporzsystem zu stören“.²¹⁴

Dabei gab die in ihrer Propaganda sichtbare starke Verflochtenheit politischer Repräsentanten mit den Wirtschaftsverbänden Anlass zu Kritik und Gegenaktionen. So führten 1959 anonyme Komitees Inseratenkampagnen gegen jene Kandidaten, welche zu sehr an Wirtschaftsverbände gebunden seien, und damit die Vertretung der parteipolitischen Linie nicht respektieren würden: „Kann ein bürgerlicher Nationalrat in Bern *die gemeinsame Sache des Bürgertums* vertreten, wenn er von einer Berufsorganisation zusammen mit den beiden Sozialisten Steinmann und Welter zur Wiederwahl empfohlen wird?“²¹⁵ Weitere Inserate nahmen sogar direkt die finanzielle Verwobenheit der Politiker mit den Verbänden für ihr *negative campaigning* ins Visier:

„Nach der letzten Nationalratswahlen, im Jahre 1955, war das Erstaunen und anschliessend der Ärger bei allen Parteien von links bis rechts gross, und zwar deshalb, weil auf allen Listen, die auf eine Kumulation verzichteten, Kandidaten das Rennen machten, *die entweder einen mächtigen Verband im Rücken oder einen prallen Geldbeutel in der Tasche hatten*. Sollen Geldbeutel und Verbandszugehörigkeit erneut ausschlaggebend sein? Wir haben es in der Hand, korrigierend einzugreifen!“

Es folgte eine Liste von betroffenen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien, welche der Wähler „korrigierend“ streichen könne, um „Geldsack und Verbandsallmacht als entscheidender Faktor [auszuschalten]“.²¹⁶ Im Jahr der Zauberformel waren die Kampagnen für bürgerliche Kandidaten von Exzessen der Sonderpropaganda und aggressivem *negative campaigning* gekennzeichnet.

Zwischen Parteidisziplin und „Privatkriegen“ bei der SP

Viel problematischer konnte die Personenpropaganda allerdings bei der SP werden, wie der Fall des 1947 im Tessin gewählten Gewerkschaftlers Emilio Agostinetti zeigt.²¹⁷ Nachdem die zwei bisherigen Nationalräte, der Sekretär des Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonalverbandes (SEV) Edoardo Zeli und der Anwalt Francesco Borella, zurückgetreten waren, hatte der Parteitag den Chefredaktor der *Libera Stampa* und politischen Parteisekretär, Piero Pellegrini, zum Spitzenkandidaten designiert. Die Wahlkonjunktur deutete auf einen Mandatsverlust für die SP hin, was die Wahlchancen von Agostinetti, Nummer 2 auf der Liste und Kollege von Zeli bei der SEV, minderte. Zeli und Agostinetti führten eine intensive Kampagne in ihrer Gewerkschaft, insbesondere

²¹⁴ BAR J2.322-01 2009/263_10_58, Runschreiben des Zentralsekretariates an die Kantonalparteien, Juni 1959.

²¹⁵ Bürger von Stadt und Land („H.G.“), Inserat „Bürgerliche Wähler!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

²¹⁶ Inserat „Mitbürger, Stimmberechtigte!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

²¹⁷ Vgl. dazu Genasci: *Il Partito socialista nel Ticino degli anni 40*, 1985, S. 161ff.

in ihrer Zeitung *Il Ferroviere*, welche ihren Lesern Agostinetti zum Kumulieren als offiziellen Kandidaten der SEV und somit als legitimen Nachfolger von Zeli empfahl.²¹⁸ Zudem behaupteten Zeli und Agostinetti in weiteren Artikeln und Briefen, dass der verdiente Parteileader und Staatsrat Guglielmo Canevascini für seinen Schützling Pellegrini eine Kampagne gegen Agostinetti betreibe, weshalb Letzterer unbedingt zu kumulieren sei. Agostinetti wurde tatsächlich mit gut tausend Stimmen Vorsprung an Stelle von Pellegrini gewählt, welcher in der Folge von seiner Stelle beim Parteiorgan zurücktrat.²¹⁹ Diese erfolgreiche Strategie ähnelte einem innerparteilichen Putsch, indem Zeli und Agostinetti den von der Partei gekrönten Spitzenkandidaten bekämpften und im Namen ihrer Gewerkschaft eine Gegenkampagne betrieben, ohne aber explizit aus der Partei und der Liste auszutreten. Die von vielen in der Partei als illegitim wahrgenommene Wahl Agostinettis sowie die scharfe Kampagne im Vorfeld führten zu einer parteiinternen Krise, in welcher die Beschwerde- und Schiedskommission der Schweizer SP intervenieren musste. Agostinetti wurde aus der Kantonalpartei ausgeschlossen, blieb jedoch im Nationalrat und wurde erst 1950 wieder als Vertreter der Tessiner SP anerkannt, was den Ernst seines Verstosses gegen die Gepflogenheiten in der Partei verdeutlicht.²²⁰

Was in der Tessiner SP einen Skandal verursachte, war in der grösseren Zürcher SP durchaus gängige Praxis. Zwar waren negative Kampagnen gegen andere sozialdemokratische Kandidaten auch hier nur eine selten geduldete Ausnahme. Laut dem Wahlabkommen mit dem kantonalen Gewerkschaftskartell sollten sich die Gewerkschaften an allgemeine Wahlaufrufe für die gesamte Liste halten. Sonderpropaganda-Aktionen von verschiedenen Seiten belebten aber jede der Zürcher SP-Wahlkampagnen. Die Zürcher SP-Kader konnten sie in der Regel lediglich via interner Korrespondenz, Pressecommuniqués oder Artikel in der Parteipresse bekämpfen und als Sanktion eventuell mündlich „Gegenmassnahmen“ (Streichappelle gegen die Betroffenen) verbreiten.²²¹ Die schrittweise Institutionalisierung eines Rekursverfahrens nach der Wahl zeigte für die untersuchten Wahlkämpfe wenig langfristige Wirkungen. Zudem erkannten die Zürcher Sozialdemokraten auch, dass der Wahlkampfeinsatz der Gewerkschaften ihnen die Tür zu breiteren Bevölkerungskreisen öffnete. Somit entschied sich die Zürcher SP-Geschäftsleitung 1959 dagegen, die Sonderpropaganda der ohnehin nicht zum kantonalen Kartell gehörenden Angestelltenverbände zu verhindern, mit der Begründung, dass „unsere Partei sehr daran interessiert ist, innerhalb der Angestellten vermehrtes Verständnis zu finden“.²²²

Ausgerechnet in diesen Wahlen riefen aber linke Gewerkschaftler dazu auf, ihre als zu rechts geltenden Listennachbarn zu streichen. Diese Handlungsmöglichkeit für die linke Minderheit der

²¹⁸ A tutti i ferrovieri del Ticino, in: *Il Ferroviere*, 24.10.1947.

²¹⁹ ASTi FPC 01 18.1.5, Commissione direttiva, 11.11.1947.

²²⁰ Genasci u. a.: PS, 2000, S. 44.

²²¹ SSA Ar 27.60.33, Brief des SP-Sekretariates an die Präsidenten der Kreisparteien Zürich und Winterthur, 24.10.1947.

²²² SSA Ar 27.10.43 Geschäftsleitung, 28.09.1959 (Paul Meierhans).

Partei, deren Inanspruchnahme bereits 1955 die internen Spannungen zum Ausdruck gebracht hatte,²²³ kompensierte durchaus für die mangelnde Debatte innerhalb der Partei, jedoch auf eine besonders konfrontative Weise. Die heftigen programmatischen Zwistigkeiten um die Vierundvierzigstundenwoche, das neue Parteiprogramm sowie das Atomprogramm des Bundes verbanden sich dabei mit Kämpfen um Personen – die politische Integration der Sozialdemokraten bedeutete nämlich auch die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs für Parteikader und Gewerkschaftler, was die Ambitionen vieler verstärkte. Die Absetzung des VPOD-Sekretärs Max Arnold als Vizepräsident des SGB kurz vor den Wahlen löste im Kanton Zürich eine Kette von aggressiven Inseraten von einem „Komitee für fortschrittliche Gewerkschaften und Sozialisten“ rund um den kritischen Rudolf Stettler einerseits und von der kantonalen SP andererseits aus. Das Komitee rief explizit zum Streichen von Kandidaten des rechten Flügels, insbesondere des SGB-Präsidenten Hermann Leuenberger, auf und warf diesen sogar vor, im Widerspruch zum Beschluss des kantonalen Gewerkschaftskartells in einzelnen Betrieben am „schwarzen Brett“ sowie durch Kommunikation des Zentralsekretariates der PTT-Union in Bern für sich zu werben.²²⁴ In einem eigenen Inserat reagierte die Partei mit heftiger Kritik gegen die „Verdrehungen und Entstellungen“ dieser „neue[n] Spaltergruppe [sic] auf der kommunistischen Grundlage eines angeblichen Marxismus/Leninismus“ sowie mit einem Appel zum kompakten Wählen „als wirksamste Waffe gegen die reaktionären Interessen der kapitalistischen Parteien und Kreise und gegen schädigende Umtriebe solcher ‚Komitees‘“.²²⁵ Dieser Kampf via Inserate spitzte sich mit der Einmischung Robert Eibels zu, der die vom Komitee namentlich angegriffenen Sozialdemokraten verteidigte. Eibel ging so weit, die Ehefrau des Komiteevorsitzenden, die ehemalige KZ-Insassin aus Ungarn, Emilie Stettler, aufgrund ihres Engagements für ungarische Flüchtlinge des „Verkehrs mit dem Osten“ zu beschuldigen.²²⁶

Die Kampagne des Komitees fand dabei umso stärkeren Anklang, als sie neben der Arbeitszeitpolitik auch die höchst sensible Frage des Atomprogramms ansprach, welches Leuenberger und andere SP-Kader unterstützt hatten. Weitere Akteure links der SP übernahmen die gleiche umfassende Kritik der „Rechts-Sozialdemokratie“ wie das Zürcher Stettler-Komitee: der Sozialistische Arbeiterbund Zürich zum Beispiel verbreitete die gleiche Streichparole mit einem Hinweis auf das Versagen der sozialdemokratischen Regierung Guy Mollets im Algerien-Krieg.²²⁷ Das Regionalkomitee der SBgAA prüfte seinerseits die Positionen der Zürcher Kandidaten zur Atomverbotsinitiative zwecks einer

²²³ Zu den Nationalratswahlen von 1955, Degen: Sozialdemokratie, 1993, S. 75.

²²⁴ Komitee für fortschrittliche Gewerkschaften und Sozialisten: Inserate „Unser Wahlvorschlag“; „Jetzt müssen wir deutlich werden!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

²²⁵ Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich, Inserat „Jetzt müssen auch wir deutlich werden!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

²²⁶ Komitee für fortschrittliche Gewerkschaften und Sozialisten: Inserate „Sein Verhalten kommt in der Auswirkung schliesslich landesverrätlichen Umtrieben gleich...“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959; „Antwort von Frau Emilie Stettler an Dr. Eibel“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959.

²²⁷ Sozialistischer Arbeiterbund Zürich: Inserat „Guy Mollet - eine Warnung für alle!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959.

Empfehlung an die 16000 Unterzeichner ihrer Initiative im Kanton. Weil die SP ihren Kandidaten die Beantwortung dieser Anfrage verbot, verzichtete das Komitee auf eine namentlichen (Gegen-)Empfehlung „aus Gründen der Überparteilichkeit“, lud aber die Wähler zum Kumulieren bekannter Gegner der atomaren Rüstung (wie Max Arnold selber) ein.²²⁸ Dieses Vorgehen war ein solches Novum und stand in solchem Widerspruch zu der Funktionsweise der Partei, dass die Zürcher SP sogar Ausschlussverfahren gegen den Präsidenten des Regionalkomitees, Walter Gyssling, einleitete.²²⁹ Die SBgAA selbst und diese Wahlaktionen störten die SP dabei insbesondere, weil sie die normalerweise streng gezogenen Parteigrenzen zwischen SP und PdA in Frage stellten.²³⁰

Problematisch für die SP war aber auch die reine Infragestellung der von Partei und Gewerkschaftskartell mühsam erstellten Liste. Der Zürcher SP-Sekretär Hans Nägeli verglich den Zürcher Vorfall sogar mit der Sonderpropaganda bei bürgerlichen Parteien:

„Vor allem in den Kreisen des VPOD und des PTT-Personals war eine Kampagne im Gang, mit dem Ziel, den Präsidenten des SGB [Hermann Leuenberger, Anm. ZK] zur Strecke zu bringen, z.T. als Reaktion auf die Massregelung Max Arnolds im SGB. Es entwickelt sich immer mehr eine Situation, in der nur noch derjenige Wahlchancen besitzt, *der einen mächtigen Verband im Rücken hat oder wer grosse Geldsummen für persönliche Propaganda ausgeben kann.* Beispiele: Trumpf Buur, Bretscher, der Direktor der UTO A.-G. [...] Infolgedessen war der Parteiparat bei der Wahl selbst völlig gelähmt, in den Stadtkreisen fanden keine Versammlungen statt und eine schlechte Stimmung griff um sich. Resultat: Die Gewerkschaftsvertreter rangieren zu oberst, die Kandidaten der Partei ganz unten auf der Liste.“²³¹

Die Aktionen zeigten dabei auch die Schwäche der Partei gegenüber nichtparteilichen Akteuren – und dabei insbesondere gegenüber den Gewerkschaften und der SBgAA. Umso schärfer verurteilte der Parteisekretär Fritz Escher in der *Roten Revue* diese „Privatkriege“ nach den Wahlen:

„Der Hinweis, auch im bürgerlichen Lager seien solche Spezialaktionen gang und gäbe, ist ein schlechter Trost. Die *Idee und die Praxis der Einheit der Arbeiterbewegung* wird nicht ungestraft missachtet; die Aufforderung zur Streichung von Parteikandidaten bewirkt immer eine gewisse Verwirrung bei den Wählern und ist *mitschuldig an der ungenügenden Stimmbeteiligung.* Ganz abwegig ist es aber, wenn Dr. Fritz Pesch im Organ des VPOD die überbordenden Kumulationsaktionen mit der Bemerkung zu rechtfertigen versucht, *das Prinzip der freien Konkurrenz* sei ja auch im neuen Parteiprogramm der SPS aufgenommen worden.

²²⁸ Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung Regionalkomitee Zürich/Ostschweiz: Inserat „An die 16000 Unterzeichner unserer Initiative im Kanton Zürich!“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 23.10.1959.

²²⁹ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 31.10.1959.

²³⁰ Das antikommunistische Gebot zwang das Komitee Stettlers dazu, sich selbst vom Vorwurf einer möglichen PdA-Nähe freizusprechen. „Wir wiederholen: Kein Werktätiger lasse sich etwa aus Protest verleiten, die Liste der PdA einzulegen. Dies käme einem Bekenntnis zu einer Führerschicht gleich, gegen die gerade die Arbeiter, Jugendlichen und Intellektuellen in Ostdeutschland, Polen und Ungarn antreten mussten, um ihre Lebensrechte zu verteidigen.“ Inserat „Sein Verhalten kommt in der Auswirkung schliesslich landesverrätlichen Umtrieben gleich...“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959. Gleichzeitig hatte die PdA selbst ihre Wahlkampagne auf die Atomfrage und die Militärpolitik gerichtet, wobei sie die Ambivalenzen der SP diesbezüglich unterstrich. In den Kantonen ohne PdA-Liste rief die Partei zum Streichen der rechten Sozialdemokraten auf. Inserat „Wo war die Opposition gegen die übersetzten Militärausgaben?“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959; Keine Atombombenpolitiker in den Nationalrat!, in: Vorwärts, 23.10.1959.

²³¹ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 31.10.1959.

Erstens heisst es dort ‚fairer Wettbewerb‘, und zweitens verschweigt Genosse Pesch, dass damit verbunden ausdrücklich die Schaffung gleicher Ausgangspositionen postuliert wird, eine Bedingung, die offensichtlich nicht erfüllt ist, *wenn es auf der gleichen Liste Kandidaten mit und ohne besonderen Wahlapparat gibt.*²³²

Die Empörung Eschers und seine Berufung auf eine „faire Konkurrenz“ zwischen sozialdemokratischen Kandidaten sollte sich aber als wenig fruchtbar erweisen. In den folgenden Jahren bestätigte sich die Stärke der Verbände bei den Nominierungsprozessen, nicht zuletzt da ihre Forderungen nach Repräsentation bisweilen mit Finanzierungsversprechen einhergingen. Anlässlich des Wahlkampfs von 1963 skizzierten Gruner und Siegenthaler die folgenden Grenzen des guten Verhaltens zwischen Kandidaten:

„Wenn eine *Abmachung im Sinne: Wahlkostenbeitrag gegen Listenplätze sozusagen vertraglich getroffen wird*, handelt es sich natürlich um ein viel tiefschürfenderes Eingreifen des Verbandes in die Politik als etwa bei einem gelegentlichen Entschluss einer Interessengruppe, gewisse Politiker auf dieser oder jener Liste durch eine Streichungsaktion zu torpedieren oder einem andern nahestehenden Kandidaten die Kosten für einen Wählerbrief zu bezahlen.“²³³

Bei allen zur Verfügung stehenden Optionen der verbandlichen Einflussnahme bei Wahlen galten somit Aufrufe zum Streichen gewisser Kandidaten nicht als völlig unfair. Entgegen dem weit verbreiteten Bild eines friedlichen schweizerischen Wahlkampfs in der Nachkriegszeit herrschte also ein teilweise kompromissloser Wettbewerb zwischen Kandidaten, wenn auch weniger zwischen den Parteien.

„Propagandaflut“ und „Streichkonzerte“ im ersten Frauenwahlkampf

Beim Wahlkampf von 1971 verschärfte sich das Konfliktpotenzial der Listenwerbung in Folge der Vervielfältigung der Repräsentationskriterien noch weiter. Parallel zum Anstieg der Anzahl Kandidierenden nahm auch die Werbung für einzelne Kandidaturen an Bedeutung zu, wie Erich Gruner in seiner Studie zu den Wahlen von 1971 feststellte: Laut Lilian Uchtenhagen waren Summen von 40000 bis 130000 CHF für die personenbezogene Propaganda bei „einer grossen etablierten Partei im Kanton Zürich“ verbreitet.²³⁴ Auch Einzelkandidierende, mit oder ohne Unterstützung von Interessengruppen, gestalteten nun eigene werbeintensive Kampagnen, ein Teil von ihnen sogar mit Hilfe eigener Werbeberater. Alle Parteien, auch die der Personenpropaganda theoretisch fernstehenden Linksparteien, mussten zudem feststellen, dass die Wählenden von den ihnen gegebenen Wahlfreiheiten zunehmend Gebrauch machten. Insofern warb 1971 und 1983 sogar die Zürcher SP für ihre getrennten Stadt- und Landlisten mit dem Argument, dass man zwischen diesen Listen

²³² Escher: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, 1959, S. 320.

²³³ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 140.

²³⁴ Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl der Kandidaten, 1975, S. 126, Fn. 24. Gruner und Siegenthaler hatten diese Tendenz bereits für 1964 festgestellt, Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 113.

panaschieren könne.²³⁵ Straffe Aufrufe zur Parteidisziplin schienen zunehmend verpönt. Weiterhin nahmen jedoch manche Parteiakteure die Panaschierfreude der Wählenden kritisch wahr: Laut einem Wahlbericht der FDP stellte sie eine „Majorzisierung des Proporz“ dar und würde den Kantonalparteien finanzielle Mittel entziehen.²³⁶ Die Bürger seien ferner durch die „Flut der Kandidatenpropaganda“ verunsichert, umso mehr als die Parteien als Marke dahinter unsichtbar würden.²³⁷ Mit diesen neuen und vielfältigen Ansprüchen konfrontiert, reagierten viele Parteien mit Vorschriften zur Ernennung von Kandidierenden, wie dem Verbot von Streichempfehlungen gegen andere Kandidierende bei der Zürcher FDP oder die Pflicht, die Listennummer auf den eigenen Kampagnenmaterialien aufzuführen.²³⁸

Dabei stellten die Kampagnen der erstmals antretenden Nationalratskandidatinnen das grösste Spannungsfeld des Wahlkampfes von 1971 dar. Selbst wenn die meisten von ihnen geringe Chancen hatten, löste ihr Eintritt in den Wahlkampf eine bereits in der Nominierungsphase spürbare Widerstandswelle aus. Während des Wahlkampfes zirkulierten sogar schriftliche Appelle, Kandidatinnen zu streichen.²³⁹ Vielen Kandidatinnen und Frauenorganisationen schien bewusst zu sein, dass ein solcher Gegenschlag trotz der viel gefeierten Einführung des Universalstimmrechts im Februar 1971 zu erwarten war. Die noch mehrheitlich männlich dominierten Parteien hatten Kandidatinnen ohnehin nur selten aussichtsvolle Plätze verliehen und planten in der Regel keine besondere Werbung für sie. Selbst die SP-Geschäftsleitung reagierte nicht auf die Forderung der SP-Frauen, von den Kantonalparteien die Gleichbehandlung und einen Schutz gegen „Streichkonzerte“ innerhalb der Partei zu verlangen.²⁴⁰

Um aus ihrer Alibi-Rolle für die Partei herauszukommen, organisierten manche Aktivistinnen der Frauenstimmrechtsvereine und aus FDP- und SP-Kreisen eine beschränkte Sonderpropaganda zugunsten der Kandidatinnen. Die Zeitschriften *Femmes Suisses et le mouvement féministe* und *Schweizer Frauenblatt* stellten die Kandidatinnen aller Parteien in einer ihrer Linie folgenden neutralen Ton vor. Letztere Zeitung appellierte an die Leserinnen, Frauen zu „bevorzugen“: Ihre

²³⁵ Sozialdemokraten und Gewerkschafter können panaschieren, in: *Volksrecht*, 30.10.1971.

²³⁶ BAR J2.322-01 2009/263_47_120, Generalsekretariat: Bericht über die Durchführung der eidgenössischen Wahlen 1971, November 1971.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ StAZH 13.717, Propagandakommission, 2.06.1971.

²³⁹ 1971 verschickte bspw. ein Mitglied der Liberalsozialistischen Partei des Kantons Zürich einen Brief an seine Parteikollegen, in dem er die Streichung einer als zu „arrogant“ empfundenen Kandidatin empfahl, AGoF 103: 700-55, Brief von Werner Schmid, Oktober 1971. Siehe auch in Bezug auf versteckte gewerkschaftliche Streichparolen gegen Frauenkandidaturen, Michel-Alder: *Von Fraufragen*, 1986, S. 155. Die waadtländische Frauenstimmrechtsaktivistin Simone Chapuis-Bischof trug ebenfalls Zeugnisse von WahlbeisitzerInnen über eben solches Wahlverhalten zusammen, Chapuis-Bischof: *Les élections à bâtons rompus!*, 1971.

²⁴⁰ Vgl. SSA Ar 1.110.62, Geschäftsleitung, 4.05.1971. „Die Geschäftsleitung kann sich hinsichtlich der Gleichbehandlungsforderung nicht hinter [Marie] Boehlen [Präsidentin der SP-Frauen, Anm. ZK] stellen. Wie ‚Streichkonzerte‘ verhindert werden könnten, ist die Geschäftsleitung so ratlos wie die Bittstellerin. Das Sekretariat wird ein Schreiben an die Kantonalpräsidenten so abfassen, dass es nicht nach Bevormundung seitens der Parteizentrale aufgefasst werden kann“.

Kompetenz sei nicht anzuzweifeln, ausserdem sei es ein Weg, um sich bei den langjährigen Kämpferinnen für das Stimmrecht zu bedanken.²⁴¹ Zudem organisierten die aus der Frauenstimmrechtsbewegung stammenden Frauenzentralen Veranstaltungen, um die Kandidatinnen aller Parteien bekannt zu machen. Dass diese Aktionen heikel waren, zeigt sich in ihren Vorsichtsmassnahmen: Die waadtländische Frauenzentrale versicherte beispielsweise der kantonale SP, dass sie den Teilnehmerinnen solcher Veranstaltungen aufzeigten, dass auch manche Männer ihre Anliegen gut vertreten könnten.²⁴² Dass die Frauen gemeinsam und parteiübergreifend handelten, um ihre Wahlchancen nicht den Parteimännern zu überlassen, sondern in die eigene Hand zu nehmen, empfanden viele etablierte Akteure als einen Bruch mit den guten Sitten des politischen Lebens. Wie bereits bezüglich des Nominierungsverfahrens ausgeführt, tauchten diesbezüglich universalistische Argumente auf, die sonst in den gängigen Repräsentationsvorstellungen selten waren. Im Kanton Waadt, wo der Wettbewerb durch die Wiederkandidatur vieler erfahrener Politiker verschärft wurde, setzte der Journalist der *Tribune de Lausanne* Max Syfrig die Frauenvereine auf der Basis ihrer Aktionen mit einer „feministischen Lobby“ gleich.²⁴³

Besonders stark war dieser Widerstand gegen eine spezifische Förderung weiblicher Kandidaturen bei der SP. Die SP-Frauen, beginnend mit ihrer nationalen Frauenkommission, hatten sich stark für die Sichtbarkeit ihrer Kandidatinnen engagiert: Sie veröffentlichten eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift mit ihren Profilen und planten Sonderflugblätter.²⁴⁴ Dies löste starken Widerstand seitens der männlich dominierten Parteiinstanzen aus, von denen sie, im Unterschied zu den Gewerkschaften, parteipolitisch und finanziell abhängig waren.²⁴⁵ Aber sogar die Teilnahme der Kandidatinnen an parteiübergreifenden Versammlungen wurde von kantonalen Parteikadern missbilligt.²⁴⁶ Sie waren also Opfer des universalistischen Paradoxes: Ihre minorisierte Stellung als Frauen konnten sie nicht als Begründung für eine besonderen Unterstützung im Wahlkampf angeben. Gleichzeitig blieb die Messlatte der politischen Kompetenz männlich, wie manche Protestbriefe langjähriger Genossen gegen die Aufstellung von Kandidatinnen illustrierten. Paradox ist ferner, dass die SP-Frauen damit bewiesen, dass sie die Spielregeln der SP-Wahlkampagnen beherrschten: Sie waren auf das gleiche Sonderpropagandaverbot aufgelaufen, welches die Gewerkschaften regelmässig straflos missachteten. Mangels einer ähnlich starken Behauptungsposition galten aber für sie besonders scharfe Regeln im Namen der Gleichbehandlung.

²⁴¹ Leserbrief von Berthe Blickensdorfer: „Eine Lanze für die Frauen. Zürcherinnen, jetzt gilt's!“, in: Zürcher Bieter, 27.10.1971.

²⁴² ACV PP 225/41, Brief der Association vaudoise pour les droits de la femme an die SP Waadt, 6.09.1971.

²⁴³ Bulletin suisse. Nouveau „lobby“, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 18.10.1971.

²⁴⁴ SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 8.05.1971; Die Frau in Leben und Arbeit, 10.1971.

²⁴⁵ Während im Kanton Zürich „die Drohungen der Männer, Gegenaktion einzuleiten, [...] nicht so ernst gemeint gewesen [seien]“, verzichteten die Berner SP-Frauen auf Druck der kantonalen Parteiinstanzen auf ein Sonderflugblatt, SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 13.11.1971.

²⁴⁶ Ebd., 8.05.1971.

Die Enttäuschungen vieler Frauen beim Wahlkampf von 1971, welche insbesondere in der Waadt als Folge der Wahl einer rein männlichen Nationalratsdelegation zu hören waren, setzten sich in den folgenden Wahlkämpfen fort, als Parteien und Medien Desinteresse für die weibliche Repräsentation zeigten, während das Streichen weiblicher Namen anhielt. Manche Politikerinnen distanzieren sich folglich zunehmend vom Grundprinzip der Geschlechtsneutralität und begannen gezielt, als Frauen für Frauen zu werben.²⁴⁷ Zudem konnten die Frauenzentralen in den Kantonen die Praxis der parteiübergreifenden Wahlveranstaltungen etablieren. Dabei gelang es ihnen, die Spielregeln zu verändern: Keine etablierte, männerdominierte Organisation hatte zuvor gleichgesinnte Kandidierende verschiedener Parteien von links bis rechts mit dem Ziel einer gemeinsamen Werbung versammelt.²⁴⁸

„Kies-Matthys oder Auto-Frey?“

Beim Wahlkampf von 1983 galt der rege Gebrauch der Wahlfreiheiten und insbesondere das Panaschieren nun so sehr als unvermeidbare Entwicklung des Wahlverhaltens, dass nur wenige Parteien ihren Wählern direkt davon abrieten. Freilich schien diese Entwicklung mit der nicht zu bremsenden Inseratenflut zugunsten einzelner Kandidierender insbesondere in den grössten Kantonen Hand in Hand zu gehen. So empörte man sich nicht mehr über (Gegen-)Empfehlungen für Kandidierende. Die Wahlkampfaktionen der verschiedenen Frauenorganisationen hatten sich beispielsweise seit 1971 durchaus normalisiert und ihre Legitimität im Vergleich zu den weiterbestehenden Männernetzwerken bewiesen.²⁴⁹ Hingegen entstanden neue Akteure, die die parteipolitische Kontrolle über die Kandidaturen und deren Unterstützung weiter anfochten. Bei den bürgerlichen Parteien, insbesondere in grossen Kantonen wie Zürich, waren Aktionskomitees zur Unterstützung von einzelnen Kandidierenden sichtbarer denn je. Bereits in früheren Jahrzehnten hatten zwar Inserate in den Medien Kandidierende unterstützt, aber meist anonym, was Max Imboden in *Helvetisches Malaise* scharf kritisiert hatte.²⁵⁰ Ab den 1970er Jahren vervielfachten sich *ad-hoc* Handlungsformen wie die „Aktionskomitees pro...“ auch im Wahlkampf, welche zunächst für die Finanzierung der Sonderpropaganda sorgten. Sie zeigten nun aber deutlich ihr Gesicht: Namentliche

²⁴⁷ Bedeutend dafür sind die reinen Frauenlisten, die im Kanton Zürich ab 1975 eingesetzt wurden oder die späteren Initiativen von überparteilichen Frauenvereinen, Kandidatinnen aller Parteien explizit zur Kumulation zu empfehlen. Benz-Burger: Die Frauenliste, 1987; AGoF 103: 700-55 Diverse Flugschriften, 1970-1990.

²⁴⁸ Fabienne Amlinger analysiert in diesem Kontext das nationale Wahlfest der Kandidatinnen der bürgerlichen Parteien 1995, welches Adolf Oggi als Vorbild der bürgerlichen Zusammenarbeit nannte, Amlinger: Im Vorzimmer zur Macht, 2014, S. 235.

²⁴⁹ Problematisch wurde aber die Parole, „alle Männer zu streichen“, welche die Zürcher SP-Frauen gemäss dem Wahlausschuss in einer Telefonaktion verbreitet haben sollen. SSA 27.600.14, Wahlausschuss, 13.10.1983. Weiterhin störten jene Aktionen am meisten, welche die Parteigrenzen in Frage stellten. So die Berner Aktion „Frauen ins Parlament“, welche die Wählerinnen zum Streichen von Kandidaten zu Gunsten von Kandidatinnen aller Parteien einlud. Die *Basler Arbeiterzeitung* nahm das Beispiel der „reaktionären“ Marianne Mall (Liberale Partei), um festzustellen: „Der Rock sagt noch nichts aus über die politische Qualität“. Wahlen 1983: Eine gefährliche Empfehlung. Die Männer streichen?, in: *Basler Arbeiterzeitung*, 4.10.1983.

²⁵⁰ Imboden: *Helvetisches Malaise*, 1964, S. 9f. Es folgten Reformprojekte, die die Bekanntgabe der Geldgeber hinter den Aktionskomitees verpflichtend machen sollten.

Listen von Unterstützern, oft sogar mit schönen Handunterschriften, sollten durch die Legitimität der Unterschreibenden der Eigenwerbung via Inserate ein neues Gewicht verleihen.²⁵¹ Zudem versuchten neben den Berufsverbänden relativ neue Organisationen bei den Wahlkämpfen im bürgerlichen Lager an Einfluss zu gewinnen, wie der Hofer-Club, der ähnlich wie der Trumpf Buur linke PolitikerInnen und in diesem Fall das linke Fernsehen angriff und zugleich seine kandidierenden Mitglieder unterstützte.²⁵²

Mit den gestiegenen organisationalen und finanziellen Mitteln inner- und ausserhalb der Parteien nahm der Wettbewerb zwischen den Kandidierenden weiter zu, und dies sogar innerhalb ein und derselben Liste: Obwohl die SVP-Stadtliste höchstens mit einem Mandat rechnen konnte, lieferten sich die zwei ersten Kandidierenden – der Stadtparteipräsident, Kies-Unternehmer und Mitglied des Hofer-Clubs Felix Matthys und der Auto-Importeur und Vorstandsratspräsident der Gratiszeitung *Züri Woche* Walter Frey – in Inseraten, redaktionellen Beiträgen in der *Schweizer Illustrierten* und in Kolumnen in der *Züri Woche* für Walter Frey einen regelrechten Propagandakampf.²⁵³ Es ging so weit, dass das „überparteiliche Komitee für die Wahl von Walter Frey“ sich öffentlich erklären musste, als herauskam, dass es dank einer Indiskretion einer Werbeagentur allen Abonnenten des *Beobachters* Propagandamaterial für Walter Frey zugesendet hatte.²⁵⁴ Weder Frey noch Matthys wurden gewählt, wobei „Auto-Frey“ seinen Wahlkampfeinsatz „wohl unter PR für seine Unternehmensgruppe abbuchen“ könne, wie das *Volksrecht* beissend schrieb.²⁵⁵ Prinzipiell verteidigten die bürgerlichen Parteien weiterhin die Eigenwerbung im Namen des freien Wettbewerbs um Stimmen. Zudem würden die Wählenden, wie in diesem Fall schlussendlich auch, Exzesse von selbst bestrafen, wie Christoph Blocher meinte.²⁵⁶

Der verschärfte Wettbewerb zwischen Kandidierenden übte dabei wiederum einen Einfluss auf die Propagandapraktiken der bürgerlichen Parteien selbst aus. 1983 gab es beispielsweise praktisch keine Zürcher FDP-Kandidierenden ohne eigene Flugschrift oder ohne eigenes Inserat, auch weil auch Parteisektionen nun diese Aufgaben übernahmen. Solche Wahlkampfmaterialien konnten sich noch auf eine lokale parteipolitische Loyalität berufen und folgten somit in der Regel dem Erscheinungsbild

²⁵¹ SSA QS 37.5, Flugschrift „Wir brauchen Ihre Mithilfe für eine ehrenvolle Wiederwahl von Nationalrat Silvio de Capitani“, [1983], mit einem Brief des entsprechenden Aktionskomitees.

²⁵² PA SVP BE 6.3.1, Flugschrift Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung, „Nationalratswahlen 1983“, [1983].

²⁵³ Kies-Matthys oder Auto-Frey?, in: *Volksrecht*, 10.09.1983.

²⁵⁴ Abo-Adressen des „Beobachters“ für Wahlwerbung, in: *Tages-Anzeiger*, 12.10.1983.

²⁵⁵ Die „Umweltliste“ schlug ein. Die Geldschlacht ist vorbei, in: *Volksrecht*, 26.10.1983. Beide Kandidaten zählten laut den Argus-Zahlen tatsächlich zu den grössten Beiträgern des Wahlkampfs in Zürich. Ihr Scheitern an der Urne nahm Ulrich Schmid in der Debatte um die Kaufbarkeit von Kampagnen als ein Beispiel der Nichtbeeinflussbarkeit der schweizerischen Wählenden. Schmid: *Wahlkampffinanzierung*, 1985, S. 230.

²⁵⁶ „Taten statt Theorien“ bei der SVP, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 03.10.1983. Nach den Wahlen lobte Blocher sogar den „ausserordentlich kämpferischen Wahlkampf mit viel Initiative, grossem persönlichen und finanziellem Einsatz“ der Stadtpartei, zitiert nach Hartmann; Horváth: *Zivilgesellschaft von rechts*, 1995, S. 76f.

der jeweiligen Partei.²⁵⁷ Die FDP begleitete sogar diesem Trend: Die Agentur Bolleter & Bolleter, vorgestellt als „Werbeagentur der FDP der Schweiz“, bot den Kandidierenden im Zürcher Parteiorgan ein Angebot an individuellen Werbemitteln.²⁵⁸ Gleichwohl versuchte die Zürcher FDP Exzesse zu verhindern: Ihr Wahlreglement berücksichtigte sogar die Vorwahlen und verbot dafür „jede schriftliche Einzelpropaganda“ bei den Mitgliedern.²⁵⁹ Für den tatsächlichen Wahlkampf sollten die Kandidierenden einem Ehrengericht ihren Werbeplan mit geplanten Kosten und Propagandaaktionen übergeben. Zu den üblichen Geboten zur Listenloyalität kamen auch eine Einschränkung der Werbung auf 4 Wochen vor den Wahlen und eine – geheim gehaltene – Budgetlimite hinzu. Das Ehrengericht der Zürcher FDP intervenierte – mit wenig Wirkung – bezüglich der eindrücklichen Kampagne des Winterthurer Versicherers Peter Spälti, welche seitens der Winterthurer Wirtschaft und von Sportlerkreisen massiv unterstützt wurde. Besonders problematisch für das Image der FDP wurde dieser Fall erst, als er an die Presse gelang, die über die Höhe der Budgetlimite spekulierte.²⁶⁰

Auch links kämpfte man trotz detaillierter Wahlkampffregeln mit der intensivierten Sonderpropaganda. Wieder veröffentlichten einige Zürcher Gewerkschaften Inserate für ihre eigenen Mitglieder. Dazu gab 1983 ein Zürcher Bündnis von Umwelt- und Naturschutzverbänden eine parteiübergreifende Liste von umweltbewussten Kandidierenden heraus, welche an alle ihre 100000 Mitglieder verteilt sowie in grossen Zeitungen veröffentlicht wurde – manchmal ohne Einverständnis der Betroffenen.²⁶¹ Hier befand sich die Zürcher SP in einer besonders ungemütlichen Lage: Einerseits verstiessen die gezielten Empfehlungen gegen das Sonderpropagandaverbot und die Parteidisziplin, andererseits wurden ein grünes Image und gute Beziehungen mit den Umweltvereinen immer wichtiger.²⁶² Es blieb der Partei also nichts anderes als zu hoffen, dass die Aktionen der grünen Verbände ihre bereits düsteren Wahlaussichten nicht weiter verschlimmern würden, sondern dass sie durch ihre eigenen „grünen“ Kandidierenden Panaschierstimmen anziehen könnten. Öffentlich wagte sich die Partei jedoch die Überparteilichkeit der Liste zu kritisieren, welche „gutgemeinte Naturfreunde“ einlud, wegen einiger umweltfreundlicher „Alibi“-Kandidaturen indirekt zur Unterstützung gesamter bürgerlicher Listen und

²⁵⁷ SSA QS 37.5, Flugschrift „FDP Zürich 8 Hans Wehrli 2x auf jede Nationalratsliste“, [1983].

²⁵⁸ StAZH WII 13.584 Inserat, „Mit diesem Kontakt-Werbemittel werden Sie im kommenden Wahlkampf erfolgreich sein: Ihre individuelle Werbe-Karte für die Wahlen 1983“, in: Der Zürcher Freisinn, Juni 1983.

²⁵⁹ StAZH 13.483, FDP Zürich: Reglement über das Vorgehen bei den Nationalratswahlen 1983, [1983]. Abgesehen von den Vorschriften zur Vorwahl hatte die Zürcher CVP sehr ähnliche Regeln zur Einzelwerbung festgesetzt. Wie die FDP konnte sich auch diese Partei nicht auf ein Verbot der innerparteilichen Komitees einigen, was weiter zeigt, wie diese Formen der Einzelwerbung eine unvermeidliche Realität für die Zürcher Bürgerlichen geworden waren. PA CVP ZH, Wahlkampfstab, 24.08.1983; Jorio, Marco: Reglement über das Vorgehen bei den Nationalratswahlen 1983 (Entwurf), 6.06.1983.

²⁶⁰ Der FDP-Kandidat Ernst Cincera schätzte diese Grenze bei 50000 Franken, wobei der LdU-Sekretär Walter Biel eine Summe von 100000-200000 Franken für ein Nationalratsmandat als notwendig einschätzte. StAZH WII 13.483, Brief des Ehrengerichtes an den Parteivorstand der Zürcher FDP, 12.10.1983; Jojo für die Urne, in: Schweizer Illustrierte, 3.10.1983.

²⁶¹ Es waren: Rheinaubund, Schweizerische Energiestiftung, Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Verkehrs-Club der Schweiz, World Wide Fund, Heimatschutz, Vogelschutz, Naturschutzbund. Année politique suisse, 1983.

²⁶² SSA Ar 27.600.14, Wahlausschuss, 18.10.1983; SSA Ar 27.100.55, Parteivorstand, 8.11.1983.

ihrer Spitzenkandidierenden beizutragen.²⁶³ Die Wirkung der „Umweltliste“, welche die Medien als einzigartig für die Zürcher Politik bezeichneten, wurde an den vielen Stimmen und oft sogar der Wahl mancher der betroffenen Kandidierenden links wie rechts gemessen. Zudem trug sie die Umweltfrage weiter ins Zentrum der Wahlen, aber auch der Parteien, indem es ihr gelang, Kandidierende auf aussichtslosen Plätzen „so weit nach vorn zu bringen, dass die Parteien das als Fingerzeig der Wähler [verstanden]“.²⁶⁴

Personenwerbung als Handlungsform nichtparteilicher Akteure im Wahlkampf

Mit dem steigenden zwischen-, aber auch innerparteilichen Wettbewerb verschärfte sich also für die Parteien das Dilemma zwischen Listen- und Personenwerbung weiter. Die Möglichkeit, eigene Wahlempfehlungen abzugeben verhalf einerseits sowohl etablierten Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbänden, ihre Macht in den parteipolitischen Auswahlprozessen zu festigen, als auch neuen, bisher untervertretenen Gruppen, am Repräsentationsprozess überhaupt teilzunehmen. Nach der Offensive der Anti-Atom-Bewegung im Wahlkampf von 1959 hatten sich seit Ende der 1960er Jahre neue soziale Bewegungen im Wahlkampf mit ihren Anliegen an Kandidierende gewendet. Oft gingen sie aber nicht so weit, diese dann als „ihre“ Kandidierenden zu empfehlen und sahen den Wahlkampf lediglich als eine Plattform, um mit Blick auf die spätere parlamentarische Arbeit Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.²⁶⁵ Kennzeichnend für die weitere Bedeutungszunahme und Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen ab den 1970er Jahren ist besonders das Beispiel der Zürcher Umweltverbände, welche formell nicht in die Nominierungsprozesse integriert waren, sich jedoch durch die Empfehlung grüner Kandidierender eine neue Rolle im Wahlkampf schufen.²⁶⁶

Andererseits verfestigte die immer grössere Bedeutung der Einzelpropaganda die Position und die (Wieder-)Wahlchancen der bereits gut vernetzten, die Unterstützung reicher Interessenverbände geniessenden Kandidierenden. Für sie hatte diese Entwicklung aber eine unerwünschte Konsequenz, nämlich ein steigendes Transparenzgebot bezüglich der Wahlstrategien und -finanzen, als die Medien sowie Linksakteure den Finger auf die mögliche Kaufbarkeit der Politik und die Interessenkollusionen

²⁶³ Eine Erklärung des Wahlausschusses von SP und Gewerkschaftskartell: Käufliche Nationalratsmandate?, in: Freier Argauer, 20.10.1983. Tatsächlich folgte die „Umweltliste“ dem Prinzip der Überparteilichkeit und empfahl sogar einen Kandidaten der NA.

²⁶⁴ Umweltverbände drückten Wahlen den Stempel auf, in: Tages-Anzeiger, 26.10.1983.

²⁶⁵ Die Europa-Union, die Erklärung von Bern, die Organisation der Homophilen u.a. lancierten seit Ende der 1960er Jahren Umfragen bei Kandidierenden. Damit konnten sie ihre Anliegen bei den Kandidierenden bekannt machen, Ergebnisse veröffentlichen, aber auch politische Kontakte für spätere Aktionen knüpfen. Vgl. BAR J2.181 1987/52_75_667, Stranner: Positives Ergebnis der Europa-Union-Umfrage bei den Nationalratskandidaten, 1971; o.A.: Werden taten folgen? Wahltest über Entwicklungshilfe, [1971]; SSA, Ar 27.60.37, Brief der Schweizerischen Organisation der Homophilen (Club 68) an die SP der Stadt Zürich, 10.09.1971; La grande offensive des publicitaires, in: Domaine public, 18.10.1979.

²⁶⁶ Zu den Diskussionen innerhalb dieser Verbände über diese Handlungsform, Engeler: Personalverbindungen, 1986, S. 233f.

zwischen Politik und Wirtschaft zu legen begannen.²⁶⁷ Die Grenzen der Personenwerbung befanden sich somit zunehmend da, wo das eigene Image oder jenes der Partei beschädigt werden konnte. Man kann aber davon ausgehen, dass 1947 wie 1983 ein guter Teil der Personenpropaganda zu Gunsten einzelner Kandidierenden und zu Ungunsten anderer nicht öffentlich stattfand, sondern mittels heimlicher (Gegen-)Empfehlungen in Richtung begrenzter Wählerschaftsgruppen.

3.2. Ehrenvolle Wiederwahl oder frischer Wind?

Das Posieren für Flugblätter, Wahlbroschüren, Zeitungsberichte, Inserate oder später Plakate gehört zu den traditionellsten Aufgaben aller Kandidierenden während helvetischer Wahlkämpfe.²⁶⁸ Welche Darstellungsmodi der Kandidierenden und insbesondere welche Repräsentationsvorstellungen, zwischen *représentation-mandat* und *-figuration*, kamen dabei zum Ausdruck?

„Männer eures Vertrauens“

Bei den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 tauchte das Motto „Männer eures Vertrauens“ oder „Männer unseres Vertrauens“ als beliebteste Formel für die Darstellung der Kandidaten in zahlreichen Wahlkampfmaterialien auf.²⁶⁹ Links wie rechts des Parteienspektrums betonten damit die Parteien die Kompetenz, Legitimität und Vertrauenswürdigkeit ihrer Kandidaten. Schwarz-weiße Photographien auf Flugschriften oder manchmal auch teure Broschüren zeigten ernst schauende Männer mit obligatorischer Krawatte.²⁷⁰ Wie in der Gestaltung der Listen sichtbar wird, hoben die Parteien dabei ihre bisherigen Nationalräte besonders hervor, deren Einsatz eine „ehrenvolle Wiederwahl“ verdient habe (Abbildung 14). Die Darstellung der Kandidaten betonte also in diesen Jahren den Idealtyp der *représentation-mandat*: Als Wahlargumente, um die Wähler zu überzeugen, setzten die Parteien auf die bewährte politische Kompetenz, Ernsthaftigkeit, Ehre und das Verantwortungsbewusstsein ihrer Kandidaten.²⁷¹ Das Motiv des Vertrauens, welches in den damaligen politischen Vorstellungen sehr

²⁶⁷ Das Buch von Hans Tschäni lancierte diese Debatte erneut: Tschäni: Wer regiert die Schweiz, 1983. Die SP selbst übte diese Kritik in ihrer Kampagne, vgl. Kap. 6.3.1, Fn. 265; SSA 1.230.9, Postkarte „Wenn schon Vertreter, dann Volksvertreter“, [1983].

²⁶⁸ In den drei ausgewählten Kantonen gestattete das Wahlrecht den Parteien, den Wählern Flugschriften zuzusenden (mitunter sind es die Gemeinden, die das Zusenden übernehmen). Einige Kantone wie Baselland verboten hingegen das Zusenden von Wahlmaterialien mit Bildern.

²⁶⁹ Wie unter anderem in der SP-Wahlzeitung von 1947 zu lesen war: „Männer eures Vertrauens – Sozialdemokraten“, SSA Ar 27.60.33, Wahlzeitung „Unser Weg“, Oktober 1947.

²⁷⁰ So in der Broschüre der Zürcher FDP für den Wahlkampf von 1947. Dabei leistete sich diese Partei den Luxus von inszenierten Kandidatenbildern, die sie bei ihren beruflichen Tätigkeiten zeigten. Hingegen zeigte die Broschüre der Zürcher SP neutralere Portraitbilder der Kandidaten mit Anzug und Krawatte, StAZH III Ao 2/2 1947, Broschüre „Du, Vater...? Freisinnig, Liste 5“; Broschüre „Der Weg und das Ziel Sozialdemokraten und Gewerkschafter Liste 4“, [1947].

²⁷¹ Für die Wahlen von 1963 bemerkten Gruner und Siegenthaler dabei Unterschiede zwischen den Parteien, welche dem jeweiligen Parteimilieu bzw. der Parteiidentität entsprachen: „Die Angabe möglichst zahlreicher Funktionen in öffentlichen oder Berufsinstitutionen ist allerdings überall üblich. Weniger vorteilhaft fanden die Genfer Sozialisten, dass die Radikalen zahlreiche prestigeverleihende Vereinsmitgliedschaften bei ihren Kandidaten erwähnten (Jagdklubs, kulturelle Zirkel usw.)“. Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 134.

präsent war – man denke nur an die Figur des „Vertrauensmanns“ als treuer Parteiaktivist der Basis – prägte das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Dabei tauchte nicht zuletzt ihre geteilte Männlichkeit als selbstverständliche Bindung und somit implizites Wahlgargument auf. In der Männerdemokratie waren die Eigenschaften des respektablen *pater familias* umso bedeutender, als alle Männer, ob Repräsentanten oder Repräsentierte, für ihre Frauen und Familien das Schicksal des Landes in ihren Händen trugen. Somit ist es nicht überraschend, dass die Darstellungsmodi der Kandidaten in dieser Zeit zwischen einerseits der Betonung ihrer ausserordentlichen Merkmale im Vergleich zu jener der einfachen Bürger und andererseits ihrem Einbezug in eine egalitäre, föderale und korporatistische Männerdemokratie schwankten, in der die Männlichkeit und Väterlichkeit der für das Schicksal der Nation verantwortlichen Kandidaten jene der ihre Familien vertretenden Wähler widerspiegelte und festigte. So unterstrichen die Wahlkampfmaterialien nicht in erster Linie den oft vorhandenen Offiziersgrad, sondern es wurde die geteilte militärische Erfahrung als Zeichen der männlichen Ehre des helvetischen Bürger-Soldaten in den Vordergrund gerückt.²⁷² Damit wurde versucht, das Spannungsverhältnis zwischen politischer Prominenz und theoretisch egalitärem Milizsystem aufzulösen.

Wenn die parteipolitischen Wahlkampfmaterialien die Kompetenz der Kandidaten als erstes betonten, tauchte die Repräsentativität der Listen (*représentation-figuration*) als Wahlgargument auf differenzierte Arten auf. Eine Interessenvertretungspartei wie die BGB betonte ihren Anspruch, durch ihre Listen ihre Wählerschaft widerzuspiegeln und deshalb vertreten zu dürfen, wie auf einer Flugschrift der Zürcher BGB 1947 zu lesen war:

„Mitbürger der Landschaft
wenn Ihr wollt, dass *Euresgleichen* in den Nationalrat einziehen
wenn Ihr verlangt, dass Leute, die *eure Nöte und Sorgen aus eigener Anschauung* kennen, Euch *vertreten*, wenn Ihr Leute in Bern haben wollt, die *aufs engste mit Euch verbunden sind*, dann legt am nächsten Sonntag die BGB Liste No. 1 in die Urne [...].“²⁷³

Zudem war die territoriale Vielfalt der Listen bei manchen Parteien wie der BGB ein wichtiges Wahlgargument: Viele Wahlkampfmaterialien verwendeten das Motiv der Kantonskarte, auf der die Photographien der Kandidaten örtlich zugeordnet wurden.²⁷⁴ Auch bei den Freisinnigen sollte die

²⁷² Laut Gruner und Siegenthaler vermieden manche Wahlkampfmaterialien 1963 mithin die genaue Bezeichnung des Dienstgrades zugunsten von Formulierungen wie „beliebter Truppenführer“, um den Wünschen der Wählerschaft stärker zu entsprechen. Denn bei den Wählern sei laut einer Umfrage von Jürg Steiner folgendes Bild des idealen Kandidaten vorhanden: „40- bis 50jähriger, aus ärmlichen Verhältnissen aufgestiegener selbständiger Gewerbetreibender mit 1 bis 2 Kindern. Er sollte bereits vier Jahre, aber nicht länger im Nationalrat gewesen sein, im Militär einen tieferen Rang als Hauptmann aufweisen, nicht an Berufsverbände gebunden sein und häufig in Presse und Radio zu Wort kommen. Vermittelnde Tätigkeit im politischen Bereich und eifrige Förderung von Vereinen sind weitere gern gesehene Eigenschaften.“ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 123; ACV PP 205/206, o.A.: Directives pour l'année électorale 1963, 1963.

²⁷³ StAZH III Ao 2/2, Flugschrift „Wählt Bodenständig – bäuerlich – gewerblich – bürgerlich Liste 1“, [1947].

²⁷⁴ Wie in der Waadt 1959, ACV PP 175/6, Wahlzeitung „La voix du PAI“, Oktober 1959.

Ausgewogenheit der Liste zwischen Stadt und Land dafür sorgen, dass der Kanton vollständig werde, wie ein Inserat der waadtländischen FDP erklärte:

„Pour un canton fort/ [...] 16 candidats bien de chez nous/ évoquant le canton de Vaud dans toute la diversité de ses régions et de ses activités sociales, économiques et intellectuelles/ [...] Votez la liste radicale“²⁷⁵

In gewisser Hinsicht schienen in diesen Jahren die verschiedenen Säulen der Legitimität – politische Kompetenz für die Stellvertretung der Berufsgruppe oder der Nation, berufliche und territoriale Repräsentation für die Identifikation der Bürger – ausreichend, um die Wähler zur „ehrvollen“ Bestätigung der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten zu bringen. Diese Legitimierungsmodi der Repräsentanten fanden sich sogar in den medialen Kommentaren zu den Wahlen wieder. So beschrieb die *Tribune de Lausanne* 1959 die Wahlperspektiven des liberalen Ständeratskandidaten Frédéric Fauquex:

“Premier scrutateur du Conseil des Etats, il n'est pas impossible que ses pairs le portent la présidence de la Chambre haute pendant la prochaine législature. *Il serait indélicat de le priver de cet honneur.* L'Entente vaudoise lui permettra sans doute d'y accéder.“²⁷⁶

Die Wiederwahl der Bisherigen sowie die Wahl der von den Parteien ausgewählten Neulinge stellte also eine Frage der persönlichen, aber auch parteipolitischen Ehre dar, insofern als die parteipolitische Stabilität – und in diesem Beispiel der bürgerliche Machterhalt im Ständerat – als Legitimitätszeichen der Parteien und des gesamten politischen Systems fungierte. Nur Aussenstehende bekämpften diese Reproduktion des repräsentativen Status Quo von den Rändern des politischen Feldes aus. Der LdU insbesondere drückte seit der Pfändler-Initiative von 1940 eine heftige Kritik an der bestehenden parlamentarischen Repräsentation aus, wie etwa im Wahlkampf von 1947:

„Der Nationalrat zählt auch viel zu viele Verbandssekretäre und andere einseitige Interessenvertreter. Diese *kennen die wahren Bedürfnisse des Volkes nicht, oder wollen sie nicht kennen.* Das Parlament überschätzt sich selbst. Es fühlt sich nicht als Volksvertretung, sondern als Institution, die über dem Volke steht.“²⁷⁷

Auch die PdA stellte sich in ihrer Wahlpropaganda als „frische Luft im Bundeshaus“ dar.²⁷⁸ Im Wahlkampf von 1959, als die Kämpfe um Personen zwischen Partei- und Verbandskadern die Konzentration des politischen Kapitals verdeutlichten, griff aber auch ein Zürcher Aktionskomitee mit anonymer Trägerschaft namens „Vereinigung junger Staatsbürger“ in einer Inseraten- und Flugschriftenkampagne die veraltete politische Elite direkt an:

²⁷⁵ Inserat „Pour un canton fort Votez la liste radicale“, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 23.10.1959.

²⁷⁶ Politique vaudoise. Maintenant il faut choisir, in: Tribune de Lausanne, 24.10.1959.

²⁷⁷ Den Nationalrat mal anders gesehen. Die Bedeutung der Volksversammlung, in: Die Tat, 24.09.1947.

²⁷⁸ StAZH III Ao 2/2, Flugschrift „Frische Luft ins Bundeshaus – PdA Liste 7“, [1959].

„Platz für *unverbrauchte Kräfte/ für neue Ideen/ für die junge Generation/ [...] Das geschieht dadurch, dass wir alle Bisherigen, welche schon vier Amtsdauern – 16 Jahre – Nationalrat hinter sich haben, auf jeder Parteiliste streichen!*“²⁷⁹

Wie erwartet reagierten die etablierten politischen Akteure entsetzt auf diese Streichappelle gegen verdiente Politiker, so die *NZZ*:

„Dr. Hermann Häberlin befand sich auf der Liste der anonymen ‚Vereinigung junger Staatsbürger‘, die eine Anzahl von Nationalräten *ohne Rücksicht auf ihre individuellen Verdienste, ihre hervorragende parlamentarische Aktivität und unbeeinträchtigte Leistungsfähigkeit* unter die *Guillotine einer schematischen ‚Verjüngung‘* legen wollte...“²⁸⁰

Rollkragenpullover statt Anzug

Mit dem *helvetischen Malaise* sowie der neuen Gesellschaftskritik der Jugend ab 1968 kam die Legitimitätsgrundlage der *repräsentation-mandat* vermehrt in die Kritik. Zwar stützte sich eine Reihe von Wahlkampfmaterialien hauptsächlich auf die klassische politische Kompetenz als Wahlgargument, beginnend mit jener der wiederantretenden bisherigen Nationalräte.²⁸¹ Einige Wahlkampfmaterialien behielten sogar den männlich konnotierten Verweis auf das Vertrauen bei und einige erweiterten ihn sogar auf die Kandidatinnen.²⁸² Jedoch lässt sich eine tiefgreifende Veränderung der Darstellungsmodi in diesem Wahlkampf feststellen. Zunächst begannen sich die Standards des bürgerlichen Aussehens langsam zu ändern und die Parteien vollzogen dies auf Fotos und bei Fernsehauftritten nach.²⁸³ In der Tessiner FDP setzte sich als Neuling der Anwalt Pier-Felice Barchi durch, dessen Aussehen Kommentare hervorrief:

„Un homme brillant, mais *pas de la manière traditionnelle* aux avocats-notaires qui mènent la politique tessinoise. Il n’a pas leur *distinction*. Cela vient peut-être de son origine rurale. Certains trouvent *qu’il n’est pas très correctement habillé*, c’est-à-dire qu’il abandonne facilement le complet-cravate pour un pull col roulé sur lequel il aura jeté un veston qui peut paraître vieux.“²⁸⁴

²⁷⁹ Das Aktionskomitee benannte sogar die betroffenen Nationalräte und bedankte sich ironischer Weise bei ihnen für ihren Dienst am Vaterland. Es gab namentlich neun Zürcher Nationalräte in dieser Situation; am längsten im Nationalrat sassen Hans Oprecht (SP, 34 Jahre), Philipp Schmid-Ruedin (Demokraten, 34 Jahre) und Rudolf Reichling (BGB, 30 Jahre). StAZH III Ao 2/2, Flugschrift „Platz für neue Ideen“, [1959].

²⁸⁰ Die neue Zürcher Deputation, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1959. Das Bild der Guillotine oder der Köpfung „bewährter Vertreter“ hatte auch ein Inserat zur Verteidigung von Hermann Häberlin übernommen, Inserat „Nationalräte unter dem Fallbeil?“, in: Tagblatt der Stadt Zürich, 24.10.1959.

²⁸¹ „Dieser geachtete Nationalrat gehört wieder nach Bern. Schreiben Sie seinen Namen zweimal“, Inserat „Nationalrat Theodor Gut hat in Bern etwas geleistet“, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1971.

²⁸² Wie die Zürcher BGB in einem Wahlaufdruck: „Die BGB stellt der Wählerschaft Kandidaten und Kandidatinnen für den Nationalrat zur Verfügung, denen man das Vertrauen schenken darf, dass sie den Aufgaben gewachsen sind, die den eidgenössischen Parlamentariern in den nächsten Jahren obliegen werden.“ Jetzt gilt's! Aufruf des Parteipräsidenten, in: Die Mitte, 29.10.1971.

²⁸³ So riet der Werbeberater der FDP, Edgar Küng, den FDP-Fernseh Gästen davon ab, einen Schnurrbart zu tragen. Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016.

²⁸⁴ Un duel entre radicaux et socialistes autonomes, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 23.10.1971. Auf der Wahlbroschüre trug Barchi immerhin wie alle Kandidaten auch einen Anzug und eine Krawatte, PA FDP TI EF 1971, Flugblatt „I radicali ticinesi alle Camere federali“, [1971].

Diese neue Entspanntheit betraf insbesondere eine neue Generation von PolitikerInnen, welche nun in den Vordergrund gestellt wurden. Die drei (chancenlosen) Kandidierenden der Zürcher Jungfreisinnigen wählten als Ort für ihr Wahlinserat eine Kaffeeterrasse – ebenfalls in Rollkragenpullovern – und sprachen die Ausbildungsfinanzierung, das „archaische“ Familienrecht oder die Wohnbaupolitik an.²⁸⁵ Hier fungierte nun die Jugendlichkeit als unvermeidbares Wahlargument. Spannenderweise ist die Verjüngungsstrategie bei der BGB am sichtbarsten, obwohl die Partei nicht wirklich aus jungen Erneuerern bestand. So warb die BGB-nahe Liste „Junge Mitte“ für die Verjüngung des Parlamentes.²⁸⁶

Die Verbandszugehörigkeiten der Kandidierenden wurden ferner in diesen Zeiten der scharfen Kritik am Korporatismus ambivalent und sie konnten wegen diesen angegriffen werden.²⁸⁷ Einerseits begründeten Verbandszugehörigkeiten weiterhin politische Karrieren, andererseits wurden ausgeprägte Wirtschaftsvertreter zu einfachen Zielscheiben der Kritik, wie der Ständerat Fritz Honegger, Direktor der Zürcher Handelskammer.²⁸⁸ Bürgerliche Parteien versuchten nun also sich als Vertreter des Gemeinwohls und als unabhängig von der Wirtschaft darzustellen, wofür die Selbstbeschreibung der Liste der waadtländischen BGB typisch ist:

„des hommes et des femmes jeunes ou dans la force de l'âge, travailleurs éloignés de toute recherche de biens faciles,
respectueux du bien d'autrui et ne cherchons pas à accaparer plus que ce que leur revient de droit,
indépendants à l'égard de toute puissance d'argent et de tout groupe de pression,
assumant des responsabilités dans leurs communes, dans leurs organisations professionnelles ou au sein de nos parlements cantonal et fédéral“.²⁸⁹

Dabei blieb die Erweiterung des Repräsentationsangebotes auf Frauen bei vielen Wahlkampfmaterialien zum Beispiel bei der waadtländischen BGB erstaunlich unbetont. Zwar war es den Parteien durchwegs wichtig, dass Kandidatinnen auf den Wahlkampfmaterialien rein visuell sichtbar wurden, um den Eindruck einer männerdominierten Partei aufzubrechen. Jedoch wurde die Weiblichkeit selten explizit als Wahltrumpf eingesetzt. Sogar die Kampagne für die

²⁸⁵ Inserat „Unsere Kandidaten meinen...“, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1971.

²⁸⁶ Wie in der Zürcher BGB-Zeitung *Die Mitte*, „Die Junge Mitte weist darauf hin, dass das Durchschnittsalter der eidgenössischen Parlamentarier heute bei 57 Jahren liegt. Sie möchte zwar die Erfahrung dieser Politiker nicht grundsätzlich herabwürdigen und das Alter zum alleinigen Wahlkriterium machen, aber doch zu einer unstreitbar notwendigen Verjüngung beitragen“. Die Liste präsentierte sich mit ähnlichen Argumenten in der breiteren Öffentlichkeit, jedoch oft ohne klaren Verweis auf ihre Verbindung zur BGB: Junge Mitte des Kantons Zürich: Nationalratspräsident mit 30 Jahren?, in: *Die Mitte*, 15.10.71; Junge Mitte stellte Nationalratsliste auf, in: *Tages-Anzeiger*, 24. Juli 1971.

²⁸⁷ Wie in einer Broschüre der NA zu lesen war: „Wählt darum echte Vertreter des Volkes, die keinen Wirtschaftsverbänden und wirtschaftlichen Sonderinteressen verpflichtet sind.“ SSA 37.5 QS, Broschüre „Nicht mehr diskutieren – das Mass ist voll – Liste 11 wählen!“, 1971.

²⁸⁸ Die FDP war sich dieser Schwierigkeit bewusst und stellte Honeggers Kompetenz in den Vordergrund. StAZH WII 13.392, Parteileitung 29.07.1971; StAZH WII 13.717, Propagandakommission 16.09.71; Auskunft über eine Wahlkampagne. Pressekonferenz der Freisinnig-demokratischen Partei, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.1971.

²⁸⁹ ACV PP 175/6, Wahlaufgabe „Le Pays vaudois“, 28.10.1971.

Ständeratskandidatin Doris Morf der Zürcher SP legte keinen starken Fokus auf ihre Weiblichkeit. Zwar argumentierte das Aktionskomitee Pro Doris Morf in den Ständerat in einem Wahlbrief, „auch als Vertreterin jener Hälfte unserer Bevölkerung, die ihre Rechte auf nationaler Ebene mit diesen Wahlen zum ersten Mal wahrnehmen kann“, sei ihre Kandidatur eine Herausforderung für die „im Finanzestablishment fest verwurzelten Standesherrn“.²⁹⁰ In der Öffentlichkeit blieb ihre Kampagne aber vorwiegend geschlechtsneutral, wohl um zu vermeiden, von den Medien noch stärker als weiblicher Sonderfall abgestempelt zu werden. Ihr Wahlslogan, „die Vertreterin der untervertretenen Mehrheit“, wies somit nicht auf die Frauen hin, sondern auf „die Lohnabhängigen, die Mieter, die Rentner, die alleinstehenden Mütter, die entwurzelten Jugendlichen, die sozial Benachteiligten“.²⁹¹ In späteren Jahren sollten Linksparteien aber vermehrt auf die Weiblichkeit als subversives repräsentatives Kapital setzen, wie die Zürcher POCH 1983 mit ihrer Kandidatin Ingrid Schmid, die damit „den Kampf gegen die bisherige patriarchalische und konservative Politik des Ständerates“ antreten wollte.²⁹²

Mit der Kuh oder der Familie posieren

Schliesslich zeigte der Wahlkampf von 1983, wie verschiedene Darstellungsmodi der Repräsentation nebeneinander bestehen können. Bemerkenswert für diesen Wahlkampf waren aber zunächst die hohen finanziellen, aber auch organisatorischen Mittel, die viele Parteien in der Werbung für Kandidierenden via Fotobroschüre auf Hochglanzpapier verwendeten. Parallel zur Zunahme von Fotoreportagen über das politische Leben in helvetischen Medien wurde das Posieren eine neue Kunst der Kandidierenden, die von der neuen Politikberatung zur Sicherstellung des gewünschten einheitlichen Bildes der Partei gepflegt wurde. Die CVP Schweiz bereitete für die Kantonalparteien sogar ein Memo zum Fotografieren vor, welches empfahl, eine freie, originelle Pose und ein natürliches Verhalten anzunehmen, während das Gesicht „einen frischen, gesunden Eindruck“ ausstrahlen sollte.²⁹³ Tatsächlich zeigten die Wahlkampfmaterialien der Parteien sowie der einzelnen Kandidierenden neue Arten des Posierens: So war es zum Beispiel viel verbreiteter als zuvor, auf den Bildern zu lächeln. Kandidierende inszenierten sich nun auch bei ihren Hobbies, wie der Zürcher FDP-Kandidat Peter Spälti, den die Wählenden sowohl an seinem Chef-Tisch bei den Winterthurer-Versicherungen als auch laufend in kurzen Hosen zu sehen bekamen.²⁹⁴ Für die Wahlbroschüre der waadtländischen FDP wurden Kandidierende angefragt, sich in einem familiären Umfeld zu präsentieren. Einige wählten ihr Büro, andere ihr Wohnzimmer mit Frau und Kindern, während ein

²⁹⁰ SSA Ar 27.60.37, Brief des Komitees Pro Doris Morf, 6.10.1971.

²⁹¹ SSA QS 37.5, Wahlzeitung der SP und des Gewerkschaftskartells des Kantons Zürich, Oktober 1971.

²⁹² Ständeratskandidatin der POCH: Zürcher Gemeinderätin Ingrid Schmid, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.06.1983.

²⁹³ Zu vermeiden seien dabei Pickel, Schatten unter den Augen, ein schlecht rasierter Bart. ACV PP 985/9, Rundschreiben des Sekretariates der waadtländischen CVP an die Kandidierenden, 9.05.1983.

²⁹⁴ SSA QS 37.5, Flugschrift „In den Nationalrat Peter Spälti“, [1983].

Landwirt sich lächelnd neben seiner Kuh in Pose warf.²⁹⁵ Dadurch zeigte sich die Partei als bodenständig, volksnah, und schlussendlich „normal“, dank der Kuh oder der zahlreichen Familienangehörigen, die dafür mitposieren mussten. Die Sichtbarkeit der Familie schien nun vielen Parteien ein einfaches Mittel, ihren Kandidierenden in Zeiten der Personalisierung, aber auch der Politikverdrossenheit, eine neue Legitimität zu verleihen.²⁹⁶

Diese Modernisierung der Wahlkampfmaterialien liess die alten Darstellungsmodi aber keineswegs verschwinden. Die noch stark männerdominierten Listen konnten immer noch die Vertrauenswürdigkeit der aufgeführten Kandidierenden anpreisen, wobei Männlichkeit nach wie vor als selbstverständliches politisches Kapital fungierte.²⁹⁷ Politische Kompetenz und politisches Kapital der Bisherigen zählten zudem als logische Wahlargumente. Wähler wurden wieder aufgefordert, für die „ehrenvolle Wiederwahl“ der Bisherigen zu sorgen, was zeigt, dass diese Vorstellung des Wahlakts als stabilitäts- und legitimitätsstiftend noch weit verbreitet war.²⁹⁸ Die Zürcher FDP trieb sogar den Aufwand, auf ihren Wahlkampfmaterialien ihre sieben bisherigen Nationalräte mittels zwei unterschiedlicher, aber sehr ähnlich inszenierter Fotos zur Geltung zu bringen, auf welchen das „bewährte Team“ im Gespräch an einem runden Tisch mit Elisabeth Kopp als einziger Frau genau in der Mitte zu sehen war.²⁹⁹ Gewissermassen brachte die Verbreitung von Aktionskomitees den bürgerlichen Kandidierenden noch mehr Prominenz: Auf der Flugschrift des Zürcher FDP-Kandidaten Dieter von Schulthess wies die Liste seiner Unterstützenden eine proportional noch höhere Anzahl an Trägern von Dokortiteln auf als auf der FDP-Liste selbst.³⁰⁰

Die neuen Arten, die Kandidierenden zu inszenieren, mischten sich ferner häufig mit der Betonung der Bodenständigkeit und des Traditionsbewusstseins in ihren Biographien. Der Zürcher CVP-Kandidat

²⁹⁵ ACV PP 175/9, Broschüre „PRDV Lignes de force. Les radicaux force vive de notre canton“, [1983]. Diese sogenannte „Action-Bilder“ hatten sich seit den 1970er Jahren etabliert. So schrieb 1971 der CVP-Zentralsekretär an die Kandidierenden bezüglich des Wahlkalenders: „Sie wissen, dass wir im Kalender keine Passfotos bringen möchten, sondern sogenannte ‚Action-Bilder‘, die den Kandidaten in einer Situation (Familie, Arbeitsplatz, Hobby, etc.) zeigen.“ BAR J2.181 1987/52_72_626, Brief von Hans Niemetz an die Wahlkampfleiter, 28.07.1971.

²⁹⁶ FDP-Ständeratskandidat Riccardo Jagmetti, der sich als besonders volksnah inszenieren wollte, präsentierte sich seinen Wählenden sogar mit einem regelrechten Foto-Roman, der ihn in Beruf und Familie zeigt, SSA QS 37.5, Flugschrift „Rico Jagmetti in den Ständerat“, [1983].

²⁹⁷ Wie die freisinnige *Nouvelle Revue de Lausanne*, die in Anlehnung an den Wahlslogan von François Mitterrand zwei Jahre zuvor die „ruhige Stärke“ ihrer „Männer“ lobte (die Liste zählte 3 Frauen bei 17 Kandidierenden): „Notre démocratie ne peut fonctionner que dans la confiance. Notre parti le sait, lui qui est au pouvoir depuis un siècle et demi bientôt. [...] Les radicaux ne seraient pas demeurés au pouvoir s'ils n'avaient su gagner cette confiance par leurs actes, par leurs hommes.“ Le congrès des radicaux vaudois aux Diablerets. Une certaine „force tranquille“, in: *Nouvelle Revue de Lausanne*, 30.05.1983.

²⁹⁸ Die Weiterführung des Status Quo scheint somit ein konstantes Wahlargument in der Schweiz und erinnert an das in Abstimmungskämpfen häufig aufgebrachte Vorsorgeprinzip. SSA QS 37.5, Flugschrift „Wir brauchen Ihre Mithilfe für eine ehrenvolle Wiederwahl von Nationalrat Silvio de Capitani“, [1983]; Flugschrift Dr. Josef Landolt: „für einen bewährten Mann, der seine seriöse Politik schon mehrfach bewiesen hat“, [1983].

²⁹⁹ Ebd., FDP-Wahlzeitung „Klartext“, Oktober 1983; Broschüre „Haben sie zwei Minuten Zeit für die nächsten vier Jahre? Sieben Namen – ein bewährtes Team“, [1983].

³⁰⁰ Ebd., Flugschrift „Dieter von Schulthess unabhängig profiliert entschieden“, [1983].

Johannes Müller, verheiratet, Vater von 3 Kindern, Anwalt, im Präsidium der Zürcher CVP, „Mitglied der römisch-katholischen Synode des Kantons Zürich und der katholischen Kirchenpflege Zollikon-Zollikerberg-Zumikon, Kommandant einer schweren Füsilier-Kompanie“, erzählte von sich in seiner Flugschrift: „Meine Jugendzeit auf dem väterlichen Bauernhof, geprägt von Arbeit und bescheidener Lebensweise, sind [sic] auch heute noch für mein Denken und Handeln bestimmend. Ich bin ein Wertkonservativer.“³⁰¹ Im Kanton Zürich liessen sich die Kandidierenden besonders politisch inszenieren. Bürgerliche PolitikerInnen insbesondere trugen damit die Polarisierung ihrer Parteien ein Stück weiter, indem sie parteiintern umstrittene Fragen wie den UNO-Beitritt oder den Schwangerschaftsabbruch klar ablehnten. Hardliner wie Oskar Fritschi (FDP-Landliste) oder Felix Matthys (SVP-Stadtliste) betonten ihren Einsatz gegen die „linken“ Tendenzen des Fernsehens bzw. zur „Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt Zürich“ anlässlich der Jugendunruhen.³⁰² Dem Umweltfokus des Wahlkampfes entsprechend inszenierte sich der SVP-Kandidat Willi Neuenschwander, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes, in seiner Flugschrift beim Fischen, um sich als „grosse[n] Freund der Natur“ darzustellen.³⁰³

Hingegen betonten Wahlkampfmaterialien der SP vorwiegend die erweiterte Repräsentativität ihrer Listen, nicht zuletzt, da sie für diese als Gesamtes warben, während Einzelpropaganda im Vergleich mit den Bürgerlichen rar blieb. Im Tessiner Wahlkampf von 1983 stellte somit der wiederantretende Nationalrat und Parteipräsident Dario Robbiani die jungen Gesichter seiner Liste in der *Libera Stampa* kurz vor dem Parteitag lobend vor: Durch die Präsenz von Frauen, Jugendlichen und Gewerkschaftlern verkörpere die Liste die Repräsentativität, aber auch die politische Einheit der Partei, die für den Schutz der Arbeitnehmer gegen die reaktionären Tendenzen stehe.³⁰⁴ Dabei verhalf diese bunte Zusammensetzung der Partei sich ein neues Image zu schaffen, nachdem sie bei den letzten Kantonalwahlen durch interne Spannungen und den Wettbewerb durch die PSA gelitten hatte. Bei linken Kandidierenden und/oder bei Frauen liess sich zudem ein alternativer Darstellungsmodus bemerken: Während die starke Vernetzung mancher bürgerlicher (männlicher) Politiker mit der Wirtschaft oder mit der Armee immer deutlicher wurde, versuchten Kandidatinnen ihre Mängel in

³⁰¹ Ebd., Flugschrift „Johannes Müller 2 x auf Ihre Liste“, [1983].

³⁰² Beide Kandidaten gehörten dem Hofer-Club an. Matthys rühmte sich seines Einsatzes bei den Jugendunruhen und Fritschi erinnerte sogar an den Globus-Krawall von 1968. Inserat „Drei gute Gründe – Oskar Fritschi“; Inserat „Felix Matthys in den Nationalrat“, in: Neue Zürcher Zeitung, 06.10.1983; Inserat „Nationalratswahlen 83 Standfest. 2x auf Ihre Liste Oskar Fritschi“, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.1983.

³⁰³ SSA QS 37.5, Flugschrift „Für das Gewerbe ein Mann von Wort, Format und Tat“, [1983]. Trotz oder vielleicht wegen dieses ziemlich offensichtlichen *story-tellings* wurde Neuenschwander nur knapp mit 194 Stimmen Unterschied zum nächsten Kandidaten gewählt, Fritz Hirt, Leiter der Fachstelle Naturschutz beim kantonalen Amt für Raumplanung, welcher selbst von den Umweltverbänden empfohlen worden war. Umweltverbände drückten Wahlen den Stempel auf, in: Tages-Anzeiger, 26.10.1983.

³⁰⁴ La lista per una politica, in: Libera Stampa, 11.06.1983.

diesem Bereich positiv umzudeuten: Frauen würden sich „weniger nach Verwaltungs- und Verbandsinteressen ausrichten und [seien] näher beim täglichen Leben“, so der Grundton.³⁰⁵

Wie für Parteien insgesamt war dabei aber das Selbstlob der Volksnähe besonders allgegenwärtig im Wahlkampf von 1983, wobei die Frage der Unabhängigkeit der Kandidatinnen gegenüber Interessengruppen in der Regel verschwiegen wurde. Ganz auf der Linie des nationalen Wahlslogans „Taten statt Theorien“ warb die Wahlzeitung der Zürcher SVP folgender Massen für die zwei Listen der Partei:

“Nach Bern gehören *volksverbundene Frauen und Männer*, die zupacken! Diese Frauen und Männer stehen mit beiden Beinen im täglichen Leben. Sie sind es gewohnt, Probleme durch Zupacken zu lösen anstatt mit grossen Sprüchen realitätsfremde Patentrezepte zu verkaufen. Auf diese *volksnahen Politikerinnen und Politiker* können Sie sich verlassen, weil bei ihnen noch der *gesunde Menschenverstand* zählt!“³⁰⁶

Die Betonung der Volksnähe oder Volksverbundenheit prägte nun die Darstellung der *repräsentation-mandat*, während die Frage der *repräsentation-figuration* in ihrer Vielfalt durch die vereinheitlichen Referenz auf das „Volk“ in den Hintergrund trat. Mehr denn je bezweckte der Diskurs zur Volksnähe, die Grenze zwischen den eigenen Repräsentanten und den Repräsentierten symbolisch aufzulösen, während elitäre Züge der Repräsentation nur den anderen Parteien zugewiesen wurden.

4. Personalisierte Wahlkämpfe?

In der politik- sowie medienwissenschaftlich angelegten Wahlkampfforschung begegnet man oft der These eines Personalisierungsprozesses des Politischen und somit der Wahlkämpfe in postindustriellen Demokratien, der von der Kommerzialisierung der Medien, aber auch der Schwächung der Parteibindungen ausgehen würde. Im Zusammenhang damit würde der Wahlentscheid der Bürger immer mehr auf personenbezogener Basis fallen.³⁰⁷ Empirisch lässt sich diese These aber selbst mit breitangelegten quantitativen Studien schwer beweisen.³⁰⁸ Zudem fällt bei vielen Personalisierungsstudien die Unschärfe und normative Konnotation des Konzeptes auf, wie die Medienwissenschaftler Jochen Hoffmann und Juliana Raupp unterstreichen. Als gemeinsamen Nenner vieler Studien sehen sie die Definition der Personalisierung „als ein [...] reduktionistische[r] Prozess, als eine Verkürzung des Politischen auf Kosten von Themen-, Problem- oder Sachbezügen“.³⁰⁹ Diese liesse sich dann in der medialen Fokussierung auf eine Reihe von Persönlichkeiten oder auf einen Spitzenkandidierenden anstelle von Sachproblemen messen. Zum Teil hänge diese implizite Annahme zum Personalisierungsbegriff zusammen mit der „demokratiethoretische[n] Tendenz, Personalität aus

³⁰⁵ Wie wichtig sind eigentlich (mehr) Frauen im Parlament?, in: Tages-Anzeiger, 09.09.1983

³⁰⁶ SSA QS 37.5, Wahlzeitung SVP Zürich, [1983].

³⁰⁷ Diese Entwicklung würde sich insbesondere in der Schweiz mit der Zunahme des Panaschierens, Streichens und Kumulierens nachweisen lassen. Kunz: Personalisierte Politik in der Schweiz, 2007.

³⁰⁸ Für einen Überblick dieser Forschung: Kriesi, Hanspeter: Personalization of national election campaigns, 2011.

³⁰⁹ Hoffmann; Raupp: Politische Personalisierung, 2006, S. 457.

der Sphäre des Politischen auszugliedern“, was „mit der Konstruktion einer Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit“ einhergehe.³¹⁰ Die Forscher plädieren stattdessen dafür, Sach- und Personenpolitik nicht als strikte Gegensätze und stattdessen politische Personalisierung als einen relationalen Prozess zu verstehen.

Personalisierung mit oder ohne Medien?

Inwiefern lässt sich ausgehend von dieser Perspektive von einem Personalisierungsprozess in der Schweiz reden? Zuerst lohnt es sich, die Personenbezogenheit von Wahlkämpfen in der Schweiz abgekoppelt von der Frage ihrer Medialisierung zu denken. Bereits mit der Möglichkeit für die Wählende, Listen zu verändern, seien Schweizer Wahlen laut Jean-François Aubert „stark personalisiert“.³¹¹ Schon in den 1940er Jahren produzierten Parteien, aber vor allem Einzelkandidierende und die sie unterstützenden nichtparteilichen Akteure eine Vielzahl an Wahlkampfmaterialien – Flugschriften und Inserate, die für oder auch gegen bestimmte Kandidierende warben. Schweizer Wahlkämpfe behielten darüber hinaus langfristig eine starke lokale Verankerung, verstärkt durch die reduzierte Anzahl an tatsächlich Wählenden – insbesondere vor 1971. Eine grosse Bekanntheit im Dorf oder im Stadtkreis, erweitert durch parteinahe Bewegungen und berufliche Milieus, blieben lange Zeit wesentliche Voraussetzungen für eine Kandidatur.³¹² In der Männerdemokratie, aber auch nach 1971 war somit eine changierende Mischung von Nähe und Prominenz, Normalität und Vornehmheit ein gewünschtes Merkmal der Gewählten. Dieser Dorfcharakter der helvetischen Politik der Nachkriegszeit macht es umso schwieriger, ihre personenbezogene Dimension im Zeitverlauf einzuschätzen, da neben den mit der Zeit zwar zunehmenden Inseraten und Briefen ein bedeutender Teil der Personenpropaganda nicht in den Medien, sondern anlässlich zwischenmenschlicher Kontakte erfolgte, und somit nicht dokumentiert wurde.

Kandidierendenwerbung zwischen Inseraten, Briefen und Wahlversammlungen

Mit dem Medienwandel ab den 1960er Jahren hat die Bedeutung lokaler, der Tradition der Honoratioren folgender Kandidaturen im Wahlkampf keineswegs abgenommen, sich aber verändert. Inserate für Einzelkandidierende wurden noch üblicher, als Parteien und Kandidierende zugleich immer mehr Mittel in den Wahlkampf investierten. Kennzeichnend dafür sind die (bürgerlichen) Aktionskomitees der Wahlkämpfe von 1971 und 1983, die in grossen Kantonen wie in Zürich für

³¹⁰ Ebd., S. 466.

³¹¹ Aubert: *Exposé des institutions politiques de la Suisse*, 1978, S. 244.

³¹² Kennzeichnend dafür ist die regelmässige Frage bei den ersten Studien und Umfragen zur Politisierung in den 1960-70er Jahren, ob die Befragten ihre Gemeinderäte persönlich kennen würden. Jürg Steiner setzte in einer Studie von 1959 die Wahrscheinlichkeit, zur Urne zu gehen mit der persönlichen Bekanntschaft eines Gemeinderates in Verbindung, was häufiger auf dem Land als in der Stadt üblich sei. Steiner: *Die Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und den Gewählten*, 1959.

Einzelkandidierende via Inserate mit Unterschriften von lokalen Persönlichkeiten warben – und somit der Logik der persönlichen Bekanntschaft als Empfehlung für die Wählenden Rechnung trugen.³¹³ Die Grenze zwischen medialer Prominenz und persönlicher Bekanntheit als zwei Formen von sozialem Kapital konnte sich als sehr fließend erweisen und sie ergänzten sich gut, wie ein Artikel im *Bund* 1983 über den Berner Wahlkampf berichtete:

„Friedrich Dürrenmatt ist, wie er in einem Brief ausgewählte Wähler im Kanton Bern wissen lässt, für François Loeb [...] Es werden viele Wählerbriefe verschickt in diesen Tagen. Und alle sollen dasselbe: *gut Wetter machen für einen bestimmten Nationalratskandidaten*. Weiss der Kukuck, woher die Absender all die Adressen haben, an die sie ihre mal nur schlicht vervielfältigten, mal mehrfarbig auf Hochglanzpapier gedruckten Werbeschreiben versenden. *Da wird offenbar die hinterste und letzte Adressenkartei geplündert*: Lehrer gelangen an ehemalige Schüler, Ärzte an ehemalige Patienten, Mitglieder von irgendwelchen Vereinen, Verbänden und sonstigen Organisationen an Mit-Mitglieder und deren Verwandte bis ins dritte und vierte Glied – was an persönlichen Beziehungen horizontal und vertikal vorhanden ist, wird ausgepresst bis zum Gehnichts mehr. Wählerkontakte schaffen, nennt man das. Und wenn die Wähler – wie jeden Abend in vielen Wirtshaussälen überprüfbar – schon nicht zum Kandidaten kommen mögen, dann hindert das letzteren natürlich nicht, es wenigstens umgekehrt zu versuchen (und sei es auch nur per Schreibebrief).“³¹⁴

Die Schärfe des persönlichen Wettbewerbs in einem durchaus politikverdrossenen Kontext liess sich auch bei der SP spüren, wenn auch ohne teure Personenwerbung. In der Zürcher SP, deren interne Krise bestehende Mandate bedrohte, versuchten die Kandidierende an Stelle von Inseratenkampagnen möglichst viel Gesicht zu zeigen und „drängelten [...] sich, boten sich an, rangen um Termine“.³¹⁵

Verkörperung der Politik als positive Entwicklung?

Während traditionelle, lokal verankerte Deutungsrahmen und Praktiken der Repräsentation sich mit der medientauglichen Werbung vermischten, veränderte sich das öffentliche Auftreten der Kandidierenden grundsätzlich durch den neuen Blick in ihr Privatleben via Fernsehreportagen, illustrierten *Homestories* und Hochglanzfotobroschüren der Parteien. Auch ihre Nagelprobe in den Fernsehdebatten trug durchaus zur Neupositionierung der PolitikerInnen gegenüber der Wählerschaft bei, wie der Journalist der *Tribune de Lausanne* Théo Bouchat über den Wahlkampf von 1971 urteilte:

„Alors qu’il y a quatre ans, les représentants des partis n’avaient pas véritablement été mis sur la sellette, les interrogatoires des candidats ont, ces dernières semaines, rencontré un intérêt certain. Il serait prétentieux de vouloir évaluer l’impact de ces émissions sur le public. Cependant, une double leçon apparaît déjà. 1) En visualisant les problèmes et les têtes politiques, la télévision a contribué à *désacraliser l’auréole qui, aux yeux de certains, entoure encore les élus du peuple*. 2) En revanche, une difficulté demeure entière savoir celle du mariage entre des exigences aussi contraires que *la personnalisation des débats (nécessité TV)*“

³¹³ Mit Formulierungen wie „Wir kennen und unterstützen Ulrich Bremi als seine persönlichen und politischen Freunde“, SSA QS 37.5, Flugschrift Ulrich Bremi, [1983].

³¹⁴ Wieviel kostet ein Nationalratsmandat? Bemerkungen zum persönlichen Wahlkampf einiger Berner Nationalratskandidaten, in: Der Bund, 15.10.1983.

³¹⁵ Der Sieg der Frauen. Wie es dazu kam, was daraus wird, in: Schweizer Illustrierte, 31.10.1983.

et l'absence de vedettariat qui découle du système de représentation proportionnelle et du style politique suisse“.³¹⁶

Mehr als einen Widerspruch zwischen fernseherzeugter Personalisierung und helvetischer politischer Kultur zeigte der Wahlkampf von 1971, wie die neuen Medialisierungsformen eine neue Volksnähe der Politikerinnen und Politiker hervorhoben. Dabei war die medialisierte Personalisierung der Politik seit den 1960er Jahren teilweise begrüsst worden, da sie eine Antwort zum politischen *Malaise* darstellen konnte, wie die Diskussion der Reformprojekte für mehr Majorz im Wahlsystem verdeutlichte. Seit der NOWLAND-Studie von 1959 hatten mehrere Umfragen ein Bedürfnis der „peripheren Wähler“ nach einer stärkeren Identifikation mit den Politikern parallel zur Abschwächung der Parteibindungen identifiziert. In der *Roten Revue* schlug auch Gerteis 1964 vor, Kandidaten früher in der Öffentlichkeit zu präsentieren.³¹⁷ Während der Medienwandel und der oppositionelle Wind der 1960er Jahre charismatische Figuren am Rand des politischen Felds wie James Schwarzenbach, stärker ins Licht rückte, stellte sich also auch für die Bundesratsparteien die Frage der Personalisierung als bewusste parteipolitische Kommunikationsstrategie.

Personalisierung als Wahlkampfstrategie

Am stärksten und am frühesten setzte die Schweizer FDP Personalisierung als Kommunikationsstrategie ein. Bereits 1959 diskutierte die Propagandakommission der Zürcher FDP die Vorstellung, „dass man nicht Schlagworte, sondern Kandidaten verkaufen muss.“³¹⁸ 1971 wurde diese neue Strategie mit dem Wahlkampfkonzept des Werbeberaters Edgar Küng verwirklicht, welches sich um den Slogan „Die Freisinnigen haben kluge Köpfe“ drehte. Dies rekurrierte insbesondere auf die Überzeugung der Geschäftsleitung, die „personelle“ Werbung sei nun prioritär.³¹⁹ Der Slogan legte den Deutungsrahmen sowohl auf das traditionell verstandene politische Kapital der FDP-Eliten als auch auf ihre Persönlichkeiten. Dabei strebten die Freisinnigen an, die Popularität ihrer Bundesräte, Ernst Brugger und den fernsehtauglichen Nello Celio für den Wahlkampf zu kapitalisieren – beide erschienen auf Wahlplakaten in der ganzen Schweiz.³²⁰ Aber auch bezüglich ihrer Nationalratskandidierenden warb nun die Zürcher FDP in ihrem Informationsbulletin in der *NZZ* für eine personalisierte Politik – und eine personalisierte Wahl:

„Es genügt heute *nicht mehr, einfach eine Parteiliste zu wählen*. Man muss sich die einzelnen Kandidaten ansehen und von jedem prüfen, ob er wohl im Nationalrat etwas zu sagen hat. Die

³¹⁶ Un scrutin d'importance exceptionnelle, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 28.10.1971.

³¹⁷ Gerteis: Für ein neues „Image“ der Sozialdemokratischen Partei, 1964, S. 127.

³¹⁸ StAZH WII 13.21, Propagandakommission, 21.05.1959.

³¹⁹ In den Worten des Zentralsekretärs Hans-Rudolf Leuenbergers, BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 26.04.1971.

³²⁰ NB SNL_1971_419, Küng, Edgar: Die Freisinnigen haben kluge Köpfe, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 1971.

Politik wird heute nämlich *weniger von den Parteiprogrammen als von den Persönlichkeiten beeinflusst*. Sie kann deshalb nur so gut sein wie die Personen, die sie machen.³²¹

Diese öffentlich dargelegte Personalisierungsstrategie, welche auf die veränderten Präferenzen der Wählende antworten sollte, hatte auch die Organisation der Vorwahlen begründet: So könnten die Kandidierenden früher ins richtige Licht gerückt werden. Die Freisinnigen fanden sich in dieser Strategie nach den Wahlen bestätigt, da die Wahlstatistik noch einmal belegte, dass die Wähler (und besonders die Wählerinnen) „nicht mehr in erster Linie Parteien“ wählen würden.³²² Auch die CVP erkannte ein Personalisierungsbedürfnis in der modernen, städtischen Politik und insbesondere für die anvisierten Wechselwählenden. Da die CVP-Bundesräte weniger populär waren als jene der FDP, baute die Partei folglich ein „Top Team“ für ihr Auftreten in den Medien sowie anlässlich von Wahlereignissen auf, dessen Mitglieder potentielle Bundesratskandidaten sein sollten – darunter der später tatsächlich gewählte Bundesrat Kurt Furgler.³²³

Somit fand sich in der Schweizer Politik mit der zunehmenden Medialisierung ein neues Persönlichkeitsbild der Bundesräte. Diese konnten einerseits bei Abwesenheit von Spitzenkandidierenden als nationale Aushängeschilder einer Kampagne dienen, andererseits dank ihrer staatlichen, als wenig parteipolitisch geltenden Position den Parteien eine neue breite, populäre Legitimität verleihen.³²⁴ Logischerweise führte dies in vielen Fällen zu Widersprüchen zwischen Parteilichkeit und Unparteilichkeit, welche mit dem Gebot zur Kollegialität erklärt wurden. 1971 hätte die freisinnige Geschäftsleitung beispielsweise die Bundesräte gern auch für den FDP-Werbespot eingesetzt, „da ihr politisches Gewicht viel grösser ist und die Wirkung beim Zuschauer auch entsprechend stärker sein wird“.³²⁵ Zudem sei dies in anderen Ländern wie z.B. in der BRD möglich. Im helvetischen Kontext ging dies aber zu weit, und die Bundesräte verboten es sich, in den Werbespots der Parteien aufzutreten.³²⁶ Die SP hatte im gleichen Wahlkampf auch versucht, von der

³²¹ Inserat „Informations-Bulletin 5. Weshalb gute Köpfe?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.09.1971.

³²² BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 13.12.1971.

³²³ In den Worten ihrer Werbeberater: „Personifizierung des Erlebnisses wirkt für Solidarisierung und gegen Angst. Frustration des Nicht-Mitentscheidens in hauptstädtischen Belangen wird so umgangen.“ Für dieses Team wurden neben Furgler auch die Nationalräte Paul Eisenring, Leo Schürmann, Alois Hürlimann, Julius Binder, Enrico Franzoni, Roger Mugny, Félix Carruzzo, Franz Josef Kurmann und der Ständerat Hans Hürlimann ausgewählt. Die CVP-Kader waren aber über diese Liste uneinig, mangels wirklich bekannter Köpfe. Zudem fehlte es an Frauen, was laut Ettore Tenchio ein Problem darstellte, denn „wir sind eine moderne Partei“. BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971]; BAR J2.181 1987/52_25_287, Leitender Ausschuss, 19.02.1971.

³²⁴ Parallel dazu scheint auch ausserhalb von Wahlkämpfen die zunehmend mediale Hervorhebung der Bundesräte als familiäre, zugleich mächtige, international hochangesehene Schweizer der Inszenierung des politischen Handelns im Land verstärkt gedient zu haben. Vgl. Kriesi: Personalization of national election campaigns, 2012, S. 11f.

³²⁵ BAR J2.322-01 2009/263_17_52, Geschäftsleitung, 26.04.1971.

³²⁶ Ebd., Geschäftsleitung 21.06.1971.

Popularität von Persönlichkeiten wie Hans-Peter Tschudi zu profitieren. Letzterer wehrte sich aber dagegen: Er befand, sein Name solle im Wahlmanifest weniger erwähnt werden.³²⁷

Im Wahlkampf von 1983 schienen sowohl freisinnige als auch sozialdemokratische Bundesräte weniger Hemmungen als 1971 zu haben, die neue Polarisierung zwischen ihren Parteien zu inszenieren.³²⁸ Die Medien trugen in diesem Wahlkampf unübersehbar dazu bei, die Persönlichkeit des kürzlich verstorbenen Willy Ritschard ins Zentrum der Wahlen zu stellen. In diesem polarisierten Kontext stellte die CVP noch stärker als 1971 einen Personalisierungsbedarf für ihre Partei fest: „Die vielfach beschworene Polarisierung rührt auch daher, dass wir in der Mitte in dieser Beziehung vielleicht etwas zu wenig getan haben“.³²⁹ Es gelte deshalb, beginnend mit den damals angesehenen CVP-Bundesräten „Personen stärker ins Rampenlicht [zu] stellen [...] und neue bewusst auf[zu]bauen“.³³⁰ Die Förderung von einigen prägnanten Parteipersonlichkeiten diene dabei der Polarisierung der programmatischen Positionierungen zwischen, aber auch innerhalb der Parteien: So zählte die FDP 1983 sowohl auf Befürworter der neuen neoliberalen Linie, wie Otto Fischer, als auch auf „grün“ gefärbte PolitikerInnen, wie Elisabeth Kopp.³³¹ Ferner zeigt dieser letzte hier behandelte Wahlkampf, dass die Feuilletonisierung der Wahlkämpfe neue politische AkteurInnen beleuchtete, die vorher zwar mächtig sein konnten, aber nicht unbedingt im Vordergrund standen: die nationalen, aber auch kantonalen Parteipräsidenten. Obwohl ihre Funktion noch weitgehend ehrenamtlich blieb, wurden sie nun eingeladen, ihre Wahlkampfstrategie zu diskutieren, wie der Zürcher SVP-Parteipräsident Christoph Blocher, welcher dieses mediale Interesse als Wahlkampfkulisse zu nutzen wusste.³³²

Neue Köpfe im Rampenlicht

Die neue, zunehmend medialisierte Personalisierung à la suisse bedeutete somit auch eine Vervielfältigung der prominenten Figuren in der Politik. Nicht von ungefähr nahmen Ständeratskandidaturen aller parteipolitischen Richtungen ab den 1960er Jahren zu. Neben dem Wunsch, die oft vorbestimmten Ständeratswahlen ein wenig mit Spannung aufzuladen, wurde auch klar, dass die Person des Ständeratskandidierenden dank der Aufmerksamkeit der Medien durchaus als Stimmenfang oder Lokomotive für die Nationalratswahlen dienen konnte. Besonders mit diesen Kandidaturen bemühten sich die Parteien, sich ein persönliches, menschliches Gesicht zu geben. Im

³²⁷ SSA Ar 1.110.61, Parteivorstand, 24.04.1971.

³²⁸ So bei den Parteitag in September 1983: „Die Bundesräte Friedrich und Chevallaz marschierten an der Spitze des FDP-Umzugs durch die Emmestad, Bundespräsident Aubert und Vizepräsident Ritschard sassen im Berner Kursaal etliche Stunden am Tisch der Parteileitung ab.“ Vier Bundesräte im Wahlkampf, FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf, SPS-Wahlparteitag in Bern, in: Der Bund, 12.09.1983.

³²⁹ PA CVP CH W (3), o.A.: Politische Ausgangslage vor den Nationalratswahlen 1983, [1981].

³³⁰ Ebd.

³³¹ Wie sieht die Bilanz der Parteien von 1979 bis 1983 aus? Zur FDP meinen wir: „Mittelmass“, in: Schweizer Illustrierte, 03.10.1983.

³³² Der Holzschnitt-Politiker, in: Schweizer Illustrierte, 04.06.1983.

Werbekonzept der schweizerischen FDP wurde 1971 die Möglichkeit angeboten, Plakate mit dem Slogan „Die Freisinnigen haben kluge Köpfe“ auch für Ständeratskandidierende zu gestalten, was die Zürcher und Waadtländer FDP mit Fritz Honegger bzw. Georges-André Chevallaz auch taten.³³³ Die Zürcher FDP setzte 1983 viel in ihren Ständeratskandidaten Riccardo Jagmetti, welcher sich auf Anraten der FDP-Strategen seit 1979 „Rico“ nennen liess, „um ihn als volksverbunden verkaufen zu können“, wie das *Volksrecht* beissend schrieb.³³⁴

Zudem stellten die Parteien ab den 1970er Jahren häufiger berühmte Persönlichkeiten ausserhalb der traditionell verstandenen Parteipolitik ins Rampenlicht des Wahlkampfes, ja sogar auf ihre Listen. Die SP setzte diese Strategie besonders früh und konsequent ein. Dabei ging es nicht wie üblich darum, lokale Eliten für die Wahl eines Kandidierenden einzuspannen, sondern breit bekannte Persönlichkeiten ausserhalb der traditionellen Parteipolitik als Aushängeschilder für die gesamte Partei zu verwerten, die weite Bevölkerungsschichten ansprechen sollten, wie mit dem Einsatz von Max Frisch im SP-Werbespot von 1971. Auch die Kantonalparteien versuchten ausserparteiliche Persönlichkeiten in ihren Kampagnen einzubeziehen und so das starre Parteibild der SP zu erneuern. Um waadtländische Persönlichkeiten wie den Schriftsteller Jean-Louis Cornuz, den Sportler Philippe Clerc, oder den Sänger Jean Villard Gilles zu einer öffentlichen „SP-Liebeserklärung“ zu bewegen, erklärte ihnen der Sekretär der waadtländischen SP, Pierre Aguet eindrücklich: „La déclaration d'un écrivain aura infiniment plus de poids que toutes celles des hommes politiques qui, aux yeux des électeurs de ce pays, sont *tous plus ou moins intéressés*.“³³⁵ Das Ergebnis dieser Bemühungen, der Partei ein neues öffentliches Gesicht zu geben, zeigte sich in einer Serie von Inseraten in den kantonalen Zeitungen, in denen Persönlichkeiten, SP-Mandatsträger, aber auch unbekannte Durchschnittsbürger erklärten, warum sie Sozialisten seien.³³⁶

Personalisierung als Trend und Stigma

Diese zunehmende Betonung von etablierten oder originellen Parteipersonlichkeiten in der Öffentlichkeit trug gewiss auch zu einer gewissen Nationalisierung des politischen Lebens oder zumindest zu seiner Sprachregionalisierung bei. Gleichzeitig sollte die Verbindung zwischen Nationalisierung und Personalisierung nicht überschätzt werden, denn die Personalisierung der Politik betraf ebenso Exekutivwahlen auf kantonaler oder auch Gemeindeebene.³³⁷ Aber das spannendste Paradox der politischen Personalisierung Schweizer Art betrifft die Art und Weise, wie sie

³³³ NB SNL_1971_416, Küng, Edgar: Fritz Honegger wieder in den Ständerat, Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zürich, Plakat, 1971; ACV PP 552/248, Küng, Edgar: Radical: Sécurité et Liberté. PRD Parti radical, Plakat, 1971.

³³⁴ Grossbürger und Constaffelherr. FdP-Ständeratskandidat Riccardo Jagmetti: Was steckt hinter dem Rechtsgelehrten und „Experten“?, in: *Volksrecht*, 14.09.1983.

³³⁵ ACV PP 225/41, Brief von Pierre Aguet an Jean-Louis Cornuz, 19.08.1971.

³³⁶ Ebd., Inserate „Socialiste, pourquoi?“, [1971].

³³⁷ Den personalisierten Charakter dieser Wahlen zwischen Nähe und Medienereignis stellte François Masnata bereits 1963 fest, Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 83.

regelmässig als „unschweizerisch“ gedeutet wurde, wie im zitierten Artikel von Théo Bouchat sichtbar.³³⁸ Somit entwickelte sich parallel zur zunehmenden medialen Personalisierung eine Art negative Personalisierung als neues Deutungsmuster der eigenen Beständigkeit, Bescheidenheit, Kollegialität, sprich als Essenz des Schweizerseins, in Abgrenzung zum personalisierten, amerikanisierten Gegner, wie sie bereits beim SP-Parteitag von 1983 gegen Christoph Blocher verwendet wurde.³³⁹ Diese „schweizerische“ Zurückhaltung bei der Personalisierung erklärt auch, weshalb manche Kandidierende bei ihrer Eigenwerbung das richtige Mass suchten, wie der *Bund* im Fall der Berner Wahlen berichtete:

„*Einen gewissen Ehrgeiz*“, meint Nationalrat Dr. Paul Günter, „darf man sicher haben und zeigen, aber nicht zuviel“. Auch Heinrich Schnyder, der sich zum dritten Mal einer Wiederwahl stellt, hat beobachtet, „dass gerade der Berner *ein feines Gspüri für das richtige Mass* besitzt: wer mit seiner persönlichen Werbung eine bestimmte Schwelle überschreitet, wird bestraft, d.h. gestrichen.“³⁴⁰

5. Zwischenfazit

Ziel dieses Kapitels war es, den Verkörperungsprozess im Kern der helvetischen Wahlkämpfe der Nachkriegszeit zu verfolgen. Zunächst zeigte die Analyse der Listengestaltung ab den 1960er Jahren ein ausgeprägtes Spannungsverhältnis zwischen der parteipolitischen Logik der Reproduktion des politischen Kapitals einerseits, und dem steigenden Repräsentationsgebot andererseits. In vielen Fällen limitierte sich deshalb die insbesondere ab 1971 zunehmende parteiinterne, aber auch öffentliche Forderung nach Repräsentativität auf die wenig bis kaum aussichtsvollen Restplätze – ein Phänomen, welches die weiterbestehenden Verzerrungen in der politischen Repräsentation erklärt. In ihren Darstellungsformen im Wahlkampf zeigte die schweizerische parlamentarische Repräsentation ab den 1970er Jahren immerhin ein vielfältigeres Gesicht. Während das Vertrauen, der Verdienst und die Verantwortung weiterhin als Elemente der *représentation-mandat* zentral waren, verwendeten die Parteien zunehmend die *représentation-figuration* als Wahlargument und Legitimitätsträger. Obschon ihre Gewählten weiterhin ein durchaus homogenes Profil zeigten, betonten viele Parteien vermehrt die repräsentative Ausgewogenheit ihrer Listen – von den traditionellen Kriterien Raum und Beruf bis hin zum Geschlecht oder Alter. Bei der Repräsentation als Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten veränderten sich dabei nicht nur die Grundlagen, sondern auch die Qualität. Ab der Zeit des *helvetischen Malaises* und dem Eintritt der Frauen in die Politik war das in der Männerdemokratie übliche, gleichermassen autoritäre und egalitäre Verhältnis zwischen Gewählten und Wählern nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Nähe und Bescheidenheit der eigenen Kandidierenden wurde umso mehr betont, als jede Partei den anderen die Verantwortung für das

³³⁸ Un scrutin d’une importance exceptionnelle, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 28.10.1971.

³³⁹ Vgl. Kap. 7.2.

³⁴⁰ Wieviel kostet ein Nationalratsmandat? Bemerkungen zum persönlichen Wahlkampf einiger Berner Nationalratskandidaten, in: Der Bund, 15.10.1983.

latente Krisengefühl in der helvetischen Politik zuwies. Für alle Parteien erwies sich dabei die neue medialisierte Personalisierung durchaus als ein Ausweg aus der Krise, um sich ein neues Gesicht bei den Wählenden zu geben – und zugleich die anderen Parteien des Exzesses zu beschuldigen.

Schliesslich zeigte die Analyse der Wettbewerbs- und Allianzverhältnisse zwischen Parteien und Kandidierenden auf kantonaler Ebene, dass der Kampf um die Repräsentation sich trotz der parteipolitischen Stabilität und der weiterbestehenden Endogamie der politischen Elite ab den 1960er Jahren zunehmend öffnete. Die 1940er und 1950er Jahre waren durch eine zunehmende Schliessung der politischen Fronten in Folge des Antikommunismus sowie durch einen ausgeprägten Immobilismus der politischen Parteien gekennzeichnet. Ab den 1960er Jahren wurde die Selbstverständlichkeit des von vornherein sicheren Wahlausgangs vermehrt hinterfragt: In vielen Kantonen tauchten neue Wahlkonkurrenten auf, während neue Allianzen geknüpft wurden. Wie auf eidgenössischer Ebene bewegten sich allmählich die politischen Fronten, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Kampflust der Bundesratsparteien. Wahlkämpfe gewannen dabei an Unsicherheit wie auch an Wettbewerb.

Dabei konnte dieses Kapitel für die früheren Jahrzehnte zeigen, dass Wahlkämpfe oftmals auch zu einem verborgenen Wettbewerb Anlass gaben: zwischen Kandidierenden, manchmal sogar innerhalb der gleichen Partei. Gerade auf dieser Ebene lief insbesondere in grossen Kantonen wie Zürich nämlich ein Wettbewerb – einschliesslich *negative campaigning*, welcher sich auf der zwischenparteilichen Ebene oft nur gedämpft ausdrückte, oder wie die *NZZ* zum Wahlkampf von 1959 schrieb:

„[Der leichte Rückgang der Wahlbeteiligung] mag mit dem ruhigen Wahlkampf, der weitgehend im Zeichen von Bestätigungswahlen stand, zusammenhängen. Am meisten Bewegung war denn auch dort zu erkennen, wo es um die *Behauptung persönlicher Positionen, um die Erringung der Anwartschaft auf frei gewordene Sessel oder die begehrte Placierung in den ersten Rängen der Ersatzkandidaten* ging.“³⁴¹

In diesem Wettbewerb zwischen Kandidaten zeigte sich also sowohl der damals scharfe Kampf um politisches Kapital wie auch um politische Inhalte, welche im regulären Parteileben nur bedingt auftauchen konnten. So lassen sich beispielsweise die heftigen Kampagnen für und gegen SP-Kandidaten im Wahlkampf von 1959 deuten: einerseits als Ergebnis eines verschärften Wettbewerbs zwischen Kadern der Partei und den Gewerkschaften, andererseits als Ausdruck jener Spannungen um die Parteilinie, welche sonst in der Partei vertuscht wurden. Dieser personelle Charakter des Wettbewerbs blieb als Konstante auch in späteren Jahrzehnten bestehen, als die Wahlkämpfe parallel an zwischenparteilicher Konkurrenz gewannen. Auch 1983 sprach die *NZZ* von einem personellen Wahlkampf in Zürich, in welchem die Wahlversammlungen sowie die Materialschlacht der

³⁴¹ Die neue Zürcher Deputation, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1959.

Kandidierende „innerparteiliche Positionskämpfe“ nicht zuletzt in der FDP ausdrücken würden.³⁴² Gerade diese oft unterschätzte personalisierte Dimension des Wahlkampfes in der Schweiz hatte es schliesslich neuen politischen Akteuren wie 1983 den Umweltschutzverbände ermöglicht, ihre Anliegen und Gesichter im Wahlkampf vorzubringen, womit sie zur Erweiterung der Repräsentation über die klassischen Parteilinien hinaus beitrugen.

³⁴² Konturen des Nationalratswahlkampfes, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.10.1983.

Kapitel 7. Mobilisieren: Den BürgerInnen begegnen

„Und *Mann zu Mann* nicht vergessen, ja nicht glauben, es sei wenig vornehmlich. ‚*Dr Schwyzer wott begrüesst si*‘. ‚Sis Stimmrecht söll ihm doch Möglichkeit gäh, *bon seigneur zsi und dermit z’zeige, dass au ‚höheri’ Herre, wie einzelni säge, uf si Stimm agwiese si*“¹

Mit diesem Ratschlag an den FDP-Zentralsekretär Hans-Rudolf Leuenberger unterstrich der Marktforscher Pierre-André Gygi die Notwendigkeit der persönlichen Kontaktaufnahme in der theoretisch egalitären Schweizer Männerdemokratie von 1959, um die doch spürbare Distanz zwischen Repräsentanten als „höheren Herren“ und Repräsentierten als „bons seigneurs“ symbolisch zu vermindern. Er verdeutlichte damit die Bedeutung politischer Geselligkeit in der Schweiz, die, wie Hans-Ulrich Jost aufzeigt, durch die regelmässige Kontaktaufnahme der Politiker mit den Bürgern bis in die abgeschiedensten Täler zur Legitimierung des eidgenössischen politischen Systems beitrug. Seit *banquets-spectacles* bereits zum Ende des 18. Jahrhunderts zur theatralischen Inszenierung dieser Geselligkeit beigetragen hatten, gewöhnten sich die Politiker der jungen Eidgenossenschaft daran, an zahlreichen politische Veranstaltungen teilzunehmen und übten sich dort, so Jost weiter, in „Funktionärssprache und erstarrten Ritualen, die das Leben der politischen Parteien in der Schweiz bis heute kennzeichnen“.² Der ritualisierte und inszenierte Charakter des politischen Lebens ist besonders offensichtlich im Fall von Wahlveranstaltungen, wobei dies nicht zwangsmässig wie in Josts Analyse zur Infragestellung des Daseinszweckes der Schweizer Parteien führen muss. Im Gegenteil kombinieren Rituale der Kontaktnahme mit den BürgerInnen sowohl Formen der Wiederholung als auch Möglichkeiten des Wandels, was sie auch zu privilegierten Beobachtungsmomenten für Veränderungen der Wahlmobilisierung macht.³ In diesem Kapitel wird deshalb untersucht, wie Schweizer Parteien im Wahlkampf den Kontakt mit ihren Wählenden suchten: Auf welche Art versuchten sie, ihre Mitglieder, AnhängerInnen oder auch unentschiedene Wählende für die Wahl zu mobilisieren? Wie wurden dabei die repräsentative Bindung und möglicherweise die Nähe zwischen Parteien und Wählenden inszeniert? Dafür werden vier Fälle von Mobilisierungsaktionen und -ereignissen im Zeitwandel angeschaut: Parteifeste (1.), Parteikongresse (2.), *canvassing* (3.), und Wahlversammlungen (4.).

1. Parteifeste. MitläuferInnen vereinen und aktivieren

Im Vorfeld des Wahlkampfs versuchten die Kantonalparteien, mit Parteifesten eine Wahlkampfstimmung bei ihren Mitgliedern zu schaffen, seien diese Kandidierende, AktivistInnen

¹ BAR J2.322-01 2009/263_50_109, Brief von Pierre-André Gygi an Hans-Rudolf Leuenberger, 6.01.1959.

² Jost: *Critique historique*, 1986, S. 330.

³ Wie Mazzoleni, Tognetti und Stanga in Bezug auf Tessiner „comizi“ ausführen, womit sie alle Formen von Wahlversammlungen bezeichnen. Ihre Ergebnisse bezüglich der kantonalen Wahlkämpfe der Nachkriegszeit zeigen, dass diese zwar im Laufe der Zeit an Bedeutung eingebüsst haben, sich aber dennoch durchgesetzt und an die neuen soziopolitischen Gegebenheiten angepasst haben (beispielsweise durch innovative, unterhaltsame Formate), Mazzoleni; Tognetti, Stanga: *Comizi elettorali fra declino e trasformazione*, 2004.

oder einfache Mitglieder. Um die Kohäsion und die Mobilisierung innerhalb der Partei sowie weiter im parteipolitischen Handlungssystem zu stärken, pflegten diese Feste eine gemeinsame Identität, wobei der Parteiwandel der Nachkriegsjahrzehnte zu grundsätzlichen Erneuerungen führte.

Zwischen Zelebrierung der Parteiidentität und Unterhaltung

Für ihre Parteifeste konnten sich die Kantonalparteien in den 1940-1950er Jahren auf seit längerer oder kürzerer Zeit geltende „erfundene Traditionen“⁴ stützen, zunächst aus dem eigenen parteipolitischen Handlungssystem: Für die Zürcher KVP boten sich beispielsweise die kantonalen Katholikentage Anfang Oktober 1947 als selbstverständliche Mobilisierungsmomente für den Wahlkampf an.⁵ Im Kanton Tessin, wo die Wahlkämpfe der 1940-50er Jahre durch einen gewissen Sektionalismus zwischen den Lagern gekennzeichnet waren, waren solche nach innen gerichteten Ereignisse besonders zahlreich und dienten der Inszenierung der eigenen Identität, aber auch der historischen politischen Auseinandersetzung mit den anderen Lagern. Die Sozialdemokraten marschierten beispielsweise jeden Sommer auf den für den Kanton höchst symbolischen Monte Ceneri: ein gemeinschaftsschaffendes Moment, welches im Wahljahr selbstverständlich eine kämpferische Färbung annahm.⁶ Weiter organisierten die Tessiner Parteien 1947 Erinnerungsmomente zur eigenen Geschichte, welche ihre Stärke und Geschlossenheit nach innen und aussen beweisen sollten. So führten die Sozialdemokraten eine Kundgebung am Monte Generoso durch, an welcher die unter Teilnahme der in der Kriegszeit gegen den Faschismus engagierte Jugendgruppe, die neu gegründete Frauensektion sowie die 1944 gegründete Falkenorganisation Falchi Rossi teilnahmen.⁷ Die Konservativen ihrerseits organisierten als Auftakt des Wahlkampfs eine Zusammenkunft in Giubiasco. Diese umfasste einen Kongress der Guardia Luigi Rossi, einen Gottesdienst, die Inauguration der neuen Fahnen der Konservativen Union Giubiasco und Konzerte lokaler Musikgruppen.⁸ Laut dem Programm sollte der Tag eine neue Etappe in der Demonstration der konservativen Kräfte über die Partei hinaus darstellen sowie das Kohäsionsgefühl der Konservativen über die Generationen hinweg demonstrieren. Zur Hervorhebung des jugendlichen „Enthusiasmus“ sollten die jungen Träger der neuen Fahnen der konservativen Union sowie die Jugendlichen der Guardia Luigi Rossi beitragen.⁹ Mit diesem Ereignis mobilisierten die Tessiner Konservativen ihr breites Handlungssystem für den Wahlkampf um eine gemeinsame, historisch verankerte und gegen

⁴ In Anlehnung an Hobsbawm; Ranger: *The Invention of Tradition*, 1992.

⁵ BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief der Zürcher CSP an das Sekretariat der Schweizer KVP, 21.02.1948.

⁶ ASTi FPC 01 24.1.2, Commissione esecutiva, 28.05.1947. Vgl. zu dieser Tradition Genasci u. a.: PS, 2000, S. 124ff.

⁷ ASTi FPC 01 18.1.5, Commissione direttiva, 26.04.1947. Vgl. dazu Simoni: *Socialisme et sport au Tessin*, 2002.

⁸ ASTi 3.3.1 12.5.2, Brief des Präsidenten der konservativen Parteisektion von Giubiasco Vincenzo Jacomella an die Parteimitglieder bezüglich der Veranstaltung des 7.09.1947, 28.08.1947.

⁹ Ebd., Programm „Inaugurazione vessillo unione conservatrice Giubiasco, Convegno regionale PCD e convegno cantonale Guardia Luigi Rossi“, Giubiasco, 7.09.1947.

die politischen Gegner (die Freisinnigen) gerichtete Identität: Die 1923 gegründete Guardia Luigi Rossi bezweckte die Pflege der Erinnerung an den gleichnamigen konservativen Märtyrer des 19. Jahrhunderts und hielt die Fahne des politischen Katholizismus hoch. In der Zwischenkriegszeit hatte sie auch Affinitäten mit dem Faschismus gezeigt.¹⁰

Auch wenn der Tessiner Kontext 1947 eine solche Mobilisierungsart auf der Basis von starken, parteipolitischen Geschichten besonders gut ermöglichte, hoben Parteien in anderen Kantonen bei ihren Festen ebenfalls ihre eigene Geschichte hervor. So zum Beispiel die Lausanner SP, welche im ruhigen Wahlkampf von 1959 eine Veranstaltung zum 100. Geburtstag des französischen Sozialdemokraten und Pazifist Jean Jaurès organisierte, begleitet von einem Arbeiterblasensemble und mit der Teilnahme des französischen Sozialisten Edouard Depreux, ehemaliger Widerstandskämpfer und Minister in den ersten Nachkriegsregierungen. Die Partei kündigte ein doppeltes Ziel für diese Veranstaltung an: „entretenir le souvenir de celui qui inspira la pensée socialiste, mais aussi [...] faire profiter nos membres des enseignements de Jaurès“.¹¹ Die Teilnahme Depreuxs wurde dabei in Verbindung mit den gegenwärtigen Spannungen innerhalb der französischen Linken hervorgehoben: Als Opponent der Algerien-Politik von Guy Mollet hatte er 1958 die SFIO verlassen und an der Gründung einer neuen Partei, der Parti socialiste autonome (PSA), teilgenommen. Die enthusiastischen Presseberichte zur Veranstaltung – sogar in der *Feuille d’Avis de Lausanne* – verbanden dieses antikoloniale Engagement mit dem pazifistischen, kolonisierungskritischen Erbe von Jean Jaurès.¹² Diese Haltung fand wohl Widerhall bei der antimilitaristischen Positionierung westschweizerischer Sozialdemokraten, die in der Schweizer Partei in der Minderheit waren. Gleichwohl stellte Depreux Jaurès Sozialismus als logische Verlängerung des republikanischen Gedankengutes dar, und tatsächlich strebte seine junge Partei eine breite Einigung im links-republikanischen und antikolonialen Lager an; der Beitritt von Mendès-France zur PSA ein paar Tage nach der Veranstaltung sah *Le Peuple* als Beweis dafür, dass sozial gesinnte Radikale auch in der Schweiz eigentlich zur SP gehörten.¹³ Insofern konnte die Veranstaltung dazu verhelfen, im Kontext des Wahlkampfs den sozialdemokratischen Anspruch auf ein universelles, republikanisches Gedankengut jenseits der Parteilager und fern vom ’,roten‘ Stigma zu behaupten.

Als die politischen Auseinandersetzungen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vielerorts abnahmen, nahmen solche Parteiversammlungen vor dem Wahlkampf dabei zunehmend die reine Funktion an, das Zusammenhaltsgefühl der Parteimitglieder und -anhänger zu stärken, beispielsweise durch unterhaltsame, feierliche Veranstaltungen. Die waadtländischen SP-Sektionen organisierten somit

¹⁰ Vgl. Dosi: *Il cattolicesimo ticinese e i fascismi*, 1999, S. 60ff.

¹¹ ACV PP 225/20, Brief der Lausanner SP an Parteimitglieder, 24.09.1959.

¹² M. Edouard Depreux parle de Jaurès, in: *Tribune de Lausanne*, 01.10.1959; *Immense succès de la conférence d’Edouard Depreux à Lausanne*, in: *Le Peuple*, 01.10.1959.

¹³ *Pourquoi les radicaux deviennent socialistes. Un document historique: l’adhésion de Pierre Mendès-France au Parti socialiste autonome (PSA)*, in: *Le Peuple*, 02.10.1959.

„kermesses“ und „vauquilles“ (Kugelspiele), welche auch der Rekrutierung von Mitgliedern und dem Fundraising dienen sollten.¹⁴ Die Parteifeste der waadtländischen Bauernpartei waren ihrerseits stark in bäuerlichen Traditionen verankert: Die „mi-été“ war ihre jährliche Zusammenkunft auf dem Land in wechselnden Sektionen. Mitglieder, Anhänger und ihre Familien trafen sich an einem Sommersonntag für einen Gottesdienst, ein Picknick, Spiele für die Kinder, sowie einen Ball begleitet von Dorfkapellen.¹⁵ Die Verbindung zum kommenden Wahlkampf schufen vor allem die Rede des Parteipräsidenten sowie die Vorstellungen der Kandidierenden. Solche nach innen gerichteten Momente sorgten auch für die Sichtbarkeit älterer sowie neuerer Parteipersönlichkeiten. Bei der „mi-été“ von 1959 im ländlichen Mollendrus stellte beispielsweise die Ansprache der Präsidentin der kantonalen Landfrauenvereinigung, Evelyne Potterat, eine historische Neuigkeit anlässlich der ersten Teilnahme der Waadtländerinnen an den Ständeratswahlen dar. Dieses Parteifest und weitere „traditionelle Abendfeste“ der waadtländischen BGBB würden laut dem Parteibericht „unter dem Zeichen der guten Laune und der Solidarität“ stattfinden und die Beziehungen zwischen den Mitgliedern stärken.¹⁶

Traditionen anpassen oder neu erfinden

Als die parteipolitischen Handlungssysteme ab den 1960er Jahren entweder schrumpften oder sich von den Parteien abkoppelten, mussten diese manche ihrer Geselligkeitsformen und Mobilisierungsereignisse für den Wahlkampf neu denken. Obschon die Vorverschiebung des Wahlkampfkalenders für die SP die Möglichkeit eröffnet hätte, den 1. Mai als Mobilisierungstermin für den Wahlkampf wahrzunehmen, stellten die Parteikader 1983 fest, dass die Teilnahme der neuen Linksparteien an den Umzügen in mehreren Kantonen zum Beispiel in Basel-Stadt dies verunmöglichte. Stattdessen lancierte die SP am 1. Mai 1983 lediglich einen parteiinternen Mobilisierungsaufruf zum Wahlkampf.¹⁷

Manche Parteien schafften es hingegen, ihre Traditionen mit Anpassungen an den Zeitgeist zu behalten, insbesondere wenn ihr Handlungssystem zwar schwächer wurde, symbolisch aber noch bedeutsam blieb. So blieben ländliche Feste in vielen bürgerlichen Parteien beliebte Mobilisierungsereignisse für AktivistInnen und Kandidierende. Die waadtländische SVP organisierte vor dem Wahlkampf von 1983 wiederum eine mi-été in Cheseaux (nahe Lausanne), mit einer „humoristischen Vorstellung“ der Kandidierenden, einer kirchlichen Ansprache, gefolgt von einem Apéro und Abendessen.¹⁸ Ebenfalls organisierte die waadtländische CVP, die für diese Wahlen grosse Ambitionen hatte, ein Fest mit Mittagessen und Spielen in Echallens im Juni 1983, um einen

¹⁴ ACV PP 225/8, Comité central, 19.07.1947.

¹⁵ Inserat „Mi-été du PAI au Mollendrus, section de Cossonay“, in: Feuille d’Avis de Lausanne, 11.07.1959.

¹⁶ PA SVP BE 1.62.1, Jahresbericht der schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 1959, S. 23.

¹⁷ Vgl. SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29./30.01.1983; Parteivorstand, 28.02.1983.

¹⁸ PA SVP VD 4.2, Comité directeur, 16.06.1983.

„Wahlkampfgeist“ zu schaffen. Kandidierende, WahlkampfhelferInnen, Mitglieder oder AnhängerInnen konnten sich dabei um gemeinsame christliche Werte vereinigen, als der Tag mit einem Gottesdienst (sowohl einem katholischen als auch einem protestantischen) begann.¹⁹

Solche kleineren oder grösseren feierlichen Parteiveranstaltungen, um Mitglieder zu versammeln, zu unterhalten und für den Wahlkampf zu mobilisieren, blieben somit bei vielen Parteien wichtig und knüpften, wenn nicht an Parteitraditionen, dann an alltägliche Formen der Geselligkeit an: Sie gestalteten sich oft um eine geteilte Mahlzeit herum, wenn möglich mit verbindenden kulinarischen Spezialitäten. So waren Raclette-Abende zum Vorzugspreis von links bis rechts beliebt, während in Zürich insbesondere die Metzgete-Saison Anlass zu Wahlkampffesten bot.²⁰ Zur Unterhaltung der Mitglieder trugen, neben Spielen, Wettbewerben oder Postenläufen, musikalische Begleitungen bei. Während Blasensembles, Volksmusik und Alphorn weiterhin angesagt blieben, war 1983 auch „New Orleans Jazz“ ein Renner an vielen Parteifesten.²¹ Wenn die Parteien die Mitglieder zum Erscheinen drängten, war die Unterhaltungsdimension der Parteifeste ein klares Verkaufsargument: Es ging um einen „politisch-feierlichen Abend“ (Tessiner SP) oder sogar darum, „faire la fête dès 14h jusqu'à l'aube“ (Waadtländer FDP).²² Dabei blieben trotzdem (partei-)politische Inszenierungen wichtig: So bemerkte die Presse die Bescheidenheit der Waadtländer FDP im Vergleich mit dem extravaganten Parteifest der Liberalen im „amerikanischen Stil“ samt Helikopterballet am gleichen Wochenende. Die Freisinnigen begnügten sich nämlich mit kurzen Reden und versuchten laut *L'Hebdo* im Gegensatz zu den „elitären“ Liberalen nicht, ihre lokalen Dialekte zu verstecken:

„Nul ne cherche ici camoufler à son accent. Au contraire. On le cultive avec délectation, on l'exhibe comme la preuve matérielle de son dévouement au pays. *Un radical vaudois sans accent appuyé ne fait pas vraiment sérieux. Un radical vaudois sans complet-veston ne fait pas vraiment crédible.* Il faut sans doute être très droite comme les libéraux, ou très gauche comme les alternatifs, pour oser porter une tenue légère par un après-midi ensoleillé. Jamais un radical n'y consentirait.“²³

Der daran teilnehmende Präsident der Schweizer Partei, Yann Richter, habe sogar von seinem Sohn die Anweisung bekommen, den WaadtländerInnen „weder als Giscard für die Form... noch als Mitterrand für den Inhalt“²⁴ zu erscheinen. In ihrem Auftreten pflegten also die Westschweizer Freisinnigen ein ernsthaftes, kompetentes, zugleich bodenständiges und bescheidenes Auftreten.

¹⁹ ACV PP 985/23/1, Comité électoral, 10.03.1983; ACV PP 985/18, PDC Vaud: Journal d'information périodique du Parti démocrate-chrétien vaudois, Mai 1983.

²⁰ PA SP VD E 1983, Flugschrift „Elections fédérales, Raclette avec nos candidats“, [1983]; PA CVP ZH, W 1983 (4), CVP Urdorf: Einladung zu einer vergnüglichen Auto-Posten-Fahrt, 30.08.1983.

²¹ Le slogan martial des radicaux, in: 24 Heures, 05.09.1983; PA SP VD E 1983, Flugschrift „On fait la fête à Renens“, [1983].

²² ASTi FPC 01 63.2.2, Flugschrift „Serata politico-ricreativa“, [1983].

²³ Zigzags à travers les kermesses des partis. La piste aux étoiles, in: *L'Hebdo*, 09.1983.

²⁴ Le slogan martial des radicaux, in: 24 Heures, 05.09.1983.

Während parteipolitische Identitäten auf solche Art bei Parteifesten fassbar wurden, kam nun die Parteigeschichte weniger als zuvor zum Tragen: Abgesehen von speziellen Anlässen wie Jubiläen wandelten sich die Schweizer Parteien tendenziell zu geschichtslosen Wesen. Dies war insbesondere bei der FDP der Fall, die sich lange in Verbindung mit der Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft präsentierte, sich aber ab den 1970er Jahren in ihrem Erscheinen als moderne, vorab zukunftsorientierte Partei darstellte. Nur die SP pflegte noch ihre lange Geschichte als goldenes Zeitalter. Sie tat dies wohl umso stärker, als ihre 1982 vereinbarte programmatische Neuorientierung sowie der Wandel ihrer Wählerschaftsbasis, sie langsam von ihren Wurzeln in der Arbeiterbewegung entfernten. Ihre verstärkt internationalistische Ausrichtung seit den 1970er Jahren lieferte im Gegenzug ein kräftiges Bindeglied mit der Geschichte der Sozialdemokratie. So feierte die Lausanner SP im Wahlkampf von 1983 zusammen mit der lokalen Sektion der PSOE das erste Jahr der sozialdemokratischen Regierung in Spanien mit einem feierlichen Abend, begleitet von andalusischen und galizischen Volksmusik, mit „waadtländischen und spanischen Spezialitäten“ und der Ansprache eines PSOE-Abgeordneten aus Barcelona.²⁵

Manchen Parteien gelang es, völlig neue Traditionen für ihre parteiinterne Mobilisierung zu erfinden. Die Zürcher SVP war seit der Wahl Blochers im Jahr 1977 dabei, ihr Parteileben durch zahlreiche Veranstaltungen zu füllen. Als Zelebration neuerfundener bauerlicher Geselligkeiten erfuhren beispielsweise die „Frühschoppen“ der Kreispartei 11 ab ihrer Lancierung 1978 einen raschen Erfolg und wurden bald durch andere Sektionen kopiert. Ebenfalls zu der von der Partei gepflegten „Nostalgie nach einer ländlichen Welt“ trugen die sogenannten „Puurezmorge“ bei.²⁶ Diese und noch zahlreiche weitere soziale Aktivitäten sollten gemäss Christoph Blochers Strategie zur kontinuierlichen Mobilisierung der Parteibasis verhelfen und bereiteten somit den Wahlkampf vor, ja trugen zu dem von ihm gewünschten permanenten Wahlkampf bei. Im Herbst 1983 wurden einige dieser regelmässigen Treffen auf den Wahlkampf ausgerichtet: Ein Frühschoppen beschäftigte sich mit dem Thema „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“, im Einklang mit der staatsaufgabenkritischen Linie der Partei.²⁷ Kandidierende zeigten sich zudem bei solchen Anlässe, zum Beispiel Christoph Blocher und Felix Matthys bei einem Frühschoppen in Oerlikon zum Thema „Politik im Bund“.²⁸ Der Wahlkampf selbst brachte besondere gesellige Ereignisse für Parteimitglieder hervor, wie 1979 das Parteijubiläum und 1983 das erste „SVP-Schiessen“, zu welchem sich über 600 Personen Anfang Oktober beim Albis-Güetli trafen. Das proklamierte Ziel dieses Ereignisses war „aufzuzeigen, dass Stadt und Land in der SVP nach wie vor eine geschlossene Einheit bilden, obwohl man erstmals mit

²⁵ PA SP VDE 1983, Flugschrift „Venez, vous aussi à la fête du parti socialiste lausannois“, [1983].

²⁶ Meizoz: Kitsch nationaliste et loi du marché, 2012, S. 134; Schnydrig, Aufstieg und Wandel, S. 131ff.

²⁷ Voranzeigen Frühschoppe SVP Zürich Kreis 2, 3.09.1983 zum Thema Kostenexplosion im Gesundheitswesen, in: Zürcher Bote, 19.08.1983.

²⁸ Voranzeigen SVP-Frühschoppen in Oerlikon, 24.09.1983, in: Zürcher Bote, 23.09.1983.

zwei Listen in den Nationalratswahlkampf zieht“.²⁹ Symbolisch knüpfte das Schiessen an die lange Tradition von Schiessfesten an und bot zudem ein „kleines Volksfest“ mit der Band „Alte Garde“ und den Majoretten der Stadtmusik.³⁰ Klar politisch wurde es immerhin, als der Stadtparteipräsident Felix Matthys in seiner Rede die Unterstützung der Partei für den bewaffneten Bürger und somit für die bewaffnete Neutralität betonte.

Auch die SP konnte neue Traditionen erfinden, so zum Beispiel die waadtländische SP mit der „Fête de la Rose“ im Wahlkampf von 1983. Sie lehnte sich dabei an das gleichnamige Ereignis der französischen SP an, mit welchem der junge Abgeordnete Pierre Joxe seit 1973 eine neue Parteiversammlung an ein altes Patronatsfest in der Saône-et-Loire anzuknüpfen versuchte. Die französische Fête de la Rose kombinierte deshalb politische Reden mit Spielen, einer typischen Mahlzeit sowie Volksliedern, dies mit wachsender medialer Begleitung.³¹ Die Rose-Referenz verwies auf das neue, von der historischen Faust abweichende Logo, welches die waadtländische SP ebenfalls übernommen hatte.³² Die Waadtländer SozialdemokratInnen pflegten ebenfalls den Volksfestcharakter ihres Treffens in Rances-sur-Orbes mit Spielen für die ganze Familie; der Ständeratskandidat Daniel Schmutz präsentierte sich den Medien sogar mit Schürze beim Rühren der Pechsuppe und liess sich passend dazu zitieren: „Il faut mettre un autre assaisonnement dans la soupe“ (Abbildung 16). Politisch wurde die Versammlung besonders bei einem humoristischen Wortgefecht zwischen Nationalratskandidierenden, welches sich besonders heftig gegen die bürgerliche Linie des „Weniger Staat“ wendete. Dabei wurden dieses Fest sowie jene der Waadtländer FDP, Liberalen und Schweizer Grünen, die am gleichen Wochenende stattfanden, umso deutlicher zum integralen Bestandteil des Wahlkampfs, als sie nun auch in den Medien als Ereignis erschienen.³³

2. Nationale Parteikongresse: „Schaufenster“ der Parteien

Parteikongresse gelten in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion als Musterbeispiel für politische Rituale und fungieren dabei oft als langweilige Ereignisse, als Aufzeichnungskammer ohne richtige politische Bedeutung.³⁴ Ihr ritueller Charakter kann aber komplexe Prozesse der Entscheidungsfindung und der Mobilisierung für den Wahlkampf inner- und ausserhalb der Parteien einerseits ermöglichen, andererseits aber auch verhüllen. Durch ihre Regularität und ihren oft streng festgelegten Ablauf ermöglichen Parteitage einerseits das Vereinen von ParteiaktivistInnen um eine regelrechte politische Liturgie, die von hochkodifizierten Aussagen wie jener zur Eröffnung des Parteitages und zur Begrüssung der kantonalen oder lokalen Partei des Ortes, bis hin zu symbolischen kollektiven Handlungen, wie dem Gedenken an verstorbene ParteigenossInnen, Gebeten bei den

²⁹ PA SVP ZH PK, Grosserfolg für das 1. SVP-Schiessen, 4.10.1983.

³⁰ Einladung zum ersten SVP-Schiessen, in: Zürcher Bote, 30.09.1983.

³¹ Jarrassé: La Fête de la rose, 2013.

³² Vgl. Cépède: „Le poing et la rose“, 1996.

³³ Zigzags à travers les kermesses des partis. La piste aux étoiles, 1983.

³⁴ Vgl. dazu Müller: Parteitagsinszenierung, 2000.

konfessionellen oder dem Singen der Internationalen bei linken Parteien reichen kann. Insofern lässt die fixe Organisation der Parteitage, beginnend mit der vorherigen Vereinbarung einer Traktandenliste, tatsächlich wenig Platz für Veränderungen oder ungeplante, unerwünschte Stellungnahmen. Andererseits bedingt die Medialisierung dieses Ereignisses eine Öffnung nach aussen, zu den abwesenden Parteimitgliedern oder AnhängerInnen, aber auch zu den Wählenden und PolitikerInnen anderer Parteien. Gerade die Öffnung nach aussen mag auch ungeplante Abweichungen ermöglichen.³⁵

Den Kampf vorbereiten

Im Wahlkampf von 1947 markierten die vier Parteien ihren Eintritt in den „Kampf“ durch die Inszenierung der Parteistärke am Parteitag, der deshalb oft parteiintern und in den Medien als „Auftakt“ des Wahlkampfs dargestellt wurde. Insofern waren Parteitage bereits zentrale Momente des Wahlkampfs, und schienen umso wichtiger, als dieser im historischen Jahr 1947 von vielen Akteuren als zweitrangiges Ereignis betrachtet wurde. Sie waren dafür hauptsächlich auf die Parteigemeinschaft ausgerichtet, um sie für den Kampf zu mobilisieren.

Am ausdrücklichsten war diese innere Mobilisierungsfunktion beim ordentlichen Parteitag der Schweizer KVP am 7. September 1947. „Angesichts der Bedeutung des grossen Wahlentscheidendes vom letzten Oktober Sonntag“ forderte die Parteileitung eine „vollzählige Beschickung dieses Parteitages“.³⁶ Unter dem Kampagnenslogan „Gesunde Familie – Sozialer Aufbau – Christliche Demokratie“ fand der Parteitag „im wehrhaften Städtchen Zug“ und „im festlich geschmückten, mit Blumen und Flaggen in den eidgenössischen und zugerischen Farben im Saal des Hotels ‚Hirschen‘“ statt, wie die Parteipresse berichtete.³⁷ Nach der Erinnerung an die Toten und einem Gebet, wandte sich der Parteipräsident Escher in seiner Eröffnungsrede an das gesamte „Parteivolk“ und rief zur „Geschlossenheit“ trotz der „internen Unebenheiten“ auf.³⁸ Nach den intensiven Abstimmungskampagnen und den Spannungen um die AHV, die zuletzt am vorangegangenen Parteitag zum Ausdruck gekommen waren, schien es besonders wichtig, für den Wahlkampf zu mobilisieren:

³⁵ Ein ähnliches Spannungsverhältnis zwischen interner Geschlossenheit und externer Öffnung zeigt sich dabei bei kantonalen Parteitagen, die hier nicht genauer angeschaut werden. Ihre im Laufe der Nachkriegszeit immer zentralere Funktion der Auswahl von Kandidierenden wurde im Kapitel 6 beleuchtet. Sie standen diesbezüglich ebenfalls unter dem steigenden Druck der Medialisierung, weshalb die Parteikader darauf achteten, volle Säle im Sinne einer Stärkedemonstration zu versammeln sowie einen zu offensichtlichen Dissens zu vermeiden. Je nach kantonalem Kontext konnten sie auch zusätzliche Funktionen erfüllen: So lud die Tessiner CVP 1971 erstmalig die Medien und die anderen Parteien der kantonalen Regierung zu ihrem Wahlparteitag ein, um in einem wegen dem starken Protest der PSA unsicheren kantonalen Kontext ihren Willen zur Zusammenarbeit mit diesen zu signalisieren. Brückenschlag der Tessiner CVP, in: Die Tat, 25.09.1971.

³⁶ BAR J2.181 1987/52_28_347, Einladung zum Parteitag in Zug, 22.08.1947.

³⁷ Die konservativ-christlichsoziale Wahlparole: Für gesunde Familien, sozialen Aufbau und christliche Demokratie. Der Stellungsbezug der Konservativen Volkspartei am Parteitag in Zug vom 6./7. September, in: Neue Zürcher Nachrichten, 8.09.1947.

³⁸ BAR J2.181 1987/52_28_347, Escher, Josef: Eröffnungsrede am Zuger Parteitag, 6.09.1947.

„Das Leben und der Kampf gehen weiter. Die Bedeutung des heutigen Parteitages steht derjenigen des 8. Juni keineswegs nach. Im Gegenteil. *Die Parteitage, welche die Parole für die bevorstehenden Erneuerungswahlen des eidgenössischen Parlamentes auszugeben haben, zählen zu den allerwichtigsten Manifestationen einer Partei.* [...] Die Schlacht wird nicht erst am 25./26. Oktober geschlagen, sie beginnt heute, ja, sie hat bereits begonnen. Der 26. Oktober bedeutet nur mehr den letzten *Angriff auf die sturmreif gemachte gegnerische Stellung.* Dieser Angriff wird aber nur gelingen, wenn *der Wille zum Sieg alle bis zum letzten Parteisoldaten beseelt*, wenn wir geschlossen und einig sind“.³⁹

Der militärische Wortschatz prägte dabei seine ganze Rede und verhalf, jedem Akteur der Partei eine genaue Rolle zuzuordnen:

„Die Organe der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, das Zentralkomitee und der Parteitag haben den *Kriegsplan* zu entwerfen, die kantonalen Parteien mit dem *nötigen Rüstzeug* zu versehen, die *Höhenfeuer anzuzünden*, zum Zeichen, dass der Kampf begonnen [hat] und schliesslich *den durchschlagenden Angriffsbefehl* zu erteilen.“⁴⁰

Diese Mobilisierungsrhetorik wurde ergänzt durch das Zelebrieren des historischen Einigungsgeistes der Partei zwischen Konservativen, Christlichsozialen und sogar Protestanten, wie er den Gründungsparteitag 37 Jahre zuvor geprägt habe. Die Parteipresse widerspiegelte auch diese Inszenierung der Geschlossenheit: „man sass nahe beieinander und fühlte sich stark verbunden untereinander.“⁴¹ Mit diesem Parteitag inszenierte die KVP also ihre Einigung und Kampfbereitschaft trotz den internen Spannungen.

Auch bei der SP diente der Basler Parteitag von August 1947 als Auftakt des Wahlkampfes. Als ordentlicher Parteitag waren zwar parteiinterne Geschäfte auf der Traktandenliste vorgesehen, welche jedoch von den Parteieliten so gestaltet wurde, dass die Delegierten der Sektionen zusätzlich Resolutionen zum Wahlkampf und zur Rekrutierung von Mitgliedern annehmen sollten, die dann am nächsten Tag in der Parteipresse erschienen.⁴² Die Eröffnungsrede des Parteipräsidenten Oprecht wies ebenfalls militärische Töne auf, als er die Teilnehmer beispielsweise dazu aufrief, „den Kampf aus dialektischer Notwendigkeit heraus gegen das Bürgertum“ zu führen.⁴³ Dabei war es der SP besonders wichtig, nach aussen und innen ihre Geschlossenheit zu beweisen: Wie Oprecht „den Bürgerlichen“ versicherte, „die Partei war noch selten so geschlossen wie heute“.⁴⁴ Noch mehr als bei der KVP wurden zudem die Parteiidentität und die Verbindungen zum breiten Handlungssystem zelebriert: Der Parteitag fand ausgerechnet in einem Volkshaus statt, ein historischer Versammlungs- und Mobilisierungsort für die Arbeiterbewegung in der Schweiz wie in anderen Ländern.⁴⁵ Zudem unterstrich der Präsident der Basler SP in seiner Willkommensrede die Bedeutung der Stadt Basel in

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Schweizerischer Konservativer Parteitag, in: Rorschacher Zeitung, 8.09.1947.

⁴² SSA Ar 1.111.11, Parteivorstand, 16.08.1947.

⁴³ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, S. 29.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Vgl. Scascighini: *La Maison du peuple*, 1991; Cossart, Talpin: *Les Maisons du Peuple*, 2012.

der Geschichte der linken Kämpfe.⁴⁶ Vereine und Kultur der Arbeiterbewegung standen im Vordergrund mit den Liedern eines Arbeiterchors am Abend, beginnend mit dem klassischen „Grindelwald“, um den ersten SP-Bundesrat, Ernst Nobs, geboren in Grindelwald, zu ehren.⁴⁷ Die Einigkeit der Arbeiterbewegung und der Repräsentationsanspruch der SP über sie, trotz der PdA, wurde weiter mit der (statutarisch vorgesehenen) Teilnahme vieler historischen Organisationen inszeniert, von denen drei Vertreter am Anfang des Parteitages eine Rede hielten: die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale (SABZ), das Arbeiter-Hilfswerk und die Sportorganisation Schweizerischer Arbeiter-Turn- und Sportverband (SATUS). Die Einigkeit der Arbeiterbewegung und das Zugehörigkeitsgefühl wurden dabei sprachlich unterstrichen: der Direktor der SABZ, Werner Stocker, ehemaliger SP-Zentralsekretär, sprach die Versammlung als ein geschlossenes „Wir“ an und erinnerte an den letzten Parteitag in Basel im Jahr 1938.⁴⁸ Mit dieser historischen Verankerung in der Parteigeschichte wurden die Teilnehmenden in den Worten Bringolfs an die Zeiten der „Bewährungsprobe“ für die europäische Sozialdemokratie erinnert: es war nämlich an diesem Parteitag, dass die Schweizer Sozialdemokraten vom Nazi-Einmarsch in der Tschechoslowakei erfuhren und diesen auch sofort verurteilten.⁴⁹ Neun Jahre später, könne man laut Stocker sehen, dass „die Stimme des Sozialismus [...] damals recht [hatte]“.⁵⁰ Kollektive Erinnerungen an den Kampf gegen den Faschismus und das „Unheil“ des Weltkrieges waren an diesem Parteitag tatsächlich allgegenwärtig und dienten als Kompass für die Zukunft in einer noch unsicheren Weltlage, insbesondere als Bringolf meinte, „Wir leben noch in der Nachkriegszeit, Wir leben noch nicht in der Friedenszeit“.⁵¹ In seiner eigenen Rede positionierte er den „demokratischen Sozialismus“ als Programm der „Planwirtschaft und Demokratie, soziale[r] Ordnung und Freiheit der Persönlichkeit, soziale[r] Gerechtigkeit und Respekt vor dem privaten Lebenskreise jedes Menschen“ noch als mögliche Alternative.⁵² Oprecht seinerseits stellte ihn sogar als Vermittler dar, der verhindern könne, „dass zwei Blöcke entstehen, die unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg führen“.⁵³

Gleichwohl verdeckten diese kollektiven Erinnerungen als Zement einer stolzen Parteiidentität die Unsicherheiten der Sozialdemokraten hinsichtlich der gegenwärtigen Weltlage sowie ihre Meinungsunterschiede zur Landesverteidigung und zum Internationalismus nur unvollständig. So entschied die Geschäftsleitung auch, keine internationalen Fragen am Parteitag zu diskutieren und konnte trotzdem Anträge von Sektionen nicht verhindern, die eine klarere Positionierung der SP zur Aussenpolitik anstrebten. Die Delegierten der Sektion von Zürich 4 stellten beispielsweise die SP-

⁴⁶ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, S. 32f.

⁴⁷ Devant plus de 400 délégués de sections. Les assises nationales du Parti socialiste suisse, in: La Sentinelle, 01.09.1947.

⁴⁸ SSA Ar 1.116.15, Parteitag, 30./31.08.1947, S. 30.

⁴⁹ Ebd., S. 43.

⁵⁰ Ebd., S. 30.

⁵¹ Ebd., S. 27.

⁵² Ebd., S. 46.

⁵³ Ebd., S. 28.

Unterstützung der Landesverteidigung im Parteiprogramm von 1935 in Frage, welche der Parteitag in Form einer von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Resolution bestätigen sollte.⁵⁴ Sie beriefen sich dazu auf ein alternatives Verständnis der Geschichte der Schweizer SP und zitierten die Stellungnahmen von Robert Grimm am Ende des ersten Weltkrieges. Trotz eines unterstützenden Votums vom Walliser Karl Dellberg gegen das Armeebudget überstimmten die Delegierten die Geschäftsleitung diesbezüglich nicht. Auch wenn die gegnerische Presse dem Parteitag nicht folgen konnte, stützte sie sich gerade auf solche Sektionsanträge, um die Meinungsunterschiede zur Aussenpolitik zu betonen.⁵⁵ Insofern stellte selbst diese geringe Öffnung nach aussen die SP vor die Herausforderung, interne Debatten zu ermöglichen, ohne ihren Gegnern Angriffsflächen zu bieten.

Auch bei den Freisinnigen konnte sich der Bezug auf die Geschichte als Bindeglied beim Parteitag durchaus als ambivalent erweisen. Ihr Parteitag im Zürcher Kongresshaus am 12. Oktober 1947 fungierte mehr als Kundgebung denn als Moment der parteiinternen Entscheidungsfindung und war dem Wahlkampf sowie dem kommenden Jubiläum der Eidgenossenschaft gewidmet. Zentral für die Verbindung zwischen FDP und Bund war dabei die Inszenierung des Parteiföderalismus: kantonale Delegierte lobten die Vielfalt der Partei und auch ihre Geschlossenheit. Begleitet von einer „kultivierten musikalischen Umrahmung“ mit dem Trio in g-Moll von Carl Maria von Weber verbanden die verschiedenen Reden die Geschichte der Eidgenossenschaft mit jener der FDP weiter, so der Journalist Ernst Schürch:

„Der Bundesstaat, der 1848 als Frucht eines Bürgerkrieges entstanden ist, hat den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Kantonen ein Ende gesetzt, und den äusseren Frieden durch ein Jahrhundert der grössten Umwälzungen geschützt, *das Ansehen der Eidgenossenschaft in der Welt wieder hergestellt und ihr die Kraft gegeben, den eigenen Weg zu gehen und gerade dadurch ihr Bestes für die Menschheit zu leisten.* [...] Der grösste Triumph aber des die Schweiz erneuernden Freisinns liegt darin, dass die Leitgedanken, die er damals stürmisch zum Sieg geführt hat, Gemeingut der Eidgenossen geworden sind... Das Schweizervolk steht in seiner liberalen Grundhaltung *weithin fast allein, und wir haben in unserem Lande selber gegen einen erstickenden Kollektivismus zu kämpfen.*“⁵⁶

Deshalb brauche die Schweiz laut Willy Bretscher „eine essentielle Freisinnige Partei als Hüterin des Werkes von 1848“.⁵⁷ Gleichwohl riskierte die Partei wie in ihrer ganzen Kampagne, mit der Hervorhebung ihres Anspruches auf den Staat ihren Machtverlust seit den 1920er Jahren zu sehr ans Licht zu bringen, worauf Berichte in der gegnerischen Presse gerne hinwiesen. Das *Vaterland* erinnerte dabei sogar an die dunklen Seiten der Gründung des Bundesstaates und bestritt, dass die FDP allein zur „schweizerischen Selbstbehauptung von heute“ beigetragen habe.⁵⁸

⁵⁴ Ebd., Antrag Zürich 4, S. 5.

⁵⁵ Erster Stellungsbezug für den eidgenössischen Wahlkampf, in: Der Landbote, 05.09.1947.

⁵⁶ Schweizerischer Freisinniger Parteitag in Zürich, in: Neue Zürcher Zeitung, 13.10.1947.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Der schweizerische Freisinn feiert den „Brudersinn“ von 1847/48, in: Vaterland, 13.10.1947.

Zwischen Reform und Kontinuität

Die Parteitage von 1959 dienten ebenfalls der Hervorhebung der internen Marschrichtung für den Wahlkampf, nahmen aber auch einen wichtigen Platz ein in den Bemühungen der SP und CVP, sich als reformerisch zu beweisen. Erstere Partei verabschiedete und inszenierte zugleich ihre Programmreform am Winterthurer Parteitag Ende Juni 1959. Die Geschäftsleitung versprach dabei eine offene Diskussion zum Programm, gestaltete aber den Kalender für die Vernehmlassung der Sektionen mit dem Ziel, die Vereinbarung und Legitimierung des Programms vor den Wahlen zu sichern.⁵⁹ Dafür legte der Parteitag auch viel Wert auf die Hervorhebung der gemeinsamen Identität und Geschlossenheit trotz der programmatischen Wende. Die Parteikader beriefen sich auf eine starke historische Kontinuität: So verwies Walter Bringolf auf die Parteitage von 1943 und 1953, welche ebenfalls im Winterthurer Volkshaus stattgefunden hatten. Wieder wurden Organisationen der Arbeiterbewegung in den Vordergrund gestellt: die Winterthurer Arbeiterunion, der Konsumverein und das Gewerkschaftskartell und auf schweizerischer Ebene das Arbeiterhilfswerk, die sozialdemokratischen Jugend- und Frauengruppen oder auch Arbeitergesangsvereine. Die Partnerschaft der SP mit den Gewerkschaften wurde dabei besonders hervorgehoben: Der vom linken Flügel im Wahlkampf heftig angegriffene Sekretär der SGB Hans Leuenberger betonte, dass „die Zusammenarbeit zwischen SPS und SGB notwendig ist und nur auf einer vertrauensvollen Basis für die Arbeiterbewegung unseres Landes erfolgreich sein kann“.⁶⁰ Ferner trugen internationale Gäste zur Legitimierung des Parteitages und darüber hinaus des Reformprozesses bei, indem sie den Reformbedarf der Sozialdemokratie als Ganzes unterstrichen. Mit ihnen trat eine international orientierte und geschlossene Sozialdemokratie auf, welche sowohl ihrem Erbe treu blieb sich jedoch auch an die Gegenwart anpasste. Der Generalsekretär der sozialistischen Internationalen Albert Carthy (Vereinigtes Königreich) lobte das neue SP-Programm und sprach im Namen eines starken „Wir“, für welches er die Errungenschaften der internationalen Sozialdemokratie zelebrierte und zugleich ihre klare Distanzierung gegenüber dem Kommunismus betonte.⁶¹ Obwohl Opposition zur Programmreform laut wurde, veränderte diese schlussendlich doch wenig am durchgeplanten Ablauf des Parteitages. Die Parteipresse, selbst die programmkritische *Sentinelle*, betonte die breite Annahme des Programms und sprach nur am Rand von der internen Opposition.⁶² Die am Parteitag weiterhin abwesende bürgerliche Presse versuchte ihrerseits Dissens zwischen den Linien zu finden. Auch ihre Berichte trugen aber dazu bei, den Parteitag und das Programm als historische Wende zu deuten und

⁵⁹ Vgl. Kap. 3.3., Fn. 239.

⁶⁰ SSA Ar 1.116.16, Parteitag, 27./28.06.1959, S. 132.

⁶¹ Ebd., S. 118ff.

⁶² Au congrès du Parti socialiste suisse de Winterthour, in: La Sentinelle, 30.06.1959.

in Hinblick auf den Wahlkampf die neu proklamierte Offenheit der SP in Richtung breiterer Wählerschichten weiter zu tragen.⁶³

Die Inszenierung einer Neuorientierung prägte ebenfalls den ausserordentlichen KCVP-Parteitag vom September 1959 in Luzern, welcher wie 1947 als Auftakt des Wahlkampf präsentiert wurde.⁶⁴ Das Bekenntnis der Partei zur Christlichen Demokratie, angekündigt mit der Rede des Bundesrates Lepori bei der Delegiertenversammlung Ende 1958, prägte die ganze Veranstaltung: In seiner Rede detaillierte Kurt Furgler die christliche Demokratie als Programm und Ziel, während laut Bourgknecht die KCVP, anders als die EVP, keine konfessionelle Partei mehr sei.⁶⁵ Als symbolischer Beweis hierfür bot das Rahmenprogramm der Veranstaltung zwei Gottesdienste für Katholiken und für Protestanten.⁶⁶ Die Verankerung der KCVP in der christlich demokratischen Grossfamilie und ihre Orientierung an Parteien wie der CDU, welche die Zweikonfessionalität bereits verwirklicht hatten, wurde ferner durch die Anwesenheit von Vertretern der CDU, ÖVP und des französischen Mouvement Républicain Populaire unterstrichen, welche mehrmals das Wort ergreifen durften. Der CDU-Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske, selbst Protestant, betonte dabei die Richtigkeit der christlichdemokratischen Orientierung: „Die christlich-demokratische Politik ist die einzige Art, wie man in Europa heute noch Politik – moderne Politik – machen kann.“⁶⁷ Der vom Parteitag verabschiedete Appell für die Wahlen wendete sich auch an „alle, denen ihr christlicher Glauben auch politische Verpflichtung und Verantwortung bedeutet, Katholischen und Protestanten!“⁶⁸

Trotz Öffnungszeichen blieb dabei weiterhin die Inszenierung der parteiinternen Geschlossenheit im Vordergrund, von den Stammlanden bis zu den Diasporakantonen: So organisierte Rosenberg selbst die Voten in der Diskussionszeit, welche dann auch die Stimmen aller Kantone vertraten und sich positiv zur Kampagnenlinie äusserten.⁶⁹ Der aus dem Bundesrat abtretenden Philipp Etter lobte in seiner Rede zudem zwar die christliche Demokratie, unterstrich aber auch die Kontinuität der KCVP-Weltanschauung: Die Partei brauche „keinen neuen Standort zu bestimmen, unsere politische

⁶³ Au congrès du Parti socialiste suisse. Les „réalistes“ l’emportent sur les „doctrinaires“, in: Journal de Genève, 01.07.1959.

⁶⁴ BAR J2.181 1987/52_32_377, Programme du congrès du parti conservateur-chrétien-social suisse (5 et 6 septembre 1959), 14.08.1959.

⁶⁵ BAR J2.181 1987/52_32_377, KCVP – Politische Dokumentation, Jean Bourgknecht: Nicht die Etiquette „christlich“ – die tatsächliche Haltung entscheidet, Eröffnungswort am Parteitag vom 5./6.09.1959, 1959; Politique suisse. Réflexions en marge d’un congrès, in: Tribune de Lausanne, 10.09.1959.

⁶⁶ Protestantische Persönlichkeiten bestritten unter den vielen Reaktionen zu diesem Parteitag die Richtigkeit dieser Angabe: Es habe kein Sondergottesdienst für Protestanten an diesem Parteitag stattgefunden, was sich darin zeigen würde, dass nur 15 Minuten zwischen dem protestantischen Gottesdienst und der Parteitagseröffnung vorgesehen waren. Dr. Kurt Sidler, Kirchgemeindepäsident, Richtigstellung, in: Luzerner Tagblatt, 17.09.1959.

⁶⁷ Zitiert nach BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Christliche Politik – unsere Aufgabe und Verpflichtung, Herbst 1959.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ BAR J2.181 1987/52_32_377, Brief von Martin Rosenberg an Politiker der Kantonalparteien, 13.08.1959.

Einstellung hat sich nicht geändert.⁷⁰ Die Ambivalenzen der neuen Parteilinie zwischen Öffnung und Beharren auf der traditionellen Programmatik zeigte sich schliesslich an der Anwesenheit von Symbolen des politischen Katholizismus: Der Fraktionspräsident beendete somit seinen Legislaturbericht mit: „Pro Deo et Patria!“.⁷¹ Die gegnerische Presse stützte sich auch auf solche Ambivalenzen, um die Unsicherheiten in der neuen Öffnungslinie der Partei aufzuzeigen. Dabei zeigten deren Kommentare, wie erfolgreich der Parteitag den Slogan der christlichen Demokratie als Wahlkampftrumpf positioniert hatte.

Transparente Parteidemokratie?

Beim Wahlkampf von 1971 hatten Wahlparteikongresse durch ihre Öffnung für die Medien jenseits der eigenen Parteipresse einen völlig neuen Charakter angenommen. Die mediale Berichterstattung verlieh diesen Ereignissen eine verstärkte Bedeutung: Parteien engagierten sich, ihre parteiinterne Demokratie nach aussen zu zeigen, bemühten sich gleichwohl im Hintergrund, den Parteitag genau zu planen, so dass sie ihren Namen, sowie ihre Themen dadurch in ein positives Licht rücken konnten. Damit etablierte sich auch die Gewohnheit zu diesen Anlässen Wahlprogramme zu präsentieren, wobei meist weniger der Entscheidungsprozess als die mediale Berichterstattung im Vordergrund stand. Die FDP beispielsweise genehmigte ihre Zielsetzungen bereits im Februar 1971 und organisierte dann bei der Delegiertenversammlung vom Mai „Arbeitsgruppen“, um die Realisierung dieses Programms zu besprechen.⁷² Somit konnten die Medien mehr über die intensiven Diskussionen der Delegierten und den Handlungswillen der Partei als über einen möglichen Dissens berichten. Am gleichen Maiwochenende gelang der CVP ein medialer Coup durch die Vorstellung des Programms ihrer gesellschaftspolitischen Kommission. Dass dieses innovative Programm nur am Rand verändert wurde, dafür samt dem Vorschlag eines Koalitionsprogramms von Zentralvorstand und Parteitag akzeptiert wurde, erstaunte die Presse, welche dieses Vorgehen seitens der CVP als gewagt und reformorientiert präsentierte. Dadurch und mit den Reden des Parteitages gelang also an diesem Anlass die Inszenierung des neuen Modernisierungswillens der Partei sowie die medienwirksame Veröffentlichung ihrer Vorschläge.⁷³

Die SP hatte ihrerseits mit den negativen Nebenwirkungen der medialen Öffnung ihrer Parteitage Ende der 1960er Jahre gelernt, dass die neue Öffentlichkeit auch Risiken barg. Für den Wahlkampf von 1971 setzte sich deshalb die Geschäftsleitung für einen möglichst friedlichen Parteitag ein,

⁷⁰ BAR J2.181 1987/52_32_377, KCVP – Politische Dokumentation, Etter, Philipp: Es gibt keinen Riss zwischen christlicher Lebensführung im privaten und öffentlichen Leben, Parteitag vom 5./6.09.1959, 1959.

⁷¹ BAR J2.1811987/57_32_377, Condrau, Giusep: Bericht über die Geschäfte der Fraktionspartei in der letzten Legislaturperiode, 5.09.1959.

⁷² Die Konkretisierung der „Zielsetzungen 71“. Der Parteitag der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz im Wallis, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.05.1971.

⁷³ Des partis indisciplinés, in: Feuille d’Avis de Lausanne, 17.05.1971; Reform von Staat und Parlament, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.10.1971.

welcher die Geschlossenheit der Partei zeigen sollte.⁷⁴ Dabei stellte sich die Herausforderung, gleichzeitig die parteiinterne Demokratie am Leben zu halten, welche viele ParteiaktivistInnen trotz der Möglichkeit einer schädlichen medialen Berichterstattung wie beim Bieler Parteitag von 1970 für wichtig hielten.⁷⁵ Der Präsident Arthur Schmid begrüßte in diesem Sinne die 27 Vertreter der Medien folgendermassen: „Ihre Anwesenheit ist uns deshalb besonders wertvoll, weil wir der Meinung sind, dass die demokratische Willensbildung in unserer Partei nicht hinter geschlossenen Türen erfolgen soll, sondern offen dargelegt werden darf.“⁷⁶ Die Parteikader konnten dabei einige Kritik und intensive Debatten nicht vermeiden. Die Sektion Zürich 4 kritisierte das Annahmeverfahren für das Wahlmanifest und verlangte eine „wirklich demokratische Meinungsbildung“.⁷⁷ Die Vorverschiebung der Diskussion über dieses wurde auch vom Fernsehbericht zum Parteitag als „erster Sieg der SP-Jungtürken“ gedeutet.⁷⁸ Auch wenn der Parteitag sich auf kleine Veränderungen oder Ergänzungen einigen konnte, sorgte die darin vorgesehene Stellungnahme zugunsten einer Eingrenzung der GastarbeiterInnen in der Schweiz für Empörungen bei manchen Delegierten, worauf Schmid zum Realismus aufrief.⁷⁹ Trotzdem hatte der Parteitag vielfältige Identifikationsmomente für die Delegierte aller Generationen vorgesehen. Es nahmen zwar traditionelle Gäste der Arbeiterbewegung teil, trotzdem wurde als Bindeglied zum sozialdemokratischen Erbe weniger die langjährigen Kämpfe der Arbeiterbewegung als die Geschichte des Kampfs für das Universalstimmrecht in Erinnerung gerufen, welches die SP 1912 als erste Partei in der Schweiz unterstützt hatte. Die erste österreichische Ministerin, Hertha Finberg von der SPÖ, knüpfte ebenfalls an diesen langjährigen Kampf an und versicherte den Schweizer SozialdemokratInnen, dass die politische Beteiligung der Schweizerinnen sich insgesamt nur positiv auswirken könne.⁸⁰ Sie verschwieg dabei die Herausforderungen des österreichischen Weges zur politischen Gleichberechtigung nicht, sodass ihre Rede bezüglich der neuen Herausforderungen besonderen Anklang bei den SP-Frauen fand: Sie hatten sich vergeblich für eine eigene Referentin am Parteitag eingesetzt und bekamen allesamt einen geringen Platz in der Wahlkampagne zugewiesen.⁸¹ Für am meisten Aufsehen bei den Delegierten sowie bei den Medien sorgte aber das Auftreten des deutschen Schriftstellers Günter Grass, der in seiner Rede brisante Themen, wie die Notwendigkeit eines transnationalen Umweltschutzes und die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz, ansprach. Damit sicherte sich die Partei auch eine öffentliche

⁷⁴ SSA Ar 1.110.61, Zentralvorstand, 3.04.1971.

⁷⁵ Zu dieser Diskussion in der *Roten Revue*: Lienhard: Sprengstoff Parteitag, 1970; dagegen: Marbach: Warum wir stagnieren, 1970.

⁷⁶ SSA Ar 1.116.6, Parteitag, 15.05.1971, S. 30f.

⁷⁷ Ebd., S. 24.

⁷⁸ FARO-Datenbank, Landesparteitag der SP, Antenne, SF, 17.05.1971.

⁷⁹ SSA Ar 1.116.6, Parteitag, 15.05.1971, S. 91ff.

⁸⁰ Ebd., S. 65ff.

⁸¹ SSA Ar 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 28.08.1971.

Persönlichkeit, die zugleich ausserhalb der traditionellen Parteilinien stand und Weggefährte Willy Brandts war, was dem SP-Parteitag eine Prise Prominenz und Modernität verlieh.⁸²

Themensetzung und Kulturkampf am Parteitag

Bei den Parteitagen von 1983 war die Medialisierungslogik in Hinblick auf den Wahlkampf noch deutlicher. Dabei ging es den Parteien darum, dem Wahlkampf ein gewisses Tempo zu verleihen und ihre Themen in der Öffentlichkeit zu positionieren. Während die SVP mit ihrer sehr frühen Programmlancierung an der Delegiertenversammlung im Januar wenig mediale Wirkung erzielte, war ihr Parteitag von September dem Wahlkampf gewidmet und erhielt durch die Diskussion um den Zustand der Schweizer Demokratie viel mehr mediales Interesse. Die in diesem Wahlkampf kaum sichtbare CVP versuchte ihrerseits ihre Themensetzung und insbesondere ihre Familienpolitik im März der Öffentlichkeit vorzustellen, und ergänzte diesen Termin durch einen Wahlkongress im September, bei dem ihre Spitzenkandidierenden (sowohl wieder- als auch neuantretende) sich dem „Kreuzfeuer“ des Publikums sowie der Medien stellten.⁸³

Die als Gewinnerin der Wahlen vorangekündigte FDP erhielt dabei am meisten Aufmerksamkeit, zunächst bei der Vorstellung ihres Programms im Mai auf der Linie des 1979 eingeführten Slogans „Weniger Staat“,⁸⁴ dann mit ihrer Wahlkundgebung in Brunnen im September 1983. Diese Art von Wahlkongress mit einer Kombination von Umzug und Reden hatte die FDP zwar seit 1959 regelmässig organisiert, bekam aber erst beim Wahlkampf von 1979 grösseres mediales Aufsehen und der Anlass wurde damals als Kraftdemonstration und als Symbol des neuen Selbstbewusstseins der Freisinnigen gedeutet.⁸⁵ 1983 wollte die Partei an diesen Erfolg anknüpfen, in der Hoffnung, „dass diesmal noch mehr Freisinnige gemeinsam ihre liberale Sache demonstrieren und bezeugen, dass Freisinnige, deren Vorfahren unseren Staat begründet haben, auch heute noch aktiv an seiner Gestaltung mitarbeiten und die Zukunft für alle freiheitlich gestalten wollen“, wie die Einladung erklärte.⁸⁶ Folglich wurden die Mitglieder dazu aufgerufen: „Zeigen Sie mit uns der schweizerischen Öffentlichkeit, dass die liberalen Kräfte in diesem Land noch lebendig sind und dass es die grosse schweizerische FDP-Familie tatsächlich gibt!“⁸⁷ Zur visuellen Terrainmarkierung sollten auch wie 1979 Werbeobjekte beitragen, wie die Gazette de Lausanne bemerkte: „On annonce d'ailleurs la couleur, ou plutôt les couleurs, en arborant celles du parti: du rouge, du bleu sur les parapluies,

⁸² Wahlmanifest mit neuen Akzenten. Parteitag der Sozialdemokraten in Freiburg, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.05.1971; Sozialdemokraten: Es weht ein schärferer Wind, in: Tages-Anzeiger, 16.05.1971.

⁸³ Elections fédérales: le PDC jouera la carte du réalisme, in: 24 Heures, 28.03.1983; BAR J2.181 1998/143_70_410, Wahlkongress vom 17.9.83 in Olten, [1983].

⁸⁴ Delegiertenversammlung am 6.05.1983, Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz: Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, 1984, S. 42f.

⁸⁵ Cassidy; Loser: Der Fall FDP, S. 37.

⁸⁶ StAZH WII 13.493, Flugblatt „Aufruf zur Teilnahme an der Wahlkundgebung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz am 10. September in Burgdorf“, [1983].

⁸⁷ Ebd.

foulards, cravates, briquets et nombreux autres colifichets.“⁸⁸ Mit 1000 Teilnehmenden verfehlte die FDP ihr Ziel von 1500 TeilnehmerInnen jedoch deutlich. Dabei hatte beispielsweise die Zürcher Kantonalpartei ihre Nationalratskandidierenden eindringlich gebeten, sich mit Familie und Bekannten anzumelden: „Da Presse und Fernsehen an dieser Veranstaltung anwesend sein und sicherlich Vergleiche mit der gleichentags stattfindenden Wahlkundgebung der SPS anstellen werden, ist eine starke Präsenz der Freisinnigen eine Notwendigkeit.“⁸⁹ Denn obwohl die Veranstaltung als FDP-Offensive fungierte, war sie zunächst im Rahmen einer Reaktionsstrategie gegenüber der Linken konzipiert worden. Das Kampagnenkonzept sah nämlich Veranstaltungen kultureller Art als „öffentliches Gegengewicht zur Alternativkultur“⁹⁰ vor und so präsentierte die Kundgebung in Brunnen ein eindrückliches Unterhaltungsprogramm mit vielfältigen Gruppen, von der Walliser freisinnigen Union de Vétroz bis zur Frist Harmonic Brass Band. Auch die Reden nahmen defensive Töne an, als beispielsweise Bundesrat Friedrich die unfriedlichen Methoden der pazifistischen Bewegung denunzierte, um die Schliessung der Nowosti-Agentur zu rechtfertigen.

Ironischer Weise trachtete die intern gesplante SP ihrerseits auch danach, die FDP-Kundgebung von 1979 als wirksames Mobilisierungsereignis für den Wahlkampf nachzuahmen.⁹¹ Ziel ihres Parteitages am gleichen Wochenende war dabei zunächst die Mitglieder zu mobilisieren „und für die heisse Phase des Wahlkampfes [...] [zu] motivieren“, dann „gegen aussen Paukenschläge [zu] demonstrieren“.⁹² Um „unsere Reihen zu festigen“, sollte laut der Einladung das Nebenprogramm „der traditionellen und neueren Kultur unserer Bewegung gebührenden Raum [bieten], damit der Parteitag 1983 für jeden Teilnehmer zum prägenden Ereignis wird“.⁹³ Dieses kulturelle Angebot unter dem Motto „Linke Kultur am Parteitag“ umfasste u.a. ein politisch geprägtes Musikprogramm („Von Radetski bis Internationale“), sowie eine „Kulturfeier“ am Samstagabend mit Musik der Berner-Szene „Von Brecht bis Samba“ und einer „alternativroten Küche“.⁹⁴ Am eindrucksvollsten ist in diesem Sinne der Versuch, älteren und neueren Sensibilitäten in der Partei beim Parteitag einen Platz zu geben. Die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung waren weiterhin anwesend und Fritz Reimann vom SGB verteidigte sowohl die kommende 40-Stunden-Initiative des SGB als überhaupt die Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Parteigenossen, welche in den bevorstehenden Wahlen „Schulter an Schulter auf der gleichen Liste“ stehen würden.⁹⁵ Dazu intervenierten aber auch neue Akteure, vom kurz zuvor gegründeten Solidaritätsfonds für linke Kämpfe im Ausland bis zur

⁸⁸ Les radicaux en appellent au sens des responsabilités, in: Gazette de Lausanne, 12.09.1983.

⁸⁹ StAZH VII 13.470, Brief der Zürcher FDP an Nationalratskandidierende, 1.09.1983.

⁹⁰ BAR J2.322-01 2009/263_66_136, Werbeagentur B&B: Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Zwischenwahljahren 1980-1982, Juli 1980.

⁹¹ SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 29/30.01.1983.

⁹² SSA Ar 1.110.74, Geschäftsleitung, 8.04.1983.

⁹³ SSA Ar 1.116.7, Offizielle Einladung zum ausserordentlichen Parteitag 1983, [1983].

⁹⁴ SSA Ar 1.116.7, Informations- und Antragsheft Wahlparteitag 1983, Linke Kultur am und um den SPS-Parteitag 1983, [1983].

⁹⁵ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

Friedensbewegung, deren Anliegen im Einklang mit dem Programm von 1982 sowie mit den Schwerpunkten der Kampagne standen. Ein emotionales Moment stellte das Gedenken an die zehn Jahre der Pinochet-Diktatur in Chile mit der Rede der Aktivistin Fidelma Allende dar. Zugleich intellektuell anregend und verbindend sollte zudem die Rede des deutschen Zukunftsforschers und Anti-Atom-Aktivisten Robert Jungk wirken, welcher die SP zu einem deutlicheren Engagement für den Frieden und den Umweltschutz aufrief und die Erfolge seines basisdemokratischen Konzeptes der „Zukunftswerkstatt“ in der BRD anpries.⁹⁶

Dabei stiess sich aber gerade die Forderung nach einer demokratischen Willensbildung auch innerhalb der SP an der Gestaltung dieses Wahlparteitages und so kritisierte eine Basler Sektion die sinnlosen Gruppendiskussionen, „ein Politseminar zur Verbreitung [des] Programmes“, welches vom Parteivorstand im Voraus genehmigt wurde und die Presse sogar vor den Delegierten erhalten hatte.⁹⁷ Tatsächlich hatten die Parteikader den Parteitag in Hinblick auf seine Medialisierung und seine mögliche Wirkung auf das Wahlergebnis geplant, was Hubacher sehr offen zugab: „Der Parteivorstand hat anfangs dieses Jahres beschlossen, den Wahlparteitag [...] jetzt im September anzusetzen, weil alle Meinungsumfragen und Überlegungen dazu geführt haben, dass die Wirkung vor den Sommerferien verloren geht. Die Leute haben die Ferien im Kopf und nicht die Wahlen.“⁹⁸ In der *Roten Revue* hatte Hubacher 1979 seine Sichtweise zum Parteitag noch deutlicher erklärt:

„Parteitage erscheinen oft den einen als politische Folklore, denen, welchen die Beschlüsse nicht passen, als basisfremde Meetings. Ein Parteitag ist ein *Schaufenster*. Dahinter treffen sich die Aktivisten der Partei. Ein Parteitag ist *kein Gottesdienst*, der zelebriert wird, sondern *ein Stück Öffentlichkeitsarbeit*.“⁹⁹

So ist auch die Lancierung der Umweltinitiative der SP an diesem gleichen Parteitag zu verstehen: zugleich als verbindende, mobilisierende Handlung für die AktivistInnen und als medienwirksames Ereignis. Dies wurde danach durch die mediale Berichterstattung auch bestätigt. Ebenfalls im Sinne einer Wahlkampfeinstimmung gestalteten sich die Reden der Parteipersonlichkeiten: Während der Bundesrat Pierre Aubert die Bedeutung der Geschlossenheit unterstrich und seinen Optimismus trotz der schwierigen politischen Lage kundtat, führten andere Redner Angriffe gegen die anderen Parteien, so Hubacher gegen Friedrich („Rosstäuscher“ und „bürgerlicher Stalinist“), oder der Berner Richard Müller gegen das „einfältige Einmaleins bürgerlicher Raubbaupolitik, für dessen wählergerechte Illustration der Christoph Blocher offenbar vom lieben Gott persönlich einen Elektronensprecher

⁹⁶ Ebd. Die kritische Rede Jungks bekam auch viel mediale Aufmerksamkeit, Des pacifistes circonspects, in: 24 Heures, 12.09.1983; Eine Umweltinitiative als SPS-Wahlhelfer der Sozialdemokraten in Bern, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.09.1983.

⁹⁷ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Vogel: Interview mit Helmut Hubacher, 1979, S. 167.

geschenkt bekommen hat“.¹⁰⁰ Wie der gesamte Wahlkampf boten sich somit die Parteitagsbühnen zunehmend als mediale Plattform für die Polarisierung zwischen links und rechts an.

Damit lässt sich feststellen, wie Wahlkongresse der Parteien zu regelrechten medialen Ereignissen im Hinblick auf den Wahlkampf geworden sind, wenn nicht sogar zu Massendemonstrationen. Die CVP und vor allem die SP, die eine alte Parteitagskultur als Moment der internen Einigung, zum Teil auch der internen Debatte hatten, mussten im Laufe der Zeit in der Gestaltung dieser Ereignisse sowohl die Veränderungen ihres Handlungssystems als auch die mögliche Wirkung der medialen Berichterstattung berücksichtigen. Die Schweizer FDP und die SVP ihrerseits schufen sich nationale Kampagnenereignisse, mit denen sie ihre Kraft beweisen oder zumindest ihre Kampagnen lancieren konnten.

3. Canvassing und Strassenaktionen. Der Wahlkampf im Alltag

Die Wahlkampfpraxis des *canvassings*, mit welcher die Politik ins Alltagsleben bis in die Privatsphäre der BürgerInnen hineindrängt, hat in den letzten Jahren erneut Aufmerksamkeit erhalten, als sie insbesondere 2008 als Grund des rasanten Erfolgs Barack Obamas bei den US-amerikanischen Vorwahlen der Demokraten gesehen wurde. Dabei hatte Barack Obama aber keine neue Methode erfunden, wie die ehemalige SP-Sekretärin Ruth Straubhaar in einem Interview mit der Autorin betonte.¹⁰¹ Es ist bezüglich der Pflege der Parteigeschichte nicht unbedeutend, dass gerade die SP anlässlich des Wahlkampfes 2015 einen Rückblick auf ihre Wahlkämpfe der 1930er Jahre veröffentlichte, um die Tradition ihrer „Basisaktion“ zu unterstreichen.¹⁰²

Die „Propaganda von Mann zu Mann“

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten war es vor allem die SP, die als Massenpartei das *canvassing* zur Standardform des Engagements ihrer Vertrauensleute machte und als Hauptinstrument der Wahlkampfmobilisierung sah. Das Zentralsekretariat erinnerte die Sektionen regelmässig an die Bedeutung des „von Mann zu Mann gesprochene[n] Wort[es], de[s] persönliche[n] Appell[s] an den Arbeitskollegen, Vereinsfreund und Nachbarn.“¹⁰³ Angestrebt war eine Art spontanes *canvassing* überzeugter Vertrauensleute bei ihren Bekannten. Deshalb riefen auch viele damalige SP-Wahlkampfmaterialien Parteianhänger nicht nur zur Wahl auf, sondern auch zur Multiplikation der Propaganda. Argumentiert wurde dabei oft, dass die Partei damit ihre finanziellen Schwächen im Vergleich mit ihren Gegnern kompensieren könne, wie 1947 in einem Zürcher Handbuch für Vertrauensleute und Referenten: „Was andere mit ihrem Geldaufwand versuchen, das müssen wir

¹⁰⁰ SSA Ar 1.116.26, Parteitag, 10./11.09.1983.

¹⁰¹ Gespräch mit Ruth Straubhaar, 29.01.2013.

¹⁰² Eschelmüller, Anouk: Ein Novum? Von wegen ! <http://www.sp-ps.ch/de/kampagnen/wahlen-2015/wahlkampf-blog/ein-novum-von-wegen>, Stand: 19.07.2017.

¹⁰³ SSA Ar 1.230.6, Brief des SP-Zentralsekretariates an die Sektionen, 5.09.1959.

durch die persönliche Verbreitung der Wahrheit und der Tatsachen zu unseren Gunsten wenden. Du kannst es, wir alle zusammen können es.“¹⁰⁴ Konkret bedeutete dies, dass die SP öfter als die anderen Parteien auf die Verteilung ihrer Flugschriften per Post zu Gunsten grosser, kostenloser Verteilaktionen ihrer Sektionen verzichtete.¹⁰⁵ Für eine Partei mit begrenzten externen Finanzquellen war zudem die dauerhafte Pflege der Basis ein wichtiges Mittel zur Sicherung ihres Erfolgs durch das Einsammeln der Beiträge und den Verkauf von Zeitungsabonementen. Beim Wahlkampf von 1959 hielt das SP-Sekretariat in diesem Sinn die Sektionen dazu an, den Verkauf von Kampffondsmarken als Anlass für Werbegespräche für den Wahlkampf bei Mitgliedern, aber auch „Gewerkschaftlern, Vereinskameraden usw.“ zu nutzen.¹⁰⁶ In jenem Jahr nahm das *canvassing* ferner eine zusätzliche Dimension an, als die SP sich zum Beispiel zur heiklen Frage des Mieterpreisschutzes im Wahlkampf positionieren wollte: Der Sekretär Fritz Escher bestärkte die Sektionen darin, Arbeiter und Angestellte in ihren Wohnungen zu besuchen und „den Mietern klar zu machen, dass eine neue Teuerungswelle nur durch die Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat verhindert werden kann.“¹⁰⁷ Ebenfalls eignete sich das Sammeln von Unterschriften für laufende Initiativen als gutes Mittel für die „propaganda spicciola“, wie die Tessiner SP ihren Sektionen empfahl.¹⁰⁸

Im Vergleich dazu hatten die Freisinnigen mit einem Mangel an einsatzbereiten Vertrauensleuten zu kämpfen. Ein Dokument der Mutterpartei von 1946 betonte aber den Wert der „organisierten Flüsterpropaganda von Mann zu Mann“, wie die anderen Parteien sie praktizierten.¹⁰⁹ Bei dieser könne man sich „die Erfahrungen und Erkenntnis der aus der Kriegszeit bekannten Gerüchtemacherei zu eigen machen“.¹¹⁰ Damit knüpfte die Partei direkt an die Praxis der „Tatsachenvermittlung“ des Armeedienstes „Heer und Haus“ an, welche eigentlich gerade auf die Bekämpfung von Gerüchten abzielte.¹¹¹ Hier zeigt sich auch, wie die Herangehensweise der Schweizer Parteien an die politische Kommunikation 1947 noch stark mit der Erfahrung der Kriegspropaganda verbunden war.

Der grösste Unterschied zwischen den drei bürgerlichen Parteien und der SP war aber die mangelnde Koordination des *canvassings* auf eidgenössischer Ebene bei Ersteren, was eine zentralisierte Mobilisierung der Basis unmöglich machte. Dabei sind die sehr genauen Kenntnisse der Tessiner Kantonalparteien über ihre Anhänger ein Indiz dafür, dass die lokalen Aktivisten regelmässig mit ihnen Kontakt aufnahmen und sie vor den Wahlen an ihre Wahlpflicht erinnerten. Die Konservative Partei versuchte diese „Kapillarbeit“ für den Wahlkampf von 1959 zu systematisieren und sendete

¹⁰⁴ SSA KS 335/235a, Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich: Handbuch für Vertrauensleute und Referenten, 1947, S. 30.

¹⁰⁵ SSA Ar 27.10.32, Parteivorstand 6.09.1947.

¹⁰⁶ SSA Ar 1.230.6, Brief des SP-Zentralsekretariates an die Sektionen, 5.09.1959.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ ASTi FPC 01 62.2.1, Brief des Tessiner SP-Sekretariates an die Sektionen, 30.09.1959.

¹⁰⁹ BAR J2.322-01 2009/263_3_62, Generalsekretariat: Grundsätzliche Bemerkungen zur Werbung, [1945].

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Vgl. Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998, S. 41ff.

den Sektionen Richtlinien, welche sicherstellen sollten, dass kein Sympathisant die Wahl versäumen würde: Am besten sollte ihnen bei der Kontaktaufnahme das bereits per Hand ausgefüllte Wahlmaterial persönlich verteilt werden.¹¹² Noch genauere Richtlinien gab ein Zürcher Handbuch für christlichsoziale Vertrauensleute von 1947. Für die „Hausagitation“ sollten sie sich als Vorbilder für die Wähler präsentieren: ein „guter, praktizierender Katholik“, der „seine katholische Zeitung gründlich und regelmässig [liest] und [studiert]“.¹¹³ Das Handbuch wies auch auf das „gewisse Ansehen“ des Vertrauensmannes hin. Er sei „der Repräsentant, der Gesandte, seiner Partei.“¹¹⁴ Im Gespräch solle er „weder ein gutmütiger Plauderi, noch ein grosssprecherischer Aufschneider, noch ein geschneigelter Salonlöwe sein“.¹¹⁵ Die Grundlage des Hausierens sei dabei die ganze Liste der katholischen Stimmbürger des Wahlkreises, samt den proklamierten Anhänger anderer Parteien in der Hoffnung, dass sie doch zurück zum politischen Katholizismus kämen: „Für uns wird ein katholischer Mann auf der Agitationsliste erst dann gestrichen, wenn er gestorben ist.“¹¹⁶ Denn weiterhin basierte die Propaganda „von Mann zu Mann“ auf der Vorstellung von klaren Wählerreservoirs, welche es nur mittels Multiplikatoren zu aktivieren gelte. Besonders im städtischen Umfeld forderte diese Mobilisierungsform ein Zugehörigkeitsgefühl der anvisierten Wählerschichten zur jeweiligen Partei oder dem Handlungssystem sowie eine starke Verfügbarkeit der „Vertrauensmänner“.¹¹⁷ So betonte das Handbuch der Zürcher CSP die Notwendigkeit des Vertrauens zu den Aktivisten und forderte ein intensives Engagement von ihnen in den letzten Wochen vor der Wahl. Selbst die SP erlebte diesbezüglich Ende der 1950er Jahre im Kontext einer zunehmenden Demobilisierung der Arbeiterbewegung vermehrte Schwierigkeiten, Vertrauensleute für die alltägliche Propaganda im Wahlkampf zu mobilisieren. Nach den Nationalratswahlen von 1963 registrierten Gruner und Siegenthaler diese Herausforderung an der Zunahme an Appellen in der sozialdemokratischen Presse, einen „coup de main“ für diese Aktionen zu leisten.¹¹⁸

Das Canvassing als durchdachte Praxis

Im Kontext des Wahlkampfes von 1971 war das *canvassing* deshalb zugleich unabdingbar und noch weniger selbstverständlich als zuvor. Ein Teil der Wahlkampfkonzepte, auch von Werbeberatern verfasste, setzten weiterhin viel Gewicht auf diese Mobilisierungspraxis, die laut einem CVP-

¹¹² ASTi 3.3.1 56.3.1, Briefe Amedeo Boffa an die Sektionspräsidenten 10.10.59, 15.10.59. Diese Praxis des kollektiven Ausfüllens der Wahlzettel war eigentlich nicht gestattet und die Partei erinnerte die Sektionen daran, dabei unterschiedliche Schriften zu verwenden.

¹¹³ BAR J2.181 1987/52_163_1279, Christlichsoziale Partei des Kantons Zürich: Vademecum für Vertrauensleute, 1947, S. 62f.

¹¹⁴ Ebd., S. 65.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd., S. 67.

¹¹⁷ Es gehe beim Engagement in der Partei, „nicht um eine Ehre, sondern eine Aufgabe zu übernehmen und dann auch männlich zu erfüllen.“ Ebd., S. 64.

¹¹⁸ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 119.

Dokument „zweifellos das intensivste Mittel politischer Werbung“ darstelle.¹¹⁹ Trotz des verstärkten Fokus auf die Medienkampagnen erschien dieses also mitnichten als überholt, und wurde nun sogar unter dem Fachbegriff „Canvassing“ geführt.¹²⁰ Die Parteien versuchten nämlich diese Praxis im Lichte des neuen Wahlkampfwissens weiter zu rationalisieren. Die SP setzte auch in einem Dokument für die Kampagne von 1971 weiterhin stark auf ihre „troupes de choc“ als Vorteil gegenüber den anderen Parteien und bezeichnete sie als „Opinionleaders“, die ihre Bekannten durch ihren guten Informationsstand zur SP-Politik am besten von einer Wahl für die SP überzeugen könnten.¹²¹ Allgemein sei der Dialog mit den Wählenden angesichts der „Gefahr der Anonymität“ besonders zu pflegen: Auch wenn dieser Dialog mit den BürgerInnen auf Distanz über Antwortcoupons in der Broschüre stattfinden könne, sei eine direkte Kontaktnahme mit ihnen besonders durch den Einsatz der Kandidierende zu pflegen. Hier sollte also ebenfalls die Personalisierung eine Antwort auf die Entfernung der Wählenden von den Parteien sein.

Ein ähnliches Ziel der persönlichen Kontaktnahme mit (Neu-)Wählenden prägten die *canvassing*-Richtlinien der CVP für 1971, die nun auch auf nationaler Ebene die Hausbesuche im Wahlkampf mittels einer genauen Arbeitsaufteilung und zeitlichen Eingrenzung zu rationalisieren versuchte.¹²² Sie empfahl den LokalaktivistInnen, bei diesen „Hausbesuchen“ nicht planlos vorzugehen, sondern im Voraus eine Liste der wichtigsten und machbaren Besuche zu machen, mit folgenden Schwerpunkten:

„wo Sie am wenigsten bekannt sind (so weit Sie darüber Informationen haben)
wo die meisten Wechselwähler und Nichtwähler wohnen
wo Sie eine Veranstaltung abgehalten haben oder planen
wo Sie die kürzesten Wege von Haus zu Haus haben
wo Sie nicht andern CVP-Kandidaten in die Quere kommen.“¹²³

Besonderes Gewicht – und Zeit – sei auf den „Multiplikatorenbesuch“ zu setzen, bei dem man auf „öffentliche Würdenträger, Vereinsvorsitzende, bestimmte Geschäftsleute usw., andere, die mit vielen Leute zusammenkommen“ zugehen könne.¹²⁴ Als Grund des Besuches sei anzugeben, dass „[i]ch a]ls Kandidat [...] die Probleme in allen Bereichen meines Wahlkreises kennen lernen [muss]“. Damit verschob sich das *canvassing* von der reinen Parteipropaganda hin zur Inszenierung der repräsentativen Bindung, wobei man hinsichtlich der neuen Wählerinnen lieber in einem geschlechtlich gemischten Paar auftreten solle: „[Durch die Anwesenheit einer Helferin] wird bei

¹¹⁹ BAR J2.181 1987/52_72_627, o.A.: CVP Wahldienst – Hausbesuch der Kandidaten, [1971].

¹²⁰ Frank Bösch bemerkt eine ähnliche Professionalisierung dieser Praxis in der BRD um 1970, Bösch: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren, 2004, S. 325.

¹²¹ ACV PSV PP 225/41, o.A.: Document stratégique sur élections, [1971]. Der Gebrauch dieses Begriffs weist auf die Zirkulation der Ergebnisse der frühen Wahlforschung bei den Werbeberatern der Partei und/oder beim SP-Sekretariat hin, da insbesondere die Michigan-Schule das Einflusspotential solcher Meinungsführer belegt hatte.

¹²² BAR J2.181 1987/52_72_627, o.A.: CVP Wahldienst – Hausbesuch der Kandidaten, [1971].

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd.

vielen Frauen, die an die Türe kommen, ein erstes Misstrauen abgebaut.“¹²⁵ Ferner sollten Kurzbesuche in Schwerpunktgebieten – insbesondere Neubausiedlungen – der Bekanntheit der Kandidierenden dienen.¹²⁶ Dieser verbreitete Fokus auf NeubewohnerInnen verdeutlicht, wie sehr diese Wählergruppe den Parteien wichtig war und wie es ihnen mit dem *canvassing* nun weniger um die (Re-)Aktivierung einer parteipolitischen Weltanschauung und Zugehörigkeit, sondern vermehrt um den (Neu-)Aufbau eines Vertrauensverhältnisses mit der Partei und ihren Kandidierenden ging.

Die Wählenden im Alltag erreichen

Die Genauigkeit dieser Richtlinien zeigt ferner augenscheinlich, wie Hausbesuche und dabei der politische Eintritt ins Private wichtiger und zugleich schwieriger wurden, als die Prägung der Parteien in der Gesellschaft, insbesondere in den neuen urbanen Gegenden, schwächer wurde. Während sie einerseits das Hausieren straffer organisierten, scheinen die Parteien andererseits neue, vielfältigere Wege gesucht zu haben, die Wählenden in ihrem Alltag zu erreichen, ohne zu aufdringlich zu wirken. Die waadtländische FDP beispielsweise setzte 1971 zwar noch viel auf ihre Mitglieder und forderte von ihnen eine gut organisierte „Mund-zu-Ohr-Propaganda“, mittels Hausbesuchen, Briefen an Freunde oder Telefonaten, um „Indifferente und Unentschiedene“ zu erreichen.¹²⁷ Gleichwohl organisierte sie aber auch Möglichkeiten zur Kontaktnahme mit der Wählerschaft im öffentlichen Raum: Die „opérations contact“ fanden in Zusammenarbeit mit dem Cercle démocratique de Lausanne in verschiedenen Lausanner Restaurants statt.¹²⁸ Ferner zog eine „Caravane“ ab Mitte Oktober durch den Kanton: Ein dafür gemieteter Volkswagen-Minibus machte jeden Tag einen Halt in einer anderen Stadt an einem gut besuchten Ort (von einem Marktplatz am Morgen bis zum Migros-Parking kurz vor dem Abendessen). Laut den Richtlinien des kantonalen Sekretariats sollten so viele Kandidierende und AktivistInnen anwesend sein wie möglich („la foule amène la foule“), um Flugschriften, Streichholzschachteln, aber auch „Blumen und/oder Weingläser, Most oder Saft“ zu verteilen und mit der Bevölkerung zu sprechen.¹²⁹ Ziel sei es, eine „warme, freundliche und entspannte“ Atmosphäre zu schaffen, wofür eine geeignete Dekoration oder sogar der Einsatz von Helferinnen in lokaler Tracht denkbar sei.¹³⁰

Einen neuen Trend im Wahlkampf von 1971 bildeten tatsächlich Parteiausfahrten, die es ermöglichten, die Aufmerksamkeit der Wählenden (und der Medien) auf neue Art zu erheischen: Parteikader, Kandidierende und einfache AktivistInnen machten sich mit Bus, Bahn, oder Schiff auf den Weg und

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Die Richtlinien geben für diese Kurzbesuche auch sehr praktische Warnhinweise: „Nur wenn es sich gar nicht vermeiden lässt, in die Wohnung hineingehen! Das kostet viel Zeit! Wenn sich das Betreten der Wohnung überhaupt nicht vermeiden lässt, nehmen Sie keinen Alkohol an! Das schwächt Ihre Konzentrationsfähigkeit und kostet Zeit und die nächsten Besuchten riechen Ihre ‚Fahne‘.“ Ebd.

¹²⁷ ACV PP 552/208, Brief der waadtländischen FDP an die lokalen Propagandaverantwortliche, 12.08.1971.

¹²⁸ Ebd., o.A.: Calendrier des manifestations radicales à Lausanne, [1971].

¹²⁹ Ebd. Brief der waadtländischen FDP an die lokalen Propagandaverantwortliche, 11.10.1971.

¹³⁰ Ebd.

versuchten dabei mit BürgerInnen ins Gespräch zu kommen. Die Zürcher SP ging sogar einen Schritt weiter und plante 1971 zur Ergänzung ihres „SP-Informationsbusses“ attraktive Videos und Tonbildschauen mit Interviews ihrer Kandidierenden und Appellen zur Beteiligung an der Wahl.¹³¹ Damit könne eine erste Aufmerksamkeit der BürgerInnen erreicht werden, um dann daran Gespräche anknüpfen zu können. Die Partei suchte dafür traditionelle Versammlungsorte in den Städten des Kantons auf (Bahnhöfe, Marktstrassen oder -plätze, Migros), hielt aber auch bei verschiedenen Fabriken. Diese Ausfahrten konnten dabei auch eine politische Botschaft vermitteln: 1983 organisierte die Zürcher SP eine „Velo-Stafette“, um „die Bevölkerung für den Zusammenhang zwischen Autoverkehr und Waldsterben zu sensibilisieren“.¹³² Durch einen Wettbewerb und ein Fest in Winterthur sollte der Tag „den SP-Mitgliedern Freude und Mut für den Wahlkampf“ verleihen.¹³³ Die Partei machte sich damit zudem in der Öffentlichkeit sichtbar: „Die Kolonne der Radfahrer im roten Leibchen, welche die Nummer der SP-Nationalratslisten trugen und mit Ballonen geschmückt waren, bot ein buntes Bild“, wie der Tages-Anzeiger schrieb.¹³⁴ Zudem bot die Partei eine Sternwanderung nach Eglisau an unter dem Motto „Gross und Klein den Flüssen entlang zum Rhein“ mit dem Thema Gewässer-, Natur- und Umweltschutz, welche die Ständeratskandidaten Otto Nauer für den Kanton Zürich und Esther Bühler für den Kanton Schaffhausen in den Vordergrund stellte.¹³⁵

Ferner bot sich das Telefon zunehmend als neues Mittel an, um zwar einen persönlichen Kontakt mit den Wählenden aufzunehmen, ohne aber physisch in ihre Privatsphäre einzutreten. Als am wenigsten aufdringliches Mittel boten manche Parteien eine Hotline an, falls die BürgerInnen selbst den Kontakt mit der Partei oder mit den Kandidierenden suchten.¹³⁶ Hotlines konnten den Wählenden auch einen unterhaltsamen Inhalt bieten, um das Partei-Image aufzubessern: So schaltete die Zürcher FDP 1971 in der letzten Wahlkampfwoche eine telefonische Linie auf mit „drei Minuten politischem Schmunzeln“ dank einem Bulletin der bekannten Schauspieler Jörg Schneider und Ueli Beck.¹³⁷ Manche Parteien organisierten aber auch grossangelegte Telefon-Aktionen, um ihre Mitglieder oder AnhängerInnen zu Hause anzurufen und auf diesem Weg an die Wahl zu erinnern. In ihren Richtlinien

¹³¹ SSA Ar 27.60.37, o.A.: Fahrplan SP-Informationsbus, [1971].

¹³² Eine Velo-Stafette mit Hedi Lang, Otto Nauer und den SP-Nationalratskandidaten. SP strampelt für die Umwelt, in: Volksrecht, 19.09.1983.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ 200 Sozialdemokraten mit dem Velo unterwegs, in: Tages-Anzeiger, 5.10.1983.

¹³⁵ 27.600.14, Flugschrift „Sternwanderung nach Eglisau“, [1983].

¹³⁶ BAR J2.181 1987/52_74_636, Flugschrift „Progresso, liberta, rinnovamento vota liberale radicale“, [1971].

¹³⁷ Inserat „Informations -Bulletin 11. Wenn das Wörtchen ‚wenn‘ nicht wär...“, Neue Zürcher Zeitung, 24.10.1971. „Telifon Eriwan“ genannt, lehnte sich diese Linie an die aus der Sowjetunion stammenden, auch im deutschsprachigen Raum populären „Radio-Jerewan-Witze“ zur Absurdität der sowjetischen Propaganda an. Damit leistete sich die FDP leichten politischen Humor zu Ungunsten der Linken, wie im folgenden Beispiel aus dem kantonalen Wahlkampf im vorangegangenen Frühling: „Herr M. aus Zürich 6 schreibt uns: Ich bin ein überzeugter Sozialdemokrat und habe Rot immer als die Farbe der Freiheit und des Fortschritts betrachtet. Nun ist es aber bei Verkehrslichtern gerade umgekehrt: Rot zwingt uns, stehen zu bleiben. Nun habe ich gelesen, dass die Chinesen Rot als Farbe für freie Fahrt erklärt haben. Was meinen Sie dazu? Unsere Antwort: Im Prinzip haben sie recht. Gewiss werden sich die chinesischen Arbeiter über diesen Fortschritt freuen. Noch grösser wird natürlich ihre Freude sein, wenn sie eines Tages vielleicht selber ein Auto kaufen können.“

für die „SP-Telefonfrauen“ empfahl die SP des Bezirkes Horgen sich zwar sofort als der SP zugehörig zu erkennen zu geben, aber die angerufenen Frauen zunächst darüber zu befragen, ob sie wählen würden und ob sie Hilfe mit den Wahlunterlagen benötigten. Wie auch bei der „Hausagitation“ der Zürcher Christlichsozialen von 1947 zielten diese Richtlinien wohl darauf, Wählende nicht mit einer zu starken Intrusion der Politik in ihre Intimität abzuschrecken.¹³⁸

Um dieser Schwierigkeit entgegenzuwirken und den Wahlkampf auf der Strasse zu lassen erwiesen sich fixe Standaktionen an den wichtigsten Durchgangsorten von Städten als neuer Wahlkampfstandard. Die Zürcher und die Schweizer FDP trugen diese Mobilisierungspraxis ab 1979 auf eine nächste Ebene und ihre grossangelegten Strassenaktionen wurden in den kommenden Jahren zur neuen Marke des freisinnigen *campaignings*. Für die Kampagne von 1983 erklärte somit die Mutterpartei, dass „die letzten eidgenössischen Wahlen [...] gezeigt [haben], dass auch die FDP einen wirklich *bürgernahen* Wahlkampf führen kann.“¹³⁹ Für diese „Präsenzübung“ seien die besten Passanten-Standorte und -Termine (Shopping Center, Bahnhof, Dorfplatz; Freitagabend, Samstagvormittag) auszusuchen, und die Möglichkeit, an den FDP-Ständen je nach Saison Essen (heisse Marroni, Getränke, Risotto) anzubieten, zu prüfen.¹⁴⁰ Neben dem Sichtbarkeits-effekt würden Stände in Bahnhöfen, auf Geschäftsstrassen oder Marktplätzen auch dazu verhelfen, die Wählenden da zu erreichen, wo sie als PendlerInnen, Schaulustige oder KonsumentInnen ohnehin vorbeikämen. Im Wahljahr 1983 begann die Zürcher FDP Flugschriften mit Geschenken an PendlerInnen in Bahnhöfen zu verteilen: Nach den Gipfelis der Kantonalratswahlkampagne waren es bei der eidgenössischen Kampagne Tirggel (ein typisches Zürcher Gebäck), versehen mit dem positiven Aufdruck „D'Wält isch hüt/ scho volle Nei./ Säg doch Ja,/bisch da dihei!/ Ja zur Schweiz!“.¹⁴¹

Obwohl Wahlkampfstände an Übergangsorten der Städte Allgemeinpraxis geworden waren, distanzierten sich manche Akteure von der zu offensichtlichen Terrainmarkierung der FDP-Aktionen, die zudem durch die Wahlkampfumzüge der Zürcher und Schweizer Parteien eine eindrückliche Erweiterung erfuhren. So meinte der *Vaterland*-Journalist Viktor Kuhn 1983 in seinen Notizen zur CVP-Parteiarbeit, dass ihre Zukunft „nicht in lautstarkem auftreten auf der Strasse, sondern im ‚Canvassing‘“ liege.¹⁴² Ebenfalls solle die CVP laut Leonhart Neidhart „im Wahlkampf nicht klotzen, sondern mit aller Präzision, Ruhe und mit genügendem Selbstvertrauen Kleinarbeit leisten“.¹⁴³ Dies beginne mit „einer Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit in den kleinen Feldern und in jenen

¹³⁸ SSA 27.600.14, o.A.: SP-Telefon-Frauen des Bezirkes Horgens, 12.10.1983

¹³⁹ StAZH WII 13.493, FDP der Schweiz, Checkliste für Massnahmen im Wahlkampf, [1983].

¹⁴⁰ Ebd; StAZH WII 13.470, FDP des Kantons Zürich, Kalender der Standaktionen, Oktober 1983.

¹⁴¹ StAZH WII 13.493, Brief der Zürcher FDP an die Präsidenten der Orts-, Kreis- und Bezirksparteien, 29.08.1983; o.A.: Aktion „Ja zur Schweiz-Tirggel“, [1983].

¹⁴² PA CVP CH W (3), Kuhn, Viktor: Marketing/Werbung. Praktische Vorschläge im Hinblick auf die Parteiarbeit in der Westschweiz und gesamtschweizerische Vorbereitung für die Wahlen 1983, 5.01.1982.

¹⁴³ PA CVP CH W (2), Neidhart, Leonhart: Anmerkungen zur Infosuisse-Studie, 12.08.1982.

Wahlkreisen, wo die katholischen Wähler wohnen“.¹⁴⁴ Für ihn lohne es sich für die CVP nämlich vorwiegend, katholische Wählende und CVP-Sympathisanten durch AktivistInnen und „Meinungsführer“ zu erreichen und für die Wahlen zu mobilisieren.¹⁴⁵ Wenn die Mittel dafür je nach Parteikultur, finanziellen und menschlichen Ressourcen variierten, ging es dabei sowohl der FDP als auch der CVP bei der alltäglichen Kontaktaufnahme mit Wählenden darum, ihre Volksnähe auf eindrückliche bzw. bescheidene Art zu beweisen. Dass solche Aktionen immer mehr mediale Berichterstattung erhielten, zeigt, wie das *canvassing* als klassische Form der Wahlmobilisierung sich seit den 1940er Jahren erneuert hatte.¹⁴⁶

4. Wahlversammlungen: Zwischen Aufklärung, Machtdemonstration und Debatte

Lokale Wahlversammlungen – *assemblées électorales* in der Romandie, *comizi* im Tessin – bildeten über lange Jahre die am meiste verbreitete und regulärste Form von Wahlkampfveranstaltungen in der Schweiz. In unmittelbarer Nähe zu den BürgerInnen ermöglichten sie den politischen AkteurInnen ihr Gesicht zu zeigen, und dabei das Repräsentationsverhältnis zu ihren Wählerschaften zu pflegen. Zusammen mit den üblichen Parteiversammlungen bildete dieses Netz von kleinen politischen Anlässen die lokale Basis der Legitimität der Parteien und ferner des politischen Systems. Gerade deswegen wurden aber diese Rituale zunehmend fragwürdig.

„Hervorragende“ Referate und „anhaltende Aufmerksamkeit“

Im Wahlkampf von 1947 waren Wahlversammlungen von grosser Bedeutung. Besonders angesehene Sprecher wie beispielsweise Gottfried Duttweiler konnten ganze Säle füllen.¹⁴⁷ Es ist zu bedenken, dass es in dieser Zeit für den interessierten Bürger abgesehen von Radiosendungen wenig Anlässe gab, um die parteipolitische Sprache zu hören. Für die lokalen Sektionen der Parteien bildeten Wahlabende ein Kernstück ihrer Aktivitäten sowie ein wichtiges Mittel zur Rekrutierung und um ihre Dynamik zu beweisen. Kantonalparteien unterstützten die Sektionen bei deren Organisation in der Regel lediglich mit Koordinationsarbeit hinter den Kulissen, wobei manche versuchten, die Versammlungstätigkeit der Sektionen zu systematisieren. Die Konservative Partei im Tessin plante beispielsweise die *comizi* als integralen Bestandteil ihres Kontrollnetzes über den Kanton. Die Partei gab nach den Wahlen in ihrem Bericht an die nationale Partei an, solche Veranstaltungen in allen 257 Gemeinden des Kantons organisiert zu haben, was der Parteisekretär Boffa als einen der Gründe für den Erfolg bei den Wahlen

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Sowohl von der Presse als auch vom Fernsehen: Konturen des Nationalratswahlkampfes, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.10.1983; SRF Archiv, Wahlkampf (1983), DRS aktuell, SF, 19.10.1983.

¹⁴⁷ Auf einem Flugblatt für eine Versammlung mit Duttweiler und Rudolf Bucher (ebenfalls von der Zürcher LdU) im Zürcher Kongresshaus wurde darauf hingewiesen, dass man sich rechtzeitig einen Platz sichern solle – „am 13. Oktober im ‚Volkshaus‘ und am 16. Oktober in der ‚Burgvogtei‘, Basel, fanden Hunderte keinen Platz mehr“. PA CVP ZH W 1947, Flugblatt „Öffentliche Kundgebung Gottfried Duttweiler und Rudolf Bucher“, [1947].

nannte.¹⁴⁸ Geplant war ferner, diese *comizi* als Demonstration der Stärke zu inszenieren, indem sie dafür ihre Vertrauensleute mit militärisch formulierten Appellen mobilisierten. Eine Veranstaltung in Lugano bei der Padiglione della Fiera Svizzera (Messehalle) soll sogar 1400 Delegierte der Partei versammelt haben.¹⁴⁹ Solche Veranstaltungen ähnelten diesbezüglich den kantonalen Wahlparteitagen, bei denen Kandidierende akklamiert und Stärke demonstriert wurde.

In den meisten Kantonalparteien hatten Wahlversammlungen jedoch eine überschaubarere Grösse. Ihre Einfachheit und ihr ritualisierter Charakter trugen dabei zum schlichten Eindruck des Wahlkampfes von 1947 bei. Organisiert vor allem in der zweiten Oktoberhälfte, wurden sie in der Parteipresse und in neutralen Blättern angekündigt. Damit und mit einem anschliessenden Bericht – vornehmlich in der Parteipresse – hatten die Versammlungen bereits eine mediale Fortsetzung.¹⁵⁰ Parteimitglieder erhielten zudem mehr oder weniger dringliche Einladungen. Über die Mitglieder hinaus richteten sich die Versammlungen in den meisten Fällen an die jeweilige Referenzgruppe der Partei, wie manchmal in den Einladungen ausdrücklich spezifiziert war. So war eine Einladung für ein „comizio pubblico“ im Volkshaus von Bellinzona mit den Kandidaten Emilio Agostinetti und Elmo Patocchi der SP folgendermassen formuliert: „Arbeiter! Nimm in Massen Teil!“.¹⁵¹ Noch klarer lud der Vorstand der christlichsozialen Parteisektion von Dietikon zu einer Wahlversammlung mit dem Parteipräsidenten Emil Duft zum Thema „Die christlichsoziale Partei im Wahlkampf“ mit dem Hinweis ein: „Vom Gelingen dieser Veranstaltung hängt nicht zuletzt unser Erfolg im kommenden Wahlkampf ab. Wir erwarten deshalb eine recht zahlreiche Beteiligung der katholischen Männer und Jungmänner unserer Pfarrei“.¹⁵² Die dringlichen Aufforderungen zur Bürgerpflicht an das selbstverständliche Wählerreservoir umfassten auch den Besuch von politischen Versammlungen, welche so früh wie möglich der politischen Sozialisierung dienen sollten.

Der ritualisierte Eindruck, den diese Versammlungen erweckten, stammte ferner von den wiederkehrenden Merkmalen in ihrer Gestaltung. Sie fanden oft an ähnlichen Orten statt, seien es parteispezifische Orte wie der Cercle démocratique für die Freisinnigen in Lausanne oder die Volkshäuser und Arbeitervereine für die Sozialdemokraten, aber auch neutrale Orte, wie Cafés, Gaststätten, Gemeinderäume oder sogar Pfarreisäle. Wichtig war es vor allem, in möglichst vielen Gemeinden, auch ausserhalb der Hochburgen, Gesicht zu zeigen. So organisierten die Tessiner Sozialdemokraten zwei Versammlungen am gleichen Sonntag in der Valle Maggia mit dem Spitzenkandidaten ihrer Nationalratsliste und Chefredaktor der *Libera Stampa*, Piero Pellegrini, am

¹⁴⁸ BAR J2.181 1987/52_60_528, Brief von Amedeo Boffa an Martin Rosenberg, 30.01.1948.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Die gegnerische Presse berichtete wenig über die Veranstaltungen der anderen Parteien: Zum Teil waren ihre Journalisten nicht akzeptiert, wie Masnata bezüglich der SP-Versammlungen schreibt, wobei es sich auch fragen liesse, inwiefern die Journalisten solche Berichte überhaupt für sinnvoll hielten. Masnata: *Le Parti socialiste*, 1963, S. 36.

¹⁵¹ ASTi FPC 01 61.2.4, Flugschrift „Comizio pubblico, 23.10.1947“, [1947].

¹⁵² PA CVP ZH W 1947, Flugschrift des Vorstandes Dietikon für eine Wahlversammlung, [1947].

Morgen im oberen Tal in Preto Sornico, dann am Nachmittag im unteren Tal in Someo.¹⁵³ Zum üblichen Dekor gehörten, wie bei Parteifesten, parteinahe Musikgruppen mit dem entsprechenden Repertoire.¹⁵⁴ Die Versammlungen verliefen dann oft nach dem gleichen Muster: Nachdem der Präsident der lokalen Partei eingeführt und die wichtigen anwesenden Gäste vorgestellt hatte, folgten einige pädagogisch orientierte Referate zu Staatskunde, Geschichte des Landes oder des Kantons, Weltgeschehen, seltener zu konkreten politischen Dossiers. Mancherorts konnte die lokale Sektion ihre eigenen eidgenössischen Mandatsträger zum Referieren einladen, was von der entsprechenden Sektion oder dem Parteikreis als Ehre inszeniert wurde. So die freisinnige Partei Zürich 6 mit „ihrem“ Nationalrat Hermann Häberlin im Bericht der *NZZ*:

„Es war *gegeben*, dass die Freisinnige Partei Zürich 6 für ihre unmittelbar vor den Nationalratswahlen liegende Veranstaltung einen Referenten einlud, der nicht nur als Mitglied der Kreispartei der freisinnigen Delegation des Kantons Zürich im Nationalrat angehört, sondern *im politischen Leben des Kantons und des Bundes eine angesehene Stellung einnimmt*“.¹⁵⁵

Ebenso konnte die Präsenz von Referenten aus anderen Kantonen oder sogar aus dem Ausland einer Versammlung viel Prestige einbringen. Beispielsweise reisten belgische Sozialdemokraten anlässlich des Wahlkampfes von 1947 in die Westschweiz, während die Freisinnigen 1959 den ehemaligen französischen Kanzler Felix Gaillard einluden.¹⁵⁶ Ob Heim- oder Auswärtsgäste, im Zentrum der Versammlung standen also die Referenten, deren Kompetenz und Bedeutung vom Moderator sowie später auch vom berichtenden Journalisten hervorgehoben wurden. Die „hervorragenden Referate“¹⁵⁷ fungierten somit als Unterstützung der Autorität und Legitimität von Politikern. Wenn eine Fragezeit eingeplant war, verlief sie höchst höflich und geordnet – zumindest laut der Parteipresse, die hauptsächlich von den unterstützenden Voten des Publikums berichtete und sonstige Diskussionen lediglich am Rande erwähnte, wie die *NZZ* bezüglich der obengenannten Versammlung in Zürich: „Verschiedene Votanten sprachen Dr. Häberlin den Dank für sein unermüdliches, kluges Wirken aus; im Übrigen entspann sich nur über das Preis- und Lohnproblem eine kleine Debatte.“¹⁵⁸

Das anwesende Publikum und besonders die Parteimitglieder oder -anhänger, die die Mehrheit ausmachten, erfüllte eine doppelte Funktion: erstens den Saal zu füllen, um einen guten Eindruck der Partei zu vermitteln, und wenn möglich weniger vertretene Gesellschaftsgruppen gut in der Politik zu repräsentieren, so bei den Lausannern Freisinnigen 1947 („Salle absolument comble vendredi soir

¹⁵³ ASTi FPC 01 61.2.4, Brief des Tessiner SP-Sekretariates an die Sympathisanten und Mitglieder der Valle Maggia, [1947].

¹⁵⁴ Zum Beispiel die Harmonie Lausannoise für die waadtländischen Freisinnigen, Les candidats radicaux défendent leur programme devant le public lausannois, in: Tribune de Lausanne, 25.10.1947.

¹⁵⁵ Freisinnige Politik im Bund, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.1947.

¹⁵⁶ BAR J2.322-01 2009/263_14_51, Geschäftsleitung, 28.04.1959.

¹⁵⁷ „Exposé brillant“, Les candidats radicaux défendent leur programme devant le public lausannois, in: Tribune de Lausanne, 25.10.1947.

¹⁵⁸ Freisinnige Politik im Bund, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.1947.

pour l'assemblée publique des radicaux de Lausanne, aux 22 Cantons. Beaucoup de jeunes, nombre de dames“).¹⁵⁹ Zweitens sollten die Zuhörer durch ihre – schweigende – Zustimmung zur Legitimität der Referenten und der Partei beitragen. Die Parteipresse zelebrierte dann die „anhaltende Aufmerksamkeit“¹⁶⁰, Höflichkeit, „Korrektheit“ der Zuhörer, fast ein vorweggenommenes Repräsentationsverhältnis also:

„On peut dire que, dans l'ensemble, la lutte électorale s'est poursuivie *avec correction*. L'assemblée du parti libéral lausannois, jeudi soir, en la salle des 20 Cantons, fut un modèle du genre. Il est vrai que *les libéraux ont pour eux la raison, la logique des faits*, la démonstration déjà pesante de ce que serait une Suisse centralisée, bureaucratique et totalitaire“.¹⁶¹

Während viele Wahlkampfaufrufe der Zeit verbal zum Kampf oder zur Schlacht riefen, sollten die Versammlungen also die bürgerliche Salonsdiskussion weitertragen. Nicht direkt konfrontiert mit ihren politischen Gegnern konnten sich die Referenten vor ihren Wählern gemässigt präsentieren. Die Berichte der Parteipresse lassen somit den Eindruck reibungsloser, höflicher, durchaus ehrwürdiger Ereignisse entstehen:

„[L'assemblée] fut introduite par M. le professeur retraité de Dompierre, président du parti radical de l'endroit, qui *remercia* l'assemblée et présenta *avec cordialité* les deux orateurs inscrits l'ordre du jour. On entendit tout d'abord M. Robert Mermoud, notaire, Grandson, qui, *avec un sens avisé*, émit des réflexions sur la politique fédérale. [...]. On eut ensuite le *plaisir* d'entendre M. Louis- François Pillevuil, syndic et député, Baulmes qui, *avec fermeté et compétence*, traita le sujet Questions sociales actuelles. L'auditoire porta une *attention soutenue* à ces exposés. Enfin, M. le président de Dompierre *remercia, en termes chaleureux*, les deux conférenciers et insista tout particulièrement sur l'importance du scrutin.“¹⁶²

Das Ende der Versammlung bildete routinemässig der Aufruf an die anwesenden Bürger, ihre Wahlpflicht wahrzunehmen. Seltener fanden auch kontroversere Wahlkampfdebatten statt, die den Wahlkampf zuspitzten, indem sie die Fronten einander gegenüberstellten. Weil sie gänzlich in den Händen der Parteien oder der ihnen nahestehenden Bewegungen lagen, widerspiegelten sie aber die Kräfteverhältnisse zwischen diesen: So konnte die Basler SP einen Diskussionsabend mit dem LdU kategorisch ablehnen.¹⁶³

Die Versammlungen konnten schliesslich auch eine unterhaltsame Dimension aufweisen, jedoch diente sie in der Regel der parteipolitischen Propaganda. So verwendeten manche Parteien propagandistische Filme, um ihre Versammlungen damit attraktiver zu machen – in Zeitungsanzeigen wurden sie immer als zusätzliches Angebot der Versammlungen beworben. Die Sozialdemokraten

¹⁵⁹ Les candidats radicaux défendent leur programme devant le public lausannois, in: Tribune de Lausanne, 25.10.1947.

¹⁶⁰ „Attention soutenue“, Le Mont s. Lausanne - Conférence, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 21.10.1947.

¹⁶¹ Assemblée des libéraux lausannois, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 24.10.1947.

¹⁶² Le Mont s. Lausanne - Conférence, in: Feuille d'Avis de Lausanne, 21.10.1947.

¹⁶³ Ständerat Wenk antwortet dem Landesring, in: Arbeiterzeitung, 13.10.1947.

kauften beispielsweise einen Film bei der SFIO für die Romandie ein.¹⁶⁴ Zudem verwendete die waadtländische SP einen selbstproduzierten Film von 1937, „Un témoin de 4 ans“, welcher die Erfolge des „roten Lausanne“ zelebrierte.¹⁶⁵ Laut ihrem Geschäftsbericht organisierte die Kantonalpartei 85 Konferenzen im ganzen Kanton im Laufe des Wahlmonats, „deren Einfluss, wir sind davon überzeugt, sich bei den Wahlergebnissen spüren liess“.¹⁶⁶ Der Glauben an die Wirkung solcher Veranstaltungen auf das Wahlergebnis begründete auch den Einsatz der Partei für solche Veranstaltungen.

„Gähnende Leere“ und „gedrückte Stimmung“

Im Kontrast hierzu erschien 1959 die komfortable Routine der Wahlversammlungen durchaus brüchig. Zwar konnte die Parteipresse über einige markanten Momente des Wahlkampfs berichten. Ein Ereignis war sicherlich die Rede des Berliner Bürgermeisters Willy Brandt Ende Oktober zum Thema „Der Freiheitskampf um Berlin“ in der Zürcher Tonhalle mit 2500 Zuhörern (laut der *Berner Tagwacht*) und unter Mitwirkung der Arbeitermusik der Stadt Zürich.¹⁶⁷ Dieser besondere Anlass diente dank der deutschen Schwesterpartei und deren Berliner Protagonisten der symbolischen Festigung der deutschen und schweizerischen Sozialdemokratie im Lager der Freiheit, wie dies auch in der freisinnigen Presse kommentiert wurde.¹⁶⁸ Auffällig ist jedoch, dass dabei kaum eine Verbindung zum Wahlkampf gezogen wurde, obwohl die Wahlen nur einige Tage entfernt waren. Der Schweizer Wahlkampfkontext konnte durch das Auftreten der grossen, historischen Weltpolitik auf der Schweizer Bühne also sehr leicht zur Seite geschoben werden. Nur die *Neuen Zürcher Nachrichten* kritisierten die Aussage Brandts, „die Sozialdemokratie sei das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus gewesen“, und lobte die Politik der CDU. Die Zeitung kritisierte weiter die Sympathien des linken SP-Flügels für die kommunistische „Atomtod-Kampagne“. Dadurch rief sie wiederum ein weiteres Echo des Wahlabends im *Volksrecht* hervor, welches mit einer Erinnerung an die unklare Haltung der Konservativen im Zweiten Weltkrieg reagierte.¹⁶⁹

Abgesehen von diesem Ereignis spiegelten die regulären Wahlversammlungen aber den allgemein ruhigen Verlauf dieses Wahlkampfs wieder. Die Presse versuchte ihre routinierten Berichte mit einer Prise Unerwartetem zu schmücken, wie die *Feuille d'avis de Lausanne* Ende Oktober 1959:

„Les associations radicales des quartiers de Villamont, de la Gare, d'Ouchy et de Cour ont organisé une séance d'information commune qui, en la salle des Vignerons, fut fréquentée par un nombreux public mixte que M. Duruz, président, accueillit aimablement. [...] Restaient deux orateurs: M. J.-P. Pradervand, directeur de l'Ecole de commerce, et Me Alfred Margot, tous

¹⁶⁴ Es handelte sich dabei um den bereits älteren Film „Le soleil qui monte“, ACV PP 225/8 Comité directeur, 26.05.1947.

¹⁶⁵ Ebd.; dazu Stürner: *Le témoin de 4 ans*, 1996.

¹⁶⁶ ACV PP 225/8, Parti socialiste vaudois: *Rapport de gestion 1946-47*, [1947].

¹⁶⁷ Die Freiheit muss in der sozialen Gerechtigkeit verankert sein!, in: *Berner Tagwacht*, 20.10.1959.

¹⁶⁸ Der Kampf um Berlin. Ein Vortrag von Willy Brandt in Zürich, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 20.10.1959.

¹⁶⁹ Splitter und Späne, in: *Neue Zürcher Nachrichten*, 21.10.1959; „Christliche Demokratie“ in der Praxis, in: *Volksrecht*, 22.10.1959.

deux anciens présidents du Grand *Conseil dont l'inoffensif duel oratoire apporta un peu d'humour* à la fin de cette intéressante réunion qui a été l'expression de la belle vitalité du parti radical.¹⁷⁰

Manche Parteien wünschten sich aber mehr Widerspruch aus dem Publikum bei den Versammlungen. Die waadtländische SP warb beispielsweise folgendermassen für eine Lausanner Versammlung kurz vor den Wahlen in der *Feuille d'Avis de Lausanne*:

„Le parti socialiste souhaite vivement, en accord avec ses habitudes traditionnelles, que des *citoyens de toutes tendances, mandatés ou non par un parti*, participent aux débats à l'issue des exposés, voire même apportent la contradiction. Les électeurs ont tout à gagner à de telles confrontations.“¹⁷¹

Der Sekretär der Partei, Pierre Graber, besuchte sogar selbst eine freisinnige – offene – Versammlung im Café vaudois, um Widerspruch zu leisten: Er kritisierte die von den Bürgerlichen vereinbarte Entente vaudoise und verlangte eine bessere Ständeratsvertretung für die SP, bekam dafür laut dem Bericht der *Sentinelle* einen „warmen Beifall“ der ZuhörerInnen.¹⁷² Selbst wenn sein Votum kein richtiges Aufsprenge der Versammlung darstellte, rechtfertigte die *Sentinelle* diesen scheinbar unüblichen Einsatz folgendermassen: „Ces quelques benignes égratitures ne se veulent ni méchantes, ni préjudiciables envers les intéressés. On a tout de même le droit de taquiner un peu en période électorale, pas vrai?“¹⁷³ Die Lausanner SP hatte ihrerseits auch eine (rare) kontradiktorische Veranstaltung organisiert, bei welcher der Präsident der waadtländischen FDP Raymond Gafner sowie der BGB-Vertreter Marc-Henri Ravussin die Entente Vaudoise verteidigten und die Unklarheiten der Sozialdemokraten bezüglich der Arbeitsrechtsverhandlungen betonten. Auch in diesem Fall lobte die *Feuille d'avis de Lausanne* den „strengen und höflichen“ Widerspruch von Gaffner.¹⁷⁴ Die freisinnige Partei empfahl den Sektionen ebenfalls Vertrauensleute darauf zu trainieren, bei Wahlveranstaltungen der Gegner zu intervenieren:

„Bien souvent, par leur seule présence, *ils tempèrent la fougue démagogique de nos adversaires*. En réfutant certains argument tendancieux, ils peuvent susciter dans l'esprit des auditeurs des doutes sur la bonne foi et la pertinence des arguments avancés et influencer en notre faveur l'opinion des hésitants ou des auditeurs qui ne sont pas membres d'un parti politique.“¹⁷⁵

¹⁷⁰ Tour d'horizon au Parti radical, in: *Feuille d'Avis de Lausanne*, 22.10.1959.

¹⁷¹ Ce qu'il faut savoir avant les élections. Conférence socialiste, in: *Feuille d'Avis de Lausanne*, 20.10.1959.

¹⁷² M. Pierre Graber apporte la contradiction dans un débat sur la politique radicale, in: *Feuille d'Avis de Lausanne*, 16.10.1959.

¹⁷³ Quand les radicaux applaudissent Pierre Graber. „Les rois du chocolat pourront-ils noyer le poisson d'avril?“ ou les échos d'une conférence radicale lausannoise, in: *La Sentinelle*, 19.10.1959. Der Titel verweist auf das Lob von Jean-Pierre Pradervand, Direktor der kantonalen Handelsschule, für Nestlé: „même sans cacao et sans canne à sucre, nous sommes les rois du chocolat“.

¹⁷⁴ M. Raymond Gafner apporte la contradiction à l'assemblée du parti socialiste lausannois, in: *Feuille d'Avis de Lausanne*, 23.10.1959.

¹⁷⁵ ACV PP 552/204, Brief der waadtländischen FDP an die Präsidenten und Propagandaverantwortlichen, 10.09.59.

Die Wahlversammlungen von 1959 lieferten aber allesamt einen ziemlich entpolitisierten Eindruck, beginnend mit den Filmen, welche den Bürgern gezeigt wurden. Links wie rechts zeigten die Parteien hauptsächlich Filme, die kaum noch zur parteipolitischen Propaganda, sondern zu einem attraktiven Unterhaltungsangebot gehörten, um die Versammlung für die wenig an Politik interessierten Bürger attraktiver zu machen. So luden die Lausanner Jungfreisinnigen ihre Mitglieder, alle Interessierten und insbesondere die neuen waadtländischen Bürgerinnen zu einer Versammlung beim Cercle démocratique ein, welche zuerst aus einem Referat von Gabriel Despland und anschliessend aus der (kostenlosen) Vorführung des Films „Les 24 heures du Mans“ bestand.¹⁷⁶ Die waadtländischen Sozialdemokraten ihrerseits zeigten im zweiten Teil ihrer Wahlversammlungen wenige parteipolitische, dafür aber viele klassische Filme, die zwar politische Dimensionen aufzeigten, jedoch auf der Linie ihrer Unterhaltungsdimension vorgestellt wurden. So zeige der Film von 1946 „La bataille du rail“ „un épisode de la Résistance telle qu'elle fut vécue par les cheminots“, wobei es sich um einen „film d'action mais aussi message de solidarité et d'espoir“ handle.¹⁷⁷ Noch verbreiteter waren Dokumentationen, wenn möglich in Farbe: „Louisiana Story“; „Antartique“; „Chemin de lumière“, „documentaire réalisé en couleurs par les chemins de fer français sur le problème de l'automation“, oder auch „La fête des vendanges de Morges“ („un reportage en couleurs de la dernière fête“).¹⁷⁸ Die Orientierung an einem angenommenen Interesse des Publikums für Reiseberichte zeigte sich auch darin, dass mehrere Genossen mit farbigen Diaschauen bei Wahlversammlungen von ihren Reisen erzählten.

Wie im allgemeinen Wahlkampf diente dabei der Antikommunismus immerhin als beängstigendes Narrativ und wurde somit zum Thema vieler bürgerlichen Wahlversammlungen. So hielt der Berner BGB-Kandidat und Leiter des schweizerischen Ost-Instituts Peter Sager in mehreren Kantonen Vorträge zum Thema „Der Kommunismus, eine Gefahr für die freie Welt“, dem die Vorführung des Filmes „Das Unternehmen Erdtrabant“ folgte.¹⁷⁹ Die FDP Zürich organisierte ihrerseits eine öffentliche Kundgebung in Uster zum Thema „Die Schweiz im Kampfe mit dem internationalen Kommunismus“. Laut der *NZZ* folgten an diesem Abend „einige hundert Bürger [...] dem Appell zu dieser eindrucklichen Demonstration des Freiheitswillens [...] als positive Antwort auf die kommunistische Bedrohung“.¹⁸⁰ In den Worten des Parteipräsidenten Robert Bühler sei nämlich mit dem Kommunismus „letztlich kein Friede möglich, weil sein Ziel die Weltherrschaft, die Unterwerfung der gesamten freiheitlichen Welt, bildet“.¹⁸¹ Willy Bretscher betonte ebenfalls die

¹⁷⁶ Communiqué. Cercle démocratique. Jeunes radicaux lausannois, in: Nouvelle Revue de Lausanne, 01.10.1959.

¹⁷⁷ ACV PP 225/20, Flugschrift für eine Wahlversammlung in Pontaise, [1959].

¹⁷⁸ Ebd. Diverse Flugschriften für Wahlversammlungen, [1959].

¹⁷⁹ PA SVP BE 6.2.20, Flugschrift „Versammlung in Laupen“, [1959].

¹⁸⁰ Der Freisinn im Kampf gegen den Kommunismus Eine Kundgebung in Uster, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.10.1959.

¹⁸¹ Ebd.

„ideologische Auseinandersetzung“ trotz Zeichen der Entspannung wie dem letzten Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten.¹⁸² Diese angstbeladene Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus wirkte dabei als Belebung der Innenpolitik: Die Schweiz als „Reduit des Antikommunismus“ habe, so Bretscher, bei der Verteidigung der abendländischen Zivilisation eine besondere Rolle zu spielen.¹⁸³ Die Weltpolitik und die Spannungen im Kalten Krieg verliehen diesen Wahlversammlungen damit durchaus die Brisanz, die sonst im Wahlkampf fehlte.

Allmählich aber drang das Fernsehen in den Alltag der SchweizerInnen ein, ein Grund weshalb die Anwerbung von ZuhörerInnen durch Filme nicht lange funktionieren sollte. Bereits 1959 teilten sich die Geister innerhalb der Parteien bezüglich der Zweckmässigkeit der traditionellen Versammlungen, wobei eine Spaltung zwischen den Generationen spürbar wurde. Für den SP-Sekretär Escher beispielsweise sollten so viele Versammlungen wie möglich stattfinden, denn „das stärkste Wahlmittel ist immer noch das gesprochene Wort!“¹⁸⁴ Für ihn dienten dabei die Versammlungen vor allem der Mobilisierung der SP-Mitglieder, die den SP-Wahlappell wiederum selbst weitertragen sollten:

„Wo man sich die Mühe nimmt, *eine gut vorbereitete Versammlung* – sei es eine öffentliche oder wenigstens eine Parteiversammlung – durchzuführen, ist *viel bessere Gewähr* dafür geboten, dass *unsere Parolen ins Volk hinaus dringen*, als wenn die Instruktion der Mitglieder nur auf schriftlichem Wege erfolgt.“¹⁸⁵

Auch der KCVP-Sekretär Rosenberg sprach sich für möglichst viele Versammlungen, selbst ausserhalb von Wahlkampfzeiten, aus. Denn „eine rege Versammlungstätigkeit dient nicht nur der Kadenschulung, sie ist auch ein gutes Abschirmmittel gegen die Übermacht der gegnerischen Presse“.¹⁸⁶ „Orientierungsversammlungen“ durch eidgenössische Parlamentarier nach den Sessionen sollten das Interesse für die eidgenössische Politik wecken sowie „den nötigen laufenden Kontakt zwischen Wählern und Gewählten“ anbahnen.¹⁸⁷ Zu diesem Zweck bevorzugte er jedoch kleine Versammlungen in den Dörfern oder aber Diskussionsabende vor „sogenannten Grosskundgebungen, deren Beteiligung eher oft täuscht.“¹⁸⁸

Insbesondere bei der SP wurde aber noch während des Wahlkampfs die Wirkung der Versammlungen von Parteikadern hinterfragt. Laut dem ehemaligen Neuenburger Staatsrat Camille Brandt haben „das Fernsehen und die Diskussionen am Runden Tisch [...] die Versammlungen ruiniert“.¹⁸⁹ Auch Fritz Grütter forderte das weitere Vorgehen nach den Wahlen zu verändern, denn „mit den alten überlebten

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ SSA Ar 1.111.13, Parteivorstand, 29.08.1959.

¹⁸⁵ SSA Ar 1.230.6, Brief des Zentralsekretariates an die Sektionen, 5.09.1959.

¹⁸⁶ BAR J2.181 1987/52_63_532, Rosenberg, Martin: Die eidgenössischen Herbstwahlen 1959. Rückblick und Schlussfolgerungen. Darlegungen vor der Präsidentenkonferenz, 22.02.1961.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ SSA Ar 1.111.13, Geschäftsleitung, 17.10.1959.

Methoden kommen wir an Leute nicht mehr heran“.¹⁹⁰ Diese Diskussion, die an den verbreiteten Befund der erschwerten Mobilisierung der Arbeiter anknüpfte, übertrug sich nach den Wahlen in die *Rote Revue*. Rückblickend resümierte dort Benno Hardmeier, dass „die alte, traditionelle Art der öffentlichen politischen Versammlung [...] jede Anziehungskraft verloren“ habe.¹⁹¹ Dafür zog er das Beispiel einer Versammlung der Winterthurer Sozialdemokraten und Gewerkschafter heran, aus deren Scheitern – lediglich hundert Personen waren in den Grossen Volkshaussaal gekommen – er die folgenden Schlussfolgerungen zog:

„Im Saal herrschte eine *gähnende Leere* und dementsprechend *eine gedrückte Stimmung*... Will man in der heutigen Zeit mit einer öffentlichen Versammlung Erfolg haben, *so muss mehr geboten werden*; ein Referat allein genügt in der Regel nicht, um die Leute zu mobilisieren. [...] Die Versammlungen müssen *intellektuell anregender* sein, was zum Beispiel dadurch erreicht werden kann, dass zum vornherein der Monolog eines Referenten durch eine *Diskussion* ersetzt wird, sei es nun in kontradiktorischer Form oder in der Art eines Rede- und Antwortspiels oder eines Gespräches am Runden Tisch usw. [...] Der potentielle Versammlungsbesucher hat, davon ist auszugehen, tagsüber zumeist streng gearbeitet und hat den berechtigten Wunsch nach *einem entspannenden und anregenden Ausgleich*; er muss sich deshalb durch die Aussicht auf eine *angenehme, menschlich-warme Atmosphäre* angezogen fühlen. Da genügt nun allerdings das *Anbringen einiger roter Fahnen nicht*, man muss sich schon etwas mehr einfallen lassen: *Blumen, musikalische Darbietung, Lichtbilder, Film* usw., ferner eine zügige Versammlungsleitung und selbstverständlich eine geschickte Werbung für die Veranstaltung. [...] Es muss in jedem Falle vorher genauestens überlegt und geprüft werden, an was für *Bevölkerungsschichten* man gelangen will, um die Veranstaltung entsprechend zu gestalten.“¹⁹²

Als gelungene Aktion nannte er hingegen eine Veranstaltung der SP Basel-Stadt namens „Treffpunkt der Jugend“ in Form einer „Non-Stop-Revue“, deren Ziel es gewesen sei, der Jugend durch ein attraktives Abendangebot die aktive Teilnahme an der Politik näherzubringen: „Zwischen musikalische und kabarettistische Darbietungen wurden kurze politische Diskussionen eingestreut.“¹⁹³

Als jüngerer, kritischer SP-Wahlkampfleiter spürte damit Hardmeier bereits 1959 das Bedürfnis nach mehr Teilnahmemöglichkeiten, welches sich auch in der Forderung nach mehr innerparteilicher Demokratie ausdrückte. Die Zürcher Freisinnigen überlegten ebenfalls bereits nach den Kantonalratswahlen 1959 ihre „Versammlungstechnik“ durch zusätzliche Interaktionsmöglichkeiten zu ergänzen: Der runde Tisch sollte vermehrte Diskussionsmöglichkeiten zwischen Referenten und dem Publikum bieten.¹⁹⁴ Nach den Wahlen von 1963 stellten tatsächlich Siegenthaler und Gruner fest, dass sich die Neuerung von Versammlungen als Diskussionen „am Runden Tisch, mit Parteivertretern (,unserem Team‘)“ mit Fragen aus dem Publikum verbreitete, selbst wenn solche Ereignisse weiterhin hauptsächlich Parteimitglieder und -sympathisantInnen anzogen.¹⁹⁵

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Hardmeier: Nach dem eidgenössischen Wahlgang, 1959, S. 324.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Ebd., S. 325.

¹⁹⁴ StAZH WII 13.389, Parteileitung, 14.04.1959.

¹⁹⁵ Gruner; Siegenthaler: Die Wahlen in die eidgenössischen Räte, 1964, S. 131.

Zwischen Runden Tischen und Ho Chi Minh-Rufen

Beim Wahlkampf von 1971 hatten zunächst die Bedeutungszunahme des Fernsehens und dann des unabhängigen Wahlkampfkommentars die Bedingungen der Wahlversammlungen weiter verändert. Der Wettbewerb durch das Fernsehen zum Schaden der Veranstaltungen der Parteien war nun ein breit geteilter Befund und die Beispiele von Versammlungen mit lediglich den Referenten und wenigen Parteifunktionären als Publikum mehrten sich.¹⁹⁶ Die dadurch im Vorfeld der Wahlen von 1971 erwartete schlechte Beteiligung führte sogar manche Parteien dazu, ihre Bemühungen in diesem Bereich zu reduzieren.¹⁹⁷ Wenn die meisten Parteien trotzdem viel Wert auf die Wahlkampfversammlungen legten, bereiteten sie diese umso sorgfältiger vor. In Folge ihrer Professionalisierungsbemühungen elaborierten sie detaillierte Richtlinien für die Planung von Wahlversammlungen, die beispielsweise ihr mögliches mediales Echo vorausszusehen versuchten: OrganisatorInnen sollten Kontakt mit den lokalen und regionalen Medien aufnehmen und den Versammlungsraum in Hinblick auf mögliche Fotos oder TV-Berichte mit den Werbeobjekten der Partei dekorieren.¹⁹⁸ Die Rationalisierung der Wahlversammlungen bezweckte auch eine möglichst gute räumliche Abdeckung, sodass Parteien versuchten, neue Ortschaften zu erreichen. Überzeugt von der Bedeutung der Wahlversammlungen für die Mobilisierung plante die waadtländische FDP zahlreiche kleine Wahlversammlungen von Yverdon bis Chateau d'Oex, sowie in schnell wachsenden Regionen wie Epalinges, wo sie neuerdings eine Sektion gegründet hatte.¹⁹⁹ Sie versuchte auch, den Stil ihrer Wahlversammlungen zu überdenken. Dabei behielt sie die Möglichkeit bei, „nichtpolitische“ Themen auszuwählen, zum Beispiel mit Aktualitätsthemen wie Drogen, das All, eventuell durch einen Film illustriert.²⁰⁰ So liesse sich nämlich das folgende Ziel erreichen: „drainer par ce biais un public plus vaste que l'on peut ensuite ‚endoctriner‘, mais prudemment, à la vaudoise“.²⁰¹ Manche Parteiversammlungen kombinierten somit in klassischer Weise einen mehr oder minder politischen Film mit den bekannten Vorträgen.

Andere Parteien versuchten hingegen die Versammlungen grundsätzlich zu erneuern und dabei eigentlich politisch aufzuladen. Eine symbolische, zugleich sehr politische Erneuerung der Wahlversammlungen lag dabei im Einbezug von Frauen als Sprecherinnen. Viele Parteien nutzten Wahlversammlungen, um ihren Einsatz für die Wahl von Frauen sichtbar zu machen.²⁰² Wichtig wurde zudem die Themensetzung, die zugleich BesucherInnen anziehen und das Wahlprogramm der

¹⁹⁶ Année politique suisse, 1967; 1971. Reich: Image und Stellenwert der schweizerischen Parteien, 1969, S. 11.

¹⁹⁷ StAZH WII 13.716, Brief der FDP des Bezirkes Horgen an Kandidierende, 5.10.1971.

¹⁹⁸ BAR J2.181 1987/52_72_627, Zeugin, Mark; Kaufmann, Willi: Gedanken zur Werbekonzeption CVP Nationalratswahlen 1971 – 2. Teil Werbeplanung, [1971].

¹⁹⁹ ACV PP 552/508, Bulletin du PRDV, n° 78: Conférences électorales, [1971]; Brief Francis Michon an das Sekretariat der FDP Waadt, 27.07.1971.

²⁰⁰ ACV PP 552/177, FDP der Waadt: Fiche Conférences – films, [1970].

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Inserat „Veranstaltung der FDP – Die Mitverantwortung der Frauen in der Bundespolitik ist notwendig. Für eine humane Schweiz“, Tages-Anzeiger, 28.10.1971.

Partei in Hinblick auf die mediale Berichterstattung in den Vordergrund stellen sollte. Wahlveranstaltungen waren somit vielfältiger geworden, und manchmal sogar für besondere Zielgruppen vorgesehen: So schlug die Zürcher SP den Sektionen vor, Altersversammlungen zu organisieren, oder die Wohnungs- und Mieterfragen in eher städtisch geprägten Bezirken anzusprechen.²⁰³ Zudem sollten „Informationstage“ in Land- und Vorortsgemeinden beweisen, dass „man [...] auch die Einwohner kleinerer Gemeinden ernst [nimmt]“. ²⁰⁴ Für „Wohngebiete von ‚grünen Witwen‘“ seien dabei normale Werktage als Termin zu bevorzugen.²⁰⁵ Oft zusammen mit den SP-Frauen organisierten tatsächlich manche SP-Sektionen „Informationsnachmittage“ für die Neuwählerinnen, manchmal mit Kinderhütendienst.²⁰⁶ Neben Ton-Bild-Schauen, kurzen Vorträgen der Kandidatinnen zu der Bedeutung ihrer Kandidaturen oder zur Gleichstellungspolitik sollten sie Möglichkeit für ein „ungezwungenen Gespräch bei Kuchen und Kaffee“ bieten.²⁰⁷ Im Rückblick meinte Rita Gassmann, dass die rund 20 Nachmittage dieser Art im Kanton Zürich zur Bekanntheit der Kandidatinnen beigetragen hätten, auch in „Regionen, in denen die Frauen allgemein nicht ans Politisieren gewöhnt waren“.²⁰⁸

Die für diese Informationstage ausgesuchte Mischung aus Referaten, Diskussionen, und Ton-Bild-Schauen zeigte ferner die Bemühungen der Parteien, das Format der Wahlversammlung zu erneuern. Viele Parteiakteure einigten sich nun darauf, dass lange frontale Monologe von PolitikerInnen zu vermeiden seien, selbst wenn dieser Perspektivenwechsel manchmal begrenzte Auswirkungen mit sich brachte. So stand in einem Dokument der Schweizer FDP, dass *“un discours n’est pas un monologue, mais une conversation spirituelle avec l’auditeur”*,²⁰⁹ während die waadtländische FDP bei Debatten empfahl, die ersten Fragen von Mitgliedern stellen zu lassen, und dies auf eine spontane Art: *„il convient au moins de donner une illusion de fraîcheur et de spontanéité apte à mettre la salle en condition.“*²¹⁰ Tatsächlich organisierten die Parteien weniger Einzelreferate, dafür aber Gespräche am runden Tisch mit PolitikerInnen und ExpertInnen. Mit ihrer Podiumsdiskussion zur Frage *„Die Schweizer Wirtschaft vor unsicheren Tagen?“* erbrachte beispielsweise die Zürcher FDP den Beweis ihrer Kompetenz und reicher Netzwerke: Die daran teilnehmenden Nationalratskandidierenden um den Ständeratskandidaten Fritz Honegger als Gesprächsleiter zeigten die Verankerung der FDP in den Machtpositionen der Wirtschaft.²¹¹

²⁰³ SSA Ar 27.600.1, Wahlpropaganda-Kommission: Vorschläge für die Durchführung des Nationalratswahlkampfes, [1971].

²⁰⁴ SSA 27.600.1, Sekretariat der Zürcher SP, SP-Informationstage, 29.09.1971.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ SSA Ar 27.60.37, Inserat *„Einladung zu einem politischen Kaffee-Nachmittag“*, [1971].

²⁰⁷ SSA Ar 27.600.3, Inserat für eine Wahlversammlung der SP des Bezirkes Affoltern, [1971].

²⁰⁸ SSA 1.117.14, Zentrale Frauenkommission, 13.11.1971.

²⁰⁹ ACV PP 552/208, FDP der Schweiz: Dossier de documentation, Conseils aux orateurs, [1971].

²¹⁰ ACV PP 552/177, FDP der Waadt: Fiche Conférences – films, [1970].

²¹¹ Inserat *„Informations-Bulletin 11. Wenn das Wörtchen ‚wenn‘ nicht wär...“*, Neue Zürcher Zeitung, 24.10.1971.

Ferner fanden im Wahlkampf von 1971 besonders viele kontradiktorische Wahlversammlungen statt. Sie wurden oft auf Initiative bestimmter Parteien veranstaltet, die sich beispielsweise zu einem bestimmten Thema positionieren wollten. So organisierte die Zürcher FDP eine Veranstaltung zur „Waffenausfuhr-Verbotsinitiative“ mit dem FDP-Kantonsrat Hans Rüegg als Gesprächsleiter, den Gegnern der Initiative Walter Raissig, Zürcher Nationalrat, und Hans Trautweiler, Oberstdivisionär, gegenüber dem SP-Kantonsrat und Friedensaktivist Hansjörg Braunschweig, und dem SP-Nationalrat Walter Renschler, die diese unterstützten.²¹² Im Kanton Zürich einigten sich zudem die Parteien auf die Durchführung kontradiktorischer Veranstaltungen zwischen ihren Ständeratskandidierenden. In Anlehnung an die TV-Sendungen kannten diese Veranstaltungen Regeln für die Verteilung von parteipolitischen Kampagnenmaterialien und wurden von Journalisten moderiert.²¹³ Ferner wurden nun kontradiktorische Veranstaltungen von nichtparteilichen Akteuren organisiert, wie Frauenzentralen oder Jugendzentren.²¹⁴ Die Parteien überlegen sich dabei gut, wie sie bei solchen Anlässen mit den Gegnern umgehen sollten. Gegenüber der SP-Ständeratskandidatin Doris Morf meinten die Propagandaverantwortlichen der Zürcher FDP, dass eine Konfrontation mit ihr allein zu vermeiden sei, und dass das Schwergewicht auf „anspruchsvolle schweizerische Themen“ zu legen sei, in denen Morf „eher Mühe haben wird“.²¹⁵ Die Zürcher Jungfreisinnigen ihrerseits suchten mit der Unterstützung der Kantonalpartei besonders die Konfrontation mit der NA und den Republikanern und organisierten sogar Debatten mit ihnen, die allerdings laut den Presseberichten durchaus höflich und versöhnlich blieben.²¹⁶

Wenn die Parteien selber nach einem höflichen, für sie günstigen Widerspruch suchten, so wiesen einige Veranstaltungen stark polarisierte Töne auf. Die Schwarzenbach-Versammlungen brachten dabei am meisten Spannung in den Wahlkampf.²¹⁷ In Lausanne kamen 150 Personen, darunter eine Mehrheit von SympathisantInnen, „(parmi eux des spoliés d’Algérie) qui vibrent quand sont attaqués certains aspects de l’aide au tiers monde, la surpopulation étrangère, la spéculation immobilière et la cherté des loyers, le communisme, les enseignants gauchistes ou gauchisants, l’antimilitarisme, la politique étrangère de M. Graber, ou les conseillers nationaux qui représentent plus des groupes d’intérêts que le peuple“.²¹⁸ Dazu kamen aber auch linke GegnerInnen, die Widerspruch leisten wollten, ohne dass es am Abend zu einer starken Auseinandersetzung kam. Anders verlief jedoch eine

²¹² StAZH WII 13.717, Propagandakommission, 30.08.1971.

²¹³ SSA Ar 27.60.37, Flugschrift SP Hombrechtikon, „Öffentliche Veranstaltung: Ständeratswahlen mit Frau Doris Morf und Herrn Albin Heimann“, 9.10.71.

²¹⁴ Inserat „Nationalratswahlen 1971. Podiumsgespräch im Jugendzentrum Drahtschmidt“, in: Neue Zürcher Zeitung, 24.10.1971.

²¹⁵ StAZH WII 13.717, Propagandakommission, 16.09.1971.

²¹⁶ StAZH WII 13.504, FDP des Kantons Zürich, Präsidentenkonferenz: Zugkräftige Veranstaltungen 1971, [1971]; Jungfreisinnige gegen Nationale Aktion, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1971.

²¹⁷ Zu Schwarzenbachs Verwendung von politischen Veranstaltungen als Tribüne, vgl. Drews: „Schweizer erwache!“, 2005, S. 161ff.

²¹⁸ 150 personnes pour écouter M. Schwarzenbach, in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 23.10.1971.

Veranstaltung von Schwarzenbach in Uster Anfang September, wo die Ausschreitungen wohl das spannungsreichste Ereignis des ruhigen Wahlkampfes darstellten, und viel mediale Aufmerksamkeit bekamen. Im Kontext des Wahlkampfes engagierten sich die Lehrlinge der Hydra-Gruppe vehement gegen Schwarzenbach und versprachen, alle seine Auftritte zu stören und mit dem Finger auf die „Schweizer Spiesser“ zu zeigen, welche diesem „drittklassigen Rattenfänger [...], Jesuiten-Schüler und Hitler-Verehrer Schwarzenbach“ blind folgen würden.²¹⁹ Ein paar Hundert Hydra-AktivistInnen aus der ganzen Schweiz trafen sich am Abend der Veranstaltung mit Jugendlichen und GastarbeiterInnen der Region am Bahnhof Uster, um mit Parolen wie „Weg mit Schwarzenbach!“, „In Schwarzenbach wird Hitler wach!“ ihren Unmut zu demonstrieren.²²⁰ Die Demonstranten übertrafen die Schwarzenbach-AnhängerInnen numerisch und kaperten die Veranstaltung, so dass eine tumultuöse Diskussion stattfand, welche durch Schwarzenbachs Angriffe weiter angeheizt wurde („Ich bin in der Schweiz und bin ein Schweizer [...] Ihr seid Sauschweizer, euer Benehmen ist typisch faschistisch“).²²¹ Die geplanten Vorträge fanden nicht statt und auch die von beiden Seiten genehmigte Diskussion fand ein frühes Ende, als Schwarzenbach sich weigerte, sein Votum ins Italienische übersetzen zu lassen und die kommunistischen Sympathien der Hydra durch ihre Beziehungen zur Gruppe Spartakus in Österreich anprangerte. Er brach den Dialog ab, als Ho Chi Minh-Rufe im Saal ertönten.²²² Mehr als vom ereignisvollen Abend selbst wurde der weitere Wahlkampf von medialen und politischen Kommentaren dazu geprägt. Selbst im SP-Parteiorgan *Volksrecht* teilten sich die Geister: während Traugott Biederman die Ernsthaftigkeit der Jugendlichen trotz ihrem problematischen Handlungsmittel hinsichtlich der Redefreiheit verteidigte, sorgte sich Helmut Hubacher, dass die Hydra-Aktion Schwarzenbach einen kontraproduktiven „Märtyrerglanz“ verleihe.²²³ Die *NZZ* verurteilte die Hydra-Aktion ebenfalls als kontraproduktiv: „Daran denken die *rabiaten Zauberlehrlinge* wohl nicht: dass auch der Gegner eine Hydra sein könnte, der zwei Köpfe nachwachsen, wenn man einen abschlägt.“²²⁴ Damit hatten die Hydra-AktivistInnen sicherlich die gut geplante Ordnung des Wahlkampfes gestört, und darüber freuten sie sich in einem Flugblatt, in welchem sie ihre Version der Ereignisse wiedergaben. Sie, junge, stimmrechtslose Lehrlinge und folglich „Fremdarbeiter im eigenen Land“, beanspruchten darin den Respekt der Demokratie für sich gegenüber dem „Schauspiel“ des Parlaments und dem „Demokrat“ Schwarzenbach. Dieser habe während der Veranstaltung „Bisch still, bisch still“ gekreischt, worauf die Lehrlinge beissend

²¹⁹ In den Worten ihres Flugblatts zur Schwarzenbach-Wahlversammlung, zitiert im Zürcher SP-Parteiorgan *Volksrecht*, In Uster beschimpften sich „Linke“ und „Rechte“ als Faschisten. „Hydra“ sprengte Schwarzenbach-Veranstaltung, in: *Volksrecht*, 10.09.1971.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Ebd.

²²² Gesprengte Wahlveranstaltung der Republikaner in Uster. Störaktion der Lehrlingsgruppe „Hydra“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.09.1971.

²²³ Unser Kommentar, in: *Volksrecht*, 10.09.1971; Am schwarzen Bach, in: *Volksrecht* 14.09.1971.

²²⁴ Wer profitiert? in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.09.1971.

bemerkten: „der Nationalrat gebärdet sich wie an chline Goof: er kann es nicht ertragen, einen Lehrling sprechen zu lassen“.²²⁵

Tatsächlich waren es auch die politischen und sozialen Hierarchien von Wahlversammlungen, in welchen die Grenze zwischen Sprechenden und ZuhörerInnen starr gezogen waren, die im Zuge der 1968er Forderungen nach Autonomie in Frage gestellt wurden. Nicht nur die fremdenfeindlichen, sondern auch die bürgerlichen Parteien befürchteten Sprengaktionen von jungen AktivistInnen bei ihren traditionellen Wahlversammlungen. Im Rahmen ihrer „Jugendaktion“ gab die Schweizer FDP den Kantonalparteien sogar folgende Hinweise:

„à aucun moment, il ne faut donner l'impression d'une ‚manipulation‘; les intentions des organisateurs doivent être claires. Il faut manifester ouvertement la volonté du parti radical d'établir le dialogue avec la jeunesse. [...] *Il faut éviter que l'on ait d'emblée l'impression d'un fossé entre ceux qui posent les questions (jeunes) et ceux à qui elles s'adressent (hommes politiques).* [...] Pour éviter qu'une manifestation soit ‚noyauté‘ ou dominée par des adversaires ou des ‚saboteurs‘, il faut veiller à ce que des sympathisants soient présents et prêts à intervenir activement dans la discussion.²²⁶

Die FDP wie die anderen Parteien standen tatsächlich zunehmend vor der Herausforderung, sich trotz eines wachsenden Unverständnisses beiderseits an die „Jugend“ anzunähern und darüber hinaus mit Wahlversammlungen auch jene BürgerInnen zu erreichen, die sich immer weiter von der Parteipolitik entfernten.

Zwischen eingeübten Podiumsgesprächen und Friedensaktionen

Im Vergleich mit 1971 zeigten die Wahlversammlungen von 1983 zugleich weniger Erneuerung und auch weniger Zündstoff. Wahlversammlungen auf Initiative einer einzelnen Partei mit einer Kombination aus kurzen Vorträgen der Kandidierenden, eventuell kleinen Videos und Diskussion blieben verbreitet. Wie an Parteifesten versuchten manche Parteien, z.B. die waadtländische SP, diese möglichst „feierlich“ zu gestalten, beispielsweise mit Apéros, Musik oder Barrundfahrten in benachbarte Dörfer, „afin d'échapper à la formule des conférences traditionnelles“.²²⁷ Die Vorstellung der Kandidierenden vor Ort stand dabei im Vordergrund, wobei sich der Personalisierungstrend bis in die Wahlversammlungen übertrug: So unterstrich die kleine waadtländische CVP die politische Bedeutung ihrer Kampagne durch die Einladung bekannter CVP-Politiker, wie dem Jurassier Staatsrat François Lachat, dem Freiburger Ständerat Pierre Dreyer oder dem Walliser Nationalrat Vital

²²⁵ SSA QS 37.5, Flugschrift Hydra zur Wahl, Offener Brief an einen Wähler, [1971]; Offener Brief an einen Wähler. Hydra zur Wahl, in: Helvetische Typographia, 27.10.1971.

²²⁶ ACV PP 552/28, FDP der Schweiz: Directives pour l'organisation de manifestations dans le cadre de l'action pour la jeunesse, [1971].

²²⁷ PA SP VD E 1983, Rundschreiben der SP Waadt, 7.07.1983.

Darbelley.²²⁸ In ihrer Gestaltung der Versammlungen versuchten die Parteien zudem, deren mögliche mediale Wirkung vorauszusehen. Es war das Ziel, viele Wahlversammlungen zu organisieren, was der Logik entsprach, dass man, wenn man schon keine Massen anziehen vermochte, dann doch wenigstens einen regulären medialen Präsenz durch Anzeigen und Berichte erreichen könne.²²⁹ Ferner bevorzugten viele Kantonalparteien nun auch für ihre eigenen Versammlungen neutrale GesprächsleiterInnen, zum Beispiel JournalistInnen. Damit gewannen sie eine ausserparteiliche Persönlichkeit als Glaubwürdigkeitsfaktor und bewiesen den offenen Diskussionscharakter der Versammlung, sowohl zwischen den Kandidierenden als auch mit dem Publikum.²³⁰ Dabei nutzen die Parteien ihre Wahlversammlungen noch mehr als zuvor, um ihre Themen im Wahlkampf zu betonen. Die Zürcher FDP organisierte beispielsweise eine Veranstaltung zum Thema „Woran kranken die SBB?“, an welcher neben SBB-Kadern auch der neoliberale Ökonom Nicola G. Hayek teilnahm und einen Bericht zu den Führungsproblemen der SBB vorstellte.²³¹ Die Parteien orientierten sich bei der Auswahl der Themen an der medialen Agenda, und so fanden rechts wie links des Parteienspektrums viele Veranstaltungen zum Waldsterben statt.²³²

Unter den wenigen Parteien, die ihre Wahlversammlungen jenseits dieser Anpassung an die Medialisierungslogik zu erneuern versuchten, strebte die Zürcher SP danach, ihre Themen mit innovativen Versammlungsformen und Partnerschaften zu bereichern, die zwar Teil des Wahlkampfkalenders waren, aber vor allem das langfristige Engagement der Partei über den Wahlkampf hinaus beweisen sollten.²³³ Sie veranstaltete somit eine Reihe von Versammlungen zur internationalen Solidarität und zum Frieden, die von Aktionen wie einem Austausch von Kriegsspielzeugen oder einem Gedenk Anlass zum 10. Jahr der chilenischen Diktatur begleitet wurden. Sie lud dafür zum Beispiel VertreterInnen der süddeutschen Friedensbewegungen oder auch den Zukunftsforscher Robert Jungk ein.²³⁴ Während die Partei damit ihre Verbindungen zu den Solidaritäts- und Friedensbewegungen pflegte,²³⁵ behielt sie auch Veranstaltungen mit den

²²⁸ ACV PP 985/23/1, Brief der Sektion Echallens an Gérard Nicod, Sekretär der waadtländischen CVP betreffend den Wahlabend mit F. Lachat, 23.08.1983; Einladung an einer Wahlversammlung mit Dreyer und Darbelley, 22.09.1983.

²²⁹ PA CVP ZH, Wahlkampfstab der Zürcher CVP: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

²³⁰ ASTi FPC 01 63.2.2, Flugschrift „Tribuna publica“, [1983].

²³¹ StAZH WII 13.541, Pressedienst: FDP-Infoveranstaltung, SBB-Krise, 21.09.1983.

²³² StAZH WII 13.470, Flugschrift „Waldstreben – auch bei uns? Öffentliche Informationsveranstaltung der FDP Zürich“, [1983]; SSA Ar 27.600.14, Flugschrift „Bleierne Luft, sterbender Wald Öffentlich Veranstaltung zum Thema Luftverschmutzung – Waldsterben“, [1983].

²³³ SSA Ar 27.600.14, o.A.: SP-Ideen, August 1983.

²³⁴ SSA Ar 27.600.14, Flugblatt „Robert Jungk Zukunftsforscher spricht zum Thema Perspektiven der Friedensbewegung“, [1983]; Flugschrift „Heisser Herbst‘ in den Nato-Staaten, Einladung zu einer öffentlichen Monatsversammlung“, [1983]; o.A.: Veranstaltungskalender Nationalratswahlen, 13.09.1983; o.A., Terminplan für die Herbstwahlen der SP des Kantons Zürich, [1983].

²³⁵ Der langjährige Friedensaktivist Hansjörg Braunschweig war ein zentrales Bindeglied zwischen der Partei und der transnationalen Friedensbewegung. Die Partei knüpfte auch an aktuelle Aktionen der Friedensbewegung an: So schlossen sich Zürcher SP-AktivistInnen der „Menschenkette Stuttgart-Neu-Ulm“ Ende Oktober 1983 an.

traditionellen Partnern der Arbeiterbewegung bei: so bei ihrer wahlkampfbedingten Präsenz am VPOD-Tag des öffentlichen Personals oder bei einem Treffen Otto Nauers mit den „SEV-Senioren“.²³⁶ So versuchte die intern gespaltene Partei die verschiedenen Anliegen ihrer Wählenden anzusprechen und ihre Verbindungen zu verschiedenen nichtparteilichen Akteuren zu inszenieren.

Mit den weiterhin vielen rein parteipolitischen Versammlungen, aber auch mit den kontradiktorischen Debatten stellten aber die meisten Wahlversammlungen die Parteien weiterhin ins Zentrum des Wahlkampfes. Wenn auch nichtparteiliche Akteure manchmal die Initiative bei der Organisation von Debatten innehatten,²³⁷ behielten doch die Parteien in den meisten Fällen die Oberhand und konnten zum Teil auch ihre Kontrahenten auswählen. Im Kanton Zürich wurde eine Reihe von Veranstaltungen zwischen Ständeratskandidierenden mit thematischen Schwerpunkten organisiert, einmal sogar mit Übertragung auf Radio DRS, und dabei immer unter der Gesprächsleitung von Journalisten (von Rudolf Gerber vom *Landboten* bis hin zu Victor Schlumpf des *Tages-Anzeigers*).²³⁸ Die kämpferische POCH-Kandidatin Ingrid Schmid wurde nur an eine dieser Debatten eingeladen, worüber die Zürcher FDP sich freute.²³⁹ Kontradiktorische Wahlversammlungen und -sendungen hatten sich dabei insofern normalisiert, als die Inszenierung der Debatte zwischen den Parteien und mit dem Publikum Gegenstand von zahlreichen Hinweisen und sogar Schulungen in den Parteien war, weshalb die Diskussionskultur einstudiert wirken konnte, wie die *NZZ* in Bezug auf Podiumsgespräche kommentierte:

„Sie bestehen aus mindestens zwei bis höchstens sieben, acht Diskussionsteilnehmern, einem Gesprächsleiter sowie einem in der Zahl stark schwankenden Publikum, je nachdem, *um das wievielte Podiumsgespräch derselben Partei zu demselben Thema mit denselben Teilnehmern* es sich im Umkreis von einer halben Autostunde handelt. An Podiumsgesprächen nehmen meist Vertreter mehrerer Parteien teil, was bedeutet, dass der einzelne furchtbar aufpassen muss, dass sich seine Meinung nicht mit jener des Kandidaten zu seiner Linken deckt, wenn er sich von jener des Kandidaten zur Rechten absetzt, und umgekehrt. [...] An die Podiumsgespräche schliesst stets eine Publikumsdiskussion an. Die Antworten der Kandidaten beginnen in der Regel mit: *„Ich bin voll und ganz Ihrer Meinung, aber...“*, wobei der Redner von der persönlichen Meinung auf das Parteiprogramm und von der Ich-Form zur Wir-Form wechselt. Antworten wie: *„Da muss ich Ihnen aber ganz entschieden widersprechen“* erhält niemals der potentielle Wähler, mit dem ja behutsam umzugehen ist, sondern der Vorredner auf dem Podium, der dann noch zu hören

SSA Ar 27.600.14, Wichtige Termine für die National- und Ständeratswahlen, [1983]. Diese Aktionen brachten der Zürcher SP-Kampagne (wie manche ihrer anderen Aktivitäten) Fichen von der Zürcher Stadtpolizei ein. SSA Ar 27.900.6, Staatsschutzakten und Fichen („Schnüffelakten“), 1990-1993.

²³⁶ SSA Ar 27.600.14, Terminplan für die Herbstwahlen der SP des Kantons Zürich, [1983].

²³⁷ Z.B. vom Cercle lausannois de la presse oder von Jugendhäusern. Les radicaux entrent en campagne. Une „confiance vigilante“, in: 24 Heures, 30.09.1983; Politiker im Jugendhaus. Eine Veranstaltung in Regensdorf, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.09.1983.

²³⁸ StAZH WII 13.470, Flugblätter für kontradiktorische Veranstaltungen, [1983].

²³⁹ Ebd., Orts- und Kreisparteipräsidentenkonferenz, 14.09.1983.

bekommt, was seine Partei nicht/nicht recht/miserabel, die des Redners dagegen als erste/als einzige/am besten getan hat.²⁴⁰

Wenn die Wahlversammlungen von 1983 im Vergleich mit 1947 auch einen verstärkten Meinungspluralismus innerhalb und zwischen den Parteien aufzeigten, waren sie nach wie vor mit der Herausforderung konfrontiert, auch jene BürgerInnen anzusprechen, die gerade dieses ritualisierte, eingeübte Parteileben bemängelten.

5. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden vier Formen der Kontaktaufnahme mit Mitgliedern und Wählenden untersucht, die zugleich Konstanten und Aspekte des Wandels aufweisen. Erstaunlich ist es zunächst, wie Parteien ähnliche Formate der Mobilisierung – von Parteifesten, Kongressen, Versammlungen bis zum *canvassing* – beibehielten, aber zugleich umwandelten. Insbesondere für ParteiaktivistInnen blieben tatsächlich Parteifeste und Kongresse Momente des Zusammenseins und der Motivation für den Wahlkampf. Parteiveranstaltungen dienten kontant der Stärkung der Parteien durch die Hervorhebung der kollektiven Identität und manchmal auch der prominentesten ParteivertreterInnen. Wenn die Selbstdarstellung der Parteien somit wichtig geblieben war, so lässt sich bemerken, dass abgesehen von der SP und der SVP die Inszenierung der eigenen (teilweise erfundenen) Geschichte an Bedeutung eingebüsst hat. Die Demonstration der eigenen Kraft und Dynamik, ja sogar die Terrainmarkierung auf der Strasse im Fall der FDP-Kundgebungen, blieb dafür eine wichtige Funktion aller Formen von Wahlveranstaltungen. Die Kontaktaufnahme mit den Wählenden stellte zudem während der ganzen Zeit eine wichtige Aufgabe der Parteien im Wahlkampf dar, wobei die von Gygi 1959 empfohlene Pflege der Nähe mit ihnen im Lauf der Zeit sich mit der medialisierten Personalisierung kombiniert hat, sodass es für Kandidierende und wichtige Parteipersonlichkeiten immer wichtiger wurde, sich bei den Wählenden zu zeigen. Die Inszenierung der Nähe ging zudem mit dem Versuch einher, Distanzen oder sogar Hierarchien zwischen Gewählten und Wählenden zu reduzieren: Auf gesellschaftliche Partizipationsforderungen reagierten die Parteien, indem sie bei ihren Wahlkampfveranstaltungen mehr Teilnahmemöglichkeiten anboten. Zudem öffneten sich die Mobilisierungsaktionen der Parteien für weitere Akteure, von Journalisten bis nichtparteilichen Akteuren, und sogar für andere Parteien, sodass eine Partei sich seltener allein vor die BürgerInnen stellte. Insofern galten Mobilisierungspraktiken nicht nur dem Beweis der eigenen Stärke, sondern sollten auch eine demokratische, pluralistische Debattenkultur im Wahlkampf aufzeigen. Auch wenn die Parteitage von 1983 im Zeichen einer stärkeren Polarisierung nicht vor scharfen Pointen zurückschreckten, so blieben bestimmte Wahlkampfaktionen doch ausserhalb des akzeptierten Konfliktverhaltens: Zum Beispiel erwies sich das Sprengen der Schwarzenbach-Versammlungen

²⁴⁰ Noch viermal schlafen, und dann ist Wahltag. Impressionen einer Wahlveranstaltungsgeschädigten, in: Neue Zürcher Zeitung, 19.10.1983.

durch die Hydra-AktivistInnen 1971 als eine nicht geduldete Ausnahme in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit.

Kapitel 8. Schlussreflexionen: Parteien und Wahlkämpfe im Wandel

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit stellte der Befund dar, dass die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit in der historiographischen sowie öffentlichen Diskussion oft als Nichtereignisse gelten. Verstärkt wird dieses Bild vor allem im Kontrast zu den polarisierten, öffentlichkeitswirksamen Wahlkämpfen der 1990 und 2000er Jahre. Die Wahlkämpfe zwischen den 1940er und 1980er Jahren wurden so manchmal als Realisierung einer stabilen und konsensorientierten politischen Kultur gedeutet, welche in der Einführung der Zauberformel 1959 ihren Höhepunkt erreichte. Eine andere Auslegung erklärt im Gegenteil die scheinbare Bedeutungslosigkeit Schweizer Wahlkämpfe vor allem ab 1959 mit einem unausgesprochenen Pakt zum Nichtangriff und zur Zurückhaltung, den die vier Bundesratsparteien zum Zweck ihrer gemeinsamen Regierungsbeteiligung geschlossen hätten. In der vorliegenden Analyse konnte dagegen herausgearbeitet werden, dass die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit zwar auf Ebene der Wahlergebnisse Stabilität suggerieren, sie aber tatsächlich einem tiefen Wandel unterlagen, was die parteipolitischen Mobilisierungspraktiken, aber auch die demokratische Repräsentation in der Schweiz angeht.

Im Folgenden werden die Schlussfolgerungen dieser Arbeit zum Wandel des Wahlkampfs in der Schweiz entlang dreier Dimensionen zusammengefasst: zunächst der Ausprägung des Wettbewerbs in den vier untersuchten Wahlkämpfen (1), dann dem Wandel des parteipolitischen *campaignings* (2), und schliesslich hinsichtlich der Veränderungen der repräsentativen Bindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten (3).

1. Vom konsensorientierten Nichtangriffspakt zum kompetitiven Wählermarkt? Veränderungen des Wahlkampfs als Wettbewerbsfeld

Welche Formen nahm also der Wettbewerb in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit an? Prägte tatsächlich eine urhelvetische Konsenskultur oder ein Konsensgebot die Interaktionen zwischen Parteien und Kandidierenden? Wie manifestierte sich der Kampf um politische Macht? Die hier unternommene Analyse hat gezeigt, dass die Wahlkämpfe trotz der häufig von den Akteuren selbst proklamierten Konkordanz viel vielschichtiger, durchaus in sich widersprüchlicher und stark kontextabhängig waren. Die vier Wahlkämpfe lassen sich aufgrund der unterschiedlich ausgeprägten Wettbewerbsorientierung der Parteien unterscheiden.

1.1. Vom Stellungskrieg...

Die Wahlkämpfe von 1947 und 1959 nahmen dabei den Charakter eines Stellungskrieges an: Die Bundesratsparteien strebten hauptsächlich danach, ihre Stellung im politischen Feld zu behaupten, was aber den Campaigningstil nicht weniger konfliktorientiert machte.

Zwischen aufklärerischer Propaganda und Truppeneinsatz (1947)

Die ersten Nachkriegswahlen von 1947 standen durchaus im Zeichen eines offenen Wettbewerbs, da der zu erwartende Wahlausgang nicht völlig gesichert war. Zwar schloss die bürgerliche Presse die Möglichkeit weiterer Stimmenbewegungen zu Gunsten der Linken als Fortsetzung der Wahlen von 1943 aus. Jedoch herrschte Unsicherheit bezüglich des zu erwartenden Wahlergebnisses der PdA. Die Sozialdemokraten 1947 strebten noch danach, eine politische Mehrheit für ihr Programm *Die Neue Schweiz* zu erreichen. Auch wenn das Scheitern ihrer Initiative *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* im Mai 1947 sowie die Schwierigkeiten der linken Regierungen in Grossbritannien und Schweden bedeutende Enttäuschungen für die Sozialdemokraten darstellten, blieb die vom Werbefachmann Victor Cohen konzipierte Kampagne offensiv und zukunftsorientiert. Dagegen nahmen die bürgerlichen Parteien eine vorwiegend defensive Stellung ein: Für sie ging es darum, ihre Positionen zu halten und in fine den Status Quo im Bundesrat zu legitimieren. Dafür strebten sie an, „ihr“ eigenes Wählerreservoir für die Wahlen zu aktivieren und zu pflegen, ohne aber neue Wähler überzeugen zu wollen. Die bürgerlichen Parteien, aber auch die SP in ihrer konkreten Wahlmobilisierung, einigten sich dabei auf ein segmentiertes Verständnis, auf eine „Aufteilung“ der Wählerschaft. Seit der Zwischenkriegszeit hatten sich das Parteiensystem und mehr noch die jeweiligen parteipolitischen Handlungssysteme tatsächlich im Sinne einer „Versäulung“ konsolidiert, was diese Herangehensweise an die Wählermobilisierung begründete. Dabei bestanden aber weiterhin Reibungsflächen zwischen den unterschiedlichen parteipolitischen Handlungssystemen. Gerade da erwies sich die Mobilisierungsarbeit der Parteien als am dringlichsten, so beispielsweise bei den katholischen Arbeitern der Diaspora. Dafür setzten die Parteien eine „aufklärerische Propaganda“ ein, deren Ziel es war, die jeweiligen Wählergruppen an ihre Pflichten für das Land und für die Partei zu erinnern und somit zum Urnengang zu mobilisieren. Ihr *campaigning* mündete oft in eine regelrechte militärische Mobilisierungsrhetorik, hier war die Rede von Flüsterpropaganda bis hin zum Truppeneinsatz, was an die noch lebendigen Kriegserfahrungen der Schweizer Männer anknüpfen sollte. Diese Art der Mobilisierung war allerdings keine schweizerische Besonderheit, da sie – wie auch in anderen Demokratien – ihren Ursprung in der historischen Konstruktion der politischen und militärischen Felder als männlich hatte. Die militärischen Bilder des Politischen passten aber bereits zu der Art des Stellungskriegs, den sich die Parteien via Artikel in der Parteipresse, eigene Kampagnenliteratur sowie Wahlveranstaltungen für ihre Anhänger lieferten. Aufgrund der starken Segmentierung der Medienlandschaft boten hauptsächlich das Radio sowie, weniger häufig, kontroverse Diskussionsveranstaltungen Möglichkeiten zur Debatte.

Die militärischen Bilder der Agitation kontrastierten dabei mit den Appellen zur Selbstmässigung, wie sie seitens der *Geistigen Landesverteidigung* zu hören waren: Die Kampagnen des Gotthard-Bundes 1943 und 1947 verdeutlichten das Spannungsverhältnis zwischen Wahlkampfmobilisierung und Selbstmässigungsgebot, als selbst der Verein sich nach den Wahlen über die Demobilisierung der

Bürger besorgt zeigte, die politische Kommentatoren auf seine Kampagne zurückführten. Ferner liessen ihre Appelle zur nationalen Einigkeit ein Unbehagen über einen ausgeprägten politischen Pluralismus in Wahlkampfzeiten deutlich werden, worin sich sowohl Spuren der antiparlamentarischen Kritik der Zwischenkriegszeit als auch des begrenzten demokratischen Lebens der Kriegsjahre zeigten. Auffällig in dieser Hinsicht ist zudem die Doppelsinnigkeit der medialen Kommentare vor allem in den 1940-50er Jahren, welche die Monotonie des Wahlkampfs ironisierten und zugleich die Mässigung der Schweizer Politik im Vergleich mit dem Ausland lobten. Jenseits dieser positiven Selbstbeschreibungen der Schweizer Politik, die die öffentliche Wahrnehmung des Wahlkampfs prägten, zeigten die Wahlkampfstrategien und -praktiken der Parteien eine differenziertere Realität. Zwar sprachen sich die Parteien für eine „positive Werbung“ aus, jedoch basierte die Pflege der jeweiligen Stammwählerschaften auch auf der Aktivierung historischer Feindseligkeiten entlang der Kultur- oder Klassenkampflinien. Stärker noch wurden aber die Aussenseiter des politischen Feldes, der LdU und die PdA, von den vier Bundesratsparteien mit Kritik überzogen, wobei diese auch mitspielten und selber Attacken ritten. Mit dem Eintritt in den Kalten Krieg fungierte dabei vor allem der Kommunismus als inneres und äusseres Feindbild. Ein regelrechtes *negative campaigning* ging schliesslich in die Auseinandersetzungen zwischen den Kandidierenden ein, manchmal sogar innerhalb der gleichen Listen. Hier zeigte sich bereits, dass das Unerwartete in den Wahlergebnissen weniger die Stärke der einzelnen Parteien betraf als die Präferenzen der Wähler für einzelne Personen auf den Listen, worin schlussendlich auch ein grosses Konfliktpotenzial für Politiker, Parteien und die im Wahlkampf beteiligten Verbände lag.

Heisst Stillstand Rückschritt (1959)?

Beim Wahlkampf von 1959 ging es allen vier Parteien im Sinne eines Stellungskrieges noch stärker als zuvor darum, ihre Positionen und damit ihre Anteile am „Kuchen“ der Macht zu halten. Für die Sozialdemokraten bedeutete dies, entsprechend ihrer Mandats- und Stimmenstärke zwei Bundesratssitze zu erlangen, für die Freisinnigen wiederum, ihre Mandate im Bundesrat zu verteidigen. Bereits seit den ersten Nachkriegsjahren hatten die Wahlen aber keine eindeutigen Gewinner und Verlierer hervorgebracht. In diesem Kontext gewann neben den relativ fix verteilten Mandaten die Anzahl an Stimmen an politischer Bedeutung, wie die Wahlstrategie des KCVP-Zentralsekretärs Martin Rosenberg verdeutlichte: Um seine Partei im politischen System weiterhin als Dreh- und Angelpunkt zu verankern sowie das Ende der freisinnigen Hegemonie endgültig zu besiegeln, formulierte er für die KCVP das Ziel, hinsichtlich des Stimmenanteils zur stärksten bürgerlichen Partei zu werden; seit 1951 war sie bereits stärkste Bundeshausfraktion. Dieser Behauptungswille, um aus dem „Stillstand“ nicht ins Hintertreffen zu geraten, stand hinter dem Fokus der Parteikampagne auf die „Christliche Demokratie“: Rosenbergs Aufmerksamkeit richtete sich somit nicht nur auf zu gewinnende Stimmen von Protestanten, sondern mehr denn je auf diejenigen der Diasporakatholiken. Dabei gründete sein Versuch, zwecks der Behauptung seiner Partei die

Wahlstatistik zu nationalisieren, weiterhin auf der Logik der Wählerreservoirs – in diesem Fall der Diasporakatholiken.

Die parteiinternen Widerstände zu dieser Strategie, selbst ohne jegliche Mandatschancen einen Wahlkampf um Stimmen durchzuführen, zeigen anschaulich, dass die Wahlen als Stellungskriege durchaus an Brisanz verloren hatten. Der Wahlkampf von 1959 galt als besonders „lau“, da sich die historischen parteipolitischen Identitäten und Feindseligkeiten bereits abschwächten. Auch wenn sich die Parteien noch auf ihre üblichen Mobilisierungskanäle im jeweiligen Handlungssystem stützen konnten, war die Wählermobilisierung für sie schwieriger geworden. Während Appelle an das eigene Milieu generell verstärkt wurden, begannen die KCVP und die SP, sich von ihren historischen Identitäten zu lösen, um (zumindest symbolisch) alle Wähler der neuen „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ anzusprechen. Dieser Trend zum Universalismus spiegelte sich auch in den neuen grafischen Trends: Die Plakate von 1959 nahmen verfeinerte Linien an und vermieden die starken Farben sowie die parteipolitische Symbolik früherer Wahlkampfmaterialien. Im Fall der SP spielte dabei die Beratung der Marktforschungsagentur NOWLAND eine grosse Rolle, welche der Partei klar empfahl, den „peripheren Wähler“ nicht mehr als „armen Kerl“ anzusprechen, sondern als sozial anerkannten, statussicheren Bürger mit Zugang zur neuen Konsum- und Freizeitgesellschaft.

Paradoxe Weise tauchten im „lauen“ Wahlkampf von 1959 besonders viele Fälle von *negative campaigning* auf. Obschon die zunehmend elaborierten Kampagnenpläne der Parteien generell auf ein positives „Image“ fokussierten, nutzten alle vier Parteien den Antikommunismus als mobilisierenden Negativ-Diskurs. Die grosse öffentliche Empörung über den sowjetischen Angriff in Budapest sowie Bedenken angesichts der internationalen Lage gingen als Themen auch in die Wahlversammlungen ein, die dadurch eine neue Brisanz erhielten. Zudem wurden wieder Konfliktlinien zwischen den Bundesratsparteien akut, gerade in den Kantonen, wo sie sich plötzlich im Wettbewerb um Stimmen oder zumindest um symbolisches Ansehen befanden: So verstärkten in Zürich die FDP und die EVP ihre antikatholischen Töne, als sich die CVP protestantischen Wählern annähern wollte. Zwar waren Nichtangriffspakte auf kantonaler Ebene geschlossen worden, so wenn bürgerliche Parteien wie in Zürich oder in der Waadt eine Allianz für die National- und Ständeratswahlen oder sogar für spätere Staatsratswahlen schmiedeten. Selbst diese Allianzen verhinderten aber gegenseitige Angriffe im Wahlkampf nicht, die zum Teil einen klaren sachpolitischen Hintergrund hatten, in anderen Fällen aber eindeutig auf die Mandatsverteilung abzielten. Ferner zeigt der Wahlkampf von 1959 eindrücklich, welches Störpotenzial nichtparteiliche Akteure mit Sonderwerbung für einzelne Kandidierende bis hin zu *negativ campaigning* haben konnten. Am offensivsten waren dabei die Inserate vom *Trumpf Buur* gegen linke Akteure, wobei dieser Verein dezidiert die Rolle des „politischen Scharfmachers“ für die Bürgerlichen einnahm.¹ Unübersehbar betrafen diese Praktiken

¹ Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 184.

auch Vertreterer wirtschaftlicher Interessengruppen – in diesem Jahr wurden Konflikte zwischen Gewerkschaftlern und ihren Organisationen um SP-Listenplätze und Mandate besonders virulent. Am eindrucksvollsten waren dabei die öffentlichen Appelle des linken SP-Flügels, Unterstützer des Atomprogramms des Bundes sowie „rechter“ Gewerkschaftler zu streichen.

1.2. ... zur Werbung auf dem offenen Wählermarkt

Ab den 1960er Jahren veränderte sich die Herangehensweise der Parteien an die politische Kommunikation grundlegend: 1971 und besonders 1983 setzte sich die Vorstellung von der Wählerschaft als offener Markt und der politischen Kommunikation als eine Form der Werbung endgültig durch.

Historische Wahlen? (1971)

Die Wahlen von 1971 stellten dabei zunächst ein Paradox dar: Einerseits galten sie aufgrund der erstmaligen Teilnahme der Schweizerinnen als historisch, andererseits wurde ihr Sinn zunehmend hinterfragt. Mit der Einführung der Zauberformel schien ihre Funktion definitiv darauf begrenzt zu sein, die Parteienstärke und damit die aktuelle Bundesratszusammensetzung zu legitimieren. Da die Zusammenarbeit im Bundesrat teilweise zur Selbstmässigung der vier Partnern in ihren Beziehungen zueinander führte, stellte sich die Frage ihres eigenen Daseinszwecks noch dringlicher, insbesondere angesichts der Aussenseiter (vor allem die PdA und der LdU), welche 1967 einen Durchbruch feiern konnten. Die Notwendigkeit der Profilierung der Bundesratsparteien betonten auch die Werbespezialisten, welche zunehmende Bedeutung in deren *campaigning* erlangten. Das „Image“ der Partei sollte nun möglichst einheitlich, leicht erkennbar und von den Konkurrenten abgegrenzt sein, um das Verhältnis der BürgerInnen zur eigenen Partei neu zu fundieren. Die Vermarktung wurde dabei auch als Lösung für das verbreitete politische „Unbehagen“ vorgeschlagen. Denn Parteiakteure und ihre Berater teilten seit den 1960er Jahren eine pessimistische Einschätzung angesichts der Veränderungen in der Wählerschaft. Die als gefestigt geltenden Anteile begannen zu schwanken, was sich im Steigen des Wechselwahlverhaltens zu Gunsten kleinerer Parteien, der Listenveränderungen aber auch der Stimmabstinenz manifestierte. Die traditionellen Instrumente zur Pflege der Stammwählerschaften gerieten in eine schwere Krise: Viele Titel der Parteipresse wurden eingestellt, während historische Organisationen der jeweiligen Handlungssysteme Mitglieder verloren oder sich von ihren Referenzparteien entfernten. Für die CVP und vor allem die BGB gab es noch unmittelbaren Anlass zur Beunruhigung: Ihre traditionellen Wählerschaften (praktizierende Katholiken, Bauern) schrumpften demographisch. Die Vermittlung einer parteipolitischen Identität wie jene der CVP von einer Generation zur nächsten schien angesichts der neuen Aspirationen der jungen Generation zunehmend unsicher. Der reine Erhalt der errichteten „Bastionen“ im Sinne des Stillstands und des Status quo im Bundesrat galt somit langfristig als gefährdet.

Im Wahlkampf versuchten die Bundesratsparteien daher zunehmend, breitere Gruppen von Wählenden zu erreichen. Dies ging damit einher, dass sie sich als möglichst kategorienlos und entideologisiert darstellten und sich in einem symbolischen Wettbewerb als besonders handlungsfähig und tatkräftig zu profilieren suchten. Die CVP ging dabei am weitesten, indem sie sogar die Funktionsweise des Bundesrats durch ihren Vorschlag einer Koalitionsregierung in Frage stellte. Abgesehen von solchen Versuchen, sich vom Bundesratsblock zumindest symbolisch zu distanzieren, legt der Wahlkampf von 1971 jedoch die Interpretation nahe, dass die vier Parteien den zwischen- aber auch innerparteilichen Dissens eher vermeiden wollten, indem sie umstrittene Themen so weit wie möglich ignorierten. Die Angriffe der Bundesratsparteien richteten sich vor allem auf die Aussenseiter: die Nationalen, den LdU, die PdA und die neu antretenden Progressiven Organisationen, die alle auch an den Fernsehdebatten teilnahmen, aber vor allem die 1968er-Bewegungen. Als letztes Wahlargument zur Legitimierung der aktuellen Bundesratspolitik und der gesellschaftlichen Ordnung galt aber weiterhin noch das unhinterfragte „Erfolgsmodell Schweiz“, selbst wenn die bürgerlichen Parteien – stärker als die SP – neuerdings eine Wachstumskritik wagten. Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen um „Recht und Ordnung“, welche bei der Störung einer Schwarzenbach-Versammlung durch Hydra-AktivistInnen in Uster im September 1971 eklatant zum Ausbruch kamen, deckten also die Kehrseite der proklamierten Entideologisierung auf. Auch 1971 war das *negative campaigning* somit bei weitem nicht abwesend. Auf der Ebene der Kandidaturen waren vor allem die erstmals antretenden Kandidatinnen von öffentlichen Delegitimierungsversuchen, aber auch von (zumeist heimlichen) Streichappellen betroffen. Dabei brachte die Neuerung der politischen Teilnahme der Schweizerinnen weder grosse Veränderungen in der Stimmenverteilung, noch die erhoffte Neulegitimierung des politischen Systems. Mit dem Aufschwung der Überfremdungsparteien sowie der zunehmenden Stimmenthaltung galten die Wahlen von 1971 als ein weiteres Zeichen dafür, dass die Schweizer Politik nicht mehr wie zuvor fortschreiten konnte.

Polarisierte Werbung und verschärfter Wettbewerb (1983)

Im Zuge der immer stärker präsenten Demoskopie und politischen Beratung schwankten alle vier Bundesratsparteien, und besonders die SVP in ihrer Reform von 1976-1977, in den folgenden Jahren zunehmend zwischen der Verteidigung der errungenen Stimmzahlen und der offensiven Jagd auf neue Stimmen. Die FDP leitete einen offensiven Schritt ein, als sie 1979 mit ihrer Kampagne um den Slogan „Mehr Freiheit, weniger Staat“ auf die sich seit Mitte des Jahrzehnts verschärfende Polarisierung des politischen Feldes setzte. Dabei handelte es sich zunächst um eine Kommunikationsstrategie, die primär auf den Gewinn von Stimmen und Mandaten abzielte. Die FDP-Kampagne markierte aber vielmehr noch die Bedeutungszunahme der politischen Werbung in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg, wobei sich die anderen Parteien zunächst noch von diesem „amerikanischen“ Campaigningsstil distanzieren. Zudem diente sie als legitimierendes Moment für eine neue Wettbewerbsorientierung im eidgenössischen Wahlkampf, da die Demoskopie und der

mediale Kommentar die Zweckmässigkeit der FDP-Strategie bestätigten. Der Wahlerfolg der FDP bestätigte nämlich deren Annahme, dass sich intensive Wahlkampagnen „lohnen“ würden, da Parteien damit „neue Mittelschichten“ mit wechselnden Parteipräferenzen erreichen könnten. Im Vorfeld des Wahlkampfes von 1983 kündigten in der Folge alle Parteien in den Medien ambitionierte Wahlziele an, wobei nicht alle vom Bedürfnis nach starken Kampagnen überzeugt waren. Generell wies der Wahlkampf von 1983 eine allgemeine Intensivierung der politischen Kommunikation mittels vorgelagerten Pressekonferenzen, Inseratenkampagnen, Wahlversammlungen und Strassenaktionen auf, wobei manche Kantonalparteien weiterhin bei weniger medialisierten *campaigning*-Formen blieben. Eine verstärkte Wettbewerbsdynamik war besonders im Kanton Zürich zu beobachten, wozu neben den starken Kampagnen der bürgerlichen Parteien auch einzelne Kandidierende mit ihren eigenen Kampagnen sowie nichtparteiliche Akteure beitrugen. Besonders in diesem Fall zeigte sich damit eher eine Tendenz zur offensiven persönlichen Werbung als ein echtes *negative campaigning* zwischen Kandidierenden.

Auf zwischenparteilicher Ebene waren polarisierende Positionen dagegen zum Wahltrumpf geworden. Diese spiegelten zwar die verschärften Konflikte um die Wirtschaftspolitik zwischen den Bundesratsparteien seit Ende der 1970er Jahren wieder; gleichwohl wurden sie auch von vielen Akteuren als neues Mittel begrüsst – nicht nur um Stimmen zu gewinnen, sondern überhaupt um des bestehenden politischen *Malaises* und der Entfernung mancher BürgerInnen von der Politik entgegenzuwirken. Das starke Echo der neoliberalen Parole der FDP lässt sich auch dadurch verstehen, dass sich alle Parteien und auch Kandidierenden dazu positionierten. Dabei erreichte der Polarisierungstrend nicht alle politische Themen: So setzten alle Parteien den Umweltschutz und das brisante Thema des Waldsterbens auf ihre Agenda.

Zwischen Konsensgebot und negative campaigning

Dass die eidgenössischen Wahlkämpfe im Laufe der Nachkriegszeit im Zeichen der Selbstmässigung der Parteien standen und hierbei verschiedene Formen von Nichtangriffspakten zum Einsatz kamen, ist vor allem auf zwischenparteiliche Vereinbarungen zurückzuführen, sei es auf eidgenössischer Ebene zwischen den vier Bundesratsparteien oder auf kantonaler Ebene zwischen den Partnern einer Wahlallianz. Daraus lässt sich aber nicht per se auf eine allgemeine Zurückhaltung der Bundesratsparteien im Wahlkampf schliessen. Kritik traf beispielsweise die Nichtbundesratsparteien oder in Einzelfällen auch ihre Bundesratspartner, insbesondere wenn sie bezüglich bestimmter Wählerschaftsgruppen im Wettbewerb zueinander standen. Noch weniger lässt sich daraus eine allgemeine Übertragung der Konsensorientierung auf den politischen Alltag bis in den Wahlkampf ableiten. Die einzig klaren Aufrufe zur Mässigung im Wahlkampf waren wohl jene, die der Gotthard-Bund im Wahlkampf von 1947 anbrachte. Zwischen Klassen-, Kulturkampf und persönlichen Angriffen verlief dieser Wahlkampf dabei alles andere als gemässigt, auch wenn die heftigen

Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit vielen Akteuren als Schreckgespenst galten. Obwohl die historischen Feindseligkeiten sowie die programmatische Polarisierung von den 1940er Jahren bis Ende der 1970er Jahren bereits abnahmen, verblieben Formen des *negative campaignings* zwischen politischen Gegnern bis hin zur persönlichen Ebene auf der Tagesordnung. Denn während frontale Angriffe in der neuen, offenen Medienlandschaft nicht mehr zum guten Ton gehörten, wurden bisweilen sehr heftige Angriffe gefahren – wie zum Beispiel (häufig heimliche) Streichappelle gegen Kandidaten oder Kandidatinnen. Sie waren wenig mittelintensiv und sichtbar, dabei aber nicht weniger wirkungsvoll, was sich in der öffentlichen Wahrnehmung der betroffenen Kandidierenden bis hin zu den Wahlergebnissen zeigte. Das *negative campaigning* ist also in der Schweiz (wie in vielen anderen Ländern auch) sicherlich keine (post)moderne Entwicklung im Sinne der komparativen Forschung.

2. „Modernes“ Campaigning? Veränderte Herangehensweisen der Parteien an den Wahlkampf

Der Wandel des *campaignings* seit den 1940er Jahren ist kein linearer und homogener Prozess, aber es lässt sich in jedem Falle feststellen, dass die Parteien ihre Kampagnen, von der Kampagnenplanung bis hin zu den Mobilisierungspraktiken, regelmässig neu dachten und an neue Gegebenheiten in den Medien, in der Gesellschaft, aber auch im Parteiensystem selbst anpassten. Viele ihrer Veränderungen basierten dabei auf dem Willen, „modern“ zu sein und nach aussen zu wirken. Zentral für dieses Gebot war dabei zunächst die Bedeutungszunahme des Wahlkampfes als mediales und politisches Ereignis.

2.1. Bedeutungszunahme des Wahlkampfes

In seiner Entwicklung vom relativ unwichtigen Ereignis im hochpolitischen Jahr 1947 bis hin zum wichtigen Moment des Jahres 1983 erfuhr der eidgenössische Wahlkampf der Nachkriegszeit zunächst einen Bedeutungszuwachs im politischen Leben des Landes, selbst wenn sein Ausgang – stabile Wahlergebnisse – das politische Gleichgewicht noch unberührt liess.

Medialisierung des Wahlkampfes

Für die Intensivierung des Wahlkampfes spielte zunächst seine steigende Medialisierung eine Rolle. Der Wahlkampfkommentar von 1947 war noch, abgesehen von den parteilichen Stellungnahmen und Wahlaufrufen, auf die Bestandsaufnahme eines „ruhigen“ Wahlkampfes beschränkt geblieben. Ab den 1960er Jahren trugen dann das Fernsehen und die neue unabhängige Presse durch ihre intensive Berichterstattung samt Metakomentaren und Fokussierung auf Spitzenpersönlichkeiten zur Feuilletonisierung des helvetischen Wahlkampfes bei. Dessen Darstellung als wichtiges Moment des innenpolitischen Lebens hat auch seine Bedeutung in der Öffentlichkeit erhöht. Schweizer Wahlen gaben zwar nach wie vor weder Anlass zu einer Fokussierung auf nationale Spitzenkandidierende im

Sinne einer „horse-race“-Berichterstattung, noch wurde dem Fernsehen ein Einfluss als Königsmacher zugeschrieben.² Dagegen schufen aber sowohl die neue Presse als auch das Fernsehen Platz für neue Anliegen und für Aussenseiter des politischen Feldes: So integrierten die Wahlsendungen von 1971 alte wie neue Nichtbundesratsparteien wie den LdU oder die PdA, aber auch die Progressiven Organisationen und die zwei fremdenfeindlichen Parteien. Die neue Macht der Medien zeigte sich also in der erhöhten Sichtbarkeit alternativer politischer Akteure bis hin zu den neuen sozialen Bewegungen und in der neuen Bedeutung des medialen Agenda-settings in der Schweizer Politik. Der Wahlkampf stellte ein mögliches Aufmerksamkeitsfenster für die politischen Parteien und die traditionelle Politik dar und so versuchten die SRG, aber auch die Presse, durch eine attraktive Berichterstattung das Interesse für Politik und politische Bildung zu stimulieren. Insofern konstituierte sich der Wahlkampf durchaus als mediales Ereignis, geprägt durch einen Kommentarzyklus zwischen Politik und Medien, der allerdings dem Desinteresse immer grösserer Schichten der Bevölkerung begegnete.

Bedeutungszunahme des Wahlkampfs für Schweizer Parteien

Die Bedeutungszunahme des Wahlkampfs als eigenständiges Ereignis äusserte sich ferner auch im parteipolitischen Leben, insbesondere als sich die Stimmung einer parteipolitischen Krise ab den 1960er Jahren allmählich ausbreitete. Mit dem Abschied mancher BürgerInnen von der Wahlteilnahme und der Entkopplung von den Parteien überhaupt nahmen die politischen Parteien den Wahlkampf als Schlüsselmoment für das politische Interesse der BürgerInnen und deren Wahlmobilisierung wahr. Dies verband sich mit der Überzeugung, dass Wahlkämpfe eine Wirkung auf die Willensbildung und somit auf die Wahl haben könnten. Ganz praktisch spiegelte sich dies zunächst in der Länge und Intensität der Wahlkämpfe wieder. Während die Parteien 1947 mit ihren Parteitag Ende August den „Auftakt“ gesetzt hatten, fand dieser strategische Moment 1983 bereits im Frühling statt und diente nun der Ankündigung eines Wahlprogramms. Dabei hatten die CVP und FDP auch eine Zwischenkampagne mittels Inseraten geplant und die meisten Parteien organisierten weitere Höhepunkte wie nationale Wahlversammlungen kurz vor dem Wahltermin. In den Kantonen zeigte der Wahlkampf unterschiedliche Ausprägungen: Im Tessin nahmen die Parteien den eidgenössischen Wahlkampf als Zwischentappe zwischen kantonalen und kommunalen Wahlen und als für die Tessiner Wählenden scheinbar wenig mobilisierendes Moment wahr und planten 1983 noch keine aufwändigen Kampagnen. Die waadtländischen Parteien begannen hingegen bereits zu Beginn des Wahljahrs mit der Nominierung der Kandidierenden; die grössten Gruppierungen setzten auf vielfältige Kommunikationsmittel, von Inseraten bis Briefen oder Wahlfeiern, um die Kampagne bis zum Herbst zu beleben. Die Zürcher Parteien eröffneten ihre eidgenössischen Kampagnen erst nach

² Wobei die mediale Berichterstattung der Wahlkämpfe in der Schweiz sich sicherlich weiterhin von jener in der BRD oder in Frankreich unterschied, vgl. Holtz-Bacha: Massenmedien und Wahlen, 2002; Delporte: La France dans les yeux, 2007.

den kantonalen Wahlen im Frühling und gingen immer mehr dazu über, beide Urnengänge zusammenzubinden, um so die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit im ganzen Wahljahr aufrechtzuerhalten.

2.2. Kampagnenplanung im Wandel

Im Zuge der Bedeutungszunahme des Wahlkampfs im medialen und politischen Leben orientierten sich die Schweizer Parteien in Richtung einer vermehrt professionalisierten, zentralisierten und verwissenschaftlichten Kampagnenplanung.

Schleichende Professionalisierung

Ein Prozess der Professionalisierung ihrer Wahlkampagnen, verstanden als Rationalisierung des *campaignings*, lässt sich zunächst bei allen Schweizer Parteien sowie bei den meisten Kantonalparteien feststellen. Ablesen kann man diese daran, dass die Parteisekretariate vor allem in den 1970-80er Jahren deutlich an Grösse und Kompetenzen gewonnen haben. Nachdem die Parteien der politischen Kommunikation stabile Entscheidungsgremien auf nationaler, sprachregionaler sowie kantonaler Ebene gewidmet hatten, standen Parteiangestellte als Bindeglieder im Zentrum einer zunehmend komplexen Kampagnenorganisation. Trotz der bürgerlichen Parteireformen der 1970er Jahre blieb dabei die Entscheidungsrolle der Parteibasis begrenzt. Die neuerdings medialisierten Wahlparteitage dienten eher der Inszenierung der innerparteilichen Demokratie bei der Verabschiedung der Wahlprogramme sowie der Nominierung der Kandidierenden. War die Kampagnenplanung weiterhin zumeist MilizpolitikerInnen – vor allem auf kantonaler Ebene – vorbehalten, so oblag es zunehmend hauptsächlich BerufspolitikerInnen oder Parteiangestellten, die schiere Menge an Aufgaben und Sitzungen vor, während und nach dem Wahlkampf zu bewältigen. Die verlängerten und intensivierten Kampagnen erforderten tatsächlich immer mehr zeitliche, personelle, aber auch finanzielle Ressourcen, wodurch sich das Dauerproblem der Finanzierung der Schweizer Parteien in der Nachkriegszeit verschärfte. Seit den 1940er Jahren investierten sie immer mehr Mittel und dies auch auf eidgenössischer Ebene, in Form von Inseratenkampagnen, *direct mailings* oder der Verbreitung von Kampagnenmaterialien. Neben den Parteien selbst trugen Kandidierende und die sie unterstützenden Interessengruppen zur Erhöhung der Kampagnenausgaben bei. Während die Parteien den Professionalisierungsprozess seit den 1940er Jahren im Namen einer „modernen“ Organisation bzw. eines „zeitgenössischen“ *campaignings* willentlich in Gang gesetzt hatten, galt die Professionalisierung in der Schweiz weiterhin als Schreckgespenst, sodass die meisten Parteien ihre Bemühungen und hohen Budgets für die Kampagnen nicht öffentlich eingestanden. In diesem Unbehagen spielten sowohl der Milizmythos als auch Nostalgie eine Rolle, die sich auf eine idealisierte, direkte und unmedialisierte Politik von früher bezog.

Paradoxe Zentralisierung des Campaignings

Dem Professionalisierungswillen folgend haben die Schweizer Parteien ferner ihre *campaigning*-Aufgaben zunehmend zentralisiert, wobei dieser Prozess angesichts der föderalistischen Struktur der Parteien verschiedene, zum Teil paradoxe Ausprägungen annahm. In den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 versuchten bereits einige Kantonalparteien das *campaigning* der Sektionen, beispielsweise die Wahlversammlungen oder das *canvassing*, straffer zu koordinieren. Während die SP weiterhin die am stärksten zentralisierten Entscheidungsstrukturen aufwies, einigten sich auch die bürgerlichen Kantonalparteien zunehmend auf die Zweckmässigkeit einiger nationaler Kampagnenmassnahmen, von Plakaten bis zu Inseraten oder Pressecommuniqués. Dahinter stand das Anliegen, Kosten zu reduzieren, aber auch die Parteibotschaft im Wahlkampf zu vereinheitlichen. Die Rolle der bürgerlichen Mutterparteien erweiterte sich folglich von der Organisation der horizontalen Kommunikation zwischen den Kantonalparteien hin zur federführenden Gestaltung der Kampagne mit der Unterstützung von Grafikern und/oder Werbeberatern. Dabei trafen die Mutterparteien noch auf Widerstände bei manchen Kantonalparteien, sei es, weil die gewählte politische Linie nicht überzeugte, oder weil der Sinn einer nationalisierten, intensivierten Kampagne ohne direkte Wirkung auf ihre Mandatsaussichten nicht vermittelt werden konnte.

Mit der Bedeutungszunahme des Fernsehens im Laufe der 1960er Jahre entstand für die Parteiakteure ein Zentralisierungsdruck von aussen, da die sprachregionalen Sendungen von ihnen neue Koordinationsbemühungen verlangten. Zur gleichen Zeit unterstützten ferner die in den Parteien zunehmend einflussreichen Werbeberater das Plädoyer der Mutterparteien für nationale Kampagnen im Namen eines einheitlichen „Images“ für die neue mediale und mobile Konsumgesellschaft. Dieses neue Ziel wurde jedoch kantonal unterschiedlich umgesetzt. Der elaborierte, straffe Kampagnenplan der SP 1971 ging beispielsweise manchen Kantonalparteien zu weit und sie entwickelten daraufhin ihre eigene Kampagne. Mitunter waren es jene Kantonalparteien, die am weitesten von „Bern“ entfernt waren, die die Pläne der Mutterpartei problemlos übernahmen: So widersetzten sich die Tessiner Parteien paradoxer Weise umso weniger den Nationalisierungswünschen der Mutterparteien, als sie den eidgenössischen Wahlkampf ohnehin für zweitrangig hielten und den Aufwand hierfür begrenzen wollten.

Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass die Kantonalparteien 1983 weiterhin oder sogar noch mehr als 1971 einen bedeutenden Freiraum genossen. Jene Mutterparteien, die mithilfe von Werbeberatern intensive Kampagnenpläne schmiedeten, stellten deren Rolle im Sinne einer Dienstleistung dar – das entworfene graphische Erscheinungsbild und die Wahlkampfmaterialien wurden den Kantonalparteien lediglich als Angebote vorgestellt. Finanziell starke Kantonalparteien wiederum scheuten sich nicht, eigene Wahlkampfmaterialien zu entwerfen und zu verbreiten, vor allem wenn sie anstrebten, diese an ihre Kampagnen für die Kantonalwahlen anzulehnen. Hier spielte also der Professionalisierungs- und Koordinierungswillen auf kantonaler Ebene gegen die

Nationalisierung der Kampagnen. Die *campaigning*-Praktiken der Kantonalparteien entfernten sich folglich zunehmend voneinander, wobei die Unterschiede innerhalb der weiterhin schwach nationalisierten SVP am deutlichsten hervortraten. Ferner bremste die Vielfalt der am Wahlkampf beteiligten Akteure das Nationalisierungsbestreben der Mutterparteien, denn nicht nur kantonale und lokale Parteien, sondern zunehmend auch Kandidierende entwickelten eigene Kampagnen.³ Wenn sich auch eine gewisse Homogenisierung der Kampagnen feststellen lässt, die auch mit dem Bedeutungszuwachs sprachregionaler Medien ab den 1960er Jahren zusammenhing, blieben ebenso starke Unterschiede bestehen, insbesondere bei den politischen Themensetzungen und Narrativen, die in den verschiedenen sprachregionalen, kantonalen oder sogar lokalen Kontexten ein unterschiedliches Echo haben konnten: So erhielt 1983 die Umweltschutzproblematik und die Sorgen um das Waldsterben in der Romandie und im Tessin nicht annähernd die gleiche Bedeutung wie in der Deutschschweiz.

Verwissenschaftlichung als Modernisierungsdruck

Als Begleitprozess zur Professionalisierung und auch als Ausdruck eines Modernisierungsdrucks für die Parteien weisen Schweizer Wahlkampagnen in der Nachkriegszeit auch eine Tendenz der Verwissenschaftlichung auf. Dabei handelt es sich vorwiegend um eine paradoxe „Verwissenschaftlichung ohne Wissenschaftler, [eine] Professionalisierung ohne ein klares akademisches Professionsprofil“, wie Frank Bösch betreffend bundesdeutscher Kampagnen schrieb.⁴ Die Akteure dieser Verwissenschaftlichung, seien es Demoskopken, Werbeberater oder Parteiakteure selber, waren nämlich oft Autodidakten und bewegten sich zumeist ausserhalb der wissenschaftlichen Disziplinen – abgesehen von der jungen Politikwissenschaft, die zur Institutionalisierung der Schweizer Demoskopie bereits ab den 1960er beitrug. Die Verwissenschaftlichung der Kampagnenplanung lässt sich in zunehmend rationalisierten Plänen und die Anwendung von Fachbegriffen wie „Image“ sowie „Canvassing“ beobachten. Das *campaigning* wurde eine zunehmend komplexe, durchdachte, straff organisierte Aufgabe, für die die Parteien auch Schulungen und Handbücher vorsahen.

Konträr zur verbreiteten Annahme zeigte die Schweiz bezüglich der Entwicklung der Demoskopie sowie der politischen Beratung keine besondere Verspätung im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien. Selbst wenn das gescheiterte Experiment der Volksumfrage 1946 die Demoskopie für einige Jahre aus der Öffentlichkeit verbannte, zirkulierten in den 1950er Jahren von den Wirtschaftsorganisationen beauftragte Umfragen auch bei den bürgerlichen Parteien. Die SP zeigte sich 1959 pragmatisch und suchte ihre Verspätung in diesem Bereich mit der Nowland-Studie

³ Ähnliches stellen Bühlmann et al. bezüglich jüngerer Wahlkämpfe fest: Bühlmann; Zumbach; Gerber: *Campaign Strategies*, 2016.

⁴ Bösch: *Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren*, 2004, S. 326.

nachzuholen, selbst wenn sie diese Erfahrung nicht öffentlich machte. Auch wenn die GfS in diesem Jahr gegründet wurde, war der Einsatz der Medien im Laufe der 1960er Jahre vonnöten, um Umfragen in der Schweiz zu „normalisieren“.⁵ Sie prägten dann den Wahlkampf von 1971, nicht zuletzt, da zusätzlich zum allgemeinen politischen Unbehagen der 1960er Jahre das Wahlverhalten der Frauen als Unbekannte hinzukam. Nach einer weiteren Institutionalisierungsphase im Laufe der 1970er Jahre wurden Umfragen im Wahlkampf von 1983 unumgänglich: Sofern die Parteien sie nicht selbst in Auftrag gaben, bedienten sie sich regelmässig jener, die die Medien veröffentlichten. Die Parteiakteure hatten sich nun das demoskopische Wissen angeeignet und unternahmen weiterhin die Deutung der Wahlstatistik selbst.

Auch die Werbeberatung war seit den 1940er Jahren Teil schweizerischer Wahlkampagnen. Bereits in den 1930er Jahren hatten die ersten Werbespezialisten im Auftrag der Wirtschaftsorganisationen politische Kampagnen gestaltet, insbesondere anlässlich von Abstimmungen. Im Wahlkampf von 1947 zeigte sich dabei die SP als Vorreiterin, als sie ihre Kampagne durch den Werbeberater Victor Cohen gestalten liess. Die ersten Werbeberater, von Cohen bis Robert Eibel, welcher ab den 1950er Jahren bei der Zürcher FDP engagiert war, zeigten dabei ähnliche Profile: Autodidakten, die einer Partei nahestanden oder zumindest ihre Werbeerfahrungen für politische Zwecke verwenden wollten. Die 1960er Jahre wiesen dann eine Entpolitisierung der Werbeberatung im Geist der „Entideologisierung“ auf, sowie eine gesteigerte Aufnahme von Werbung in die Kampagnenstrategien, was sich dort in der Durchsetzung der „Image-Idee“ zeigte. Werbeberater betonten die Notwendigkeit, die Partei der Öffentlichkeit als positive, entpolitisierte, universelle Marke vorzustellen, mit Logos, Slogans oder auch Werbeobjekten. Somit traten die älteren „Propaganda“-Vorstellungen zugunsten eines Werbeverständnisses der politischen Kommunikation in den Hintergrund. Die Schweiz kannte dabei eine ähnliche Umorientierung in Richtung des *sellings* wie andere westliche Demokratien zur gleichen Zeit, wobei diese Vermarktung der Politik von Anfang an zur Zielscheibe von Kritik wurde.⁶ 1971 war dann die Zusammenarbeit mit Werbeberatern bei den meisten Parteien selbstverständlich, obschon oft unklar blieb, was ihre genaue Rolle sein sollte. Nach gemischten Erfahrungen zeigten sich die Mutter- und Kantonalparteien 1983 in ihrer Zusammenarbeit gleichzeitig pragmatischer, indem sie Werbekonzepte gegenüber den kantonalen und lokalen Akteuren weniger stark durchzusetzen versuchten, und ambitionierter, da sie sich teilweise über ihre interne Organisation, beispielsweise über die Einbindung und Mobilisierung der Mitglieder, beraten liessen. Schweizer Parteien haben also frühzeitig von beiden Wissensformen Gebrauch gemacht, dies aber weitgehend mit einer

⁵ Ähnliches lässt sich für fast die gleiche Zeit bezüglich der BRD oder Italien sagen. Im ersten Fall war es das Kanzleramt, welches in den 1950er Jahren nicht öffentliche Umfragen durchführte. Die SPD wartete noch bis Ende der 1960er Jahre, bis sie ihre Hemmungen bezüglich dieser Technik ablegte und selbst Umfragen in Auftrag gab. Kruke: Fragen über Fragen, 2014.

⁶ Vgl. Farrell; Webb: Political Parties as Campaign Organisations, 2002, S. 105.

Zurückhaltung, die ebenso wie bei der Professionalisierung eng mit (Selbst-)Imagefragen zusammenhing.⁷

2.3. Neue Herausforderungen der Wahlmobilisierung

Die Professionalisierung des *campaignings* verwirklichte sich schliesslich in straffer organisierten Mobilisierungspraktiken der Parteien, die nun zunehmend vor der Herausforderung standen, die Wählenden zu mobilisieren.

Stratified electioneering zwischen Kontinuität und Wandel

Als bedeutende Konstante in den Kampagnenplänen der Parteien in der Nachkriegszeit ist die Strategie der sogenannten Wählerschichtung zu nennen. Zwar wurde sie vor Einführung der Wahlberichte und der Edition von Handbüchern in den 1980er Jahre selten rationalisiert. Bereits 1947 war das Prinzip einer differenzierten und segmentierten Ansprache der Wählerschaft, in diesem Fall mittels Inseraten und Briefen, jedoch in Cohens Kampagnenplan wiederzufinden. Sie war auch bereits den Mobilisierungspraktiken der Parteiakteure auf kantonaler und lokaler Ebene inhärent: Hier verhalf die föderale Prägung der Schweizer Politik den Parteien zu einem differenzierten Verständnis der Besonderheiten in der Wählerschaft und zu einer entsprechenden Anpassungsfähigkeit in ihren Selbstdarstellungsformen. Zudem gab das schweizerische Wahlsystem besonderen Anlass zu einer elaborierten Wählerschichtung und so achteten Parteien immer auf eine möglichst „bunte“ Gestaltung ihrer Listen, um politisch wichtige Bevölkerungsgruppen durch jeweilige „Vertreter“ auf den Listen anzuziehen. Zusätzlich agierten Kandidierende selbst und die sie unterstützenden Wirtschaftsorganisationen oder sozialen Bewegungen durch ihre eigenen Empfehlungsbriefe, Zeitungen, Flugschriften und Inserate als Akteure der Wählerschichtung im eigenen Dienst und zumeist auch im Dienst der Partei. Im Laufe der 1970-80er Jahre traten jedoch die historischen Wirtschaftsorganisationen im Wahlkampf in den Hintergrund oder zumindest waren sie vorsichtiger, diese segmentierte Mobilisierungsarbeit öffentlich durchzuführen. Während neue nichtparteiliche Akteure öffentliche Empfehlungen für die ihnen nahestehenden Kandidierenden abgaben, war es mittlerweile für die Kandidierenden weniger ratsam, sich als Vertreter eines Verbands oder einer Gewerkschaft öffentlich zu positionieren, es sei denn, die betreffende Organisation verfügte über ein breites und gutes öffentliches Ansehen, wie es bei den Mieterverbänden der Fall war. Auch auf der diskursiven Ebene versuchten sich die Parteien bereits ab Ende der 1950er Jahre von ihren historischen Referenzwählerschaften zu entfernen, um sich zumindest symbolisch an breitere Wählerschaftskreise zu wenden. Intern unterschieden aber die Parteien immer feiner zwischen Wählerschaftsgruppen, wobei sie auch versuchten, neue soziale Gruppen abseits ihrer treuen

⁷ Wobei sie an Parteien in Ländern ähnlicher Grösse, wie Schweden und Dänemark erinnern, die sich ebenfalls gern als unprofessionell darstellen. Bille: Denmark, 1992; Nord, Lars W.: Still the Middle Way, 2006.

„Stammwählenden“, zum Beispiel junge Menschen oder Frauen, zu erreichen. Als die steigende Polarisierung ab Ende der 1970er Jahre, zwischen Wirtschaftskrise und Neoliberalismus, sozioökonomischen Identitäten ein neues politisches Ansehen verlieh, interessierten sich die Parteien 1983 zunehmend für die „neuen“, urbanen Mittelschichten, ob bürgerlich und steuerkritisch gesinnt, wie seitens der FDP und der Zürcher SVP, oder „postmaterialistisch“ orientiert, wie seitens der SP.

Vom Wahlvortrag bis zur „Velo-Stafette“

Die Veränderungen der Mobilisierungspraktiken im Wahlkampf, von den Wahlversammlungen bis hin zum *canvassing*, belegen nicht zuletzt die Anpassung der Parteien an neue mediale und soziale Gegebenheiten. So bedingte die Medialisierung des Wahlkampfs eine vermehrte Öffnung der Wahlparteitage und Wahlversammlungen, die sich dadurch auch weg von ihrer Fokussierung auf die parteipolitischen Handlungssysteme auf die breite Öffentlichkeit als Adressat verlagerte. Ebenfalls mussten die Parteien ihre Kampagnenplanung und insbesondere das *canvassing* aufgrund der sozialen Veränderungen ihrer Basis überdenken: So liessen sich weniger disziplinierte „Vertrauensmänner“ finden, um in ihrem Umfeld zu mobilisieren oder allein schon an Wahlversammlungen teilzunehmen, um so zur gewünschten Kräftedemonstration beizutragen. Da die Wählenden nun weniger auf die Parteien zukamen, versuchten diese, mit ihren Kandidierenden die BürgerInnen durch neue Formen zu erreichen, beispielsweise mit Strassen-, Telefonaktionen oder „Velo-Stafetten“. Generell waren die traditionellen Formen der Zusammenkunft, die eine starke symbolische Trennung zwischen Sprechenden und Zuhörern auszeichnete, ab den 1960er Jahren in Frage gestellt. Unterhaltungsangebote wie Filme animierten die BürgerInnen zudem in Zeiten des Fernsehens nicht mehr zum Besuch von Wahlversammlungen. Die Parteien reagierten damit, den BürgerInnen bei ihren Wahlversammlungen mehr Teilnahmemöglichkeiten zu bieten. Dabei konnten feierliche Ereignisse um geteilte (oder erfundene) Traditionen zumindest einen engeren Kreis an AnhängerInnen mobilisieren. Während die Wahlversammlungen der 1940er Jahre durch die Kontaktaufnahme zwischen Politikern und Wählern zur Legitimität des politischen Systems beitrugen, war diese Funktion und die Inszenierung der Nähe in Zeiten der Medialisierung nicht minder wichtig, musste aber neue Formen annehmen.

Unmögliche Mobilisierung?

Wahlversammlungen und „Tuchführung“ mit den BürgerInnen im Alltag haben den Parteien ab den 1950er Jahren als (oft alarmierende) Indikatoren für die Entfernung eines Teils der BürgerInnen von den Parteien gedient, was auch durch die Zahlen zur Stimmenthaltung und schwindenden Parteibindung bestätigt wurde. In indirekter Weise beweisen die Kommunikationsarten der Parteien mit ihren Wählenden, wie sich die Bedingungen der Wahlmobilisierung im Laufe der Nachkriegszeit verändert haben. In den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 schlugen die Parteien im Umgang mit den Wählern einen direkten, eindringlichen Ton mit klaren Geboten zur Wahl der Partei und zur

Gestaltung der Wahlliste an. Damit versuchten sie, die Wähler an ihre staatsbürgerliche Pflicht einerseits sowie an die Treue zur eigenen soziopolitischen Identität andererseits zu erinnern. Die starken Appelle gaben den Wahlen eine gewisse Brisanz und sollten die Zugehörigkeiten und das Disziplingefühl der angesprochenen Gruppe stärken. Gleichwohl stärkte der Auftrag zur Erfüllung der politischen Pflichten auch die „Männerdemokratie“ als kameradschaftliche Gemeinschaft und oft unterstrichen die Wahlkampfmaterialien das Prestige des Wählens als Performanz der männlichen „Verantwortung“. Die 1960er Jahre brachten aber diese reflexartige Berufung auf Zugehörigkeiten und Loyalitäten definitiv ins Wanken. Mit der Abschwächung der Stammwählerschaften sowie dem Eintritt der Schweizerinnen in den politischen Markt galt die Mobilisierung der Wählenden nicht mehr als gesichert – oder wie die CVP-Werbeberater 1983 zu bedenken gaben: „Es ist nicht selbstverständlich, dass man uns wählt“. Die Kanäle der Mobilisierung hatten sich ferner deutlich verändert: Paternalistische Wahlaufrufe in der Partei- und Vereinspresse oder in an bestimmte Wählersegmente angepassten Briefen hatten ein Ende gefunden, nun sollten hauptsächlich moderat formulierte Inserate kurz vor den Wahlen die Wählenden an ihre Pflicht erinnern. Hinzu kamen neue Akteure, die die Botschaft der staatsbürgerlichen Pflicht vermittelten, diesmal abgekoppelt von jeglicher Parteilinie: die Medien, nicht zuletzt das Fernsehen, sowie die Bundeskanzlei mit ihrer ab 1971 eingeführten Nationalratswahlbroschüre. Parallel dazu verstärkten sich die Sorgen der Parteiakteure um die nicht greifbare Wählerschaft, was sich 1971 in der Ratlosigkeit gegenüber den weiblichen Neuwählerinnen kristallisierte. So galt die wachsende Stimmenthaltung klar als Problem und als Symptom eines *helvetischen Malaises*, die nun von den Parteien zunehmend ernst genommen wurde und nicht mehr nur als Politikmüdigkeit gedeutet werden konnte. Denn die Parteien sahen sich nun vermehrt auch von ausserparlamentarischen Teilnahmeformen der neuen sozialen Bewegungen in ihrer Repräsentationsfunktion bedroht. Sie versuchten wie in anderen Ländern auch, ihren Mitgliedern und Wählenden mehr Feedback- und Teilnahmemöglichkeiten zu geben, sei es durch Strukturreformen bei den bürgerlichen Parteien in den 1970er Jahren oder durch die Dialogsuche mit Antworttalons oder Strassenaktionen.⁸ Diese Teilnahmeangebote im Wahlkampf erwiesen sich dennoch sowohl als begrenzt wie auch als wenig populär, was wohl auch mit den zahlreichen anderen traditionellen, aber auch zunehmend nonkonventionellen Teilnahmemöglichkeiten zu tun hatte.

3. Parteien vor ihren Wählenden: Veränderungen der Repräsentation

Die proklamierte Bedeutungslosigkeit der Schweizer Wahlkämpfe enthüllt teilweise ihren unterschätzten rituellen Charakter. Vordergründig geschieht nichts und doch: Alle vier Jahre werden die Beziehungen der Parteien zu den Bürgern und damit die parlamentarische Vertretung neu in Frage gestellt. In der Nachkriegszeit hat sich dabei die Art und Weise radikal verändert, wie Schweizer

⁸ Vgl. Farrell; Webb: *Political Parties as Campaign Organisations*, 2002, S. 123; Allen; Mirwaldt: *Democracy-Speak*, 2010.

Parteien die BürgerInnen wahrnahmen und ansprachen und folglich wie sie ihre repräsentative Bindung zu ihnen gestalteten.

Personalisierung innerhalb und ausserhalb der Medien

Zunächst veränderten die Parteien ihre Art und Weise, den Wahlkampf zu personalisieren. Ab den 1960er Jahren führte die Medialisierung der Schweizer Wahlkämpfe, ähnlich wie in anderen Demokratien, zur vermehrten Fokussierung auf politische Persönlichkeiten, seien es Bundesräte, aber auch prominente PolitikerInnen sowie Kandidierende, die auf ein Mandat hofften. Nicht umsonst nahm die Zahl populärer, oftmals auch chancenloser Ständeratskandidierender zu, die als „Lokomotive“ einer Nationalratsliste dienen sollten. Von einigen BeobachterInnen wurde diese mediale Personalisierung kritisiert. Für die Parteien war es dagegen eine bewusste Strategie, um mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen, aber auch, um der Profillosigkeit der Parteien und dem Desinteresse, vielmehr noch dem Unmut vieler BürgerInnen entgegenzuwirken.

Dabei blieben jedoch andere Formen der Personalisierung ausserhalb der Medien, die die Schweizer Wahlen insbesondere aufgrund des besonderen Wahlsystems längerfristig kennzeichneten, weiterhin wichtig. Die Bedeutung persönlicher Bekanntschaften als politisches Kapital und die damit verbundene Möglichkeit, sich als „lokal“ darzustellen, blieben wichtige Voraussetzungen für (erfolgreiche) Kandidaturen. Die Konflikte um die sogenannte Sonderpropaganda wie auch die Streichappelle gegen Ko-Kandidierende beweisen die Stärke dieser personalisierten Machtlogiken, die die Parteien bedrohen konnten. Diese nicht medialisierte personale Dimension wurde zwar mit der Urbanisierung des Landes und der Medialisierung abgeschwächt. Trotzdem behielt sie ihre Bedeutung bei, wie Mischformen der personellen Empfehlung, zum Beispiel in Form von unterstützenden Komitees, nahelegen.

Vertrauensbasis der Repräsentation im Wandel

Die Legitimität der Repräsentanten war dabei auf eine stark veränderte Vertrauensbasis bezogen. In den Wahlkämpfen von 1947 und 1959 postulierten viele Wahlkampfmaterialien das Vertrauen der Bürger in ihre „verdienten“ Vertreter: die Grundlage der *représentation-mandat* wurde somit vorausgesetzt. Die auf diese Weise hervorgehobene politische Kompetenz der Kandidaten wurde als zentrales Wahlargument eingesetzt. Trotz der Inszenierung einer Gleichheit zwischen Bürgern reichten Zeichen des politischen Kapitals und des sozialen Prestiges im jeweiligen Handlungssystem aus, um die Position der Gewählten oder Aspiranten zu legitimieren. Diese vorausgesetzte Vertrauensbindung trat aber ab den 1960er Jahren zunächst mit der Diskussion um das *helvetische Malaise* in die Krise. Während zuvor die PdA oder auch der LdU mit einer Kritik an den Eliten politisiert hatten, legten nun die Medien in ihrer Wahlkampfberichterstattung die Konzentration des politischen Kapitals durch das Kumulieren von Ämtern in Politik, Partei und Wirtschaft offen. Selbst wenn diese Diskussion selten

zu Mandatseinschränkungen führte, versuchten die Parteien dennoch, die Vertrauensbindung zwischen Mandanten und Mandatsträgern durch Schritte der Öffnung und Demokratisierung ihrer Nominierungsprozesse neu zu fundieren.

Die abgeschwächte *représentation-mandat* traf jedoch auf die Frage der *responsiveness* der Repräsentanten gegenüber ihren Repräsentierten, als Max Imboden als erster kritisch die mangelnde Rechenschaftspflicht der Schweizer Parteien ankreidete.⁹ Die Bundesratsparteien antworteten darauf, indem sie ab den 1960er Jahren verstärkt ihre vergangene und zukünftige Handlungsfähigkeit als Grundlage des Vertrauens in den Vordergrund ihrer politischen Kommunikation stellten. Die CVP kehrte die Frage des *responsiveness* sogar in überraschender Weise um, als sie 1971 eine Koalition um ein gemeinsames Regierungsprogramm an Stelle der Quasi-Allparteienregierung ohne gemeinsame Linie vorschlug. Allein diese Diskussion veränderte bereits die Bedeutung der Wahlen. Jedoch holte die Logik der Machtteilung die CVP nach den Wahlen wieder ein, da sie nicht auf ihre Bundesratssitze verzichtete. Der Status quo im Bundesrat wurde in den kommenden Jahren weiter bestätigt, obschon die steigende Polarisierung und die Herausforderungen der Wirtschaftskrise die Kompromiss- und Reformfähigkeit des politischen Systems bedrohten.

Ende des parteipolitischen Repräsentationsmonopols?

Durch ihre starken parteipolitischen Handlungssysteme genossen die vier untersuchten Parteien in den Wahlen der 1940-50er Jahre ein Monopol auf die Repräsentation ihrer entsprechenden „Säulen“. Im Wahlkampf wurden diese engen, bestenfalls exklusiven Bindungen zu den Organisationen des jeweiligen Handlungssystems gepflegt, sei es durch ihre Inklusion in die Nominierungsprozesse, ihre besondere Rolle bei Wahlkampfveranstaltungen oder die Bedeutung ihrer eigenen Kommunikationskanäle für die Wahlmobilisierung. Selbst im Wahlkampf, wo die Parteien theoretisch im Zentrum standen, zeigte jedoch das komplexe, vielschichtige Repräsentationssystem der Schweizer Demokratie seine Ambivalenzen. Die starken Wirtschaftsverbände, von denen die Parteien teilweise finanziell abhängig waren, veröffentlichten oft eigene Wahlparolen und empfahlen Kandidierende, sodass Wähler sich gleich doppelt den eindringlichen, exklusiven Repräsentationsansprüchen einer Partei und zugleich einer nahestehenden Wirtschaftsorganisation gegenübersehen konnten. Die Hervorhebung der Wahldisziplin durch die Parteien steigerte noch das Konfliktpotenzial, das sich aus diesen verschiedenen repräsentativen Bindungen ergab.

Bald traten zudem neue, nichtparteiliche Akteure ausserhalb der parteipolitischen Handlungssysteme an, die das Repräsentationsmonopol der Parteien und insbesondere ihre Fähigkeit, politisches Personal zu rekrutieren und gesellschaftliche Anliegen zu artikulieren, herausforderten. Neben den Nichtbundesratsparteien waren diese Akteure die ersten, die die der Medialisierung der Schweizer

⁹ Imboden: *Helvetisches Malaise*, 1964.

Politik ausnutzen und dies auch in Wahlkampfzeiten. Sie verwendeten diese Aufmerksamkeitsfenster als Plattformen für ihre Anliegen. Ab Ende der 1960er Jahre verteilten neue Bewegungen wie die Erklärung von Bern oder die Schweizer Organisation der Homophilen Fragebogen an Parteien und Kandidierende, um deren Positionierungen zu ihren Anliegen zu sammeln, mit dem Ziel, ein parteiinternes sowie mediales Echo dazu auszulösen und in zukünftige parlamentarische Entscheidungsprozesse eintreten zu können. Noch frontaler gingen jene Organisationen vor, die sich in die parteipolitischen Nominierungsprozesse von Kandidierenden einmischten. Besonders für die Linksparteien stellte dieses Verfahren eine neue Herausforderung dar, weil das (theoretische) Verbot der Sonderpropaganda, das die komplette Liste als Einheit stärkte, den Vorrang der Parteien gegenüber individuellen Ambitionen und Interessengruppen im gesamten Wahlprozess durchsetzen sollte. Die Anti-Atom-Bewegung, die quer zu den damaligen Parteiliniien stand und insbesondere bei der SP für Spannungen sorgte, war hier Vorreiterin, als sie im Kanton Zürich 1959 den Wählern in neutralen Blättern die Atomgegner unter den SP-Kandidierenden empfahl. 1971 waren es die Aktionen der Frauenorganisationen, welche in die Nominierungslogik der Parteien eingriffen: Hierzu gehörten Portraits in ihren Zeitungen und überparteiliche Veranstaltungen mit Wahlempfehlungen zu Gunsten der ersten Kandidatinnen; direkte Streichappelle gegen Kandidaten wurden allerdings nicht gemacht. 1983 sorgte die überparteiliche Umweltliste der Umweltschutzverbände weniger für Empörung seitens der Parteien. Sie beförderte aber bei den Bundesratsparteien Befürchtungen angesichts des Konkurrenzpotentials der UmweltschutzaktivistInnen.

Einige Parteien begannen in den 1980er Jahren auch selbst, diese neuen Repräsentationsforderungen und Anliegen zu integrieren, indem sie sich an die neuen nichtparteilichen Akteure annäherten. Obschon alle vier Parteien die Umweltthematik integriert hatten und Verknüpfungen zu den vielfältigen Umweltschutzorganisationen pflegten, versuchte die SP, sich noch weiteren sozialen Bewegungen anzunähern. Während die neuen sozialen Bewegungen von 1968 vor allem im Umfeld der Parteien der Neuen Linken wie der POCH, der PSA, der RML oder den Grünen standen, bewegte sich die SP Anfang der 1980er Jahre zunehmend, beginnend mit ihrem neuen Programm von 1982, in ihre Richtung. Im Wahlkampf von 1983 thematisierte sie die vielfältigen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, vom Umweltschutz bis zur Geschlechtergleichheit und zur internationalen Solidarität. Bei ihrem Wahlparteitag wurden zudem die Bindungen der Sozialdemokraten zu den Friedens- und Solidaritätsbewegungen feierlich inszeniert. Dabei wurden auch ihr zuvor exklusives Verhältnis zu den Gewerkschaften sowie die Bedeutung der traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung deutlich abgeschwächt. Wenn Wahlkämpfe der Inszenierung der repräsentativen Bindung der Parteien zu bestimmten Gruppen und Organisationen dienten, konnten sie auch als Momente der Neuzusammensetzung dieser Bindungen fungieren.

Ein steigendes Repräsentationsgebot?

In Zusammenhang mit dem Auftauchen neuer Akteure und Repräsentationsforderungen veränderten die Parteien zudem die Art und Weise, wie sie gesellschaftliche Gruppen auf ihren Listen einbezogen. In den 1940-50er Jahren war die *représentation-mandat* wichtiger als die *représentation-figuration*, was sich in der Hervorhebung der wiederkandidierenden Nationalräte und zum Teil auch vielversprechender junger Politiker ausdrückte. Trotzdem war es den Kantonalparteien wichtig, ihr jeweiliges Handlungssystem möglichst effizient und gemischt auf ihren Listen zu repräsentieren: So sorgten sie für den Einbezug möglichst diverser Kantonsteile, Berufsschichten, Gewerkschafts- oder Verbandzugehörigkeiten und kümmerten sich zumindest marginal um die Forderung des politischen Nachwuchses. Ab den 1960er Jahren gelangte jedoch mit den Forderungen der Frauen- und Jugendsektionen insbesondere die *représentation-figuration* als demokratisches Prinzip auf die politische und mediale Agenda, und die Parteien sahen sich mit einem wachsenden Repräsentationsgebot konfrontiert. So strebten sie generell, aber besonders im linken Parteienspektrum, an, Frauen auf ihre Listen zu nehmen, wobei diese allerdings nur selten angesehene Spitzenpositionen bekamen. Denn das Repräsentationsgebot trat in Konflikt mit der üblichen Reproduktionslogik des politischen Kapitals, welches Bisherigen zahlreiche Vorteile gegenüber NeueinsteigerInnen bot. Trotzdem setzten die Parteien immer stärker auf die „bunte“ Repräsentativität ihrer Listen als Wahlargument.

Krise der Parteien?

Auch wenn die Parteien also allmählich die Grundlagen ihres Repräsentationsangebots veränderten, verbreitete sich ab den 1960er Jahren über die Medien, aber auch aus den Parteien selbst heraus der Befund einer Krise der Parteien. Als ursächliche Faktoren galten einerseits die starken Herausforderungen an das schweizerische Entscheidungssystem in Zeiten der Hochkonjunktur, die die Handlungsfähigkeit der Parteien auf den Prüfstand stellten. Andererseits verwies die Krisendiagnose auf die abgeschwächte Stellung der Parteien in der Gesellschaft. Die bürgerlichen Parteien versuchten zwar auf die gesellschaftlichen Partizipationsforderungen mit ihren Parteireformen im Laufe der 1970er Jahre zu antworten. Anfang der 1980er Jahre wurde diese Diskussion mit der zweiten Welle der neuen sozialen Bewegungen sowie den ersten grundlegenden Studien zur politischen Partizipation jedoch neu aktiviert. Das historische Partizipationsmodell um den Bürger-Soldaten war definitiv geschwächt. Die Unzufriedenheiten mit den politischen Parteien oder das regelrechte Desinteresse für sie liessen sich dabei gerade bei Wahlkämpfen spüren, deren Funktion im politischen System nach wie vor unklar blieb. Und die Parteien begannen ironischer Weise selbst, im Wahlkampf auf das demokratische *Malaise* hinzuweisen, um sich als besonders bürgernah zu inszenieren.

4. Fazit

Verabschiedet man sich von der vorgefassten Einordnung des Schweizer Wahlkampfes als „leeres Ritual“ oder Nichtereignis, so eröffnet dies einen neuen Blick: Wahlkämpfe in der Schweiz sind wie in anderen Demokratien bedeutende Momente für die Pflege oder Neufundierung der Bindung zwischen Parteien und Wählenden und sie dienen als privilegierte Beobachtungsposten für Veränderungen der politischen Kommunikation.

Sonderfall Schweiz?

Diese Arbeit ging davon aus und verdeutlichte zugleich, dass Schweizer Parteien im internationalen Vergleich „nichts ausserordentliches“ (Hervé Rayner) auszeichnet und dass die Schweizer Politik keine Insel fern der transnationalen Zirkulation von Ideen- und Praktiken ist.¹⁰ Viele Entwicklungen der Schweizer Wahlkämpfe im Laufe der Nachkriegszeit ähneln somit Wandlungsprozessen in anderen Demokratien, zum Teil allerdings mit zeitlichen Verzögerungen und besonderen Ausprägungen. Schweizer Parteiakteure beobachteten aufmerksam die Veränderungen des *campaignings* im Ausland, besonders in den USA und Deutschland. Dies mündete allerdings nicht nur in Versuchen der Adaptation, sondern auch in abgrenzenden Selbstzuschreibungen der schweizerischen politischen Akteure zur Schweizer Politik. Noch als sich die Parteien bereits „moderne“ Wahlkampftechniken aneigneten, galt im „Land der direkten Demokratie“ die Perspektive einer Amerikanisierung kontinuierlich als Schreckgespenst. Das Sonderfallnarrativ verhalf jedoch weitgehend, Entwicklungen wie die Bedeutungszunahme der Demoskopie und der politischen Werbung zu verwischen und diente zudem als Wahlargument, indem Parteien ihre Gegner mit dem Vorwurf der Amerikanisierung stigmatisierten.

Die oft genannten Erklärungsfaktoren im schweizerischen politischen System für die angebliche Zurückhaltung der schweizerischen Wahlkämpfe bis in die 1990er Jahre, sei es die Konsensorientierung oder die Machtteilung in den Exekutivregierungen, haben die Parteien in ihrem tatsächlichen politischen Handeln wenig gebremst, denn sie haben ihre Kampagnenpraktiken kontinuierlich verändert. Die begrenzte Wettbewerbsorientierung bis Ende der 1970er Jahre hat zwar in der Regel eine Fokussierung der Parteien auf die Mobilisierung des eigenen Handlungssystems ausgelöst. Wie in anderen Demokratien auch wurde diese Phase der „*classe gardée*“ aber mit Veränderungen der Wählerschaft sowie der Öffnung der Medienlandschaft konfrontiert, in deren Folge in diesem Sinne segmentierte Kampagnen allmählich zur Ausnahme wurden. Im Gegenzug führten das Interesse für ausländische Innovationen, der Vorsprung der wirtschaftlichen Verbände und vor allem die gegenseitige Beobachtung der Schweizer Parteien untereinander zu einem Wettlauf um die Modernisierung der *campaigning*-Praktiken. Der Wahlkampf von 1979 zeigte sich hier als

¹⁰ Rayner: *Les partis politiques suisses n'ont rien d'exceptionnel*, 2009.

enthüllendes und legitimierendes Moment für diesen Prozess, als Demoskop und Werbeberater die „amerikanische“ Kampagne der FDP als zielführend für das positive Wahlergebnis bewerteten.

In diesem Wandlungsprozess dienten weitere Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems eher als günstige Gelegenheitsstrukturen: Der ausgeprägte Föderalismus der Staats-, aber auch Parteistrukturen ermöglichte kontextdifferenzierte Veränderungen des *campaignings*, und so fungierte in erster Linie der Kanton Zürich, der einen raschen sozialen Wandel im Zuge der Urbanisierung erfuhr, als „politisches Labor“ für intensiviertere, wettbewerbsorientierte Kampagnen. Ebenfalls erwiesen sich das offene Listensystem und die damit einhergehende Möglichkeit der „Sonderpropaganda“ als Zugang zur Öffentlichkeit oder sogar zum politische Feld für Kandidierende sowie Bewegungen, die in den parteipolitischen Nominierungsprozessen nicht berücksichtigt worden wären. Auch wenn der Schweizer Wahlkampf der Nachkriegsjahre durch seine differenzierten ortsabhängigen Ausprägungen und die Vielfalt der daran beteiligten Akteure ein sehr diverses Bild abgab, erwies sich gerade dies als Möglichkeit des Wandels.

Plädoyer für eine Geschichte der politischen Kommunikation in der Schweiz

Diese Arbeit trat mit dem Ziel an, einen neuen Blick auf die Geschichte der politischen Kommunikation in der Schweiz zu eröffnen. Im Zentrum der Untersuchung stand dafür das Handeln der vier Bundesratsparteien, wodurch die Arbeit auch einen Beitrag zur Geschichte der Schweizer Parteien leistet. Sie zeigt insbesondere, wie hinter dem Eindruck von Stabilität die Parteien ihre Mobilisierungspraktiken veränderten. Von der parteipolitischen Perspektive ausgehend wurde ferner angestrebt, durch einen kulturhistorischen Blick auf Schweizer Wahlkämpfe der Nachkriegszeit als in sich widersprüchliche, vielschichte (Nicht-)Ereignisse die Veränderungen im Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten darzustellen.

Um dieses Forschungsfeld weiter zu erkunden, sind Forschungen zu den folgenden Aspekten wünschenswert. Zunächst wären kantonale und vor allem lokale politische Realitäten, die in dieser Arbeit nur am Rand diskutiert werden konnten, stärker empirisch zu untersuchen. Ein Desiderat sind insbesondere Wahlkampfstudien, die im Sinne der Mikrogeschichte und/oder mit einem *oral history*-Zugang den Wandel der politischen Mobilisierung auf der Ebene eines Dorfes oder eines Stadtquartiers beleuchten würden. Damit würden sich beispielsweise die konkreten Repräsentationsprozesse und die möglichen Wettbewerbs- oder Zusammenarbeitsverhältnisse zwischen Lokalparteien und nichtparteilichen Akteuren untersuchen lassen. Um die Perspektive der BürgerInnen in den Blick zu nehmen würde sich zudem ein Fokus auf die veränderte politische Sozialisierung der BürgerInnen anbieten, von der politischen Bildung in den Schulen bis hin zu frühen Erfahrungen der politischen Mobilisierung im breiten Sinne. Um die politische Kommunikation in der Schweiz des 20. Jahrhunderts auf dieser Art zu erkunden, sollten schliesslich auch andere Momente als die Wahlkämpfe in den Blick genommen werden, insbesondere Abstimmungskampagnen. Das

Verständnis ihrer Veränderungen leidet nämlich auch unter der romantischen Vorstellung eines naturgegeben, ex-post zwangsmässig richtigen Willensbildungsprozesses im „Volk“ ohne intermediäre Instanzen, wohingegen Initiativkomitees, Parteien oder Verbände auch in Abstimmungskampagnen eine Repräsentationsarbeit über bestimmte Anliegen und Gruppen leisteten.¹¹ Ob bei Wahlen oder Abstimmungen, es war tatsächlich nie „selbstverständlich, dass man uns [bzw. ja oder nein, Anm. ZK] wählt“.

¹¹ Vgl. dazu auch Tanner: Geschichte der Schweiz, 2015, S. 28ff.; Einleitung Ende; Hermann: Introduction sous l'angle suisse, 2011.

Anhänge

1. Abbildungen

Abbildung 1. BGE 1.22 Monticelli, Walter: Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei BGB Mittelstandsliste, Plakat: offset, 129 x 91 cm, 1959.¹



¹ Für die Abbildungen 1, 4, 5, 6 und 7 konnten sich die BesitzerInnen der Urheberrechte leider nicht finden lassen. Die Autorin ist diesbezüglich erreichbar unter zoe.kergomard@unifr.ch.

Abbildung 2. MfGZ 11-0712, Küng, Edgar: Ja - Die Freisinnigen haben die Frauen gern, Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 127 x 90 cm, 1971.



Abbildung 3. SSA FPe-0503, Gilsi, René: Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Plakat, 1947.



Abbildung 4. BGE 7.24, Cattani, Oscar: Pour la famille le progrès social la démocratie chrétienne votez la liste n° 4, Parti indépendant-chrétien-social, Plakat: Lithographie 128 x 90 cm, 1947.

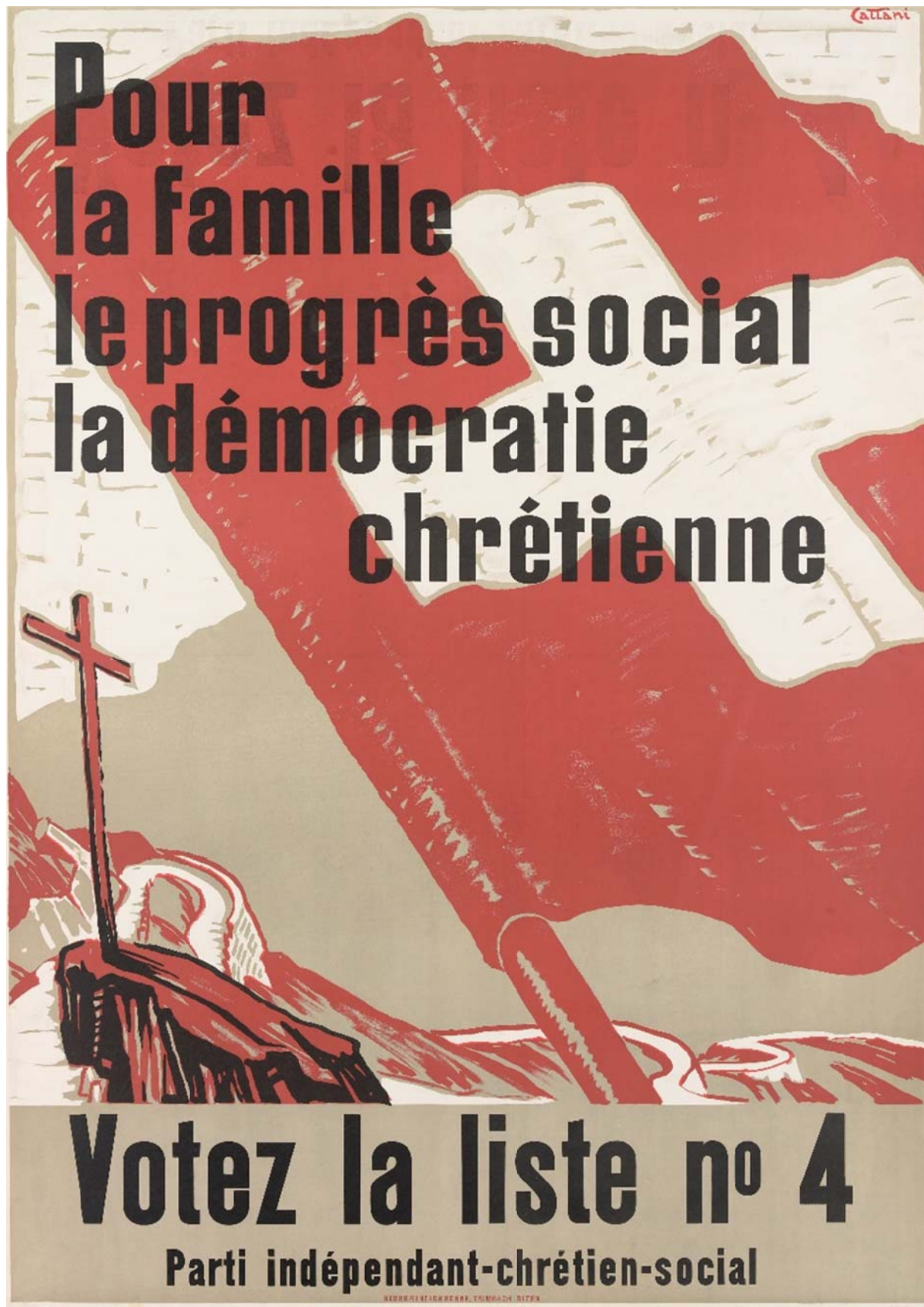


Abbildung 5. MfGZ 26-0057, Bieber, Armin: Wählt Bauern- Gewerbe und Bürgerpartei!, Plakat: Farblithographie, 127 x 89 cm, 1947.

**WÄHLT
LISTE 1**



**BAUERN-
GEWERBE - UND
BÜRGERPARTEI !**

Abbildung 6. BGE 7.28, o.A.: wählt bodenständig. Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei, Plakat: Farblithographie, 128 x 91 cm, 1947.



Abbildung 7. BGE 7.16, Gfeller Hans: Lass nicht den Staat befehlen entscheide selbst! Bewahre deine Freiheit wähle freisinnig! Plakat: Lithographie 128 x 91 cm, 1947.



Abbildung 8. SSA KS 32/111a, Flugschrift „Willst du sparen? ... wähle freisinnig!“, [1947].



Willst Du sparen???

Der bekannte Wiener Journalist Ernst Ely gestand einst der Steuerbehörde, dass er im abgelaufenen Jahr an der Börse gewonnen habe. Im nächsten Jahr schrieb ihm die Steuerbehörde: «Wir vermissen die Gewinne aus Börsengeschäften». Ely schrieb zurück: «ich auch.»

Wenn die Kommunisten und Sozialisten mit ihren Steuerforderungen durchdringen würden, dann würde in absehbarer Zeit die Steuerbehörde schreiben können: «Wir vermissen Angaben über Ihr Vermögen» und in der Antwort des Steuerzahlers würde es heissen: «Ich vermisse mein durch Steuerzahlungen verlorenes Vermögen!»

Für eine gesunde Steuerpolitik mit der freisinnigen Liste 5.

... dann wehre Dich gegen die immer grösser werdenden Staatsausgaben und den untragbaren Steuerdruck

Entwicklung des Steuerfusses unter der Führung des roten Stadtrates:

1929 Steuerfuss Stadt Zürich	111 %
1931 Steuerfuss Stadt Zürich	115 %
1933 Steuerfuss Stadt Zürich	130 %
1934 Steuerfuss Stadt Zürich	145 %
1936 Steuerfuss Stadt Zürich	160 %
1940 1945 Steuerfuss Stadt Zürich	170 %

Freisinnige Beharrlichkeit führt zum Ziel

- 1943: Freisinniger Antrag auf Reduktion des Gemeindesteuerfusses von 170 auf 167%: Die Freisinnigen stehen sozusagen allein, und der Gemeinderat lehnt mit 82:22 Stimmen ab.
- 1944: Freisinniger Antrag auf Herabsetzung des Steuerfusses von 170 auf 160% — Die Freisinnigen erhalten Zuzug lediglich von christlichsozialer Seite, und der Gemeinderat verwirft mit 68:28 Stimmen.
- 1945: Freisinniger Antrag auf Steuerabbau wieder von 170 auf 160%: Diesmal sehen auch einige Unabhängige ein, wie gerechtfertigt diese Forderung ist, doch der Gemeinderat lehnt ab mit 62:39 Stimmen.
- 1946: Freisinniger Antrag auf Herabsetzung des Gemeindesteuerfusses um 20%, also von 170 auf 150% — Die ganze rechte Seite des Rathsaales ist überzeugt von der Notwendigkeit und Angemessenheit dieses Gebotes der Gerechtigkeit und überwindet die heftige und starre Opposition der Linken mit 67:23 Stimmen.

Der unverdächtige Zeuge: Das «Volksrecht» vom 15. April 1947: «Dass sich die Freisinnigen für die Reduktion der Steuern eingesetzt haben, ist wahr, aber kein Ruhm.» Den Entscheid, ob es ein Ruhm sei oder nicht, überlassen wir ruhig dem Wähler.



In der nächsten Zeit sind von den eidgenössischen Räten ausserordentlich wichtige Aufgaben zu lösen: Bundesfinanzreform, Landwirtschaftsgesetzgebung usw.

Schicken wir daher Männer nach Bern, die für eine gesunde Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Deine Interessen eintreten.

und wähle freisinnig!

Abbildung 9. BGE 8.29, Fontanet Noël: Centralisation Dirigisme Pour sauvegarder nos libertés! Votez radical, Plakat: Lithographie, 128 x 91 cm, 1947.

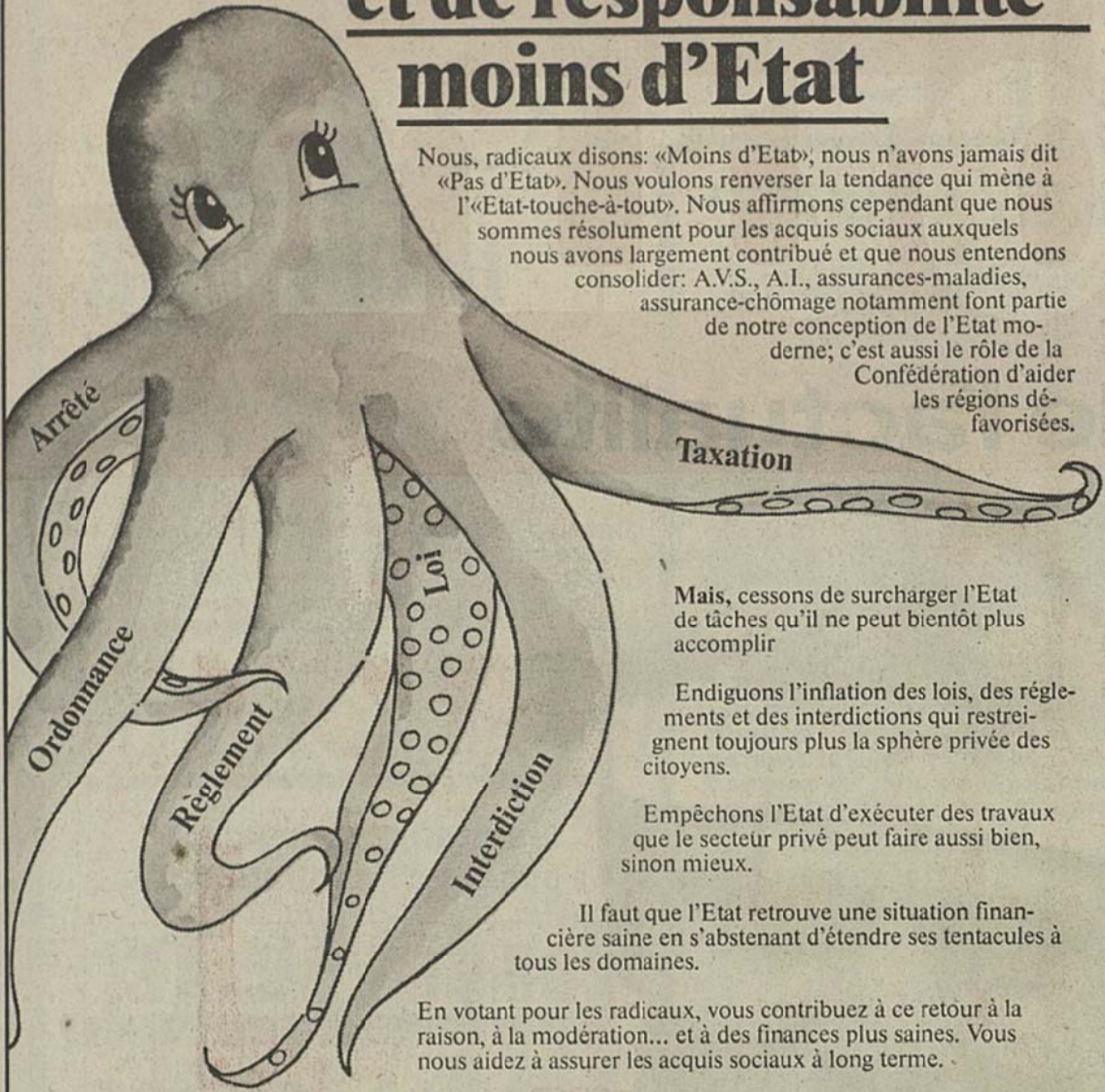


Abbildung 10. SSA FPe-0271, Mathis, Joe: Wählt Sozialdemokraten - Der Mensch im Mittelpunkt, Plakat, 1959.



Abbildung 11. Inserat „Plus de liberté et de responsabilité - moins d'Etat“, Tribune - Le Matin, 09.10.1983.

Plus de liberté et de responsabilité - moins d'Etat



Nous, radicaux disons: «Moins d'Etat»; nous n'avons jamais dit «Pas d'Etat». Nous voulons renverser la tendance qui mène à l'«Etat-touche-à-tout». Nous affirmons cependant que nous sommes résolument pour les acquis sociaux auxquels nous avons largement contribué et que nous entendons consolider: A.V.S., A.I., assurances-maladies, assurance-chômage notamment font partie de notre conception de l'Etat moderne; c'est aussi le rôle de la Confédération d'aider les régions défavorisées.

Mais, cessons de surcharger l'Etat de tâches qu'il ne peut bientôt plus accomplir

Endiguons l'inflation des lois, des règlements et des interdictions qui restreignent toujours plus la sphère privée des citoyens.

Empêchons l'Etat d'exécuter des travaux que le secteur privé peut faire aussi bien, sinon mieux.


Il faut que l'Etat retrouve une situation financière saine en s'abstenant d'étendre ses tentacules à tous les domaines.

En votant pour les radicaux, vous contribuez à ce retour à la raison, à la modération... et à des finances plus saines. Vous nous aidez à assurer les acquis sociaux à long terme.

Coupon
Veuillez nous faire parvenir votre documentation
Nom _____
Prénom _____
Adresse _____
NP/Lieu _____
A adresser à PRD, case postale 477,
1000 Lausanne 17

Si vous pensez que c'est la simple logique - soutenez les radicaux - votez pour eux

Les radicaux: du cran et du cœur



Resp. M. Margot.

Abbildung 12. SNL_1971_426, o.A.: SP, Es ist an der Zeit, die Gewichte zu verlagern! Ziel: Jeder Mensch soll sich nach ..., Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern, Plakat, 129 x 92 cm, 1971.



Es ist an der Zeit, die Gewichte zu verlagern!

Ziel: Jeder Mensch soll sich nach seinen Neigungen und Fähigkeiten frei entfalten können.	Voraussetzung dazu: Gleiche Bildungschancen für alle. Umfassende soziale Sicherheit. Gesunde Umwelt. Demokratie am Arbeitsplatz.	Voraussetzung dazu: Ein Parlament, das die Schwergewichte von den Wirtschaftsauf die Volksinteressen verlagert.	Voraussetzung dazu: Nutzen Sie das Gewicht Ihrer Stimme. Werfen Sie es am 31. Oktober in die richtige Waagschale!
---	--	---	---



Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

Le sens de l'entente vaudoise

La déclaration ci-dessous, signée par les PARTIS LIBÉRAL, RADICAL, PAI et CHRÉTIEN-SOCIAL précise bien le caractère et la portée de «L'ENTENTE VAUDOISE» nouvellement scellée
En unissant leurs efforts, ces quatre partis poursuivent un double but:

1. Donner une solution heureuse aux problèmes importants qui se posent à notre canton

Ces problèmes commandent en effet un rassemblement de bonnes volontés. Il s'agit de faire face à un véritable éclatement de la civilisation qui nous contraint, en l'espace d'une génération, à résoudre des questions essentielles : conversion industrielle accélérée, établissement d'un réseau autoroutier, Exposition nationale 1964, formation d'une élite technique et scientifique propre à développer les ressources de l'énergie atomique et les conquêtes de l'automation, réforme des finances vaudoises, développement de l'équipement hospitalier, adaptation de l'agriculture, etc.

Il faut faire vite, il faut faire bien.

Les quatre partis non socialistes sont fermement résolus à façonner ce nouveau visage du canton de Vaud et à donner à notre petit pays la place qui lui revient dans la Confédération et dans le monde.

DÉCLARATION de l'Entente vaudoise

Les quatre partis soussignés, fermement résolus à maintenir leur originalité et leur autonomie, considèrent que les problèmes à résoudre dans un canton de Vaud en pleine évolution exigent, en raison de leur étendue et de leur complexité, une coordination des efforts. Afin d'établir entre eux les conditions d'une collaboration indispensable au bien général dans le présent et dans l'avenir, ils ont décidé de constituer l'«Entente vaudoise», au sein de laquelle seront étudiées les solutions propres à assurer le développement harmonieux de la communauté vaudoise. L'«Entente vaudoise», dans laquelle chacun assume sa part de responsabilité, a décidé, à l'occasion des prochaines élections fédérales, de prendre des mesures pour augmenter l'influence du canton de Vaud au sein de la Confédération. A cet effet, les quatre partis ont décidé d'appartenir leurs listes pour le Conseil national et de proposer, pour le Conseil des Etats, une liste commune portant les noms de M^{rs} Gabriel Despland, vice-président du Conseil des Etats, et Frédéric Fauquex, conseiller aux Etats.

Ils sont conscients de répondre ainsi aux aspirations de la grande majorité des électeurs de ce canton, qui appellent de leurs vœux la formation d'une entente.

PARTI RADICAL-
DÉMOCRATIQUE VAUDOIS
PARTI LIBÉRAL-DÉMOCRATIQUE
VAUDOIS
PARTI DES PAYSANS, ARTISANS
ET INDÉPENDANTS
PARTI CHRÉTIEN-SOCIAL
VAUDOIS

2. Ils entendent empêcher l'avènement d'un système politique qui entraverait ou retarderait le développement équilibré et rapide du canton de Vaud

Sans tomber dans un antisocialisme négatif, ils constatent que la gauche, exploitant l'individualisme des partis modérés, est parvenue à conquérir trois sièges au gouvernement cantonal, ce qui ne représente nullement le juste équilibre des forces que l'entente veut promouvoir.

Par ailleurs — et ceci justifie notre position — au sein du gouvernement vaudois les magistrats socialistes, dont nous ne contestons pas les mérites personnels, jouent la politique du double jeu. Ils s'associent à l'œuvre de leurs collègues du Conseil d'Etat, mais ils acceptent «candidement» de se faire désavouer par leurs députés au Grand Conseil. Résultat : les difficultés rencontrées par le canton pour résoudre les graves problèmes qui se posent à lui.

M. Rochat.



M. Gabriel Despland

Face à cette situation, la décision s'impose clairement :

Voter pour les deux candidats représentant des partis qui ont largement contribué à la prospérité de notre pays, au bon état des finances fédérales, à une politique sociale généreuse, à un niveau de vie qui renforce le pouvoir d'achat du citoyen.

Gabriel DESPLAND

Vice-président du Conseil des Etats

Frédéric FAUQUEX

Conseiller aux Etats



M. Frédéric Fauquex

Abbildung 14. Inserate zu den Nationalratswahlen in der Neuen Zürcher Zeitung, 25.10.1947.

Wir brauchen Männer der Verantwortlichkeit und der Tat, die ihre Lebenserfahrung dem Volk zur Verfügung stellen, Männer, deren Leistungen und Werke den Beweis ihrer schöpferischen und organisatorischen Begabung erbracht haben.

Sichern wir dem bisherigen Vertreter im Nationalrat mit

2 x Armin Meili

eine ehrenvolle Wiederwahl.

Bürger von Stadt und Land.

**Persönlichkeit und
Tatkraft, Mut und ein sicherer Blick**

sind die Eigenschaften, welche

Robert Zumbühl

auszeichnen

Wer seine Wahl sicherstellen will, schreibt seinen Namen zweimal auf der freisinnigen Nationalratswahlliste 5

Einige Wähler

Gegen Zwang und Bürokratie

Wählt Prof. Löffler

Freiheitsliebende Bürger

Bijoux

Mardi 5 novembre 1947 à 15 h., salle de la Justice de Paix, Palais de Montbenon à Lausanne, l'Office des faillites vendra à tout prix et au comptant un beau lot de bijoux consistant en bagues, bracelets, sacs en cuir, broches, clips, le tout monté de pierres précieuses, ainsi que trois bracelets sans monture.

Le Préposé: E. Pilet

**PIANOS
in Klaviere**

PIANOS
JECKLIN
SÄLER

Wir offerieren Hand- und Maschinen-

Herzogsmann

(Hetzlerstr.) - Sales
Fahrräder, Motor-
erweitert ab Transporter
Lieferung in 1. Qualität
1947. Aufträge unter
Chiffre 1012 an
Publikum St. Gallen

**Motorgewagen
mit Lizenz**

Sack- und Kistenrollen

Primo Transporter

Verlangen Sie den
Katalog, Prospekt durch
Primo Müller
Fahrraden, Motor-
Fahrzeuge, Klein-
Kraftwagen
Tel. (051) 57 79 84

Der hervorragende Vorkämpfer für das Durchhalten in schwerer Zeit,
Der erfolgreiche Verfechter schweizerischer Interessen gegenüber ausländischen Großmächten,
Der Mann, der weit über unsere Landesgrenzen hinaus ungeheures Ansehen genießt,
wird auch weiterhin das Zürcher Volk im Ständerat würdig vertreten.

Wir wählen deshalb

Dr. F. T. Wahlen als Ständerat

In den Nationalrat gehören Männer von eigenständigem Format, die auch der Gegner achtet.

Solche Männer sind

H. Häberlin und R. Zumbühl

Sorgt dafür, daß diese Namen auf eurer Liste zweimal aufgeführt sind.

Um das Landeswohl besorgte Bürger

UNIC

Man muß ihn probiert haben

WARUM?

Weil Sie sonst nicht wissen, wie angenehm man sich heute rasch und zugleich hautglatt rasieren. Verlangen Sie unsern Gutschein für eine Gratis-Rasur in einem Fachgeschäft.

Dein Bart wartet auf UNIC

Abschickt senden an:
Electras Bern, Postfach Transit
Name, genaue Adresse: _____

Friha

Postfach 100
Zürich

ELIX ENDRICH
A G
Bahnhofstr. 48
Zürich

**Ein klares
JA
—
ein klares
NEIN**

Nur daraus erwächst der gesunde Kompromiß, der schweizerische Mittelweg. Schau vor klarer Meinung und Verantwortung führt zu halbem Entschieden, zu lauten Kompromissen.

Mutig und klar im Urteil, mutig und klar in der Tat ist

**Nationalrat
Dr. Robert Bühler**

Er soll im Nationalrat bleiben.

Korsett-Satin

farblich, Lagerangebot erwünscht. Import: Hosen vorhanden. Korsettfabrik Amédé, Billebeis 24 B, Kopenhagen.

Wegen Pneu zum Vogelsang

Was wollen wir eigentlich bei den Wahlen?

Heute steht Ihr einem Wirrwarr von Empfehlungen gegenüber! Alles mögen „rechte Männer“ sein, zugegeben. Uns aber liegt daran, einen Zürcher gewählt zu wissen, der Ueberblick hat über unsere gesamte Volkswirtschaft, einen Sparer, der nicht will, daß Wirtschaft und Bürger durch die Steuern erdrückt werden. Daher — auf oder von Liste 5 — doppelt den Namen:

Dr. H. U. Schlaepfer

Nationalrat, Zollikon

Der Kenner der zürcherischen Volkswirtschaft

Bürger von Stadt und Land

Abbildung 15. Inserate zu den Nationalratswahlen in der Neuen Zürcher Zeitung, 17.10.1983.

Wir wollen eine leistungsfähige und dynamische Schweizer Wirtschaft. Darum wählen wir Silvio de Capitani wieder in den Nationalrat.



Silvio de Capitani FDP-Stadliste 11 Dr. iur., Rechtsanwalt, geb. 1925, verh., ref., Bürger von Zürich und Vezià (TI), Nationalrat seit 1979, Mitglied der aussenpolitischen Kommission

Er wehrt sich vehement gegen weitere Eingriffe des Staates und gegen noch mehr Bürokratie, weil Initiative und unternehmerisches Denken Grundlage unseres Wohlstandes sind.

Silvio de Capitani's politische Arbeit stützt sich auf klare, liberale Grundsätze. Schwerpunkte: gesunde Finanzen, Recht und Sicherheit, soziale Marktwirtschaft.

Silvio de Capitani 2 x auf Ihre Liste

Dr. iur., Dr. med. h.c. Margrit Bohren-Hoerni, Zürich
 Stadtrat Dr. Martin Hoos, Winterthur
 a. Regierungsrat Albert Mosdorf, Bülach
 Dr. Felix Rogner, Zürich
 Stadtpräsident Dr. Thomas Wagner, Zürich
 Hans M. Wettstein, Stäfa

In den Ständerat: Stucki und Jagmetti

vx3346049

Für den Kanton ZÜR!



Jakob Stucki, 1924, bis zu seiner Wahl in den Regierungsrat (1971) Landwirt und Gastwirt in Seuzach, über alle Parteschranken hinweg hochgeachteter und kompetenter Finanzdirektor, «Vater» der jüngsten, politisch ausgewogenen Revision des Zürcher Steuergesetzes und verantwortlich für die Konsolidierung der Zürcher Staatsfinanzen, ist unserem Kanton seit 1979 ein hervorragender Vertreter im Ständerat.



Rico Jagmetti, 1929, Dr. jur., Rechtsanwalt und seit 1966 Professor für Rechtswissenschaft an der ETH, Kantonsrat seit 1971 und Präsident der FDP-Kantonsratsfraktion, Mitglied verschiedener eidg. Expertenkommissionen (Umwelt- und Gewässerschutz sowie Arbeits- und Landwirtschaftsrecht), sieht in der Staats-, Finanz- und Wirtschaftspolitik klare Prioritäten: Masshalten und die Interessen des starken, aber stark belasteten Kantons Zürich wahren.

Was hätten wir Zürcher davon, wenn Jakob Stucki im Ständerat einer Entlastung des Steuerzahlers (jüngstes Beispiel: Ausmerzen der «kalten Progression») **zustimmen**, sein zürcherischer Ratskollege aber mit **Nein** votieren oder sich der Stimme enthalten würde?

Zürich muss im Ständerat mit **2 Stimmen** (der «ungeteilten Ständesstimme») wieder **mitentscheiden!**

Darum in den Ständerat:

Jakob Stucki + Rico Jagmetti

Komitee Stucki + Jagmetti in den Ständerat
 Präsident: Fritz Honegger, a. Bundesrat

vx3344249

Überparteiliches Komitee «Sperry/Honegger in den Nationalrat»

Vorsitz: Edgar Cantieni, Dr. rer. nat., Widenswil
 Koprapäsidenten: Frau Christa Arnet, Stadträtin, Adliswil
 Thomas Isler, Gemeindepräsident, Rüschlikon

Vreni Sperry-Toneatti



lic. iur., 1938, Horgen seit 1978 Gemeinderat (Exekutive, Finanzvorstand), seit 1979 Kantonsrätin, Quästor der FDP des Kantons Zürich, kantonale Frauengruppe FDP, verheiratet, 3 Kinder.

Kandidiert auf Liste 10.

Dr. Eric Honegger



Dr. phil. I, 1946, Rüschlikon Geschäftsführer Schweiz, Verband Graphischer Unternehmen, 1974-78 Gemeinderat (Exekutive), seit 1979 Kantonsrat, Präsident Finanzkommission, Präsident Arbeitsgruppe «Mehr Freiheit - weniger Staat» der FDP Schweiz, verh., Hauptmann.

Kandidiert auf Liste 10.

Der Kanton Zürich stellt pro 32081 Einwohner ein Nationalrats-Mandat. Der Bezirk Horgen mit 101522 Einwohnern ist aber im eidg. Parlament seit über einem Jahrzehnt nicht vertreten.

Setzen Sie deshalb diese fähigen Politiker

2 x auf jede Liste!

Adliswil: Frau B. Bach, Hausfrau, Gemeinderätin, H. Binder, Redaktor BR, Gemeinderat, W. Furrer, Kantonspolitiker, Dr. M. Greuter, Kantonschullehrer, Frau H. Holliger-Lee, Primarlehrerin, Gemeinderätin, Frau Dr. med. Y. Maurer, Kantonsrätin, Frau H. Wags-Dubach, Gemeinderätin, Hausfrau
 Hitzel: Dr. A. Egli, Zahnarzt
 Horgen: Dr. U. Egli, Zahnarzt, H. Pfister, Baummeister, H. Suter, Verwalter, Gemeindepresident
 Kilchberg: W. Anderau, Historiker, H. Grub, Gemeindepresident, Frau V. Habicht, Hausfrau, Dr. B. Herzer, Rechtsanwalt, K. Menzli, Konzern-Manager, H.R. Poppe, Geschäftsführer, O. Riegler, Vizedirektor
 Langnau a.A.: Frau M. Buff, Gemeinderätin, Dr. med. W. Heggesteiler, Kantonsrat, O. Müller-Knocht, Bankkaufmann, E. Scharrer, Steuerrechtswissenschaftler
 Oberrieden: A. Gremmann, Kaufmann, Frau M.L. Leuchthorn, Dr. phil. E. Marty, Ingenieur, W. Meier, dipl. Ing. ETH, F. Müller, Direktor, Dr. H.R. Roth, Kaufmann, H. Schenck, dipl. Ing. ETH, Dr. M. Walter, Rechtsanwalt, Dr. jur. M. Zweifel
 Rüschlikon: Frau E. Calusch-Hoemann, Geschäftsfrau, H. Gmünger, Gemeindepresident, Dr. med. A. Silberchmidt, Frau R. Struelli, lic. iur., K. Strickler, dipl. Gartengestalter, M. Zogg, Bankier
 Rüschlikon: W. Ditschler, Konditormeister, R. Fischlin, dipl. Ing. ETH, A. Maurer, dipl. Arch. ETH/SHA, P. Maurer, El. Ing. ETH, T. Sonn, Primarlehrer, J. Schuler, alt. Direktor, Dr. P. v. Schulthess, Arzt
 Thalwil: H. Baumann, Prim. Bezirkssparkass. Dr. H. Berger, Mittelschullehrer, Frau D. Berger, Hauswirtschaftslehlerin, Chr. Buechli, Direktor Zürcher Handwerkskammer, Dr. W. Eggensberger, Ing. ETH, K. Hagenberger, Malermeister, W. Hantke, Fabrikant, Dr. med. W. Kaiser, Arzt, W. Struelli, Bankdirektor, Dr. med. vet. H. Stätti, Professor
 Widenswil: R. Bachmann, Chef Strassenverkehrsamt, H. Bachmann, Stadtrat, Dr. C. Fürti, Arzt, H. Jäger, Bankdirektor, Dr. P. Möhr, Chefarzt, A. Nüsdorfer, dipl. Ing. ETH, Chr. Roggenmoser, El. Ing. W. Rastbach, Stadtratspräsident, Frau I. Schaltenbrand, Stadträtin, F. Spörh, Direktor, R. Sprüngli, Dr. rer. oec. M. Treichler, Kaufmann, Frau E. Zollinger-Tschudi, Sek. Lehrerin/Hausfrau

vx3360408

DANS LE CANTON

Partis aux champs avant les manœuvres d'automne

Les libéraux voient grand Le slogan martial des radicaux



M. Jean-François Baehler: une bonne assiette.

« Dis voir, es-ce que c'est dangereux de monter là-dessus ? » Jean-François Baehler, à cheval et déguisé en du Guesclin pour la circonstance, hésitait à faire graver l'estrade à sa monture. « Mais vas-y donc », l'encourageait Georges Thévoz qui, à cheval lui aussi, allait donner l'exemple. Samedi, sur la place des sports de Morges, lors de la grande kermesse électorale des libéraux, la politique était un art difficile...

« Plus de libertés », sans doute, et un maximum d'effet. Un chapiteau de 1250 places, des stands en tous genres, une tombola somptueuse et un ballet d'hélicoptère digne d'Apocalypse now » pour présenter leurs 17 candidats au National et leur candidat aux Etats, les libéraux vaudois ont vu grand !

Mme France-Line Matile est arrivée en ambulance (personne n'a dégainé), suivie par M. Pierre-Vincent Gamboni en élévateur cahotant et M. Jean-Marc Narbel en voiture électrique. Un tromblement couvrait alors les paroles de la speakerine et l'hélicoptère déposait sur le plancher des vaches, dans le plus pur style américain. Mme Renée Guisau et M. André Lasserre, président du PLV. Mme Madeleine Raymond et M. Raymond Milloud arrivaient en attelage. MM. René Payot et Daniel Burri en décapotable décapotée. Mme Anne-Lise Monnier emmenait sa pharmacie derrière elle et M. Jean-Pierre Ding, directeur de la Chamore vaudoise immobilière, débarquait, noblesse oblige, en mobilhome ?

C'est alors que devait se dérouler le show équestre de MM. Baehler et Thévoz, suivis par MM. André Bonzon et Jean-Claude Rosat, également à cheval, et par MM. Claude Massy et Claude Bonnard en tracasset. Mais le clou du spectacle a certainement été le tandem formé par les conseillers aux Etats sortants, MM. Edouard Debétaz (radical) et Hubert Raymond. La preuve est faite que le deux partis savent pédaler ensemble...
Sous le chapiteau, la fête s'est pro-

longée tard dans la nuit, animée par une revue de Roger Bornand et les chansons de Claude Massy et d'Alain Thomas. M. Baehler était en pleine forme, son cheval avait fini par monter sur l'estrade...
F. Ch.

« Ils sont venus, ils sont tous là, dès qu'ils ont entendu ce cri... » Vrai, ils étaient tous là, à la fête d'Alternative démocratique (AD), samedi soir au CPO Croix-d'Ouchy, à Lausanne. Tous : les expa-



L'ambiance était détendue, mais Gaston Cherpillod n'était pas là !

« En force à Berne ! » C'est sous ce martial slogan que, samedi à Crissier, se sont retrouvés les candidats radicaux au Conseil national, sans oublier le candidat aux Etats, flanqué de son cousin libéral. Ambiance, cotillons, bonne humeur, stands divers et variés, proposant au chaland les produits du terroir, sous forme solide, parfois gazeuse (pour les gosses), mais surtout liquide (avec, toutefois, et selon une saine conception d'un fédéralisme élargi, quelques concessions du côté des distillations de Glasgow et de Marseille).

Musique champêtre, jazz New Orleans, corn des Alpes, chorale, lâcher de ballons, buffet campagnard, le Parti radical vaudois s'était mis le cœur en fête, jusqu'à p'it bal du soir en disco. Démarrage soutenu de la campagne électorale.

Les candidats montent sur l'estrade. Trois petites minutes chacun et puis s'en vont ! Dame, si le rassemblement est bel et bien politique, il importe de se montrer concis, donc de se montrer capable de concentrer le maximum de pensée dans le minimum de temps (et non l'inverse, comme le recommandait Churchill !). L'on cite Benjamin Constant, Charles de Gaulle, et Pierre Dac, l'on brandit des idéaux élevés, des déterminations farouches.



La noce à Thomas radicale : avec le sourire.

Le président cantonal Paul-Béné Martin exhorte ses troupes : tout est prêt, sur le plan matériel. Mais il faut encore l'engagement de tous, et ne pas se reposer sur le succès que prévoient d'ores et déjà les augures. Une bataille n'est jamais gagnée d'avance. Les radicaux sont réalistes et efficaces, ils pratiquent les grands principes, au lieu de les claronner.

Président du Parti radical suisse, Yann Richter a reçu de son fils, comme consigne, de ne pas parler aux Vaudois « comme Giscard

quant à la forme, et... comme Mitterrand quant au fond ». Lui aussi galvanise les phalanges radicales.

Enfin, le conseiller d'Etat Claude Peryé accorde à chaque candidat une maxime bien choisie, dont beaucoup seraient d'excellents sujets de dissertation (avis à son collègue Raymond Junod).

Ainsi, gonflés à bloc, les candidats s'apprentent-ils à courir le marathon jusqu'au 23 octobre.
P. Ty

Une grande fête alternative

trés de toutes les ganches, les revenus de tous les bords, les partisans de l'écologie, les fervents de

l'apolitisme, quelques rescapés de Lézane bouge...

Et la Mamma n'est pas morte. Anne-Catherine Menétréy, tête de file d'AD, a annoncé la candidature surprise de Gaston Cherpillod au Conseil des Etats. Pour le reste, la fête a été à l'image d'Alternative : un peu marge, beaucoup intello, bref une grande famille très disparate...

18 heures. Sur le trottoir du CPO, une femme, tout de noir et de chic vêtue, se hâte ; serré sur son cœur, le dernier saladier du buffet destiné aux sympathisants d'AD. Hâte intempêtive : seule une quinzaine de personnes sont attablées devant les plats « faits maison ». Vert = écolo.

20 heures. Le buffet est dévasté, le hall envahi : 400 à 500 personnes se pressent vers la salle de spectacle. Ils entendront les compagnons de tous jours, Yvette Théraluz et Michel Bühler.

En sabots et grand pull de laine, en babas cool, jeans ou cravates, on discute : les enfants, les amis, les amis des amis, l'environnement, le nucléaire. On communique. Vert = libéré.

Sur la scène, Anne-Catherine Menétréy abondera les mêmes thèmes : autres manières de vivre, autres relations entre les gens et les nations : « Ecouter, comprendre, rassembler et utiliser les énergies dispersées ». Elle explique la nouvelle candidature « Alternative n'aspire pas au pouvoir, mais il n'y a pas de mauvais terrain pour se battre pourvu que la lutte se poursuive aussi ailleurs... »

Donc, vert = combat avec Gaston Cherpillod, « le seul candidat qui s'oppose à une politique politicienne », militant de la paix depuis 1950, popiste convaincu jusqu'à la fin des années soixante où il démissionna avec fracas en dénonçant l'attachement du parti à l'Union soviétique.

Messages reçus : à 2 heures du matin, on refait encore le monde. Ou on danse.
D. W.

Les socialistes en famille

Un double vent d'octobre — au propre et au figuré — a soufflé samedi à Rances sur la Fête de la rose. Car si quelques courageux ont taquiné le cochonnet, bravant les premiers assauts de l'automne, tous ont suivi avec le sourire les joutes oratoires sur le thème « Moins d'Etat », qui mettaient aux prises les candidats socialistes au Conseil national (cinq absents). Ce fut là la seule parenthèse réellement politique de cette désormais traditionnelle — et familiale — rencontre de militants. Pouvait-il en être autrement à moins de deux mois des élections fédérales ?

L'atmosphère était bon enfant et le parfum de la soupe aux pois longuement mijotée (comme le reste d'ailleurs) par la section d'Orbe embaumait l'air. Sur fond d'affiches rappelant quelques décennies de combats socialistes, les candidats offraient un avant-goût de la future campagne électorale.

Ainsi, tour à tour, M. Victor Ruffly (très fonctionnaire), Mme Yvette Jaggi (un brin idéologue), M. Jean-Philippe Gloor (confraternel) et symphonique), Mme Liliane De-

riaz (poétique : quel tabac à l'applaudimètre !), M. Yvon Golaz (populaire et narquois), M. Paul Delay (dans la simplicité), M. Bernard Thalmann (quelque peu sarcastique), M. Michel Béguelin (scientifico-allégorique), Mme Juliette Cerrutti (internationaliste), M. Roger Grandchamp (très militant de base), M. Yves Goolz (statisticien) et M. Aimé Desarzens (social) ont essayé de chauffer l'audience avec plus ou moins d'humour.

Et les coups de griffes n'ont pas manqué contre « cette droite qui veut

moins d'Etat et crache ainsi dans la soupe qu'elle a elle-même mijotée ». Assez de slogans démagogiques (le « moins d'Etat » des libéraux), a-t-on dit en substance, assez de « bla-bla-bla. Leuba, Delamuraz, Chevallaz, etc. ». On connaîtra la suite dans les semaines à venir.

Le jury, lui, n'a pas voulu faire de jaloux. Il a renvoyé les candidats dos à dos à leurs chères études préfectorales, non sans leur avoir remis des cadeaux à faible valeur ajoutée, mais à haute teneur symbolique.

Hors concours, M. Daniel Schmutz s'en est pris au tandem radical-libéral (ou libéral-radical) qui pédale vers le Conseil des Etats. Avec une assurance déconstruite, il n'a exprimé qu'un souhait : que cette bicyclette où « un seul tient le guidon » (lequel ?) ait de sérieux ennemis de dérailleur.
J. de P.



M. Daniel Schmutz annonce une campagne vigoureuse : il faut mettre un autre assaisonnement dans la soupe.

Sumatra, Java, Bali Un circuit incroyablement avantageux à travers des régions légendaires, des vacances balnéaires enchanteuses sur l'île des dieux indonésienne, Bali. Un vol de ligne direct vous y emmène. Dès 3990 ffr

Hotelplan

Les vacances de la semaine
SR, rue St-Laurent, 021/20 55 01
Cantons: 021/35 45 18
Romans: 021/35 35 41

2. Kurzbiographien zu den wichtigsten Akteuren

Bringolf, Walter (1895-1981)

Walter Bringolf begann sein politisches Engagement am Ende des Zweiten Weltkrieges in Soldatenorganisationen, dann auch in der SP in der Stadt Schaffhausen. Er gehörte mit Jules Humbert-Droz zu den Gründungsmitgliedern der KP, engagierte sich in den 1920er Jahren in dieser Partei weiter und wurde 1925 in den Nationalrat gewählt. Nach seinem Ausschuss aus der KPS im Jahr 1930 in Folge eines Konfliktes zwischen seiner Schaffhauser Sektion und der Komintern konnte er trotzdem als Nationalrat und Schaffhauser Stadtpräsidenten (ab 1932) seine politische Karriere fortsetzen. 1935 schlossen sich die Schaffhauser KP-Dissidenten der SP an. Als Präsident der SP zwischen 1952 und 1962 leitete Bringolf die Winterthurer Programmreform von 1959. Damit ist auch sein politisches Engagement ein Musterbeispiel der schrittweisenden Mässigung von Linkspolitikern seit den 1920er Jahren.

Studer: Bringolf, Walther, 2004.

Cohen, Victor (1910-1975)

Victor Cohen wurde in Konstantinopel (Istanbul) geboren und kam 1914 nach Zürich. Er machte seine Lehrzeit bei der Verlags- und Werbefirma Orell Füssli, wurde später zum Werbechef beim Medienunternehmen Ringier, bis er 1946 seine eigene Werbeagentur Advico gründete. Er gehörte somit zu einer ersten Generation von autodidaktischen Werbeberatern in der Schweiz und hat dazu beigetragen, den Beruf zu konsolidieren, nicht zuletzt durch seine Ausbildungstätigkeit. Neben seiner Tätigkeit für verschiedenen Firmen, von denen seine Kampagnen für die Gauloises in Erinnerung geblieben sind, hat er sich früh in der politischen Kommunikation für die Arbeiterbewegung eingesetzt. Emblematisch wurden seine Kampagne für die AHV-Abstimmung vom Juli 1947 sowie die „Aktion des guten Willens“ (mit dem Schlagwort „Mitenand gahts besser“) zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes im Jahr 1949.

SSA Ar 141, Findmittel Victor N. Cohen (1910-1975)

Kutter: Werbung in der Schweiz, 1983, S. 159ff.

Eibel, Robert (1906-1986)

Der Jurist Robert Eibel engagierte sich politisch zunächst bei der FDP der Stadt Zürich, deren Sekretär er Anfang der 1930er Jahre war. Eibel war entweder Initiator oder Mitglied einer Reihe von rechtsbürgerlichen Gruppierungen, die zwischen den 1930er- und den 1940er Jahren gegründet wurden: das Redressement national, der Gotthard-Bund und die Wirtschaftsförderung. Mit seiner eigenen Agentur, gegründet 1947, zählte Eibel zu den prominentesten professionellen PR-Beratern der Schweiz. In seinem Verständnis waren seine Werbetätigkeit und sein politisches Engagement ein und das selbe. Mit der Aktion für freie Meinungsbildung und der Zeitung *Trumpf-Buur* nutzte er somit

seine Werbekompetenz, um regelmässige Inseratenkampagnen in Namen der Freiheit und des Privateigentums gegen den Etatismus auszurichten. Auch wenn er damit im freisinnigen und bürgerlichen Lager die Geister spaltete, wurde seine Werbekompetenz breit anerkannt. Wie sein Mitarbeiter Heinz Schmutz an seinem 70. Geburtstag erklärte, führte Eibel als Prüfmethode der „Biertischkompatibilität“ seiner Kampagnen einen „Putzfrauentest“ mit seiner eigenen Putzfrau durch.

Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 181ff.

Stauffacher: Eibel, Robert, 2004.

Werner: Für Wirtschaft und Vaterland, 2000, S. 236ff.

Fagagnini, Hans-Peter (1945-)

Hans-Peter Fagagnini studierte und promovierte in Staatswissenschaften an der Universität Sankt Gallen. Er war zwischen 1974 und 1988 Generalsekretär der CVP und gehörte somit zu den ersten Parteiangestellten, welche eine wissenschaftliche Ausbildung zur Politik gemacht hatten. Er betrieb zudem während seines Engagements bei der CVP auch Forschung und reflektierte dabei über die politische Tätigkeit. 1994 wurde er zum Titularprofessor ernannt. Er übernahm später hochrangige Posten in der Verwaltung, Verwaltungsratsmandate. Fagagnini wurde u.a. Generaldirektor der SBB und unterrichtete bis zur Emeritierung im Bereich Politikwissenschaften an verschiedenen Schweizer Hochschulen.

Wirtschaft versus Politik?, in: St.Galler Tagblatt, 20.05.2010.

Prof. Dr. Hans Peter Fagagnini – PHW Bern, <https://www.phw-bern.ch/dozierendennetzwerk/prof-dr-hans-peter-fagagnini/>, Stand: 03.09.2017.

Farner, Rudolf (1917-1984)

Als ausgebildeter Jurist an der Universität Zürich arbeitete Rudolf Farner zunächst als Journalist und als Leiter der Abteilung Vorunterricht der Militärdirektion des Kantons Zürich. Er absolvierte eine Marketingausbildung in den USA am Ende der 1940er Jahre und gründete bei seiner Rückkehr 1950 die Dr. Rudolf Farner Werbeagentur AG in Zürich. Er setzte bald Standards für die neue Branche, nicht zuletzt dank seiner amerikanischen Erfahrungen. Seine Erfolge führten ihn dazu, in weiteren westeuropäischen Ländern zu arbeiten. Im Rahmen seiner 1973 gegründeten europäischen Agentur Intermarco-Farner Gruppe (heute Publicis) assoziierte er sich mit dem französischen Werbepionier Marcel Bleustein-Blanchet. Er wurde früh im politischen Bereich aktiv: Mit dem 1951 gegründeten Pressebüro Dr Rudolf Farner (1961 Dr. Rudolf Farner Public Relations Agentur) spielte er eine bedeutende Rolle bei der Entstehung der Öffentlichkeitsarbeit (PR) im Dienst der Wirtschaftsverbände und führte insbesondere Abstimmungskampagnen für sie durch.

Bürgi: Farner, Rudolf, 2014.
Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten, 1987, S. 198ff.
Heizmann: Rudolf Farner, 2008.
Kutter: Werbung in der Schweiz, 1983, S. 153ff.

Hubacher, Helmut (1926-)

Helmut Hubacher wurde als SBB-Stationsbeamter ausgebildet und engagierte sich bald als Gewerkschaftler in Basel beim VPOD und später bei dem Basler Gewerkschaftsbundes. Er war zwischen 1963 und 1972 Chefredaktor der *Basler Arbeiterzeitung*. Hubacher sass zwischen 1956 und 1968 für die SP im Basler Grossrat und zwischen 1963 und 1997 im Nationalrat. Zudem präsierte er die Schweizer SP zwischen 1975 und 1990 und leitete dabei die programmatische Umorientierung der Partei mit der Wende hin zu Umwelt- und Frauenfragen, insbesondere mit dem Programm von 1982. Durch seine Biographie und sein politisches Engagement schlug er somit die Brücke zwischen „alten“ und „neuen“ Sozialdemokraten im Namen einer kräftigen, integrierenden Sozialdemokratie.

Schibler: Hubacher, Helmut, 2008.

Humbert-Droz, Jules (1891-1971)

Nach seinem Studium der Theologie, engagierte sich Jules Humbert-Droz in der Arbeiterbewegung, zunächst als Redaktor bei der Zeitung *La Sentinelle*. Er nahm am Landesstreik teil und spielte 1921 bei der Gründung der KPS eine bedeutende Rolle, dabei wurde er auch im Sekretariat, sowie im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale tätig. Wie andere Schweizer Kommunisten befand er sich bald in Opposition zu Stalin und beteiligte sich an der Oppositionsgruppe der sogenannten „Versöhner“. Nach einer Zeit der Versöhnung, in welcher er die Partei leitete, wurde er schliesslich 1943 von der mittlerweile verbotenen Partei ausgeschlossen. Im gleichen Jahr trat er der SP bei, bei der er zwischen 1946 und 1959 Zentralsekretär, dann Sekretär der Neuenburger Partei war. Als langjähriger Pazifist übte Humbert-Droz ab den 1950er Jahren zunehmend Kritik an der Parteilinie zur Landesverteidigung und vertrat dabei eine Minderheitslinie, die vor allem in der Westschweiz Unterstützung fand. Studer: Humbert-Droz, Jules, 2006.

Kurmann, Franz Josef (1917-1988)

Josef Kurmann arbeitete zunächst als Rechtsanwalt und engagierte sich politisch bei der Konservativen Partei des Kantons Luzern, deren Präsidenten er zwischen 1956 und 1964 war. 1955 wurde er in den Nationalrat gewählt und spezialisierte sich insbesondere im Bereich der Agrarpolitik. Nach vielen Jahren in der Geschäftsleitung wurde er zwischen 1968 und 1973 Präsident der Schweizer CVP. Getragen vom Erneuerungsgeist der neuen Generation von Christlichdemokraten, setzte er die historische Parteireform von 1970 in Gang.

Hodel: Kurmann, Franz Josef, 2007.

Rohner: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie, 1993.

Küng, Edgar (1926-)

Sohn eines Luzerner, liberal gesinnten Schaufensterunternehmers machte Edgar Küng an der Luzerner Kunstgewerbeschule Grafik und Design und später an der Neuenburger Handelsschule seine Ausbildung. Er gründete 1951 sein eigenes Studio „für Werbung und Grafik“ in Luzern, das sich bald erfolgreich etablierte. Als Inspirationen seiner Arbeit nennt Küng die Farbpsychologie seines Freundes Max Lüscher sowie die Prinzipien der frühen amerikanischen Marketingsforschung (Orientierung an den Gefühlen und Bedürfnissen der Konsumenten). Als Pionier der werberischen Graphikkunst in der Schweiz wurde Küng auch in den Ausbildungen der Branche tätig. Politisch stand er der Luzerner liberalen Partei nahe. Er beriet die Schweizer FDP für Wahlkampagnen in den 1960-70er Jahren.

Fuchs, Hans: „Im Plakat findet die Botschaft ihre grösstmögliche Dichte“. Begegnung mit dem Luzerner Grafiker Edgar Küng, in: *Memoriav Bulletin* (12), 2005, S. 28–29.
Gespräch mit Edgar Küng, 20.04.2016.

Leuenberger, Hans-Rudolf (1922-2003)

Der Bieler Jurist Hans-Rudolf Leuenberger engagierte sich in der Bieler und Berner Politik für die FDP. Er übte das Amt des Generalsekretärs der FDP 34 Jahre lang (zwischen 1954 und 1988) aus und baute sich somit ein bedeutendes Netzwerk sowie ein tiefes Verständnis der politischen Prozesse in der Schweiz auf. Er war darin geübt, Kleinarbeit, beispielsweise für Abstimmungs- und Wahlkampagnen zu leisten und blieb auch meistens hinter den Kulissen der Bundespolitik.

Hans Rudolf Leuenberger zum Gedenken, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 25.09.2003.

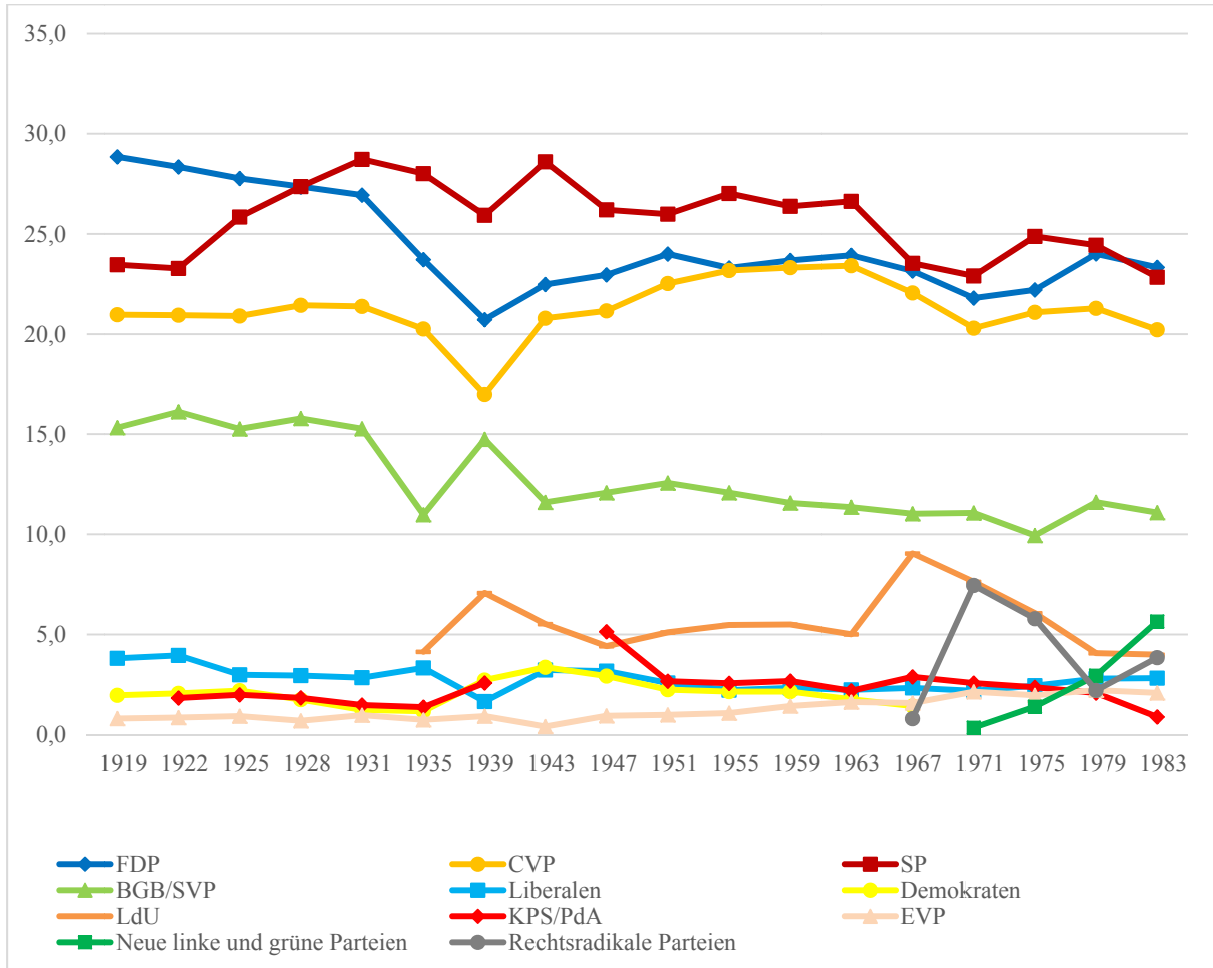
Rosenberg, Martin (1908-1976)

Der ausgebildete Jurist Martin Rosenberg arbeitete zunächst als Journalist für die Luzerner Zeitung *Vaterland* und für die Zeitschrift des schweizerischen Studentenvereins *Civitas*. Er war zwischen 1941 und 1968 Generalsekretär der KVP und prägte die Partei in einer Zeit als die Partei eine zentrale Stellung in der Bundespolitik erreicht hatte und sich gleichzeitig noch an den sozialen Wandel anzupassen versuchte. Seine geschickten Strategien hatten eine bedeutende Rolle bei der Schaffung der Zauberformel bei den Bundesratswahlen von 1959.

Küng-Aerni: Rosenberg, Martin, 2010; Altermatt: Das historische Dilemma der CVP, 2012, S. 135ff.

3. Graphiken

Graphik 1. Stimmenanteile bei den Nationalratswahlen (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.

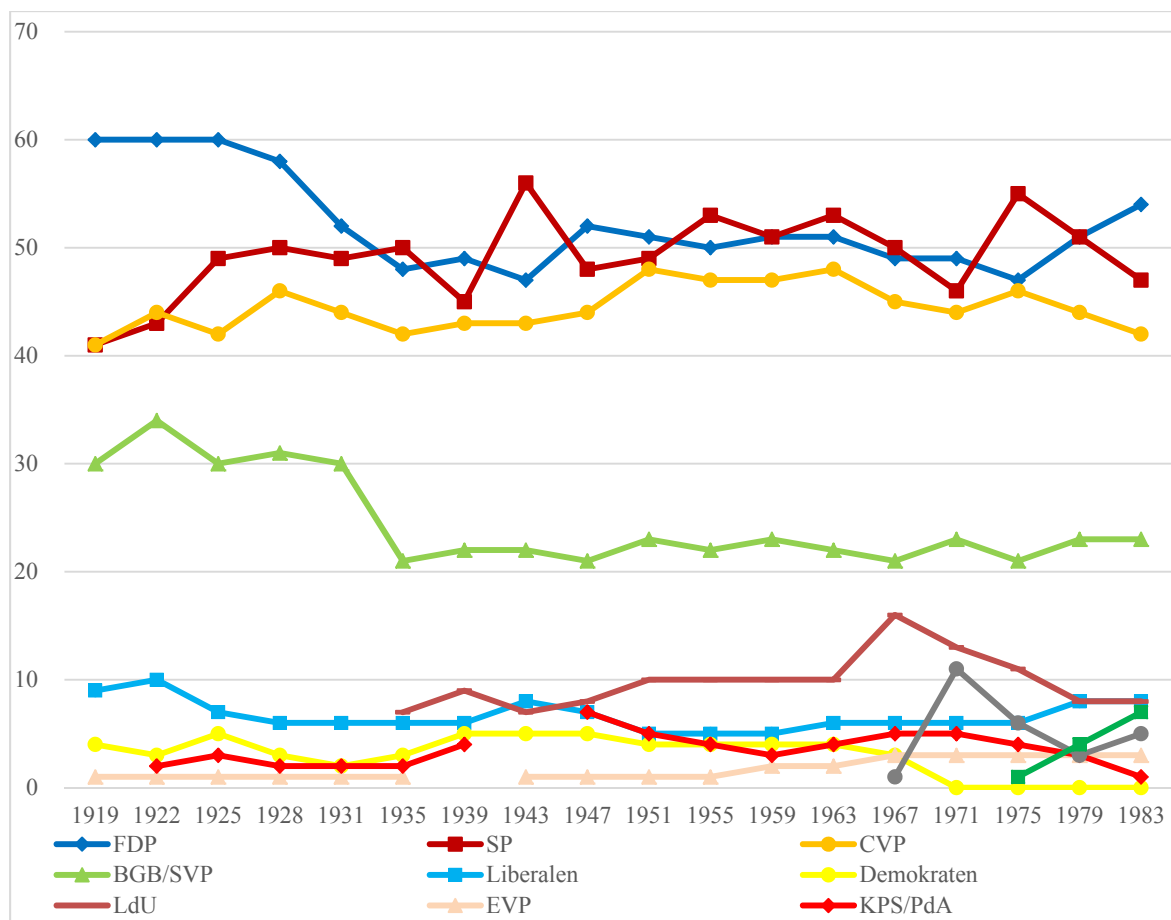


Neue linke und grüne Parteien: PSA (ab 1975); POCH (ab 1979); GPS (ab 1979); GAS (ab 1979)

Rechtsradikale Parteien: NA (ab 1967); Republikaner (ab 1971); EDU (ab 1975)

1939 fanden in neun Kantonen (Luzern, Schwyz, Zug, Solothurn, Appenzell Ausserrhoden, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg) stille Wahlen statt.

Graphik 2. Nationalratsmandate nach Parteien (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.



Neue linke und grüne Parteien: PSA (ab 1975); POCH (ab 1979); GPS (ab 1979)

Rechtsradikale Parteien: NA (ab 1967); Republikaner (ab 1971)

1939 fanden in neun Kantonen (Luzern, Schwyz, Zug, Solothurn, Appenzell Ausserrhoden, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg) stille Wahlen statt.

Nichtberücksichtigt:

1919: Rütlianner (ZH, BE) 2 Mandate; Jeunes radicaux (GE) 1 Mandat

1922: Parti progressiste national (NE) 1 Mandat

1925: Union de défense économique (gemeinsame Liste mit Konservativen und Liberalen / GE) 1 Mandat

1928: Union de défense économique (GE) 1 Mandat

1931: Kommunistische Parteiopposition (SH) 1 Mandat

1935: Nationale Front (ZH) 1 Mandat; Bauernheimatbewegung 4 Mandate (BE: 3, AG: 1); Allgemeine Volksliste (SG) 1 Mandat; Union nationale (GE) 1 Mandat

1939: Bauernheimatbewegung (BE) 3 Mandate; Liberalsozialisten/Freiwirtschaftler (BL) 1 Mandat

1943: Bauernheimatbewegung 3 Mandate (BE: 2, SG: 1); Bauernvereinigung (SZ) 1 Mandat;

Bauernpartei/Evangelische/freie Demokraten/Parteilose (BL) 1 Mandat

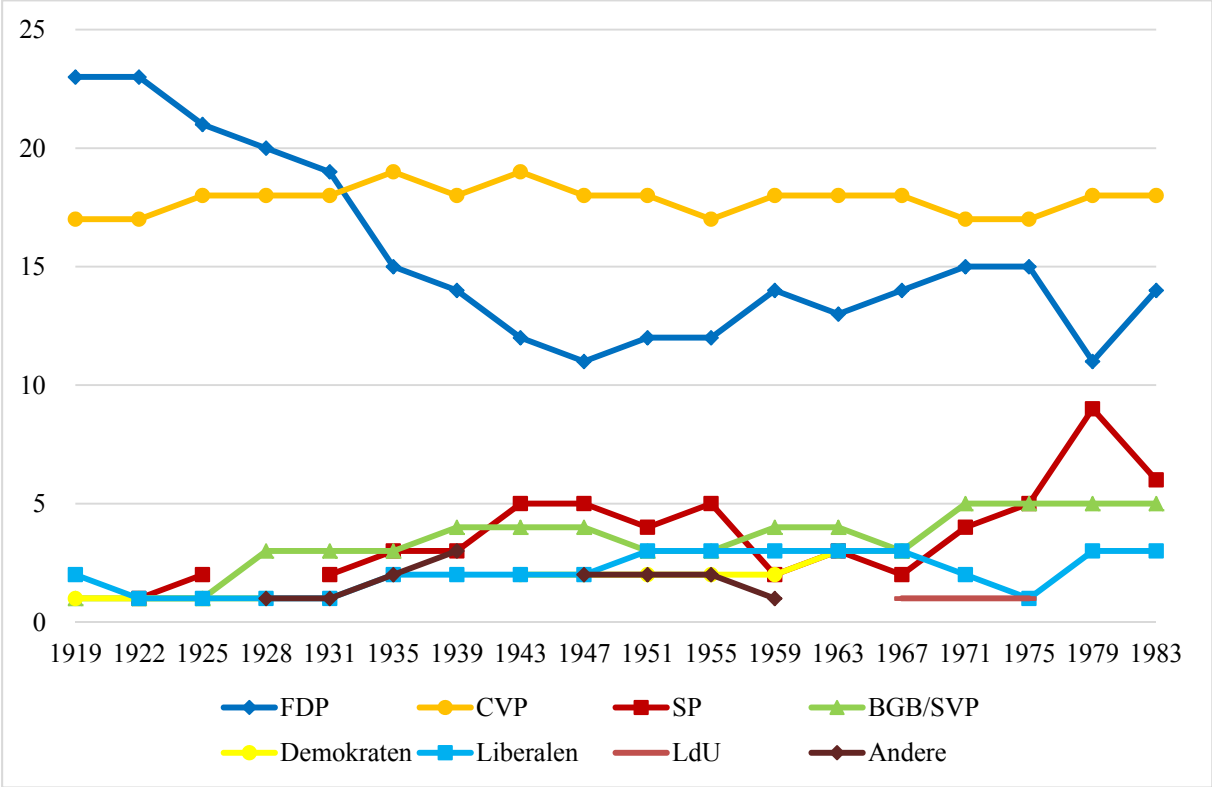
1947: Liberalsozialisten/Freiwirtschaftler (ZH) 1 Mandat

1967: Liste socialiste populaire (VS) 1 Mandat

1979: Entente jurassienne (BE) 1 Mandat; Unité jurassienne (JU) 1 Mandat

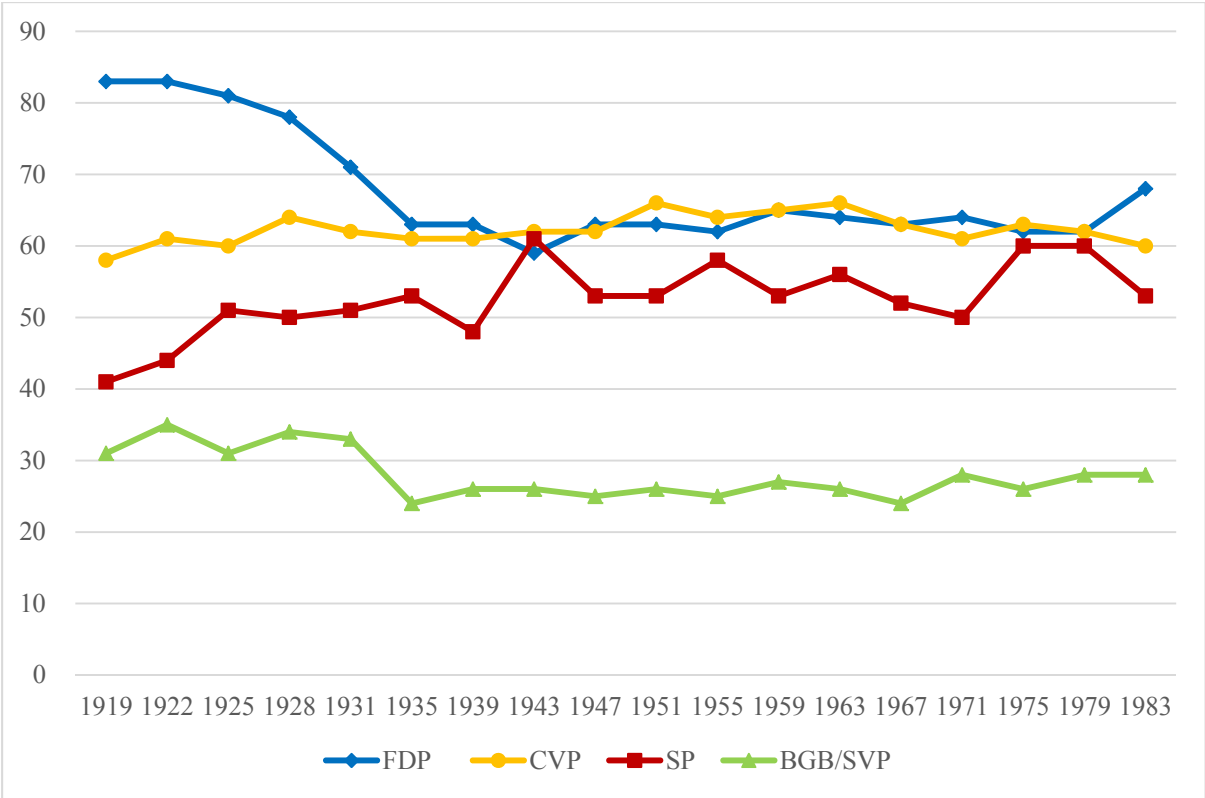
1983: Freie Liste (BE) 1 Mandat, Komitee Herbert Maeder (AR) 1 Mandat.

Graphik 3. Ständeratsmandate nach Parteien (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Ständeratswahlen.

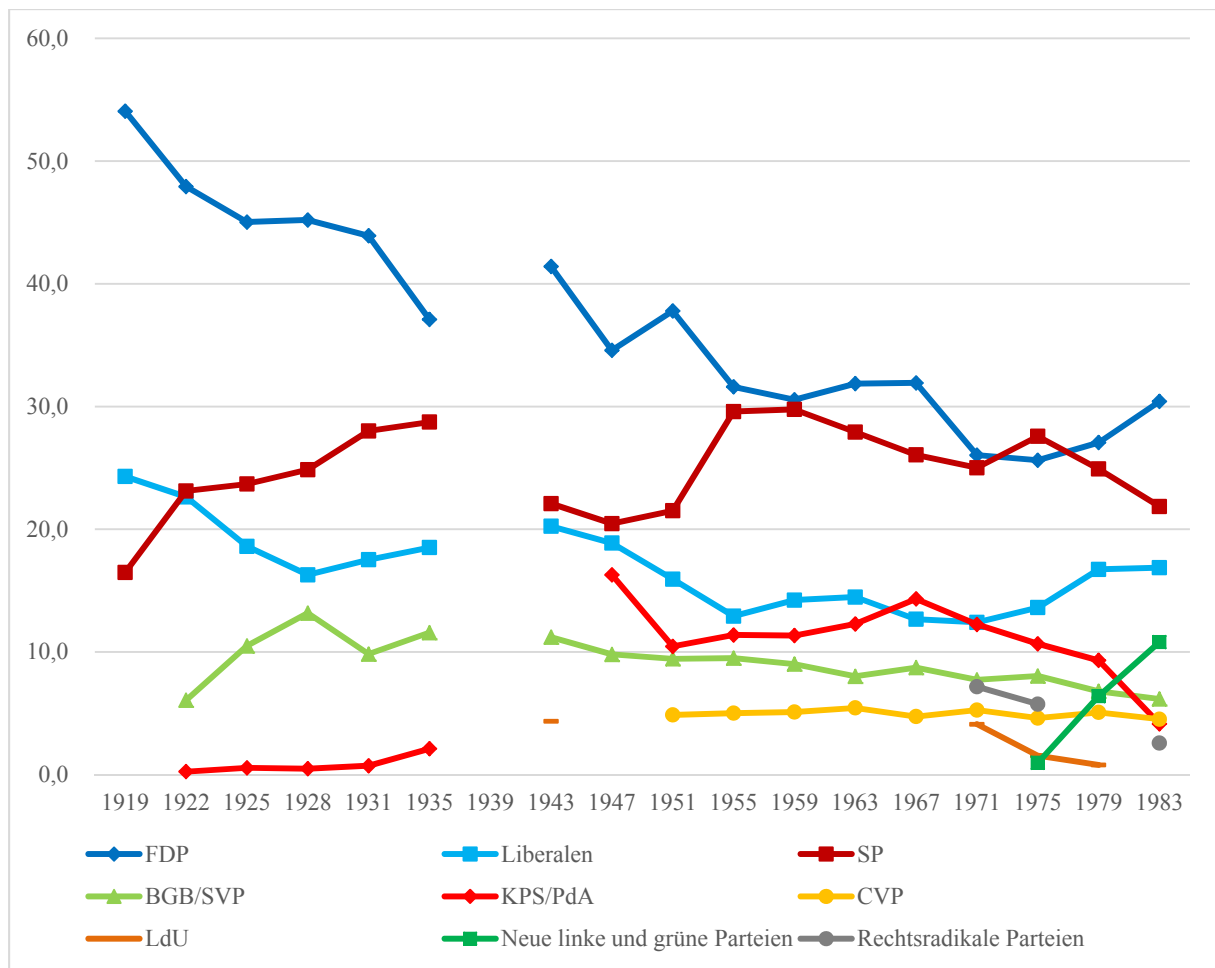


Andere: Union de défense économique (Genf 1928); Ständeräte ohne Parteibezeichnung.

Graphik 4. Mandatsstärke der gesamten Fraktion in der Bundesversammlung der vier grössten Parteien (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: National- und Ständeratswahlen, eigene Berechnung.



Graphik 5. Stimmenanteile der Parteien in % bei den Nationalratswahlen im Kanton Waadt (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.



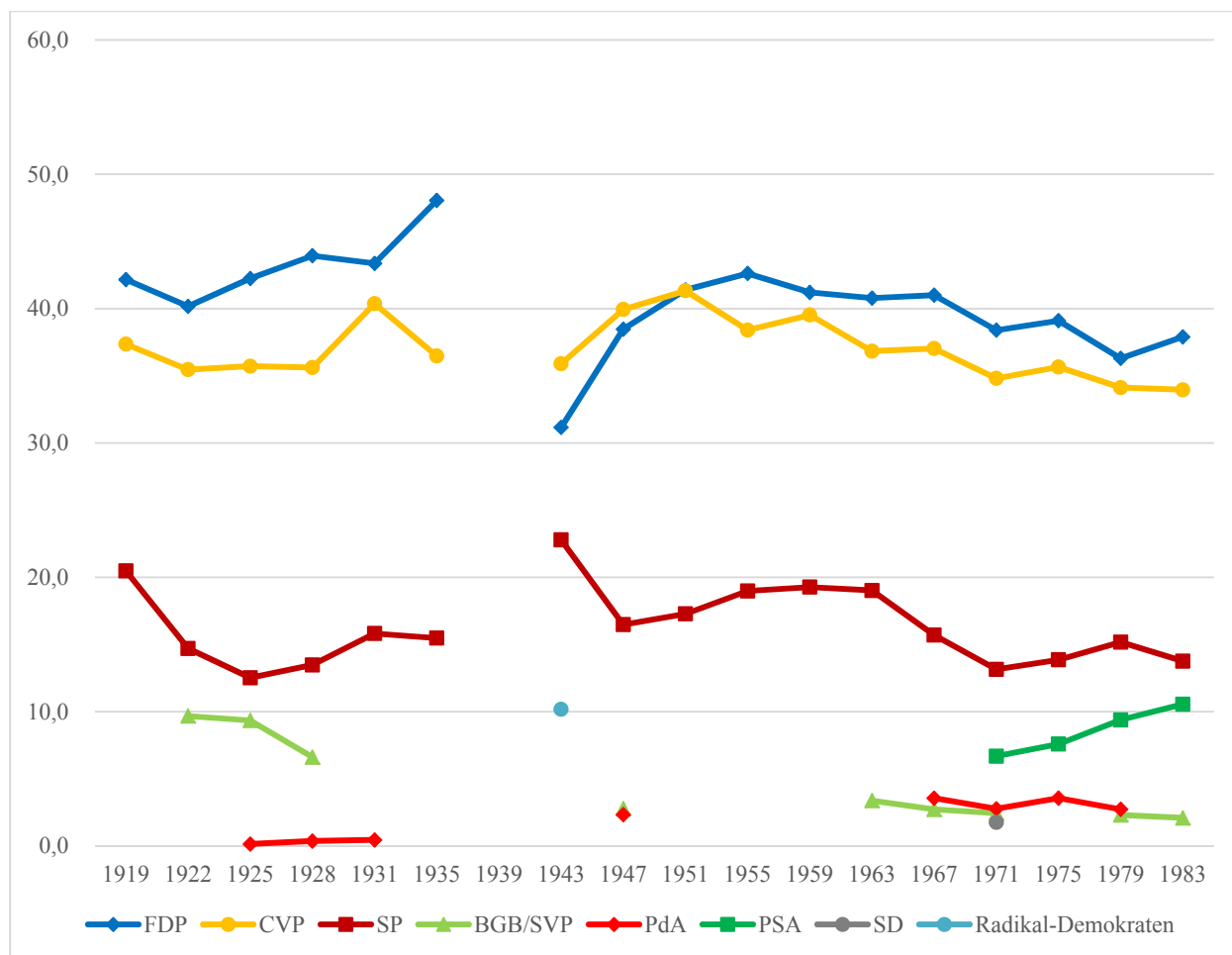
1939 fanden stille Wahlen statt.

Neue linke und grüne Parteien: GPS; GAS

Rechtsradikale Parteien: SD; Republikaner; EDU

Nicht berücksichtigt: Jeunes radicaux (1919); Parti socialiste dissident, Parti populaire (1925); Parti indépendant progressiste; Liste travailliste (1943); ab 1947 siehe Tabelle 7.

Graphik 6. Stimmenanteile der Parteien in % bei den Nationalratswahlen im Kanton Tessin (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.

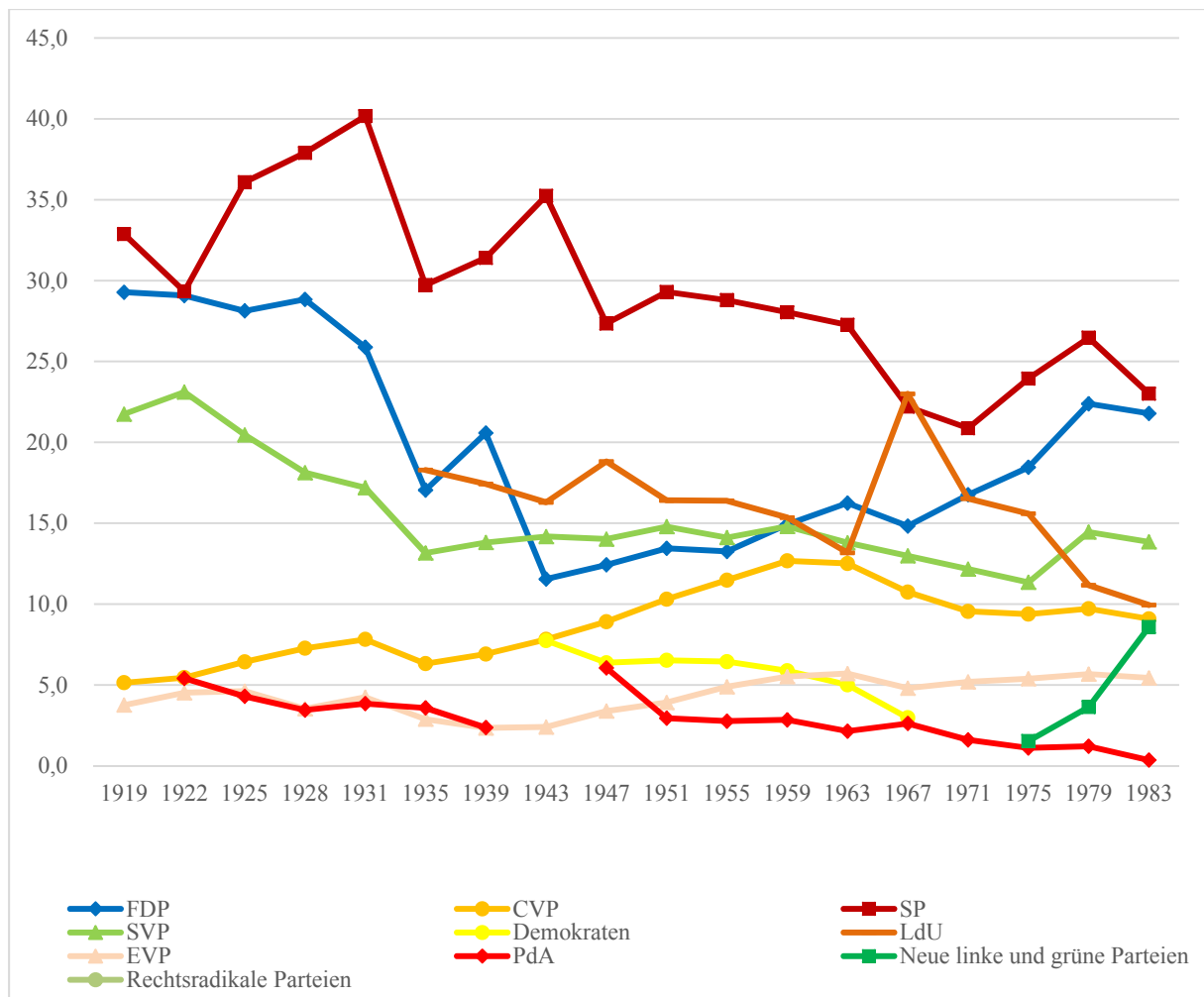


1939 fanden stille Wahlen statt.

Radikal-Demokraten: Abspaltung der Tessiner FDP zwischen 1934 und 1946.

Weitere Listen: siehe Tabelle 9.

Graphik 7. Stimmenanteile bei den Nationalratswahlen im Kanton Zürich (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.

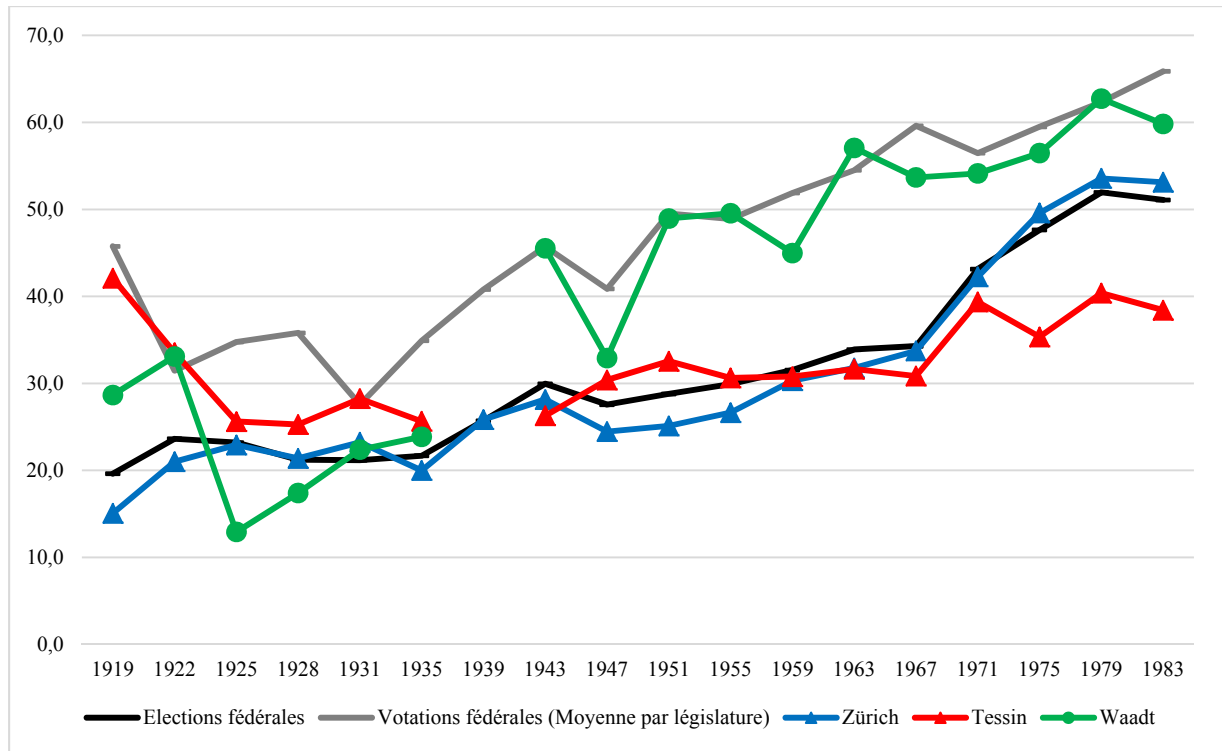


Neue linke und grüne Parteien: GAS; GPS; POCH

Rechtsradikale Parteien: NA; Republikaner; EDU.

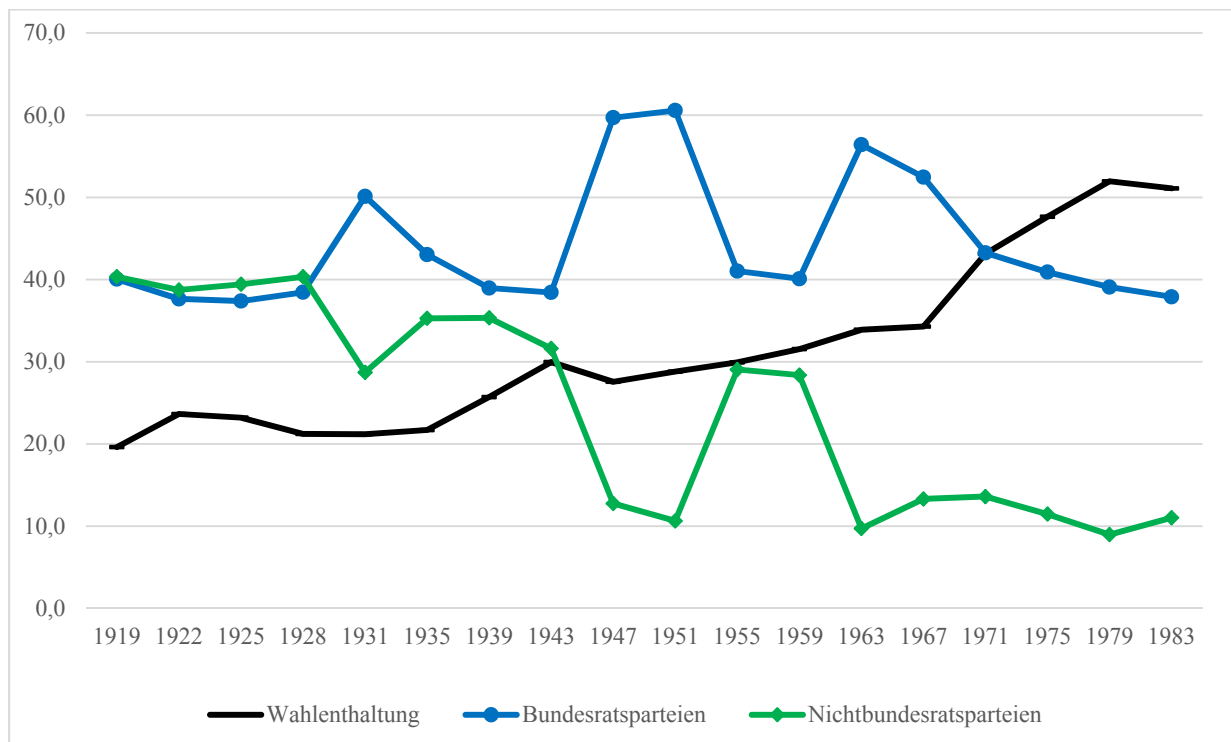
Nicht berücksichtigt: Rütlianner (1919, 1922); Liberalsozialistische Partei – Freiwirtschaftler (1935-1955; 1975-1979); Jungbauernbewegung (1935-1943); Nationale Front (1935); ab 1947 siehe Tabelle 11.

Graphik 8. Stimm- und Wahlenthaltung (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, Abstimmungen.

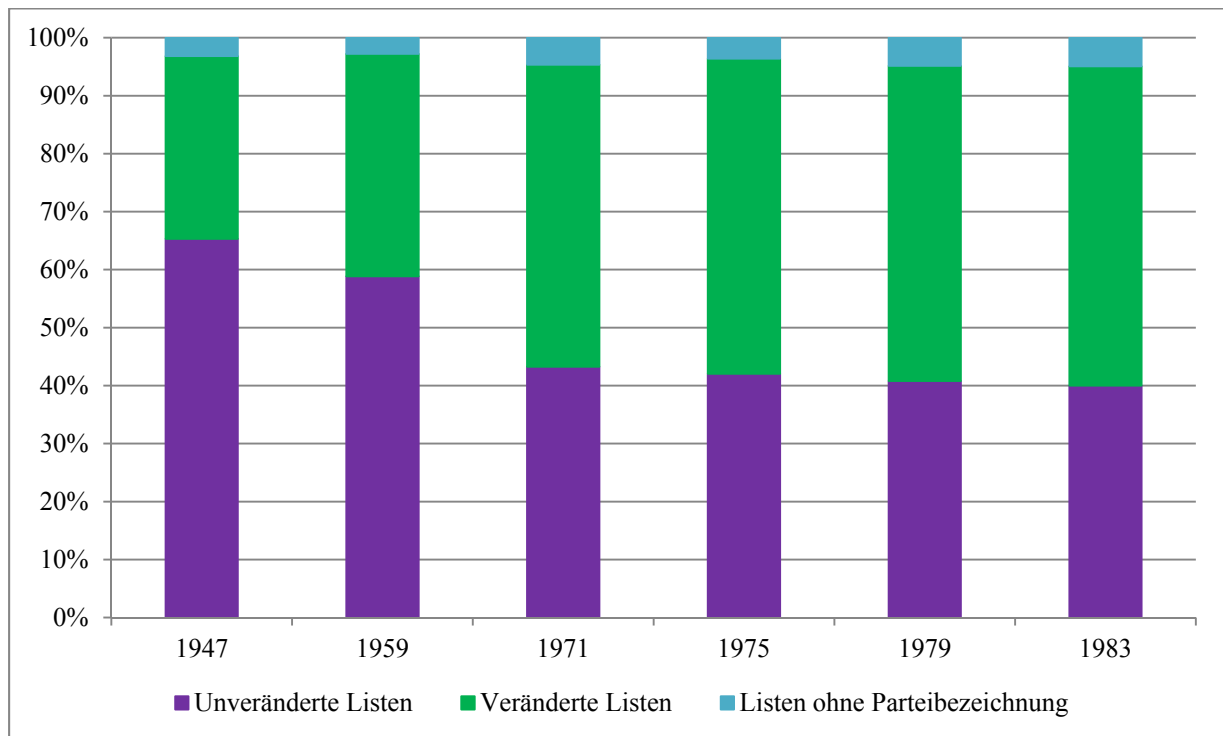


Abstimmungen: Schweizer Durchschnitt für jede Legislatur. 1939 fanden im Tessin und Waadtland stille Wahlen statt.

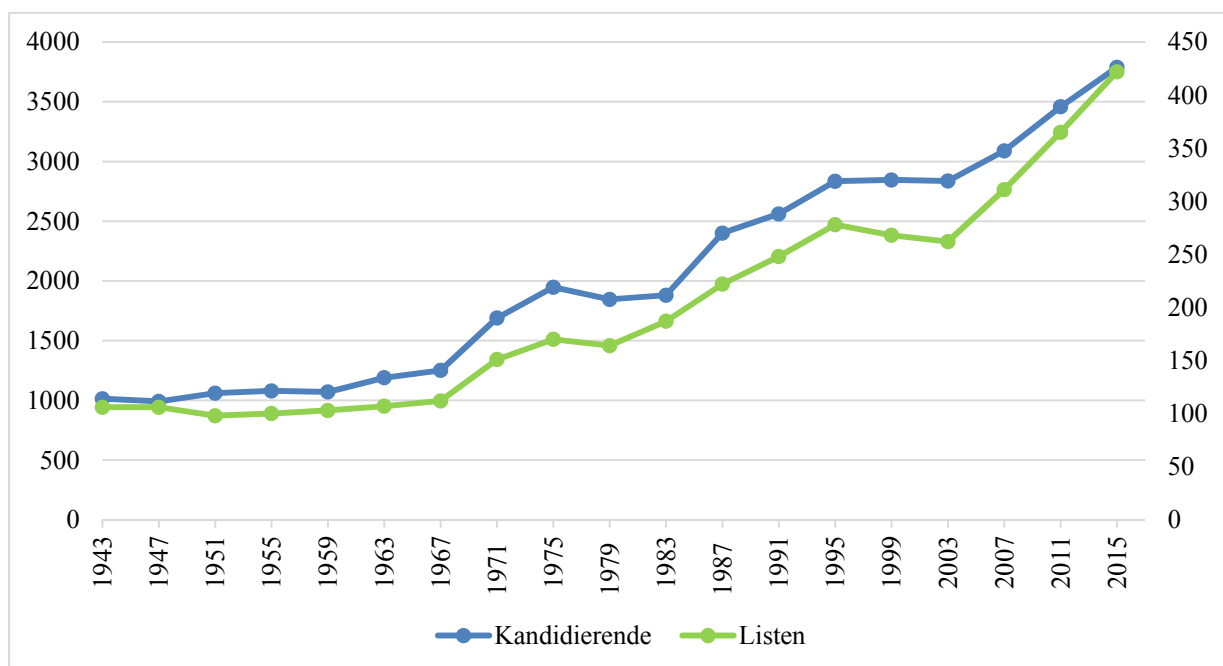
Graphik 9. Wahlenthaltung, Stimmenanteile der Bundesparteien und Nicht-Bundesratsparteien im Verhältnis zur gesamten stimmberechtigten Bevölkerung (1919-1983). Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, Eigene Berechnung.



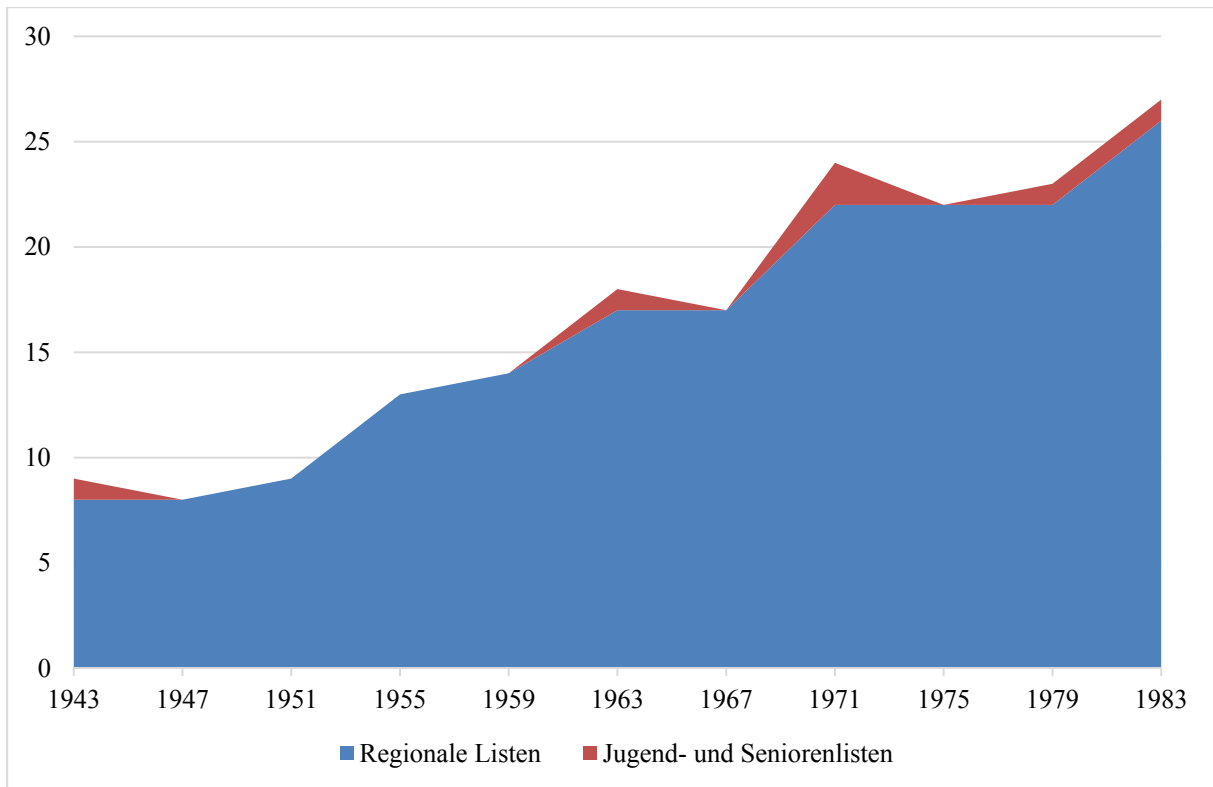
Graphik 10. Anteil an veränderten und freien Listen in % aller gültigen Wahlzettel, 1947-1983. Quelle: 1947: Eidgenössisches Statistisches Amt: Nationalratswahlen 1947, 1949; 1951-1955: Eidgenössisches Statistisches Amt: Nationalratswahlen 1959, 1961; 1963-1971: Eidgenössisches Statistisches Amt: Nationalratswahlen 1971, 1974: Eigene Berechnung; ab 1975: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.



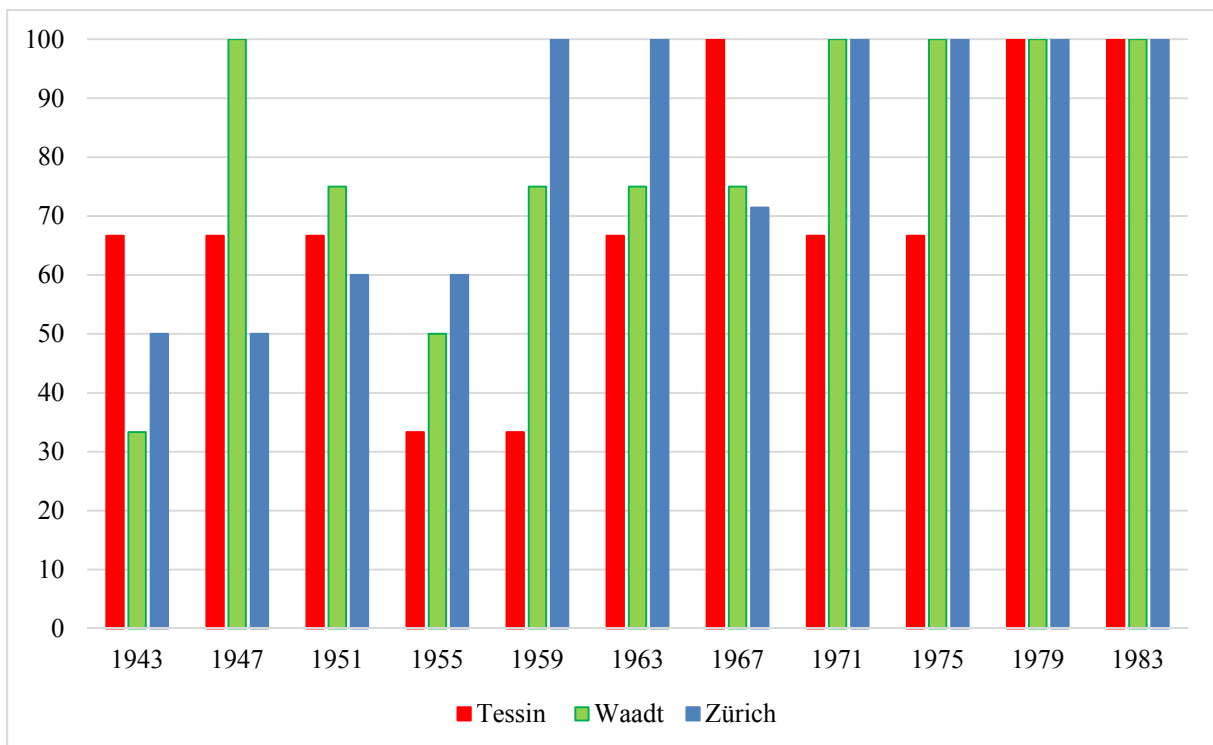
Graphik 11. Anzahl der eingereichten Listen und Kandidaturen für die Nationalratswahlen in der Schweiz, 1943-2015. Quelle: für 1943-1971: Schneider; Seitz: Nationalratswahlen 1999, 2002; für 1971-2015: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.



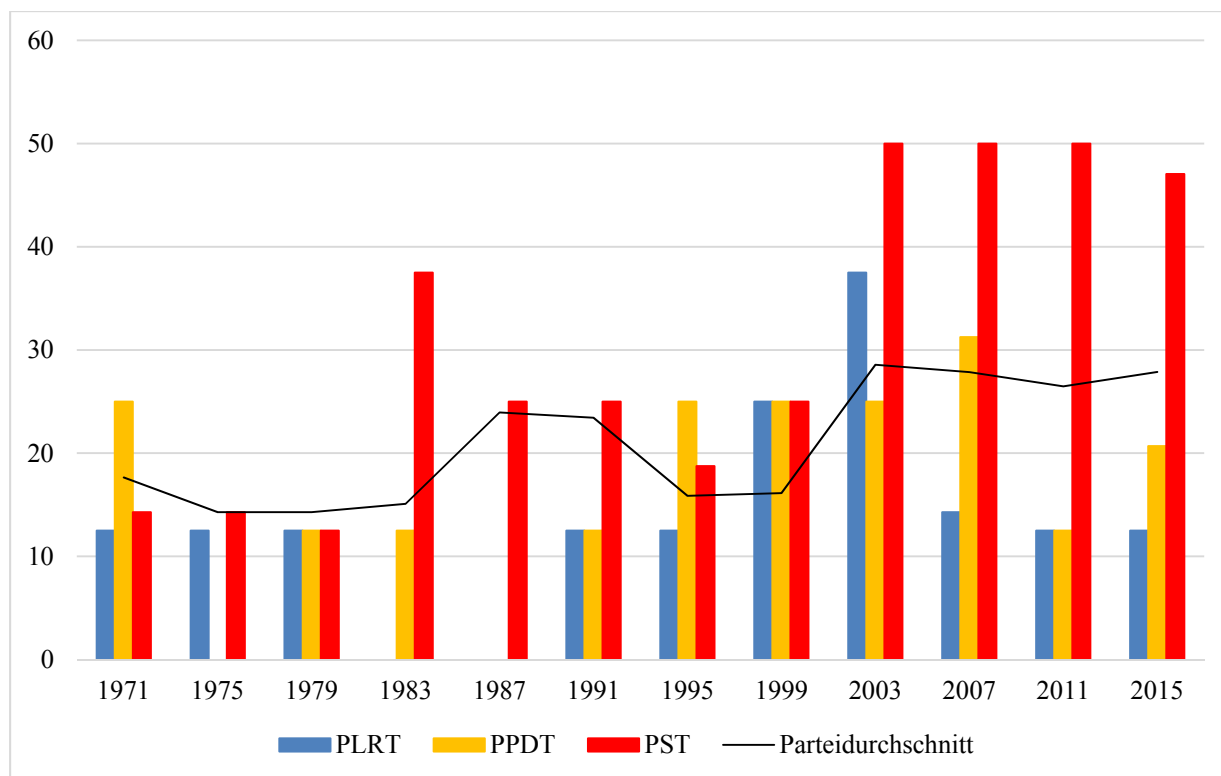
Graphik 12. Schweizweite Anzahl der Teillisten aller Parteien (1943-1983). Quelle: 1943-1967: Bundesblatt (1943-1967), eigene Berechnung; 1971-1983: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen.



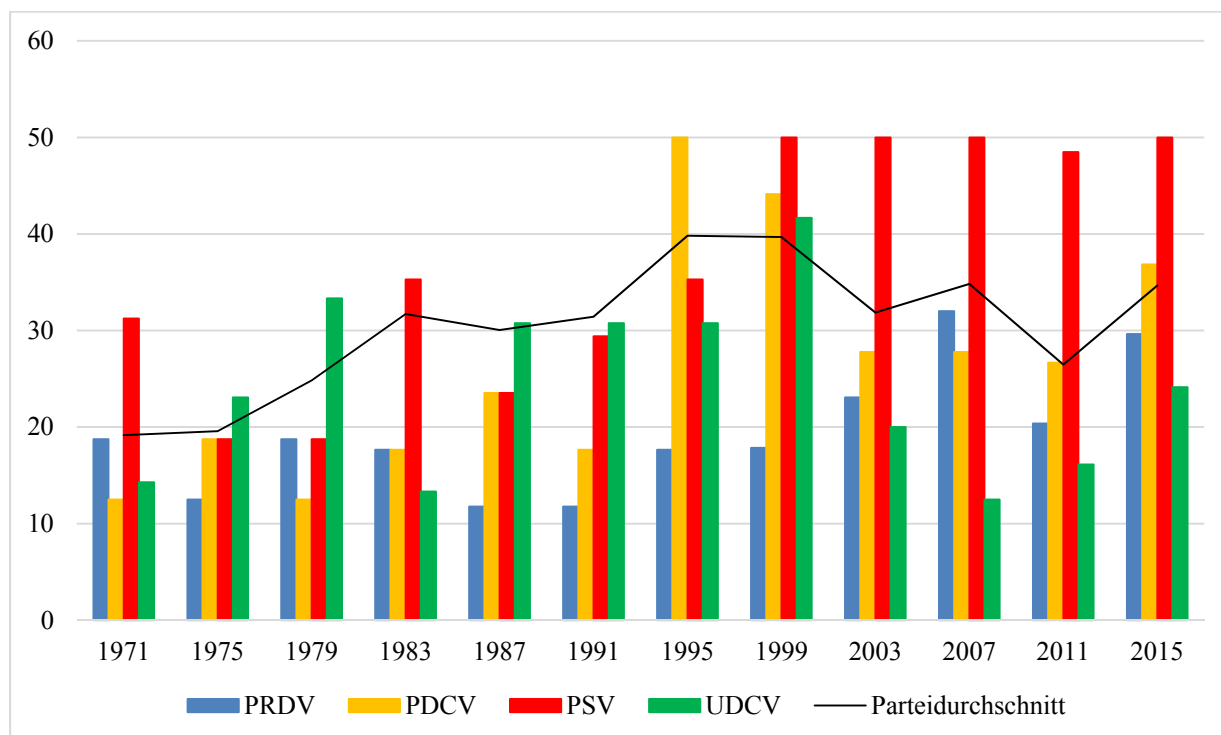
Graphik 13. Vollständige Nationalratslisten der betrachteten Parteien in Prozent aller von ihnen eingereichten Listen, 1943-1983. Quelle: Bundesblatt (1943-1983), eigene Berechnung.



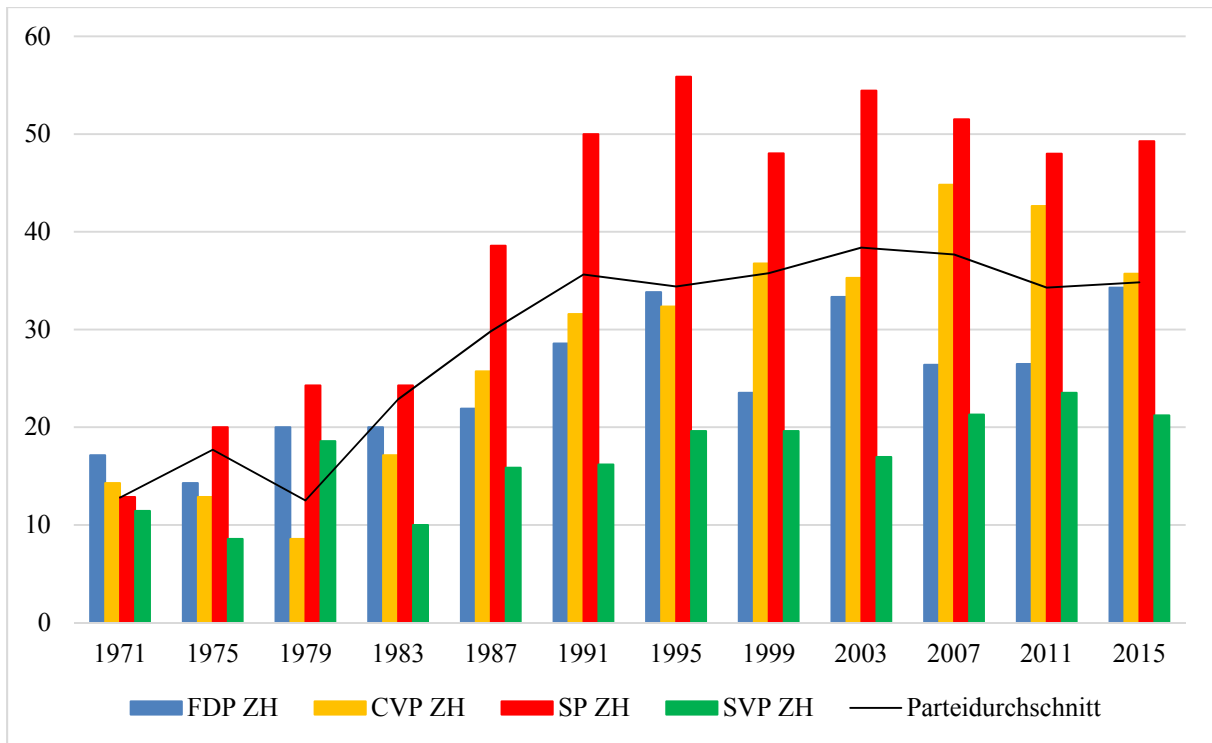
Graphik 14. Weibliche Nationalratskandidaturen der CVP, FDP und SP im Kanton Tessin in Prozent aller Kandidaturen, 1971-2015. Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, eigene Berechnung.



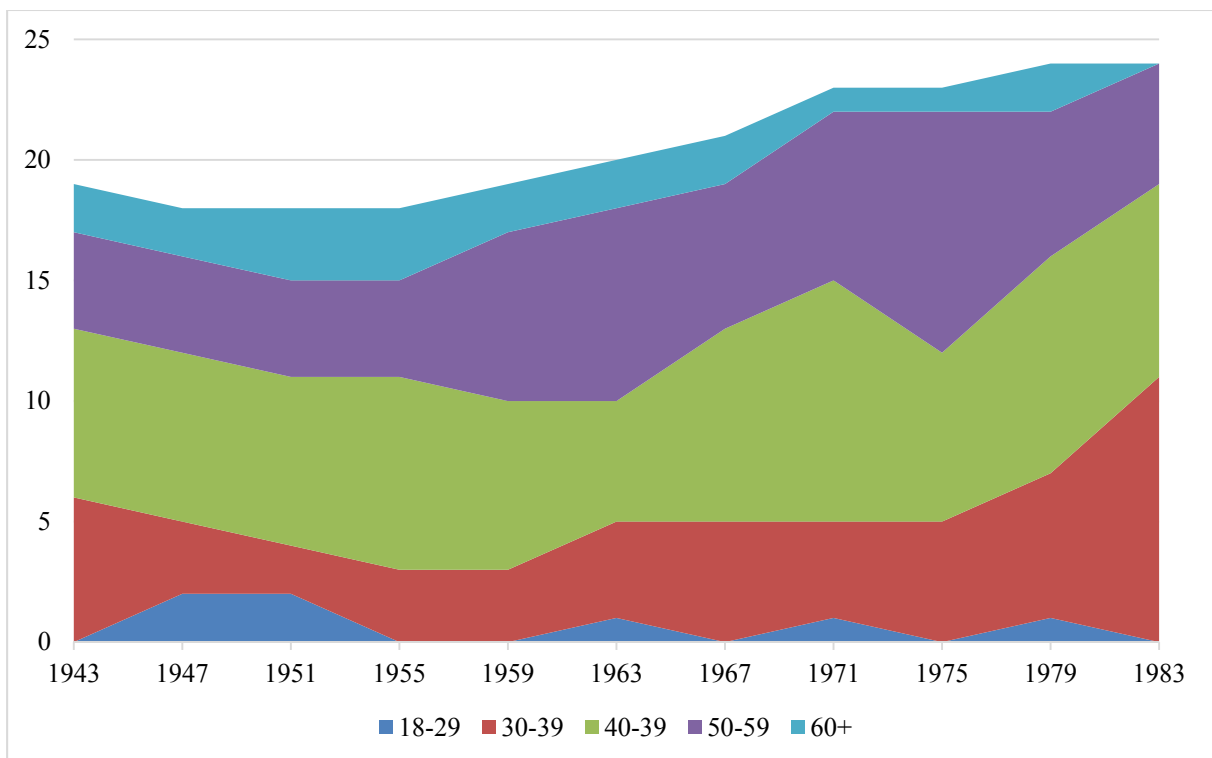
Graphik 15. Weibliche Kandidaturen der vier Bundesratsparteien im Kanton Waadt in Prozent aller Kandidaturen, 1971-2015. Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, eigene Berechnung.



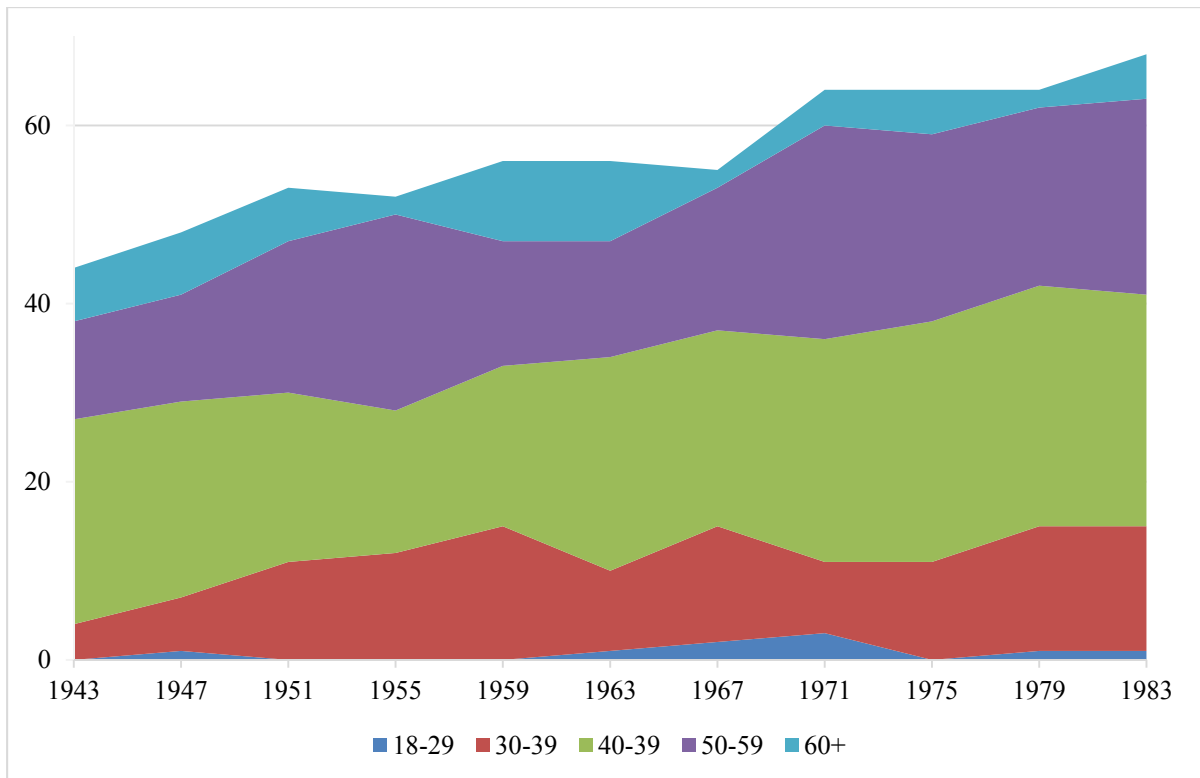
Graphik 16. Weibliche Nationalratskandidaturen der vier Bundesratsparteien im Kanton Zürich in Prozent aller Kandidaturen, 1971-2015. Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, eigene Berechnung.



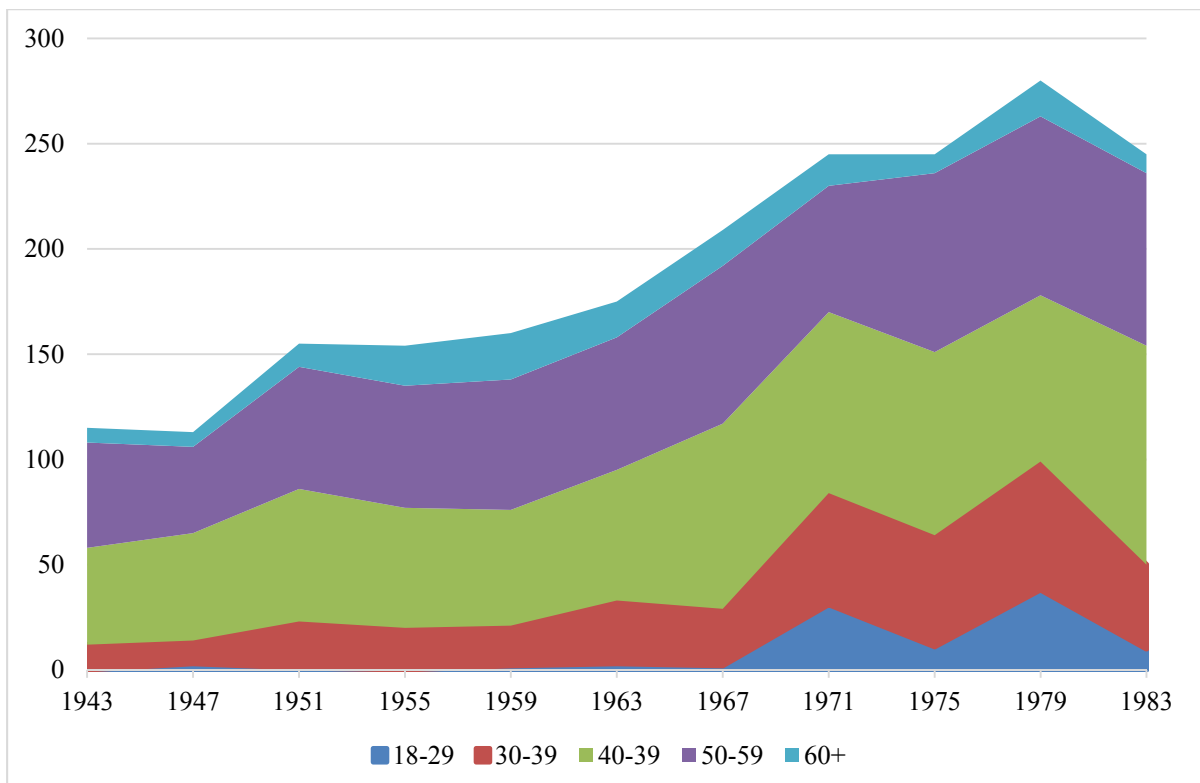
Graphik 17. Altersgruppen der Nationalratskandidierenden der vier Bundesratsparteien im Kanton Tessin, 1943-1983. Quelle: Bundesblatt (1943-1983).



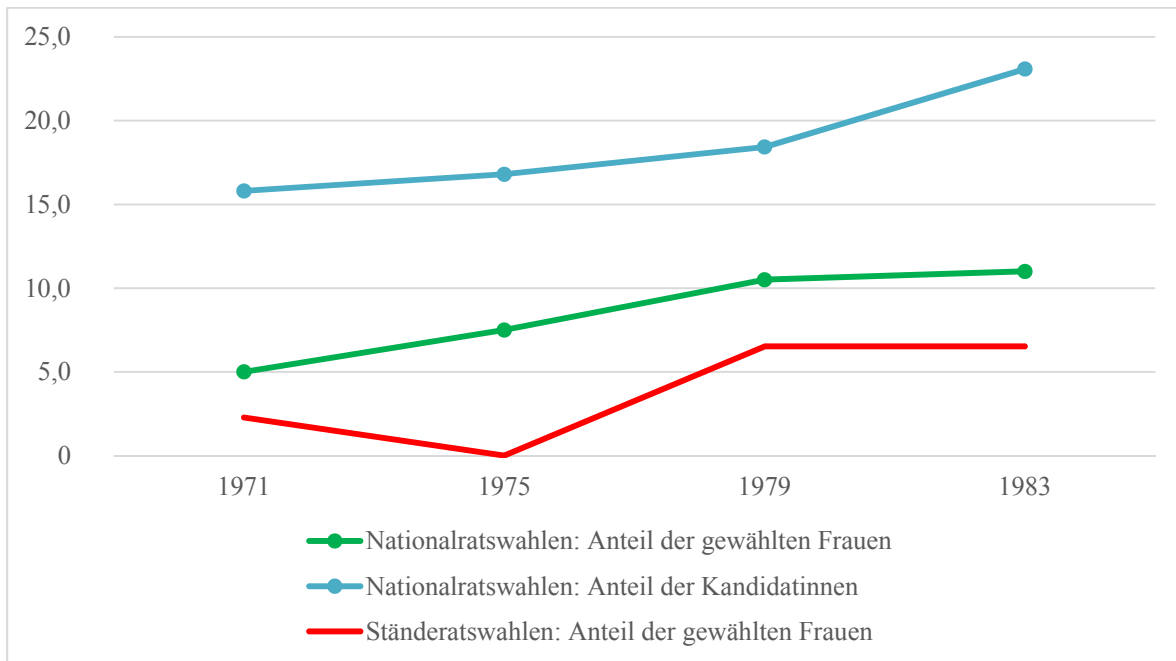
Graphik 18. Altersgruppen der Nationalratskandidierenden der vier Bundesratsparteien im Kanton Waadt, 1943-1983. Quelle: Bundesblatt (1943-1983).



Graphik 19. Altersgruppen der Nationalratskandidierenden der Bundesratsparteien im Kanton Zürich, 1943-1983. Quelle: Bundesblatt (1943-1983).



Graphik 20. Anteil der Frauen an den Kandidaturen bei den Nationalratswahlen und an den Gewählten bei National- und Ständeratswahlen in Prozent, 1971-1983. Quelle: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, Ständeratswahlen.



4. Tabellen

Tabelle 1. Ausgaben der sechs grössten Parteien für die Nationalratswahlen von 1975 und ihre Öffentlichkeitsarbeit (Normalausgaben) in Millionen. Quelle: Gruner: Die Parteien in der Schweiz, 1977, S. 221. Anteil der Mutterpartei an den Wahlkampfausgaben (Ausgaben der eidgenössischen Partei/Totalausgaben): Eigene Berechnung.

	SP	FDP	CVP	SVP	LdU	Liberalen
Nationalratswahlen						
Eidgenössische Partei	0.45	0.5	0.35	0.04	0.71	0.01
Kantonale Parteien	1.20	1.46	1.02	0.75	1.14	0.28
Total	1.65	1.96	1.37	0.79	1.85	0.29
Anteil der Mutterpartei	27.3%	25.5%	25.5%	5.1%	38.4%	3.4%
Normalausgaben						
Eidg. Partei	0.723	0.76	0.78	0.235	-	0.05
Kant. Parteien	1.410	1.70	1.51	0.350	-	0.33
Total	2.133	2.46	2.29	0.585	2.356	0.38

Tabelle 2. Überblick der Wahlkampfmaterialien (1947-1983). Eigene Darstellung.

Merkmale der Wahlkampfmaterialien	Zeitraum	Reichweite		Zielpublikum	
		National/ regional	Kantonal/ lokal	Für alle Wählenden	Segmentiert
Plakate	Konstant	x	x	x	
Filme	Nur 1947 und TV- Werbespots von 1971	x		x	
Haushaltsflugblätter	Konstant	x	x	x	
Flugschriften (auf der Strasse oder anlässlich Parteievents verteilt)	Konstant	x	x	x	x
Wahlkampfbriefe	Konstant	x	x		x
Wahlkampfzeitungen	Zunahme ab den 1970er Jahren		x	x	
Themenbezogene Broschüre	Konstant	x	(x)		x (Partei- aktivistInnen)
Wahlprogramme	Ab den 1950er Jahren	x		x	
Alltagsgegenstände als Werbefläche: Kugelschreiber, Pins, Ballons...	Ab den 1960er Jahren	x	x	x	

Tabelle 3. Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalratslisten. Eigene Darstellung.

Parameter	Möglichkeitenspektrum
Anzahl an Kandidierenden	Unvollständige Liste: <i>Leere Reihen</i> <i>Vorkumulieren der Spitzenkandidierenden</i> <i>Vorkumulieren aller Kandidierenden</i> Vollständige Liste
Bevorzugung der Spitzenkandidierenden am Anfang der Liste	Ja: <i>Reihenfolge zwischen ihnen basiert z.B. auf:</i> <i>Länge der Mandatserfahrung</i> <i>Letztes Wahlergebnis</i> Nein
Kriterien der Reihenfolge (alle oder nur „Füllerkandidierende“)	Anzahl an Stimmen (letzte Wahlen oder Parteitag) „Reissverschluss“ Alphabetische Reihenfolge (Diese Reihenfolge verändern aber die Wählende am häufigsten, cf. Gruner; Daetwyler; Zosso: Aufstellung und Auswahl, 1975, S. 238)

Tabelle 4. Kandidierende der Waadtländer SP und FDP mit angegebenem Beruf bei den Nationalratswahlen von 1947 und 1983. Quelle: Bundesblatt. Die Reihenfolge ist jene der erhaltenen Stimmen am Wahltag, fett markiert sind die Gewählten.

Parti socialiste vaudois		Parti radical-démocratique vaudois	
1947			
Graber Pierre	syndic	Piot Robert	agriculteur
Bringolf Richard	secrétaire de la chambre vaudoise du travail	Peitrequin Jean	municipal
Perrin Paul	secrétaire des cheminots	Chaudet Paul	conseiller d'Etat
Brawand Marcel	secrétaire FVCE	Cottier Henry	secrétaire de l'association romande des grossistes
Sollberger Charles	syndic	Hirzel Eugène	avocat
Jaquier Léon	syndic	Pidoux Ernest	agriculteur
Favre Emile	retraité CFF	Péclard Ulysse	notaire
Dormond Aimé	mécanicien	Addor Jules-Henri	industriel
von Arx Louis	secrétaire des typographes	André Alfred	syndic
Mignot Robert	secrétaire de la FOMH	Anet Henri	agronome
Dubrez Joseph	secrétaire de la FOBB	Margot Alfred	avocat
Villard René	mécanicien	Berlie James	agriculteur
Bussey Alfred	fonctionnaire communal	Pillevuit Louis-François	industriel commerçant
Regamey Lucien	mécanicien	Tombez Maurice	agriculteur
Meylan Paul-Abram	horloger	Mermoud Robert	notaire
Schwarz Louis	technicien-dentiste	Cherix Paul	avocat
1983			
Jaggi Yvette	économiste	Delamuraz Jean-Pascal	conseiller d'Etat
Meizoz Bernard	administrateur société coopérative d'habitation	Cevey Jean-Jacques	syndic de Montreux
Ruffy Victor	géographe	Martin Jacques	ingénieur forestier
Pitteloud Françoise	éducatrice spécialisée	Perey Andre	agriculteur-viticulteur
Gloor Jean-Philippe	employé de commerce	Pidoux Philippe	avocat
Beguelin Michel	rédacteur du «cheminot»	Dubois Marcel	vigneron
Thonney Jean-François	ingénieur en génie civil epfl	Candaux Pierre-David	buraliste postal agriculteur
Dersazens Aimé	maitre de dessin municipale des services sociaux	Savary Pierre	agriculteur
Martin Marie-Antoinette	maitre secondaire	Pittet Michel	Conseiller municipal
Thalmann Bernard	maitresse secondaire	Christen Yves	Ingénieur civil EPF
Mischler Monique	buraliste postal	Marguet René	Directeur commercial
Delay Paul	secrétaire	Bornet Pierre-Louis	ingénieur-électricien ETS
Deriaz Liliane	cantonnier	Graf Franz	agriculteur-viticulteur
Grandchamp Roger	enseignant	Maurer-Mayor Jacqueline	secrétaire
Golaz Yvon	économiste	Piquilloud Roger	agriculteur-viticulteur
Goel Yves	ménagère	Wagnon-Sulser Beatrice	paysanne enseignante
Cerutti-Roduit Juliette		Bernarda-Schmidli Elisabeth	restaauratrice

CFF: Chemins de fer fédéraux (SBB); EPF: Ecole polytechnique fédérale (ETH); ETS Ecoles techniques supérieures (Höhere technische Lehranstalten); FMOH: Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie (SMUV); FOBB: Fédération suisse des ouvriers du bois et du bâtiment (Holzarbeiterverband, SHAV); FVCE: Fédération des travailleurs du vêtement, du cuir et de l'équipement (Verband der Bekleidungs-, Leder- und Ausstattungsarbeiter der Schweiz, VBLA).

Tabelle 5. Kandidierende der Zürcher FDP mit angegebenem Beruf bei den Nationalratswahlen von 1947 und 1983. Quelle: Bundesblatt. Die Reihenfolge ist jene der erhaltenen Stimmen am Wahltag, fett markiert sind die Gewählten.

1947 Freisinnige Liste	
Meili Armin	Dr. dipl. Architekt
Häberlin Hermann	Dr. Leiter eines industriellen Pressedienstes und Redaktor
Brunner Max	Verbandssekretär
Bühler Robert	Dr. oec. Publ.
Zumbühl Robert	Dr. Geschäftsleiter
Schläpfer Hans-U	Direktor der Zürcher Handelskammer
Duttweiler Hans	Rechtsanwalt
Löffler Wilhelm	Prof. Dr. Arzt
Hauenstein Robert	Gärtnermeister
Landolt Emil	Dr. Stadtrat
Kempf Georg	Fabrikant
Bachofner Ernst	Kaufmann
Ernst Wilhelm	Dr. Prokurist der Schweiz. Rückversich.-Gesellschaft
Gnehm Albert	Werkzeugfabrikant
Schärer Jakob	Maschinenfabrikant
Richner Edmund	Dr. Redaktor der NZZ
Naef Robert	Kaufmann
Meyer-Boiler Ulrich	Installateur
Honegger Otto	Fabrikant
Hirzel Alfred	dipl. Baumeister
Lauber Eduard	Kaufmann
Schäfer Eugen	Baumeister
Trüb Balthasar	Fabrikant
Diggelmann Walter	Dr. Redaktor der NZZ
Pestalozzi Hans Anton	Dr. iur. Rechtsanwalt
Müller Hans	Kalkulator
Zuber Otto	Direktor (Südostbahn)
Schweizer Heinrich	Metzgermeister
Heitz Hans Heinrich	Dr. Rechtsanwalt
Graf Walter	Kaufmann
Türler Ludwig	Bankprokurist

1983 FDP-Landliste		1983 FDP-Stadliste	
Kopp Elisabeth	lic. iur	Bremi Ulrich	Ingenieur Unternehmensleiter
Allenspach Heinz	lic. oec. hsg. Direktor	Cincera Ernst	Grafiker
Reich Richard	Redaktor Direktor	Kuenzi Hans	Prof. dr. sc. math. Dr. h.c. rer. pol
Lüchinger Hans-Georg	Dr. iur. Rechtsanwalt	De Capitani Silvio	Dr. iur. Rechtsanwalt
Spoerry-Toneatti Vreni	lic. iur. Juristin	Nabholz-Haidegger Lili	Dr. iur. Rechtsanwalt
Spaelti Peter	Dr. iur. generaldirektor	Von Schulthess Dieter	Dr. iur. Rechtsanwalt
Mueller Kurt	Dr. phil. Redaktor	Klaeusli Bruno	Dr. iur. Bauing. ETH
Honegger Eric	Dr. phil. Geschäftsführer	Petermann Albert L.	Geschäftsleiter
Fritschi Oskar	Dr. phil. Chefredaktor	Knabenhans Walter	eidg. dipl. Kaminfegermeister
Wehrli Bernhard	Dr. iur. Rechtsanwalt	Witta Eduard	dipl. Bauing. ETH/SIA
Schuerch Bruno	Kaufmann	Gerber Erich	Verkehrsdirektor
Erismann-Peyer Gertrud	lic. iur. Ressortleiterin	Schaub Theo	eidg. dipl. Malermeister
Cornaz Jean-Daniel	lic. oec. HSG Industrieller	Mann-Freihofen Regula	Hausfrau Lehrerin
Ott Adolf	Dr. med. Arzt	Honegger Andreas	Dr. phil. redaktor
Henauer Robert	dipl. ing. ETH/SIA	Borsari Ulrich	lic. oec. publ.
Weber Ernst	lic. oec. Kaufmann	Staub Sylvia	Dr. iur.
Gubler Bernhard	Dr. sc. Nat. ETH Vizedirektor	Blum Walter	Kaufmann
Steiner Alfred	techn. Kaufmann	Hartmann Hans	lic. oec. HSG Direktor
Toscano Edy	dipl. ing. ETH/SIA	Lutz Emil	dipl. masch. ing. ETH
Geistlich Hans	Dr. ing. chem. ETH Unternehmer	Peter Hans-Uli	dipl. bauing ETH/SIA
Schmid Hans-Heinrich	Prof. Dr. theol.	Wehrli Hans	Dr. phil
Thomann-Baur Irene	Journalistin	Brunner Martin	Bauunternehmer
Isler Fredy	lic. iur. Vizedirektor	Frey-Wettstein Franziska	med. Laborantin Hausfrau
Remund Paul	dipl. Gärtnermeister Gemeindepräsident	Kuy Andre	cand. iur.
Graezer-Lampart Suzanne	dipl. sc. nat. chem. Biologin	Uhlmann Peter	Dr. iur. Rechtsanwalt
Fulda Johannes	dr. iur. Sekretär	Saxer Rudolf	ing. HTL
Grüninger Arthur	Volkswirtschaftler	Heer Lorenz	Dr. iur. Jurist
Honegger Romolo	Kaufmann	Ziegler-Vultier Catherine	Parteisekretärin
Praxmarer Hans	Geschäftsleiter dipl. Baumeister dipl. arch. HTL	Leibundgut Beatrice	Museumassistentin
Trümpler Rico	dipl. masch. ing. ETH	Walther Rolf	Betriebsökonom HWV
Blattmann Peter	Kaufmann	Muther Hans	Baukonsulent direktor
Roduner Maja	Lehrerin Hausfrau	Moneda Alice	Ressortleiterin
Froesch Klaus	Dr. iur. Vizedirektor	Haener Isabelle	lic. iur
Spichiger Robert	Verkaufsleiter Prokurist	Kronbichler Walter	Prof. Dr. phil. Gymnasiallehrer
Huessy Rene	Kaufmann	Bernet Felix	dir. iur. Vizedirektor

ETH Eidgenössische Technische Hochschulen; HSG St. Gallen – Hochschule; HTL Höhere technische Lehranstalt

HWV Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule; SIA Société suisse des ingénieurs et des architectes; SWB Schweizerischer Werkbund.

Tabelle 6. Kandidierende der Zürcher BGB/SVP mit angegebenem Beruf bei den Nationalratswahlen von 1947 und 1983. Quelle: Bundesblatt. Die Reihenfolge ist jene der erhaltenen Stimmen am Wahltag, fett markiert sind die Gewählten.

1947 Bäuerlich-gewerblich-bürgerliche Liste	
Gysler Paul	Dr. Verbandspräsident
Reichling Rudolf	Landwirt
Meier Rudolf	Regierungsrat
Farner Hermann	Landwirt
Graf Emil Johann	dipl. ing. agr
Brändli Heinrich	Landwirt
Heusser Jakob	Regierungsrat
Krebs Jakob	dipl. ing. agr
Kägi Emil	Landwirt
Stutz Ernst	Landwirt
Zweifel Heinrich	dipl. ing. agr Mostereibesitzer
Kunz Heinrich	Landwirt
Vollenweider Jakob	Landwirt
Peter Werner	Landwirt und Obstbaulehrer
Gugerli Ernst	Landwirt und Gemeinderatsschreiber
Schibli Rudolf	Landwirt
Streuli Huldreich	Landwirt
Kunz Max	Bäckermeister
Schneider Albert	Landwirt
Meier Albert	Autotransportunternehmer
Gallmann Robert	Landwirt
Huber Edwin	Landwirt
Meierhofer Albert	Landwirt und Posthalter
Egli Heinrich	Verwalter
Irion Emil	Bäckermeister und Wirt
Mörgeli Benjamin	Verwalter

1983 SVP/Junge SVP-Landschaft		1983 SVP/Junge SVP-Stadt Zürich	
Blocher Christoph	dr. iur. Unternehmensleiter	Frey Walter	Unternehmer
Reichling Rudolf	dipl. ing. agr. ETH Landwirt	Matthys Felix	lic. rer. pol
Basler Konrad	dr. phil. dipl. bauing. ETH	Egloff Kurt	Stadtrat
Graf Hans Ulrich	dr. iur Zeitungsverleger	Kuhn Koebi	Fussballtrainer Versicherungsagent
Neuenschwander Willi	dipl. Kaufmann Geschäftsinhaber	Zimmermann Silvia	Dr. iur. Rechtsanwalt
Hirt Fritz	lic. phil. Naturschutzfachstellenleiter	Kohli Ulrich	Dr. iur. Fürsprecher
Braendli-Buehrer Grete	dipl. Bauerin	Spross Heinz	Gartenarchitekt
Frei Hans	Landwirt	Brunner Gerhard	Dr. inc. agr. ETH
Weilenmann Edwin	Landwirt	Eisenring Otto	Transportunternehmer
Ruefenacht Erich	Gemeinderatsschreiber	Brenner Hans	eidg. dipl. Gärtnermeister Stellvertretender Geschäftsleiter
Peter Werner	Landwirt Schulpräsident	Roth Armin	dipl. bauing. ETH/ SIA
Elmer Walter	dipl. ing. agr. ETH Schulleiter	Siegenthaler Rolf	Buchhalterin Steuerberaterin
Keller Robert	dipl. Baumeister	Simmen-Schuppli Myrtha	Beratender Ingenieur
Isler Hans	Landwirt	Mueller Gody	Heimleiterin
Briner Alfred	Posthalter	Cotti Helene	ing. agr. ETH
Welti Ulrich	Rebbauer	Gerber Rolf	Direktionssekretärin
Weilenmann Richard	Landwirt	Ehrensperger Elsa	Reallehrer Berufsberater
Ritter Armin	Geschäftsinhaber Stadtrat	Weidmann Hans-Rudolf	Dr. iur. Rechtsanwalt
Ackeret Rudolf	lic. iur. Rechtsanwalt	Mueller Werner	
Meier Jakob	Dr. sc. nat. Chef des wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei	Buechi Ernste	Verleger Redaktor
Trachsler Max	Dr. oec publ. Stadtpräsident	Toggenburger Peter	Kiesunternehmer
Schock Robert	Kaufmännischer Angestellter	Hueppi Ursula	Sekretärin
Gohl Hans-Rudolf	Anlage- und Rechtsberater	Scheifele Hansruedi	Bauingenieur HTL
Hofmann Hans	Liegenschaftenverwalter Schulpräsident	Kradolfer Fredy	eidg. dipl. PR-Fachmann
Weilenmann Peter	Dr. sc. techn. Chefbeamter	Peter Werner	Transportunternehmer
Regli Walter	dipl. ing. ETH/SIA Ingenieurbüroinhaber	Furrer Werner	Verkaufsingenieur
Braendli Heinz	Landwirt	Oertli Reinhard	lic. iur. Hochschul-assistent
Bollier Eugen	dipl. Baumeister	Knecht Heinz	Dr. iur. Staatsanwalt
Bottani Marco	Dr. iur. Abteilungschef kantonaler Verwaltung	Budliger Hansjörg	Dr. iur. Schulleiter
Grob Heinrich	Dr. ing. ETH Direktor Stadtrat	Kuoni Konrad	Dr. oec. publ. Berufsschulleher
Lisibach Josef	Kaufmann	Meyer Hans-Martin	Dr. med. dent. Zahnarzt
Trottmann-Zenfner Sefine	Schulpräsidentin Hausfrau	Wolgensingler Andreas	Dr. med. dent. Zahnarzt
Riesen Marcel	stud. iur.	Doswald Heinz	Dr. iur. Rechtsanwalt
Gossweiler Martin	stud. HWV Kaufmännischer Angestellter	Handschuh Hans	Verbandssekretär
Duersteler Urs	nat. oec. Lehrbeauftragter	Hess Heinz	Architekt BSA/SWB

BSA Bund Schweizer Architekten; ETH Eidgenössische Technische Hochschule; HSG St. Gallen – Hochschule; HTL Höhere technische Lehranstalt; HWV Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule; SIA Société suisse des ingénieurs et des architectes; SWB Schweizerischer Werkbund.

Tabelle 7. Nationalratslisten, Listenverbindungen und Unterverbindungen, 1947 bis 1983 im Kanton Waadt.
Quelle: Bundesblatt, eigene Darstellung.

VD (Listen)	Links						Rechts				
1947 (6)			PdA	SP	BGB			FDP LP			
1951 (6)			PdA	SP	BGB CVP			FDP LP			
1955 (6)			PdA	SP	BGB			FDP LP			
1959 (6)			PdA	SP				BGB CSP FDP LP			
1963 (6)			PdA	SP				BGB CSP FDP LP			
1967 (7)			PdA	SP				BGB CSP FDP LP			
1971 (9)			PdA SP					BGB CSP FDP LP			NA MNA
1975 (12)	RML	MPE	PdA SP		LdU			BGB /SVP CVP FDP LP	RNRV		NA MNA
1979 (10)	RML	GPE	PdA SP		LdU			BGB /SVP CVP FDP LP			
1983 (11)	PSO	AD GPE	PdA SP		SLE	CVP		BGB /SVP FDP LP		AN	

AD: *Alternative démocratique*; MNA: *Mouvement national d'action républicaine et sociale (SRB)*; RNRV: *Rassemblement national républicain vaudois*; SLE: *Parti social-libéral des fédéralistes européens (SLE)*. Nicht miteinbezogen: PUR: *Parti unitaire romand (1967)*; *Mouvement constitution et libertés (1979)*.

Tabelle 8. Ständeratskandidaturen im Kanton Waadt, 1947-1983. Quelle: Presseberichte. Fett markiert sind die Gewählten.

	1947	1951	1955	1959	1963	1967	1971	1975	1979	1983
FDP	Gabriel Despland	Gabriel Despland	Gabriel Despland	Gabriel Despland	Gabriel Despland	Jean-Pierre Prader-vand	Jean-Pierre Prader-vand	Edouard Debétaz	Edouard Debétaz	Edouard Debétaz
LP	Frédéric Fauquex	Frédéric Fauquex	Frédéric Fauquex	Frédéric Fauquex	Louis Guisan	Louis Guisan	Louis Guisan	Jean-François Leuba	Raymond Hubert	Raymond Hubert
SP	Arthur Maret	Albert von der AA	Albert von der AA	Charles Sollberger	René Villard	Isabelle de Dardel	Jacques Morier-Genoud	Jacques Morier-Genoud	Jacques Morier-Genoud	Daniel Schmutz
PdA	Antoine Miéville			Marceline Miéville		Antoinette Stauffer				
Andere								Gilbert Caillet (Vie, Patrie et liberté)		Nicole Lhémann (PSO) Gaston Cherpillod (AD)

Tabelle 9. Nationalratslisten und Listenverbindungen, 1947 bis 1983 im Kanton Tessin. Quelle: Bundesblatt, eigene Darstellung.

TI (Listen)	Links						Rechts	
1947 (5)	PdA	SP		BGB	KVP	FDP		
1951 (3)		SP			KVP	FDP		
1955 (3)		SP			KVP	FDP		
1959 (3)		SP			KVP	FDP		
1963 (4)		SP		BGB	KVP	FDP		
1967 (5)	PdA	SP		BGB	KVP	FDP		
1971 (7)	PSA PdA	SP		SVP	CVP	FDP		MN
1975 (6)	PSA PdA	SP	DDT		CVP	FDP		
1979 (6)	PSA PdA	SP		SVP	CVP	FDP		
1983 (8)	PSA PSdA	SP	FLE	DDT	SVP	CVP	FDP	

DDT: Diritti Democratici Ticinesi; PSdL: Partito socialista dei Lavoratori; FLE: Partito social-liberale dei federalisti europei (SLE); MN: Movimento nazionale.

Tabelle 10. Ständeratskandidaturen im Kanton Tessin, 1947-1983. Quelle: Presseberichte. Fett markiert sind die Gewählten. s. W.: stille Wahlen.

	1947 s. W.	1951 s. W.	1955 s. W.	1959 s. W.	1963 s. W.	1967	1971 Stichwahl	1975 Stichwahl	1979 Stichwahl	1983
FDP	Bixio Bossi	Bixio Bossi	Bixio Bossi	Ferruccio Bolla	Ferruccio Bolla	Ferruccio Bolla	Ferruccio Bolla	Franco Masoni	Luigi Generali	Franco Masoni
CVP	Antonio Antognini	Antonio Antognini	Antonio Antognini	Antonio Antognini	Alberto Stefani	Alberto Stefani	Alberto Stefani	Alberto Stefani	Alberto Stefani	Camillo Jelmini
SP						Stelvio Stevenoni Ruggero Pirovano (Dissidenten)	Giuseppe Maino Franco Robbiani	Paolo Poma		
Linken							Gabriella Antognini, Bruno Morenzi (PdA)	Virgilio Gillardoni (PdA) Giorga Polla (PSA) Martimo Rossi, Monelle Matasci (RML)	Virgilio Gillardoni (PdA, PSA, RML)	Tita Carloni (PSA)

Tabelle 11. Nationalratslisten, Listenverbindungen und Unterverbindungen, 1947 bis 1983 im Kanton Zürich.
Quelle: Bundesblatt, eigene Darstellung. Kursiv markiert: Unterverbindungen.

Zürich	Links						Rechts	
1947 (9) ¹	PdA	SP-G.	LdU LSP	DP EVP		CSP BGB FDP		
1951 (10) ²	PdA	SP-G.	LdU LSP	DP EVP		CSP BGB FDP-S. FDP-L.		
1955 (10)	PdA	SP-G.	LdU LSP	DP EVP	DP EVP	CSP BGB FDP-S. FDP-L.		
1959 (9)	PdA	SP-G.	LdU	DP EVP BGB	CSP	FDP-S. FDP-L.		
1963 (15) ³	PdA	SP-G. A.	LdU ECB	DP EVP CSP BGB FDP-S. FDP-L.			SvP	VgÜ
1967 (14) ⁴	PdA	SP-G. A.	LdU MP	DP EVP CSP BGB-S. BGB-L. FDP-S. FDP-L.			SvP	AgÜ
1971 (18) ⁵	PdA	SP-G. A. S. L.	LdU EVP	EFP	CVP JM BGB FDP-S. FDP-L.		NA VgÜ SvP EB	Rep. NA-L.
1975 (21) ⁶	RML POCH	PdA PIF	SP-G. A. S. L.	LdU EVP NDB LS	EFP	CVP-S. CVP-L. FZB SVP-BGB FDP-S. FDP-L.	Rep. NA EDU	
1979 (23) ⁷	RML	PdA POCH GP	SP-G. S. L.	LdU-S. LdU-L. EVP LSP EDU CG	EFP SLE	CVP-S. CVP-L. SVP JSVP FDP-S. FDP-L.	HS	Rep. NA
1983 (21) ⁸	POCH SAP PdA GAZ		SP-G. S. L.	LdU SL EVP SLE		CVP SVP-S. SVP-L. EU FDP-S. FDP-L.		NA EDU
	GP LG							

¹ SP-G.: Sozialdemokratische-Gewerkschaftliche Liste ; LSP: Liberalsozialistischen Partei.

² Stadt- und Landlisten werden im Folgenden durch „-S.“ bzw. „-L.“ kennzeichnet.

³ SP-G. A.: Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Angestellten; ECB: Parteilose Liste der Evangelisch-Christlichen Bürger; SvP: Liste der Schweizervolk-Partei; VgÜ: Liste der Schweizerischen Volksbewegung gegen die Überfremdung (Albert Stocker). Die BGB-Liste hiess in diesem Jahr auch „Mittelstandspartei“. Nicht miteinbezogen: Liste der Überparteilichen Union (W. Bägglis). Liste für Sauberkeit in der Politik. Liste des neuen Gotthardrings.

⁴ MP: Liste für freie Meinungsäusserung im Parlament; A. g. Ü.: Aktion gegen die Überfremdung; Nicht miteinbezogen: Vereinigte Bürgerparteien.

⁵ JM: Junge Mitte; VgÜ: Helvetische Volksbewegung gegen die Überfremdung; EB : Erwa-Bund: Kampf für Recht und Umweltschutz. Nicht miteinbezogen: Die Initianten.

⁶ PIF: Politisch interessierte Frauen; NDB: Neue Demokratische Bewegung, Liste der Demokraten; LS : Liberalsozialisten und Freie Bürger; FZB: Freie Zürcher Bürger. Nicht miteinbezogen: Liga zum Schutze von Lebensraum und Lebensqualität (L + L).

⁷ SLE: Sozial-liberale Partei europäischer Föderalisten; CG: Christen am Gotthard für BV-Entwurf, Banknotenausgabe durch Bund, Armeereform und Umweltschutz; HS: „Hopp Schwiiz!“ - Gesellschaft für weniger Staat.

⁸ SL: Seniorenliste des Kantons Zürich; EU: Energie und Umwelt; LG: Leben + Gerechtigkeit für Armeereform, Hypozins-Abbau und Volksgesundheit. Nicht miteinbezogen: Parteilose Liste.

Tabelle 12. Ständeratskandidaturen im Kanton Zürich, 1947-1983. Quelle: Presseberichte. Fett markiert sind die Gewählten.

	1947	1951	1955	1959	1963	1967	1971	1975	1979	1983
FDP		Ernst Vaterlaus	Ernst Vaterlaus	Ernst Vaterlaus	Marcel Grossmann	Fritz Honegger	Fritz Honegger	Fritz Honegger	Ricardo Jagmetti	Ricardo Jagmetti
BGB/SVP	Friedrich T. Wahlen				Rudolf Meier	Rudolf Meier			Jakob Stucki	Jakob Stucki
SP	Emil Klöti	Emil Klöti	Willy Spühler	Willy Spühler	Eduard Zellweger		Doris Morf	Adolf Muschg	Emilie Lieberherr	Otto Nauer
LdU		Gottfried Duttweiler	Gottfried Duttweiler			Albin Heinmann	Albin Heinmann	Albin Heinmann		Walter Biel
Andere								Heinrich Millier (NA)		Ingrid Schmid (POCH)

Quellenverzeichnis

1. Unpublizierte Quellen

1.1. Archiv der Gosteli-Stiftung zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung (AGoF)

103 Archiv Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) = Alliance de sociétés féminines suisses (ASF), 1875-2006⁹

700-55 Dossier Frauen im eidgenössischen Parlament 1972-1983

1.2. Archives cantonales vaudoises, Chavannes-près-Renens (ACV)

PP 175 Louis Polla, 1837-2009 (Lausanner Journalist und Historiker, 1922-)

PP 175/5 Parti démocrate chrétien: coupures de presse, listes ou journaux édités par le parti, 1949-1986

PP 175/6 Union démocratique du centre (UDC), 1943-1986 [u.a. Kampagnenmaterialien]

PP 175/9 Parti radical, 1949-1986 [u.a. Kampagnenmaterialien]

PP 225 Parti socialiste vaudois, 1888-2009

PP 225/8 1940-1947 [u.a. Korrespondenz, Rundschreiben, Protokolle, Kampagnenmaterialien, 1947]

PP 225/20 1959-1960 [u.a. Korrespondenz, Rundschreiben, Protokolle, Kampagnenmaterialien, 1959]

PP 225/37 Circulaires du Parti socialiste suisse, 1971

PP 225/38 Correspondance et circulaires; constitution du Comité directeur et du Comité cantonal, rapport de gestion, caisse, procès-verbaux et communiqués de presse, 1971

PP 225/40 [u.a. kantonale und nationale Parteitage, 1971]

PP 225/41 Élections fédérales, 1971 [u.a. Korrespondenz, Berichte, Kampagnenmaterialien, Protokolle]

PP 225/126 Correspondance du Parti socialiste suisse, 1981-1983

PP 225/165 Élections fédérales, 1983 [u.a. Korrespondenz, Berichte, Kampagnenmaterialien, Protokolle]

⁹ Im Folgenden stammen alle Schachteltitel aus den jeweiligen Findmitteln (wenn vorhanden). Die Beschreibungen der Autorin zum relevanten Inhalt für diese Arbeit sind in Klammern.

PP 552 Parti radical vaudois, 1917-1989

- PP 552/5 Congrès, 1957-1964 [auch: Berichte, Korrespondenz]
- PP 552/11 Comité central, 1957-1967 [Protokolle, Korrespondenz, Berichte, Communiqués]
- PP 552/13 Comité central, 1971-1979 [Protokolle, Korrespondenz, Berichte, Communiqués]
- PP 552/14 Procès-verbaux des séances du bureau, 1957-1964 [auch: Korrespondenz]
- PP 552/15 Procès-verbaux des séances du bureau, 1965-1977 [auch: Korrespondenz]
- PP 552/28 Relations avec le Parti radical-démocratique suisse, 1966-1974 [Korrespondenz, Berichte, Protokolle]
- PP 552/177 Commission de propagande, 1969-1974 [Protokolle, Notizen, Presse]
- PP 552/180 Propagande électorale, 1968-1974 [Berichte, Korrespondenz]
- PP 552/201 Elections 1946-1947 [Kandidaten, Korrespondenz, Protokolle, Berichte, Kampagnenmaterialien]
- PP 552/204 Elections, 1959 [Korrespondenz, Konferenzen, Presse, Kampagnenmaterialien, Ergebnisse]
- PP 552/206 (3) Elections, 1963 [Planung der Wahlsendungen]
- PP 552/208 Elections, 1971 [Korrespondenz, Berichte, Kampagnenmaterialien, Presse, Ergebnisse]

PP 712 Edouard Debétaz, 1907-1998 (Waadtländer FDP-Politiker, 1917-1999)

- PP 712/73 Correspondance, circulaires en vue des élections fédérales, 1983-1987
- PP 712/74 Procès-verbaux des séances du Comité central, 1980-1992

PP 985 Parti démocrate-chrétien vaudois, 1945-2015

- PP 985/1 (2) Statuten, 1946-1966
- PP 985/1 (12) Elections aux Chambres fédérales 1951, 1955, 1959, 1963 [Kampagnenmaterialien, Presseartikel]
- PP 985/1 (14) Activités et séances, 1945-1959
- PP 985/1 (15) Partis cantonaux et parti suisse, 1945-1966
- PP 985/12 Bureau + Présidence, 1975-2001
- PP 985/14 (1) Correspondance générale, 1981-1989
- PP 985/18 Journaux officiels du PDC Vaudois, 1977-1996
- PP 985/23/1; PP 985/23/2; PP 985/23/3 Elections fédérales 1979-1983 [u.a. Dokumente der CVP der Schweiz, Kampagnenmaterialien, Kampagnenpläne, Korrespondenz, Budget, Analysen]

1.3. Archivio di Stato del Cantone Ticino, Bellinzona (ASTi)

Fondazione Pellegrini-Canevascini (FPC) 01 Partito socialista ticinese, 1911-1991

4.3.1; 4.3.2	Congressi, 1947
6.4.3	Congresso, 1959
9.3.1	Congresso, 1971
14.1.1	Congresso, 1983
18.1.5; 18.1.6	Commissione direttiva, 1947-1950
19.1.1.; 19.1.3	Commissione direttiva, 1958-1959
20.3.3.; 20.4.1; 20.4.2	Comitato cantonale, 1971
22.4.1; 22.4.2	Comitato cantonale, 1983
24.1.2; 24.1.4	Commissione esecutiva, 1946-1947
24.3.1; 24.3.4	Commissione esecutiva, 1956-1960
28.3.1	Direzione, 1983
32.2.2	Corrispondenza, 1947
32.4.2	Corrispondenza, 1959
33.2.6	Corrispondenza, 1971
33.3.2	Corrispondenza, 1983
61.2.4; 61.3.1; 61.3.2; 61.3.3	Elezioni nazionali, 1947 [Korrespondenz, Berichte über den Fall Agostinetti, Zeitungsausschnitte]
62.2.1	Elezioni nazionali, 1959 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
62.4.2	Elezioni nazionali, 1971 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien, Dokumente über den Werbespot]
63.2.1; 63.2.2	Elezioni nazionali, 1983 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]

3.3.1 Partito popolare democratico ticinese, 1925-1996

2.2.2; 2.2.3; 2.2.4	Comitato cantonale, 1947
2.5.2; 2.5.3; 2.5.4; 2.5.5; 2.5.6; 2.6.1	Comitato cantonale, 1959
4.2.6; 4.6.7; 4.6.8; 4.2.9	Comitato cantonale, 1983
5.5.5; 5.5.6; 5.6.1; 5.6.2; 5.6.3; 5.6.4; 5.6.5	Direttiva cantonale, 1947
7.3.1; 7.3.2; 7.3.3; 7.3.4	Direttiva cantonale, 1959
10.3.6; 10.3.7; 10.3.8; 10.3.9	Direttiva cantonale, 1983
12.5.2; 12.5.3; 12.5.4; 12.6.1; 12.6.2	[Parteitage und Versammlungen, 1947]
13.5.2	Congresso cantonale, 1959
54.6.2; 55.1.1; 55.2.1; 55.2.2; 55.2.3; 55.3.1.	Documenti relativi alle elezioni federali, 1947 [Prognosen, Rundschreiben, Korrespondenz]

- 56.2.3; 56.3.3; 56.4 Documenti relativi alle elezioni federali, 1959 [Rundschreiben, Berichte]
- 58.5.4; 58.6.1; 58.6.2; 58.6.3; 58.6.4 Documenti relativi alle elezioni federali, 1983 [Kampagnenmaterialien]

3.3.3 Partito liberale radicale ticinese, 1923-1998

- 1.3.4; 1.3.5 Documentazione relativa agli organi del PLRT in generale, 1970-1971
- 3.4.1 Comitato cantonale, 1947 [auch: direttiva cantonale]
- 4.2.1 Comitato cantonale, 1947
- 5.4.2 Comitato cantonale, 1959
- 8.4.1; 8.4.2; 8.4.3 Comitato cantonale, 1971
- 15.1.; 15.2; 15.3 Comitato cantonale, 1983
- 23.2.1; 23.2.2; 23.2.3; 23.3.1; 23.3.2; 23.3.3; 23.3.4; 23.4.1; 23.4.2; 23.4.3 Direttiva cantonale, 1971
- 30.2.1; 30.2.2; 30.2.4; 30.2.4; 30.3.1; 30.3.2; 30.3.3; 30.3.4 Direttiva cantonale, 1983
- 35.3.2; 35.3.4; 35.3.5; 35.4.1; 35.4.3 Ufficio presidenziale, 1983
- 43.3.2 Corrispondenza 1971
- 58.2.3 Congresso, 1983
- 74.2.1 Parti radical-démocratique suisse: Notre chemin. Guide pour les élections fédérales 1951, [Bern] 1951.
- 75.1.1; 75.1.2 Elezione del Consiglio nazionale, 1959 (corrispondenze, propaganda, lista, risultati)
- 76.2.2 Elezioni federali, 1971 (manifesto del PLRT e programma del Partito radicale democratico svizzero)
- 76.4.1 Elezioni federali, 1983 (circolari, istruzioni di voto e tabella relativa agli invii di materiale informativo ai cittadini)

1.4. Basler Staatsarchiv, Basel (StABS)

PA 947 Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) Basel-Stadt, 1890-1997

- D17.1 Wahlen in den National- und Ständerat, 1967-1979. Darin: Das politische Bewusstsein in der Schweiz. Vertraulicher Bericht, November 1970

1.5. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (BAR)

E1010B Bundeskanzlei: Zentrale Ablage, 1871-1986

- 1986/151_606 Ausübung der politischen Rechte, 1971 [u.a. Planung einer Broschüre für die Parlamentswahlen von 1971]
- 1986/151_613 Frauenstimmrecht (1957-1971) [u.a. Organisation der ersten Urnengänge nach der Abstimmung des 7.02.1971]
- 1986/151_614 Frauenstimmrecht: Einführung einer politischen Schrift für Frauen, 1971

I1.167 Walther Hofer, 1920-2013 (Berner SVP-Politiker, 1920-2013)

- 1982/158_70_349 Verschiedenes (1967-1973) [Protokolle, Korrespondenz, Berichte]
- 1982/158_70_353 Parteifilm, 1971 [Protokolle, Korrespondenz, Konzeption des Filmes]

I2.181 Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, 1831-2004

Führungsinstanzen

- 1987/52_8_36 Parteivorstand (u.a.), 1981-1982
- 1987/52_18_154 Gesellschaftspolitische Kommission, 1970-1971
- 1987/52_21_175;
176; 178; 179 Zentralkomitee, 1947
- 1987/52_22_201;
202 Zentralkomitee, 1959
- 1987/52_22_223;
_224 Zentralkomitee, 1970-1971
- 1987/52_23_225 Leitender Ausschuss und Zentralkomitee, 1959
- 1987/52_23_234;
235 Leitender Ausschuss, 1946-1947
- 1987/52_24_243 Leitender Ausschuss, 1959
- 1987/52_25_280;
281; 282; 283; 284;
285; 286; 287; 288;
289; 290 Leitender Ausschuss, 1970-1971

Eidgenössische Wahlkämpfe

- 1987/52_19_161 Diverse Berichte, Studien, Überblickstabellen, Gesamtdarstellungen
Korrespondenz, 1943-1973
- 1987/52_19_162 Diverse Berichte, Studien, Überblickstabellen, Gesamtdarstellungen,
Korrespondenz, Notizen, 1938-1982
- 1987/52_28_347 Parteitag, 1947
- 1987/52_31_369 Orientierungstagungen der CVP 1946-1947
- 1987/52_32_377 Delegiertenversammlung in Luzern, 1959
- 1987/52_45_445 Korrespondenz zwischen dem Generalsekretariat und den Kantonalparteien,

1975-1981

- 1987/52_60_528 Nationalratswahlen 1947: Presseartikel, Korrespondenz, Wahlpropaganda
- 1987/52_63_532 National- und Ständeratswahlen 1959 und 1963: Presseartikel, Wahlpropaganda, Korrespondenz, Berichte, 1959
- 1987/52_64_548 Nationalratswahlen 1959 im Kanton Waadt, 1959
- 1987/52_64_553 Wahlplakate der CVP, 1959
- 1987/52_64_557 Wahlkampf der FDP, 1959
- 1987/52_65_559 Schweizerische Katholische Korrespondenz (SKK) im Wahlkampf, 1959
- 1987/52_65_561 Radio und Fernsehen zur Nationalratswahl, 1963
- 1987/52_71_624 Die Stärke der Parteien in den National- und Ständeratswahlen, 1971
- 1987/52_71_625 Wahlsendungen der CVP im Radio und Fernsehen, 1971
- 1987/52_72_626 Wahlkampfkonzept der CVP 1971: Inserate, Rechnungen, Wahlkampfmittel, Korrespondenz, 1971
- 1987/52_72_627 Wahlkampfkonzept der CVP 1971: Kandidatenliste, Wahlpropaganda, Korrespondenz, Finanzen, 1971
- 1987/52_74_636 Nationalratswahlen 1971 im Kanton Tessin, 1971
- 1987/52_75_668 Der Einsatz der Massenmedien im Wahlkampf, 1971
- 1987/52_76_669 Presseartikel; Politikkonzepte der verschiedenen Parteien, 1971
- 1987/52_76_674 Wahlkongress 1971 der CVP in Lausanne, 1971
- 1987/52_163_1279 Broschüren über die Kantonalparteien, 1931-1963
- 1987/52_164_1280 Politische Dokumentationen 1955, 1959, 1963 und 1967, 1959
- 1998/143_70_410 Wahlkongress vom 17.9.1983 in Olten, 1983
- 1998/143_77_448 Bericht der Projektgruppe zu Lage der Partei, 1985

12.322-01 Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, 1894-2007

Führungsinstanzen

- 2009/263_2 Protokolle des Zentralvorstands 1941-1967
- 2009/263_3_41 Protokolle des Zentralvorstands 1968-1972
- 2009/263_3_62 Vertrauliche interne Rundschreiben 1944-1946
- 2009/263_10_57 Korrespondenz, Berichte, Traktanden, Resolutionsentwürfe, Rundschreiben 1947-1958.
- 2009/263_10_58 Korrespondenz, Berichte, Traktanden, Resolutionsentwürfe, Rundschreiben 1959-1963
- 2009/263_13_50 Protokolle der Geschäftsleitung 1944-1954
- 2009/263_14_51 Protokolle der Geschäftsleitung 1957-1966
- 2009/263_15_52 Protokolle Geschäftsleitung 1967-1968. Darin auch: Protokolle Zentralvorstand 1967-1973
- 2009/263_17_52 Protokolle Geschäftsleitung 1969-1976
- 2009/263_38_104 Rundschreiben inklusive Berichte, 1979-1982

2009/263_39_105 Sitzungen der Kantonalsekretäre mit dem Generalsekretariat: Protokolle 1936-1947

Eidgenössische Wahlkämpfe

2009/263_39_110 National- und Ständeratswahlen 1963: Wahlbroschüren, Musterreferat, Resultate und Interpretation, Rundschreiben, 1963

2009/263_47_120 National- und Ständeratswahlen 1971: Schlussberichte, Referatsgrundlagen, Kandidateninstruktionen, Korrespondenz, 1971

2009/263_48_122 National- und Ständeratswahlen 1983: Bericht, Entwürfe, Organisation Wahlstrategie 1983, Entwürfe Aktionsprogramm 1980, 1980-1983

2009/263_49_124 National- und Ständeratswahlen 1991: Wahlstrategie, Konzepte von Werbeagenturen, Analyse, Berichten, Musterreferat von 1959, 1959-1991

2009/263_50_109 National- und Ständeratswahlen 1955-1959: Verzeichnis Amtsträger, Gremienmitglieder, Korrespondenz, Berichte, Wählerumfrage, 1955-1959

2009/263_53_114 National- und Ständeratswahlen 1967: „Spiezer Tagung“, Wahlmanifest/Aktionsprogramm 1966, 1966

2009/263_66_136 Öffentlichkeitsarbeit, Werbung Zwischenwahljahre 1980-1982: Konzept Werbeagentur BSR 1980, 1980

1.6. Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (SSA)

Ar 1 Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Parti socialiste suisse, Partito socialista svizzero, 1869-2012

1.220.9 SP-Wähler Analyse 1959

1.230.9 Nationalratswahlen 1983 [Korrespondenz, Wahlzeitschriften, Propagandamaterialien, Argumentarien, Zeitungsausschnitte]

1.110.37 Protokolle: Hauptsächlich Geschäftsleitung und Parteivorstand, 1947

1.110.49 Protokolle: Hauptsächlich Geschäftsleitung und Parteivorstand, 1959.

1.110.61 Parteivorstand, 1971

1.110.62 Geschäftsleitung, 1971

1.110.74 Geschäftsleitung und Parteivorstand, 1983

1.111.11 Protokollkopien: Geschäftsleitung + Parteivorstand, 1946-1950

1.111.13 Protokollkopien: Geschäftsleitung + Parteivorstand, 1958-1963

1.112.11 Korrespondenz 1959-1963, 1965

1.113.3 Parteikorrespondenz: 1943-1949

1.116.3; 1.116.4;
1.116.6; 1.116.7 Parteitagsunterlagen 1949-1965; 1971-1978; 1979-1984; 1986, 1988, 1983.

1.116.15; 1.116.16;
1.116.17 Parteitage: Gedruckte Protokolle: Einzelbände, 1947; 1959; 1971

1.116.26 Wortprotokolle in Maschinschrift: 1983, 1984

1.117.5 Zentrale Frauenkonferenz (ZFK): Akten 1980-1983

- 1.117.14 Frauenkommission: Akten 1960-1975
- 1.119.4 Der Vertrauensmann, November 1942 - April 1948
- 1.230.3 Nationalratswahlen 1947 [Kampagnenkonzept, Listen, Korrespondenz, Ergebnisse, Zeitungsausschnitte, Konzept]
- 1.230.6 Nationalratswahlen 1959 [Konzept, Korrespondenz, Entwürfe, Kampagnenkonzept]
- 1.230.7 Nationalratswahlen 1963, 1967 und 1971 [Konzepte, Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
- 1.255.2; 1.225.4 Geschäftsberichte, 1935-1956 ; 1976-

Ar 27 Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich, 1881-2013

- 27.10.31; 27.10.32 Geschäftsleitung, Parteivorstand und Parteitag, 1946-1947; 1947-1948
- 27.10.42; 27.10.43 Geschäftsleitung, Parteivorstand, 1958-1959; 1958-1960
- 27.10.55 Protokolle Geschäftsleitung, 1971
- 27.20.2 Tätigkeitsbericht der Zürcher SP, 1947
- 27.25.3 Parteitage, 1947-1950
- 27.25.5 Parteitage, 1957-1964
- 27.25.7 Parteitage, 1969-1977
- 27.60.33 Nationalratswahlen 1947 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
- 27.60.35 Nationalratswahlen 1959 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
- 27.60.37 Nationalratswahlen 1971 [Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
- 27.100.51 Parteivorstand, 1971
- 27.100.55 Parteivorstand, 1982-1983
- 27.250.7 Parteitage, 1982-1983
- 27.600.1; 27.600.2; 27.600.3 National- und Ständeratswahlen 1971 [Wahlausschuss, Kampagnenmaterialien, Korrespondenz, Wahlanalysen, Zeitungsausschnitte]
- 27.600.14 Nationalratswahlen 1983 [Wahlausschuss, Schiedsausschuss, Kampagnenkonzept, Kampagnenmaterialien, Korrespondenz]
- 27.900.6 [u.a. Staatsschutzakten und Fichen, 1990-1993]

Ar 108 Schwarzenbach, James, 1911-1994 (Gründer der NA, 1911-1994)

- 108.5.1 Akten 1971-1979 [u.a. Notizen von James Schwarzenbach zum Wahlkampf von 1971]

Ar 141 Victor N. Cohen, 1947-1950 (Werbeberater, 1910-1975)

- 141.10.7 Diverse Kampagnen [u.a. AHV; Wahlen 1947]
- 141.10.9 Verschiedenes, 1947 [u.a. Konzepte für die Wahlen von 1947]

Sachdokumentation: Quellensammlungen (KS, QS): Zeitungsausschnitte (ZA)

Politisches Leben und eidgenössische Wahlen (Kampagnenmaterialien aller Parteien)

- QS 14.3 Politische Bildung; Staatsbürgerliche Erziehung; Staatskunde, 1960-1966;
1967-1989
- KS 32/111a Eidgenössische Wahlen, 1947, 1951
- KS 32/111b Eidgenössische Wahlen, 1955, 1959
- QS 37.5 Eidgenössische Wahlen, 1969-1975; 1983-1986
- ZA 37.5 Eidgenössische Wahlen, 1943-1947; 1951-1959/1; 1959/2-1960; 1963-1967/1;
1967/2-1967/4; 1971/1-1971/3; 1971/4-1975; 1983

Bundesratsparteien (Kampagnenmaterialien, Schriften, Zeitungsausschnitte)

- KS 32/215 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), bis 1959
- QS 38.7 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB); Schweizerische Volkspartei
(SVP), 1960-1986
- ZA 38.7 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB); Schweizerische Volkspartei
(SVP), 1943-1985
- KS 32/227a;
32/227:1; 32/227:2 Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei, bis 1959
- ZA 38.1 Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz (CVP), 1943-1966; 1967-
1976; 1977-1982
- KS 32/217:1; 217:2 Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (FDP), bis 1959
- QS 38.2 Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (FDP), 1960-1964; 1965-1970;
1982-1986
- ZA 38.2 Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (FDP), 1943-1958; 1958-1968;
1969-1980; 1981-1987
- KS 335/229;
335/229a Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS): Wahlen, 1878-1959; 1920-
1960
- KS 335/235;
335/235a Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS): Organisation, Vertrauensleute,
1893-1974; 1932-1939
- QS 38.5 Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), 1982-1986 [Broschüren]
- ZA 38.5 Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), 1946-1948; 1957-1959/1;
1959/2-1962; 1970-1972; 1983

1.7. Zürcher Staatsarchiv, Zürich (StAZH)

Quellensammlungen

III Ao 2/2 Flugblätter zu National- und Ständeratswahlen im Kanton Zürich, 1947-2007

WII 13 Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Zürich, 1936-2001

Führungsinstanzen

- 389 Protokolle der Parteileitung, 1952-1959
- 392 Protokolle der Parteileitung, 1965-1972
- 393 Protokolle des Büros der Parteileitung und der Sekretariatskommission, 1958-1972
- 399 Protokolle, 1968-1971 [Führungsstab]
- 426 Gyrenbad-Tagung vom 10./11. Oktober 1959
- 483 Protokolle des Parteivorstands, 1983-1984
- 492 Protokolle des Ausschusses des Parteivorstandes, 1981-1983
- 493 Konferenz der Bezirksparteipräsidenten und der Sekretariatskommission, 1982-1983
- 499 Protokolle des Zentralvorstands, 1969-1972
- 504 Konferenzen der Präsidenten der Ort- und Kreisparteien, 1961-1972

Eidgenössische Wahlkämpfe

- 21 Protokolle der Propagandakommission für die Wahlkampagne 1958/59 sowie 1954/ 55
- 139 Artikel, Empfehlungen und Communiqués des Pressedienstes sowie Korrespondenz mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft über den Aushang von Plakaten, 1971
- 466 FDPS, 1967-1972 [Korrespondenz, Berichte]
- 470 Veranstaltungen und Rundschreiben, 1982-1984
- 506 Propagandakommission, 1971
- 716 Wahlaufrufe, Werbebriefe, Werbebroschüren sowie Inserate, 1971
- 717 Wahlkampagne, Protokolle der Propagandakommission, 1971
- 731 Einladungen, Rundschreiben und Korrespondenz der FDP Schweiz mit dem Parteisekretariat, 1975-1991
- 83 Organisation und Strategie des Wahlkampfes, 1954-1967
- 711 Zwei Studien über das Image der FDP durchgeführt von Publitest und der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialforschung, 1982-1989

1.8. Privatarchive (PA)

Christlichdemokratische Volkspartei des Kantons Zürich (PA CVP ZH)

Führungsinstanzen

Delegiertenversammlung, 1981-1984

Parteitage, 1941-1963

Kantonalkomitee, 1934-1956

Kantonalkomitee, 1969-1978

Kantonalvorstand, 1980-1983

Parteipräsidium, 16.6.1982-2.6. 1984

Parteipräsidium, 1972-1983

Eidgenössische Wahlkämpfe¹⁰

- W 1947 Nationalratswahlen 1947 [Korrespondenz, Kampagnenkonzept, Kampagnenmaterialien]
- W 1959 Nationalratswahlen 1959 [Korrespondenz, Kampagnenkonzept, Kampagnenmaterialien]
- W 1971 Nationalratswahlen 1967 und 1971 [Korrespondenz, Kampagnenkonzept, Zeitungsausschnitte, Berichte, Kampagnenmaterialien]
- W 1983 (1) Nationalratswahlen 1983: Bundespartei: Koordination; Werbematerialien
- W 1983 (2) Nationalratswahlen 1983: Kandidaten, Liste, Einzelwerbung, Inserate
- W 1983 (3) Nationalratswahlen 1983: Wahlkampfstab
- W 1983 (4) Nationalratswahlen 1983: Werbebüro Corti [Termine, Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
- W 1983 (5) Nationalratswahlen Pressearbeit, 1980er Jahre [Berichte, Mitteilungen]
- PK Presse-Konferenzen, 1982-85
- Wahlanalyse 1979, 1981
- Wahlkampfstab, 1982-1984
- Wahlkampfstab: Der orange Faden. Eine praktische Anleitung für die Nationalratswahlen, August 1983.

Christlichdemokratische Partei der Schweiz (PA CVP CH)

- W (1), (2), (3) Nationalratswahlen 1983 [Wahlkampfkonzept, Umfragen, Organisation der Wahlsendungen, Korrespondenz, Berichte, Wahlkampfmaterialien, 1983]

Parti socialiste vaudois (PA SP VD)

- E 1983 Elections fédérales, 1983 [u.a. Korrespondenz, Protokolle, Berichte, Kampagnenmaterialien]

¹⁰ Im Folgenden stammen die Kürzel mit Buchstaben von der Autorin.

Partito liberale radicale ticinese (PA FDP TI)

E 1971	Elezioni federali 1971 [Kampagnenmaterialien]
E 1983 (1)	Elezioni federali 1983 (1) [Wahlsendungen]
E 1983 (2)	Elezioni federali 1983 (2) [Liste, Korrespondenz]
E 1983 (3)	Elezioni federali 1983 (3) [Kampagnenmaterialien]
WV 1983	Wahlveranstaltungen, 1983

Schweizerische Volkspartei des Kantons Bern (PA SVP BE)

1.11.1	Delegiertenversammlung Schweizerische BGB, 1947
1.12.7	Protokolle Schweizerische BGB, 1947
1.25.1	Rundschreiben SVP der Schweiz an kantonale Parteien, 1983
1.51.22	Diverse Akten, 1970er Jahre
1.62.1	Jahresbericht Schweizerische BGB, 1959
1.62.3	Geschäftsjahr Schweizerische BGB, 1959
6.2.19	Nationalratswahlen 1959 (Korrespondenz, Listen)
6.2.20	Nationalratswahlen 1959 (Flugschriften, Korrespondenz, Presse)
6.2.31	Nationalratswahlen 1971 (Listen, Film, Programm)
6.2.34	Nationalratswahlen 1971 (Korrespondenz und Inserate)
6.2.36	Nationalratswahlen 1971 (Stellungnahmen, Korrespondenz, Wahlzeitung)
6.2.44	Nationalratswahlen 1983 (Korrespondenz, Wahlkonzept)
6.2.7	Nationalratswahlen 1947 (Wahlkampfmaterialien)
6.3.1	Korrespondenz, Flugschriften, Artikel, 1983.

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich (PA SVP ZH)

PL	Parteileitung, 1951-1970
PK	Pressekonferenzen, 1983-1989; 1992-1995 [Pressedienst: Mitteilungen, 1983] TEAM Sozialforschung / Marketing: Aktualisierung der BGB, o.O. [1962]
W 1959	Wahlen 1951-1959 [Berichte, Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
W 1971	Wahlen 1971 [Berichte, Korrespondenz, Kampagnenmaterialien]
WM	Werbematerialien, Flugschriften, bis 1975

Union démocratique du centre – Vaud (PA SVP VD)

4.1	Conseil exécutif, 1959; 1971
4.2	Comité directeur, 1982-1983

1.9. Audiovisuelle Quellen

FARO-Datenbank

Landesparteitag der SP, Antenne, SF, 17.05.1971.

SP verliert an Nationalratswahlen, CH-Magazin, SF, 25.10.1983.

Memobase

SRF-ZH_MG
_32938_T2 Spott und Musik (2) Nationalratswahlen (Einleitung - Ansage). Glosse von Werner Wollenberger, DRS 1, 31.10.1971. Online: http://www.memobase.ch/#document/SRF-ZH_MG_32938_T2, Stand: 25.04.2014.

SRF-ZH_MG
_32938_T3 Spott und Musik - (3) Nationalratswahlen (Basler Wahlredner). Glosse von Werner Wollenberger, DRS 1, 31.10.1971. Online: http://www.memobase.ch/#document/SRF-ZH_MG_32938_T3, Stand: 25.04.2014.

RTS Archives

Élections - 1971: Le débat, TSR, 26.10.1971. Online:

<http://www.rts.ch/archives/tv/information/elections/3485262-1971-le-debat.html>, Stand: 18.02.2014.

Schweizerische Nationalphonothek (FN)

DAT2290 Die Schweizer Parteien im Hinblick auf die Nationalratswahlen, Am Runden Tisch, Radiostudio Zürich, 22.10.1947.

DAT2864 Preisforderungen in der Landwirtschaft, Am Runden Tisch, Radiostudio Zürich, 26.09.1947. Online: http://www.fonoteca.ch/cgi-bin/oecgi3.exe/inet_fnbasedetail?REC_ID=864.022&LNG_ID=FRA, Stand: 18.08.2017.

Schweizerisches Sozialarchiv (SSA)

F_1004-001 Egger, Hans-Heinrich: Tonbandaufnahme Diskussion Max Frisch mit Vertretern der SP, Studio Standard-Film, Wallisellen, 02.07.1971. Online: https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_F_1004-001, Stand: 06.08.2017.

SRF-Archiv

Wahlkampf (1983), DRS aktuell, SF, 19.10.1983. Online: YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=JpSRBIF5kLg>, Stand: 10.08.2017.

1.10. Mündliche Quellen

Gespräch mit Ruth Straubhaar (ehemalige SP-Sekretärin), Bern, 29.01.2013

Gespräch mit Julia Hirzel (heutige Zürcher CVP-Sekretärin), Zürich, 26.05.2014

Gespräch mit Edgar Küng (pensionierter Werbeberater), Luzern, 20.04.2016

2. Publierte Quellen

2.1. Amtliche Publikationen

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXII. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 4462 1/24, 23.11.1943, S. 1075-1160.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXIII. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 5329 3/47, 27.11.1947, S. 565-649.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXIV. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 6170 3/48, 29.11.1951, S. 729-811.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXV. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 7011 2/48, 1.12.1955, S. 1197-1288.

Bericht des Bundesrates an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXVI. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 7944 2/49, 3.12.1959, S. 981-1069.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXVII. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 8884 2/47, 28.11.1963, S. 1145-1242.

Bericht des Bundesrates an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXVIII. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 9805 2/48, 30.11.1967, S. 1069-1168.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XXXIX. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 11077 2/48, 3.12.1971, S. 1293-1409.

Bericht des Bundesrats an den Nationalrat betreffend die Nationalratswahlen für die XL. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 75-091 2/48, 1.12.1975, S. 1941-2067.

Bericht an den Nationalrat über die Nationalratswahlen für die 41. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 79.070 3/48, 4.12.1979, S. 862-981.

Bericht an den Nationalrat über die Nationalratswahlen für die 42. Legislaturperiode, in: Bundesblatt 83.074 4/47, 29.11.1983, S. 297-472.

2.2. Internetquellen

Bundesamt für Statistik: Politik. Panorama, Statistische Grundlagen und Übersichten, 28.03.2017, S. 1–10. Online: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik.assetdetail.2241547.html>.

Bundesamt für Statistik: Abstimmungen, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen.html>, Stand: 14.08.2017.

Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen.html#666215989>, Stand: 13.08.2017.

Bundesamt für Statistik: Ständeratswahlen, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/staenderatswahlen.html>, Stand: 27.07.2017.

Eschelmüller, Anouk: Ein Novum? Von wegen ! <http://www.sp-ps.ch/de/kampagnen/wahlen-2015/wahlkampf-blog/ein-novum-von-wegen>, Stand: 19.07.2017.

Infosuisse - Home, <http://www.infosuisse.ch/>, Stand: 12.04.2017.

Prof. Dr. Hans Peter Fagagnini – PHW Bern, <https://www.phw-bern.ch/dozierendennetzwerk/prof-dr-hans-peter-fagagnini/>, Stand: 03.09.2017.

2.3. Plakate

Archives cantonales vaudoises (ACV)

Parti radical vaudois

PP 552/248 Küng, Edgar: Radical: Sécurité et Liberté. PRD Parti radical, Plakat, 1971.

PP 552/262/6 Altorfer, Albert: Pour construire l'avenir votez radical, Plakat: Farblithographie, 127 x 90 cm, 1959.

Bibliothèque de Genève (BGE)

- 1.22 Monticelli, Walter: Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei BGB Mittelstandsliste, Plakat: offset, 129 x 91 cm, 1959. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000048706>, Stand: 10.08.2017.
- 2.1 o.A.: Moi... je vote radical, Plakat: Lithographie 128 x 91 cm, 1950. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000044464>, Stand: 10.08.2017.
- 7.24 Cattani, Oscar: Pour la famille le progrès social la démocratie chrétienne votez la liste n° 4, Parti indépendant-chrétien-social, Plakat: Lithographie 128 x 90 cm, 1947. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000042214>, Stand: 10.08.2017.
- 7.28 o.A.: wählt bodenständig. Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei, Plakat: Farblithographie, 128 x 91 cm, 1947. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000048894>, Stand: 10.08.2017.
- 7.16 Gfeller Hans: Lass nicht den Staat befehlen entscheide selbst! Bewahre deine Freiheit wähle freisinnig! Plakat: Lithographie 128 x 91 cm, 1947. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000042247>, Stand: 10.08.2017.
- 8.29 Fontanet Noël: Centralisation Dirigisme Pour sauvegarder nos libertés! Votez radical, Plakat: Lithographie, 128 x 91 cm, 1947. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000045121>, Stand: 10.08.2017.

Graphische Sammlung der Nationalbibliothek (NB)

- SNL_1971_102 Wyss-Chodat, Pierre: Avancer, dépasser, voie de gauche, votez socialiste, Plakat, 1295 x 915 cm, 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000015942>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_1971_361 o.A.: Fühlen Sie sich in der Schweiz zuhause? Wir packen die Probleme an CVP die Partei der dynamischen Mitte, Plakat, 129 x 915 cm 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000016212>, Stand: 18.09.2013.

- SNL_1971_407 o.A.: Sollen wir im Wohlstand sterben? Wir packen die Probleme an, CVP, die Partei der dynamischen Mitte / Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, Plakat, 129.5 x 91.5 cm, 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000016258>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_1971_416 Küng, Edgar: Fritz Honegger wieder in den Ständerat, Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zürich, Plakat, 131 x 915 cm, 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000016267>, Stand: 04.07.2014.
- SNL_1971_425 o.A.: SP, Das Gegengewicht, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Plakat, 129 x 92 cm, 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000016276>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_1971_426 o.A.: SP, Es ist an der Zeit, die Gewichte zu verlagern! Ziel: Jeder Mensch soll sich nach ..., Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern, Plakat, 129 x 92 cm, 1971. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000016277>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_1983_521 o.A.: Taten statt Theorien, SVP, Schweizerische Volkspartei, Plakat, 1275 x 90 cm, 1983. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000023275>, Stand: 23.12.2013.
- SNL_POL_11 Annen, Melchior: Gerechtigkeit erhöht ein Volk, Eidgenossen, am 13. Okt. stimmt: Ja! Plakat, 58 x 80 cm, 1918. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000010921>, Stand: 05.08.2017.
- SNL_POL_276 Küng, Edgar: Freisinnig, Frei und sicher in die Zukunft, Plakat, 127.5 x 90 cm, 1967. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011213>, Stand: 06.08.2014.
- SNL_POL_285 Streuli, Karl: Wählt Liste 5, Christliche Demokratie, Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei, Plakat, 127 x 90.5 cm, 1959. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011222>, Stand: 24.08.2017.
- SNL_POL_292 Altorfer, Albert: My Vatter wählt freisinnig, Liste 1, Zukunft gestalten, Freiheit erhalten, Plakat: Farblithographie, 127 x 90 cm, 1959. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011229>, Stand: 05.06.2014.
- SNL_POL_302 Stauffer, Fred: Sozialdemokraten, Plakat: Farblithographie, 128 x 905 cm, 1947. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011239>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_POL_334 Senn, Paul: Gegen Krise und Not, für Arbeit und Brot, Sozialdemokraten, Plakat: Farblithographie, Tiefdruck, 128 x 905 cm, 1931. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011271>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_POL_337 Henziross, Eugen: Nationalratswahlen 1931, wählt Liste No 2 Freisinnig-demokratisch, Plakat: Farblithographie, 128 x 91.5 cm, 1931. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011274>, Stand: 10.08.2017.
- SNL_POL_563 Fischer-Corso, Heini: Für den Mittelstand, Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei, BGB, Plakat: Serigraphie, 128 x 905 cm, 1954. Online: <http://permalink.snl.ch/bib/chccsa000011500>, Stand: 10.08.2017.

Museum für Gestaltung Zürich (MfGZ)

- 11-0712 Küng, Edgar: Ja – Die Freisinnigen haben die Frauen gern, Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 127 x 90 cm, 1971. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/62198/ja--die-freisinnigen-haben-die-frauen-gern--freisinnigdem>, Stand: 24.08.2017.
- 26-0057 Bieber, Armin: Wählt Liste 1 - Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei!, Plakat: Lithographie, 127 x 89 cm, 1947. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/190605/wahlt-liste-1--bauern-gewerbe-und-burgerpartei>, Stand: 03.09.2017.

- 63-0937 o.A.: Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. - Warum stört das gewisse Leute? – Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP - Freisinnig-Demokratische Partei, Plakat: offset, 128 x 90 cm, 1983. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/10252/wir-sind-fur-mehr-freiheit-und-weniger-staat--warum-stort>, Stand: 10.08.2017.
- 63-0939 o.A.: Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen! – Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP - Freisinnig-Demokratische Partei, Plakat: offset, 128 x 90 cm, 1983. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/10254/sozialismus-ist-teuer-und-erst-noch-kein-vergnugen--ideen>, Stand: 10.08.1971.
- 63-0941 Küng, Edgar: Die Freisinnigen haben kluge Köpfe, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, Plakat, 128 x 90 cm, 1971. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/10256/die-freisinnigen-haben-gute-kopfe--freisinnigdemokratische>, Stand: 10.08.2017.
- K-0828 o.A.: Stimmt der freisinnigen Liste VI, Plakat: Lithographie, 33.5 x 24 cm, 1912. Online: <http://www.emuseum.ch/objects/43815/stimmt-der-freisinnigen-liste-vi>, Stand: 10.08.2017.

Schweizerisches Sozialarchiv (SSA)

- FPe-0271 Mathis, Joe: Wählt Sozialdemokraten - Der Mensch im Mittelpunkt, Plakat, 1959. Online: http://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_F_Pe-0271, Stand: 09.08.2017.
- FPe-0503 Gilsli, René: Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Plakat, 1947. Online: http://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_F_Pe-0503, Stand: 09.08.2017.
- FPe-0514 Willi Trapp: In Trümmer sinkt die alte Welt - Ans Werk zum Bau der Neuen Schweiz! - Sozialdemokraten, Plakat, 1943. Online: http://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_F_Pe-0514, Stand: 09.08.2017.

2.4. Schriften

Aufsätze

- Guggisberg, Kurt: Grundzüge des mittelständischen Denkens, [Bern] 1962.
- Imboden, Max: Helvetisches Malaise, Zürich 1964.
- Imboden, Max: Die Volksbefragung in der Schweiz, in: Faktoren der politischen Entscheidung: Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, Berlin 1963, S. 385–409.
- o.A.: Reform des eidgenössischen Wahlsystems und der Parteien?, Zürich 1969.
- Rey, Jean-Noël: Trop d'Etat?: essai sur la mise en cause de l'Etat-protecteur en Suisse, Lausanne 1983.
- Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat: Untersuchungen über Conrad Ferdinand Meyer, Henri-Frédéric Amiel, Jakob Schaffner, Max Frisch, Jacob Burckhardt, Zürich [etc.] 1963.
- Schmid-Ammann, Paul: Der politische Katholizismus, Bern 1945.
- Siegfried, André: La Suisse, démocratie-témoin, Neuchâtel 1948.

Berichte, Umfragen und Studien

Gygi, Pierre-André: Reaktionen stimmfähiger Schweizerbürger auf politische Fragen: Stichprobenerhebung ausgeführt im April 1955, Biel 1955.

Konso, Institut für Konsumenten- und Sozialanalysen, Basel: Der Schweizer Wähler 1963: wissenschaftliche Analyse der Nationalratswahlen vom 25/26. und 27. Oktober 1963: Befragung von über 2000 Wählern im Aargau, dem Schweizer Testkanton, Basel 1963.

Neidhart, Leonhard; Hoby, Jean-Pierre: Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz: ein Forschungsbericht im Auftrag der Justizabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Zürich 1977.

Nowland Organisation: Das politische Verhalten von drei Kategorien peripherer Wähler und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Zürich 1959.

o.A.: Bericht der Studienkommission zur Prüfung von Reformvorschlägen für die Wahl des Nationalrates und das Stimmrechtsalter, Bern 1972.

Schweizerischer Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: Massnahmen zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz: Schlussbericht der Arbeitsgruppe Stimm- und Wahlabstinenz vom 18. Dezember 1978, Bern 1979.

Sidjanski, Dusan; Kerr, Henry; Nicola, Jacques: Enquête sur le comportement politique en Suisse, 1972. Présentation des résultats, 50 tableaux croisés, Genève 1974.

Steiner, Jürg: Die Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und den Gewählten in ländlichem und städtischem Milieu: Versuch einer staatssoziologischen Untersuchung am Beispiel des Grossen Rates des Kantons Bern, Bern, Stuttgart 1959.

TEAM Sozialforschung/ Marketing: Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Stadt Zürich und ihre peripheren Wähler: Ergebnisse einer Sozialuntersuchung, Zürich 1960.

Testmark AG Zürich: Die Frau an den Nationalratswahlen: August 1971, Zürich 1971.

Broschüren zur politischen Bildung

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Hg.): Kleine Staatskunde für jedermann, Bern 1971.

Götz, Hugo; Grieder, Walter: Grünes Licht für Eva: Staatskundliches Brevier für die Schweizerin, Basel 1971.

[Schweizerische Bundeskanzlei], Die politischen Rechte der Schweizerin und des Schweizer, [Bern] 1971.

Expertenschriften zur politischen Kommunikation

Balsiger, Mark: Wahlkampf statt Blindflug? Die Puzzleteile für erfolgreiche Kampagnen: ein Handbuch für politisch Interessierte - mit Fallbeispielen auf allen drei Stufen, Bern 2014.

Lüscher, Max: Psychologie der Farben, Basel 1969.

Quentin, Pol: La propagande politique: une technique nouvelle, Paris 1943.

Radunski, Peter: Wahlkämpfe: Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation, München und Wien 1980.

Stöhlker, Klaus; Graf, Hans P.: Wahlkampf von A bis Z: ein Handbuch, Zürich 1981.

Schriften von politischen Parteien und Bewegungen

Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (Hg.): Statuten der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz, CVP, [Bern] 1971.

Christlichdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Jahrbuch 1983, [Bern] 1983.

Fraktionssekretariat der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei (Hg.): Schweizerische Politik vom Krieg zum Frieden: aus der Tätigkeit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion der Bundesversammlung in der 32. Legislaturperiode 1943-1947, Bern 1947.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Freisinnige Gedanken zur schweizerischen Mittelstandspolitik, Bern 1959.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Begegnung mit der Zukunft: Zielsetzungen 71 der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Bern 1971.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Junge stellen heisse Fragen an den Freisinn, Bern 1971.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Statuten der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 1977.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Die Rigi-Thesen: Leitideen für eine liberale Zukunft: Thèses du Rigi: idées maîtresses pour le radicalisme de demain, Biel 1981.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Dazu stehen wir: Grundsätze des modernen Liberalismus: Schwerpunkte freisinniger Politik: Zielsetzungen 83/87, Bern 1983.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Hg.): Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung: L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale, Bern 1984.

[Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz]: Standort und Grundhaltung: die Grundhaltung des Parteitages von 8. und 9. November 1958 in Basel, Bern 1959.

Pfändler, Otto: Schweizervolk höre! Urteile! Ein dringender Vorschlag für die Reorganisation des Nationalrats, Zürich 1940.

Rosenberg, Martin (Hg.): Die Schweizerische Konservative Volkspartei während der 32. Legislaturperiode 1943-1947, Bern 1947.

Rosenberg, Martin: Die Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz während der 35. Legislaturperiode 1955-1959: Tätigkeitsbericht der Partei und der Fraktion, [Bern] 1959.

Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Hg.): Jahresbericht der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Bern 1971.

Schweizerische Volkspartei (Hg.): Aktionsprogramm '83, Bern 1983.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Manifest 1971, Bern 1971.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (angenommen durch den Parteitag vom 27. und 28. Juni 1959 in Winterthur), Zürich 1959.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Weniger Staat oder Wohlfahrtsstaat?: ein Faktenordner zur Weniger-Staat-Ideologie, Bern 1983.

Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich: Statuten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, Zürich 1936.

Schriften von Akteuren zur Geschichte von Parteien und Bewegungen

Benz-Burger, Lydia: Die Frauenliste: P.I.F., Politisch Interessierte Frauen, Liste 17: Rechenschaftsbericht zum Experiment mit Langzeitwirkung, Bonstetten 1987.

Dietschi, Eugen: 60 Jahre Eidgenössische Politik - Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns, Bern 1979.

Gasser, Christian: Der Gotthard-Bund: eine schweizerische Widerstandsbewegung: aus den Archiven 1940-1948, Bern 1984.

Jorio, Marco: Drei Jahrzehnte Licht und Schatten über der CSP/CVP Zürich (1963-1993), in: CVP des Kantons Zürich (Hg.): 100 Jahre CVP Kanton Zürich: KVP Katholische Volkspartei, 1896-1905, CSP Christlichsoziale Partei, 1905-1971, CVP Christlichdemokratische Volkspartei seit 1971: Festschrift, 1896-1996, Zürich 1996, S. 51–63.

Nicod, Louis; Mugny, Roger: Le PDC vaudois: son histoire et son avenir, Echallens 1983.

UDC Vaud (Hg.): Il était une fois... le 13 janvier 1921. 90è anniversaire de la fondation du PAI, o.O. 2011. Online: www.udc-vaud.ch/pdf/histoire-plaquette.pdf, Stand: 08.08.2017.

Wahlstatistik

Eidgenössisches Statistisches Amt, Bureau fédéral de statistique (Hg.): Nationalratswahlen 1947, Bern 1949.

Eidgenössisches Statistisches Amt, Bureau fédéral de statistique (Hg.): Nationalratswahlen 1971: Elections au Conseil national 1971, Bern 1974.

Rosenberg, Martin: Die politische Lage in Zahlen: Rückblick auf die eidgenössischen Herbstwahlen 1947, [Bern] 1948.

Rosenberg, Martin: Die politische Lage in Zahlen: Rückblick auf die eidgenössischen Herbstwahlen 1959, [Bern] 1960.

Schneider, Madeleine; Seitz, Werner: Nationalratswahlen 1999, Übersicht und Analyse Elections au Conseil national de 1999, Aperçu et analyse, Bern 2002.

Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): Die Nationalratswahlen 1943 im Kanton Zürich, Zürich 1944.

Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.): Die Nationalratswahlen 1947 im Kanton Zürich, Zürich 1948.

Niemetz, Heinz: Die Nationalratswahlen 1971: eine statistische Grobanalyse, [Bern] 1972.

2.5. Zeitschriftenartikel

Adank, Hans: Um die Re-Ideologisierung in der Politik, in: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 48 (7–8), 1969, S. 195–201.

Chapuis-Bischof: Les élections à bâtons rompus!, in: Femmes suisses et le Mouvement féministe, 59 (10), 11.1971.

Escher, Fritz: Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 38 (9–10), 1959, S. 309–321.

Gerteis, Martel: Für ein neues „Image“ der Sozialdemokratischen Partei, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 43 (5), 1964, S. 117–129.

Gilg, Peter: Parteien in Bedrängnis, in: Erneuern und beharren. Nationales Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 41, 1970, S. 78–92.

Girod, Roger: Facteurs de l'abstentionnisme en Suisse, in: Revue française de science politique 3 (2), 1953, S. 349–376.

Girod, Roger; Ricq, Charles: Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral à Genève, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft (10), 1970, S. 71–90.

Gruner, Erich: Die Parteien und das Einflusspotential des Bürgers in der Politik, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 49 (12), 1970, S. 1056–1067.

Grütter, Fritz: Die Bedeutung der Nationalratswahlen 1959, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 38 (9/10), 1959, S. 257–260.

Guggisberg, Kurt: Die kulturellen Grundlagen des selbstständigen Mittelstandes, in: Handwerk und Gewerbe 36 (9–10), 1956, S. 143–147.

Hardmeier, Benno: Nach dem eidgenössischen Wahlgang, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 38 (11), 1959, S. 321–325.

Hertig, Hans Peter: Sind Abstimmungserfolge käuflich?: Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaften (22), 1982, S. 35–57.

Hotz, Paul: Motivforschung in der Politik, in: Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 5, 1965, S. 15–28.

Jaeggi, Urs: Auf der Suche nach einer linken Opposition, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 45 (7–8), 1966, S. 193–199.

Lienhard, Richard: Sprengstoff Parteitag, in: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 49 (10), 1970, S. 273–280.

Marbach, Fritz: Warum wir stagnieren, in: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 49 (9), 1970, S. 241–247.

Nef, Robert: Weniger Staat - mehr Sicherheit, Recht und Ordnung: das politische System im Spannungsfeld rationaler und emotionaler Ansprüche, in: Annuaire suisse de science politique 23, 1983, S. 227–250.

o.A.: Die Wahlen vom 31. Oktober 1943, in: Rote Revue: sozialistische Monatsschrift 23 (3), 1943, S. 65–69.

- o.A.: Die Zürcherin und ihre Obrigkeit, in: Du - Atlantis: kulturelle Monatsschrift 11 (6), 1951, S. 130–132.
- o.A.: Wo steht die schweizerische Sozialdemokratie? in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 30 (1), 1950.
- o.A.: Intéressante comparaison: comment se comportent les électeurs, il y a cent ans..., in: Femmes suisses et le Mouvement féministe: organe officiel des informations de l'Alliance de Sociétés Féminines Suisses 51 (36), 1963.
- o.A.: Réflexions postélectorales, in: Femmes suisses et le Mouvement féministe 55 (80), 1967.
- o.A. Pour ou contre: la statistique des votants par électeurs et électrices, in: Femmes suisses et le Mouvement féministe : organe officiel des informations de l'Alliance de Sociétés Féminines Suisses 59 (3), 1971.
- o.A.: Positives Ergebnis der Europa-Union-Umfrage bei den Nationalratskandidaten (Oktober 1971), in: Europa, Organ der Europa-Union, 11/12.1971.
- Reich, Richard: Image und Stellenwert der schweizerischen Parteien in der heutigen Politik, in: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 9, 1969, S. 7–20.
- Schmidt, Georg C.L.: Das Geld im öffentlichen Kampf, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 40 (11), 1961, S. 1079–1087.
- Schmidtchen, Gerhard: Meinungsforschung und direkte Demokratie, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 10, 1970.
- Schwab, Florian: Liberale Lichtgestalt, in: Weltwoche, 06.2012.
- Seitz, Werner: Rezension: Gruner, Erich / Hertig, Hans Peter, Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?, Bern und Stuttgart 1983, in: Widerspruch, Zeitschrift zur sozialistischen Politik (8), 1984, S. 130–132.
- Steiner, Jürg: Einige Hypothesen zur Stimmbeteiligung, in: Annuaire de l'Association Suisse de Science Politique = Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft 3, 1963, S. 56–62.
- Stranner, Henri: Hearing der Europa-Union. Europäische Integration: Parteien ohne Konzept, in: Europa, Organ der Europa-Union, 5/6.1971.
- Villard-Traber, Annelise: Keine getrennte Angabe der Stimmbeteiligung von Männern und Frauen! Politologen und Statistiker nicht zufrieden, in: Schweizer Frauenblatt 53 (20), 01.10.1971.
- Wolter, Jupp: Helvetia zeigt: Deine Frau - das unbekannte Wesen, in: Schweizerische Frauenblatt 53 (20), 1.10.1971.
- Zimmermann, Hans: Führung und Willensbildung in den politischen Parteien, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 34 (10), 1955, S. 632–644.

2.6. Zeitungen

Von den nachfolgenden Printmedien werden in der Arbeit einzelne Artikel zitiert:

24 Heures
Arbeiterzeitung
Basler Arbeiterzeitung
Basler Zeitung
Beobachter
Berner Tagwacht
Berner Zeitung
Blick
Bund, Der
Bündner Zeitung
Domaine public
Dovere, Il
Entlebucher Anzeiger
Ferrovieri, Il
Feuille d'Avis de Lausanne
Feuille d'Avis du district d'Aigle
Frankfurter Rundschau
Freier Argauer
Gazette de Lausanne
Gewerkschafter
Hebdo, L'
Helvetische Typographia
Illustré, L'
Journal de Genève
Landbote, Der
Libera Stampa
Luzerner Tagblatt
Mitte, Die
Morgen, Der
Nationalzeitung
Nebelspalter, Der
Neue Zürcher Nachrichten
Neue Zürcher Zeitung
Neues Bülacher Tagblatt
Nouvelle Revue de Lausanne
Peuple, Le
Rorschacher Zeitung
Schweizer Illustrierte
Schweizerische Radio-Zeitung
Schweizerisches Kaufmännisches Zentralblatt
Sentinelle, La
Solithurner Zeitung
Sonntag, Der
Sonntags-Journal
St. Galler Tagblatt

Suisse, La
Tagblatt der Stadt Zürich
Tages-Anzeiger
Tagwacht
Tat, Die
Tribune de Lausanne (- Le Matin)
Vaterland
Voix ouvrière
Volksrecht
Volksstimme
Vorwärts
Weltwoche, Die
Zürcher Bieter
Zürcher Bote
Züri Woche

Literaturverzeichnis

1. Nachschlagewerke

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern/ Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der Schweizer Politik an der Universität Bern (Hg.): Année politique suisse im Jahr [1964-1983], Bern 1964-1983.

Brassel-Moser, Ruedi: Grüne Parteien, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 17.02.2017. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17413.php>, Stand: 25.07.2017.

Bürgi, Markus: Farner, Rudolf, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 15.11.2014. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30983.php>, Stand: 14.08.2017.

Chessex, Pierre: Plakat, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 09.11.2012. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10467.php>, Stand: 28.07.2017.

Degen, Bernhard: Arbeitsfrieden, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 06.05.2010. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16535.php>, Stand: 20.04.2017.

Degen, Bernard: Mitbestimmung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 21.05.2010. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16538.php>, Stand: 30.03.2017.

Degen, Bernhard: Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), in: Historisches Lexikon der Schweiz, 05.01.2012. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17402.php>, Stand: 20.08.2017.

Degen, Bernard: Etatismus, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 12.02.2015. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9933.php>, Stand: 30.06.2017.

Dellsperger, Rudolf: Guggisberg, Kurt, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 05.11.2009. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10650.php>, Stand: 20.08.2017.

Hirter, Hans: Jungparteien, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 13.06.2012. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D25756.php>, Stand: 22.04.2017.

Hodel, Markus: Kurmann, Franz Josef, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 03.05.2007. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D2974.php>, Stand: 14.08.2017.

Küng-Aerni, Beatrice: Rosenberg, Martin, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 11.11.2010. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41350.php>, Stand: 23.08.2017.

Leimgruber, Matthieu: Marketing, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 27.10.2009. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14187.php>, Stand: 09.08.2017.

Meylan, Maurice: Bosset, Norbert, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 2003. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/f/F4872.php>, Stand: 14.08.2016.

Neidhart, Leonhard: Ausverkauf der Heimat, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 29.01.2015. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17357.php>, Stand: 30.06.2017.

Pfister, Christoph: Umwelt, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 14.01.2014. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24598.php>, Stand: 30.06.2017.

Schibler, Thomas: Hubacher, Helmut, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 12.02.2008. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6791.php>, Stand: 21.07.2017.

- Stauffacher, Ulrich; Eibel, Robert, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 27.08.2004. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6281.php>, Stand: 10.10.2013.
- Steiner, Alois: Schweizerischer Katholischer Volksverein (SKVV), in: Historisches Lexikon der Schweiz, 18.03.2015. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17381.php>, Stand: 22.04.2017.
- Studer, Brigitte; Bringolf, Walther, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 08.06.2004. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6130.php>, Stand: 14.08.2017.
- Studer, Brigitte; Humbert-Droz, Jules, Historisches Lexikon der Schweiz, 27.11.2006, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6390.php>, Stand: 14.08.2017.
- Urio, Paolo: Mirage-Affäre, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 25.08.2009. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17348.php>, Stand: 14.04.2017.
- Voegeli, Yvonne: Frauenstimmrecht, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 17.02.2015. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10380.php>, Stand: 17.07.2017.

2. Bücher und Zeitschriftenartikel

- Abélès, Marc: Jours tranquilles en 89: ethnologie politique d'un département français, Paris 1989.
- Abt, Viktor: Die sozialdemokratischen Parteiprogramme 1870-1982, in: Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 79-90.
- Achin, Catherine; Dorlin, Elsa; Rennes, Juliette: Capital corporel identitaire et institution présidentielle: réflexions sur les processus d'incarnation des rôles politiques, in: *Raisons politiques* (31), 2008, S. 5-17.
- Achin, Catherine; Lévêque, Sandrine: Le genre c'est la classe? Capitaux corporels identitaires, compétition politique et contextes sociaux, in: Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte (Hg.): Paris en campagne: Les élections municipales de mars 2008 dans deux arrondissements parisiens, Paris 2011, S. 263-284.
- Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte (Hg.): Paris en campagne: Les élections municipales de mars 2008 dans deux arrondissements parisiens, Paris 2011.
- Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte: Avant-propos, in: Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte (Hg.): Paris en campagne: Les élections municipales de mars 2008 dans deux arrondissements parisiens, Paris 2011, S. 9-12.
- Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte: Identités en campagne: parité et ressources individuelles dans les municipales de 2008, in: Agrikoliansky, Eric; Heurtaux, Jérôme; Le Grignou, Brigitte (Hg.): Paris en campagne: Les élections municipales de mars 2008 dans deux arrondissements parisiens, Paris 2011, S. 237-241.
- Allen, Nicholas; Mirwaldt, Katja: Democracy-Speak: Party Manifestos and Democratic Values in Britain, France and Germany, in: *West European Politics* 33 (4), 2010, S. 870-893.
- Almeida, Fabrice d': L'américanisation de la propagande en Europe de l'Ouest (1945-2003), in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* no 80 (4), 2003, S. 5-14.

Altermatt, Urs: Ausbruchsversuche aus dem Korsett der Konkordanz. Essay zur Schweizer Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Altermatt, Urs (Hg.): Rechte und linke Fundamentalopposition: Studien zur Schweizer Politik 1965-1990, Basel 1994, S. 3-29.

Altermatt, Urs: Das hohe C: Wandlungen und Profile, in: Fagagnini, Hans Peter; Altermatt, Urs (Hg.): Die CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) zwischen Programm und Wirklichkeit, Zürich 1979, S. 127-149.

Altermatt, Urs: Katholische Allklassenpartei mit mittelständigen Gepräge, in: Fagagnini, Hans Peter; Altermatt, Urs (Hg.): Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, Zürich 1979, S. 29-39.

Altermatt, Urs: Die Wirtschaftsflügel in der CVP: die „dynamische Mitte“ unter Druck, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 26, 1986, S. 63-88.

Altermatt, Urs: Katholizismus und Moderne: zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989.

Altermatt, Urs: Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon, Zürich 1991.

Altermatt, Urs: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz 1945-1999, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa, München 2000, S. 37-115.

Altermatt, Urs: Das historische Dilemma der CVP: zwischen katholischem Milieu und bürgerlicher Mittepartei, Baden 2012.

Altermatt, Urs: Von der katholischen Milieupartei zur Partei der bürgerlichen Mitte, in: Mazzoleni, Oscar; Meuwly, Olivier (Hg.): Die Parteien in Bewegung: Nachbarschaft und Konflikte, Zürich 2013, S. 21-48.

Altermatt, Urs; Fagagnini, Hans Peter (Hg.): Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, Zürich 1979.

Amlinger, Fabienne: Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis 1995), unveröffentlichte Dissertation, Universität Bern, Bern 2014.

Anderegg, Urs: 1. Mai in der Schweiz: vom Traum einer besseren Welt... Ein sozialhistorisch-kulturwissenschaftlicher Beitrag zur Untersuchung der Kultur der Arbeiterbewegung, Marburg 2008.

Anquetin, Virginie (Hg.): La figure de l'habitant. Sociologie politique de la demande sociale, Rennes 2008.

App, Rolf: Initiative und ihre Wirkungen auf Bundesebene seit 1974, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 27, 1987, S. 189-206.

Argioni, Gabriella; Urio, Paolo; Ceschi, Gianreto: Aspects de la régionalisation du Parti libéral-radical du Tessin, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 107-118.

Atteslander, Peter; Gebert, Alfred J.: Das Fernsehen im Wahlkampf 1967. Analyse einer Sendung, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.10.1971.

Aubert, Jean-François: Exposé des institutions politiques de la Suisse à partir de quelques affaires controversées, Lausanne 1978.

Aubert, Jean-François: Traité de droit constitutionnel suisse, Neuchâtel 1967.

Ayberk, Ural; Finger, Matthias; Garcia, Carlos u. a.: Les partis politiques à coeur ouvert : enquête auprès des cadres partisans helvétiques, Lausanne 1991.

- Bailer, Stefanie; Bütikofer, Sarah: From Loose Alliances to Professional Political Players: How Swiss Party Groups Changed, in: *Swiss Political Science Review* 21 (4), 2015, S. 556-577.
- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen; Bütikofer, Sarah: Le système majoritaire contre les femmes? Le cas de l'élection au Conseil des Etats en Suisse, 1971-2003, in: Tremblay, Manon; Ballmer-Cao, Thanh-Huyên; Marques-Pereira, Bérengère u. a. (Hg.): *Genre, citoyenneté et représentation*, Québec 2007.
- Banaszak, Lee Ann: *Why Movements Succeed or Fail: Opportunity, Culture, and the Struggle for Woman Suffrage*, 1996.
- Barbet, Denis: Quand les mots de l'abstention parlent des maux de la démocratie, in: *Mots. Les langages du politique* (83), 2007, S. 53-67.
- Bartolini, Stefano: *The Political Mobilization of the European Left, 1860-1980: The Class Cleavage*, 2007.
- Baumann, Werner: Verbäuerlichung der Nation – Nationalisierung der Bauern, in: „Musée Suisse“ Schweizerisches Landesmuseum Zürich (Hg.): *Die Erfindung der Schweiz 1848-1998, 150 Jahre Bundesstaat*, Zürich 1998, S. 356-362.
- Bell, Daniel: *The End of Ideology: On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, with „The Resumption of History in the New Century“, Cambridge, Mass 2000.
- Bernardi, Tobia: „In direzione ostinata e contraria“. Storia del Partito operaio e contadino ticinese (1944-1959), unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 2015.
- Bille, Lars: Denmark: The 1990 Campaign, in: Bowler, Shaun; Farrell, David (Hg.): *Electoral Strategies and Political Marketing*, New York 1992, S. 63-81.
- Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine: Editorial, in: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.): *Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*, Zürich 1994, S. 7-10.
- Blattmann, Lynn; Meier, Irène: Einleitung, in: Blattmann, Lynn; Meier, Irène (Hg.): *Männerbund und Bundesstaat: über die politische Kultur der Schweiz*, Zürich 1998, S. 7-16.
- Blondiaux, Loïc: *La fabrique de l'opinion: une histoire sociale des sondages*, Paris 1998.
- Blum, Roger: Der „Hofer-Club“, in: *Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 22, 1982, S. 161-176.
- Blum, Roger: Politischer Journalismus in der Schweiz, in: Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.): *Politische Kommunikation in der Schweiz*, Bern 2005, S. 115-130.
- Blum, Roger: Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971-1986, in: *SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP* 26, 1986, S. 119-150.
- Blumler, Jay G.; Kavanagh, Dennis: The Third Age of Political Communication: Influences and Features, in: *Political Communication* 16 (3), 1999, S. 209-230.
- Boillat, Valérie; Degen, Bernhard; Joris, Elisabeth; Keller, Stefan; Tanner, Albert; Zimmermann, Rolf (Hg.): *La valeur du travail: histoire et histoires des syndicats suisses*, Lausanne 2006.
- Bollinger, Ernst: Die Rolle der Presse in der kommunalen und Kantonalen Politik: Tatsachen, Hypothesen und Ungewissheiten, in: *Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 18, 1978, S. 95-104.

- Bollinger, Philipp: Die sozialdemokratische Partei der Schweiz und der gesellschaftliche Wandel nach 1959, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 1991.
- Boltanski, Luc: L'espace positionnel. Multiplicité des positions institutionnelles et habitus de classe, *Revue française de sociologie*, 14 (1), 1973, S. 3-26.
- Boorstin, Daniel J.: *The Image: A Guide to Pseudo-Events in America*, New York 1992.
- Borner, E.; Steinmann, Matthias; Sommer, M.: Agenda-Setting durch Presse, Radio und Fernsehen: eine Studie zur Überprüfung der Agenda-Setting Hypothese im Vorfeld der National- und Ständeratswahlen 1983 anhand der Berichterstattung in Zeitungen, Radio und Fernsehen deutscher und französischer Schweiz, [Bern] 1986.
- Bösch, Frank: Das Politische als Produkt. Selbstbeobachtungen und Modernisierungen in der politischen Kommunikation der frühen Bundesrepublik., in: Morat, Daniel; Knoch, Habbo (Hg.): *Kommunikation als Beobachtung: Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880-1960*, München 2003, S. 229-248.
- Bösch, Frank: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949-1972), in: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfried (Hg.): *Experten und Politik: wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 309-328.
- Bott, Sandra; Crousaz, Karine; Schaufelbuehl, Janick Marina u. a.: L'histoire politique en Suisse - une esquisse historiographique, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire* 20 (1), 2013, S. 200-211.
- Bourdieu, Pierre: La représentation politique: Éléments pour une théorie du champ politique, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 36 (1), 1981, S. 3-24.
- Bourdieu, Pierre: *Das politische Feld: zur Kritik der politischen Vernunft*, Konstanz 2001.
- Bowler, Shaun; Farrell, David M.: *Electoral Strategies and Political Marketing*, New York 1992.
- Brändle, Michael: *Strategien zur Förderung politischer Parteien: eine vergleichende Untersuchung der Parteienförderung in der Schweiz, Grossbritannien und den Niederlanden*, Bern [etc.] 2002.
- Buclin, Hadrien: Entre contestation et intégration: la gauche helvétique face aux débats de la sortie de guerre (1944-1946), in: Charrier, Landry; Gomez, Anne-Sophie; Platelle, Fanny (Hg.): *La Suisse, entre consensus et conflits: enjeux et représentations*, Reims 2016, S. 65-82.
- Bühlmann, Marc; Zumbach, David; Gerber, Marlène: Campaign Strategies in the 2015 Swiss National Elections: Nationalization, Coordination, and Personalization, in: *Swiss Political Science Review* 22 (1), 2016, S. 15-28.
- Burger, Rudolf: *Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999*, Statistik der Schweiz, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2001.
- Burger, Ruedi: Vom Kandidat zum Einwohnerrat: Untersuchungen zur Repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene, in: *Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 19, 1979, S. 181-214.
- Burgos, Elie; Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé: *La formule magique: Conflits et consensus partisans dans l'élection du Conseil fédéral*, Renens 2011.
- Buton, François; Mariot, Nicolas: *Pratiques et méthodes de la socio-histoire*, Paris 2009.
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E. u. a.: *The American Voter*, Chicago 1980.

- Caroni, Martina: Geld und Politik. Die Finanzierung politischer Kampagnen im Spannungsfeld von Verfassung, Demokratie und politischem Willen, Bern 2009.
- Cassidy, Alan; Loser, Philipp: Der Fall FDP: Eine Partei verliert ihr Land, Zürich 2015.
- Cefaï, Daniel: La construction des problèmes publics. Définitions de situations dans des arènes publiques, in: Réseaux 14 (75), 1996, S. 43-66.
- Centlivres, Pierre: Le portrait introuvable: la Suisse des expositions nationales, in: Ethnologie française 32 (2), 2007, S. 311-320.
- Cépède, Frédéric: „Le poing et la rose“: la saga d'un logo, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire (49), 1996, S. 18-30.
- Ceschi, Raffaello: Geschichte des Kantons Tessin, Frauenfeld [u.a.] 2003.
- Clavien, Alain: Grandeurs et misères de la presse politique: le match, Gazette de Lausanne, Journal de Genève, Lausanne, Suisse 2010.
- Cossart, Paula; Talpin, Julien: Les Maisons du Peuple comme espaces de politisation. Étude de la coopérative ouvrière la paix à Roubaix (1885-1914), in: Revue française de science politique 62 (4), 2012, S. 583-610.
- Criblez, Lucien; Rothen, Christina; Ruoss, Thomas: Der Wandel von Staatlichkeit in der Schweiz aus interdisziplinärer Perspektive. Zur Einleitung, in: Criblez, Lucien; Rothen, Christina; Ruoss, Thomas (Hg.): Staatlichkeit in der Schweiz: Regieren und verwalten vor der neoliberalen Wende, Zürich 2017, S. 11-28.
- Daguet, André M.; Vollmer, Peter: Wahlmanifeste und Parteipolitik: ein Vergleich der Manifeste von 1967 mit der Politik in den eidgenössischen Räten von 1967-1971, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Bern, Bern, 1971.
- Dalton, Russell J.; Farrell, David M.; McAllister, Ian: Political Parties and Democratic Linkage: How Parties Organize Democracy, Oxford 2011.
- Dalton, Russell J.; Flanagan, Scott C.; Beck, Paul Allen u. a.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?, Princeton N.J 1984.
- Dalton, Russell J.; Wattenberg, Martin P.: Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2002.
- Degen, Bernard: Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Geschichte einer wechselhaften Beziehung, in: Gewerkschaftliche Rundschau 80 (4), 1988, S. 130-144.
- Degen, Bernard: Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Zürich 1993.
- Degen, Bernard: Haute conjoncture et guerre froide, in: Boillat, Valérie; Degen, Bernhard; Joris, Elisabeth; Keller, Stefan; Tanner, Albert; Zimmermann, Rolf (Hg.): La valeur du travail: histoire et histoires des syndicats suisses, Lausanne 2006, S. 187-232.
- Degen, Bernard: Kleine politische Farbenlehre der Schweiz, in: UniPress 131, 2006, S. 18-19.
- Degen, Bernard; Schäppi, Hans (Hg.): Robert Grimm: Marxist, Kämpfer, Politiker, Zürich 2012.
- Déloye, Yves; Ihl, Olivier: L'acte de vote, Paris 2008.
- Demarmels, Sascha: Ja. Nein. Schweiz: Schweizer Abstimmungsplakate im 20. Jahrhundert, Konstanz 2009.

Detterbeck, Klaus: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa: eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Grossparteien in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und der Schweiz, 1960-1999, Opladen 2002.

Dézé, Alexandre; Girod, Michaël: Le Sonderfall en péril. Les figures de la menace dans les messages graphiques de l'Union démocratique du centre, in: Mots. Les langages du politique (81), 2006, S. 23-34.

Dijk, Teun A. Van: Ideology: A Multidisciplinary Approach, London 1998.

Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz: Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010.

Dommer, Hermann; Gruner, Erich: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie: ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur, Zürich 1988.

Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Schweiz. Medialisierung eines „Sonderfalls“?, in: Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.): Politische Kommunikation in der Schweiz, Bern 2005, S. 7-27.

Dörner, Andrea; Vogt, Ludgera: Der Wahlkampf als Ritual. Zur Inszenierung der Demokratie in der Multioptionengesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15 (16), 2002, S. 15-22.

Dörner, Andreas; Vogt, Ludgera (Hg.): Wahl-Kämpfe: Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt 2002.

Dosi, Davide: Il cattolicesimo ticinese e i fascismi: la Chiesa e il partito conservatore ticinese nel periodo tra le due guerre mondiali, Freiburg (Schweiz) 1999.

Dovi, Suzanne: Political Representation, in: Zalta, Edward N. (Hg.): The Stanford Encyclopedia of Philosophy, 2014.

Drews, Isabel: „Schweizer erwache!“: Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967-1978), Frauenfeld [etc.] 2005.

Drysch, Thomas: Parteienfinanzierung: Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1998.

Dutoya, Virginie; Hayat, Samuel: Prétendre représenter, in: Revue française de science politique 66 (1), 2016, S. 7-25.

Duverger, Maurice: Les partis politiques, Paris 1951.

Edelman, Murray: The Symbolic Uses of Politics, Urbana, Illinois 1985⁷.

Eichenberger, Steven; Pilotti, Andrea; Mach, André u. a.: Parlement de milice et groupes d'intérêt (1970-2010). Professionalisation et diversification des liens d'intérêt?, in: Hürlimann, Gisela; Mach, André; Rathmann-Lutz, Anja u. a. (Hg.): Lobbying: die Vorräume der Macht, Zürich 2016, S. 185-202.

Engeler, Urs Paul: Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 225-242.

Engeli, Isabelle; Tonka, Luc: L'évolution des campagnes électorales en Suisse. Un processus de modernisation en demi-teinte, in: Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal (Hg.): Le destin électoral de la gauche: le vote socialiste et vert en Suisse, Genf 2010, S. 397-437.

Epple, Ruedi: Die schweizerische Friedensbewegung: alte Wurzeln – neue Blüten, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 193-210.

Fagnini, Hans Peter: Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 18, 1978, S. 75-94.

Fagnini, Hans Peter: Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes, in: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 21, 1981, S. 79-98.

Fagnini, Hans Peter: Auf dem Weg zur modernen politischen Kommunikation: zur Nutzung des politischen Marketings durch die Milizpartei, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 29, 1989, S. 217-240.

Farago, Peter: Wahlforschung in der Schweiz: der Neubeginn, in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1 (4), 1995, S. 121-130.

Farrell, David; Schmitt-Beck, Rüdiger: Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums, London 2002.

Farrell, David; Webb, Paul: Political Parties as Campaign Organisations, in: Dalton, Russell J.; Wattenberg, Martin P. (Hg.): Parties Without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2002, S. 102-125.

Fasani Serra, Monica: „Un geste de bon coeur“ pour faire bon genre?: l’adoption du suffrage féminin dans le canton de Fribourg: arguments et contre-arguments dans la presse (1959-1971), unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 2006.

Faucher-King, Florence: Changing parties: an anthropology of British political party conferences, Basingstoke, Hants 2005.

Fayet, Jean-François: L’anticommunisme est-il vraiment un sujet d’histoire? L’exemple suisse, in: Caillat, Michel; Cerutti, Mauro; Fayet, Jean-François u. a. (Hg.): Histoire(s) de l’anticommunisme en Suisse. Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz, Zürich 2009, S. 11-22.

Finger, Matthias; Rey, Jean-Noël: Le parti socialiste suisse face aux nouvelles valeurs et aux nouveaux enjeux politiques de la société industrialisée avancée, in: Annuaire suisse de science politique 26, 1986, S. 257-272.

Fleck, Florian H.; Bosshart, Louis; Anderau, Willi u. a.: Die Wahlsendungen zu den Nationalratswahlen vom Herbst 1971: eine Aussagen-Analyse der deutschsprachigen Sendungen des Fernsehens der deutschen und rätoromanischen Schweiz, Freiburg (Schweiz) 1975.

Flury, Christophe: Von der Defensive zur gültigen Präsenz. Die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (1950-1960), unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 1994.

Fouradoulas, Anne-Vaïa: Die radikale und gemässigte Linke. Ein zwiespältiges Verhältnis zwischen Einvernehmen und Missbilligung, in: Mazzoleni, Oscar; Meuwly, Olivier (Hg.): Die Parteien in Bewegung: Nachbarschaft und Konflikte, Zürich 2013, S. 179-200.

Frei, Annette: Zwischen Traum und Tradition. Frauenemanzipation und Frauenbild bei den Sozialdemokratinnen 1920-1980, in: Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 223-254.

Frey, Peter: L’opinion publique et les élites face au suffrage féminin en Suisse particulièrement dans les villes de Genève et de Zurich (1920-1960), Genf 1970.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Archiv für Sozialgeschichte, Band 50: Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945, Bonn 2010.

Frischknecht, Jürg; Haffner, Peter; Haldimann, Ueli u. a.: Die unheimlichen Patrioten: politische Reaktion in der Schweiz: ein aktuelles Handbuch mit Nachtrag 1979-1984, Zürich 1987.

Gadinger, Frank; Jarzebski, Sebastian; Yildiz, Taylan (Hg.): Politische Narrative: Konzepte – Analysen – Forschungspraxis, Wiesbaden 2013.

Gallagher, Michael; Marsh, Michael: Introduction, in: Candidate selection in comparative perspective: the secret garden of politics, London 1988, S. 1-19.

Gass, Stephan: Die Anfänge der sozialdemokratischen Partei der Schweiz (1879-1890), in: Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 91-112.

Gautschi, Theres: Bildhafte Phraseologismen in Wahlpropagandaschriften. Zur Funktion bildhafter Sprache in der Wahlpropaganda der Parteien FDP, SVP und SP des Kantons Bern von 1919 bis 1987, in: Eisner, Manuel; Fux, Beat (Hg.): Politische Sprache in der Schweiz: Konflikt und Konsens, Zürich 1992, S. 163-179.

Gees, Thomas: Erfolgreich als „Go-Between“. Die Schweizerische Konservative Volkspartei (SKVP) 1943-1971, in: Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Christian Democracy in 20th Century Europe. La démocratie chrétienne en Europe au XX^e siècle, Wien; Köln; Weimar 2001, S. 425-463.

Gehrken, Michael: Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität. Krise und Stabilisierung des Freisinns zwischen 1929 und 1947, unveröffentlichte Dissertation, Universität Bern, Bern 2001.

Genasci, Pasquale: Il Partito socialista nel Ticino degli anni '40: uomini, struttura e attività del Partito che fu al centro della vita politica cantonale e il principale animatore dell'antifascismo ticinese, Lugano 1985.

Genasci, Pasquale; Gilardoni, Silvano; Rossi, Gabriele u. a.: PS: socialisti da cent'anni, Lugano 2000.

Gerstlé, Jacques: Sociologie de la campagne électorale, in: Reynié, Dominique; Perrineau, Pascal (Hg.): Dictionnaire du vote, Paris 2001, S. 133-138.

Gervereau, Laurent: Voir, comprendre, analyser les images, Paris 2004.

Geser, Hans (Hg.): Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994.

Gigon, Marie-Louise: Les vigneron vaudois et l'Etat durant l'entre-deux-guerres, in: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société suisse d'histoire économique et sociale 10, 1992, S. 243-251.

Gilg, Peter: Der Erfolg der neuen Rechtsgruppen in den Nationalratswahlen von 1971, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 108, 1972, S. 591-622.

Giroud, Jean-Charles: L'affiche politique en Suisse romande, in: Giroud, Jean-Charles; Schlup, Michel (Hg.): L'affiche en Suisse romande durant l'entre-deux-guerres, Neuchâtel 1994, S. 95-108.

Giugni, Marco; Passy, Florence: Histoires de mobilisation politique en Suisse. De la contestation à l'intégration, Paris; Montréal 1997.

Godmer, Laurent: Des élus régionaux à l'image des électeurs: l'impératif représentatif en Allemagne, en Espagne et en France, Paris 2009.

Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater: die Selbstdarstellung im Alltag, Zürich 2000⁸.

Goffman, Erving: *Geschlecht und Werbung*, Frankfurt am Main 1981.

Gottraux, Philippe; Schorderet, Pierre-Antoine; Voutat, Bernard: *La science politique suisse à l'épreuve de son histoire: genèse, émergence et institutionnalisation d'une discipline scientifique*, Lausanne 2000.

Gottraux, Philippe; Schorderet, Pierre-Antoine; Voutat, Bernard: *L'émergence d'une discipline scientifique. La création de l'Association Suisse de Science Politique (1951-1959)*, in: *Swiss Political Science Review* 10 (1), 2004, S. 1-28.

Gruner, Erich: *Die Parteitheorie von Maurice Duverger und die Erforschung des Parteiwesens in der Schweiz*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera* 12 (3), 1962, S. 328-361.

Gruner, Erich (Hg.): *Die schweizerische Bundesversammlung 1920-1968. L'assemblée fédérale suisse*, Bern 1970.

Gruner, Erich: *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1977².

Gruner, Erich: *Die Wahlen in den Schweizerischen Nationalrat: Les élections au Conseil national suisse: 1848-1919: droit et système électoral, participation au scrutin*, Bern 1978.

Gruner, Erich: *Der Stimmbürger und die „neue“ Politik: wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte? = Le citoyen et la „nouvelle“ politique: comment réagit la politique à l'accélération de l'histoire de nos jours?*, Bern 1983.

Gruner, Erich: *Wahlen*, in: *Handbuch politisches System der Schweiz*, Bd. 2: *Strukturen und Prozesse*, Bern 1984, S. 223-243.

Gruner, Erich: *Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe*, in: *SVPW Jahrbuch* 27, 1987, S. 283-313.

Gruner, Erich; Daetwyler, Martin; Zosso, Oscar: *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten bei den Nationalratswahlen in der Schweiz am Beispiel der Wahlen von 1971*, Bern 1975.

Gruner, Erich; Siegenthaler, Jürg: *Die Wahlen in die eidgenössischen Räte im Oktober 1963*, in: *Annuaire de l'Association Suisse de Science Politique = Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft* 4, 1964, S. 113-153.

Gschwendi, Hanspeter: *Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt*, in: *SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP* 26, 1986, S. 243-256.

Gsteiger, Fredy: *Blocher. Ein unschweizerisches Phänomen*, Basel 2002.

Guex, Sébastien; Schnyder Burghartz, Albert: *La Suisse: pays du consensus?*, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire* 8 (3), 2001, S. 7-23.

Gunten, Hansueli von; Voegeli, Hans: *Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz 1912-1980*, Bern 1980.

Hablützel, Peter: *Regierungsparteiengespräche im schweizerischen Konkordanzsystem*, in: *SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP* 26, 1986, S. 273-288.

Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a.: *100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Nachdenken über Konstanten und Brüche, Spannungen und Harmonien*, in: *Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1988, S. 9-30.

Halle, Marianne: Les incitations politiques en Suisse pendant l'Entre-deux-guerres: études de cas et analyse comparative, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera 61 (1), 2011.

Hämmerle, Andrea; Semadeni, Silva; Simonett, Jürg: Die Peripherie erwacht, in: Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 185-222.

Hanimann, Carlos: Antikommunismus in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1947-1948: das Verhältnis der SPS zu Kommunismus, Sowjetunion und Partei der Arbeit Schweiz zu Beginn des Kalten Krieges, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 2008.

Hardmeier, Sibylle: Amerikanisierung der Wahlkampfkommunikation? Einem Schlagwort auf der Spur, in: Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Hardmeier, Sybille (Hg.): Schweizer Wahlen 1999. Elections fédérales 1999, Bern 2003.

Hartmann, Hans; Horváth, Franz: Zivilgesellschaft von rechts: die [unheimliche] Erfolgsstory der Zürcher SVP, Zürich 1995.

Havlíček, Dušan; Steinmann, Matthias: Die Publikumsresonanz der Wahlsendungen des Schweizer Fernsehens und des Schweizer Radios 1983: Zusammenfassung der Forschungsergebnisse, Bern 1983.

Heizmann, Andreas: Rudolf Farner und die Anfänge der professionellen Public Relations in der Schweiz 1940-1960, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, Zürich 2008.

Hermann, Michael; Leuthold, Heiri: Atlas der politischen Landschaften: ein weltanschauliches Porträt der Schweiz, Zürich 2003.

Hermann, Michel; Nowak, Mario: Das politische Profil des Geldes: Wahl- und Abstimmungswerbung in der Schweiz, Zürich 2012.

Herrmann, Irène (Hg.): Façonner les comportements citoyens: Die Fabrikation staatsbürgerlichen Verhaltens, 2011, Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera 61 (1).

Herrmann, Irène: Introduction sous l'angle suisse, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera 61 (1), 2011, S. 4-21.

Herrmann, Irène: Les cicatrices du passé: essai sur la gestion des conflits en Suisse (1798-1918), Bern 2006.

Hirschman, Albert O.: Exit, Voice, And Loyalty: Responses To Decline In Firms, Organizations, And States, Cambridge (Mass.), London 1970.

Hobsbawm, Eric; Ranger, Terence: The Invention of Tradition, Cambridge 1992.

Hoffmann, Jochen; Raupp, Juliana: Politische Personalisierung, in: Publizistik 51 (4), 2006, S. 456-478.

Hofmann, Hasso: Repräsentation: Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin 2003⁴.

Holtz-Bacha, Christina: Massenmedien und Wahlen: Die Professionalisierung der Kampagnen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52, 2002, S. 23-28.

Hosang, Balz Christian: Parteien und Presse: die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und der politischen Presse: ein Beitrag zum Problem der Meinungsbildung durch die politische Presse im Kanton Zürich, Bern 1974.

Huber, Peter: Der Antikommunismus der SPS: finnisch-sowjetischer Winterkrieg (1939-/40), Umsturz in Prag (1948) und Aufstand in Ungarn (1956), in: Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse, Zürich 2009, S. 265-282.

Imhof, Kurt: Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung: von der „Volksgemeinschaft“ vor dem Krieg zum Streit über die „Nachkriegsschweiz“ im Krieg, in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 19-83.

Imhof, Kurt: Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz, in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 173-247.

Imhof, Kurt: Politik im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: Soziale Welt. Sonderband 14, 2003, S. 401-417.

Imhof, Kurt; Jost, Hans-Ulrich; Schweizerisches Landesmuseum: Geistige Landesverteidigung: Schweizer Totalitarismus oder antitotalitärer Kompromiss? Ein Streitgespräch, in: Museum für Gestaltung Zürich (Hg.): Die Erfindung der Schweiz: 1848-1998, 150 Jahre Bundesstaat, Zürich 1998, S. 364-380.

Inglehart, Ronald: The silent revolution: changing values and political styles among Western publics, Princeton, New Jersey 2015.

Jacobs, Meg; Zelizer, Julian E.: The Democratic Experiment. New Directions in American Political History, in: Jacobs, Meg; Novak, William J.; Zelizer, Julian E. (Hg.): The Democratic Experiment: New Directions in American Political History, Princeton 2009, S. 1-19.

Jarrassé, Jim: La Fête de la rose, de la kermesse locale à l'événement médiatique, in: Le Figaro, 17.08.2013.

Jarzebski, Sebastian: Wahlkampf als Erzählung: Metaphern und Narrative im TV-Duell, in: Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Die Bundestagswahl 2013, 2015, S. 367-385.

Jeanneret, Pierre: Popistes: histoire du Parti ouvrier et populaire vaudois, 1943-2001, Lausanne 2002.

Jost, Hans Ulrich: Critique historique du parti politique, in: SVPW-Jahrbuch 26, 1986, S. 317-332.

Jost, Hans Ulrich: Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938-1948, Zürich 1998.

Jost, Hans Ulrich: Critique historique du consensus helvétique: si le légendaire Guillaume Tell et le mythe du serment du Grütli ne nourrissent plus guère l'imaginaire de la jeune génération, la Suisse comme pays modèle du consensus est un cliché qui se porte bien, in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = revue d'histoire 8 (3), 2001, S. 57-79.

Jost, Hans-Ulrich: Tradition und Modernität in der SVP, in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = revue d'histoire 14 (1), 2007, S. 25-44.

Jost, Hans-Ulrich: Von Zahlen, Politik und Macht. Geschichte der schweizerischen Statistik, Zürich 2016.

Joye, Dominique: La mobilisation partisane est-elle en crise?, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 47-62.

- Junker, Beat: Bauernparteien in der Schweiz, in: Gollwitzer, Heinz (Hg.): Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart; New York 1977, S. 507-523.
- Junker, Beat; Maurer, Rudolf: Kampf und Verantwortung: Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918-1968, Bern 1968.
- Kamber, Esther: Medienereignishierarchien 1930-1960: Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland, in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 249-281.
- Kamber, Esther; Imhof, Kurt: Der neue Kampf um Aufmerksamkeit. Zeitreihenanalyse der öffentlich-politischen Kommunikation, in: Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.): Politische Kommunikation in der Schweiz, Bern 2005, S. 133-155.
- Kamps, Klaus (Hg.): Trans-Atlantik, Trans-Portabel? die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden 2000.
- Kantorowicz, Ernst: Die zwei Körper des Königs: Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters, München 1992.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1 (1), 1995, S. 5-28.
- Katzenstein, Peter J.: Corporatism and Change: Austria, Switzerland, and the Politics of Industry, Ithaca, London 1987.
- Kavanagh, Dennis: Election Campaigning. The New Marketing of Politics, Oxford ; Cambridge 1995.
- Kerr, Henry: Parlement et société en Suisse, Saint-Saphorin 1981.
- Kerr, Henry: The Swiss party system: steadfast and changing, in: Party systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands, and Belgium, 1987.
- Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1), 1965, S. 20-41.
- Kitschelt, Herbert; McGann, Anthony J.: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor 1995.
- Kleger, Heinz: Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943-1955, in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 111-171.
- Kleger, Heinz: Normalfall und Sonderfall: Unheimliche Stabilität bei rasanten Veränderungen 1956-1963, in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution: Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre, Zürich 1999, S. 191-234.
- Klöti, Ulrich; Risi, Franz-Xaver: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz, Zürich 1987.
- Knocks, Stefanie; Fraefel, Marianne: Freiwilligenarbeit und Mitgliederkommunikation in kantonalen Wahlkämpfen, Zürich 2013.
- König, Mario: Auf dem Weg in die Gegenwart. Der Kanton Zürich seit 1945, in: Fritzsche, Bruno (Hg.): Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, Zürich 1994, S. 350-479.

König, Mario: Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen, in: Hettling, Manfred (Hg.): Eine kleine Geschichte der Schweiz: der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt 1998, S. 21-90.

König, Mario: Rasanter Stillstand und zähe Bewegung: schweizerische Innenpolitik im Kalten Krieg und darüber hinaus, in: Leimgruber, Walter; Fischer, Werner (Hg.): „Goldene Jahre“: zur Geschichte der Schweiz seit 1945, Zürich 1999.

König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska u. a.: Einleitung. Reformprojekte, soziale Bewegungen und neue Öffentlichkeit, in: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska u. a. (Hg.): Dynamisierung und Umbau: die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 11-20.

Kreis, Georg: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus in den Jahren 1933-1945, in: Das Parlament – „Oberste Gewalt des Bundes“?, 1991, S. 301-320.

Kreis, Georg: Die Lancierung der Totalrevision der Bundesverfassung in den 1960er Jahren, in: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska u. a. (Hg.): Dynamisierung und Umbau: die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 21-50.

Kreis, Georg: Das „Helvetische Malaise“: Max Imbodens historischer Zuruf und seine überzeitliche Bedeutung, Zürich 2011.

Kriesi, Hanspeter: Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 333-350.

Kriesi, Hanspeter: Der Aufstieg der SVP: acht Kantone im Vergleich, Zürich 2005.

Kriesi, Hanspeter: Personalization of national election campaigns, in: Party Politics 18 (6), 2012, S. 825-844.

Kriesi, Hanspeter; Bernhard, Laurent; Hänggli, Regula: The Politics of Campaigning – Dimensions of Strategic Action, in: Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (Hg.): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 345-365.

Kriesi, Hanspeter; Levy, René; Ganguillet, Gilbert u. a. (Hg.): Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945-1978, Diessenhofen 1981.

Kruke, Anja: Opinion polls, in: Dobson, Miriam; Ziemann, Benjamin (Hg.): Reading Primary Sources: The interpretation of texts from nineteenth- and twentieth-century history, 2009, S. 106-122.

Kruke, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland: Meinungsforschung, Parteien und Medien, 1949-1990, Düsseldorf 2012².

Kruke, Anja: Fragen über Fragen: Zur Geschichte der politischen Umfrage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (43-45), 2014, S. 11-17.

Kunz, Matthias: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik: die Schweiz im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in der Wahrnehmung der Parteipresse 1943-50, Bern 1998.

Kunz, Matthias: Polarisierung und Desintegration: Meinungslogik und Orientierungswandel im Freisinn und in der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg (1910-1914), unveröffentlichte Dissertation, Universität Zürich, Zürich 2000.

Kunz, Maya: Personalisierte Politik in der Schweiz?: eine Untersuchung zu personalisiertem Wahlverhalten und dessen Einflussfaktoren bei den Eidgenössischen Wahlen 2003, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 2007.

- Kunz, P.A.; Gruner, Erich: Chronique des partis politiques suisses = Jahresberichte über die politischen Parteien in der Schweiz, in: *Annuaire de l'Association Suisse de Science Politique* = Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft 3, 1963.
- Kutter, Markus: Werbung in der Schweiz: Geschichte einer unbekanntenen Branche, [Zofingen] 1983.
- Lachenal, François: *Le parti politique: sa fonction de droit public (en particulier dans le droit public suisse)*, Basel 1944.
- Ladner, Andreas: Swiss political parties: Between persistence and change, in: *West European Politics* 24 (2), 2001, S. 123-144.
- Ladner, Andreas: *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen: eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, Wiesbaden 2004.
- Ladner, Andreas: Die Parteien in der politischen Kommunikation. Mediendemokratie: Herausforderungen und Chancen für die politischen Parteien, in: Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.): *Politische Kommunikation in der Schweiz*, Bern 2005, S. 57-74.
- Ladner, Andreas: Politische Parteien, in: Knoepfel, Peter; Papadopoulos, Yannis; Sciarini, Pascal et al. (Hg.): *Handbuch der Schweizer Politik: Manuel de la politique suisse*, Zürich 2014, S. 361-389.
- Ladner, Andreas; Brändle, Michael: *Die Schweizer Parteien im Wandel: von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?*, Zürich 2001.
- Lagroye, Jacques; François, Bastien; Sawicki, Frédéric: *Sociologie politique*, Paris 2012⁶.
- Lagroye, Jacques; Lehinque, Patrick; Sawicki, Frédéric (Hg.): *Mobilisations électorales: Le cas des élections municipales de 2001*, Paris 2005.
- Landwehr, Achim: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85, 2003, S. 71-117.
- Länzlinger, Stefan; Schärer, Thomas: „Stellen wir diese Waffe in unseren Dienst“. Film und Arbeiterbewegung in der Schweiz, Zürich 2009.
- Lazarsfeld, Paul Felix; Berelson, Bernard; Gaudet, Hazel: *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944.
- Leege, David C.; Wald, Kenneth D.; Krueger, Brian S. u. a.: *The Politics of Cultural Differences: Social Change and Voter Mobilization Strategies in the Post-New Deal Period*, Princeton 2009.
- Leemann, Lucas: Political Conflict and Direct Democracy: Explaining Initiative Use 1920-2011, in: *Swiss Political Science Review* 21 (4), 2015, S. 596-616.
- Lehinque, Patrick: *Le vote: approches sociologiques de l'institution et des comportements électoraux*, Paris 2011.
- Leibholz, Gerhard: *Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert*, Berlin 1963.
- Leimgruber, Matthieu: *Solidarity without the State? Business and the Shaping of the Swiss Welfare State, 1890-2000*, Cambridge 2012.
- Levy, René; Zwicky, Heinrich: Politische Partizipation und neuere Aktionsformen, in: *Handbuch politisches System der Schweiz = Manuel Système politique de la Suisse*. Bd. 2 Strukturen und Prozesse, 1984, S. 279-307.

- Linder, Wolf (Hg.): Wissenschaftliche Beratung der Politik. L'expert et la politique, Bern 1989 (SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP 29).
- Linder, Wolf: Back to the future: zur Entwicklung der schweizerischen Wahl- und Abstimmungsforschung, in: Serdült, Uwe; Widmer, Thomas (Hg.): Politik im Fokus: Festschrift für Ulrich Klöti, Zürich 2003, S. 227-243.
- Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie: Institutionen - Prozesse - Perspektiven, Bern 2012³.
- Linder, Wolf; Bolliger, Christian; Rielle, Yvan: Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern [etc.] 2010.
- Linder, Wolf; Zürcher, Regula; Bolliger, Christian: Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz: gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874, Baden 2008.
- Löffler, Rolf: „Zivilverteidigung“: die Entstehungsgeschichte des „roten Büchleins“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera 54 (2), 2004, S. 173-187.
- Lohneis, Hans: The Swiss election of 1983: A glacier on the move?, in: West European Politics 7 (3), 1984, S. 117-119.
- Longchamp, Claude: Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP (27), 1987, S. 51-72.
- Longchamp, Claude: Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit. Zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz, in: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP (31), 1991, S. 303-326.
- Longchamp, Claude; Jans, Cloé: Wer zahlt, befiehlt? Über den Einfluss von Geld und Kommunikation in Wahlkämpfen der Schweiz, in: Freitag, Markus; Vatter, Adrian (Hg.): Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz, 2015, S. 273-300.
- Ludi, Regula: Gendering citizenship and the state in Switzerland after 1945, in: Tolz, Vera; Booth, Stephenie (Hg.): Nation and Gender in Contemporary Europe, Manchester; New York 2005, S. 53-79.
- Lutz, Georg: First Come, First Served: The Effect of Ballot Position on Electoral Success in Open Ballot Pr Elections, in: Representation 46 (2), 2010, S. 167-181.
- Lutz, Georg; Colomer, Josep M.: Switzerland: introducing proportional representation from below, in: Handbook of electoral system choice, London 2004, S. 279-293.
- Lutz, Georg: The Electoral Success of Beauties and Beasts, in: Swiss Political Science Review 16 (3), 2010, S. 457-480.
- Lutz, Georg; Selb, Peter: Wahlen, in: Knoepfel, Peter; Papadopoulos, Yannis; Sciarini, Pascal u. a. (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik: Manuel de la politique suisse, Zürich 2014, S. 465-496.
- Mach, André; Mazzoleni, Oscar; Pilotti, Andrea: Entre professionalisation et proximité. L'évolution du profil des candidats et des élus socialistes depuis les années 1950, in: Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal (Hg.): Le destin électoral de la gauche: le vote socialiste et vert en Suisse, Genf 2010, S. 331-360.
- Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz: Political Parties and Electoral Change: Party Responses to Electoral Markets, London 2004.

- Maissen, Thomas: Der politische Katholizismus im Urteil der NZZ, 1920-1950, in: Conzemius, Victor (Hg.): Schweizer Katholizismus 1933-1945. Eine Konfessionskultur zwischen Abkapselung und Solidarität, Zürich 2001, S. 123-146.
- Manin, Bernard: Principes du gouvernement représentatif, Paris 1996.
- Mansbridge, Jane: Rethinking Representation, in: The American Political Science Review 97 (4), 2003, S. 515-528.
- Margadant, Bruno: „Für das Volk, gegen das Kapital“: Plakate der schweizerischen Arbeiterbewegung von 1919 bis 1973: 99 Plakate, wiedergegeben vor dem politischen Hintergrund ihrer Zeit, Zürich 1973.
- Margadant, Bruno: Politik an der Plakatwand: die SP und der SGB im Kampf für soziale Sicherheit und gegen Ausbeutung, Zürich 1978.
- Mariani Arcobello, Francesca: Notables, partis et clientélisme : le cas tessinois entre permanences et adaptations au processus de modernisation, in: Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements, Paris 2009, S. 45-87.
- Marin, Louis: Le portrait du roi, Paris 1981.
- Mariot, Nicolas; Olivera, Philippe: Socio-histoire, in: Delacroix, Christian; Dosse, Francois; Garcia, Patrick u. a. (Hg.): Historiographies: concepts et débats, Paris 2011, S. 618-624.
- Marquis, Lionel; Bergman, Manfred Max: Development and Consequences of Referendum Campaigns in Switzerland, 1981-1999, in: Swiss Political Science Review 15 (1), 2009, S. 63-97.
- Masnata, François: Le Parti socialiste et la tradition démocratique en Suisse, Paris 1963.
- Masnata, François; Rubattel, Claire; Gottraux, Philippe et al. (Hg.): Le pouvoir suisse : séduction démocratique et répression suave, Vevey 1995².
- Mayaffre, Damon: Histoire politique et politique de l'Histoire, in: La Pensée (319), 1999, S. 139-147.
- Mayaffre, Damon: Dire son identité politique. Etude du discours politique français au XXème siècle, in: Cahiers de la Méditerranée (66), 2003, S. 247-264.
- Mazzoleni, Oscar: Critique et légitimation de la professionnalisation parlementaire en Suisse, in: Politix (75), 2006, S. 163-184.
- Mazzoleni, Oscar: Des partis gouvernementaux face au déclin électoral. Les cas du Parti libéral-radical et du Parti démocrate-chrétien, in: Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements, Paris 2009, S. 410-442.
- Mazzoleni, Oscar; Altermatt, Urs; Epiney, Astrid (Hg.): Die Parteien in Bewegung: Nachbarschaft und Konflikte, Zürich 2013.
- Mazzoleni, Oscar; Pacella, Mattia; Pilotti, Andrea u. a.: Fare politica in Ticino: l'impegno nei partiti e nelle istituzioni, Bellinzona 2011.
- Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements, Paris 2009.
- Mazzoleni, Oscar; Tognetti, Michela; Stanga, Mauro: Comizi elettorali fra declino e trasformazione. Il caso ticinese dal secondo dopoguerra ad oggi, in: Dati. Statistiche & società 2, 2004.
- Meier, Rudolf: Der schweizerische Freisinn: Bewahrung einer geschichtlichen Doktrin in der Gegenwart?, Zürich 1978.

- Meizoz, Jérôme: Kitsch nationaliste et loi du marché: les deux mamelles du populisme suisse, in: *Critique* (776-777), 2012, S. 129-140.
- Mergel, Thomas: Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik: politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 29-53.
- Mergel, Thomas: *Propaganda nach Hitler: eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990*, Göttingen 2010.
- Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (4), 2002, S. 574-606.
- Meuwly, Olivier: *L'unité impossible: le Parti radical-démocratique suisse à la Belle Epoque, 1891-1914*, Hauterive 2007.
- Meuwly, Olivier: *La politique vaudoise au 20^e siècle: de l'Etat radical à l'émiettement du pouvoir*, Lausanne 2003.
- Meuwly, Olivier: *Les partis politiques: Acteurs de l'histoire suisse*, Lausanne 2010.
- Meynaud, Jean: *Les partis politiques vaudois*, Montréal 1966.
- Michel-Alder, Elisabeth: Von Fraufragen, Parteifrauen und den männlichen Mühlen schweizerischer Politik, in: *SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP* 26, 1986, S. 151-169.
- Mooser, Josef: Die „Geistige Landesverteidigung“ in den 1930er Jahren: Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera* 47 (4), 1997, S. 685-708.
- Moser, Peter: *Der Stand der Bauern: bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute*, Frauenfeld 1994.
- Muhlack, Ulrich: Verstehen, in: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): *Geschichte. Ein Grundkurs*, Reinbek bei Hamburg 2007³, S. 104-136.
- Müller, Felix; Tanner, Jakob: „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft.“ Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Hablützel, Peter; Lang, Karl; Mattmüller, Markus u. a. (Hg.): *Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1988, S. 325-368.
- Müller, Marion G.: Parteitagsinszenierung diesseits und jenseits des Atlantiks, in: Kamps, Klaus (Hg.): *Trans-Atlantik, Trans-Portabel?: die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation*, Wiesbaden 2000, S. 221-246.
- Müller, Marion G.: Wahlkampf à l'américain, in: Dörner, Andreas; Vogt, Ludgera (Hg.): *Wahlkämpfe: Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*, Frankfurt 2002, S. 187-210.
- Müller, Philipp; David, Thomas: Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = revue d'histoire* 14 (1), 2007, S. 16-24.
- Nabholz, Ruth: Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995, in: Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Klöti, Ulrich: *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern 1998, S. 17-43.

Nay, Olivier: Les règles du recrutement politique. Pour une approche institutionnaliste de la sélection politique, in: *Politix* 11 (44), 1998, S. 161-190.

Negrine, Ralph; Lilleker, Darren: The rise of a proactive local media strategy in British political communication: clear continuities and evolutionary change 1966-2001, in: *Journalism Studies* 4 (2), 2003, S. 199-211.

Negrine, Ralph; Papathanassopoulos, Stylianos: The „Americanization” of Political Communication. A Critique, in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 1 (2), 1996, S. 45-62.

Neidhart, Leonhard: Verschiebungen im parteipolitischen Kräfteverhältnis : die „innenpolitische Friedensordnung“ nach den eidgenössischen Wahlen 1971, in: *Schweizer Monatsheft : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur* 51 (10), 1972, S. 733-745.

Neidhart, Leonhard: Determinanten des politischen Verhaltens bei Sachentscheidungen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 11, 1971, S. 61-79.

Neidhart, Leonhard: Plebiszit and pluralitäre Demokratie: Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums, Bern 2001 [1970].

Nie, Norman H.; Verba, Sidney; Petrocik, John: *The Changing American Voter*, Cambridge 1979.

Noiriel, Gérard: *Introduction à la socio-histoire*, Paris 2006.

Nord, Lars W.: Still the Middle Way. A Study of Political Communication Practices in Swedish Election Campaigns, in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 11 (1), 2006, S. 64-76.

Norris, Pippa: *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge 2000.

Norris, Pippa: Introduction. Theories of Recruitment, in: *Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies*, Cambridge 1997, S. 1-14.

Offerlé, Michel: Socio-histoire, in: Perrineau, Pascal; Reynié, Dominique (Hg.): *Dictionnaire du vote*, Paris 2001, S. 850-856.

Offerlé, Michel: De l’histoire électorale à la socio-histoire des électeurs, in: *Romantisme* 135 (1), 2007, S. 61-69.

Offerlé, Michel: *Les partis politiques*, Paris 2010⁷.

Offerlé, Michel; Bacot, Paul; Congrès, Association française de science politique: *La profession politique: XIXe-XXe siècles*, Paris 1999.

Olivesi, Stéphane: De la propagande à la communication: éléments pour une généalogie, in: *Cahiers d’histoire. Revue d’histoire critique* (86), 2002, S. 13-28.

Panbianco, Angelo: *Political Parties: Organization and Power*, Cambridge; New York 1988.

Papathanassopoulos, Stylianos; Negrine, Ralph; Mancini, Paolo et al.: Political Communication in the Era of Professionalisation, in: Negrine, Ralph; Holtz-Bacha, Christina; Mancini, Paolo u. a. (Hg.): *The Professionalisation of Political Communication*, Bristol 2007, S. 9-26.

Parini, Lorena: Domination/Pouvoir, in: Achin, Catherine; Bereni, Laure (Hg.): *Dictionnaire genre & science politique: concepts, objets, problèmes*, Paris 2013, S. 180-189.

Paul, Gerhard (Hg.): *Visual History: ein Studienbuch*, Göttingen 2006.

Phélippeau, Eric: *L’invention de l’homme politique moderne: Mackau, l’Orne et la République*, Paris 2002.

- Pilotti, Andrea: *Entre démocratisation et professionnalisation: le Parlement suisse et ses membres de 1910 à 2016*, Zürich 2016.
- Pilotti, Andrea; Mach, André; Mazzoleni, Oscar: *Les parlementaires suisses entre démocratisation et professionnalisation, 1910-2000*, in: *Swiss Political Science Review* 16 (2), 2010, S. 211-245.
- Pilotti, Andrea; Stanga, Mauro: *Quanto contano le persone? La personalizzazione del voto nelle elezioni cantonali ticinesi dagli anni '80*, in: *Dati. Statistiche & società* (1), 2008.
- Pitkin, Hanna Fenichel: *The Concept of Representation*, Berkeley; Los Angeles; London 1967.
- Plasser, Fritz: *Global Political Campaigning: A Worldwide Analysis of Campaign Professionals and Their Practices*, Westport, Conn 2002.
- Pourcher, Yves: *Votez tous pour moi!: les campagnes électorales de Jacques Blanc en Languedoc-Roussillon, 1986-2004*, Paris 2004.
- Raphael, Lutz: *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (2), 1996, S. 165-193.
- Rauber, André: *Histoire du mouvement communiste suisse, Bd. 2 (1944-1991)*, Genève 2000.
- Rauber, André: *L'anticommunisme en Suisse, une quasi-doctrine d'Etat, entre phobie et manipulation de la légalité*, in: Caillat, Michel; Cerutti, Mauro; Fayet, Jean-François u. a. (Hg.): *Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse. Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz*, Zürich 2009, S. 183-193.
- Rayner, Hervé: *Les partis politiques suisses n'ont rien d'exceptionnel*, in: Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): *Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements*, Paris 2009, S. 443-456.
- Rayner, Hervé: *Participationnisme d'État*, in: *Gouvernement et action publique* (2), 2016, S. 79-99.
- redboox; Sozialdemokratische Partei der Schweiz.: *Einig – aber nicht einheitlich: 125 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz = Une pensée unie – mais pas unique : 125 ans Parti socialistes suisse*, Zürich 2013.
- Reimann, Werner; Meier, Werner: *Zum Einfluss ausländischer Medien auf Einstellungsbildung und Themenstrukturierung*, in: *Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 22, 1982, S. 225-244.
- Rennwald, Line: *Partis socialistes et classe ouvrière: ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France: 1970-2008*, Neuchatel 2015.
- Rennwald, Line; Zimmermann, Adrian: *Die SP als Arbeiterpartei*, in: Redboox (Projekt) (Hg.): *Einig – aber nicht einheitlich: 125 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz = Une pensée unie – mais pas unique: 125 ans Parti socialistes suisse*, Zürich 2013, S. 297-299.
- Rickenbacher, Iwan: *Politikberatung und politische Kommunikation in der Schweiz*, in: Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.): *Politische Kommunikation in der Schweiz*, Bern 2005, S. 215-220.
- Ritschard, Rolf: *Nationalratswahlen 1971-1983: Widerspiegelung, Abschwächung oder Revitalisierung historischer Konfliktachsen?*, in: *SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP* (27), 1987, S. 33-49.
- Riutort, Philippe: *Sociologie de la communication politique*, Paris 2007.

- Rohner, Markus: Der Weg zur Schweizer Christdemokratie 1960-1971, in: Altermatt, Urs (Hg.): Schweizer Katholizismus im Umbruch 1945-1990, Freiburg (Schweiz) 1993, S. 189-198.
- Rohrschneider, Robert: Mobilizing versus chasing: how do parties target voters in election campaigns?, in: Electoral Studies 21 (3), 2002, S. 367-382.
- Romano, Gaetano: Die Überfremdungsbewegung als „Neue soziale Bewegung“. Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren, in: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska u. a. (Hg.): Dynamisierung und Umbau: die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 143-159.
- Rosanvallon, Pierre: Le peuple introuvable: histoire de la représentation démocratique en France, Paris 1998.
- Rosenstone, Steven J.; Hansen, John Mark: Mobilization, Participation, and Democracy in America, London 2002.
- Rossini, Carolina: Fra perdita di consensi e reazioni al cambiamento. I partiti politici ticinesi negli anni '70 e '80, in: Archivio Storico ticinese 158, 2015, S. 49-74.
- Rouget, Pascal: Quand l'anticommunisme s'affiche à Genève. L'affiche politique genevoise durant l'entre-deux-guerres, in: Caillat, Michel; Cerutti, Mauro; Fayet, Jean-François u. a. (Hg.): Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse. Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz, Zürich 2009, S. 251-262.
- Ruffieux, Roland: Die Schweiz des Freisinns (1848-1914), in: Im Hof, Ulrich; Messmer, Beatrix (Hg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 2006, S. 639-730.
- Ruffieux, Roland: Les élections au Grand conseil vaudois de 1913 à 1966, Lausanne 1974.
- Sarcinelli, Ulrich: Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1987.
- Sarcinelli, Ulrich: Legitimität, in: Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich; Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Wiesbaden 1998, S. 253-267.
- Meylan, Jean; Saudan, Guy: Aspects de la vie politique à Lausanne, Bd. 2 (Elections), Lausanne 1984.
- Saward, Michael: The Representative Claim, Oxford 2010.
- Sawicki, Frédéric: Les partis politiques comme entreprises culturelles, in: Céfaï, Daniel (Hg.): Cultures politiques, Paris 2001, S. 191-212.
- Sawicki, Frédéric: Introduction, in: Lagroye, Jacques; Lehingue, Patrick; Sawicki, Frédéric (Hg.): Mobilisations électorales: Le cas des élections municipales de 2001, Paris 2005, S. 5-11.
- Scascighini, Mario: La Maison du peuple: le temps d'un édifice de classe, Lausanne 1991.
- Schaffner, Martin: Direkte Demokratie. „Alles für das Volk – alles durch das Volk“, in: Hettling, Manfred (Hg.): Eine kleine Geschichte der Schweiz: der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt 1998, S. 189-226.
- Schatz, Lucrezia: Moyens de communication des partis politiques, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 22, 1982, S. 59-84.
- Schatz, Lucrezia: Organisation der Bundespartei, in: Altermatt, Urs; Fagagnini, Hans Peter (Hg.): Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, Zürich 1979, S. 51-62.

Schaufelbuehl, Janick Marina; Pereira, Nuno; Schär, Renate (Hg.): 1968-1978: ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz = une décennie mouvementée en Suisse, Zürich 2009.

Scheiben, Oskar: Krise und Integration: Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1928-1936: ein Beitrag zur Reformismusdebatte, Zürich 1987.

Schmid, Benno: Die Listenverbindungen im schweizerischen Proportionalwahlrecht, Aarau 1962.

Schmid, Gerhard: Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt: Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung, in: SVPW Jahrbuch = Annuaire ASSP 26, 1986, S. 89-105.

Schmid, Ulrich: Wahlkampffinanzierung in den USA und in der Schweiz, Diessenhofen 1985.

Schnydrig, Samuel: Aufstieg und Wandel einer Kantonalpartei: strukturelle und programmatische Entwicklung der Zürcher SVP, 1971 bis 1991, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Freiburg (Schweiz), Freiburg (Schweiz) 2007.

Schorderet, Pierre-Antoine: Elire, voter, signer: pratiques de vote, luttes politiques et dynamiques d'institutionnalisation de la démocratie en Suisse au dix-neuvième siècle, unveröffentlichte Dissertation, Université de Lausanne, Lausanne 2005.

Schorderet, Pierre-Antoine: Crise ou chrysanthèmes?: le Parti démocrate-chrétien et le catholicisme politique en Suisse (XIXe-XXIe siècles), in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire 14 (1), 2007, S. 82-94.

Schorderet, Pierre-Antoine: Retour sur les origines des partis politiques. Les transformations du mouvement catholique-conservateur, in: Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements, Paris 2009.

Schulz, Kristina; Schmitter, Leena; Kiani, Sarah: Frauenbewegung – Die Schweiz seit 1968: Analysen, Dokumente, Archive, Baden 2014.

Schwaar, Karl: Isolation und Integration: Arbeiterkulturbewegung und Arbeiterbewegungskultur in der Schweiz, 1920-1960, Basel 1993.

Schweizerische Nationalbibliothek; Wirtz, Irmgard M.: Tell im Visier, Zürich 2007.

Seiler, Daniel-Louis: La Suisse comme „Démocratie consociative“: essai de déconstruction d'un mythe de science politique, in: Prongué, Bernard (Hg.): Passé pluriel: en hommage au professeur Roland Ruffieux, Freiburg (Schweiz) 1991, S. 341-359.

Seitz, Werner: Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz: eine Darstellung anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012, Zürich 2014.

Simoni, Renato: Socialisme et sport au Tessin dans la première moitié du XX^e siècle, in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 18, 2002, S. 43-62.

Sineau, Mariette; Tiberj, Vincent: Candidats et députés français en 2002, in: Revue française de science politique 57 (2), 2007, S. 163-185.

Skenderovic, Damir: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz: von den Splitterparteien zur Volkspartei, in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire 14 (1), 2007, S. 45-64.

Skenderovic, Damir: Campagnes et agenda politiques. La transformation de l'Union démocratique du centre, in: Mazzoleni, Oscar; Rayner, Hervé (Hg.): Les partis politiques suisses: traditions et renouvellements, Paris 2009, S. 378-409.

Skenderovic, Damir: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945-2000*, New York/Oxford 2009.

Skenderovic, Damir: Parteienforschung: historisch und transdisziplinär, in: Metzger, Franziska; Furrer, Markus (Hg.): *Religion, Politik, Gesellschaft im Fokus: Beiträge zur Emeritierung des Zeithistorikers Urs Altermatt*, Freiburg (Schweiz) 2010, S. 91-97.

Skenderovic, Damir: Bauern, Mittelstand, Nation. Imaginationen und Metamorphosen der Schweizerischen Volkspartei im 20. Jahrhundert, in: Mazzoleni, Oscar; Meuwly, Olivier (Hg.): *Die Parteien in Bewegung: Nachbarschaft und Konflikte*, Zürich 2013, S. 49-76.

Skenderovic, Damir; Späti, Christina: *Die 1968er-Jahre in der Schweiz: Aufbruch in Politik und Kultur*, Baden 2012.

Späti, Christina: Historische Parteienforschung in der Schweiz. Überblick, Forschungsstand und neue Perspektiven, in *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire* 20 (1), 2013, S. 156-172.

Speich Chassé, Daniel: Gab es in der Schweiz eine neoliberale Wende? Ein Kommentar, in: Criblez, Lucien; Rothen, Christina; Ruoss, Thomas (Hg.): *Staatlichkeit in der Schweiz: Regieren und verwalten vor der neoliberalen Wende*, Zürich 2017, S. 369-383.

Steinauer, Jean: „Überfremdung“ et syndicats: le traumatisme Schwarzenbach, in: Boillat, Valérie; Degen, Bernhard; Joris, Elisabeth; Keller, Stefan; Tanner, Albert; Zimmermann, Rolf (Hg.): *La valeur du travail: histoire et histoires des syndicats suisses*, Lausanne 2006, S. 218-219.

Steiner, Yves: Les riches amis suisses du néolibéralisme, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = revue d'histoire* 14 (1), 2007, S. 114-126.

Steinmann, Matthias F.: *Das Publikum der Wahlsendungen von Radio und Fernsehen, 1971: eine Untersuchung über die quantitative und qualitative Beachtung der Sendungen von Radio und Fernsehen zu den Nationalratswahlen 1971*, Bern 1972.

Stettler, Niklaus: Demoskopie und Demokratie in der Nachkriegsschweiz: die „Volksumfrage 1946“ der Neuen Helvetischen Gesellschaft als demokratische Herausforderung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera* 47 (4), 1997, S. 730-758.

Stollberg-Rilinger, Barbara (Hg.): *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen?*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 35, 2005.

Studer, Brigitte: „L'Etat c'est l'homme“. Politique, citoyenneté et genre dans le débat autour du suffrage féminin après 1945, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera* 46 (3), 1996, S. 356-382.

Studer, Brigitte: Die Geschichte des Frauenstimm- und -wahlrechts: Ein Misserfolgsnarrativ, in: Arlettaz, Silvia; Kreis, Georg (Hg.): *Die Geschichte der Schweiz*, Basel 2014, S. 544-547.

Studer, Brigitte; Vallotton, François (Hg.): *Histoire sociale et mouvement ouvrier: un bilan historiographique 1848-1998*, Lausanne 1997.

Stürner, Felix: Le témoin de 4 ans ou la destinée d'un film de propagande socialiste lausannois, in: *Revue historique vaudoise* 104, 1996, S. 105-131.

Swanson, David L.; Mancini, Paolo: *Politics, Media, and Modern Democracy: An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport/CT London 1996.

Tanner, Jakob: Etatismus und Antietatismus in der Linken, in: *Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 23, 1983, S. 207-226.

Tanner, Jakob: Die Schweiz in den 1950er Jahren: Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten, in: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.): *Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*, Zürich 1994, S. 19-50.

Tanner, Jakob: Schweizerische Sozialdemokratie und Westintegration, in: Degen, Bernard; Schäppi, Hans (Hg.): *Robert Grimm: Marxist, Kämpfer, Politiker*, Zürich 2012, S. 155-172.

Tanner, Jakob: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München 2015.

Tavoillot, Pierre-Henri: Les idéologies après la fin des idéologies, in: *Cahiers français* 364, 2011, S. 15-20.

Torracinta, Claude; Mermod, Bernard: *Genève 1930-1939: le temps des passions*, Genève 1978.

Udris, Linard: Schweizer Medien im Wahlkampf. Qualität der Medienberichterstattung vor den Eidgenössischen Wahlen 2011, in: *Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft* (Hg.), *Jahrbuch*, Luzern 2013, S. 293-315.

Udris, Linards; Lucht, Jens; Schneider, Jörg: Contested Elections in Increasingly Commercialized Media. A Diachronic Analysis of Executive and Parliamentary Election News Coverage in Switzerland, in: *Swiss Political Science Review* 21 (4), 2015, S. 578-595.

Ungricht, Verena: *Die Politik der Zürcher FDP zwischen 1967 und 1975 angesichts der Bedeutung neuer sozialer Bewegungen, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich*, Zürich 2004.

Vallotton, François: Anastasie ou Cassandre? Le rôle de la radio-télévision dans la société helvétique, in: Mäusli, Theo (Hg.): *Radio und Fernsehen in der Schweiz: Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958-1983*, Baden 2006, S. 37-82.

Vatter, Adrian: *Das politische System der Schweiz*, Baden-Baden 2016.

Vatter, Adrian: *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*, Opladen 2002.

Vatter, Adrian: Wenn die Regeln die Resultate bestimmen: Die Wirkungen des schweizerischen Wahlsystems auf die Wahlerfolge und Repräsentation der Parteien, in: Freitag, Markus; Vatter, Adrian (Hg.): *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz*, 2015, S. 41-69.

Vatter, Adrian; Freitag, Markus: Einleitung und Überblick, in: *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz*, 2015, S. 17-36.

Veen, Hans-Joachim; Gruber, Ludger: Einführung, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, München 2000, S. 15-34.

Voegeli, Yvonne: *Zwischen Hausrat und Rathaus: Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz, 1945-1971*, Zürich 1997.

Voutat, Bernard: La codification du vote en Suisse (1848-1918), fédéralisme et construction du citoyen, in: *Genèses* 23 (1), 1996, S. 76-99.

Voutat, Bernard: Suisse: réflexions sur les droits politiques et la citoyenneté, in: *Mouvements* 24 (5), 2002, S. 128-134.

Vuilleumier: *Histoire et combats. Mouvement ouvrier et socialisme en Suisse, 1864-1960*, Lausanne 2012.

- Walter, François: Histoire de la Suisse, Neuchâtel 2009.
- Wandeler, Werner: Vom Freischärler bis zum erzkonservativen Junker: eine Darstellung der Luzerner Wahlen in die Bundesversammlung 1848, Hitzkirch 1999.
- Wehrli, Christoph: Die Geschichte eines Slogans: „Mehr Freiheit – weniger Staat“, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.04.2015.
- Weinmann, Benjamin: Die Amerikanisierung der politischen Kommunikation in der Schweiz. Bestandesaufnahme und Experteninterviews vor dem Hintergrund der Eidgenössischen Parlamentswahlen 2007, Zürich 2009.
- Werner, Christian: Für Wirtschaft und Vaterland: Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928-1947, Zürich 2000.
- Wicki, Julien: On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous: histoire sociale et politique du Parti socialiste vaudois (1945-1971), Lausanne 2007.
- Windisch, Uli: Lutte de clans, lutte de classes: Chermignon, la politique au village, Lausanne 1976.
- Wring, Dominic: The Politics of Marketing the Labour Party: A Century of Stratified Electioneering, Basingstoke 2005.
- Z'Graggen, Heidi: Die Professionalisierung von Parlamenten im historischen und internationalen Vergleich, Bern 2009.
- Zaslowski, Valerie: Nationalratswahlen: Parlament mit Migrationshintergrund, in: Neue Zürcher Zeitung, 03.11.2015.
- Zenhäusern: Die Schweizerische Konservative Volkspartei in den 1940er Jahren, in: Altermatt, Urs (Hg.): Schweizer Katholizismus im Umbruch 1945-1990, Freiburg (Schweiz) 1993, S. 149-161.
- Ziegler, Albert: Die katholische Kirche und die CVP, in: Altermatt, Urs; Fagnini, Hans Peter (Hg.): Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, Zürich 1979, S. 72-84.
- Zimmer, Oliver: Die „Volksgemeinschaft“: Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz, in: Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 85-109.
- Zimmermann, Adrian: Von der Klassen- zur Volkspartei? Anmerkungen zum ideologischen Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Basis der SPS im „kurzen 20. Jahrhundert“, in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire 14 (1), 2007, S. 95-113.
- Zurbriggen, Ludwig: CVP und die soziale Mitte. Soziales Kapital, Koalitionen und symbolische Praxis der CVP, Zürich; Chur 2004.
- Zürcher, Regula: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei. Die Positionierung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und späteren Schweizerischen Volkspartei von 1920-2003, in: Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire 14 (1), 2007, S. 65-81.

Lebenslauf

Zoé Kergomard, MA

Geboren 1989 in Le Mans, Frankreich. 2006 Baccalauréat am Lycée Thiers in Marseille. 2008 Aufnahme an der Ecole Normale Supérieure de Cachan in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. 2009 bis 2012 Masterstudium in European Studies mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Titel der Masterarbeit: „Right-Wing Gramscism 2.0. The Radical Right Online and its Mobilization Potential in Franco-Swiss Comparison“, betreut durch Prof. Michael Minkenberg, Europa-Universität Viadrina. Zwischen 2012 und 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg (Schweiz) im Rahmen des SNF-Projekts „Political Parties and Election Campaigns in Post-War Switzerland“ (Leiter: Prof Dr. Damir Skenderovic, Freiburg; Prof. Dr. Oscar Mazzoleni, Lausanne). Ab 2015 Lehrassistentin bei Methodenseminaren an der Universität Freiburg und an den Fernuniversitären Studien Schweiz.

Erklärung zur Dissertation

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich meine Dissertation selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe verfasst habe und sie noch keiner anderen Fakultät vorgelegt habe.

Freiburg, den 4. September 2017

Zoé Kergomard